

Complete

# EUROPA-ARCHIV

*Herausgegeben von Wilhelm Cornides*

*in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft*

10/I

ZEHNTE JAHR

JANUAR - JUNI 1955

---

INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT  
FRANKFURT AM MAIN

## Inhalt

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente . . . . .	3*
Sachverzeichnis . . . . .	6*
Personenverzeichnis . . . . .	19*

## Erläuterungen

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages sowie des Wortlauts zugehöriger Dokumente durch fetteren Druck hervorgehoben; ein Stern vor der Seitenzahl verweist auf Notizen in der Zeittafel.

## Berichtigungen

Folge 3/1955, S. 7291: Die Ueberschrift lautet richtig: „Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1954“.

Folge 4/1955:

S. 7351 (Zeittafel): In der Notiz unter **Deutschland**, 16. Januar (linke Spalte), lies richtig: „(vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 7345 dieser Folge)“. Die gleiche Seitenzahl ist auf der rechten Spalte in der dritten und der vierzehnten Zeile von unten einzusetzen.

S. 7356: Die Ueberschrift lautet richtig: „Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1955“.

Folge 8/1955:

S. 7468, linke Spalte, 11. Zeile: Der Name lautet richtig: „*Freyberg*“.

S. 7479: In der Ueberschrift unter „Dokumentarischer Anhang“ muß es in der zweiten Zeile heißen: „... über das Freie Territorium von Triest...“

S. 7487, Abschnitt 6, rechte Spalte, 6. Zeile: Lies richtig: „... daß die Antwort der drei interessierten Regierungen...“

Folge 9/1955:

S. 7523, rechte Spalte, 8. Zeile: Lies richtig: „Produktivitätsbestrebungen“.

S. 7524, linke Spalte, 7. Zeile nach der Zwischenüberschrift: Lies richtig: „... des Interesses der Arbeiter...“

S. 7537 (Zeittafel): In der Notiz unter **Oesterreich**, 11. April, lies richtig: „Die Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung werden am 15. April...“

Folge 10/1955:

S. 7557, Tabelle 4: In der zweiten Zahlenspalte („Importe 1964“) lautet die Angabe für die Summe (7. Zeile) richtig: „2,160“.

S. 7559, linke Spalte, 2. Zeile: Lies richtig: „... daß die Arbeitsgruppe, die zur Beratung...“

S. 7579, rechte Spalte, 2. Zeile: Lies richtig: „... den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Integration...“

Folge 11—12/1955:

S. 7893, linke Spalte, 29. Zeile: Lies richtig: „... und die Anwendung von Sanktionen...“

S. 7949, linke Spalte, Abschnitt „Patente“, 4./5. Zeile: Der Name der Konvention lautet richtig: „Europäische Konvention betreffend die bei Patentanträgen erforderlichen Formalitäten“.

---

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.).

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 7 80 21.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 7 33 47.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.



# Verzeichnis der Beiträge und Dokumente

## Verzeichnis der Beiträge

Die Stellung Pakistans in der Weltpolitik. Eine Uebersicht über die pakistanische Außenpolitik 1947—1954. Von Mushtaq Ahmad . . . . .	7195
Funktionen der Minderheiten im gegenwärtigen Europa. Von Prof. Dr. Eberhard Menzel . . . . .	7199
Die britische Europapolitik nach dem Scheitern der EVG. Eine Uebersicht über die Entstehung der Londoner Vereinbarungen. Von Hermann Volle . . . . .	7231
Zwei Jahre Montangerichtsbarkeit. Eine Darstellung der Funktionen und des Wirkens des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Von Dr. Franz Breitner . . . . .	7243
Probleme einer Aenderung der Charta der Vereinten Nationen. Stellungnahme einer deutschen Studienkommission . . . . .	7263
Das Problem der Konvertibilität der europäischen Währungen	
I. Auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftsordnung. Von Prof. Dr. Hans Möller . . . . .	7323
II. Vorschläge zur Konvertibilität. Von Dr. Hanns-Joachim Rüstow . . . . .	7332
III. Rechtsfragen einer europäischen Wirtschaftsordnung. Von Dr. Walter E. Genzer . . . . .	7337
Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands. Von Klaus Altmeyer . . . . .	7365
Deutschland und die Weltbank. Von Eugene R. Black, Präsident der Weltbank . . . . .	7389
Der Internationale Währungsfonds. Aufgaben und Funktionen. Von Ivar Rooth, Vorsitzender des Aufsichtsrats und geschäftsführender Direktor des Währungsfonds . . . . .	7393
Westeuropa und der Industrialisierungsprozeß in den unterentwickelten Ländern. Von Reginald H. Smith . . . . .	7398
Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung. Von Dr. Paul Kluge . . . . .	7429
Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Italien. Von Prof. Orlando d'Alauro . . . . .	7439
Das Schicksal Triests. Seine Bedeutung und Stellung in Vergangenheit und Gegenwart. Von Nationalrat Dr. Lujo Tončić-Sorinj . . . . .	7461
Probleme der Wiederherstellung einer deutschen Staatsgewalt	
Vorbemerkung der Schriftleitung . . . . .	7509
Die Wiederherstellung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt in den Erörterungen zwischen Ost und West seit 1945. Von Helmut R. Külz, Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht . . . . .	7510
Die Bemühungen des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC) um die Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivität	
I. Die Europäische Produktivitätszentrale (EPZ) in Paris. Von Dr. Horst Männel . . . . .	7523
II. Der Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung (PRA) beim Europäischen Wirtschaftsrat in Paris. Von F. C. Gerlich . . . . .	7526

Zum völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Stand Südwestafrikas. Von Dr. Heinrich Stuebel . . . . .	7541
Der Vanoni-Plan. Ein Aktionsprogramm für die Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Expansion Italiens für den Zeitraum 1955—1964. Von Dr. Horst Männel . . . . .	7553
Die internationale Lage vor neuen Viermächte-Verhandlungen. Von Dr. B. H. M. Vlekke . . . . .	7886
Der europäische Sicherheitspakt — ein Schritt zur Entspannung im Ost-West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Von Prof. Dr. Eberhard Menzel . . . . .	7891
Die Neutralität der Schweiz und der Europarat. Von Max Petitpierre, Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft . . . . .	7907
Neubeginn und Kontinuität der Europapolitik seit 1945. Von Wilhelm Cornides . . . . .	7913

## Verzeichnis der Dokumente (nach der Zeitfolge)

Londoner Abkommen zwischen den Regierungen der USA, der UdSSR und Großbritanniens sowie der Provisorischen Regierung Frankreichs über die Kontrollorgane in Deutschland, vom 14. bzw. 30. November 1944 . . . . .	7376
Briefwechsel zwischen dem britischen Premierminister, Sir Winston Churchill, und dem sowjetischen Außenminister, W. M. Molotow, über die Frage einer Zusammenkunft der Regierungschefs Großbritanniens und der Sowjetunion (4. Juli bis 12. August 1954) . . . . .	7486
Entschließung der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) vom 30. August 1954 über die Konvertierbarkeit der Währungen und die Europäische Zahlungsunion . . . . .	7344
Resolutionen der 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 21. September bis zum 17. Dezember 1954	
Abschluß einer internationalen Konvention (Vertrag) zur Herabsetzung der Rüstungen und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen . . . . .	7279
Internationale Zusammenarbeit in der Entwicklung des friedlichen Gebrauchs der Atomenergie . . . . .	7280
Memorandum über die Verständigung zwischen den Regierungen Italiens, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens über das Freie Territorium von Triest vom 5. Oktober 1954, mit Anlage I (Karte) und Anlage II (Minderheitenstatut) . . . . .	7479
Das britisch-ägyptische Abkommen über den Stützpunkt am Suezkanal vom 19. Oktober 1954, mit zugehörigen Dokumenten . . . . .	7252
Notenwechsel zur Frage der europäischen Sicherheit	
Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 23. Oktober 1954 . . . . .	7206
Note der Sowjetunion an 23 europäische Staaten	



und an die USA vom 13. November 1954 (Einladung zur Moskauer Sicherheitskonferenz) . . .	7209	hörde der EGKS in Paris am 15. Januar 1955	
Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 29. November 1954 . . . . .	7211	Gemeinsames Kommuniqué . . . . .	7356
Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 9. Dezember 1954 . . . . .	7219	Erklärung des dänischen Außenhandelsministers über das Stahlexportkartell der EGKS-Staaten	7357
Schlußkommuniqué und Deklaration der Moskauer Sicherheitskonferenz vom 2. Dezember 1954 . . .	7212	Erklärung der Sowjetregierung zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955, mit Stellungnahmen der Bundesregierung vom 16. Januar und der Regierung der DDR vom 20. Januar . . . .	7345
Verteidigungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik China vom 2. Dezember 1954 . . . . .	7254	Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom 25. Januar 1955, mit Stellungnahmen der Bundesregierung vom 26. Januar und der Regierung der DDR vom 29. Januar .	7347
Dokumente des Dritten Teils der 6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats vom 8. bis zum 11. Dezember 1954		Das „Deutsche Manifest“ in der Frankfurter Paulskirche . . . . .	7350
EntschlieÙung Nr. 65: Antwort der Versammlung auf den Bericht der Gemeinsamen Versammlung der EGKS . . . . .	7308	Kommunikés der Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London vom 1. bis zum 8. Februar 1955	
EntschlieÙung Nr. 66 über die Stellungnahme der Versammlung zu den Abkommen von London und Paris . . . . .	7303	Schlußkommuniqué . . . . .	7411
EntschlieÙung Nr. 67 über die Organisation der Versammlung der Westeuropäischen Union und die zwischen der Union und dem Europarat herzustellenden Verbindungen . . . . .	7303	Kommuniqué über Verteidigungsfragen . . . .	7412
EntschlieÙung Nr. 68 über das deutsch-französische Saarabkommen . . . . .	7305	Ein Bericht der Sachverständigengruppe der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (ECE) über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas vom 12. Februar 1955 . .	7449
Empfehlung Nr. 71 über die Zurückstellung der Umorganisation des Sekretariats des Europarats	7305	EntschlieÙung des Ständigen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats vom 12. Februar 1955, das Problem der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie auf die Tagesordnung der Beratenden Versammlung zu setzen .	7423
EntschlieÙungen des Ministerkomitees des Europarats in der 26. Sitzung der Stellvertreter der Minister vom 14. bis zum 17. Dezember 1954		Resolution des Nordatlantiktates vom 2. März 1955 über die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zwecks Austausch von Informationen über Atomwaffen, mit dem Entwurf eines entsprechenden Abkommens . . . . .	7559
über die Mitgliedschaft in der Internationalen Personenstandskommission . . . . .	7309	Die Errichtung der Beratenden Balkan-Versammlung	
über Auslieferung . . . . .	7310	Kommuniqué der Tagung des Ständigen Rates des Balkanpaktes in Ankara vom 2. März 1955	7413
über die Vertretung des Europarats bei der regionalen Konferenz der ILO im Januar 1955	7311	Abkommen über die Beratende Balkan-Versammlung vom 2. März 1955 . . . . .	7413
Kommuniqué der Tagung des Atlantikrates in Paris am 17. und 18. Dezember 1954 . . . . .	7251	Botschaft Präsident Eisenhowers an die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union vom 10. März 1955 über die amerikanischen Garantien für die WEU . . . . .	7453
EntschlieÙungen des Ministerkomitees des Europarats in seiner 15. Sitzung am 19. Dezember 1954		Dokumente zur Frage des österreichischen Staatsvertrages:	
über die Arbeitsweise des Europarats . . . .	7306	Sowjetische Verlautbarung vom 11. März 1955	7483
über den StraÙburger Plan . . . . .	7308	Verlautbarung der österreichischen Bundesregierung vom 16. März 1955 . . . . .	7484
Europäische Kulturkonvention, unterzeichnet durch die Mitgliedstaaten des Europarats am 19. Dezember 1954 . . . . .	7320	Note der Sowjetunion an Oesterreich vom 24. März 1955 . . . . .	7485
Europäische Konvention über die internationale Klassifizierung der Patente, unterzeichnet durch die Mitgliedstaaten des Europarats am 19. Dezember 1954 . . . . .	7321	Gemeinsame Erklärung der drei Westmächte vom 5. April 1955 (der österreichischen Regierung überreicht) . . . . .	7531
Abkommen über die Assoziierung Großbritanniens mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 21. Dezember 1954, mit zugehörigen Dokumenten . . . . .	7379	Erklärung der Sowjetregierung vom 9. April 1955 (den drei Westmächten überreicht) . . .	7531
Gemeinsames Kommuniqué vom 22. Dezember 1954 über die Besprechungen zwischen Staatspräsident Tito und Premierminister Nehru in Neu-Delhi . . . . .	7255	Kommuniqué über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen in Moskau vom 12. bis zum 15. April 1955 . . . . .	7532
Briefwechsel zwischen dem britischen Premierminister, Sir Winston Churchill, und dem französischen Ministerpräsidenten, Pierre Mendès-France, über die Frage einer Vierer-Konferenz (5. bis 12. Januar 1955) . . . . .	7488	Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 19. April 1955 . . . . .	7561
Dokumente der gemeinsamen Sitzung des Ministerkomitees des Europarats und der Hohen Be-		Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 22. April 1955 . . . . .	7561



Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 26. April 1955 . . . . .	7562	Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik vom 14. Mai 1955 . . . . .	7929
Protokoll eines Uebereinkommens zwischen der französischen und der saarländischen Regierung vom 21. März 1955 betreffend die wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . .	7533		
Erklärung von Ministerpräsident Edgar Faure über die Außenpolitik der französischen Regierung in der Debatte des Rates der Republik über die Ratifizierung der Pariser Verträge am 26. März 1955 . . . . .	7490		
Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 16. April 1955 zur Frage der Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten . . . . .	7567		
Dokumente der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung vom 18. bis zum 24. April 1955			
Schlußkommuniqué . . . . .	7563		
Erklärung über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit . . . . .	7566		
Arbeitsprogramm der SPD für die Wiedervereinigung Deutschlands, beschlossen vom Parteivorstand am 29. April 1955 . . . . .	7572		
Gemeinsames Kommuniqué über die deutsch-französischen Besprechungen in Bonn vom 30. April 1955 . . . . .	7562		
Dokumente zur Aufhebung des Besatzungsstatuts und zur Auflösung der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland			
Kommuniqué der Schlußsitzung der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 . . . . .	7921		
Proklamation der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 . . . . .	7921		
Erklärung der Alliierten Kommandanturen vom 5. Mai 1955 betreffend die Stellung West-Berlins . . . . .	7921		
Proklamation der Bundesregierung zum Tag der Souveränität am 5. Mai 1955 . . . . .	7923		
Dokumente der 1. Sitzungsperiode des Rates der Westeuropäischen Union			
Schlußkommuniqué der konstituierenden Sitzung des Rates der WEU in Paris am 7. Mai 1955 . . . . .	7923		
Kommuniqué der Sitzung des Rates der WEU in Paris am 11. Mai 1955 . . . . .	7924		
Entschließungen des Rates der WEU vom 11. Mai 1955 über das deutsch-französische Abkommen über das Statut der Saar . . . . .	7924		
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung, vom Parteivorstand veröffentlicht am 9. Mai 1955 . . . . .	7932		
Schlußkommuniqué der 16. Tagung des Nordatlantikrates in Paris vom 9. bis zum 11. Mai 1955 . . . . .	7927		
Dokumente der Warschauer Sicherheitskonferenz vom 11. bis zum 14. Mai 1955			
Schlußkommuniqué . . . . .	7928		
Kommuniqué über die Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand . . . . .	7928		
Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der			
		Aus dem Zeitgeschehen	
		Informationen und Berichte	
		Die Mitarbeit der Bundesrepublik in der Internationalen Arbeitsorganisation. Von Fritz Thomas . . . . .	7221
		Die Neunte Vollversammlung der Vereinten Nationen . . . . .	7279
		Wichtige Beschlüsse des Ministerrats der OEEC . . . . .	7283
		8. Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo vom 12. November bis zum 11. Dezember 1954. Von Dr. Brigitte Gnauck . . . . .	7349
		„Deutsches Manifest“ in der Frankfurter Paulskirche . . . . .	7350
		Das Programm der neuen französischen Regierung . . . . .	7415
		Die dritte Tagung des Nordischen Rates . . . . .	7416
		Empfehlung der Internationalen Handelskammer zur Konvertibilität . . . . .	7416
		Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik . . . . .	7491
		Die Bundesrepublik und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Von Ministerialrat Wilhelm Weber . . . . .	7492
		Der VII. Paneuropa-Kongreß in Baden-Baden . . . . .	7530
		Ein neues Aktionsprogramm der Europäischen Bewegung . . . . .	7570
		Die Union Europäischer Föderalisten und das Aktionsprogramm der Europäischen Bewegung . . . . .	7570
		11. Sitzung der UN-Kommission für Menschenrechte . . . . .	7571
		Arbeitsprogramm der SPD für die Wiedervereinigung Deutschlands . . . . .	7572
		Zeittafeln	
		Zeittafel vom 1. bis zum 15. Dezember 1954 . . . . .	7225
		Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1954 . . . . .	7257
		Zeittafel vom 1. bis zum 15. Januar 1955 . . . . .	7285
		Zeittafel vom 16. bis zum 31. Januar 1955 . . . . .	7351
		Zeittafel vom 1. bis zum 15. Februar 1955 . . . . .	7384
		Zeittafel vom 16. bis zum 28. Februar 1955 . . . . .	7417
		Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1955 . . . . .	7455
		Zeittafel vom 16. bis zum 31. März 1955 . . . . .	7495
		Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1955 . . . . .	7535
		Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1955 . . . . .	7573
		Zeittafel vom 1. bis zum 31. Mai 1955 . . . . .	7937
		Mitteilungen des Europarats	
		6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (3. Teil) . . . . .	7291
		Die Abkommen und Konventionen des Europarats . . . . .	7317
		Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1954 . . . . .	7291
		Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1955 . . . . .	7356
		Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1955 . . . . .	7422
		Die Tätigkeit des Europarats im März 1955 . . . . .	7502
		Die Tätigkeit des Europarats im April 1955 . . . . .	7578
		Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1955 . . . . .	7949



## Sachverzeichnis

## Erklärung der im Sachverzeichnis benutzten Abkürzungen

Abkürzung	Bezeichnung	englische bzw. französische Abkürzung	Bezeichnung
ANZUS	Pazifischer Verteidigungspakt	ANZUS	Australia / New Zealand / United States
CDU	Christlich-Demokratische Union		
CSU	Christlich-Soziale Union		
DDR	Deutsche Demokratische Republik		
ECE	Wirtschaftskommission (der Vereinten Nationen) für Europa	ECE	Economic Commission for Europe
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat (der Vereinten Nationen)	ECOSOC	Economic and Social Council
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	CECA	Communauté Européenne pour le charbon et l'acier
EKiD	Evangelische Kirche in Deutschland		
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	CED	Communauté Européenne de défense
EZU	Europäische Zahlungsunion	EPU	European Payments Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation	FAO	Food and Agriculture Organization
FDP	Freie Demokratische Partei		
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten		
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)	IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICAO	Internationale Zivilluftfahrt-Organisation	ICAO	International Civil Aviation Organization
ICEM	Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung	ICEM	Intergovernmental Committee on European Migration
IG	Industriegewerkschaft		
IHK	Internationale Handelskammer	ICC	International Chamber of Commerce
ILO	Internationale Arbeitsorganisation	ILO	International Labour Organization
IMF	Internationaler Währungsfonds	IMF	International Monetary Fund
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands		
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation	NATO	North Atlantic Treaty Organization
OEEC	Europäischer Wirtschaftsrat	OEEC	Organization for European Economic Co-operation
SEATO	Südostasienpakt-Organisation	SEATO	Southeast Asia Treaty Organization
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands		
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNICEF	Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen	UNICEF	United Nations Children's Fund
WEU	Westeuropäische Union	WEU	Western European Union
WGB	Weltgewerkschaftsbund	WFTU	World Federation of Trade Unions
WHO	Weltgesundheitsorganisation	WHO	World Health Organization
WMO	Weltorganisation für Meteorologie	WMO	World Meteorological Organization

## Abkommen

ANZUS-Pakt v. 1. 9. 51: 7886, 7897	nien, Kulturabkommen, v. 10. 12. 54: *7226	Staaten des Ostblocks und zwischen diesen Staaten 7896
Arabische Liga, Verteidigungsvertrag, vgl. <b>Arabische Liga</b>	von Dünkirchen, Frankreich—Großbritannien, Bündnis, v. 4. 3. 47: 7896f	von Genf, Verbot von Giftgasen und bakteriologischen Kampfmitteln, v. 17. 6. 25: *7287
von Berlin, Deutschland—Sowjetunion, v. 24. 4. 26: 7903f	Europäische Konventionen, vgl. <b>Europarat</b>	von Genf, Waffenstillstand in Indochina, v. 20. 7. 54: *7538
Briand-Kellogg-Pakt v. 27. 8. 28: 7899, 7901	Europäische Verteidigungsgemeinschaft, s. diese	Großbritannien—Ägypten, Bündnis, v. 26. 8. 36: 7252, 7254
von Brüssel, Westunion, v. 17. 3. 48: 7234, 7268, 7896f, 7907	Frankreich—assoziierte Staaten von Indochina, Wirtschaftsverträge, v. 29. 12. 54: *7259	Großbritannien—Ägypten, Stützpunkt am Suezkanal, v. 27. 7. 54: 7906 Anm. 10
China (Formosa)—Vereinigte Staaten, Beistandspakt v. 2. 12. 54: *7227, 7254f (Wortl.), *7259, *7288, *7387, *7458, 7897	Frankreich—Sowjetunion, Beistand, v. 10. 12. 44: 7208, 7210, 7215, 7219, *7227, *7257, *7352, *7497, *7537, 7897f, *7942	Großbritannien—Ägypten, Stützpunkt am Suezkanal, v. 19. 10. 54: 7252f (Wortl.)
Deutschland—Vereinigte Staaten, Friedensvertrag, v. 26. 8. 21: 7542	Frankreich—Vietnam/Nord, Wirtschaftsabkommen, v. 8. 12. 54: *7228	Großbritannien—EGKS, Assoziierung, v. 21. 12. 54: *7225, *7257, 7379ff (Wortl.), 7951
Deutschland (Bundesrepublik)—Frankreich, Statut der Saar, v. 23. 10. 54, vgl. <b>Saar</b>	Freundschafts- und Beistandspakte der Sowjetunion mit den übrigen	Großbritannien—Irak, Bündnis, v. 4. 4. 55: 7897
Deutschland (Bundesrepublik)—Spanien, Kulturabkommen, v. 10. 12. 54: *7226		



Großbritannien—Jordanien, Bündnis, v. 15. 3. 48: 7906 Anm. 10  
 Großbritannien—Libyen, Bündnis, v. 29. 7. 53: 7906 Anm. 10  
 Großbritannien—Sowjetunion, Beistand, v. 26. 5. 42: 7210, 7215, \*7259, \*7352, \*7419, \*7537, 7894f, \*7942  
 Italien—alliierte und assoziierte Mächte, Friedensvertrag, v. 10. 2. 47: 7467, 7469ff, 7479, 7927  
 von Jalta, v. 11. 2. 45: 7348  
 Japan—Vereinigte Staaten, Sicherheitspakt, v. 8. 9. 51: 7268, 7897  
 von Konstantinopel, Freiheit des Suezkanals, v. 29. 10. 1888: 7253  
 Korea/Süd—Vereinigte Staaten, Sicherheitspakt, v. 1. 10. 53: 7268, 7897  
 von Locarno, Westpakt, v. 16. 10. 25: 7903f  
 von London, Kontrollorgane in Deutschland, v. 14. 11. 44: 7376ff (Wortl.)  
 von London, Regelung deutscher Auslandsschulden, v. 27. 2. 53: \*7225  
 Nordatlantikpakt s. diesen  
 Pakistan—Türkei, Zusammenarbeit, v. 2. 4. 54: 7197f, 7567, 7906 Anm. 10  
 Pakistan—Vereinigte Staaten, Verteidigungshilfe, v. 19. 5. 54: 7197  
 Pariser Verträge s. diese  
 Philippinen—Vereinigte Staaten, Sicherheitspakt, v. 30. 8. 51: 7268, 7897  
 Persien—Sowjetunion, Grenz- und Finanzabkommen, v. 2. 12. 54: \*7575f  
 von Potsdam v. 2. 8. 45: 7215, 7219, 7348, 7365, 7370f, 7374, \*7386, 7511, 7519 Anm. 2, 7892  
 von Rapallo, Deutschland—Sowjetunion, v. 16. 4. 22: 7901, 7903f  
 von Rio vgl. **Amerika**  
 Südostasienpakt s. diesen  
 Sowjetunion—Ostblockstaaten vgl. „Freundschafts- und Beistandspakte“  
 Spanien—Vereinigte Staaten, Stützpunkte, v. 29. 9. 53: 7897  
 von St. Germain, Friedensvertrag, v. 10. 9. 19: 7463  
 Türkei—Irak, Beistand, v. 24. 2. 55: \*7353, \*7419f, \*7458, 7567, 7897  
 (Beitritt Großbritanniens am 5. 4. 55) \*7496, \*7498, \*7536, 7568, 7897  
 von Versailles, Friedensvertrag, v. 28. 6. 19: 7541  
 Warschauer Vertrag v. 14. 5. 55 vgl. **Ostblock**  
 Weltweizenabkommen v. 23. 3. 49: 7492  
 Weltzuckerabkommen v. 24. 8. 53: 7492  
**Abrüstung**  
 vgl. auch **Vereinte Nationen**  
 7208, 7219, 7251, 7279, 7298f, \*7387, 7411, \*7419f, \*7457, 7490, \*7538, 7566f, 7927

**Ägypten**

**Außenpolitik**  
 arabischer Sicherheitspakt \*7458  
 Beziehungen zu:  
 Großbritannien (Besuch Eden) \*7419f  
 Indien (Besuch Nehru) \*7387, \*7419  
 Jugoslawien (Besuch Tito) \*7387  
 zu Mittelost-Kommando 7198  
**Moslem-Bruderschaft** \*7227  
**Oelleitungen** 7254  
**Suezkanal-Stützpunkt** 7252ff (Wortl.)  
**Verkehr**  
 Eisenbahnen 7253  
 Flughäfen 7252ff  
 Häfen 7252f  
 Straßen 7253  
 Suezkanal 7252ff  
 Zölle 7254

**Afrika**

Banken 7564  
 Erdöl 7564  
 Handel 7407, 7410, 7564  
 Investitionen 7563  
 kulturelle Beziehungen zu anderen Kontinenten 7565  
 kulturelle Zusammenarbeit 7564f  
 Rassenfrage 7565  
 Rohstoffe 7564  
 Schifffahrt 7564  
 wirtschaftliche Zusammenarbeit 7563f  
 Wirtschaftshilfe 7563f

**Albanien**

Beziehungen zu Deutschland (Beendigung d. Kriegszustandes) \*7495

**Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)**

7324, 7330f, 7344  
 Beziehungen zur EGKS 7426f  
 Organisation für Zusammenarbeit im Handel (OTC) \*7458, 7508, \*7537f, \*7944  
 Revision des GATT 7330f, \*7458, \*7498  
 9. Tagung der Vertragsparteien, Genf 28. 10. 54—8. 3. 55: \*7458

**Amerika**

Interamerikanischer Beistandspakt von Rio de Janeiro v. 2. 9. 47: 7268  
 Organisation amerikanischer Staaten (Panamerikanische Union) 7886, 7901  
 Wirtschaftskonferenz von Petropolis, 22. 11.—2. 12. 54: \*7227

**Arabische Liga**

7252  
 arabischer Sicherheitspakt \*7458  
 Beziehungen zum Irak \*7387  
 Rat der Arabischen Liga \*7353, \*7387  
 Verteidigungsvertrag der Arabischen Liga v. 13. 4. 50: 7252, \*7260

**Argentinien**

Verfassung \*7943

**Asien**

Banken 7564  
 Erdöl 7564  
 Handel 7407, 7410, 7564  
 Investitionen 7563  
 kulturelle Beziehungen zu anderen Kontinenten 7565  
 kulturelle Zusammenarbeit 7564f  
 Rassenfrage 7565  
 Rohstoffe 7564  
 Schifffahrt 7564  
 wirtschaftliche Zusammenarbeit 7563f  
 Wirtschaftshilfe 7563f  
 Colombo-Plan 7404, 7411, \*7944

**Atomenergie**

vgl. auch **Vereinte Nationen**  
 7208, \*7228, 7280, \*7287, 7349f, \*7354, \*7388, 7411f, 7423, \*7457, 7507, 7564, 7567

**Balkanpakt**

\*7352, 7364, 7897, \*7941

**Organe**

Beratende Balkanversammlung 7364, 7413f (Wortl.), \*7457, 7508, \*7943  
 Ständiger Rat (Tagung Ankara, 28. 2. bis 2. 3. 55) 7413 (Wortl.), 7508  
 Ständiges Sekretariat 7364  
 Beziehungen zur ECE 7413  
 Wirtschaftskonferenz 7413

**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 7339****Belgien**

Außenhandel 7407, 7409  
 Note an Sowjetunion (Pariser Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386  
 Währungsreserven 7333

**Benelux-Union**

7952  
 Agrarpolitik 7315, 7952  
 Beziehungen zu:  
 GATT \*7225, 7315  
 OEEC \*7225, 7315  
 Haftpflichtversicherung (Abkommen) 7503  
 Handel (Einfuhrliste) 7952  
 interparlamentarischer Rat 7952  
 Ministerkonferenz 9. 12. 54: \*7225, 7315

**Bulgarien**

Beziehungen zu Deutschland (Beendigung des Kriegszustandes) \*7455

**Burma**

Beziehungen zu:  
 Volksrepublik China (U Nu in Peking) \*7228  
 Jugoslawien (Besuch Tito) \*7354  
 Vietnam/Nord (Besuch Pham Van Dong) \*7538

**Ceylon**

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (Kotelawala in Bonn) \*7417



**China**

Bürgerkrieg \*7354, \*7388, \*7576

**China (Formosa)****Außenpolitik**

\*7388

**Wehrpolitik**

Beistandspakt mit den Vereinigten

Staaten \*7227, **7254f** (Wortl.), \*7288

Militärhilfe \*7388

Stützpunkte 7255

**China (Volksrepublik)**

Beziehungen zu:

Burma (Besuch U Nu) \*7228

Deutschland (Beendigung des  
Kriegszustandes) \*7535

Indien (Besuch Menon) \*7943

Indonesien \*7576

Sowjetunion 7886f

Vereinigte Staaten \*7228, \*7260,  
\*7576Vereinte Nationen (Besuch Ham-  
marskjöld) \*7288

Warschauer Paktstaaten 7929

Kommunistische Partei \*7538

Port Arthur (Räumung durch Sowjet-  
truppen) \*7943

Währungsreform \*7420

Wehrpflicht \*7388

**Commonwealth****Konferenzen**Finanzminister, Sydney, 8.—15. 1.  
54: 7411Premierminister, London, 1.—8. 2.  
55: **7411f** (Wortl.)

Recht auf Austritt 7195

Statut von Westminster 7542

Verteidigung **7412** (Wortl.)**Dänemark****Außenpolitik**

Beziehungen zu:

Bundesrepublik Deutschland (Han-  
sen in Bonn) \*7495

EGKS 7357f, 7507

GATT 7357

OEEC 7357

deutsche Minderheit 7199, 7203f,  
\*7384, \*7455, \*7495, \*7573Note an Bundesrepublik Deutschland  
(Minderheitenfrage) v. 9. 2. 55:  
\*7384

Regierung \*7351, \*7384

**Deutschland****Außenpolitik**

Beziehungen zu:

Vereinte Nationen 7263, 7267, 7271  
Völkerbund 7542Friedensvertrag 7268, 7514, 7516,  
7521, 7935, \*7939

Grenzen 7203

Kontrolle der Auslandsbeziehungen  
7374**Berlin**

Besatzung 7370, 7376

Kommandatura 7378

**Besatzung**

7208f, 7216, 7366ff, 7892f

Abzug der Besatzungstruppen \*7385,  
7935, \*7942

Besatzungszonen 7366ff, 7369

Demilitarisierung 7366, 7371, 7374

Demokratisierung 7366, 7371

Denazifizierung 7366, 7371, 7374,  
7437

Kontrollbehörde 7369ff, 7376ff

Direktive Nr. 1: 7369

Kontrollrat 7376ff

Kontrollstab 7377

Koordinierungsausschuß 7377f

Proklamation Nr. 2: 7374

Militärmissionen 7378

Reparationen 7371, 7374

Demontagen 7374

**Geschichtswissenschaft**

Zeitgeschichte (Begriff) 7430

zeitgeschichtliche Forschung **7429ff****Handel** vgl. **Wirtschaft****Kirche****EKiD**Gesamtdeutsche Synode, Espel-  
kamp 6.—11. 3. 55: \*7455f

Rat der EKiD \*7384

Nationalsozialismus 7434, 7436f

Antisemitismus 7436f

Spionage 7572, 7892f

**Verfassung und Verwaltung**gesamtdeutsche Verfassung 7436,  
7519f, 7521fStaatsgewalt **7509ff**

Weimarer Verfassung 7905

Zentralverwaltungen 7370ff, 7376

Verkehr (Interzonen-) \*7496, \*7535,  
7572, \*7573, \*7937**Weltkrieg, zweiter****Abkommen**über die Besatzungszonen in  
Deutschland v. 12. 9. 44: 7366ffüber die Kontrollorgane in Deutsch-  
land v. 14. 11. 44: 7366, 7369ff,  
**7376ff** (Wortl.)über die zusätzlich an Deutschland  
gestellten Forderungen v. 25. 7.  
45: 7374Einheit Deutschlands **7365ff**Erklärung in Anbetracht der Nieder-  
lage Deutschlands v. 5. 6. 45:  
**7365ff**geschäftsführende Reichsregierung  
(1945) 7370fKapitulation, bedingungslose 7366f,  
7369, 7372ff, 7376, 7378

Kriegsgefangene 7348, 7923

Kriegsverbrecher 7433, 7437

Urkunde der politischen Unterwer-  
fung Deutschlands v. 25. 7. 44:  
7366f, 7372fZerstückelung Deutschlands 7371f,  
7375 Anm. 41**Wiedervereinigung**7206ff, 7209ff, 7214ff, 7219f, \*7257f,  
7263f, 7267, 7282f, \*7285ff, 7295ff,  
7345ff, 7350, \*7351ff, 7365, \*7384f,  
\*7417f, \*7455, \*7457, \*7495,  
**7509ff**, \*7535f, 7562, 7571f, \*7573,  
7891ff, 7917, 7927f, 7932ff, \*7937ffAusschuß für Deutsche Einheit (DDR)  
\*7285

Beziehungen Bundesrepublik—DDR

7572, \*7573, 7932, 7937f, \*7942

„Deutsches Manifest“ **7350** (Wortl.),  
\*7384ff

Eden-Plan \*7385, 7516ff

gesamtdeutsche Beratung 7512f

Gesamtdeutscher Konstituierender  
Rat 7512gesamtdeutsche Regierung 7509ff,  
7521f, 7935

Handlungsfreiheit 7514ff

Länderausschuß 7513, 7521f

Militärstützpunkte 7934

Molotov-Plan 7516f

Nationalversammlung 7509ff, 7521f,  
7935Neutralisierung 7299, \*7386, \*7536,  
7903, \*7939f, \*7943Volksbewegung „Unenteilbares  
Deutschland“ \*7286

Wahlen, gesamtdeutsche 7345ff,

\*7385, \*7417, 7510ff, 7934f

Kontrolle der Wahlen 7346f, 7513,  
7516, 7518**Wirtschaft**Auslandsvermögen \*7418, \*7458,  
\*7495, 7532, \*7938, \*7941

Interzonenhandel 7572

Wirtschaftseinheit 7366, 7371

**Deutschland (Bundesrepublik)****Arbeits- und Sozialpolitik**Arbeitsübereinkommen (Ratifizierung)  
7223f

Auswanderung 7360

Flüchtlinge 7360

**Gewerkschaften**

Aktionsprogramm \*7573

Bundesvorstand DGB (zu Pariser  
Verträgen) \*7417IG Bergbau („Reusch-Affäre“)  
\*7351

IG Metall („Reusch-Affäre“) \*7351

Landesbezirk Bayern (gegen Wie-  
derbewaffnung) \*7351

Jugendfragen \*7226

Mitbestimmungsrecht \*7286, \*7351

Streiks \*7286, \*7495, \*7535

**Außenpolitik**

7235ff, \*7285, 7436, \*7495, \*7939

Beziehungen zu:

Ceylon (Besuch Kotelawala) \*7414

Dänemark (Besuch Hansen) \*7495

FAO **7492ff**

Frankreich \*7384

(Besuch Mendès-France) \*7286  
(Besuch Pinay) **7562f** (Wortl.)ILO **7221ff**

IMF 7393

Jugoslawien (Parlamentsdelegation  
in Belgrad) \*7938

NATO \*7384

Oesterreich \*7225, \*7257, \*7287,  
\*7938Saargebiet (Wirtschaftsverhand-  
lungen) \*7384Sowjetunion 7346, 7348, \*7351,  
\*7535



UNESCO 7350  
 Vereinigte Staaten \*7387  
 (Adenauer in Washington) 7517  
 Vereinte Nationen 7263f, 7268f, 7273  
 Weltbank 7389ff  
 dänische Minderheit 7203f, \*7225, \*7286, \*7384, \*7455, \*7495, \*7573  
 Kieler Erklärung v. 26. 9. 49: 7204  
 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 7491f  
 diplomatische Vertretungen \*7351  
 zu europäischer Integration \*7384  
 zu EVG 7235ff  
 Note an Dänemark (Minderheitenfrage) v. 2. 2. 55: \*7384  
 Pariser Verträge s. diese  
 Saarabkommen vgl. **Saar**  
 Sichtvermerkzwang (Abschaffung) 7503  
 Berlin (West)  
 Abgeordnetenhaus \*7285  
 Besatzung 7921f (Wortl.)  
 alliierte Vorbehalte 7922  
 Lizenzierung \*7225  
 Gesetzgebung 7922  
 Regierender Bürgermeister \*7285  
 Senat \*7352, \*7384  
 Wahlen \*7225  
 Besatzung  
 7208, 7215, 7348  
 Alliierte Hohe Kommission \*7384, 7921ff (Wortl.), \*7937  
 Aufhebung des Besatzungsregimes 7232, 7573, 7921ff (Wortl.), \*7937  
 Souveränität 7232ff, 7301, \*7418, 7923  
 Finanz- und Währungspolitik  
 Beziehungen zur EZU 7326f  
 Finanzreform \*7225  
 Gleitfallsystem \*7285  
 Konvertibilität 7332  
 Steuerreform \*7225  
 Währungsreserven 7333  
 Handel vgl. **Wirtschaft**  
 Innenpolitik  
 Bundestag \*7257  
 außenpolitische Debatte \*7939  
 Parteien  
 CDU \*7384  
 CSU (Landesversammlung) \*7352  
 Deutsche Nationalpartei \*7225  
 FDP \*7937  
 (6. Bundesparteitag, Oldenburg 25.—26. 3. 55) \*7495  
 (Hauptausschuß, zum Saarabkommen) \*7456  
 GB/BHE \*7456  
 (außerord. Parteitag, Bonn 20. 2. 55) \*7417  
 KPD (Parteitag, Hamburg 28. bis 30. 12. 54) \*7258  
 (Prozeß gegen —) \*7417, \*7939  
 SPD \*7938  
 (Arbeitsprogramm für die Wiedervereinigung Deutschlands v. 29. 4. 55) 7572 (Wortl.)  
 (Programm zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung v. 9. 5. 55) 7932ff (Wortl.)

(Vorstand zu Viermächteverhandlungen) \*7351f  
 (Vorstand und Parteiausschuß zu Pariser Verträgen) \*7226, \*7455  
 Südschleswigscher Wählerverband \*7286  
 Regierung \*7225, \*7418  
 Staatsangehörigkeit \*7225, \*7257, \*7287  
 Verfassungsrecht 7905  
 Grundgesetz 7340  
 (Verbot des Angriffskrieges) 7905  
 Kulturpolitik  
 Deutsche UNESCO-Kommission 7349f, \*7455  
 kultureller Austausch mit DDR \*7455  
 kulturelle Beziehungen zu:  
 Frankreich \*7286, 7561  
 Spanien \*7226  
 Schulwesen \*7417  
 UNESCO-Institute 7349  
 Länder  
 Bayern  
 Landtag \*7226  
 Regierung \*7226, \*7285f  
 Volksbegehren gegen Wiederbewaffnung \*7351, \*7385  
 Hessen  
 Landtag \*7257  
 Regierung \*7226, \*7257, \*7351  
 Niedersachsen  
 Regierung \*7939  
 Wahlen \*7573  
 Rheinland-Pfalz  
 Wahlen \*7938  
 Sozialpolitik vgl. **Arbeits- und Sozialpolitik**  
 Spionage \*7938  
 Verkehr  
 Deutsche Lufthansa \*7455  
 Schiffsverkehrswege \*7286  
 Moselkanalisierung 7563  
 Verteidigung vgl. **Wehrpolitik**  
 Währung vgl. **Finanz- und Währungspolitik**  
 Wehrpolitik  
 entmilitarisierte Zonen 7904f  
 Freiwilligengesetz \*7939  
 Kriegsdienstverweigerung \*7455f  
 Rüstung \*7257, \*7285  
 Streitkräfte 7207, 7209, 7214, \*7225, \*7285  
 Begrenzung 7904  
 Stationierung 7905  
 Verteidigung 7267f, \*7535, \*7939  
 Verteidigungsbeitrag 7231ff, 7252  
 Wiederbewaffnung 7214f, \*7226, \*7258ff, \*7287, 7294, 7296f, 7299f, 7345, 7348, 7350, \*7351f, \*7455, 7893, 7899, 7904f, 7932, \*7942  
 Zivilverteidigung \*7285  
 Wiedergutmachung \*7417  
 Wirtschaft  
 Auslandschulden \*7225  
 Außenhandel 7391f, 7407, 7409, 7563  
 Bundesverband der Deutschen Industrie \*7257

Ernährungswirtschaft 7492  
 Genossenschaften \*7285  
 Kartelle \*7285  
 Dekartellisierung \*7384  
 Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft 7526 Anm. 7, 7529  
 Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich \*7286, 7563

## Deutschland (DDR)

### Außenpolitik

#### Beziehungen zu:

Polen (Bolz in Warschau) \*7457  
 Sowjetunion 7347f

#### Berlin (Ost)

Grenzkontrollen \*7285

Verwaltung (Unterstellung unter DDR) \*7258

### Finanz- und Währungspolitik

Staatshaushalt \*7938

### Innenpolitik

FDJ (V. Parlament, Erfurt 25.—27. 5. 55) \*7939

Länderkammer (Präsident) \*7938

Nationale Front \*7456

Regierung \*7495, \*7535f

### Volkskammer

Beziehungen zu Oberstem Sowjet der Sowjetunion \*7385

#### Botschaften an:

belgische Abgeordnetenversammlung \*7286

Deutschen Bundestag \*7257, \*7385, \*7417, 7518

französische Nationalversammlung \*7257

italienische Kammer \*7257

Proklamation anläßl. Ratifizierung Pariser Verträge \*7455

### Justiz

Generalstaatsanwalt \*7286

Spionage \*7535

### Wehrpolitik

Aufrüstung 7935

Volkspolizei \*7258, 7893

### Wirtschaft

Lebensmittelversorgung \*7285

Volkswirtschaftsplan 1955: \*7938

## Europa

vgl. auch **Europäische Bewegung**, **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl**, **Europäischer Wirtschaftsrat**, **Europarat**, **Westeuropäische Union**

Atomenergie (gemeinsame Ausnutzung) 7415, \*7536, 7562

### Bevölkerung

7360

Auswanderung 7360f, 7403

Flüchtlinge 7312, 7359ff

Minderheiten 7199ff

Wanderung (innerhalb Europas) 7360f

**Europäische Politische Gemeinschaft**

7530, 7908f

Satzungsentwurf 7908f



## Verfassungsausschuß 7315

*Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)*  
7207, **7231ff**, 7268, 7293ff, 7896, 7900, 7908f

*Geschichtswissenschaft*

Europäischer Historiker-Kongreß,  
Mainz 10.—20. 3. 55: 7505f  
Zeitgeschichte (Begriff) 7430

*Gewerkschaften* 7507

*Handel* vgl. *Wirtschaft*

*Integration*

politische 7200f, \*7287, 7292ff, 7315, \*7351, 7363, 7382f, 7415, 7425, 7453, 7490, 7510, 7530, 7562, 7570f, 7579, 7896, 7907ff, **7913ff**, \*7942, 7951f

„dritte Kraft“ 7913ff

Verfassungsgebende Versammlung  
7570

wirtschaftliche 7325, 7329f, 7333, 7338, 7341ff, \*7384, 7415, 7507, 7918f

—der Energiewirtschaft 7415

—des Verkehrswesens 7415, \*7536, 7562, 7579, 7951

*Paneuropa-Friedensbewegung*

7. Paneuropa-Kongreß, Baden-Baden  
19.—21. 3. 55: 7505, 7530

*Rat der Europäischen Gemeinden*

Exekutivausschuß 7425

Vertretung in europäischen Organisationen 7505

*Sicherheit*

**7206ff** (Wortl.), **7209ff** (Wortl.), **7211f** (Wortl.), **7212ff** (Wortl.), **7219f** (Wortl.), \*7226, 7294, 7303, 7346, 7371, \*7385f, \*7417, 7453f, \*7457, \*7535f, 7562, **7913ff**, 7929, 7931, 7933ff, \*7942

gesamteuropäischer Sicherheitsvertrag (sowjetischer Entwurf)

7206, 7209f, 7217, 7219, 7348, 7899f, 7931

*Sicherheitspakt* **7891ff***Verkehr*

Europäische Konferenz der Verkehrsminister 7579

Ständige Europäische Konferenz für Zivilluftfahrt 7884

*Verteidigung* **7231ff**, 7412, 7503*Währungsfragen*

7333ff, **7337ff**, 7342ff

europäischer Währungsfonds 7283, 7327ff, 7332, 7335f, 7338, 7343, 7362

Konvertibilität **7323ff**, **7332ff**, 7338, **7342ff**, **7344** (Wortl.), \*7384, 7416, 7919

Währungskontrollinstanz 7335f, 7337ff, 7343

Währungsreserven 7283, 7325, 7328, 7333ff, 7337f, 7343, 7416

Wechselkurse 7327f, 7334ff, 7337, 7341

*Wirtschaft*

Agrarmärkte 7415, \*7536

Handel 7283, 7328f, 7407ff

Exportsubventionen \*7384

Liberalisierung 7323, 7325, 7327f, 7343f

Kapitalmärkte 7402f

Rat der Europäischen Industrieverbände \*7384

unterentwickelte Gebiete 7284, 7361, **7399ff**, 7413, **7449ff** (Wortl.)

*Europäische Bewegung*

7530, 7907

Aktionskomitee für die übernationale europäische Gemeinschaft 7425, 7570

Aktionsprogramm 7570

Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) 7344, \*7384

1. Europäischer Kongreß, Den Haag  
7.—11. 5. 48: 7909

Französische Organisation der Europäischen Bewegung 7425

Generalsekretär 7425

Internationales Exekutivbüro 7425, 7570

Union Europäischer Föderalisten (UEF) s. diese

*Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)*

**7243ff**, 7293ff, 7306ff, 7570f, 7904, 7908, 7919, \*7940

*Organe*

Assoziationsrat 7379f, 7382f

Besonderer Ministerrat

Beziehungen zur Hohen Behörde  
7381

gemeinsame Sitzungen mit britischen Vertretern 7379f, 7383

Tagungen:

7.—8. 12. 54: \*7225, 7314

20. 1. 55: 7363

21.—22. 3. 55: 7507

Gerichtshof **7243ff**, \*7257, 7314, 7426

Hohe Behörde

Beziehungen zu:

Besonderem Ministerrat 7381

BIZ 7314

Großbritannien 7379ff, 7952

gemeinsame Sitzung mit Ministerkomitee des Europarats, Paris  
15. 1. 55: \*7285, 7356f

Präsident \*7285, 7314, 7363

Zuständigkeit 7381

Versammlung

Beziehungen zur Beratenden Versammlung des Europarats 7306ff, 7314

Sitzungen:

1. außerordentliche, 29. 11. bis 3. 12. 54: 7313f

2. außerordentliche, 6.—9. 5. 55: 7950f

3. ordentliche, 10.—14. 5. 55: 7950f

Wahlen zur Versammlung 7951

Zuständigkeit 7306, 7308, 7313f, 7951

*Arbeits- und Sozialpolitik*

Berufsausbildung 7951

Freizügigkeit \*7225, 7314, 7951

Gewerkschaften 7507

Sozialpolitik 7380, 7507

Wohnungsbau 7363, 7507, 7951

*Außenbeziehungen*

7314, 7357

Beziehungen zu:

Europarat 7295, 7306ff, 7356f

GATT \*7225, 7314, 7357, 7426f

Großbritannien \*7225, \*7257, 7307f, 7314, **7379ff** (Wortl.), \*7419, 7426, 7951

OEEC 7357

Triest (Ausdehnung des Geltungsbereichs) 7507

*Finanzpolitik*

Anleihe 7314

Haushalt 7950

Montanabgabe 7951

Zollpolitik 7357, 7380

*Handel*

7379f, 7382f

Exportkartell 7357f

Handelspolitik 7357, 7380

Sitz der EGKS 7301f

*Technik* 7380

Transporttarife 7363, 7507

*Wirtschaft*

Ausgleichsfonds 7507

Gemeinsamer Markt 7883

Investitionen 7379

Kartelle 7357f, 7951

„Monnet-Rabatt“ \*7257

Preise 7379, 7507

Produktivität 7357

Rohstoffversorgung 7379

Zuständigkeitserweiterung \*7536, 7951

*Europäische Vereinigung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt (CEPES)* 7333ff, 7337ff, 7342ff*Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)* 7324f, 7331, 7339*Organe*

Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung (PRA) 7523, **7526ff**

Europäische Produktivitätszentrale (EPZ) 7426, 7506, **7523ff**, 7526f

Europäische Zahlungsunion (EZU) 7283, 7324ff, 7332, 7339, 7344, 7362

Handelsdirektorium 7362

Ministerrausschuß für Konvertibilitätsfragen 7283

Ministerkomitee für die Landwirtschaft 7362, \*7455, 7506

Ministerrat 7532, 7526, 7553

Tagung Paris 13.—14. 1. 55: 7283f, 7332, 7362

Verbindungsausschuß OEEC/Europarat 7423, 7579

*Beziehungen zu:*

GATT 7283, 7506

Jugoslawien \*7455, 7506

Kanada 7362

Spanien 7362

Vereinigte Staaten 7362



**Handel**

7331, 7883  
 Exportsubventionen 7284, 7362  
 Liberalisierung 7283f, 7331, 7362,  
 7506, 7523, 7884  
 Warenverkehr 7883  
 Zollpolitik 7362  
 Industrie 7883

*Jahresberichte* 7315, 7525, 7579  
 7883f

**Landwirtschaft**

7362  
 Erzeugung 7883  
 „Grüner Pool“ 7284  
 Lebensstandard 7883

*Produktivität* 7523ff, 7526ff, 7883f

*unterentwickelte Gebiete* (technische  
 Hilfe) 7284, 7523

**Währungsfragen**

Konvertibilität 7283  
 Währungsstabilität 7883  
 Zahlungsausgleich 7883

**Europäisches Zentrum für Kern-  
forschung** 7428**Europarat**

7907ff

**Organe**

Beratende Versammlung 7908

Befugnisse 7293, 7295f  
 Geschäftsordnung 7504  
 6. Sitzungsperiode, 3. Teil, 8. bis  
 11. 12. 54: 7291ff

Generalsekretariat 7305

Generalsekretär 7356, 7361

Menschenrechtskommission 7310,  
 7503, 7579f

Antragsrecht von Einzelpersonen  
 7579f

Geschäftsordnung 7579

Immunität 7579

Ministerkomitee 7908

gemeinsame Sitzung mit Hoher  
 Behörde der EGKS, 15. 1. 55:  
 7356f

15. Tagung, 19. 12. 54: 7292ff

26. Tagung der Stellvertreter,  
 14.—17. 12. 54: 7292ff

27. Tagung der Stellvertreter,  
 10.—12. 1. 55: 7356ff

28. Tagung der Stellvertreter,  
 8.—12. 3. 55: 7502ff

29. Tagung der Stellvertreter,  
 19.—22. 4. 55: 7578ff

30. Tagung der Stellvertreter,  
 17.—21. 5. 55: 7949ff

Sozialausschuß 7949

Verbindungsausschuß Europa-  
 rat/OEEC 7423, 7579

*Aktionsprogramm* 7310, 7359, 7581

*Flüchtlinge und Bevölkerungsüber-  
 schüsse* 7312, 7359ff, 7504, 7582,  
 7950

*Haushalt* 7356

*Katastrophenhilfe* 7291f, 7316

*Kommunalangelegenheiten* 7313, 7361

**Kulturelle Fragen**

Ausstellungen 7316, 7359

Beziehungen zur UNESCO 7359,  
 7581

Europäische Konvention über die  
 Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse  
 v. 11. 12. 53: 7319, 7503

Europäische Kulturfestspiele 7581

Europäische Kulturkonvention  
 v. 19. 12. 54: 7292, 7311f, 7319,  
 7320f (Wortl.), 7504, 7950

Europäisches Jahrbuch 7504f

Europäisches Zentrum für Informa-  
 tion und Erziehung 7424f

Europatag der Schulen 7505, 7883

Fernsehen 7581, 7950

Film 7359, 7950

kulturelle Beziehungen Ost/West  
 7883

Kulturfonds 7582

Kulturprogramm 7312f, 7359, 7582

Runder Tisch Europas 7359, 7425,  
 7504, 7581

Stipendien 7359, 7424, 7581

Universitätsstudium (Anerkennung)  
 7581

*Neujahrswortschaften* 7291

**Politische Fragen**

Atomenergie 7423

Beziehungen zu:

EGKS 7295, 7306ff, 7356f, 7951  
 europäische Organisationen 7502  
 internationale Organisationen 7949  
 Kongreß der Vereinigten Staaten  
 7310, 7503

Parlament Kanadas 7310, 7503

regionale europäische Versamm-  
 lungen 7503

Versammlung der unterdrückten  
 europäischen Nationen 7316

WEU 7292ff, 7303ff (Wortl.), 7579

zu Nichtmitgliedstaaten 7313, 7582f,  
 7909f

zu Pariser Verträgen 7292ff, 7303  
 (Wortl.)

Politik des Europarates im Lichte der  
 internationalen Entwicklung 7292ff

Rolle des Europarates bei der Or-  
 ganisation Europas 7292, 7297, 7300,  
 7302, 7305f, 7356, 7502, 7578

zum Saarabkommen 7292ff, 7305  
 (Wortl.)

Wahlen zu europäischen Versamm-  
 lungen 7503

**Rechts- und Verwaltungsfragen**

Auslieferung 7309f, 7358, 7423

Europäische Konvention über die  
 Formalitäten bei Patentanmeldun-  
 gen v. 11. 12. 53: 7319, 7949

Europäische Konvention über die  
 internationale Klassifizierung der  
 Patente v. 19. 12. 54: 7292, 7309,  
 7319, 7321f (Wortl.), 7503, 7949

Europäische Konvention der Men-  
 schenrechte und Grundfreiheiten  
 v. 4. 11. 50: 7201, 7318, 7579f,  
 7905, 7924

friedliche Beilegung von Streitig-  
 keiten 7291, 7310, 7580

gegenseitige Behandlung von Staats-  
 angehörigen 7358

Grenzformalitäten (Vereinfachung)  
 7310

zu Internationaler Personenstands-  
 kommission 7309

Niederlassungsordnung (Entwurf)  
 7358

Paßwesen 7580, 7950

Schiedsgerichtsbarkeit im Handel 7580

Sichtvermerkzwang (Aufhebung)  
 7311, 7358, 7503, 7580

Staatenlosigkeit 7310

Versicherungswesen 7580

**Soziale Fragen**

Beziehungen zur ILO 7311, 7581,  
 7949

Europäische Konvention über soziale  
 und medizinische Hilfe v. 11. 12. 53:  
 7319

Europäische Sozialcharta (Entwurf)  
 7311

Europäische Sozialversicherungsord-  
 nung (Entwurf) 7581, 7909, 7949f

Gesundheitswesen 7423f, 7580f

Interimsabkommen über Soziale  
 Sicherheit v. 11. 12. 53: 7318f, 7503

Kriegsversehrtenaustausch 7424

Lehrlingsaustausch 7949

*Statut* 7907f, 7911

assoziierte Mitglieder 7911

**Wirtschaftsfragen**

Beziehungen zu:

FAO 7502

ICAO 7884

einschränkende Handelspraktiken  
 7502

Ölrückstände 7316

Pflanzenschutz 7358

Straßburger Plan 7308f, 7579, 7909,  
 7949

wirtschaftliche Entwicklung Süd-  
 europas 7309, 7358, 7423

Wirtschaftsbeziehungen Ost/West  
 7578



- NATO \*7258  
Saargebiet 7234, 7415, \*7418, \*7456, 7490, \*7496  
Sowjetunion \*7258, 7488ff  
Briefwechsel Mendès-France/Churchill (Viermächtekonferenz) 7488ff (Wortl.)  
zu Deutschland (Kontrolle) 7366ff (politische Einheit) 7370f (Wiedervereinigung) \*7536  
und Europäische Beratende Kommission (1944) 7366ff  
zu EVG 7232  
Noten an:  
Sowjetunion (Deutschlandfrage) v. 13. 5. 52: 7514 (Deutschlandfrage) v. 10. 7. 52: 7370 (Deutschlandfrage) v. 15. 7. 53: 7514 (europäische Sicherheit) v. 10. 9. 54: 7517 (europäische Sicherheit) v. 29. 11. 54: 7211f (Wortl.), 7517 (franz.-sowj. Beistandspakt) v. 27. 1. 55: \*7352 (Pariser Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386 (österreich. Staatsvertrag) v. 22. 4. 55: 7561f (Wortl.) (Viermächtekonferenz) v. 10. 5. 55: \*7942  
Staaten der WEU, Vereinigte Staaten und Kanada (Rüstungspool) v. 5. 1. 55: \*7286  
zu Österreich (Staatsvertrag) 7531 (Wortl.), 7561f  
Pariser Verträge s. diese  
Saarabkommen vgl. Saar  
zu Triest 7469  
zur Verteidigung Europas 7231ff  
*Finanz- und Währungspolitik*  
Währung 7415  
Währungsreserven 7333  
Zahlungsbilanz 7415  
*Geschichtswissenschaft*  
Histoire contemporaine (Begriff) 7430  
*Handel* vgl. *Wirtschaft*  
*Innenpolitik*  
Nationalversammlung  
Präsident \*7286  
Vertrauensabstimmungen \*7258f, \*7385, 7415, \*7418  
Parteien  
Französische Sammlungsbewegung (RPF) \*7226  
Volksrepublikanische Bewegung (MRP) \*7536, \*7940  
Zentrum der Unabhängigen und Bauern \*7226  
Regierung \*7352, \*7385, 7415f, \*7418  
Regierungsprogramm Faure 7415f  
*Kolonialpolitik*  
Indochina \*7258f  
Nordafrika \*7226, \*7835, 7415  
*Kriegsverbrecherprozesse* \*7286  
*kulturelle Beziehungen* zu Deutschland \*7286, 7561  
*Sozialpolitik* vgl. *Arbeits- und Sozialpolitik*  
*Verkehr*  
Schiffahrtswege \*7286  
Moselkanalisierung 7563  
*Wirtschaft*  
7415  
Achtzehn-Monate-Plan 7415  
Außenhandel 7409, 7563  
Exportsubventionen 7284  
Liberalisierung 7284, 7362  
Industrie 7415  
Landwirtschaft 7415  
Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland \*7286, 7563  
Wirtschaftsunion Frankreich/Saargebiet 7415, 7533f (Wortl.), \*7536, \*7939  
*Französische Union*  
Reorganisation 7415  
Wirtschaft 7415  
*Geschichtswissenschaft*  
zeitgeschichtliche Forschung 7429ff  
*Griechenland*  
Auswanderung 7360  
Bevölkerung 7360  
Flüchtlinge 7360, 7582  
Landwirtschaft 7451f  
Liberalisierung 7284  
wirtschaftliche Entwicklung 7449ff (Wortl.)  
*Großbritannien*  
Atomenergie \*7939  
Wasserstoffbombe \*7418f, 7456  
*Außenpolitik*  
7231ff, \*7457  
Beziehungen zu:  
Ägypten 7411 (Eden in Kairo) \*7419  
EGKS \*7225, 7379ff (Wortl.), \*7419  
EVG-Staaten (Reise Edens) 7240f  
Frankreich 7488ff  
Irak (Eden in Bagdad) \*7457f  
Italien (Besuch Scelba) \*7419  
Libanon (Eden in Beirut) \*7458  
Mittelost-Staaten 7568  
Persien 7411  
Sowjetunion \*7457, 7486f, 7489  
Vereinigte Staaten (Churchill in Washington) 7231  
Botschaftsaustausch Churchill/Molotov (Frage einer Zusammenkunft der Regierungschefs) 7486ff (Wortl.)  
Briefwechsel Churchill/Mendès-France (Viermächtekonferenz) 7488ff (Wortl.)  
zu europäischer Integration 7297  
zu EVG 7231  
zu Formosa \*7385, \*7456f  
Noten an die Sowjetunion (Deutschlandfrage) v. 13. 5. 52: 7514 (Deutschlandfrage) v. 10. 7. 52: 7370 (Deutschlandfrage) v. 15. 7. 53: 7514  
(europäische Sicherheit) v. 10. 9. 54: 7517 (europäische Sicherheit) v. 29. 11. 54: 7211f (Wortl.), 7517 (brit.-sowj. Beistandspakt) v. 27. 1. 55: \*7352 (Pariser Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386 (österreich. Staatsvertrag) v. 22. 4. 55: 7561f (Wortl.) (Viermächtekonferenz) v. 15. 5. 55: \*7942  
zu Oesterreich (Staatsvertrag) 7531 (Wortl.), 7561f  
Pariser Verträge s. diese  
zu Triest 7468f, 7472  
zur Verteidigung Europas 7231ff  
*Finanz- und Währungspolitik*  
Konvertibilität 7283, 7328, 7332  
*Geschichtswissenschaft*  
Contemporary History (Begriff) 7430  
*Handel* vgl. *Wirtschaft*  
*Innenpolitik*  
Labour Party \*7496, \*7574 (Exekutive zu Formosa) \*7419  
Regierung \*7536  
Wahlen \*7536, \*7940  
*Kolonialpolitik*  
Colonial Development and Welfare Act v. 1929: 7404  
*Wehrpolitik*  
Stützpunkt am Suezkanal 7252f (Wortl.)  
Verteidigung \*7456  
Weißbuch \*7418f  
*Wirtschaft*  
Außenhandel 7407, 7409  
Iron and Steel Board 7382  
National Coal Board 7382  
*Indien*  
*Außenpolitik*  
Beziehungen zu:  
Ägypten (Nehru in Kairo) \*7387, \*7419  
Volksrepublik China (Menon in Peking) \*7943  
Jugoslawien (Besuch Tito) 7255f (Wortl.), \*7260  
Kambodscha \*7498  
Pakistan 7197 (Besuch Mohammed Ali) \*7944  
Vietnam/Nord (Besuch Pham Van Dong) \*7538  
zu Deutschland (Wiedervereinigung) 7282f  
zu Formosa \*7420  
*Indochina*  
Waffenstillstand 7411  
*Indonesien*  
Beziehungen  
zur Volksrepublik China \*7576  
Neu-Guinea 7566  
*Internationale Beziehungen*  
7886ff  
Spannung 7891f, 7899, 7927, 7932  
Gleichgewicht \*7386



„Kalter Krieg“ 7890f, 7902  
Koexistenz \*7354, \*7386f, \*7538, 7567,  
\*7575, 7888f, 7891, 7917ff  
kollektive Sicherheit s. „Sicherheit“  
Minderheitenpolitik **7199ff**  
Paktsysteme 7895ff, 7915  
Sicherheit

vgl. auch **Vereinte Nationen und Europa**

7256, 7263ff, 7267ff, 7282, 7567,  
7913ff

**Internationale Handelskammer (IHK)**  
15. Kongreß, Tokio 16.—21. 5. 55:  
\*7944

Präsidium (83. Sitzung, Paris 9. bis  
10. 2. 55) 7416

**Internationaler Bund Freier Gewerk-  
schaften (IBFG)**

IV. Weltkongreß, Wien 20.—28. 5.  
55: \*7942

**Internationales Landwirtschaftsinsti-  
tut** 7492f

**Interparlamentarische Union** 7883

**Irak**

Beziehungen zu:

Arabische Liga \*7353, \*7388  
Großbritannien (Besuch Eden)  
\*7458

Sowjetunion (Aufhebung diploma-  
tischer Beziehungen) \*7287f

Türkei \*7388, \*7419  
(Besuch Menderes) \*7288

**Italien**

**Arbeits- und Sozialpolitik**

Arbeitsmarkt u. Beschäftigung 7439ff,  
7443, 7447, 7553ff, 7556

Auswanderung 7360, 7440

Berufsausbildung 7553

Gewerkschaften 7447

Sozialversicherung 7442f

**Außenpolitik**

\*7940

Beziehungen zu:

Balkanpakt-Staaten \*7385

Frankreich (Besuch Mendès-France)  
\*7287

Großbritannien (Scelba in Lon-  
don) \*7419

Kanada (Scelba in Ottawa) \*7498

Türkei (Besuch Menderes) \*7385

Vereinigte Staaten (Scelba in Wa-  
shington) \*7497

Note an die Sowjetunion (Pariser  
Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386

österreichische Minderheit (Südtirol)  
\*7227

Triest **7461ff**

Venezia Giulia 7463, 7465, 7468

Bevölkerung 7360, 7440f, 7448  
Anm. 1

Volkstumsgrenzen 7465f

**Finanz- und Währungspolitik**

Finanzgesellschaften 7442

Konvertibilität 7447

Sozialprodukt 7440f

Staatsanleihen 7445

Staatsbetriebe 7442f, 7447

Staatshaushalt 7445f

Steuern 7445, 7553

Volkseinkommen 7439, 7447, 7553ff

Währung (Reserven) 7333

(Stabilisierung) 7439, 7445

Zahlungsbilanz 7446, 7557f

**Handel vgl. Wirtschaft**

**Innenpolitik**

Kammer (Präsident) \*7940

Parteien

Christlich-Demokratische Partei  
7553

Kommunistische Partei (Ueber-  
wachung) \*7227

(IV. Nationalkonferenz) \*7352f

Staatspräsident \*7574

**Rüstung** 7445

**Rundfunk** 7442

**Verkehr** 7442

Währung vgl. **Finanz- und Wäh-  
rungspolitik**

**Wirtschaft**

**7439ff, 7553ff**

Außenhandel 7409, 7446, 7554, 7557f

Liberalisierung 7446, 7557f

Bergbau 7442

Elektrizitätsversorgung 7442, 7555f

Industrie 7441ff

Istituto della Ricostruzione Indu-  
striale 7442

Kapitalmarkt 7446

Banken 7442, 7446, 7448 Anm. 2

Investitionen 7439, 7443ff, 7553ff

Kreditinstitute 7442f, 7448 Anm. 2

Spareinlagen 7554

Landwirtschaft 7441, 7443f, 7451f,  
7555

Bodenreform 7443, 7555

Bodenverbesserung 7443, 7555

Produktivität 7553ff

Vanoni-Plan 7362, 7439, 7447, 7448  
Anm. 5, 7553ff

Versicherungen 7442

wirtschftl. Entwicklung Südtaliens  
7443, 7447, 7449ff (Wortl.), 7553ff

Cassa del Mezzogiorno 7443

Wirtschaftsbilanz 7440

Wirtschaftshilfe 7446, 7558

Wohnungsbau 7556

**Japan**

Außenpolitik \*7228

Note an die Sowjetunion (Friedens-  
verhandlungen) v. 6. 2. 55: \*7388

Regierung \*7228, \*7498

Wahlen \*7420

**Jemen**

arabischer Sicherheitspakt \*7458

Protektorate (Streit mit Großbritan-  
nien) 7566

**Jugoslawien**

**Außenpolitik**

\*7457, \*7940

Beziehungen zu:

Aegypten (Tito in Ismailia) \*7387

Burma (Tito in Rangun) \*7354

Bundesrepublik Deutschland (Be-  
such deutscher Parlamentsdele-  
gation) \*7938

Indien (Tito in Neu-Delhi) **7255ff**  
(Wortl.), \*7260

OEEC \*7285

Sowjetunion (Besuch Chrusch-  
tschow) \*7940f

Türkei (Besuch Menderes) \*7940

Triest **7461ff**

**Innenpolitik**

Bund der Kommunisten \*7259

**Istrien** 7465f

Volkstumsgrenzen 7465f

**Wirtschaft**

Landwirtschaft 7451f

wirtschaftliche Entwicklung **7449ff**  
(Wortl.)

**Kambodscha**

Beziehungen zu Indien \*7498

Militärhilfe \*7943

**Kanada**

Außenhandelspolitik 7362

Beziehungen zu Italien (Besuch  
Scelba) \*7498

zur Verteidigung Europas 7236

**Kolonialfrage** 7565f

**Konferenzen** (internationale)

Atlantik-Konferenz u. -Charta, 12. bis  
14. 8. 41: 7323

Bandung, Asiatisch-Afrikanische Kon-  
ferenz, 18.—24. 4. 55: **7563ff**  
(Wortl.), \*7576

Berlin, Viermächtekonferenz, 25. 1.  
bis 18. 2. 54: 7207f, 7515ff, 7531f,  
7899f, 7933f

Bogor, Ministerpräsidenten der „Co-  
lombo-Staaten“, 28.—29. 12. 54:  
\*7260

Brüssel, EVG-Staaten, 19.—22. 8. 54:  
7233

Genf, Ostasienkonferenz, 26. 4. bis  
21. 7. 54: 7487, \*7538

Jalta, Regierungschefs Großbritan-  
niens, der UdSSR, der USA, 3. bis  
11. 2. 45: 7365ff, \*7386, \*7497

Kairo, Regierungschefs Großbritan-  
niens und der USA, 22.—26. 11.  
43: 7368

London, Außenministerrat, 10. bis  
27. 9. 45: 7469

London, Neunmächtekonferenz, 28. 9.  
bis 3. 10. 54: 7207f, **7231ff**, 7292ff,  
7303

Moskau, Außenminister Großbritan-  
niens, der UdSSR, der USA, 19. bis  
30. 10. 43: 7365f

Moskau, Sicherheitskonferenz, 29. 11.  
bis 2. 12. 54 vgl. **Ostblock**

Neu-Delhi, Konferenz asiatischer Län-  
der zur Minderung der Spannun-  
gen in den internationalen Bezie-  
hungen, 6.—11. 4. 55: \*7538

New York, Konferenz der nicht-  
gouvernementalen Organisationen  
zur Ueberwindung von Vorurtei-



- len und Diskriminierung, 31. 3. bis 4. 4. 55: \*7538  
 Paris, Friedenskonferenz, 29. 7. bis 15. 10. 46: 7469  
 Paris, Konferenzen z. Abschluß der Pariser Verträge, 19.—23. 10. 54 vgl. **Pariser Verträge**  
 Petropolis, Wirtschaftskonferenz der amerikanischen Staaten vgl. **Amerika**  
 Potsdam, Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR, der USA, 17. 7.—2. 8. 45: 7365ff, \*7386, 7519 Anm. 1  
 Prag, Konferenz parlamentarischer Vertreter der DDR, Polens und der Tschechoslowakei (gegen die Pariser Verträge) 29.—31. 12. 54: \*7260, \*7286  
 Quebec, Regierungschefs Großbritanniens und der USA, 11.—16. 9. 43: 7367f  
 Teheran, Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR, der USA, 28. 11.—1. 12. 43: 7371  
 Warschau, Europäische Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, 6. 2. 55: \*7385f  
 Warschau, Sicherheitskonferenz, 11. bis 14. 5. 55 vgl. **Ostblock**
- Konventionen vgl. Abkommen**
- Kulturpolitik** (internationale)  
 Austauschprogramme 7350  
 Erwachsenenbildung 7349f  
 Internationales Schulbuchinstitut 7349  
 UNESCO vgl. **Vereinte Nationen**
- Laos**  
 Beziehungen zu Vietnam/Nord \*7576
- Lateinamerika**  
 Handel 7407, 7410
- Libanon**  
 Beziehungen zu:  
 Großbritannien (Besuch Eden) \*7458  
 Türkei (Besuch Menderes) \*7354
- Liberaler Internationale**  
 Exekutivkomitee  
 Tagung Rom 7.—8. 1. 55: \*7286f  
 Tagung Stockholm 30. 4.—1. 5. 55: \*7942  
 Liberale Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa \*7225, 7315
- Libyen**  
 Beziehungen zu Frankreich \*7227, \*7286
- Luxemburg**  
 Außenhandel 7407, 7409  
 Note an die Sowjetunion (Pariser Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386
- Malaya**  
 Sicherheit 7412
- Marokko**  
 Unabhängigkeitsbestrebungen 7566
- Mittlerer Osten**  
 Arabische Liga s. diese  
 arabischer Sicherheitspakt vgl. **Arabische Liga**  
 Handel 7407, 7410  
 Sicherheit 7567ff  
 Verteidigung 7412  
 Mittelost-Kommando 7567  
 Stützpunkte 7569  
 Suezkanal-Stützpunkte 7252f (Wortl.)  
 Verteidigungsabkommen 7569
- Neuseeland**  
 Beitritt zum ICES 7508
- Niederlande**  
 Außenhandel 7409  
 Auswanderung 7360  
 Bevölkerung 7360  
 Note an die Sowjetunion (Pariser Verträge) v. 3. 2. 55: \*7386  
 Regierung \*7941  
 Währungsreserven 7333
- Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)**  
 7206f, 7232ff, 7268, 7316, 7345, 7453f, 7567, 7886, 7895, 7897f, 7900, 7902, 7904f, 7915f, \*7939  
 Atlantische Gemeinschaft 7915f, 7919  
 Atominformationen (Austausch) \*7536f, 7559ff (Wortl.)  
 Atomwaffeneinsatz \*7258  
 Beitritt der Bundesrepublik Deutschland 7231, 7233ff, \*7258f, \*7352f, \*7419, \*7496, \*7535, \*7537, \*7573f, 7927  
 Beziehungen zur WEU 7927  
 zwischen den Mitgliedstaaten 7490  
 Bündnisfall 7893  
 Infrastruktur 7251  
 Luftverteidigung 7251  
 Nordatlantikat  
 15. Sitzung, Paris 17.—18. 12. 54: 7251f (Wortl.)  
 16. Sitzung, Paris 9.—11. 5. 55: 7927 (Wortl.)  
 Rüstung 7251, 7530  
 Streitkräfte 7251f  
 Verteidigungskolleg 7251  
 Verteidigungspläne 7251  
 Zivilverteidigung 7251
- Nordischer Rat**  
 3. Tagung, Stockholm 27. 1.—4. 2. 55: 7304, 7416
- Norwegen**  
 Regierung \*7287  
 zur Verteidigung Europas 7240  
 Weltbankanleihen 7390f
- Oesterreich**  
 Außenpolitik \*7419  
 Anschluß \*7227, \*7386, 7483ff, 7531  
 Beziehungen zu:  
 Bundesrepublik Deutschland \*7227, \*7287
- Europarat 7910  
 Sowjetunion 7483ff  
 (Raab in Moskau) 7532f (Wortl.), 7561f  
 Vereinte Nationen \*7942  
 Weltbank 7391  
 Neutralität \*7386, \*7419, 7483ff, 7531f, \*7574, \*7941f  
 Note an die Sowjetunion (Staatsvertrag) v. 14. 3. 55: 7484f (Wortl.)  
 Staatsvertrag 7209, 7212, 7220, \*7227, 7295ff, \*7386, \*7419, \*7457, 7483ff, 7531ff, \*7536, 7561f, \*7574, 7891f, \*7941  
 zu Südtirol \*7227  
 zu Triest 7466, 7476ff
- Besatzung**  
 Abkommen über Besatzungszonen in Oesterreich v. 9. 5. 45: 7368  
 Abzug der Besatzungstruppen 7483ff, 7532  
 Kontrollabkommen v. 4. 7. 45 und 28. 6. 46: 7375 Anm. 53  
 Kontrollbehörde 7374  
 Verkehrskontrollen \*7574f
- Handel vgl. Wirtschaft**
- Innenpolitik**  
 Oesterreichische Volkspartei \*7941  
 Kriegsgefangene 7533
- Verkehr**  
 Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft 7533  
 Eisenbahntarife 7476f, 7479  
 Seeschifffahrt 7479
- Wirtschaft**  
 Außenhandel \*7574  
 deutsches Eigentum 7532, \*7938, \*7941  
 Oelfelder 7533  
 Wasserkraften 7391
- Ostblock**  
 7886f, 7895f, 7900ff, 7929ff  
 Beistandspakte 7268, 7896  
 Handel mit Westeuropa 7407, 7410  
 Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa (Moskauer Sicherheitskonferenz), Moskau 29. 11.—2. 12. 54: 7211, 7212ff (Wortl.), 7219f, \*7225, \*7386, \*7495  
 Moskauer Deklaration v. 2. 12. 54: 7213ff, 7517  
 Verteidigungsmaßnahmen 7218, 7220  
 Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung der Sicherheit und des Friedens in Europa (Warschauer Sicherheitskonferenz), Warschau 11.—14. 5. 55: 7928f (Wortl.), \*7942  
 Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den Ostblockstaaten (Warschauer Vertrag) v. 14. 5. 55: \*7497, 7896, 7915, 7928f, 7929ff, (Wortl.), \*7938f, \*7942  
 Politischer Beratungsausschuß 7930f  
 Vereintes Kommando 7930f



**Pakistan****Außenpolitik****7195ff**

Beziehungen zu:

Ägypten 7198

arabische Staaten 7195

Volksrepublik China 7196, 7198

Indien 7197

(Mohammed Ali in Neu-Delhi) \*7944

Türkei 7197f

Vereinigte Staaten 7197

Vereinte Nationen 7196

Weltbank 7390

zur Kolonialfrage 7196f

zu Korea 7196

Mitgliedschaft im Commonwealth 7195

zu Südostasien 7198

Verfassung 7412

Verteidigung 7197

**Pariser Verträge**

7209f, 7211, 7213ff, 7251, \*7287,

7292ff, 7345ff, 7350, \*7351f,

\*7384ff, 7411, 7415f, \*7455ff, 7483,

7488f, 7509, \*7536, 7562, 7571,

\*7575, 7896f, 7900, 7904f, 7928f,

7935f, \*7937, \*7939, \*7942

Ratifizierung 7217, 7219, \*7226,

\*7257ff, \*7285f, \*7351ff, 7415,

\*7417f, \*7457, 7488ff, \*7495ff,

7506f, \*7535ff, \*7574, 7884, \*7939

Rüstungspool 7233, \*7257, \*7285,

7294, 7297, 7299, 7301, 7363,

\*7385, 7530, \*7536

Saarabkommen vgl. Saar

**Persien**

Regierung \*7538

**Peru**

Beziehungen zum IMF 7394f

**Polen**

Beziehungen zu:

Deutschland (Beendigung des

Kriegszustandes) \*7353, \*7419

Bundesrepublik Deutschland \*7353

DDR (Besuch Bolz) \*7457

UNESCO 7349

Regierung \*7227

Stationierung sowjetischer Truppen \*7385

**Publizistik**

7350

Mißbrauch publizistischer Mittel zum Zwecke der Kriegspropaganda 7349

**Recht** (internationales)

Besatzungsrecht 7366, 7374

Definition des Angreifers 7900ff, 7906 Anm. 13

Internationale Gerichtsbarkeit 7274f

Internationale Rechtsvereinheitlichung 7310

Internationales Privatrecht 7338f

Internationales Strafrecht 7280f

Internationales Wirtschaftsrecht 7338

Kriegsrecht 7366, 7374

Menschenrechte 7282

Minderheitenrecht 7199ff

Selbstbestimmungsrecht 7565, 7567, 7571, 7892

Verwaltungsunionen 7339f

Völkerrecht 7268, 7275, 7338ff, 7899, 7901

**Rumänien**

Beziehungen zu Deutschland (Beendigung des Kriegszustandes) \*7457

Vorrang der Schwerindustrie \*7419

**Saar**

auswärtige Beziehungen

zur Bundesrepublik Deutschland

(Wirtschaftsverhandlungen) \*7384

zu Frankreich (franz.-saarländ.

Konventionen) 7490, \*7496

Finanz- und Währungspolitik 7533f

Generalstreik \*7418

Handel vgl. Wirtschaft

Innenpolitik

Ausweisungen 7301

Parteien

Christliche Volkspartei

9. Landesparteitag \*7351

Protest gegen Saar-Debatte des

Deutschen Bundestages \*7456

deutsche Oppositionsparteien \*7384

Volksabstimmung 7563, 7924ff

Justiz 7534

Saarabkommen (deutsch-französisches

Abkommen über das Statut der

Saar) v. 23. 10. 54: \*7226, \*7257f,

\*7286, 7292ff, \*7352, \*7417f, \*7455f,

7490, \*7495f, 7533f, 7563, 7924ff,

\*7937, \*7939

Statut

7924ff

Kommissar 7563, 7924f

Kontrollkommission 7563, 7924

Meinungsfreiheit 7301f, 7305, \*7495,

7924, 7926

Menschenrechte 7302

Verfassungsschutz 7302

Währung vgl. Finanz- und Währungspolitik

Wirtschaft

„Affäre Röchling“ \*7536, 7563, \*7938

Außenhandel 7534

Banken 7534

Investitionen 7534

Kreditwesen 7533f

Wirtschaftsunion Saar/Frankreich

7415, 7533f (Wortl.), \*7536, \*7939

Schiedskommission und Schiedsgericht 7534

**Saudi-Arabien**

arabischer Sicherheitspakt \*7458

**Schweden**

Außenhandel 7409

Beziehungen zu:

Europarat 7298

Sowjetunion (Besuch Gromyko) \*7496f

**Schweiz**

Außenhandel 7409

**Außenpolitik**

Beziehungen zu:

EGKS 7907, 7912

Europarat 7907ff

Internationaler Gerichtshof 7910f

internationale Organisationen 7910

Neutralität 7907ff

Finanz- und Währungspolitik

Währungsreserven 7333

Innenpolitik

Bundespräsident \*7259

Bundesrat \*7259

**Sicherheit** vgl. internationale Beziehungen**Skandinavien**

Arbeitsmarkt 7416

Gemeinsamer nordischer Markt 7416

Nordischer Rat s. dieser

Post- und Fernmeldegebühren 7416

Presse 7416

Rundfunk 7416

Sozialpolitik 7416

**Sowjetunion**

Atomenergie

\*7287

Atomwaffen \*7386

Außenpolitik

7251, \*7287, \*7386f, \*7497, \*7537,

\*7575, 7888ff, 7892, 7917f, \*7943f

Austausch von Parlamentsdelegationen \*7387

Beziehungen zu:

Afghanistan 7568

Volksrepublik China \*7386, 7886f

Deutschland (Beendigung des

Kriegszustandes) 7347f (Wortl.)

Bundesrepublik Deutschland \*7287,

7345ff

DDR 7348

Finnland (Mikojan in Helsinki)

\*7226

Frankreich 7208

Großbritannien 7486f

Irak (Aufhebung diplomatischer

Beziehungen) \*7287

Japan \*7259, \*7354, \*7419, \*7575

Jugoslawien (Chruschtschow in Bel-

grad) \*7941f

Oesterreich (Besuch Raab) 7532f

(Wortl.), 7561f, \*7574

Persien 7568

Saudi-Arabien 7568

Schweden (Gromyko in Stockholm)

\*7496f

Türkei 7568

UNESCO 7349

Vereinigte Staaten \*7287, \*7386f

Botschaftsaustausch Molotow/Churchill (Frage einer Zusammenkunft der Regierungschefs) 7486ff (Wortl.)

zu Deutschland (Wiedervereinigung)

7345f (Wortl.), 7371, 7518

zu Formosa \*7259f, \*7386f

zum Mittleren Osten (Sicherheit) 7567ff (Wortl.)

Noten an:

europäische Mitgliedstaaten der

NATO, außer den drei West-



mächten (europäische Sicherheit) v. 17. 12. 54: \*7260  
 europäische Staaten ohne Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO (Finnland, Jugoslawien, Schweden, Schweiz, Oesterreich) (europäische Sicherheit) v. 17. 12. 54: \*7260  
 23 europäische Staaten und USA (Einladung zur Moskauer Sicherheitskonferenz) v. 13. 11. 54: 7209ff (Wortl.)  
 Frankreich (Pariser Verträge) v. 16. 12. 54: \*7259 (franz.-sowj. Beistandspakt) v. 18. 3. 55: \*7497  
 Großbritannien (Pariser Verträge) v. 20. 12. 54: \*7259 (brit.-sowjet. Beistandspakt) v. 28. 2. 55: \*7419  
 Mitgliedstaaten der WEU, außer Bundesrepublik Deutschland (Pariser Verträge) v. 13. 1. 55: \*7287  
 Oesterreich (Staatsvertrag) v. 24. 3. 55: \*7457, 7483ff (Wortl.)  
 Westmächte (Deutschlandfrage) v. 15. 8. 53: 7515f (europäische Sicherheit) v. 27. 7. 54: 7899 (europäische Sicherheit) v. 4. 8. 54: 7899 (europäische Sicherheit) v. 23. 10. 54: 7206ff (Wortl.), 7517 (europäische Sicherheit) v. 9. 12. 54: 7219f (Wortl.), 7518 (österreichischer Staatsvertrag) v. 19. 4. 55: 7561 (Wortl.) (österreichischer Staatsvertrag) v. 26. 4. 55: 7562 (Wortl.) (Viermächtekonferenz) v. 26. 5. 55: \*7942  
 zu Oesterreich (Staatsvertrag) \*7457, 7483ff (Wortl.), \*7497, 7531ff, 7561f  
 zur SEATO \*7386  
 zu Triest 7469, 7472ff  
**Finanz- und Währungspolitik**  
 Staatshaushalt \*7386  
**Innenpolitik**  
 7889  
 Oberster Sowjet \*7386f  
 Regierung \*7386f, 7419  
**Wehrpolitik**  
 Bündnisse mit Ostblockstaaten 7268, \*7386, \*7497, 7896  
 Rüstung \*7386  
 Verteidigung \*7387  
**Wirtschaft**  
 7889  
 Industrie \*7943  
 Vorrang der Schwerindustrie \*7386  
 Landwirtschaft \*7386, \*7497, \*7537  
 Staatliche Planungskommission \*7943  
 Staatliche Wirtschaftskommission \*7943  
**Sozialistische Internationale**  
 Generalrat (Konferenz Amsterdam, 20.—21. 12. 54) \*7259

**Spanien**  
 Beziehungen zur OEEC 7284  
 kulturelle Beziehungen zu Deutschland \*7226

**Südafrikanische Union**  
 Außenhandel 7546  
 Beziehungen zu den Vereinten Nationen 7544ff  
 Rassenfrage 7565  
 Südwestafrika s. dieses  
 Uranbergbau 7546  
 Verfassung 7548

**Südostasienpakt-Organisation (SEATO)**  
 7198, 7412, \*7420, 7568, 7886, 7897, 7901  
 Beziehungen zu Indochina \*7420  
 Rat der SEATO (1. Tagung, Bangkok 23.—25. 2. 55) \*7420  
 Ratifizierung \*7387  
 Ständiger Rat \*7420

**Südwestafrika**  
**Bevölkerung**  
 deutsche Volksgruppe 7541, 7543, 7547ff  
 Eingeborene 7550  
 Naturalisierungsgesetz v. 1924: 7547  
 Rassentrennung 7546  
**Finanzen** 7551  
**Innenpolitik**  
 Volksbefragung über Einverleibung in die Südafrikanische Union 7544  
 Wahlen 7548, 7550  
**Verfassung und Verwaltung**  
 Caprivi-Zipfel 7543  
 Finanzverwaltung 7548f, 7551  
 Selbstverwaltung 7547  
 Staatsbürgerschaftsgesetz v. 1949: 7550  
 Staatsrechtlicher Stand 7546ff  
 Verfassung 7547ff  
 Völkerrechtlicher Stand 7541ff  
**Verkehr**  
 Eisenbahnen 7543  
 Häfen 7543  
 Wirtschaft 7550f

**Syrien**  
 arabischer Sicherheitspakt \*7458

**Triest**  
 7461ff  
**Besatzung**  
 7467f, 7471  
 Abkommen von Duino (Demarkationslinie) 7467  
 Abzug der alliierten Truppen 7475, 7479  
 Militärverwaltung 7472f, 7479  
**Bevölkerung** 7465  
 Erklärung der Westmächte v. 20. 3. 48: 7473  
**Finanz- und Währungspolitik**  
 Währung 7473f  
 Zölle 7471, 7474, 7476, 7478  
 Geschichte 7461ff

**Julischer Freistaat** 7467  
**Minderheitenstatut** 7476, 7481f (Wortl.)  
**Triest-Abkommen** (Memorandum über die Verständigung über das Freie Territorium von Triest) v. 5. 10. 54: 7296, 7411, 7475f, 7479ff (Wortl.)  
**Unruhen** 7474  
**Verfassung und Verwaltung**  
 Freies Territorium 7467ff, 7475f  
 Verfassung 7470ff  
 Vorläufige Verwaltung 7471  
 Zivilverwaltung 7474f, 7479f  
**Verkehr**  
 Adria-Transportkonferenz 7464  
 Donau-Save-Adria-Gesellschaft 7464  
 Eisenbahnen 7462ff, 7473, 7476f, 7479  
 Hafen 7461ff, 7471f, 7476ff, 7480  
 Transitverkehr 7476ff  
**Wahlen** 7473f  
**Volksabstimmung** 7474  
**Wirtschaft**  
 wirtschaftlicher Anschluß an Italien bzw. Jugoslawien 7473ff  
 Wirtschaftshilfe 7473

**Tschechoslowakei**  
**Außenpolitik**  
 Beziehungen zu:  
 Deutschland (Beendigung des Kriegszustandes) \*7387  
 Bundesrepublik Deutschland \*7353  
 Triest 7467  
 UNESCO 7349  
 zu Deutschland (Wiedervereinigung) \*7353  
**Kommunistische Partei**  
 Tagung des Zentralkomitees, 10.—11. 2. 55: \*7387  
**Wirtschaft**  
 Landwirtschaft \*7387  
 Vorrang der Schwerindustrie \*7387

**Türkei**  
 Beziehungen zu:  
 Irak \*7419f (Menderes in Bagdad) \*7288  
 Italien (Menderes in Rom) \*7385  
 Jugoslawien (Menderes in Belgrad) \*7940  
 Libanon (Menderes in Beirut) \*7354  
 Mittelost-Staaten 7568  
 WEU \*7385  
 Flüchtlinge 7360  
 Landwirtschaft 7451f  
 Liberalisierung 7284  
 Regierung \*7576  
 wirtschaftliche Entwicklung 7449ff (Wortl.)

**Tunesien**  
 französisch-tunesische Konventionen 7415, \*7573f, \*7940  
 Unabhängigkeitsbestrebungen 7566

**Ungarn**  
 Beziehungen zu:



Deutschland (Beendigung des Kriegszustandes) \*7495  
 Triest 7466  
 UNESCO 7349  
 Partei der Werktätigen \*7575  
 Regierung \*7575  
 Verteidigung \*7387  
 Wirtschaft \*7457  
 Vorrang der Schwerindustrie \*7387

### Union Europäischer Föderalisten (UEF)

7914  
 akademische Studententagung, Compiègne 7883  
 Aktionsprogramm 7571  
 Hertensteiner Programm (1947) 7914  
 Internationales Zentrum für europäische Ausbildung, St. Germain \*7285, 7361  
 V. Kongreß der UEF, Paris 21.—23. 1. 55: \*7351, 7361, 7570f  
 Präsidium 7425

### Unterentwickelte Gebiete 7398ff

*Organisation der Wirtschaftshilfe*  
 Internationale Finanzierungsgesellschaft \*7228, 7281, 7564, \*7576  
 Punkt-4-Programm 7398  
 Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung (SUNFED) \*7228, 7281, 7564

Technische Hilfe 7223, 7350, 7404

### soziale Struktur 7399

Arbeitskräfte 7402ff  
 Einwanderung 7403  
 Erziehungswesen 7349  
 Lebensstandard 7400f  
*Verkehr*  
 Verbindungswege 7399, 7401  
 verkehrswirtschaftliche Erschließung 7400

### Verwaltung 7399

*Wirtschaft*  
 Elektrizitätsversorgung 7399, 7401  
 Finanzen 7399, 7401  
 Handel 7399, 7401f, 7404ff  
 Kapital 7402f  
 Kredit 7405  
 Landwirtschaft 7492f  
 Produktivität 7400  
 wirtschaftliche Organisation 7399f, 7402, 7404, 7406  
 Zahlungsbilanzen 7403f, 7406

### Vereinigte Staaten

*Atomenergie*  
 Gesetz von 1954: 7559ff  
 Atomenergie-Kommission 7560f  
*Außenhandel*  
 \*7288, 7332  
 Council on Foreign Economic Policy \*7227  
 Dollarüberschuß 7327  
 Handelspolitik \*7353, 7362, \*7420  
 Reciprocal Trade Agreements Act \*7288

### Außenpolitik

\*7288, \*7458, \*7497  
 Auslandshilfe \*7288, \*7353, \*7575, \*7943

Foreign Operations Administration (FOA) \*7575  
 International Cooperation Administration (ICA) \*7575

### Beziehungen zu:

China (Formosa) \*7227, 7254f, \*7288, \*7387, \*7458  
 Bundesrepublik Deutschland \*7286 (Besuch Adenauer) 7517 (deutsches Vermögen) \*7387  
 GATT \*7288, \*7537f  
 Großbritannien (Besuch Churchill) 7231  
 Italien (Besuch Scelba) \*7497  
 Mittelost-Staaten 7568  
 NATO 7454  
 Vereinte Nationen 7266, 7269f, 7274, 7278 Anm. 74  
 WEU (Garantie) 7453f (Wortl.)  
 zur EVG 7231  
 zu Formosa \*7354, \*7420, \*7497, \*7537, \*7575

Noten an die Sowjetunion (Deutschlandfrage) v. 13. 5. 52: 7514

(Deutschlandfrage) v. 10. 7. 52: 7370

(Deutschlandfrage) v. 15. 7. 53: 7514

(europäische Sicherheit) v. 10. 9. 54: 7517

(europäische Sicherheit) v. 29. 11. 54: 7211f (Wortl.), 7517

(österreichischer Staatsvertrag) v. 22. 4. 55: 7561f (Wortl.)

(Viermächtekonferenz) v. 10. 5. 55: \*7942

zu Österreich (Staatsvertrag) 7531 (Wortl.), 7561f.

zu Triest 7468f  
 Vandenberg-Resolution (11. 6. 48) 7915

zur Verteidigung Europas 7235, 7240f

### Finanz- und Währungspolitik

Staatshaushalt \*7353  
 Währungsreserven 7333  
 Zölle \*7288

*Gewerkschaften* (Zusammenschluß AFL/CIO) \*7387

### Innenpolitik

Regierung \*7497  
 Sonderbotschaft über Formosa \*7354  
 State-of-the-Union-Botschaft \*7288  
 Wirtschaftsbotschaft \*7353  
 Repräsentantenhaus \*7288  
 Senat \*7288

### Verteidigung vgl. Wehrpolitik

*Währung vgl. Finanz- und Währungspolitik*

### Wehrpolitik

Rüstung \*7353  
 Stationierung von Streitkräften in Europa 7454  
 Streitkräfte \*7260

Stützpunkte \*7287, 7897  
 Verteidigung \*7288, \*7457f

### Vereinte Nationen

#### Organe

Abrüstungskommission \*7228, 7279f, \*7420, \*7496, \*7944

Amt des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen 7282, 7315, 7361

Ausschuß für Gute Dienste 7278 Anm. 55

Ausschuß für Informationen aus nichtselbstständigen und Treuhand-Gebieten 7282

Ausschuß für Südwestafrika 7545

Generalsekretär 7270f, 7280f

Jahresbericht 1954: 7279

Internationaler Gerichtshof 7263, 7272ff, 7341, \*7388, 7902, 7906

Anm. 5

Fakultativklausel 7274f

Schiedshof 7902

Zuständigkeit 7274f, 7278 Anm. 82

Kommission für Menschenrechte (11. Sitzung 5.—29. 4. 55) 7571f

Sekretariat \*7288

Sicherheitsrat 7263, 7265ff, 7269ff, 7277 Anm. 34 u. 38, 7280, \*7354, 7893ff, 7906 Anm. 6

Geschäftsordnung 7274

nichtständige Ratssitze 7506

Verfahrensfragen 7269ff

Vetorecht vgl. *Verfassung und Organisation*

Ständige Beratende Kommission für den internationalen Warenhandel 7564

Treuhandschaftratsrat 7273f, 7544

Völkerrechtskommission 7275, 7901

Vollversammlung 7264ff, 7269ff

Abstimmungsmodus 7277 Anm. 34

Geschäftsordnung 7274

„Kleine Vollversammlung“ 7265, 7269, 7895

8. Tagung (1953) 7280f

9. Tagung (1954) \*7228, \*7260, 7279ff

Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) \*7498

Wirtschaftskommission für Europa (ECE), 10. Sitzung, 15.—30. 3. 55: \*7498, 7508

Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung Europas 7507f

Sachverständigengruppe für die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas 7449ff (Wortl.)

Verkehrszölle 7427

Warentransport auf Straßen (Konventionsentwurf) 7952

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) 7273f, 7281f

18. Sitzungsperiode (1954) 7281

19. Sitzungsperiode (1955) \*7944

### Sonderorganisationen

7264, 7273, 7280

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 7221ff, 7909

Beziehungen zu Spanien 7507

Europäische Regionalkonferenz,



- Genf 24. 1.—5. 2. 55: 7311, 7364, \*7388, 7507  
zu europäischer Wirtschaftsintegration 7507
34. Internationale Arbeitskonferenz, Juni 1951: 7221
37. Internationale Arbeitskonferenz, Juni 1954: 7224
- Internationales Arbeitsamt 7223
- Vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber \*7384, 7507
- Verwaltungsrat (Tagungen, 126. bis 128.) 7222f, \*7458, 7507
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) 7281, 7324, 7332, **7389ff**, 7564, \*7576
- Anleihen 7389ff
- Kapital 7389f
- Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) 7884
- Internationaler Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen (UNICEF) 7316
- Internationaler Währungsfonds (IMF) 7323, 7327, 7330ff, 7339f, 7342, 7344, **7393ff**
- Devisenbewirtschaftung 7395, 7397
- „gold-tranche policy“ 7397
- Konvertibilität 7395ff
- Kredite 7396f
- Kursregelung 7394
- Publikationen 7397
- Quoten 7394, 7396
- „standby arrangements“ 7331
- Währungsreserve 7396f
- Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) 7280, **7492ff**
- Ausschuß für Warenprobleme 7493
- Erweitertes Technisches Hilfsprogramm 7492
- Europäisches Landwirtschaftskomitee 7364, 7493f
- Europäisches Regionalbüro 7493
- Konferenz (Hauptorgan) 7493
- Rat 7493
- Verhandlungssprachen 7494
- Welt-Nahrungsmittelreserve \*7228, 7281
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) 7280
8. Generalkonferenz, Montevideo 12. 11.—11. 12. 54: 7315, **7349f**
- Weltbank s. „Internationale Bank . . .“
- Weltgesundheitsorganisation (WHO) 7280, 7316
- Europäisches Büro 7424
- Exekutivausschuß (15. Tagung) \*7388
8. Weltgesundheitsversammlung, Mexico City 10.—27. 5. 55: \*7944
- Weltorganisation für Meteorologie (WMO) \*7944
- Rechtsfragen**
- Informationsfreiheit \*7228, 7282
- Menschenrechte 7571f
- Deklaration der Menschenrechte 7565
- Jahrbuch für Menschenrechte 7571
- Konventionen der Menschenrechte (Entwürfe) 7282, 7571
- Rassendiskriminierung \*7228
- Sicherheit**
- 7263ff, 7267ff, 7893ff, 7913ff
- Abrüstung 7251, \*7260, 7267, 7269, 7276, **7279f** (Wortl.), vgl. auch „Abrüstungskommission“
- Atomenergie \*7228, \*7260, 7267, 7269, 7276, 7279f, **7280** (Wortl.)
- Konferenz für die friedliche Ausnutzung der Atomenergie 7280, \*7354, \*7388
- Beilegung von Konflikten 7269
- Definition des Angreifers 7280f
- Regionalpakte 7268f, 7277 Anm. 23 u. 31, 7895ff
- Streitfälle:**
- China \*7260, 7281, \*7354, \*7387f, \*7538
- Cypern \*7260
- Deutschland 7264
- Berliner Blockade 7264, 7893
- Indonesien 7264
- Neu-Guinea \*7228
- Kaschmir 7264
- Korea \*7228, 7264, 7281, 7894
- kriegsgefangene amerikanische Flieger \*7228, \*7260, 7281, \*7288
- Korfu-Zwischenfall 7264
- Marokko \*7260
- Palästina 7196, 7264, 7566
- Flüchtlingshilfe \*7228, 7281
- Zwischenfälle \*7420, \*7458, \*7498, \*7538, \*7576
- Triest 7473
- Tunesien \*7260
- Streitkräfte der UN 7267
- „Uniting-for-Peace“-Resolution v. 3. 11. 50: 7265, 7269, 7272, 7895
- Vetorecht vgl. *Verfassung und Organisation*
- Zwangsmaßnahmen 7269f
- Soziale Fragen**
- Flüchtlinge 7282, 7315, 7582
- Kriegsgefangene 7264
- Zwangsarbeit 7282
- Treuhandschaftssystem**
- 7282, 7544ff
- Südwestafrika 7544ff
- Togo 7282
- Verfassung und Organisation**
- Aufnahme neuer Mitglieder 7263f, 7267, 7270ff, 7278 Anm. 60, 74 u. 76, 7280, 7566, 7895
- Charta 7323, 7893ff, 7913ff, 7930
- Revision der Charta **7263ff**
- Konferenz von San Francisco 7196, 7266, 7270, 7276 Anm. 9, 7914
- Stellung der ehemaligen Feindstaaten 7268f
- Stellung der Nichtmitgliedstaaten 7263f, 7268, 7273ff
- Vetorecht 7263ff, 7267, 7269ff, 7277 Anm. 36, 38 u. 42, 7370, 7894
- Weltföderation 7266f, 7276 Anm. 18
- Wirtschaftsfragen**
- Bodenreform 7281
- unterentwickelte Gebiete 7279, 7281
- Internationale Finanzierungsgesellschaft \*7228, 7281, 7564, \*7576
- Investitionen 7281
- Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung (SUNFED) \*7228, 7281, 7564
- Technische Hilfe 7264, 7281, 7398, 7404, 7492
- Verträge vgl. Abkommen**
- Vietnam (Nord)**
- Beziehungen zu:
- Burma (Pham Van Dong in Rangun) \*7538
- Indien (Pham Van Dong in Neu-Delhi) \*7538
- Laos \*7576
- Vietnam (Süd)**
- Aufstände \*7576
- Beziehungen zu den Vereinten Nationen 7272
- Staatsoberhaupt \*7576
- Völkerbund**
- 7904
- Mandatsystem 7541ff, 7549
- Satzung 7541
- Währungsfragen**
- 7332ff, 7338, 7393
- Abwertung 7393f
- Devisenbewirtschaftung 7329, 7394f, 7397
- internationale Währung 7336ff
- Konvertibilität **7323ff**, **7332ff**, 7338, **7342ff**, 7395ff, 7416
- Währungsreserve 7396f, 7416
- Wechselkurse 7327f, 7394f
- Weltgewerkschaftsbund (WGB)**
- Exekutivbüro (27. Tagung, Moskau 10.—16. 5. 55) \*7942
- Welthandel**
- 7323ff, 7395, 7401f, 7404ff, 7407, \*7538, \*7944
- Handelsbeschränkungen 7330f, 7335, 7337
- Havanna-Charta 7324, 7341
- Liberalisierung 7327ff
- Organisation für Zusammenarbeit im Handel (OTC) \*7458, 7508, \*7537f, \*7944
- Ost-West-Handel 7298f, 7508
- Weltkrieg, Zweiter**
- vgl. auch **Deutschland**
- 7436
- Europäische Beratende Kommission 7365ff
- Nachkriegspläne der Alliierten 7365ff
- Weltwirtschaft**
- 7323ff**, 7392
- Depression 7329
- internationale Arbeitsteilung 7329f
- Kapitalverkehr 7327, 7344
- Westeuropäische Union (WEU)**
- 7292ff, 7345, \*7386, 7415, 7904, 7936
- Organe**
- Amt für Rüstungskontrolle 7923
- Generalsekretär 7923



Interimsausschuß 7363  
Rat der WEU 7563  
1. Sitzungsperiode, 7.—11. 5. 55:  
7923ff (Wortl.)  
Ständiger Rüstungsausschuß 7923  
Versammlung 7292ff, 7304, 7502,  
7530, 7579, 7923  
Beziehungen zu:  
EGKS 7297, 7305  
Europarat 7293ff  
NATO 7295, 7297  
Sowjetunion 7363  
Vereinigte Staaten (Garantie) 7453f  
(Wortl.)  
Rüstung 7295, 7297, 7299ff, \*7352,  
7363, \*7385f, 7454, 7490, 7530,  
7904, \*7939  
Zuständigkeit 7295f, 7298, 7300,  
7302ff

Zwischenstaatlicher Ausschuß für  
Europäische Wanderung (ICEM)  
7361  
Beitritte  
Neuseeland 7508, 7884  
Njassaland, Rhodesien 7884  
Direktor des ICEM 7884  
Rat des ICEM  
1. Sitzung 7315  
2. Sitzung 7884

Personenverzeichnis

Acheson, Dean 7920 Anm. 12  
Adenauer, Konrad 7232, 7235ff, 7257,  
7286, 7348, 7351f, 7384, 7417f,  
7491, 7495, 7512ff, 7535, 7562,  
7917, 7927, 7937ff  
Ala, Hussein 7538  
Alexander, Lord 7467f  
Ali Khan, Liaquat 7195  
Alvarez, Alejandro 7272  
Arnold, Karl 7286, 7530  
Attlee, Clement R. 7418, 7457, 7496  
el Azem, Khaled 7458

Bach, August 7938  
Bakker, C. J. 7428  
Becker, Max 7295, 7418  
Bell, Ronald 7296, 7580  
Beloff, Max 7504, 7581  
Benoist, Jacques 7371  
Berg, Fritz 7257, 7491  
Bertrand, Alfred 7363, 7951  
Bettiol, Giuseppe 7294, 7306, 7503  
Bevan, Aneurin 7456, 7496, 7574  
Bevin, Ernest 7469, 7914  
Bidault, Georges 7469, 7940  
Bischoff, Norbert 7483ff  
von Bismarck, Otto Fürst 7296  
Blank, Theodor 7225  
Blankenhorn, Herbert 7237  
Blücher, Franz 7418, 7535  
Bohy, Georges 7292f, 7302ff  
Boland, Gerald 7297  
Bolz, Lothar 7212, 7457  
Borel, Alfred 7907  
Bottomley, Arthur George 7309  
Braun, Heinz 7302  
von Brentano, Heinrich 7315  
Brooman-White, Richard 7300, 7308  
Bulganin, Nikolaj A. 7386f, 7419,  
7497, 7931, 7942f  
Butler, Richard A. 7283, 7362  
Byrnes, James F. 7469

van Cauwelaert, Frans 7313, 7504  
Chaban-Delmas, Jacques 7313, 7361  
Chetwynd, George 7307  
Chruschtschow, Nikita S. 7386, 7497,  
7537, 7575, 7941ff  
Churchill, Sir Winston 7227, 7231ff,  
7291, 7368, 7372, 7456f, 7486ff,  
7505, 7536, 7883, 7916  
Clay, Lucius D. 7371

Conant, James B. 7286, 7921, 7937  
Coudenhove-Kalergi, Richard Graf  
7505, 7530  
Crosbie, James 7299  
Cyrankiewicz, Jozef 7212f, 7931  
David, Václav 7212, 7283, 7353  
Dawo, Alfons 7301  
Dedijer, Wladimir 7259, 7353  
Dehler, Thomas 7225, 7417f, 7456,  
7495  
Dehousse, Fernand 7294  
Dieckmann, Johannes 7417  
Djilas, Milovan 7259, 7353  
Drees, Willem 7941  
Dulles, John Foster 7240, 7258, 7266,  
7270, 7274, 7277 Anm. 34, 7283,  
7288, 7420, 7458, 7497, 7516, 7537,  
7575, 7941, 7943

von Eckardt, Felix 7235  
Eden, Sir Anthony 7235ff, 7258,  
7372, 7419, 7456, 7458, 7496, 7515f,  
7536  
Ehard, Hans 7226, 7352, 7513  
Einaudi, Luigi 7448 Anm. 2, 7574  
Eisenhower, Dwight D. 7227, 7231f,  
7260, 7280, 7288, 7353f, 7368, 7373,  
7453, 7457, 7486, 7497, 7517, 7537f,  
7575f, 7943  
Erhard, Ludwig 7283 Anm. 3, 7285,  
7286, 7352, 7384, 7389  
Ericsson, John 7416  
Erlander, Tage 7496  
Erler, Fritz 7300, 7302, 7504  
Etzel, Franz 7381, 7951

Faure, Edgar 7352, 7362, 7415, 7418,  
7490, 7495, 7536  
Federspiel, Per 7300, 7307, 7309,  
7579  
de Félice, Pierre 7301, 7303, 7361,  
7425  
Ferreri, Emilio 7923  
Figl, Leopold 7419, 7941  
Finckenstein, Eva Gräfin 7312, 7424  
François-Poncet, André 7563, 7570,  
7921, 7937  
de Freitas, Geoffrey 7298f, 7310  
Frenay, Henri 7361, 7425  
Friedlaender, Ernst 7570

De Gasperi, Alcide 7468, 7473, 7916  
de Gaulle, Charles 7226, 7368, 7373  
George, Walter 7288, 7497  
Gerhardsen, Einar 7287  
Gerstenmaier, Eugen 7257, 7938  
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 7419, 7931  
Gibson, Hugh 7315  
van der Goes van Naters, Marinus  
7292f, 7305, 7306  
Coffin, Louis 7923  
Grégoire, Roger 7426  
Gromyko, Andrej A. 7227, 7277  
Anm. 42, 7420, 7496  
Gronchi, Giovanni 7574  
Grotewohl, Otto 7212f, 7417, 7455,  
7512, 7928, 7931, 7937f  
Gruenther, Alfred M. 7939  
Gschnitzer, Franz 7227

Haasler, Horst 7456  
Hallstein, Walter 7237, 7349  
Hammar skjöld, Dag 7228, 7260, 7271,  
7279, 7288, 7388  
Hansen, Hans C. 7351, 7384, 7495  
Hatoyama, Ichichiro 7228, 7354, 7388,  
7498  
Hearst, William R. 7386f  
Hedtoft, Hans 7351, 7361, 7384  
Hegedüs, Andras 7213, 7575, 7931  
Hellwege, Heinrich 7417, 7939  
Henle, Günter 7491  
Hertzog, James 7543, 7548, 7551  
Heuss, Theodor 7491, 7495  
van Heuven Goedhart, Gerrit Jan  
7582  
Hidas, Istvan 7387  
Hoegner, Wilhelm 7226, 7285f  
Hoffmann, Johannes 7351, 7456, 7496,  
7927, 7939  
Hollis, Maurice C. 7294, 7312  
Hope, Lord John 7296, 7425  
Hoyer Millar, Sir Frederick 7235,  
7237, 7921, 7937  
Hull, Cordell 7366

Iljitschow, Iwan I. 7574

Jacquet, Gérard 7299  
Jakobsen, Frode 7295, 7503  
Jebb, Sir Gladwyn 7233, 7235, 7237  
Joschida, Shigeru 7228  
Jugoff, Anton 7213



Kaiser, Jakob 7258  
 Kapteijn, P. J. 7299, 7363, 7579  
 el-Khoury, Faris 7260  
 Kiesinger, Kurt-Georg 7257, 7301  
 van Kleffens, Eelco 7260  
 Klompé, Margarethe 7292, 7296, 7307,  
 7314, 7363, 7951  
 Köprülü, Fuad 7413, 7576  
 Konjew, Iwan S. 7931  
 Kopf, Hermann 7301, 7303, 7580  
 Kotelawala, Sir John 7417  
 Kraft, Ole Björn 7300  
 Krag, Jens 7357

Lange, Halvard 7240, 7283  
 Layton, Lord 7297, 7308  
 Leone, Giovanni 7940  
 Lloyd, Selwyn 7283, 7536  
 Lucifero, Roberto 7295  
 Lützens, Gerhard 7295f, 7302, 7491

MacLay, John Scott 7292f, 7303, 7502  
 Macmillan, Harold 7536, 7574, 7941  
 Maier, Reinhold 7285  
 Malan, Daniel F. 7549f  
 Malenkow, Georgij M. 7287, 7386  
 Malik, Jakob A. 7944  
 Mandalinci, Zeyyad 7295  
 Mao Tse-tung 7535  
 Marchal, Léon 7361, 7364, 7425,  
 7502, 7504f

Margue, Nicolas A. 7302, 7313  
 Marjolin, Robert 7284, 7579  
 Martino, Gaetano 7287, 7419, 7497f  
 Matern, Hermann 7258  
 McAuliffe, Anthony 7535  
 McCarthy, Joseph R. 7227  
 Menderes, Adnan 7288, 7354, 7413,  
 7576, 7940

Mendès-France, Pierre 7231ff, 7258,  
 7286, 7287, 7352, 7385, 7415, 7488ff,  
 7909

Menon, Krischna 7282f, 7889, 7943  
 de Menthon, François 7258, 7293f,  
 7299f, 7302, 7363, 7502

von Merkat, Joachim 7363, 7580  
 Mikojan, Anastas I. 7226, 7419, 7532  
 Moch, Jules 7258, 7279  
 Moe, Finn 7300

Mohammed Ali 7944  
 Mohammed Reza, Schah v. Persien  
 7455

Mohn, Willi 7258  
 Mollet, Guy 7291ff, 7314, 7363, 7422,  
 7425, 7578f, 7951

Molotow, Wjatscheslaw M. 7212f,  
 7227, 7259, 7370, 7386f, 7457, 7469,  
 7483ff, 7486f, 7516f, 7532, 7575,  
 7941

Mommer, Karl 7305, 7306, 7502f  
 Monier, R. 7371  
 Monnet, Jean 7285, 7314, 7356, 7381f,  
 7951

Montini, Lodovico 7294  
 Morse, David 7364, 7427, 7507  
 Motz, Roger 7287, 7306, 7309  
 Mozer, Alfred 7570  
 Mudaliar, Arcot 7315

Muftiu, Manush 7213  
 Kaiser—Zinn  
 Naccache, Alfred 7458  
 Nagy, Imre 7457, 7575  
 Nasser, Gamal Abdel 7387, 7419  
 Nehru, Jawaharlal 7255f, 7260, 7385,  
 7387, 7419f, 7498, 7538, 7944  
 Nenni, Pietro 7468  
 Neumann, Franz 7938  
 Ngo Dinh Diem 7576  
 Norodom Sihanuk Varman, Prinz von  
 Kambodscha 7498  
 Nutting, Anthony 7496, 7944

Oakshott, Hendrie Dudley 7294  
 Oberländer, Theodor 7417  
 Ollenhauer, Erich 7350, 7351, 7384,  
 7417

Parodi, Alexandre 7352  
 Pearson, Lester 7498  
 Peart, Thomas 7298, 7313  
 Pella, Giuseppe 7285, 7363, 7950  
 Peng Te-huai 7928f  
 Perwuchin, Michail G. 7419, 7937  
 Petitpierre, Max 7259, 7907  
 Pflimlin, Pierre 7385, 7415  
 Pham Van Dong 7538  
 Pilotti, Massimo 7244, 7313  
 Pinay, Antoine 7385, 7415, 7456, 7488,  
 7496, 7536, 7562, 7574, 7939ff  
 Pineau, Christian 7385, 7415, 7418  
 Pinton, Auguste 7310, 7580  
 Poher, Alain 7292, 7306f  
 Popowitsch, Kotscha 7283, 7413, 7940  
 Pünder, Hermann 7307  
 Puschkin, Georgij M. 7573, 7937

Raab, Julius 7485, 7496, 7532, 7574,  
 7941  
 Rau, Heinrich 7535  
 Reusch, Hermann 7286, 7351  
 Robens, Alfred 7295, 7305, 7425, 7503  
 Rolin, Henri 7296f, 7300, 7302f, 7310,  
 7580  
 Roosevelt, Franklin D. 7366, 7368,  
 7374 Anm. 17  
 Rothfels, Hans 7431

es-Said, Nuri 7288, 7353  
 Salem, Salah 7458  
 Sandys, Duncan 7314, 7381ff  
 Santero, Natale 7294, 7303  
 Sassen, E. M. J. A. 7314, 7363  
 Scelba, Mario 7287, 7419, 7497f, 7940  
 Schärf, Adolf 7532  
 van Schendel, Robert 7425  
 Scheyven, Raymond 7281  
 Schigemitsu, Namoru 7228, 7259, 7498  
 Schmid, Carlo 7298, 7305  
 Schneider, Pierre 7286, 7312, 7315,  
 7356, 7359, 7361, 7502, 7504, 7582,  
 7950

Schröder, Gerhard 7225, 7226  
 Schumacher, Kurt 7916  
 Schuman, Robert 7258, 7361, 7415,  
 7916, 7940, 7951  
 Schumann, Maurice 7258

Schwann, Hermann 7937  
 Senghor, Léopold Sédar 7297f  
 Shehu, Mehmet 7931  
 Shukow, Grigorij K. 7386, 7575,  
 7937f  
 Široký, Viliam 7212f, 7387, 7931  
 Smithers, Peter 7297, 7308, 7313  
 Smitt-Ingebretsen, Herman 7300,  
 7312, 7581  
 Smuts, Jan Christiaan 7543, 7545,  
 7547, 7549, 7551  
 Soustelle, Jacques 7352  
 Spaak, Paul Henri 7233, 7237, 7315,  
 7359

Spallicci, Aldo 7297  
 Spierenburg, Dirk 7314, 7356, 7381  
 Spinelli, Altiero 7570f  
 St. Laurent, Louis 7498  
 Stalin, Josef W. 7368, 7918  
 Stephanopoulos, Stephanos 7251,  
 7291f, 7356, 7413, 7504  
 Stevenson, Adlai E. 7537  
 Stoica, Chivu 7213  
 Struye, Paul 7298  
 Suetens, Max 7508  
 Suhr, Otto 7285, 7352, 7384

Teitgen, Pierre Henri 7258, 7313,  
 7363, 7415  
 Thedieck, Franz 7573  
 Tillmanns, Robert 7350, 7384  
 Tito (Josip Broz) 7255f, 7260, 7354,  
 7387, 7457, 7467f, 7474f, 7938,  
 7940f  
 Tittman, Harold H., jr. 7884  
 Toynbee, Arnold 7430  
 Treves, Paolo 7296  
 Trittelvitz, Hermann 7301f, 7305  
 Truman, Harry S. 7398  
 Tschewenckoff, Wylko 7931  
 Tschiang Kai-schek 7388  
 Tschu En-lai 7228, 7260, 7288, 7354,  
 7387f, 7576, 7943  
 Tschuikow, Wassilij 7513

U Nu 7228, 7354, 7538  
 Ulbricht, Walter 7212, 7515  
 Undén, Oesten 7496

Vanoni, Ezio 7447, 7448 Anm. 5,  
 7553, 7557f  
 Vassiliou, Hadji 7291, 7356, 7502,  
 7504, 7578, 7949

Wadsworth, James 7279  
 Wehner, Herbert 7285  
 Wiley, Alexander 7236  
 Wilson, Charles E. 7260  
 Winterton, Sir John 7474  
 Wistrand, Karl 7298, 7582  
 Woroschilow, Kliment J. 7537

Zafrullah Khan, Sir Mohammed 7196,  
 7198  
 Zahedi, Fazlollah 7538  
 Zapotocky, Antonin 7387  
 Zinn, Georg August 7226, 7257, 7351



## Die Stellung Pakistans in der Weltpolitik

Eine Übersicht über die pakistanische Außenpolitik 1947-1954

Von *Mushtaq Ahmad, M. Sc., M. A., Karatschi*

### *Die Lage Pakistans bei seiner Staatsgründung*

Die Gründung des unabhängigen Staates Pakistan im August 1947 bedeutete nicht nur eine Vermehrung der Souveränitäten, in die die Welt aufgeteilt ist. Es stimmt zwar, daß der neue Staat keine ausreichend entwickelte Wirtschaft besitzt, noch genügen seine Bevölkerungszahl und seine Hilfsquellen, um ihn in die Reihe der größeren Staaten einzureihen, aber in dem Kampf um Existenz und Vorherrschaft unter den Großmächten kann man seine strategische Lage, seine hervorragende Armee, seine Menschenreserven und seine Entwicklungsmöglichkeiten nicht einfach übergehen. Pakistan entstand zu einer Zeit, als die Differenzen zwischen Rußland und Amerika bereits die Einigkeit zu zerstören drohten, die sich im Verlauf des Krieges herausgebildet hatte. Aber in den ersten Jahren seines Bestehens mußte die Aufmerksamkeit des Landes hauptsächlich darauf gerichtet sein, seine Wirtschaft, seine Verwaltung und seine Verteidigung zu organisieren. Das Gebiet, aus dem sich Pakistan jetzt zusammensetzt, hatte nie den Vorteil gehabt, eine gemeinsame Regierung, eine gemeinsame Armee oder ein eigenes und selbständiges Wirtschaftssystem zu besitzen. Das Land mußte daher in Dingen, die für seine Existenz entscheidend waren, buchstäblich aus dem Nichts beginnen; es mußte auf innenpolitischem wie auch auf außenpolitischem Gebiet ein vollständig neues System der Beziehungen schaffen.

### *Die Mitgliedschaft im Commonwealth*

Als neugeschaffener Staat trat Pakistan ohne alte Bindungen oder Verpflichtungen seine Laufbahn an. Vielleicht war das Commonwealth, dessen Mitglied zu bleiben es sich entschieden hatte, die einzige Ausnahme, aber diese Mitgliedschaft schränkte seine Handlungsfreiheit in keiner Weise ein. Dieser Völkerverband hatte bereits ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem nur geringe oder gar keine gemeinsame Kontrolle über die Außenpolitik der Mitgliedstaaten ausgeübt wurde. Dieses Recht auf die Führung einer selbständigen Außenpolitik machte Premierminister Liaquat Ali Khan für Pakistan nachdrücklich geltend, als er im Jahre 1949 vor dem Rat der Moslem-Liga erklärte, Pakistan könne ohne Rücksicht auf die Haltung der anderen Commonwealth-Länder jedem beliebigen Land Krieg erklären oder eine Kriegserklärung verweigern. In

dem Cripps-Angebot vom Jahre 1942 ist sogar das Recht zum Austritt aus dem Commonwealth anerkannt worden; es wurde von Burma im Jahre 1948 auch in Anspruch genommen. Auch Pakistan könnte jederzeit austreten, wenn es dies wünschte.

Welches auch immer die anderen Vorteile einer Mitgliedschaft im Commonwealth sein mögen, so kann doch nicht geleugnet werden, daß sich die führenden Männer des Landes bei ihrem Beschluß, weiterhin Mitglied des Commonwealth zu bleiben, weitgehend von der Erwägung beeinflussen ließen, daß das Commonwealth die besten Möglichkeiten für die Beilegung seiner Streitfälle — jedenfalls einiger der wichtigsten davon — bietet.

### *Pakistan und die arabischen Staaten*

Während die Bemühungen um die Beilegung der indisch-pakistanischen Konflikte auf zweiseitiger wie auch auf internationaler Ebene fortgesetzt wurden, begann Pakistan, neue Freunde im Ausland zu suchen. In einer Welt, in der Schwäche zur Aggression herausfordert, war eine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten die einzige Garantie der Sicherheit.

Geographisch grenzt Pakistan an den Mittleren Osten, und kulturell waren vor allem die gemeinsamen religiösen Ueberzeugungen ein Faktor, dessen verbindender Einfluß im Interesse der Solidarität ausgenutzt werden konnte. Es war daher ein naheliegendes Ziel, die kleinen Staaten dieses Gebietes zusammenzufassen.

Aber der Verwirklichung dieses Zieles standen gewaltige Hindernisse im Wege. Der Wille zur Einheit ist nicht einmal in dem engeren Kreise der arabischen Staaten stark genug, um die Arabische Liga zu einem machtvollen Instrument des arabischen Nationalismus zu machen; noch viel weniger tritt er im größeren Kreise der ganzen mohammedanischen Welt in Erscheinung, die Araber und Nicht-Araber umfaßt. Die Konferenzen von Motamar<sup>1</sup> und die Wirtschaftskonferenzen brachten wenig konkrete Ergebnisse, wenn sie auch den führenden Politikern Gelegenheit zu Fühlungnahmen gaben, wie sie in der mehr förmlichen und reservierten

<sup>1</sup> Die Motamar-Konferenz ist eine Weltkonferenz mohammedanischer Organisationen, die rein inoffiziellen Charakter hat. Auf ihr werden allgemeine Probleme der islamischen Welt erörtert.



Atmosphäre offizieller Konferenzen sonst im allgemeinen nicht möglich sind.

Aber wenn auch die Einheit des Mittleren Ostens bis zum heutigen Tag nur ein Ideal geblieben ist, so hat Pakistan doch keinen Zweifel gelassen an seinen Sympathien für den Kampf dieser Staaten um ihre Befreiung von fremdem Einfluß und fremder Kontrolle. Pakistan unterstützte die Verstaatlichung der iranischen Oelvorkommen, die mehr als vier Jahrzehnte lang von der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft ausgebeutet worden waren. Ebenso galten seine Sympathien den ägyptischen Bestrebungen um eine Räumung der Suezkanal-Zone. Als die Palästinafrage vor die Vereinten Nationen kam, entsandte das damals kaum zwei Monate alte Pakistan eine Delegation unter Führung von Sir Mohammed Zafrullah Khan, die durch ihr mutiges Eintreten für die Sache, die der gesamten arabischen Welt so sehr am Herzen lag, einen guten Eindruck machte. Pakistan sparte nicht mit Worten und Argumenten gegen den Teilungsplan: „Sie säen Zweifel und Mißtrauen gegen die Pläne und Absichten der Westmächte in den Herzen aller Völker von der nordafrikanischen Atlantikküste bis zu den Steppen von Zentralasien“, warnte Sir Zafrullah Großbritannien und die Vereinigten Staaten, „Sie gehen das sehr ernste Risiko ein, jegliche Chance für eine echte Zusammenarbeit zwischen dem Westen und dem Mittleren Osten unwiederbringlich zu zerstören, indem Sie gewaltsam sozusagen einen westlichen Keil in das Herz des Mittleren Ostens treiben<sup>2</sup>.“ Der Kampf gegen die Teilung Palästinas ging dennoch verloren, aber nicht etwa weil die Sache der Einheit nicht genügend verfochten worden wäre, sondern weil schon damals die Machtpolitik begann, bei den Verhandlungen der Vereinten Nationen die bedeutsamste Rolle zu spielen.

#### *Pakistans Haltung in den Vereinten Nationen und sein Heraushalten aus dem Ost-West-Konflikt*

Pakistan war von Anfang an an der Weltorganisation interessiert, und zwar aus den gleichen Erwägungen, die die anderen kleinen Staaten veranlaßten, den Vereinten Nationen beizutreten. Die Hauptsorge der kleinen Staaten ist die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit, was angesichts der überlegenen Hilfsquellen und der technischen Fortschritte der Großmächte immer schwieriger wird. In diesem Bestreben, ihre Sicherheit und territoriale Integrität zu wahren, haben die kleinen Staaten aktiv an der Schaffung des Völkerbundes mitgewirkt, und aus dem gleichen Grunde leisteten sie einen bedeutsamen Anteil bei der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen in San Francisco. Die meisten von ihnen hatten gefordert, daß die Charta die

Menschenrechte schützen und die territoriale Integrität der Staaten garantieren solle und daß große und kleine Nationen gleichermaßen nur im Rahmen von Recht und Gerechtigkeit handeln sollten. Obwohl Pakistan noch nicht bestand, als die Charta ausgearbeitet wurde, zeigte doch seine spätere Haltung gegenüber den Problemen, die die Vereinten Nationen zu lösen hatten, daß seine Auffassung von der Weltorganisation sich nicht sehr von der Haltung unterschied, die die kleinen Staaten in San Francisco eingenommen hatten. Nach seiner Ansicht war es nicht die Aufgabe der Vereinten Nationen, die Stabilität der Welt durch eine Aufrechterhaltung des status quo zu fördern, sondern vielmehr durch die Beseitigung von Bedingungen, die zu einem Kriege führen können. Für die Verwirklichung des Friedens war die Zusammenarbeit der Großmächte ebenso wichtig, wie sie während des Krieges zur Erringung des Sieges notwendig gewesen war. Mit diesem Ziel im Auge setzte Pakistan beständig seinen Einfluß ein bei den Problemen der Abrüstung, der Zulassung neuer Mitglieder, der Zulassung Rot-Chinas und in der Koreafrage. Pakistan unterstützte die Aktion der Vereinten Nationen in Korea, aber es enthielt sich der Stimme in der Abstimmung über die von den Westmächten eingebrachte Resolution, in der Rot-China als Angreifer gebrandmarkt wurde. Ursprünglich auf der Seite der Westmächte stehend, ist Pakistan allmählich zu der Ansicht gekommen, daß die festgefahrene Lage in der Frage der Zulassung neuer Mitglieder das Ergebnis von Unnachgiebigkeit auf beiden Seiten ist. Es ist unablässig für die Zulassung des kommunistischen China eingetreten, da dessen dauernder Ausschluß aus der Weltorganisation zu der wachsenden internationalen Spannung beigetragen hat. Pakistan machte auch beide Seiten verantwortlich für das Wettrüsten und das Nichtzustandekommen einer Einigung über die Abrüstung.

Da das Gebiet von Pakistan vor nur wenigen Jahren noch ein Teil des britischen Weltreiches war, hat seine Bevölkerung ein natürliches Interesse an dem Kampf der Kolonialländer um Befreiung von der Fremdherrschaft. Pakistan betrachtet die Vereinten Nationen als ein Instrument zur Beschleunigung des Befreiungsprozesses. Es leistete einen nicht geringen Beitrag zur Diskussion in der Vollversammlung, die schließlich zur Anerkennung der Unabhängigkeit und Einheit Libyens führte — gegen die Absichten der Westmächte, die früheren italienischen Kolonien unter sich aufzuteilen. Auf Antrag seiner Vertreter wurden die Tunesien- und Marokko-Probleme zunächst vor den Sicherheitsrat gebracht — wenn auch ohne Erfolg — und dann in die Tagesordnung der Vollversammlung aufgenommen. Auf die beharrlichen Bestrebungen der Kolo-

<sup>2</sup>) United Nations, General Assembly, Second Session: Official Records, Plenary Meetings, Vol. II, S. 1377.



nialmächte, das Kolonialproblem aus der Tagesordnung der Vollversammlung auszuschließen, wurde geantwortet, daß keine Verringerung der internationalen Spannung eintreten kann, wenn nicht die Ursachen von Konflikten beseitigt werden, die den Weltfrieden stören.

Innerhalb wie außerhalb der Vereinten Nationen muß Pakistan mit gleichgesinnten Nationen zusammenarbeiten, damit ihre Stimme zu Wort kommt. Obgleich in der Vollversammlung die Blocks nicht die gleiche Disziplin und Starrheit aufweisen wie die politischen Parteien auf nationaler Ebene und obgleich die Kombinationen und Gruppierungen je nach dem Verhandlungsthema oft wechseln, läßt sich von Pakistan wohl sagen, daß es zur Gruppe der asiatisch-afrikanischen Länder gehört.

Der frühere Premierminister von Pakistan stellte daher keine leere Behauptung auf, als er versicherte, daß Pakistan unbeeinflußt von dem Kampf der Weltblocks stets diejenige Sache unterstützt hat, die es für gerecht hielt<sup>3</sup>.

#### *Das Verhältnis zu Indien*

Pakistan verfolgte also zunächst eine Politik der Neutralität zwischen den beiden rivalisierenden Weltblocks, was jedoch keineswegs bedeutete, daß Indien und Pakistan darin einer Meinung waren oder daß die Regierungen von Karatschi und New Delhi jemals gemeinsame Absprachen über wichtige außenpolitische Probleme gehabt hätten. Indiens Neutralität war anders geartet. Indiens erklärte und viel propagierte Neutralität hatte keine Verminderung seines Verteidigungsetats zur Folge, der seit der Teilung sogar noch erhöht worden ist. In Karatschi hegte man den berechtigten Argwohn, daß die Beibehaltung der großen Armee nicht zum Schutz vor einer Aggression von seiten Chinas diene, das Indien ja für friedlich hält, oder von seiten Amerikas, das weit entfernt ist; es konnte auch nicht ihr Zweck sein, die Grenzen Indiens gegen eine mögliche Aggression von seiten Pakistans zu verteidigen.

Diesseits der Grenzen existierte vielmehr eine weitverbreitete Furcht vor einer Invasion. Es liegen hinreichende Beweise dafür vor, daß sich Indien noch nicht mit der Existenz Pakistans abgefunden hat. Selbst nachdem der neue Staat schon gegründet war, setzte Indien seine Hoffnungen darauf, daß er wirtschaftlich nicht existieren könne. Als diese Hoffnungen fehlgeschlagen waren, verließ sich Indien darauf, daß er von innen her zersetzt werden würde, während es selbst Schritte unternahm, um Pakistan durch die Besetzung von Kaschmir und die kürzlich erfolgte Ableitung von Wasserläufen, die weite Gebiete fruchtbaren Landes in dürre Wüsten zu verwandeln drohte, abzudrosseln. Gegen diese

ständige Bedrohung mußte Pakistan wirksamen Schutz suchen. Seine eigenen Hilfsquellen waren bis auf das äußerste angespannt durch die enormen Ausgaben für die Unterhaltung einer großen Verteidigungsmacht. Es war nicht möglich, sich darauf zu verlassen, daß die territoriale Integrität durch die Vereinten Nationen geschützt werden würde; das hatte deren Unentschlossenheit bei der Beilegung des Kaschmirkonfliktes deutlich gezeigt.

#### *Anlehnung an die Vereinigten Staaten*

Pakistan mußte sich nach Hilfe vom Ausland umsehen, wenn es seinen Fortbestand und seine nackte Existenz retten wollte. Es konnte keinen besseren und verständnisvolleren Verbündeten geben als die Vereinigten Staaten, die Pakistan eine Million Tonnen Getreide zum Geschenk gemacht hatten, als das Land von einer Hungersnot von nie dagewesenem Ausmaß bedroht war. Wer sich mit den Angelegenheiten dieser Länder befaßt hat, konnte daher nicht überrascht sein über den Entschluß Pakistans, die Vereinigten Staaten um militärische Hilfe zu bitten. Auch zu Aufregung und Wutausbrüchen auf der anderen Seite der Grenze war kein Anlaß. Indiens Feindseligkeit gegen Pakistan war es gerade, die dieses Land zum Abschluß eines Militärabkommens mit den Vereinigten Staaten veranlaßt hatte<sup>4</sup>. Unter diesen Umständen konnte auch eine gemeinsame Außenpolitik beider Länder nicht in Frage kommen. Die Lage wäre zweifellos anders gewesen, wenn sie normale und freundschaftliche Beziehungen miteinander unterhalten hätten. Der indische Premierminister hat behauptet, daß die Handlungsweise Pakistans den Interessen des ganzen Gebietes zuwiderlaufe und sich auf alle nahen und fernen Länder dieser Region nachteilig auswirken würde. Jedoch waren es nur China und Indien, die heftig dagegen protestierten.

#### *Der Pakt mit der Türkei als Keimzelle eines mittelöstlichen Verteidigungssystems*

Während das Abkommen mit den Vereinigten Staaten der bedeutendste einzelne Schritt auf dem Wege zu einer Sicherung der Grenzen war, stellte der Pakt mit der Türkei vom 2. April 1954 den Beginn einer Mittelost-Allianz dar, deren Verwirklichung Pakistan in all diesen Jahren energisch angestrebt hatte. Artikel 6 dieses Paktes erklärt, daß „jeder Staat, dessen Mitwirkung von den vertragsschließenden Parteien als zweckmäßig erachtet wird, um die Zielsetzungen dieses Abkommens zu erreichen“, diesem Abkommen „unter den gleichen Bedingungen und mit den gleichen Verpflichtungen wie die vertragsschließenden Parteien“ beitreten kann<sup>5</sup>. Die Absicht, dieses zweiseitige Abkommen

<sup>4</sup>) Vgl. den Wortlaut des amerikanischen-pakistanischen Verteidigungshilfe-Abkommens in Europa-Archiv 18/1954, S. 6902/03.

<sup>5</sup>) Vgl. den Wortlaut des türkisch-pakistanischen Paktes in Europa-Archiv 18/1954, S. 6901.

<sup>3</sup>) Dawn, 9. März 1951.



zu einem multilateralen Vertrag zu erweitern, wird dadurch hinreichend klargestellt. Die Art der Organisation, die gegebenenfalls zustande kommen wird, hängt von der Zahl der Staaten ab, die bereit sind, die Verantwortlichkeiten kollektiver Verteidigung und Sicherheit auf sich zu nehmen.

Da Aegypten der Angelpunkt der arabischen Welt und das Nervenzentrum der Arabischen Liga ist, ist seine Mitarbeit für eine Ausweitung des Wirkungsbereiches des türkisch-pakistanischen Paktes wesentlich. Aber die Außenpolitik dieses Landes war bisher von einem einzigen dominierenden Gedanken beherrscht, der jede Verbindung mit dem Westen ausschloß, solange nicht sein Hauptwunsch, die Räumung der Suezkanal-Zone, erfüllt war. Schon vor dem Sturz der Monarchie war die Regierung gegen die Organisation eines Mittelost-Kommandos eingestellt, und die Revolutionsregierung hat in der Folge abgelehnt, irgendein gemeinsames Verteidigungssystem auch nur in Erwägung zu ziehen, dem auch die nicht-arabischen Moslemstaaten angehörten und das militärische Hilfe vom Westen, besonders von den Vereinigten Staaten, annähme. Als Sir Zafrullah die Vermittlung seines Landes zur Beilegung des britisch-ägyptischen Streitfalles anbot, bemerkte er: „Was ist mehr wert: der Buchstabe des Vertrages oder die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Aegypten und Großbritannien?“

Das vor kurzem abgeschlossene Abkommen über die Räumung der Suezkanal-Zone, an dessen Zustandekommen Pakistan einen nicht unerheblichen Anteil hatte, hat den Weg frei gemacht, für eine Verteidigungsorganisation, die sich aus dem Kernstück des türkisch-pakistanischen Abkommens für kulturelle, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit entwickeln kann. Die Schärfe der Maßnahmen, die das neue Regime Aegyptens anwandte, um die umstürzlerischen Elemente im Innern zu bekämpfen, ist ein Beweis dafür, daß es sich der Bedrohung von außen bewußt ist. Wie unterschiedlich auch die beiden Regierungen in ihrer Innenpolitik sein mögen, so besteht doch grundlegende Übereinstimmung zwischen Pakistan und Aegypten in der Beurteilung der Gefahr, die der Weltkommunismus darstellt.

#### *Der Südostasien-Pakt*

Ebenso stark, wie es um den Frieden und die Sicherheit des Mittleren Ostens besorgt ist, ist Pakistan an der Stabilität Südasiens interessiert, denn sein Landesteil Ostbengalen grenzt an dieses Gebiet. Jede größere Störung in den benachbarten Ländern muß früher oder später Rückwirkungen auf diesen Landesteil haben. Nachdem der Kommunismus auf dem chinesischen Festland die Macht übernommen hatte, war die Gefahr einer Umwälzung dort bedrohlich geworden. Burma und Indonesien hatten ihre Unabhängigkeit erlangt, waren aber beide macht-

los, einen etwaigen Angriff auf ihr Gebiet abzuwehren. Malaya war viele Jahre lang der Schauplatz terroristischer Umtriebe, und in Indochina hatte der Kommunismus bereits in den nördlichen Teilen des Landes in der Nähe der chinesischen Grenze Fuß gefaßt.

Als Pakistan das kommunistische Regime in China anerkannte und diplomatische Vertreter mit Peking austauschte, tat es dies nicht etwa, weil es die revolutionären Umwälzungen in diesem Lande billigte, sondern weil eine Nichtanerkennung eine Verkennerung der Realität bedeutet hätte, da die neue Regierung das Festland fest unter ihrer Kontrolle hatte. Während Pakistan diese seine Einstellung nicht geändert hat, hat es sich doch energisch jedem Versuch von seiten irgendeines Landes widersetzt, die Institutionen anderer Länder zu unterminieren. Südostasien mit seinen neuen unabhängigen Staaten, die noch nicht ganz auf festen Füßen stehen, ist ein höchst verlockender Preis für ein mächtiges und ehrgeiziges Land, zu dem sich China schnell entwickelt.

Erst die jüngsten militärischen Siege des Vietminh ließen in Washington die Erkenntnis von der Notwendigkeit durchdringen, ein Bündnissystem zu schaffen ähnlich denen, wie sie zur Verteidigung Europas und des Pazifikraumes gebildet worden waren. Pakistans Teilnahme an der Colombo-Konferenz und sein Eintreten für eine schnelle Regelung in Indochina, wie sie später in Genf vertraglich festgelegt wurde, bedeutete nicht, daß Pakistan sich dem Südostasien-Pakt (SEATO) widersetzen oder entziehen konnte, als Amerika auf dessen schnellen Abschluß drängte und Großbritannien ihn fieberhaft zu verhindern suchte, indem es eine Art Locarnopak für dieses Gebiet vorschlug. Pakistans Interesse an diesem Südostasien-Pakt war zweifacher Natur: das Gebiet mußte sowohl gegen chinesische Uebergriffe als auch gegen indische Einfälle geschützt werden. Deshalb bestand Sir Zafrullah auf der Manila-Konferenz darauf, daß die Definition der Aggression sich nicht auf den Kommunismus beschränken, sondern jede Art von Aggression umfassen sollte, ohne Rücksicht auf den Urheber<sup>6</sup>.

#### *Pakistans Entscheidung für den Westen*

Indem es einen Militärpakt mit den Vereinigten Staaten und einen Pakt für kulturelle, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Türkei abschloß und Mitglied der SEATO wurde, hat Pakistan seine prekäre Neutralität aufgegeben und sich fest an den Westen gebunden. Es hat dies nicht nur zur Verteidigung der nichtkommunistischen Welt, sondern auch im Interesse seiner eigenen Sicherheit vor jeglicher Art von Aggression getan.

<sup>6</sup>) Vgl. den Wortlaut des Südostasien-Paktes in Europa-Archiv 19/1954, S. 6948–50.



## Funktionen der Minderheiten im gegenwärtigen Europa

Von Prof. Dr. Eberhard Menzel

Die nachstehenden Ausführungen geben ein Referat wieder, das Professor Dr. Menzel auf Einladung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig anlässlich des „Deutschen Tages“ am 7. November 1954 in Tondern gehalten hat. Die Arbeitstagung der Volksgruppe fand im Gegenwart des Ministerpräsidenten von Hassel (Kiel) sowie von Vertretern einiger Bundesministerien und der dänischen Presse in einem neuerrichteten Gebäude statt, zu dessen Erstellung bemerkenswerterweise nicht nur die Angehörigen der deutschen Volksgruppe, sondern auch der dänische Staat und die Bundesrepublik Beiträge geleistet haben.

Es ist natürlich eine Vermessenheit, eine so schicksalsschwere Frage in so knapper Form behandeln zu wollen. Ich hätte diese Bitte auch abgeschlagen, wenn mir nicht das dahinterstehende Anliegen so ernst und dringlich erschienen wäre. Lassen Sie mich also versuchen, einige Gedanken zu diesem Thema zu äußern, die — wie ich glaube — für die politische Arbeit hier an der deutsch-dänischen Grenze von Wert sein könnten.

Es handelt sich hierbei im wesentlichen um drei Gedankengänge: nämlich (1) um die Frage, ob und gegebenenfalls welcher Wandel im modernen Staatsbild eingetreten ist, ferner (2) wie sich dieser Wandel auf die Stellung der Minderheit auswirkt und (3) welche besondere Lage sich beiderseits der deutsch-dänischen Grenze unter diesem Gesichtspunkt ergibt.

### I.

Da jede Minderheit in dem Spannungsfeld Volk und Staat lebt, nimmt sie notwendigerweise Anteil an den jeweiligen zeitgebundenen Lösungsversuchen. Tritt im Bereich des Staatlichen ein grundsätzlicher Wandel ein, so ist es nur eine Frage der inneren Konsequenz und damit ein reines Zeitproblem, daß auch die Stellung der Minderheit davon unmittelbar betroffen wird. Sie kann sich dieser Entwicklung nicht entziehen.

Wir haben also zu prüfen, welches Staatsbild heute für uns verbindlich ist und wie sich das Problem der Minderheit darin einfügt. Dies geschieht am besten durch einen Vergleich der Staatstypen der Vergangenheit mit der gegenwärtigen Situation. Eine solche Schematisierung wird natürlich bestimmten Sonderlagen nicht gerecht und bedeutet eine gewisse Vergrößerung des tatsächlichen Bildes. Andererseits läßt sie die Unterschiede stärker hervortreten und beleuchtet damit scheinwerferartig die Grundsätze, die für die allgemeine Stellung einer Minderheit im gegenwärtigen Europa Geltung haben.

Wenn wir mit dieser Zielsetzung einen Blick auf die geschichtlichen Gestaltungen des Staates werfen, so stoßen wir zunächst auf den *dynastischen Staat*. Er behandelte den Menschen nur als Korrelat des Staatsgebietes und das Staatsgebiet wiederum als eine Art persönliches Eigentum, über das der Fürst willkürlich zu verfügen berechtigt ist. Die staatliche Zugehörigkeit war daher von den Zufälligkeiten der Thronfolgeordnungen, der Erbvergleiche, von der Heiratspolitik („tu felix Austria nube“), den vielfältigen Erwerbs- und Verlustgründen von Staatsgebiet einschließlich Kauf und Verkauf abhängig. Der Untertan mußte diesen Wechsel stillschweigend über sich ergehen lassen, er war nur das Objekt dieser Vorgänge. Es gelang lediglich, die landesherrliche Willkür im Bereich des Konfessionellen einzudämmen und den Satz „cuius regio eius religio“ teilweise außer Kraft zu setzen. In diesem Bezirk des Religiösen entstand daher auch die erste Minderheitenproblematik. Sie hat aber nichts mit der modernen Konzeption der volklichen Minderheit zu tun.

Dieses dynastische Staatsbild wurde abgelöst durch den *Nationalstaatsgedanken*. Die Französische Revolution beseitigte die Allmacht des absoluten Herrschers im Namen der als politische Willenseinheit aufgefaßten „Nation“. Aus dem Untertan wurde der Bürger, der nun nicht mehr das willenlose Objekt staatlicher Verfügungsgewalt war, sondern sich in der Zeit des Konstitutionalismus zum Herrn des Staates machte. Von dieser Entwicklung künden die auch heute noch gebräuchlichen Verfassungsformeln wie „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ oder „Oberster Souverän ist das Volk“. Hinzu kommt aber im 19. Jahrhundert noch eine andere Entwicklung. Nicht ohne Einfluß der Romantik wurde das volkliche Element stärker ins Bewußtsein gehoben, d. h. die volklich-biologische Unterschiedlichkeit. Es genügt hier, an Herder und die Wirkung seiner Lehren auf den osteuropäischen Raum zu erinnern. Die romanische



Konzeption der Staatsnation und die Vorstellung vom Volk als einer kulturell und biologisch eigenständigen Einheit bestimmten fortan die Nationalstaatsidee.

Im politischen Bereich wurde die Identitätsforderung erhoben, d. h. die Forderung, daß Volksgrenzen und Staatsgrenzen sich decken. Jedes Volk soll seine eigene staatliche Gestaltung erfahren, und jeder Staat soll die Verkörperung eines Volkstums sein.

Unter diesem Vorzeichen vollzog sich die italienische und später die deutsche Einheitsbewegung. Es trat aber auch die Scheidung in Nationalstaaten und Nationalitätenstaaten verschärft in Erscheinung. Einige Mehrvölkerstaaten, wie etwa Oesterreich-Ungarn, zerfielen, während andere — wie die Schweiz — diesen Ansturm des Nationalstaatsgedankens überstanden, weil es ihnen gelang, trotz volklischer Verschiedenheit die Einheitlichkeit der Nation zu wahren. In Preußen-Deutschland kam es zur „polnischen Frage“, in Belgien wurde der wallonisch-flämische Gegensatz zum verfassungsrechtlichen Problem. Das italienisch-österreichische Verhältnis wurde durch das Irredenta-Problem schwer belastet. Ueberall also verstärkte sich das Bewußtsein von der volklischen Eigenart und verlangte nun auch unmittelbare Berücksichtigung im politischen Bereich.

Diese Entwicklung wäre vielleicht unproblematischer verlaufen, wenn sie sich nicht gerade im Rahmen eines Staatsbildes vollzogen hätte, das unter dem Motto der Souveränität eine starke Zentrierung der staatlichen Machtmittel vornahm. Der Staat beseitigte die mediären Gewalten, die sich seiner Herrschaftsmacht entgegenstellten. Er nahm Regelungskompetenzen für sich in Anspruch, die bisher der Gesellschaft zustanden. Im internationalen Bereich wahrte er seine Allmacht dadurch, daß gerade die entscheidenden Verträge mit anderen Staaten nur unter Einfügung der sogenannten „Ehren“- und „Interessen“-Klausel abgeschlossen wurden. Die zeitgenössische Staatslehre bezweifelte sogar, daß diesen völkerrechtlichen Verträgen ein echter rechtsverpflichtender Charakter innewohne. Deutlicher konnte die Zentrierung der staatlichen Macht unter Abschluß nach außen nicht zum Ausdruck kommen. Auf diese Weise entstand die zentralistische Staatlichkeit, die allein fähig war, das Zeitalter des Imperialismus zu bestehen. Positive und negative Züge vermischen sich nach unserer heutigen Sicht in diesem Bild.

Unzweifelhaft aber ist, daß ein solches Staatsbild dem Problem der volklischen Minderheit innerhalb seines Staatsgebietes nur mit Skepsis und im Grunde sogar mit Unwillen gegenübersteht. Sie wird als ein Fremdkörper empfunden, der zunächst ignoriert, dann immunisiert, wenn nicht sogar assimiliert wird. Der Nationalstaat des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts ist daher seiner ganzen Struktur nach minderheitenfeindlich.

Es fragt sich nun, ob die *Gegenwart noch von diesem Souveränitäts- und Nationalstaatsdenken bestimmt wird*. Wandeln wir im heutigen Europa noch auf den gleichen Bahnen wie zur Jahrhundertwende oder in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, die ganz besonders erfüllt war von der Problematik des Minderheitenrechts?

Wenn wir die Beantwortung dieser Frage auf Europa beschränken, so gibt es in der Tat starke Anzeichen dafür, daß ein neues Staatsbild entsteht. Wenn dies noch nicht allzu deutlich geworden ist, so liegt dies daran, daß Zeitgenossen ohnehin wenig geeignet sind, die Größe eines solchen Wandels richtig einzuschätzen. Die Gefahr der Unterschätzung ist hierbei vielleicht noch stärker als die der Ueberschätzung.

Der Wandel zeigt sich schon im Idealbild der europäischen Einigung. Hier ist nicht der Ort, im einzelnen das Für und Wider, die Möglichkeit des Erfolges oder Mißerfolges abzuwägen. Für die uns hier beschäftigende Frage sind auch organisatorische Einzelheiten uninteressant, etwa, ob jemals ein europäischer Staatenbund oder gar Bundesstaat entstehe. Entscheidend ist dagegen, daß die Vorstellung einer Annäherung der europäischen Staaten auch das Staatsbild maßgeblich beeinflußt hat. Mit dieser Integrations-tendenz ist eine übertriebene Betonung der Souveränität unvereinbar. Alle aus dem Souveränitätsdenken von der Staatlichkeit des beginnenden 20. Jahrhunderts gezogenen Folgerungen sind daher hinfällig. Entscheidend ist vielmehr, daß der Staat — so Art. 24 des Grundgesetzes — die Uebertragung von Hoheitsrechten auf internationale Gemeinschaften ausdrücklich vorsieht. Bedeutsam ist also, daß er Souveränitätsverzicht selbst in Aussicht stellt und sich — Art. 25 des Grundgesetzes — auch nicht mehr gegen die Annahme wehrt, daß es Grundsätze gibt, die auch ohne seine ausdrückliche Zustimmung für ihn verpflichtend sind. Aber nicht nur in diesem Außenverhältnis, sondern auch gegenüber dem Individuum hat sich eine neue Sicht durchgesetzt. Es braucht nur daran erinnert zu werden, welche Aenderungen etwa in der Auffassung der Grundrechte inzwischen eingetreten sind, wie sie des noch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vorherrschenden nur programmatischen Charakters entkleidet sind und den Anspruch darauf erheben, aktuelles Recht darzustellen. Dazu kommen die Ueberlegungen, wieweit der einzelne im Besitz von „vorgegebenen“ Rechten sei, die der Staat nicht antasten dürfe. Selbst wenn wir einiges davon als Reaktion gegenüber der totalitären Staatlichkeit abstreichen, bleibt noch genug übrig, um die Feststellung zu rechtfertigen, daß auch auf diesem Gebiet die staatliche Anordnungsgewalt eine erhebliche Einschränkung erfahren hat.

Hinzu kommt noch eine andere Erscheinung: Die moderne Demokratie ist ihrer Struktur nach plura-



listisch. Sie erkennt auch mediären Kräften eine Mitbeteiligung an der politischen Entscheidungsgewalt zu. Dies geschieht in einem so hohen Maße, daß zwischen den Verfassungsvorschriften und der Verfassungsrealität eine deutliche Diskrepanz sichtbar wird. Der Staat hat zwar insbesondere im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge seine Zuständigkeit wesentlich erweitert, gleichzeitig aber auch das Monopol seiner alleinigen Regelungsbefugnis durchbrochen. Auch das stärkere Hervortreten des Selbstverwaltungsgedankens und die selbst in das romanische Staatsdenken eindringende Vorstellung des Regionalismus (vgl. die italienische Verfassung von 1946) zeigen deutlich, daß hier eine Relativierung gegenüber dem orthodoxen Souveränitätsdenken eingetreten ist. Wenn diese Tendenz sich im außerstaatlichen Verhalten, in der Rechtsstellung des Individuums gegenüber dem Staat, in der Anerkennung neuer politischer Willensträger kenntlich macht, so wird man dies als eine bedeutsame Abwendung von dem alten Staatsbild zu werten haben.

Dieser Wandel ist keine fiktive Konstruktion, er tritt uns vielmehr heute schon plastisch vor Augen. Es sei hier nur an drei Erscheinungen erinnert: Auf dem ökonomischen Gebiet ist in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl der Versuch gemacht worden, einer übernationalen Behörde weitgehende Entscheidungsbefugnisse zu übertragen. Das bedeutet eine Ent-Nationalisierung für einen wichtigen Produktionsbereich, wobei sich die Regelungszuständigkeit schon auf andere Bezirke ausgeweitet hat oder ausweiten wird, beispielsweise auf die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die soziale Sicherheit usw. Noch einprägsamer, weil unmittelbar in den national-emotionalen Raum eingreifend, ist das Beispiel der europäischen Streitkräfte. Die Tatsache, daß die Truppen der einzelnen europäischen Staaten einem einheitlichen Oberkommando unterstellt sind, daß Ausrüstung und Ausbildung vereinheitlicht werden und daß der Soldat des einen Landes äußerlich kaum mehr von dem eines anderen Landes zu unterscheiden ist, zeigt sehr deutlich den Umfang des inzwischen eingetretenen Wandels. Und wenn wir zum rein rechtlichen Bezirk zurückkehren, so stoßen wir auf die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die im Gegensatz zu der Deklaration der Vereinten Nationen bereits geltendes Recht darstellt. Ihre Bestimmungen sind also den Grundrechtskatalogen der einzelnen Verfassungen vorgelagert. Damit ist eine einheitliche Ausrichtung erfolgt. Zusammen mit dem Abkommen gegen den Völkermord — Genocid-Abkommen — werden sich hieraus auch wesentliche Grundsätze für die Rechtsstellung der Minderheiten ergeben.

Ist nach diesen, notwendigerweise nur skizzenhaften Bemerkungen deutlich geworden, welchen Wandel das Staatsbild durchgemacht hat, insbesondere wie

weit wir uns bereits vom typischen Souveränitäts- und Nationalstaatsdenken etwa der Jahrhundertwende entfernt haben, so müssen wir nunmehr das Augenmerk auf die Frage richten, wie sich dies auf die Stellung der Minderheiten ausgewirkt hat.

Auch hier sei mit den eingangs gemachten Vorbehalten die Methode der Konfrontierung der alten mit der neuen Situation gewählt.

## II.

Schon die flüchtigen Untersuchungen zu dem inzwischen überholten Staatsbild haben gezeigt, daß das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Minderheit nach der alten Konzeption in eine Kampfsituation ausmündet. Die minderheitenfeindliche Einstellung der nationalstaatlich und souveränitätsrechtlich bestimmten Staatlichkeit hat zur Ausprägung bestimmter Kampfmittel auf beiden Seiten geführt:

Der Staat versuchte zunächst das Vorhandensein einer Minderheit zu leugnen. Es gibt nun volkliche Verbände, deren Zusammengehörigkeitsbewußtsein nicht den Bezirk des Politischen erreicht. Dies ist beispielsweise bei den Wenden des Spreewaldes der Fall, deren Eigenart sich im rein Volkstumhaften erschöpft. Hier konnte sich der Staat großzügig zeigen, so daß diese Situationen keine Schwierigkeiten bereiten. Wenn es irgendwie angänglich war, wurde also versucht, es bei diesem Stadium zu belassen. Ähnliche Lagen ergaben sich bei den Wallisern, Katalanen, Basken.

Wenn aber die Minderheit nicht nur ein soziologisches, sondern auch ein politisches Faktum wurde, setzte der Kampf des Staates ein. Er manifestierte sich zunächst in dem Ringen um die Anerkennung der Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe. Je nach Lage wurde das subjektive oder objektive Prinzip bevorzugt, jeweils im Sinne der Beschränkung und der engen Auslegung etwaiger Vertragsbestimmungen.

Genügte diese Einschränkung nicht, so folgte man aus dem Nationalstaatsgedanken die Notwendigkeit einer Assimilierung. Hierfür gibt es eine bewährte Skala unterschiedlich angewandter Mittel: Von der Namensumschreibung zunächst nur für geographische Bezeichnungen, dann auch für Personen, über die Beschränkung im Gebrauch der Muttersprache, der Versagung eigener Schulen, der Beschränkung von Presseerzeugnissen bis zur Nichtzulassung zu öffentlichen Ämtern, der Versetzung von Minderheitsangehörigen im Verwaltungs- und Heeresdienst in eine völlig andere Umgebung, den Bedrohungen der wirtschaftlichen Existenz durch Gewerbeverbote, Enteignungen und Bodenreformmaßnahmen.

Andererseits wurde der Versuch unternommen, den Minderheiten durch internationale Abkommen oder die Anrufung politischer oder gerichtlicher Instanzen Schutz zu gewähren. Die den 1919 neu entstandenen Staaten auferlegten völkerrechtlichen Verpflichtungen erwiesen sich aber ebensowenig als aus-



reichend wie die Bemühungen des Ständigen Gerichtshofs im Haag, der in zahlreichen Urteilen und Gutachten gerade zu Minderheitsproblemen an den deutschen Grenzen Stellung zu nehmen hatte. Das Verfahren vor dem Völkerbund war ebenfalls nicht befriedigend, weil kein unmittelbares Petitionsrecht bestand und es schließlich ganz offen zur Weigerung eines der hauptbeteiligten Staaten kam, überhaupt in eine Erörterung der gegen ihn aus minderheitsrechtlichen Gesichtspunkten erhobenen Vorwürfe einzutreten.

Die Minderheiten selbst verhielten sich unterschiedlich: Teilweise begnügten sie sich mit der biologischen Selbstbehauptung und einer gewissen Kulturautonomie. Vielfach wendeten sie sich von allem Staatlich-Politischen ab und führten praktisch ein Inseldasein. Teilweise gaben sie auch diese Abkehr vom Gaststaat auf und forderten eine prozentuale Mitverantwortung an den Entscheidungen des Gaststaates, gründeten eigene politische Parteien und spielten mitunter in innerpolitischen Auseinandersetzungen eine nicht unerhebliche Rolle, natürlich immer argwöhnisch betrachtet vom jeweiligen Staatsvolk. Hierbei ließen sich Reibungen nicht vermeiden.

Eine Dramatisierung der Situation trat ein, wenn der volkliche Heimatstaat auf Grund seiner machtpolitischen Position sich „seiner“ Volksgruppe im fremden Staat annahm und teilweise weit über die Wünsche der Volksgruppe hinweg Forderungen und Ultimaten stellte. Vielfach ist hierbei die Volksgruppe in diesem Sinn als reines Objekt der Expansionsbestrebungen mißbraucht worden. Die Volksgruppe diente damit als Interventionsvorwand\*.

Die letzte Zuspitzung erfuhr das Minderheitenproblem dann durch die Radikalmaßnahmen der zunächst freiwilligen und dann zwangsweisen Rückführung der Volksgruppenangehörigen in den Heimatstaat und als Gegenstück hierzu durch die Massenvertreibungen, die auch nach 1945 noch fortgesetzt wurden. Diese Erscheinungen ließen den völligen Zusammenbruch jeder vernünftigen Minderheitenregelung deutlich werden und stellten einen erschreckend grausamen Abschluß der Entwicklung dar.

Mildernd darf bemerkt werden, daß natürlich nicht alle Minderheitssituationen eine solche Gewaltlösung fanden. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Minderheitenregelung durchaus befriedigend funktionierte. Aber daß diese diabolische Zuspitzung in den anderen Fällen überhaupt möglich war, zeigt, wie sehr diese Möglichkeit in der inneren Konsequenz der Nationalstaatsideologie gelegen hat, insbesondere dann, wenn sie in den Sog machtpolitischer Auseinandersetzungen geriet. Im ganzen gesehen wird man feststellen müssen, daß das Staatsbild der Nationalstaatstheorie notwendigerweise derartige Kampfsituationen herauf-

beschwor und bestenfalls Waffenstillstandssituationen in dem ewigen Kampf um Assimilierung und Intervention kannte.

Damit erhebt sich folgerichtig die Frage, wie die bereits gekennzeichnete Abkehr von diesem Staatsbild sich auf die Minderheitenproblematik auswirkt und vor welchen Entwicklungen wir nunmehr stehen:

Die neue Konzeption in Richtung auf ein stärkeres Zusammenwachsen der europäischen Staaten verändert zwar die staatliche Komponente in dem Verhältnis von Minderheit zu Staat, läßt aber die volkliche Komponente unberührt. Das will besagen: Europa wird nach wie vor aus Franzosen, Deutschen, Dänen, Schweizern usw. bestehen und nicht etwa aus volklich entwurzelten Kosmopoliten. Europäer sein in diesem Sinne heißt nicht Verzicht leisten auf die Werte des Volkstums, sondern bedeutet den Versuch, sie in größerem Rahmen zur vollen Entfaltung zu bringen, jedoch nicht in einem Gegenüber, sondern in einem Miteinander.

Daraus folgt, daß auch unter dem neuen Staatsbild die volksgruppenmäßige Minderheit nicht nur Anerkennung, sondern auch Schutz verdient. Dieser Schutz ist nach den Erfahrungen der Massenaustreibungen sogar zu intensivieren. Dem einzelnen Volkstumsangehörigen muß eine erhöhte Garantie im Sinne der Persönlichkeitsentfaltung gemäß den Verfassungsbestimmungen und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zugebilligt werden. Sowohl das nationale als auch das internationale Recht müssen diesen Schutz gewähren, und zwar nicht nur durch die Anerkennung einzelner subjektiver Rechte, sondern in der Totalität der Lebensbeziehungen. Ansätze hierzu finden sich in der noch der Ausgestaltung bedürftigen Konzeption des Heimatrechts. Außerdem ist der Volksgruppe korporativ eine öffentlich-rechtlich garantierte Rechtsstellung einzuräumen, die die Wahrung der Gesamtinteressen gewährleistet.

Die Zuerkennung dieses verstärkten Schutzes erscheint nicht nur innerlich gerechtfertigt, sondern auch vom Blickpunkt des Staates aus ungefährlich. Sie ist keineswegs existenzbedrohend, weil im Bereich des Staatlichen eine gewisse Relativierung eingetreten ist. Wenn eine wie auch immer geartete europäische Förderierung zum Zielpunkt gemacht wird, so entfällt der typisch nationalstaatliche Ehrgeiz, durch Zuwachs an Bevölkerung und Staatsgebiet der „Mehrerung des Reiches“ zu dienen, das heißt darauf bedacht zu sein, die eigene Machtposition zu erhöhen und die gegnerische zu unterhöhlen. In diesem Kampf wurde, wie wir gesehen haben, auch die Volksgruppe im fremden Staat als Mittel benutzt. Diese Tendenz kommt durch das neue Staatsbild in Fortfall. Deshalb kann auch der „Wirtsstaat“ in der Gewährung von Rechten sowohl individueller als auch korporativer Art großzügiger sein.

\* ) Vgl. das Nachwort des Verfassers auf S. 7205.



Aber es handelt sich nicht nur darum, die rein nationalstaatlichen Kampfmittel der bereits besprochenen Skala zu mildern oder auszuschalten und damit die Kampfsituation zwischen Staat und Minderheit zu entspannen. Es ist auch nicht damit getan, das Volksgruppenproblem aus dem politischen Bereich zu entfernen und es in eine möglichst unpolitische Neutralisierung zu verweisen. Es geht vielmehr darum, den politischen Potenzen eine positive Wendung zu geben. Und die Aufgabe, die die Volksgruppen in einer solchen Sicht erfüllen können, besteht darin, *Brücke zwischen den Völkern dieser- und jenseits der Grenzen* zu sein. In der Erfüllung dieser Ausgleichsfunktion würden die Volksgruppen einen sehr wesentlichen Beitrag für den europäischen Gedanken zu leisten imstande sein.

Diese neue Auffassung und Zielsetzung würde auch neue Lösungsmöglichkeiten für die naturgegebenen und gewissermaßen „ewigen“ Fragen der Volksgruppenproblematik eröffnen, von denen hier nur zwei beispielhaft genannt seien: Wenn die moderne Staatlichkeit bereit ist, Hoheitsrechte an die übernationale Ebene abzutreten, so wird sie auch bereit sein, regionalen Sonderlösungen zuzustimmen, die nach der Nationalstaatsideologie kaum möglich erschienen. Es darf darauf hingewiesen werden, daß beispielsweise in der Saarfrage ähnliche Wege beschritten werden. Unabhängig davon, welche endgültige Regelung hierfür getroffen werden wird, läßt sich doch schon erkennen, daß eine Rücksichtnahme sowohl auf die deutschen als auch auf die französischen Wirtschaftsinteressen geboten erscheint. Auch das Autonomiestatut für Südtirol weist in die Richtung der regionalen Sonderlösungen.

Eine weitere Folgerung aus dieser Brückenfunktion ergibt sich im Bereich der Schulfrage, die früher nur zu oft Anlaß erheblichen Streits geworden ist: Es erscheint unter den neuen Aspekten nicht mehr sinnvoll, einen Kampf darum zu führen, ob der Unterricht in der einen oder der anderen Sprache zu geben sei. Die Lösung kann nur lauten — zumal sie erfahrungsgemäß keine intellektuelle Ueberforderung darstellt —: sowohl in der Sprache des Volkstums als auch in der Staatssprache. Auf diese Weise werden Einsichten in beide Kulturen vermittelt und gleichzeitig erhöhte Chancen für die berufliche Zukunft eröffnet. Ähnliches hätte für die Universitätsausbildung zu gelten. Es ließen sich noch zahlreiche andere Beispiele in dieser Hinsicht anführen. Schon diese Beispiele aus der Volksgruppenproblematik lassen erkennen, daß die Annahme der Brückenfunktion zu anderen Lösungen führt, deren Vorteil noch darin besteht, daß sie die Interessenkonflikte weithin ausschaltet. Man könnte in der Tat einen Katalog dieser typischen Minderheitenprobleme aufstellen und in der einen Spalte dann die Lösung nach dem nationalstaatlich-souveränitätsrechtlichen Staats-

bild und in einer anderen diejenige nach dem europäisch-integrationsrechtlichen eintragen. Die Ergebnisse wären erstaunlich.

Doch noch plastischer wird dieses Bild, wenn wir uns abschließend der konkreten Situation an der deutsch-dänischen Grenze zuwenden. Auch dies kann hier natürlich nur sehr thesenhaft und andeutungsweise geschehen.

### III.

Zunächst darf in diesem Zusammenhang auf eine besonders glückliche Konstellation bei der sogenannten Schleswig-Frage hingewiesen werden: Es gibt sowohl eine deutsche Volksgruppe im dänischen Staatsbereich als auch eine dänische Minderheit auf deutschem Staatsgebiet. Dieses Gegenseitigkeitsverhältnis dürfte die Regelung erheblich erleichtern, weil sowohl auf der Volkstumsseite als auch auf der Staatsseite beide Parteien sowohl Gewährende als auch Empfangende sind. Wir wissen aus dem Kriege, daß eine solche Gegenseitigkeitssituation die Regelungsmöglichkeit erhöht, in schwierigen Lagen sogar erst ermöglicht, weil eben beide Parteien das gleiche Interesse an der Fixierung der Verhaltensweise haben.

Es kommt also vor allem darauf an, daß bei allen Beteiligten — der deutschen wie der dänischen Minderheit ebenso wie bei den Staatsorganen Deutschlands und Dänemarks — die Ueberzeugung Oberhand gewinnt, daß die alte nationalstaatlich-souveränitätsrechtliche Behandlung der Minderheitenprobleme der neuen Erkenntnis von der Brückenfunktion der Volksgruppen Platz zu machen habe.

Damit würde auf nunmehr überholte Kampfmittel verzichtet werden, die nur aus der alten Staatskonzeption zu erklären sind und nur innerhalb dieses Rahmens einen Sinn haben. Es besteht ja die Gefahr, daß man aus einer gewissen Tradition heraus sich der alten Auseinandersetzungsformen bedient, ohne sich gewärtig zu machen, daß sie bereits obsolet geworden sind.

Wenn auf diese Weise eine günstigere Atmosphäre geschaffen wird, lassen sich auch die materiellen Fragen leichter lösen. Um die wichtigsten herauszugreifen:

1. Eine wesentliche Erleichterung könnte eintreten, wenn jeder Verdacht beseitigt würde, daß die Minderheitenbetätigung eine *Grenzrevision* im Auge habe. Trotz aller Europafreudigkeit sind die Staaten mit Recht in diesem Punkt noch durchaus empfindlich. Jeder Staat würde darin eine Schädigung seiner Interessen erblicken und entsprechend reagieren. Der Verzicht auf einen solchen Revisionismus würde daher die Situation weitgehend entspannen und beide Staaten in die Lage versetzen, gegenüber der Minderheit um so großzügiger zu verfahren. Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig hat eine solche Erklärung bereits abgegeben.



2. Ist damit jede staatsgefährdende Tendenz ausgeschaltet, so dürfte eine grundsätzliche Einigung darüber möglich sein, daß den Volksgruppen das *Recht der Selbstbehauptung* und den einzelnen Angehörigen das *Heimatrecht* zustehe. Hier bedarf lediglich die Abgrenzung des Kreises der Volksgruppenangehörigen einer Klärung, was wohl für die Verhältnisse südlich der Grenze schwieriger ist als im Norden.

3. Eine solche Einigung müßte es dann unmöglich machen, daß eine den historischen Tatsachen nicht gerecht werdende und nur *polemische Propaganda* das Einvernehmen stört. Ein Blick in die Broschürenliteratur selbst von 1954 zeigt, daß mitunter durch Auslassungen oder Umdeutungen unrichtige Vorstellungen zu dem Zweck geweckt werden, einen Grenzrevisionismus zu begründen oder andere Forderungen zu erheben. Da es den demokratischen Grundsätzen widersprechen würde, in diesen Fällen durch Zensur oder Beschlagnahmen vorzugehen, muß ein wirksamer Weg zur Unschädlichmachung vergiftender Propaganda gefunden werden. Hierbei wäre daran zu denken, daß die bereits begonnenen Versuche verstärkt und zu einem Abschluß geführt werden, nach dem Vorbild der deutsch-französischen Schulbuchkommissionen durch einen Ausschuß von Politikern, Historikern usw. beider Länder und beider Minderheiten eine Einigung über die Hauptfragen zu erzielen und bekannt zu machen. Ergibt sich dann bei anderen Publikationen eine starke Abweichung von der gemeinsam gefundenen Linie, so wäre der polemisch-negative Charakter derartiger Schriften ohne weiteres ersichtlich. Sie würden der wohlverdienten Ablehnung anheimfallen.

4. Gerade wenn auf diese Weise die allgemeine Atmosphäre bereinigt und der Verdacht revisionistischer Bestrebungen beseitigt ist, können die Staaten den Volksgruppen um so unbedenklicher ein *freies Organisationsrecht* gewähren. Aus dem Mißbrauch der Volksgruppensituation gegenüber anderen Staaten Europas unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg wäre aber zu fordern, daß diese Autonomie sowohl gegenüber dem Gaststaat als auch gegenüber dem volklichen Heimatstaat besteht. Die Volksgruppe trägt also den Charakter einer öffentlich-rechtlichen Institution, wobei zur Wahrung des Autonomiegedankens erforderlich wäre, daß die Wahl der Leitung auf demokratischer Grundlage innerhalb der Volksgruppe erfolgt und nicht etwa auf Weisungen von außerhalb der Grenze vorgenommen wird. Zum Schutz der demokratischen Struktur könnten die Grundsätze Anwendung finden, die Artikel 21 des Bonner Grundgesetzes für die politischen Parteien vorschreibt (der außerdem bestimmt, daß die Parteien über die Herkunft ihrer Mittel Rechenschaft zu geben haben und daß sie bei Bedrohung der demo-

kratischen Grundordnung für verfassungswidrig erklärt werden können).

5. Aus dieser Rechtsstellung der Volksgruppe wäre weiter zu folgern, daß ihr ein echtes *Vertretungsrecht* gegenüber den staatlichen Behörden zusteht. Darunter würde auch ein privilegiertes Petitionsrecht und ein Anrecht auf parlamentarische Repräsentation fallen. Die Vertreter der Volksgruppe repräsentieren hierbei die Gesamtheit der Volksgruppe und sollten an den innerpolitischen Parteien nicht teilnehmen. Deshalb können auch innerstaatliche Vorschriften, die für die Zusammensetzung des Parlaments unter dem Gesichtspunkt des Mehrparteiensystems durchaus zweckmäßig erscheinen, nicht ohne weiteres auch für Volksgruppenvertreter Geltung haben, da deren Funktion eine andere ist. Auch andere Repräsentanzfragen verlangen eine Ueberprüfung dahingehend, ob sie der neuen Sicht von der Brückenfunktion der Minderheit noch entsprechen.

6. Die bereits erörterte Gegenseitigkeitssituation regt offensichtlich dazu an, die Rechtsstellung der Volksgruppen nördlich und südlich der Grenze durch einen entsprechenden *Vertrag* oder ein *Statut* im Sinne der Gleichbehandlung zu regeln. Soweit es sich um gleiche Tatbestände handelt, erscheint dies vom Standpunkt der Gerechtigkeit auch durchaus sinnvoll. Es fragt sich aber, ob eine solche Fixierung schon jetzt zweckmäßig ist. Gerade weil sich erst der Gedanke durchsetzen muß, daß die Entwicklung nicht mehr unter extrem-souveränitätsrechtlichen Gesichtspunkten stehen darf und eine allmähliche Distanzierung von den klassischen Auseinandersetzungsformen der ebenso extrem-nationalstaatlichen Ideologie erfolgen muß, steht es der gegenwärtigen Uebergangsepoche noch nicht zu, sofort alle Probleme durch eine umfassende Kodifikation zu lösen. Wir wissen auch noch nicht, welche Folgerungen minderheitenrechtlicher Art Politik und Wissenschaft etwa aus der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten oder aus den Abkommen gegen Völkermord (Genocid-Abkommen) in naher Zukunft ziehen werden. Auch der Erlaß eines allgemein europäischen Minderheitenstatuts wird in manchen Kreisen erwogen.

Aber ungeachtet dieser Bedenken gegen eine alle Fragen umfassende Gesamtkodifikation ist doch in einigen Bereichen eine sachliche Klärung bereits so weit eingetreten, daß eine Stabilisierung wünschenswert erscheint. Hier bietet sich das Mittel der ad hoc-Regelungen an, die später erweitert werden können. Sollte sich hierfür die traditionelle Vertragsform mit ihrem verhältnismäßig umständlichen Aenderungsverfahren nicht als zweckmäßig erweisen, so wäre an die Möglichkeit *inhaltlich paralleler Grundsatzserklärungen* zu denken. Auch hier ist von deutscher Seite in der sogenannten Kieler Erklärung vom 26. September 1949 ein erster Schritt getan, der aber



noch des Echos von der Gegenseite bedarf. Auf diese Weise könnten die Staaten großzügige Lösungen im europäischen Geist anbieten und bereits einseitig in der Erwartung durchführen, daß auf der anderen Seite ähnliche Regelungen getroffen werden. Damit wäre sowohl den berechtigten Wünschen nach einer Festlegung der Verhaltensweise auf Einzelgebieten als auch der Notwendigkeit Rechnung getragen, Raum zu lassen für eine allmählich immer weitere Bereiche ergreifende Verwirklichung der neuen Auffassung von der Funktion der Minderheiten.

Mit diesen schon mehr verfahrensrechtlichen Bemerkungen möchte ich meine Ausführungen beenden. Was ich Ihnen nur skizzenhaft vortragen konnte, sollte als Beweis dafür dienen, daß das Staatsbild

des neuen Europa eine neue Konzeption auch in der Volksgruppenfrage erforderlich macht. Die dem alten Staatsdenken immanente Kampfsituation mit Interventions- und Assimilierungstendenzen ist nicht mehr gegeben. Die Minderheiten dürfen nicht mehr als machtpolitisch ausnutzbare Bastionen des einen Staates in einem anderen betrachtet werden. Ihre Funktion besteht vielmehr darin, Brücke zu sein zwischen den Nationen, die miteinander eine größere Gemeinschaft bilden. Nur eine solche Sicht vermag heute sowohl die Werte des Volkstums als auch der Staatlichkeit im harmonischen Verhältnis zueinander zur Entfaltung zu bringen und damit gleichzeitig eine Atmosphäre zu schaffen, die der Erfüllung unserer Wünsche auf eine stärkere europäische Gemeinsamkeit förderlich ist.

### Nachwort des Verfassers

Im Rahmen dieses Referates konnten nur wenige Hauptfragen Erwähnung finden. Dagegen mußte etwa der Wandel von der überwiegend individualistisch-subjektiven Minderheitenkonzeption zu der stärker politisch-kollektiv bestimmten Auffassung von der Volksgruppe unberücksichtigt bleiben. Außerdem erhält die Volksgruppenpolitik in ihrer Verquickung mit den außenpolitischen Vorgängen eine negative Note. So stellt sie sich im Laufe der machtpolitischen Geschehnisse jedem unbefangenen Beobachter in der Tat dar. Doch sei zur Vermeidung von Mißverständnissen hierzu festgestellt, daß der Begriff der Volksgruppe keineswegs geprägt wurde, um eine Verschärfung der nationalstaatlichen Kampfsituation herbeizuführen. In seiner ursprünglichen Ausgestaltung bedeutet er vielmehr den durchaus beachtenswerten Versuch, einen Ausgleich zwischen der — nunmehr auch politischen — „Eigenständigkeit“ einer solchen andersvolklichen Gruppe und den staatlichen Interessen herbeizuführen. Doch schon die ersten Ansätze einer solchen Neugestaltung wurden durch die vor dem Zweiten Weltkrieg immer stärker in Bewegung geratene machtpolitische Entwicklung erdrückt, die diesen Begriff für ihre Zwecke undeutete. Durch diese Verfälschung seines ursprünglichen Inhalts hat er erst jenen verhänglichen Sinngehalt bekommen,

der ihm auf Grund der damaligen Vorgänge auf dem politischen Feld heute noch anhaftet.

Heute stehen die großen politischen Entscheidungen über die Ost-West-Entspannung, die deutsche Wiedervereinigung, die europäische Integration und Verteidigungspolitik im Vordergrund. Doch schon die Schleswigfrage zeigt, daß auch in der Frage der Volksgruppen im fremden Staat neue Lösungen erforderlich werden. Dieses Problem kann weder durch einen unrealen „Europäismus“ ignoriert noch durch einen Rückfall in die nationalstaatlichen Auseinandersetzungsformen gelöst werden. Ebenso wenig können auch noch so gutgemeinte Augenblickskompromisse auf der außenpolitischen Ebene eine endgültige Hilfe bringen. Es muß vielmehr der ursprüngliche Begriff der Volksgruppe von den ihm durch die Mißdeutung vor 1939 und nach 1945 anhaftenden Schläcken befreit und sowohl mit dem modernen Staatsbild als auch mit den zwischenstaatlichen Ordnungsvorstellungen in Beziehung gebracht werden. Es ist sowohl die „Autonomie“-Bereitschaft der heutigen Staatenwelt als auch die durch die Integrationsvorstellungen eröffnete Chance der „Brückenfunktion“ zu prüfen. Erst eine solche grundsätzliche Klärung und gegenseitige Abstimmung ebnet den Weg für eine Neugestaltung, deren Notwendigkeit gerade die Schleswigfrage deutlich erweist.



## Dokumente zur Frage der europäischen Sicherheit

### Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 23. Oktober 1954

Im Zusammenhang mit der Note der Regierung Frankreichs vom 10. September dieses Jahres hält es die Sowjetregierung für erforderlich, folgendes zu erklären:

In der Note vom 24. Juli schlug die Regierung der UdSSR der Regierung Frankreichs sowie den Regierungen Großbritanniens und der USA vor, eine gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung der Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzuberufen. Am 4. August schlug die Regierung der UdSSR den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vor, diese Frage zunächst auf einer Konferenz der Außenminister der vier Mächte zu erörtern und auch die Prüfung der deutschen Frage auf dieser Konferenz fortzusetzen.

Um zur Lösung des Problems der Sicherheit in Europa beizutragen, hat die Sowjetregierung ihren Entwurf eines „Gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa“ eingebracht und gleichzeitig ihre Bereitschaft erklärt, auch andere Vorschläge zu dieser Frage zu erörtern.

In dem Entwurf wird vorgeschlagen, in Europa ein solches System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, das die Erhaltung des Friedens durch die Vereinigung der Bemühungen aller interessierten europäischen Staaten gewährleisten würde, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Dem sowjetischen Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages zugrunde liegt das Prinzip kollektiver Aktionen seiner Teilnehmer gegen die Bedrohung und einen bewaffneten Ueberfall auf irgendeinen Staat, der am Vertrag beteiligt ist, sowie das Prinzip der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Das bedeutet, daß jeder Versuch einer Aggression durch irgendeinen Staat unverzüglich die Anwendung kollektiver Sanktionen gegen den Aggressor nach sich ziehen würde.

Somit enthält der sowjetische Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages die realen Garantien für die Sicherheit Frankreichs und Polens, Großbritanniens und der Sowjetunion, aller großen und kleinen Staaten Europas. Gleichzeitig schafft er die günstigsten Voraussetzungen für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, für eine freie, friedliche Entwicklung des deutschen Staates.

Kein Staat, der wirklich die Festigung des Friedens in Europa anstrebt, kann zur Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten bei der Schaffung eines wirksamen Systems der gesamteuropäischen Sicherheit eine ablehnende Haltung einnehmen. Was die Sowjetregierung

betrifft, so geht sie nach wie vor davon aus, daß es allein durch die gemeinsamen Bemühungen der europäischen Staaten möglich ist, die Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

Die französische Regierung hat jedoch bei der Darlegung ihrer Einwände gegen diesen sowjetischen Entwurf keinerlei eigene Vorschläge zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa eingebracht. Die französische Regierung hat nicht nur keinen eigenen Beitrag zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa geleistet, sondern setzt im Gegenteil, wie die Tatsachen der letzten Zeit beweisen, den Weg des Zusammenzimmerns militärischer Gruppierungen in Europa fort.

Dabei setzte sich die französische Regierung erneut für den Nordatlantischen Militärblock ein, der angeblich Verteidigungszwecke verfolgt, obgleich zahlreiche Tatsachen den aggressiven Charakter dieser Gruppierung in ihrer gegenwärtigen Form beweisen. Daß diese militärische Gruppierung vor allem gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtet ist, wird von den militärischen Führern des Nordatlantikkblocks nicht verheimlicht. Die in der Note vom 10. September enthaltenen Versuche, die Schaffung dieses Blocks mit dem Hinweis auf das Bestehen einer „stark bewaffneten sowjetischen Gruppierung“ in Osteuropa zu rechtfertigen, sind völlig haltlos, da es in Wirklichkeit eine Gruppierung dieser Art nicht gibt. Die Tatsache, daß gegenwärtig die Verwirklichung der Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die Nordatlantikgruppierung vorbereitet wird, ist nur eine Bestätigung dafür, daß es um eine weitere Verschärfung der Aggressivität dieser Gruppierung geht.

Unter diesen Umständen hält es die Sowjetregierung für erforderlich, die Aufmerksamkeit der Regierung Frankreichs erneut darauf zu lenken, daß die Schaffung militärischer Gruppierungen nicht zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen kann. Die Schaffung solcher Gruppierungen europäischer Staaten, die gegen andere europäische Staaten gerichtet sind, führt zu einer weiteren Verstärkung der internationalen Spannung und steht in direktem Widerspruch zu den Interessen der Festigung des Friedens in Europa. Indem sie diesen Weg geht und sich weigert, an der Organisation eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa teilzunehmen, nimmt die Regierung Frankreichs die Verantwortung für die Folgen dieser Politik auf sich, die mit den Interessen der Sicherheit in Europa unvereinbar ist.



Für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa ist die Regelung des deutschen Problems von entscheidender Bedeutung. Das heißt, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland die wichtigste und dringlichste Aufgabe ist.

Man darf die Lösung der Aufgabe der Wiedervereinigung Deutschlands, das immer noch in zwei einander gegenübergestellte Teile zerrissen ist, nicht hinausschieben. Die Interessen der nationalen Sicherheit der europäischen Staaten wie auch die Interessen des deutschen Volkes selbst verlangen die Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands, damit die Völker Europas gewiß sind, daß das vereinigte Deutschland nicht in die Hände der geschworenen Feinde des Friedens — der deutschen Militaristen und Revanchepolitiker — fällt, sondern fest den Weg der friedlichen Entwicklung und der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu den anderen Ländern beschreitet.

Die Sowjetregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen erforderlich ist. Bei diesen Wahlen muß das deutsche Volk die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit das einheitliche Deutschland als friedliebender und demokratischer Staat wiederersteht.

Auf der Berliner Viermächtekonferenz gelang es nicht, ein Uebereinkommen über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vor der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erzielen. Dem stand in erster Linie der Plan der Schaffung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ im Wege, der die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in diese militärische Gruppierung vorsah. Die Ablehnung des Vertrages über die Schaffung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ durch die Französische Nationalversammlung hat Möglichkeiten zur Annäherung der Standpunkte der vier Mächte in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu diesem Zweck eröffnet.

Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, unter Berücksichtigung der bereits erwähnten neuen Umstände, den auf der Berliner Konferenz von Großbritannien eingebrachten und von Frankreich und den USA unterstützten Vorschlag über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen erneut zu erörtern. Dabei geht die Sowjetregierung davon aus, daß auch die entsprechenden Vorschläge der Sowjetunion erörtert werden.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß es Möglichkeiten gibt, ein Uebereinkommen zwischen den Staaten in dieser Frage zu erzielen, wenn man von der Anerkennung der unumstrittenen Tatsache ausgeht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage die Hauptaufgabe ist.

In diesem Zusammenhang hält es die Sowjetregierung für notwendig, die Aufmerksamkeit besonders auf jene neuen Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in eine militärische Gruppierung einiger westlicher Staaten zu lenken, die nach der am 3. Oktober dieses Jahres beendeten Neunstaatenkonferenz in London und auch im Zusammenhang mit den gegen-

wärtig in Paris stattfindenden Separatverhandlungen bekannt geworden sind.

Entgegen den von Frankreich, Großbritannien und den USA gemeinsam mit der Sowjetunion übernommenen Verpflichtungen, die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus nicht zuzulassen, soll, gemäß den Separatabkommen von London und Paris, bereits in nächster Zeit eine 500 000 Mann starke westdeutsche Armee mit einer eigenen mächtigen Luftwaffe, mit Panzerverbänden und eigenen Stäben geschaffen werden. Die Schwerindustrie Westdeutschlands und in erster Linie die der Ruhr wird erneut auf massenhafte Rüstungsproduktion umgestellt. An der Spitze der Streitkräfte in Westdeutschland werden dieselben Generale stehen, die die Hitlerarmee geschaffen haben und gemeinsam mit Hitler die Aggression gegen die Tschechoslowakei, Polen, Frankreich, die Sowjetunion, Großbritannien und viele andere europäische Staaten durchführten. Unter diesen Bedingungen können die heutigen formalen Verpflichtungen der Bonner Regierung in bezug auf die Begrenzung der zahlenmäßigen Stärke der westdeutschen Armee und ihrer Bewaffnung nicht ernst genommen werden. Wie die jüngste Erfahrung zeigt, werden die deutschen Militaristen und Revanchepolitiker, nachdem sie mit der Schaffung ihrer Korps und Divisionen begonnen haben, vor nichts haltmachen, um die Erhöhung der Stärke und der Bewaffnung ihrer Armee zu erreichen.

Die Londoner Beschlüsse eröffnen den Weg zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus. Danach werden die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker bei der Durchführung ihrer aggressiven Politik in Europa freie Hand haben. Auf diese Weise wird Westdeutschland zum gefährlichen Herd eines neuen Krieges in Europa.

Die Londoner Beschlüsse sehen die Einbeziehung des remilitarisierten Westdeutschland in eine militärische Gruppierung westeuropäischer Staaten vor, die den anderen europäischen Staaten gegenübergestellt ist. An Stelle der früher geplanten militärischen Gruppierung der sechs westeuropäischen Staaten Frankreich, Westdeutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg ist diesmal die Bildung einer militärischen Gruppierung derselben Staaten unter Beteiligung Großbritanniens vorgesehen. Es hieße die öffentliche Meinung täuschen, wollte man behaupten, daß der Londoner Plan der Schaffung einer neuen militärischen Gruppierung den Interessen der Sicherheit der Völker Europas mehr entspricht als der gescheiterte Plan der Schaffung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“.

Der Londoner Plan sieht auch die Einbeziehung Westdeutschlands in den Nordatlantikkblock vor, was den deutschen Militaristen die Möglichkeit gibt, direkt auf eine weitere Verstärkung der Aggressivität der Nordatlantikkgruppierung hinzuwirken. Erst kürzlich hat die Französische Nationalversammlung die Teilnahme Westdeutschlands am Nordatlantikkblock als unzulässig erachtet, da sie der Ansicht war, daß dies mit den Interessen der Sicherheit Frankreichs nicht zu vereinbaren ist. Um so weniger ist die Einbeziehung eines remilitarisierten Westdeutschland in die Nordatlantikkgruppierung, wie es im Londoner Abkommen vorgesehen ist, mit den Interessen der Sicherheit in Europa zu vereinbaren.



Diese Beschlüsse, die den deutschen Militaristen die Hände freigeben, sind von den aggressiven Kreisen der Mächte diktiert, die auf der Grundlage der Durchführung der berichtigten „Politik der Stärke“ nach der Weltherrschaft streben.

Die Londoner Abkommen sind auch mit der Wiederherstellung der souveränen Rechte des deutschen Volkes unvereinbar. In Wirklichkeit führen diese Abkommen nicht zur Aufhebung des Besatzungsregimes, wie man es hinstellen möchte, sondern zur Belassung der Besatzungstruppen in Westdeutschland bis zum Jahre 1998, das heißt, bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Westdeutschland bleibt durch die Bedingungen des versklavenden „Bonner Vertrages“ gebunden.

Dies alles zeigt, daß die Londoner Beschlüsse, die zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und zur Einbeziehung Westdeutschlands in aggressive militärische Gruppierungen führen, im Grunde den Interessen der Erhaltung des Friedens widersprechen und die Gefahr eines neuen Krieges in Europa verstärken.

Falls diese Beschlüsse verwirklicht werden, kann Westdeutschland nicht mehr als friedliebender Staat betrachtet werden, was die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für lange Zeit unmöglich machen wird.

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, zu erklären, daß die Zustimmung der französischen Regierung zur Annahme und Verwirklichung der Londoner Beschlüsse in direktem Widerspruch zu dem Französisch-Sowjetischen Bündnis- und Beistandsvertrag vom Jahre 1944 steht. Während der Vertrag beide Seiten verpflichtet, „gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung jeder neuen Bedrohung, die von Deutschland ausgeht, zu unternehmen und solche Handlungen zu verhindern, die irgendeinen neuen Versuch einer Aggression seinerseits ermöglichen würden“, zielen die Londoner Beschlüsse direkt auf die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus ab und schaffen somit eine Bedrohung der Sicherheit der Völker Europas. Während der Französisch-Sowjetische Vertrag beide Staaten verpflichtet, „keinerlei Bündnisse zu schließen und sich an keinen Koalitionen zu beteiligen, die gegen die andere hohe vertragschließende Seite gerichtet sind“, würde die Verwirklichung der Londoner Beschlüsse bedeuten, daß sich Frankreich mit dem wiedererstehenden deutschen Militarismus in einen Militärblock begibt, der gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Indem die französische Regierung solche Handlungen unternimmt, die den Grundlagen des Französisch-Sowjetischen Vertrages widersprechen, übernimmt sie die Verantwortung sowohl dafür, daß sich Frankreich im Ergebnis einer solchen Politik seinem Erzfeind, dem deutschen Militarismus, gegenübersehen wird, als auch dafür, daß es sich der Sowjetunion gegenüberstellt, obgleich die Sicherheit beider Staaten verlangt, daß gemeinsame Anstrengungen zur Verhinderung der Wiedergeburt des deutschen Militarismus gemacht werden.

Die in London und Paris geplanten Maßnahmen in bezug auf Westdeutschland stehen auch in direktem Widerspruch zu den Vorschlägen der Regierung Frankreichs und Großbritanniens, die zur Frage einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffen im Juni dieses Jahres in den UN unter-

breitet und von der Regierung der USA unterstützt wurden.

Gegenwärtig werden in der Organisation der Vereinten Nationen sowohl die französisch-britischen Vorschläge als auch die Vorschläge der Sowjetunion zur Frage der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffen behandelt, wobei die Sowjetregierung vorgeschlagen hat, als Grundlage einer entsprechenden internationalen Konvention die genannten Vorschläge Frankreichs und Großbritanniens anzunehmen. Auf diese Weise zeichnet sich eine Annäherung der Standpunkte der Seiten in dieser wichtigen Frage ab. Die Regierung Frankreichs erklärt in ihrer Note vom 10. September, daß sie bestrebt ist, zur Lösung der Abrüstungsfrage beizutragen. Man kann jedoch nicht zugleich eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorschlagen und die Remilitarisierung Westdeutschlands betreiben. Solche Handlungen sind unvereinbar miteinander.

In letzter Zeit ist es bekanntlich gelungen, eine gewisse Milderung der Spannung in den internationalen Beziehungen zu erreichen. Die Sowjetregierung geht davon aus, daß alle friedliebenden Völker an der weiteren Milderung der internationalen Spannung interessiert sind. Indessen leisten die Londoner Beschlüsse hierzu nicht nur keinen Beitrag, sondern sie führen im Gegenteil zu einer Verschärfung der internationalen Lage.

Gegenwärtig hat sich folgende Lage ergeben:

Entweder werden die vier Mächte, die die besondere Verantwortung für die Lösung der Deutschlandfrage tragen, alles tun, um mit der Erörterung und Lösung der dringlichsten Frage zu beginnen — und zwar der Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, an der das deutsche Volk und zusammen mit ihm alle friedliebenden Völker Europas so sehr interessiert sind —, oder, wenn es zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und zur Einbeziehung Westdeutschlands in aggressive militärische Gruppierungen kommt, so würde die deutsche Nation für lange Zeit in Teile gespalten bleiben, und durch das remilitarisierte Westdeutschland wird eine direkte Bedrohung des Friedens in Europa geschaffen. Mit dem Ziel, zur Regelung der Deutschlandfrage beizutragen, hat die Sowjetregierung auf der Berliner Konferenz einen Vorschlag über den Abzug der Besatzungstruppen von den Territorien Ost- und Westdeutschlands mit Ausnahme einiger streng begrenzter Kontingente eingebracht. Dieser Vorschlag war mit dem Abschluß eines Friedensvertrages und mit einem Vorschlag über gesamtdeutsche Wahlen verknüpft. Damals wurde in dieser Frage kein Übereinkommen erzielt.

Geleitet von dem Bestreben, die Bedingungen für die Annäherung beider Teile Deutschlands und die Lösung der Aufgabe seiner nationalen Wiedervereinigung zu erleichtern, schlägt die Sowjetregierung den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika vor, die Frage des Abzugs der Besatzungstruppen vom Territorium Ost- und Westdeutschlands zu erörtern und den Abzug der Besatzungstruppen sofort ohne jeglichen Aufschub zu verwirklichen. Ein solcher Beschluß würde zur weiteren internationalen Entspannung und zur Festigung des Friedens in Europa beitragen.

Gleichzeitig mit der Lösung dieser Frage entsteht die Notwendigkeit, eine Vereinbarung über Stärke, Standorte und Bewaffnung aller Arten der deutschen Polizei



Ost- und Westdeutschlands zwischen der UdSSR, Frankreich, Großbritannien und den USA unter Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu erzielen. Das würde allen Befürchtungen in bezug auf die Remilitarisierung sowohl Ost- als auch Westdeutschlands ein Ende setzen. Es ist bekannt, daß von Ostdeutschland keine Einwände gegen diesen Vorschlag und keine Einwände gegen eine Prüfung der tatsächlichen gegenwärtigen Lage an Ort und Stelle erhoben werden. Sollte Westdeutschland der Annahme dieses Vorschlages ausweichen, so würde das nichts anderes bedeuten als das Bestreben, die Durchführung der Remilitarisierungspläne zu beschleunigen.

Von dem Dargelegten ausgehend, schlägt die Sowjetregierung der Regierung Frankreichs wie auch den Regierungen Großbritanniens und der USA vor, im November dieses Jahres eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion zur Erörterung folgender Fragen einzuberufen:

1. über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage und über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen;
2. über den Abzug der Besatzungstruppen der vier Mächte von den Territorien Ost- und Westdeutschlands;
3. über die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung der Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Note der Sowjetunion an 23 europäische Staaten und an die USA vom 13. November 1954

*Die folgende Note wurde den in Moskau befindlichen Botschaften und Gesandtschaften Frankreichs, Großbritanniens, Oesterreichs, Albaniens, Belgiens, Bulgariens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, Hollands, Griechenlands, Dänemarks, Islands, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, Polens, Rumäniens, der Türkei, Finnlands, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Schwedens, Jugoslawiens und der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelt. Außerdem wurde diese Note der Botschaft der Chinesischen Volksrepublik gesandt, deren Vertreter zu der europäischen Sicherheitskonferenz als Beobachter eingeladen worden ist.*

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, der Regierung Frankreichs das Folgende zu erklären:

Am 23. Oktober d. J. wurden in Paris Abkommen unterzeichnet, die Westdeutschland betreffen. Der Unterzeichnung dieser Abkommen ging die Neun-Länder-Konferenz in London voraus, deren Teilnehmer sich über separate Maßnahmen in der deutschen Frage einigten.

Die Pariser Abkommen sehen entgegen den bestehenden internationalen Abkommen über Deutschland die Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland vor, die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte und die Einbeziehung Westdeutschlands in militärische Gruppierungen einiger Staaten, die anderen Staaten Europas gegenübergestellt werden.

In Westdeutschland wird ein Heer aufgestellt, das schon in der nächsten Zeit die Stärke von 500 000—520 000 Mann erreichen und über große Flieger- und Panzerverbände wie auch über eigene Militärstäbe verfügen wird. Heute schon machen die deutschen Militaristen kein Hehl daraus, daß sie die laut den Londoner und Pariser Ab-

Was die Frage des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Oesterreich anbelangt, so hat die Sowjetregierung bekanntlich schon am 12. August dieses Jahres in ihrer Note an die österreichische Regierung vorgeschlagen, daß eine Konferenz der Botschafter Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion gemeinsam mit den Vertretern der österreichischen Regierung sich in Wien mit der Erörterung der noch offen gebliebenen Fragen, die sich auf den Entwurf des Staatsvertrages beziehen, und anderer Fragen, die mit dem Abschluß dieses Vertrages mit Oesterreich zusammenhängen, beschäftigen sollte.

In der Antwortnote der österreichischen Regierung vom 12. Oktober wird ihre Bereitschaft mitgeteilt, an der erwähnten Konferenz teilzunehmen. Der Sowjetregierung ist jedoch der Standpunkt sowohl der Regierung Frankreichs als auch der Regierungen Großbritanniens und der USA in dieser Frage nicht bekannt. Die Sowjetregierung möchte wissen, ob die Regierungen der drei Mächte einverstanden sind, daß ihre Botschafter an einer Konferenz in Wien zur Erörterung der Fragen teilnehmen, die sich auf den Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich beziehen.

Entsprechende Antwortnoten der Sowjetregierung werden auch an die Regierung Großbritanniens und die Regierung der USA gerichtet.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 24. Oktober 1954.

kommen festgelegte zahlenmäßige Stärke des westdeutschen Heeres lediglich als die Grundlage für die Entwicklung noch zahlreicherer Streitkräfte betrachten.

Das westdeutsche Heer wird unter der Leitung der deutschen Generale aufgestellt, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges an der Spitze der hitlerschen Wehrmacht standen, an der faschistischen Aggression und an der Einführung der blutigen hitlerschen „Neuen Ordnung“ in Europaländern beteiligt waren.

Die Abkommen von London und Paris lassen den westdeutschen Militaristen und Revanchisten freie Hand auch zur unbegrenzten Waffenproduktion. Die Streitkräfte Westdeutschlands erhalten auch die Möglichkeit, unter ihren Rüstungen Atomwaffen zu haben, was die Gefahr eines verheerenden Atomkrieges in Europa erheblich erhöht.

Die oben erwähnten Abkommen sehen die Einbeziehung des remilitarisierten Westdeutschland in die neue militärische Gruppierung, die jetzt in Form der sogenannten „Westeuropäischen Union“ zusammengezimmert wird, wie auch in den Nordatlantikblock vor, dessen aggressiven Charakter die Sowjetregierung bereits wiederholt festgestellt hat.

All das bezeugt, daß Westdeutschland gegenüber ein Kurs durchgeführt wird, der weder mit der Aufgabe der Festigung des Friedens in Europa, noch mit der Aufgabe, die nationale Einheit Deutschlands wiederherzustellen, vereinbar ist. Die Verwirklichung des Londoner Abkommens und der Pariser Abkommen hätte zu bedeuten, daß die Vereinigung Deutschlands im Wege der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen den derzeitigen Plänen der Wiederherstellung des deutschen Militarismus,



dieses Todfeindes der Völker Europas, darunter auch des deutschen Volkes selbst, geopfert würde.

Bestrebt, die Lösung der Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erleichtern, beantragte die Sowjetregierung, die Frage des unverzüglichen Abzugs der Besatzungstruppen aus Ost- und Westdeutschland zu erörtern. Zugleich wurde auch vorgeschlagen, die zahlenmäßige Stärke und jegliche Waffen der deutschen Polizei sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu bestimmen. Die Sowjetregierung ist nach wie vor der Meinung, daß die Durchführung dieser Maßnahmen zur Minderung der Spannung in Europa beitragen würde.

Das Londoner und die Pariser Abkommen sind unvereinbar mit dem Französisch-Sowjetischen Bündnis und Beistandsvertrag von 1944 und mit dem englisch-sowjetischen Vertrag von 1942 über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand nach dem Krieg — Verträgen, die die Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen vorsehen, damit die Möglichkeit einer neuen Aggression seitens Deutschlands nicht zugelassen wird.

Die Sowjetregierung hat bereits die Staaten, die die Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems tragen, auf die ernste Gefahr aufmerksam gemacht, die mit dem Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland und mit der Einbeziehung Westdeutschlands in militärische Gruppierungen verbunden ist. Die Bildung solcher militärischer Gruppierungen einiger Staaten, die anderen europäischen Staaten gegenübergestellt werden, führt, wie die geschichtliche Erfahrung gezeigt hat, unvermeidlich zur Zuspitzung der Beziehungen zwischen ihnen und letzten Endes zu einem Krieg. So war es vor dem Ersten Weltkrieg, als zwei einander gegenüberstehende militärische Staatenkoalitionen geschaffen wurden. So war es auch vor dem Zweiten Weltkrieg, als unter dem Schutz und Schirm Hitlerdeutschlands eine aggressive militärische Gruppierung gebildet wurde, die sich anderen Staaten entgegenstellte, welche im Verlauf des Krieges sich gezwungen sahen, ihre Kräfte zu vereinen, um die hitlersche Aggression abzuwehren.

Um zu vermeiden, daß Europa periodisch zum Schauplatz blutiger und verheerender Kriege wird, die den Völkern der europäischen Staaten Millionen Menschenleben und kolossale materielle Zerstörungen kosten, wird es notwendig, ein Sicherheitssystem in Europa zu schaffen, an dem alle europäischen Staaten unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung teilnehmen. Die Schaffung eines solchen Systems der gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit würde eine sichere Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten ergeben und ihre nationale Sicherheit garantieren, durch die von ihnen übernommenen Verpflichtungen, die zwischen ihnen aufkommenden Differenzen auf friedlichem Wege zu regeln und im Falle der Entstehung einer Gefahr für den Frieden oder eines Friedensbruchs vereinte Aktionen, darunter auch militärische, gegen den Aggressor zu unternehmen.

Die Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, beruhend auf den vereinten Bemühungen aller europäischen Staaten, würde die Regelung des deutschen Problems erleichtern. Beseitigt wäre damit das heute bestehende Haupthindernis für die Wiederherstellung der deutschen Einheit; dieses Hindernis sind die Pläne, Westdeutschland in einen militaristischen

Staat zu verwandeln und in aggressive militärische Gruppierungen einzubeziehen.

Um ein dahingehendes Uebereinkommen zwischen den interessierten Staaten zu erleichtern, brachte die Sowjetunion Anfang dieses Jahres, während der Berliner Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs, Vorschläge über die Grundprinzipien eines „Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa“ ein. Die Vorschläge zur Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa fanden bei einer Reihe europäischer Staaten eine günstige Aufnahme. Sie fanden auch Unterstützung bei breiten Gesellschaftskreisen sowohl jener europäischen Staaten, deren Regierungen noch nicht zum Gedanken der kollektiven Sicherheit in Europa Stellung genommen haben, als auch jener Staaten, deren Regierungen abgelehnt haben, die eingebrachten Vorschläge zu unterstützen.

Bis jetzt ist es bekanntlich nicht gelungen, das erforderliche Uebereinkommen zwischen den beteiligten Staaten über dieses wichtige Problem herbeizuführen. Indes verlangen die Interessen der Sicherheit der europäischen Völker, daß die Entwicklung in Europa nicht den verhängnisvollen Weg der Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Bildung einander gegenübergestellter militärischer Staatenblocks in Europa gehe, sondern den Weg der Schaffung eines Systems gesamteuropäischer Sicherheit, das sich auf die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller Staaten Europas, der großen und der kleinen, gründet.

Die auf der Londoner und Pariser Konferenz entwickelten Pläne der Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung eines remilitarisierten Westdeutschland in militärische Gruppierungen komplizieren unweigerlich die Lage in Europa. Die Verwirklichung dieser Pläne wird unvermeidlich eine Zuspitzung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, Verschärfung des Rüstungsrennens und eine bedeutend gesteigerte Belastung der Völker Europas mit militärischen Ausgaben herbeiführen. In Anbetracht dessen wird es nur ganz natürlich sein, wenn die friedliebenden europäischen Völker sich gezwungen sehen werden, neue Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu ergreifen.

Um die erwähnte Komplizierung der Lage in Europa, die die Kriegsgefahr verschärft, zu verhüten, muß man alle Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, zur Herstellung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und damit zu einer Entspannung der internationalen Beziehungen beizutragen.

Davon ausgehend, ist die Sowjetregierung der Meinung, daß es notwendig geworden ist, ohne weiteren Aufschub eine Konferenz aller europäischen Staaten, die sich an ihr zu beteiligen wünschen, wie auch der Vereinigten Staaten von Amerika über die Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzuberufen.

In der Erkenntnis der besonderen Verantwortung der Staaten, die die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO sind, für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, hält die Sowjetregierung es für wünschenswert, daß die Chinesische Volksrepublik einen Beobachter zu dieser Konferenz entsende.



Es versteht sich, daß jeder an dieser Konferenz teilnehmende Staat die Möglichkeit haben muß, die Vorschläge einzubringen, die er in der zur Erörterung stehenden Frage für nötig hält.

Die Sowjetregierung schlägt vor, eine derartige Konferenz für den 29. November d. J. in Moskau oder in Paris einzuberufen.

Die Einberufung einer derartigen Konferenz aufzuschieben wäre nicht zweckmäßig, da schon im Dezember in einigen europäischen Staaten begonnen wird, die Frage der Ratifizierung der Pariser Abkommen zu prüfen. Die Ratifizierung würde die gesamte Lage in Europa stark komplizieren und die Möglichkeit einer Regelung der ungelösten europäischen Probleme, vor allem des deutschen Problems, untergraben.

Dem Vorschlag, eine gesamteuropäische Konferenz zur Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa für den 29. November in Moskau oder in

Paris einzuberufen, stimmen auch die Regierung der Polnischen Volksrepublik und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik zu, mit denen die Sowjetregierung dahingehende Konsultationen hatte.

Gleichlautende Noten richtete die Regierung der UdSSR an alle europäischen Staaten, zu denen die UdSSR in diplomatischen Beziehungen steht. Die Sowjetregierung geht davon aus, daß die Einladung an die europäischen Staaten, zu denen die UdSSR keine diplomatischen Beziehungen unterhält, von den Regierungen Frankreichs, Englands oder der USA, die zu diesen Ländern diplomatische Beziehungen unterhalten, ergehen könnte.

Die Sowjetregierung wird der Regierung Frankreichs für eine Mitteilung über ihre Beteiligung an der oben erwähnten gesamteuropäischen Konferenz erkenntlich sein.

Quelle: *Neuer Weg* (Organ der Volksräte der Rumänischen Volksrepublik) vom 14. November 1954.

### Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 29. November 1954

Die französische Regierung hat, nach gemeinsamen Beratungen mit den Regierungen der USA und Großbritanniens über die Note vom 23. Oktober, mit der die Sowjetregierung ein Treffen der Außenminister der vier Mächte im Monat November vorschlägt, diese Note mit den anderen Regierungen der NATO und mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland geprüft. Sie hat gleichzeitig mit den interessierten Regierungen die sowjetische Note vom 13. November geprüft, in der eine Konferenz über die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa vorgeschlagen wird.

Die französische Regierung ist enttäuscht, feststellen zu müssen, daß mit Ausnahme der Anregung, in aller Eile eine europäische Konferenz für den 29. November einzuberufen, die beiden sowjetischen Noten keinen Vorschlag enthalten, der Deutschland, Österreich oder die europäische Sicherheit betrifft und der nicht bereits von den westlichen Mächten während der Konferenz in Paris besprochen worden wäre. Die sowjetische Note vom 13. November zielt ausdrücklich darauf hin, die Ratifizierung der Abmachungen von Paris zu verzögern oder zu verhindern. Die französische Regierung ihrerseits ist entschlossen, diese Abmachungen so bald wie möglich in Kraft zu setzen, und will sich nicht von diesem Ziel abbringen lassen. Sie glaubt nicht, daß man der Sache der europäischen Sicherheit dient, indem man die zu defensiven Zwecken geschlossenen Vereinbarungen zwischen Staaten mit einem gemeinsamen Kulturideal beschränkt.

Die Sicherheit aller würde nicht im geringsten gesteigert werden, wenn man diese Vereinbarungen durch neue Organisationen ersetzt, die die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen lassen und lediglich zur Errichtung einer irreführenden Fassade führen. Die französische Regierung ist davon überzeugt, daß die Abkommen von Paris einen Rahmen und einen Ausgangspunkt für die Lösung der schwierigsten Probleme bieten, die sich in Europa stellen, und daß diese Abkommen, weit davon entfernt, die Lösung der europäischen Sicherheitsfrage noch schwieriger zu gestalten, ihre Regelung erleichtern und damit dem Frieden dienen werden.

Das von den westlichen Mächten errichtete Gebäude, das auf einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen Ueberlieferungen beruht, stellt viel mehr dar als eine einfache militärische Allianz. Der Wille zu einem engen Zusammenschluß zwischen den westlichen Ländern, der in ihren Völkern tiefe Wurzeln hat, wird ständig stärker und ist für Europa von größter Bedeutung. Indem er alten Zwistigkeiten ein Ende setzt und neue Bande der Solidarität schafft, dient er der Sache des Friedens in einem Gebiet, das in der Vergangenheit so viele Kriege erlebte. Nach Kriegsende haben die Länder des Ostblocks einschließlich der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland eine intensive und uneingeschränkte Wiederaufrüstung betrieben, die die Westmächte gezwungen hat, ihre gemeinsame Verteidigung zu verstärken. In dem Pariser Abkommen haben sie trotzdem von sich aus einem System zugestimmt, das ihre Streitkräfte und ihre Waffen Kontrollbestimmungen und Maßnahmen zur Rüstungsbeschränkung und Rüstungsverboten unterwirft und dessen Zweck es ist, zu verhindern, daß einzelne Mächte zum Mittel der Drohung oder der Gewaltanwendung greifen.

Was Deutschland anbetrifft, stellt die französische Regierung fest, daß die Sowjetregierung die Meinung teilt, der Regelung des Deutschlandproblems komme eine entscheidende Bedeutung für Europa zu.

In ihren vorausgegangenen Noten hat die französische Regierung betont, daß freie Wahlen für Gesamtdeutschland den ersten Schritt für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit darstellen. In ihrer Note vom 23. Oktober hat die sowjetische Regierung keinen Hinweis auf ihren Standpunkt in dieser Frage, noch zu dem Plan zur baldigen Vorbereitung von Wahlen gegeben, der von der amerikanischen, der britischen und der französischen Regierung bei der Berliner Konferenz vorgelegt wurde.

Die Sowjetunion hat auch keine Gegenvorschläge vorgelegt. Die französische Regierung möchte aber dennoch die konkreten Vorschläge der Sowjetregierung kennenlernen, die sie über das Datum und die Art freier gesamtdeutscher Wahlen zu machen in der Lage ist und die Voraussetzung für die Wiederherstellung der deut-



schen Einheit darstellen. Was Oesterreich betrifft, vermag die französische Regierung keinen Rechtfertigungsgrund für die anhaltende Weigerung zu finden, diesem Land die Freiheit und die Unabhängigkeit zu gewähren, die ihm von den vier Mächten in der Moskauer Erklärung von 1943 versprochen wurden. Auf der Berliner Konferenz haben sich die amerikanische, die britische und die französische Regierung bereit erklärt, den österreichischen Staatsvertrag mit den sowjetischen Formulierungen in den vorher beanstandeten Artikeln zu unterzeichnen. Die österreichische Regierung hat ihrerseits klar zu erkennen gegeben, daß sie diesen Standpunkt teilt und daß ihre Haltung unverändert ist. Es dürfte also kein Hinderungsgrund mehr für die Unterzeichnung des Vertrages und damit für die Beendigung der Besetzung und den Abzug aller ausländischen Truppen, wie vorgesehen, bestehen.

Die französische Regierung ist enttäuscht, feststellen zu müssen, daß die Sowjetregierung trotzdem vorschlägt, die den Staatsvertrag betreffenden noch schwebenden Fragen zu erörtern, sowie die anderen Fragen, die mit dem Abschluß dieses Vertrages zusammenhängen. Sie vermag sich nicht vorzustellen, welcher Art die Fragen sind, auf die sich die Sowjetregierung bezieht. Für den Fall, daß die Sowjetregierung die nötigen aufklärenden Hinweise zu geben wünscht, regt die französische Regierung an, daß dafür ein Meinungsaustausch zwischen den Botschaftern in Wien gewählt wird. Sie bejaht jedoch erneut ihren schon in der Note vom 10. September ausgesprochenen Wunsch, daß die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages nunmehr schnell erfolgt. Die französische Regierung hat häufig Beweise für ihren Willen geliefert, die strittigen Fragen durch Verhandlungen zu regeln, die im Geiste gegenseitiger Achtung der wesentlichen Interessen aller Beteiligten geführt werden. Sie ist weiterhin davon überzeugt, daß dies die beste Methode ist, den Frieden, dem eine mit einem Mißerfolg endende Konfe-

renz nur abträglich sein könnte, zu festigen. Damit Verhandlungen mit vernünftig erscheinenden Erfolgsaussichten beginnen können, hält es die französische Regierung für notwendig, die Voraussetzungen für ein Uebereinkommen im voraus sorgfältig zu erforschen und herauszuarbeiten. Nach ihrer Meinung sind zur Zeit die entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg einer Konferenz über Deutschland, Oesterreich und die anderen Fragen des europäischen Sicherheitsproblems nicht gegeben.

Um alle diese Voraussetzungen zu schaffen und um die erwähnten Fragen in der zweckmäßigsten Reihenfolge behandeln zu können, unterbreitet die französische Regierung die folgenden Vorschläge:

1. Ein Uebereinkommen über die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages;
2. Aufklärung durch die sowjetische Regierung über ihre Haltung zu der Frage freier Wahlen in Deutschland, dem ersten notwendigen Schritt zur Wiedervereinigung dieses Landes;
3. einen Gedankenaustausch auf diplomatischem Wege über alle anderen gemeinsamen interessierenden europäischen Fragen, die anschließend bei einem Vierertreffen erörtert werden könnten, insbesondere die Fragen, die die europäische Sicherheit betreffen;
4. eine Konferenz der vier Außenminister, sobald sich gute Erfolgsaussichten für Lösungen ergeben und nachdem die Pariser Abmachungen durch die beteiligten Staaten ratifiziert worden sind;
5. im Falle, daß die Begleitumstände günstig erscheinen, eine umfassende Konferenz mit Beteiligung der europäischen Staaten und der anderen interessierten Staaten, um die sonstigen Probleme der europäischen Sicherheit zu erörtern.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 225 vom 1. Dezember 1954.

## Schlußkommuniqué und Deklaration der Moskauer Sicherheitskonferenz vom 2. Dezember 1954

### Schlußkommuniqué

Vom 29. November bis zum 2. Dezember 1954 tagte in Moskau die Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa im Gremium der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien.

An der Konferenz nahmen die folgenden Vertreter der genannten Staaten teil:

von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow (Chefdelegierter), der Erste Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, A. A. Gromyko, der Vorsitzende des Ministerrats der RSFSR, A. M. Pusanow, der Vorsitzende des Ministerrats der Ukrainischen SSR, N. T. Kaltschenko, der Vorsitzende des Ministerrats der Belorussischen SSR, K. T. Masurow, der Vorsitzende des Ministerrats der Lettischen SSR, V. T. Lacis, der Vorsitzende des Ministerrats der Estnischen SSR, A. A. Müri-

sepp, der Vorsitzende des Ministerrats der Litauischen SSR, M. A. Gedvilas, der Stellvertreter des Außenministers der UdSSR W. A. Sorin;

von der Polnischen Volksrepublik: der Vorsitzende des Ministerrats der Polnischen Volksrepublik, Józef Cyrankiewicz (Chefdelegierter), der Stellvertreter des Außenministers Marian Naszkowski, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Polnischen Volksrepublik in der UdSSR, Waclaw Lewikowski;

von der Tschechoslowakischen Republik: der Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Republik, Viliam Široký (Chefdelegierter), der Außenminister, Václav David, der Bauminister, Emanuel Šlechta, der Gesundheitsminister, Josef Plojhar, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Tschechoslowakischen Republik in der UdSSR, Jaromír Vošahlik;

von der Deutschen Demokratischen Republik: der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl (Chefdelegierter), der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Außenminister, Dr. Lothar Bolz, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke, der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister, Dr. Hans Loch, der Generalsekretär der



Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Berthold Rose, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR, Rudolf Appelt;

von der Ungarischen Volksrepublik: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik, Andras Hegedüs (Chefdelegierter), der Außenminister, János Boldoczki, der Stellvertreter des Außenministers Endre Sik, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in der UdSSR, Ferencz Münnich;

von der Rumänischen Volksrepublik: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Rumänischen Volksrepublik Chivu Stoica (Chefdelegierter), der Außenminister, Simion Bughici, der Erste Stellvertreter des Außenministers Grigore Preoteasa, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Rumänischen Volksrepublik in der UdSSR, Ion Rab;

von der Volksrepublik Bulgarien: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Bulgarien Anton Jugoff (Chefdelegierter), der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Georgi Traikoff, der Außenminister, Mintscho Nejtseff, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in der UdSSR, Karlo Lukanoff;

von der Volksrepublik Albanien: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Albanien Manush Muftiu (Chefdelegierter), der Außenminister, Behar Shtylla, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Albanien in der UdSSR, Mihal Prifti.

Ferner nahm an der Konferenz als Beobachter ein Vertreter der Chinesischen Volksrepublik teil: der Stellvertreter des Außenministers, Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Chinesischen Volksrepublik in der UdSSR, Tschang Wen-tien.

Die Konferenzteilnehmer erörterten allseitig die Lage, die sich in Europa im Zusammenhang damit ergeben hat, daß einige westliche Staaten die Pariser Separatabkommen über die Remilitarisierung Westdeutschlands und über seine Einbeziehung in die gegen die friedliebenden Staaten Europas gerichteten militärischen Gruppierungen unterzeichnet haben.

Die Konferenz verlief in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre und zeigte restloses Einvernehmen im Hinblick auf die Maßnahmen, die für den Fall der Ratifizierung der Pariser Abkommen im Interesse einer Gewährleistung des Friedens in Europa zu treffen sein werden.

Die Konferenz beschloß eine gemeinsame Deklaration der Regierungen der UdSSR, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien.

#### *Die Unterzeichnung der Deklaration*

Im Kreml wurde am 2. Dezember um 6 Uhr abends die Unterzeichnung der gemeinsamen Deklaration der Regierungen der UdSSR, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien vollzogen.

Die Deklaration unterzeichneten:

Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

W. Molotow.

Im Namen der Polnischen Volksrepublik

J. Cyrankiewicz.

Im Namen der Tschechoslowakischen Republik

V. Siroký.

Im Namen der Deutschen Demokratischen Republik

O. Grotewohl.

Im Namen der Ungarischen Volksrepublik

A. Hegedüs.

Im Namen der Rumänischen Volksrepublik

Ch. Stoica.

Im Namen der Volksrepublik Bulgarien

A. Jugoff.

Im Namen der Volksrepublik Albanien

M. Muftiu.

Der Unterzeichnung der Deklaration wohnten alle Delegationsmitglieder der an der Konferenz beteiligten Staaten bei, ferner der Vertreter der Chinesischen Volksrepublik, Tschang Wen-tien, der als Beobachter der Konferenz beiwohnte.

Die Deklaration wurde unterzeichnet im Beisein der Genossen N. A. Bulganin, K. J. Woroschilow, L. M. Kaganowitsch, G. M. Malenkov, A. I. Mikojan, M. G. Perwuchin, M. S. Saburow, N. S. Chrustschow, N. M. Schwernik, A. N. Kossygin, W. A. Malyschew, I. F. Tefosjan, M. A. Suslow, Marshall A. M. Wassilewski, Marshall G. K. Shukow, u. a.

#### **Deklaration**

Vertreter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien sind unter Beteiligung eines Beobachters der Chinesischen Volksrepublik zu einer Konferenz in Moskau zusammengetreten, um die Lage zu prüfen, die sich im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Londoner und der Pariser Konferenz einiger westlicher Staaten in Europa ergeben hat.

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz geben ihrem Bedauern Ausdruck, daß nicht alle europäischen Länder es für möglich gefunden haben, an der Erörterung der entstandenen Lage teilzunehmen. Nicht an ihr teilgenommen haben auch die Initiatoren des Londoner und der Pariser Abkommen: die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und England. Ihre Antwort vom 29. November zeugt von dem Streben, um jeden Preis die Ratifizierung der Pariser Abkommen durchzusetzen.

Am 23. Oktober wurden Westdeutschland betreffende Abkommen auf einer Konferenz in Paris unterzeichnet, der in London eine Konferenz der folgenden neun Länder vorausgegangen war: der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands, Luxemburgs und Kanadas. Diese Abkommen sehen die Remilitarisierung Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in militärische Gruppierungen voraus: in den Nordatlantikkblock und in die neue sogenannte „Westeuropäische Union“, die jetzt gezimmert wird.



Vor ganz kurzem wurden Versuche unternommen, den deutschen Militarismus durch die Remilitarisierung Westdeutschlands unter der Flagge der berüchtigten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ wiederherzustellen. Diese Versuche scheiterten, da sie naturgemäß auf den Widerstand der europäischen Völker und vor allem des französischen Volkes stießen. Jetzt versucht man, den deutschen Militarismus unter anderer Flagge wiederherzustellen, wobei man alles tut, um die Ratifizierung der Pariser Abkommen zu diesem Zweck zu beschleunigen.

Angesichts dieser Lage halten es die Regierungen der Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz für notwendig, alle europäischen Staaten darauf aufmerksam zu machen, daß die Durchführung der Pariser Abkommen zu einer ernstlichen Verschlechterung der internationalen Lage in Europa führen würde. Die Durchführung dieser Abkommen würde der Lösung der deutschen Frage, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staates nicht nur neue, noch größere Hindernisse in den Weg legen, sondern auch einen Teil Deutschlands seinem anderen Teil entgegenstellen und dabei Westdeutschland in den gefährlichen Brandherd eines neuen Krieges in Europa verwandeln. Anstatt zur friedlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, geben diese Abkommen den Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland Handlungsfreiheit und verstärken so die Gefahr, die der Sicherheit der Völker Europas droht.

Die Pariser Abkommen stehen in direktem Widerspruch zu den Möglichkeiten einer weiteren Minderung der internationalen Spannung, die in letzter Zeit zutage getreten sind. Dank den Bemühungen der friedliebenden Staaten wurde Mitte vorigen Jahres dem Koreakrieg ein Ende gesetzt. Die diesjährige Genfer Konferenz hat zur Einstellung des achtjährigen Kriegs in Indochina und zu einer gewissen Regelung der Lage in diesem Raum beigetragen. Es muß auch hervorgehoben werden, daß in der Organisation der Vereinten Nationen bei den Verhandlungen über die allgemeine Rüstungseinschränkung und das Atomwaffenverbot ein gewisser Fortschritt zu bemerken ist. All das wurde trotz der Haltung der aggressiven Kreise einiger Staaten erzielt, die eine Verschärfung der internationalen Situation anstreben.

Indessen haben die führenden Kreise einer Reihe von Staaten, und zwar der Signatäre des Londoner und der Pariser Abkommen, gerade jetzt, wo sich die Verhältnisse für eine Regelung der spruchreif gewordenen internationalen Probleme gebessert haben, den gefährlichen Kurs auf die Wiederherstellung des deutschen Militarismus eingeschlagen, ohne sich um die Folgen eines solchen Schrittes zu kümmern.

Die Pariser Abkommen sehen die Aufstellung einer westdeutschen Armee in Stärke von einer halben Million Mann vor. Die Stärke dieser westdeutschen Streitkräfte macht das Fünffache der Stärke jener Armee aus, die der Versailler Friedensvertrag seinerzeit für das gesamte Deutschland genehmigt hatte, obwohl es bekannt ist, daß die damals geschaffene hunderttausend Mann starke deutsche Reichswehr zur Basis für die Aufstellung der hitlerschen Millionenarmee wurde.

Die deutschen Militaristen machen schon jetzt kein Hehl daraus, daß sie eine weitere Entfaltung der westdeutschen Armee und ihre Erweiterung von 12 auf 30

und später auf 60 Divisionen beabsichtigen. Die Aufstellung einer westdeutschen Armee wird in Wirklichkeit deren Uebergewicht über die Armeen der anderen Partner der „Westeuropäischen Union“ bedeuten, was unvermeidlich dahin führt, daß die Streitkräfte, die damit in die Hand der Militaristen Westdeutschlands gelangen, die Vormachtstellung in Westeuropa gewinnen.

Welche Gefahr mit der Aufstellung einer westdeutschen Armee verknüpft ist, erhellt schon daraus, daß an ihre Spitze Vertreter der Generalität der ehemaligen Hitlerarmee treten, die noch vor kurzem Organisatoren und Teilnehmer der faschistischen Aggression gegen die Völker sowohl Ost- als auch Westeuropas waren.

Im Gegensatz zu den internationalen Abkommen über die Liquidierung des deutschen Kriegspotentials wird die Rüstungsindustrie in Westdeutschland offen wieder aufgebaut. Die Schwerindustrie des Ruhrgebiets wird immer mehr auf die Waffenerzeugung umgestellt. Man darf nicht vergessen, daß es sich um dasselbe Ruhrgebiet handelt, das wiederholt die wichtigste Waffenschmiede für die Aggressionskriege der deutschen Militaristen war.

Außerdem eröffnen die Pariser Abkommen den Weg zu Atomforschungen, die die Erzeugung von Atom- und Wasserstoffwaffen in Westdeutschland wie auch dessen Belieferung mit Atomwaffen durch andere Staaten möglich machen. Nach diesem Abkommen erhält die westdeutsche Armee die Möglichkeit, sich mit Atomwaffen auszurüsten.

Das bedeutet, daß die Atomwaffe in die Hände jener gelangt, die noch vor kurzem bei der Aufhalsung der blutigen hitlerschen „Neuordnung“ in Europa Tod und Zerstörung säten und sich die Vernichtung ganzer Völker zum Ziel setzten. Sie waren es, die in Todeslagern Millionen friedliche Bürger umgebracht haben: Polen, Russen, Juden, Ukrainer, Belorussen, Franzosen, Serben, Tschechen, Slowaken, Belgier, Norweger und andere.

Das heißt, daß die Atomwaffe im Besitz jener sein wird, die schon jetzt ihre Revanchepläne in Europa verkünden. Die Ausführung dieser Abkommen wird die Gefahr eines blutigen Atomkriegs mit seinen schlimmen Folgen für die Völker, besonders in den dicht besiedelten Gebieten Europas, in hohem Grade verstärken.

Die Kalküle, die Eingliederung eines remilitarisierten Westdeutschlands in eine westeuropäische militärische Union werde die Möglichkeit bieten, den deutschen Militarismus in seinem Wachstum nicht über einen beschränkten Rahmen hinauskommen zu lassen, rufen bei den Völkern Europas berechtigtes Mißtrauen hervor. Derartige Versuche wurden schon früher unternommen. Sie sind jedoch gescheitert. Man kann den Frieden in Europa nicht sichern, indem man den Weg zum Wiedererstehen des deutschen Militarismus bahnt und sich mit der Erfindung irgendwelcher Garantien gegen ihn einlullt, deren Unwirksamkeit ganz offensichtlich ist. Zur Gewährleistung des Friedens in Europa ist es notwendig, daß ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus an und für sich unmöglich werde.

Remilitarisierung Westdeutschlands bedeutet, daß die Rolle und der Einfluß der militaristischen und revanchistischen Kreise dort immer mehr wachsen werden. Die unvermeidliche Folge einer solchen Lage wäre die weitere Einschränkung der demokratischen Freiheiten in Westdeutschland und dessen Verwandlung in einen mili-



taristischen Staat. Es ist kennzeichnend, daß sich in den Pariser Abkommen kein Raum für Bestimmungen über die Gewährleistung der demokratischen Rechte der Bevölkerung Westdeutschlands gefunden hat, daß sie aber Verpflichtungen der westdeutschen Behörden enthalten, „Notstands“gesetze anzunehmen, was unverkennbar gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung gerichtet ist.

Indem die Pariser Abkommen den deutschen Militarismus wiederherstellen und die Militaristen in Besitz der faktischen Macht und außerordentlicher Rechte bringen, eröffnen sie den Weg zur Errichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland. Diese Abkommen sind nicht nur den Interessen des deutschen Volkes fremd, sondern richten sich auch direkt gegen die deutsche Arbeiterklasse, zielen auf die Abwürgung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland ab. Die durch die Pariser Abkommen für Westdeutschland vorgesehenen Zustände erinnern in vieler Hinsicht an die Lage, die in Deutschland kurz vor dem Machtantritt der Hitlerfaschisten bestand. Bekanntlich nutzten die deutschen Militaristen das Recht des damaligen Reichspräsidenten Hindenburg zur Verhängung des „Ausnahmestandes“ aus, um die demokratischen Rechte und Freiheiten abzuschaffen, mit den Arbeiterorganisationen abzurechnen und in Deutschland die faschistische Diktatur zu errichten.

In den Pariser Abkommen ist von der „Beendigung des Besatzungsregimes“ und der Gewährung der sogenannten „Souveränität“ an Westdeutschland die Rede. Aber in Wirklichkeit läuft die „Souveränität“ Westdeutschlands, von der in den Pariser Abkommen die Rede ist, darauf hinaus, daß die westdeutschen Militaristen und Revanchisten zur Aufstellung einer Armee ermächtigt werden, welche die Initiatoren der Pariser Abkommen als Kanonenfutter zu ihren eigenen Zwecken auszunützen beabsichtigen. Zugleich oktroyieren die Pariser Abkommen Westdeutschland die fortgesetzte Okkupation seines Territoriums durch Truppen der USA, Englands und Frankreichs bis zum Jahre 1998 und sehen somit die Verwandlung Westdeutschlands in das Hauptaufmarschgebiet für die aggressiven Zwecke der USA in Europa vor. Unter solchen Umständen wird man unschwer verstehen, welchen Wert die Erklärungen über die sogenannte „Souveränität“ Westdeutschlands haben, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Pariser Abkommen alle Grundbestimmungen des knechtenden Bonner Vertrags in Kraft lassen.

Entgegen den Erklärungen gewisser Staatsmänner der westlichen Länder kann man die Pariser Abkommen nicht anders betrachten denn als faktische Lossagung von der Regelung des deutschen Problems, als eine für lange Zeit gültige Lossagung von der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und zu dessen Einbeziehung in militärische Gruppierungen sind gegenwärtig das Haupthindernis auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Das heißt, daß die Beseitigung eines solchen Hindernisses die Möglichkeit zu einer Verständigung der vier Mächte über die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands und über die dazu notwendige Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen mit gebührender Berücksichtigung der Interessen des deutschen Volkes schüfe.

Die Aufstellung der eine halbe Million Mann starken westdeutschen Armee und deren Bewaffnung wird nach Berechnungen der Bonner Politiker rund 100 Milliarden Mark kosten, und diese ganze Bürde wird den Werktätigen Westdeutschlands und vor allem der Arbeiterklasse aufgehalst, was unweigerlich zu einer einschneidenden Verschlechterung ihrer Lebenshaltung führen muß. Die Remilitarisierung Westdeutschlands verheißt Vorteile nur den großen westdeutschen Monopolen und den mit ihnen eng liierten größten Monopolen der USA, Englands und Frankreichs, die sich schon jetzt in Voraussicht der von den Waffenlieferungen für die neue westdeutsche Armee zu erwartenden hohen Profite die Hände reiben. Diese Waffenhändler haben sich schon mehr als einmal an Kriegen bereichert, die den Völkern Europas nichts als zahllose Opfer und Entbehrungen gebracht haben.

Gegenwärtig wiederholt sich, was vor dem zweiten Weltkrieg der Fall war, als die deutschen Konzerne mit Unterstützung und direkter Teilnahme ausländischer, und insbesondere amerikanischer Monopole, Waffen für die Hitleraggression schmiedeten. Heute äußert sich in den Organen der Staatsgewalt der USA immer mehr der Einfluß jener kapitalistischen Monopole, die seinerzeit die Vorbereitung und Entfesselung des zweiten Weltkriegs gefördert haben.

Die Pariser Abkommen zeugen davon, daß die führenden Kreise einiger Mächte, und vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika, auch heute auf die Wiederbelebung des deutschen Militarismus setzen und bemüht sind, sich bei Durchführung ihrer imperialistischen Pläne auf die Remilitarisierung Westdeutschlands zu stützen. Durch diese Abkommen wird ein Kriegsblock der aggressiven Kreise der USA, Englands und Frankreichs mit dem deutschen Militarismus gebildet. Sie sind eine Schacherabmachung, getroffen hinter dem Rücken des deutschen Volkes wie auch der Völker der anderen europäischen Staaten, die bei der Vorbereitung dieser Abkommen bekanntlich von niemand gefragt wurden.

Ein solcher aggressiver Block kann den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa nicht dienen. Seine Bildung verschärft die gesamte Lage in Europa und verstärkt in vieler Hinsicht die Gefahr eines neuen Weltkriegs.

Die Bildung des neuen Kriegsblocks widerspricht dem Französisch-Sowjetischen Bündnis- und Beistandsvertrag von 1944 und dem Englisch-Sowjetischen Vertrag von 1942 über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe nach dem Kriege, Verträgen, in denen vorgesehen ist, daß Frankreich, England und die Sowjetunion gemeinsame Maßnahmen treffen, um eine neue Aggression seitens des deutschen Militarismus unmöglich zu machen. Das widerspricht ferner den sowohl von den Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz als auch von anderen Staaten eingegangenen internationalen Abkommen, deren Zweck es ist, allen Staaten Europas Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen ist auch unvereinbar mit den von den Vereinigten Staaten von Amerika, von England und dann auch von Frankreich auf Grund des Potsdamer Abkommens übernommenen internationalen Verpflichtungen, ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus nicht zu dulden. Eine solche Verletzung der Verpflichtungen, die die Vereinigten Staa-



ten, Frankreich und England auf Grund dieser Verträge und Abkommen übernommen haben, untergräbt das Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen und steht in unversöhnlichem Widerspruch mit den Sicherheitsinteressen der Völker Europas.

Die Bildung dieser neuen militärischen Gruppierung wird damit motiviert, daß sie für die Sicherheit der am Block beteiligten Staaten notwendig sei, obwohl diese Staaten in Wirklichkeit von niemand bedroht werden. Die Remilitarisierung Westdeutschlands und dessen Eingliederung in die militärischen Gruppierungen einiger westlicher Länder sucht man damit zu rechtfertigen, daß den Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie die „Position der Stärke“ zugrunde gelegt werden müsse. Dabei wird die Sache so hingestellt, als werde eine solche Politik zur Schaffung günstigerer Voraussetzungen für Verhandlungen und für die Lösung der unregelmäßig internationalen Probleme beitragen. Die Anhänger der erwähnten Politik, die sich schon hinreichend in Mißkredit gebracht hat, machen kein Hehl daraus, daß sie den anderen Staaten Entscheidungen aufzwingen möchten, wie sie für die imperialistischen Kreise einiger westlicher Mächte von Vorteil wären. Hierin äußert sich in Wirklichkeit das Weltherrschaftsstreben der genannten Kreise. Man sollte jedoch nicht vergessen, wie derartige Versuche von Weltherrschaftsanwärtern zu enden pflegen.

Bekanntlich gab es auch in der Vergangenheit militärische Gruppierungen einiger europäischer Staaten, die sich gegen andere Staaten Europas richteten. Vor dem zweiten Weltkrieg wurde von Hitlerdeutschland und vom faschistischen Italien eine aggressive militärische Gruppierung gebildet, welcher sich das militaristische Japan anschloß. Die Organisatoren dieser als „Antikominternpakt“ bekannten Gruppierung suchten deren Bildung mit „ideologischen“ Motiven zu rechtfertigen. In Wirklichkeit stellte sich das jedoch als eine Kulisse heraus, hinter der sie den wahren, aggressiven Charakter dieses Kriegsblocks zu verbergen suchten, der sich die Erringung der Weltherrschaft zum Ziel gesetzt hatte. Es ist bekannt, daß die Organisatoren dieser militärischen Gruppierung die Hauptverantwortung für die Entfesselung des zweiten Weltkriegs tragen.

Ähnliches wiederholt sich auch jetzt, wo die Organisatoren neuer militärischer Gruppierungen versuchen, ihre Bildung mit Hinweisen auf den Unterschied in der Gesellschaftsordnung der Staaten zu rechtfertigen. Ihre Erklärungen enthalten aber gerade soviel Wahrheit wie seinerzeit die Erklärungen der Gründer des „Antikominternpakts“, die diesen Pakt zur Vorbereitung und Entfesselung des letzten Weltkriegs ausnutzten.

All dies zeugt davon, daß militärische Gruppierungen einiger westlicher Staaten mit Beteiligung eines remilitarisierten Westdeutschlands, mit welchen Motiven man ihre Bildung auch zu rechtfertigen sucht, der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa keineswegs dienen können, sondern im Gegenteil die Lage in Europa aufs ernstlichste komplizieren und unvermeidlich ein verstärktes Wettrüsten mit allen seinen gefährlichen Folgen für alle europäischen und nicht nur europäischen Staaten hervorrufen werden.

Werden auf der Seite der genannten militärischen Gruppierungen in Europa die Armeen, die Luftstreit-

kräfte und die anderen Rüstungen wachsen und wird es zur Wiederherstellung des aggressiven deutschen Militarismus kommen, so werden die anderen Staaten Europas unvermeidlich gezwungen sein, wirksame Maßnahmen zur Selbstverteidigung, zur Verhütung eines Ueberfalls zu ergreifen. Daraus ergibt sich, daß alle Staaten, die an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa interessiert sind, danach streben müssen, eine Wiederherstellung des deutschen Militarismus zu verhindern, die Möglichkeit einer Verstärkung des Wettrüstens zu verhüten und zum Zusammenschluß der Bemühungen aller europäischen Staaten um die Gewährleistung der Sicherheit in Europa beizutragen.

In Erkenntnis des Umstands, daß die Regelung der deutschen Frage die Hauptaufgabe auf dem Gebiet der Festigung des Friedens in Europa ist, sind die Regierungen der UdSSR, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien der Meinung, daß zur Lösung der deutschen Frage vor allem notwendig ist:

Verzicht auf die Pläne zur Remilitarisierung Westdeutschlands und zu dessen Einbeziehung in militärische Gruppierungen, was das Haupthindernis hinwegräumen wird, das einer Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage im Wege steht;

Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955 und auf dieser Grundlage Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands.

Dann wird endlich der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland möglich, was zur Stabilisierung des Friedens in Europa notwendig ist.

Es muß festgestellt werden, daß die Zurücknahme der Besatzungstruppen vom Territorium Ost- und Westdeutschlands, wie sie die Sowjetunion vorgeschlagen hat, in vieler Hinsicht zur Annäherung beider Teile Deutschlands und zur Lösung der Aufgabe beitragen würde, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Die Gewährleistung der Sicherheit in Europa erfordert, daß sich die interessierten Mächte über die Vereinigung Deutschlands verständigen, wie dies den Interessen aller friedliebenden Völker Europas und des deutschen Volkes selbst entspricht. Der von den Vereinigten Staaten von Amerika, von Frankreich und England eingeschlagene Kurs auf die Remilitarisierung Westdeutschlands und auf dessen Einbeziehung in militärische Gruppierungen schaltet die Möglichkeit einer solchen Einigung aus. Weit entfernt, zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit beizutragen, bildet dieser Kurs in den Augen aller friedliebenden Völker den Ausdruck einer Politik, durch die die Erhaltung des Friedens in Europa bedroht wird.

Wahre Sicherheit in Europa kann nur dann gewährleistet werden, wenn, anstatt der Bildung exklusiver militärischer Gruppierungen eines Teils der europäischen Staaten gegen andere europäische Staaten, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen wird. Ein solches Sicherheitssystem, beruhend auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtung, würde es gestatten, die Bemühungen der europäischen Staaten im Interesse der Gewährleistung des Friedens in Europa zu-



sammenzuschließen. Selbstverständlich muß dabei die gleichberechtigte Teilnahme des deutschen Volkes an der Lösung dieser gesamteuropäischen Aufgabe gesichert sein. An einem solchen kollektiven Sicherheitssystem könnten auch die Vereinigten Staaten von Amerika teilnehmen, die zusammen mit anderen Staaten die Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage tragen, einer Frage von ausschlaggebender Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Europa.

Ein gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem muß vorsehen, daß seine Teilnehmerstaaten sich verpflichten, alle Streitfragen, die sich zwischen ihnen ergeben könnten, im Einklang mit den Forderungen der Satzung der Vereinten Nationen so zu schlichten, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa nicht bedroht werden. Dieses System muß in jedem Fall, wo nach Ansicht eines beliebigen Teilnehmerstaates die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalls in Europa entsteht, Konsultationen zwecks Ergreifung wirksamer Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Gefahr vorsehen. Um wirksam zu sein, muß dieses System vorsehen, daß ein Ueberfall auf einen oder mehrere Staaten in Europa als Ueberfall auf alle Teilnehmer des entsprechenden Gesamteuropäischen Vertrags gelten wird und daß jeder seiner Teilnehmer dem überfallenen Staat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt, zu Hilfe kommen wird, um den Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.

Die Schaffung eines solchen gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems entspräche vollkommen den Erfordernissen einer Festigung der internationalen Zusammenarbeit im Einklang mit den Prinzipien der Respektierung der Unabhängigkeit und der Souveränität der großen und kleinen Staaten wie auch der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten. Die Schaffung eines solchen kollektiven Sicherheitssystems würde auch in vieler Hinsicht die Lösung des deutschen Problems erleichtern, da sie die Verwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat ausschließt und Verhältnisse schafft, die der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands förderlich sind.

Organisierung der kollektiven Sicherheit in Europa und Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ist der Weg, der die Entwicklung Deutschlands als eine Großmacht sichern wird. Zum Unterschied von dem militaristischen Weg, auf den die Entwicklung Deutschlands in der Vergangenheit gelenkt wurde und der wiederholt für die deutsche Nation die schlimmsten Folgen hatte, wird eine Wiedervereinigung Deutschlands bei Herbeiführung kollektiver Sicherheit in Europa umfassende Möglichkeiten für den Aufschwung der deutschen Friedenswirtschaft, ihrer Industrie und Landwirtschaft, schaffen, für die Entwicklung umfassender Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu den anderen Ländern, besonders zu den Ländern Osteuropas und den Ländern Asiens mit ihrer außerordentlich großen Bevölkerung und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen. Eine Entwicklung Deutschlands in Frieden und bei entwickelten Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu den anderen Staaten würde seiner Industrie große Märkte erschließen, seiner Bevölkerung Beschäftigung sichern und zur Hebung ihres Lebensniveaus beitragen.

Die Geschicke Deutschlands als Großmacht sind somit eng damit verknüpft, ob es den Weg der friedlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit mit allen anderen europäischen Staaten beschreitet oder ob es den Weg der Vorbereitung eines neuen Krieges geht. Der Weg der friedlichen Entwicklung und der internationalen Zusammenarbeit, den die Deutsche Demokratische Republik geht, führt zur Wiedergeburt Deutschlands und zu seinem Gedeihen. Der andere Weg, auf den die deutschen Militaristen Westdeutschland drängen wollen, führt zu einem neuen Krieg und folglich zur Verwandlung Westdeutschlands in eine Zone des Feuers und der Ausrottung.

All dies zeugt davon, daß die wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes untrennbar sind von den Interessen des Friedens und der Errichtung eines wirklichen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Die Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz schließen sich vollinhaltlich den Grundsätzen an, die im Entwurf des „Gesamteuropäischen Vertrags über die kollektive Sicherheit in Europa“ dargelegt sind, wie ihn die Regierung der UdSSR unterbreitet hat, und rufen alle europäischen Staaten auf, gemeinsam diese den Erfordernissen der Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa entsprechenden Vorschläge zu behandeln. Sie äußern ferner die Bereitschaft, auch beliebige andere hierauf bezügliche Vorschläge zu prüfen, um den Entwurf eines europäischen kollektiven Sicherheitsvertrags auszuarbeiten, der für alle interessierten Staaten annehmbar wäre.

Die Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz sind fest davon überzeugt, daß eine auf den oben erwähnten Prinzipien beruhende und durch freundschaftliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten untermauerte Sicherheit in Europa es gestatten würde, der Lage ein Ende zu machen, bei der Europa periodisch von verheerenden Kriegen heimgesucht wird, die die europäischen Völker unzählige Opfer kosten.

Es ist zu erwarten, daß die Parlamente einiger westlicher Staaten demnächst über die Ratifizierung der Pariser Abkommen zu beraten haben werden. Die offiziellen Kreise einiger Staaten setzen die Parlamente und die öffentlichen Kreise immer mehr unter Druck, um die Ratifizierung dieser Abkommen zu erzwingen.

Die Regierungen der UdSSR, der Polnischen Volksrepublik, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien betrachten es in diesem Zusammenhang als ihre Pflicht, alle europäischen Staaten und besonders die Teilnehmerstaaten der Pariser Abkommen darauf aufmerksam zu machen, daß die Ratifizierung dieser Abkommen einen Akt bedeuten würde, der gegen die Erhaltung des Friedens gerichtet ist und auf die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa abzielt. Eine solche Ratifizierung würde die gesamte Lage in Europa außerordentlich komplizieren und die Möglichkeiten einer Regelung der ungelösten europäischen Probleme und vor allem des deutschen Problems untergraben.

Ratifizierung und Ausführung dieser Abkommen würden, da sie die Kriegsgefahr verstärken, die nationale Sicherheit der friedliebenden Staaten Europas und besonders der Nachbarstaaten Deutschlands bedrohen.



Diese Bedrohung entsteht dadurch, daß die Teilnehmerstaaten der Pariser Abkommen ihre gegen die friedliebenden Staaten Europas gerichteten militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen immer mehr ausbauen. Sie haben sich jetzt dazu verstiegen, einen Kriegsblock mit dem deutschen Militarismus zu bilden und daranzugehen, die Remilitarisierung Westdeutschlands mit eigenen Händen durchzuführen, wodurch sie die weitere friedliche Existenz der Staaten bedrohen, die an ihren militärischen Gruppierungen nicht teilnehmen. Zu den Streitkräften der Teilnehmerstaaten der Pariser Abkommen wird jetzt eine von Hitlergeneralen befehligte westdeutsche Armee gehören. Unter diesen Umständen wird sich die Politik „von der Position der Stärke aus“ in ihrer weiteren Praxis unmittelbar auf den wiedererstehenden deutschen Militarismus stützen, was die Gefahr eines neuen Krieges in Europa um vieles näherrückt.

Die entstandene Lage setzt die Aufgabe auf die Tagesordnung, die Bemühungen der auf der gegenwärtigen Konferenz vertretenen Staaten zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu vereinigen. Die friedliebenden Staaten sind gezwungen, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen, um den aggressiven Kräften des erwähnten Kriegsblocks der Westmächte im Interesse der Gewährleistung der eigenen Sicherheit die vereinte Macht der friedliebenden Staaten entgegenzustellen.

Die Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz geben ihren Entschluß bekannt, im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen im Bereich der Organisation der Streitkräfte und ihres Kommandos zu ergreifen, wie auch andere Maßnahmen, deren es zur Festigung ihrer Wehrfähigkeit bedarf, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu verteidigen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz vor einer etwaigen Aggression zu sichern.

Alle diese Maßnahmen stehen im Einklang mit dem unabdingbaren Recht der Staaten auf Selbstverteidigung, mit der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen sowie mit den früher geschlossenen Verträgen und Abkommen, die sich gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus richten und auf die Verhütung einer neuen Aggression in Europa abzielen.

Die Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz sind übereingekommen, im Falle einer Ratifizierung der Pariser Abkommen die Lage einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen, um die zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gebotenen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Teilnehmerstaaten der gegenwärtigen Konferenz sind fest entschlossen, auch weiter darauf zu bestehen, daß in Europa ein kollektives Sicherheitssystem geschaffen werde, denn ihrer Ueberzeugung nach kann die Grundlage für einen festen und dauerhaften Frieden in Europa nur durch gemeinsame Bemühungen der europäischen Staaten geschaffen werden. Sie sind auch künftighin bereit, zu diesem Zweck mit anderen europäischen Staaten zusammenzuarbeiten, die diesen Weg zu beschreiten wünschen.

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten der Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa sind der festen Ueberzeugung, daß ihre auf die Festigung des Friedens

und der allgemeinen Sicherheit gerichtete Politik wie auch die von der gegenwärtigen Konferenz vorgesehenen Maßnahmen den Interessen unserer Völker und den Interessen aller übrigen friedliebenden Völker entsprechen.

Die Völker der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Albaniens und die Deutsche Demokratische Republik sind von friedlicher Aufbauarbeit in Anspruch genommen. Ihre Bemühungen gelten dem weiteren Aufschwung der Wirtschaft und der Kultur, der unablässigen Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen und zugleich der Gewährleistung einer verlässlichen Verteidigung ihrer großen sozialistischen Errungenschaften. Keine Macht in der Welt könnte das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Aufbau des Sozialismus in unseren Ländern verhindern.

Die Völker unserer Staaten sind sich bewußt, daß die Pariser Abkommen die Gefahr eines neuen Krieges wesentlich verstärkt haben. Sie werden sich von der Entwicklung der Ereignisse jedoch nicht überrumpeln lassen.

Unsere Völker sind sich ihrer Kräfte und ihrer unerschöpflichen Hilfsquellen gewiß. Noch nie waren die Kräfte des Friedens und des Sozialismus so mächtig und geschlossen wie jetzt. Jegliche Versuche, einen Ueberfall zu verüben, einen Krieg zu entfesseln und das friedliche Leben unserer Völker zu stören, werden auf vernichtende Abfuhr stoßen. Und dann werden unsere Völker, auf die Sympathie und den Beistand der anderen Völker gestützt, alles tun, um die Kräfte der Aggression zu vernichten und unserer rechten und gerechten Sache zum Triumph zu verhelfen.

Unsere Völker wollen in Frieden leben und freundschaftliche Beziehungen zu allen anderen Völkern unterhalten. Gerade deswegen werden sie, auch künftighin mit allen Mitteln die Interessen des Friedens und der allgemeinen Sicherheit wahrnehmend, alles Erforderliche tun, um den Weg ihrer weiteren friedlichen Entwicklung und die gebührende Sicherheit ihrer Staaten zu gewährleisten.

Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

W. Molotow

Im Namen der Polnischen Volksrepublik

J. Cyrankiewicz

Im Namen der Tschechoslowakischen Republik

V. Široký

Im Namen der Deutschen Demokratischen Republik

O. Grotewohl

Im Namen der Ungarischen Volksrepublik

A. Hegedüs

Im Namen der Rumänischen Volksrepublik

Chivu Stoica

Im Namen der Volksrepublik Bulgarien

A. Jugoff

Im Namen der Volksrepublik Albanien

M. Muftiu

Moskau, den 2. Dezember 1954

Quelle: „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“, Beilage zu *Neue Zeit*, Nr. 49 vom 4. Dezember 1954.



## Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 9. Dezember 1954

Die Regierung der UdSSR bestätigt den Empfang der Note der Regierung Frankreichs vom 29. November, welche eine Antwort auf die Noten der Sowjetregierung vom 23. Oktober und vom 13. November dieses Jahres darstellt.

Mit Bedauern nimmt die Sowjetregierung zur Kenntnis, daß es die Regierung Frankreichs nicht für möglich hielt, gemeinsam mit anderen europäischen Staaten an der Konferenz zur Erörterung der Frage der kollektiven Sicherheit in Europa teilzunehmen.

Wie aus ihrer Note ersichtlich ist, hat die französische Regierung ebenfalls ablehnend auf den Vorschlag der Regierung der UdSSR über eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion zur Erörterung der Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen sowie der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa geantwortet.

Die Regierung Frankreichs hat nicht nur die Teilnahme an einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung der von der Sowjetregierung eingebrachten Vorschläge über die kollektive Sicherheit in Europa verweigert, sondern auch keinerlei Vorschläge zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa vorgelegt. Es ist ferner bekannt, daß die Regierung Frankreichs gemeinsam mit anderen Teilnehmern des Nordatlantikkblocks darauf hingewirkt hat, die Beteiligung anderer europäischer Staaten an einer solchen Konferenz zu verhindern.

Damit hat die Regierung Frankreichs eine Haltung eingenommen, die davon zeugt, daß sie nicht bestrebt ist, eine Übereinkunft mit anderen europäischen Staaten über die Festigung des Friedens in Europa zu erreichen, und daß sie die Schaffung eines wirksamen Systems der europäischen Sicherheit behindert.

An Stelle der Schaffung eines wirksamen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa ist die Regierung Frankreichs in jeder Weise bestrebt, die Ratifizierung der Pariser Abkommen über die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in den aggressiven Nordatlantikkblock und in andere militärische Gruppierungen einiger westlicher Staaten zu erreichen, die gegen die friedliebenden Staaten Europas gerichtet sind. Diese Politik führt zur Umwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat mit all den sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen, ganz zu schweigen davon, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands seine Vereinigung mit der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik zu einem einheitlichen Staat unmöglich machen wird.

Sowohl in der Sowjetunion als auch in Frankreich und in anderen europäischen Staaten muß die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland große Befürchtungen für das weitere Schicksal des Friedens in Europa hervorrufen. Der Regierung Frankreichs kann es auch nicht unbekannt sein, daß die sogenannten „Beschränkungen“ des deutschen Militarismus und die papiernen Garantien, von denen in den Pariser Abkommen die Rede ist, aus verständlichen Gründen kein Vertrauen bei den Völkern Europas finden.

Die durch die Pariser Abkommen vorgesehene Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung einer westdeutschen Armee können auch nicht mit dem gegenwärtig in der Organisation der Vereinten Nationen zur Debatte stehenden Plan über eine allgemeine Rüstungseinschränkung vereinbart werden. Die Ratifizierung der Pariser Abkommen führt zur Verstärkung des Wettrüstens und schafft neue Hindernisse auf dem Wege eines Abkommens über die Einschränkung der Rüstungen.

Die Regierung der UdSSR hält es für notwendig, erneut zu erklären, daß eine solche Haltung der Regierung Frankreichs, die zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus beiträgt, in offensichtlichem Widerspruch zum Französisch-Sowjetischen Vertrag von 1944 steht, der auf die Verhinderung einer neuen deutschen Aggression gerichtet ist, und daß sie die Bedeutung dieses Vertrages von Grund auf untergräbt. Indessen hat dieser Vertrag für Frankreich und für seine Sicherheit nicht weniger Bedeutung als für die Sowjetunion.

Diese Haltung der französischen Regierung ist auch mit anderen internationalen Abkommen unvereinbar, denen sich Frankreich angeschlossen hat, wie zum Beispiel dem Potsdamer Abkommen, das auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage gerichtet ist und die Möglichkeit der Remilitarisierung des einen oder anderen Teils Deutschlands ausschließt.

Die Sowjetregierung ist damit einverstanden, daß es für den Erfolg einer Konferenz über aktuelle europäische Fragen, darunter auch die Deutschlandfrage, notwendig ist, zur Schaffung entsprechender günstiger Voraussetzungen für die Erreichung eines Übereinkommens zwischen den interessierten Staaten beizutragen. Die vom 29. November bis 2. Dezember in Moskau durchgeführte Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa zeigt, daß bei der Sowjetunion und den anderen Teilnehmerstaaten dieser Konferenz das Bestreben vorhanden ist, ein solches Abkommen im Interesse der Festigung des Friedens in Europa herbeizuführen. Andererseits kann die Weigerung der Regierung Frankreichs, sowohl an der gesamteuropäischen Konferenz als auch an der Konferenz der vier Mächte zur Deutschlandfrage teilzunehmen, keineswegs als Beweis für das Vorhandensein eines solchen Strebens betrachtet werden.

Die Versuche, die Sache so darzustellen, als ob die Ratifizierung der Pariser Abkommen die Regelung der Deutschlandfrage durch Verhandlungen zwischen den interessierten Mächten nicht behindern werde, widersprechen nicht nur der wirklichen Lage, sondern sind lediglich geeignet, die öffentliche Meinung irrezuführen. Das sind Winkelzüge, die jetzt in Frankreich und anderen Ländern unternommen werden, um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern.

In Wirklichkeit macht die Ratifizierung der Pariser Abkommen, die die Umwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat und seine Einbeziehung in militärische Gruppierungen vorsehen, die gegen andere europäische Staaten gerichtet sind, Verhandlungen zwischen



den vier Mächten über die Vereinigung Deutschlands gegenstandslos und schließt die Möglichkeit der Erreichung eines Abkommens in dieser Frage aus. Die Ratifizierung der Pariser Abkommen brauchen diejenigen, die nicht die Minderung der internationalen Spannung, sondern im Gegenteil ihre weitere Verschärfung erstreben.

Angesichts der gegenwärtigen Lage, wo die unmittelbare Gefahr der Wiedergeburt des Militarismus in Westdeutschland entstanden ist, darf die Wachsamkeit der Völker gegenüber der Gefahr eines neuen Krieges in Europa weniger denn je nachlassen.

Als Antwort auf die Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands und die erneute Verschärfung der Aggressivität der Politik Frankreichs und der mit ihm verbundenen Staaten des Nordatlantikblocks werden die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Länder alle notwendigen Maßnahmen zur Verstärkung ihrer Bewaffnung und zur Gewährleistung ihrer Sicherheit treffen. Die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Länder sind gezwungen, unverzüglich alles Notwendige zu unternehmen, um der wachsenden Streikraft der aggressiven Staaten, die die Erhaltung des Friedens bedroht, eine nicht weniger mächtige Kraft und ihre Bereitschaft zur Verteidigung und zum Schutze des Friedens gegenüberzustellen. Die aggressiven Pläne Frankreichs und der anderen Staaten des Nordatlantikblocks drängen zu immer größerer Forcierung des Wettrüstens. Damit nehmen sie die ganze Verantwortung und die Folgen ihrer gegenwärtigen Politik auf sich, die mit den Interessen des Friedens unvereinbar ist und zu einer wesentlichen Vergrößerung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.

Die Haltung der Sowjetunion zur Unterzeichnung der Pariser Abkommen und zur jetzt in Europa entstandenen

Lage ist in der Gemeinsamen Deklaration der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien zum Ausdruck gebracht worden, die am 2. Dezember auf der Moskauer Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa angenommen worden ist.

Die Regierung der Volksrepublik China, die an der Arbeit der Moskauer Konferenz teilgenommen hat, erklärte bekanntlich, daß sie mit der Deklaration der Moskauer Konferenz vollauf einverstanden ist und sie unterstützt.

Die Sowjetregierung überreicht der Regierung Frankreichs zusammen mit der vorliegenden Note den Wortlaut dieser Deklaration.

Was die Oesterreichfrage betrifft, so ist die Haltung der Sowjetunion zu dieser Frage in den Vorschlägen zum Ausdruck gekommen, die auf der Berliner Konferenz der vier Mächte und danach auch in den entsprechenden Noten der Sowjetregierung unterbreitet wurden. Die Ratifizierung der Pariser Abkommen könnte natürlich nicht zur Erreichung der so sehr erwünschten Uebereinkunft über die Oesterreichfrage zwischen den interessierten Staaten und Oesterreich beitragen.

Entsprechende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Großbritanniens und der USA gerichtet.

*Der Note der Sowjetregierung ist der Wortlaut der Moskauer Deklaration vom 2. Dezember 1954 beigelegt.*

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 11. Dezember 1954.



## Informationen und Berichte

### Die Mitarbeit der Bundesrepublik in der Internationalen Arbeitsorganisation

#### Der Wiedereintritt Deutschlands in die ILO

Im Juni 1954 waren drei Jahre vergangen, seitdem die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) geworden ist. Wenn auch ein Zeitraum von drei Jahren Zugehörigkeit zu einer internationalen Organisation, die im gleichen Jahr bereits auf ihr 35jähriges Bestehen zurückblicken konnte<sup>1</sup>, eine verhältnismäßig kurze Spanne ist, so mag es dennoch von Wert sein, einen Rückblick zu halten und sich vor Augen zu führen, wie sich diese Mitgliedschaft auf die Internationale Arbeitsorganisation und auf die Bundesrepublik selbst ausgewirkt hat.

Schon das Deutsche Reich war Mitglied der Organisation gewesen. Obwohl die Internationale Arbeitsorganisation 1919 im Zusammenhang mit dem Vertrag von Versailles und in Verbindung mit dem Völkerbund gegründet worden war, wurde Deutschland bereits am 30. Oktober desselben Jahres in die Organisation aufgenommen. Es blieb Mitglied, bis es mit dem Austritt aus dem Völkerbund 1933 auch den Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation erklärte<sup>2</sup>. In den Jahren zwischen 1919 und 1933 hat das Deutsche Reich aktiv in der Internationalen Arbeitsorganisation mitgearbeitet, war Mitglied des Verwaltungsrates und hat 17 internationale Arbeitsübereinkommen ratifiziert<sup>3</sup>.

Die Bundesrepublik knüpfte insofern bei ihrem Eintritt in die Internationale Arbeitsorganisation an die Mitgliedschaft des Deutschen Reiches an, als sie in ihrem Aufnahmeantrag vom 12. Mai 1951 die Erklärung abgab, daß sie nach Erwerb der Mitgliedschaft die Verpflichtungen aus den vom Deutschen Reich vor seinem Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation ratifizierten Übereinkommen für sich als verbindlich anerkenne<sup>4</sup>, soweit diese Verpflichtungen im Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland entstanden seien oder entstünden. Dem Aufnahmeersuchen wurde auf der 34. Internationalen Arbeitskonferenz am 12. Juni 1951 mit 165 gegen 12 Stimmen bei 5 Enthaltungen<sup>5</sup> stattgegeben<sup>6</sup>. Damit

war die Brücke zwischen der Mitarbeit des Deutschen Reiches und der Mitarbeit der Bundesrepublik innerhalb dieser weltweiten sozialpolitischen Organisation geschlossen, die gegenwärtig nach dem Eintritt der Sowjetunion, Weißrußlands und der Ukraine sowie von Honduras 70 Mitgliedstaaten umfaßt.

#### Die Mitarbeit der Bundesrepublik in den Hauptorganen der ILO

In welcher Weise hat sich nun die Mitarbeit und Tätigkeit der Bundesrepublik innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation bisher vollzogen?

Hierzu sind zunächst die verschiedenen Möglichkeiten einer Mitarbeit innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation überhaupt zu betrachten, und zwar entsprechend der inneren Struktur der Organisation in erster Linie die Teilnahme der Bundesrepublik an der Tätigkeit der drei Organe:

*Internationale Arbeitskonferenz*, die im allgemeinen jährlich einmal zusammentritt;

*Verwaltungsrat*, der viermal jährlich Tagungen abhält;

*Internationales Arbeitsamt*, das ein ständiges Sekretariat bildet.

#### 1. Die Mitarbeit im Rahmen der Internationalen Arbeitskonferenz

Nachdem die Bundesrepublik bereits 1950 bei der 33. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf durch Beobachter vertreten gewesen war<sup>7</sup>, nahm sie 1951 an der 34. Internationalen Arbeitskonferenz mit einer Delegation teil, die — entsprechend der dreigliedrigen Zusammensetzung als einem Grundzug der Internationalen Arbeitsorganisation — aus zwei Regierungsdelegierten und je einem Arbeitgeber- und einem Arbeitnehmerdelegierten (sowie einer Reihe technischer Berater) bestand.

Die Teilnahme an der Internationalen Arbeitskonferenz, die sich in den folgenden Jahren stets in gleicher Weise vollzog, bedeutet die Mitwirkung auf einem der wesentlichen Aufgabengebiete — die Internationale Arbeitskonferenz wird bekanntlich vielfach als eine Art „Weltparla-

<sup>1</sup> Ueber den Aufbau und die Tätigkeit der ILO vgl. vor allem „Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) — Vorgeschichte, Ursprung, Entwicklung und Stand“ in: *Bundesarbeitsblatt* 1951, S. 395 ff.; *Meissner*: „Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO)“ in: *Dokumente*, Heft VII (1952); *Balling*: „Die Internationale Arbeitsorganisation seit dem Kriege“ in: *Bundesarbeitsblatt* 1953, S. 170 f.; *Yearbook of the United Nations* 1952, S. 819 ff. — Ueber die einzelnen Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz vgl. die Berichte im *Arbeitsblatt* 1949, S. 260, sowie im *Bundesarbeitsblatt* 1950, S. 374 ff., 1951, S. 408 ff., 1952, S. 380 ff., 1953, S. 484 ff., und 1954 (Nr. 16, August/2), S. 464 ff.; über die letzte Tagung vgl. ferner *Mitteilungsblatt der DGVN*, Nr. 7/8 (August 1954), S. 6 f.; *United Nations Bulletin*, Vol. XVI, No. 11 (June 1, 1954), S. 425, und No. 12 (June 15, 1954), S. 449.

<sup>2</sup> Vgl. *Bundesarbeitsblatt* 1951, S. 403 f.; *Meissner*, a. a. O., S. 23.

<sup>3</sup> Zur deutschen Mitarbeit vgl. neben der in Anmerkung 1 angegebenen Literatur noch *Bundesarbeitsblatt* 1951, S. 255

und 403 ff. („Deutschland und die Internationale Arbeitsorganisation“), 1953, S. 202 ff.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu die Bekanntmachung über Verbindlichkeiten aus den vom Deutschen Reich ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation, vom 5. Juni 1952 (BGBl. II, S. 607).

<sup>5</sup> Von den 98 anwesenden Regierungsvertretern stimmten 88 mit Ja. Damit war die nach Art. 1 Abs. 4 der Verfassung erforderliche Mehrheit erreicht.

<sup>6</sup> Vgl. *Bundesarbeitsblatt* 1951, S. 405 ff.; *Meissner*, a. a. O., S. 23 ff.; „Deutschland im Wiederaufbau 1951“, S. 5, 128 und 144; *Scheuner*: „Die Vereinten Nationen und die Stellung der Nichtmitglieder“, Festgabe für Carl Bilfinger, Köln—Berlin 1954, S. 394; *Y. U. N.* 1951, S. 863, 869; *International Organization*, Vol. 5 (1951), S. 601.

<sup>7</sup> *Bundesarbeitsblatt* 1950, S. 374, 1951, S. 404; *Meissner*, a. a. O., S. 23; „Deutschland im Wiederaufbau 1950“, S. 72; *Scheuner*, a. a. O., S. 394.



ment der Arbeit“ bezeichnet —, nämlich bei der Weiterbildung der internationalen Arbeitsordnung (des International Labour Code) durch die Annahme von Arbeitsübereinkommen und Empfehlungen. Die deutsche Delegation hat dabei an der Annahme der Übereinkommen

- Nr. 99 über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft,
  - Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit,
  - Nr. 101 über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft,
  - Nr. 102 über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit,
  - Nr. 103 über den Mutterschutz (Neufassung vom Jahre 1952),
- sowie der Empfehlungen
- Nr. 89 über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft,
  - Nr. 90 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit,
  - Nr. 91 über die Gesamtarbeitsverträge,
  - Nr. 92 über das freiwillige Einigungs- und Schiedsverfahren,
  - Nr. 93 über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft,
  - Nr. 94 über Beratungen und Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bereich des Betriebes,
  - Nr. 95 über den Mutterschutz,
  - Nr. 96 über das Mindestalter für die Zulassung zu Untertagarbeiten im Kohlenbergbau,
  - Nr. 97 über den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz,
  - Nr. 98 über den bezahlten Urlaub

tätigen Anteil genommen. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß die erwähnten Übereinkommen und Empfehlungen erst dann jeweils im Plenum der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen werden, wenn sie nach wochenlanger eingehender Erörterung und Vorbereitung in den für jeden Fragenkreis eingesetzten Konferenzausschüssen behandelt worden sind. Die Vertreter der Bundesrepublik haben in allen diesen Ausschüssen mitgearbeitet<sup>9</sup>

## 2. Die Mitarbeit im Verwaltungsrat

Deutschland hat seit Juni 1954 einen ständigen Sitz im Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat besteht gegenwärtig aus 40 ordentlichen und 20 stellvertretenden Mitgliedern.

Die dreigliedrige Zusammensetzung findet im Verwaltungsrat ihren Ausdruck darin, daß von den 40 ordentlichen Mitgliedern 20 Vertreter von Regierungen und je 10 Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite sind. Die 20 Regierungssitze umfassen 10 ständige Sitze und 10 Wahlsitze. Die Inhaber der 10 Wahlsitze werden alle drei Jahre neu gewählt; zuletzt geschah dies im Juni 1954. Die 10 ständigen Sitze haben die Vertreter der 10 industriell bedeutsamsten Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation inne, zu denen nun auch die Bundesrepublik gehört<sup>9</sup>. Außer ihr haben China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Japan, Kanada, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika ständige Sitze. Eine Aenderung in den ständigen Sitzen erfolgt nur, wenn sich Änderungen in der industriellen Bedeutsamkeit der Mitgliedstaaten ergeben, was schon beim Eintritt neuer Mitglieder vorkommen kann. Durch den Eintritt der Bundesrepublik und Japans 1951 sowie der Sowjetunion 1954 ergab sich eine solche Verschiebung, der dadurch Rechnung getragen wurde, daß die Zahl der ständigen Sitze, die bisher 8 betragen hatte, durch eine Verfassungsänderung im Jahre 1953 auf 10 erhöht wurde und daß Brasilien, das bis 1954 Inhaber eines ständigen Sitzes gewesen war, aus dem Verwaltungsrat ausschied.

Die Bundesrepublik nimmt also — wie früher das Deutsche Reich — auf Grund ihrer industriellen Bedeutung als ständiges Mitglied im Verwaltungsrat an den Arbeiten dieses Gremiums teil. Der Verwaltungsrat tagt in Vollsitzungen, die sämtliche seiner Mitglieder vereinen; er hat daneben aber zahlreiche Ausschüsse gebildet, welche die Vorarbeiten für die Behandlung der dem Verwaltungsrat obliegenden Aufgaben leisten. So gibt es einen Finanz- und Verwaltungsausschuß, einen Beitragsfestsetzungsausschuß, einen Ausschuß für Industrieausschüsse, einen Ausschuß für die Geschäftsordnung und die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen, einen Ausschuß für technische Hilfe, einen Ausschuß für Arbeitskräfte und Beschäftigung, einen weiteren für Koalitionsfreiheit und einen Ausschuß für internationale Organisationen.

Anläßlich der 126. Tagung des Verwaltungsrates, die im Anschluß an die 37. Internationale Arbeitskonferenz in Genf stattgefunden hat und auf der die Bundesrepublik zum ersten Male vertreten war, wurde Deutschland in den Ausschuß für Finanz- und Verwaltungsfragen sowie in den Ausschuß für Industrieausschüsse gewählt. Die Bundesrepublik gehört sieben der acht besonders wichtigen Industrieausschüsse<sup>10</sup> an. Es sind dies besondere

<sup>9</sup> Vgl. „Deutschland im Wiederaufbau 1951“, S. 144; *Meissner*, a. a. O., S. 13. — Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß der ständige deutsche Delegationsleiter, Staatssekretär Dr. h. c. *Sauerborn*, während der 35. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1952 und der 36. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1953 als Vorsitzender einen derartigen Konferenzausschuß, nämlich den für das Mindestalter im Kohlenbergbau, geleitet hat.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 1954, Nr. 104, S. 935, Nr. 105, S. 941, und Nr. 124, S. 1114; *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 16, August/2), S. 465; *Mitteilungsblatt der DGVN*, Nr. 7/8 (August 1954), S. 6. — Vgl. auch Art. 7 Abs. 2 und 3 der auf der 36. Internationalen Arbeitskonferenz (1953) revidierten Satzung der ILO, deren Wortlaut im *Bundesarbeitsblatt* 1953, S. 507, ab-

gedruckt ist; vgl. hierzu den Bericht über die 36. Internationale Arbeitskonferenz, *Bundesarbeitsblatt* 1953, S. 484 f.; ferner *Bulletin* 1954, Nr. 99, S. 888; *International Organization*, Vol. 7 (1953), S. 573, Vol. 8, No. 2 (May 1954), S. 266; *United Nations Bulletin*, Vol. XVI, No. 11 (June 1, 1954), S. 425.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu „Deutschland im Wiederaufbau 1953“, S. 206; *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 1, Januar/1), S. 22. — Als Demonstration zu werten war die Tagung des Kohlenbergbauausschusses der ILO in Düsseldorf (30. November bis 12. Dezember 1953), da sie die erste Ausschußtagung war, die nach der Wiederaufnahme Deutschlands auf deutschem Boden stattfand; vgl. *Mitteilungsblatt der DGVN*, Nr. 4 (Dezember 1953), S. 4 f.; „Deutschland im Wiederaufbau 1953“, S. 206; *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 1, Januar/1), S. 27 f.; *International Organization*, Vol. 8, No. 1 (February 1954), S. 142 f.



Ausschüsse, die nicht zu den eigentlichen verfassungsmäßigen Organen der Internationalen Arbeitsorganisation gehören, die jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichtet wurden, um arbeits- und sozialpolitische Probleme innerhalb bestimmter Industrie- und Wirtschaftszweige zu behandeln und dadurch gewisse Vorarbeiten für die Behandlung in der Vollkonferenz zu leisten. Sie können nicht, wie die Internationale Arbeitskonferenz, Uebereinkommen oder Empfehlungen verabschieden, wirken also nicht an der „Rechtsetzungsarbeit“ der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Jedoch können sie Resolutionen und Memoranden u. ä. erarbeiten, in denen sie beispielsweise Vorschläge an die Vollkonferenz oder auch an den Verwaltungsrat zum Ausdruck bringen. Die gegenwärtigen acht Ausschüsse bestehen für die Gebiete Kohlenbergbau, Eisen und Stahl, metallverarbeitende Industrie, Chemie, Binnenverkehr, Textilien, Hoch- und Tiefbau und öffentliche Arbeiten sowie Erdöl. Im Erdölausschuß ist die Bundesrepublik nicht vertreten.

Die Mitarbeit der Bundesrepublik im Verwaltungsrat läuft also eigentlich erst an; sie dürfte sich aber voraussichtlich in den kommenden Jahren mehr und mehr intensivieren.

### 3. Die Mitarbeit im Internationalen Arbeitsamt

Das Internationale Arbeitsamt als ständiges Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, das seinen Sitz in Genf hat, umfaßt über 600 Personen aus den verschiedenen Mitgliedsländern der Organisation als Mitarbeiter. Hier zeigt es sich, daß der Anteil der Bundesrepublik noch verhältnismäßig bescheiden ist. Außer fünf Mitarbeitern im Internationalen Arbeitsamt in Genf selbst gibt es deutsche Mitarbeiter nur im Stab des Anfang 1953 errichteten deutschen Zweigamtes des Internationalen Arbeitsamtes in Bonn. Außer dem Genfer Hauptamt hat das Internationale Arbeitsamt sieben Zweigstellen, und zwar in Kanada (Ottawa), Frankreich (Paris), Deutschland (Bonn), Indien (Neu Delhi), Italien (Rom), Großbritannien (London) und den Vereinigten Staaten (Washington). Daß die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, in denen ein Zweigamt errichtet worden ist, läßt gewisse Schlüsse auf die Bedeutung zu, die man ihr innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation beimißt.

#### *Mitarbeit in anderen Ausschüssen*

Die Mitarbeit der Bundesrepublik erschöpft sich jedoch nicht mit der Tätigkeit in den drei erwähnten Organen der Internationalen Arbeitsorganisation und in den angeführten Industrieausschüssen. Neben den Industrieausschüssen kennt die Internationale Arbeitsorganisation noch eine Reihe weiterer Ausschüsse, zu denen etwa der Ausschuß für Angestellte und freie Berufe sowie die verschiedenen Korrespondenzausschüsse gehören<sup>11</sup>. In den Angestelltenausschuß ist die Bundesrepublik auf der 127. Tagung des Verwaltungsrates in Rom am 20. November 1954 aufgenommen worden, nachdem sie schon zu der letzten Tagung dieses Ausschusses im Frühjahr 1954 zur Teilnahme eingeladen war und sich auch aktiv beteiligt hat. Deutsche Vertreter gehören ferner beispielsweise dem Sachverständigenausschuß zur Durchführung von Uebereinkommen und Empfehlungen und demjenigen für Sozial-

versicherung sowie den Korrespondenzausschüssen für Gewerbeaufsicht und Arbeitsmedizin, Erholung, Frauenarbeit, Beschäftigung von Jugendlichen sowie dem Ausschuß von statistischen Sachverständigen an.

#### *Technische Hilfe*

Ein anderes Tätigkeitsfeld der Internationalen Arbeitsorganisation, auf dem die Bundesrepublik gleichfalls aktiv eingeschaltet ist, ist das Gebiet der Technischen Hilfe (Technical Assistance). Es ist dies ein in den letzten Jahren innerhalb der Internationalen Arbeitsorganisation mehr und mehr in den Vordergrund getretenes Aufgabenfeld praktischer Art (operational activity). Die technische Hilfe gelangt an unterentwickelte Länder in verschiedenen Formen. Neben finanzieller und Kredithilfe werden beispielsweise Stipendiaten aus den unterentwickelten Ländern in industriell fortgeschrittenen Ländern aufgenommen, um hier an Ort und Stelle lernen zu können. Aus Industrieländern werden umgekehrt Experten der verschiedensten Fachgebiete in die unterentwickelten Länder entsandt, um diesen beim Aufbau eigener Institutionen und Organisationen durch Unterweisung zu helfen. Die Bundesrepublik als eines der 10 industriell bedeutsamsten Mitgliedsländer der Internationalen Arbeitsorganisation ist naturgemäß im Rahmen der Technischen Hilfe im wesentlichen als Gebender und nicht als Empfänger beteiligt.

#### *Die Ratifizierung von Arbeitsübereinkommen durch die Bundesrepublik*

Die in den vorhergehenden Abschnitten geschilderten Formen der Mitarbeit der Bundesrepublik in der Internationalen Arbeitsorganisation wirken sich in erster Linie auf die Organisation selbst aus, da deren Eigenleben dadurch unmittelbar mitbestimmt wird. Sie haben jedoch selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Bundesrepublik, schon dadurch, daß ihren Vertretern Gelegenheit geboten wird, die Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation kennenzulernen und für die in Deutschland anliegenden Probleme und Aufgaben auszuwerten.

Die Auswirkungen auf die Bundesrepublik sind aber über diese allgemeine Befruchtung hinaus ganz konkret erfaßbar, nämlich an Hand der Ratifizierung von Arbeitsübereinkommen. Außer den eingangs erwähnten 17 bereits vom Deutschen Reich ratifizierten ist eine Reihe weiterer Uebereinkommen zu erwähnen, die von der Bundesrepublik selbst während der letzten Jahre ratifiziert worden sind. Es sind dies die Uebereinkommen

- Nr. 45 über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagarbeiten in Bergwerken jeder Art vom 21. 6. 1935,
- Nr. 63 über Statistiken der Löhne und der Arbeitszeit in den hauptsächlichsten Zweigen des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes, einschließlich des Baugewerbes, sowie in der Landwirtschaft vom 20. 6. 1938,
- Nr. 88 über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung vom 9. 7. 1948,
- Nr. 96 über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949),
- Nr. 99 über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft vom 28. 6. 1951,

<sup>11</sup>) „Deutschland im Wiederaufbau 1953“, S. 206.



Nr. 101 über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft vom 16. 6. 1952.

Die Uebereinkommen

Nr. 17 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen,  
Nr. 42 über die Entschädigung bei Berufskrankheiten (Neufassung 1934),

Nr. 62 über Unfallverhütungsvorschriften bei Hochbauarbeiten,

Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel

befinden sich bereits im Parlament<sup>12</sup>. Weitere Uebereinkommen sollen folgen. Die vielen in der Zeit zwischen dem Austritt des Deutschen Reiches und dem Eintritt der Bundesrepublik von den Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Uebereinkommen werden von der Bundesregierung sämtlich auf ihre Ratifizierbarkeit überprüft. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß eine Rechtspflicht hierzu nicht besteht. Die Bundesrepublik ist jedoch bemüht, ihre Entschlossenheit zu einer sozialpolitischen Zusammenarbeit im weltweiten Maßstab zu bekunden.

*Der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik*

Die Tätigkeit einer so großen internationalen Organisation erfordert verständlicherweise erhebliche Mittel. Der Finanzbedarf der Internationalen Arbeitsorganisation wird durch Beiträge der Mitgliedstaaten aufgebracht. Ihr Haushalt, der von der 37. Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1954 verabschiedet wurde, beläuft sich gegenwärtig auf 6 745 196 US-Dollars. Die Höhe des jeweiligen Beitrages ist auf die Mitgliedsländer prozentual aufgeschlüsselt. Die Bundesrepublik liegt zur Zeit mit einem Beitrag von 4,87 vH an vierter Stelle hinter den Vereinigten Staaten mit 25 vH, Großbritannien mit 12,79 vH und Frankreich mit 7,49 vH. Dabei ist allerdings der Beitrag der neu eingetretenen Sowjetunion noch nicht berücksichtigt<sup>13</sup>, da diese erst nach Aufstellung des gegenwärtigen Haushaltsvoranschlages in die Internationale Arbeitsorganisation eingetreten ist. Ihr Eintritt und derjenige der Ukraine und Weißrußlands bedingen eine Neuaufschlüsselung der prozentualen Beitragshöhe der einzelnen Länder. Dies wird voraussichtlich auf der 38. Internationalen Arbeitskonferenz 1955 geschehen. Vorläufig zahlt die Sowjetunion einen Beitrag von 10 vH, die Ukraine einen von 1 vH und Weißrußland einen von 0,45 vH<sup>14</sup>.

*Bemühungen um die Anerkennung der deutschen Sprache*

Für die Mitarbeit der Bundesrepublik in der Internationalen Arbeitsorganisation, vor allem aber für das

Interesse breiterer Kreise aus der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberchaft ist die offizielle Wertung der deutschen Sprache von Bedeutung. Englisch und Französisch sind die amtlichen Sprachen innerhalb der Organisation; Spanisch hat sich eine Art halbamtlicher Stellung erringen können. Während die deutsche Sprache bis zum Austritt des Deutschen Reiches eine ähnliche Rolle wie jetzt die spanische spielte, ging diese in den folgenden Jahren naturgemäß zurück. Von ihrem Eintritt an hat sich die Bundesrepublik bemüht, der deutschen Sprache wieder Anerkennung zu verschaffen. Sie wurde und wird dabei von Oesterreich und der Schweiz unterstützt. Gegenwärtig ist es so, daß auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Plenum und teilweise in den Konferenzausschüssen die Simultanübertragung auch in deutscher Sprache erfolgt, freilich nicht durch Dolmetscher, die vom Internationalen Arbeitsamt, sondern durch solche, die von der Bundesrepublik und Oesterreich gemeinsam gestellt werden.

Von den Publikationen erscheinen — vom Zweigamt Bonn herausgegeben — die *ILO-News* unter dem Titel *ILO-Nachrichten* auch in deutscher Sprache.

Die von der Internationalen Arbeitskonferenz jeweils verabschiedeten Uebereinkommen und Empfehlungen werden anschließend auf einer Uebersetzungskonferenz, an der die Bundesrepublik, Oesterreich und die Schweiz — also die drei deutschsprachigen Länder — beteiligt sind, ins Deutsche übertragen. Die mit Unterstützung von Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes angefertigte Uebersetzung wird von diesem als amtliche deutsche Uebersetzung herausgegeben. Die letzte derartige Uebersetzungskonferenz, die abwechselnd in einem der drei erwähnten Länder abgehalten wird, hat Ende September 1954 in Luzern stattgefunden.

Erfreulich ist, daß im Herbst 1954 die von 1919 bis 1952 von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen 103 Uebereinkommen und 95 Empfehlungen in einem Gesamtband in deutscher Sprache vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlicht worden sind. Diese Veröffentlichung wurde durch gemeinsame Finanzierung seitens des Amtes und der drei deutschsprachigen Länder ermöglicht. Die Herausgabe der *International Labour Review*, die monatlich erscheint, sowie der Halbmonatsschrift *Industry and Labour* auch in deutscher Sprache wird angestrebt.

Fritz Thomas, Bonn

<sup>12</sup> Vgl. *Kutscher*, JZ 53, 50<sup>o</sup>, sowie „Deutschland im Wiederaufbau 1953“, S. 206 (bezüglich des Uebereinkommens Nr. 29). — Bearbeitet werden zur Zeit auch die Uebereinkommen Nr. 10, 87 und 103. — Unter den noch zu ratifizierenden Uebereinkommen kommt dem von der 35. Internationalen Arbeitskonferenz am 4. Juni 1952 beschlossenen Uebereinkommen Nr. 102 über die Mindestnormen der sozialen Sicherheit (abgedruckt in *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 4, Februar 2), S. 94 ff.) ganz besondere Bedeutung zu. Vgl. hierzu auch *Balling*: „So-

ziale Sicherheit — Die Geschichte eines Begriffs“ in: *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 4, Februar 2), S. 104 ff.

<sup>13</sup> Vgl. *Bundesarbeitsblatt* 1954 (Nr. 16, August/2), S. 465. Vgl. auch *Y. U. N.* 1951, S. 869, 1952, S. 826.

<sup>14</sup> Ab 1. Januar 1958 wird der Beitrag der Bundesrepublik voraussichtlich auf 4,35 vH herabgesetzt werden. Ein entsprechender Beschluß wurde auf der 127. Tagung des Verwaltungsrates in Rom gefaßt. Die endgültige Entscheidung hierüber fällt die Internationale Arbeitskonferenz 1955.



# Zeittafel vom 1. bis zum 15. Dezember 1954

## Die Ereignisse in Europa

### Europäische Organisationen

(Vgl. hierzu die in Folge 2 1955 des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats)

3. Beendigung der außerordentlichen Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.
- 5.—7. In Straßburg findet eine Tagung der europäischen Gruppe der Liberalen Internationale, der Liberalen Bewegung für das Vereinte Europa, statt. In einer Entschlieûung wird die rasche Ratifizierung der Pariser Verträge empfohlen. Der Organismus der Westeuropäischen Union, heiût es in der Entschlieûung, entspreche zwar nicht allen Hoffnungen, die in die EVG gesetzt worden seien, doch sei es angezeigt, das Ziel des Vereinten Europa im Rahmen der Westeuropäischen Union zu verfolgen, indem vor allem von den darin enthaltenen Integrationsansätzen ausgegangen werde.
7. In London beginnen die abschließenden Verhandlungen über die endgültige Formulierung des Assoziierungsabkommens zwischen der EGKS und Großbritannien. Der Text des Abkommens wird am 8. November in Luxemburg vom Ministerrat der EGKS gebilligt. Am gleichen Tage verabschiedet der Ministerrat die Durchführungsbestimmungen zu Artikel 69 des EGKS-Vertrages über die Freizügigkeit der Facharbeiter. Ferner beschließen die Minister, bei den Verhandlungen über die Revision des GATT einen gemeinsamen Standpunkt einzunehmen.
- 8.—11. Dritter Teil der Sechsten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats.
10. In Brüssel wird eine Ministerkonferenz der Benelux-Union beendet. Neben der Regelung einiger Verwaltungsangelegenheiten beschließt die Konferenz, daß die Delegierten der Benelux-Staaten auf der Konferenz zur Revision des GATT einen einheitlichen Standpunkt vertreten sollen. Ein gleichartiger Beschluß für die nächste Ministertagung der OEEC im Januar 1955 scheitert an Meinungsverschiedenheiten über die Landwirtschaftspolitik.

### Deutschland

2. In einer Verlautbarung des Bundeskanzleramtes zu der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in der Frage der Staatsangehörigkeit der in Deutschland lebenden Oesterreicher (vgl. Zeittafel in EA 24/1953) wird erklärt, die Bundesregierung erkenne die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs an und betrachte den Anschluß als aufgehoben.
3. Der Bundesrat billigt gegen die Stimmen Bremens und bei Stimmenthaltung Hessens das Gesetz über die Steuerreform. Das Finanzverfassungsgesetz wird vom Bundesrat abgelehnt, wegen des Finanzanpassungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes wird der Vermittlungsausschuß angerufen. Der Vorsitzende der FDP, Thomas Dehler, bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Bonn Gerüchte über eine Koalitionskrise als unbegründet.

Von der Bundesrepublik und den drei Westmächten wird in Bonn ein Verwaltungsabkommen unterzeichnet, durch welches das im Londoner Schuldenabkommen von 1953 vorgesehene Schiedsgericht und die Gemischte Kommission errichtet werden.

4. Der Ministerrat der DDR billigt die Beschlüsse der Moskauer Sicherheitskonferenz vom 2. Dezember (vgl. den Wortlaut auf S. 7212—7218 dieser Folge). In den folgenden Tagen erklären auch der Nationalrat der Nationalen Front, das ZK der SED und der Deutsche Friedensrat ihre Zustimmung zu der Moskauer Deklaration.
5. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von West-Berlin haben folgendes Ergebnis:

	Stimmen	Sitze <sup>1</sup>
SPD . . . . .	684 646	64 (61)
CDU . . . . .	466 595	44 (34)
FDP . . . . .	196 845	19 (32)
DP . . . . .	75 159	— (—)
SED . . . . .	41 225	— (—)
GB/BHE . . . . .	39 205	— (—)
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes . . . . .	26 868	— (—)
Freie Soziale Union . . . . .	2 374	— (—)
USPD . . . . .	1 536	— (—)

<sup>1</sup>) In Klammern die Zahl der Sitze nach den Wahlen von 1950.

6. Die drei westalliierten Stadtkommandanten übertragen dem Berliner Senat die Befugnis zur Lizenzierung von Presseerzeugnissen und Filmen; die Lizenzierung von Rundfunk- und Fernsehstationen behalten sie sich weiterhin vor.  
Der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Theodor Blank, wendet sich in einer Rede vor der Essener Industrie- und Handelskammer gegen Vorschläge, die künftigen deutschen Streitkräfte in Form einer Miliz zu organisieren: man könne es keinem Deutschen zumuten, mit der einfachen Ausrüstung eines Milizsoldaten die Grenzen zu schützen. Er werde an seinem Plan festhalten, kleine, bewegliche Divisionen von hoher Feuerkraft aufzustellen.
8. In Beantwortung einer Groûen Anfrage der SPD erklärt Bundesinnenminister Schröder im Bundestag, das schleswig-holsteinische Wahlgesetz verletze nach Ansicht der Bundesregierung nicht die Rechte der dänischen Minderheit, da dieser die gleichen Rechte eingeräumt würden wie der deutschen Bevölkerung. Die Volkskammer der DDR billigt in einer einstimmig angenommenen Entschlieûung die Moskauer Deklaration vom 2. Dezember (vgl. den Wortlaut auf S. 7213—7218). Die Regierung wird beauftragt, die sich aus der Deklaration ergebenden Maßnahmen vorzubereiten.  
In Hannover wird die „Deutsche Nationalpartei“ gegründet. In einer Erklärung wird als erstes politisches Ziel der Partei die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches genannt. Zum Vorsitzenden des Gründungsgremiums



für den Landesverband Niedersachsen wird der frühere Geschäftsführer der Landesleitung Niedersachsen der FDP, *Freiberger*, gewählt.

10. Der Bundesrat leitet die Ratifizierungsgesetze für die Pariser Verträge über die Beendigung des Besatzungsregimes, über die Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik und über den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO ohne Einwendungen an die Bundesregierung zurück. Das Vertragswerk über die Beendigung des Besatzungsregimes wird vom Bundesrat als seiner Zustimmung im zweiten Durchgang bedürftig erklärt. Alle Beschlüsse werden gegen die Stimmen Hessens und Niedersachsens gefaßt. Zum Saarabkommen erklärt der Bundesrat einstimmig, daß er sich dazu seine Stellungnahme im zweiten Durchgang vorbehalten.

In Bonn wird ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Spanien unterzeichnet.

Nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen zwischen CSU, FDP und Bayernpartei wird in Bayern eine Regierungskoalition aus SPD, Bayernpartei, GB/BHE und FDP gebildet. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die neuen Regierungsparteien, ihr Bestreben sei „eine leistungsfähige, fortschrittliche, tolerante, soziale und volksverbundene Politik nach den Grundsätzen der christlich-abendländischen Kultur“. Für den Bereich der Kulturpolitik wird die tolerante und loyale Durchführung der Verfassungsbestimmungen unter voller Berücksichtigung des Konkordates und der Kirchenverträge angekündigt.

12. Vorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission der SPD veröffentlichen eine Entschließung, in der sie erklären, durch die immer offener zutage tretende Neigung zur Blockbildung in Ost und West drohe die Gefahr einer Zerstörung aller Grundlagen von Viermächteverhandlungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. In der Entschließung warnt die SPD „vor dem verhängnisvollen Versuch, durch die Ratifikation der Pariser Verträge militärische Tatsachen zu schaffen, durch die für lange Zeit der Weg zu einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesperert würde“.

In Hessen werden die Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition zwischen SPD und GB/BHE abgeschlossen. Als neuer Ministerpräsident wird der bisherige Ministerpräsident, Georg August Zinn, nominiert.

13. Der neu gewählte Bayerische Landtag konstituiert sich und wählt den früheren Ministerpräsidenten Hans Ehard zu seinem Präsidenten. Am 14. Dezember wird Prof. Wilhelm Hoegner (SPD) zum Ministerpräsidenten gewählt. Hoegner gibt am gleichen Tage folgende Regierung bekannt: stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Staatskanzlei sowie Staatsminister für Landwirtschaft: Joseph Baumgartner (BP), Inneres: August Geiselhöringer (BP), Justiz: Fritz Koch (SPD), Finanzen: Friedrich Zietsch (SPD), Wirtschaft und Verkehr: Otto Bezold (FDP), Arbeit und soziale Fürsorge: Walter Stain (GB/BHE), Unterricht und Kultus: Prof. August Rucker (parteilos).

14. Bundesinnenminister *Schröder* appelliert in einer Rede vor dem Kuratorium für Jugendfragen in Bonn an die deutsche Jugend, die Frage der Wehrbereitschaft mit nüchternem Realismus zu diskutieren und sich darüber klarzuwerden, daß die Jugend in der ganzen Welt Verteidigungspflicht und Wehrbereitschaft als Selbstverständlichkeit auf sich nehmen. Schröder sagt, die Wehrfrage sei kein Problem der Außen- oder der Parteipolitik, sondern ein Problem der Einstellung zum Staate überhaupt. Wenn man den Anspruch erhebe, daß Deutschland wieder ein geachtetes Glied im Kreise der freien Völker werde, müsse man die gleichen Pflichten auf sich nehmen wie alle anderen freien Völker.
15. Der Deutsche Bundestag beginnt mit der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze für die Pariser Verträge.

#### Finnland

1. Abschluß eines fünftägigen Besuches des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten und Handelsministers, A. I. Mikojan. In Besprechungen mit finnischen Regierungsmitgliedern erfolgte laut TASS ein Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland.

#### Frankreich

4. General Charles *de Gaulle* erklärt vor der Nationaltagung der Sammlungsbewegung (RPF) in Paris, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, aber noch vor deren Verwirklichung, sollte erneut der Versuch unternommen werden, ein Gespräch zwischen Ost und West herbeizuführen.
6. Erster Nationalkongreß der im Centre national des Indépendants et des Paysans zusammengeschlossenen Parteien, zu denen die Unabhängigen und die Sozialrepublikaner (ARS) gehören, in Paris. In einer außenpolitischen Resolution des Kongresses wird erklärt, vor Einberufung einer Viermächtekonferenz müsse die Sowjetunion durch Zustimmung zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrages oder zur Abhaltung von freien Wahlen in Ostdeutschland einen deutlichen Beweis ihres Friedenswillens erbringen; außerdem müßten die Nationen Westeuropas ihre Einheit in Form einer Organisation vorbereitet haben, die in der Lage sei, dem Druck der sowjetischen Welt die verstärkte Macht eines politisch geeinten Europa entgegenzusetzen.
11. Die Nationalversammlung billigt die Politik der Regierung in Nordafrika mit 294 gegen 265 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen. Gegen die Regierung stimmen die Kommunisten, die Volksrepublikaner und ein großer Teil der Rechten. Der außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung billigt mit 16 gegen 15 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen den Bericht des Generals *Billotte*, in dem die Pariser Verträge über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland befürwortet werden, mit 24 gegen 15 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen den Bericht des Abgeordneten *Isorni* zugunsten der Verträge über die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik und mit 24 gegen 6 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen den Bericht des Abgeordneten Jacques *Vendroux* zugunsten des Saarabkommens.

### Großbritannien

1. Premierminister Sir Winston Churchill bedauert in einer Erklärung vor dem Unterhaus seine Ausführungen in Woodford am 23. November (vgl. Zeittafel EA 24/1954). Er läßt die Möglichkeit offen, daß die erwähnte Anweisung an Feldmarschall Montgomery vielleicht gar nicht abgesendet worden sei. Feldmarschall Montgomery erklärt am 4. Dezember, er könne sich an die Frage erinnern und werde in seinen Archiven nachforschen.

### Italien

4. Der Ministerrat beschließt, auf Grund der bestehenden Gesetze stärker als bisher die Tätigkeit der Kommunistischen Partei zu überwachen.

### Oesterreich

1. Im Nationalrat erklärt der Abgeordnete Gschmitzer (ÖVP) in einer Debatte über Südtirol, das Minderheitenstatut für Triest sei wesentlich vollkommener als der Pariser Vertrag über die Autonomie Südtirols. Es wäre daher am Platz, daß auch den Südtirolern die Vorteile des Minderheitenstatuts eingeräumt werden.
4. Das Bundeskanzleramt erklärt zu der Verlautbarung der deutschen Bundesregierung vom 2. Dezember (vgl. Deutschland): „Aus der deutschen Erklärung glaubt man österreichischerseits entnehmen zu können, daß auch die deutsche Bundesregierung im Sinne der Moskauer Erklärung über Oesterreich vom 30. Oktober 1943 den sogenannten Anschluß als null und nichtig betrachtet und bereit ist, diese völkerrechtliche Tatsache auch durch einen deklaratorischen Akt in der Gesetzgebung der deutschen Bundesrepublik zu verankern.“

### Polen

7. Der Staatsrat beschließt ein Dekret, wonach an Stelle des Ministeriums für öffentliche Sicherheit ein Komitee für Fragen der öffentlichen Sicherheit beim Ministerrat gebildet wird. Zum neuen Innenminister wird Wladyslaw Wicha, zum Vorsitzenden des Komitees für Fragen der öffentlichen Sicherheit Wladyslaw Dworakowski berufen. Der bisherige Minister für öffentliche Sicherheit, Stanislaw Radkiewicz, wird zum Minister für Staatsgüter ernannt.

### Sowjetunion

2. Abschluß der am 29. November in Moskau begonnenen „Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“. (Vgl. den Wortlaut des Abschlußkommunikés und der Deklaration auf S. 7212—7218 dieser Folge.)
7. In einer Unterredung mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Gromyko ersucht der französische Geschäftsträger Jean Leroy die Sowjetregierung um eine Stellungnahme zu den Vorschlägen des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York hinsichtlich des österreichischen Staatsvertrags (vgl. Zeittafel EA 24/1954).
9. Das Außenministerium antwortet auf die Noten der drei Westmächte vom 29. November. (Vgl. den Wortlaut des gesamten Notenwechsels auf S. 7206—7212 und 7219/20 dieser Folge.)
10. Auf einer Festveranstaltung in Moskau zum 10. Jahrestag des sowjetisch-französischen Bündnis- und Beistandspaktes erklärt Außenminister Molotow, eine Ratifizierung der Pariser Abkommen durch Frankreich werde sich gegen die Hauptziele des sowjetisch-französischen Vertrages richten.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AFRIKA

#### Aegypten

4. Ein Volksgerichtshof verurteilt sieben Mitglieder der Moslem-Bruderschaft wegen Teilnahme an einer Verschwörung gegen die Regierung zum Tode und empfiehlt dem Revolutionsrat die Auflösung der Bruderschaft. Der Revolutionsrat wandelt die über den Führer der Bruderschaft, Hassan el Hodeibi, verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe um und verfügt die Auflösung der Bruderschaft.

#### Libyen

9. Ministerpräsident Mustapha Ben Halim kündigt vor dem Parlament an, daß Libyen den zum Jahresende ablaufenden Vertrag über die Stationierung französischer Truppen im Fezzan nicht erneuern werde.

### AMERIKA

#### Brasilien

2. Abschluß einer ersten allgemeinen Wirtschaftskonferenz der amerikanischen Staaten in Petropolis. In insgesamt 49 Resolutionen befaßt sich der Kongreß mit den hauptsächlichen Wirtschaftsfragen der Hemisphäre, darunter ausländische Investitionen, Transport, Rohstoffe und technische Zusammenarbeit.

### Vereinigte Staaten

2. Unterzeichnung eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen den Vereinigten Staaten und Nationalchina in Washington. Die beiden Partner verpflichten sich, gemeinsame Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten zu unternehmen. Jedes Land erklärt, daß es einen Angriff auf das Gebiet des anderen Landes als Bedrohung seiner eigenen Sicherheit ansehen und im Einklang mit seinen Verfassungsbestimmungen zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr handeln werde.
7. Senator Joseph R. McCarthy bedauert in einer öffentlichen Erklärung, daß er Präsident Eisenhower im Wahlkampf unterstützt habe. Er habe sich geirrt, erklärt McCarthy, als er geglaubt habe, Eisenhower werde die Kommunisten im In- und Ausland energisch bekämpfen. — Am 2. Dezember hatte der Senat mit 67 gegen 22 Stimmen einen Tadelsantrag gegen McCarthy wegen Mißachtung des Senats gebilligt.
11. Präsident Eisenhower ordnet die Bildung eines Council of Foreign Economic Policy an. Die Behörde hat die Aufgabe, die Auslandshilfe und die übrige außenwirtschaftliche Politik der Vereinigten Staaten zu koordinieren. Zu ihrem Leiter wird Joseph M. Dodge berufen.



ASIEN

Chinesische Volksrepublik

8. Der Vorsitzende des Staatsrates und Außenminister, *Tschu En-lai*, bezeichnet im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des amerikanisch-nationalchinesischen Beistandspaktes (vgl. Vereinigte Staaten) die Haltung der Vereinigten Staaten als „schwere kriegsähnliche Provokation gegen die Volksrepublik China“.
10. Der burmesische Ministerpräsident *U Nu*, der am 1. Dezember zu einem offiziellen Besuch in Peking eintraf, erklärt, die Spannung in Ostasien werde nachlassen, sobald eine Verständigung zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten zustande komme. Er sei der Ansicht, eine solche Verständigung sei leichter zu erzielen, als gemeinhin angenommen werde.

Die Organisation der Vereinten Nationen

6. Die in New York tagende neunte Vollversammlung billigt einstimmig den Resolutionsentwurf des Ersten Ausschusses (Politik und Sicherheit) über die Gründung einer internationalen Atomenergiebehörde zur Entwicklung friedlicher Verwendungszwecke für die Atomkraft. Die sowjetischen Zusatzanträge (vgl. Zeittafel in EA 24/1954) werden abgelehnt. Mit 48 Stimmen bei 7 Enthaltungen verlängert die Vollversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses das Mandat der Hilfsorganisation für die arabischen Flüchtlinge aus Palästina um fünf Jahre bis zum 30. Juni 1960.
  9. Die Vollversammlung beschließt auf Empfehlung des Allgemeinen Ausschusses mit 48 gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen einen amerikanischen Antrag, „Beschwerde gegen die Zurückhaltung und Einkerkierung von Militärpersonal der Vereinten Nationen in Verletzung des koreanischen Waffenstillstandsvertrages“, auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. Zeittafel in EA 24/1954 Vereinigte Staaten). Am 10. Dezember billigt die Versammlung mit 47 gegen 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen einen gemeinsamen Antrag der 16 auf der Seite der Vereinten Nationen am Kriege in Korea beteiligten Staaten, in dem das chinesische Vorgehen verurteilt und Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* ersucht wird, auf die Freilassung der Gefangenen hinzuwirken. Auf Grund dieser Resolution ersucht der Generalsekretär den chinesischen Ministerpräsidenten, *Tschu En-lai*, um eine Unterredung in Peking.
- Der Politische Sonderausschuß beendet die Aussprache über das Thema „Rassenkonflikte in der Südafrikanischen Union auf Grund der Politik der Apartheid“ und empfiehlt der südafrikanischen Regierung mit 34 gegen 9 Stimmen bei 10 Enthaltungen, ihre Haltung im Lichte der hohen Grundsätze der Vereinten Nationen und eingedenk der übernommenen Verpflichtung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten, zu überprüfen. Die Vollversammlung billigt die Empfehlung am 14. Dezember.
- Der Unterausschuß der Abrüstungskommission be-

Japan

7. Die Regierung *Joschida* tritt zurück, um einem Mißtrauensvotum im Reichstag zuvorzukommen. Am 9. Dezember wählt der Reichstag mit 257 von 448 Stimmen den Führer der Demokratischen Partei, *Ichihiro Hatoyama*, zum neuen Ministerpräsidenten. Am 11. Dezember erklärt der neue Außenminister, *Namoru Schigemitsu*, Japan sei bereit, zu beiderseits annehmbaren Bedingungen normale Beziehungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China herzustellen. Japan werde die Zusammenarbeit mit den freien Nationen, namentlich den Vereinigten Staaten, fortsetzen.

Demokratische Republik Vietnam

8. Abschluß eines Abkommens zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und Frankreich über die Bedingungen für die Tätigkeit französischer Wirtschaftsunternehmen in Vietnam.

- schließt gemäß der Resolution der Vollversammlung vom 4. November (vgl. Zeittafel in EA 22 und 23/1954), seine Arbeit Anfang Februar 1955 in London wieder aufzunehmen. Die sowjetische Delegation veröffentlicht eine Erklärung, wonach der sowjetische Delegierte in der Sitzung sagte, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands auf Grund der Pariser Verträge sei mit Verhandlungen über den Abschluß einer Abrüstungskonvention unvereinbar.
10. Die Vollversammlung weist einen Resolutionsentwurf des Ersten Ausschusses zurück, in dem den Niederlanden und Indonesien empfohlen werden sollte, die Frage der Zugehörigkeit von West-Neuguinea in gegenseitigen Verhandlungen zu regeln.
11. Die Vollversammlung billigt mit 50 gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen einen Resolutionsentwurf des Ersten Ausschusses, in dem der Abschlußbericht der 15 Staaten, die auf der Seite der Vereinten Nationen am Kriege in Korea beteiligt waren und an der Genfer Konferenz teilgenommen haben, über den Gang der Koreaverhandlungen gebilligt wird. Mit 45 gegen 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen billigt die Versammlung einen Entwurf des Politischen Sonderausschusses über Fragen der Informationsfreiheit. Dieser ursprünglich von der Tschechoslowakei eingebrachte Entwurf war in den Ausschlußberatungen durch Zusatzanträge so verändert worden, daß nur ein Teil der Präambel übrigblieb. Ferner billigt die Versammlung einen Entwurf des Zweiten Ausschusses (Wirtschaft und Finanzen) über die Gründung einer Internationalen Finanzierungsgesellschaft (International Finance Corporation). In der Resolution wird die Weltbank aufgefordert, einen Satzungsentwurf für die Gesellschaft auszuarbeiten. Ferner stimmt die Versammlung den Entwürfen des Zweiten Ausschusses für die Errichtung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen zur wirtschaftlichen Entwicklung (SUNFED) und zur Bodenreform (vgl. Zeittafel in EA 24/1954) zu. Am 14. Dezember billigt sie einen Entwurf, in dem die FAO aufgefordert wird, die Möglichkeiten zur Errichtung einer Weltnahrungsmittelreserve zu prüfen.

## Bücher und Broschüren

Hudson, G. F.: Questions of East and West. Studies in Current History. Long Acre — London: Odhams Press Limited 1953. 191 S. £—/15/—.

Die in diesem Buch veröffentlichten Beiträge sind zu verschiedenen Zeitpunkten seit 1945 geschrieben worden und behandeln Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte in Europa und Asien. Sie waren nicht als eine einheitliche Reihe geplant, aber sie behandeln alle die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der Russischen Revolution. Das Thema des Buches ist hochaktuell; durch die Entwicklungen dieses Jahres, vor allem durch die in Paris getroffenen Vereinbarungen, durch die Schaffung der südostasiatischen Verteidigungsorganisation und den Friedensschluß in Indochina sind jedoch große Abschnitte überholt und nur noch von historischem Interesse.

**Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht.** Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bayerischer Lehrerverein. Braunschweig: Verlag Albert Limbach, Band I, 1951, 339 S., Band II, 1953, 391 S.

Während der erste Band des Jahrbuches sich vorwiegend noch auf die Darstellung des Geschichtsunterrichts in England, Frankreich und Deutschland konzentriert, geschichtliche Probleme und Probleme des Geschichtsbereiches behandelt, greift der zweite Band weiter und bringt eine ausführliche Darstellung einer (ersten) amerikanisch-deutschen Historiker- und Geschichtslehrertagung. Darüber hinaus finden sich Berichte über die Arbeit der UNESCO, der Franzosen, Belgier, Skandinavier, der deutsch-jugoslawischen Zusammenarbeit, Schulbuchprobleme in Pakistan. Auch japanische Lehrer schließen sich der internationalen Arbeit an, die im wesentlichen auf die „Bereinigung“ der Geschichtsbücher gerichtet ist. Die Berichte zeugen von dem Verantwortungsgefühl der Historiker und Pädagogen, ihrem Bemühen, der Schuljugend ein sauberes Geschichtsbild zu vermitteln. In gewissenhafter Kleinarbeit und sachlicher Uebersetzungskraft wird hier von allen Seiten ein auf weite Sicht angelegter Weg zur Völkerverständigung beschritten.

Das gleiche gilt von dem vom Internationalen Schulbuchinstitut an der Kant-Hochschule Braunschweig herausgegebenen Sammelwerk „Deutschland und Frankreich im Spiegel ihrer Schulbücher“ (Verlag Albert Limbach, Braunschweig 1954, 226 S.), das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit gewerkschaftlich organisierter Professoren und Lehrer in Frankreich und Deutschland. Hier konzentriert sich der Bericht auf die Darstellung der deutschen Schulbücher verschiedener Fächer in französischer Sicht. In Stellungnahme und Gegenstellungnahme werden die Bücher überprüft und Empfehlungen vorgeschlagen, um zu einwandfreien Schulbüchern zu kommen.

Auf der gleichen Linie lag das Europäische Arbeitstreffen in Calw, das dort auf Anregung des Europarates stattfand (vgl. „Geschichtsunterricht, Brücke zwischen den Völkern“, hrsg. vom Internationalen Schulbuchinstitut, Braunschweig, Verlag Albert Limbach 1954, 50 S.). Dort waren Historiker und Pädagogen von 14 europäischen Staaten versammelt, die zunächst über den Stand der Geschichtsbücher ihrer Länder berichteten und dann die Elemente eines europäischen Geschichtsbildes erörterten. Abschließend wurden Empfehlungen zum Geschichtsunterricht über Mittelalter, Neuzeit und Zeitgeschichte herausgearbeitet. Hierbei war es nicht beabsichtigt, „die Geschichte als Propaganda für die europäische Einheit zu benutzen, sondern zu versuchen, die herkömmlichen Fehler und Vorurteile auszuschalten und die Tatsachen herauszustellen“.

**International Trade 1953.** Geneva: The Contracting Parties to the GATT 1954. 141 S. \$ 1,50.

Der zweite Jahresbericht, der vom Sekretariat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) herausgegeben

wurde, schildert in knapper anschaulicher Form die Ereignisse und Entwicklungen, die seit Mitte 1950, das heißt seit dem Koreakrieg, den Welthandel sowie insbesondere die terms of trade beeinflussen und sich auf die Handels-, Zoll- und Währungspolitik vieler Länder entscheidend auswirkten.

Hieran schließt sich eine Darstellung der Schranken und Kontrollen im internationalen Handel an. Allerdings kann hier mehr über die von den meisten Ländern abgebauten Restriktionen als über neue Beschränkungen und Diskriminierungen berichtet werden. Besonders interessant ist in diesem Teil ein gutachtlicher Bericht über die Tendenz der zweiseitigen Abkommen, durch die der Handel zwischen West und Ost, zwischen Europa und Lateinamerika, zwischen den Ländern des Fernen Ostens und der übrigen Welt und sogar innerhalb Europas geregelt werden soll.

Ein dritter Teil ist den handels- und zollpolitischen Geschehnissen innerhalb der GATT-Länder selbst gewidmet. Er enthält ferner einen Ueberblick über die bereits im vorigen Jahr vorgetragenen Wünsche für eine Revision des GATT und deren Hintergründe. Ueber diese Revision wird seit dem 9. November bis etwa Februar nächsten Jahres in Genf verhandelt.

Dem Textteil ist eine Reihe von Tabellen angegliedert, die wertvolles statistisches Material über den Welthandel, die Entwicklung der Handelsbilanzen und die Preisbewegungen im internationalen Handel enthalten.

**Jaarboek van het Ministerie van Buitenlandse Zaken 1953/1954.** Overgelegd aan de Staten-Generaal, September 1954. Koninkrijk der Nederlanden, Staatsdrukkerij- en Uitgeverijbedrijf 1954. 278 S.

**Die Konvertibilität der europäischen Währungen.** Aufsätze von G. Haberler, P. Jacobsson, W. Röpke, G. Carli, F. Collin, H. Germain-Martin, H. Homberger, J. E. Meade, F. W. Meyer, S. Posthuma, F. A. Lutz. Erlbach-Zürich und Stuttgart: Eugen Rentsch Verlag 1954. 336 S. (Volkswirtschaftliche Studien für das Schweizerische Institut für Auslandsforschung, herausgegeben von Albert Hunold). Kart. DM 11,20, Lw. DM 14,50.

In der Reihe der volkswirtschaftlichen Studien bringt der Eugen Rentsch Verlag jetzt einen dritten Band: Die Konvertibilität der europäischen Währungen mit Beiträgen von Gottfried Haberler, Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Harvard Universität, Per Jacobsson, volkswirtschaftlicher Berater bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, Wilhelm Röpke, Professor am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales, Genf, Guido Carli, Rom, Fernand Collin, Antwerpen, Henri Germain-Martin, Paris, Heinrich Homberger, Zürich, Manes Edward Meade, London, Fritz W. Meyer, Bonn, Suardus Posthuma, Amsterdam, und Friedrich A. Lutz, Zürich, heraus.

Das hochaktuelle Werk erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem die Begeisterung für den freien Währungsaustausch in Europa nach langen und zahlreichen und offensichtlich wenig erfolgreichen Diskussionen im Bereich der OEEC, des Internationalen Währungsfonds und auf nationaler Ebene gedämpft, ja eingeschüchtern scheint. Doch ist die Diskussion nicht abgerissen. Die nächsten Etappen sind die GATT-Beratungen und die im November anstehende Ministerratsitzung der OEEC. Hier könnte das Werk sozusagen Schrittmacherdienste leisten, wobei ihm seine hohe Aktualität, die sowohl die grundsätzlichen Ausführungen von Haberler, Jacobsson und Röpke als auch die Darstellung der nationalen Situationen in Italien, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien, der Bundesrepublik und den Niederlanden auszeichnet, besonders zustatten kommt.

Die Beiträge enthalten nicht nur eine den Wirtschaftler ansprechende Uebersicht über die Erwägungen, das Für und Wider, die Vorteile und Gefahren, die schon vorhandenen und noch ausstehenden Voraussetzungen für die freie Eintauschbarkeit der Währungen, sondern sie führen auch den



interessierten Laien in die ganze Problematik des freien Währungsaustausches und die bei weitem größere Problematik der Devisenzwangswirtschaft ein.

Aus allen Betrachtungen hebt sich deutlich die politische Seite des Problems hervor, die besonders Röpke anfaßt und temperamentvoll behandelt. Seine Gedanken über das gegenwärtig für die Konvertibilität äußerst günstige politisch-wirtschaftliche Klima (das sich in Großbritannien schon im nächsten Jahr bei den Unterhauswahlen entscheidend ändern kann) gipfeln in der Feststellung, daß der Uebergang zur Konvertibilität gleichzeitig auch die sicherste Verankerung der Marktwirtschaft ist.

Klar herausgearbeitet ist auch die zentrale Stellung und damit die Führungsaufgabe Großbritanniens, die ihm von keinem der kontinentaleuropäischen Staaten abgenommen werden kann. Die schwierige Stellung der britischen Regierung hinsichtlich der Entscheidung für Ausländer- oder Inländerkonvertibilität kommt zu Wort, wobei auch die immer wieder wie große Schlag Schatten an die Wand geworfenen Einwände und Bedenken von Schatzkanzler Butler, der sich beinahe den Beinamen des „großen Zauderers“ verdient hat, einen realen, gewichtigen Hintergrund erhalten.

Professor F. W. Meyer, Bonn, zeigt den marktwirtschaftlichen Weg der Bundesrepublik auf handels- und zahlungs-politischem Gebiet auf, der inzwischen de facto zur rund neunzigprozentigen Konvertibilität geführt hat. Allerdings hat die stürmische Entwicklung in der Bundesrepublik den Stand des im März diesen Jahres redaktionell abgeschlossenen Buches bereits überholt, was seinen grundsätzlichen Wert jedoch nicht beeinträchtigen kann; zumal auch damals schon der weiteste Teil der Strecke von der extremen Inkonvertibilität bis zur vollkommenen Konvertibilität zurückgelegt war und zumal auch schon nach dem damaligen Stand zu erkennen ist, daß die noch bestehende Devisenbewirtschaftung überwiegend nur noch den Charakter einer Kontrolle hat und die noch bestehenden Kontingente nur noch handels-politische Instrumente sind.

Im ganzen ein Werk, das besondere Beachtung verdient, das die Temperamente anstachelt, auch wenn — wiederum von Röpke — ausdrücklich festgestellt wird, daß die Energie, mit der die Konvertibilität gefordert wird, nicht etwa bloß eine Frage des Temperaments sei, sondern vor allem eine solche des Empfindens für die wirtschaftliche und moralische Verwerflichkeit der Devisenzwangswirtschaft.

**Managing the Federal Debt. A Statement on National Policy.** New York: Committee for Economic Development, The Research and Policy Committee 1954. 38 S.  
**Mason, Philip: An Essay on Racial Tension.** London — New York: Royal Institute of International Affairs 1954. 149 S. £ -/8/6.

Philip Mason ist Direktor der neu eingerichteten Abteilung zum Studium von Rassenfragen im Chatham House. Diese Schrift entstand aus der Sorge, daß in verschiedenen Teilen der westlichen Welt die Spannungen zwischen der weißen und den farbigen Rassen zunehmen. Diese Spannungen sind nach Ansicht des Verfassers kaum weniger bedeutsam als der Konflikt zwischen dem Kommunismus marxistischer Prägung und der liberalen Demokratie. Der Verfasser beleuchtet die Hintergründe der rassischen Aus-

einandersetzungen im allgemeinen und in der Südafrikanischen Union im besonderen. Er betont, daß die Rassentrennungspolitik ein willkommenes Objekt der kommunistischen Propaganda sei und fordert die verantwortlichen Politiker auf, sich der Gefahren dieser Entwicklung bewußt zu werden.

... mitten ins Herz. Hermann Rauschning, Hans Fleig, Margret Boveri, J. A. v. Rantzau über eine Politik ohne Angst. Berlin: Karl H. Henssel Verlag 1954. 74 S. brosch. DM 2,—.

**Die Montanunion — Ein Mißerfolg?** Hrsg. Auslandswissenschaftliche Gesellschaft e. V. Darmstadt: C. W. Leske Verlag 1954, 71 S. (Auslandsforschung, Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Heft 5).

**Problems of Business Management. American Opinions, European Opinions.** Paris: The Organisation for European Economic Co-operation 1954. 85 S. (Technical Assistance Mission No. 129).

**Raghavan, Nedyam: India and Malaya. A Study. Published under the auspices of The Indian Council of World Affairs.** Bombay — Calcutta — Madras: Orient Longmans Ltd. 1954. (India and her Neighbours Series) 137 S. Rs. 2/12.

**Ramachandra Rao, P. R.: India and Ceylon. A Study. Published under the auspices of The Indian Council of World Affairs.** Bombay — Calcutta — Madras: 1954. (India and her Neighbours Series). 111 S. Rs. 2/12.

**Rohn, Walter E.: Europa organisiert sich.** Berlin: Erich Schmidt Verlag 1954. 80 S. (Zahlenbilder aus Politik / Wirtschaft / Kultur, Sonderheft 3. Ein Zahlenbildbuch für Europäer).

Eine gedrängte Uebersicht der Europapolitik und der Europäischen Bewegung seit 1945. An Hand der „Zahlenbilder“ des bekannten Berliner Verlages macht der Verfasser Struktur der Wirtschaft, Organisationsform und Pläne anschaulich, die hiermit im Zusammenhang stehen. Ungeachtet einiger Mängel ist das Büchlein eine gute Hilfe zur Orientierung über das Europaproblem.

**Die Saarlwirtschaft im Jahre 1953. Lagebericht der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes.** o. O., o. J. 71 S. (Hektographiert.)

**Smith, Louis: Militär- und Zivilgewalt in Amerika.** Bearbeitung der gekürzten deutschen Ausgabe, mit einem Vorwort über die militärpolitischen Verhältnisse im früheren Deutschland, von Helmut Bohn. Köln: Markus-Verlag GmbH. 1954. 235 S.

**Vocational Guidance in France.** Geneva: International Labour Office 1954. 134 S. (Studies and Reports, New Series, No. 39). \$ 1,—.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Uebersetzung: Margret Völker, Bonn.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Die britische Europapolitik nach dem Scheitern der EVG

Eine Übersicht über die Entstehung der Londoner Vereinbarungen

Von Hermann Volle

### Vorbemerkung

Die Vereinbarungen von London und Paris vom 3. und 23. Oktober 1954<sup>1</sup> sind nicht das Ergebnis eines bestimmten Alternativplanes zu dem Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, sondern das Resultat verschiedener Strömungen und Ueberlegungen, die nicht erst mit dem Scheitern der EVG<sup>\*</sup> entstanden.

Es ist deshalb nicht leicht, ein klares Bild der Entwicklung zu zeichnen, die zum Abschluß der Londoner und Pariser Vereinbarungen geführt hat. Großbritannien hat an dem Zustandekommen der neuen Verträge sicherlich einen entscheidenden Anteil. Es wäre aber wohl kaum richtig, wollte man von der Verwirklichung eines britischen Planes oder einer alleinigen britischen Initiative sprechen. Das Schei-

tern der EVG hat Großbritannien in die Rolle des Vermittlers versetzt, dem die Aufgabe zufiel, den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO für alle interessierten Staaten annehmbar zu machen. Großbritannien hat sich nach dieser Rolle nicht gedrängt, aber wer hätte sie sonst übernehmen können? Aus der Situation, die sich nach dem Scheitern der EVG ergab, konnte der Anstoß zu neuen Gesprächen nicht von Bonn ausgehen. Es war unwahrscheinlich, daß die Initiative von Seiten der Beneluxländer oder Italiens ergriffen werden würde. Die Vereinigten Staaten gaben zu verstehen, daß jeder neue Vorschlag für die europäische Verteidigung von Europa ausgehen müsse. Blieben also Frankreich und Großbritannien. Frankreich aber überließ es Großbritannien, den ersten Schritt zu tun.

### Abstimmung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten

Seit dem Beginn der Gespräche über einen deutschen Verteidigungsbeitrag im Jahre 1950<sup>2</sup> hat die britische Regierung nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ihrer Ansicht nach der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO der zweckmäßigste Weg sein würde. Sie hat dann später, im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten, den aus französischer Initiative entwickelten Plan der EVG gebilligt, ohne sich allerdings zu einem Beitritt bereitfinden zu können<sup>3</sup>. Durch bedeutende Zusicherungen, einschließlich der Stationierung von Streitkräften auf dem europäischen Kontinent, hat die britische Regierung in der Folgezeit ebenso wie die amerikanische Regierung das Zustandekommen der Verträge von Bonn und Paris gefördert<sup>4</sup>.

Kurz nach dem Regierungsantritt von Ministerpräsident *Mendès-France* fand in Washington ein Gespräch zwischen dem britischen Premierminister, Sir Winston Churchill, und Präsident Dwight D. Eisenhower statt, das, zusammen mit den Beratungen britischer und amerikanischer Sachverständiger in

London, der Abstimmung der Haltung beider Regierungen zu den wichtigen internationalen Problemen diene. Die europäischen Probleme, insbesondere das ungewisse Schicksal der EVG, standen dabei im Mittelpunkt.

Das Washingtoner Kommuniqué vom 28. Juni 1954<sup>5</sup> gab eindeutig zu erkennen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten auch weiterhin entschlossen waren, die Verträge von Bonn und Paris zu unterstützen, und daß sie eine weitere Verzögerung im Inkrafttreten der Verträge als eine Beeinträchtigung der Solidarität der atlantischen Nationen betrachteten. Beide Regierungen erwarteten von Frankreich eine baldige und klare Entscheidung.

Das Washingtoner Kommuniqué enthielt keine Hinweise auf Maßnahmen, die die beiden Regierungen im Falle eines Scheiterns der EVG zu ergreifen dachten. Diese Frage war Gegenstand der britisch-amerikanischen Sachverständigenberatungen, die am 5. Juli 1954 in London begannen und deren Ergebnis am 14. Juli 1954, dem französischen Nationalfeiertag, gleichzeitig in Washington und London bekanntgegeben wurde<sup>6</sup>. Die Sachverständigen empfahlen ihren beiden Regierungen, Frankreich im Falle des

<sup>\*</sup>) Vgl. den Beitrag des Verfassers „Die Agonie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 23/1954, S. 7115—7126.



Scheiterns der EVG zu ersuchen, zusammen mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik Mittel und Wege zu suchen, wenigstens die Bonner Verträge über die Aufhebung des Besatzungsregimes so bald wie möglich in Kraft zu setzen. Auf diese Weise sollte die Bundesrepublik zu der schon lange in Aussicht gestellten formalen Souveränität kommen. Die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages sollte zunächst vertagt werden. Der Zweck dieser Empfehlungen war einerseits, den französischen Regierungschef erneut zu einer Entscheidung über die EVG zu drängen, und andererseits, der von Dr. Adenauer mit immer stärkerem Nachdruck ausgesprochenen Forderung nach Gewährung der Souveränität entgegenzukommen. Es handelte sich also nicht um eine Alternative, sondern höchstens um eine vorbereitende Maßnahme zum Auffangen der im Falle eines Scheiterns der EVG eintretenden Situation.

In seiner Rede vor dem britischen Unterhaus am 14. Juli 1954 hat Sir Winston Churchill mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der britisch-amerikanischen Beratungen auch die britische Haltung zu den Fragen einer europäischen Verteidigungsorganisation dargelegt<sup>7</sup>. Wengleich diese Haltung in einem Rückblick aufgezeigt wurde, so ließ sich doch auch erkennen, von welcher Konzeption die britische Politik im Falle eines Scheiterns der EVG ausgehen würde.

Sir Winston erklärte:

„Ich werde manchmal getadelt, Frankreich zu der Hoffnung veranlaßt zu haben, Großbritannien werde der EVG als ein Vollmitglied beitreten. Als ich im Jahre 1950 in Straßburg die Schaffung einer europäischen Armee vorschlug, dachte ich an die Bildung einer langfristigen großen Allianz, an der nationale Armeen unter einem einheitlichen alliierten Kommando teilnehmen würden. Meine Konzeption erforderte keine supranationalen Institutionen, und ich sah für Großbritannien keine Schwierigkeit, an einem derartigen Plan voll und ganz mitzuarbeiten.

#### Fühlungnahme der französischen Regierung mit Großbritannien

Der Versuch, die EVG durch eine ausgedehnte Revision ihres supranationalen Charakters zu entkleiden, um auf diese Weise den von Frankreich erstrebten Beitritt Großbritanniens zu einer europäischen Verteidigungsorganisation zu ermöglichen, blieb erfolglos, da Großbritannien den entsprechenden Bemühungen der französischen Regierung die erbetene diplomatische Unterstützung versagte<sup>8</sup>. Großbritannien und die Vereinigten Staaten, aber auch die anderen Signatarstaaten der EVG hielten daran fest, daß Frankreich zunächst eine klare Entscheidung über den vorliegenden EVG-Vertrag treffen müsse. Erst nach dieser Entscheidung könne man über Modifizierungen oder Alternativen sprechen.

Diese Lage und die Ueberzeugung des französischen Ministerpräsidenten, daß sich in der National-

Frankreich betrachtete den Plan jedoch eher von der verfassungsrechtlichen als von der militärischen Seite. Als dann die fünf Kontinentalmächte den detaillierten Plan ausarbeiteten, war das Ergebnis eine vollständige Verschmelzung der nationalen Streitkräfte unter einer föderativen supranationalen Kontrolle.

Wenn ich auf die Vergangenheit zurückblicke, bedauere ich noch immer, daß die Labourregierung die französische Einladung zur Teilnahme an der Ausarbeitung der EVG nicht angenommen hat. Hätte sie es getan, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, sich über einen weniger föderalistischen Plan zu einigen, an dem auch Großbritannien hätte voll teilnehmen können.“

Damit brachte Sir Winston Churchill zum Ausdruck, daß er die innerhalb der NATO geschaffene militärische Organisation des SHAPE für die zweckmäßigste Form der westlichen Verteidigungsgemeinschaft hielt. Hier kam die Zusammenarbeit der angelsächsischen Staaten — Großbritannien, Kanada und die Vereinigten Staaten — am wirkungsvollsten zur Geltung.

Das Gespräch zwischen dem britischen Premierminister und Präsident Eisenhower und die Londoner Beratungen hatten die durch das starre Festhalten der Vereinigten Staaten an der EVG gestörte Gemeinsamkeit des angelsächsischen Blocks wiederhergestellt. Die französische Politik mußte sich nun darüber klar werden, daß nach einem Scheitern der EVG die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO kaum mehr aufzuhalten sein würde. Gerade dagegen hatte sich aber die Nationalversammlung in wiederholten Beschlüssen gewandt. Ministerpräsident *Mendès-France*, der zu diesem Zeitpunkt bestimmt nicht mehr an eine Verwirklichung der EVG in ihrer ursprünglichen Form glaubte, mußte jetzt eine Formel suchen, die entweder doch noch den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO verhinderte oder ihn aber der Nationalversammlung einigermaßen annehmbar machen würde.

Die Nationalversammlung keine Mehrheit für die vorliegende Form der EVG finden lasse, mögen *Mendès-France* veranlaßt haben, keine weitere Mühe auf die Rettung eines Projektes zu verwenden, das er ohnehin nicht als seine eigene Sache betrachtete. Wahrscheinlich lag ihm vom Anfang seiner Regierungszeit an die Verstärkung der Entente cordiale näher am Herzen als die Fortführung der im Sinne von Robert Schuman angebahnten deutsch-französischen Verständigung, wie sie dem EVG-Vertrag zugrunde gelegen hatte.

Wenn sich der französische Ministerpräsident zu dieser Zeit bereits mit dem Scheitern der EVG abgefunden hatte und seine Ueberlegungen stärker der zukünftigen Entwicklung widmete, dann erklärt sich auch, warum er in den Wochen vor der Brüsseler Konferenz nichts mehr unternahm, um einen vor-

herigen Meinungsaustausch über die französischen Absichten hinsichtlich der EVG mit den übrigen Signatarstaaten herbeizuführen. Zwischen *Mendès-France* und den Regierungen der anderen Signatarstaaten der EVG hat, abgesehen von einem auf die Initiative des belgischen Außenministers *Spaak* zurückzuführenden Gespräch, keine Konsultation stattgefunden. Der französische Ministerpräsident lernte den wichtigsten Vertreter der Vereinigten Staaten in Europa, Sonderbotschafter *David K. Bruce*, erst während der Schlußphase der Brüsseler Konferenz kennen. Es muß auch noch verzeichnet werden, daß *Mendès-France* keinen der leitenden französischen Sachverständigen, die an den Verhandlungen über den EVG-Vertrag teilgenommen hatten, wie beispielsweise *Hervé Alphand* aus dem französischen Außenministerium oder gar den ehemaligen Außenminister *Robert Schuman*, konsultierte<sup>9</sup>.

Großbritannien gegenüber scheint er diese Zurückhaltung nicht beobachtet zu haben. Es läßt sich nicht beweisen, daß schon vor der Brüsseler Konferenz eine Fühlungnahme mit der britischen Regierung stattgefunden hat. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß der britische Botschafter in Paris, *Sir Gladwyn Jebb*, ins Gespräch gezogen wurde und daß dieser bei seinem Besuch in London kurz vor der Brüsseler Konferenz den britischen Premierminister über gewisse Absichten des französischen Ministerpräsidenten unterrichtet hat<sup>10</sup>. Auf jeden Fall äußerte *Mendès-France* in diesen letzten Tagen vor der Brüsseler Konferenz den Wunsch, mit *Sir Winston Churchill* unmittelbar nach Abschluß der Konferenz zusammenzutreffen. Der britische Regierungschef nahm diesen Vorschlag sofort an<sup>11</sup>.

*Mendès-France* scheint nicht nur mit der Möglichkeit einer Ablehnung der ursprünglichen EVG durch die Nationalversammlung gerechnet, sondern auch nicht geglaubt zu haben, daß es auf der Brüsseler Konferenz gelingen werde, eine für die Nationalversammlung annehmbare Einigung zu erzielen. In der französischen und amerikanischen Presse fanden sich Andeutungen, daß *Mendès-France* sich nicht nur mit der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die Nationalversammlung abgefunden habe, sondern diese Ablehnung sogar wünsche, um eine Alternativpolitik betreiben zu können<sup>12</sup>. Einige Hinweise auf die künftigen Absichten des französischen Ministerpräsidenten enthielt die Rede, die er am letzten Tage der Brüsseler Konferenz anläßlich einer privaten Zusammenkunft der Minister hielt<sup>13</sup>. *Mendès-France* erklärte, daß er im Falle der Nichtratifizierung des EVG-Vertrages seinem Kabinett vorschlagen werde, dem Vorhaben der Vereinigten Staaten und Großbritanniens beizutreten, der Bundesrepublik die durch die Bonner Verträge vorgesehenen Souveränitätsrechte zu verleihen. Zur Frage der Teilnahme der

Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens sagte der französische Ministerpräsident:

„Ich habe den Grundsatz dieser Beteiligung anerkannt. Sie sollte in einem positiven Sinne und schnell geregelt werden. Die französische Regierung wird bald Vorschläge unterbreiten, um diese Teilnahme im europäischen Rahmen zu verwirklichen.“

Es ist anzunehmen, daß *Mendès-France* bei seinem Besuch in Chartwell<sup>14</sup> diese Vorschläge *Sir Winston Churchill* unterbreitet hat. Es wurde vermutet, daß *Mendès-France* an die Organisation eines Systems der westlichen Verteidigung dachte, das keine supranationale Gemeinschaft, sondern eine Koalition sein würde. Ein von den sechs EVG-Ländern und Großbritannien zu unterzeichnender Vertrag sollte an die Stelle des EVG-Vertrages treten, um so die Bewaffnung der Bundesrepublik zu ermöglichen, ohne daß diese jedoch Mitglied der NATO zu werden brauche. Die sechs Kontinentalstaaten sollten einen Rüstungspool, ähnlich der Montanunion, bilden, der einem aus den sechs Ländern und Großbritannien gebildeten Ministerrat unterstehen würde<sup>15</sup>.

Ueber den Inhalt der Gespräche, die Ministerpräsident *Mendès-France* und Premierminister *Sir Winston Churchill* in Chartwell führten, ist außer einem wenig aufschlußreichen Kommuniqué amtlich nichts bekanntgegeben worden. In diplomatischen Kreisen Londons wurde angenommen, daß *Churchill* und *Eden* dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt vertraten, daß zunächst einmal eine klare Entscheidung über die EVG durch die Nationalversammlung erfolgen müsse; vorher könnten weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten irgendeine Entscheidung treffen, sei es über die Bonner Verträge oder über eine Alternative zur EVG. Sollte das französische Parlament den EVG-Vertrag allerdings endgültig verwerfen, dann würden Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich wahrscheinlich gemeinsam an Frankreich wenden, um die Zustimmung für eine andere Form des deutschen Beitritts zur atlantischen Verteidigung zu erlangen<sup>16</sup>.

Hier zeigte sich ein Gegensatz zwischen der britisch-amerikanischen Haltung und der französischen Konzeption. Das Hauptanliegen Frankreichs war, eine Lösung zu finden, durch die die Bundesrepublik zwar mit dem atlantischen System verbunden sein würde, ohne jedoch Mitglied der NATO zu werden. Das französische Außenministerium, das einen Vertragsentwurf für die Schaffung einer sogenannten „kleinen NATO“ ausgearbeitet hatte, glaubte, dieses Ziel verwirklichen zu können<sup>17</sup>. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hielten jedoch die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO für einfacher als die komplizierten französischen Pläne. In London wurde betont, die Schaffung eines neuen organisa-



torischen Rahmens für die Verteidigung des Westens, der eine volle Beteiligung Großbritanniens gestatte, setze ein erhebliches Maß an Vorbesprechungen voraus, wenn ein solches Projekt überhaupt Erfolg haben sollte<sup>18</sup>. In Washington vertraten Sachverständige

allerdings die Ansicht, daß eine „kleine NATO“, wie sie die französischen Pläne vorsahen, technisch in einigen Monaten ausgearbeitet und, falls die Teilnehmer dies zu tun wünschten, bis zum 1. Januar 1955 ratifiziert werden könne<sup>19</sup>.

### Die Situation nach dem Scheitern der EVG

#### *Die französischen Absichten*

Der französische Ministerpräsident, der bereits am 30. August, gleich nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses über die Verwerfung des EVG-Vertrages, eine Erklärung über seine nächsten Schritte abgegeben hatte, ergriff am folgenden Tage nochmals vor der Nationalversammlung das Wort<sup>20</sup>. Er sagte:

„Nach der gestrigen Abstimmung ist das französische Parlament von seiner Unentschlossenheit befreit. Man wird jetzt schnell handeln müssen. Es ist hier eine Mehrheit vorhanden, die am atlantischen Bündnis festhält. Ich kenne keine andere Außenpolitik als jene, die sich auf dieses Bündnis gründet, auf den fortschreitenden Aufbau Europas und auf die deutsch-französische Wiederveröhnung.

Wenn Frankreich, die Fünf, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich über das Grundlegende einig sind, so wird auch die Einigung über die Art und Weise der Durchführung nicht ausbleiben. Die Lösung, die wir ausarbeiten werden, wird sich in den Rahmen der atlantischen Sicherheit einfügen. Die Diskussion hierüber konnte nicht eröffnet werden, bevor nicht eine Entscheidung über die EVG gefallen war. Wir werden nun ohne Verzögerung die vorgeschlagenen Gespräche aufnehmen. Mit den vorbereitenden Arbeiten wird in kürzester Frist begonnen werden.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte *Mendès-France*, er werde für Frankreich jedoch keine Verpflichtungen eingehen, ohne sich der Zustimmung des Parlaments versichert zu haben.

Zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Souveränität erklärte *Mendès-France*, daß sich die Nationalversammlung bald hierüber aussprechen müsse. Es müßten aber auch Entschlüsse auf militärischer Ebene gefaßt werden. Frankreich werde versuchen, Großbritannien zu präziseren Zusicherungen zu veranlassen und zur Teilnahme an einer Organisation zu bewegen, die sich sowohl dem Rahmen nach als auch in der Form von der EVG unterscheide. Ein Vertrag, der Frankreich und Deutschland verbinde, bei dem Großbritannien aber fehle, könne für Frankreich keine wahre Sicherheitsgarantie darstellen.

Abschließend sagte der französische Ministerpräsident, er sei im Augenblick nicht in der Lage, weitere Angaben über die neuen Projekte zu machen. Auf eine Frage bestätigte er jedoch, daß die Regelung der Saarfrage weiterhin eine Vorbedingung für jeden neuen Plan zur Wiederbewaffnung Deutschlands bleiben werde. Zur Frage neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion sagte *Mendès-France*, Frankreich sei

bemüht, alles zu unterstützen, was dem Frieden diene. Eine neue Palais-Rose-Konferenz sei jedoch zwecklos<sup>21</sup>.

Insgesamt gesehen, warfen die Erklärungen des französischen Regierungschefs nicht viel neues Licht auf seine außenpolitischen Pläne. Die mancherorts erwartete französische Initiative blieb aus. Diese Rolle blieb nun Großbritannien vorbehalten.

Noch am gleichen 31. August 1954 faßte der diplomatische Korrespondent der Londoner *Times* die Situation wie folgt zusammen:

„Ehe die französische Nationalversammlung sich in dem einen oder anderen Sinne entschied, war die britische Regierung nicht bereit, Alternativen zu erörtern. Anregungen, die bisher vorgebracht wurden, haben, grob gesprochen, zwei Formen angenommen: die eine ist der Eintritt Deutschlands in die NATO, die andere eine verwässerte Form der EVG, bei der die supranationalen Klauseln fortgelassen würden. Es ist behauptet worden, sowohl Großbritannien als auch Deutschland könnten in diesem Rahmen mittun. Das Ergebnis wäre eine Koalition oder Allianz von sieben oder acht Mächten — eine Erweiterung des Brüsseler Paktes<sup>22</sup>. Freilich würden dann diejenigen Teile des EVG-Vertrages, von denen die ‚Europäer‘ hofften, sie würden schließlich zu einem föderativen Westeuropa führen, verlorengehen.“

Unter den Alternativen, die jetzt erörtert werden müßten, so betonte der diplomatische Korrespondent der *Times*, bevorzuge Großbritannien die NATO-Lösung. Es sei anzunehmen, daß Außenminister *Eden*, der voraussichtlich nicht an der Südostasienkonferenz in Manila teilnehmen werde, diese Haltung bei den zweifellos bevorstehenden Gesprächen zwischen Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik vertreten werde.

#### *Die britische Reaktion*

Die britische Regierung war sich klar darüber, daß nur ein behutsames Vorgehen Aussicht auf Erfolg haben könne. Das Kabinett, das am 1. September zur Erörterung der nach dem Scheitern der EVG entstandenen Lage zusammentrat, empfahl, zunächst eine Achtmächte-Konferenz anzuregen, die etwa Mitte September in London stattfinden sollte<sup>23</sup>. Die Konferenz sollte keine endgültigen Beschlüsse treffen, sondern lediglich Vorschläge für die spätere Sitzung des Atlantikrates ausarbeiten. Die am Tage zuvor von den Vereinigten Staaten geforderte sofortige Ein-

<sup>23</sup>) Hervorhebung des Verfassers. Hier wurde zum ersten Male von britischer Seite auf den Brüsseler Pakt verwiesen.

berufung des Atlantikrates<sup>23</sup> hielt die britische Regierung für verfrüht<sup>24</sup>. Sie äußerte den Wunsch, zunächst die Auffassungen der anderen Regierungen kennenzulernen, ehe sie selbst zu einer endgültigen Entscheidung gelange. Es wurde für möglich gehalten, die Verleihung einer beschränkten Souveränität an die Bundesrepublik im Sinne der Bonner Verträge ohne Verzögerung zu erwägen. Hierbei ergab sich allerdings die Frage, ob die Bundesrepublik nach dem Scheitern der EVG eine beschränkte Souveränität überhaupt noch akzeptieren werde.

Es wurde vermutet, daß Großbritannien beabsichtige, der Achtmächte-Konferenz die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO vorzuschlagen, wobei jedoch Sicherungen gegen jedes Wiederaufleben eines nationalistischen Militarismus getroffen werden sollten. Man war sich in London bewußt, daß eine deutsche Vollmitgliedschaft in der NATO ohne militärische Sicherungen über die Stärke und Organisation der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie für Frankreich unannehmbar sein würde. Die britische Regierung hoffte aber, daß Frankreich einen solchen Plan bei ausreichenden Sicherheitsgarantien nicht ablehnen würde<sup>25</sup>. In diesem Zusammenhang war es wesentlich, ob die Bundesregierung bereit sein würde, eine freiwillige Beschränkung ihrer Souveränitätsrechte in bezug auf Rüstung und Truppenteile vorzunehmen. In London wurde erwartet, daß die Bundesrepublik entsprechende Zusicherungen machen werde<sup>26</sup>. Die von französischer Seite angeregte Verwässerung der EVG zur bloßen militärischen Koalition und ihre Ausweitung auf Großbritannien und, wie es der *Manchester Guardian* am 1. September empfahl, gegebenenfalls auch auf die skandinavischen Länder ist vom britischen Kabinett vermutlich gar nicht mehr in Erwägung gezogen worden<sup>27</sup>.

Die Zweckmäßigkeit einer Konferenz der sechs EVG-Staaten mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten sollte nun zunächst in Washington, Paris und Bonn sondiert werden. Außenminister *Eden* empfing den britischen Botschafter in Paris, Sir Gladwyn *Jebb*, und den Hohen Kommissar in Deutschland, Sir Frederick *Hoyer Millar*, die beide an der Kabinettsitzung teilgenommen hatten, um ihnen entsprechende Richtlinien für ihre Missionen zu geben. Sir Gladwyn *Jebb* begab sich daraufhin nach Paris, um den britischen Vorschlag mit Ministerpräsident *Mendès-France* zu erörtern. Sir Frederick *Hoyer Millar* wurde beauftragt, Bundeskanzler *Adenauer* auf der Bühlerhöhe aufzusuchen, um ihn über die britischen Absichten zu unterrichten. Die britische Auffassung wurde auch Washington mitgeteilt. Ein besonderer Schritt war dort nach den sorgfältigen diplomatischen Vorbereitungen überflüssig. Zu den Ergebnissen der britischen Kabinettsitzung verlautete aus amerikanischen Regierungskreisen, man stehe der britischen Anregung, die Bundesrepublik in die

NATO aufzunehmen, durchaus sympathisch gegenüber. Es herrsche überhaupt in der Deutschlandpolitik eine erfreuliche Einigkeit unter den angelsächsischen Mächten<sup>28</sup>.

#### *Die ersten Auswirkungen auf die Bundesrepublik*

Noch während das britische Kabinett beriet und noch ehe Sir Frederick *Hoyer Millar* London auf dem Luftwege verließ, um sich zu einer Unterredung mit Dr. *Adenauer* zu begeben, trat die Bundesregierung nach einer Zusammenkunft auf der Bühlerhöhe am 1. September 1954 mit einer Fünf-Punkte-Erklärung an die Öffentlichkeit<sup>29</sup>. In dieser Erklärung wurden neben der Forderung auf Wiederherstellung der Souveränität unverzügliche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie Konsultationen über die weitere Behandlung der militärischen Integration mit den Beneluxstaaten und Italien vorgeschlagen. Frankreich wurde nicht erwähnt. Ähnliche Forderungen, wie sie das Fünf-Punkte-Programm enthielt, waren schon am 31. August von Bundesminister Franz Josef *Strauss* in einer Erklärung zur politischen Lage über den Südwestfunk erhoben worden<sup>30</sup>.

Zu dem Kommuniké erklärte Bundespresseschef Felix von *Eckardt*<sup>31</sup>, daß sich die Bundesregierung sowohl eine neue Lösung für den deutschen Verteidigungsbeitrag, äußerstenfalls auch ohne Frankreich, wie einen Vertrag mit den westlichen Besatzungsmächten über die volle deutsche Souveränität zum Ziele gesetzt habe. Die Bundesregierung wünsche jedoch keine von vornherein durch Vorbehalte eingeschränkte Souveränität, sondern die grundsätzliche Souveränität, von der sie in freien Verhandlungen von sich aus Abstriche machen könne. Eckardt betonte in seinen weiteren Erklärungen, die Bundesregierung begrüße die von Großbritannien ausgehende Initiative zur Einberufung einer Achtmächte-Konferenz. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO sei jedoch nur eine von vielen Lösungsmöglichkeiten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt müsse die Bundesrepublik alle Möglichkeiten offenhalten; sie würde jedoch eine Lösung der europäischen Probleme ohne Frankreich als außerordentlich schlecht betrachten<sup>32</sup>.

Die britische Regierung zeigte keine Neigung, die in den fünf Punkten der Bundesregierung enthaltenen Forderungen sehr ernst zu nehmen. Freilich verkannte sie nicht, daß man bei der völkerrechtlichen Festlegung zwischen der Bundesregierung und den Westmächten nicht da anknüpfen könne, wo man im Mai 1952 stehengeblieben war. Die Andeutung, man könne Frankreich links liegen lassen, wurde in London, Paris und Washington als fehl am Platze empfunden<sup>33</sup>.

Am 2. September fand auf der Bühlerhöhe die erste Unterredung zwischen Bundeskanzler Dr. *Adenauer* und Sir Frederick *Hoyer Millar* über die britischen Vorschläge statt. Der britische Hohe Kom-



missar, der dem Bundeskanzler eine persönliche Botschaft von Sir Winston Churchill überbrachte<sup>34</sup>, machte deutlich, daß die französische Billigung einer deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO fast ausschließlich von dem Ausmaß der Zusicherungen abhängt, die Bonn in bezug auf eine freiwillige Rüstungsbeschränkung zu geben bereit sei<sup>35</sup>.

Am 3. September erklärte Dr. Adenauer, die Bundesregierung werde die Aufrüstung innerhalb der Grenzen halten, welche die europäische Konzeption vorschreibe<sup>36</sup>. Am 4. September versicherte er, die Bundesregierung sei bereit, sich selbst, auch wenn sie im Besitze der vollen Souveränität sei, die Beschränkungen in der Bewaffnung aufzulegen, die die Fortführung der Europapolitik gebiete<sup>37</sup>. Diese Äußerungen wurden in London sehr positiv aufgenommen<sup>38</sup>. Der ungünstige Eindruck, den die Fünf-Punkte-Erklärung hervorgerufen hatte, war damit korrigiert<sup>39</sup>. Auch in Paris und Washington wurden die mildern den Ausführungen des Bundeskanzlers in seiner Rundfunkansprache vom 4. September als „eine gewisse Ernüchterung in den außenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik“ mit Genugtuung vermerkt<sup>40</sup>. Einer Verlautbarung aus London vom 3. September zufolge teilte Dr. Adenauer die Auffassung der britischen Regierung über die Abhaltung einer Achtmächte-Konferenz. Er habe jedoch betont, daß eine solche Konferenz erst nach sorgfältigen Vorbereitungen abgehalten werden könne<sup>41</sup>.

In dem großen Rahmen der Verhandlungen stellen die ersten deutschen Reaktionen auf die Entscheidung der französischen Nationalversammlung nur eine Episode dar. Auf ihren psychologischen Hintergrund kann hier nicht eingegangen werden. Vielleicht hatte die Bundesregierung in ihren ersten Erklärungen von der Bühlerhöhe die deutsche Position überschätzt. Vielleicht hatte der Bundeskanzler während seiner Abwesenheit von Bonn nicht den vollen Überblick über die sehr schnell in Fluß geratene Entwicklung in London, Paris und Washington. Nach deutschen Pressemeldungen und Kommentaren sollen die Informationen, die Bundesminister Franz Josef Strauss von einer Reise nach Paris dem Bundeskanzler über-

mittelte, bei diesem den Eindruck erweckt haben, daß die Ablehnung der EVG nur dem Einfluß des französischen Ministerpräsidenten *Mendès-France* zuzuschreiben sei<sup>42</sup>. Auch das Gespräch mit dem amerikanischen Senator Alexander Wiley mag in den ersten Reaktionen des Bundeskanzlers nachgeklungen haben. Wiley hatte nach seinem Besuch auf der Bühlerhöhe am 2. September vor der Presse erklärt, die Entscheidung der französischen Nationalversammlung spiegele nicht den Willen des französischen Volkes wider. Er betonte kategorisch, daß für ihn die Idee der EVG nicht tot sei. Er sei überzeugt, daß der Druck der Ereignisse zur Verwirklichung der EVG führen werde. Das französische Volk müsse nur richtig über die Bedeutung der europäischen Einigung aufgeklärt werden. Zur Frage der deutschen Souveränität erklärte Wiley, der Bundesrepublik müsse nun die volle Souveränität verliehen werden<sup>43</sup>.

Das entscheidende Motiv für die Schärfe der ersten deutschen Reaktionen dürfte aber in der tiefen menschlichen Enttäuschung Dr. Adenauers über die französische Entscheidung gelegen haben. Die französische Regierung bemühte sich, ihr Verständnis für diese menschliche Seite des Problems zu bekunden. Diese auch in ihrer Wirkung auf die angelsächsische Welt klug berechnete Haltung dürfte wohl das persönliche Werk des französischen Ministerpräsidenten sein. Sie hat viel dazu beigetragen, den ersten Schock der Ablehnung der EVG zu mildern.

Nachdem die britische Reaktion auf die Fünf-Punkte-Erklärung der Bundesregierung gezeigt hatte, daß Großbritannien nicht bereit war, die Deutschen mit offenen Armen zu empfangen und ihnen gegen Frankreich zu helfen, fand man in Deutschland sehr rasch auf den Boden der Tatsachen zurück<sup>44</sup>. Auch Washington hatte verlauten lassen, daß ein Europa ohne Frankreich nicht denkbar sei. Der Londoner *Economist* wies auf die Gefahr hin, daß nicht Frankreich, sondern Dr. Adenauer sich isoliert finden könne, wenn das Mißtrauen zwischen ihm und dem französischen Ministerpräsidenten nicht aus dem Wege geräumt werden könne<sup>45</sup>.

## Die britischen Vorschläge für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO

### *Beratungen mit der Bundesregierung*

Am 5. September gab ein Sprecher des Foreign Office bekannt, Außenminister Eden habe die britischen diplomatischen Vertreter in Washington, Ottawa, Paris, Brüssel, Den Haag, Luxemburg, Rom und Bonn angewiesen, den dortigen Regierungen endgültige britische Vorschläge für eine Neunmächte-Konferenz am 14. September in London zu unterbreiten, nachdem die ersten Reaktionen auf die britischen Vorschläge günstig ausgefallen waren. Hierzu gab das Foreign Office bekannt, die britische Regierung habe

ihren ursprünglichen Vorschlag auf eine Achtmächte-Konferenz auf neun Mächte erweitert, nachdem die kanadische Regierung gebeten habe, über jede neue Entwicklungsstufe in der Frage einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung des Westens konsultiert zu werden. Der Sprecher des Foreign Office erklärte, die Aufgabe dieser Außenministerkonferenz wäre die Ausarbeitung endgültiger Vorschläge für die vorgesehene Atlantikratsitzung. Zu Beginn der Konferenz sollten die drei Besatzungsmächte und die Bundesrepublik die Souveränitätsfrage erörtern. Wenn möglich, würden den Konferenzteilnehmern

schon im Laufe der folgenden Woche die Tagesordnung und eine Verhandlungsgrundlage zugeleitet werden. Zuvor solle aber noch die Stellungnahme des Bundeskanzlers zur gegenwärtigen Lage abgewartet werden<sup>46</sup>.

Am 6. September traf Sir Frederick Hoyer Millar zunächst mit Staatssekretär Hallstein und Botschafter Blankenhorn in Bonn zusammen, um die Ansichten der Bundesregierung über die Abhaltung einer Neunmächte-Konferenz am 14. September in London zur Erörterung der Frage einer deutschen Wiederbewaffnung zu erfahren<sup>47</sup>. Hallstein und Blankenhorn hatten über das Wochenende Außenminister Spaak in Brüssel und dem amerikanischen Sonderbotschafter in Paris, David K. Bruce, Besuche abgestattet. Botschafter Blankenhorn soll im Anschluß an die Unterredung mit dem britischen Hohen Kommissar erklärt haben, es sei noch nicht gelungen, über die Form und die Ziele einer Neuner-Konferenz zu Entscheidungen zu kommen<sup>48</sup>.

Am 7. September hatte der britische Hohe Kommissar eine längere Unterredung mit dem Bundeskanzler. Dr. Adenauer vertrat den Standpunkt, daß die von Großbritannien vorgeschlagene Neunmächte-Konferenz in London sorgfältig vorbereitet und daß noch vor ihrem Beginn geklärt werden müsse, welche Punkte auf ihr behandelt werden sollten. Man könne es sich angesichts der durch den Entscheid der französischen Nationalversammlung entstandenen Lage nicht leisten, eine Konferenz nach dem Beispiel von Brüssel abzuhalten.

Von Regierungsseite wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung die Ausarbeitung des von ihr in Aussicht genommenen Exposés, in dem sie ihre Ansichten mitteilen wolle, noch nicht abgeschlossen habe<sup>49</sup>. Auf deutscher Seite bestand vor allem der Wunsch, das Thema „deutsche Souveränität“ nicht hinter dem Thema der Ersatzlösung für die EVG zurücktreten zu lassen. Man befürchtete aber, daß auf der Londoner Konferenz nur dieses letztere Thema behandelt werden könne. Die von London gemachte Andeutung, daß auch im Rahmen der Neuner-Konferenz sich eine Vierer-Besprechung ergeben werde, wurde in Bonn als nicht ausreichend empfunden. Man wollte in Bonn volle Gewißheit darüber gewinnen, daß in London nicht nur am Rande über die Souveränität verhandelt werde<sup>50</sup>. In Bonn bestand überdies der Eindruck, daß man es in Paris mit der geplanten Konferenz nicht besonders eilig habe. Hinzu kam noch die Ungewißheit, ob Außenminister Dulles rechtzeitig zum 14. September von Manila, wo er an den SEATO-Verhandlungen teilnahm, nach London kommen könne. Ein weiterer Grund, der der Bundesregierung eine Hinausschiebung des Anfangstermins ratsam erscheinen ließ, war die von Bundeskanzler Adenauer für den 14. September geplante Regierungserklärung zur außenpolitischen Lage. Dr. Aden-

auer legte offenbar Wert darauf, daß die Debatte des Bundestages vor der Londoner Konferenz stattfinde, um sich eine solide Rückendeckung für die geplanten Verhandlungen zu verschaffen<sup>51</sup>. Nach einer Sitzung des Bundeskabinetts am 8. September wurde bekanntgegeben, daß die Bundesregierung an der Abhaltung der außenpolitischen Debatte im Bundestag noch vor der Londoner Konferenz festhalte.

#### *Frankreich und der britische Konferenzvorschlag*

In Paris war die britische Anregung einer Achtmächte-Konferenz begrüßt worden. Der Konferenzvorschlag entzog nach Ansicht amtlicher französischer Kreise der Bonner Absicht, Verhandlungen ohne Frankreich durchzuführen, den Boden<sup>52</sup>. Weniger günstig war die Reaktion auf den britischen Vorschlag, die Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO durchzuführen. Die französischen Pläne waren bisher darauf abgestellt gewesen, eine deutsche Mitgliedschaft in der NATO zu vermeiden<sup>53</sup>.

Die britischen Vorschläge kamen für Frankreich etwas überraschend. Sie trafen in dem Augenblick ein, da der französische Ministerpräsident in der Einsamkeit des Jagdhauses von Marly zusammen mit einigen Experten des Quai d'Orsay mit der Vorbereitung einer Ersatzlösung begonnen hatte<sup>54</sup>. In einem Bericht von *Le Monde* hieß es, Großbritannien habe entgegen den Erwartungen sofort die Initiative ergriffen, um das Problem eines deutschen Beitrages zur Verteidigung des Westens zu lösen. Zweifellos wolle es damit europäischen Lösungen aus dem Wege gehen, die von Großbritannien Bindungen erforderten, die es nicht bereit sei, auf sich zu nehmen. In einem Leitartikel der gleichen Zeitung hieß es<sup>55</sup>:

„Tatsache ist, daß Sir Winston Churchill und seine Minister heute genau so wenig wie gestern die Bindung an ein supranationales System wünschen. Mit dem Vorschlag einer Zusammenkunft mit den Vereinigten Staaten hält sich Großbritannien wie in der Vergangenheit außerhalb der Sechser. Und die *Times* gibt den Rat, sich über das, was man von Großbritannien erwarten könne, nicht allzu große Illusionen zu machen. Hierauf kann und muß man antworten, daß man sich auf der anderen Seite des Kanals ebenfalls falsche Vorstellungen macht, wenn man es für möglich hält, daß Frankreich eine Formel für die deutsche Wiederbewaffnung annehmen könnte, die von seiten Londons nicht ähnliche Bindungen und Opfer aufweisen würde, wie man sie von uns verlangt.“

Am Nachmittag des 2. September überbrachte Sir Gladwyn Jebb dem französischen Ministerpräsidenten die Vorschläge seiner Regierung. Der britische Botschafter legte keinen bestimmten Plan vor, sondern erörterte allgemein die Situation, die sich aus dem Scheitern der EVG ergeben hatte. Er gab dem französischen Regierungschef jedoch zu verstehen, daß die britische Regierung dem französischen Plan, Großbritannien in eine Ersatzlösung für die EVG einzubeziehen, zwar aufgeschlossen, aber doch skeptisch



gegenüberstehe<sup>56</sup>. Die von Großbritannien angeregte Achtmächte-Konferenz wurde von dem britischen Botschafter als nur eine von mehreren Möglichkeiten für das künftige Vorgehen bezeichnet<sup>57</sup>.

Ein amtliches Echo auf diesen britischen Schritt blieb zunächst aus. Dieses Stillschweigen wurde dahingehend ausgelegt, daß die britischen Vorschläge nicht recht in das Konzept des französischen Ministerpräsidenten hineinpaßten<sup>58</sup>. Diplomatische Kreise in Paris äußerten, es würden mehrere Wochen vergehen, ehe eine internationale Konferenz über den deutschen Verteidigungsbeitrag mit Nutzen abgehalten werden könne<sup>59</sup>.

Die am 5. September durch Großbritannien getroffene Entscheidung, den Konferenzvorschlag nun offiziell zu unterbreiten, ließ jedoch darauf schließen, daß die französische Regierung dem Plan einer Konferenz im Prinzip zugestimmt hatte. Auf der Kabinettsitzung vom 5. September vertrat Außenminister *Eden* den Standpunkt, daß vor einem Zusammentritt des Atlantikrates die wichtigsten Deutschland betreffenden Probleme geklärt werden müßten. Daraus ergaben sich für die Londoner Konferenz folgende Hauptprobleme:

1. Entwurf einer Einigung über die deutsche Wiederbewaffnung, die Frankreich durch eine Begrenzung der deutschen Truppenstärke auf 12 Divisionen, 1000 Flugzeuge und eine kleine Flotte zur Küstenverteidigung befriedigen würde. Diese freiwillige Beschränkung auf die bereits im EVG-Vertrag vorgesehenen Stärkeverhältnisse müsse für Bonn genau so annehmbar gemacht werden wie für Paris.
2. Entwurf einer Formel für die Gewährung der Souveränität an die Bundesrepublik. Diese Formel müsse jedoch weitergehen als die in den Jahren 1951/52 entworfenen Bonner Verträge.

Wie in London weiter verlautete, war Frankreich inzwischen unterrichtet worden, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit der Bewaffnung der Bundesrepublik schlimmstenfalls allein vorgehen würden. Falls Frankreich die Bewaffnung der Bundesrepublik und deren Eintritt in die NATO auch bei einer freiwilligen deutschen Rüstungsbeschränkung auf die bereits im EVG-Vertrag vorgesehenen Stärkeverhältnisse ablehnen würde, müsse eine vertragliche Regelung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik erfolgen. Die Bundesrepublik würde dann auf ähnliche Weise mit dem Atlantikpakt verbunden werden, wie Jugoslawien durch den Balkanpakt in den Bereich des Atlantikpaktes gerückt sei<sup>60</sup>.

Am Abend des 6. September suchte der britische Botschafter den französischen Ministerpräsidenten in Marly auf, um mit ihm nun die offiziellen britischen Vorschläge für eine Neunmächte-Konferenz zu erörtern. In französischen Kreisen wurden die britischen

Vorschläge mit spürbarer Reserve aufgenommen<sup>61</sup>. Es wurden Bedenken geäußert, ob es in den wenigen Tagen bis zum 14. September gelingen werde, die nach Ansicht von Ministerpräsident *Mendès-France* unbedingt erforderlichen sorgfältigen Vorbereitungen zu treffen<sup>62</sup>. *Mendès-France* vertrat die Ansicht, daß eine Konferenz nur Aussicht auf Erfolg biete, wenn Großbritannien sich bereit erkläre, zusammen mit Frankreich an einer europäischen militärischen Allianz teilzunehmen, die an die Stelle der EVG treten würde. Ohne eine vorherige Lösung dieses Problems bestehe für Frankreich die Gefahr, sich erneut isoliert zu finden, wie es bereits in Brüssel geschehen sei. In diesem Zusammenhang wiesen französische Kreise darauf hin, eine mögliche Lösung könnte die Einbeziehung der Bundesrepublik und Italiens in den Brüsseler Pakt sein<sup>63</sup>. Ministerpräsident *Mendès-France* hielt die Herbeiführung einer neuen deutsch-französischen Verständigung für eine wesentliche Vorbedingung für die bevorstehenden Verhandlungen. Er glaubte, daß ein vorheriger Meinungsaustausch zwischen Frankreich und Deutschland das beste Mittel sein würde, um einen etwaigen öffentlichen Konflikt zwischen den französischen und den deutschen Auffassungen zu vermeiden<sup>64</sup>.

#### *Die Darlegungen*

##### *des französischen Ministerpräsidenten vor der Anglo-American Press Association*

Nähere Einzelheiten über die französischen Ansichten teilte Ministerpräsident *Mendès-France* bei einem Essen der Anglo-American Press Association in Paris am 7. September mit. Er gab zu verstehen, daß er bereit sei, auf den britischen Wunsch nach einer Neunmächte-Konferenz einzugehen. *Mendès-France* dachte dabei allerdings mehr an eine allgemeine Aussprache, nicht aber an eine Behandlung von neuen Vertragstexten. Er kam den in London, Washington und Ottawa herrschenden Ansichten mit der Erklärung entgegen, daß er keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt erhebe. Den Gedanken einer regionalen Organisation für Westeuropa ließ er dabei aber nicht fallen<sup>65</sup>.

Da ein wörtliches Zitieren der Antworten des französischen Ministerpräsidenten nicht gestattet wurde, veröffentlichte die französische Nachrichtenagentur *Agence France Presse* auf eigene Verantwortung folgende Zusammenfassung der in den Äußerungen von Ministerpräsident *Mendès-France* enthaltenen Ansichten<sup>66</sup>:

„Die britische Anregung, am 14. September eine Konferenz über die deutsche Frage einzuberufen, erhält, wie man in gut informierten Kreisen erfährt, die Zustimmung Frankreichs. Man sieht in Paris voraus, daß es Gegenstand dieser Konferenz sein wird, die allgemeine Linie einer Politik zu entwerfen, mit der sich sodann die Experten befassen werden.“

Wie es heißt, ist der Augenblick noch nicht gekommen, um genaue Texte vorzulegen. Es wird sich um eine Untersuchung allgemeiner Gedanken handeln und keineswegs um eine Konferenz der Entscheidungen. Man erkennt in Paris jedoch nicht die Notwendigkeit der Eile, und es handelt sich nicht darum, zu einer dilatorischen Behandlung Zuflucht zu nehmen. Jede Entscheidung, die sich aus den späteren Verhandlungen ergeben könnte, könnte dem französischen Parlament voraussichtlich innerhalb einer Woche vorgelegt werden. Im übrigen ist man bezüglich der Möglichkeit, schnell zu Regierungsbeschlüssen zu gelangen und diese durch die interessierten Parlamente ratifizieren zu lassen, optimistisch.

Was die Art der sich möglicherweise abzeichnenden Lösungen anbetrifft, gibt man zu, daß die zukünftigen Texte gewisse Elemente der EVG wiederaufnehmen könnten, jedoch wird die Möglichkeit der Zulassung eines Textes, der unter einem anderen Namen nichts weiter wäre als eine Wiederholung des Pariser Vertragswerkes, ausgenommen. Man macht geltend, daß die französischen Parlamentarier die Texte, welche ihnen unannehmbar erschienen wären, unter einer derartigen Verkleidung wiederzuerkennen würden.

Es ist offensichtlich, so wird betont, daß man notwendigerweise dahinkommen werde, vor allem die supranationale Dosis, welche in dem Pariser Vertragswerk enthalten war, zu vermindern. Andererseits spricht man sich kategorisch gegen jede Diskriminierung aus, die Deutschland auferlegt werden könnte. Wenn der Freiheit Deutschlands Beschränkungen auferlegt würden, dann müßten analoge Beschränkungen von seinen Partnern akzeptiert werden.

Eine Rüstungsgemeinschaft ist eine der Formeln, die ins Auge gefaßt werden können. Aber in jedem Falle müssen Formeln gefunden werden, die beweglich sind und die den Verhältnissen eines jeden Landes sowie den außer-europäischen Interessen Großbritanniens, der rein kontinentalen Stellung Deutschlands und der Zwischenstellung Frankreichs, welches ebenfalls außer-kontinentale Interessen, vor allem in Afrika, hat, Rechnung tragen.

Es gibt, wie es scheint, keine prinzipielle Opposition gegen den Eintritt Deutschlands in die NATO. Diese Lösung könnte aber nur unter gewissen Bedingungen ins Auge gefaßt werden.

Man unterstreicht im übrigen, daß die Begrenzung und die Kontrolle der Rüstung ein weites Feld zur Erörterung bieten. Verschiedene Formeln könnten geprüft werden, unter ihnen diejenige eines internationalen Organismus, der befähigt wäre, den Beitrag eines jeden Landes zur gemeinsamen Verteidigung festzusetzen.

Was die Möglichkeit einer Viererkonferenz mit der Sowjetunion und die Ost-West-Beziehungen im allge-

meinen anbetrifft, so wird in Paris unterstrichen, daß jedermann die friedliche Ko-Existenz befürwortet, denn niemand faßt einen Krieg ins Auge, um diese zu beenden. Es wird aber präzisiert, daß diese Ko-Existenz nur von Dauer sein könne, wenn jede der beiden Parteien sich auf gesundem und solidem Boden befindet. Um die Ko-Existenz mit dem Osten zu sichern, muß man zunächst den Westen aufbauen, was eine französisch-deutsche Wiederversöhnung einschließt und vor allem die Aufrechterhaltung der französisch-englischen Entente, die die eigentliche Grundlage der Sicherheit beider Länder ist. In dieser Hinsicht wird jeder Gedanke einer Neutralisierung Deutschlands zurückgewiesen, die ein militärisches Vakuum im Herzen Europas schaffen und das Risiko einschließen würde, Deutschland in Richtung jener schwenken zu lassen, die ihm im Hinblick auf Gebietsrückforderungen Vorteile bieten könnten, die der Westen ihm nicht geben kann.

Was im besonderen eine eventuelle Viererkonferenz anbelangt, so werden die Erklärungen des Präsidenten Mendès-France in Erinnerung gerufen, der vor dem Parlament sagte, alles, was zu einem Frieden führen könne, sei wünschenswert, aber daß Besprechungen wie jene im Palais Rose, bei denen ein jeder auf seinem Standpunkt beharrt, die Situation eher erschweren als verbessern. Es wird betont, daß es von keinem Nutzen sei, sie zu erneuern. Wenn jedoch die Sowjetunion ihren Standpunkt über Probleme wie das des österreichischen Staatsvertrages, der allgemeinen deutschen Wahlen und der Abrüstung überprüfen würde, so wäre das eine ganz andere Lage, und so könnten Besprechungen mit der Sowjetunion nützlich sein.

In dieser Beziehung wird geltend gemacht, daß die Antworten des Westens auf die sowjetischen Vorschläge zu einer neuen Konferenz Moskau sehr bald unterbreitet werden und daß sie Zeugnis ablegen werden von der Gleichheit der diesbezüglichen Ansichten Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten.“

Zu dieser Zusammenfassung schrieb *Le Monde* am 9. September, die Aussagen des Ministerpräsidenten zur Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO seien weniger kategorisch gewesen, als man es aus dem Text der AFP schließen könne. Es wäre auch gut gewesen, wenn der AFP-Text hinsichtlich der Rüstungskontrolle stärker unterstrichen hätte, daß *Mendès-France* diese Institution in einer für die in der westlichen Verteidigung assoziierten Staaten gültigen Form vorgeschlagen habe, welche die „Ausgestaltung“ eines Weltabkommens für bessere Tage konstituieren könne.

### Die Europa-Reise des britischen Außenministers

Am 7. September berief der britische Premierminister, Sir Winston Churchill, das Kabinett für den Nachmittag des 8. September zu einer Sitzung ein, um die Reaktionen auf die britischen Anregungen für eine Neunmächte-Konferenz zu erörtern. Es war dies nach den Sitzungen vom 1. und 5. September die dritte Kabinettsberatung, die sich mit der Situation

befaßte, die durch die Verwerfung der EVG durch die französische Nationalversammlung entstanden war.

Wie nun waren die Reaktionen der einzelnen Regierungen? Als erstes Land hatte Italien seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Konferenz gegeben. Auch Belgien und die Niederlande gaben bekannt, daß sie bereit seien, an der Londoner Neun-



mächte-Konferenz teilzunehmen. Die skandinavischen Staaten gaben zu erkennen, daß sie nicht beabsichtigten, an der Londoner Konferenz teilzunehmen. Der norwegische Außenminister, Halvard Lange, erklärte am 8. September in Oslo, die norwegische und die dänische Regierung seien zu der Schlußfolgerung gelangt, daß allein der Atlantikrat qualifiziert sei, eine Entscheidung über die deutsche Rolle in der Verteidigung des Westens zu treffen. Lange fügte hinzu, weder Dänemark noch Norwegen seien zu der Neunmächte-Konferenz eingeladen worden. Die Regierungen beider Länder hielten es auch nicht für zweckmäßig, um eine Einladung zu ersuchen. Das Zustandekommen einer Neunmächte-Konferenz schließe im übrigen nicht aus, daß sich der Atlantikrat schon jetzt mit den zur Debatte stehenden Problemen befasse. Der Eintritt Deutschlands in die NATO, so sagte Lange, sei die einfachste Lösung, wobei allerdings durch vorherige Verhandlungen der NATO-Mächte untereinander die Garantien für eine Beteiligung Deutschlands an der gemeinsamen Verteidigung des Westens festzulegen seien<sup>67</sup>.

In Washington hatte während der Abwesenheit von Außenminister Dulles die Bereitschaft, auf die britische Linie einzuschwenken, wieder wesentlich nachgelassen. Ein Sprecher des State Department erklärte, in Washington sei noch keine offizielle Einladung der britischen Regierung eingegangen, jedoch werde die amerikanische Regierung auf dem laufenden gehalten. Staatssekretär Dulles habe betont, die Frage des Fehlschlages der EVG sei ein atlantisches Problem. Für die von Außenminister Dulles verlangte Tagung des Atlantikrates seien Vorbereitungen unerlässlich. Der Sprecher erklärte, diese Vorbereitungen könnten sowohl auf diplomatischem Wege als auch im Rahmen einer vorbereitenden Konferenz erfolgen. Die Vereinigten Staaten seien sich noch nicht schlüssig, welcher Weg vorzuziehen sei<sup>68</sup>. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß es für Außenminister Dulles schwierig sein würde, am 14. September bereits in London zu sein.

Was Frankreich anbetraf, so hatte der französische Ministerpräsident den britischen Vorschlag zwar begrüßt, aber die Auffassung vertreten, daß die Londoner Konferenz nur einer Erwägung des Problems dienen solle, ohne daß schon endgültige Beschlüsse gefaßt würden. Außerdem vertrat die französische Regierung den Standpunkt, daß die Probleme der Souveränität und der Wiederbewaffnung nicht getrennt voneinander behandelt oder gelöst werden könnten. Man könne nicht daran denken, der Bundesrepublik die Souveränität zu verleihen, ohne gleichzeitig auch die Beschränkungen festzulegen, denen sich die Bundesrepublik unterwerfen würde. Auch die britischen und amerikanischen Sachverständigen seien, als sie im Juli die Möglichkeit einer Trennung der Verträge von Bonn und Paris erörterten, zu der Schlußfolgerung

gelangt, daß die Verleihung der Souveränität an die Bundesrepublik mit einer Beschränkung der Wiederbewaffnung gekoppelt werden müsse. Die Ergebnisse der Londoner Beratungen seien Frankreich aber bisher nicht mitgeteilt worden, und man müsse sich daher fragen, in welchem Maße diese Empfehlungen überhaupt durch die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gebilligt worden seien<sup>69</sup>.

Die Besprechungen des britischen Botschafters mit der Bundesregierung hatten ergeben, daß Dr. Adenauer eine Verschiebung der Konferenz für unvermeidlich hielt. Dr. Adenauer hatte sich darauf festgelegt, am 14. September die außenpolitische Debatte des Bundestages mit einer Regierungserklärung einzuleiten. Außerdem hatte Dr. Adenauer zu verstehen gegeben, daß er nicht den Wunsch habe, nach London zu fahren, wenn nicht auch Außenminister Dulles an der Konferenz teilnehme.

In London wurde erklärt, daß Dr. Adenauer nunmehr die britische Ansicht teile, wonach der deutsche Verteidigungsbeitrag am besten im Rahmen der NATO erfolge, anstatt durch eine modifizierte Form der EVG, an der der Bundeskanzler anfänglich immer noch festgehalten zu haben schien<sup>70</sup>. In seiner Wahlrede in Neumünster bestätigte Dr. Adenauer am 10. September, daß die Bundesrepublik bereit sei, nach Gewährung der vollen Souveränität dem Atlantikpakt beizutreten. Er pflichtete der Ansicht der britischen Regierung bei, daß die Ausarbeitung eines neuen Vertragswerkes für die europäische Verteidigung zu lange Zeit in Anspruch nehmen würde<sup>71</sup>. Dieses Abrücken von seinem ursprünglichen Plan wurde in amtlichen Kreisen der britischen Hauptstadt mit Genugtuung zur Kenntnis genommen<sup>72</sup>.

Angesichts der Reaktionen auf die britischen Fühlungen kam das britische Kabinett zu der Schlußfolgerung, daß die Einberufung der Neuner-Konferenz nach London zum 14. September nicht erfolgen könne. Ein neuer Termin für die Abhaltung der Konferenz wurde zunächst nicht ins Auge gefaßt. Die britische Regierung hoffte jedoch, daß die Konferenz gegen Ende September stattfinden könne. In der Zwischenzeit sollten die vorbereitenden Beratungen mit den einzelnen Regierungen fortgesetzt werden. Die britische Regierung hielt an dem Wunsch fest, die Konferenz in London abzuhalten, wenngleich angeregt worden war, sie nunmehr in New York abzuhalten, da mehrere der Außenminister anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 21. September in New York weilen würden.

Um den Meinungsaustausch weiterzutreiben, faßte das britische Kabinett auf seiner Sitzung am 8. September den Entschluß, Außenminister Eden zu einer direkten Fühlungnahme mit den Regierungen der Beneluxstaaten, der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs nach dem Kontinent zu entsenden. Die Bekanntgabe dieses Entschlusses erfolgte jedoch erst

am 10. September, nachdem die Regierungen dieser Staaten den Vorschlag Edens angenommen hatten.

Der Entschluß Edens, auf einer Rundreise durch Westeuropa unverzüglich einen persönlichen Meinungsaustausch mit den Außenministern der EVG-Länder zu pflegen, wurde in den Hauptstädten dieser Staaten allgemein begrüßt. In Bonn wurde versichert, man wisse die Initiative Edens sehr zu schätzen. Diese Reise werde Eden die Möglichkeit geben, aus den Vorstellungen der verschiedenen Regierungen über einen deutschen Verteidigungsbeitrag eine praktische Lösung abzuleiten. In parlamentarischen Kreisen wurde die Frage gestellt, ob es jetzt nicht besser sei, dem ursprünglichen amerikanischen Vorschlag den Vorrang zu geben und statt einer Vorkonferenz unmittelbar zur allgemeinen atlantischen Konferenz überzugehen<sup>73</sup>.

Auch in Paris wurde erklärt, ein positives Ergebnis der Informationsreise Edens könne die Londoner Konferenz überflüssig machen. Der Umstand, daß der britische Außenminister beabsichtigte, seine Reise mit Brüssel, Bonn und Rom zu beginnen und mit Paris abzuschließen, wurde als ein günstiges Zeichen für die britische Absicht gewertet, einen Ausgleich zu schaffen<sup>74</sup>.

Das amerikanische Außenministerium erklärte, der britische Außenminister habe die „volle moralische Unterstützung Washingtons“. Die Reise entspreche ganz der amerikanischen Ansicht, daß nun Europa in der Suche nach Alternativlösungen zur EVG die Initiative ergreifen müsse<sup>75</sup>.

Das britische Außenministerium erklärte zu der Reise Edens, daß die britische Regierung entschlossen sei, jede neue Verzögerung einer Prüfung des Problems eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu verhindern. Außenminister Eden erwarte zwar nicht, mit einer vollständigen Einigung in der Tasche von seiner Reise zurückzukehren. Für Eden werde es bei seiner

Reise darum gehen, sich über die Haltungen der einzelnen Regierungen genau zu informieren und den britischen Standpunkt zu erläutern. Auf diese Weise könne er am besten feststellen, wie groß der gemeinsame Nenner für eine Einigung sei<sup>76</sup>. Im Gegensatz zu den in Bonn und Paris geäußerten Vermutungen, eine Neunmächte-Konferenz werde sich nun erübrigen, betonte das Foreign Office, die Reise Edens stelle keinen Ersatz für die von Großbritannien zur Vorbereitung der Sitzung des Atlantikrates vorgeschlagenen Neunmächte-Konferenz dar.

Die britische Haltung, die Eden bei seiner Reise nach dem Kontinent den Außenministern unterbreiten werde, wurde in London amtlich wie folgt dargestellt<sup>77</sup>:

„Obwohl das Vereinigte Königreich sich völlig der Notwendigkeit einer Einbeziehung Deutschlands in die Verteidigung Europas bewußt ist, wird es keiner supranationalen Organisation beitreten, die politische oder militärische Verpflichtungen mit sich bringt, die über diejenigen Verpflichtungen hinausgehen, die Großbritannien gegenüber der EVG einzugehen bereit war oder im Rahmen der NATO bereits unternommen hat.“

Die britische Regierung glaubt, daß der Eintritt Westdeutschlands in die Atlantische Allianz die beste Möglichkeit für die Wiederbewaffnung Deutschlands bietet, und ist bereit, mit der Unterstützung anderer Signatarstaaten, diesen Schritt der Zusammenkunft des Atlantikrats vorzuschlagen.“

Bereits am 11. September begab sich Außenminister Eden auf seine Reise. Am gleichen Tage teilte das State Department in Washington mit, daß Unterstaatssekretär Robert Murphy eine Reise nach London und in die Hauptstädte verschiedener anderer europäischer Länder unternehmen werde, um einen Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, darunter auch den deutschen Verteidigungsbeitrag, zu pflegen.

Fortsetzung folgt

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. den Wortlaut der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 3. Oktober 1954 in Europa-Archiv 20/1954, S. 6978—6987 sowie der Verträge und Abkommen von Paris vom 23. Oktober 1954 in Europa-Archiv 21/1954, S. 7019—7022, 23/1954, S. 7127—7139 und 24/1954, S. 7171 bis 7181.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag „Schumanplan und Atlantikpakt“ (2. Fortsetzung) in Europa-Archiv 22/1950, S. 3503—3514.

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag „Schumanplan und Atlantikpakt“ (3. Fortsetzung und Schluß) in Europa-Archiv 10—11/1951, S. 3961—3976.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu den Wortlaut des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 13. April 1954 sowie die Botschaft Präsident Eisenhower an die Regierungschefs der sechs EVG-Staaten vom 16. April in Europa-Archiv 10/1954, S. 6578—6583.

<sup>5)</sup> Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués der Washingtoner Besprechungen zwischen Präsident Dwight D. Eisenhower und Premierminister Sir Winston Churchill vom 28. Juni 1954 in Europa-Archiv 14/1954, S. 6757—6758.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag „Die Agonie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ in Europa-Archiv 23/1954, S. 7115 bis 7126, insbesondere S. 7116—17.

<sup>7)</sup> Vgl. den Wortlaut der Rede des britischen Premierministers im Parlamentsbericht in *The Times* vom 15. Juli 1954; vgl. hierzu auch den Wortlaut der Rede Churchills in Straßburg am 11. August 1950 in Europa-Archiv 18/1950, S. 3374 ff., sowie den Beitrag „Die Straßburger Konsultativversammlung vor den Grundfragen der europäischen Einigung“ in Europa-Archiv 18/1950, S. 3347 ff., insbesondere S. 3350 linke Spalte.

<sup>8)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 9. Juli 1954.

<sup>9)</sup> Vgl. den Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 22. August 1954.

<sup>10)</sup> Vgl. den Bericht von Peter D. Whitney in *The New York Times* vom 17. und 18. August 1954, *Le Monde* vom 19. August 1954 und den Bericht von Paul Medina in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. August 1954.

<sup>11)</sup> Vgl. *The Times* vom 23. August 1954.



<sup>12)</sup> Vgl. den Beitrag von Jacques Fawet „M. Mendès-France se déclare favorable à une autre forme de réarmement de l'Allemagne“ in *Le Monde* vom 26. August 1954; den Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 26. August 1954, und *Le Monde* vom 27. August 1954.

<sup>13)</sup> Vgl. die Auszüge aus der Rede des französischen Ministerpräsidenten in dem Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 23. August 1954.

<sup>14)</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen über das britisch-französische Gespräch in Chartwell in Europa-Archiv 23/1954, S. 7120.

<sup>15)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 23. und 26. August 1954.

<sup>16)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 25. August 1954, *Le Monde* vom 25. und 26. August 1954 und *The Times* vom 26. und 27. August 1954.

<sup>17)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 23. und 26. August 1954.

<sup>18)</sup> Vgl. den Bericht des diplomatischen Korrespondenten in *The Times* vom 26. August 1954.

<sup>19)</sup> Vgl. den Bericht von Dana Adams Schmidt in *The New York Times* vom 27. August 1954.

<sup>20)</sup> Vgl. den deutschen Wortlaut der Rede in der Pressemitteilung des Haut Commissariat de la République Française en Allemagne, Direction Générale des Affaires Politiques, Bad Godesberg, No. 203 vom 1. September 1954.

<sup>21)</sup> Vom 5. März bis zum 21. Juni 1951 fand im Palais Marbre Rose in Paris eine Vorkonferenz der Außenministerstellvertreter Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Vorbereitung der Tagesordnung einer Außenministerkonferenz statt, ohne daß es in diesen monatelangen Verhandlungen zu Ergebnissen kam. Die Westmächte stellten am 21. Juni fest, die Haltung der Sowjetregierung mache eine Fortsetzung der Verhandlungen zwecklos. Der Einladung der Westmächte zu einer Außenministerkonferenz für den 23. Juli 1951 in Washington wurde von der Sowjetunion keine Folge geleistet.

<sup>22)</sup> Vgl. *The Times* vom 2. September 1954. Von einem Vorschlag für eine Achtmächtekonferenz war bereits am 27. August, also noch vor der entscheidenden Abstimmung in der französischen Nationalversammlung, in der *New York Times* die Rede. Der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland erklärte jedoch am folgenden Tage in Bonn, eine solche Konferenz sei nicht vorgesehen.

<sup>23)</sup> Vgl. den deutschen Wortlaut der Erklärung von Außenminister Dulles in *Amerika-Dienst* vom 1. September 1954.

<sup>24)</sup> Vgl. den Bericht des Londoner Korrespondenten in *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. September 1954.

<sup>25)</sup> Vgl. den Bericht des diplomatischen Korrespondenten in *The Times* vom 2. September 1954 und den Leitartikel in *The Times* vom 3. September 1954.

<sup>26)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 3. September 1954.

<sup>27)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. September 1954.

<sup>28)</sup> Vgl. UP-Meldung aus Washington in *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. September 1954.

<sup>29)</sup> Vgl. den Wortlaut der Fünf-Punkte-Erklärung in *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 164 vom 2. September 1954, S. 1449. Ueber die Reaktion des Auslandes vgl. den Bericht von Thomas Handler in *The New York Times* vom 2. September 1954.

<sup>30)</sup> Vgl. *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 164 vom 2. September 1954, S. 1449–1451.

<sup>31)</sup> Vgl. den Bericht über die Pressekonferenz in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. September 1954.

<sup>32)</sup> Vgl. den Bericht des Bonner Korrespondenten in *Neue Zürcher Zeitung* vom 3. September 1954.

<sup>33)</sup> Vgl. *The Times* vom 2. September 1954 und *The Economist* vom 4. September 1954.

<sup>34)</sup> Vgl. *The Times* vom 6. September 1954.

<sup>35)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 3. September 1954.

<sup>36)</sup> Vgl. das Interview des Bundeskanzlers mit dem Sonderkorrespondenten der *Times* in *The Times* vom 4. September 1954.

<sup>37)</sup> Vgl. *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 167 vom 7. September 1954, S. 1477 f.

<sup>38)</sup> Vgl. *The Times* vom 3. September 1954.

<sup>39)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. September 1954.

<sup>40)</sup> Vgl. Leitartikel in *Le Monde* vom 5. September 1954 und *Parisien Libéré* vom 3. September 1954 und den Bericht des Washingtoner Korrespondenten in *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. September 1954.

<sup>41)</sup> Vgl. UP-Meldung aus London in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. September 1954.

<sup>42)</sup> Vgl. den Beitrag „Nicht gut beraten“ von Paul Sethe in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. September 1954 und die Glosse des gleichen Autors in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Dezember 1954.

<sup>43)</sup> Vgl. die Berichte von Thomas Handler in *The New York Times* vom 3. und 4. September 1954.

<sup>44)</sup> Vgl. den Bericht von Thomas Handler in *The New York Times* vom 6. September 1954.

<sup>45)</sup> Vgl. den Aufsatz „The Candid Chancellor“ in *The Economist* vom 11. September 1954.

<sup>46)</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. September 1954.

<sup>47)</sup> Vgl. *The Times* vom 7. September 1954.

<sup>48)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 8. September 1954.

<sup>49)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. September 1954.

<sup>50)</sup> Vgl. den Bericht des Bonner Korrespondenten in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. September 1954.

<sup>51)</sup> Vgl. *The Times* vom 8. September 1954 und *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. September 1954.

<sup>52)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 2. September 1954 und *Le Monde* vom 3. September 1954.

<sup>53)</sup> Vgl. den Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 2. September 1954.

<sup>54)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. September 1954.

<sup>55)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 3. September 1954.

<sup>56)</sup> Vgl. den Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 3. September 1954.

<sup>57)</sup> Vgl. *The Times* vom 3. September 1954.

<sup>58)</sup> Vgl. den Bericht des Pariser Korrespondenten in *Neue Zürcher Zeitung* vom 4. September 1954.

<sup>59)</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. September 1954.

<sup>60)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 6. September 1954.

<sup>61)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. September 1954.

<sup>62)</sup> Vgl. *The Times* vom 7. September 1954.

<sup>63)</sup> Vgl. den Bericht von Harold Callender in *The New York Times* vom 7. September 1954.

<sup>64)</sup> Vgl. *The Times* vom 7. September 1954.

<sup>65)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. September 1954.

<sup>66)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 9. September 1954.

<sup>67)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. September 1954.

<sup>68)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 9. September 1954.

<sup>69)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. September 1954.

<sup>70)</sup> Vgl. den Bericht von André Fontaine in *Le Monde* vom 9. September 1954.

<sup>71)</sup> Vgl. den Bericht des diplomatischen Korrespondenten in *The Times* vom 9. September 1954.

<sup>72)</sup> Vgl. *The Times* vom 11. September 1954; *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. September 1954 und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. September 1954.

<sup>73)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 9. September 1954.

<sup>74)</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9./10. September 1954; *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. September 1954.

<sup>75)</sup> Vgl. den Bericht von Paul Medina in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. September 1954.

<sup>76)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. September 1954.

<sup>77)</sup> Vgl. *The Times* vom 10. September 1954.

<sup>78)</sup> Vgl. den Bericht von Drew Middleton in *The New York Times* vom 10. September 1954.

## Zwei Jahre Montangerichtbarkeit

Eine Darstellung der Funktionen und des Wirkens des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Von Dr. Franz Breitner

### Vorbemerkungen

Seit die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl in der zweiten Hälfte des Jahres 1952 ihre Tätigkeit in Luxemburg aufgenommen hat, ist die Arbeit einiger ihrer Organe wiederholt — unter anderem auch in den Spalten des Europa-Archivs — Gegenstand teils wohlwollender, teils kritischer Betrachtungen gewesen<sup>1</sup>. Daß hierbei das überwiegende Interesse dem Wirken der Hohen Behörde, also einem Organ der Exekutive, gegolten hat, darf bei der ihr seitens der Verfassung der Gemeinschaft zugewiesenen wirtschaftspolitischen Schlüsselstellung nicht überraschen. Daneben hat sich aber auch die Gemeinsame Versammlung, und zwar nicht zuletzt auf Grund ihrer Tätigkeit auf dem Gebiete der Ausarbeitung einer Satzung für die Europäische (Politische) Gemeinschaft, eine gewisse publizistische Anteilnahme zu sichern vermocht<sup>2</sup>.

Die bisher geleistete praktische Tätigkeit des Gerichtshofes ist im Gegensatz hierzu fast immer nur am Rande gewürdigt worden. Dabei war es keineswegs die Absicht der Vertragsschöpfer, dieses Organ im Leben der Gemeinschaft eine untergeordnete Rolle spielen zu lassen.

Gilt es also einmal schon, eine empfindliche publizistische Lücke zu schließen und die Leistungen des Montangerichtshofes eingehend zu würdigen, so kommt dazu noch ein in der Besonderheit des Gewaltenaufbaus innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl liegender Umstand.

Man wird sich erinnern, daß es ein Charakteristikum der Montanunionsverfassung war, daß in ihr nur zwei Gewalten, die Exekutive und die richterliche Gewalt, zur vollen Ausprägung kamen. Die dritte — oder vielmehr in Wirklichkeit die „erste“ —, nämlich die gesetzgebende Gewalt, ist dagegen ganz in den Hintergrund getreten. Die parlamentarische „Gemeinsame“ Versammlung der Gemeinschaft übt zwar in einem gewissen Umfange Kontrollbefugnisse über die Hohe Behörde aus; ihr kommen aber in keiner Weise

echte legislative Kompetenzen zu. Als Folge dieser eigenartigen Funktionsverteilung unter die einzelnen Gemeinschaftsorgane muß die Montanunion zu einem reinen Verwaltungsgebilde werden, das mit der demokratischen Tradition der meisten westlichen Staatenwesen nicht so recht in Einklang zu bringen ist.

Die Gründe, welche dazu geführt haben, die ur-eigensten parlamentarischen Befugnisse der Gemeinsamen Versammlung in so auffälliger Weise zu beschneiden, liegen auf der Hand. Zum ersten handelt es sich bei der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl um eine Fusion sachlich begrenzter wirtschaftlicher Kompetenzen. Die damit verbundenen Aufgaben sind ihrer Natur nach am leichtesten durch eine schlagfertige Exekutive zu lösen<sup>3</sup>. Und zum anderen konnten die Schöpfer des Vertrages im Zeitpunkt der Ausarbeitung der Verfassung noch hoffen, die Montangemeinschaft werde nur eine Uebergangslösung darstellen und dereinst in einer auch mit gesetzgebenden Kompetenzen ausgestatteten politischen Gesamtgemeinschaft aufgehen<sup>4</sup>. Bis zu diesem Zeitpunkt (und auch darüber hinaus) sollten die vielleicht schädlichen Auswirkungen einer derartigen Forcierung der exekutiven Gewalt durch ein möglichst starkes, die Hohe Behörde in rechtlicher Beziehung kontrollierendes Justizorgan abgefangen werden.

Infolge des Scheiterns der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft dürfte nun aber nach menschlichem Ermessen auch die Erfüllung des großen Zukunftstraumes so vieler Europäer, die überstaatliche politische Gesamtintegration, in unendliche Ferne gerückt sein. Aus der ursprünglich nur als eine Art Zwischenstadium gedachten Teilintegration droht damit ein in vieler Hinsicht fragwürdiger Dauerzustand zu werden. Ob die Montangemeinschaft in ihrer jetzigen Form noch lebensfähig bleibt, ist eine politische Frage, deren Beantwortung hier nicht verlangt werden kann. Daß sie aber hierzu auf jeden Fall des Vertrauens der an ihr interessierten Kreise bedarf, ist selbstverständlich. Inwieweit dieses Vertrauen



sichergestellt werden kann, hängt zum größten Teil von dem Verhalten ihrer Organe ab. Hierbei wird nun die Frage der Funktionsfähigkeit des Gerichtshofes, das heißt, die Frage nach der Wirksamkeit des Rechtsschutzes gegenüber Machtüberschreitungen der Exekutive, zur wichtigsten Frage überhaupt.

So verdient also der Montangerichtshof, der gerade jetzt mehr und mehr im Wege der Klage gegen die Hohe Behörde in Anspruch genommen wird, nach wie vor eine besondere Aufmerksamkeit. Die Tatsache seines zweijährigen Bestehens am 4. Dezember 1954 und seiner ersten öffentlichen Sitzungen am 28. und 29. Oktober 1954 im Cercle Municipal der Stadt Luxemburg<sup>5</sup> mag daher zum äußeren Anlaß genommen werden, seine bisherigen Leistungen an dieser Stelle in einer zusammenfassenden Abhandlung zu würdigen. Noch ist nicht zu erkennen, welche großen Linien der Rechtsprechung sich in Luxemburg entwickeln werden. Aber schon die kommenden Wochen und Monate werden hierüber sicher nähere Auskunft geben. Für die Juristen von sechs europäischen Nationen gilt es nun, die weitere Entwicklung sorgfältig zu beobachten.

Im Mittelpunkt der Arbeit eines Justizorgans steht naturgemäß die Rechtsprechung. Die zwölf bisher vor den Gerichtshof der Montanunion gebrachten Klagen sind sicher ein Beweis höchsten Vertrauens, das ihm von allen beteiligten Kreisen entgegengebracht wird. Dennoch steht der Gerichtshof in dieser Beziehung gerade erst am Anfang. Bevor er mit der Rechtsprechung beginnen konnte, hatte er sich

zu konstituieren und ein erhebliches Maß an Verwaltungsarbeit zu leisten. Diese Tätigkeiten mußten ihn insbesondere deswegen sehr stark in Anspruch nehmen, weil infolge des sachlich fragmentarischen Kompetenzumfanges der Gemeinschaft an die Schaffung eines in die Hohe Behörde eingegliederten Justizverwaltungsapparates nicht gedacht werden konnte. Bei der Würdigung seiner bisherigen Leistungen kann daher an diesem Zweig seiner Arbeit nicht achtlos vorübergegangen werden. Wie weit dabei seine Verwaltungsautonomie geht, läßt sich vielleicht am besten verdeutlichen durch den Hinweis auf das Recht, in eigener Wahl seinen Präsidenten und die Vorsitzenden seiner beiden Kammern zu bestimmen<sup>6</sup>.

Aber es sind nicht nur die Aufgaben der Selbstverwaltung, die den Gerichtshof neben seiner rechtssprechenden Tätigkeit zu beschäftigen haben. Da die Schöpfer des Vertrages unmöglich alle Einzelheiten des Prozeßrechtes regeln konnten und da zum anderen durch die Drosselung der legislativen Seite niemand sonst da war, dem diese Materie zu regeln hätte aufgegeben werden können, mußte der Gerichtshof auch die notwendigen verfahrensrechtlichen Normenkomplexe, nach denen er seine judizierende Tätigkeit abzuwickeln haben würde, selbst erlassen. So ergibt sich die Notwendigkeit, vor einer Uebersicht über die erst kürzlich aufgenommene rechtssprechende Tätigkeit des Montangerichtshofes zunächst die administrativen und quasigesetzgeberischen Vorgänge der Vorbereitungszeit darzustellen.

## Konstituierung des Gerichtshofes und allgemeine Fragen

### *Die Besetzung der sieben Richterstellen*

Der Vertrag über die Gründung der Montangemeinschaft (Vertrag) sah in seinem Artikel 32 eine Ernennung der sieben vorgesehenen Richter durch die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten „im gemeinsamen Einvernehmen“ vor. Dementsprechend sind auf der zweiten Tagung des Ministerrates, am 1. und 2. Dezember 1952, mit Wirkung vom 4. Dezember 1952 die folgenden Persönlichkeiten zu Richtern bestellt worden:

1. Dr. Louis *Delvaux* — Rechtsanwalt und Landwirtschaftsminister a. D. — (Belgier);
2. Dr. Charles Léon *Hammes* — Obergerichtsrat und Mitglied des Staatsrates — (Luxemburger);
3. Professor Dr. Massimo *Pilotti* — Ehrenpräsident des italienischen Kassationshofes und Mitglied des Ständigen Schiedhofes in Haag — (Italiener);
4. Professor Dr. Otto *Riese* — Senatspräsident am Bundesgerichtshof — (Deutscher);
5. Herr Jacques *Rueff* — Mitglied des Institut de France und Präsident der Société d'Economie et Politique und des Internationalen Rats für Philosophie und Humanwissenschaften bei der UNESCO — (Franzose);

6. Herr Petrus Josephus *Servatius Serrarrens* — Mitglied der II. Kammer des niederländischen Parlaments, Delegierter in der Beratenden Versammlung und Vorsitzender des Sozialkomitees des Europarats — (Niederländer);

7. Herr Adrianus *van Kleffens* — stellvertretender Leiter der handelspolitischen Abteilung des Wirtschaftsministeriums — (Niederländer)<sup>7</sup>.

In der gleichen Sitzung wurde Herr Massimo *Pilotti* zum ersten Präsidenten des Gerichtshofes auf die Dauer von drei Jahren ernannt<sup>8</sup>. Dadurch wurde er gleichzeitig auch Vorsitzender des gemäß Artikel 78 § 3 des Vertrages zu bildenden Präsidentenausschusses.

Entsprechend Artikel 45 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes (ProtGer.) hat der Präsident des Besonderen Ministerrates, und zwar am 10. Dezember 1952, die Auslosung derjenigen Richter vorgenommen, die gemäß Artikel 32/II des Vertrages bereits nach drei Jahren vorzeitig aus ihrem an und für sich für die Dauer von sechs Jahren vorgesehenen Amte auszuscheiden haben. Das Los entschied gegen die Herren *Hammes*, *Rueff* und *Serrarrens*<sup>9</sup>, so daß

nur die Herren *Pilotti* (Präsident), *Delvaux*, *Riese* und *van Kleffens* für volle sechs Jahre tätig sein werden.

#### *Die Bestellung der beiden Generalanwälte*

Auch die Bestellung der beiden Generalanwälte erfolgte — in Uebereinstimmung mit den Artikeln 12 ProtGer. und 32 des Vertrages — durch den Ministerrat. Dieser ernannte zunächst auf der bereits erwähnten zweiten Tagung am 1. und 2. Dezember 1952 den Conseiller d'Etat Herrn Maurice *Lagrange* (Franzose) und sodann auf seiner vierten Tagung Herrn Karl *Roemer* (Deutscher) — beide Herren mit Wirkung vom 4. Dezember 1952<sup>10</sup>.

Da gemäß Artikel 12 ProtGer. auch die Stelle eines der beiden Generalanwälte bereits nach Ablauf von drei Jahren neu zu besetzen ist, hat der Ratspräsident am 2. Februar 1953 die auch hierfür gemäß Artikel 45 ProtGer. vorgeschriebene Auslosung vorgenommen. Das Los entschied gegen Herrn *Lagrange* und damit für Herrn *Roemer*, der danach also die volle Amtszeit von sechs Jahren, das heißt bis zum 3. Dezember 1958, als Generalanwalt tätig sein kann<sup>11</sup>.

#### *Die Ernennung des Gerichtskanzlers*

Der Gerichtshof hat am 17. März 1953 die gemäß Artikel 14 ProtGer. notwendige Ernennung seines Kanzlers (Greffier) vorgenommen. Die gemäß den Vorschriften der zehn Tage früher im Amtsblatt der Gemeinschaft verkündeten Verfahrensordnung (VerfO.) getroffene Wahl fiel auf den Belgier Dr. Albert *van Houtte*<sup>12</sup>. Dr. van Houtte hat den gemäß den Artikeln 14 ProtGer. und 11/1 VerfO. vorgeschriebenen Diensteid am 26. März 1953 vor dem Gerichtshof geleistet<sup>13</sup>.

#### *Die Bildung der Kammern*

Nach Artikel 18 ProtGer. waren aus den Mitgliedern des Gerichtshofes zwei aus je drei Richtern bestehende Kammern zu bilden. Der ersten Kammer gehören für das Gerichtsjahr 1954 die Richter *Delvaux*, *Riese* und *Serrarrens*, der zweiten die Richter *Hammes*, *Rueff* und *van Kleffens* an<sup>14</sup>.

Gemäß Artikel 5 VerfO. ist das Amt des Vorsitzenden jeder Kammer (Kammerpräsident) für die Dauer eines Jahres durch Wahl festzustellen. In Ausführung dieser Bestimmung hat der Gerichtshof in seiner Sitzung vom 11. März 1953 für das Gerichtsjahr 1953<sup>15</sup> zum Präsidenten der ersten Kammer den Richter Otto *Riese* und zum Präsidenten der zweiten Kammer den Richter Jacques *Rueff* gewählt<sup>16</sup>. Für das Gerichtsjahr 1954 wurden für die erste Kammer der Richter Servatius *Serrarrens* und für die zweite Kammer der Richter Charles Léon *Hammes* zum Kammerpräsidenten gewählt, und zwar in der Sitzung des Gerichtshofes vom 11. März 1954<sup>17</sup>. Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß mit dem Amte eines Kammerpräsidenten die Funktion des Stellvertreters des Gerichtspräsidenten verbunden ist. Und zwar ist, zufolge Artikel 6 § 3/I VerfO., der Präsident der

ersten Kammer jeweils erster und der Präsident der zweiten Kammer jeweils zweiter Stellvertreter des Gerichtspräsidenten. Bei Verhinderung beider Kammerpräsidenten bestimmt sich die Vetreterung des Gerichtspräsidenten gemäß Artikel 6 § 2/II VerfO. nach der für die übrigen Richter maßgeblichen Rangordnung<sup>18</sup>.

Hinsichtlich der Generalanwälte war nach Artikel 9 § 1 VerfO. die Zuteilung je eines von ihnen an eine Kammer vorgesehen. Für das Gerichtsjahr 1954 hat der Gerichtshof in seiner Sitzung vom 11. März 1954 die Beordnung von Herrn Maurice *Lagrange* an die erste und die Beordnung von Herrn *Roemer* an die zweite Kammer beschlossen<sup>19</sup>.

#### *Die Geschäftsverteilung unter den Kammern*

Wie der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beherrscht ist von dem Grundsatz der „Einheit des Rechts“,<sup>20</sup> so sind auch die Kammern des Gerichtshofes nicht als Spezialkammern, etwa als Kammern für das Verwaltungsstreitverfahren, für Zivilsachen usw.<sup>21</sup>, konzipiert. Grundsätzlich entscheidet der Gerichtshof auch immer in einer Vollsitzung<sup>22</sup>. Die Betrauung der Kammern erfolgt nur zur Durchführung des sogenannten „Vorbereitenden Verfahrens“.<sup>23</sup> Dabei entscheidet der Präsident des Gerichtshofes im Endeffekt dadurch über die Zuteilung einer Streitsache an die eine oder andere Kammer, daß er nach der Vorlage der Akten zunächst den Berichterstatte bestimmt. Kommt es zu einem „Vorbereitenden Verfahren“,<sup>24</sup> so läuft es dann vor derjenigen Kammer ab, welcher der Berichterstatte angehört<sup>25</sup>.

In der Praxis wird diese Regelung wohl auf eine Verteilung nach der Reihenfolge der einlaufenden Streitsachen hinauslaufen, wenn auch hier und da vielleicht gewisse Rücksichten auf die besonderen Bedürfnisse des Einzelfalles denkbar sein mögen<sup>26</sup>. Jedenfalls aber kennt das Verfahrensrecht des Montangerichtshofes nicht etwa jene starre Geschäftsverteilung nach Sachgebieten, wie sie dem deutschen Gesetz über die Errichtung des Bundesverfassungsgerichtes eigentümlich ist. Das läßt erhoffen, daß die bei diesem eingetretene Ueberbelastung des einen der beiden Senate sich im Hinblick auf die Kammern des Montangerichtshofes vermeiden läßt.

#### *Die Besoldung der Richter, der Generalanwälte und des Kanzlers*

Der Ministerrat hat in Ausführung der Bestimmungen von Artikel 29 des Vertrages und 5, 13 und 15 ProtGer. am 24. Juni 1954 auf seiner zwölften Tagung einen nach Vorschlag des in Artikel 78 § 3 des Vertrages vorgesehenen Präsidentenausschusses ergangenen „Beschuß über die Festsetzung der Gehälter und Ruhegehälter des Präsidenten, der Richter, der Generalanwälte und des Kanzlers des Gerichtshofes“ erlassen<sup>27</sup>.



Danach erhalten — jeweils in Verrechnungseinheiten der Europäischen Zahlungsunion ausgedrückt — der Präsident 15 000.—, die Richter und Generalanwälte je 12 000.— und der Kanzler 11 000.— Einheiten an Jahresgehalt zuzüglich einer Residenzzulage von 15 vH. Darüber hinaus stehen dem Präsidenten 20 vH, den Richtern, Generalanwälten und dem Kanzler jeweils 10 vH ihres Jahresgrundgehaltes als Aufwandsentschädigung zu. Für die Kammerpräsidenten

wird außerdem noch eine weitere Entschädigung für „besondere Verpflichtungen“ in Höhe von jährlich 2000.— EZU-Verrechnungseinheiten gewährt<sup>28, 29</sup>. Die Bezüge werden in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt<sup>30</sup>. Besonders erwähnt zu werden verdient die Bestimmung des Artikels 13 des genannten Beschlusses, wonach der Gerichtshof eine ausschließliche Zuständigkeit für alle aus ihm entstehenden vermögensrechtlichen Streitigkeiten zugesprochen erhält.

### Quasi-gesetzgeberische Tätigkeit

1. Die Aufgabe, Richtlinien für das Prozeßverfahren und auch eine Geschäftsordnung zu erlassen, ist dem Gerichtshof durch die Artikel 44, 18, 20 und 28 des Protokolls über seine Satzung (Satzung) übertragen worden. Im einzelnen wurde durch diese Vorschriften folgendes angeordnet:

a) Artikel 44 bestimmte, daß sich der Gerichtshof selbst seine Verfahrensordnung erlassen solle; diese Verfahrensordnung müsse die „für die Anwendung der Satzung und erforderlichenfalls für ihre Ergänzung notwendigen“ Vorschriften enthalten. Für diese Aufgabe wurde in § 5/II des Abkommens über die Uebergangsbestimmungen (Uebergangsabkommen) eine Frist von drei Monaten seit Ernennung der Richter (§ 5/I Uebergangsabkommen) gesetzt. Dieser verhältnismäßig kurze Termin war insofern notwendig, als der Gerichtshof erst dann als funktionsfähig angesprochen werden konnte, wenn die Grundsätze des vor ihm anzuwendenden Verfahrens hinreichend präzisiert waren. Deshalb bestimmte § 5/III des Uebergangsabkommens auch weiter, daß Klagen erst vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der Verfahrensordnung eingereicht werden könnten<sup>31</sup>.

b) In Artikel 18 der Satzung war bestimmt, daß der Gerichtshof eine Geschäftsordnung zu erlassen habe. Diese Geschäftsordnung sollte insbesondere die Verteilung der anfallenden Streitsachen auf die beiden Kammern und die Erledigung von Anträgen auf Erlaß von „Vorläufigen Entscheidungen“ regeln; vgl. Artikel 18 sowie 33/I der Satzung (=ProtGer.).

c) Darüber hinaus war der Gerichtshof gemäß Artikel 20/III seiner Satzung gehalten, Vorschriften über die Rechte und Garantien der vor ihm auftretenden Anwälte und Bevollmächtigten sowie über die ihm diesem Personenkreise gegenüber zustehenden Befugnisse auszuarbeiten. Und ferner sollte er nach Artikel 28/V der Satzung eine Vorschrift über die ihm gegenüber ausbleibenden Zeugen zustehenden Befugnisse erlassen.

2. Inwieweit ist nun der Montangerichtshof diesen ihm auferlegten Pflichten nachgekommen?

Er hat in Ausführung dieser Bestimmungen bisher drei Normenkomplexe erarbeitet, die, soweit erforderlich, mit der vorgesehenen Ratszustimmung<sup>32</sup> ergingen. Es sind dies:

a) die (allgemeine) „Verfahrensordnung des Gerichtshofes“ (Verfahrensordnung) vom 4. März 1953; veröffentlicht im Amtsblatt 2/1953, Nr. 3, S. 37—55;

b) die „Zusätzliche Verfahrensordnung des Gerichtshofes betreffend die Rechte und Pflichten der Bevollmächtigten und Rechtsanwälte, die Befugnisse des Gerichtshofes gegenüber Zeugen, die ihrer Zeugnispflicht nicht nachkommen, sowie die Rechtshilfeersuchen“ vom 31. März 1954, veröffentlicht im Amtsblatt 3/1954, Nr. 6, S. 302—304;

und schließlich:

c) die an sich im Protokoll über die Satzung nicht ausdrücklich vorgesehene, gleichwohl aber notwendige „Kostenordnung des Gerichtshofes“ vom 19. Mai 1954, veröffentlicht im Amtsblatt 3/1954, Nr. 11, S. 373—375.

3. Auf den Inhalt dieser „Ordnungen“ breiter einzugehen, ist hier weder Zeit noch Ort; interessierte Leser seien auf die bisher erschienenen einschlägigen Veröffentlichungen verwiesen<sup>33</sup>. Dennoch scheint es opportun, wenigstens einige wenige wesentlich erscheinende Punkte anzusprechen:

a) Der Gerichtshof hat bisher davon abgesehen, eine besondere Geschäftsordnung zu veröffentlichen. Dafür hat er aber eine große Anzahl hierzu gehörender Fragen in der allgemeinen Verfahrensordnung behandelt. Einige davon sind in dem vorausgegangenen Abschnitt bereits behandelt worden.

b) Bei der Ausarbeitung der Regeln für das Prozeßverfahren haben die großen Grundsätze der in den sechs Mitgliedstaaten geltenden Prozeßgesetze deutlich erkennbar Modell gestanden. Eine besondere Rolle hat dabei das Verfahren vor dem französischen *Conseil d'Etat* gespielt. Aber auch die Grundsätze des Verfahrens vor dem Internationalen Gerichtshof sind nicht unberücksichtigt geblieben. Es wäre jedoch sicherlich falsch, in der Verfahrensordnung des Gerichtshofes lediglich eine Zusammenstellung längst bekannter Prozeßrechtsgrundsätze zu sehen. Der Gerichtshof hat sich vielmehr mit Erfolg bemüht, seinem Verfahren auch eigenständige Züge zu verleihen.

Für die entscheidende Frage, ob die Parteien den Umfang und die Begrenzung der vorgetragenen

Streitpunkte bestimmen dürfen (Verhandlungsmaxime) oder ob jede Frage von Amts wegen aufzuklären sei (Untersuchungsgrundsatz), hat der Gerichtshof eine Mittellösung gesucht. Das war notwendig, weil er nach dem Vertrag sowohl über Streitigkeiten zu entscheiden haben wird, die traditionsgemäß von dem ersteren, als auch über Streitigkeiten, die herkömmlich von dem letzteren Grundsatz regiert zu werden pflegen<sup>34</sup>. Nach der in der Verfahrensordnung zwischen den beiden genannten Maximen hergestellten Synthese ist es zwar in erster Linie Sache der Parteien, die dem Prozeß zugrunde zu legenden Tatsachen vorzutragen und unter Beweis zu stellen, aber es ist dem Gerichtshof nicht versagt, nach seiner Auffassung entscheidende Punkte von sich aus weiter aufzuklären<sup>35</sup>. Darüberhinaus bleibe nicht unerwähnt, daß das Verfahren vor dem Montangericht selbstverständlich auch von den Grundsätzen der Mündlichkeit und Öffentlichkeit regiert wird.

c) Von der ihm in der Satzung eingeräumten Befugnis, die selbständige Entscheidung über bestimmte Streitsachen den Kammern zu übertragen<sup>36</sup>, hat der Gerichtshof keinen Gebrauch gemacht, sondern er hat den Kammern lediglich die Aufgabe der Abwicklung des „Vorbereitenden Verfahrens“ überlassen. In der Regelung der Eidesabnahme ist er dem deutschen Grundsatz des „Nacheides“, das heißt, der Vereidigung *nach* Ablegung des Zeugnisses oder Erstattung des Gutachtens gefolgt<sup>37</sup>. Sowohl für den Kläger als auch für den Beklagten ist die Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten am Sitz des Gerichtshofes erforderlich<sup>38</sup>. Artikel 62 der Verfahrensordnung macht die Gewährung des Armenrechtes möglich.

d) In Abweichung von Artikel 92 des Vertrages, aber im Einklang mit Artikel 33 der Satzung hat der Gerichtshof in Artikel 63 bis 68 der Verfahrensordnung bestimmt, daß die Einstellung der Zwangsvollstreckung aus Entscheidungen der Hohen Behörde auch durch die alleinige Verfügung des Gerichtspräsidenten möglich sei; Artikel 92/III des Vertrages sah hierfür ein Entscheidung des *Gerichtshofes* vor, worunter man sich wohl nur eine Entscheidung des Plenums, also von mindestens fünf Richtern<sup>39</sup>, vorstellen konnte. Gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Regelung erweitert wurden auch die Möglichkeiten zum Erlaß von Versäumnisurteilen in der Verfahrensordnung. Diese sind jetzt auch im Prozeß mit beschränkter Ermessungsnachprüfung<sup>40</sup> und ebenfalls gegen den säumigen Kläger zulässig. Allerdings erfordert der Erlaß eines Versäumnisurteils eine über die Prüfung der Schlüssigkeit hinausgehende Prüfung der Begründetheit des betreffenden Antrags<sup>41</sup>.

e) Ein zwar nicht juristisches, aber für den Prozeß vor dem Montangerichtshof ungemein wichtiges Problem ist das der Auswahl einer geeigneten Verfahrenssprache. Grundsätzlich sind ja die vier im Be-

reiche der Gemeinschaft hauptsächlich gebräuchlichen Umgangssprachen, nämlich Französisch, Italienisch, Niederländisch und Deutsch, gleichberechtigte Amtssprachen. Im gerichtlichen Verfahren muß aber schon aus zeitlichen Gründen auf den gleichzeitigen Gebrauch aller vier Amtssprachen verzichtet werden. Die Verfahrensordnung sieht darum die Bestimmung einer für den einzelnen Prozeß maßgeblichen Verfahrenssprache vor. Verfahrenssprache kann eine der vier Amtssprachen sein. Sie ist in Streitsachen zwischen der Gemeinschaft oder ihren Organen einerseits und einem Mitgliedstaate, einem Unternehmen oder einem Angehörigen eines Mitgliedstaates andererseits die Landessprache dieses Mitgliedstaates beziehungsweise des Mitgliedstaates dieses Unternehmens oder Verbandes. In Streitsachen zwischen Mitgliedstaaten ist die Verfahrenssprache die Landessprache des verklagten Staates. Einigung auf eine andere Sprache als Verfahrenssprache ist zulässig. Welche Sprache im Falle der Klage eines montanfremden Unternehmens zu wählen ist, wenn dessen Landessprache nicht mit einer der vier Amtssprachen der Gemeinschaft identisch ist, wird von der Verfahrensordnung nicht bestimmt. Um das in der mündlichen Verhandlung Gesprochene auch denjenigen Beteiligten und Zuhörern verständlich zu machen, die der gerade angewandten Verfahrenssprache nicht mächtig sind, hat der Gerichtshof für die Anbringung einer Simultan-Uebersetzungsanlage in seinem Tagungsgebäude Sorge getragen. Ueber diese Anlage wird die Verhandlung auch in die nicht im Gerichtssaal gesprochenen Amtssprachen übersetzt.

f) Ueber die Kostenregelung sei hier nur bemerkt, daß das Verfahren vor dem Gerichtshof grundsätzlich *gerichtskostenfrei* ist. Gerichtskosten werden nur insoweit erhoben, als sie nach Ansicht des Gerichtshofes von einer Partei veranlaßt wurden, obwohl sie vermeidbar gewesen wären. Für die Erstattung von *außergerichtlichen* Kosten gilt dagegen der bekannte Grundsatz, daß der Unterliegende dem obsiegenden Teil diejenigen Aufwendungen zu ersetzen hat, welche für eine zweckentsprechende Rechtsverfolgung notwendig waren<sup>42</sup>.

g) Nach einer am 20. Juli 1954 im Amtsblatt (3/54, Nr. 16, S. 449) verkündeten Verfügung des Gerichtshofes sind die erhobenen Klagen und die einzelnen Verfahrensabschnitte im Amtsblatt bekanntzugeben.

h) Abschließend sei bemerkt, daß für das Verfahren vor dem Montangerichtshof nicht allein die in den beiden Verfahrensordnungen statuierten Normen, sondern auch weiterhin die Vorschriften der Satzung maßgeblich sind. Denn die Verfahrensordnungen sind lediglich eine Fortführung, Erweiterung und Ergänzung der Satzung, deren Bestimmungen sie nicht vollständig wiederholen. So ist also das Gerichtsverfahrensrecht der Montangemeinschaft auf mehrere Normenkomplexe verstreut geblieben,



was eine in systematischer Beziehung nicht gerade begrüßenswerte Tatsache darstellt.

Ob dabei im Falle etwaiger Widersprüche zwischen einzelnen Bestimmungen der Satzung und der Verfahrensordnungen die ersteren, wie bisweilen behauptet wird, den letzteren vorgehen, scheint bis zu einem gewissen Grade zweifelhaft. Die Bestimmungen der Satzung sind, im Gegensatz zu den meisten Bestimmungen des Gründungsvertrages, weitgehend reine Ordnungsvorschriften mit Zweckmäßigkeitscharakter. Es wäre nicht gut, wenn notwendige Änderungen ausschließlich durch die Mühen einer Vertragsrevision nach den Artikeln 95 oder 96 des Gründungsvertrages zu laufen haben würden.

Man wird daher wohl vernünftigerweise sagen müssen, und der Gerichtshof scheint sich auch bereits bei Erlass seiner allgemeinen Verfahrensordnung auf diesen Standpunkt gestellt zu haben, daß nur die großen, einen gewissen rechtsstaatlichen Standard

verbürgenden Satzungsbestimmungen strenges, das heißt, nur im Wege einer Revision abänderbares Recht seien. Alle übrigen Vorschriften, deren Tragweite und Praktikabilität die Autoren der Satzung ja wohl auch niemals bis in ihre letzte Konsequenz vor auszusehen vermochten, dürften dagegen der quasisgesetzgeberischen Gewalt des Justizorganes unterfallen und entsprechend einfacher zu ändern sein. Wenn dem Recht der Gemeinschaft auch der Begriff des Gesetzes und des Gesetzgebers fremd geblieben ist, so wird man dem Gerichtshof aus den eben genannten Gründen dennoch das Recht zubilligen müssen, sich mit Bezug auf die Ausgestaltung seines Verfahrensrechtes wie ein Gesetzgeber zu verhalten, das heißt, diejenigen Verfahrensnormen der Satzung, welchen nicht der Rang einer Verfassungsnorm zuzumessen ist, in eigener Machtvollkommenheit und mit bindender Wirkung gegenüber jedermann umzugestalten, soweit es die praktischen Bedürfnisse erfordern.

### Übersicht über die bisher erhobenen Klagen

a) Mit der Verkündung der Verfahrensordnung vom 4. März 1953 war die Bahn für die Erhebung von Klagen frei. Bereits am 13. April 1953 erfolgte dann auch die erste Anrufung des Gerichtshofes, der bis zum heutigen Tage elf weitere ausnahmslos gegen Maßnahmen der Hohen Behörde gerichtete Rechtsschutzersuchen gefolgt sind. Diese zwölf Klagen verteilen sich auf fünf Regierungs- und sieben Unternehmens- beziehungsweise Verbandsklagen. Von den ersteren entfallen zwei auf die französische und je eine auf die belgische, die italienische und die niederländische Regierung, während sich die letzteren aus je zwei Ersuchen italienischer, luxemburgischer und deutscher Unternehmen beziehungsweise Verbände zusammensetzen; die siebente Klage dieser zweiten Gruppe kommt aus Kreisen der belgischen Montanindustrie.

b) Die erste Klage vor dem Montangerichtshof wurde am 13. April 1953 von einem deutschen Wirtschaftsverband und zwei ihm angeschlossenen Seeschiffahrtsunternehmen erhoben. Ihr folgte wenige Tage später, am 16. April 1953, eine zweite ebenfalls von einem deutschen Wirtschaftsverband erhobene Klage.

Beide Rechtsschutzersuchen, der Öffentlichkeit wegen ihres gemeinsamen Absendeortes zumeist als „Hamburger Klagen“ vertraut geworden, betrafen ein und dasselbe Problem. Sie richteten sich gegen die Entscheidung Nr. 25/53 der Hohen Behörde vom 8. März 1953 betreffend „die Aufhebung einiger dem deutschen Steinkohlenbergbau auferlegten Sonderlasten“.<sup>43</sup> Der Gerichtshof sollte die genannte Entscheidung, durch welche bestimmte, bis dahin durch bundesministerielle Maßnahmen u. a. der deutschen Seeschifffahrt gewährte Preisnachlässe für Bun-

kerkohlen in Fortfall gekommen waren, gemäß Artikel 33 des Vertrages aufheben.

Da beide Klagen Anfang Mai 1953, und zwar bereits vor Beginn des mündlichen Verfahrens, zurückgezogen wurden, war der Gerichtshof nicht imstande, ein mit ihnen aufgeworfenes sehr interessantes grundsätzliches Problem zu lösen. Es handelte sich um die Frage, ob zur Erhebung der Nichtigkeitsklage gemäß Artikel 33 des Vertrages nur solche Unternehmen oder Verbände zuzulassen sind, die den Anforderungen des Artikels 80 des Vertrages entsprechen, denen also die Eigenschaft von Erzeugerbetrieben auf dem Gebiete von Kohle und Stahl innerhalb des Gemeinsamen Marktes zukommt. Diese Qualifikation traf für die betreffenden Kläger zweifellos nicht zu. Andererseits waren sie jedoch wichtige Verbrauchergruppen für die Produkte des Gemeinsamen Marktes. Ihre generelle Ausschließung vom Rechtswege gegen hochbehördliche Maßnahmen würde möglicherweise eine weitgehende Neutralisierung des mit der Integration der Grundstoffindustrien beabsichtigten wirtschaftlichen und politischen Effektes im Gefolge gehabt haben. Denn in der Konzeption des Gemeinsamen Marktes muß den Verbrauchern vernünftigerweise wohl die gleiche Bedeutung beigemessen werden wie den Erzeugern.

Sicher wird das eben dargestellte Problem<sup>44</sup> in Zukunft noch einmal in der einen oder anderen Form zur Entscheidung des Gerichtshofes gestellt werden. Seine Lösung mag weniger bei der Frage der Anwendung oder Nichtanwendung der Legaldefinition des Artikels 80 auf die Klagenorm des Artikels 33, sondern eher bei der Frage der Anwendbarkeit der Generalklausel des Artikels 31 des Vertrages gefunden werden.

c) Den beiden „Hamburger Klagen“ folgte sodann je ein Rechtsschutzersuchen der belgischen und der französischen Regierung. Das erstere betraf die „Untätigkeit der Hohen Behörde hinsichtlich des französischen Systems der Ausgleichszahlungen für aus anderen Ländern nach Frankreich eingeführte Hausbrandkohle“. Es wurde dadurch hinfällig, daß die französische Regierung dem Abbau des beanstandeten Systems freiwillig zustimmte. Mit der französischen Klage sollte dagegen eine Änderung der Preisfestsetzung für gewisse belgische Kohlen erreicht werden. Dieses Ersuchen erledigte sich von selbst, nachdem die Hohe Behörde die Entscheidung Nr. 40/53 erlassen und dazu ein entsprechendes Schreiben an die belgische Regierung gerichtet hatte<sup>45</sup>.

d) Als nächste wurden die Entscheidungen Nr. 1 bis 3 der Hohen Behörde aus 1954, sämtlich vom 7. Januar 1954, zur gerichtlichen Nachprüfung gestellt, und zwar mit der Klage der französischen Regierung vom 9. Februar 1954 und den Klagen der italienischen Regierung sowie der Mailänder Unternehmensverbände „ASSIDER“ (Associazione Industrie Siderurgiche) und „ISA“ (Industria Siderurgica Associate) vom 18. Februar 1954.

Die drei genannten Entscheidungen betrafen sämtlich das System des Artikels 60 des Vertrages über die allgemeinen Grundsätze der Preisbildung auf dem Gemeinsamen Markt. Hierzu hatte die Hohe Behörde bereits im Jahre 1953 die Entscheidungen Nr. 30 und 31 aus diesem Jahre<sup>46</sup> gefällt, deren Regelung jetzt mit Hilfe der angegriffenen Maßnahmen durch ein System ersetzt werden sollte, für das sich in beteiligten Kreisen der Ausdruck „Monnet-Rabatt“ eingebürgert hat. Die klagenden Parteien verlangten die Aufhebung dieser neuen Regelung, weil sie ihrer Meinung nach unter Verletzung des Vertrages und unter Mißbrauch des der Hohen Behörde zustehenden Ermessens ergangen sei.

Der Gerichtshof hat auf seiner ersten öffentlichen Tagung am 28. und 29. Oktober 1954 zunächst über die französische, und ab 3. November 1954 über die drei italienischen Klagen mündlich verhandelt und im Anschluß an diese Verhandlungen am 10. November 1954 gemeinsam für alle vier Klagen die Schlußanträge des am Verfahren beteiligten Generalanwalts (Maurice Lagrange) entgegengenommen. Die Sachentscheidung ist am 21. Dezember 1954 ergangen. Mit ihr hob der Gerichtshof, im Sinne der Klaganträge, die angegriffenen Entscheidungen unter Feststellung ihrer Nichtigkeit auf. Die Entscheidungsgründe wurden bisher nicht veröffentlicht.

e) Die neunte Klage erhoben die „Charbonnages Réunis de la Minerie“ aus Battice in Belgien, und zwar am 17. April 1954. Dieses Unternehmen rügte, daß es die Hohe Behörde unterlassen habe, eine Genehmigung zur Fakturierung von Qualitätszuschlägen für bestimmte seiner Erzeugnisse zu erteilen. Das Ersuchen wurde hinfällig, nachdem die Hohe Behörde die gewünschte Genehmigung mit der Entscheidung Nr. 27/54 erteilt hatte.

f) Wiederum gegen eine Maßnahme der Hohen Behörde auf dem Gebiete der Preispolitik richtet sich die zehnte Klage. Sie wurde am 7. Mai 1954 durch die niederländische Regierung erhoben<sup>47</sup>. Mit ihr griff die Klägerin die Entscheidungen Nr. 18, 19 und 20 aus 1954 an<sup>48</sup>. Diese Entscheidungen betreffen: 1. die Grundsätze für die Festsetzung von Höchstpreisen für Kohle beim Absatz der Unternehmen des Ruhrreviers und des Reviers Nord und Pas-de-Calais (Nr. 18/54); 2. die Aufstellung der Preislisten der Unternehmen des Ruhrreviers (Nr. 19/54) und 3. die Aufstellung der Preislisten für die Unternehmen des Reviers Nord und Pas-de-Calais (Nr. 20/54). Der Hohen Behörde wird von seiten der niederländischen Regierung der Vorwurf gemacht, sie habe bei Erlaß ihrer Entscheidung erhebliche Formvorschriften und Bestimmungen des Vertrages verletzt, das ihr zustehende Ermessen mißbraucht und überdies Vertragsvorschriften „offensichtlich verkannt“. Dieses letztere Vorbringen wird stets notwendig, wenn mit einer Nichtigkeitsklage gemäß Artikel 33 des Vertrages die dem Gerichtshof dabei grundsätzlich verwehrt Nachprüfung der eine hochbehördliche Maßnahme tragenden wirtschaftlichen „Tatsachen und Umstände“ eröffnet werden soll. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung dieser Klage ist noch nicht angesetzt.

g) Die elfte und die zwölfte Klage wurden am 11. und 16. Oktober 1954 seitens der beiden luxemburgischen Verbände „Groupement des Industries Siderurgiques Luxembourgeoises“ und „Association des Utilisateurs de Charbon du Grand Duché de Luxembourg“ eingereicht. Bei diesen Ersuchen handelt es sich um zwei Untätigkeitsklagen, mit denen eine die Tätigkeit des „Office Commercial du Ravitaillement“ als einzigem Importeur für Kohle und Stahl im Großherzogtum Luxemburg und der diesem Büro angeschlossenen Ausgleichskasse untersagende Entscheidung oder Empfehlung der Hohen Behörde verlangt wird. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung ist ebenfalls noch nicht angesetzt.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Hier sei vor allem auf die Aufsätze von Dr. Rainer Barzel verwiesen: „Die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ und „Ein Jahr Gemeinsamer Markt“ in: Europa-Archiv 8/1953, S. 5639–5646, bzw. 8–9/1954, S. 6538 bis 6542.

<sup>2</sup>) Vgl. insbesondere Mattern: „Rechtsgrundlagen und Praxis der Montanversammlung“ in: *Neue Juristische Wochenschrift* 6/1954, S. 218–219, und „Die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in *Bundes-Anzeiger* Nr. 231, von 1953, S. 5–6.



<sup>3)</sup> Vgl. statt vieler Menzel: „Staats- und völkerrechtliches Gutachten zum Schumanplan“, Hamburg 1951, S. 38.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu Artikel 5 und 56 ff. des Satzungsentwurfs für die Europäische (Politische) Gemeinschaft, abgedruckt in: Europa-Archiv 9/1953, S. 5669—5683.

<sup>5)</sup> In diesen Sitzungen kam die Klage der französischen Regierung gegen die Hohe Behörde wegen der Entscheidungen Nr. 1, 2 und 3/54 (*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* 3/1954, Nr. 1, S. 217 — deutsche Ausgabe —) vom 7. Januar 1954 über die Aenderung der Entscheidung Nr. 30/53 vom 2. Mai 1953 über die innerhalb des Gemeinsamen Marktes von Kohle und Stahl durch Artikel 60 § 1 des Vertrages verbotenen Praktiken zur Verhandlung.

<sup>6)</sup> Artikel 32/V des Vertrages und 5 der VerfO.

<sup>7)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 1, S. 16. Die Nationalität der Richter sei hier vollständigkeithalber erwähnt; im Prozeß vor dem Montagerichtshof spielt sie nicht nur keine Rolle, sondern es ist nach Artikel 19/IV ProtGer. sogar verboten, sie zum Gegenstand einer Rüge wegen der Besetzung des Gerichtes zu erheben; ganz anders dagegen die auf der Ebene der internationalen Gerichtsbarkeit bis dahin geläufige Regelung, die ja stets die Mitwirkung eines Richters gleicher Nationalität wie die Prozeßparteien vorsieht; vgl. Artikel 31 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes und Artikel 43 der Konvention des Europarats zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

<sup>8)</sup> Artikel 32/V des Gründungsvertrages sieht zwar vor, daß die Richter ihren Präsidenten aus ihrer Mitte heraus selbst zu wählen haben; da aber zu befürchten stand, daß die Mitglieder des Gerichtshofes sich bei ihrem ersten Zusammen-treten noch nicht genügend kennen würden, bestimmte § 5 des Uebergangsabkommens, daß der erste Präsident des Gerichtshofes nach den Grundsätzen der Ernennung des Präsidenten der Hohen Behörde, also gemäß Artikel 11 des Vertrages durch die Regierungen der Mitgliedstaaten, zu bestimmen sei.

<sup>9)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 2, S. 10. Es handelt sich bei diesem vorzeitigen Ausscheiden um eine einmalige Ausnahme von dem Grundsatz der sechsjährigen Amtsdauer (Artikel 32/I Vertr.), die notwendig erschien, um einer durch das plötzliche Ausscheiden aller sechs Richter nach Ablauf ihrer Amtsdauer möglichen Gefährdung der Kontinuität der Rechtsprechung entgegenzuwirken; entsprechende Bestimmungen sind nahezu allen Statuten über eine internationale Gerichtsbarkeit bekannt; zu beachten ist im übrigen aber, daß alle (am 3. 12. 1955) ausscheidenden Mitglieder zufolge Artikel 32/III des Vertrages wiederernennbar sind.

<sup>10)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 1, S. 16; die zeitlich spätere Ernennung des zweiten Generalanwalts soll, wie man hört, auf das nicht rechtzeitige Eingehen von Personalvorschlägen von deutscher Seite zurückzuführen sein.

<sup>11)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 2, S. 10; der ausscheidende Generalanwalt ist ebenfalls wiederernennbar; Artikel 12 ProtGer.

<sup>12)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 6, S. 123.

<sup>13)</sup> a. a. O.

<sup>14)</sup> *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 3, S. 280.

<sup>15)</sup> Das Gerichtsjahr beginnt gemäß Artikel 22 VerfO. am 1. Januar und endet am darauffolgenden 31. Dezember jeden Jahres.

<sup>16)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 6, S. 123.

<sup>17)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 3, S. 280.

<sup>18)</sup> Die Rangordnung der Richter folgt aus Artikel 3, § 1 VerfO.; sie richtet sich nach dem Dienstalter und bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter; da gegenwärtig alle Richter naturgemäß das gleiche Dienstalter haben, ist für die Rangordnung ausschließlich das Lebensalter maßgeblich; danach dürfte sich für die den Kammerpräsidenten nachgeordneten übrigen vier Richter die folgende Rangordnung ergeben: Riese, Delvaux, Rueff und van Kleffens.

<sup>19)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 3, S. 280.

<sup>20)</sup> Vgl. Ophüls: „Gerichtsbarkeit und Rechtsprechung im Schumanplan“ in: *Neue Juristische Wochenschrift* 18/1951, S. 694.

<sup>21)</sup> Darunter sind — nach der deutschen Systematik — vor allem die Amtshaftungs- und Schadensersatzklagen gemäß Artikel 40 und 34 des Vertrages zu rechnen.

<sup>22)</sup> Artikel 18 ProtGer. und 54 VerfO.

<sup>23)</sup> Artikel 21 sowie 35—45 VerfO.

<sup>24)</sup> Das Vorbereitende Verfahren ist nur fakultativ; ist der Berichterstatter der Auffassung, daß ein solches stattzufinden habe, so leitet er die Akten sogleich an seinen Kammerpräsidenten, anderenfalls entscheidet der Gerichtspräsident, ob die Sache sogleich vor das Plenum oder erst vor die Kammer geht; vgl. Artikel 34 VerfO.

<sup>25)</sup> Vgl. Artikel 34/IV der VerfO.

<sup>26)</sup> Etwa, wenn der an sich nicht an der Reihe befindlichen Kammer ein Spezialist mit Bezug auf die vorgetragene Rechtsfrage angehört usw.

<sup>27)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 15, S. 437—440.

<sup>28)</sup> Eine Verrechnungseinheit der Europäischen Zahlungsunion = 1 US-Dollar (= 0,88861 g Feingold); vgl. Artikel 2a bis d des Beschlusses.

<sup>29)</sup> Eine Uebersicht ergibt, daß die folgenden wesentlichen Punkte durch den betreffenden Ratsbeschluß noch geregelt worden sind: Umzugsgelder (Artikel 2), Unfallversicherung (3), Uebergangsgeld bei Ausscheiden (4), Ruhegehalt (5—8), Witwen- und Waisenspension (9—10), Ausschluß des Rechtsanspruchs bei Ausscheiden wegen schwerer Amtsverfehlung (11), Zahlungsmodus (12), Zuständigkeit des Gerichtshofes für Klagen wegen Gehaltsansprüchen (13) und Inkrafttreten (14).

<sup>30)</sup> Artikel 12 des Ratsbeschlusses.

<sup>31)</sup> Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Verfahrensordnung waren ferner auch alle Klagfristen gestoppt und die Auferlegung von Zwangsgeldern und die Einziehung von Geldbußen ausgesetzt.

<sup>32)</sup> Ratszustimmung war gemäß Artikel 20/III und 28/V der Satzung nur für die in der zusätzlichen Verfahrensordnung geregelten Sachgebiete erforderlich.

<sup>33)</sup> Riese: „Die Verfahrensordnung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in: *Neue Juristische Wochenschrift* 15/1953, S. 521—525; Breitner: „Supranationaler Rechtsschutz“ in: Europa-Archiv 1/1954, S. 6268 bis 6269.

<sup>34)</sup> Nach deutschem Recht werden z. B. der Zivilprozeß überwiegend vom Verhandlungsgrundsatz, der Strafprozeß und das Verwaltungstreitverfahren dagegen fast ausschließlich vom Untersuchungsgrundsatz beherrscht.

<sup>35)</sup> Artikel 35 § 2, 39 § 2, 48, 51 VerfO.

<sup>36)</sup> Artikel 18/I der Satzung.

<sup>37)</sup> Artikel 41 § 2 der VerfO.; Sachverständigen kann der Eid dagegen nach Belieben des Gerichtshofes auch schon vor der Aussage abgenommen werden, vgl. Artikel 41 § 4 VerfO.

<sup>38)</sup> Artikel 29, § 2, und 31, § 2 der VerfO.

<sup>39)</sup> Artikel 18/III der Satzung.

<sup>40)</sup> Vgl. Artikel 35 der Satzung mit Artikel 72, § 1 der VerfO.

<sup>41)</sup> Artikel 72, § 2 VerfO.; „schlüssig“ ist ein Antrag, wenn das ihm zugrunde liegende tatsächliche Vorbringen, seine Richtigkeit unterstellt, die begehrte Rechtsfolge rechtlich zuläßt, als „begründet“ kann man ihn aber nur dann bezeichnen, wenn die Richtigkeit des tatsächlichen Vorbringens „tatsächlich“ bewiesen ist. Ob Artikel 72 § 2 das allerdings voll verlangt, kann zweifelhaft sein; die Ausdrucksweise „begründet erscheinen“ läßt eine gewisse Abmilderung der Beweiserfordernisse sicher zu.

<sup>42)</sup> Rechtsgrundlagen: Artikel 32 der Satzung, 40, 60—62 der VerfO. sowie die „Kostenordnung des Gerichtshofes“.

<sup>43)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 4, S. 83.

<sup>44)</sup> Vgl. hierzu Steindorff: „Montanfremde Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in: *Juristenzeitung* 23/53, S. 718 ff.

<sup>45)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 12, S. 186 ff. bzw. 188.

<sup>46)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 2/1953, Nr. 6, S. 109 ff.

<sup>47)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 16, S. 449.

<sup>48)</sup> Vgl. *Amtsblatt* 3/1954, Nr. 3, S. 287 ff.

## Die Ergebnisse der Tagung des Atlantikrates in Paris am 17. und 18. Dezember 1954

### Das Kommuniké

1. Der Nordatlantikrat, der in Paris unter Vorsitz von Herrn Stephanos Stephanopoulos, Außenminister Griechenlands, in einer Ministertagung tagte, hat heute seine Arbeit abgeschlossen. An der Tagung nahmen die Minister für auswärtige Angelegenheiten, für Verteidigung, für Finanzen, für Wirtschaft und für Verteidigungsproduktion der Mitgliedstaaten teil.

2. Der Rat nahm den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit und Entwicklung der Organisation während der vergangenen zwölf Monate zur Kenntnis.

Die Minister begrüßten die Ausweitung der politischen Konsultation innerhalb des Rates.

Mit Interesse nahmen sie die ständigen Fortschritte zur Kenntnis, die auf den Gebieten des Infrastruktur-Programms und der Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung erreicht wurden. Sie empfahlen die Fortsetzung dieser Untersuchungen und Arbeiten, vor allem auf dem Sektor der zivilen Verteidigung.

Der Bericht erwähnte die Aussendung von Informationen über die NATO und die bevorstehende Veröffentlichung des Fünfjahresberichts des Generalsekretärs. Er unterstrich auch den Wert von Besuchsreisen von Parlamentariern, des Ausbaus privater, an der NATO interessierter Organisationen und von Rundreisen von Journalisten durch die Mitgliedstaaten.

3. In Uebereinstimmung mit seiner üblichen Verfahrensweise hat der Rat einen Meinungsaustausch über gemeinsam interessierende Probleme der internationalen Lage gepflogen.

Der Rat begrüßte die unter der Aegide der Vereinten Nationen unternommenen Bemühungen um eine weltumspannende Einigung über eine allgemeine Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen.

4. Der Rat stimmte darin überein, daß die Politik der Sowjetunion, gestützt auf eine immer stärker werdende militärische Macht, trotz einiger äußerer Anzeichen der Mäßigung weiterhin auf die Schwächung und Spaltung der westlichen Nationen gerichtet ist. Die sowjetische Politik trägt keine konstruktive Lösung bei zur Herstellung der Sicherheit in der Welt und zur Erhaltung der Freiheit der Völker. Sie gibt keinen Anlaß, zu glauben, daß die Bedrohung der freien Welt nachgelassen habe.

Der Rat bekundete erneut seine Entschlossenheit, den Frieden auf den soliden Grundlagen der Einheit und der Stärke aufzubauen. Der Rat nahm mit Befriedigung die Fortschritte zur Kenntnis, die auf dem Wege zur Verwirklichung der Pariser Verträge gemacht wurden, die der Rat als einen entscheidend wichtigen Beitrag zur Einheit Europas, zur Sicherheit der freien Welt und damit zur Festigung des Friedens betrachtet.

5. Der Rat nahm einen vom Militärausschuß vorgelegten Bericht zur Kenntnis. Er stellte mit Befriedigung fest,

daß ein Ersuchen von SACEUR zu Verhandlungen zwischen den Niederlanden und den Vereinigten Staaten geführt hat, deren kürzlich erfolgter Abschluß die Errichtung eines Technischen Luftverteidigungszentrums von SHAPE in Den Haag ermöglichen wird, an dem Wissenschaftler aller Mitgliedstaaten an der Weiterentwicklung der Luftverteidigung mitarbeiten können. Der Rat nahm auch zur Kenntnis, daß das Verteidigungskolleg der NATO, das jetzt im vierten Jahre seines Bestehens ist, einen wertvollen Zuwachs an qualifiziertem Personal für die Stäbe und Aemter der NATO und der Mitgliedsregierungen gestellt hat.

6. Der Rat prüfte einen Bericht des Militärausschusses über die wirksamsten Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungskraft der NATO in den nächsten Jahren, der die modernen Entwicklungen der Waffen und der Technik berücksichtigt. Er billigte diesen Bericht als eine Grundlage für die weitere Verteidigungsplanung und für die Vorbereitungen der militärischen Behörden der NATO, wobei er feststellte, daß diese Zustimmung keine Abtretung der Verantwortung der Regierungen für die Entscheidung über das Inkraftsetzen dieser Pläne im Kriegsfall bedeutet.

7. Der Rat prüfte den Bericht über die jährliche Ueberprüfung für 1954, der die koordinierten Verteidigungspläne der NATO für die nächsten drei Jahre enthält. Die Ueberprüfung erfolgte auf der Grundlage der im Dezember 1953 angenommenen Direktive des Rates, daß es notwendig sei, daß die Mitgliedstaaten über einen langen Zeitraum Streitkräfte unterhalten, die durch ihre Stärke, Qualität und Schlagkraft ein starker Faktor zur Abschreckung einer Aggression sind.

Die Minister prüften und genehmigten als militärische Richtlinie einen Bericht des Militärausschusses, der dessen Stellungnahme zur jährlichen Ueberprüfung für 1954 enthält. Dieser Bericht betont, daß die Stärke der Verteidigungsstreitkräfte des NATO-Bereichs in dem geplanten Umfange aufrechterhalten werden sollte.

Der Rat stellte für das vergangene Jahr ein Wachsen der Stärke der NATO-Streitkräfte und die weitere ständige Verbesserung ihrer Schlagkraft fest. Diese qualitative Verbesserung ist in erster Linie auf die großen gemeinsamen Uebungen zurückzuführen, die von den Land-, See- und Luftstreitkräften der NATO abgehalten wurden, ferner auf die Verstärkung der operativen und Versorgungs-Verbände und auf die Zufuhr großer Mengen neuer Ausrüstung.

Der Rat äußerte seine Befriedigung sowohl über die Ausweitung der europäischen Rüstungsproduktion als auch über die Fortdauer der Bereitstellung nordamerikanischen Materials. Er forderte zur Fortsetzung der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung auf.



Auf Grund der im Bericht über die jährliche Ueberprüfung enthaltenen Empfehlungen legte der Rat feste Ziele für die Truppenstärke für 1955, provisorische Ziele für 1956 und Planziele für 1957 fest. Die vereinbarten Ziele für 1955 sind zahlenmäßig ungefähr dieselben wie für 1954, aber weitere Verbesserungen in der Ausbildung, Ausrüstung und Schlagkraft sind vorgesehen. Der deutsche Verteidigungsbeitrag auf der Grundlage der Pariser Verträge bleibt nach Ansicht des Rates eine Ergänzung der Verteidigungsmaßnahmen des Westens, auf die nicht verzichtet werden kann.

8. Der Rat nahm mit Befriedigung die ermutigende wirtschaftliche Entwicklung in vielen Mitgliedstaaten im letzten Jahre zur Kenntnis, insbesondere die Ausweitung der Produktion in mehreren europäischen Ländern. Die

auf diese Weise erschlossenen zusätzlichen Hilfsquellen ermöglichten weitere Verbesserungen des allgemeinen Wohlstandes und des sozialen Fortschritts und erlaubten zur gleichen Zeit weitere Beiträge zur Vergrößerung der Stärke und Schlagkraft der NATO-Streitkräfte. Der Rat anerkannte, daß eine weitere ständige Zunahme der Wirtschaftskraft der Allianz in ihrer Gesamtheit von entscheidender Bedeutung ist, um den Wohlstand und die Sicherheit aller Mitgliedstaaten zu erhalten und zu vergrößern, und daß es zu diesem Zwecke notwendig ist, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken.

Quelle: NATO Information Division, Press Release No. M3 (54) 3 vom 18. Dezember 1954. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Das britisch-ägyptische Abkommen über den Stützpunkt am Suezkanal vom 19. Oktober 1954

### Der Wortlaut des Abkommens

Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und die Regierung der Republik Ägypten haben in dem Wunsch, die britisch-ägyptischen Beziehungen auf eine neue Grundlage gegenseitigen Verständnisses und fester Freundschaft zu stellen, folgende Abmachungen getroffen:

#### Artikel 1

Die Streitkräfte Ihrer Majestät sollen in Uebereinstimmung mit Abschnitt A des Anhangs I innerhalb von 20 Monaten, gerechnet vom Tage der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens, vollständig aus ägyptischem Gebiet zurückgezogen werden.

#### Artikel 2

Die Regierung des Vereinigten Königreiches erklärt, daß der am 26. August 1936 in London unterzeichnete Bündnisvertrag zusammen mit dem vereinbarten Protokoll, den ausgetauschten Noten, der Vereinbarung über die den britischen Streitkräften zustehenden Immunitäts- und anderen Sonderrechte und allen anderen Nebenabkommen erloschen ist.

#### Artikel 3

Die Teile des gegenwärtigen Suezkanalstützpunktes, die in Anlage A zu Anhang II aufgeführt sind, sollen gemäß den Bestimmungen des Art. 4 des vorliegenden Vertrages in jederzeit gebrauchsfähigem Zustand erhalten werden. Zu diesem Zweck sollen sie in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Anhangs II organisiert werden.

#### Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Angriffs seitens einer fremden Macht auf ein Land, das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens Vertragspartner des am 13. April 1950 in Kairo unterzeichneten gemeinsamen Verteidigungsvertrages der Staaten der Arabischen Liga war, oder auf die Türkei soll Ägypten dem Vereinigten Königreich die Rechte einräumen, die erforderlich sind, um den Stützpunkt in Kriegsbereitschaft zu versetzen und sich seiner wirkungsvoll zu bedienen. Zu

diesen Rechten soll innerhalb der Grenzen dessen, was für die vorerwähnten Zwecke unbedingt notwendig ist, auch die Benutzung ägyptischer Häfen gehören.

#### Artikel 5

Im Falle der Rückkehr britischer Streitkräfte in das Gebiet des Suezkanalstützpunkts in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Art. 4 sollen sich diese Streitkräfte unmittelbar nach Beendigung der in jenem Artikel genannten Feindseligkeiten wieder zurückziehen.

#### Artikel 6

Im Falle eines drohenden bewaffneten Angriffs einer fremden Macht auf ein Land, das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des gegenwärtigen Abkommens Vertragspartner des gemeinsamen Verteidigungsvertrages der Staaten der Arabischen Liga ist, oder auf die Türkei sollen sofort Beratungen zwischen Ägypten und dem Vereinigten Königreich stattfinden.

#### Artikel 7

Die Regierung der Republik Ägypten soll für vorher angekündigte Flüge im Rahmen des Flugbetriebs der Royal Air Force dieser das Recht zum Ueberfliegen, Landen und zur Benutzung der Bodeneinrichtungen einräumen. Bei der Abfertigung aller Flüge solcher Flugzeuge sollen die Regierung der Republik Ägypten diesen keine ungünstigere Behandlung widerfahren lassen als den Flugzeugen jedes anderen fremden Landes mit Ausnahme von Ländern, die Vertragspartner des gemeinsamen Verteidigungsvertrages der Staaten der Arabischen Liga sind. Die oben erwähnten Rechte des Landes und der Benutzung der Bodeneinrichtungen sollen auf ägyptischen Flugplätzen in der Suezkanalzone gewährt werden.

#### Artikel 8

Die beiden vertragschließenden Regierungen erkennen an, daß der Suezkanal, der ein integrierender Bestandteil Ägyptens ist, einen Wasserweg von internationaler wirtschaftlicher, kommerzieller und strategischer Bedeutung darstellt, und bringen ihre Entschlossenheit zum Aus-

druck, die am 29. Oktober 1888 in Konstantinopel unterzeichnete Konvention, die die Freiheit der Kanalschiffahrt garantiert, einzuhalten.

#### Artikel 9

(a) Dem Vereinigten Königreich wird das Recht zugestanden, nach eigenem Ermessen britisches Kriegsmaterial in die und aus der Zone zu transportieren.

(b) Es soll aber keine Erhöhung über die in Abschnitt C des Anhangs II vereinbarte Materialmenge hinaus ohne die Zustimmung der Regierung der Republik Ägypten stattfinden.

#### Artikel 10

Das vorliegende Abkommen berührt in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der Vertragspartner auf Grund der Charta der Vereinten Nationen und soll auch nicht so ausgelegt werden.

#### Artikel 11

Die Anhänge und Anlagen zu dem vorliegenden Abkommen sollen als integrierender Bestandteil desselben betrachtet werden.

#### Artikel 12

(a) Das vorliegende Abkommen soll, vom Tage der

Unterzeichnung an gerechnet, sieben Jahre in Kraft bleiben.

(b) Während der letzten 12 Monate dieses Zeitraumes sollen die beiden vertragschließenden Regierungen sich miteinander beraten, um über die für eine eventuelle Beendigung des Abkommens notwendigen Maßnahmen zu befinden.

(c) Wenn nicht beide vertragschließenden Parteien eine Verlängerung des Abkommens vereinbaren, wird es sieben Jahre nach dem Tage der Unterzeichnung erlöschen, und die Regierung des Vereinigten Königreiches soll dann ihr im Stützpunkt verbliebenes Eigentum entfernen oder anderweitig darüber verfügen.

#### Artikel 13

Das vorliegende Abkommen soll so gehandhabt werden, als sei es mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft getreten. Die Ratifizierungsurkunden sollen so bald wie möglich in Kairo ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, die dazu in gehöriger Form bevollmächtigt waren, das vorliegende Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel darunter gesetzt. Gegeben zu Kairo am neunzehnten Tage des Oktober 1954 in zwei Ausfertigungen, eine in englischer und eine in arabischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise maßgebend sind.

### Zusammenfassung des Inhalts der Anhänge und des Briefwechsels

#### ANHANG I. Rückzug der britischen Truppen

Abschnitt A regelt die Etappen des Rückzuges der Truppen. Von den am 27. Juli 1954 in Ägypten stationierten britischen Truppen müssen die folgenden Prozentsätze bis zu den angegebenen Daten zurückgezogen werden: 22 Prozent innerhalb von vier Monaten vom Tage der Unterzeichnung, also bis zum 19. Februar 1955; 35 Prozent innerhalb von acht Monaten; 54 Prozent innerhalb von zwölf Monaten; 75 Prozent innerhalb von 16 Monaten und die Gesamtzahl innerhalb von 20 Monaten, d. h. bis zum 19. Juni 1956.

Abschnitt B behandelt das Verfahren der Einrichtung eines ständigen Apparates, der den zuständigen ägyptischen und britischen Behörden Anweisungen zur Erleichterung der Räumung des Stützpunktes und seiner zonenweisen Uebergabe in ägyptische Hände erteilen kann. Die ägyptische Regierung übernimmt die Verantwortung für die Sicherheit jeder Anlage mit dem Zeitpunkt der Uebergabe an sie. Die Streitkräfte Ihrer Majestät werden die Eisenbahnen und Straßen ungehindert benutzen dürfen.

Abschnitt C behandelt die Vorkehrungen für die Einstellung und Ueberprüfung von Arbeitskräften.

#### ANHANG II. Organisation des Stützpunktes

##### Abschnitt A

1. Ihrer Majestät Regierung behält das Recht, bestimmte Einrichtungen, die in Anlage A zu Anhang II aufgezählt sind, zu behalten und weiter zu betreiben. Zu diesen Einrichtungen gehören u. a. die Werkstätten, die Ausrüstungsdepots, das Fahrzeugdepot und das Kraftwerk in Tel-el-Kebir, das Munitionsdepot und das Kraftwerk in Abu Sultan, das Pionier-Materiallager, die Werkstätten, das Ersatzteillager und das Kraftwerk in Fayid und Fanara, eine Anzahl von Benzin- und Oelanlagen,

Benzintanks und Tankstellen in Agrud, Fanara, Nefisha und Suez. Zu diesem Zweck wird die britische Regierung Kontrakte mit britischen oder ägyptischen Firmen abschließen. Die ägyptische Regierung wird diesen Unternehmen die notwendigen Rechte einräumen. Die Unternehmen werden zur Koordinierung ihrer Arbeit ein gemeinsames Direktorium bilden.

2. Die ägyptische Regierung wird die anderen in derselben Anlage aufgeführten Einrichtungen in gutem Zustand erhalten. Diese werden bei einer Wiederinbetriebnahme der Regierung Ihrer Majestät zur Verfügung stehen. Zu ihnen gehören Kläranlagen, Flugplätze, Kraftwerke, eine Instandsetzungswerkstatt der RAF, Krankenhäuser, Eisenbahnwerkstätten, Nebengeleise und bestimmte Straßen- und Schienenwege, ferner ein Ausrüstungsdepot.

3. Bestimmte andere Einrichtungen und Ausrüstungen, die in Anlage B zu diesem Anhang aufgeführt sind, werden mit der Beendigung der Räumung in ägyptisches Eigentum übergehen. Hierzu gehören Flugplätze und bestimmte Marineanlagen in Adabiya und Port Said.

4. Die Zahl der britischen Techniker wird auf 1200 begrenzt, von denen nicht mehr als 800 außerhalb Ägyptens angeworben werden sollen. Auch einheimische Arbeitskräfte dürfen in dem benötigten Umfange eingestellt werden.

5. Acht der britischen Botschaft zugeteilte Inspektoren werden das Recht erhalten, sich zu vergewissern, daß die Einrichtungen richtig instand gehalten werden. Fünf zeitlich begrenzte Inspektionen zu gleicher Zeit sind vorgesehen.

Abschnitt B: Im allgemeinen soll für die Tätigkeit der Vertragsfirmen ägyptisches Recht gelten. Jedoch sollen



diese Firmen unter gewissen Bedingungen bestimmte Befreiungen von den Bestimmungen des ägyptischen Handels- und Gesellschaftsrechts sowie von der Gewinnsteuer genießen. Die britischen Techniker werden ebenfalls von bestimmten ägyptischen Arbeitsgesetzen ausgenommen werden. Die ägyptische Regierung wird bereit sein, eine Befreiung der Unternehmen von jedem Gesetz in Erwägung zu ziehen, das sich für ihre Tätigkeit als hinderlich herausstellt, und verpflichtet sich, ihnen keine schlechtere Behandlung zuteil werden zu lassen als Angehörigen anderer fremder Nationen.

Abschnitt C legt den Umfang der aufrechtzuerhaltenen Lagerbestände fest. Dazu gehören 50 000 t Munition, 300 000 t Artillerie- und Pioniermaterial, 2000 Fahrzeuge, 30 Lokomotiven, 100 Eisenbahnwagen usw.

Abschnitt D: Die Techniker dürfen bei ihrer ersten Ankunft in Ägypten ihr gesamtes persönliches Eigentum und ihre Wohnungseinrichtung zollfrei einführen. Ebenso darf der Ersatz für die in Abschnitt C genannten Lagerbestände zollfrei eingeführt werden.

Abschnitt E: Die ägyptische Regierung wird alle notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit dieser Einrichtungen treffen.

Abschnitt F legt die Vorkehrungen für die Einstellung einheimischer Arbeitskräfte durch die Unternehmer und für ihre Ueberprüfung im Sinne der Geheimhaltung fest.

#### Briefwechsel zum Abkommen

Außerdem wurden in Form eines Briefwechsels zwischen dem ägyptischen Minister des Auswärtigen und dem britischen Botschafter noch folgende Vereinbarungen getroffen:

Die britischen Streitkräfte genießen während der Zeit bis zu ihrem Abzug bestimmte Immunitätsrechte.

Die „autorisierten Organisationen der Streitkräfte“ und ihre Rechtsstellung werden definiert. Dazu gehören u. a. die Army- und RAF-Cinema Corporations, der Soldaten-

Rundfunk, das Rote Kreuz und sonstige Wohlfahrtsorganisationen.

Die britischen Techniker werden von gewissen ägyptischen Gesetzesbestimmungen ausgenommen, z. B. von den Erbschaftsteuern, dem ägyptischen Militär- oder sonstigen Gemeinschaftsdienst usw.

Die ägyptischen Gesetze über öffentliche Gesundheit und die Sicherheit und den Schutz der Arbeiter werden so angewandt werden, daß dadurch der Betrieb der Einrichtungen nicht behindert wird.

Die Shell Company soll noch sieben Jahre lang das Netz der Oelleitungen zwischen Suez und Kairo innehaben und betreiben.

Es werden Vorkehrungen für die normale Abfertigung vorher angekündigter Flüge und für die Wiederinbetriebnahme bestimmter Flugplätze getroffen.

Die Anwendung der ägyptischen Devisenbestimmungen auf die Vertragsfirmen und die britischen Techniker wird geregelt.

Die beiden Regierungen annullieren alle gegenseitigen Ansprüche, die sich aus einer Interpretation oder Anwendung des Bündnisvertrages von 1936, aus der Anwesenheit britischer Truppen in Ägypten und aus Zollbestimmungen ergeben. Diese Annullierung bezieht sich nicht auf irgendwelche Forderungen einzelner britischer oder ägyptischer Staatsangehöriger und nicht auf bestimmte, bereits geregelte Schuldforderungen.

Es wird eine besondere ägyptische Kommission eingesetzt, um die Ansprüche der Ende 1951 entlassenen britischen Beamten in Ägypten zu prüfen.

Die Ratifizierungsurkunden sollen in Kairo spätestens 50 Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens ausgetauscht werden.

Der britischen Botschaft dürfen zehn ständige Inspektoren zur Ueberprüfung und Ueberwachung der Vertragsbestimmungen in finanzieller Hinsicht zugeteilt werden.

Quelle: British Information, Bad Godesberg, Nr. 263 vom 3. November 1954.

## Der Verteidigungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik China vom 2. Dezember 1954

Die Partner dieses Vertrages bekräftigen erneut ihren Glauben an die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und ihren Wunsch, in Frieden mit allen Völkern und allen Regierungen zu leben, und wünschen das Gefüge des Friedens im westpazifischen Raum zu stärken,

erinnern mit gemeinsamen Stolz an die Verbundenheit, die ihre beiden Völker in einem gemeinsamen Bund der Sympathie und gemeinsamer Ideale zusammenschloß, um Seite an Seite während des letzten Krieges gegen imperialistische Aggression zu kämpfen,

wünschen öffentlich und förmlich ihr Gefühl der Einigkeit und ihre gemeinsame Entschlossenheit zu erklären, sich gegen bewaffneten Angriff von außen zu verteidigen, damit kein möglicher Angreifer die Illusion habe, daß einer von ihnen im westpazifischen Raum allein stünde, und

wünschen ferner, ihre gegenwärtigen Anstrengungen für die gemeinsame Verteidigung zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit bis zur Entwicklung eines umfassen-

den Systems regionaler Sicherheit im Westpazifik zu verstärken.

Sie haben folgendes vereinbart:

#### Artikel I

Die Partner verpflichten sich, wie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist, alle internationalen Zwistigkeiten, in die sie verwickelt werden könnten, auf friedliche Weise derart beizulegen, daß der internationale Friede, die internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung oder Anwendung von Gewalt in jeder Form, die nicht mit den Zielen der Vereinten Nationen übereinstimmt, zu enthalten.

#### Artikel II

Um den Zweck dieses Vertrages wirksamer zu erfüllen, werden die Partner, jeder für sich und gemeinsam durch Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe ihre individuelle und kollektive Fähigkeit zum Widerstand gegen bewaffneten

Angriff und kommunistische Subversions-Tätigkeit, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind, erhalten und entwickeln.

#### Artikel III

Die Partner verpflichten sich, ihre freien Institutionen zu kräftigen und bei der Entwicklung wirtschaftlichen Fortschritts und sozialer Wohlfahrt zusammenzuarbeiten und ihre eigenen und gemeinsamen Anstrengungen in dieser Richtung zu fördern.

#### Artikel IV

Die Partner werden durch ihre Außenminister oder deren Beauftragte von Zeit zu Zeit über die Mittel zur Erfüllung dieses Vertrages miteinander beraten.

#### Artikel V

Jeder Partner erkennt an, daß ein bewaffneter Angriff im westpazifischen Raum auf die Gebiete eines der Partner eine Gefährdung für seinen eigenen Frieden und seine eigene Sicherheit darstellen würde, und erklärt, daß er der gemeinsamen Gefahr in Uebereinstimmung mit seinem konstitutionellen Verfahren begegnen würde.

Jeder bewaffnete Angriff dieser Art und alle demzufolge ergriffenen Maßnahmen sollen sofort dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mitgeteilt werden. Diese Maßnahmen sollen beendet werden, sobald der Sicherheitsrat die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten.

#### Artikel VI

Für die Zwecke der Art. II und V sind unter den Bezeichnungen „territorial“ und „Gebiete“ im Hinblick auf die Republik China Taiwan und die Pescadoren, im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika die unter ihrer Verwaltung stehenden westpazifischen Inseln zu verstehen. Die Vorkehrungen der Art. II und V sind auf andere Territorien anwendbar, soweit sie durch gegenseitige Uebereinkunft festgelegt werden.

#### Artikel VII

Die Regierung der Republik China gewährt und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika akzeptiert das Recht, diejenigen Land-, See- und Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten in und um Taiwan und den Pescadoren zu stationieren, als nach gegenseitiger Uebereinkunft für ihre Verteidigung nötig sind.

#### Artikel VIII

Dieser Vertrag berührt in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der Partner im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen oder die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit; er soll auch nicht in diesem Sinne ausgelegt werden.

#### Artikel IX

Dieser Vertrag soll durch die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik China in Uebereinstimmung mit ihren jeweiligen konstitutionellen Verfahren ratifiziert werden; er tritt in Kraft, wenn die Ratifikationsurkunden in Taipeh von ihnen ausgetauscht worden sind.

#### Artikel X

Dieser Vertrag soll unbegrenzt in Kraft bleiben. Jeder Partner kann ihn ein Jahr nach Bekanntgabe der Kündigung an den andern Partner beenden.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Gegeben in doppelter Ausfertigung, in englischer und chinesischer Sprache, zu Washington am 2. Dezember 1954, entsprechend dem 2. Tag des 12. Monats des 43. Jahres der Republik China.

Für die Vereinigten Staaten von  
Amerika:

John Foster Dulles

Für die Republik China:

George K. C. Yeh

Quelle: *The New York Times* vom 3. Dezember 1954.  
Übersetzung des Europa-Archivs.

## Gemeinsames Kommuniqué vom 22. Dezember 1954 über die Besprechungen zwischen Staatspräsident Tito und Premierminister Nehru in Neu Delhi

1. Der Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Seine Exzellenz Marschall Josip Broz-Tito, der auf Einladung der indischen Regierung zu einem Staatsbesuch in Indien weilt, hat sich fünf Tage in Neu Delhi aufgehalten. Während seines Aufenthaltes hatte seine Exzellenz mehrere Gespräche mit Herrn Jawaharlal Nehru, dem indischen Regierungschef.

2. Diese Gespräche waren inoffiziellen, freundschaftlichen Charakters und umfaßten, in allgemeinen Zügen, die grundlegendsten und wichtigsten Aspekte der Weltprobleme, besonders jene Fragen von gemeinsamem Interesse, die Gegenstand ihrer gemeinsamen Aufmerksamkeit sind.

3. Die Ähnlichkeit in der historischen Entwicklung und in den sozial-ökonomischen Verhältnissen ihrer Länder sowie die Tatsache, daß sie ihre Unabhängigkeit über

starke Volksbefreiungsbewegungen errungen haben, gaben ihrem gegenseitigen Verstehen und auch der Verständigung zwischen ihren Ländern eine tiefere Bedeutung und erleichterten ihre freundschaftlichen Beziehungen.

4. Jugoslawien und Indien haben ihre Energien sowohl in der Innenpolitik als auch auf außenpolitischem Gebiet auf die Förderung des Friedens und der Methoden der Verhandlung und Konziliation als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und Probleme gerichtet. Sie haben sich bemüht, ihre internationalen Beziehungen wie auch ihre Beziehungen zur übrigen Welt auf Gleichberechtigung und Freundschaft mit allen Völkern zu gründen.

5. Der Präsident der Republik und der Premierminister wünschen bekanntzugeben, daß die Politik des Nichtbeitritts zu Blocks, die ihre Regierungen angenommen haben und durchführen, keine „Neutralität“ und keinen



„Neutralismus“, ebenso wenig also eine Passivität darstellen, wie manchmal behauptet wird, sondern eine aktive, positive und konstruktive Politik, die einen Kollektivfrieden erstrebt, auf den allein sich eine kollektive Sicherheit gründen kann.

6. Sie wissen, daß sich ihre Länder und Regierungen nicht nur der finsternen Alternative, also des Krieges, und zwar eines Krieges im Atomzeitalter, völlig bewußt sind, sondern auch der tiefen Wahrheit, daß Kriege nicht nur die Probleme nicht lösen, sondern ihre Lösung nur erschweren und außerdem neue, noch schwerere Probleme schaffen.

7. Jugoslawien und Indien sind sich bewußt, daß sie nur im Frieden ihre schwer eroberte und wertvolle Unabhängigkeit konsolidieren und dauerhaft gestalten und ihr und ihren Völkern die Möglichkeit zur Entwicklung, zum wirtschaftlichen Fortschritt, zum Wohlstand wie auch zum sozialen Fortschritt und zur Stabilität bieten können.

8. Der Präsident der Republik und der Premierminister wünschen, als ihre festgefaßte Meinung zu erklären, daß sich die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern und Regierungen auf die Prinzipien einer gegenseitigen Anerkennung der Souveränität, Unabhängigkeit und Integrität, des Nichtangriffs, der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite oder anderer Länder sowie auf die Erringung — sowohl für sie selbst als auch für die übrige Welt — der Voraussetzungen und Bedingungen für eine friedliche Koexistenz gründen und auch weiterhin gründen müssen. Von diesen Grundauffassungen müssen die internationalen Beziehungen geleitet sein, und dies muß das Hauptelement in der Politik und der Arbeit der Vereinten Nationen darstellen.

9. Hieraus ergibt sich, daß die Politik ihrer beiden Länder, ihre Auffassung vom Weltfrieden, sich nicht auf Gewalt oder Anhäufung von Waffen als Instrumenten für Verhandlungen oder für die Lösung von Konflikten gründen kann. Der Präsident der Republik und der Premierminister verwerfen daher die falsche Auffassung, die in gewissen Kreisen über einen „dritten Block“ oder eine „dritte Kraft“ der Länder, die keinen Blocks angehören, herrscht. Dies ist ein Widerspruch in sich, denn ein solcher Block würde sie gerade in das Blocksystem hineinziehen, das sie für unerwünscht halten.

10. Der Präsident der Republik und der Premierminister sind überzeugt, daß die Grundsätze, über die zwischen ihnen die Uebereinstimmung herrscht, daß sie sich in ihren gegenseitigen Beziehungen von ihnen leiten

lassen müssen, auch eine weitere Anwendung erhalten können. Wenn sie in dieser Form aufgegriffen würden, dann könnten sie in beachtlichem Maße zu einer Verringerung der Spannung in der Welt und zu einer Lösung der ungelösten Streitfragen beitragen. Damit wird das Gebiet des Friedens sich vergrößern und die furchtbare Möglichkeit eines Krieges sich verringern, es wird mehr Vertrauen und größere Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der Welt geschaffen.

11. Der Präsident der Republik und der Premierminister drücken ihren guten Willen und das Vertrauen in die Freundschaft zwischen Jugoslawien und Indien aus, die von ihren Völkern begrüßt wird. Sie werden sich bemühen, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu fördern und zu stärken. Mit Genugtuung weisen sie auf das Verständnis und die gemeinsamen Bemühungen ihrer Länder innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen für die allgemeine Sache des Friedens hin und haben beschlossen, daß diese Kontakte und Beziehungen ausgebaut und verstärkt werden müssen.

12. Ueberzeugt, daß das Nachlassen der Spannung in der Welt die unumgängliche Einleitung zum Aufbau eines Kollektivfriedens darstellt, begrüßen der Präsident der Republik und der Premierminister gewisse Anzeichen für ein Nachlassen der Spannung in der Welt, die aufgetreten sind, und wünschen zugleich, ihre aufrichtigen Bemühungen für eine weitere Verringerung der Spannung in der Welt und für die Verhinderung ihrer Verschärfung einzusetzen.

13. Der Präsident der Republik und der Premierminister wünschen feierlich zu bestätigen, daß die Hoffnung auf einen Fortschritt der Völker der Welt, ja sogar auf das Weiterbestehen der Zivilisation bewirkt, daß das Eingeständnis der Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz nicht nur eine Alternative, sondern eine Notwendigkeit darstellt.

14. Die Tatsache, daß Jugoslawien und Indien ähnlichen allgemeinen Zielen zustreben, stellt die feste Grundlage für das Erstarken ihrer gegenseitigen Beziehungen dar, ohne Rücksicht auf die räumliche Entfernung, die sie trennt, und sie sind glücklich zu konstatieren, daß Bande einer herzlichen Freundschaft und Brüderlichkeit sie verknüpfen.

Quelle: *Borba*, Belgrad, vom 25. Dezember 1954. Uebersetzung der Presse- und Kulturabteilung der jugoslawischen Botschaft in Bonn.

## Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1954

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Organisationen

(Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Dezember, die aus Termingründen erst in Folge 3/1955 erscheinen werden.)

19. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats.
21. In London wird das Abkommen über die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EGKS unterzeichnet. Das Abkommen sieht die Bildung eines aus je vier Vertretern der Hohen Behörde und der britischen Regierung bestehenden Assoziationsrates vor, der u. a. Vorschläge zur Beseitigung von Handelsbehinderungen zwischen der EGKS und Großbritannien machen soll. Ferner sieht das Abkommen gemeinsame Sitzungen des Ministerrats der EGKS und britischer Minister vor.

Der Gerichtshof der EGKS erklärt durch sein erstes Urteil seit seinem Bestehen die Entscheidung 2/54 der Hohen Behörde über den sogenannten „Monnet-Rabatt“ für nichtig; er entspricht damit den Klagen der französischen und der italienischen Regierung sowie zweier italienischer Wirtschaftsverbände. Zwei weitere Punkte der Klagen, die die Entscheidung 1/54 betreffen, werden abgewiesen. (Vgl. den Beitrag von Breitner auf S. 7243–7250 dieser Folge, insbesondere S. 7249.)

#### Nordatlantikpakt-Organisation

- 17.–18. Tagung des Atlantikrates in Paris. (Vgl. den Wortlaut des Communiqués auf S. 7251 dieser Folge.)

#### Deutschland

16. Die am 15. Dezember begonnene erste Lesung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag wird abgeschlossen. Am 15. Dezember war zunächst ein Antrag der SPD, die Aussprache über das Saarabkommen bis zur Klärung der darüber noch bestehenden deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu vertagen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden. Die Ratifizierungsgesetze über die Pariser Verträge werden nach Schluß der Debatte an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Ferner werden an die Ausschüsse verwiesen: ein Antrag der SPD zu ihrer Großen Anfrage vom 20. November zum Saarabkommen (vgl. Zeittafel in EA 24/1954) und ein Antrag der SPD vom 18. November über die sofortige Aufnahme von Viermächteverhandlungen (vgl. Zeittafel in EA 24/1954). Ein weiterer zu ihrer Großen Anfrage vom 26. November (vgl. Zeittafel in EA 24/1954) gestellter Antrag der SPD, durch den der Vorrang von Viermächteverhandlungen festgestellt und die Beschlußfassung über die Ratifizierungsgesetze bis nach dem Abschluß solcher Verhandlungen vertagt werden sollte, wird in namentlicher Abstimmung mit 236 gegen 153 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. In der Debatte, der eine Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers vorausging, lehnen die Sprecher der SPD die Pariser Verträge in ihrer Gesamtheit ab. Die Sprecher der

Regierungsparteien unterstützen die Verträge, doch wird das Saarabkommen von der FDP und dem GB/BHE abgelehnt, während die DP sich ihre Stellungnahme dazu noch vorbehält.

Der am 28. November gewählte hessische Landtag tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt einstimmig den bisherigen Innenminister, Heinrich Zinnkann, zu seinem Präsidenten. Am 17. Dezember wird der bisherige Ministerpräsident, Georg August Zinn, mit 51 gegen 21 Stimmen bei 23 ungültigen Stimmen wieder zum Ministerpräsidenten gewählt.

17. Der CDU-Abgeordnete Kurt-Georg Kiesinger wird als Nachfolger von Dr. Eugen Gerstenmaier zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages gewählt.

Das Präsidium der Volkskammer der DDR richtet ein Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, in dem es diese auffordert, den Pariser Verträgen die Zustimmung zu verweigern und sich für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen im Jahre 1955 sowie für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa einzusetzen. Am 20. Dezember fordert das Präsidium der Volkskammer in weiteren Schreiben die französische Nationalversammlung und die italienische Abgeordnetenversammlung auf, die Pariser Verträge zu verwerfen.

21. Die Bundesregierung verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Bereinigung der deutsch-österreichischen Staatsangehörigkeitsfrage. In dem Entwurf wird das Reichsgesetz über den Anschluß Österreichs vom 13. März 1938 als gegenstandslos erklärt.
22. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, erklärt in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Hagen, oberste Bedingung der Aufrüstung sei, daß der Lebensstandard davon nicht beeinträchtigt werde; man dürfe dem Kommunismus nicht durch die Senkung der Lebenshaltung die Hintertür öffnen. Berg nennt folgende Gesichtspunkte der deutschen Industrie zur Rüstung: 1. Die Rüstungsanforderungen könnten bei ausreichenden Kapazitäten ohne Schwierigkeiten erfüllt werden; 2. die marktwirtschaftlichen Grundsätze müßten bis zur letzten Möglichkeit gewahrt werden; 3. die Rüstungsaufträge dürften den Export und den zivilen Verbrauch nicht einschränken; 4. die Gesamtlösung und Federführung der Aufrüstung müsse beim Bundeswirtschaftsministerium liegen, dafür sei eine Koordinierungsstelle erforderlich; 5. ein internationales Gremium zur Koordinierung mit den anderen Bedarfsträgern müsse gebildet werden. Zu dem französischen Vorschlag eines Rüstungspools erklärt Berg, es müsse gewissenhaft geprüft werden, ob die supranationalen Befugnisse eines solchen Organs nicht zu stark dirigistischen Methoden führten.



28. Bundesminister Jakob *Kaiser* warnt in einem Artikel im Deutschland-Union-Dienst vor dem „verhängnisvollen Irrtum“, eine Entspannung der Weltpolitik auf Kosten der deutschen Wiedervereinigung zu suchen: ein *modus vivendi* auf der Grundlage der Teilung Deutschlands werde eine Vertiefung der Gegensätze an Stelle eines Ausgleichs zur Folge haben. Am 29. Dezember weist Bundesminister Kaiser in einer Rundfunkansprache auf die Tatsache hin, daß es fremdem Teilungswillen in zehn Jahren nicht gelungen sei, das Bewußtsein deutscher Zusammengehörigkeit zu erschüttern. Gegen den Willen eines Volkes lasse sich auf die Dauer keine Entscheidung durchsetzen. Den Befürchtungen, daß die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik die Wiedervereinigung Deutschlands verhindere, hält Kaiser entgegen, daß man einem waffenlosen Deutschland zehn Jahre lang die Wiedervereinigung versagt habe. Man könne nicht an die Tatsache vorübergehen, daß in der Weltpolitik ein Land nur dann als ernsthafter Faktor gewertet wird, wenn es zur Selbstverteidigung bereit und gewillt ist.
- 29.—30. Parteitag der KPD in Hamburg. Die Reden auf dem Parteitag stehen im Zeichen des Kampfes gegen die Pariser Verträge. Das Mitglied des Sekretariats der KPD Willi *Mohn* fordert in dem im Auftrag des Parteivorstandes erstatteten Rechenschaftsbericht die SPD zur Aktionseinheit mit der KPD gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik auf. Als künftige Aufgabe der Kommunisten bezeichnet er, „alle Bevölkerungsschichten durch die Arbeit in ihren großen Organisationen, den Frauen- und Jugendorganisationen, in den Sportverbänden und in den Flüchtlingsorganisationen, im Konsum, in den Siedlervereinen und in den kulturellen Organisationen, gegen die Remilitarisierung zu mobilisieren“. Auch der Vertreter der SED, Hermann *Matern*, fordert gemeinsame Aktionen der KPD, der SPD und des DGB gegen die Pariser Verträge. Er droht für den Fall der Ratifizierung der Verträge mit der Aufstellung nationaler Streitkräfte der DDR. Der Parteitag beschließt die Umorganisation der Parteiführung nach sowjetischem Muster. Zum 1. Sekretär wird der wegen eines gegen ihn laufenden Haftbefehls auf dem Parteitag nicht anwesende bisherige Parteivorsitzende, Max *Reimann*, gewählt. Der Parteitag beschließt 32 Thesen zu nationalen Fragen und zur künftigen Arbeit der KPD und erläßt ein „Manifest an das deutsche Volk“.
30. Im Amtsblatt der Ost-Berliner Stadtverwaltung wird eine Verordnung veröffentlicht, nach der die Ost-Berliner Verwaltung in Zukunft den zuständigen Behörden der DDR unterstellt ist.

#### Frankreich

16. Vor der Tagung des Atlantikrates finden in Paris Besprechungen zwischen Außenminister *Dulles*, Außenminister *Eden* und Ministerpräsident *Mendès-France* über Fragen des Atomwaffeneinsatzes bei der NATO und über die künftige Haltung des Westens gegenüber der Sowjetunion statt. Ministerpräsident *Mendès-France* erklärt in einem Interview mit der *Saarbrücker Zeitung*, er denke nicht daran, mit der deutschen Bundesregierung über

eine Auslegung des Saarabkommens vom 23. Oktober erneut zu verhandeln. Er begrüßt jedoch den Gedanken einer baldigen neuen Aussprache mit Bundeskanzler *Adenauer*.

20. Die Nationalversammlung billigt das Budget des Ministeriums für die Beziehungen zu den Assoziierten Staaten Indochinas, mit dem Ministerpräsident *Mendès-France* die Vertrauensfrage verbunden hatte, mit 310 gegen 172 Stimmen bei 104 Stimmenthaltungen.

In der Nationalversammlung beginnt die Debatte über die Ratifizierung der Pariser Verträge. Die Berichterstatter des Außenpolitischen Ausschusses befürworten die Verträge. Anschließend sprechen sich die Berichterstatter der Ausschüsse für Wirtschaft, Industrieproduktion und Ueberseegebiete ebenfalls für, die der Ausschüsse für Finanzen und Verteidigung jedoch gegen die Verträge aus. In der folgenden viertägigen Aussprache zeigt sich, daß mit Ausnahme der Kommunisten keine Fraktion einen einheitlichen Standpunkt zu den Verträgen einnimmt. So nehmen von den Volksrepublikanern Pierre-Henri *Teitgen*, François *de Menthon* und Maurice *Schumann* als Sprecher der Fraktion gegen die Verträge Stellung, weil sie Deutschland eine Nationalarmee zurückgäben, während Robert *Schuman* im Interesse der atlantischen Solidarität eine klare Mehrheit zu ihren Gunsten fordert. Von den Sozialisten tritt Jules *Moch* im Widerspruch zu einem Fraktionsbeschuß für eine Verschiebung der Entscheidung ein, um die Aussichten für eine Ost-West-Konferenz nicht zu gefährden. Ministerpräsident Pierre *Mendès-France* erklärt, Frankreich dürfe der Entscheidung nicht länger ausweichen, wenn es nicht zu einem Zerfall des atlantischen Bündnisses kommen solle. Eine schwache Mehrheit für die Verträge sei ebenso schlimm wie ihre Verwerfung, weil man damit aus der Zweideutigkeit nicht herauskomme. Die Regierung sei bereit, nach der Ratifikation das Gespräch mit dem Ostblock so schnell wie möglich aufzunehmen. Am 24. Dezember verwirft die Versammlung den Artikel 1 der Ratifikationsvorlage über die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), der die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Brüsseler Pakt betraf, mit 280 gegen 259 Stimmen bei 73 Stimmenthaltungen. Eine Vertrauensabstimmung war mit diesem Votum nicht verbunden.

Die Ratifikationsvorlage über die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, über die anschließend abgestimmt wird, nimmt die Versammlung mit 393 gegen 180 Stimmen bei 38 Stimmenthaltungen an, ebenso mit 361 gegen 147 Stimmen bei 102 Stimmenthaltungen das Saarabkommen als die dritte Ratifikationsvorlage. Gleichzeitig bestimmt sie, daß die Ratifikationsinstrumente für alle Verträge gleichzeitig hinterlegt werden sollen. Nach der Wiederaufnahme der Debatte am 27. Dezember billigt die Versammlung in der Nacht zum 28. Dezember den Artikel 2 der Ratifikationsvorlage über die Gründung der WEU, der die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO betrifft, mit 289 gegen 251 Stimmen bei 78 Stimmenthaltungen.

Nachdem sich der Außenpolitische Ausschuß mit 20 gegen 19 Stimmen gegen die von Mendès-France gewünschte zweite Lesung des Artikels 1 der Ratifikationsvorlage über die WEU betreffend die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Brüsseler Pakt entschieden hatte, entschließt sich der Ministerpräsident, den Artikel 1 aus der Vorlage über die WEU zu entfernen und aus ihm eine eigene Vorlage zu machen. Diese neue Vorlage, mit der er die Vertrauensfrage verbindet, billigt der Ausschuß mit 20 gegen 17 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen. Außerdem fordert der Ministerpräsident eine Abstimmung über die Gesamtheit der übrigen Teile der ursprünglichen Vorlage über die WEU. Auch diese Abstimmung verbindet er mit der Vertrauensfrage.

Am 29. Dezember wird die Debatte fortgesetzt. Nach einer von den Kommunisten mit einem Geschäftsordnungsmanöver erzwungenen 24stündigen Vertagung der Debatte über die neue Vorlage ergibt die Abstimmung über die Gesamtheit der Vorlage ohne Art. 1 für die Regierung eine Mehrheit von 287 gegen 256 Stimmen bei 78 Stimmenthaltungen. Am 30. Dezember billigt die Versammlung schließlich die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Brüsseler Pakt mit 287 gegen 260 Stimmen bei 74 Stimmenthaltungen. Auf eine ursprünglich verlangte Abstimmung über die Gesamtheit des Vertragswerks verzichtet der Ministerpräsident.

29. In Paris werden Abkommen zwischen Frankreich und den drei Assoziierten Staaten Indochinas unterzeichnet, die den drei Staaten nach amtlicher Darstellung die volle wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit gewähren.

#### Großbritannien

24. Nach der Ablehnung des Ratifikationsgesetzes über die Bildung der Westeuropäischen Union in der französischen Nationalversammlung (vgl. Frankreich) veröffentlicht das britische Außenministerium eine Stellungnahme, in der es heißt: „Es ist klar, daß die Einheit der westlichen Alliierten auf dem Spiele steht. Die Ablehnung der Pariser Verträge würde nicht bedeuten, daß die deutsche Wiederbewaffnung nicht stattfindet. Es geht nicht darum, ob die Bundesrepublik Deutschland auferüstet, sondern darum, wie sie auferüstet wird. Die auf der Londoner Konferenz angebotene britische Verpflichtung, britische Truppen auf dem europäischen Kontinent zu belassen, hängt von der Ratifikation der Pariser Verträge durch alle Parteien ab.“

#### Island

16. Das Parlament ratifiziert das Pariser Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Nordatlantikpakt mit 35 gegen 8 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen.

#### Italien

23. Die Kammer ratifiziert mit 335 gegen 215 Stimmen die Pariser Verträge über die Bildung der Westeuropäischen Union und die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Gegen die Ratifikation stimmen die Kommunisten und die Linkssozia-

listen, während die Monarchisten und Neo-Faschisten die Regierungsparteien unterstützen. Einen Antrag des christlich-demokratischen Abgeordneten Mario Melloni, die Verträge erst drei Monate nach der Ratifikation in Kraft treten zu lassen, um Gelegenheit zu Ost-West-Verhandlungen zu geben, lehnt die Kammer mit 316 gegen 239 Stimmen ab.

#### Jugoslawien

24. Milovan Djilas, der im Januar 1954 aus dem Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten ausgeschlossen worden war, weil er für eine Demokratisierung der Partei eintrat, fordert in einem Interview mit der *New York Times* die Gründung einer neuen demokratischen sozialistischen Partei und damit ein Zweiparteiensystem in Jugoslawien. Er sagt, er gebe das Interview, um die freie Diskussion als eine gesetzliche Handlung zu ermutigen. Wladimir Dedijer wird wegen seines Eintretens für Djilas am 28. Dezember von sämtlichen Parteiämtern suspendiert; die parlamentarische Immunität wird ihm aberkannt.

#### Niederlande

- 20.—21. Konferenz des Generalrates der Sozialistischen Internationale in Amsterdam. In einer Aussprache über die Wiederbewaffnung Deutschlands spricht sich die Delegation der SPD gegen die Ratifikation der Pariser Verträge vor Verhandlungen mit der Sowjetunion aus, während die Vertreter aller übrigen sozialistischen Parteien für die Ratifikation der Verträge eintreten. Der Rat beschließt, im kommenden Jahre eine Verschmelzung der Sozialistischen Internationale mit der Asiatischen Sozialistischen Konferenz herbeizuführen.

#### Schweiz

16. Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Leiter des Politischen Departements, Max Petitpierre, für das Jahr 1955 zum Bundespräsidenten. Bei den durch Rücktritte und einen Todesfall notwendig gewordenen Nachwahlen werden Paul Chaudet (Wirtschaft), Thomas Holenstein (Post und Verkehr) und Giuseppe Lepori (Verteidigung) zu Bundesräten gewählt.

#### Sowjetunion

16. In einer Note an Frankreich stellt die sowjetische Regierung fest, daß der Akt der Ratifizierung der Pariser Abkommen den französisch-sowjetischen Bündnis- und Beistandsvertrag vom 10. Dezember 1944 mit einem Federstrich beseitigen und ihn annullieren wird. Am 20. Dezember trifft die sowjetische Regierung in einer Note an Großbritannien die gleiche Feststellung in bezug auf den sowjetisch-britischen Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom 26. Mai 1942. Außenminister Molotow begrüßt in einer Erklärung die Ausführungen des japanischen Außenministers Namoru Shigemitsu vom 11. Dezember (vgl. Zeittafel in EA 1/1955) und erklärt, die Sowjetregierung sei ihrerseits bereit, praktische Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan zu erörtern. Am Vortage hatte das sowjetische Außenministerium eine Erklärung zur Unterzeichnung des amerikanisch-nationalchinesischen



Beistandspaktes vom 2. Dezember 1954 (vgl. den Wortlaut des Vertrages auf S. 7254 dieser Folge) abgegeben, in welcher der Vertrag als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Chinesischen Volksrepublik bezeichnet wird.

17. Die sowjetische Regierung richtet Noten an Norwegen, Dänemark, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien, Griechenland, die Türkei und Island, in denen auf die ablehnende Haltung dieser Staaten zur sowjetischen Einladung für die Moskauer Konferenz eingegangen und erklärt wird, eine wirkliche Sicherheit für alle Völker Europas sei nur durch einen Verzicht auf die Remilitarisierung Westdeutsch-

lands zu erreichen. Desgleichen richtet die sowjetische Regierung Noten an Finnland, Jugoslawien, Schweden, die Schweiz und Oesterreich, in denen bedauert wird, daß diese Staaten an der Konferenz nicht teilgenommen haben.

#### **Tschechoslowakei**

- 29.—30. Konferenz parlamentarischer Vertreter Polens, der DDR und der Tschechoslowakei in Prag. Die Konferenz faßt eine Entschließung gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und appelliert an die französische Nationalversammlung, die Pariser Verträge zu verwerfen.

### **Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt**

#### **AMERIKA**

##### **Vereinigte Staaten**

20. Verteidigungsminister Charles E. Wilson gibt bekannt, daß die amerikanischen Streitkräfte, die augenblicklich eine Gesamtstärke von 3 218 000 haben, auf Anordnung Präsident *Eisenhowers* zum 30. Juni 1956 auf 2 815 000 Mann herabgesetzt werden.

#### **ASIEN**

##### **Chinesische Volksrepublik**

17. Der Vorsitzende des Staatsrates und Außenminister, *Tschu En-lai*, erklärt sich bereit, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammar-skjöld*, zur Erörterung der Frage der in China verurteilten amerikanischen Kriegsgefangenen in Peking zu empfangen. Zugleich protestiert er gegen den Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen in dieser Angelegenheit (vgl. Zeittafel in EA 1/1955).

##### **Indien**

17. Der jugoslawische Staatspräsident, Marschall *Tito*, trifft zu einem Staatsbesuch in Neu Delhi ein. Am 22. Dezember geben *Tito* und der indische Premier-

minister *Jawaharlal Nehru* eine gemeinsame Erklärung ab (vgl. den Wortlaut auf S. 7255 dieser Folge).

##### **Indonesien**

- 28.—29. Konferenz der Premierminister von Indien, Pakistan, Ceylon, Burma und Indonesien in Bogor zur Vorbereitung einer afrikanisch-asiatischen Konferenz. Zu der Konferenz, die im April in Indonesien stattfinden soll, werden auf Beschluß der fünf Premierminister folgende 25 Staaten eingeladen: Afghanistan, Ägypten, Äthiopien, Chinesische Volksrepublik, Goldküste, Irak, Iran, Japan, Jemen, Jordanien, Laos, Libanon, Liberia, Libyen, Kambodscha, Nepal, Philippinen, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Thailand, Türkei, Nord- und Süd-Vietnam sowie die Zentralafrikanische Föderation.

##### **Syrien**

16. Ministerpräsident *Faris el-Khoury* gibt bekannt, daß der Rat der Arabischen Liga auf einer Sitzung in Kairo beschlossen habe, zur Abwehr ausländischer Aggression einen arabischen Verteidigungspakt abzuschließen.

### **Die Organisation der Vereinten Nationen**

17. Ende der Neunten Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 21. September in New York begann. In seiner Schlußansprache erklärt der Präsident, *Eelco van Kleffens*, die Versammlung sei durch zwei Entscheidungen gekennzeichnet, welche die höchsten Ziele aller Nationen ausdrückten, nämlich die einstimmigen Beschlüsse über die Abrüstung und die friedliche Verwendung der Atomenergie. Allerdings bedeuteten diese Entscheidungen bisher nicht mehr, als daß die Hindernisse für eine konstruktive Aktion beseitigt worden seien.

Vor Beendigung ihrer Tagung billigt die Vollversammlung auf Empfehlung des Ersten Ausschusses (Politik und Sicherheit) mit 55 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen und ohne Gegenstimmen einen Resolutionsentwurf, wonach eine Erörterung des Themas Marokko in Anbetracht der Ankündigung von Verhandlungen zwischen Frankreich und Marokko zur gegenwärtigen Zeit vertagt wird; mit 56 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen und ohne Gegenstimmen eine von vierzehn afrikanischen und asiatischen Dele-

gationen eingebrachte Resolution, in der die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß die französisch-tunesischen Verhandlungen zu einer befriedigenden Lösung führen werden; mit 50 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen und ohne Gegenstimmen einen Antrag, wonach die Verabschiedung einer Resolution zum Thema Cypem zur Zeit undienlich sei und die auf Antrag Griechenlands auf die Tagesordnung gesetzte Cypemfrage deshalb nicht weiter erörtert wird. Auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses lehnt die Versammlung einen sowjetischen Resolutionsentwurf, in dem die amerikanischen Seestreitkräfte aggressiver Akte gegen die Chinesische Volksrepublik beschuldigt wurden, mit 44 gegen 5 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen ab; sie billigt mit 39 gegen 5 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen einen Resolutionsentwurf, wonach die Akten über die Erörterung der sowjetischen Beschwerde gegen Verletzungen der Freiheit der Schifffahrt in den chinesischen Gewässern der International Law Commission übergeben werden; über die sowjetische Beschwerde selbst wird nicht abgestimmt.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

20. JANUAR 1955

2. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Les Aspects économiques du Réarmement. Par un groupe d'Etude de l'Institut des Relations Internationales. Brüssel: Institut des Relations Internationales 1951. 230 S.

Bohn, Helmut: Die Letzten. Was wurde und was wird aus den deutschen Gefangenen in Sowjetrußland und den anderen Ostblockstaaten? Köln: Markus Verlag GmbH. 1954. 109 S.

Die Schrift muß aktuell genannt werden, solange noch irgendwelche deutschen Gefangenen in Sowjetrußland festgehalten werden und Aufklärung über die in Sowjetrußland Verstorbenen fehlt. Bis dahin müssen auch alle noch so unvollkommenen Unterlagen gesammelt werden, sowohl für die wartenden Angehörigen in der Heimat als auch um das Gewissen der Weltöffentlichkeit wach zu halten. Hervorzuheben sind die Bemühungen des Verfassers, mit größtmöglicher Sorgfalt in bewußter Zurückhaltung des Gefühls sachliche Informationen auf Grund der Kenntnisse und Erfahrungen zahlreicher Menschen und Organisationen zu vermitteln.

Bourquin, Maurice: Histoire de la Sainte Alliance. Genève: Librairie de l'Université Georg & Cie. S.A. 1954. 507 S. sfrs. 15,—.

Braga, Sevdol: Staatsangehörigkeitsprinzip oder Wohnsitzprinzip? Ein Beitrag zur Reform des internationalen Privatrechts. Erlangen 1954. 70 S. (Erlanger Forschungen, Reihe A: Geisteswissenschaften, Band 1). DM 8,—.

Carr, Edward Hallett: Berlin — Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen. (Titel der englischen Originalausgabe: German—Soviet Relations between the two World Wars, 1919—1939. Uebersetzung: Herbert v. Borch). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1954. 189 S.

Auf dem geschichtlichen Hintergrund des neunzehnten und beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts untersucht der Verfasser, der sich in Großbritannien mit einer großen Geschichte der bolschewistischen Revolution einen Namen gemacht hat, die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion in der Zeitspanne zwischen der Gründung der Weimarer Republik und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Mit Hilfe von bisher unveröffentlichten Dokumenten von Seeckt und Trozki wird auf die Beziehungen der deutschen Reichswehr mit Rußland, das Zustandekommen von Rapallo und die Annäherung zwischen Hitler und Stalin neues Licht geworfen. Das Buch stellt eine wertvolle Ergänzung des Schrifttums über die Hintergründe des Zweiten Weltkrieges dar.

Churchill, Winston S.: The Second World War. Volume VI: Triumph and Tragedy. London, Toronto, Melbourne, Sydney, Wellington: Cassell & Co. Ltd. 1954. 716 S. £ 1/10/—.

Dieser sechste Band schließt die Memoiren Churchills über den Zweiten Weltkrieg ab. Churchill schildert in diesem Band die Entwicklung vom „Tag D“, dem Beginn der Invasion der anglo-amerikanischen Streitkräfte an der Atlantikküste, bis zur Kapitulation Japans. Aus seiner Sicht setzt sich der britische Staatsmann in diesem Buch vor allem mit den Konferenzen von Yalta und Potsdam sowie mit den Auswirkungen der dort gefaßten Beschlüsse auseinander. Nicht ohne Bitternis schließt Churchill dieses Memoirenwerk mit dem Hinweis darauf, daß das britische Volk ihn noch während der Potsdamer Konferenz von der Regierung abberief, da es sich mit Mehrheit für die Labour Party entschied. Er betont, daß er daher für die sich verhängnisvoll auswirkenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz keine Verantwortung übernehme. Er sei entschlossen gewesen, die bestehenden Differenzen mit den Sowjets auszufechten. Die Wahl-

entscheidung habe ihm dies unmöglich gemacht. Unter anderem versichert Churchill, daß weder er noch Eden die westliche Neiße als Grenze akzeptiert haben würden.

La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Par un Groupe d'Etude de l'Institut des Relations Internationales. Brüssel: Institut des Relations Internationales 1953. 338 S.

Deutsche Demokratische Republik. Geschichtliche Zeit-Tafeln. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin. Berlin: Kongreß-Verlag 1954. 114 S. DM 2,—.

Documents on American Foreign Relations 1953. Edited by Peter V. Curl. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1954. 458 S. \$ 5,—.

Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Herausgeber Dr. Johannes Hohlfeld. Berlin: Dokumente-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co. KG. o. J.

IV. Band: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933—1945. Aufbau und Entwicklung 1933—1938. Bearbeitet von Dr. Klaus Hohlfeld. XVIII, 508 S.

V. Band: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933—1945. Deutschland im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945. Bearbeitet von Dr. Klaus Hohlfeld. XX, 565 S.

Diese Dokumentensammlung durchbricht den starren Rahmen von Aneinanderreihungen trockener Dokumente durch die Aufnahme von Erklärungen und Schriftstücken, die geeignet sind, die schicksalsschweren Jahre der deutschen Geschichte in ihrem ganzen Verhängnis nachempfinden zu lassen. So sind beispielsweise im Band IV die wichtigsten Auszüge der Erklärungen der demokratischen Parteien zum Ermächtigungsgesetz, die „Marburger Rede“ Papens, das „Hossbach-Protokoll“, das politische Testament Dr. Goederlers und die Warnung Großbritanniens vor Hitlers Gewaltplänen gegenüber der CSR vom September 1938 dokumentarisch belegt. Im Band V wird nicht nur durch die Veröffentlichung der zusammenfassenden Wehrmachtsberichte ein Einblick in die Informationstechnik des NS-Regimes während des Krieges gegeben, sondern es werden auch durch die Wiedergabe etwa der Denkschrift Mussolinis vom 30. Mai 1939 (über die langfristigen Pläne des Faschismus), die Denkschrift des Pastors Braune über die Vernichtung des sogenannten lebensunwerten Lebens, des Geheimerlasses Bormanns über „Nationalsozialismus und Christentum“ vom 7. Juni 1941 und des Berichtes des Bischofs von Chichester über seine Unterredung mit Dietrich Bonhoeffer im Mai 1942 (über die Pläne des deutschen Widerstandes) Schlaglichter auf besonders tragische und schwerwiegende Momente der Entwicklung dieser entscheidenden Jahre geworfen.

Egypt in the new Era. Published by Press and Information Department, Embassy of the Republic of Egypt, London. London o. J. 30 S.

Forst de Battaglia, Otto: Zwischeneuropa. Von der Ostsee bis zur Adria. Teil I: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn. Frankfurt/Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1954. 438 S.

Grenfell, Russell: Bedingungsloser Haß? Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft. (Titel der Originalausgabe: Unconditional Hatred. Uebersetzung: Egon Heymann.) Tübingen: Verlag Fritz Schlichtenmayer 1954. 282 S. DM 12,80.

Guide to Captured German Documents. (War Documentation Project, Study No. 1.) Prepared by Gerhard L. Weinberg and the WDP staff under the direction of



Fritz T. Epstein. o. O. u. J. The Bureau of Applied Social Research, Columbia University. 90 S.  
 Heeckt, Hugo und Heinz Stender: Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Volkswirtschaftliche und juristische Grundsatzfragen der Wiederaufbaufinanzierung. Kiel 1954. 98 S. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 31.) DM 8,—.

Die Arbeit setzt die über 40jährige Tradition des Instituts auf dem Gebiet der Erarbeitung von Erkenntnisgrundlagen für die Beurteilung wichtiger Schiffsverkehrsfragen fort. In den ersten drei Hauptteilen behandelt Dr. Hugo Heeckt volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, und zwar im einzelnen die wirtschaftspolitische Sonderstellung der Handelsflotte unter dem Aspekt ihrer verkehrswirtschaftlichen, devisenwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Funktionen. Ferner wird der Rückstand im Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte analysiert, wobei der Verfasser zwei Formeln aufgestellt hat, mit denen er den Tonnagebedarf für die verkehrsmäßige Bewältigung des Seehandels der Bundesrepublik ermittelt. Der dritte und ebenso der vierte Hauptteil, letzterer von Dr. Heinz Stender verfaßt, sind der Wiederaufbaufinanzierung gewidmet und durchleuchten die hiermit in Zusammenhang stehenden Fragen sowohl hinsichtlich der volkswirtschaftlichen als auch hinsichtlich der juristischen Gegebenheiten.

Ihre besondere Aktualität erhält die Schrift durch das Auslaufen der als Anreiz für die Schiffsaufbaufinanzierung geschaffenen Steuererleichterungen nach Paragraph 7 d des Einkommensteuergesetzes am 31. Dezember 1954, was den deutschen Schiffbau angesichts des immer noch nicht vollwertig funktionierenden Kapitalmarktes vor schwierige Probleme auf dem Gebiet der Beschaffung von Fremdkapital stellt.

Sieburg, Heinz-Otto: Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des neunzehnten Jahrhunderts. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1954. 340 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, herausgegeben von Joseph Lortz und Martin Göhring, Band 2). DM 24,—.

Eine ausgezeichnete Darstellung der Entwicklung des Deutschlandbildes in Frankreich und des Frankreichbildes in Deutschland zwischen 1815 und 1848. Sieburg skizziert die wechselseitigen politischen Verhältnisse, zeigt aber ausführlich den geschichtlichen und soziologischen Hintergrund und behandelt eingehend die Geschichtsschreibung beider Länder. Die Europa-Vorstellungen jener Jahrzehnte werden berührt, und der Verfasser verzichtet nicht darauf, herauszuarbeiten, wie wechselnd einmal der eine, ein anderes Mal der andere seiner Zeit vorausieht. 50 Seiten ausführlicher Quellenangaben berücksichtigen das literarische Schaffen jener Zeit, die Publizistik, die Geschichtswerke, Memoiren und Briefe.

Thiel, Erich: Sowjet-Fernost. Eine landes- und wirtschaftskundliche Uebersicht. München: Isar Verlag 1953. 329 S. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes, München. Herausgeber: Hans Koch, Band 1). DM 19,80.

Der Verfasser legt hier den ersten Teil einer geplanten umfassenden Landeskunde der Sowjetunion vor, wobei sehr detailliert neben den geographischen Wesenszügen der fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion auch deren wirtschaftliche Grundlagen und Probleme aufgezeigt werden, die erkennen lassen, daß dort innerhalb einer relativ kurzen Zeit riesige Gebiete wirtschaftlich und verkehrsmäßig erschlossen worden sind. Die Arbeit beruht sowohl auf den eigenen Kenntnissen des Verfassers als auch auf dem eingehenden Studium einer umfangreichen Literatur, die in einem Anhang zu dem Werk aufgeführt ist. Der Verfasser bedauert zu Recht, daß zahlreiche Ergebnisse der sowjetischen wissenschaftlichen Forschung dem Auslande nicht zugänglich gemacht werden. Trotz dieser Einschränkung ist hier ein umfassendes Werk entstanden, das einen tiefen und eindrucksvollen Einblick in die uns so wenig bekannten fernöstlichen Gebiete der Sowjetunion gewährt.

The University Teaching of Social Sciences: Economics. Based on reports by C. W. Guillebaud, R. Clemens, Wahib Messiha, E. James, F. Lütge, E. Preiser, C. N. Vakil, C. Arena, A. Kozlik, T. Palander, H. Taylor, R. Uvalić and G. Tintner. On behalf of The International Economic Association. Paris: UNESCO 1954. 300 S. Frs. 550.

Vernon, Raymond: America's Foreign Trade Policy and the GATT. Princeton, New Jersey: International Finance Section, Department of Economics and Sociology, Princeton University 1954. 25 S. (Essays in International Finance, No. 21).

Warburg, James P.: Germany — Key to Peace. London: Andre Deutsch 1954. 344 S. £ 1/5/—.

Warburg legt in diesem Buch die Entwicklung der Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland dar, wobei alle Entwicklungsphasen dieser Politik kritisch gewertet werden. Vor allem wird die Wandlung der amerikanischen Deutschlandpolitik von den Konzeptionen von Potsdam zu den Projekten herausgestellt, die die Einbeziehung Westdeutschlands in das Verteidigungssystem der Westmächte vorsehen. Dabei vertritt Warburg mit scharfen Argumenten die Ansicht, daß ein wiederbewaffnetes Westdeutschland die Sowjetunion zu einer Aggression weit eher herausfordere, als es sie daran hindere. Gleichzeitig bekennt sich der Verfasser zu denjenigen, die befürchten, daß Westdeutschland, wenn es erst einmal wieder über eine Armee verfügen werde, den Westen im Stich lassen und mit der Sowjetunion in Verbindung treten könnte mit dem Ziel der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Wiederinbesitznahme der deutschen Ostgebiete. Der Verfasser empfiehlt eine Revision der amerikanischen Deutschlandpolitik, wobei er ausführlich auf Vorschläge eingeht, die er der Regierung Eisenhower bereits unterbreitet hat. Dabei vertritt er die Ansicht, daß ein wiedervereinigtes, entmilitarisiertes und neutralisiertes Deutschland unter Beachtung gewisser, klar umrissener Sicherheitsgarantien dem Weltfrieden und der Sicherheit der Westmächte besser dienen würde als die Einbeziehung Westdeutschlands in die militärischen Bündnissysteme des Westens.

## EUROPA ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.  
 Hauptchriftleiter: Hermann Volle (HV).  
 Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.  
 Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
 Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# Probleme einer Änderung der Charta der Vereinten Nationen

## Stellungnahme einer deutschen Studienkommission

Die nachfolgende Studie ist ein Teil einer größeren Untersuchung über die Stellung der Bundesrepublik Deutschland zu der Organisation der Vereinten Nationen, die vom Institut für Europäische Politik und Wirtschaft für die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden durchgeführt worden ist. Ähnliche Untersuchungen sind auf Anregung der Carnegie-Stiftung gleichzeitig in 24 Ländern der Welt angestellt worden.

Das Institut legt hier das Kernstück des deutschen Beitrages vor. Es besteht aus der Stellungnahme einer Studiengruppe, die sich aus Völkerrechtlern und Politikern zusammensetzte. Ihr gehörten unter dem Vorsitz von Professor Dr. Ulrich Scheuner, Bonn, an: Rechtsanwalt Dr. Max Becker, MdB, Bad Hersfeld; Professor Dr. Dr. Friedrich August Frhr. von der Heydte, Würzburg; Regierungsrat Dr. Karl-Heinz Mattern, Bonn; Professor Dr. Eberhard Menzel, Hamburg; Dr. Hans-Joachim von Merkatz, MdB, Bad Godesberg; Professor Dr. Hermann Mosler, Heidelberg; Professor Dr. Karl Schmid, MdB, Frankfurt am Main; Professor Dr. Eduard Wahl, MdB, Heidelberg; Willi L. Blümel, Heidelberg, als Assistent der Studienkommission.

Die Vorbereitung und Bearbeitung der Studie innerhalb des Instituts erfolgte durch Dr. Walter Genzer.

Die Studiengruppe ist davon ausgegangen, daß es angesichts der bisherigen Bewährung der Vereinten Nationen in der Anpassung an veränderte politische Verhältnisse bedeutsam ist, die Organisation als das Forum für eine Verständigung zwischen den Völkern der Welt aufrechtzuerhalten. Da das für die Zukunft Deutschlands entscheidende Problem der Wiedervereinigung von einer Ueberbrückung der auch die UN lähmenden Ost-West-Spaltung abhängig ist, muß das Interesse an einer erneuerten Wirksamkeit der Organisation gerade auch in deutscher Sicht liegen, obwohl Deutschland Nicht-Mitglied der Vereinten Nationen ist. Dem Ziel einer Funktionserneuerung der Vereinten Nationen und ihrer Organe sind daher eine Reihe rechtlicher Erwägungen und Vorschläge gewidmet, die gleichzeitig die politischen Probleme mit einbeziehen. So befaßt sich die Studie mit Möglichkeiten, die beiderseitigen kollektiven Sicherheitssysteme auszugleichen oder organisatorisch in die Vereinten Nationen einzuordnen; ferner mit den Ansätzen für eine Umgehung oder Einschränkung des Veto-Rechts im Sicherheitsrat. Diese Erwägungen führen zu der Anregung, alle Möglichkeiten einer de facto-Revision durchzugehen. Angesichts der herrschenden Problematik in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder hat sich die Kommission der zunehmenden Bedeutung der Stellung der Nichtmitglieder und dem Ausbau ihrer Beziehungen zu den Organen der Vereinten Nationen gewidmet. Schließlich werden die Vorschläge, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs weiter auszudehnen, unterstützt.

Wenn die in der Studie gebrachten Erwägungen und Vorschläge verschiedentlich nicht neue Gesichtspunkte der Kommission enthalten, sondern einen Querschnitt der ausländischen Meinungen darstellen, so ist das darauf zurückzuführen, daß man sich in der bisherigen politischen und wissenschaftlichen Diskussion über eine Revision der Charta der Vereinten Nationen innerhalb Deutschlands aus verständlichen Gründen zurückgehalten hat. Um so mehr verdienen die Anregungen Beachtung, die die Studienkommission, insbesondere im Hinblick auf die Deutschland unmittelbar berührenden Fragen, entwickelt hat.

Das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft dankt auch an dieser Stelle den Förderern der Arbeit, vor allem den Mitgliedern der Studienkommission und dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.

W. G.

## Grundsätzliche Betrachtungen zur Revision der Satzung

### 1. Das deutsche Interesse für die Vereinten Nationen

Es muß auf den ersten Blick zweifelhaft erscheinen, ob eine Äußerung über die Reform der Satzung der Vereinten Nationen von deutscher Seite gerechtfertigt ist. Indessen bedarf diese Frage keiner eingehenden Erörterung. Deutschland ist zwar nicht Mitglied der Vereinten Nationen, aber diese Tatsache hat nicht dazu geführt, daß man gegenüber den die Vereinten

Nationen berührenden Fragen eine völlig indifferente Stellung einnimmt. Denn auch ein Nichtmitglied, insbesondere dann, wenn es sich in besonders gefährdeter Lage befindet, muß an der Funktion einer internationalen Organisation interessiert sein, die sich die Friedenssicherung zum Ziel gesetzt hat. Dies um so mehr, als der Koreakrieg gezeigt hat, daß im Falle einer Aggression die Vereinten Nationen als



solche fähig waren, dem Friedensstörer entgegenzutreten.

Dazu kommt, daß wohl alle Staaten ein lebhaftes Interesse daran haben müssen, daß über politische Gegensätze hinweg ein Weltforum erhalten bleibt, das eine Brücke für Begegnungen bietet.

Darüber hinaus ist im Gegensatz zu der Zeit von 1919 bis 1939 festzustellen, daß es keinen Staat gibt, der sich willentlich von der Arbeit der Vereinten Nationen fernhält, sondern daß eine allgemeine Bereitschaft zur Mitarbeit besteht. Dies gilt vor allem für die zahlreichen Sonderorganisationen (Specialized Agencies), in deren wichtigsten die Bundesrepublik bereits mitwirkt. Die Teilnahme einer deutschen Gruppe an der Diskussion über eine Reform der UN-Charta ist also aus einer Reihe von Motiven gerechtfertigt. Die besondere deutsche Sicht wird dazu führen, sich mit denjenigen Problemen speziell auseinanderzusetzen, die die Stellung der Nichtmitglieder, ihre Beziehungen zu der Organisation und die Probleme einer eventuellen Aufnahme als Mitglied betreffen. Unsere Mitarbeit soll darüberhinaus die Bereitschaft bekunden, einen Beitrag zur Lösung der Fragen zu leisten, denen die Vereinten Nationen im gegenwärtigen Zeitpunkt gegenüberstehen.

## II. Die bisherige Bewährung und Ansätze zu einer Reform

Jede Diskussion um eine Revision der UN-Charta geht von der Erkenntnis aus, daß die Vereinten Nationen eine Notwendigkeit darstellen und auf ein gewisses Maß erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken können. Andererseits zeigt die Diskussion über die Verbesserung der Organisation, daß es Fehlschläge gegeben hat und daß die 1945 geschaffene Form der Verbesserung bedarf.

1. Es soll hier nicht versucht werden, die Erfolge der Vereinten Nationen im einzelnen zu umreißen<sup>1</sup>.

Es mag genügen, einige von ihnen herauszugreifen: Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Persien, Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Israel und den arabischen Staaten, Mitanteil an der Lösung der indonesischen Frage und des Korfu-Zwischenfalles, Verhinderung eines offenen Konfliktes zwischen Indien und Pakistan über die Kaschmirfrage, Rückschlag der Aggression in Korea, technisches Hilfsprogramm.

Ganz abgesehen von diesen mehr oder weniger greifbaren Erfolgen haben die Vereinten Nationen ihren Wert bewiesen als ein Weltforum, das Gelegenheit bietet zur ständigen Fühlungnahme zwischen Ost und West. Insbesondere die Vollversammlung, die Senator *Vandenberg* „the town meeting of the world“ genannt hat, ist ein Mittelpunkt geworden, an dem die Weltöffentlichkeit einen spürbaren Einfluß auszuüben vermag.

Was Deutschland anbelangt, so war zwar den Vereinten Nationen in der Frage gesamtdeutscher

Wahlen kein Erfolg beschieden. Immerhin ist durch die bloße Behandlung des Problems der Wiedervereinigung diese Frage vielen Menschen nahegebracht, die ihre Bedeutung vorher nicht erkannt hatten<sup>2</sup>.

Ähnliches gilt für die Diskussion über die Kriegseingangsfrage auf der achten Vollversammlung. Auch wenn die Debatte zu keinem Ergebnis geführt hat, so hat sie doch zunächst einmal das Problem in das Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. Die Lösung des durch die Berliner Blockade entstandenen Konflikts wurde zwar außerhalb der Vereinten Nationen gefunden, die ersten Gespräche zwischen Ost und West aber fanden innerhalb der Vereinten Nationen statt<sup>3</sup>.

2. Es bedarf andererseits nicht erst eines Eingehens auf die in Artikel 1 der Charta ausgesprochenen Zwecke und Prinzipien der UN, um darzutun, daß die Vereinten Nationen die im Jahre 1945 in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben. Jeder objektive Beobachter muß zugeben, daß die Vereinten Nationen noch weit davon entfernt sind, ein zuverlässiges und wirksames Instrument zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu sein. Es wäre jedoch voreilig, wenn man den Vereinten Nationen selbst die Schuld an diesen Fehlschlägen zuschieben wollte, deren Ursache die Politik der Mitgliedstaaten, insbesondere die politischen und ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West, sind. Solange diese Spannungen bestehen, wird sich jede Organisation, auch wenn sie noch so vollkommen wäre, genau denselben Problemen gegenübersehen.

Diese Feststellung darf wiederum auch nicht dazu führen, jegliche Bemühung um die Verbesserung der Charta von vornherein als aussichtslos zu bezeichnen. Sicher müssen in Zukunft die größten Anstrengungen darauf gerichtet werden, zunächst die genannten Gegensätze zu überbrücken. Mit diesen Bemühungen müssen jedoch andere verbunden werden, die darauf gerichtet sind, das gemeinsame politische Dach, das die Vereinten Nationen und ihre Charta darstellen und unter dem sich auch heute noch die beiden großen Lager zusammenfinden, durch den Einbau neuer Stützen zu befestigen.

3. Die in der Vergangenheit sichtbaren Bemühungen um die Anpassung der Charta an die weltpolitischen Verhältnisse weisen einen möglichen Weg. Denn nicht zuletzt war es die rechtzeitige Erkenntnis der eingetretenen Wandlungen und ihrer Konsequenzen, die den Zusammenbruch der Vereinten Nationen verhindert hat. Hierbei handelt es sich um die unter der Bezeichnung „de facto-Revision“ zusammengefaßten Vorgänge<sup>4</sup>.

Die ersten Versuche einer Anpassung der Charta an die veränderten Verhältnisse, deren sichtbarer Ausdruck die häufige Inanspruchnahme des sogenannten Vetorechts durch die Sowjetunion war, reichen bis in die Anfangszeit der Vereinten Nationen

zurück. Dies gilt insbesondere für die ergebnislosen Bemühungen, durch ein „gentlemen's agreement“ zwischen den Großmächten zu einer Einschränkung des Vetorechts zu gelangen<sup>5</sup>.

Die Ablehnung einer solchen Beschränkung von seiten der Sowjetunion war der Auftakt zu einer Reihe von Neuerungen, deren vorläufiges Ergebnis eine Verstärkung des Gewichts der Vollversammlung darstellt. Der Gedanke, das Vetorecht im Sicherheitsrat durch Schaffung der „Little Assembly“ zu vermeiden, konnte nicht von Erfolg gekrönt sein. Er mußte scheitern, weil ein solches Organ nicht mehr Vollmachten haben konnte, als die Vollversammlung selbst besaß<sup>6</sup>.

Die damit begonnene Suche nach neuen Wegen führte im weiteren zum „Acheson Security Plan“, den die Vollversammlung im wesentlichen in der „Uniting for Peace“-Resolution vom 3. November 1950 übernahm. Der hierdurch eingeleitete Versuch, ein ergänzendes Sicherheitssystem zu schaffen, kann indessen in seinen möglichen Auswirkungen noch nicht übersehen werden.

Eine wichtige Erscheinung für die Entwicklung der Vereinten Nationen war auch die Schaffung kollektiver Sicherheitssysteme als Antwort auf die offensichtliche Unfähigkeit der UN, der Möglichkeit von Friedensstörungen im Rahmen der weltpolitischen Spannungen alsbald wirksam entgegenzutreten zu können.

Jedenfalls ist festzustellen, daß die Vereinten Nationen trotz des Fehlschlages, ein wirksames weltumspannendes Sicherheitssystem aufzubauen, nicht gescheitert sind und daß man andere Wege gefunden hat, um den Spannungen zwischen Ost und West zu begegnen.

Aus dieser Entwicklung lassen sich auch Folgerungen ziehen, die gerade bei einer Diskussion über die förmliche Revision der UN-Charta nicht außer acht gelassen werden dürfen. Die UN-Charta hat sich als ein Instrument erwiesen, das trotz schwerwiegender Veränderungen der weltpolitischen Gegebenheiten diesen angepaßt werden konnte. In ihrem Rahmen haben sich Umwälzungen vollzogen, die niemand bei ihrer Schaffung für möglich gehalten hat. Wenn es das Kriterium einer guten Verfassung ist, angesichts dauernder politischer Veränderungen gewisse Grundprinzipien unverrückbar zu bewahren<sup>7</sup>, so kann wohl nicht in Zweifel gezogen werden, daß die UN-Charta in der Vergangenheit insofern die Probe bestanden hat<sup>8</sup>.

### III. Die Problematik förmlicher Revisionsvorschläge

Inhalt und Grenzen einer Stellungnahme zur förmlichen Revision der UN-Charta hängen zunächst ab von den Vorschriften über ihre Aenderung. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, diese Vorschriften der Charta genau zu untersuchen. Eine solche Untersuchung ist aber nur dann sinnvoll, wenn

sie die aus diesen Vorschriften sich ergebenden Implikationen, die mehr politischer als juristischer Natur sind, mit erfaßt und für die gegebenen Möglichkeiten verwertet. Denn eine Stellungnahme, die an den Realitäten des politischen Lebens vorbeigeht, wäre nutzlos. Weiterhin wird man mögliche Aenderungen in der weltpolitischen Konstellation mit in Betracht ziehen müssen. Es erscheint also angebracht, trotz der in mangelnder Vorausssehbarkeit begründeten Vorbehalte Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit einer sofortigen Verwirklichung rechnen, die aber als Ausdruck der in der Charta niedergelegten Prinzipien vielleicht in absehbarer Zeit realisiert werden können.

In enger Verbindung mit dieser Erwägung steht die weitere, daß das richtige Funktionieren jeder Verfassung letztlich von der Handhabung durch diejenigen abhängt, die sich ihrer bedienen. Daher wird in jedem einzelnen Fall die Frage aufgeworfen werden müssen, ob es die Charta selbst ist, die einer wünschenswerten Entwicklung im Wege steht, oder ob diese Entwicklung abhängt von einer Aenderung der Politik der die Vereinten Nationen tragenden Staaten. Hierbei wird die Erkenntnis ins Gewicht fallen, daß die Charta von heute zwar noch mit der Charta von 1945 identisch ist, daß aber die Vereinten Nationen sich irgendwie weiterentwickelt haben.

### IV. Aenderungsvorschriften der Charta

1. Die Charta der Vereinten Nationen ist, wie fast jeder völkerrechtliche Vertrag, ein Kompromiß<sup>9</sup>. Insbesondere gilt dies für die Vorschriften der Charta über ihre Aenderung. Es wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß das Verfahren zur Aenderung der Charta in engster Wechselbeziehung zu dem Vetorecht der Großmächte steht<sup>10</sup>.

Das normale Verfahren ist in Artikel 108 umschrieben:

„Amendments to the present Charter shall come into force for all Members of the United Nations when they have been adopted by a vote of two thirds of the members of the General Assembly and ratified in accordance with their respective constitutional processes by two thirds of the Members of the United Nations, including all the permanent members of the Security Council“.

Das wesentliche Kriterium dieser Vorschrift ist also die jedem ständigen Mitglied des Sicherheitsrates gegebene Möglichkeit, alle von der Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder beschlossenen und von der gleichen Mehrheit ratifizierten Aenderungen dadurch unwirksam zu machen, daß es sie nicht ratifiziert. Diese Tatsache und die Erwägung, daß auf dem in Artikel 108 vorgezeichneten Weg nur

<sup>9</sup>) Vgl. den deutschen Wortlaut der UN-Charta u. a. in: „Satzung der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofes; englischer und französischer Text mit deutscher Uebersetzung und Anlagen“, herausgegeben von Erich Kaufmann und Erich Kordt. Bonn: Universitätsverlag 1948. 144 S.



schrittweise Aenderungen möglich sind, es aber untunlich wäre, die Vollversammlung mit einer in Zukunft notwendig werdenden allgemeinen Diskussion über das bisherige Funktionieren der Organisation zu belasten<sup>11</sup>, führte in San Francisco zu dem Vorschlag, ein zweites und wesentlich einfacheres Verfahren zur Aenderung der Charta ins Auge zu fassen. Artikel 109, der auf diesen Vorschlag einer ganzen Reihe mit der endgültigen Fassung der Charta nicht zufriedener Staaten zurückgeht, entspricht jedoch nicht entfernt diesen Wünschen. Das zeigt der Wortlaut dieser Vorschrift:

„1. A General Conference of the Members of the United Nations for the purpose of reviewing the present Charter may be held at a date and place to be fixed by a two-thirds vote of the members of the General Assembly and by a vote of any seven members of the Security Council. Each Member of the United Nations shall have one vote in this conference.

2. Any alteration of the present Charter recommended by a two-thirds vote of the conference shall take effect when ratified in accordance with their respective constitutional processes by two-thirds of the Members of the United Nations including all the permanent members of the Security Council.

3. If such a conference has not been held before the tenth annual session of the General Assembly following the coming into force of the present Charter, the proposal to call such a conference shall be placed on the agenda of that session of the General Assembly, and the conference shall be held if so decided by a majority vote of the members of the General Assembly and by a vote of any seven members of the Security Council.“

Diese Vorschrift eröffnet zwar die Möglichkeit, unter gewissen Voraussetzungen eine Allgemeine Konferenz der Mitgliedstaaten zum Zwecke der Erörterung der Charta (Review Conference) einzuberufen. Sie verlangt aber ebenso wie Artikel 108 die Ratifikation aller Aenderungen durch jedes der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates.

2. Anlaß der gegenwärtigen Diskussion über eine Revision der UN-Charta ist die Bestimmung in Artikel 109 Absatz 3, daß der Vorschlag über die Abhaltung einer Allgemeinen Konferenz automatisch auf der Tagesordnung der zehnten Vollversammlung im Jahre 1955 erscheinen und die Konferenz stattfinden wird, falls sich die Mehrheit der Mitglieder der Vollversammlung und sieben Mitglieder des Sicherheitsrates dafür aussprechen. Das bedeutet, daß keine Großmacht die Einberufung einer solchen Konferenz verhindern kann<sup>12</sup>.

Aus der Ankündigung des amerikanischen Staatssekretärs, John Foster Dulles, daß die Vereinigten Staaten auf der zehnten Vollversammlung für die Abhaltung einer „Review Conference“ eintreten werden<sup>13</sup>, geht die Erwartung der Vereinigten Staaten hervor, daß die Konferenz spätestens im Jahre 1956 stattfinden wird. Es ist hier nicht zu erörtern, ob die Konferenz etwa die bestehenden Spannungen ver-

schärfen oder sogar den Bestand der Vereinten Nationen gefährden könnte<sup>14</sup>.

Wir gehen von der Annahme aus, daß keiner der in den Vereinten Nationen organisierten Staaten sich der Prüfung des 1945 geschaffenen Instruments im Lichte der Erfahrungen widersetzen werde. Eine „Review Conference“ stellt schon wegen der damit verbundenen Frage des weiteren Schicksals der Vereinten Nationen eine Notwendigkeit dar. Auch wenn die Vereinten Nationen im gegenwärtigen Zeitpunkt den Wünschen des größten Teils ihrer Mitglieder nicht entsprechen, so birgt die Organisation doch die Möglichkeit zum friedlichen Zusammenleben der beiden großen Lager<sup>15</sup>.

#### V. Die Natur der bisherigen Aenderungsvorschläge

Die Vorschläge zur Abänderung der UN-Charta lassen sich nach der bisherigen Diskussion im wesentlichen in drei Gruppen einteilen:

- a) Vorschläge, die die gegenwärtige Organisation der Vereinten Nationen grundsätzlich unangetastet lassen und nur auf eine Verbesserung des Textes sowie auf geringfügige Aenderungen der Charta zielen;
- b) Vorschläge, die von einem Fehlschlag der Vereinten Nationen ausgehen und deren völlige Ersetzung durch ein neues System internationalen Zusammenlebens, etwa in Form eines Weltbundesstaates, bezwecken;
- c) Vorschläge, die zwar auf der gegenwärtigen Struktur der Organisation und den in der Charta niedergelegten Prinzipien aufbauen, jedoch sachliche Aenderungen einiger als mangelhaft bezeichneten Bestimmungen der Charta zum Gegenstand haben.

1. Es bedarf keiner näheren Begründung dafür, daß technische Verbesserungen des Wortlauts der Charta für sich allein, wie sie in der Kategorie a) gekennzeichnet sind, niemals die Einberufung einer „Review Conference“ rechtfertigen können. Gerade die Präzisierung mancher Vorschrift der Charta würde die Möglichkeit verbauen, die Charta veränderten politischen Verhältnissen anzupassen. Letztlich waren viele der politischen Entwicklungen, die sich innerhalb der Vereinten Nationen und im Rahmen der Charta vollzogen haben, nur möglich wegen der weitgefaßten Formulierung mancher Vorschriften. Schließlich kann auch die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden, daß Debatten über „geringfügige“ Aenderungen Kontroversen veranlassen könnten, deren Folgen möglicherweise in keinem Verhältnis zu dem erhofften Gewinn stehen würden. Man sollte jedenfalls die in der Charta liegenden, noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten zu ihrer Anpassung an die politischen Verhältnisse durch einen unnötigen „Perfektionismus“ nicht verbauen<sup>16</sup>.

Ähnliche Erwägungen gelten für den Vorschlag, die seit 1945 eingetretenen Veränderungen dadurch

formell zu sanktionieren, daß man sie in die Charta aufnimmt. Auch einen solchen Vorschlag halten wir für unzweckmäßig. Die Befürworter dieses Vorschlages übersehen, daß diese Veränderungen zum Teil dem Widerstand der Sowjetunion begegnet sind. Unter diesen Umständen erscheint es mindestens sehr fraglich, ob die Sowjetunion ihrer Legalisierung zustimmen würde.

2. Die eifrigsten Befürworter einer Revision der UN-Charta sind die Verfechter eines „Weltstaates“<sup>17</sup>. Sie verkennen, daß die Organisation der UN immerhin die beste Lösung bedeutet, die heute möglich erscheint, wobei dahingestellt bleiben kann, ob es überhaupt denkbar wäre, gegenwärtig nochmals zu einer solchen allgemeinen Uebereinstimmung zu gelangen wie 1945. Sie machen außerdem den Fehler, die Schwäche der Vereinten Nationen in ihrer Konstruktion zu sehen statt in dem Fehlen einer gemeinsamen Willensrichtung ihrer Mitglieder. Solange aber dieser Mangel an Uebereinstimmung besteht, wird der Versuch, die Vereinten Nationen in eine Weltföderation umzuformen, erst recht zum Scheitern verurteilt sein<sup>18</sup>.

3. Die Befürworter der Vorschläge der dritten Kategorie (oben unter c) gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die gegenwärtige Organisation der Vereinten Nationen alle Möglichkeiten zum Guten in sich

birgt. Es kann sich also nur darum handeln, aufgetretene Mängel zu beseitigen. Sie beschränken sich aber nicht nur auf solche Vorschläge, bei denen mit einiger Gewißheit darauf gerechnet werden kann, daß sie angenommen werden. Die Vorschläge enthalten vielmehr auch Entwürfe für Aenderungen, deren Verwirklichung in naher Zukunft vielleicht aussichtslos erscheinen mag, wenn man die gegenwärtige Weltsituation noch weiterhin als bestehend annimmt. Für die Befürworter dieser Vorschläge kann jedenfalls die Allgemeine Konferenz, mag sie auch negativ ausgehen, keine gefährliche Enttäuschung bringen. Insbesondere besteht für sie kein Grund, alle Hoffnungen auf spätere Aenderungen aufzugeben. Sollte aber die Konferenz in diesem oder jenem Punkt zu einer Uebereinstimmung gelangen, so könnte dies nur als Gewinn für eine fortschrittliche Entwicklung aufgenommen werden.

Diese Erwägungen ließen es ratsam erscheinen, weder redaktionelle oder kleinere Aenderungen vorzuschlagen noch die Pläne der Weltföderalisten zu berücksichtigen. Wir sind der Auffassung, daß allein die dritte Gruppe der Vorschläge zur Untersuchung geeignet ist. Dabei sollen die im Blickfeld der deutschen Situation liegenden Fragen in den Vordergrund gestellt und, soweit möglich, konkrete Vorschläge gemacht werden.

## Erwägungen und Vorschläge zu einer Revision

### VI. Das Sicherheitsproblem

1. Für Deutschland, das inmitten des Spannungsfeldes zwischen Ost und West liegt, stehen naturgemäß zwei Fragen im Vordergrund: die Wiedervereinigung der auseinandergerissenen Teile Deutschlands und die Sicherung der Bundesrepublik vor einer möglichen Gefährdung. Die enge Beziehung zwischen beiden Fragen ist offensichtlich. Diese beiden deutschen Lebensprobleme hängen von derselben Entwicklung ab wie die Schwierigkeiten, die die Vereinten Nationen von Anbeginn begleitet haben, nämlich von einer Bereinigung der Spannungsprobleme zwischen Ost und West. Jeder Versuch zu einer Lösung der die Vereinten Nationen betreffenden Schwierigkeiten auf Grund der politischen Spaltung muß demnach von deutscher Seite mit Interesse verfolgt und unterstützt werden.

2. Das in der Charta vorgesehene universale System kollektiver Sicherheit hat sich nicht verwirklichen lassen, weil die Hoffnung sich nicht erfüllt hat, daß die Zusammenarbeit der fünf Großmächte den Frieden sichern würde.

Das Einstimmigkeitsprinzip der Großmächte im Sicherheitsrat, eine Fortführung der im Krieg erfolgreich geübten Zusammenarbeit, war als Grundlage der Vereinten Nationen und des geplanten Sicherheitssystem gedacht. Sein Einbau in die Organisation

bedeutete aber gleichzeitig die Anerkennung der Tatsache, daß im Falle tiefgreifender und unüberbrückbarer Gegensätze unter den Großmächten selbst eine wirksame Friedenssicherung durch die UN nicht möglich ist<sup>19</sup>.

Gerade diese Uneinigkeit war es, die die weltpolitische Situation in den letzten acht Jahren gekennzeichnet hat. Die Spannungen zwischen Ost und West haben verhindert, daß der Sicherheitsrat, mit der „primary responsibility for the maintenance of international peace and security“ betraut, diese Funktion ausüben konnte. Sie haben praktisch dessen Funktionsunfähigkeit herbeigeführt, die schon äußerlich deutlich wird, wenn man sich die abnehmende Zahl der Sitzungen vergegenwärtigt, die der Sicherheitsrat trotz Fortbestehens zahlreicher Probleme in den letzten Jahren abgehalten hat<sup>20</sup>.

Die Gegensätze zwischen den beiden Mächtegruppen verhinderten auch die Errichtung der in Artikel 43 vorgesehenen internationalen Streitmacht, die dem Sicherheitsrat zur Durchsetzung seiner Entscheidungen zur Verfügung stehen sollte. Auch die jahrelangen Debatten und Verhandlungen über die Kontrolle der Atomenergie sowie über die allgemeine Abrüstung haben zu keiner Einigung geführt. Bis heute sind die Vereinten Nationen nicht die universale Organisation geworden, die sie nach den Plänen



ihrer Urheber werden sollte; eine ganze Reihe von Staaten stehen noch vor den Toren der UN; 21 von ihnen warten zum Teil schon seit Jahren auf ihre Zulassung.

3. Die Vereinten Nationen sind jedoch an dem Fehlschlag, ein wirksames universales System kollektiver Sicherheit aufzubauen, nicht gescheitert, weil man rechtzeitig die eingetretenen Wandlungen in der weltpolitischen Situation erkannte und daraus die Konsequenzen zog. Eine der entscheidenden Konsequenzen war die Schaffung regionaler Verteidigungspakte. In dieser Hinsicht ist von Vorteil, daß die Charta selbst Bestimmungen enthält, die den Abschluß regionaler Abkommen und anderer Beistandspakte erlauben (Art. 51 einerseits und Kap. VIII andererseits). Wenn es sich hierbei nach der Intention der Charta auch nur um subsidiäre Friedenssicherungssysteme handelt, das in der Charta selbst vorgesehene System also den Vorrang haben sollte, so haben sich doch gerade diese Bestimmungen angesichts des Gegensatzes zwischen den beiden Mächtegruppen als die wichtigeren erwiesen. Sie haben es ermöglicht, im Rahmen der Vereinten Nationen auf einem anderen als dem in erster Linie betonten Wege dem Bedürfnis der einzelnen Staaten nach Sicherheit Rechnung zu tragen.

Sämtliche im westlichen Lager abgeschlossene Verteidigungspakte stützen sich auf Artikel 51 der Charta. Das gilt sowohl für den „Inter-American Treaty of Reciprocal Assistance“ vom 2. September 1947 (Rio-Pakt)<sup>21</sup>, der gleichzeitig auch ein Regionalabkommen nach Artikel 53 der Charta darstellt<sup>22</sup>, als auch für den Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948 und den Nordatlantikpakt vom 4. April 1949<sup>23</sup>.

Aber auch die anderen inzwischen abgeschlossenen zweiseitigen Verteidigungsbündnisse zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen, Japan und Korea sowie der Dreierpakt zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland<sup>24</sup> finden ihre Stütze in Artikel 51 der Charta<sup>25</sup>. Ebenso war die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) als ein kollektives Sicherheitssystem geplant.

Auch im östlichen Lager hat man schon frühzeitig die sich aus dem Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen ergebenden Konsequenzen gezogen und ein Verteidigungssystem eigener Art aufgebaut. Während aber die eben erwähnten Abkommen in Artikel 51 ihre Grundlage und Rechtfertigung finden, beruhen die zahlreichen zweiseitigen Bündnisse zwischen der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten und unter diesen selbst vor allem auf den Artikeln 53 und 107 der Charta, indem sie alle von der Voraussetzung eines Angriffs von seiten der ehemaligen Gegner ausgehen, wie dies übrigens auch der Brüsseler Pakt tut<sup>26</sup>.

Bemerkenswert ist also, daß das Nichtfunktionieren des in der Charta vorgesehenen universalen Systems

kollektiver Sicherheit auf beiden Seiten zum Aufbau begrenzter Sicherheitssysteme geführt hat, die die ursprüngliche Konzeption der Vereinten Nationen für die Friedenssicherung verschoben haben.

4. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereit erklärt, an einem kollektiven Sicherheitssystem teilzunehmen. Während aber für die Mitgliedstaaten der UN der Abschluß von Vereinigungen der kollektiven Sicherheit vor allem seinen Grund darin hatte, daß die Vereinten Nationen selbst keinen wirksamen Schutz vor einem möglichen Angriff von seiten einer Großmacht bieten konnten, also eine Alternativlösung darstellt, kann dasselbe für die Bundesrepublik nicht gesagt werden. Für sie ist die Teilnahme an einem begrenzten Sicherheitssystem der einzige Weg, um sich vor einer etwaigen Gefährdung zu schützen.

Das in der Charta vorgesehene Sicherheitssystem würde zwar, wenn es verwirklicht werden könnte, auch das Sicherheitsbedürfnis solcher Staaten, die außerhalb der Organisation stehen, befriedigen, da jeder Angriff auf ein Nichtmitglied, sei es von seiten eines Mitglied- oder Nichtmitgliedstaates, naturgemäß eine Bedrohung des Friedens darstellen und das Eingreifen der Vereinten Nationen notwendig machen würde. Dasselbe gilt aber nicht für die Staaten, die während des Zweiten Weltkrieges Gegner der Alliierten gewesen sind. Denn gerade sie hat die UN-Charta nicht nur von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, sondern durch Artikel 53 und 107 außerhalb ihres Sicherheitssystems gestellt und dem Zugriff ihrer ehemaligen Gegner ausgesetzt<sup>27</sup>.

Das Recht, sich gegen eine solche, durch die Charta sonst verbotene Aktion zu schützen, wird man Deutschland aber nicht bestreiten können. Denn obgleich Artikel 53 und 107 weitgehende Vollmachten für die Siegerstaaten aufrechterhalten, kann nicht verkannt werden, daß nach Eintritt eines faktischen Friedenszustandes<sup>28</sup> eine Gewaltanwendung nach allgemeinem Völkerrecht nicht mehr vertretbar ist. Auch den ehemaligen Feindstaaten steht das Recht auf Selbstverteidigung zu, das die Charta in Artikel 51 nicht etwa — und nur für die Mitglieder — statuiert, sondern lediglich als Ausdruck einer allgemeinen Regel des Völkerrechts wiederholt. Die politische Entwicklung hat also bereits erwiesen, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechts stärker sind als die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der Charta. Das gilt auch für den Abschluß des Friedensvertrages, bei dem nach diesen Artikeln keinerlei Bindung an die sonst geltenden allgemeinen Prinzipien der Charta zu beachten sein würde<sup>29</sup>. Die Vorschläge, die auf eine Streichung der diskriminierenden Bestimmungen in Artikel 53 und 107 abzielen<sup>30</sup>, tragen diesen Erwägungen bereits Rechnung.

5. Es ist offensichtlich, daß mit den von einer bestimmten Zahl von Staaten eingegangenen Abkommen zur kollektiven Selbstverteidigung die Mög-

lichkeit einer allgemeinen Abrüstung und einer internationalen Kontrolle der Atomenergie geringer wird als bisher. Denn im Grunde ist die Schaffung dieser Sicherheitssysteme, die im Vergleich zu dem in der Charta vorgesehenen System einen Rückschritt darstellen<sup>31</sup>, nichts anderes als die Fortführung der jahrhundertlang geübten Politik der „balance of power“, mit dem einzigen Unterschied, daß an die Stelle zwei- oder mehrseitiger Allianzen Systeme kollektiver Sicherheit getreten sind. Demgemäß werden die Anstrengungen auf einer Seite immer dazu führen, daß auch die andere Seite ihnen auf gleiche Weise begegnet.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Haltung derjenigen Staaten an Bedeutung, die zwischen den beiden Machtblöcken eine „neutrale“ Stellung einnehmen. Die Frage ist hier nicht zu untersuchen, inwieweit eine solche „neutrale“ Haltung auch für Mitgliedstaaten im Hinblick auf die in der Charta vorgesehenen Zwangsmaßnahmen in allen Fällen durchführbar erscheint. Es liegt auf der Hand, daß in letzterer Hinsicht die Stellung der nicht den Vereinten Nationen angehörenden Bundesrepublik Deutschland eine andere ist.

Es kann auch nicht übersehen werden, daß der Aufbau von kollektiven Sicherheitssystemen, auch wenn sie mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar sind, zu einer Verlagerung des Schwergewichts der politischen Vorgänge außerhalb der Vereinten Nationen notwendigerweise führen muß. Es fragt sich, ob hierdurch eine Schwächung der Vereinten Nationen herbeigeführt wird, der auf die Länge der Zeit begegnet werden sollte<sup>32</sup>.

Vielleicht führt der mit der „Uniting for Peace“-Resolution vom 3. November 1950 eingeleitete Versuch doch zu einem möglichen Weg, wie dieser Tendenz, bei Aufrechterhaltung der vorhandenen Sicherheitssysteme, vorgebeugt werden kann. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß ein solches quasi-universales Sicherheitssystem mit der Vollversammlung als dem entscheidenden Organ keinen echten Ersatz für das in der Charta ursprünglich vorgesehene System darstellen würde. Wenn auch in der Vollversammlung keinem Staat ein Vetorecht zukommt, so ist sie in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung doch nicht in der Lage, Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Sie kann Maßnahmen nur empfehlen; deren Ausführung ist von der freiwilligen Mitarbeit der Mitglieder abhängig<sup>33</sup>.

Angesichts dieser Lage wäre zu überlegen, welche Mittel ergriffen werden können, um den Sicherheitsrat oder die Vollversammlung in stärkerem Maße zur Lösung von Streitfragen tatsächlich in den Stand zu setzen.

Als eine solche Möglichkeit wäre die Erweiterung des Sicherheitsrates mit Abstufung der Zugehörigkeitsdauer oder des Stimmgewichts oder eine Ver-

einfachung des Verfahrens der Vollversammlung in bestimmten Fällen (Little Assembly) in Erwägung zu ziehen<sup>34</sup>.

#### VII. Das Vetorecht

1. Das offensichtliche Unvermögen des Sicherheitsrates, die ihm vorgezeichneten Aufgaben durchzuführen, dürfte einen der hauptsächlichsten Diskussionspunkte auf der Konferenz zur Ueberprüfung der Charta abgeben<sup>35</sup>. Allen bisher aufgetauchten Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie auf eine Abschaffung oder Beschränkung des in Artikel 27 Absatz 3 statuierten sogenannten Vetorechts abzielen.

2. Die Befürworter einer gänzlichen Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und seiner Ersetzung durch mehr oder weniger qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse scheinen zu übersehen, daß es sich keine der Großmächte wird leisten wollen, auf ihr Vetorecht zu verzichten. Das ist auch deutlich in den bisherigen Stellungnahmen amerikanischer Regierungsstellen zum Ausdruck gekommen<sup>36</sup>.

Denn der Verzicht auf das Veto wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht, in Fragen der Verwendung nationaler Streitkräfte die letzte Entscheidung treffen zu können. Solange die Vereinten Nationen auf dem Grundsatz der *s o u v e r ä n e n* Gleichheit ihrer Mitglieder aufgebaut sind, wird sich jede Großmacht, besonders im Hinblick auf den möglichen weiteren Ausbau eines Systems kollektiver Sicherheit, das Recht der vollen Verfügungsgewalt über ihre Streitkräfte vorbehalten müssen; sie kann insbesondere nicht darin einwilligen, daß politisch wichtige Entscheidungen gegen ihren Willen, aber für sie verbindlich, durch Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden. Auch sollte die Tatsache, daß in der Vergangenheit ein Staat das Vetorecht gleichsam monopolisiert hat<sup>37</sup>, nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies lediglich eine Reflexion der bestehenden Machtverhältnisse war. Diese können jedoch nicht durch eine Abschaffung des Vetorechts geändert werden. Es erscheint fraglich, ob diesbezügliche Aenderungsvorschläge in der Gegenwart Aussicht auf Erfolg bieten<sup>38</sup>.

3. Neben den Befürwortern einer gänzlichen Abschaffung des Vetorechts stehen solche, die seine Beschränkung auf wichtige Entscheidungen („enforcement measures“ unter Kap. VII der Charta) oder den Verzicht auf das Vetorecht für gewisse Angelegenheiten verlangen (was im Ergebnis auf dasselbe hinausläuft). Hier liegt ein Problem, das zwar in der Vergangenheit bereits Gegenstand zahlreicher Bemühungen gewesen ist<sup>39</sup>, das aber vielleicht in Zukunft doch einer Lösung zugeführt werden kann.

Es ist vorgeschlagen worden, daß das Vetorecht nicht angewendet werden soll:

- a) bei Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Konflikten (Kap. VI der Charta);
- b) bei der Vorfrage, ob die zu behandelnde Angelegenheit eine Sach- oder Verfahrensfrage ist;



- c) bei der Wahl des Generalsekretärs (Art. 97);  
d) bei der Aufnahme neuer Mitglieder (Art. 4 Abs. 2).

4. Was zunächst die Nichtanwendung des Veto-rechts bei Maßnahmen unter Kapitel VI der Charta anbelangt, so hat der amerikanische Staatssekretär, John Foster Dulles, angedeutet, daß die Vereinigten Staaten unter Umständen bereit sein würden, einer solchen Beschränkung zuzustimmen<sup>40</sup>.

Hierin liegt eine wesentliche Abweichung von dem auch von den Vereinigten Staaten unterzeichneten „Statement by the delegations of the Four Sponsoring Governments on Voting Procedure in the Security Council“ vom 7. Juni 1945<sup>41</sup>, wo es unter Berufung auf die „chain of events“-Doktrin heißt:

„4. Beyond this point, decisions and actions by the Security Council may well have major political consequences and may even initiate a chain of events which might, in the end, require the Council under its responsibilities to invoke measures of enforcement under Section B, Chapter VIII. This chain of events begins when the Council decides to make an investigation, or determines that the times has come to call upon states to settle their differences, or makes recommendations to the parties. It is to such decisions and actions that unanimity of the permanent members applies, with the important proviso, referred to above, for abstention from voting by parties to a dispute.

5. To illustrate: in ordering an investigation, the Council has to consider whether the investigation — which may involve calling for reports, hearing witnesses, dispatching a commission of inquiry, or other means — might not further aggravate the situation. After investigation, the Council must determine whether the continuance of the situation or dispute would be likely to endanger international peace and security. If it so determines, the Council would be under obligation to take further steps. Similarly, the decision to make recommendations, even when all parties request it to do so, or to call upon parties to a dispute to fulfill their obligations under the Charter, might be the first step on a course of action from which the Security Council could withdraw only at the risk of failing to discharge its responsibilities.“

Die hier vorgeschlagene Einschränkung des Veto-rechts könnte in der Tat zu einer nicht zu unterschätzenden Aktivierung des Sicherheitsrates führen. Fraglich ist natürlich, ob die Sowjetunion bereit sein wird, in diesem Punkt ihre bisherige ablehnende Haltung aufzugeben<sup>42</sup>. Trotzdem sollte nichts unversucht bleiben, in dieser Frage zu einer Übereinstimmung zu gelangen, zumal „enforcement measures“ unter Kapitel VII nach wie vor dem Vetorecht unterliegen würden. Auch hat die bisherige Erfahrung gelehrt, daß die „chain of events“-Doktrin kein stichhaltiges Argument für die Beibehaltung des Vetorechts in dieser Frage liefert. In einer Reihe von Fällen hat der Sicherheitsrat Beschlüsse gefaßt, ohne daß es zu einer Anwendung gekommen ist.

5. Ferner sollte der Versuch unternommen werden, das sogenannte „double veto“ auszuschalten. Wenn es auch kaum möglich sein wird, in der Frage einer genauen und klaren Abgrenzung zwischen „procedural and substantive questions“ mit der Sowjetunion eine Übereinkunft zu erzielen, es im übrigen auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen untunlich wäre, eine solche Abgrenzung in die Charta selbst aufzunehmen, so sollte doch die Entscheidung darüber, was Sach- und Verfahrensfrage ist, nicht dem Veto unterliegen<sup>43</sup>.

Es wäre zu überlegen, ob an Stelle des Vetos hier nicht eine qualifizierte Mehrheit gesetzt werden kann, um vor allem der Sowjetunion eine gewisse Garantie dafür zu bieten, daß sie nicht leicht überstimmt werden kann.

In diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis angebracht, daß auch das sogenannte „double veto“, das in der bisherigen Abstimmungspraxis des Sicherheitsrats eine große Rolle gespielt hat<sup>44</sup>, bereits in dem oben erwähnten „Statement“ vom 7. Juni 1945 seinen Niederschlag gefunden hatte. Dort heißt es am Ende:

„2. In this case, it will be unlikely that there will arise in the future any matters of great importance on which a decision will have to be made as to whether a procedural vote would apply. Should, however, such a matter arise, the decision regarding the preliminary question as to whether or not such a matter is procedural must be taken by a vote of seven members of the Security Council, including the concurring votes of the permanent members“<sup>45</sup>.

Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß schon gegen den Ausgangspunkt der zum „double veto“ führenden Ueberlegung Bedenken obwalten. Die Frage nach dem Charakter einer zur Diskussion stehenden Angelegenheit ist so oft aufgetaucht<sup>46</sup>, daß es heute angebracht erscheint, diese Übereinkunft der Großmächte einer Ueberprüfung zu unterziehen. Dabei wird es auch notwendig sein, Klarheit über die rechtliche Bedeutung des „Statement“ zu gewinnen. Es läßt sich nämlich sehr wohl die Auffassung vertreten, daß es sich bei dem „Statement“, das von den „Sponsoring Powers“ und nicht von der Konferenz in San Francisco angenommen worden war, lediglich um „preparatory material“ handelt, das zwar zur Auslegung des Artikels 27 herangezogen werden kann, nicht aber um eine authentische Interpretation dieser Bestimmung. Bisher ist diese Frage wegen der strengen Handhabung der Regel von seiten aller fünf Großmächte nicht besonders akut gewesen. Dies dürfte jedoch in dem Augenblick anders sein, in dem eine Großmacht bereit ist, von der bisherigen Praxis abzugehen<sup>47</sup>.

6. Was die Ernennung des Generalsekretärs anbelangt, so hat schon die bisherige Praxis einen Weg gewiesen, wie das Veto eines ständigen Mitglieds

des Sicherheitsrats umgangen werden kann. Gemäß der Resolution der ersten Vollversammlung vom 24. Januar 1946 über die „Terms of Appointment of the Secretary-General“, „the same rules apply to a renewal of appointment as to an original appointment“.<sup>48</sup>

Die Regel über die Ernennung des Generalsekretärs enthält Artikel 97 der Charta, wo es heißt: „The Secretary-General shall be appointed by the General Assembly upon the recommendation of the Security Council.“ Vergleicht man diese Bestimmung mit der korrespondierenden Vorschrift des Artikels 4 Absatz 2 und vergegenwärtigt man sich das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 3. März 1950, das für die Frage der Aufnahme neuer Mitglieder die Notwendigkeit einer vorherigen Empfehlung des Sicherheitsrates bejahte, so kann wenig Zweifel darüber bestehen, daß die Vollversammlung keine Verlängerung der Amtszeit eines Generalsekretärs ohne positive Empfehlung des Sicherheitsrats beschließen kann. Trotz Fehlens einer solchen Empfehlung hat die Vollversammlung im Jahre 1950 die Amtszeit Trygve Lies verlängert<sup>49</sup>.

Wenn auch inzwischen Dag Hammarskjöld (am 7. April 1953) auf dem in Artikel 97 vorgesehenen Weg zum Generalsekretär gewählt worden ist, so hat die Vollversammlung mit der Verlängerung der Amtszeit Trygve Lies doch einen Präzedenzfall geschaffen, der für zukünftige Entwicklungen bedeutsam werden kann.

Die Vorschläge über einen Ausschluß des Vetorechts bei der Ernennung des Generalsekretärs sollten jedenfalls weiterverfolgt werden. Ein solcher Ausschluß könnte entweder dadurch herbeigeführt werden, daß man die nach Artikel 97 notwendige Empfehlung des Sicherheitsrats als „procedural question“ auffaßt oder die vorherige Empfehlung des Sicherheitsrats fallen läßt, die Ernennung also allein der Vollversammlung überträgt.

### VIII. Die Aufnahme neuer Mitglieder

1. In keiner Frage hat sich in der Vergangenheit der scharfe Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen deutlicher offenbart als bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen. Die UN, deren Mitgliederkreis, ähnlich wie zu Beginn des Völkerbundes, ursprünglich nur die im Zweiten Weltkrieg siegreichen Mächte umfaßte, sind auch heute noch weit davon entfernt, die umfassende Organisation der Völkergemeinschaft zu sein. Um so verständlicher sind deshalb die in der Vergangenheit und auch heute besonders gemachten Versuche, in dieser für die Wirksamkeit der Arbeit der Vereinten Nationen bedeutungsvollen Frage eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung zu finden.

2. Die Vereinten Nationen umfassen im gegenwärtigen Zeitpunkt 60 Mitglieder. Seit ihrer Errich-

tung haben sich 30 Staaten um die Mitgliedschaft beworben, von denen nur 9 ihre Aufnahme erreicht haben. Es sind dies: Afghanistan, Island, Schweden, Thailand (1946), Pakistan, Jemen (1947), Burma (1948), Israel (1949) und Indonesien (1950). Die übrigen Bewerber, die teils dem westlichen, teils dem östlichen Lager angehören, konnten wegen des erwähnten Gegensatzes zwischen den beiden Mächtegruppen ihre Zulassung nicht erhalten, obwohl die überwiegende Zahl der Bewerber nach Ansicht einer Mehrheit der Mitgliedstaaten die in Artikel 4 Absatz 1 aufgestellten Voraussetzung erfüllen. Abgesehen von den Bewerberstaaten stehen noch die Schweiz, Spanien und Deutschland außerhalb der Vereinten Nationen<sup>50</sup>.

Schon eine bloße Aufzählung der Nichtmitglieder macht das Problem in seiner ganzen Tragweite deutlich. Es soll hier allerdings nicht versucht werden, den bisherigen Bemühungen um eine Beseitigung dieses Zustandes nachzugehen<sup>51</sup>. Die rechtlichen Probleme scheinen geklärt, nachdem der Internationale Gerichtshof in zwei Gutachten<sup>52</sup> zur Frage der Aufnahme neuer Mitglieder Stellung genommen hat. Geblieben sind die politischen Probleme, und auf ihre Lösung sollten sich daher in erster Linie die Anstrengungen richten. Denn solange die beiden Mächtegruppen nicht bereit sind, ihre bisherige ablehnende Haltung in dieser Frage einer Prüfung zu unterziehen, erscheinen alle Versuche, durch eine Satzungsänderung einen Ausweg zu schaffen, wenig erfolgversprechend.

3. Dennoch braucht nicht jede Diskussion über eine Aenderung der bestehenden Zulassungsvoraussetzungen und des Aufnahmeverfahrens nutzlos zu sein. Zwar wird man davon ausgehen können, daß bei einer Beendigung der politischen Spannungen das in der Charta vorgesehene Aufnahmeverfahren genügen werde. Trotzdem ist aber die Frage berechtigt, ob die gegenwärtigen Zulassungsvoraussetzungen und das Aufnahmeverfahren nicht im Sinne einer Erleichterung der Beitrittsmöglichkeit abgeändert werden sollten. Die Befürchtung, daß durch die Aufnahme der Bewerber die politischen Gewichte innerhalb der Vereinten Nationen zugunsten einer Mächtegruppe verschoben würden, sollte da zurückstehen, wo es sich darum handelt, die Vereinten Nationen überhaupt zu einer wirklich universalen Völkergemeinschaft zu machen.

Aus diesen Gründen unterstützen wir die Vorschläge, die auf folgende Abänderungen des Artikels 4 hinzielen:

- a) Die Aufnahme eines Bewerbers soll lediglich von seiner Qualifikation als Staat und von seiner Bereitschaft und Fähigkeit abhängig sein, die Verpflichtungen aus der Charta zu übernehmen;
- b) Die Aufnahme soll von der Vollversammlung, ohne vorherige Empfehlung des Sicherheitsrats, beschlossen werden. Falls jedoch der Sicherheitsrat



mitwirken soll, ist die Frage der Aufnahme als „procedural matter“ zu behandeln.

Weitergehende Vorschläge, insbesondere solche, die eine automatische Mitgliedschaft aller Staaten und den Ausschluß der Austrittsmöglichkeit bezwecken, halten wir deshalb nicht für empfehlenswert, weil sich in einer Organisation wie den Vereinten Nationen die Mitglieder immer das Recht vorbehalten werden, darüber zu bestimmen, wer Mitglied werden soll<sup>53</sup>, beziehungsweise ob sich ihre eigene Mitgliedschaft weiterhin mit ihren Interessen vereinbaren läßt<sup>54</sup>.

Wir sind der Auffassung, daß auf der bevorstehenden Allgemeinen Konferenz die Mitgliedstaaten zunächst noch einmal versuchen sollten, die Gegensätze zwischen den beiden Mächtigkeitsgruppen gerade in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder zu überbrücken, um den bisherigen Bewerbern die Aufnahme zu ermöglichen<sup>55</sup>, daß aber gleichzeitig Anstrengungen gemacht werden sollten, Artikel 4 im Sinne der zuvor genannten Vorschläge abzuändern.

4. Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten sollte sich die Diskussion nicht nur mit Vorschlägen für eine *de jure*-Revision, sondern auch mit der Frage beschäftigen, ob alle Möglichkeiten einer *de facto*-Revision ausgeschöpft worden sind oder ob sich in Zukunft nicht neue Möglichkeiten ergeben können.

Die siebente Vollversammlung hat in sechs Resolutionen festgestellt, daß Japan, die drei indochinesischen Staaten, Libyen und Jordanien die Voraussetzungen des Artikels 4 erfüllen, und dem Sicherheitsrat aufgegeben, davon Kenntnis zu nehmen<sup>56</sup>. Sie hat es jedoch vermieden, unter Uebergangung des Sicherheitsrats diese Staaten durch Beschluß aufzunehmen. Der Grund für diese Selbstbeschränkung dürfte in dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 3. März 1950 zu suchen sein, in dem das Gericht festgestellt hatte, daß die Vollversammlung ohne eine Empfehlung des Sicherheitsrats nicht rechtswirksam über die Zulassung eines neuen Mitgliedes entscheiden kann.

Es ist bereits die Frage gestellt worden, ob diese Selbstbeschränkung auch in Zukunft zu vertreten sein werde, zumal die „Uniting for Peace“-Resolution vom 3. November 1950 einen möglichen Weg gewiesen habe, wie der durch das dauernde Veto einer Großmacht funktionsunfähig gewordene Sicherheitsrat übergangen werden könne. Durch diese Resolution habe die Vollversammlung Aufgaben übernommen, die nach dem Buchstaben der Charta, wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorwiegend dem Sicherheitsrat obliegen sollten.

Wenn wir hier das Problem der Funktionsunfähigkeit des Sicherheitsrats aufwerfen, so bedeutet das allerdings nicht, daß wir in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder ein einseitiges Handeln der Voll-

versammlung befürworten. Denn es ist nicht zu verkennen, daß einem solchen Vorgehen erhebliche Bedenken entgegenstehen. Dies ist auch deutlich in der Diskussion über einige Vorschläge zum Ausdruck gekommen, die dem von der Vollversammlung am 21. Dezember 1952 errichteten Special Committee vorgelegt wurden<sup>57</sup>. Was zunächst die mehrfach gezogene Parallele zu der „Uniting for Peace“-Resolution anbelangt, so haben mehrere Vertreter darauf hingewiesen, daß die damit eingeleiteten Maßnahmen keinen Präzedenzfall geschaffen hätten, dem in der Frage der Aufnahme neuer Mitglieder gefolgt werden könne<sup>58</sup>. Sie waren weiterhin der Auffassung, daß ein einseitiges Handeln der Vollversammlung eine Verletzung der Charta darstellen würde, die ausdrücklich vorschreibe, daß eine positive Empfehlung des Sicherheitsrats die Voraussetzung für die Entscheidung der Vollversammlung sei.

Ein solches Vorgehen der Vollversammlung würde auch dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 3. März 1950 widersprechen. Selbst wenn den Gutachten des Gerichtshofs keine bindende Wirkung zukommt<sup>59</sup>, so wird es sich gerade ein Organ der Vereinten Nationen nicht ohne weiteres leisten können, solche Gutachten zu ignorieren, wenn es nicht eine Schädigung des Ansehens des Gerichtshofs in Kauf nehmen will.

Es scheint jedenfalls, daß die Funktionsunfähigkeit des Sicherheitsrates in zunehmendem Maße zu einem Prüfstein geworden ist, den die Staaten mit wachsender Unruhe beobachten. Von manchen Seiten ist in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht unter Anwendung des Verbots des Rechtsmißbrauchs zu einer möglichen Lösung kommen könnte<sup>60</sup>.

Schon in dem Gutachten vom 28. Mai 1948 war vom Internationalen Gerichtshof festgestellt worden, daß der Ausübung des Stimmrechts Grenzen gezogen sind, daß insbesondere das Stimmrecht in einer Organisation nicht mißbräuchlich, sondern nur *bona fide* und in Uebereinstimmung mit den Zielen und Zwecken der Organisation ausgeübt werden darf. Diesen Gedanken hat der Richter Alvarez in seiner „*opinion dissidente*“ zum Gutachten vom 3. März 1950 wieder aufgenommen, indem er feststellte, daß die Vollversammlung in gewissen Fällen berechtigt sei, das Veto einer Nachprüfung zu unterziehen und es bei mißbräuchlicher Anwendung als unbeachtlich zu betrachten:

„En admettant que le droit de veto puisse être exercé librement par les Membres permanents du Conseil de Sécurité pour la recommandation des nouveaux Membres, l'Assemblée générale peut décider s'il y a ou non un abus de ce droit, et, dans l'affirmative, elle peut procéder à l'admission sans une recommandation du Conseil.“

On prétend que le Conseil de Sécurité est seul compétent pour apprécier l'usage du droit de veto

fait par un de ses Membres permanents et que cela résulte de la pratique qui s'est établie. Je ne partage pas non plus cette opinion: l'Assemblée générale a le droit non seulement de demander au Conseil les motifs pour lesquels il n'a pas recommandé la candidature d'un Etat, mais aussi d'apprécier s'il y a eu ou non un abus de ce droit de veto...

La solution précédente est conforme à la fois à l'esprit de la Charte des Nations Unies et au bon sens.

Elle est conforme à l'esprit de la Charte, d'après lequel l'O.N.U. a une vocation universelle, et, par suite, tout les membres de la société internationale qui remplissent les conditions prévues à l'article 4 doivent être admis au sein des Nations Unies; ces Etats ont un droit à cette admission<sup>61</sup>.

Jaenicke schreibt hierzu<sup>62</sup>:

„Wenn das Verbot der mißbräuchlichen Ausübung des Stimmrechts überhaupt einen rechtlichen Sinn haben soll, dann muß daraus die Konsequenz gezogen werden, ein Veto, das gegen dieses Verbot verstößt, als unwirksam zu behandeln. Zweifelhaft kann nur sein, ob die Vollversammlung die Befugnis hat, die Abstimmung im Sicherheitsrat darauf nachzuprüfen. Vielleicht ist es richtiger, bei Zweifeln über die Rechtswirksamkeit einer konkreten Anwendung des Vetorechts im Sicherheitsrat zunächst darüber ein Gutachten des IGH einzuholen. Die dissentierenden Richter haben anlässlich des Rechtsgutachtens vom 28. Mai 1948 angedeutet, daß der IGH kompetent wäre, die Vereinbarkeit der Ausübung des Stimmrechts mit den Grundsätzen von Treu und Glauben und den Zielen und Zwecken der Charta im konkreten Fall nachzuprüfen.

Diese Lösung wird durch das Rechtsgutachten des IGH vom 3. März 1950 keineswegs präjudiziert. In diesem Gutachten hatte der IGH lediglich die Frage zu beantworten, ob die Vollversammlung generell berechtigt ist, ein neues Mitglied in die UN aufzunehmen, wenn das Aufnahmegesuch im Sicherheitsrat an dem Veto einer Großmacht gescheitert ist. Das Rechtsgutachten hat diese Frage mit Recht verneint. Die Frage dagegen, ob dies auch in dem Sonderfall gilt, wenn das Veto wegen Verstoßes gegen das Verbot des Rechtsmißbrauchs als nichtig zu betrachten ist, hat das Rechtsgutachten offengelassen. Vielleicht ist in dieser Richtung ein Ausweg aus der festgefahrenen Situation in der Frage der Zulassung neuer Mitglieder zu finden, ohne daß die gegenwärtige Verfassungsstruktur der UN geändert zu werden braucht<sup>63</sup>.

### IX. Die Stellung der Nichtmitglieder

1. Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten bei der Aufnahme neuer Mitglieder kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Frage nach der Stellung der Nichtmitglieder zu den Vereinten Nationen in Zukunft erhöhte Bedeutung zukommen wird. Eine Diskussion über die Revision der UN-Charta wird sich deshalb in diesem Zusammenhang nicht allein auf die in Verbindung mit den Artikeln 4 und 27 aufgetauchten Probleme beschränken dürfen. Sie wird sich vielmehr auch mit der Frage zu befassen haben,

auf welchem Wege die Nichtmitglieder stärker als bisher an der Arbeit der Vereinten Nationen beteiligt werden können. Dies vor allem auch deshalb, weil eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, die universale Gemeinschaft aller Staaten zu werden, jede nur denkbare Möglichkeit aufgreifen muß, die letztlich zu dieser Universalität führen kann.

Es soll hier nicht versucht werden, auf die rechtlichen Probleme einzugehen, die das Verhältnis der Vereinten Nationen zu den Nichtmitgliedern betreffen. Diese sind so komplex und von so grundlegender Bedeutung gerade für die Fortentwicklung des Völkerrechts, daß eine Stellungnahme hierzu den Rahmen dieser Studie sprengen würde<sup>64</sup>. Die nachfolgende Untersuchung beschränkt sich vielmehr darauf, die bisherigen Vorschläge, die auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Nichtmitgliedern abzielen, zu prüfen und gegebenenfalls weitere Vorschläge zu unterbreiten.

2. Die Charta der Vereinten Nationen selbst enthält zahlreiche Vorschriften, durch welche die Nichtmitglieder auf mancherlei Weise in den Zusammenhang der UN einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für solche Bestimmungen, die eine Mitwirkung der Nichtmitglieder bei der Arbeit einiger Organe der UN, eine Pflicht im Verhalten der Mitglieder ihnen gegenüber oder ein Wirksamwerden von Maßnahmen der UN auch für Außenstehende vorsehen (Art. 2 Abs. 6, Art. 11, 14, 31, 32, 34, 35, 52, 53, 75, 99, 107)<sup>65</sup>. Abgesehen von dieser Mitarbeit an den eigentlichen politischen Aufgaben der UN sind zahlreiche Nichtmitglieder an der Arbeit der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und einzelner untergeordneter Organe des Wirtschafts- und Sozialrats (Wirtschaftskommissionen) beteiligt. Das gilt gerade auch für die Bundesrepublik, die in den letzten Jahren Mitglied fast sämtlicher Sonderorganisationen geworden ist<sup>66</sup>. Wenn auch der Beitritt zu diesen Organisationen lediglich die Annahme der in ihren Satzungen aufgestellten Verpflichtungen, nicht aber die Uebernahme der mit der Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen verbundenen Pflichten erfordert, so enthält ein solches Vorgehen doch gleichzeitig die Anerkennung der Prinzipien, auf denen die Vereinten Nationen selbst aufgebaut sind<sup>67</sup>.

3. Was speziell die Beteiligung von Nichtmitgliedern an dem Verfahren vor den Organen der UN anbelangt, so sind hier gewisse Lücken vorhanden, deren Beseitigung im Zuge einer etwaigen (förmlichen) Revision der Charta nicht versäumt werden sollte. Zwar hat man auch in der Vergangenheit schon versucht, diese Lücken durch das Heranziehen einzelner Nichtmitgliedstaaten zu schließen (Wirtschafts- und Sozialrat, Treuhandschaftsrat)<sup>68</sup>. Es scheint aber angebracht, durch die Aufnahme neuer Bestimmungen in die Charta ganz allgemein die Stellung der



Nichtmitglieder zu verbessern, zumal dadurch deren Mitarbeit wesentlich erleichtert würde.

Einen Anhaltspunkt in dieser Richtung bietet Artikel 32 der Charta, der in Verbindung mit den Artikeln 38 und 39 der Geschäftsordnung des Sicherheitsrats vorsieht, daß Nichtmitglieder, die von einer zur Erörterung stehenden Angelegenheit betroffen sind, vor den Sicherheitsrat geladen werden und ohne Stimmrecht an den Verhandlungen teilnehmen<sup>69</sup>.

Im Gegensatz hierzu enthalten die die Vollversammlung betreffenden Bestimmungen der Charta und deren Geschäftsordnung keine derartige Regelung. Nach Artikel 11 Absatz 2 kann zwar ein Nichtmitglied eine Angelegenheit vor die Vollversammlung bringen, wenn es sich gemäß Artikel 35 Absatz 2 für diese Frage den Verpflichtungen der Charta zur friedlichen Erledigung der Sache unterworfen hat. Es liegt jedoch im freien Ermessen der Vollversammlung, wieweit und in welcher Form sie Vertreter des beteiligten Nichtmitgliedes anhören will<sup>70</sup>. Wir schließen uns deshalb dem Vorschlag an, Artikel 35 Absatz 2 (entsprechend Artikel 32) so auszugestalten, daß beteiligte dritte Staaten ohne Stimme zu den Verhandlungen (der Vollversammlung), die sie betreffen, beigezogen werden können<sup>71</sup>. Dadurch würde die Gewähr dafür geschaffen, daß verfahrensmäßig die Lage der Nichtmitglieder vor den beiden hauptsächlichen Organen der Vereinten Nationen die gleiche ist. Im übrigen erscheint eine solche Ergänzung der Charta auch schon wegen der Gewichtsverlagerung vom Sicherheitsrat auf die Vollversammlung gerechtfertigt.

Wir sind weiter der Auffassung, daß auch die den Wirtschafts- und Sozialrat (Artikel 66 und 69) und den Treuhandschaftsrat betreffenden Vorschriften dahin ergänzt werden sollten, daß Nichtmitglieder (ohne Stimme) zu den Beratungen dieser Organe bei sie berührenden Fragen ad hoc herangezogen werden können<sup>72</sup>.

4. Abgesehen von diesen mehr klarstellenden Aenderungen oder Ergänzungen, die aber notwendig erscheinen, um die Mitarbeit von Nichtmitgliedern auf eine gesicherte Grundlage zu stellen, sind in der Diskussion über das Aufnahmeverfahren weitere Vorschläge aufgetaucht, die einer näheren Prüfung bedürfen.

Was zunächst den Vorschlag anbelangt, Nichtmitglieder dazu einzuladen, ständige Beobachter in die verschiedenen Gremien zu entsenden<sup>73</sup>, so soll nicht verkannt werden, daß schon die bloße Teilnahme an den Sitzungen der einzelnen Organe von Wert für die vertretenen Nichtmitgliedstaaten ist. Solange einem solchen Beobachter aber nicht das Recht eingeräumt wird, sich aktiv in die Verhandlungen einzuschalten — wenn auch ohne Stimmrecht —, liegt in der bloßen Ausdehnung dieses Status auf weitere

Nichtmitglieder kein grundsätzlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage.

Wesentlich weiter in dieser Richtung geht der Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs, John Foster Dulles, eine Art „associate membership“ zu schaffen, um den Nichtmitgliedern die Mitarbeit in der Vollversammlung und ihren Organen zu ermöglichen<sup>74</sup>. Dieser Vorschlag, der auf der Praxis einiger untergeordneter Organe der UN (z. B. Wirtschaftskommissionen) aufbaut, in denen Nichtmitglieder „associate members“ sein können und dadurch teilweise eine volle Mitgliedschaft erlangt haben<sup>75</sup>, begegnet allerdings einigen nicht unerheblichen Bedenken, die auch schon zur Zeit des Völkerbundes die Schaffung einer besonderen Kategorie der Mitgliedschaft für kleinere Staaten verhindert haben<sup>76</sup>.

Im übrigen erscheint es auch zweifelhaft, ob eine solche Mitgliedschaft minderen Ranges ohne förmliche Revision der UN-Charta geschaffen werden kann. Jedenfalls bedarf dieser Vorschlag, sollte er von amerikanischer Seite weiterverfolgt werden, genauerer Ueberlegungen dahin, welche Rechte und Verpflichtungen sich für die betreffenden Staaten aus einer solchen „associate membership“ ergeben würden.

#### X. Der Internationale Gerichtshof

1. Die Vorschläge, die darauf abzielen, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs auszudehnen, verdienen Unterstützung. Hierbei handelt es sich nicht so sehr um die Lösung eines durch den Ost-West-Gegensatz entstandenen Problems, sondern um den Versuch, den Internationalen Gerichtshof stärker als bisher bei der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Staaten heranzuziehen und ihm eine gewichtigere Stellung innerhalb der Vereinten Nationen selbst einzuräumen<sup>77</sup>.

2. Was zunächst den Vorschlag anbelangt, den Gerichtshof innerhalb noch näher zu bestimmender Grenzen mit einer „compulsory jurisdiction“ auszustatten<sup>78</sup>, so ist nicht zu verkennen, daß es schwer sein wird, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Einmal ist es überhaupt ungewiß, ob die einzelnen Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkt bereit sein werden, einer solchen Beschränkung ihrer Souveränität zuzustimmen. Zum anderen haben die bisherigen Erfahrungen mit der sogenannten „Fakultativ-Klausel“ (optional clause) in Artikel 36 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs gezeigt, wie sehr die Staaten darauf bedacht sind, die Zuständigkeit des Gerichtshofs auszuschalten. Während unter dem alten Gerichtshof die Klausel zu manchen Zeiten für nahezu 50 Staaten verbindlich war, ist für die Lage seit 1945 kennzeichnend, daß diese Zahl noch nicht wieder erreicht ist und daß fast kein Staat die „compulsory jurisdiction“ des Gerichtshofs ohne Vorbehalte angenommen hat<sup>79</sup>.

Dabei handelt es sich teilweise um solche Vorbehalte, die die obligatorische Kompetenz des Gerichtshofs praktisch völlig ausschließen.

Angesichts dieser Praxis der Staaten, durch die die Bestimmung des Artikels 36 ihren Wert weitgehend eingebüßt hat, ist die Frage berechtigt, ob es dann überhaupt einen Sinn hat, noch mehr zu verlangen, als Artikel 36 schon vorsieht. Trotzdem sind wir der Auffassung, daß diese Frage zu bejahen ist. Denn wenn man mit einer Verpflichtung der Staaten ernst machen will, sollte es ihnen nicht für den Einzelfall überlassen bleiben, zu bestimmen, wann das Gericht zuständig sein soll und wann nicht. Hier könnte nur durch die Einführung einer begrenzten „compulsory jurisdiction“ ein Wandel geschaffen werden.

3. Wir sind weiter der Auffassung, daß der Internationale Gerichtshof stärker als bisher in die Tätigkeit der Vereinten Nationen selbst einbezogen werden sollte. Nach der UN-Charta beschränkt sich seine Mitarbeit auf die Ausarbeitung von Rechtsgutachten, die aber für kein Organ der Vereinten Nationen verbindlich sind<sup>80</sup>.

Auch sind wir der Ansicht, daß dem Gericht die Auslegung der „domestic jurisdiction“-Klausel in Artikel 2 Absatz 7 der Charta übertragen werden sollte. Einmal hat die Praxis vor allem der Vollversammlung, diese Zuständigkeitsbeschränkung eng auszulegen, bereits zu ersten Auseinandersetzungen Anlaß gegeben<sup>81</sup>. Zum anderen sollte es aber auch nicht den einzelnen Staaten überlassen bleiben, darüber zu bestimmen, ob eine Angelegenheit den Vereinten Nationen entzogen ist oder nicht<sup>82</sup>.

4. Wir unterstützen ferner die Vorschläge, die darauf abzielen, der International Law Commission eine stärkere Stellung innerhalb der Vereinten Nationen einzuräumen und ihre Tätigkeit zu aktivieren<sup>83</sup>.

Nach Artikel 13 der Charta ist die Vollversammlung verpflichtet, „to initiate studies and make recommendations for the purpose of encouraging the progressive development of international law and its codification“. Diese Aufgabe hat die Vollversammlung durch die Resolution vom 21. November 1947<sup>84</sup> auf die International Law Commission übertragen, deren Mitglieder im Jahre 1948 von der Vollversammlung gewählt wurden und die ihre Tätigkeit in dem darauffolgenden Jahre aufgenommen hat<sup>85</sup>.

Frägt man sich heute, welche Fortschritte die Vollversammlung und die Kommission in dem ihnen vorgezeichneten Aufgabenkreis gemacht haben, so ist die Antwort freilich nicht ermutigend. Auch wenn

man berücksichtigt, daß eine fünfjährige Tätigkeit der Kommission noch kein abschließendes Urteil rechtfertigt, so wird man doch nicht umhin können, festzustellen, daß von einer Fortentwicklung des Völkerrechts im Sinne des Auftrages kaum die Rede sein kann. Sicher liegt das nicht an der Kommission, deren bisherige Arbeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Vielmehr dürfte auch dies seine Ursache in dem politischen Klima der letzten Jahre haben, das einer solchen Weiterentwicklung des Völkerrechts nicht günstig war<sup>86</sup>.

Davon abgesehen, bedarf aber das Statut der Kommission einer eingehenden Prüfung, zumal sich schon in den letzten Jahren einige reformbedürftige Bestimmungen herauskristallisiert haben. Dies gilt vor allem für diejenigen Vorschriften, die den Status der Mitglieder der Kommission regeln. Zunächst wäre zu überlegen, ob man nicht die Wahlzeit der Mitglieder von drei (Artikel 10 des Statuts) auf sechs Jahre erhöhen und die Wahl so einrichten sollte, daß alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder ausscheidet. Dadurch würde eine gewisse Kontinuität gewahrt werden. Ferner sollte die finanzielle Unabhängigkeit der Mitglieder, die eine wesentliche Voraussetzung ihrer Mitarbeit ist, durch Zahlung eines festen Gehalts gesichert werden (Artikel 13 des Statuts)<sup>87</sup>.

Von entscheidender Bedeutung dürfte aber die Aufnahme von Bestimmungen über die Inkompatibilität gewisser Tätigkeiten der Mitglieder sein. Bisher ist nicht klar gewesen, ob die einzelnen Mitglieder als unabhängige Experten oder als Vertreter ihrer Staaten an der Arbeit der Kommission beteiligt sind<sup>88</sup>. Hier wäre zu überlegen, ob man nicht ähnliche Vorkehrungen treffen sollte, wie sie in Artikel 16 und 17 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs enthalten sind, allerdings unter besonderer Berücksichtigung der Lehrtätigkeit der Mitglieder<sup>89</sup>.

Es wäre zu überlegen, ob nicht auch für die International Law Commission der Grundsatz gelten sollte, daß die wichtigsten Rechtsgebiete der Welt bei ihr zu Gehör kommen sollten. Da die Kommission der Feststellung und Entwicklung des Völkerrechts in seiner Gesamtheit dienen soll, dürfte insbesondere mit Rücksicht auf die große Zahl der Nichtmitgliedstaaten angeregt werden, daß auch Rechtsgelehrte aus diesen Staaten Gelegenheit erhalten sollen, sich an den Beratungen der Kommission zu beteiligen.

Neben diesen Aenderungen des Statuts der Kommission schlagen wir vor, die Bedeutung der International Law Commission als einem wichtigen Organ der Vereinten Nationen durch eine Ergänzung des Artikels 13 der UN-Charta zu unterstreichen.

### Schlußbemerkungen

In den vorgehenden Ausführungen ist versucht worden, vor allem die Probleme darzustellen, die auf einer „Allgemeinen Konferenz“ zur Ueberprüfung

der UN-Charta im Vordergrund stehen sollten. Es sind dazu Vorschläge unterbreitet worden, die darauf abzielen, die Organisation der Vereinten Nationen zu



verbessern. Wir haben darauf verzichtet, andere große Probleme, wie etwa die Frage der Kontrolle der Atomenergie und einer allgemeinen Abrüstung, überhaupt anzuschneiden, obwohl diese Probleme in der Diskussion über eine Revision der Charta teilweise an erster Stelle stehen. Diese Fragen haben aber mit der Revision der Charta als solche wenig zu tun und sollten nicht auf der Tagesordnung einer Konferenz zum Zwecke der Ueberprüfung der Charta erscheinen. Auch in der gegenwärtigen Organisation wäre eine Abrüstung und eine Kontrolle der Atom-

energie möglich, wenn die beteiligten Staaten sich entschließen könnten, mit den Prinzipien der Charta ernst zu machen.

Diese Voraussetzung kann nicht genug betont werden. Nicht die Charta der Vereinten Nationen ist es, die erwünschten Entwicklungen entgegensteht, sondern der unüberbrückbar erscheinende Gegensatz zwischen Ost und West. Sich um dessen Lösung zu bemühen, sollte daher die erste Aufgabe aller Staaten sein.

(Abgeschlossen am 15. September 1954.)

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. Goodrich: „United Nations — Success or Failure, American Perspective“, Vol. 2, 1948/49, S. 465 ff.; Feller: „The United Nations — Appraisal and Forecast“ in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (zit. Z. ausl. öff. R. u. VR.), Bd. 13 (1950/51), S. 57 ff.; Lie: „La situation internationale“ in: *Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques et Politiques*, Année 30, 1952, S. 127 ff.; Lie: „La situation mondiale et l'Organisation des Nations Unies“ in: *Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques et Politiques*, Année 31, 1953, S. 29 ff.; Dulles: „United Nations Charter Review“, Statement made before the Charter Review Subcommittee of the Senate Foreign Relations Committee on Jan. 18, 1954, in: „The Department of State Bulletin“, Vol. 30, No. 762 (Febr. 1, 1954), S. 170 = „Review of the United Nations Charter“, Hearing before a Subcommittee of the Committee of Foreign Relations, United States Senate, 85rd Congress, 2nd Session, on Proposals to Amend or Otherwise Modify Existing International Peace and Security Organizations, Including the United Nations (zit. Hearing), Part 1, January 18 and March 3, 1954, S. 4 f.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu Scheuner: „Die Vereinten Nationen und die Stellung der Nichtmitglieder“, Festgabe für Carl Bilfinger, Köln—Berlin 1954, S. 401 f. (mit Nachweisen).

<sup>3)</sup> Vgl. Schlochauer: „Tätigkeit der Vereinten Nationen in völkerrechtlichen Fragen“, *Arch. d. VR.*, 2. Bd. (1950), S. 68 ff., 337 f.; Feller, a. a. O. S. 61.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen Schwarzenberger: „Power Politics“, 1951, S. 743 ff.; Engel: „De Facto Revision of the Charter of the United Nations“ in: *The Journal of Politics*, Vol. 14, 1952, S. 132 ff.; Engel: „The Changing Charter of the United Nations“ in: *The Yearbook of World Affairs*, Vol. 7, 1953, S. 71 ff.; Beer: „Dem dritten Völkerbund entgegen“ in: *Die Neue Rundschau*, Jg. 65, 1953, S. 294 ff., bes. S. 302; Münch: „Tätigkeit der Vereinten Nationen in völkerrechtlichen Fragen“ in: *Arch. d. VR.*, 4. Bd. (1953/54), S. 212 ff.; Morgenthau: „The New United Nations and the Revision of the Charter“ in: *The Review of Politics*, Vol. 16, No. 1, Jan. 1954, S. 3 ff.; Hambro: Memorandum in: Schwarzenberger: Report, International Law Association, Committee on the Review of the Charter of the United Nations, London, 17. März 1954 (zit. Schwarzenberger, Report), S. 49 f.; United States Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on the United Nations Charter, Staff Study No. 2, „How the United Nations Charter has Developed“, May 18, 1954 (zit. Staff Study No. 2), S. 8 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. Schwarzenberger: „Power Politics“, 1951, S. 743 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. Schwarzenberger, a. a. O. S. 746 f.; Beer, a. a. O. S. 302 f.

<sup>7)</sup> Vgl. Morgenthau, a. a. O. S. 16.

<sup>8)</sup> Sie ist schließlich nicht zu Unrecht mit einer der beständigen Verfassungen, nämlich derjenigen der Vereinigten Staaten, verglichen worden. Morgenthau, a. a. O. S. 16; Engel, a. a. O. S. 71; Staff Study No. 2, S. 1.

<sup>9)</sup> Dies zeigt sich vor allem, wenn man die zähen Verhandlungen der in San Francisco versammelten Delegierten über die Stellung der Großmächte und den Wortlaut der aus diesen Verhandlungen hervorgegangenen Bestimmungen betrachtet.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden Goodrich and Hambro: „Charter of the United Nations, Commentary and Documents“,

Revised Edition, Boston 1949, S. 537 ff.; Staff Study No. 2, S. 2 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. Staff Study No. 2, S. 6 f.

<sup>12)</sup> Vgl. Goodrich and Hambro, a. a. O. S. 540; Staff Study No. 2, S. 7. — Anderer Ansicht sind: Morgenthau, a. a. O. S. 20; Gross: „Revising the Charter, Is it possible? Is it wise?“ in: *Foreign Affairs*, Vol. 32, No. 2, Jan. 1954, S. 205, sowie G. L. A.: „Towards an Atlantic Union“ in: *The World Today*, Vol. 10, No. 7, July 1954, S. 312.

<sup>13)</sup> Vgl. den Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Senate Committee on Foreign Relations, Alexander Wiley, und John Foster Dulles in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 29, No. 741 (Sept. 7, 1953), S. 310 f.; sowie den Text der Rede, die Dulles am 26. August 1953 in Boston vor der American Bar Association gehalten hat: „U. S. Constitution and U. N. Charter: An Appraisal“ in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 29, No. 741 (Sept. 7, 1953), S. 307 ff. (310). — Vgl. hierzu ferner die Besprechung in *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. August 1953, Fernausgabe, Nr. 236, Blatt 2.

<sup>14)</sup> Eine Opposition zeichnete sich während der achten Vollversammlung ab, auf der sich die Vertreter der Ostblockstaaten entschieden gegen jede Vorbereitungsarbeit von Seiten der Vereinten Nationen wandten, vgl. *United Nations Bulletin*, Vol. XV, No. 10 (Nov. 15, 1953), S. 447 f.

<sup>15)</sup> Vgl. zum vorhergehenden Schwarzenberger, a. a. O. S. 752 ff.; Beer, a. a. O. S. 304 ff.; Morgenthau, a. a. O. S. 21; Gross, a. a. O. S. 205 f.; Potter: „The United Nations Charter: 1955“, Editorial Note in: *The American Journal of International Law* (zit. Am. J.), Vol. 48, 1954, S. 276.

<sup>16)</sup> Vgl. hierzu auch Morgenthau, a. a. O. S. 17.

<sup>17)</sup> Farran: „Proposals for United Nations Charter Revision“, Note in: *The International and Comparative Law Quarterly*, Vol. 2, 1953, S. 383 ff.; Clark and Sohn: „A Digest of Peace through Disarmament and Charter Revision, Detailed Proposals for Revision of the United Nations Charter“, July 1953; Joint Survey, Carnegie Endowment for International Peace, Egyptian Society of International Law: „Note on Various Proposals for Amendment of the United Nations Charter“, December 1953 (zit. Joint Survey); Andrews: „A Federalist Proposal for United Nations Charter Reform“ in: *ISSF-Informationen*, 2. Jg. 1953, Heft 3, S. 18 ff.; Bericht über das Internationale Studienseminar „Die Vereinten Nationen und die Sicherung des Friedens“ (Bonn, 15. bis 18. März 1954) in: *ISSF-Informationen*, 3. Jg. 1954, Heft 4/5, S. 3 ff., sowie den Bericht über die Internationale Konferenz „The Problems of UN-Charter“ (Bonn, 19.—22. März 1954) in: *ISSF-Informationen*, 3. Jg. 1954, Heft 4/5, S. 12 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu Corbett: „Congress and Proposals for International Government“ in: *International Organization*, Vol. 4, 1950, S. 383 ff., der am Schluß (S. 399) seiner kritischen Betrachtung der Vorschläge zur Errichtung eines Weltstaates schreibt: „The gist of the argument set forth in this article is that campaigning for large, intercontinental federal unions is not the best way of dealing with the grave problems of our time. Weak as it is, the United Nations Organization is as great an advance in the direction of world government as the general consensus will support. Its failures are not primarily failures of machinery but of joint will. The defects of joint will which have limited the effectiveness of the United Nations also prohibit, for the present, its transformation into or replacement by an effective constitutional structure of



world government. The best way we can yet do for the maintenance of peace is unrelenting work, through the United Nations and ancillary agencies, or by direct negotiation, upon the problems which divide the Soviet and Western worlds.“ — Vgl. ferner Wolff in: *Schwarzenberger*, Report, S. 10: „It is comparatively easy to draft a blueprint for the establishment for world government, but all such proposals are for the time being without any practical values.“

<sup>19)</sup> *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 450 ff., 510.

<sup>20)</sup> Vgl. die statistischen Angaben bei *Morgenthau*, a. a. O. S. 4 f.; United States Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on the United Nations Charter, Staff Study No. 1, „The Problem of the Veto in the United Nations Security Council“, Febr. 19, 1954 (zit. *Staff Study* No. 1), S. 9.

<sup>21)</sup> Abgedruckt in United States Senate Committee on Foreign Relations, Subcommittee on the United Nations Charter, „Review of the United Nations Charter, A Collection of Documents“, Senate Document No. 87, Jan. 7, 1954 (zit. *Collection of Documents*), S. 682 ff.; deutscher Wortlaut in Europa-Archiv, Jan. 1948, S. 1110.

<sup>22)</sup> Vgl. Art. 2 und 3 des Rio-Paktes. Dazu *Hagemann*: „Der Atlantik-Pakt und die Satzung der Vereinten Nationen“ in: *Archiv d. VR.*, 2. Bd. (1950), S. 392 ff.; *Schwarzenberger*, a. a. O., S. 519; *Stone*: „Legal Controls of International Conflicts“, New York — London 1954, S. 248 ff.

<sup>23)</sup> Beide abgedruckt in *Collection of Documents*, S. 688 ff. und 700 ff., sowie im *Arch. d. VR.*, 1. Bd. (1948/49), S. 113 ff., und 2. Bd. (1950), S. 92 ff.; deutscher Wortlaut in Europa-Archiv, April 1948, S. 1263, und 8/1949, S. 2071. — Vgl. hierzu *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 520 ff.; *Brüel*: „Die juristische Bedeutung des Atlantikpaktes“ in: *Arch. d. VR.*, 4. Bd. (1953/54), S. 298 f. — Die Frage, ob die beiden Verträge auch regionale Abkommen nach Art. 53 der Charta darstellen, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden, da diese spezielle Bestimmung in jedem Fall unter dem Vorbehalt der allgemeinen Bestimmung des Artikels 51 steht, Verteidigungsmaßnahmen also ohne Erlaubnis des Sicherheitsrates vorgenommen werden dürfen. Vgl. *Kelsen*: „Is the North Atlantic Treaty a Regional Arrangement?“ in: *Am. J.*, Vol. 45 (1951), S. 162 ff.

<sup>24)</sup> Abgedruckt in *Collection of Documents*, S. 704 ff.; deutscher Wortlaut des ANZUS-Sicherheitspaktes und des amerikanisch-japanischen Paktes in Europa-Archiv 23/1951, S. 4551 ff.

<sup>25)</sup> Vgl. *Staff Study* No. 2, S. 14.

<sup>26)</sup> Vgl. *Kulski*: „The Soviet System of Collective Security Compared with the Western System“ in: *Am. J.*, Vol. 44 (1950), S. 453 ff.; *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 517 f.; *Volle*: „Definition des Angreifers und Beistandsverpflichtungen in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit“ in: Europa-Archiv 6/1949, S. 1977—1948; *Collection of Documents*, S. 691 ff.; *Staff Study* No. 2, S. 14. — Ueber die weittragende Rolle der Artikel 53 und 107 als „potential escape clause from the main obligations of the Charter“ gerade im Hinblick auf Bündnisysteme, die sich auf sie gründen, vgl. *Stone*, a. a. O. S. 252/53.

<sup>27)</sup> Vgl. *Goodrich and Hambro* a. a. O. S. 533 ff.; *Scheuner*, a. a. O. S. 397 ff.

<sup>28)</sup> *Scheuner*, a. a. O. S. 399 (mit Nachweis Anm. 98); *Stone*, a. a. O. S. 642, Anm. 37.

<sup>29)</sup> Vgl. *Goodrich and Hambro*: a. a. O. S. 535; *Scheuner*, a. a. O. S. 398.

<sup>30)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, Report, S. 30 (zu Artikel 53) und 37 (zu Artikel 107).

<sup>31)</sup> *Hagemann*, a. a. O. S. 399; *Stone*, a. a. O. S. 265, bemerkt hierzu: „In short, the invocation of ‚collective self-defense‘ as a residual obligation of Members under Article 1, paragraph 1, cannot conceal the fact that ‚collective self-defense‘ comes not to fulfill the Charter, but because, alas, the Charter remains unfulfilled.“

<sup>32)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 402; *Stone*, a. a. O. S. 263 ff.

<sup>33)</sup> *Staff Study* No. 1, S. 11.

<sup>34)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang den Vorschlag von *Morgenthau*, a. a. O. S. 17 f., der darauf abzielt, die grundsätzlich beizubehaltende dauernde Mitgliedschaft der Großmächte im Sicherheitsrat (bei gleichbleibender Zahl der ständigen Sitze) von Zeit zu Zeit einer Ueberprüfung zu unterwerfen. Ausgangspunkt dieses Vorschlags ist die Ueberlegung, daß im weiteren Verlauf der politischen Entwicklungen auch andere Staaten die Stellung einer Großmacht erreichen können, was seinen Niederschlag in der dauernden Mitgliedschaft im Sicherheitsrat finden sollte. — Ferner John Foster Dulles in sei-

nem Statement before the Charter Review Subcommittee of the Senate Foreign Relations Committee on Jan. 18, 1954, in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 30, No. 762 (Febr. 1, 1954), S. 172 = *Hearing*, Part 1, Jan. 18 and March 3, 1954, S. 7: „In the General Assembly, each nation has one vote. Is this the best arrangement? If the General Assembly is to assume greater responsibilities, then should there not be some form of weighted voting, so that nations which are themselves unable to assume serious military or financial responsibilities cannot put those responsibilities on other nations? Should there be, in some matters, a combination vote whereby affirmative action requires both a majority of all the members, on the basis of sovereign equality, and also a majority vote, on a weighted basis, which takes into account population, resources etc.“ — Vgl. hierzu *Sohn*: „Weighting of Votes in an International Assembly“ in: *The American Political Science Review*, Vol. 38, 1944, S. 1192 ff.; *Clark and Sohn*, a. a. O. S. 19 ff.; *Joint Survey*, S. 7 f.; *Schwarz-Liebermann u. Wahlendorf*: „Mehrheitsentscheid und Stimmenwägung. Eine Studie zur Entwicklung des Völkerverfassungsrechts“, 1953; Besprechung von *Kunz* hierzu in: *Am. J.*, Vol. 48, No. 2 (April 1954), S. 343 f.

<sup>35)</sup> Vgl. zum folgenden *Staff Study* No. 1, S. 14 ff.

<sup>36)</sup> Vgl. die Angaben bei *Schwarzenberger*: „Power Politics“, 1951, S. 754, sowie das Statement von *Dulles* in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 30, No. 762 (Febr. 1, 1954), S. 171 f. = *Hearing*, Part 1, Jan. 18 and March 3, 1954, S. 7, wo es heißt: „Should the veto power be taken away in respect of questions involving the Pacific Settlement of Disputes (chapter VI) and in respect of the Admission of New Members, as recommended by S. R. 239 (80th), the so-called Vandenberg Resolution? Presumably the United States would itself hesitate to go much further than this in now surrendering its ‚veto power‘.“ — Vgl. ferner *Lodge*: „Review of the UN-Charter“, Statement made before the Charter Review Subcommittee of the Senate Foreign Relations Committee on March 3, 1954 (press release 104) in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 30, No. 769 (March 22, 1954), S. 451 = *Hearing*, Part 1, Jan. 18 and March 3, 1954, S. 37 f.; *Staff Study* No. 1, S. 12 f.

<sup>37)</sup> Vgl. die Angaben über die Anwendung des Vetorechts in *Collection of Documents* S. 577 ff.

<sup>38)</sup> Dies gilt sowohl für die Vorschläge, die ohne weiteres die Abschaffung des Vetorechts zum Inhalt haben, als auch für diejenigen, die in der Erhöhung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates ein Mittel zur Umgehung des Vetorechts sehen. Vgl. z. B. die diesbezüglichen Vorschläge in den *ISSF-Informationen*, 3. Jg. 1954, Heft 4/5, S. 19 und 22. — In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß der Vorschlag einer Erhöhung der Mitgliederzahl zu dem Zweck, den nichtständigen Mitgliedern eine Art Vermittlerrolle zuzuweisen, auf Widerstand stoßen wird. Vgl. auch *Stone*, a. a. O. S. 222.

<sup>39)</sup> Vgl. *Goodrich and Hambro*, a. a. O. S. 226 f.; *Jaenicke*: „Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen“ in: *Z. ausl. öff. R. u. VR.*, Bd. 13 (1950/51), S. 357 ff.; *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 744 ff.; *Staff Study* No. 1, S. 13 ff., *Staff Study* No. 2, S. 10.

<sup>40)</sup> Vgl. Anmerkung 36; vgl. auch *Staff Study* No. 1, S. 21 f.

<sup>41)</sup> UNCIO, Documents, XI, S. 710 ff.; *Goodrich and Hambro*, a. a. O. S. 216 ff.; *Collection of Documents*, S. 562 ff.

<sup>42)</sup> Vgl. hierzu den bei *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 746, zitierten Ausspruch *Gromyko*s in der Sitzung des Sicherheitsrats vom 21. Mai 1948: „The Delegation of the Soviet Union will not digress one single iota from the obligations assumed under the San Francisco Declaration.“

<sup>43)</sup> Vgl. hierzu den Bericht des Interim Committee an die 3. Generalversammlung, UN, Doc. A/578; *Goodrich and Hambro* a. a. O. S. 227; *Jaenicke*, a. a. O. S. 357 ff. Zum „double veto“ allgemein vgl. *Rudzinski*: „The So-Called Double Veto“ in: *Am. J.*, Vol. 45 (1951), S. 443 ff.; *L. Gross*: „The Double Veto and the Four Power Statement on Voting in the Security Council“ in: *Harvard Law Review*, Vol. 67 (Dez. 1953), S. 251 ff. (276 f.); *Staff Study* No. 1, S. 18 f. — Zurückhaltend hinsichtlich der Möglichkeit einer Ausschaltung des Double Veto *Stone*, a. a. O. S. 226 f.

<sup>44)</sup> Vgl. *Goodrich and Hambro*, a. a. O. S. 222; ferner die zuvor angegebene Literatur.

<sup>45)</sup> Vgl. auch *Jaenicke*, a. a. O. S. 305 f.

<sup>46)</sup> Vgl. die Angaben in *Staff Study* No. 1, S. 18.



<sup>47)</sup> Vgl. hierzu *Goodrich* und *Hambro*, a. a. O. S. 223; *Jaenicke*, a. a. O. S. 359, insbes. Anm. 211; *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 745; *Dulles*, Statement before the First Committee of the General Assembly, Nov. 17, 1947, *Collection of Documents*, S. 568; *Staff Study* No. 1, S. 14 f., 19. — Ueber die sogen. „travaux préparatoires“ vgl. auch *Jaenicke*, a. a. O. S. 194 ff.

<sup>48)</sup> Zitiert nach *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 753.

<sup>49)</sup> Vgl. hierzu *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 753; *Münch*, a. a. O. S. 212.

<sup>50)</sup> Vgl. die Zusammenfassung bei *Münch*, a. a. O. S. 209; ferner *Collection of Documents*, S. 385; *Staff Study* No. 3, „The Problem of Membership in the United Nations“, May 21, 1954 (zit. *Staff Study* No. 3), S. 4 ff.

<sup>51)</sup> Vgl. hierzu *Klein*: „Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen“ in: *Arch. d. VR.*, 1. Bd. (1948/49), S. 147 ff.; *Jaenicke*, a. a. O. S. 291 ff.; *Münch*, a. a. O. S. 209 f.; Report of the Special Committee of the General Assembly on the Admission of New Members, June 25, 1953, UN Doc. A/2400 = *Collection of Documents* S. 385 ff.; *Byrnes*: „Admission of New Members to the United Nations“, Statements made in the *ad hoc* Political Committee on Oct. 5 and Oct. 13, 1953 in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 29, No. 749 (Nov. 2, 1953), S. 605 ff. — *Collection of Documents* S. 415 ff. (Statement made on Oct. 5, 1953); *Staff Study* No. 1 S. 19 ff.; *Staff Study* No. 3, S. 3 ff.

<sup>52)</sup> Vom 28. Mai 1948, Cour Internationale de Justice, Recueil des arrêts, avis consultatifs et ordonnances (zit. *C. I. J. Rec.*) 1947—1948, S. 57 ff., und vom 3. März 1950, *C. I. J. Rec.* 1950, S. 4 ff.

<sup>53)</sup> *Jaenicke*, a. a. O. S. 345 f.

<sup>54)</sup> Ueber die Frage des Austritts vgl. *Goodrich* und *Hambro*, a. a. O. S. 141 ff.

<sup>55)</sup> Vielleicht gelingt es auch dem von der Vollversammlung am 23. Oktober 1953 errichteten Committee of Good Offices, bis dahin eine befriedigende Lösung zu finden. Vgl. die Resolution der Vollversammlung vom 23. Oktober 1953, UN Doc. A/Res. 116 VIII = *Collection of Documents*, S. 419.

<sup>56)</sup> Vgl. *Recue des Nations Unies*, Dez. 1952, S. 128.

<sup>57)</sup> Vgl. Report of the Special Committee of the General Assembly on the Admission of New Members, June 25, 1953, UN Doc. A/2400 = *Collection of Documents*, S. 385 ff.

<sup>58)</sup> Vgl. Paragr. 35, 43, 54 und 73 des Reports, *Collection of Documents*, S. 395, 397, 401 und 406.

<sup>59)</sup> *Goodrich* und *Hambro*, a. a. O. S. 487; *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 753; *Hambro*: „The Authority of the Advisory Opinions of the I. C. J.“ in: *The International and Comparative Law Quarterly*, Vol. 3, 1954, S. 2 ff.

<sup>60)</sup> Vgl. Paragr. 50 des Reports, *Collection of Documents*, S. 400, wo es heißt: „Turning to the third question involved in the proposals and suggestions under discussion, the United States representative said that there was no doubt that the negative votes of a permanent member had been cast on illegal ground and, in that connection, he observed that the USSR policy was contrary to the Charter and to the 1948 advisory opinion of the International Court of Justice. Whether the USSR votes were, in effect, null and void, as was maintained in the Peruvian draft resolution was, however, another matter. The International Court had not gone so far as to suggest that, and the Council had considered those negative votes to be effective, since it had not submitted to the Assembly favourable recommendations on applications which the USSR delegation had voted against on grounds contrary to the Charter. He was not sure whether the General Assembly could reach a conclusion contrary to that of the Council, since such a contention might give the Assembly authority which the Council did not recognize.“ — Vgl. hierzu und zum folgenden *Jaenicke*, a. a. O. S. 349 ff. und 377 ff.; ferner *Spiropoulos*: „L'abus du droit de vote par un Membre du Conseil de Sécurité“ in: *Revue Hellénique de Droit International*, lière Année, 1948, S. 2 ff.

<sup>61)</sup> *C. I. J. Rec.* 1950, S. 20 f.

<sup>62)</sup> a. a. O. S. 379 f.

<sup>63)</sup> Vgl. hierzu die kritische Bemerkung von *Honig*: „The International Court of Justice 1947—1950“ in: *Z. ausl. öff. R. u. VR*, Bd. 14 (1951/52), S. 526 Anm. 95.

<sup>64)</sup> Vgl. zu diesen Fragen *Katzarow*: „Die Stellung der Nichtmitglieder der Vereinten Nationen“ in *Arch. d. VR.*, 3. Bd. (1951/52), S. 1 ff.; vor allem aber *Scheuner*, a. a. O. S. 371 ff.

<sup>65)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 372.

<sup>66)</sup> Vgl. die Uebersicht bei *Scheuner*, a. a. O. S. 393 f.

<sup>67)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 395 f.

<sup>68)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 392 f. (Anm. 67), 397.

<sup>69)</sup> Ueber die praktische Anwendung dieser Bestimmungen vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 388 Anm. 52. — Vgl. *Goodrich* und *Hambro*, a. a. O. S. 234 ff.

<sup>70)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 386 f.

<sup>71)</sup> Vgl. hierzu *Schwarzenberger*, Report, S. 27 und 76 (zu Art. 32), 28 und 77 f. (zu Art. 35 Abs. 2).

<sup>72)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, Report, S. 31 f. und 82 (zu Art. 66 und 69), 34 und 85 (zu Art. 91).

<sup>73)</sup> Vgl. *Münch*, a. a. O. S. 209.

<sup>74)</sup> *Hearing*, Part 1, Jan. 18 and March 3, 1954, S. 20: „The question of the admission of new members is another matter which we have given a great deal of thought to in the State Department. I have felt that if a state is deprived of the full rights of membership by reason of the veto and it is not possible to do away with the veto power in that respect, again the General Assembly might establish a sort of associate membership or something of that sort which would invite these countries to come in and take part in the proceedings, to express their views, and to record their votes.“

<sup>75)</sup> *Staff Study* No. 3, S. 7.

<sup>76)</sup> Vgl. *Scheuner*, a. a. O. S. 378, der hierzu ausführt: „Es dürften gegen diesen Vorschlag die gleichen Bedenken durchgreifen wie zur Zeit des Völkerbundes. Die Staatengleichheit ist durch Art. 2/1 zur festgelegten Grundlage der UN erhoben; sie würde durch eine solche Differenzierung sicherlich berührt. Die Pflichten eines Mitgliedes sind heute sehr ernste und weitgehende; so ist es auch zweifelhaft, ob sich ein Land bereit finden könnte, diese schweren Verpflichtungen zu übernehmen, ohne die entsprechenden vollen Rechte zu erlangen. Endlich besteht die Gefahr, daß ein in dieser geminderten Form zugelassenes Mitglied als völkerrechtlich überhaupt geminderten Rechts erscheinen könnte.“

<sup>77)</sup> Vgl. über die Bemühungen in der Vergangenheit die beiden Resolutionen der Vollversammlung vom 14. November 1947, UN Doc. A/519, S. 103 f. = *Collection of Documents*, S. 482 f.

<sup>78)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, Report, S. 34 und 85 f. (zu Art. 92—96 der UN-Charta), 41 und 91 (zu Art. 35 und 36 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs).

<sup>79)</sup> Vgl. *Morgenthau*: „Politics Among Nations“, 1950, S. 222; *Schwarzenberger*: „Power Politics“, 1951, S. 461; *Collection of Documents*, S. 493.

<sup>80)</sup> Vgl. oben S. 7272. — Eine Uebersicht über die Organe und Organisationen, die zur Einholung von Rechtsgutachten berechtigt sind, enthält *Collection of Documents*, S. 493 f.

<sup>81)</sup> Vgl. hierzu *Wehberg*: „Der nationale Zuständigkeitsbereich der Staaten nach der Satzung der Vereinten Nationen“ in: *Arch. d. VR.*, 2. Bd. (1950) S. 259 ff.; *Rudzinski*: „Domestic Jurisdiction in United Nations Practice“ in: *India Quarterly*, Vol. 9, 1953, S. 313 ff.

<sup>82)</sup> Vgl. den Vorschlag von *Wolff* in: *Schwarzenberger*, Report, S. 19, dem Art. 2 Abs. 7 folgende Fassung zu geben: „Nothing contained in the present Charter shall authorize the United Nations to intervene in matters which, in accordance with the decision of the International Court of Justice, are essentially within the domestic jurisdiction of any state or shall require the Members to submit such matters to settlement under the present Charter; but this principle shall not prejudice the application of enforcement measures under Chapter VII.“ — Vgl. ferner *Farran*, a. a. O. S. 383 ff., sowie *Joint Survey*, S. 14.

<sup>83)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, Report, S. 23 (zu Art. 13 der UN-Charta), 41 f. und 92 f. (zum Statut der International Law Commission).

<sup>84)</sup> UN Doc. A/519, S. 105 ff. = *Collection of Documents*, S. 483 ff.

<sup>85)</sup> Vgl. *Goodrich* und *Hambro*, a. a. O. S. 175 ff.; *Schwarzenberger*: „Power Politics“, 1951, S. 759.

<sup>86)</sup> Vgl. hierzu *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 765; *Dulles*: „U.S. Constitution and UN-Charter: An Appraisal“ in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 29, No. 741 (Sept. 7, 1953), S. 310; *Dulles*: „United Nations Charter Review“ in: *The Department of State Bulletin*, Vol. 30, No. 762 (Febr. 1, 1954), S. 172 = *Hearing*, Part 1 (Jan. 18 und March 3, 1954), S. 7 f.

<sup>87)</sup> Vgl. hierzu *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 763 f.

<sup>88)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, a. a. O. S. 764 f.

<sup>89)</sup> Vgl. *Schwarzenberger*, Report, S. 92.

## Informationen und Berichte

### Die Neunte Vollversammlung der Vereinten Nationen

Die 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die vom 21. September bis zum 17. Dezember 1954 in New York tagte, kann als eine der bemerkenswertesten Zusammenkünfte seit der Gründung der Organisation angesehen werden: nicht nur wegen des Fortschrittes auf dem Gebiete der Abrüstung und der Atomenergie, sondern auch wegen ihrer Beschlüsse auf anderen Sektoren, vornehmlich auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Unterstützung unterentwickelter Länder<sup>1</sup>.

Wohl kaum jemand hatte eine solche Entwicklung erwartet. Als die Tagung begann, richtete sich die Aufmerksamkeit der Welt auf London und Paris, wo wichtige Verhandlungen im Gange waren, so, wie sie sich vorher während der Außenministerkonferenzen der Großmächte Berlin und Genf zugewandt hatte. Das Zentrum der politischen Aktivität und der internationalen Diplomatie schien sich verschoben zu haben. Wie Generalsekretär *Hammarhjöld* in seinem letzten Jahresbericht bemerkte<sup>2</sup> lief die Organisation der Vereinten Nationen infolge der Vervielfachung mehr oder weniger stark konkurrierender internationaler Organisationen oder Sonderorganisationen Gefahr, das Mitspracherecht bei der Erörterung und Regelung der großen Weltprobleme zu verlieren. Zudem schienen die Vereinten Nationen wegen des Antagonismus unter ihren Mitgliedern außerstande, die zwei wichtigsten Probleme, die sich ihr stellten, nämlich die Abrüstung und die Atomenergie, mit Erfolg anzufassen.

Der Verlauf der 9. Vollversammlung zeigte jedoch, daß gerade auf diesen Gebieten Fortschritte erzielt werden konnten. Sechs Wochen nach Eröffnung der Tagung, am 4. November 1954, billigte die Vollversammlung einstimmig eine von den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion gemeinsam eingebrachte Resolution über die Abrüstung. Einen Monat später, am 4. Dezember, billigte sie wiederum einstimmig eine Resolution über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie.

Die erste Resolution (A/Resolution/216) bezweckt den Abschluß einer internationalen Konvention zur Abrüstung und zum Verbot der Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen. Es handelt sich hierbei um eine Einigung im Prinzip; die Resolution bezeichnet ein Ziel, sie gibt ein Arbeitsprogramm, ein Verfahren; sie ist, nach *Jules Moch*, ein erster Entwurf, nach den Worten des amerikanischen Delegierten *James Wadsworth* ein Ausgangspunkt. Die Resolution, die auf dem britisch-französischen Plan vom Juni 1954 beruht und in ihren

großen Zügen die Zustimmung der Sowjetunion gefunden hat, hat folgenden Wortlaut<sup>3</sup>:

*Abschluß einer internationalen Konvention (Vertrag) zur Herabsetzung der Rüstungen und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen.*

„Die Vollversammlung, in der Bekräftigung der Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die Suche nach einer Lösung des Abrüstungsproblems, in dem Bewußtsein, daß die fortschreitende Entwicklung der Rüstungen die dringende Notwendigkeit einer solchen Lösung erhöht,

nach der Erörterung des vierten Berichtes der Abrüstungskommission vom 29. Juli 1954 (DC/53 und DC/55) und der anhängenden Dokumente sowie des Resolutionsentwurfes der Sowjetunion (A/C. 1/750) bezüglich des Abschlusses einer internationalen Konvention (Vertrag) zur Herabsetzung der Rüstungen und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen,

1. Kommt zu dem Schluß, daß ein neuer Versuch gemacht werden sollte, um ein Uebereinkommen über umfassende und koordinierte, in den Entwurf einer internationalen Abrüstungskonvention einzuschließende Vorschläge zu erzielen, welche Sorge tragen für:

a) die Regulierung, Begrenzung und eine größere Herabsetzung aller bewaffneten Streitkräfte und aller gebräuchlichen Rüstungen;

b) das totale Verbot des Gebrauchs und der Herstellung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen jeder Art sowie die Konversion vorhandener Vorräte an Kernwaffen zu friedlichen Zwecken;

c) die Schaffung einer wirkungsvollen internationalen Kontrolle durch ein Kontrollorgan mit Rechten, Befugnissen und Funktionen, welche angemessen sind, um die wirksame Beachtung der vereinbarten Beschränkungen aller Rüstungen und bewaffneten Streitkräfte und das Verbot von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu garantieren sowie den Gebrauch der Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu sichern; wobei das ganze Programm so zu gestalten ist, daß kein Staat Grund zu der Befürchtung zu haben braucht, daß seine Sicherheit gefährdet sei;

2. Ersucht die Abrüstungskommission, sich unter Berücksichtigung der verschiedenen in der Präambel dieser Resolution in Bezug genommenen und aller anderen Vorschläge, welche in das Aufgabengebiet der Kommission fallen, um eine annehmbare Lösung des Abrüstungsproblems zu bemühen;

3. Schlägt vor, daß die Abrüstungskommission den in Uebereinstimmung mit §§ 6, 7 der Resolution der Vollversammlung 715 (VIII) vom 28. November 1953 gebildeten Unterausschuß wieder einberuft;

<sup>1</sup>) Vgl. hierzu und zum folgenden *Revue des Nations Unies*, 3. Année, Nr. 12 (Dezember 1954) S. 1—5.

<sup>2</sup>) Vgl. Europa-Archiv 18/1954, S. 6908.

<sup>3</sup>) Die Abrüstungsresolution sowie die im Text anschließend abgedruckte Resolution über die Atomenergie sind dem von

der Informationsabteilung des Europäischen Büros der Vereinten Nationen in Genf herausgegebenen Abschlußbericht über die 9. Vollversammlung entnommen (Press Release GA/IX Nr. 72 vom 21. Dezember 1954). Der Bericht enthält sämtliche Resolutionen der Versammlung im Wortlaut. Die Uebersetzungen wurden im Europa-Archiv angefertigt.



4. Ersucht die Abrüstungskommission, dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung Bericht zu erstatten, sobald ein genügender Fortschritt erzielt sein wird.“

Die Resolution zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie stellt die Verwirklichung der Initiative dar, die Präsident *Eisenhower* in seiner Rede vor der Achten Vollversammlung der Vereinten Nationen am 8. Dezember 1953 ergriff<sup>4</sup>. Sie will die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Atomenergie organisieren in der Form der Errichtung einer ständigen internationalen Behörde und der Einberufung einer wissenschaftlichen Konferenz. Ihr Grundgedanke besteht darin, alle Mitgliedstaaten mit den atomaren Grundstoffen zu versorgen, die von großer Bedeutung für die Medizin, die Industrie und die Landwirtschaft sind, sowie vor allem darin, die Entwicklung der Atomforschung selbst zu fördern. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

*Internationale Zusammenarbeit in der Entwicklung des friedlichen Gebrauchs der Atomenergie.*

„Die Vollversammlung, in dem Glauben, daß der Nutzen aus der bedeutenden Entdeckung der Atomenergie in den Dienst der Menschheit gestellt werden sollte, in dem Wunsch, den Gebrauch der Atomenergie energisch mit dem Ziele zu fördern, daß sie nur den friedlichen Bestrebungen der Menschheit dienen und ihre Lebensbedingungen verbessern wird, in Anerkennung der Wichtigkeit und Dringlichkeit internationaler Zusammenarbeit zur Entwicklung und Erweiterung des friedlichen Gebrauchs der Atomenergie, um bei der Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit zu helfen, ebenso in dem Glauben, daß alle Nationen zur Förderung der Verbreitung von Wissen auf dem Gebiet der Kerntechnologie zu friedlichen Zwecken zusammenarbeiten sollten,

A

Betreffend eine internationale Atomenergiebehörde

Eingedenk der Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, enthalten in seiner Rede vom 8. Dezember 1953, mit der Feststellung, daß Verhandlungen im Gange sind und daß beabsichtigt ist, sie fortzusetzen, um so schnell wie möglich eine internationale Atomenergiebehörde zu errichten mit dem Ziel, in der ganzen Welt den Gebrauch der Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu erleichtern und die internationale Zusammenarbeit zur weiteren Entwicklung und praktischen Anwendung der Atomenergie zum Nutzen der Menschheit zu ermöglichen,

1. Spricht die Hoffnung aus, daß die internationale Atomenergiebehörde ohne Verzögerung errichtet wird;
2. Schlägt vor, daß die Behörde, sobald sie errichtet ist, mit den Vereinten Nationen über eine angemessene Form eines Abkommens verhandelt;
3. Ubersendet den bei der Schaffung der Behörde beteiligten Staaten zu ihrer sorgfältigen Erwägung die Protokolle der Aussprache über diesen Punkt auf der gegenwärtigen Tagung der Vollversammlung;
4. Schlägt vor, daß die Mitglieder der Vereinten Nationen über die Fortschritte in der Errichtung der Behörde informiert werden und daß die Ansicht von Mitgliedern, welche ihr Interesse gezeigt haben, voll in Erwägung gezogen wird;

<sup>4</sup> Vgl. Europa-Archiv 1/1954, S. 6275 ff.

B

Betreffend die internationale Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie

1. Erklärt das Interesse der Vollversammlung, in jeder möglichen Weise bei der Förderung der friedlichen Anwendung der Atomenergie zu helfen;
2. Beschließt, daß eine internationale technische Konferenz der Regierungen unter den Auspizien der Vereinten Nationen abgehalten werden sollte, um die Mittel zur Entwicklung der friedlichen Anwendung der Atomenergie durch internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Entwicklung der Atomkraft zu erforschen sowie andere technische Gebiete — wie Biologie, Medizin, Strahlenschutz und Grundwissenschaften — zu erörtern, in denen eine internationale Zusammenarbeit am wirksamsten erreicht werden könnte;
3. Lädt alle Staaten ein, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder der Sonderorganisationen sind, an der Konferenz teilzunehmen und unter ihren Vertretern Fachleute einzuschließen, die auf dem Gebiete der Atomenergie kompetent sind;
4. Schlägt vor, daß die internationale Konferenz nicht später als im August 1955 an einem von dem Generalsekretär und durch den Beratenden Ausschuß (§ 5 unten) zu bestimmenden Orte abgehalten wird;
5. Ersucht den Generalsekretär, auf den Rat eines kleinen Ausschusses hin, der sich aus Vertretern Brasiliens, Kanadas, Frankreichs, Indiens, der Sowjetunion, Großbritannien und der Vereinigten Staaten zusammensetzt, Einladungen zu dieser Konferenz auszugeben, eine detaillierte Tagesordnung vorzubereiten und allen Eingeladenen zuzustellen sowie für den erforderlichen Stab und die erforderlichen Dienste zu sorgen;
6. Schlägt dem Generalsekretär und dem oben genannten Beratenden Ausschuß vor, daß sie bei der Vorbereitung der internationalen Konferenz kompetente Sonderorganisationen, insbesondere die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur konsultieren;
7. Lädt die interessierten Sonderorganisationen ein, Personen zu benennen, die sie auf der Konferenz vertreten;
8. Ersucht den Generalsekretär, einen Bericht über die Konferenz allen Mitgliedern der Vereinten Nationen sowie anderen Regierungen und Sonderorganisationen, die an der Konferenz teilnehmen, zu Informationszwecken zuzustellen.“

Sicherlich bleiben auch nach der Annahme dieser Resolutionen Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten auf dem Gebiete der Abrüstung und Atomenergie bestehen. Es sind noch zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden; jedoch sind in beiden Fällen die Wege vorgezeichnet. Dank einer konzilianten Haltung und gegenseitiger Zugeständnisse ist ein Kompromiß zustande gekommen, der dem Prestige und der Autorität der Vereinten Nationen zugute kommt.

Die Anzeichen einer gewissen Entspannung in den internationalen Beziehungen haben sich auch in anderen Fragen ausgewirkt. So wurde zu dem komplexen Problem der Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation einstimmig eine Resolution gefaßt, die zwar die Schwierigkeiten nicht behebt, die es aber andererseits vermieden hat, diese Schwierigkeiten durch Mehrheitsbeschlüsse in den einzelnen Fragen noch zu verschlimmern. Sie ersuchte den Sicherheitsrat, sich der Aufnahmeanträge erneut anzunehmen (A/Resolution/228 vom 23. November). Dagegen wurde in der Frage der Definition der Aggression, die von einigen Mitgliedern als nützlich und not-

wendig, von anderen hingegen als inopportun oder gar gefährlich erachtet wird, in einer nahezu einstimmig gefaßten Resolution ein Ausschuß beauftragt, eine Form der Einigung zu suchen (A/Resolution/243 vom 4. Dezember). Ebenso hat die Versammlung in kluger Beschränkung auf eine Entscheidung in den Fragen der Kodifizierung der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit und der Schaffung einer internationalen strafrechtlichen Jurisdiktion verzichtet, da sie mit der Frage der Definition der Aggression in einem rechtlichen Zusammenhang stehen (A/Resolution/245 vom 4. Dezember; A/Resolution vom 14. Dezember). Schließlich konnte sich die Vollversammlung bei nur wenigen Stimmenthaltungen trotz der Kluft zwischen den arabischen Staaten und Israel auf eine Verlängerung des Mandates des Direktors für die Flüchtlingshilfe in Palästina einigen (A/Resolution/232 vom 4. Dezember).

Die Debatten über Korea, über die sowjetischen Beschwerden gegen Aggressionsakte gegen die Volksrepublik China und über die Behinderung der freien Schifffahrt in den chinesischen Gewässern verliefen ebenso wie die Auseinandersetzung über die amerikanische Beschwerde gegen die Zurückhaltung und Einkerkierung von Angehörigen der Vereinten Nationen in der Chinesischen Volksrepublik weniger erfreulich. Die zu diesen Fragen angenommenen Resolutionen waren umstritten (A/Resolution vom 17. Dezember in der Frage der Behinderung der Schifffahrt; A/Resolution/247 vom 10. Dezember bezüglich der amerikanischen Beschwerde; die sowjetische Beschwerde über Aggressionsakte gegen die Chinesische Volksrepublik wurde am 17. Dezember abgelehnt). Gleichwohl kam in mancher Weise ein Geist der Versöhnlichkeit zum Ausdruck. So wurde in bezug auf Korea die Tür zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht zugeschlagen; einige Abschnitte der Resolution wurden einstimmig angenommen (A/Resolution/249 vom 11. Dezember). In der Debatte über die sowjetische Beschwerde über Aggressionsakte gegen die Chinesische Volksrepublik erkannten auch die Vereinigten Staaten und die ihnen in der Ablehnung des sowjetischen Antrages folgenden Mächte an, daß die Beendigung der Feindseligkeiten in Korea und Indochina günstige Bedingungen für die Regelung anderer internationaler Probleme geschaffen und zu einer internationalen Entspannung geführt habe. Diese Mächte haben auf der anderen Seite ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich im Fernen Osten einer Politik der Klugheit und Geduld zu befleißigen und sich jeglichen Abenteuern zu widersetzen. Die Diskussion erbrachte weiterhin Übereinstimmung darin, daß der Grundsatz der Freiheit der Schifffahrt respektiert werden müsse. Die dem Generalsekretär aufgetragene Mission, sich um die Freilassung der in China zurückgehaltenen Angehörigen der Vereinten Nationen zu bemühen, wurde von den interessierten Staaten in dem Sinne aufgefaßt, daß die Mission zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung geführt werden könne.

Die Einmütigkeit der Versammlung fand sich auch auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit, insbesondere in der Frage der Entwicklung rückständiger Länder<sup>5</sup>. Praktisch einstimmig wurden die Resolutionen über ein erweitertes Programm für die technische Hilfe (A/Reso-

lution/229 vom 26. November), die Schaffung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Entwicklung (A/Resolution/251 vom 11. Dezember) sowie über die Errichtung einer internationalen Finanzierungsgesellschaft (A/Resolution/252 vom 11. Dezember) angenommen. In diesem Zusammenhang sind auch die Resolutionen zur Förderung von Kapitalinvestitionen in den unterentwickelten Gebieten (A/Resolution/253 vom 11. Dezember), zur Förderung der Bodenreform (A/Resolution/255 vom 11. Dezember) sowie über die Schaffung einer Weltnahrungsmittelreserve (A/Resolution vom 14. Dezember) zu nennen.

Der geplante Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung (*Special United Nations Fund for Economic Development* = *SUNFED*) soll dem Zweck dienen, wirtschaftlich rückständigen Ländern Anleihen zu günstigen Bedingungen zu geben, um ihnen bei der Förderung der für ihren Wirtschaftsaufbau notwendigen, aber nicht Gewinn bringenden Projekten zu helfen. Pläne für ein solches Programm waren schon 1952 von Fachleuten in allen Einzelheiten ausgearbeitet und der 8. Vollversammlung unterbreitet worden. Diese beauftragte den damaligen Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates, Raymond Scheyven, die Ansichten der Regierungen zu diesem Projekt einzuholen und zu analysieren. In einem Zwischenbericht an die 18. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrates stellte Scheyven fest, daß weniger als die Hälfte der befragten Länder antworteten. Von diesen sprachen sich wiederum nur die unterentwickelten Länder für die sofortige Schaffung des Fonds aus. (Vgl. im einzelnen den Bericht über die 18. Sitzungsperiode des ECOSOC in Europa-Archiv 18/1954, S. 6910.) Der Wirtschafts- und Sozialrat empfahl der Vollversammlung einstimmig, sie möge die Regierungen zu einer Revision ihrer Haltung auffordern und das Mandat Scheyvens verlängern, damit er Gelegenheit zu neuen Verhandlungen erhalte. Dieser Empfehlung ist die 9. Vollversammlung nachgekommen.

Die geplante internationale Finanzierungsgesellschaft (*International Finance Corporation*) soll unter Heranziehung privater Investitionen Geldmittel zur Finanzierung gewinnbringender Projekte in den unterentwickelten Gebieten bereitstellen. Auch dieses Programm beschäftigte die Vollversammlung schon auf ihrer 8. Tagung; ebenso den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner 18. Sitzungsperiode. Diesem lag ein Bericht der Weltbank (Dok. E/2616) vor, in dem festgestellt wurde, daß diejenigen Länder, von deren Beiträgen die geplante Gesellschaft zum großen Teil abhängig sein werde, im Augenblick nicht in der Lage seien, Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Inzwischen sprachen sich jedoch einige dieser Staaten und am 11. November 1954 auch die Vereinigten Staaten von Amerika für die Errichtung der internationalen Finanzierungsgesellschaft aus. Die 9. Vollversammlung forderte die Weltbank nunmehr auf, einen Satzungsentwurf für die geplante Gesellschaft auszuarbeiten und sprach die Erwartung aus, daß die Gesellschaft sobald wie möglich errichtet werde. Der Satzungsentwurf soll den Mitgliedern der Weltbank unterbreitet werden. Die Regierungen sollen angeben, inwieweit sie zur finanziellen Unterstützung der Gesellschaft bereit sind. Ein Bericht über diese Verhandlungen soll dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner 20. Sitzungsperiode im Frühjahr 1955 vorgelegt werden.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Press Release GA/IX Nr. 28 vom 25. Oktober 1954, hrsg. vom Information Centre, European Office of the United Nations, Genf.



Auf sozialem Gebiete hat die Versammlung ein Programm grundsätzlich gebilligt, das dem Hochkommissar für Flüchtlingsfragen durch freiwillige Spenden der Regierungen eine endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems ermöglichen soll (A/Resolution/203 vom 21. Oktober). Die Versammlung nahm eine erste Lesung der Konventionsentwürfe auf dem Gebiete der Menschenrechte vor, wobei sich die Diskussion hauptsächlich auf allgemeine Fragen, wie die Möglichkeit der universellen Anwendung der Menschenrechte und das Petitionsrecht, beschränkte. Die Versammlung beschloß, die Entwürfe den Regierungen zur Begutachtung zu unterbreiten (A/Resolution/233 vom 4. Dezember).

Hinsichtlich der Informationsfreiheit hat die Versammlung neue Studien zu einem Entwurf für die Informationsfreiheit (A/Resolution vom 17. Dezember) sowie über die Möglichkeit einer Uebertragung der dem ehemaligen Völkerbund durch die Konvention über die Verwendung des Rundfunks im Interesse des Friedens (1936) zugewiesenen Funktionen auf die Vereinten Nationen (A/Resolution vom 17. Dezember) vorgeschrieben. Die Versammlung schloß sich dem Bericht des Wirtschafts- und Sozialrates an und verurteilte die Zwangsarbeitssysteme, die zur Ausübung politischen Zwanges oder zu Sanktionszwecken bestehen, und forderte den Wirtschafts- und Sozialrat sowie die Internationale Arbeitsorganisation auf, ihre Bemühungen zur Abschaffung der Zwangsarbeit fortzusetzen (A/Resolution vom 17. Dezember).

Die Prüfung der Berichte des Ausschusses für Informationen aus nicht-selbständigen Gebieten und Gebieten unter Treuhandschaft hat, wie in jedem Jahre, zu längeren Debatten geführt. Es zeigte sich, besonders innerhalb der arabisch-asiatischen Gruppe, der lateinamerikanischen Gruppe sowie der Gruppe der Sowjetunion und Volksdemokratien die Tendenz, Bestrebungen nach Autonomie und Unabhängigkeit ein Höchstmaß an Sympathie zu geben. Diese Tendenz machte sich zuweilen in dem Bemühen bemerkbar, die Befugnisse und die Kontrolle der Vereinten Nationen über die Verpflichtungen hinaus zu erstrecken, welche die Kolonialmächte mit der Charta der Vereinten Nationen übernommen haben. Das ist insbesondere der Fall bei den Resolutionen, welche die Kompetenz der Vereinten Nationen betreffen, über den Status von nicht-autonomen Gebieten zu entscheiden (A/Resolution/222 und A/Resolution/224 vom 22. November).

Insgesamt war festzustellen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Treuhandschaftsstaaten einerseits und den anderen Staaten in diesem Jahre weniger akzentuiert waren als früher. Das trifft auch zu für die Resolution über die Vereinigung Togos und die Zukunft Togos unter britischer Treuhandschaft, in der die Absicht zum Ausdruck kommt, allen Seiten des Problems Rechnung zu tragen (A/Resolution/201 vom 11. Oktober).

#### *Debatte über die Wiedervereinigung Deutschlands*

Von der Welt und selbst von der deutschen Öffentlichkeit weniger beachtet, legte der indische Delegierte Krishna Menon im Verlauf der allgemeinen Aussprache in der Vollversammlung am 6. Oktober den Standpunkt seiner Regierung zur Wiedervereinigung Deutschlands dar<sup>6</sup>. Menon betonte, es sei nicht seine Absicht, zu der Frage

Stellung zu nehmen, ob die Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt innerhalb der Vereinten Nationen erörtert werden könne; noch weniger wolle sich seine Regierung mit Vorschlägen zur Wiedervereinigung Deutschlands in den Vordergrund drängen. Da aber die Wiedervereinigung Deutschlands das zentrale Friedensproblem nicht nur für Europa, sondern auch für die übrige Welt sei, sei es wohl angebracht, das Thema auch auf einer Vollversammlung der Vereinten Nationen anzuschneiden.

„Was in Deutschland geschieht“, begann der indische Delegierte, „wird in sehr bedeutendem Maße über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden. Ich will keine Rückbetrachtungen anstellen — es ist aber nun einmal Tatsache, daß die Lage Deutschlands, ob im Hinblick auf eine Expansion oder im Hinblick auf seine innere Einheit, in den letzten hundert Jahren zu Instabilität und zur Schaffung von Kriegsbedingungen beigetragen hat... Ein deutscher Friede ist für den Weltfrieden notwendig, und ein deutscher Friede erfordert die Wiedervereinigung Deutschlands, auf welchem Wege auch immer.“

Menon ging sodann auf die Pläne des Westens und der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands ein und stellte fest, ihnen allen fehle ein wesentliches Merkmal: keiner der bisher vorgelegten Pläne finde die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte. Menon stellte weiter fest, daß sowohl Ostdeutschland als auch Westdeutschland in kurzer Zeit die Souveränität erringen würden oder schon hätten und damit „eine Gemeinschaft“ entstehen werde, „welche in zwei souveräne Lager geteilt ist“. Der indische Delegierte fuhr fort:

„Im Namen der indischen Regierung möchte ich sagen, daß es nach unserer Ansicht an der Zeit ist, daß es zwischen beiden Seiten zu direkten Verhandlungen kommt, um die Einheit zustande zu bringen, die von so großem Interesse nicht nur für Europa, sondern für uns alle ist, da die Folgen der Uneinigkeit in den vergangenen 50 oder 60 Jahren für alle so schrecklich waren. Wir möchten auf keinen Fall sagen — in der Tat ist dies im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht unsere Aufgabe —, welchen Status oder welchen Inhalt solche Verhandlungen haben sollten oder überhaupt etwas in dieser Art. Aber: wenn es zwei unabhängige Gemeinschaften gibt, wie es proklamiert wurde, und wenn — woran ich nicht zweifle — die Regierungen dieser Gemeinschaften die Unterstützung ihrer eigenen Völker genießen, dann scheint es uns, als sollte es möglich sein, daß Deutsche mit Deutschen sprechen, um Wege oder wenigstens einen Beginn zu finden, der zur Einheit ihres eigenen Landes führt. Wir glauben, wie wir in Genf andeuteten, daß direkte Besprechungen, die in einer Weise geführt werden, welche die Parteien selbst für die richtige halten, großen Wert haben. Das würde gegen keine Abmachungen verstoßen, welche andere Parteien, die heute für die beiden Seiten verantwortlich sind, haben könnten. Diese Anregung soll auch nicht an die Stelle desjenigen treten, was heute getan wird. Wenn aber als Ergebnis direkter Besprechungen ein vereinigtes Deutschland entsteht; wenn die beiden Regierungen in der Lage sind, den beiden Seiten — der Sowjetunion einerseits und den Westmächten andererseits — gemeinsam Vorschläge zu unterbreiten; wenn das die Deutschen wünschen und wenn die Vorschläge, wie es unter den gegenwärtigen Umständen sein sollte, mit der Sicherheit der Welt vereinbar sind: dann scheint es

<sup>6</sup>) Vgl. United Nations, General Assembly, Ninth Session, Official Records. 492. Plenary Meeting. 6. Oktober 1954.

vernünftig, daß solche Gespräche den Weg zu irgendeiner konstruktiven Lösung öffnen.

Meine Delegation wünscht, diese Ausführungen als Ansicht der indischen Regierung und als Zeichen ihres Interesses an dieser Angelegenheit zu Protokoll zu bringen.“

Im Verlauf der allgemeinen Aussprache in der Vollversammlung, die zwei Wochen dauerte, ergriffen auch andere Sprecher das Wort zu Ausführungen zum Thema Deutschland. Es sprachen neben Menon der amerikanische Außenminister, *Dulles*, der inzwischen verstorbene sowjetische Delegierte *Wyschinskij*, der britische Delegierte *Selwyn Lloyd*, der jugoslawische Außenminister, *Kotscha Popowitsch*, der norwegische Außenminister, *Halvard Lange*, der australische Außenminister, *Richard Casey*, der polnische Delegierte *Stanislaw Skrzyszewski*, der ukrainische Delegierte *L. F. Palamartschuk*, der tschechoslowakische Delegierte *Vaclav David* sowie der bjelorusische Delegierte *Kuzma V. Kiselew*. In den Stellungnahmen dieser Delegierten spiegelten sich die von Krishna Menon aufgezeigten Gegensätze wider. Nach Ansicht des norwegischen Außenministers *Lange* kann und sollte eine internationale Regelung Deutschland von außen nicht mehr entgegen den Wünschen des deutschen Volkes auferlegt werden.

#### Wichtige Beschlüsse des Ministerrates der OEEC

Der Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) trat am 13. und 14. Januar 1955 unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers, *Butler*, zu einer Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Probleme, die mit der Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen verbunden sind, sowie eine weitere Ausdehnung der Liberalisierung des innereuropäischen Handels.

#### Konvertibilität — EZU

Zur Vorbereitung dieser Sitzung hatte der Ministerausschuß für Konvertibilitätsfragen<sup>1</sup>, der im vergangenen Jahr (am 6. 5. 1954) vom Ministerrat eingesetzt worden war, in den Tagen zuvor das Problem eingehend erörtert und konkrete Vorschläge für den Ministerrat ausgearbeitet. Seinem ursprünglichen Auftrage<sup>2</sup> gemäß sollte dieser Ministerausschuß, dem unter britischem Vorsitz Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Schweiz, Griechenlands, der Beneluxstaaten sowie der skandinavischen Länder, also insgesamt 8 Mitglieder, angehören, seine Vorschläge für die Wiedereinführung der Konvertibilität der europäischen Währungen dem Ministerrat bereits bis zum 1. November 1954 unterbreiten haben. Die allgemeine wirtschaftspolitische Entwicklung im 2. Halbjahr 1954 führte jedoch dazu, daß die Intensität der Konvertibilitätsbemühungen bei einzelnen europäischen Regierungen, insbesondere der britischen, nachließen<sup>3</sup>. Es konnte auf den im 4. Quartal 1954 stattgefundenen Sitzungen des Ministerausschusses zunächst keine Einigung über gemeinsame Vorschläge an den Ministerrat erzielt werden. Inzwischen hatten sich jedoch die materiellen Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Wäh-

rungen gebessert: Die Dollarreserven Gesamteuropas sind weiter angestiegen, die europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz des Dollarraumes wurde verbessert, und der europäische Export erfuhr durch die amerikanische Rezession eine nur unbedeutende Beeinflussung. Hinzu kam noch, daß auch die bereits im vergangenen Herbst vom Ministerausschuß diskutierten Pläne für die Schaffung eines europäischen Währungsfonds die zahlreichen Vorbehalte der z. Z. noch nicht „konvertibilitätsreifen“ Länder teilweise beseitigten. Damit waren die besten Voraussetzungen dafür gegeben, daß sich Ministerausschuß und Ministerrat der OEEC auf ihren Sitzungen erfolgreich mit der systematischen Vorbereitung der Konvertibilität der europäischen Währungen beschäftigen konnten.

In Anbetracht der Tatsache, daß es sich dabei jedoch nicht um eine „*uno acta*“-Lösung handeln kann, sondern um eine organische Ueberleitung, und daß die volle Konvertibilität für die europäischen Währungen noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte, hat der Ministerrat auf Empfehlung des ministeriellen Ausschusses beschlossen, die Europäische Zahlungsunion (EZU) um ein weiteres Jahr vom 30. Juni 1955 ab zu verlängern. Das EZU-Direktorium unter dem Vorsitz des deutschen Direktoriumsmitglieds *Dr. von Mangoldt* wurde ersucht, konkrete Vorschläge über die Einzelheiten dieser Verlängerung auszuarbeiten. Außerdem wurde das EZU-Direktorium beauftragt, die Bedingungen für die Gründung eines „europäischen Währungsfonds“ zu prüfen, der nach der Rückkehr zur Konvertibilität die EZU ablösen soll, sowie Vorschläge über die Maßnahmen zu unterbreiten, die zur Gewährleistung eines reibungslosen Ueberganges zur Konvertibilität zu treffen sein werden. Diese verschiedenen Vorschläge sollen vom EZU-Direktorium bis zum 15. April 1955 dem Ministerrat vorgelegt werden. Im Gegensatz zu diesen zahlungspolitischen Entscheidungen hat der Rat darauf verzichtet, zu den handelspolitischen Problemen der Wiederherstellung der Konvertibilität Stellung zu nehmen. Diese Unterlassung ist darauf zurückzuführen, daß die gegenwärtig in Genf stattfindende GATT-Tagung ihre Arbeiten noch nicht beendet hat und daß die Ergebnisse der Genfer Beratung abgewartet werden sollen, bevor der mit der zukünftigen Handelsregelung zusammenhängende Fragenkomplex erneut innerhalb der OEEC diskutiert wird.

#### Ausdehnung der Liberalisierung

Trotz dieser Zurückhaltung mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossene GATT-Tagung, deren Auswirkungen sowieso nur sehr langfristiger Natur sein werden, hat der Ministerrat entscheidende Beschlüsse gefaßt, um die bisherige Liberalisierungspolitik weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Auch hierbei sind nicht unbedeutende Schwierigkeiten zu überwinden, denn es liegt in der Natur der Sache, daß die Beseitigung der letzten noch vorhandengebliebenen Handelsbeschränkungen besondere Schwierigkeiten bereitet, da diese bisher noch nicht aufgehobenen quantitativen Restriktionen in der Regel Er-

<sup>1</sup>) Vgl. hierzu Europa-Archiv 11/1954, S. 6625.

<sup>2</sup>) Résolution du Conseil relative à l'étude de certains problèmes liés à l'établissement de la convertibilité. OEEC, Presse A (54) 20.

<sup>3</sup>) Demgegenüber hat Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard wiederholt auf die Notwendigkeit eines möglichst frühzeitigen Ueberganges zur Konvertibilität für die westeuropäischen Währungen hingewiesen.



zeugnisse und Erzeugergruppen betreffen, deren Schutz vor einem freien Wettbewerb für die nationalen Volkswirtschaften von besonderem Interesse ist. Hinzu kommt noch die Tendenz einiger Länder, beispielsweise Frankreichs<sup>4</sup>, nur zögernd die im europäischen Wirtschaftsrat übernommenen Liberalisierungsverpflichtungen zu realisieren<sup>5</sup>.

Trotz dieser retardierenden Momente entschloß sich der Ministerrat, den allgemeinen Liberalisierungssatz von 75 auf 90 vH zu erhöhen. Gleichzeitig wurden die Mindestliberalisierungssätze der drei Hauptwarengruppen<sup>6</sup> von 60 auf 75 vH heraufgesetzt. Außerdem beschloß der Rat, daß vom 1. April an bis zum 30. Juni 1955 jedes Land in jeder der drei großen Warengruppen zusätzlich 10 vH des noch gebundenen Restteiles zu liberalisieren hat. Diese Auflage deckt sich zum Teil mit dem vorgenannten Beschluß, sie berührt indessen für die meisten Länder den landwirtschaftlichen Sektor, in dem eine Liberalisierung über 60 vH ziemlich selten ist. Mitgliedstaaten, die diesen Schritt nicht ausführen können, dürfen ihren Pflichten durch „geschmeidige Einfuhrmaßnahmen“ genügen. Darunter fallen die von verschiedenen Ländern geübten freieren Einfuhrpraktiken im Ernährungssektor. Griechenland und die Türkei sind von der Erfüllung dieser Verpflichtungen befreit.

Diese Maßnahmen treten am 1. April in Kraft und sollen bis zum 30. September 1955, also innerhalb von 6 Monaten, von jedem Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsrates verwirklicht werden. Die Geltungsdauer ist jedoch auf zunächst 18 Monate, also bis zum 30. September 1956, befristet worden. Nach 18 Monaten soll die gesamte Liberalisierung erneut überprüft werden. Außerdem erlaubt es eine verhältnismäßig weit gefaßte Ausweichklausel den Mitgliedsstaaten, die Anwendung der neuen Liberalisierungsmaßnahmen nicht nur — wie bereits bisher — bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, sondern auch zum Schutz nationaler Interessen zurückzustellen. Trotz dieser Ausweichklausel werden sich zahlreiche Mitgliedsstaaten aus den erwähnten Gründen vor schwierigen Entscheidungen sehen. Diese sind um so größer, als der Ministerrat alle Mitgliedsstaaten, also auch diejenigen, die bereits 90 vH ihrer Einfuhr oder mehr liberalisiert haben<sup>7</sup> verpflichtete, 10 vH der noch bestehenden quantitativen Beschränkungen abzuschaffen. Durch diese Entscheidungen ist für alle Mitgliedsstaaten auch die handelspolitische Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Abwehr protektionistischer Maßnahmen anderer Staaten eingengt worden<sup>8</sup>. Die hieraus resultierenden Bedenken dürften der Anlaß dafür gewesen sein, daß die neue Liberalisierungswelle mit den durch die bisherigen Erfahrungen

gebotenen Sicherungen und Sondervorkehrungen umgeben wurde.

Ueber die Fortschritte der innerhalb des europäischen Wirtschaftsrats geleisteten Arbeiten zur weiteren Liberalisierung der Dienstleistungen erstattete Generalsekretär Robert Marjolin dem Ministerrat einen Bericht.

#### *Abschaffung der Exportsubventionen*

Der OEEC-Ministerrat beschloß ferner, bis Ende 1955 die bestehenden künstlichen Exportsubventionen abzubauen, soweit es sich um die freie Verfügung eines Teiles der Exporterlöse durch die Exporteure, direkte und indirekte Staatssubventionen sowie Ermäßigungen auf direkte Steuern handelt. Die Mitgliedsstaaten haben außerdem die Verpflichtung übernommen, in ihren Ländern keine neuen Exportbeihilfen mehr einzuführen. Dieser Beschluß, der auf die Beseitigung aller Wettbewerbsverfälschungen hinzielt, kam jedoch auch nur dank der Tatsache zustande, daß seine Geltungsdauer zeitlich zunächst auf 18 Monate begrenzt ist. Bis zum 30. September 1956 soll eine neue Prüfung dieser Materie vorgenommen werden, wobei es den Mitgliedsstaaten freistehen soll, sich von den jetzt übernommenen Verpflichtungen zurückziehen. Für Frankreich wurde zunächst eine Ausnahmeregelung getroffen. Der Beschluß über die Aufhebung der Exportsubventionen wird auf dieses Land vorerst keine Anwendung finden. Dafür hat die französische Regierung die Verpflichtung übernommen, dem Ministerrat bis zum 30. September 1955 einen Bericht über die französische Wirtschaftslage zu erstatten und dabei die Möglichkeit der Abschaffung aller bestehenden Exporthilfen auch in Frankreich zu überprüfen.

#### *Grüner Pool und unterentwickelte Gebiete*

Schließlich beschloß der Rat die Einbeziehung des sogenannten „Grünen Pools“ in die OEEC. Hierbei ist auch ein Mitwirken Spaniens, das eine ständige Delegation bei der OEEC unterhalten will, gebilligt worden. Der Rat der europäischen Landwirtschaftsminister wird voraussichtlich in der ersten Februarhälfte zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Der Ministerrat kündigte außerdem an, daß als Zweigstelle des europäischen Wirtschaftsrates ein Organ ins Leben gerufen werden soll, das die Koordinierung der technischen Hilfe für die wirtschaftlich unterentwickelten Länder Europas studieren solle. Der Plan für eine solche Koordinierungsstelle geht auf einen italienischen Vorschlag zurück. Er wurde von anderen europäischen Staaten, wie Griechenland, Portugal und Türkei, die ebenfalls an die Erstellung solcher Entschließungspläne denken, unterstützt.

<sup>4</sup> Frankreich erhöhte die Liberalisierung seiner Einfuhren am 1. 11. 1954 auf 65 vH und kündigte Anfang Januar 1955 die Erhöhung der Einfuhr liberalisierung auf 75 vH ab 1. April 1955 an.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu „Die Tagung des Ministerrats der OEEC und die deutsch-britischen Währungsbesprechungen im Mai 1954“ EA 11/1954, S. 6625.

<sup>6</sup> Rohstoffe, Agrarprodukte und industrielle Erzeugnisse.

<sup>7</sup> Hierzu gehört u. a. auch die Bundesrepublik Deutschland.

<sup>8</sup> Als Sicherungsmaßnahme wurde lediglich die Aufrechterhaltung des Artikels 9 des Liberalisierungskodex in seinem

bisherigen Geltungsbereich beschlossen. Artikel 9 ermächtigt einen Mitgliedsstaat, diskriminierende Vergeltungsmaßnahmen gegen andere Staaten zu ergreifen, die seine handelspolitischen Interessen schädigen. In der Praxis erfolgte die Vergeltung in der Weise, daß die Einfuhr von Erzeugnissen, die nur freiwillig liberalisiert waren und die nicht in den vorgeschriebenen Pflichten von 75 vH gehörten, gesperrt bzw. erneut dem Lizenzverfahren unterworfen wurde. Diese Marge von 25 vH für Vergeltungsmaßnahmen bleibt auch unter der neuen Regelung bestehen, obwohl sie theoretisch infolge der Heraufsetzung des Liberalisierungssatzes von 75 auf 90 vH eine Senkung von 25 auf 10 vH hätte erfahren müssen.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Januar 1955

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Organisationen

Vgl. hierzu auch die in Folge 4/1955 erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Januar

4. Die jugoslawische Regierung gibt bekannt, daß sie einen offiziellen Beobachter beim Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) ernannt hat.
10. Der Präsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, Giuseppe Pella, tritt eine Reise in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten an, um mit den Regierungen über die Ernennung eines Nachfolgers von Jean Monnet als Präsident der Hohen Behörde zu verhandeln.  
In Saint-Germain-en-Laye bei Paris wird die erste Studienwoche des „Internationalen Zentrums für europäische Ausbildung“ eröffnet. Das Zentrum ist von der Union Europäischer Föderalisten (UEF) errichtet worden, um in monatlich veranstalteten Studienwochen Kenntnisse in den Fragen des europäischen Föderalismus zu vermitteln.
- 13.—14. Sitzung des Ministerrats der OEEC in Paris. Verhandlungsthemen sind die Liberalisierung des Handels, die Konvertibilität der Währungen und der „Grüne Pool“. (Vgl. den Bericht auf S. 7283 dieser Folge.)
15. In Paris findet erstmalig eine gemeinsame Sitzung des Ministerkomitees des Europarats mit Vertretern der Hohen Behörde der EGKS statt.

#### Deutschland

4. Zu dem Neujahrsinterview des sowjetischen Ministerpräsidenten Malenkov (vgl. Sowjetunion) erklärt der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), man dürfe die darin enthaltene Warnung nicht in den Wind schlagen. Es bestehe die Gefahr, daß die Großmächte sich nach der Ratifizierung der Pariser Verträge in ihren bis jetzt provisorischen Positionen verschanzen und damit Deutschland zu unbegrenzter Teilung verurteilen.
5. Der Ausschuß für Deutsche Einheit in der DDR fordert in einer „Erklärung an alle Deutschen“ zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Pariser Verträge auf. Man müsse in allen Betrieben, Vereinen und Organisationen zusammentreten, um die Mittel zur Verhinderung der Verträge zu beraten.
6. Das Amt des Sicherheitsbeauftragten der Bundesregierung lehnt in einer Verlautbarung die von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge ab, neben einem verhältnismäßig kleinen stehenden Heer eine Miliz aufzustellen. Das Amt erklärt, angesichts der Tatsache, daß man mit einem motorisierten Gegner mit starken Panzerkräften rechnen müsse, sei eine ausreichend starke, modern ausgerüstete und vollmotorisierte Truppe erforderlich. Es spricht sich aber für die Einrichtung eines aktiven Luftschutzes aus,

der als bodenständige Heimatverteidigung wirken könne.

8. Das Wirtschaftskabinett der Bundesregierung lehnt die von landwirtschaftlicher Seite verschiedentlich geforderte Einführung des Gleitollsystems ab. Das Wirtschaftskabinett befaßt sich ferner mit den Vorschlägen, in das Kartellgesetz Ausnahmebestimmungen für die landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften aufzunehmen: die Frage soll dem Bundeskabinett zur Entscheidung vorgelegt werden.
9. Der ehemalige Ministerpräsident von Baden/Württemberg, Reinhold Maier, übt auf dem Dreikönigstreffen der Freien Demokraten Baden/Württembergs in Stuttgart Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung. Er sagt, es fehle am Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands; diese müsse endlich konkret angepackt und nicht, wie bisher, vermieden werden.

Bundeswirtschaftsminister Erhard erklärt zu den bevorstehenden Verhandlungen über einen Rüstungspool der Westeuropäischen Union, die Bundesregierung werde grundsätzlich auf dem Recht bestehen, alle Waffen, auf deren Herstellung sie in den Verträgen nicht verzichtet hat, selbst zu produzieren. Sie sei jedoch an einer internationalen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion interessiert.

In der DDR werden Beschränkungen des Einkaufs von Waren und Lebensmitteln durch Einwohner der Bundesrepublik und West-Berlins angeordnet. U. a. wird die Ausgabe von Lebensmittelreisemarken an Westdeutsche eingestellt und der Verkauf von Speisen und Getränken in Ost-Berliner Gaststätten an Westdeutsche nur noch gegen Westmark erlaubt. Am 14. Januar erfolgt eine Neuregelung der Bestimmungen über Geschenksendungen, durch die in Zukunft jedem Einwohner der DDR nur noch der Empfang und das Versenden je eines Geschenkpaketes im Werte von 30 DM pro Monat erlaubt wird. Die Maßnahmen werden mit dem „Kampf gegen das Schieber- und Spekulantentum“ begründet. Ab 15. Januar führen an den Berliner Sektorengrenzen sogenannte „Arbeiterkontrollen“ eine scharfe Ueberwachung des Grenzgängerverkehrs durch.

11. Das im Dezember 1954 neugewählte Berliner Abgeordnetenhaus konstituiert sich und wählt den sozialdemokratischen Abgeordneten Willy Brandt zu seinem Präsidenten. Danach wird Prof. Otto Suhr (SPD) zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Er erhält 104 von 126 Stimmen.

Der bayerische Ministerpräsident, Wilhelm Hoegner, gibt vor dem Landtag die Regierungserklärung ab. Er betont, daß die Haltung der Vertreter Bayerns im Bundesrat vom Ministerrat bestimmt werde; er denke



nicht daran, „selbstherrliche bayerische Außenpolitik“ zu machen. Die bayerische Regierung werde sich allen Bestrebungen auf einen zentralistischen Einheitsstaat beharrlich widersetzen.

12. Die Volkskammer der DDR billigt in einer Entschließung die Beschlüsse der Prager Konferenz von Parlamentariern der DDR, der Tschechoslowakei und Polens (vgl. Zeittafel in EA 2/1955). In der gleichen Sitzung wird Dr. Ernst Melsheimer für weitere fünf Jahre zum Generalstaatsanwalt der DDR gewählt.

Der Südschleswigsche Wählerverband lehnt Vorschläge des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, von Hassel, einen Beirat für Minderheitenfragen bei der Landesregierung zu bilden, ab. Der SSW verlangt in seinem Brief erneut die direkte Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag.

14. In Baden-Baden finden zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten, Pierre Mendès-France, Besprechungen über die Zusammenarbeit beider Regierungen in internationalen Angelegenheiten und über spezielle deutsch-französische Probleme statt. Der Abschnitt des Kommuniqués über die internationalen Fragen hat folgenden Wortlaut:

„Der Ministerpräsident und der Bundeskanzler begannen die Besprechungen mit einer Erörterung der allgemeinen weltpolitischen Lage. Sie haben im Namen ihrer Regierungen dem Willen Ausdruck verliehen, ihre Verpflichtungen für die Erhaltung und Festigung des Friedens uneingeschränkt zu erfüllen und gemeinsam mit den anderen freien Nationen um eine Entspannung zwischen Ost und West bemüht zu bleiben.“

Ueber die anderen Besprechungspunkte besagt das Kommuniqué folgendes: In der Frage der Rüstungsproduktion trug Bundeswirtschaftsminister Erhard dem französischen Ministerpräsidenten eine Reihe von Anregungen vor, die auf der bevorstehenden Pariser Konferenz behandelt werden sollen. Es wurde Uebereinstimmung über die Notwendigkeit erzielt, die Rüstungsgüter zu standardisieren und die Rüstungsprogramme auszutauschen. Es wurde über die Anwendung des Saarabkommens vom 23. Oktober 1954 beraten und insbesondere die Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung über das Saarstatut besprochen; die beiden Regierungen halten es für wünschenswert, die Abstimmung durch eine internationale Kommission überwachen zu lassen. Sie haben vereinbart, Großbritannien und die Vereinigten Staaten um eine Garantie für das Saarstatut zu ersuchen. Weitere Gesprächsthemen waren die Schifffahrtswege in den deutsch-französischen Grenzgebieten, die gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und die Anwendung des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, weist eine Äußerung des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, Hermann Reusch, zurück, der behauptet hatte, das Mitbestimmungsrecht sei das Ergebnis einer Erpressung durch die Gewerkschaften gewesen. Arnold erklärt, der Staat werde das Mitbestimmungsrecht gegen jedermann zu schützen wissen. Am gleichen Tage findet in den Betrie-

ben der Gutehoffnungshütte in Duisburg und Oberhausen ein Proteststreik statt.

Das Kuratorium der Volksbewegung „Unteilbares Deutschland“ nimmt in einer Erklärung zu wiederholten Hinweisen in Presse und Rundfunk des Auslands auf eine andauernde Teilung Deutschlands Stellung. Es erklärt: „Es ist selbstverständlich, daß kein verantwortlicher Deutscher, gleichgültig welcher Partei oder Richtung er angehört, einer Politik seine Unterstützung geben kann, die eine Stabilisierung des status quo auf Kosten Deutschlands zum Inhalt hätte.“

15. Der amerikanische Hohe Kommissar, James B. Conant, erklärt anlässlich eines Besuches in Bremen, er sei davon überzeugt, daß die guten Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern, die sich in der Nachkriegszeit trotz aller Widerstände entwickelten, sich in der Zukunft noch enger und freundschaftlicher gestalten werden. Er hoffe, daß ein wiedervereinigtes Deutschland und die Vereinigten Staaten in Zukunft als Partner in einer Gemeinschaft freier Nationen tatkräftig und wirksam zusammenarbeiten werden.

Das Präsidium der Volkskammer der DDR richtet ein Schreiben an die belgische Abgeordnetenversammlung, in dem sie diese auffordert, die Pariser Verträge abzulehnen.

#### Frankreich

5. Die Regierung läßt in den Hauptstädten der sechs übrigen Mitgliedstaaten der geplanten Westeuropäischen Union sowie in Ottawa und Washington ein Memorandum mit einem Programm für die gemeinsame Herstellung von Rüstungsmaterial überreichen. Im Mittelpunkt der Organisation soll neben der in den Pariser Verträgen vorgesehenen Internationalen Rüstungskontrollbehörde eine europäische Behörde für die Waffenproduktion stehen.
7. Das Außenministerium gibt bekannt, daß vom 31. Dezember 1954 bis zum 6. Januar 1955 in Paris französisch-libysche Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Freundschaftsvertrages stattfanden. Die Verhandlungen sollen in Tripolis fortgesetzt werden.
11. Der volksrepublikanische Abgeordnete Pierre Schmitter wird im dritten Wahlgang mit 232 Stimmen zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Sein Vorgänger, der sozialistische Abgeordnete Le Troquer, erhält 188 Stimmen, der kommunistische Kandidat Marcel Cachin 86 Stimmen. Zum Präsidenten des Rates der Republik wird Gaston Monnerville wiedergewählt.
13. Der Bürgermeister von Straßburg während der Zeit der deutschen Besetzung, Robert Ernst, wird in Metz wegen Anstiftung französischer Staatsbürger zum Verrat, wegen Mittäterschaft bei der Rekrutierung französischer Bürger für die Wehrmacht und wegen Freiheitsberaubung und Entführung einiger Straßburger Einwohner zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Unter Anrechnung der neunjährigen Untersuchungshaft wird er sofort auf freien Fuß gesetzt.

#### Italien

- 7.—8. Das Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion hält in Rom unter dem Vorsitz seines Präsidenten,

Roger Motz (Belgien), und in Anwesenheit der Vizepräsidenten René Mayer (Frankreich), H. A. Kluthe (Deutschland) und W. Bretscher (Schweiz) sowie von Delegationen aus neun europäischen Ländern eine Sitzung ab. In einer politischen Aussprache befaßt sich das Komitee mit der Lage Europas. In einem Diskussionsvotum wird die Abneigung der Teilnehmer gegen die Schaffung neuer übernationaler europäischer Organe mit lediglich konsultativen Funktionen zum Ausdruck gebracht.

12. Nach Abschluß eines Besuches des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers, Pierre Mendès-France, in Rom wird ein Communiqué über die Besprechungen zwischen ihm und dem italienischen Ministerpräsidenten, Mario Scelba, sowie mit Außenminister Gaetano Martino veröffentlicht. Darin wird der Wille der Minister zum Ausdruck gebracht, Westeuropa eine „stetige Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem wie auch auf politischem Gebiet zu geben.“ In einem am 13. Januar veröffentlichten zweiten Communiqué werden die Verhandlungsergebnisse über kulturelle, rechtliche und andere Einzelfragen, die von einer Sachverständigentagung vorbereitet wurden, bekanntgegeben. Am 14. Januar erklärt Außenminister Martino auf einer Pressekonferenz, der Plan des französischen Ministerpräsidenten für einen europäischen Rüstungspool (vgl. Frankreich) verfolge ein notwendiges und nützliches Ziel. Die italienische Regierung stehe ihm positiv gegenüber.

#### Norwegen

14. Die Regierung tritt zurück. Mit der Neubildung der Regierung wird der Führer der Arbeiterpartei, Einar Gerhardsen, beauftragt.

#### Oesterreich

8. Die Bundesregierung gibt bekannt, daß vom 4. bis zum 7. Januar in Wien konsultative Besprechungen zwischen deutschen und österreichischen Fachleuten über Fragen der Staatsangehörigkeit stattfanden. In der Mitteilung heißt es: „Diese Besprechungen, die in freundschaftlicher Weise verliefen, haben wesentlich zur Klärung der durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Oktober 1954 entstandenen Rechtsfragen beigetragen, so daß nunmehr erwartet werden kann, daß die diesbezügliche innerdeutsche Regelung mit den österreichischen Ansichten in Einklang stehen wird.“

#### Sowjetunion

3. Der Vorsitzende des Ministerrates, G. M. Malenkov, richtet in einem Interview mit der amerikanischen Fernseh- und Wochenschaugesellschaft *Telenews* eine Neujahrsbotschaft an das amerikanische Volk. In der Botschaft heißt es, die Erhaltung des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erfordere, daß beide Staaten in ihren Beziehungen von der Möglichkeit und der Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz ausgehen. Als Hauptursache der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bezeichnet Malenkov den „von

gewissen amerikanischen Kreisen eingeschlagenen Kurs auf die Wiederaufstellung einer revanchelusternen westdeutschen Armee, das Wetrüsten und die Schaffung eines Netzes amerikanischer Militärstützpunkte rings um die Sowjetunion und andere friedliche Staaten, was nur als Vorbereitung eines neuen Krieges betrachtet werden kann“. Seitens der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs werde in letzter Zeit alles getan, „um die Möglichkeit einer positiven Regelung der Frage einer Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte auszuschließen“.

8. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS teilt mit, Irak habe der Sowjetunion am 3. Januar in einer Note mitgeteilt, daß anläßlich der Schließung der irakischen Gesandtschaft in Moskau beschlossen worden sei, die diplomatische Vertretung der beiden Länder gegenseitig aufzuheben. Die Aufhebung bedeute jedoch nach einer Erklärung des Generaldirektors im irakischen Außenministerium keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Die Schließung der irakischen Gesandtschaft in Moskau wurde der Sowjetunion am 6. November 1954 mitgeteilt.
13. Die Regierung erklärt in Noten an Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg, die Pariser Verträge über die Bildung der Westeuropäischen Union enthielten Bestimmungen, die im Widerspruch zu dem Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Anwendung von Giftgasen und bakteriologischen Kampfmitteln stünden.
15. In einer Erklärung zur Deutschlandfrage, die von der amtlichen Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht wird, stellt die sowjetische Regierung fest, die Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei das wichtigste und dringlichste Problem für die Regelung des Deutschlandproblems. Zur Lösung dieser Aufgabe seien Viermächteverhandlungen „über die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen erforderlich“. Die Sowjetunion halte es für möglich, sich „über die Einrichtung einer entsprechenden internationalen Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen zu einigen“. Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands verlören jedoch ihren Sinn und seien dann unmöglich, wenn die Pariser Verträge ratifiziert würden. Die Sowjetregierung erklärt sich weiterhin bereit, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu normalisieren. (Der Wortlaut der sowjetischen Erklärung wird demnächst im Europa-Archiv veröffentlicht.)

Die Nachrichtenagentur TASS teilt mit, die Sowjetregierung beabsichtige, die in der Sowjetunion gesammelten wissenschaftlich-technischen Erfahrungen auf dem Gebiet der industriellen Anwendung der Atomkraft weiterzugeben. Zu diesem Zweck sei sie bereit, der in diesem Jahre auf Beschluß der 9. Vollversammlung der Vereinten Nationen (vgl. den Wortlaut der Resolution auf S. 7280 dieser Folge) einzuberufenden internationalen Konferenz einen Bericht über das erste Atomkraftwerk in der Sowjetunion vorzulegen.



## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

5. Auf der konstituierenden Sitzung des 84. Kongresses wird Senator *Walter George* zum Senatspräsidenten pro tempore gewählt. Er führt in Abwesenheit des Vizepräsidenten *Nixon* den Vorsitz. Zum Sprecher des Repräsentantenhauses wird *Sam Rayburn* gewählt. Mehrheitsführer im Senat wird der demokratische Senator *Lyndon Johnson*, Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus der demokratische Abgeordnete *John McCormack*. Minderheitsführer im Senat wird Senator *William Knowland*, Minderheitsführer im Repräsentantenhaus der Abgeordnete *Joseph Martin*.
  6. Präsident *Eisenhower* erklärt in seiner „State of the Union“-Botschaft an den 84. Kongreß, das vergangene Jahr habe Fortschritte gebracht, die zur Hoffnung sowohl auf die Fortdauer des Friedens als auch auf den schließlichen Sieg der Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt berechtigten. Die freien Nationen seien heute zusammen stärker als zu irgendeiner Zeit in den vergangenen Jahren. Für die Zukunft fordert der Präsident eine Stärkung der kollektiven Verteidigung, die fortdauernde Unterstützung der Vereinten Nationen und die Bereitschaft zu Verhandlungen, wo immer diese der Sache eines gerechten und sicheren Friedens dienen. *Eisenhower* kündigt an, daß in dem neuen Militärhaushalt besonderer Nachdruck auf moderne Flugzeuge sowie auf neue Waffen von rasch wirksamer und vernichtender Kampfkraft gelegt werden wird.
- Präsident *Eisenhower* unterbreitet dem Senat die Ratifikationsvorlage über den am 2. Dezember 1954 unterzeichneten amerikanisch-chinesischen Beistandspakt (vgl. den Wortlaut in EA 2/1955). Er fügt einen Notenwechsel zwischen Außenminister *Dulles* und dem chinesischen Außenminister *George Yeh* bei, in dem sich Nationalchina laut *New York Times* vom 14. Januar verpflichtet hat, das chinesische Festland nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten anzugreifen.
10. Präsident *Eisenhower* legt dem Kongreß sein außenwirtschaftliches Jahresprogramm vor. Darin fordert er eine Erneuerung des Reciprocal Trade Agreements Act um drei Jahre, eine Vereinfachung der Zollabfertigung und eine Fortsetzung der technischen Hilfe an das Ausland. Er regt ferner vermehrte Kapitalinvestitionen im Ausland an und kündigt an, daß er nach Beendigung der Genfer Konferenz des

GATT die revidierten Organisationsbestimmungen des Abkommens dem Kongreß zur Genehmigung vorlegen werde.

13. Präsident *Eisenhower* fordert den Kongreß in seinem militärischen Jahresprogramm auf, einer Verstärkung und Reorganisation der amerikanischen Reserve zuzustimmen. In das Programm sollen alle wehrfähigen Männer der Vereinigten Staaten einbezogen werden.

### ASIEN

#### China (Formosa)

14. Die Nationalversammlung ratifiziert einstimmig den amerikanisch-chinesischen Beistandspakt vom 2. Dezember 1954.

#### Chinesische Volksrepublik

5. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, der sich zur Ausführung des Auftrages der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1954 (vgl. Zeittafel EA 1/1955, Vereinte Nationen) nach Peking begeben hat, wird von Ministerpräsident und Außenminister *Tschu En-lai* empfangen. Am 10. Januar wird folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Im Ergebnis der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem Telegramm vom 10. Dezember 1954 gegebenen Anregung zu einer persönlichen Diskussion und des zustimmenden Telegramms, das vom Vorsitzenden des Staatsrates und Außenminister der Volksrepublik China am 17. Dezember 1954 gesandt wurde, hatten wir am 6., 7., 8. und 10. Januar 1955 Besprechungen in Peking. In diesen Gesprächen wurden gleichzeitig Fragen der Minderung der internationalen Spannung erörtert. Wir sind der Ansicht, daß diese Gespräche nützlich gewesen sind, und hoffen, den auf diesen Sitzungen hergestellten Kontakt fortsetzen zu können.“

### Irak

8. Aufhebung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion (vgl. Sowjetunion).
12. Nach Abschluß von Besprechungen zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten, *Adnan Menderes*, der zu einem Staatsbesuch im Irak weilt, und dem irakischen Ministerpräsidenten, *Nuri es Said*, wird in einem gemeinsamen Communiqué der baldige Abschluß eines Verteidigungsvertrages zwischen den beiden Staaten angekündigt. Ministerpräsident *Menderes* begibt sich nach Beendigung seines Besuches im Irak nach dem Libanon.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

1. Das Sekretariat der Vereinten Nationen erhält nach den Plänen des Generalsekretärs, *Dag Hammarskjöld* (vgl. den Bericht in EA 18/1954, S. 6908), die am 17. Dezember 1954 von der 9. Vollversammlung gebilligt wurden, eine neue Struktur. Das Sekretariat besteht nunmehr aus fünf Abteilungen (Politik und Angelegenheiten des Sicherheitsrates; Wirtschaft und soziale Angelegenheiten; Treuhandschaft und Informationen über abhängige Gebiete; Informations-

abteilung; Konferenzabteilung), die von Untersekretären geleitet werden, sowie aus fünf Büros (davon vier Büros unmittelbar im Dienste des Generalsekretärs und ein Büro für Allgemeine Dienste), denen Direktoren vorstehen. Untersekretäre in der Abteilung für politische Angelegenheiten und Angelegenheiten des Sicherheitsrates sind *Ralph J. Bunche*, *Ilja Tschernitschew* und *Dragoslav Potitsch*.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

5. FEBRUAR 1955

3. FOLGE

## Bücher und Broschüren

- Carsow, Michel: L'économie Européenne a l'épreuve. Paris: Editions Rousseau 1954. 45 S.
- Castillon, Richard: Les réparations allemandes. Deux expériences 1919—1932, 1945—1952. Paris: Presses Universitaires de France 1953. 198 S. ffrs. 850,—.
- Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954. Berlin: Rütten & Loening 1954. 535 S.
- Fabre-Luce, Alfred: Lettres sur la C.E.D. Paris: Caffin o. J. 38 S. ffrs. 350,—.
- Fusilier, Raymond: Le Parti Socialiste suédois. Son Organisation. Paris: Les Editions Ouvrières 1954. 365 S. ffrs. 900,—.

Das mit einem Vorwort des französischen Sozialistenführers Guy Mollet ausgestattete Werk gibt einen umfassenden Ueberblick über Werden und Wirken der sozialistischen Partei Schwedens und schildert am Beispiel Schwedens das politische Wirken der skandinavischen Sozialisten und ihren Einfluß auf die Konsolidierung der demokratischen Institutionen. Statistiken und graphische Darstellungen sowie ein dokumentarischer Anhang mit den Statuten der sozialistischen Partei Schwedens ergänzen die Studie.

- Hillgruber, Andreas: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938 bis 1944. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1954. 382 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 5).

Der Verfasser schildert unter Auswertung sämtlicher zur Zeit erreichbaren deutschen und ausländischen Quellen sowie zahlreicher Zeugenaussagen die äußerst wechselvollen und mehrschichtigen deutsch-rumänischen Beziehungen vom Regierungsantritt König Carls II. im Jahre 1930 bis zur Kapitulation Rumäniens im Jahre 1944. In einem Anhang werden unter anderem Tabellen zu den deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen und eine Zeittafel von 1935—1944 veröffentlicht. Ausführliche Anmerkungen, ein Quellen- und Literaturverzeichnis und ein Personenregister verleihen der Publikation einen erhöhten Wert für die Benutzung.

- Die Lage bei Kohle und den anderen Energieträgern in Italien. Luxemburg: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde, Oktober 1954. 35 S., Tabellen. (Dok. Nr. 7092/54 d). (hektographiert).

- Laporte, Henri: La Nouvelle Allemagne. Ni désarmée..., ni réarmée..., d'autant plus redoutable! 1949—1951. Paris — Limoges — Nancy 1952. 202 S.

- La Nueva Constitución de Puerto Rico. Informes a la Convención Constituyente preparados por la Escuela de Administración Pública de la Facultad de Ciencias Sociales. Puerto Rico: Universidad de Puerto Rico 1954. 609 S.

- Majstrenko, Iwan: Borot'bism. A Chapter in the History of Ukrainian Communism. Translated by George S. N. Luckyj with the assistance of Ivan L. Rudnyiysky. Edited by Peter Dornan. New York: Research Program on the U.S.S.R. 1954. 325 S. \$ 4,50.

- Martin, Jean-Maurice: Bilan de dix ans d'efforts 1944 bis 1954. Paris: Beilageheft zur Zeitschrift „Le XXe Siècle“, Nr. 120 vom 20. November 1954. 47 S. ffrs. 100,—.

- Mendès-France, Pierre und Gabriel Ardant: La Science économique et l'action. Paris: UNESCO—Julliard 1954. 229 S.

- Menzel, E., F. Groh und H. Hecker: Verfassungsregister. Teil I: Deutschland. Frankfurt/Main — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1954. 39 S. (Dokumente, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft XIV.)

- Most, Otto: Soziale Marktwirtschaft und Verkehr. Bielefeld: Kirschbaum Verlag 1954. 59 S. (Schriftenreihe des Bundesministers für Verkehr, Heft 6). DM 4,50.

- Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn, November 1954. 131 S. (Sopade Informationsdienst, Denkschriften 54). (hektographiert).

Mit einer umfangreichen Denkschrift legt der Vorstand der SPD eine ausführliche und zahlreiche Einzelheiten enthaltende Uebersicht über die historische Entwicklung und den organisatorischen Aufbau des sowjetzonalen Pressewesens vor. Daraus ist zu entnehmen, daß die gesamte im Bereich der Sowjetzone erscheinende Presse — gegenwärtig 39 Tageszeitungen — zentral gesteuert wird. Die Führungsinstanz für die Presse der Sowjetzone stellt neben dem „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst“ und dem Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR die Abteilung Presseleitung in der Abteilung Agitation beim Zentralkomitee der SED dar. Insbesondere sei auf das Kapitel über politische Zeitschriften des staatlichen und Parteiapparates sowie der Massenorganisationen hingewiesen, das anschauliche Bemerkungen über das Ausmaß der Beherrschung der Presse durch Staat und Partei enthält.

- Private United States Investment in Europe and the Overseas Territories. Paris: Organisation for European Economic Co-operation, Dezember 1954. 137 S. \$ 1,25.

- Probleme westdeutscher Agrarpolitik. Herausgegeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Köln. Köln: Bund-Verlag GmbH. 1953. 131 S.

Die in dieser Schrift enthaltenen Darlegungen über die Agrar-Import-Situation Westdeutschlands, die landwirtschaftliche Produktionspolitik, die angestrebte Rationalisierung und schließlich Betrachtungen über Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen der westdeutschen Landwirtschaft sind nach einer Mitteilung von Dr. Victor Agartz (im Vorwort der Schrift) die Zusammenfassung der Ergebnisse von Diskussionen über aktuelle agrar- und ernährungswirtschaftliche Fragen der deutschen Bundesrepublik, an denen neben Vertretern des DGB und der interessierten Industriegewerkschaften auch Agrarsachverständige teilnahmen. Die Schrift will die Diskussion über agrarwirtschaftliche Fragen anregen und gleichzeitig „einige offenbar festsitzende Vorurteile, Fehlrteile und verstaubte Argumente angreifen, die die agrarpolitische Situation in Westdeutschland belasten und so oft unfruchtbar werden lassen“.

- Rheinbaben, Werner Freiherr von: Viermal Deutschland. Aus dem Erleben eines Seemanns, Diplomaten, Politikers 1895—1954. Berlin: Argon Verlag 1954. 456 S., 36 Abb. DM 18,60.

- Rossi, A.: Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis. Aus dem Italienischen von Hans Naumann. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1954. 210 S. DM 9,80.

Gestützt auf umfangreiches Quellen- und Dokumentenmaterial werden in diesem Buche die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und die Entwicklung bis zum Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am



22. Juni 1941 untersucht. Es werden dabei vor allem die mittelbaren und unmittelbaren Folgen dieses Vertrages für die weltpolitische Entwicklung aufgezeigt, und es wird nachgewiesen, daß sich die Sowjetunion durch eine Reihe von Maßnahmen bemühte, Deutschland von ihrem Wunsch nach Frieden und wirtschaftlicher wie politischer Zusammenarbeit zu überzeugen. Es wird dargelegt, daß der deutsch-sowjetische Krieg die Folge einer einseitigen deutschen Entscheidung war. Die Sowjetunion habe alles getan, um ihn zu vermeiden, und sie habe sich in die Front der Demokratien nur eingereiht, weil sie dazu von Deutschland gezwungen worden sei.

Schein . . . und Wirklichkeit. Die Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ und was dahinter steht. Herausgegeben von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen. o. O. u. J. 35 S.

Schmid, Hans: Neoliberalismus und katholische Soziallehre. Eine Konfrontierung. Köln: Bund-Verlag GmbH. o. J. 80 S.

Schregle, Johannes: Europäische Sozialpolitik. Erfolge und Möglichkeiten. Köln: Bund-Verlag GmbH. 1954. 108 S.

Eine Uebersicht über die für die europäische Sozialpolitik bedeutsamen Maßnahmen und bisherigen Erfolge der einzelnen Staaten sowie der bestehenden zwischen- und überstaatlichen Institutionen nach dem Entwicklungsstand von Ende 1953. Die Arbeit beruht auf Studien, die der Verfasser im Auftrage des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung durchgeführt hat.

Schütttauf, Werner: Die fundamentalen Irrtümer der Agrar-Integration (Agrarpolitik oder „panem et circenses“). Vortrag, gehalten am 24. Juli 1953 im Rahmen einer Vortragsreihe der Internationalen Gartenbauausstellung in Hamburg 1953. Hamburg: Agricola Verlag 1953. 12 S.

Some Problems in the Organization and Administration of Public Enterprises in the Industrial Field. Documents selected from the Material prepared for a United Nations Seminar held in Rangoon from March 15th to March 26th, 1954. New York: United Nations, Technical Assistance Administration 1954. 87 S. sfrs. 2,— (zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden).

Staats- und Verwaltungsgrenzen in Ostmitteleuropa. Historisches Kartenwerk. Lieferung I: Die Baltischen Lande. Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis im Auftrag der Baltischen Historischen Kommission. Bearbeitet von Dr. H. Laakmann. München: Verlag von R. Oldenbourg 1954. 7 Karten, Textbeilage 9 S. Kart. DM 8,40, bei Subskription auf das ganze Werk DM 7,—.

Dem Werk liegen umfangreiche Forschungen der verschiedenen historischen Landeskommissionen zugrunde, deren

Ergebnisse nunmehr von namhaften Sachkennern zusammengefaßt werden. Mit Kartenteil und Begleittext sind die einzelnen Lieferungen in sich abgeschlossen und geben ein genaues Bild der staatlichen und verwaltungsmäßigen Entwicklung in jenen Gebieten Ost-Mitteleuropas, die von Deutschen besiedelt und erschlossen wurden und zum größten Teil mit den deutschen Reichen des Mittelalters und der Neuzeit in Zusammenhang standen.

Der ersten Lieferung sollen weitere über die Staats- und Verwaltungsgrenzen des Preußenlandes, von Pommern, Schlesien, des Posener Landes und der Sudetenländer folgen.

Systems of Social Security. United States. Geneva: International Labour Office 1954. 106 S. \$ 0,75.

Wer ist wer? Das Deutsche Who's Who. XII. Ausgabe von Degeners Wer Ist's?. Herausgegeben von Walter Habel. Berlin-Grunewald: Arani Verlags-GmbH. 1955. 1304 S.

Yearbook of International Organizations. (Annuaire des Organisations Internationales). 1954—55 (Fifth Year). Brüssel: Union of International Associations 1954. 1196 S. \$ 10,—.

The Year Book of World Affairs 1954. Published under the auspices of the London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons, Ltd. 1954. 378 S. £ 2/2,—.

Das Jahrbuch enthält eine Serie von grundlegenden Artikeln über wichtige weltpolitische Probleme, die einen guten Einblick in die Problematik der gegenwärtigen Entwicklung gewähren. Aus dem vorliegenden 8. Band dieser Jahrbücher sind besonders hervorzuheben Darstellungen über die Position Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion gegenüber den Vereinten Nationen, über die sich immer schwieriger gestaltende Arbeit des Weltsicherheitsrates, über die wirtschaftspolitischen Leistungen der UN und über die Bedeutung der Bodenreformen in den kommunistisch beherrschten Ländern Osteuropas.

#### Neue Zeitschriften

Bulletin der Internationalen Juristen-Kommission. Herausgegeben in deutsch, englisch und französisch von der Internationalen Juristen-Kommission. Den Haag, No. 1, November 1954.

#### Bibliographien

Jahresfachkatalog 1954/55. Recht, Wirtschaft, Steuern. Herausgegeben von der Buchhandlung Elwert und Meurer. Berlin-Schöneberg: Elwert und Meurer o. J. 248 S. Kart. DM 1,50.

Der Katalog erscheint mit dieser Ausgabe 1954/55 im 5. Jahrgang, so daß die Sammlung der Jahresfachkataloge eine Gesamtbibliographie der Fachgebiete Recht, Wirtschaft und Steuern ergibt. Die deutschsprachigen Veröffentlichungen sind nahezu lückenlos erfaßt, während die ausländischen Veröffentlichungen auf die wichtigsten beschränkt blieben.

### EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Januar 1955

5. Jahrgang — Nr. 1

## Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1955

### Neujahrsbotschaften

Traditionsgemäß wurden in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar die Wünsche des Europarats beim Schlagen der Uhr des Straßburger Münsters, die die Mitternacht anzeigte, durch den Rundfunk übermittelt. Sie wurden im Laufe des folgenden Tages von allen europäischen Rundfunksendern und von den Fernsehsendern der Eurovision wiederholt.

Der Präsident des Ministerkomitees, Herr Stephanos *Stephanopoulos*, sagte folgendes:

„Während des ganzen Jahres, das jetzt zu Ende geht, haben die großen Probleme der europäischen Politik im Vordergrund gestanden. Die Systeme und die Methoden variieren naturgemäß, aber es ist nur ein einziger Weg, der uns zu unserem gemeinsamen Ziel führt: der Weg, der zur Einheit unseres alten Kontinentes weist. Die Vereinigung der europäischen Völker ist mehr als eine Hoffnung unserer Zeit; sie ist eine Notwendigkeit, die alle Tage deutlich hervortritt und ihre Bestätigung findet. Europa bauen heißt den Frieden festigen, und das heißt unsere Zivilisation schützen — diese Zivilisation, die, worauf mein Land stolz ist, zu einem Teil von Griechenland ausgegangen ist. Darum wird unser Unternehmen im Jahre 1955 zum besten aller Europäer fortgesetzt, bekräftigt und vergrößert werden. Ich habe die Freude, Ihnen im Namen des Ministerkomitees des Europarates die aufrichtigsten Wünsche zu übermitteln.“

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Guy *Mollet*, erklärte in der gleichen Sendung:

„Das Jahr 1954 endet mit einem großen Trost. Zum erstenmal seit mehr als zwanzig Jahren ist in keinem Teil der Welt, in keinem Lande mehr Krieg. Das Jahr 1955 ist also das Jahr der Hoffnung. Mit Ihnen allen spreche ich den Wunsch aus, daß es gelingen möge, den Frieden zu festigen und zu organisieren, und daß die hochherzigen Bemühungen um eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung endlich zum Erfolge kommen.“

Wir alle spüren, wie schwierig es für unsere vom Kriege doch so sehr geprüften europäischen Staaten ist, zu diesem großen Problem ihrer Stimme Gehör zu verschaffen oder ihre Ansichten zur Geltung zu bringen, solange sie voneinander isoliert bleiben und manchmal sogar wegen zweitrangiger Fragen entzweit sind. Trotz augenblicklicher Mißerfolge sind wir, wir europäischen Parlamentarier, entschlossen, unsere Anstrengungen für die Errichtung der europäischen Union fortzusetzen in der Gewißheit, dadurch den nützlichsten Beitrag zum Frieden der Welt zu leisten.

In diesem Augenblick, in dem wir in unseren Heimen und Familien unsere Wünsche austauschen, möchte ich Ihnen die Wünsche der Beratenden Versammlung des Europarats für die Sicherheit und das Glück der dreihundert Millionen Europäer darbieten, die wir insgesamt sind.“

Dritter Teil der 6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung vom 8. bis zum 11. Dezember 1954

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Beratende Versammlung

Am 8. Dezember um 10 Uhr eröffnete der Präsident, Herr Guy *Mollet*, den dritten Teil der 6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung. Der Präsident gab die Botschaft, die er anlässlich des 80. Geburtstages von Sir Winston Churchill an diesen gerichtet hat, und die Antwort Sir Winston Churchills bekannt. Die Versammlung billigte die von dem Präsidium vorgeschlagene Tagesordnung (siehe Mitteilungen des Europarats, 4. Jahrgang Nr 12) und beschloß die Beratung über den Entwurf einer Europäischen Kon-

vention über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, der der Versammlung von dem Ministerkomitee zur Stellungnahme übermittelt worden war, bis zum ersten Teil ihrer 7. Ordentlichen Sitzungsperiode im Mai 1955 zurückzustellen.

Auf Vorschlag von Herrn *Peart* (Engländer) und nach Erklärungen von Herrn *Mandalinci* (Türke), Herrn *Lucitero* (Italiener), Herrn *Crosbie* (Irländer), Herrn *Schmal* (Holländer) und Herrn *van der Goes van Naters* (Holländer), der bei der Sitzung präsi-dierte, billigte die Versammlung während der Nachmittagssitzung des 10. Dezember einstimmig folgende Entschließung (64): „Die Versammlung drückt der Be-



✓*Ölkerung von Dublin und dem irischen Volk anläßlich der Katastrophe, von der seine Hauptstadt betroffen wurde, ihre tiefe Anteilnahme aus.* Die Frage wurde sofort an den Sonderausschuß zur Wahrung der europäischen Solidarität in Katastrophenfällen verwiesen.

#### Themen der Debatte

Alle Sitzungen der Versammlung, mit Ausnahme der Nachmittagssitzung des 10. Dezember, waren der Debatte über die Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage und dabei besonders der Prüfung von drei Entschließungsentwürfen gewidmet, die durch den Allgemeinen Ausschuß ausgearbeitet worden waren und folgende Themen betrafen: die Abkommen von London und Paris (Bericht vorgelegt durch Herrn Bohy — Dok. 321), die Organisation der Versammlung der Westeuropäischen Union und die zwischen der Union und dem Europarat herzustellenden Verbindungen (Bericht vorgelegt durch Herrn Maclay — Dok. 322) und das französisch-deutsche Abkommen über den zukünftigen Status der Saar (Bericht vorgelegt durch Herrn van der Goes van Naters — Dok. 323). Eine Zusammenfassung der Debatte sowie der Texte der am Schluß der Sitzung angenommenen Entschlüsse werden in dem Abschnitt „Politische Fragen“ gebracht.

Am Vormittag des 10. Dezember tagten fast alle Ausschüsse der Versammlung, um Berichte vorzubereiten und über ihre zukünftige Arbeit zu beraten. Einzelheiten über diese Sitzungen sind in den entsprechenden nachstehenden Abschnitten enthalten.

Am Nachmittag des 10. Dezember legte Herr A. Poher, der Berichterstatter der Versammlung der EGKS, deren für die Beratende Versammlung bestimmten Bericht vor (Dok. 319).

Eine Zusammenfassung seiner Darlegungen, des Berichts von Fräulein Klompé als Berichterstatterin des Allgemeinen Ausschusses in dieser Frage und der nachfolgenden Debatte sowie der Text der gebilligten Entschlüsse werden unten in dem Abschnitt „Wirtschaftsfragen“ gebracht.

#### Schluß der Sitzungsperiode

Die 6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wurde am 11. Dezember kurz nach 12 Uhr mittags abgeschlossen. Nach Schluß der Sitzung hielt der Präsident die traditionelle Pressekonferenz ab.

#### Ministerkomitee

Das Ministerkomitee des Europarats hat am 19. Dezember unter Vorsitz von Herrn Stephanos Stephanopoulos (Griechenland) in Paris getagt.

Die Minister unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen eine Kulturkonvention und eine neue Konvention über Patente. Die erstgenannte Konvention strebt die Entwicklung der Kultur im allgemeinen und die Erweiterung des kulturellen Austausches an. Die zweite stellt eine Neuschöpfung dar, die eine europäische Patentordnung bezweckt (der vollständige Wortlaut dieser Konventionen erscheint als Beilage zu der vorliegenden Nummer der „Mitteilungen des Europarats“).

In einer einführenden Rede sagte der Präsident, Herr Stephanopoulos, zu diesem Thema:

„In dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren haben die Organe des Europarats acht europäische Konventionen ausgearbeitet und geschlossen, die sich auf Fragen so verschiedener Art wie der sozialen Sicherheit, der Patente, des kulturellen Austausches und der Menschenrechte beziehen. Zusammen mit ihren vier Zusatzprotokollen stellen diese insgesamt zwölf Urkunden einen entscheidenden Fortschritt in der Erfüllung der Aufgabe dar, die der Europarat sich gestellt hat: durch den Abschluß von Abkommen und die Einleitung gemeinsamer Aktionen auf den verschiedenen in Artikel I des Statuts näher bezeichneten Gebieten eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen. Es handelt sich um einen Prozeß, der erst eingeleitet ist und der sich hoffentlich in den kommenden Jahren in immer fruchtbareren Ergebnissen äußern wird.“

Der Präsident, Herr Stephanopoulos, eröffnete dann eine allgemeine Diskussion über die Rolle, die der Europarat unter den bestehenden Institutionen und bei der Organisation Europas spielen soll. Mehrere Minister nahmen an der Diskussion teil. Es wurde beschlossen, die Stellvertreter der Minister mit der Ausarbeitung eines Berichts über die Frage einer für das kommende Frühjahr vorgesehenen Tagung der Minister zu beauftragen.

Die von den Ministern gefaßten Beschlüsse sowie der Text der gebilligten Entschlüsse werden in den verschiedenen Abschnitten dieser Nummer gebracht.

Der Tagung der Minister ging die 26. Sitzung ihrer Stellvertreter voraus (14.—17. Dezember), unter dem Vorsitz von Herrn Hadji Vassiliou (Griechenland). Die Stellvertreter nahmen auf Empfehlungen und Stellungnahmen der Beratenden Versammlung hin verschiedene Entschlüsse an. Der Text dieser Entschlüsse erscheint in den verschiedenen Abschnitten.

Sie beschlossen, ihre nächste Sitzung vom 10. Januar an in Straßburg abzuhalten. Diese Sitzung wird der Prüfung des durch den Generalsekretär vorgelegten Haushalt-Voranschlags gewidmet sein.

## II. POLITISCHE FRAGEN

### Debatte in der Versammlung

*Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage*

Die allgemeine politische Debatte wurde unter Vorsitz von Herrn Guy Mollet während der Sitzung des 8. Dezember eröffnet.

#### Mittwoch vormittag

Herr Bohy (Belgier, Sozialistische Partei), der Berichterstatter des Allgemeinen Ausschusses, legte den Entwurf einer Entschlüsse vor (Dok. 321) mit der Stellungnahme der Versammlung zu den Abkommen von Paris und London im Licht der Politik des Europarats, wie sie in den Entschlüssen 44 vom September 1953 und 63 vom September 1954 definiert ist.

Der Redner rief die Atmosphäre der letzten Sitzung nach dem Scheitern der EVG ins Gedächtnis zurück. In der Schlußakte der Londoner Konferenz seien einige bestimmte Grundsätze ausgesprochen; aber in dem durch die EVG errichteten System wäre die Verteidigung in wirksamerer Weise organisiert gewesen, und die politische Integration hätte dort Realität besessen. Er unterstrich, daß ein Teil seines Berichts zeigen sollte, in welchem Maße das Pariser Vertragswerk sich in den Rahmen der Entschließung 63 einfügen lasse.

Die Erklärungen der britischen Regierung stellten einen wesentlichen Punkt zugunsten der Londoner Abkommen dar.

Die Entschließung 63 enthalte zwei Anliegen: ein militärisches und defensives, das augenblicklich im größten erreichbaren Maße befriedigt sei, und ein politisches, das nicht verwirklicht worden sei. Keine europäische Versammlung habe genügend Entscheidungsgewalt, um allgemeine Wahlen zu rechtfertigen. Die Pariser Verträge müßten ratifiziert werden, um die Verteidigung Westeuropas zu sichern und den Aufbau Europas von dem Verteidigungsproblem zu befreien. Nach der Ratifizierung der Verträge könnten Verhandlungen mit der Sowjetunion aufgenommen werden.

Gleichzeitig müsse der Kampf um Europa wieder aufgenommen und die Frage untersucht werden, welche Rolle jede der drei europäischen Versammlungen übernehmen könnte. Die Lektüre des Berichts Mommer (Dok. 264) zeige, daß die Abgeordneten der Beratenden Versammlung, wenn sie die ihnen gebotenen Möglichkeiten voll auszunutzen verständen, die Befugnisse der Versammlung vermehren könnten, ohne ihr Statut abzuändern. Aber da ja die Regierungen der Versammlung des Europarats eine beratende Aufgabe zugedacht hätten, müßten sie den Anfang machen, indem sie ihren Rat einholten. Die zweite Aufgabe der Versammlung müsse darin bestehen, der Tendenz zur Rückkehr zu zweiseitigen Abkommen zwischen Mitgliedstaaten des Europarats entgegenzuwirken. In dieser Hinsicht erscheine es notwendig, die Zuständigkeit der europäischen Versammlungen zu erweitern und eine Zone des freien Warenaustausches zu schaffen, um zu einem gemeinsamen Markt zu gelangen. Man könnte eine gewisse Arbeitsteilung unter den Versammlungen einzuführen versuchen und dahin übereinkommen, die wirtschaftliche Zuständigkeit der EGKS und die politische Zuständigkeit des Europarats zu vergrößern. Aber eine solche Teilung laufe Gefahr, allzu künstlich zu sein. Die EGKS besitze eine Entscheidungsgewalt, die vielleicht den Vorzug der Schnelligkeit habe. Die Beratende Versammlung habe den Vorzug sich auf eine größere Zahl von Gebieten zu erstrecken. Über die Erteilung neuer Befugnisse müsse mit Vorsicht und vermittels internationaler Verhandlungen, besonders mit dem Vereinigten Königreich, entschieden werden. Wenn gewisse Befugnisse vermehrt seien würden, würde sich unweigerlich der politische Rahmen im richtigen Augenblick von selbst ergeben, weil das, was einmal Tatsache geworden wäre, auch wohlgefügt werden müßte.

Herr Maclay (Engländer, Konservative Partei), als Berichterstatter des Allgemeinen Ausschusses, legte den Entwurf der Entschließung vor, die die Stellungnahme der Versammlung zu der Organisation der Versammlung der WEU und den zwischen der Union und dem Europarat herzustellenden Verbindungen enthält (Dok. 322). Er wies darauf hin, daß die Beratende Versammlung vor drei Jahren eine Entschließung mit zahlreichen Vorschlägen angenommen habe, die nun in den Pariser Verträgen ihre Verwirklichung fänden. Unter der Perspektive der Ratifizierung dieser Verträge durch die Parlamente habe der Ausschuß die vorliegende Entschließung abgefaßt. Die Versammlung der WEU könnte von den ihr gebotenen Anregungen der Beratenden Versammlung Gebrauch machen, um bestimmte Ziele zu erreichen und zu der Einheit — nicht des Europa der Sieben sondern des Europa der Fünfzehn — beizutragen. Die Sitzungen jeder der beiden Versammlungen könnten unmittelbar aufeinander folgen. Man sei besorgt gewesen, Überschneidungen zu vermeiden: Zusammensetzung des Präsidiums der neuen Versammlung, Kanzlei, Sekretariat gemeinsam für beide Versammlungen. Es müsse vermieden werden, die Arbeit der Sieben von derjenigen der acht anderen Mitglieder des Europarats abzutrennen, und zwar vor allem, was die Behandlung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Fragen betrifft. Obwohl es von Zeit zu Zeit notwendig sein könnte, daß die Vertreter der WEU für sich allein tagten, müßten sie doch den größten Teil ihrer Arbeit auf diesen Gebieten zusammen mit den Ausschüssen des Europarats durchführen.

Herr van der Goes van Naters (Holländer, Arbeiterpartei) legte darauf als Berichterstatter des Allgemeinen Ausschusses einen Entschließungsentwurf bezüglich des französisch-deutschen Abkommens über den zukünftigen Status der Saar vor (Prüfung des am 23. 10. 1954 in Paris unterzeichneten französisch-deutschen Abkommens — Dok. 323).

Er betonte, daß das Abkommen über die Saar in seinen großen Linien den Lösungen nahekomme, die der Allgemeine Ausschuß geplant hatte. Der Ausschuß sei der Meinung gewesen, eine ins einzelne gehende Prüfung des Saarstatuts wäre verfrüht. Die Anwendung dieses Statuts sei dem europäischen Kommissariat und dem Rat der Westeuropäischen Union überlassen geblieben. In dem Entschließungsentwurf werde jedoch vorgeschlagen, daß der Allgemeine Ausschuß „eingeladen werden soll, das Inkrafttreten des neuen Saarstatuts genau zu verfolgen, bis die Versammlung der WEU ihre Arbeit aufnimmt“. Der Redner sprach dem Herrn Präsidenten Guy Mollet, dem Herrn Präsidenten de Menthon und den Mitgliedern des Ausschusses seine Anerkennung dafür aus, daß sie großen politischen Mut gezeigt hätten, indem sie zu Fragen Stellung nahmen, die in ihren Parlamenten die politischen Leidenschaften entfesselt haben. Die 92 Abgeordneten der Beratenden Versammlung, die die Versammlung der WEU bilden werden, hätten eine besondere Rolle zu spielen. Der europäische Kommissar müßte versuchen, enge Beziehungen zu dieser Versammlung aufzunehmen. Er unterstrich, daß einer der Artikel des von dem Allgemeinen Aus-



schoß abgefaßten Saarstatus angeregt hätte, daß „*der europäische Kommissar in jedem Fall unter unmittelbarer Konsultation mit der Saarregierung handeln sollte und die internationalen Verträge nach ihrer Unterzeichnung im Namen der Saar durch den europäischen Kommissar von dem saarländischen Parlament gebilligt werden sollten.*“ Dieser Artikel sei in dem jetzigen Abkommen nicht mehr enthalten, und er, der Redner, sei der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, diese Bestimmungen ausdrücklich beizubehalten. Die Saarländer hätten immer die Idee eines politisch organisierten Europas unterstützt, und der europäische Kommissar müßte, obwohl er beim Ministerrat nur beratende Stimme hätte, darum bemüht sein, die europäische Integration zu fördern. Die Regelung des Saarproblems biete den Deutschen und Franzosen die Möglichkeit zur Versöhnung und zur dauerhaften Zusammenarbeit in der Gemeinschaft der europäischen Völker. im Europarat, in der neuen Union und in der EGKS.

Herr *de Menthon* (Franzose, Republikanische Volksbewegung), der Präsident des Allgemeinen Ausschusses, sowie Herr *Guy Mollet*, der Präsident der Versammlung, dankten den Berichterstattern und besonders Herrn *van der Goes van Naters*, dessen Plan von historischer Bedeutung bleiben werde.

Herr *Montini* (Italiener, Christlich-Demokratische Partei) sagte, daß alle Anstrengungen auf die Ratifikation der Pariser Verträge gerichtet sein müßten. Die Anwendung dieser Verträge müsse die Autorität des Europarats stärken.

Mittwoch nachmittag

Herr *Hollis* (Engländer, Konservative Partei) betonte, daß die Probleme der europäischen Einheit nicht ausschließlich die Mitgliedstaaten der WEU interessierten; die anderen europäischen Staaten müßten dazu Stellung nehmen können. Die Wiederbewaffnung Deutschlands aufzugeben und die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verschieben, wäre äußerst gefährlich. Das Vorhandensein ausreichender Streitkräfte könne die Russen davon abbringen, einen Gewaltstreik gegen Westeuropa zu versuchen. Eine nur unzureichend vorbereitete Konferenz mit den Russen könnte möglicherweise mehr Schlechtes anrichten als Gutes bewirken. Der Redner sagte, er fühle sich beunruhigt durch den Gebrauch der jetzt von dem Ausdruck „Ost-Locarno“ gemacht werde. Man dürfe nichts tun, was die Beschlagnahme Osteuropas durch die Russen endgültig sanktionieren könnte.

Herr *Santero* (Italiener, Christlich-Demokratische Partei) sprach die Hoffnung aus, daß die Regierungen einen Rüstungspool errichten und sich bereitfinden würden, einen Wirtschafts- und Sozialrat zu schaffen. Im Hinblick auf die zukünftige Versammlung der WEU bestand er darauf, daß sie mit zweifellos begrenzten, aber realen Vollmachten ausgestattet werden müsse. Verhandlungen mit der Sowjetunion dürften nicht vor der Ratifizierung der Pariser Verträge stattfinden; wenn die allgemeine Sicherheitskonferenz eröffnet werden würde, müßte die WEU als solche daran teilnehmen.

Herr *Dehousse* (Belgier, Sozialistische Partei) äußerte die Meinung, daß die Abkommen von Paris der EVG an Wert nicht gleichkämen; sie stellten unbestreitbar einen Rückschritt in der Organisation Europas dar, und zwar besonders vom institutionellen Gesichtspunkt aus. Man müsse mit den Russen zu verhandeln suchen, aber die Wahl des Zeitpunktes sei wesentlich, und es sei notwendig, sich mit einer Reihe von Vorsichtsmaßnahmen zu umgeben. Es genüge nicht, zu versichern, daß die Verhandlungen nicht vor der Ratifikation der Pariser Verträge stattfinden dürften; es müsse deutlich zum Ausdruck kommen, daß bei dem Begriff Ratifikation mindestens eine Anlaufzeit der Durchführung der betreffenden Verträge einbegriffen sei. Es lasse sich nicht vermeiden, auch mit Hypothesen zu arbeiten. Tatsächlich sei es möglich, daß nach der Ratifikation der Verträge Verhandlungen aufgenommen und zu keinem Ergebnis führen würden. Einer Viererkonferenz sollte eine Dreierkonferenz vorausgehen, in deren Verlauf die westlichen Großmächte in großen Linien ein Programm festlegen müßten, um es gemeinsam der Sowjetunion vorzulegen.

Was die Versammlung der WEU betrifft, wünschte der Redner den unabhängigen Charakter dieser Versammlung im Vergleich mit derjenigen des Europarats betont zu sehen, obwohl er im großen und ganzen mit dem Bericht von Herrn *Maclay* übereinstimme. Er glaube nicht, daß man noch für längere Zeit die Einführung der parlamentarischen Kontrolle vermeiden könne, und er halte es nicht für ausgeschlossen, daß in den Ländern, die dazu bereit wären, direkte allgemeine Wahlen stattfinden würden. Könnte man nicht, wenn zwei etwaige Wahlen in Frage kommen — eine für die Gemeinsame Versammlung, eine andere für die Versammlung der WEU — eine gewisse Verschmelzung ins Auge fassen? Der Redner befaßte sich dann mit dem Saarproblem. Er bedauerte, daß das Saarstatut nicht mehr auf dem Grundsatz der europäischen Integration aufgebaut sei, und daß die Befugnisse des Hohen Kommissars nicht besser definiert seien. Das Statut sollte außerdem gewisse Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten und z. B. über eine Erweiterung der Zuständigkeit des Gerichtshofes der EGKS enthalten.

Herr *Oakshott* (Engländer, Konservative Partei) begrüßte es, daß der Bericht und die Entschließung praktische Anregungen enthielten, die eine enge Assoziation der Versammlung der WEU mit der Versammlung des Europarates gewährleisten. Wie Herr *Dehousse* war er der Meinung, daß unter Ratifikation der Abkommen von Paris auch ihr bereits erfolgtes Inkrafttreten verstanden werden müsse.

Herr *Bettiol* (Italiener, Christlich-Demokratische Partei) sagte, daß die Abkommen von London und Paris nicht nur aus den politischen Gründen, die vorgebracht worden seien, beschleunigt ratifiziert werden sollten, sondern auch, weil sie die von Großbritannien auf dem Kontinent eingegangenen Verpflichtungen bekräftigten. Danach könnten — allerdings mit Vor-sicht — Verhandlungen mit Rußland aufgenommen werden.

Herr *Jakobsen* (Däne, Sozialdemokratische Partei) bedauerte, daß die skandinavischen Länder nicht aufgefordert worden seien, sich der WEU anzuschließen. Die neue Organisation solle seiner Ansicht nach ihre Tätigkeit auf militärische Fragen beschränken. Der Eden-Plan müsse zur Anwendung kommen; Artikel 5 des Abkommens könnte wie folgt interpretiert werden: die Beratende Versammlung tritt mit verminderter Mitgliederzahl zusammen.

Man habe die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder könnte die WEU ihre Zuständigkeit auf militärische Fragen beschränken und jede andere Tätigkeit bezüglich der Vereinigung Europas fiele dem Europarat zu; oder die Organisation der Sieben würde der Kern der europäischen Integration werden. In diesem Fall müßte sie für alle anderen Mitglieder des Europarats, die sich ihr anschließen wollten, offen sein.

Herr *Robens* (Engländer, Arbeiterpartei) meinte, die Mehrzahl der Reden sei zu optimistisch und scheine die Ratifikation der Pariser Verträge schon als gegebene Tatsache anzusehen. Wenn es dazu aber nicht käme, glaube er, daß es keine Ersatzlösung mehr gebe. Er könne Herrn *Hollis* nicht beistimmen, daß die Verhandlungen mit Rußland über die Wiedervereinigung Deutschlands und über Österreich nur denkbar seien, wenn sie mit Verhandlungen über das Schicksal aller Satellitenstaaten Hand in Hand gingen; das würde der Zurückweisung aller Verhandlungen mit dem Osten gleichkommen. Man müsse auf einem begrenzten Verhandlungsgebiet den Anfang machen. Der Redner billigte den Bericht von Herrn *Maclay*, dem er das Verdienst zuerkannte, nicht zu sehr in die Einzelheiten zu gehen. Statt der Herstellung von Verbindungen zwischen der WEU und der EGKS, wie in dem Bericht empfohlen werde, wäre es ihm lieber, wenn die Gemeinsame Versammlung sich um eine engere Assoziation mit dem Europarat bemühte, damit ein wirkliches europäisches Parlament geschaffen werde. Inzwischen hoffe er, daß die Umorganisation des Sekretariats des Europarats so lange aufgeschoben werde, bis die Rolle der WEU genau festgelegt sei.

Herr *Becker* (Deutscher, FDP) bemerkte, daß man angesichts der russischen Gefahr habe versuchen müssen, Garantien für die Sicherheit zu schaffen und eine Ersatzlösung für die EVG auszuarbeiten. Aus diesen Erwägungen billige er zusammen mit seinen politischen Freunden die Pariser Verträge. Aber es genüge nicht, Europas Sicherheit zu garantieren, man müsse es auch zu vereinigen suchen und dabei auf wirtschaftlichem Gebiet beginnen. Auf das Saarproblem eingehend, erklärte er, daß seine Freunde und er selbst einverstanden gewesen wären, wenn die Saar der Kern der Vereinigten Staaten von Europa geworden wäre; sie könnten aber nicht ihre Zustimmung dazu geben, daß ein Teil des Gebiets ihres Vaterlandes zugunsten eines Europa, das noch gar nicht besteht, abgetreten würde. Die Art der Regelung der französisch-deutschen Streitfrage werde nichts an der Wirksamkeit der Pariser Verträge ändern, und das Saarabkommen könnte nur die Sache der französisch-deutschen Annäherung beeinträchtigen. Deutschland könne durchaus an Frankreich die Reparationen

zahlen, die dieses beanspruchen kann, und sich endgültig mit ihm aussöhnen, ohne ihm das Gebiet der Saar zu überlassen.

Herr *Lucifero* (Italiener, Monarchistische Partei) äußerte die Ansicht, daß die Pariser Verträge ein wirksameres militärisches System errichteten als die EVG. Für Verhandlungen mit Rußland sei es unerlässlich, daß der Westen etwa gleich stark sei wie dieses. In der Zwischenzeit dürfe man also nicht verhandeln. Eine wirkliche Möglichkeit zu Verhandlungen mit Rußland würde sich als Folge des Druckes ergeben, den die asiatischen Nationen eines Tages auf es ausüben würden. Dann würde Rußland selbst sich Europa zuwenden. In Erwiderung auf einige Redner lege er Wert darauf festzustellen, daß das italienische Volk weit davon entfernt sei, sich mit dem Abkommen über Triest einverstanden zu erklären. Er werde für die Schlußfolgerungen des Berichts von Herrn *Maclay* stimmen und glaube, daß die Beratende Versammlung, die größte der bestehenden europäischen Versammlungen, eine Erweiterung ihrer Kompetenz beanspruchen dürfe derart, daß sie sich auch auf die neuen Institutionen erstrecken würde.

Donnerstag vormittag

Herr *Mandalinci* (Türke, Demokratische Partei) erklärte, daß die neuen Abkommen nicht vollkommen befriedigend seien. Die Schnelligkeit, mit der sie abgeschlossen worden seien, und die neue Hoffnung, die sie geweckt hätten, die Verpflichtungen, die Großbritannien eingegangen sei, der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, das Ende des Besatzungsregimes und das Saarabkommen bedeuteten gewiß wertvolle Ergebnisse. Aber diese Abkommen gingen leider nicht über den Rahmen eines gegenseitigen Beistandssystems hinaus und erlaubten nicht mehr die Hoffnung auf eine europäische Einheit, die auf dem Wege der Teilintegrationen zu erreichen wäre. Diesem System fehle eine demokratische Kontrolle; es schaffe keineswegs eine europäische politische Autorität, die mit begrenzten, aber realen Vollmachten ausgestattet wäre, eine Autorität, die seit langem von der Versammlung empfohlen worden sei. Außerdem sei von der Ausdehnung der neuen Organisation auf andere europäische Länder keine Rede gewesen. Dieser Geist der Diskriminierung sei bedenklich, denn er bringe die Gefahr mit sich, Mißtrauen hervorzurufen.

Er hoffe, sagte der Redner, daß die Schaffung der WEU sich nicht als eine Schwächung der NATO auswirken und nicht das durch den Europarat geweckte Vertrauen zerstören werde. Er werde nur für die Pariser Verträge stimmen, wenn er überzeugt sein könnte, daß das System der WEU durch Erweiterung auf die nordischen und die südosteuropäischen Länder, einschließlich seines Landes, an Wert gewinnen werde. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Verteidigung Südosteuropas baldigst durch den Beitritt Italiens zum Balkanpakt verstärkt werde.

Herr *Lütken* (Deutscher, Sozialdemokratische Partei) meinte, daß die Pariser Verträge im Vergleich zu der EVG unbestreitbare Verbesserungen aufwiesen: das Vereinigte Königreich sei jetzt am System der euro-



päischen Verteidigung beteiligt, die WEU übe eine Rüstungskontrolle aus, und Absatz 3 des Artikels 7 der Bonner Verträge, der die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sozusagen unmöglich gemacht hätte, sei weggefallen. Dennoch könne er weder die Verträge noch den Entschließungsentwurf billigen, denn nach seiner Ansicht stelle die Wiederbewaffnung der einen Hälfte von Deutschland innerhalb der NATO eine ernste Gefahr sowohl für Deutschland als auch für Europa dar. Das vordringlichste Ziel der Versammlung müsse die Schaffung eines freien demokratischen Deutschland sein. Die auf dem Status quo, also auf der Teilung Deutschlands, beruhende Koexistenz sei gefährlich, denn sie überlasse Rußland allein die Parole der Einheit Deutschlands. Vor der Ratifikation der Pariser Verträge müßten Viererverhandlungen aufgenommen werden. Er sei der Ansicht, die letzten Wahlen in Berlin hätten bewiesen, daß die Befürchtung von Herrn Becker bezüglich einer Aggression oder einer kommunistischen Infiltration unbegründet sei.

Herr Treves (Italiener, Sozialdemokratische Partei) äußerte die Meinung, daß seit der September-Sitzung der Versammlung wichtige Fortschritte auf die europäische Vereinigung hin gemacht worden seien. Die Lösung des Problems von Triest und ebenso die Pariser Verträge stellten einen wesentlichen Erfolg auf militärischem und politischem Gebiet dar. Er forderte, daß die Verträge vorbehaltlos und unverzüglich ratifiziert würden. Er zöge statt der Formulierung des Ausschusses, daß Verhandlungen mit Rußland „von dem Zeitpunkt nach der Ratifikation der Verträge an aufgenommen würden“, einen vorsichtigeren Ausdruck vor. Tatsächlich setze ja die Koexistenz die Existenz voraus, also müßte die WEU vor dem Beginn von Verhandlungen voll in Kraft getreten sein.

Lord John Hope (Engländer, Konservative Partei) glaubte, die sowjetische Opposition gegen die Pariser Verträge sei nicht weniger heftig gewesen als die Opposition gegen die EVG, denn Rußland wünsche vor allem ein geteiltes Europa sich gegenüber zu sehen. Denjenigen, die befürchteten, daß die WEU nur einen Stillstand anzeige, antwortete der Redner, die Pariser Verträge bedeuteten einen großen Schritt vorwärts auf dem Weg zur europäischen Einheit. Die WEU sei nicht nur eine militärische Einrichtung; ihr Tätigkeitsgebiet erstreckte sich auch auf kulturelle und soziale Fragen. Der Redner empfahl möglichst enge Beziehungen zwischen der neuen Versammlung und der Beratenden Versammlung. Diese Beziehungen könnten durch identische Vertretung in beiden Versammlungen und durch die Verwendung des Sekretariats des Europarats im Sinne des Eden-Plans gewährleistet werden.

Herr von Bismarck (Deutscher, CDU) hielt es für wichtig, die Verhandlungen mit der Sowjet-Union sorgfältig vorzubereiten und Deutschland daran teilnehmen zu lassen. Er unterstrich, daß die Vereinigung Europas, die das wesentliche Ziel der Politik der Bundesregierung bleibe, der Wiedervereinigung Deutschlands nicht im Wege stehen dürfe. Alles, was dazu beitrüge, den Status quo zu konsolidieren und die Teilung Deutschlands endgültig zu machen, stelle eine Bedrohung des Weltfriedens dar. Der Redner hielt es für unerlässlich, die Befugnisse der Beratenden Versammlung von den-

jenigen der Versammlung der WEU klar abzutrennen. Diese müsse ihre Geschäftsordnung und ihre Arbeitsweise selbst festlegen können. Die WEU müsse höhere Ziele haben als die rein militärischen Aufgaben, die durch die Pariser Verträge für sie vorgesehen seien.

Fräulein Klompé (Holländerin, Katholische Volkspartei), die zwar eine baldige Ratifizierung der Pariser Verträge befürwortete, bedauerte jedoch, daß diese die parlamentarische Kontrolle der neuen Institutionen vermindert hätten. Der Rat der WEU werde keinen supranationalen Charakter haben, und doch werde ein Teil seiner Entscheidungen auf Mehrheitsbeschluß hin getroffen werden: also gäbe es weder eine demokratische Kontrolle durch eine supranationale Versammlung noch durch die nationalen Parlamente. Die Rednerin äußerte die Meinung, daß es wichtig sei, gleichzeitig die Autonomie der europäischen Institutionen und ihre Verbindungen untereinander sowie die zentrale Stellung des Europarats aufrechtzuerhalten. Sie meinte, daß das Inkrafttreten der Pariser Verträge den Verhandlungen mit Rußland nicht untergeordnet werden dürfe, und daß diese Verhandlungen sich nicht allein auf die Wiedervereinigung Deutschlands und den Österreich-Vertrag, sondern auch auf das Schicksal der Völker jenseits des Eisernen Vorhangs beziehen müßten.

Herr Bell (Engländer, Konservative Partei) stimmte mit Herrn Hollis und Fräulein Klompé darin überein, daß betont werden müßte, die osteuropäischen Länder dürften bei Verhandlungen mit Sowjetrußland keinesfalls zum Handelsobjekt gemacht werden. Er unterstütze eine rasche Ratifizierung der Pariser Verträge; Europa müsse die zweite Chance ergreifen, die sich ihm biete und auf die zweifellos keine dritte folgen werde. Zwei bewaffnete Lager seien immer noch einem Krieg vorzuziehen, in dem eins der Lager nur zur Hälfte bewaffnet wäre. Der Weg der Wohlfahrt und der Wiedervereinigung Deutschlands liege in der Verwirklichung der europäischen Einheit durch die einzigen Mittel, die zur Zeit zur Verfügung stehen. Mit der Schaffung der neuen Versammlung ergebe sich die Gefahr, daß die Arbeit des Europarats in den Schatten gestellt würde. Die neue Institution müsse wirksam sein, solle sich aber ausschließlich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen und der größeren Versammlung die Diskussion aller anderen Fragen überlassen: erst nachdem in der Beratenden Versammlung deren große politische Debatte stattgefunden habe, dürfe sie ihre Sitzung abhalten.

Herr Rolin (Belgier, Sozialistische Partei) vertrat den Standpunkt, daß das Ziel Westeuropas nicht die Einheit, sondern die Union sein sollte. Er habe keinerlei Vorurteil gegen die supranationale Autorität, aber in jedem Fall müsse deren Notwendigkeit erwiesen sein, und sie müsse unter einer angemessenen demokratischen Kontrolle stehen. Das allgemeine Wahlrecht könne aber keine Garantie schaffen, denn es gebe in Europa keinen allgemeingültigen Willen: die Völker stellten noch nicht das öffentliche, das allgemeine Interesse, vor das einzelne, das heißt, das nationale Interesse.

Der Redner meinte, die Pariser Verträge seien in allen Punkten dem EVG-Vertrag vorzuziehen, selbst

ohne Berücksichtigung des unschätzbaren Vorteils einer vollen Mitwirkung Großbritanniens. Er stelle fest, daß das Ausmaß der deutschen Wiederbewaffnung etwa das gleiche sei, abgesehen von einer strikteren Begrenzung auf 12 Divisionen, als bei der EVG. Ebenso ergebe sich aus den neuen Bestimmungen über die Kontrolle der Rüstungsfabrikation geringere Reibungsgefahr als bei dem alten System. Er unterstütze jedoch nicht vollkommen die Pariser Verträge, weil seiner Ansicht nach die deutsche Wiederbewaffnung gefährlich und unnötig sei. Die Verträge sollten von allen beteiligten Ländern mit Ausnahme Deutschlands ratifiziert werden. Es sei angebracht, sie zu verbessern, besonders hinsichtlich der Bestimmungen über das Rüstungsamt: eine nützliche Maßnahme würde darin bestehen, die Inspektoren von den Regierungen unabhängig zu machen. Der Redner forderte die Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen mit Rußland über die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Wiedervereinigung sei unerlässlich, selbst wenn sie einen Verzicht auf die Integration Deutschlands in den westeuropäischen Bereich zur Folge hätte. Die Pariser Verträge könnten keinen endgültigen Rahmen für Europa darstellen.

Er trete nicht dafür ein, die Versammlung der WEU der Montan-Versammlung unterzuordnen: es erscheine ihm ausreichend, jährlich im Zusammenwirken beider Seiten eine Prüfung der Probleme von gemeinsamem Interesse durchzuführen. Hinsichtlich der Saar billigte Herr Rolin voll und ganz den Entschließungsentwurf und den Bericht. Er sah es als wesentlich an, daß die Saar der Sitz der EGKS, der Versammlung der WEU und vielleicht des Europarats würde.

Lord Layton (Engländer, Liberale Partei) äußerte die Meinung, mit der EVG sei zwar eine Gelegenheit zur Schaffung einer wirklich internationalen Armee verlorengegangen, aber die in den Pariser Verträgen vorgesehene Koalitionsarmee bedeute einen großen Fortschritt im Vergleich mit dem, was bisher geschehen sei. Sie würde im Frieden ein einheitliches internationales Kommando haben. Die Abkommen füllten sehr gut gewisse Lücken im System der NATO aus. Er befürchte zwar nicht die Auflösung dieser Armee, aber er habe Zweifel bezüglich der Vollmachten des Oberkommandos und der Wirksamkeit der Rüstungskontrollorganisation. Die Abkommen stellten nur einen Ausgangspunkt dar; es müßten praktische Fortschritte gemacht werden hinsichtlich der Schaffung eines Rüstungspools, der Standardisierung der Waffen und der Koordinierung der Waffenbeschaffung. Die neue Versammlung der WEU werde eine sehr wichtige Rolle zu spielen haben, ebenso wie die Versammlung der EGKS werde sie sich auf das übliche Verfahren mehr als auf den Buchstaben des Vertrags berufen müssen. Der Redner bedauerte, daß die neue Versammlung nicht ein integrierender Teil der Beratenden Versammlung sein werde. Dies wäre wünschenswert gewesen: tatsächlich sei die Diskussion über Verteidigungsfragen, obwohl sie über die Zuständigkeit des Europarats hinausgehe, in der Praxis nie unterlassen worden; der Eden-Plan vom Jahr 1952 hätte sogar vorgeschlagen, die Organe des Europarats für die EVG zu benutzen. Die Arbeit der WEU werde nicht größere

Fortschritte machen auf Grund der Tatsache, daß sie vom Europarat getrennt ist, denn keine der beiden Organisationen würde größere Vollmachten haben als diejenigen, die ihnen von dem Vereinigten Königreich zugestanden würden. Es komme darauf an, die europäischen Organisationen in Einklang miteinander zu bringen und die durch die Pariser Verträge geschaffene neue Lücke gemäß dem von Herrn MacLay empfohlenen Plan auszufüllen.

Herr Spallucci (Italiener, Republikanische Partei) bedauerte, daß die westlichen Regierungen ihren Völkern keine vermittelnde Lösung zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus geboten und daß sie dem militärischen Problem zu viel Zeit gewidmet hätten. Europa habe jetzt Gelegenheit, seine Einheit auf der Grundlage der Menschenrechte, der Christenheit und dessen, was Mazzini seine „Mission“ genannt habe, zu verwirklichen.

Herr Boland (Irländer, Fianna Fail) sprach die Ansicht aus, daß die Pariser Verträge der EVG vorzuziehen seien, weil sie Deutschland an der NATO beteiligten und die Übernahme bestimmter Verpflichtungen durch das Vereinigte Königreich gewährleisten. Er bat die Föderalisten zu warten: der Druck der Ereignisse werde zu gegebener Zeit die Völker Europas nötigen, die dauerhaften Mittel zu finden, mit denen sie die Erhaltung ihrer Zivilisation sichern könnten.

Donnerstag nachmittag

Herr Smithers (Engländer, Konservative Partei) betonte, daß mit der Übernahme einer ständigen Verpflichtung in Europa Großbritannien keineswegs den Willen habe bekunden wollen, sich mit Europa politisch zu integrieren; es habe ganz einfach gutgeheißen, was angesichts der sowjetischen Drohung für die Konsolidierung der Verteidigung des Westens notwendig gewesen wäre. Es sei wesentlich, die Pariser Verträge zu ratifizieren, um die Bundesrepublik Deutschland endgültig an den Westen zu binden. Während dieser Zeit müsse sich die Versammlung bemühen, mit Hilfe der bestehenden europäischen Organisationen die wirtschaftliche Integration Europas herbeizuführen.

Herr Senghor (Franzose aus den überseeischen Gebieten, Unabhängiger) meinte, die Pariser Verträge seien weniger konstruktiv als die vergangene EVG. Wenn einerseits der Beitritt des Vereinigten Königreichs zu der Westeuropäischen Union ein entscheidender Vorteil sei, so werde andererseits die britische Abneigung gegen supranationale Bestrebungen die Integration Europas verlangsamen. Der Redner begrüßte darauf das französisch-deutsche Saarabkommen, denn der Kernpunkt des europäischen Problems liege in der französisch-deutschen Versöhnung. Er bedauerte, daß die Pariser Verträge auf die Nationalarmeen zurückkämen oder sie beibehielten und daß die Versammlung der WEU nur beratende Funktion habe und nicht in allgemeinen Wahlen gewählt werde. Bei dieser Gelegenheit erinnerte er an die Entschließung 63 vom 24. September 1954. Es handle sich darum, in den kommenden Jahren „Eurafrika“ zu schaffen dadurch, daß die Mitgliedstaaten der WEU veranlaßt würden, konkrete Maßnahmen zur militärischen, politischen und wirtschaftlichen Integration zu ergreifen. Gleichzeitig



sollte das Gespräch mit dem Sowjetblock begonnen werden, mit dem Ziel, den Friedensvertrag mit Österreich zu unterzeichnen, in ganz Deutschland freie Wahlen zuzulassen, die das Vorspiel zu der Wiedervereinigung wären, eine gleichzeitige fortschreitende und kontrollierte Abrüstung herbeizuführen und den Warenaustausch zwischen dem Osten und dem Westen zu intensivieren. Herr Senghor war der Ansicht, daß der Entschließungsentwurf von Herrn Bohy befriedigend sei, soweit er die Verhandlungen mit dem Osten betreffe, daß jedoch das darin ausgesprochene Bekenntnis zur europäischen Integration zu unbestimmt und zu allgemein gehalten sei.

Herr *Wistrand* (Schwede, Konservative Partei) sprach die Hoffnung aus, daß die Pariser Verträge ratifiziert würden, obwohl er die Ablehnung der EVG bedauere. Immerhin sei so eine Lösung des Verteidigungsproblems gefunden worden, die es Schweden erlaube, in wirksamerer Weise an der vom Europarat unternommenen Zusammenarbeit auf nicht-militärischen Gebieten teilzunehmen. Er wünsche, daß der Europarat dabei die Führung übernehme.

Herr *Schmid* (Deutscher, SPD) bat im Namen der deutschen Sozialdemokraten die Versammlung, nicht über das Saarabkommen zu beschließen, bevor die vertragschließenden Parteien eine authentische Interpretation dazu gegeben hätten. Für die Bundesregierung habe das Saarabkommen nur vorübergehenden Charakter, und die Saar bleibe ein integrierender Bestandteil Deutschlands, während die französische Regierung zu glauben scheine, daß die Saar aufhöre, deutsches Staatsgebiet zu sein. Andererseits stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die Saar-Volksabstimmung über die die Saar betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages bedeute, daß die Saarländer das Recht zur freien Wahl ihres Status und ihrer endgültigen Zugehörigkeit haben würden. Nach Meinung der französischen Regierung dagegen würden sie die Bestimmungen des Vertrags nur annehmen oder ablehnen, aber nicht frei über ihr Schicksal entscheiden können. Über die Interpretation des Vertrags habe der Europarat sich nicht zu erklären; das könnten nur die Vertragspartner tun.

Herr *Peart* (Engländer, Arbeiterpartei) meinte, die parlamentarische Kontrolle der verschiedenen europäischen Unternehmen sei unzureichend. Der Europarat müsse näheren Anteil an den neuen Organisationen haben, um eine Zersplitterung der Aufgaben und Überschneidungen mit anderen europäischen Organisationen zu vermeiden. Die WEU müsse sich der Organisation der Verteidigung und der Rüstungskontrolle widmen und die kulturellen und sozialen Befugnisse der Organisation des Brüsseler Vertrags dem Europarat übertragen. Man müsse die Beziehungen zwischen den europäischen Organisationen und besonders dem Europarat einerseits und andererseits der WEU und der Landwirtschaftsorganisation, die in Verbindung mit der OEEC demnächst geschaffen werde, vervielfachen.

Herr *Struye* (Belgier, Christlich-Soziale Partei) stellte mit Genugtuung fest, daß die Beratende Versammlung im September bezüglich einer Ersatzlösung für die EVG Stellung genommen habe, eine Stellungnahme,

die den Abkommen von London und Paris als Anregung gedient habe. Er halte die Pariser Verträge als solche für ausgezeichnet, denn sie verwirklichten die Organisation der europäischen Verteidigung nach vornehmlich praktischen Maßstäben, ohne jedoch das Nützliche und Wirksame der supranationalen Methode zurückzuweisen. Die Pariser Verträge seien nicht eine einfache Rückkehr zu dem klassischen System der Militärbündnisse; sie seien durchaus neuartig in der Geschichte und schlugen eine Bresche in die Bastion der absoluten Souveränität der Staaten. Der Redner äußerte die Ansicht, daß die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an der WEU ein unschätzbarer Gewinn sei, der gewisse Vorteile der EVG weitgehend ausgleiche. Wenn es bedauerlich sei, daß die Versammlung der WEU nicht mit den Vollmachten der demokratischen Kontrolle ausgestattet worden sei, wie die Versammlung sie in ihrer Entschließung vom September empfohlen habe, so müsse man darauf vertrauen, daß die Zeit die Institutionen anpassungsfähiger machen und die Lage der Dinge verbessern werde. Die Pariser Verträge müßten ein Ausgangspunkt sein. Eine politisch-militärische Gemeinschaft könne nicht einer noch ungenügend vorbereiteten öffentlichen Meinung aufgezwungen werden. Der supranationale Charakter herrsche in einer beschränkten Gemeinschaft auf einem lebenswichtigen Sektor der europäischen Wirtschaft vor, und man müsse sich darum bemühen, diese Gemeinschaft allmählich auf andere Sektoren auszuweiten. Was die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen betrifft, meinte der Redner, daß es ganz in der Ordnung sei, wenn die Westmächte ihre Politik der Verteidigung und der Zusammenarbeit weiterverfolgten, ohne sich durch Einladungen zu neuen Konferenzen, bei denen nichts auf sowjetischer Seite anzeige, daß sie einem versöhnlicheren Geist entsprängen, aufhalten oder unsicher machen zu lassen. Wenn man den mystischen Glauben an Verhandlungen aufgeben müsse, so müsse man es aber auch unterlassen, panische Furcht vor ihnen zu haben. Man werde nach Kräften versuchen müssen, den kalten Krieg zu beenden und auf dem Verhandlungsweg ein Abkommen zu erzielen. Wir müßten als Fordernde auftreten, vor allem betreffs der Unterzeichnung des Österreich-Vertrags und der Wiedervereinigung Deutschlands im Anschluß an freie Wahlen. Aber wir könnten eine für uns befriedigende Lösung nur um den Preis gewisser Zugeständnisse zu erzielen hoffen. Zum Abschluß äußerte Herr Struye die Meinung, daß die vorgeschlagene Entschließung annehmbar sei.

Frau *Crowley* (Irländerin, Fianna Fail) wünschte eine baldige Ratifizierung der Pariser Verträge.

Herr *de Freitas* (Engländer, Arbeiterpartei) machte darauf aufmerksam, daß das Vereinigte Königreich von nun an entschlossen sei, seinen Teil an Verantwortung auf dem Kontinent zu übernehmen, vor allem hinsichtlich solcher Probleme wie der Saarfrage. Er billigte den Bericht von Herrn *MacLay* und wünschte, daß die Verbindungen zwischen der WEU und dem Europarat möglichst eng werden möchten. Er erinnerte an seinen im vergangenen Mai in der Versammlung eingebrachten Antrag, der eine Beteiligung der kanadischen und amerikanischen Parlamentarier an der



Arbeit der Beratenden Versammlung anstrebe. Er wünsche, daß die letzten Erfahrungen bei Atomversuchen eine neue Ära der Solidarität und des Friedens eröffnen möchten.

Herr Jacquet (Franzose, Sozialistische Partei) meinte, die drei wesentlichsten Anliegen müßten sein, den Frieden zu festigen, das heißt, die Solidarität der freien Welt zu stärken, um auf einer annehmbaren Basis mit dem Osten verhandeln zu können; eine dauerhafte Lösung für das Problem des neuen Deutschlands zu finden; und schließlich, das Werk der Vereinigung Europas fortzusetzen. Um zu einer dauerhaften Lösung des deutschen Problems zu gelangen, müsse zwischen Frankreich und Deutschland ein bleibendes gegenseitiges Vertrauensverhältnis geschaffen werden, indem man Deutschland erlaube, ein echtes Glied in einer europäischen Gemeinschaft zu werden. Der Redner prüfte darauf, in welchem Maße die Pariser Verträge diesen drei Anliegen entsprächen. Der Beitritt Großbritanniens zu der Organisation der Verteidigung Europas sowie die Errichtung eines Kontrollsystems der Rüstungsbestände und Waffenlager stelle den positiven Teil der Verträge dar, jedoch blieben die nationalen Armeen bestehen, die militärische Integration sei illusorisch, es gebe nicht mehr an der Spitze der neuen Organisation eine supranationale Institution, die für alle europäischen Staaten eine gemeinsame Politik vorzeichnen würde, und es gebe keine wirksame demokratische Kontrolle mehr. Der Atlantikpakt, stellte Herr Jacquet fest, sei jedoch glücklicherweise aufrechterhalten worden, und der neue Vertrag ermögliche Verhandlungen mit der östlichen Welt. Nach seiner Ansicht müsse man sich bemühen, nach der Ratifikation der Pariser Verträge und vor der endgültigen Aufstellung der in den Verträgen vorgesehenen militärischen Einheiten eine Verhandlung einzuleiten. Andererseits müsse die Politik der Vereinigung Europas fortgesetzt werden, insbesondere durch Schaffung einer Rüstungsgemeinschaft, die eine neue und wesentliche Garantie ergeben werde.

Herr Jacquet war der Meinung, daß der von der französischen Regierung vorgelegte Entwurf Vorbehalte bezüglich der Modalitäten seiner Anwendung erfordere. Die Übertragung von Souveränität, die die Errichtung einer Rüstungsgemeinschaft zur Voraussetzung habe, dürfe sich nicht zum ausschließlichen Vorteil eines internationalen Regierungsorgans auswirken, sondern verlange eine supranationale Institution, die durch eine parlamentarische Versammlung mit realen Vollmachten demokratisch kontrolliert würde. Man müsse die Westeuropäische Union verstärken und die Gemeinschaft für Kohle und Stahl festigen, indem man ihre Befugnisse erweitere; schließlich könne man eine in allgemeinen Wahlen gewählte europäische Versammlung vorsehen, die fürs erste die Versammlung der EGKS sein könnte.

Herr Crosbie (Irländer, Fine Gael) äußerte die Ansicht, daß die Pariser Verträge ein positives Ergebnis seien, zu dem der Europarat weitgehend beigetragen habe. Für den Rat komme es jetzt darauf an, seine Beziehungen zu der WEU genau zu bestimmen und seine eigentliche Aufgabe fortzusetzen: die wirtschaftliche,

soziale und kulturelle Verteidigung Europas zu verstärken.

Herr Kapteijn (Holländer, Arbeiterpartei) meinte, der Nationalismus sei es, der die EVG zur Strecke gebracht habe. Die Pariser Verträge sicherten die militärische Verteidigung Europas, trafen aber keine Vorkehrungen für seine wirtschaftliche Verteidigung. Sie würden Deutschland nicht daran hindern, sich den ausgedehnten Märkten zuzuwenden, die von der UdSSR geboten würden. Zur Vermeidung dieser Gefahr erscheine für die Ost-West-Beziehungen die Gründung einer europäischen Handelsagentur unerlässlich.

Herr Esmonde (Irländer, Fine Gael) sprach den Wunsch aus, daß alle unterdrückten Länder eines Tages ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben könnten.

Herr de Menthon (Franzose, Republikanische Volksbewegung) äußerte die Meinung, daß eine europäische Verteidigung von dauerhafter Art nur durch eine wirkliche politische Integration der Bundesrepublik Deutschland mit Westeuropa zu ermöglichen sei, und fand, daß zwischen den Pariser Verträgen und der europäischen Integration ein Widerspruch bestehe. Diese Abkommen bedeuteten den Wiederaufbau Europas auf der Grundlage des Nationalismus von ehemals. Der Redner begrüßte die britische Beteiligung bei der WEU und hoffte, daß diese Beteiligung zu einer echten europäischen Einheit beitragen werde. Herr de Menthon bezweifelte nicht, daß sich sehr bald im französischen Parlament eine Mehrheit für die Ratifikation der Pariser Verträge aussprechen werde, aber die Republikanische Volksbewegung werde nicht zu dieser Mehrheit gehören, denn sie habe immer eine Lösung der Frage der deutschen Wiederbewaffnung auf der Basis einer Belebung des Nationalismus bekämpft. Er glaube, daß das Inkrafttreten der Pariser Verträge nicht erst im Anschluß an eine Verhandlung mit dem Osten erfolgen solle, daß das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands das wichtigste Problem des friedlichen Nebeneinanderlebens in Europa sei, und schließlich, daß die politische und militärische Neutralisierung Deutschlands nicht in Betracht gezogen werden dürfte. Man müsse vermeiden, auf die abwegige Idee der Konferenz der letzten Chance zurückzukommen; tatsächlich würde nach dem etwaigen Scheitern einer Viererkonferenz die Durchführung der Pariser Verträge bei außerordentlich gespannter Lage stattfinden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß auf die Ratifikation der Pariser Verträge unmittelbar ihr Inkrafttreten folge, das parallellaufend mit Verhandlungen mit der Sowjetunion weiter durchgeführt werden könnte. Aber vor deren Eröffnung müsse betont werden, daß eine eventuelle militärische und politische Neutralisierung Deutschlands unannehmbar sei. Ein neutralisiertes Deutschland im Zentrum Europas zwischen zwei gegnerischen Blöcken zu schaffen, hieße in Wirklichkeit Deutschland leicht angreifbar zu machen und bei der Sowjetunion die Versuchung auszulösen, von dieser Angriffsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Die westlichen Völker einschließlich Deutschlands könnten nicht einer Wiedervereinigung Deutschlands um den Preis einer ihm aufgezungenen Neutralisierung zustimmen. Der Redner kritisierte die von



Herrn *Bohy* dargelegte Konzeption einer Rüstungsbeschränkung, die von Deutschland ausginge und sich in immer entfernteren konzentrischen Zonen über die ganze Welt erstrecken würde. Tatsächlich stehe diese Konzeption derjenigen einer Neutralisierung Deutschlands sehr nahe. Ebenso erscheine die Abrüstung aller kontinentalen Nachbarn Deutschlands, während die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich auferüstet blieben, gleichermaßen gefährlich. Man müsse zu dem Gedanken einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung zurückkehren und dürfe nicht an eine regionale Abrüstung denken. Zum Abschluß betonte Herr de Menthon nachdrücklich, daß die Verhandlungen mit dem Osten nur bei enger und immer wieder bestätigter Solidarität der drei westlichen Verbündeten eine gewisse Aussicht auf Erfolg hätten.

Herr *Erlor* (Deutscher, Sozialdemokratische Partei) billigte den Grundsatz der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, wie er in den Pariser Verträgen niedergelegt ist, unter der Bedingung, daß sie zu wirksamer Anwendung kämen, wie ein Abänderungsvorschlag von Herrn *Rolin* es fordere. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die Redner in der Versammlung begriffen hätten, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht eine nationalistische Forderung, sondern ein europäisches Problem sei. Aber es sei ausgeschlossen, daß das wiedervereinigte Deutschland dem Atlantikpakt integriert werden könnte; ebenso wie es ausgeschlossen sei, unter der gleichen Auflage Ostdeutschland und Westdeutschland miteinander zu verbinden.

Herr *Brooman-White* (Engländer, Konservative Partei) sagte, er begreife die föderalistischen Überzeugungen Herrn de Menthons, wenn er sie auch nicht teile, aber er könne ihn nicht unterstützen, wenn er von den Engländern verlange, neue Initiativen in dem von ihm gewünschten Sinne zu ergreifen. Er stimmte der Empfehlung von Herrn *Maclay* zu, die Schaffung einer Vielzahl von Versammlungen, Ausschüssen und Beziehungen zu vermeiden. Aber man müsse der Versammlung der WEU ein ganz bestimmtes Gesicht geben, denn sie werde sich mit äußerst konkreten Problemen zu befassen haben, die sich der Zuständigkeit der Beratenden Versammlung entziehen. Sie dürfe sich nicht auf allgemeine Diskussionen sozialer oder wirtschaftlicher Art einlassen, die ohne Zweifel Überschneidungen mit dem Europarat bedeuten würden. Der Redner wünschte, daß das Sekretariat der WEU nicht mit dem Sekretariat des Europarats verschmolzen würde.

Herr *Federspiel* (Däne, Agrarpartei) meinte, daß die Abkommen von London und Paris die Vereinigung Europas nicht gefördert hätten. Es werde eine neue Versammlung geschaffen werden, an der nicht alle Mitglieder des Europarats beteiligt sein würden. Aber dieser dürfe nicht seine eigentliche Verantwortlichkeit besonders auf wirtschaftlichem Gebiet vernachlässigen. Auf diesem Gebiet hätten sich die Organisationen vervielfacht, und man müsse sie koordinieren. Die Beratende Versammlung solle ihre Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet verstärken; so werde sie die Vereinigung Europas beschleunigen.

Donnerstag abend

Herr *Finn Moe* (Norweger, Arbeiterpartei) erklärte, das norwegische Parlament habe ohne Enthusiasmus den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO gebilligt, denn es fürchte die möglichen Folgen der deutschen Wiederbewaffnung, obwohl es hoffe, daß die Pariser Verträge eine erste Etappe auf dem Weg sein werden, der schließlich zur Entspannung zwischen dem Osten und dem Westen führen solle. Verhandlungen sollten erst nach der Ratifikation dieser Verträge aufgenommen werden. Er bezweifelte, ob das in der Entschließung von Herrn *Maclay* vorgeschlagene Verfahren befriedigend sein würde. Der Gedanke der Assoziation, der ursprünglich aus dem Wunsch hervorgegangen sei, Verbindungen mit dem Vereinigten Königreich herzustellen, habe an Wert verloren, denn dieses sei selbst Mitglied der WEU. Die Union habe genau feststehende und wichtige Aufgaben zu erfüllen: der Europarat habe keine entsprechenden konkreten Funktionen, und es sei zu befürchten, daß er sich bald in eine zweitrangige Rolle zurückgedrängt sehe. Der Redner erwog, ob es wegen der großen Zahl der europäischen Organisationen nicht vorzuziehen sei, der WEU die Vorrangstellung zu geben; bei dieser könnten Beobachter der anderen Mitgliedstaaten des Europarats zugelassen werden, obwohl diese Lösung die Gefahr mit sich bringe, daß den Staaten, die nicht der WEU angehören, weniger Einfluß in den europäischen Angelegenheiten eingeräumt würde, als in der Entschließung vorgesehen ist. Tatsächlich hätten sich diese Staaten nur allzuoft vollendeten Tatsachen gegenüber gefunden, und die Schaffung der WEU verschärfe noch diese Tendenz. Er bat, die Entscheidung über die Entschließung von Herrn *Maclay* noch zu verschieben.

Herr *Smitt Ingebretsen* (Norweger, Konservative Partei) befürwortete eine sofortige Ratifikation der Pariser Verträge, war aber besorgt, daß die europäischen Organisationen in einem Prozeß, den er für verwickelt, kostspielig und fruchtlos halte, sich vervielfachen würden.

Die WEU könne nicht als die Verfechterin der europäischen Einheit angesehen werden, denn die Hälfte der Mitglieder des Europarats sei davon ausgeschlossen. Er glaube, die WEU müsse sich auf das militärische Gebiet als das ihr gemäß beschränken und wünsche, daß die europäische Zusammenarbeit auf den anderen Gebieten in vernünftiger Weise organisiert werde. Er halte es für abwegig, bestimmte zivile Probleme von einer Institution behandeln zu lassen, die für einen militärischen Zweck geschaffen sei. Die Aufgabe des Europarats sei die Lösung der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Probleme Europas, und es sei Sache der Mitgliedsregierungen, ihm die Möglichkeit dazu zu geben.

Herr *Kraft* (Däne, Konservative Partei) hielt es für gefährlich, die Pariser Verträge abzulehnen, weil dadurch die Stellung der westlichen Staaten erheblich geschwächt werde. Er wolle jetzt nicht von einer friedlichen Koexistenz sprechen; für den Osten bedeute dieser Begriff, daß die kommunistischen Führer Zeit gewännen, ihre Macht zu vermehren und die demo-

kratischen Freiheiten zu zerstören, während sie den westlichen Ländern jegliche Beziehungen mit den Völkern jenseits des Eisernen Vorhangs verwehrt. Man spräche besser von einem *modus vivendi* für eine Zeit nach Verhandlungen zwischen gleichstarken Mächten und nach der Ratifikation der Verträge.

Herr Kiesinger (Deutscher, CDU) versicherte, daß die Pariser Verträge mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht unvereinbar seien. Man müsse zwei Gefahren vermeiden: eine Rückkehr zu den zwischenstaatlichen Bündnissen des klassischen Typs und einen schlechten Start auf dem Weg zur Integration. Wenn die WEU auch keine wirkliche Integration darstelle, so müsse man doch in die Zukunft vertrauen und jede Gelegenheit zur Förderung der Vereinigung ergreifen. Seine Partei werde das Saarabkommen unterstützen. Mit diesem Abkommen biete sich die Möglichkeit zu einem besseren Verständnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland und zu Fortschritten auf dem Weg der europäischen Integration. Es müsse jedoch festgestellt werden, daß das Abkommen von dem Naters-Plan abweicht; deshalb habe er einen Abänderungsantrag eingebracht, nach dem die Versammlung einfach erklären würde, daß sie das Abkommen billige, dessen Schicksal in jeder Weise von der Zukunft der französisch-deutschen Beziehungen abhängen werde. Wenn die Deutschen von ihrem Glauben an ein vereinigtes Europa sprächen, so geschähe das mit voller Überzeugung.

Herr de Félice (Franzose, Radikalsozialistische Partei) stellte fest, daß Einverständnis über die Ziele herrsche, die man erreichen wolle, aber daß es Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Mittel zur Erreichung dieses Ziels gebe. Er sehe keinen Widerspruch zwischen der EGKS, der durch die Pariser Verträge vorgesehenen Vereinigung der „Sieben“ und dem Streben nach der gemeinsamen politischen Autorität. Wenn das Vereinigte Königreich auch nicht die supranationale Methode begünstige, so sei es zum mindesten eine bestimmte militärische Verpflichtung eingegangen und habe ein Abkommen mit der EGKS geschlossen. Außerdem stellten die Pariser Verträge durch die Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur und vielleicht eines Rüstungspools einen Fortschritt auf dem Weg zu der Vereinigung Europas dar. Darum müßten sie ratifiziert werden.

Wenn auch die durch die Pariser Verträge eingeführte Form auf militärischem Gebiet gerechtfertigt sei, so bedeute sie doch eine Gefahr für die wirtschaftliche Vereinigung Europas. Diese könne nur mit supranationalen Mitteln verwirklicht werden. Die Errichtung anderer spezialisierter Institutionen, wie die EGKS, könnte eine der Möglichkeiten sein, aber in diesem Falle würde eine zentrale Kontrollgewalt bald erforderlich werden.

Schließlich sagte der Redner, er halte das Saarabkommen für wahrhaft europäisch, vor allem wenn die europäischen Institutionen ihren Sitz in Saarbrücken hätten, und es stelle seiner Meinung nach eine Probe für den europäischen Willen eines Deutschland dar, das soeben seine Souveränität wiedergewonnen habe.

Herr Kopf (Deutscher, CDU) erklärte, daß die Ideen, auf denen die EVG begründet gewesen sei, ihren vollen Wert behielten, aber daß das deutsche Volk, nicht ohne erhebliche Widerstände, die Ersatzlösung der Pariser Verträge annehme. Diese Verträge gäben Deutschland seine volle Souveränität zurück, und die Bundesregierung sei allein zuständig, im Namen des gesamten Deutschland zu sprechen. Die WEU stelle eine tatsächliche und dauerhafte Vereinigung dar und sei mit einem wenigstens im Anfangsstadium vorhandenen Parlament ausgestattet, das aber seine Befugnisse werde erweitern können; es müsse in enger Verbindung mit der Beratenden Versammlung arbeiten, jedoch dabei seine Autonomie uneingeschränkt erhalten. Deshalb habe er, sagte der Redner, einen Abänderungsantrag eingebracht, der darauf abziele, Ziffer b des Absatzes 9 der von Herrn Maclay vorgeschlagenen Entschließung zu streichen.

Er ging dann auf das Saarabkommen ein und meinte, man würde nur von Europäisierung sprechen können, wenn eine echte europäische Politik verfolgt worden sei. Das Abkommen erlege dem deutschen Volk schwere Opfer auf und garantiere der Bevölkerung an der Saar nur für eine Dauer von drei Monaten die freie Meinungsäußerung. Dennoch unterstütze er das Abkommen, denn er hoffe, es werde die Lösung der schwebenden Fragen zwischen Frankreich und Deutschland ermöglichen.

Herr Dawo (Saarländer, Christliche Volkspartei) erklärte, daß jegliches Abkommen über die Saar drei Ziele erreichen müßte: ein besseres französisch-deutsches Verständnis zu gewährleisten, den Eckstein des Aufbaus von Europa zu bilden und die Gefühle und die Lage der Bevölkerung an der Saar zu respektieren. In dieser Hinsicht werde das Abkommen an der Saar als zufriedenstellend angesehen. Die Interpretationsschwierigkeiten, die entstanden seien, könnten durch die WEU ausgeglichen werden.

Die Saar sei bereit, eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle, wie sie in Artikel I des Abkommens vorgesehen ist, durchzuführen. Dieses Abkommen organisiere die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowohl mit Frankreich wie mit Deutschland, und die kulturellen Beziehungen sollten ebenfalls entwickelt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß das Abkommen das zukünftige Schicksal der Provinzen östlich der Oder-Neiße-Linie im voraus festlegen würde. Tatsächlich entspreche das Abkommen dem Willen der Bevölkerung, und man müsse hoffen, daß das Schicksal der anderen Gebiete in der gleichen Weise geregelt werden könnte. Wenn das Abkommen in loyaler Weise durchgeführt werde, sei es ein Beispiel für europäische Zusammenarbeit auf politischem Gebiet. Schließlich sprach der Redner den Wunsch aus, daß Saarbrücken der Sitz der EGKS werde.

Herr Trittelvitz (Deutscher, SPD) erklärte, daß er das Gebiet der Saar, in dem er geboren sei, infolge von Maßnahmen der gegenwärtigen Verwaltung habe verlassen müssen. Die verbotenen politischen Parteien an der Saar hätten keine Gelegenheit gehabt, zu dem neuen Statut Stellung zu nehmen, und das Abkommen sehe vor, daß ihnen dazu nur eine Zeit von drei Mona-



ten eingeräumt wird. Es wäre unzumutbar, daß die Versammlung einen Text billige, der eine solche Verletzung der Menschenrechte vorsehe. Er ersuchte die Versammlung, seinen Abänderungsantrag anzunehmen, der den Zweck habe, der Saarbevölkerung vollständige politische Freiheit zuzugestehen und das Recht zu gewähren, ihren Willen zur Rückkehr zu Deutschland auszudrücken.

Herr Braun (Saarländer, Sozialdemokratische Partei) erklärte, daß das Abkommen von der Saarbevölkerung günstig aufgenommen worden sei. Obwohl es nicht durchaus zufriedenstellend sei, diene es doch dazu, jede Ursache für deutsch-französische Mißstimmungen zu beseitigen und die Entwicklung der Autonomie der Saar zu fördern. Es sehe außerdem eine Volksabstimmung und die vollständige Freiheit der politischen Parteien vor.

Herr Erler (Deutscher, SPD) fragte, ob die Parteien nach der Volksabstimmung das Recht haben würden, die Rückkehr der Saar zu Deutschland zu verlangen.

Herr Braun antwortete, daß je nach dem Ergebnis der Volksabstimmung die Saarbevölkerung sich entweder für die Wiedervereinigung mit Deutschland oder für die Europäisierung oder für den Statuts quo aussprechen könne. Er versicherte, daß das Saarstatut keineswegs die Menschenrechte verletze. In seinem Artikel 9 werde ganz klar festgelegt, daß die Saar das Recht haben werde, frei über sich selbst zu bestimmen. In Wirklichkeit beständen noch alle Parteien an der Saar und hätten vollkommene Freiheit, im Laufe der drei Monate vor der Volksabstimmung ihre Meinung zu äußern. Die große Mehrheit der Saarbevölkerung sei mit ihrer Regierung einverstanden und werde so handeln, daß weder Frankreich noch Deutschland noch der Europarat sich beim Inkrafttreten des europäischen Statuts Vorwürfe zu machen brauchten.

Herr Lütkens (Deutscher, SPD) fragte, ob zur Zeit der Saarbevölkerung gewisse Rechte und Freiheiten entzogen seien.

Herr Braun antwortete, daß weder die Menschenrechte verletzt worden seien noch eine politische Partei, die die Verfassung achte, verboten werden würde. Die Saarbevölkerung könne jedoch nicht zulassen, daß ihre Verfassung durch eine illegale politische Aktion umgestoßen würde.

Der Redner schloß mit der Bitte, daß der Sitz der Hohen Behörde nach Saarbrücken verlegt werde. Er fügte hinzu, daß der Hohe Kommissar eine schwierige Aufgabe haben werde, wenn nicht alle Parteien sich dessen bewußt wären, daß es ihre Mission sei, eine Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu schlagen.

Herr Margue (Luxemburger, Christlich-Soziale Partei) forderte die Ratifikation der Pariser Verträge, denn sie sicherten die Beteiligung des Vereinigten Königreichs zu. Er äußerte die Ansicht, daß die europäischen Probleme nicht durch bilaterale Verhandlungen geregelt werden sollten. Die echte Lösung bestehe in der Schaffung von spezialisierten Institutionen, selbst wenn Schwierigkeiten in Bezug auf die Versammlung und die europäischen Institutionen auftreten sollten. Die eigentliche Zuständigkeit für alle

gemeinsamen Probleme müsse aber beim Europarat verbleiben. Er billige nicht den Vorschlag von Herrn Maclay bezüglich der Ausschüsse, denn nach seiner Ansicht solle es bei der neuen Versammlung keine Ausschüsse geben, die sich mit Fragen aus dem Zuständigkeitsgebiet des Europarats befaßten. Die neue Versammlung müsse sich auf ihre besonderen Befugnisse beschränken. Er meinte, es sei nicht erwiesen, daß der Friede Europas von der Verlegung des Sitzes der EGKS nach Saarbrücken abhängen, und daß jedenfalls das endgültige Statut der Saar vorher festgelegt werden müsse. Er stimme mit der Lösung von Herrn van der Goes van Naters überein. Die Saar könne der Sitz europäischer Institutionen werden. Er sehe aber nicht die Notwendigkeit ein, sie alle an den gleichen Ort zu legen. Außerdem erscheine es nicht einleuchtend, falls die Saar unter das Patronat der WEU, einer Vereinigung von „Sieben“, gestellt werde, den Sitz einer europäischen Institution der „Sechs“ dorthin zu verlegen.

Die Debatte wurde dann vertagt. Am nächsten Tag trat der Allgemeine Ausschuß unter Vorsitz von Herrn de Menthon (Franzose) zusammen, um die Abänderungsanträge zu den Entschlüssen zu prüfen, die er vorher vorgelegt hatte. Nach der Diskussion stimmte der Ausschuß für die Ablehnung aller Abänderungsanträge zu der Entschluß von Herrn Maclay und nahm einstimmig den Empfehlungsentwurf von Herrn Robens an; er billigte einen neuen Wortlaut für den letzten Absatz des Abschnitts A der Entschluß von Herrn Bohy und einen zusätzlichen Absatz zum Abschnitt B und nahm den von Herrn Kiesinger vorgeschlagenen Abänderungsantrag zu dem Entschlußentwurf über den zukünftigen Status der Saar an, während er die Anträge, die von Herrn Schmid und Herrn Trittelvitz eingebracht worden waren, ablehnte. Die Debatte wurde am Samstag, dem 11. Dezember, vormittags, wieder aufgenommen.

#### Abkommen von London und Paris

Herr Bohy, der den von dem Ausschuß gebilligten neuen Text über die Abkommen von London und Paris vorlegte, erläuterte, daß die vier Abänderungen in Abschnitt A alle das Problem der Verhandlungen betrafen. Der Ausschuß habe sich bemüht, zwischen der einstimmig gebilligten Auffassung von der Notwendigkeit des Handelns und der Überzeugung von der Notwendigkeit, die Sicherheit Westeuropas weiter zu verstärken, das Gleichgewicht zu erhalten. Der Ausschuß schlage also einen Text vor, in dem klar der Wunsch der westlichen Staaten ausgedrückt werde, mit den Russen ins Gespräch zu kommen und diese Besprechungen sogar schon vor der Ratifikation der Abkommen vorzubereiten, allerdings unter Ausschuß der Möglichkeit, daß die Verhandlungen die Ratifikation und sofortige Durchführung verzögerten.

Herr Goedhardt (Holländer, Arbeiterpartei) zog den von ihm vorgeschlagenen Abänderungsantrag zurück. Der Abänderungsantrag von Herrn Rolin (Belgier, Sozialistische Partei) wurde abgelehnt.

Die Versammlung billigte darauf durch Handaufheben Titel A der Entschluß.

In seiner Stellungnahme zu Titel B erklärte Herr Bohy, daß der Ausschuß den Abänderungsantrag von Herrn Santero nicht habe annehmen können, in dem vorgeschlagen werde, daß „ein Wirtschafts- und Sozialrat gebildet werde“, denn nach seiner Ansicht müsse ein solcher Rat beim Europarat und nicht bei der WEU geschaffen werden. Der Abänderungsantrag von Herrn Rolin sei sorgfältig geprüft worden, aber der Ausschuß habe beschlossen, nur eine der drei darin enthaltenen Anregungen beizubehalten.

Nach Zurücknahme der Abänderungsanträge von Herrn Rolin und Herrn Santero nahm die Versammlung durch Handaufheben den Titel B an.

In namentlicher Abstimmung billigte die Versammlung mit 82 gegen 7 Stimmen bei 14 Enthaltungen eine EntschlieÙung mit einer Stellungnahme zu den Abkommen von London und Paris in folgendem Wortlaut:

#### EntschlieÙung 66

##### TITEL A

###### Die Versammlung

hat die Abkommen von London und Paris geprüft; stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierungen schnell zu einem Übereinkommen über eine Lösung des Problems der europäischen Verteidigung gelangt sind;

begrüÙt die Verpflichtung Großbritanniens, bis zum Ende des Jahrhunderts britische Streitkräfte auf dem Kontinent zu belassen, so lange es die Westeuropäische Union verlangt — eine Verpflichtung, wie sie Großbritannien bisher noch niemals eingegangen ist;

ist der Ansicht, daß der Abschluß dieser Abkommen das atlantische Bündnis gestärkt hat;

stellt fest, daß die Pariser Abkommen den vier Grundsätzen, wie sie in Titel A der EntschlieÙung 63 aufgeführt, und den Wünschen, die in Titel B dieser EntschlieÙung zum Ausdruck gebracht sind, weitgehend entsprechen;

betont die Notwendigkeit einer baldigen Ratifizierung dieser Abkommen;

ist der Ansicht, daß die Pariser Abkommen den Westmächten den notwendigen Zusammenhalt geben werden, um in Verhandlungen mit der Sowjetunion eine friedliche Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit, und dabei in erster Linie der Wiedervereinigung Deutschlands und eines Staatsvertrags mit Österreich, zu suchen;

gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sofort auf diplomatischem Wege ein Meinungs austausch stattfinden möge, damit diese Verhandlungen so bald wie möglich nach der Ratifikation der Abkommen aufgenommen werden können, ohne deren Durchführung zu verzögern.

##### TITEL B

###### Die Versammlung

hat in ihrer EntschlieÙung 67 ihre Auffassung, wie die Versammlung der WEU zu organisieren und die Beziehungen zwischen der WEU und dem

Europarat zu gestalten wären, zum Ausdruck gebracht.

Sie gibt dem Wunsch Ausdruck:

a) daß der Rat der WEU mit genügend Aktionsmitteln ausgestattet wird, um ihm die Maßnahmen zu ermöglichen, die erforderlich sind, um die Einheit Europas zu fördern und seine fortschreitende Integration zu unterstützen;

b) daß die Tagung der Arbeitsgruppe, die in der am 21. Oktober 1954 von der Neunmächtekonferenz angenommenen EntschlieÙung zur Frage der Produktion und Standardisierung der Rüstung vorgesehen ist, ein Übereinkommen erzielt, das den in dieser EntschlieÙung angeführten Grundsätzen entspricht, insbesondere bezüglich einer rationellen Organisation der Produktion und der Standardisierung der Rüstung;

c) daß der Rat der WEU prüft, ob den europäischen Kontrollbeamten des Amtes für Rüstungskontrolle ein internationaler Status gegeben werden kann, der sie von den Regierungen unabhängig macht.

##### Westeuropäische Union

Herr Maclay erläuterte die Gründe, aus denen der Ausschuß die drei Abänderungsanträge zu dem EntschlieÙungsentwurf, den er der Versammlung vorher unterbreitet hatte, zurückgewiesen habe, und erklärte, daß die Mehrheit des Ausschusses es für wesentlich halte, sofort die Richtlinien für die Organisation der Versammlung der WEU festzulegen und der Versammlung, wenn sie einmal konstituiert wäre, nur zu überlassen, Einzelheiten von untergeordneter Bedeutung selbst zu bestimmen. Der Ausschuß unterstütze den Vorschlag von Herrn Rolin, der gemeinsame Sitzungen der drei Versammlungen vorsehe, soweit sie eine engere Verbindung zwischen den europäischen Organisationen ermöglichen; er habe aber entschieden, daß die frühere Anregung, nach der ein Bericht der Versammlung der WEU der Gemeinsamen Versammlung vorgelegt werden solle, ein einfacheres Mittel darstelle, um die Verbindung zu gewährleisten. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die Annahme des EntschlieÙungsentwurfes die Möglichkeit schaffen werde, die Gefahr einer Trennung der „Sieben“ von den „Fünfzehn“ zu vermeiden.

Nachdem die Versammlung die Abänderungsvorschläge von Herrn Kopí (Deutschler) und Herrn de Felice (Franzose) abgelehnt hatte und der Abänderungsvorschlag von Herrn Rolin (Belgier) zurückgezogen worden war, billigte sie mit 66 Stimmen bei 38 Enthaltungen eine EntschlieÙung (67) über die Organisation der Versammlung der WEU und die zwischen der Union und dem Europarat herzustellenden Verbindungen in folgendem Wortlaut:

#### EntschlieÙung 67

Im Hinblick auf das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll Nr. 1 über die Abänderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags;

in der Erwägung, daß die Westeuropäische Union, über ihre besonderen Verantwortlichkeiten auf dem



Gebiet der Rüstungskontrolle hinaus, gemäß der Präambel und Artikel VIII des abgeänderten Brüsseler Vertrags das Ziel verfolgt, „die Einheit Europas zu fördern und seine fortschreitende Integration zu unterstützen“, ein Ziel, das mit den Aufgaben des Europarats übereinstimmt, wie sie in Artikel I von dessen Statut niedergelegt sind;

im Hinblick auf den Wortlaut des neuen Artikels IX dieses Vertrages:

„Der Rat der Westeuropäischen Union legt einen Jahresbericht über seine Tätigkeit besonders auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle einer Versammlung vor, die aus Abgeordneten der Mächte des Brüsseler Vertrags bei der Beratenden Versammlung des Europarats besteht“;

in der Meinung, daß es im Interesse der Einheit Europas liegt, die Tätigkeit der Westeuropäischen Union und des Europarates so eng wie möglich zu verbinden und Verbindungen zwischen der WEU und der EGKS herzustellen;

unter Hinweis auf die Prinzipien, die der Stellungnahme Nr. 3 (1952) über die besten Möglichkeiten zur Durchführung der Vorschläge des Vereinigten Königreichs vom Mai 1952 zu Grunde liegen;

in der Annahme, daß die Ratifikation der am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Verträge erfolgen wird, und hinsichtlich der Organisation der Versammlung der WEU und der zwischen der WEU und dem Europarat herzustellenden Verbindungen,

nimmt die Versammlung wie folgt Stellung:

#### A. Organisation der Versammlung der WEU

##### I

Die Bestimmungen über die Befugnisse, die Organisation und die Arbeitsweise der Beratenden Versammlung sollten mutatis mutandis auch für die Versammlung der WEU gelten, unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen, die sich aus den besonderen Verantwortlichkeiten dieser Versammlung ergeben.

##### II

1) Die Versammlung der WEU soll einmal im Jahr in ordentlicher Sitzungsperiode zusammentreten. Ihre Sitzungen sollen möglichst unmittelbar vor oder nach den Sitzungen der Beratenden Versammlung stattfinden. Erforderlichenfalls soll sie auch zu außerordentlichen Sitzungen zusammentreten können.

##### \*

2) Der Präsident und die Vizepräsidenten der Versammlung der WEU können aus den Reihen des Präsidiums der Beratenden Versammlung gewählt werden, soweit es sich um Abgeordnete bei der Versammlung der WEU handelt.

3) Die Abgeordneten der Versammlung der WEU, die den Ausschüssen der Beratenden Versammlung angehören, sollen auch die entsprechenden Ausschüsse der Versammlung der WEU für Fragen aus

dem Zuständigkeitsgebiet beider Versammlungen bilden.

##### \*

4) Der Präsident oder ein anderes Mitglied des Rates der Westeuropäischen Union soll der Versammlung der WEU den Jahresbericht über die Tätigkeit des Rates vorlegen.

5) Die Berichte des Rates und des europäischen Kommissars für die Saar sollen allen Abgeordneten der Versammlung der WEU mindestens drei Wochen vor der Eröffnung der ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung, in der sie vorgelegt werden, übermittelt werden.

6) Damit die Versammlung der WEU in voller Kenntnis des Sachverhalts auf diese Berichte antworten kann, sollen die Ausschüsse der Versammlung den Rat ersuchen können, hohen Beamten der Westeuropäischen Union und Sprechern aller nachgeordneten Organe (einschließlich der Sachverständigen-Ausschüsse), die von dem Rat auf Grund des neuen Artikels VIII (2) des Brüsseler Vertrages eingesetzt sind, zu gestatten, vor den Ausschüssen zu erscheinen; entsprechende Vereinbarungen sollen zwischen dem Rat und der Versammlung getroffen werden.

##### \*

7) Der Präsident der Versammlung der WEU soll dem Rat jährlich einen Haushaltvoranschlag zur Deckung der Verwaltungsausgaben der Versammlung zur Genehmigung vorlegen.

Der Präsident der Versammlung der WEU soll beauftragt werden, nach Genehmigung dieses Haushalts die Ausgaben der Versammlung in den Grenzen der darin spezifizierten Kredite zu veranlassen.

8) Der jährliche Haushaltsplan der Westeuropäischen Union soll vor seiner endgültigen Verabschiedung der Versammlung der WEU durch den Rat zur Stellungnahme vorgelegt werden.

##### \*

9 a) Die Versammlung der WEU soll ihren Direktor (Greiffier) ernennen.

b) Die Verwaltungsdienste der Versammlung der WEU und der Beratenden Versammlung sollen von einer gemeinsamen Kanzlei wahrgenommen werden. Zu diesem Zweck soll der Direktor der Beratenden Versammlung von dem Direktor der Versammlung der WEU, der den Rang eines stellvertretenden Direktors der Beratenden Versammlung erhält, unterstützt werden.

#### B. Beziehungen zwischen der Westeuropäischen Union und dem Europarat

Das Abkommen zwischen dem Generalsekretär der Organisation des Brüsseler Vertrags und dem Generalsekretär des Europarats soll auch in Zukunft für die gegenseitigen Beziehungen der beiden Organisationen gelten, und zwar in dem Sinn, daß die Bestimmungen dieses Abkommens bezüglich der sozialen und kulturellen Tätigkeit der Organisation des Brüsseler Vertrags auch auf jede zukünftige

*Tätigkeit der WEU, die ebenfalls unter die Zuständigkeit des Europarats fällt, voll und ganz zur Anwendung kommen.*

*C. Beziehungen zwischen der Westeuropäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*

*Die Versammlung der WEU soll der Gemeinsamen Versammlung der EGKS jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegen.*

*Alle weiteren Modalitäten der Beziehungen, die zwischen der WEU und der EGKS hergestellt werden, sollen in einem zwischen den beiden Organisationen zu schließenden Abkommen festgelegt werden.*

Herr Robens (Engländer, Arbeiterpartei) legte einen Empfehlungsentwurf vor, den er als Abänderungsantrag zu der obenstehenden Entschließung eingereicht hatte. Als vor zwei Jahren das Ministerkomitee den Generalsekretär beauftragt hatte, einen Plan für die Umorganisation des Sekretariats aufzustellen, sei noch nicht von einer neuen Versammlung die Rede gewesen, die ein Sekretariat mit der Beratenden Versammlung gemeinsam haben könnte. Die Umorganisation müsse aufgeschoben werden, bis von den Ministern ein Beschluß über ein einziges Sekretariat gefaßt worden sei. Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende Empfehlung an (71):

*Empfehlung 71*

*Mit Kenntnis davon, daß der Generalsekretär dem Ministerkomitee einen Plan zur Umorganisation des Sekretariats unterbreitet hat,*

*mit der Feststellung, daß diese Vorschläge die Anwendung des Absatzes 9 der Entschließung über die Organisation der Versammlung der Westeuropäischen Union berühren,*

*empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee,*

*die Umorganisation des Sekretariats des Europarats solange zurückzustellen, bis über den Vorschlag der Errichtung einer einzigen Kanzlei für die Versammlung der WEU und die Beratende Versammlung ein Beschluß gefaßt ist.*

*Zukünftiger Status der Saar*

Herr Schmid (Deutscher, SPD) brachte einen Abänderungsantrag ein, wonach die Versammlung auf Grund der Feststellung, daß die Regierungen der Bundesrepublik und der Französischen Republik den Inhalt und die Tragweite gewisser Bestimmungen des Saarabkommens verschieden ausgelegt haben, sich nicht für berechtigt halten sollte, zu diesem Text Stellung zu nehmen, bevor die Vertragspartner über die fraglichen Punkte ein Übereinkommen erzielt hätten. Auf den Einwand des Berichterstatters, Herrn van der Goes van Naters, das Abkommen sehe vor, daß europäische Autoritäten die Interpretationsschwierigkeiten des Abkommens lösen und für die richtige Anwendung des Textes Sorge tragen sollten, wurde der Abänderungsantrag abgelehnt.

Herr Mommer (Deutscher, SPD) begründete die Abänderungsanträge von Herrn Trittelvitz, nach denen die Versammlung der Hoffnung Ausdruck geben sollte, die Anwendung des Statuts werde dem Streit über die politischen Freiheiten ein Ende setzen, insofern als die politischen Parteien und die Presse keiner Genehmigung bedürften und weder vor noch nach der Volksabstimmung verboten werden könnten.

Nach Stellungnahme mehrerer Redner schlug der Berichterstatter vor, den Abänderungsantrag abzulehnen, da das Abkommen den Besorgnissen von Herrn Mommer in vollem Umfang Rechnung trage. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die Versammlung nahm darauf mit 77 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen folgende Entschließung (68) an, gleichzeitig eine Direktive (67), in der der Allgemeine Ausschuß beauftragt wird, bis zur Aufnahme der Tätigkeit der Versammlung der Westeuropäischen Union „das Inkraftsetzen des neuen Saarstatuts genau zu verfolgen“.

*Entschließung 68*

*Die Versammlung*

*nimmt mit Befriedigung von den am 23. Oktober 1954 abgeschlossenen Abkommen Kenntnis, die die wichtigsten Fragen regeln, die lange Jahre hindurch Frankreich und Deutschland getrennt haben, darunter auch die Saarfrage;*

*weist darauf hin, daß der Allgemeine Ausschuß im Laufe der beiden letzten Jahre einen bedeutenden Beitrag zu dem glücklichen Ausgang der Verhandlungen geleistet hat, und beglückwünscht sich zu dieser Arbeit des Europarats;*

*gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die beabsichtigte Lösung dazu beitragen wird, zukünftige Fortschritte auf dem Wege zur europäischen Vereinigung zu erleichtern und die Entscheidungsfreiheit im Zeitpunkt des Abschlusses eines Friedensvertrages zu gewährleisten;*

*stellt mit Genugtuung fest, daß die beiden vertragsschließenden Regierungen in Verbindung bleiben, um die rasche Ausführung des vorliegenden Abkommens zu ermöglichen;*

*gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Saarstatut so bald wie möglich in Kraft treten wird.*

*Ministerkomitee*

*Politische Entschließungen der Versammlung*

Im Laufe ihrer Sitzung vom 19. Dezember haben die Außenminister von den Entschließungen 63, 66, 67 und 68 der Beratenden Versammlung Kenntnis genommen (von denen die erste im September 1954 und die drei anderen im Dezember 1954 gebilligt wurden) und haben beschlossen, sie auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ministerkomitees zu belassen.

*Rolle des Europarats*

Nach einem einleitenden Exposé des Präsidenten, Herrn Stephanopoulos, und einer Diskussion, an der mehrere Minister teilnahmen, wurde von dem Ministerkomitee folgende Entschließung angenommen:



*In dem Wunsche, dem Europarat eine klarer umrissene Aufgabe bei der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der europäischen Länder zu geben,*

*bei erneuter Versicherung, daß die Aufgabe des Europarats vor allem darin besteht, den allgemeinen Rahmen der europäischen Politik darzustellen;*

*ist das Ministerkomitee der Meinung, daß es zu diesem Zweck notwendig ist, die Versammlung in den Stand zu setzen, ihre beratende Funktion wirk-samer auszuüben;*

*beschließt es:*

1. den Stellvertretern der Minister die Rede des Präsidenten des Komitees sowie die Äußerungen der anderen Mitglieder des Komitees während der Sitzung vom 19. Dezember zuzuweisen, um daraus geeignete Schlußfolgerungen für die Vervollkommnung der Arbeitsweise des Ministerkomitees und die Herstellung enger Beziehungen des Komitees mit der Beratenden Versammlung zu ziehen;

2. die Mitgliedsregierungen einzuladen, ihre Anregungen für die Zusammenstellung von Fragen ein-zureichen, die zweckdienlicherweise der Beraten-den Versammlung zur Stellungnahme unterbreitet werden könnten;

3. die Stellvertreter aufzufordern, bei der ihnen übertragenen Untersuchung die Sonderbotschaft des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung bezüglich eines Aktionsprogramms (Dok. 238) zu berücksichtigen, um auf der Ebene der Zusammen-arbeit zwischen den Regierungen der Mitglied-staaten die Stellung des Europarats bezüglich der anderen europäischen Organisationen zu bestimmen.

#### **Zukünftige Arbeit des Allgemeinen Ausschusses**

Der Ausschuß hat seine nächste Tagung, die in Paris stattfinden soll, vorläufig auf Mitte März 1955 festgesetzt. Auf ihrer Tagesordnung wird die Dis-kussion über einen Bericht stehen, der von Herrn Bettiol (Italiener) vorgelegt werden soll und sich mit den Beziehungen zwischen der Beratenden Versamm-lung und den regionalen europäischen Versammlun-gen (Balkan, Benelux, Skandinavien) befassen wird. Die Prüfung und Beratung der beiden Berichte von Herrn Mommer (Deutscher) werden ebenfalls auf der Tagesordnung stehen; der erste dieser Berichte ent-hält eine Antwort auf die Sonderbotschaft des Ministerkomitees (Dok. 238 — Vorschläge für ein Aktionsprogramm), der zweite hat die Wahl der Abgeordneten bei der Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht zum Thema. Der Ausschuß kann außerdem Herrn Fens (Holländer) um einen neuen Bericht über die Fortschritte der europäischen Verteidigung er-suchen. Andererseits ist es möglich, daß der Ständige Ausschuß, der am 5. Februar in Paris zusammentreten soll, den Ausschuß bittet, einen Bericht über die Poli-tik, des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage auszuarbeiten.

### **III. WIRTSCHAFTSFRAGEN**

#### **Debatte in der Beratenden Versammlung**

##### *Bericht der Versammlung der EGKS*

Am Nachmittag des 10. Dezember nahm die Ver-sammlung unter Vorsitz von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) die Diskussion über den Bericht der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Ge-meinschaft für Kohle und Stahl auf. Herr A. Pöher (Franzose), der Berichterstatter der Gemeinsamen Ver-sammlung, erklärte, daß in Zukunft die Berichte der Gemeinsamen Versammlung schneller vorgelegt wer-den sollten und daß der nächste Berichterstatter in der Person von Herrn Motz (Belgien) schon ernannt sei. Der vorliegende Bericht erstreckte sich nur auf die Zeit vor Juli 1954. Seit diesem Zeitpunkt seien drei wichtige Ereignisse eingetreten: der Tod von Herrn De Gasperi, die Ablehnung der EVG durch das fran-zösische Parlament und die Ankündigung des Rück-tritts von Herrn Monnet als Präsident und Mitglied der Hohen Behörde. Man müsse außerdem die Wahl von Herrn Pella zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung und die Abkommen über die Schaffung der Westeuropäischen Union unter Beteiligung Groß-britanniens erwähnen.

Der Bericht umfasse drei Teile, die jeweils die Aktionsmittel, den juristischen Status und die Tätig-keit der Versammlung sowie ihre Beziehungen mit dem Europarat beträfen. Zu dem ersten Punkt machte der Redner darauf aufmerksam, daß die Versammlung eine demokratische Institution sei, die eine wirksame parlamentarische Kontrolle ausübe. Es sei beschlossen worden, daß die Versammlung dreimal im Jahr tagen sollte; man habe ständige Ausschüsse geschaffen und ein wirksames System schriftlicher und mündlicher Fragen an die Hohe Behörde ausgebildet. Außerdem habe sich die Gemeinsame Versammlung bemüht, ihre Verantwortlichkeiten zu definieren und ihre Befug-nisse zu erweitern: diese Fragen seien das Thema von Berichten von Fräulein Klompé sowie Herrn Teitgen und Herrn Kreyssig. Auf diese Weise werde eine Kontrolle ausgeübt werden, ohne von Miß-trauensanträgen, die eine Zweidrittelmehrheit erforder-ten, Gebrauch zu machen. Die Hohe Behörde werde wahrscheinlich selbst dann nicht im Amt bleiben, wenn eine einfache Mehrheit sich gegen sie aus-spräche.

Der Redner kam dann auf technische Fragen zu sprechen und betonte, daß die Produktion und der Warenaustausch zufriedenstellende Fortschritte ge-macht hätten. Die Lage der Stahlindustrie sei günstig, aber die Lage des Kohlenbergbaus lasse zu wünschen übrig, besonders hinsichtlich des Beschäftigungs-standes und der Lagerbestände. Die Mitgliedsregierun-gen schienen Artikel 69 des Vertrags, der die Frei-zügigkeit der Arbeitskräfte vorsehe, allzu begrenzt aufzufassen. Er hoffe, daß die Abkommen über die Assoziation des Vereinigten Königreichs britischen Abgeordneten ermöglichen würden, mit in der Ge-meinsamen Versammlung zu tagen. Die Anregungen des Europarats bezüglich der Arbeitsweise der Ge-

meinschaft seien sorgfältig geprüft worden, insbesondere soweit sie die Exportpreise, die Politik niedriger Zölle, die soziale Sicherheit und die industrielle Forschung betrafen.

Die Beziehungen zwischen den beiden Versammlungen seien an einem Punkt angelangt, wo sie mit größerer Genauigkeit definiert werden könnten. Auf Grund der Tatsache, daß von der Gemeinsamen Versammlung jährlich ein Bericht übermittelt und durch einen Berichterstatter vorgelegt werde, seien sie sehr eng. Der Berichterstatter stehe den Ausschüssen, die Fragen an ihn zu richten wünschten, zur Verfügung.

Der Redner schloß mit der Erklärung, daß die Gemeinsame Versammlung sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt geworden sei und den Beweis erbracht habe, daß eine demokratische Kontrolle bei einer supranationalen Behörde angewendet werden könne. So sei die Versammlung auf dem Wege, ein neues parlamentarisches Recht zu schaffen.

Der Präsident dankte Herrn *Pohér* und stellte fest, es sei von besonderem Interesse, daß eine supranationale Versammlung ihre Vertreter zur Berichterstattung bei der Beratenden Versammlung entsende, die das Streben habe, „der Rahmen des organisierten Europas“ zu sein und zu bleiben.

Fräulein *Klompé* (Holländerin) als Berichterstatterin des Allgemeinen Ausschusses erklärte, daß die Mitglieder der beiden Versammlungen die EGKS als den Kern einer größeren europäischen Union betrachteten. Die Gemeinschaft stehe allen Staaten offen, die sich in irgendeiner Weise an ihrer Arbeit zu beteiligen wünschten; die zwischen den beiden Versammlungen hergestellten Beziehungen hätten vor allem zum Ziel, eine solche Beteiligung zu fördern. Die Beratende Versammlung müsse darum die Aufmerksamkeit auf jede von der Hohen Behörde ergriffene Maßnahme lenken, die die Gefahr mit sich bringe, andere Länder davon abzuschrecken, sich zu assoziieren oder Mitglied zu werden. Es müßten geeignete Maßnahmen vorgeschlagen werden, um einen solchen Beitritt zu erleichtern. Die Beratende Versammlung könne zu diesem Zweck die Maßnahmen der Gemeinschaft prüfen und die Möglichkeit untersuchen, gewisse von den „Sechs“ geschlossene Abkommen auf die anderen Mitglieder des Europarats auszudehnen und dem Ministerkomitee konkrete Vorschläge in diesem Sinn machen. Der von dem Allgemeinen Ausschuss vorgelegte Entschließungsentwurf beziehe sich nur auf das Verfahren, denn der Bericht von Herrn *Pohér*, der von den zuständigen Ausschüssen der Beratenden Versammlung gründlich studiert zu werden verdiene, sei erst vor zu kurzer Zeit eingereicht worden. Sie hoffe, daß die Gemeinsame Versammlung nicht den Eindruck bekommen werde, daß die Entschließung eine negative Einstellung zum Ausdruck bringe.

Herr *Pünder* (Deutscher) bekräftigte, daß die Beratende Versammlung das Forum bleiben müsse, vor dem über alle großen europäischen Probleme diskutiert werden solle; sie müsse darum eine enge Verbindung mit den anderen europäischen Institutionen aufrechterhalten. Er erkenne sehr an, mit welcher Sorgfalt und Objektivität der Bericht von Herrn *Pohér*

abgefaßt sei. Er zeige, daß die EGKS eine europäische Tatsache und die Versammlung ein echtes Parlament mit wirklichen Kontrollbefugnissen geworden seien.

Obwohl im Hinblick auf die Größe der Bedürfnisse der Gemeinschaft der Betrag der amerikanischen Anleihe nicht sehr hoch sei, habe sie Bedeutung, denn die Initiative dazu sei von den Vereinigten Staaten gekommen. Das Abkommen mit Großbritannien beweise, daß die EGKS keine geschlossene Gemeinschaft ist, sondern für den Beitritt oder die Assoziation aller anderen europäischen Länder offensteht. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen mit Österreich und Schweden sich als ebenso fruchtbar erweisen möchten.

Herr *Federspiel* (Däne) brachte die Befriedigung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über das Exposé von Herrn *Pohér* zum Ausdruck und schloß sich dem schon von der Gemeinsamen Versammlung geäußerten Bedauern über den baldigen Rücktritt von Herrn *Monnet* an.

Herr *Chetwynd* (Engländer) beglückwünschte Herrn *Pohér* dazu, daß er es verstanden habe, sowohl allzu große Zuversicht als auch Mutlosigkeit zu vermeiden. Das Scheitern der EVG habe lediglich ein theoretisches System der politischen Vereinigung von der Bildfläche verschwinden lassen: die durch dieses Scheitern entstandene Lücke sei rasch durch die Abkommen von London und Paris ausgefüllt worden, und er halte es für möglich, daß bezüglich der EGKS das gleiche geschehen könne. Der Bericht zeige, daß die EGKS in zweierlei Hinsicht auf dem Wege zur Schaffung einer echten Wirtschaftsgemeinschaft fortschreite: nach innen fördere sie eine gesunde Konkurrenz und Produktionssteigerung, während die Entwicklung der parlamentarischen Befugnisse der Gemeinsamen Versammlung günstig aufgenommen werde, denn sie stärke die demokratischen Institutionen auf der Welt. Was die Nichtmitgliedstaaten betreffe, so scheine die Gemeinschaft geeignet, dort eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Er bedauere, daß die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sich so lange hingezogen hätten, sei aber der Ansicht, ein weniger ausgesprochener supranationaler Charakter werde es Großbritannien ermöglichen, sich um so enger zu assoziieren. Der Abschluß gewisser Abkommen auf dem Gebiet von Kohle und Stahl, zumindest was die Forschung betrifft, zwischen der EGKS und seinem Land erscheine ihm als wünschenswert, und es müßte eine enge Verbindung zwischen dem britischen Parlament und der Gemeinsamen Versammlung hergestellt werden: britische Parlamentarier sollten an den Beratungen der Gemeinsamen Versammlung über Fragen von gemeinsamem Interesse, die im Abkommen vorgesehen sind, stimmberechtigt teilnehmen können. Die Beziehungen zwischen der EGKS und dem Europarat seien zufriedenstellend: sie bewiesen, daß der Eden-Plan weitgehend zur Anwendung gekommen sei, und es bestehe keine Ursache, einen Antagonismus zwischen dem Europa der „Sechs“ und dem Europa der „Fünfzehn“ zu befürchten. Die EGKS und die WEU müßten auf ihrem eigentlichen Gebiet tätig sein und ihre Verantwortlichkeit erweitern, aber der Europarat müsse ihr Berater und Führer sein.



Herr *Brooman-White* (Engländer) erklärte, daß die Assoziation Großbritanniens mit der EGKS eher ein politischer Akt als eine Maßnahme aus Gründen der wirtschaftlichen Notwendigkeit sei; er glaube, daß diese Verbindungen fruchtbar sein werden. Den Worten des Dankes und der Hochachtung für Herrn *Monnet* schließe er sich an.

Herr *Smithers* (Engländer) bemerkte, die Tatsache, daß das Vereinigte Königreich sich bemüht habe, mit der EGKS ein Abkommen abzuschließen, sei der Beweis dafür, welche Wichtigkeit es der Arbeit der Gemeinschaft beilege, deren Bedeutung durch das Scheitern der EVG keineswegs herabgemindert werde. Daß die Gemeinschaft nur für zwei Sektoren der Wirtschaft zuständig sei, bringe Schwierigkeiten hinsichtlich der Integration mit sich, aber er wünsche, daß dieser Stand der Dinge nicht zum Vorwand für eine Verzögerung der Integration genommen werde.

Lord *Layton* (Engländer) bedauerte den Rücktritt von Herrn *Monnet*, den er persönlich schätzen gelernt habe und für einen der größten internationalen Beamten unserer Zeit halte.

Der Bericht sei von besonderem Interesse, denn er erweise die mit der Gewohnheit fortschreitende Stärkung der Vollmachten der Gemeinsamen Versammlung. Ebenso wie in der Geschichte der Vereinigten Staaten entwickle sich durch gegenseitiges Einverständnis eine neue Verfassung: die Beratende Versammlung solle daraus eine Lehre ziehen und sich nicht zu sehr an den geschriebenen Wortlaut gebunden fühlen.

Es sei sehr wichtig, daß das Abkommen mit Großbritannien Verbindungen auf parlamentarischer Ebene vorsehe. Aber selbst wenn es sie nicht ausdrücklich vorsehe, so erlaubten die gemeinsamen Sitzungen der beiden Versammlungen schon eine fruchtbare Zusammenarbeit, die zu der Abfassung von Empfehlungen oder gemeinsamen Stellungnahmen führen werde. Die Befugnisse der EGKS dürften eine engere Assoziation nicht verhindern.

Anschließend nahm die Versammlung durch Handaufheben folgende Entschließung an:

#### Entschließung 65

1) *Die Versammlung hat mit großem Interesse von dem Bericht Kenntnis genommen, der ihr durch die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Anwendung von Artikel 2 des Zusatzprotokolls zu dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft übermittelt wurde. Sie ist der Ansicht, daß diese Übermittlung einen neuen Schritt zur Herstellung möglichst enger Verbindungen zwischen den beiden Versammlungen darstellt und daß sie ermöglichen wird, ihre beiderseitige Tätigkeit aufeinander abzustimmen.*

2) *Die Versammlung weiß besonders das Ausmaß der in dem Bericht enthaltenen Informationen und die darin gegebene klare Analyse der Entwicklung der verschiedenen Institutionen der Gemeinschaft zu schätzen. Sie unterstreicht die Bedeutung dieses*

*Dokuments als Mittel zur besseren Kenntnis der Tätigkeit der Gemeinschaft und besonders der Rolle der Gemeinsamen Versammlung innerhalb der Gemeinschaft.*

3) *Die Versammlung hat den Wunsch, bei ihren nächsten Sitzungen ein gründliches Studium der weiteren Berichte der Gemeinsamen Versammlung vornehmen zu können, um dieser ihre ins einzelne gehenden Bemerkungen zu den verschiedenen in den Berichten angeschnittenen Fragen zu übermitteln. Sie bedauert, im Falle des vorliegenden Berichts kein derartiges Studium noch vor Abschluß ihrer sechsten ordentlichen Sitzungsperiode durchführen zu können. Sie ersucht jedoch ihre Ausschüsse, die damit beauftragt sind, die Tätigkeit der Gemeinschaft zu verfolgen, die Prüfung des vorliegenden Berichts fortzusetzen und vor allem die in ihm enthaltenen Informationen bei ihrer Prüfung des dritten Jahresberichts der Hohen Behörde zu berücksichtigen.*

*In dem Wunsch, bei ihren nächsten Sitzungen die Jahresberichte der Gemeinsamen Versammlung und der Hohen Behörde im Zusammenhang studieren zu können, ersucht die Versammlung ihr Präsidium, sich mit dem Präsidium der Gemeinsamen Versammlung in Verbindung zu setzen, um den annähernden Termin der Übermittlung des Jahresberichts der Gemeinsamen Versammlung in beiderseitigem Einverständnis möglichst genau festzulegen und dabei den Terminkalender der Arbeit beider Versammlungen zu berücksichtigen.*

#### Ministerkomitee

##### Gemeinsame Tagung des Ministerkomitees und der Hohen Behörde der EGKS

Während seiner Sitzung am 19. Dezember hat das Ministerkomitee beschlossen, den Mitgliedern der Hohen Behörde vorzuschlagen, am 15. Januar mit ihnen zusammen eine gemeinsame Tagung in Paris abzuhalten.

#### Straßburger Plan

Das Ministerkomitee hat das Studium des Straßburger Plans und besonders die am 29. Mai 1954 von der Beratenden Versammlung angenommene Empfehlung 61 über den Sonderbericht der OEEC zum Straßburger Plan wieder aufgenommen und folgende Entschließung gebilligt:

*Das Ministerkomitee billigt den in Absatz (a) der Empfehlung 61 der Beratenden Versammlung niedergelegten Grundsatz, nach dem „das letzte Ziel der europäischen Integrationspolitik die Zusammenarbeit der Mutterländer, der Überseegebiete, mit denen sie konstitutionelle Bindungen haben, und der anderen Mitgliedstaaten des Europarats ist, um eine gemeinsame Prosperität zu erreichen“.*

*Das Ministerkomitee beläßt die Empfehlung 61 der Beratenden Versammlung bezüglich des Straßburger Plans auf seiner Tagesordnung und beauftragt die Stellvertreter, die Prüfung dieser Empfeh-*

lung dahingehend fortzusetzen, die Tagung des Gemischten Ausschusses vorzubereiten, die schon geplant ist und vor der nächsten Sitzungsperiode der Versammlung stattfinden soll.

Das Ministerkomitee betont, daß es einer gründlichen Diskussion mit den Mitgliedern der Versammlung im Gemischten Ausschuß und der Fortsetzung der Prüfung dieser Probleme durch die Mitgliedsregierungen große Bedeutung beimißt.

#### Ausschuß für Wirtschaftsfragen

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen hat am Freitag, dem 10. Dezember 1954, unter Vorsitz von Herrn *Per Federspiel* (Däne) getagt.

Nach Studium des von Herrn *Motz* (Belgier) vorgelegten Berichts über die Verwertung der unausgenutzten wirtschaftlichen Möglichkeiten in Afrika mit Hilfe einer gemeinsamen Anstrengung der Mitgliedstaaten des Europarats (AS/EC (6) 16 revidiert und Anhang), beschloß der Ausschuß, seinen Sitzungsbericht dem Ministerkomitee zu übermitteln, damit er zu dem Material über den Straßburger Plan hinzugefügt werde, dessen Prüfung auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemischten Ausschusses steht. Der Ausschuß wird auch noch den von Herrn *Bottomley* (Engländer) eingereichten Vorschlag einer Empfehlung (Dok. 326) hinzufügen (siehe unten).

Die Arbeitsgruppe zum Studium der wirtschaftlichen Entwicklung der südeuropäischen Länder hat getagt, um ihren Arbeitsplan festzulegen, den sie in der Zeit zwischen den Sitzungsperioden in Angriff nehmen wird.

#### Eurafrikanische Wirtschaftskonferenzen

Die Versammlung hat den von Herrn *Bottomley* vorgelegten Vorschlag einer Empfehlung (Dok. 326) an ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen verwiesen:

In der Überzeugung, daß der wirtschaftliche Fortschritt Afrikas und Europas eine Aufgabe von größter Dringlichkeit darstellt, die nur bei engster Zusammenarbeit der beiden Kontinente gelöst werden kann;

nach Kenntnisnahme von verschiedenen Vorschlägen auf diesem Gebiet, die an anderer Stelle gemacht wurden;

unter Betonung der Notwendigkeit, daß alle Maßnahmen, die ergriffen werden, den Wünschen der Bevölkerung der am unmittelbarsten interessierten Länder entsprechen sollten,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee,

unter der Schirmherrschaft des Europarats eine Reihe von Konferenzen nach Straßburg einzuberufen, in deren Verlauf die gewählten Vertreter der afrikanischen Völker und die Vertreter der Mitgliedstaaten gemeinsam die geeignetsten Maßnahmen zur Förderung der kooperativen Entwicklung ihrer Länder ermitteln sollen.

## IV. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

### Internationale Klassifizierung der Patente

Am 19. Dezember unterzeichneten in Paris die Vertreter der Mitgliedsregierungen des Europarats eine europäische Konvention über die internationale Klassifizierung der Erfinderpateente. Die Konvention, deren vollständiger Text in einer Beilage zu dieser Nummer der „Mitteilungen des Europarats“ veröffentlicht wird, wird einen Monat nach der Hinterlegung von vier Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Eine Aufstellung der Klassifizierung von patentierbaren Erfindungen ist der Konvention als Anhang beigelegt. Diese Aufstellung umfaßt eine Reihe von Hauptabschnitten (A—H), wie z. B. „Menschlicher Bedarf“, „Textilien und Papier“, „Elektrizität“, die in sich selbst in Unterabschnitte, Klassen und Gruppen unterteilt sind.

### Europäischer Personenstand

Während ihrer Tagung vom 14. bis zum 17. Dezember haben die Stellvertreter der Minister folgende Entschliebung angenommen:

Im Hinblick auf § 94 seiner Sonderbotschaft an die Beratende Versammlung,

im Hinblick auf § 35 der Stellungnahme Nr. 12 der Versammlung,

in der Erwägung, daß es von Vorteil wäre, den direkten Austausch von Auskünften bezüglich des Personenstands unter den zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten zu erleichtern,

beschließt das Ministerkomitee,

die Mitgliedsregierungen, die der Internationalen Personenstandskommission noch nicht angehören, aufzufordern, ihr beizutreten,

beauftragt es den Generalsekretär, die vorliegende Entschliebung den Mitgliedsregierungen zu übermitteln und sie aufzufordern, den Europarat über die Schritte, die sie sich bezüglich dieser Entschliebung werden vorbehalten können, zu unterrichten,

ermächtigt es den Generalsekretär, zusammen mit dem Generalsekretär der Kommission zu prüfen, welche Formen der Zusammenarbeit am zweckdienlichsten in Zukunft zwischen den beiden Organisationen herzustellen wären.

### Auslieferung

Die Stellvertreter der Minister haben die Empfehlung 66 vom 23. September 1954 geprüft, in der die Versammlung einen Text vorlegte, der in eine europäische Konvention über Auslieferung aufgenommen werden könnte, und in der sie die Einberufung von gemeinsamen Tagungen von Mitgliedern des Rechtsausschusses und des Ausschusses der Regierungssachverständigen wünschte, falls diese es für notwendig halten würden, an dem Text wichtige und grundlegende Abänderungen vorzunehmen (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 10, S. 29



u. 30). Darauf haben die Stellvertreter der Minister folgende Entschließung angenommen:

*Im Hinblick auf seine Entschließung (53) 4 bezüglich der Einberufung des Sachverständigenausschusses auf dem Gebiet der Auslieferung;*

*im Hinblick auf den Bericht des Ausschusses vom 10. Oktober 1953 (Dok. CM (53) 129);*

*im Hinblick auf die Empfehlung 66 (1954) der Beratenden Versammlung über den Abschluß einer Europäischen Konvention über Auslieferung;*

*unter Berücksichtigung der Tatsache, daß einige Mitgliedstaaten des Rates die Ausarbeitung einer Konvention auf bilateraler Grundlage vorziehen, während andere Mitgliedstaaten es in Betracht ziehen, untereinander eine multilaterale Konvention über Auslieferung abzuschließen,*

1. beauftragt das Ministerkomitee den Generalsekretär, den Sachverständigenausschuß für die Frage der Auslieferung erneut einzuberufen, der die Aufgabe hätte, die Entschließung 66 (1954) der Versammlung zu prüfen mit dem Ziel:

- a) einen Entwurf einer Konvention auf bilateraler Grundlage zum etwaigen Gebrauch durch die Mitgliedstaaten auszuarbeiten, die nicht untereinander durch eine multilaterale Konvention über Auslieferung gebunden wären, und
- b) einen Entwurf einer multilateralen Konvention über Auslieferung auszuarbeiten, wobei vorausgesetzt wäre, daß eine solche Konvention die Möglichkeit vorsehen müßte, daß Mitgliedstaaten, die sie nicht unterzeichnen, ihr später beitreten könnten, falls sie es wünschen;

2. befürwortet es einen Meinungs austausch über die Schlußfolgerungen des Ausschusses der Sachverständigen für die Frage der Auslieferung zwischen Mitgliedern dieses Ausschusses und dem zuständigen Unterausschuß des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen der Versammlung.

#### Menschenrechtskommission

Das Ministerkomitee hat aus einer Liste von drei Kandidaten, die durch die dänischen Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung vorgelegt und dem Präsidium übermittelt wurde, für den durch den Tod von Frau Ingeborg Hansen (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 9) freigewordenen Sitz Herrn Professor Max Sörensen gewählt.

Professor Sörensen wurde 1913 geboren. Er studierte an der Universität Kopenhagen, wo er 1938 Doktor der Rechte wurde. Nach Abschluß seines Studiums wurde er ins dänische Außenministerium berufen. Er bekleidete Posten bei den dänischen Vertretungen in Bern und London. 1936 wurde er zum stellvertretenden Leiter der juristischen Abteilung des Ministeriums ernannt. Im folgenden Jahr wurde er zum Professor der Rechte an der Universität Aarhus berufen. Anschließend war er Vertreter seines Landes bei verschiedenen juristischen Kommissionen der Vereinten Nationen und des Europarats.

#### Ausschuß für Rechtsfragen

Der Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen der Beratenden Versammlung hat unter Vorsitz von Herrn Rolin (Belgier) am 10. Dezember 1954 getagt. Er beschloß, das von Herrn de Freitas (Engländer) eingereichte Dokument über die notwendigen Etappen der Entwicklung enger Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Versammlung und den Mitgliedern des kanadischen Parlaments sowie des Kongresses der Vereinigten Staaten dem Präsidium zu übermitteln und darum zu ersuchen, diese Frage an den Allgemeinen Ausschuß zu verweisen, der einen Bericht über den Inhalt des Vorschlags vorlegen könnte.

Was das Aktionsprogramm betrifft, (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 6 — VI und Nr. 10) hörte der Ausschuß eine Erklärung von Herrn Matteucci, dem Generalsekretär des Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom, über die Zweckmäßigkeit der Harmonisierung und Vereinheitlichung der Gesetze der verschiedenen Staaten auf gewissen genau bestimmten Gebieten. Der Ausschuß beschloß, drei Unterausschüsse zu ernennen, die die Möglichkeit studieren sollen, einheitliche Gesetzentwürfe über drei bestimmte Punkte abzufassen: Pflichtversicherung der Automobile, Verantwortlichkeit der Hotelbesitzer im Falle des Verlusts von Eigentum ihrer Gäste oder der Beschädigung solchen Eigentums, Schiedsgerichtsverfahren in Fragen privatrechtlicher internationaler Beziehungen.

Der Ausschuß hörte in erster Lesung den von Herrn Rolin ausgearbeiteten Entwurf eines Berichtes mit einer Stellungnahme über den Konventionsentwurf für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, der der Versammlung durch das Ministerkomitee unterbreitet worden war. Der Bericht berücksichtigte gewisse Abänderungen der Konvention, die von dem schwedischen Ausschußmitglied vorgeschlagen worden waren. Eine ins einzelne gehende Prüfung wird durch den Ausschuß bei seiner nächsten Sitzung im kommenden April in Rom und durch die Versammlung im Mai vorgenommen werden.

Der Ausschuß prüfte den von Herrn Wahl (Deutscher) vorgelegten vorläufigen Bericht über die Staatenlosigkeit und mehrfache Staatsangehörigkeit. In der Frage der Staatenlosigkeit war das Sekretariat beauftragt worden, die Arbeit der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet aufmerksam zu verfolgen. In der Frage der mehrfachen Staatsangehörigkeit war das Sekretariat mit vorläufigen Untersuchungen beauftragt worden, die dann dem Ausschuß gestatten würden, hinsichtlich der in dieser Frage zu ergreifenden Maßnahmen einen Beschluß zu fassen.

#### Grenzformalitäten

Der Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende hat unter Vorsitz von Herrn Pinton (Franzose) am 10. Dezember getagt. Er hörte einen Bericht von Herrn Pinton über die Bildung eines gemischten Ausschusses aus Mitgliedern der französischen Nationalversammlung und des Rates der Repu-

blik, dessen Aufgabe es sein wird, alle Anregungen hinsichtlich der Vereinfachung der Formalitäten zu prüfen. Zu der Frage der Sichtvermerke nahm der Unterausschuß von der Abschaffung der Einreisesichtvermerke in fast allen Mitgliedstaaten Kenntnis und beschloß, seine Mitglieder, die es angeht, aufzufordern, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß die Sichtvermerke, soweit sie noch verlangt werden, ebenfalls abgeschafft werden.

## V. SOZIALE FRAGEN

### Regionale Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation

Zu der Frage der Vertretung des Europarats bei der regionalen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die Ende Januar stattfinden soll, haben die Stellvertreter der Minister folgende EntschlieÙung angenommen, die ebenfalls das Konsultationsverfahren zwischen den Delegationen der Mitgliedstaaten betrifft:

*Nach Kenntnisnahme von dem vom 7. Dezember 1954 datierten Brief, in dem der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes den Europarat einlud, sich bei der regionalen europäischen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation vertreten zu lassen, die vom 24. Januar bis zum 5. Februar 1955 stattfinden soll;*

*im Hinblick auf Paragraph 56 der Sonderbotschaft des Ministerkomitees (Dok. 238) und die am 11. September 1954 von dem Ministerkomitee angenommene EntschlieÙung (54) 16 über die Einführung eines Konsultationsverfahrens zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen;*

*unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die genannte Konferenz für den Europarat ganz besondere Bedeutung hat, weil sie die erste durch die Internationale Arbeitsorganisation in Europa einberufene regionale Konferenz ist, und weil es besonders wünschenswert erscheint, daß die Mitgliedstaaten des Rates die Stellung, die sie einzunehmen gedenken, koordinieren;*

*beschließt das Ministerkomitee,*

*den Generalsekretär zu beauftragen, den Europarat bei der ersten europäischen regionalen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation zu vertreten und die Konferenz von dem großen Interesse in Kenntnis zu setzen, das das Ministerkomitee ihrer Arbeit sowie der Aufrechterhaltung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der ILO und der Koordination ihrer Tätigkeit auf sozialem Gebiet beimiÙt;*

*fordert es die Regierungen auf,*

*bei dieser Gelegenheit im Bedarfsfalle von dem in der EntschlieÙung (54) 16 vorgesehenen Konsultationsverfahren Gebrauch zu machen und ihre Vertreter bei der Konferenz mit den zu diesem Zweck erforderlichen Weisungen zu versehen.*

### Ausschuß für soziale Fragen

Der Ausschuß für soziale Fragen hat am 10. Dezember unter Vorsitz von Herrn Heyman (Belgier) getagt. Er beschloß, seine Arbeit an dem Entwurf einer Sozialcharta während einer späteren Tagung fortzusetzen, die er im März 1955 abzuhalten gedenkt, um dann von dem Material Gebrauch machen zu können, das der Sozialausschuß der Regierungssachverständigen bis zu diesem Zeitpunkt zu sammeln beabsichtigt.

## VI. KULTURELLE FRAGEN

### Europäische Kulturkonvention

Am 19. Dezember 1954 haben die Außenminister im Namen ihrer Regierungen eine europäische Kulturkonvention unterzeichnet, deren Ziel es ist, „bei den Angehörigen aller Mitgliedstaaten des Europarats... das Studium der Sprachen, der Geschichte und der Zivilisation der anderen Vertragspartner sowie ihrer gemeinsamen Zivilisation zu fördern“. Der Text dieser Konvention wurde von der Versammlung im vergangenen September gebilligt (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrgang, Nr. 10).

Die Konvention umfaßt 11 Artikel. Der Artikel I sieht vor, daß jeder Vertragspartner geeignete Maßnahmen ergreift, um seinen Anteil an dem gemeinsamen kulturellen Erbe Europas zu schützen und dessen Entwicklung zu unterstützen. Gemäß Artikel II soll jeder Vertragspartner bei seinen Staatsangehörigen das Studium der Sprachen, der Geschichte und der Zivilisation der anderen Partner fördern und diesen auf seinem Staatsgebiet Erleichterungen zur Durchführung solcher Studien bieten. Ebenso soll er sich bemühen, das Studium seiner Sprache, seiner Geschichte und seiner Zivilisation auf dem Staatsgebiet der anderen Vertragspartner zu entwickeln.

Alle Vertragspartner sollen einander im Rahmen des Europarats konsultieren, um ihre Maßnahmen zur Förderung kultureller Betätigungen von europäischem Interesse aufeinander abzustimmen. Wenn zwei oder mehrere Vertragspartner den Wunsch haben, am Sitz des Europarats zusätzliche Tagungen zu organisieren, so soll der Generalsekretär des Rates ihnen jede erforderliche Verwaltungshilfe gewähren. Alle Signatarstaaten sollen die freie Beweglichkeit und den Austausch von Personen sowie von Gegenständen von kulturellem Wert erleichtern. Sie sollen alles, was sich in dem Bereich ihrer Kontrolle befindet, als integrierenden Bestandteil des gemeinsamen kulturellen Erbes von Europa ansehen.

Die Vorschläge bezüglich der Anwendung und Auslegung der Bestimmungen der Konvention werden bei den Tagungen des Ausschusses der Kultursachverständigen geprüft werden, die in dieser Hinsicht Beschlüsse über Fragen aus ihrem Zuständigkeitsgebiet fassen oder dem Ministerkomitee Empfehlungen unterbreiten sollen. Jeder Vertragspartner soll den Generalsekretär des Europarats von allen Maßnahmen in Kenntnis setzen, die er, in Anwendung der Bestimmungen der Konvention, auf Grund der Beschlüsse der Minister oder der Sachverständigen hat ergreifen



können. Die Konvention tritt nach der Hinterlegung der 3. Ratifikationsurkunde in Kraft und kann von jedem Vertragspartner nach Ablauf von fünf Jahren vom Datum ihres Inkrafttretens an gekündigt werden. Das Ministerkomitee kann auf einstimmigen Beschluß jeden europäischen Staat, der dem Europarat nicht angehört, zum Beitritt zu dieser Konvention einladen.

(Der vollständige Text dieser Konvention befindet sich in der Beilage zu der vorliegenden Nummer der „Mitteilungen des Europarats“.)

#### Ausschuß für kulturelle Fragen

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für kulturelle und wissenschaftliche Fragen hat am 10. Dezember unter Vorsitz von Herrn Smitt-Ingebretsen (Norweger) getagt. Er beschloß einstimmig, das Präsidium zu ersuchen, das Studium geeigneter Mittel zur Bildung eines europäischen Filmpools von der Tagesordnung abzusetzen. Er billigte die Schlußfolgerungen des Berichtes der ad hoc-Tagung von Mitgliedern des Ausschusses und einigen Kultursachverständigen, die am 21. Oktober stattgefunden hatte (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 11 — VII), und bekräftigte seine Absicht, mit den Sachverständigen eng zusammenzuarbeiten.

Der Ausschuß nahm die Vorschläge der Arbeitsgruppe bezüglich neuer Finanzierungsmethoden des Kulturprogramms des Europarats an. Er beschloß, den Generalsekretär mit den erforderlichen vorbereitenden Arbeiten zu beauftragen, die dem Ausschuß bei seiner nächsten Sitzung erlauben würden, endgültige Empfehlungen in dieser Frage zu formulieren. Der Ausschuß beauftragte ebenfalls den Generalsekretär, eine vergleichende Studie der zwischen den Mitgliedstaaten schon abgeschlossenen bilateralen Kulturabkommen vorzunehmen.

Herr Hollis (Engländer) wurde beauftragt, dem Ausschuß bei seiner nächsten Sitzung den Entwurf einer Stellungnahme zu den Bewerbungen um beratenden Status vorzulegen.

Der Ausschuß übermittelte seinem Unterausschuß für Information und Propaganda den von Frau von Finckenstein (Deutsche) eingereichten Vorschlag einer Empfehlung, die darauf abzielt, ein europäisches Informations- und Erziehungszentrum unter der Schirmherrschaft des Europarates zu gründen. Nach vorläufiger Prüfung dieser Frage beschloß der Unterausschuß, daß er nicht befugt sei, darüber einen Beschluß zu fassen, und beauftragte den Berichterstatter, Herrn Hollis, dem Ausschuß Vorschläge für das Studium dieser Frage zu machen.

### VII. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

#### Bericht des Sonderbeauftragten

Herr Pierre Schneider, der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa, beendete im Dezember seine Besuche in den interessierten Mitgliedstaaten. Seinem Auftrag entsprechend unterbreitete er den Ministern einen Bericht, in dem die Lage der Flücht-

linge und der überschüssigen Bevölkerung in Europa zusammenfassend dargestellt wird und gewisse praktische Vorschläge gemacht werden.

Nachdem die Außenminister von diesem Bericht Kenntnis genommen und eine Erklärung des Sonderbeauftragten gehört hatten, nahmen sie im Laufe ihrer Sitzung vom 19. Dezember folgende Entschliebung an:

*Nach Prüfung des von Herrn Pierre Schneider, dem Sonderbeauftragten des Europarates für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa, vorgelegten endgültigen Berichts;*

*mit Glückwünschen für Herrn Pierre Schneider zu seinem bedeutenden Beitrag zur Lösung des Problems und mit Dank für seine unermüdliche Tätigkeit zu Gunsten der nationalen Flüchtlinge und der überschüssigen Bevölkerung;*

*unter Bekräftigung der in der Entschliebung (51) 57 ausgedrückten Stellungnahme, nämlich, daß das Vorhandensein des Problems der Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse „als Hindernis für die Verwirklichung der in Art. 1 des Statuts des Europarates angeführten Ziele angesehen werden kann“ und unter Wiederholung der für die Mitglieder der europäischen Gemeinschaft bestehenden Notwendigkeit, „hinsichtlich dieser dringenden Fragen eine gemeinsame Haltung anzunehmen“, da sie wesentliche Elemente der europäischen Sicherheit und seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität darstellen;*

*in dem Entschluß, auch weiterhin geeignete Mittel zur Unterstützung der europäischen Länder zu suchen, die von dem Problem der nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse betroffen sind;*

*beschließt das Ministerkomitee:*

- a) den Geist zu billigen, der die Richtlinien des von Herrn Schneider vorgelegten Berichtes inspiriert hat;
- b) die ihm durch die Entschliebung (53) 35 anvertraute Mission um ein Jahr zu verlängern und ihn zu ersuchen, auf der Grundlage seines Berichtes ins einzelne gehende Vorschläge zu unterbreiten und dabei immer ganz besonders die Bildung des in diesem Dokument erwähnten Fonds zu berücksichtigen;
- c) ein aus hohen Beamten der Mitgliedstaaten, die Spezialisten für das Problem der Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse sind, gebildetes Komitee zu schaffen, das Herrn Schneider zu Konsultationszwecken zur Verfügung stehen soll und berechtigt wäre, ihm gegenüber seine Stellungnahme zu äußern;
- d) den Generalsekretär zu bevollmächtigen, den Bericht von Herrn Schneider der Beratenden Versammlung zu übermitteln.

#### Landwirtschaftliche Flüchtlinge

Am 9. und 10. Dezember hat der Gemischte Unterausschuß der Beratenden Versammlung für die Wiedereingliederung der landwirtschaftlichen Flüchtlinge und überschüssigen Bevölkerungselemente unter

Vorsitz von Herrn Peart (Engländer) getagt, um den Bericht über eine Reise durch Süditalien auszuarbeiten, die kürzlich von einer Arbeitsgruppe des Unterausschusses unternommen wurde.

#### Stipendien des Europarates

Am Freitag, dem 10. Dezember, hat der Präsident der Versammlung bekanntgegeben, daß das Präsidium, nachdem es den Ausschuß für kulturelle Fragen aufgefordert hatte, einen Kandidaten für die Vertretung der Versammlung in dem für die Zuteilung der Forschungsstipendien des Europarats zuständigen Komitee zu benennen, den von dem Ausschuß vorgeschlagenen Herrn Margue (Luxemburger) sowie Herrn Karasan (Türke) als Stellvertreter ernannt hat.

### VIII. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

#### Erklärung für die örtlichen Behörden

Dem von der Beratenden Versammlung in ihrer Antwort auf den Zusatzbericht zu dem Fünften Bericht des Ministerkomitees (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 10 — IX) geäußerten Wunsch entsprechend, haben die Stellvertreter der Minister eine Erklärung angenommen „über die Rolle, die die örtlichen Behörden und Gemeinden bei der Entwicklung eines europäischen Bewußtseins spielen können“, die dem Präsidenten der Versammlung übermittelt werden wird.

#### Sonderausschuß

##### für kommunale und regionale Angelegenheiten

Der Sonderausschuß der Beratenden Versammlung für kommunale und regionale Angelegenheiten hat unter Vorsitz von Herrn Chaban-Delmas (Franzose) am 10. Dezember getagt. Er nahm einen von Herrn Smithers (Engländer) vorgelegten Entschließungsentwurf an, dessen Ziel es ist, einen Plan für Austauschbesuche zwischen europäischen örtlichen Behörden zur Ausführung zu bringen. Es wurden zwei Arbeitsgruppen gebildet: die erste unter Vorsitz von Herrn Dickson (Schwede) ist beauftragt, die Modalitäten einer Anfrage bei den nationalen Vereinigungen der lokalen Behörden über das Ausmaß der kommunalen Selbstverwaltung in Europa und über die Einschränkungen, denen sie unterworfen ist, festzustellen; die zweite unter der Leitung von Herrn Altmaier (Deutscher) soll die Vorschriften ausarbeiten, die für die jährliche Erteilung eines Europa-Preises an diejenige Gemeinde, die für die Propagierung des Ideals der europäischen Einigung die bemerkenswertesten Anstrengungen gemacht hat, gelten sollen.

### IX. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Im Mai bzw. September 1954 hat die Beratende Versammlung auf Vorschlag ihres Sonderausschusses für die beim Europarat nicht vertretenen Nationen zwei Entschließungen angenommen (Nr. 47 und 59 — siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 6 — XII und Nr. 10 — XI), die ihre Solidarität mit den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang und ihr Bedauern über die Verfolgungen, denen sie zur Zeit ausgesetzt sind, zum Ausdruck bringen. Nachdem die Minister

diese Entschließungen im Laufe ihrer Sitzung vom 19. Dezember eingehend erwogen hatten, nahmen sie folgenden Text an:

*Nach Prüfung der Entschließung 47 der Versammlung bezüglich der Zukunft der unterdrückten europäischen Nationen sowie der Entschließung 59 über die Frage der religiösen Verfolgungen in Mittel- und Osteuropa*

*schließt das Ministerkomitee sich der Versammlung an mit dem erneuten Ausdruck seines Vertrauens in die Einheit des gesamten Europa*

*und bekundet seine Übereinstimmung mit dem Geist der Solidarität und der Brüderlichkeit, der die Mitglieder der Beratenden Versammlung erfüllt hat.*

### X. GESCHÄFTSORDNUNG

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Geschäftsordnung und Immunitäten hat unter Vorsitz von Herrn van Cauwelaert (Belgier) am 10. Dezember getagt.

Der Ausschuß bat Herrn Chaban-Delmas, den Präsidenten des Sonderausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten, die Diskussion über den Vorschlag zu eröffnen, der auf die Umwandlung dieses Ausschusses in einen allgemeinen (ständigen) Ausschuß der Versammlung abzielt. Im Anschluß daran billigte der Ausschuß für Geschäftsordnung den Vorschlag grundsätzlich und ernannte Herrn Erler (Deutscher) zum Berichterstatter für diese Frage.

Er bildete einen Unterausschuß von sieben Mitgliedern mit dem Auftrag, die Abänderungen an der inneren Geschäftsordnung der Versammlung zu prüfen, die durch die am 2. September 1954 erfolgte Annahme der Entschließung 62 erforderlich gemacht wurden. Diese Entschließung (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 4. Jahrg., Nr. 10, S. 21) sieht die Abschaffung von „Anträgen auf Aufnahme in die Tagesordnung“ zu Gunsten von „Vorschlägen für eine Entschließung, Empfehlung oder Direktive“ vor, ebenso die Aufstellung einer beschränkten Tagesordnung für jeden Teil der Sitzungsperiode mindestens sechs Wochen im voraus, und die offizielle Aufnahme des folgenden Punktes in die Tagesordnung der Ausschüsse: „Behandlung von Empfehlungen aus dem Zuständigkeitsgebiet des Ausschusses“.

### XI. ANDERE ORGANISATIONEN

#### EGKS

Die außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung wurde am 2. Dezember mit der Annahme einer von Herrn Teitgen (Franzose) vorgelegten Entschließung beendet, die sich mit den Rechten und der Zuständigkeit der Ausschüsse in ihren Beziehungen mit dem Beratenden Ausschuß und gewissen internationalen Organisationen sowie mit der Möglichkeit, regelmäßig Informationen über die Politik des Besonderen Ministerrats zu erhalten, befaßt.

Der letzte Absatz der Entschließung sieht die Bildung einer Arbeitsgruppe vor, die den Auftrag haben



soll, der Versammlung Bericht zu erstatten über die Möglichkeiten, die Kontrollbefugnisse der Versammlung gegenüber der Exekutive klarer zu definieren, die materiellen Befugnisse der Gemeinschaft sowie den gemeinsamen Markt zu erweitern und die Wahl der Mitglieder der Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht sicherzustellen.

Vorher hatte die Versammlung eine von Herrn *Sassen* (Holländer) und den Herren *Mollet* und *Delbos* (Franzosen) vorgelegte EntschlieÙung angenommen, in der die von Herrn *Monnet* geleistete Arbeit gewürdigt und darum gebeten wird, daß zwischen dem Präsidenten der Versammlung und den sechs Regierungen ein Meinungsaustausch über die Wahl des Nachfolgers von Herrn *Monnet* stattfände. Die Versammlung hatte außerdem einen Bericht von Fräulein *Klompé* (Holländerin) über die auswärtigen Beziehungen der Gemeinschaft entgegengenommen; in diesem Bericht wurde auf die günstige Entwicklung der Beziehungen zum Europarat aufmerksam gemacht.

Ebenfalls hatte die Versammlung eine Abänderung des Artikels 46 ihrer Geschäftsordnung gebilligt. Diese Abänderung betrifft die Beziehungen zu der Beratenden Versammlung und legt genau fest, daß der Berichterstatter, der zur Abfassung des Jahresberichts der Gemeinsamen Versammlung an die Beratende Versammlung bestimmt wird, jeweils am Anfang der ersten nach dem 30. Juni stattfindenden Sitzung ernannt werden soll. Der Jahresbericht wird dem Präsidenten der Beratenden Versammlung übermittelt werden, sobald er von dem Gremium der Präsidenten und der Gemeinsamen Versammlung gebilligt worden ist.

Die nächste Tagung der Gemeinsamen Versammlung wird am kommenden 23. Februar in Straßburg eröffnet werden.

#### Ministerrat

Der Besondere Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat am 7. und 8. Dezember in Luxemburg getagt, um den Entwurf des Assoziations-Vertrags zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich zu prüfen. Der Vertrag ist am 11. Dezember von Herrn *Duncan Sandys* und Herrn *Spiereburg* paraphiert worden. Die Unterzeichnung hat am 21. Dezember in London stattgefunden (siehe unten).

Während seiner Sitzung billigte der Besondere Ministerrat das Abkommen über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Dieses Abkommen wird in Kraft treten sobald seinen Bestimmungen gemäß alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ihre Arbeitsgesetzgebung geändert haben.

Der Rat hat die Mitglieder des neuen Beratenden Ausschusses bestimmt der sich am 15. Januar offiziell konstituieren wird. Endlich hat er eine EntschlieÙung über die Beziehungen mit dem GATT angenommen in der der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, daß das GATT die Entwicklung von supranationalen Gemeinschaften wie der EGKS berücksichtigen und anerkennen möchte, daß die daran beteiligten Länder das Recht haben, die Meistbegünstigungsklausel unberücksichtigt zu lassen.

Die nächste Sitzung des Besonderen Ministerrates wird im Januar stattfinden.

#### Hohe Behörde

Die Hohe Behörde der EGKS hat am 13. Dezember die Verteilung eines ersten Betrages von 60 Millionen Dollar aus der Anfang des Jahres von den Vereinigten Staaten erhaltenen Anleihe bekanntgegeben. Anfang 1955 wird die Hohe Behörde noch Anleihen aus dem restlichen zu verteilenden Betrag von 40 Millionen Dollar gewähren.

Am 18. Dezember hat in Luxemburg die Unterzeichnung der Abkommen zwischen der Hohen Behörde und den Bankinstituten stattgefunden, die die Aufgabe von Agenten der Hohen Behörde in den verschiedenen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft übernommen haben. Die Vereinbarungen zwischen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die als Drittinhaber für die gemeinsame Rechnung der Kreditgeber der Hohen Behörde handelt, und denselben Bankinstituten, die die Rolle von Agenten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in den einzelnen Ländern übernommen haben, sind am gleichen Tage unterzeichnet worden.

#### Gerichtshof

Der Gerichtshof der EGKS hat unter Vorsitz von Herrn *Massimo Pilotti* am 21. Dezember seine Urteile in dem Rechtsstreit zwischen der französischen und der italienischen Regierung einerseits und der Hohen Behörde andererseits in Sachen der Neuordnung der Veröffentlichung der Preislisten und Verkaufsbedingungen auf dem Gemeinsamen Markt verkündet.

Mit diesen Entscheidungen wird jede Abweichung zwischen den Verkaufspreisen und den veröffentlichten Preisen verhindert.

#### Assoziation mit dem Vereinigten Königreich

Am 21. Dezember haben Herr *Jean Monnet* und der britische Wohnungsbauminister, Herr *Duncan Sandys*, im Lancaster House in London im Namen der Hohen Behörde der EGKS und der britischen Regierung ein Abkommen über die Assoziation der beiden Vertragschließenden unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht die Bildung eines „Ständigen Assoziations-Rates“ vor; dieser wird aus vier Vertretern Großbritanniens und vier Vertretern der Hohen Behörde bestehen, deren Aufgabe es sein soll, die politischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Produktion und des Verkaufs von Kohle und Stahl zu koordinieren. Außerdem wird dieser Rat die Prüfung der Beschränkungen und der anderen Faktoren, die den gegenseitigen Austausch beeinträchtigen können, zur Aufgabe haben, und er soll Vorschläge hinsichtlich einer gemeinsamen Investierungspolitik machen.

Das Kommuniqué, in dem die Unterzeichnung des Abkommens bekanntgegeben wurde, stellt insbesondere fest: „Beide Vertragschließenden sind überzeugt, daß die neuen Abkommen in zunehmendem Maße die Erweiterung der Assoziation des Vereinigten Königreichs mit der Gemeinschaft ermöglichen werden. Diese Assoziation wird zu ihrem beiderseitigen Wohlstand

beitragen und den Fortschritt der europäischen Einigung begünstigen."

#### OEEC

Im Laufe des Dezember hat die OEEC die Veröffentlichung der Studienreihe über die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten und die damit zusammenhängenden Probleme fortgesetzt. Diese gleichzeitig mit der Ausarbeitung des 6. Jahresberichts der Organisation abgefaßten Studien sind jetzt vollständig und vermitteln einen Eindruck von der Lage in jedem Mitgliedstaat bis zum Herbst 1954.

#### Benelux

Das Ministerkomitee der Beneluxstaaten hat am Donnerstag, dem 9. Dezember, unter Vorsitz des belgischen Außenministers, Herrn Paul-Henri Spaak, in Brüssel getagt. Nach Beendigung der Tagung, die der Beratung über Wirtschaftsfragen gewidmet war, wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß zur Erleichterung enger Beziehungen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion eine Erhöhung der Löhne und der Preise in den Niederlanden erwogen werden könnte und daß der Warenaustausch zwischen den Beneluxstaaten jetzt seine „traditionelle Bedeutung“ wiedergewonnen habe. Das Komitee nahm eine Erklärung des Präsidenten des Lenkungsausschusses für Handelsfragen, Baron Snoy (Belgien) entgegen, die sich mit gewissen Fragen auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der OEEC befaßte. Daran schloß sich ein Meinungsaustausch über dieses Thema an. Das Komitee nahm von dem Bericht der Delegationen der Beneluxstaaten beim GATT Kenntnis. Es stellte dann eine Arbeitsgruppe von Sachverständigen zusammen, die Anweisungen für diese Delegationen entwerfen sollen, damit sie bei der zukünftigen Arbeit der Konferenz des GATT einen gemeinsamen Standpunkt vertreten können. Das Komitee beschloß außerdem, für Februar 1955 eine Sonderkonferenz einzuberufen, die die Möglichkeit untersuchen soll, die Agrarpolitik der drei Beneluxstaaten aufeinander abzustimmen.

#### Zwischenstaatlicher Ausschuß für Europäische Wanderung (ICEM)

Auf Grund des Inkrafttretens der Gründungsakte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung wurde dessen 8. Sitzung durch die 1. Sitzung des Rates des ICEM ersetzt. Der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr Pierre Schneller, gab bei dieser ersten Sitzung in großen Linien eine Darstellung seiner Tätigkeit.

Außerdem nahm der Rat einen Tätigkeitsplan für das Jahr 1955 an, in dem die Umsiedlung von 143 320 Personen vorgesehen ist. Ein für das Jahr 1956 entworfener Plan, von dem der Rat Kenntnis nahm, strebt die Umsiedlung von 174 350 Personen an. Ferner beschloß der Rat, für März 1955 eine Sonderkonferenz nach Buenos Aires einzuberufen. Aufgabe dieser Konferenz soll es sein, die Grundlagen einer Agrarkolonisation in Übersee zu schaffen und die Möglichkeiten ihrer Finanzierung zu untersuchen.

#### Tod von Herrn Gibson

Herr Hugh Gibson, der Direktor des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Europäische Wanderung, ist in Genf am 12. Dezember plötzlich verstorben. Er war 71 Jahre alt.

#### Konsultativ-Komitee des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen

Das Konsultativ-Komitee hat vom 6. bis zum 10. Dezember in Genf seine fünfte Sitzung abgehalten. Es befürwortete den Appell des Hohen Kommissars, eine Summe von 16 Millionen Dollar für die nächsten vier Jahre (1955—1958) aufzubringen. Von dieser Summe würden bestimmt sein: 4 Millionen Dollar für die Deckung der Kosten von Dringlichkeitshilfen und 12 Millionen Dollar für die Finanzierung von Dauerlösungen des Problems der Flüchtlinge, die unter internationalem Schutz stehen. Es ist nun Sache des Bewilligungs-Ausschusses der Vereinten Nationen für im Haushalt nicht vorgesehene Beträge, diese Summe bereitzustellen.

#### UNESCO

Am Schluß der 8. Hauptkonferenz der UNESCO wurde Dr. Arcot Mudaliar (Indien) zum Präsidenten des Exekutiv-Büros der Organisation gewählt. Dr. Veronese (Italien) und Professor Ellauri (Uruguay) wurden zu Vizepräsidenten gewählt.

#### ad hoc-Versammlung

Die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung hat am 6. und 7. Dezember in Baden-Baden getagt, um einen Bericht des Präsidenten des Ausschusses, Herrn von Brentano (Deutscher), über die von den Pariser Verträgen ausgehenden Möglichkeiten der europäischen Einigung entgegenzunehmen. Von den Berichterstatern der Unterausschüsse des Verfassungsausschusses wurden weitere Berichte vorgelegt.

#### XII. VERSCHIEDENES

##### Libérale Bewegung für das Vereinte Europa

Bei dem liberalen europäischen Kolloquium, das am 5., 6. und 7. Dezember in Straßburg abgehalten wurde, kamen die Vertreter der Liberalen aus acht Mitgliedstaaten des Europarats zusammen. Nach Beendigung der Gespräche wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem festgestellt wurde, daß sich die Liberalen über die Notwendigkeit der baldigen Ratifizierung und des Inkrafttretens der Pariser Verträge einig seien. Auf diese Weise würden die Voraussetzungen für fruchtbare Verhandlungen mit dem Osten geschaffen.

Obwohl die WEU nicht in allem den Erwartungen entspreche, die die Liberalen in die EVG gesetzt hatten, seien sie entschlossen, innerhalb des Systems der WEU zu arbeiten und sich nach Kräften für die Weiterentwicklung der in ihm enthaltenen Ansatzpunkte zur Integration einzusetzen, besonders im Hinblick auf die Errichtung eines umfassenden gemeinsamen Marktes in Europa.

Bei dem Kolloquium wurde auch die Notwendigkeit anerkannt, die Arbeit der Europäischen Gemeinschaft



für Kohle und Stahl zu unterstützen, da sie als die wirksamste Stütze einer dauerhaften Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich anzusehen sei.

#### *Griechischer Handelsminister*

Herr Léon Maccas, Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung seit 1949 (Griechische Sammlungspartei) und Mitglied des Allgemeinen Ausschusses, wurde Handelsminister in dem Kabinett von Marschall Papagos.

Außerdem wurde Herr Gérassimos Lychnos, Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung (Griechische Sammlungspartei) und Mitglied des Allgemeinen Ausschusses sowie des Ausschusses für Soziale Fragen, zum Unterstaatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten ernannt.

#### *Der Humanismus in Europa*

Die erste europäische Ausstellung, die unter gemeinsamer Schirmherrschaft der belgischen Regierung und des Europarats veranstaltet wird, wurde am 15. Dezember durch den belgischen Minister für öffentlichen Unterricht, Herrn Collard, und den Leiter des Versammlungsdienstes der Beratenden Versammlung, Herrn Arnold Struycken, in Brüssel eröffnet. Diese Ausstellung über den „Humanismus in Europa“ wird bis zum 28. Februar geöffnet sein.

#### *Außenpolitischer Ausschuß des Bundestages*

Herr Kurt-Georg Kiesinger, deutscher Abgeordneter (CDU) bei der Beratenden Versammlung seit 1950 und Vizepräsident des Ausschusses für Rechtsfragen, wurde zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages gewählt.

#### *Versammlung der unterdrückten europäischen Nationen*

Am 19. Dezember nahm die in New York tagende Versammlung der unterdrückten europäischen Nationen einstimmig eine Entschliebung an, in der sie eine Zusammenarbeit mit dem Europarat empfahl. Vorher hatte die Versammlung an Herrn Guy Mollet, den Präsidenten der Beratenden Versammlung, ein Telegramm gerichtet mit der Bitte um Äußerung seiner Ansicht über die etwaige Form einer solchen Zusammenarbeit.

#### *Ölrückstände*

Das britische Oberhaus hat in zweiter Lesung einstimmig einen Gesetzentwurf über das Ausgießen von Ölrückständen in schiffbare Gewässer angenommen, das die Anwendung des Londoner Abkommens vom 12. Mai 1954 bezweckt, dessen Annahme im vergangenen Oktober von dem Ministerkomitee des Europarats empfohlen worden war.

#### *Hilfe in Katastrophenfällen*

Einem Beschluß des Ministerkomitees gemäß wurde von dem Generalsekretär des Europarats eine Studiengruppe einberufen, die sich aus Vertretern des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften, der NATO, der Weltgesundheitsorganisation sowie einem Delegierten des Inter-

nationalen Kinderhilfsfonds der UN (UNICEF), der gleichzeitig die Vereinten Nationen vertritt, zusammensetzte. Die Studiengruppe hat am 3. und 4. Dezember in Straßburg getagt und praktische Vorschläge für Hilfeleistungen ausgearbeitet, um die der Europarat im Falle von Katastrophen in einem der Mitgliedsstaaten gebeten werden kann.

#### *Besuche im Europahaus*

Im Laufe des Jahres 1954 haben mehr als 13 000 Personen das Europahaus besucht; im vorhergehenden Jahr betrug die Besucherzahl etwa 10 000.

#### *Neujahrprogramme im Rundfunk und Fernsehen*

Das auf der ersten Seite angeführte Programm des Europarats wurde von dem gesamten französischen Rundfunk und von den dänischen und saarländischen Stationen am 31. Dezember nachts 12 Uhr übertragen. Am 1. Januar wurde das Programm von den belgischen, deutschen, griechischen, isländischen, irländischen, italienischen, luxemburgischen, holländischen, norwegischen, türkischen und britischen Stationen übertragen.

Das Neujahr-Fernsehprogramm, das der Europarat zum erstenmal veranstaltete, wurde von den belgischen, dänischen, französischen, deutschen, italienischen, monegasischen, saarländischen, schweizerischen und britischen Sendern übernommen.

### **XIII. VORLAUFIGER TERMINKALENDER FÜR KOMMENDE TAGUNGEN**

- |  |   |
|--|---|
| 10. und 11. Januar:                          | Gemeinsame Tagung UNESCO/Europarat (Aktionsprogramm) (Paris).                               |
| 10 bis 12. Januar:                           | Stellvertreter der Minister (Straßburg).  |
| 15. Januar:                                  | Gemeinsame Tagung des Ministerkomitees und der Hohen Behörde der EGKS (Paris).              |
| 24. Januar und an den darauffolgenden Tagen: | Sachverständigenausschuß für die gegenseitige Behandlung der Staatsangehörigen (Straßburg). |
| 24. Januar bis 5. Februar:                   | Erste europäische Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (Genf).                 |
| 31. Januar und 1. Februar:                   | Präsidium der Kultursachverständigen (Straßburg).   |
| 31. Januar und 1. Februar:                   | Arbeitsgruppe des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg).      |
| 31. Januar und an den darauffolgenden Tagen: | Sachverständigenausschuß für Fragen der Auslieferung (Straßburg).                           |

4. Februar:	Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris).	23. Februar und an den darauffolgenden Tagen:	Gemeinsame Versammlung der EGKS (Straßburg).
5. Februar:	Ständiger Ausschuß (Paris).		
5. Februar:	Verbindungsausschüsse OEEC/Europarat (Paris).	28. Februar bis 5. März:	Ausschüsse der Beratenden Versammlung (Straßburg).
15. Februar:	Sachverständigenausschuß für öffentliches Gesundheitswesen (Straßburg).	28. März bis 2. April:	Kommission der Menschenrechte (Straßburg).

### Wichtige Daten des Europarats aus dem Jahr 1954

- 1. Februar: Amtsantritt von Herrn Pierre *Schneider*, Sonderbeauftragter des Europarates für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa.
- 20. April: Inkrafttreten der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse, die zum Besuch von Hochschulen berechtigen.
- 18. Mai: Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Dieses Protokoll gewährleistet das Recht auf Privateigentum, die Lehr- und Lernfreiheit und freie geheime Wahlen in angemessenen Abständen.
- 1. Juni: Ersetzung des Kulturausweises des Brüsseler Vertrages durch den Kulturausweis des Europarates.
- 1. Juli: Inkrafttreten der beiden Zwischenabkommen über soziale Sicherheit und der europäischen Konvention über soziale und medizinische Hilfe sowie des Protokolls, das die Vorteile der letzteren Konvention auf die Flüchtlinge ausdehnt.
- 12. Juli: Gründung der Europäischen Menschenrechtskommission zur Prüfung von Verletzungen der Konvention.
- 24. September: Stellungnahme der Beratenden Versammlung zu den Prinzipien, die die Grundlage einer Ersatzlösung für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bilden sollen. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, der eine Debatte vorausging, in deren Verlauf die Versammlung Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers, Herrn Pierre *Mendès-France*, und des belgischen Außenministers, Herrn Paul-Henri *Spaak*, entgegennahm.
- 1. Oktober: Inkrafttreten des Zusatzprotokolls, mit dem die Vorteile der europäischen Zwischenabkommen über die soziale Sicherheit auch auf die Flüchtlinge ausgedehnt werden.
- 19. Dezember: Unterzeichnung der europäischen Kulturkonvention und der europäischen Konvention über die internationale Klassifizierung der Erfinderpatehte durch die Außenminister.

## Anhang zu den Mitteilungen des Europarats

### Die Abkommen und Konventionen des Europarats

Im Juli 1954 wurde als Beilage zu den „Mitteilungen des Europarats“ eine Übersicht über den Stand der Hinterlegungen der Ratifikationsurkunden der Konventionen und Abkommen des Europarats veröffentlicht; dieser Übersicht war eine Zusammenfassung der Bestimmungen dieser Konventionen und Abkommen beigelegt.

Seitdem sind mehrere Ratifikationsurkunden bei dem Generalsekretär hinterlegt worden; die Zusatzprotokolle zu den beiden Abkommen über die soziale Sicherheit sind in Kraft getreten; außerdem haben die Minister zwei neue Konventionen unterzeichnet; die erste befaßt sich mit der internationalen Klassifizierung der Patente, die zweite mit der kulturellen Zusammenarbeit.

Die umseitige Übersicht bringt den Stand der Hinterlegungen der Ratifikationsurkunden vom 1. Januar 1955. Nachstehend folgt der vollständige Wortlaut der beiden Konventionen, die am 19. Dezember von den Vertretern der Mitgliedsregierungen in Paris unterzeichnet worden sind.



## Stand der Hinterlegung der Ratifikationen

	Menschenrechte und Grundfreiheiten					Soziale	
	I					II	
	Konvention	Protokoll	Bestimmungen über			Regelung mit Ausnahme der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung	
			Übersee- gebiete	Vorlage von Beschwerden durch Einzel- personen	Gerichtsbar- keit des Gerichtshofes	Interims- abkommen	Zusatz- protokoll
Datum und Ort der Unterzeichnung ..	Rom 4. 11. 1950	Paris 20. 3. 1952	Rom 4. 11. 1950	Rom 4. 11. 1950	Rom 4. 11. 1950	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953
Bedingungen für das Inkrafttreten ..	10 Ratifikationen	10 Ratifikationen	Erklärung	6 Annahmen	8 Annahmen	2 Ratifikationen	2 Ratifikationen
Datum des Inkrafttretens ....	3. 9. 1953	18. 5. 1954	30 Tage nach der Erklärung			1. 7. 1954	1. 10. 1954
Belgien .....							
Dänemark .....	13. 4. 1953	13. 4. 1953	---	Ja Für 2 Jahre - 13. 4. 1953		30. 6. 1954	Nicht unterzeichnet
Frankreich .....							
Bundesrepublik Deutschland....	5. 12. 1952		---				
Griechenland....	28. 3. 1953	28. 3. 1953	---				
Island .....	29. 6. 1953	29. 6. 1953	---				
Irland.....	25. 2. 1953	25. 2. 1953	---	Ja 25. 2. 1953		31. 3. 1954	31. 3. 1954
Italien .....			---				
Luxemburg .....	3. 9. 1953	3. 9. 1953	---				
Niederlande ....	31. 8. 1954	31. 8. 1954	Für die Gebiete, die es fordern		31. 8. 1954 Für 5 Jahre		
Norwegen .....	15. 1. 1952	18. 12. 1952	---			9. 9. 1954	9. 9. 1954
Saar .....	14. 1. 1953	14. 1. 1953	---			8. 9. 1954	8. 9. 1954
Schweden .....	4. 2. 1952	22. 6. 1953	---	Ja			
Türkei .....	18. 5. 1954	18. 5. 1954	---				
Vereinigtes Königreich .....	8. 3. 1951	3. 11. 1952	Für 42 Gebiete 23. 10. 1953			7. 9. 1954	7. 9. 1954

## der Konventionen und Abkommen des Europarats

Sicherheit		Soziale und medizinische Hilfe		Patente		Kulturelle Fragen	
III		IV		V	VI	VII	VIII
Regelung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung		Konvention	Zusatz- protokoll	Konvention über die Formalitäten bei Patent- anmeldungen	Konvention über die internationale Klassifi- zierung der Patente	Konvention über die Gleichwertig- keit der Reife- zeugnisse	Kultur- konvention
Interims- abkommen	Zusatz- protokoll						
Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 11. 12. 1953	Paris 19. 12. 1954	Paris 11. 12. 1953	Paris 19. 12. 1954
2	2	2	2	4	4	3	3
Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen	Ratifikationen
1. 7. 1954	1. 10. 1954	1. 7. 1954	1. 7. 1954			20. 4. 1954	
30. 6. 1954	Nicht unterzeichnet	30. 6. 1954	30. 6. 1954			20. 4. 1954	
						5. 8. 1954	
31. 3. 1954	31. 3. 1954	31. 3. 1954	31. 3. 1954	17. 6. 1954		31. 3. 1954	
9. 9. 1954	9. 9. 1954	9. 9. 1954	9. 9. 1954	21. 5. 1954		21. 5. 1954	
8. 9. 1954	8. 9. 1954	8. 9. 1954	8. 9. 1954	8. 9. 1954		8. 9. 1954	
7. 9. 1954	7. 9. 1954	7. 9. 1954	7. 9. 1954			22. 3. 1954	



## Europäische Kulturkonvention

### Artikel 1

Jeder Vertragspartner trifft geeignete Maßnahmen zum Schutze und zur Mehrung seines Beitrages zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas.

### Artikel 2

Jeder Vertragspartner wird, soweit möglich,

(a) seinen Staatsangehörigen das Studium der Sprachen, der Geschichte und der Kultur der anderen Vertragspartner nahelegen und diesen auf seinem Gebiet Erleichterungen für die Durchführung solcher Studien gewähren; und

(b) bestrebt sein, das Studium seiner Sprache oder Sprachen, seiner Geschichte und Kultur im Gebiet der anderen Vertragspartner zu fördern und deren Staatsangehörigen die Möglichkeit zu bieten, solchen Studien auf seinem Gebiet nachzugehen.

### Artikel 3

Die Vertragspartner konsultieren sich gegenseitig im Rahmen des Europarats, um ihre Maßnahmen zur Förderung kultureller Betätigungen von europäischem Interesse aufeinander abzustimmen.

### Artikel 4

Jeder Vertragspartner wird die Bewegungsfreiheit und den Austausch von Personen sowie den Transport und Austausch von Gegenständen von kulturellem Wert zwecks Durchführung der Artikel 2 und 3 so weit wie möglich erleichtern.

### Artikel 5

Jeder Vertragspartner betrachtet die Gegenstände von europäischem Kulturwert, die sich unter seiner Kontrolle befinden, als integrierende Teile des gemeinsamen kulturellen Erbes Europas, trifft die erforderlichen Maßnahmen zu ihrem Schutze und erleichtert den Zugang zu ihnen.

### Artikel 6

1. Die Vorschläge für die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention und Fragen bezüglich ihrer Auslegung werden bei den Sitzungen des Ausschusses der Kultursachverständigen des Europarats geprüft.

2. Jeder Staat, der dem Europarat nicht angehört und der vorliegenden Konvention gemäß Artikel 9, Absatz 4 beigetreten ist, kann einen oder mehrere Vertreter zu den im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Sitzungen entsenden.

3. Die Schlußfolgerungen, die bei den in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Sitzungen gebilligt werden, werden in der Form von Empfehlungen dem Ministerkomitee des Europarats vorgelegt, falls es sich nicht um Entscheidungen handelt, die unter die Zuständigkeit des Ausschusses der Kultursachverständigen fallen, insofern als sie Verwaltungsangelegenheiten betreffen, die keine zusätzlichen Ausgaben zur Folge haben.

4. Der Generalsekretär des Europarats bringt den Mitgliedern des Rates sowie den Regierungen aller Staaten, die dieser Konvention beigetreten sind, jede darauf bezügliche Entscheidung, die gegebenenfalls von dem Ministerkomitee oder von dem Ausschuß der Kultursachverständigen getroffen wird, zur Kenntnis.

5. Jeder Vertragspartner unterrichtet zu gegebener Zeit den Generalsekretär des Europarats von jeder Maßnahme, die er zur Durchführung der Bestimmungen vorliegender Konvention entsprechend den Beschlüssen des Ministerkomitees oder des Ausschusses der Kultursachverständigen hat treffen können.

6. Falls gewisse Vorschläge zur Durchführung dieser Konvention nur für eine beschränkte Zahl von Vertragspartnern von Interesse sind, können diese Vorschläge gemäß den Bestimmungen von Artikel 7 behandelt werden, sofern ihre Verwirklichung keine Ausgaben für den Europarat zur Folge hat.

### Artikel 7

Sollten zur Erreichung der Ziele dieser Konvention zwei oder mehrere Vertragspartner zusätzlich zu den in Artikel 6, Absatz 1 vorgesehenen Tagungen am Sitze des Europarats Sitzungen abzuhalten wünschen, so wird ihnen der Generalsekretär des Europarats jede erforderliche Verwaltungshilfe gewähren.

### Artikel 8

Keine Bestimmung dieser Konvention darf so ausgelegt werden,

(a) als könnten dadurch die Bestimmungen schon bestehender zweiseitiger Kulturabkommen, die einer der Vertragspartner mitunterzeichnet hat, berührt werden, oder als würde damit der Abschluß eines solchen Abkommens durch einen der Vertragspartner in Zukunft weniger erstrebenswert;

(b) als könnte dadurch die Verpflichtung jeder einzelnen Person, sich den im Gebiet einer Vertragsschließenden Regierung geltenden Gesetzen und Bestimmungen in Bezug auf Einreise, Aufenthalt und Ausreise von Ausländern zu unterwerfen, berührt werden.

### Artikel 9

1. Diese Konvention steht den Mitgliedern des Europarats zur Unterzeichnung offen. Sie bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

2. Sobald drei Signatarregierungen ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt haben, tritt diese Konvention für diese Regierungen in Kraft.

3. Für jede Signatarregierung, die diese Konvention in der Folge ratifiziert, tritt sie mit der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.

4. Das Ministerkomitee des Europarats kann durch einstimmigen Beschluß und nach den ihm angebracht erscheinenden Bedingungen jeden europäischen Staat,

der dem Europarat nicht angehört, einladen, dieser Konvention beizutreten. Jeder so eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittserklärung beim Generalsekretär des Europarats der Konvention beitreten; der Beitritt wird mit dem Eingang dieser Erklärung wirksam.

5. Der Generalsekretär des Europarats setzt alle Mitglieder des Europarats sowie die noch beitretenden Staaten von der Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden und Beitrittserklärungen in Kenntnis.

#### Artikel 10

Jeder Vertragspartner kann diejenigen Gebiete, für die die Bestimmungen dieser Konvention gelten sollen, durch eine an den Generalsekretär des Europarats

zu richtende Erklärung näher bezeichnen; diese Erklärung ist von dem letzteren allen anderen Vertragspartnern zur Kenntnis zu bringen.

#### Artikel 11

1. Diese Konvention kann nach Ablauf von fünf Jahren, von ihrem Inkrafttreten an gerechnet, jederzeit von jedem der Vertragspartner gekündigt werden, und zwar in Form einer schriftlichen Mitteilung an den Generalsekretär des Europarats, der die anderen Vertragspartner davon in Kenntnis setzt.

2. Diese Kündigung wird für den betreffenden Vertragspartner nach Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage ihres Eingangs beim Generalsekretär des Europarats wirksam.

### Europäische Konvention über die internationale Klassifizierung der Patente

#### Artikel 1

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Konvention führt jeder Vertragspartner das ihr angefügte Klassifizierungssystem für die Patente sowie die gemäß Artikel 2, Absatz 2, etwa in Kraft getretenen Erweiterungen und Abänderungen ein. Dieses System mit seinen späteren Erweiterungen und Abänderungen wird nachstehend als „internationale Klassifizierung“ bezeichnet.

2. Jeder Vertragspartner behält sich vor, die internationale Klassifizierung als Hauptsystem oder als Hilffssystem anzuwenden.

#### Artikel 2

1. Der Sachverständigenausschuß für Patentfragen des Europarats wird beauftragt, sich mit der weiteren Ausarbeitung der internationalen Klassifizierung zu befassen und den Vertragspartnern gegenüber zu jeder Abänderung, die möglicherweise durch einen von ihnen vorgeschlagen wird, Stellung zu nehmen.

2. Jede von diesem Ausschuß gebilligte Erweiterung oder Abänderung tritt in Kraft nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, gerechnet von dem Tag an, da diese Billigung den Vertragspartnern mitgeteilt wird, sofern nicht spätestens einen Monat vor Ablauf dieser Frist mindestens zwei Vertragspartner den Generalsekretär davon in Kenntnis gesetzt haben, daß sie gegen die vorgeschlagene Erweiterung oder Abänderung Einwendungen erheben.

#### Artikel 3

1. Die von den Vertragspartnern herausgegebenen gedruckten Patentschriften oder, in Ermangelung dieser Schriften, jeder Auszug oder jedes entsprechende Schriftstück, das von einem Vertragspartner an Stelle der Patentschrift veröffentlicht wird, werden nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Konvention von den Verwaltungsstellen der einzelnen Staaten mit den vollständigen Zeichen der internationalen Klassifizierung versehen.

2. Jede Regierung, die diese Konvention unterzeichnet hat oder ihr beigetreten ist und die im Hin-

blick auf die Neuheitsprüfung der Erfindungen keine Eingruppierung der Patente vornimmt, kann bei der Unterzeichnung dieser Konvention oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung erklären, daß sie sich nicht verpflichtet, die Patentschriften, Auszüge oder entsprechenden Schriftstücke mit den vollen oder teilweisen Zeichen entsprechend den in Artikel 1 und 2 vorgesehenen Erweiterungen des Klassifizierungssystems zu versehen, wobei der Anhang zu dieser Konvention und seine späteren Änderungen, die keine Erweiterungen sind, von einem solchen Vorbehalt ausgenommen bleiben.

3. Die Zeichen der internationalen Klassifizierung, denen die Bemerkung „internationale Klassifizierung“ oder eine dafür verwendete Abkürzung voransteht, erscheinen am Kopfe der Schriftstücke in fetten Druckbuchstaben.

4. Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze berühren in keiner Weise das Recht jedes Vertragspartners, anzuordnen, daß die von seinen Verwaltungsstellen veröffentlichten Schriftstücke mit weiteren Zeichen zu versehen seien.

#### Artikel 4

1. Diese Konvention wird zur Unterzeichnung durch die Mitglieder des Europarats aufgelegt. Sie bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär des Europarats zu hinterlegen.

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 6 tritt diese Konvention am ersten Tage des Monats, der auf die Hinterlegung der vierten Ratifikationsurkunde folgt, in Kraft.

3. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 6 tritt diese Konvention für jede Regierung, die sie später ratifiziert, am ersten Tage des Monats, der auf die Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde folgt, in Kraft.

#### Artikel 5

1. Nach ihrem Inkrafttreten wird diese Konvention für jedes Mitglied des Internationalen Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums, das nicht Mitglied des Europarats ist, zum Beitritt aufgelegt.



2. Dieser Beitritt erfolgt durch eine Mitteilung auf diplomatischem Wege an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Maßgabe des entsprechenden Artikels des Abkommens zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Diese Regierung unterrichtet alle anderen Mitglieder des Internationalen Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums sowie den Generalsekretär des Europarats von einem erfolgten Beitritt. Er wird einen Monat nach dem Datum der Mitteilung durch die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wirksam.

*Artikel 6*

Jede Regierung, die diese Konvention unterzeichnet oder ihr beitrifft, kann bei der Unterzeichnung, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde oder bei ihrer Beitrittserklärung erklären, daß diese Konvention für sie erst in Kraft tritt, nachdem sie von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs der Niederlande und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland ratifiziert worden ist.

*Artikel 7*

1. Der Generalsekretär des Europarats bringt den Mitgliedstaaten des Europarats sowie dem Direktor des Berner Büros zum Schutze des gewerblichen Eigentums zur Kenntnis:

(a) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Konvention und die Namen der Mitgliedstaaten des Rates, die sie ratifiziert haben;

(b) die Billigung der Erweiterungen oder Abänderungen gemäß Artikel 2, Absatz 2, die darauf bezüglichen

Einwendungen sowie das Inkrafttreten solcher Erweiterungen oder Abänderungen;

(c) jede nach den Bestimmungen des Artikels 8, Absatz 2, eingegangene Mitteilung

2. Er unterrichtet die Mitgliedstaaten des Europarats, die dem Internationalen Verband zum Schutze des gewerblichen Eigentums nicht angehören, von jeder Beitrittserklärung, die nach den Bestimmungen des Artikels 5 erfolgt, sowie von jeder Kündigung gemäß den Bestimmungen von Artikel 8, Absatz 3.

*Artikel 8*

1. Diese Konvention bleibt für unbegrenzte Zeit in Kraft.

2. Jeder Mitgliedstaat des Europarats, der diese Konvention unterzeichnet und ratifiziert hat, kann für sich deren Anwendung durch eine Mitteilung an den Generalsekretär des Europarats unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist beenden.

3. Jede Regierung, die dieser Konvention beitrifft, kann unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist für sich deren Anwendung beenden, indem sie auf diplomatischem Wege eine entsprechende Mitteilung an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft richtet, nach Maßgabe des entsprechenden Artikels des Abkommens zum Schutze des gewerblichen Eigentums. Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft setzt alle anderen Mitglieder des Internationalen Verbandes zum Schutze des gewerblichen Eigentums sowie den Generalsekretär des Europarats von dieser Kündigung in Kenntnis.

## Das Problem der Konvertibilität der europäischen Währungen

Im Sommer des Jahres 1954 hatte sich gezeigt, daß ein Uebergang zur Konvertibilität der europäischen Währungen nicht so bald erfolgen würde, wie bis dahin angenommen. Man hatte die Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens offensichtlich unterschätzt. Die jüngste Entwicklung der Zahlungs- und Handelsbilanzen läßt jedoch weitere Schritte zur Liberalisierung des Außenhandels und zur Konvertibilität erwarten. Es handelt sich heute nicht mehr um die Frage, ob die Konvertibilität der europäischen Währungen angestrebt werden soll, sondern vor allem darum, wie dieses Prinzip verwirklicht werden kann. In den vergangenen Monaten haben sich der Internationale Währungsfonds (vgl. den Kurzbericht in Europa-Archiv 23/1954, S. 7140) und der Ministerrat der OEEC (vgl. Europa-Archiv 3/1955, S. 7283/84) mit diesem Problem befaßt. Gleichzeitig haben Kreise der europäischen Wirtschaft zur Wiederherstellung der Konvertibilität konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Die Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) beschäftigt sich in einer Studie mit den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen (vgl. die Zusammenfassung dieser Studie auf S. 7342 dieser Folge). Auch die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELECA) hat in einer Resolution zur Frage der Konvertierbarkeit der Währungen und der Tätigkeit der EZU Stellung genommen (vgl. den Wortlaut der Resolution auf S. 7344 dieser Folge).

Die nachstehend veröffentlichten Beiträge zum Problem der Konvertibilität der europäischen Währungen sind unabhängig voneinander entstanden. Sie zeigen zusammen mit den im Anhang veröffentlichten Dokumenten die Vielschichtigkeit des Gesamtproblems, wie es sich aus verschiedenen Blickrichtungen darstellt.

Professor Möller befaßt sich in seinem umfassenden Beitrag zum Thema der Internationalen Wirtschaftsordnung sowohl mit der Möglichkeit einer regionalen als auch einer weltweiten Lösung des Konvertibilitätsproblems. Ueber den CEPES-Vorschlag, der den Versuch unternimmt, eine für alle europäischen Länder einschließlich Großbritanniens annehmbare Lösung zu bringen, hinausgehend, befürwortet Dr. Rüstow ein vollautomatisches System, das von einer zentralen überstaatlichen Bank gesteuert werden sollte. Dr. Genzer konzentriert seine Betrachtungen auf die Rechtsfragen einer europäischen Währungsordnung, wobei insbesondere die institutionellen Möglichkeiten behandelt werden.

H. V.

## Auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftsordnung

*Von Prof. Hans Möller, Frankfurt am Main*

### I. Vom Fernziel zum konkretisierten Nahziel

Die Herbeiführung einer internationalen Wirtschaftsordnung, die die internationale Arbeitsteilung fördert und ein friedliches Zusammenleben zwischen den Völkern begünstigt, konnte als Fernziel nie strittig sein, ist es doch in vielen internationalen Abkommen niedergelegt worden, denen alle wichtigeren Welt-handelsländer beigetreten sind.

Ausgehend von den Erklärungen in der Atlantik-Charta — nach denen die Vereinigten Staaten und Großbritannien „wünschten, die weitestgehende Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen, mit dem Ziel, verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten“, und nach denen allen Ländern ein gleicher Zugang zum Handel

und zu den Rohstoffen gewährt werden sollte — finden sich in allen umfassenden multilateralen Wirtschaftsabkommen die gleichen Zielsetzungen und zuweilen sogar mit einer etwas weitergehenden Präzisierung.

In der Charta der Vereinten Nationen wird festgelegt: „Mit dem Ziel, Bedingungen der Stabilität und des Wohlbefindens zu schaffen, ... sollen die Vereinten Nationen fördern: a) ... b) Lösungen von internationalen Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- und verwandten Problemen; ...“. Außerdem nimmt die Charta indirekt Bezug auf das schon abgeschlossene Abkommen über den Internationalen Währungsfonds, als dessen Zwecke unter anderem genannt werden: Erleichterung der Ausdehnung und eines ausgeglichenen Anwachsens des internationalen Handels, Förderung



der Währungsstabilität unter den Mitgliedsländern, Schaffung eines multilateralen Zahlungssystems zur Unterstützung der Abschaffung von Devisenbeschränkungen, Korrektur von Gleichgewichtsstörungen der Zahlungsbilanzen ohne Schädigung des nationalen und internationalen Wohlstands, Beschränkung von Zeitdauer und Ausmaß solcher Zahlungsbilanzstörungen. Ähnlich heißt es im Abkommen über die Weltbank, daß diese die Erhaltung des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen durch Anregung internationaler Investitionen zur Entwicklung von Produktionsquellen fördern soll. Und in der Havanna-Charta wurde ausgeführt, daß die Teilnehmer, jeder einzeln und alle gemeinsam, die Verpflichtung übernehmen, allen Ländern einen unter gleichen Bedingungen stehenden Zugang zu den Märkten, den Versorgungsquellen und den Produktionsmitteln zu erleichtern, deren sie für ihr Gedeihen und ihre wirtschaftliche Entwicklung bedürfen; und ferner auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des allseitigen Nutzens die Herabsetzung der Zolltarife und den Abbau der anderen Handelshemmnisse sowie die Beseitigung der Diskriminierungen auf dem Gebiet des Außenhandels zu fördern. Diese Zielsetzungen wurden dann auch in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen von Genf (GATT) übernommen, das an Stelle der Havanna-Charta, deren Ratifizierung nicht zu erreichen war, getreten ist. Das GATT wurde bereits im Jahre 1947 (noch vor der endgültigen Unterzeichnung der Havanna-Charta) in Kraft gesetzt. Auch das Abkommen über die Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC-Abkommen) führt die gleichen Zielsetzungen auf und nimmt insbesondere auf die Havanna-Charta Bezug, und in der Präambel zum Abkommen über die Gründung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) wird sogar ausdrücklich die Wiedereinführung der allgemeinen Konvertierbarkeit der Währungen als Ziel erwähnt.

Wie die Erfahrungen der Nachkriegszeit gezeigt haben, bedeutet eine solche Festlegung von Fernzielen jedoch nicht sehr viel, selbst dann nicht, wenn es in allen Ländern Gruppen und Kräfte gibt, die aktiv für die Verwirklichung dieser Fernziele kämpfen, wie es für das Fernziel einer internationalen Wirtschaftsordnung tatsächlich geschehen ist. Der entscheidende Umschwung vollzog sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1952. In jenen Monaten wurde die Herstellung einer internationalen Wirtschaftsordnung — seit dieser Zeit mit dem Schlagwort „Konvertierbarkeit der Währungen“ bezeichnet — zu einem Nahziel der Wirtschaftspolitik in einer Reihe wichtiger Welthandelsländer. Die seinerzeit abgegebenen programmatischen Erklärungen einiger Regierungen wurden in der Öffentlichkeit mit großem Beifall aufgenommen, der allerdings zu einem guten Teil darauf zurückzuführen war, daß man sich mangels einer eindeutigen Konkretisierung unter einer Konvertierbarkeit der Währungen sehr Verschiedenes vorstellte.

Die Entwicklung, die sich seitdem vollzogen hat, zeigt außerdem, daß selbst die Festlegung auf ein

bestimmtes wirtschaftspolitisches Nahziel nicht viel zu bedeuten braucht, wenn dieses Nahziel zunächst nur in allgemeiner Form aufgestellt wird. Im Fall der Konvertierbarkeit ist dies deshalb besonders interessant, weil die einleitend erwähnten internationalen Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen von Genf nicht nur die zitierten allgemeinen Zielsetzungen, sondern eine Fülle von genau definierten Verpflichtungen über die zu verwirklichende Währungs- und Handelspolitik enthalten, so daß man hätte erwarten können, daß die langwierigen internationalen Diskussionen über diese Abkommen bereits zu einer genügenden Präzisierung der angestrebten internationalen Wirtschaftsordnung geführt hätten. Aber hier erwies sich wiederum, daß internationale Abkommen nur selten so definitiv und wirksam sind, daß sie nicht einer weitgehenden Auslegung unterworfen werden könnten, so daß sich für die Vertragsparteien immer aufs neue die Möglichkeit und die Verpflichtung ergibt, die Anwendung der einzelnen Bestimmungen im Licht der jeweiligen Gegebenheiten und Erfordernisse zu überprüfen und zu modifizieren.

So hat erst in den letzten beiden Jahren die öffentliche und insbesondere die nichtöffentliche Diskussion zwischen den Regierungen, die über das Problem der Konvertierbarkeit mit großer Intensität geführt wurde, die entscheidende Konkretisierung der zunächst sehr allgemein und programmatisch formulierten währungs- und handelspolitischen Zielsetzungen mit sich gebracht. Diese Diskussion hat naturgemäß auch die Größe der mit der Währungskonvertierbarkeit gestellten Aufgabe deutlich gemacht, und sie hat — was sich nun vielleicht als schwerwiegendes Hindernis erweisen wird — insbesondere den davon Betroffenen gezeigt, welche vorübergehenden Nachteile und welche Schwierigkeiten eine Politik der Konvertierbarkeit für sie heraufbeschwören könnte. Dies hat zu einem massiven Widerstand der Interessenten auf der ganzen Linie geführt, der in der modernen Demokratie nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Regierungen zu bleiben pflegt.

In den letzten beiden Jahren ist jedoch nicht nur diskutiert worden; die Regierungen und Zentralbanken der die Konvertierbarkeit anstrebenden Länder haben zahlreiche konkrete Maßnahmen ergriffen, durch die der Grad der Konvertierbarkeit für die europäischen Währungen wesentlich erweitert worden ist. Diese positiven Maßnahmen werden üblicherweise als Teil eines bewußten Planes zur schrittweisen Herbeiführung der Konvertierbarkeit gedeutet. Obwohl dies sicher nicht zu bestreiten ist, darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Politik der Regierungen nicht nur von der Zielsetzung der Konvertierbarkeit, sondern auch zu einem guten Teil von den objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten der letzten zwei Jahre

bestimmt sein kann, waren doch diese Gegebenheiten gerade derart, daß sie eine große Zahl der tatsächlich ergriffenen Maßnahmen auch ohne das Nahziel einer Währungskonvertierbarkeit zweckmäßig erscheinen lassen.

In den letzten Wochen und Monaten war häufig die Auffassung zu hören, daß der Kampf um eine internationale Wirtschaftsordnung in ein neues Stadium getreten und daß die Währungskonvertierbarkeit möglicherweise *ad calendas graecas* verschoben worden sei. Diese Auffassung wird durch eine sorgfältige Analyse der gegenwärtigen Lage und der bestehenden Möglichkeiten für eine künftige Handels- und Währungspolitik nicht bestätigt. Sie dürfte in

erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß in der Öffentlichkeit die Schwierigkeiten, die sich einer Einführung der Währungskonvertierbarkeit und insbesondere ihrer Sicherung auf lange Sicht in den Weg stellen, unterschätzt worden sind und sich auf vielen Gebieten erst jetzt deutlicher zu zeigen beginnen. Das gilt insbesondere für die institutionellen Probleme, die im Zusammenhang mit einer engen internationalen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen auftauchen. Um diese Interpretation der gegenwärtigen Lage zu begründen, erscheint es angebracht, eine kurze Untersuchung des bisher bereits Erreichten und der sich für eine Weiterentwicklung anbietenden Alternativen und der noch zu lösenden Aufgaben vorzunehmen.

## II. Die Rolle der Europäischen Zahlungsunion (EZU)

Aus der Vogelperspektive gesehen, lassen sich drei verschiedene Funktionen der EZU unterscheiden:

a) *Nahezu vollständige Beseitigung der Diskriminierung im Wirtschaftsverkehr innerhalb des EZU-Raums (OEEC-Länder mit Kolonien und abhängigen Gebieten und übriges Sterling-Gebiet) bei Aufrechterhaltung der Abschließung gegenüber dem Dollarraum.* Dies wurde durch die automatische Umwandlung aller gegenseitigen bilateralen Forderungen und Verpflichtungen der Mitgliedsländer in eine Forderung oder Verpflichtung gegenüber der EZU erreicht (was nur möglich war, weil Einigkeit über die Abrechnung dieses EZU-Saldos erzielt werden konnte).

b) *Sehr weitgehende Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen ohne allzu gewichtige kompensierende Zollerhöhungen im Wirtschaftsverkehr zwischen den Mitgliedsländern.* Diese Handelsliberalisierung innerhalb des EZU-Raums, ohne die die vorstehend erwähnte Beseitigung der Diskriminierung technisch wohl kaum zu bewerkstelligen gewesen wäre, wurde politisch durchgesetzt mittels gegenseitiger Wirtschaftshilfe, die sich die EZU-Länder durch Stehenlassen eines Teils der Forderungen und Verpflichtungen gegenüber der EZU in Form von nicht zu bestimmten Terminen rückzahlbaren und niedrig verzinsten Krediten gewährten. Die Bedeutung dieser von den jeweiligen Gläubigern zugunsten der jeweiligen Schuldner zur Verfügung gestellten Kredite darf nicht etwa in einer Finanzierung zusätzlicher Warenlieferungen aus den Gläubigerländern in die Schuldnerländer gesehen werden. Alle Länder — Gläubiger wie Schuldner — hatten sich zu einer Politik des Ausgleichs ihrer gesamten Zahlungsbilanz verpflichtet, und die EZU-Kredite sollten lediglich als Puffer für unerwartete Fluktuationen der EZU-Salden als Folge einer plötzlichen Liberalisierung dienen. Die gegenseitige Kreditgewährung über die EZU hat den Regierungen nicht nur ihre Aufgabe erleichtert,

den Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen gegen die starken protektionistischen Interessen im eigenen Land durchzusetzen, sondern sie hat auch dazu beigetragen, daß das mit einer Liberalisierung verbundene Risiko für die ohnehin zu kleinen Währungsreserven von den Regierungen und Zentralbanken übernommen werden konnte.

c) *Verstärkung der allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer.* Diese Zusammenarbeit war entstanden aus der der OEEC gestellten Aufgabe, die ERP-Hilfe für Europa — gemeinsam mit den Vereinigten Staaten — möglichst zweckmäßig zu verteilen. Mit dem Aufhören der ERP-Hilfe ergab sich die Gefahr, daß die früher geübte Zusammenarbeit nachlassen könnte. Durch die EZU ist diese Gefahr nicht nur beseitigt worden, sondern die Zusammenarbeit hat sich sogar noch verstärkt.

Die EZU war von Anbeginn an nur als eine Uebergangseinrichtung bis zur Erreichung der Konvertierbarkeit gedacht. Da sie die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer in einem wohl zunächst unerwarteten Umfang ermöglicht und gefördert hat und da es in den Regierungen viele Anhänger einer Fortsetzung und Vertiefung dieser Zusammenarbeit mit dem Ziel einer weiteren wirtschaftlichen Integration Europas gibt, machen sich nunmehr in zunehmendem Maße Bedenken gegen eine Aufgabe der EZU ohne gleichzeitige Schaffung eines neuen Kristallisationspunkts für eine solche Zusammenarbeit bemerkbar. Und da ein Verzicht auf die EZU in ihrer gegenwärtigen Form bei einem Uebergang zur Konvertierbarkeit unvermeidlich ist, sind die sich nunmehr abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Schaffung eines Ersatzes für die EZU auch für die Einstellung zur Frage der Konvertierbarkeit von gewisser Bedeutung.

Nun muß freilich bedacht werden, daß die EZU in ihrer gegenwärtigen Form nicht einfach fortgesetzt



werden kann. Schon bei der Verlängerung im Juni 1954 hatte sich gezeigt, daß die Gläubigerländer nicht bereit sind, die von ihnen an die EZU gewährten Kredite unbegrenzt stehen oder gar weiter wachsen zu lassen. Andererseits hatten die Schuldnerländer (ohne Großbritannien, das zwar noch ein kumulatives Rechnungsdefizit gegenüber der EZU hat, aber bereits seit nahezu zwei Jahren Nettoüberschüsse erzielt und als Empfänger zusätzlicher Kredite der EZU vorläufig wohl kaum in Betracht kommen dürfte) die ihnen zustehenden Kreditfazilitäten bis auf rund 55 Millionen Dollar verbraucht, ein Betrag, der nur noch wenige Monate ausgereicht hätte und nach dessen Erschöpfung auch Dänemark, Italien und Norwegen ihre Defizite gegenüber der EZU zu 100 Prozent in Gold oder Dollar hätten ausgleichen müssen, wie dies Frankreich, Griechenland und die Türkei ohnehin schon taten. Ohne die Reformmaßnahmen im Sommer 1954 wäre die EZU in einen Zustand übergegangen, in dem die Gläubiger weiter Kredite

an die EZU hätten gewähren müssen, obwohl die meisten Schuldner alle Defizite zu 100 Prozent in Gold bezahlt hätten — ein Zustand, der offensichtlich keine Dauerlösung darstellen konnte.

Die mit dem 1. Juli 1954 in Kraft getretene Verbesserung der EZU hat die Erreichung dieses Zustandes nochmals hinausgeschoben. Den Schuldner sind zusätzliche Kreditfazilitäten gewährt worden. Die Gläubiger haben zwar eingewilligt, weiterhin die Hälfte ihrer Ueberschüsse als Kredite an die EZU stehen zu lassen. Der Gesamtbetrag solcher Kredite ist jedoch fest begrenzt worden. Andererseits haben sich die Schuldner bereit erklärt, einen Teil der von der EZU empfangenen Kredite sofort und einen anderen Teil im Laufe von mehreren Jahren an die Gläubiger zurückzuzahlen, und sie haben ferner zugestimmt, daß ein Teil der liquiden Dollarguthaben der EZU an die Gläubiger ausgeschüttet wird. Die getroffenen Regelungen gehen aus folgender Zusammenstellung hervor:

*Neuregelung der EZU zum 1. Juli 1954  
(Angaben in Mill. RE\*)*

Schuldner	Von den am 30. 6. 54 empfangenen Krediten sind			Am 30. 6. 54 noch verfügbare Kreditfazilitäten	zusätzliche Kreditfazilitäten	Gesamtbetrag an Kreditfazilitäten nach 1. 7. 54 (Spalten 1 + 4 + 5)
	sofort zurückgezahlt worden	für spätere Rückzahlung zu festen Terminen vorgesehen	ohne terminierte Rückzahlungsverpflichtung stehengebl.			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Dänemark . . . . .	15.7	47.1	34.8	19.4	9.1	44.2
Frankreich . . . . .	58.0	174.0	80.0	—	22.8	80.8
Italien . . . . .	39.0	78.0	5.4	0.7	82.0	121.6
Norwegen . . . . .	12.7	38.3	38.1	30.8	7.4	50.9
Großbritannien . . . . .	98.8	296.2	90.4	150.6	38.7	288.1
	224.2	633.6	248.7	201.5	160.0	585.6
Griechenland . . . . .	—	—	—	—	—	—
Island . . . . .	—	—	5.5	3.4	—	3.5
Türkei . . . . .	—	—	30.0	—	—	—

Gläubiger	sofort zurückgezahlt worden	Von den gewährten Krediten sind		Ab 1. 7. 54 bestehende Verpflichtung zur Kreditgewährung	Nettozuwachs an Verpflichtung zur Kreditgewährung
		für spätere Rückzahlung zu festen Terminen vorgesehen	ohne terminierten Rückzahlungsanspruch geblieben		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Oesterreich . . . . .	14.5	24.5	33.8	39.0	24.5
Belg./Lux. . . . .	68.5	147.5	1.0	216.0	147.5
Deutschland . . . . .	147.0	214.9	241.9	300.0	153.0
Niederlande . . . . .	42.3	84.8	79.6	133.3	84.8
Portugal . . . . .	9.5	17.5	2.6	39.4	24.0
Schweden . . . . .	31.5	65.5	7.7	148.3	65.5
Schweiz . . . . .	41.0	79.0	61.4	120.0	79.0
	354.2	633.6	428.0	996.0	578.3

\*) Differenzen in den Summen durch Abrundungen. 1 RE = 1 US-Dollar.

### III. Alternativen für die zukünftige Entwicklung

#### 1. Fortsetzung der EZU

Die vorstehend skizzierte Reform der EZU zum 1. Juli 1954 könnte nur dann eine Basis für die Fortsetzung der EZU auch auf lange Sicht bilden, wenn sich die EZU-Positionen wichtiger Länder umkehren sollten. Dies erscheint relativ unwahrscheinlich. Die Aenderungen in der Entwicklung der EZU-Positionen, die eintreten müßten, um eine Fortsetzung der EZU ohne weitere Reform sinnvoll erscheinen zu lassen, müßten beispielsweise wie folgt aussehen: die extremen Gläubiger Oesterreich, Deutschland und die Schweiz dürften keine weiteren Ueberschüsse erzielen, und die Schuldner Dänemark, Norwegen und Italien dürften keine weiteren Defizite haben. Die Länder Belgien-Luxemburg, Holland, Portugal, Schweden und Großbritannien hätten ihre bisherige Entwicklung fortzusetzen, wobei es ziemlich gleichgültig wäre, ob sie leichte Defizite oder leichte Ueberschüsse haben. Für Frankreich (für das die geringen neuen Kreditfazilitäten außer Betracht bleiben können), die Türkei und Griechenland besteht eine besondere Lage, da diese Länder schon seit langem ihren ganzen Zahlungsverkehr mit der EZU zu 100 Prozent in Gold oder Dollar abrechnen und dies auch bei einer Umkehrung ihrer Zahlungsbilanzentwicklung zunächst fortsetzen würden.

Tritt die vorstehend skizzierte oder eine ähnliche Entwicklung in der EZU nicht ein, so wird die EZU in absehbarer Zukunft in etwa der gleichen Lage sein wie im Sommer 1954. Man wird also die EZU noch einmal für einige Monate oder sogar ein Jahr verlängern können. Eine Dauerlösung kann dies jedoch nicht sein.

#### 2. Uebergang zur Konvertierbarkeit

Nach dem etwa vor Jahresfrist erreichten Stand der internationalen Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung ist eine Fortsetzung der EZU in ihrer gegenwärtigen Form auf die Dauer nicht vorgesehen. Der Uebergang zu einer weltweiten Konvertierbarkeit soll nach der auch heute noch gültigen Konzeption folgende Maßnahmen umfassen:

a) Weitere Liberalisierung des Handels nicht nur innerhalb der EZU, sondern auch vor allem im Verhältnis zum Dollarraum unter gleichzeitigem Abbau der bilateralen Zahlungsbeziehungen.

b) Vereinbarung von Spielregeln für die Regierungen, um die Wiedereinführung von mengenmäßigen Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz auf wirkliche Notfälle zu beschränken und zeitlich zu begrenzen.

c) Mobilisierung der Währungsreserven des Internationalen Währungsfonds, damit die zur Konvertierbarkeit übergegangenen Länder in Notfällen schnell die Fondsmittel in Anspruch nehmen können.

d) Beendigung der EZU und Schaffung eines Europäischen Fonds, um in dringenden Fällen den in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befindlichen Mitgliedsländern der bisherigen EZU eine temporäre Hilfe gewähren zu können.

Ueber einige weitere Schritte bestehen jedoch gewisse Meinungsverschiedenheiten: einige Länder legen Wert darauf, autonome Wechselkursanpassungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz in stärkerem Umfang vornehmen zu können, als es nach den Spielregeln des Internationalen Währungsfonds (IMF) vorgesehen ist. Ferner wird von manchen Ländern eine stärkere Liberalisierung auch des Kapitalverkehrs gefordert, während andere Länder einen solchen Schritt für verfrüht halten.

Von den unter a)–d) genannten und im Prinzip akzeptierten Maßnahmen bereiten — wie die gegenwärtigen Erfahrungen zeigen — die Vereinbarungen über die Handelsregeln und die Konstituierung des Europäischen Fonds besondere Schwierigkeiten; in einigen Ländern, vor allem in Deutschland, gehört auch der Abbau von bilateralen Zahlungsbeziehungen zu den Punkten, bei denen sich Widerstände geltend machen.

In der internationalen Diskussion wird das angestrebte System der Konvertierbarkeit in der Regel als ein „weltweites System“ charakterisiert, das also den Dollarraum mit umfaßt und auf lange Sicht eine unterschiedliche handelspolitische Behandlung des Dollarraums (z. B. durch mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen) nicht mehr vorsieht — es sei denn, daß in den Vereinigten Staaten eine stärkere und längere Zeit währende Depression mit einer ausgeprägten Tendenz zu hohen Dollarüberschüssen gegenüber der ganzen Welt zu verzeichnen wäre. Für diese zuletzt genannte Situation (die hoffentlich nie wieder eintritt) bestehen kaum Meinungsverschiedenheiten; alle Regierungen (einschließlich der Regierung der Vereinigten Staaten) sind davon überzeugt, daß dann besondere Schutzmaßnahmen der übrigen Länder erforderlich werden, für die in den internationalen Abkommen Vorsorge getroffen werden muß.

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß gerade für den Regelfall (keine schwere Depression in den Vereinigten Staaten) die Auffassungen über das Ausmaß der von den wichtigeren Welthandelsländern zu übernehmenden Verpflichtungen zur Liberalisierung gegenüber dem Dollarraum auseinandergehen. Dies kann (aber muß nicht) die Folge tieferliegender Verschiedenheiten in der Konzeption eines Konvertierbarkeitssystems sein.

Die konzipierten und vorstehend charakterisierten Maßnahmen zur Verwirklichung des Konvertierbarkeitsprogramms könnten nämlich auch von denjenigen gutgeheißen werden, die nicht an einer weltweiten Konvertierbarkeit interessiert sind, sondern



die Entwicklung zweier großer Handels- und Währungsblöcke vorziehen: eines Länderblocks mit harten Währungen (etwa der bisherige Dollarraum) und eines Länderblocks mit schwachen Währungen (der gegenwärtige EZU-Raum einschließlich des gesamten Sterling-Gebiets und einiger weiterer Länder, die gegenwärtig ihren Zahlungsverkehr vornehmlich bilateral regeln).

Worin würde sich diese Konzeption einer wirtschaftlichen Trennung zwischen Dollarraum und Nicht-Dollarraum von der Auffassung einer einheitlichen weltweiten Konvertierbarkeit unterscheiden? Innerhalb des Nicht-Dollarraums würde ein möglichst freier Handelsverkehr ohne jede Diskriminierung notwendig sein, während eine gewisse Abschließung gegenüber dem Dollarraum aufrechterhalten bliebe. Da eine regional beschränkte Zahlungsunion nach dem Vorbild der EZU, die die Multilateralität des Handels- und Zahlungsverkehrs ohne Schwierigkeiten sichern würde, als Dauerlösung für den Nicht-Dollarraum ausscheidet (wie die Erfahrungen mit der gegenwärtigen EZU zeigen), bleibt als Grundlage eines wirklich multilateralen Wirtschaftsverkehrs innerhalb des Nicht-Dollarraums nur ein internationaler Zahlungsausgleich in Gold oder Dollar. Deshalb bildet — auch wenn man an einer weltweiten Konvertierbarkeit nicht sehr interessiert ist — die Ausländerkonvertierbarkeit ein erstrebenswertes Ziel. Der Abbau bilateraler Zahlungsbeziehungen wäre wichtig, um im Nicht-Dollarraum die handelspolitische Diskriminierung und die damit verbundene Einschränkung des Wettbewerbs zu Lasten einzelner Länder des Nicht-Dollarraums zu verhindern. Auch ein Europäischer Fonds wäre zweifellos ein nützliches Instrument, um innerhalb des Nicht-Dollarraums einen multilateralen Handel zu fördern. Und wenn die angestrebten Handelsregeln die Möglichkeit ausreichender Diskriminierung des Dollarraums zuließen, dann stehen sie ebenfalls einer Schaffung von zwei Währungsblöcken (statt einer weltweiten Konvertierbarkeit) nicht im Wege.

Gegen die Konzeption von zwei großen Währungsblöcken scheint allerdings die inzwischen von allen an der Konvertierbarkeit interessierten Ländern vorgenommene Erweiterung der Dollarliberalisierung zu sprechen. Jedoch kann man gerade bei dieser Maßnahme Zweifel haben, ob sie wirklich Ausdruck einer endgültigen Entscheidung zugunsten eines weltweiten Konvertierbarkeitssystems ist. Man darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß die westeuropäischen Länder in den letzten vier Jahren außergewöhnlich hohe Zahlungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Dollarraum erzielt haben. Diese waren zunächst zur Auffüllung der zusammengeschmolzenen Devisenreserven dringend erforderlich. Dann wurden die Dollareingänge teilweise zu einer Abtragung von alten langfristigen Dollarverbindlichkeiten benutzt. Der ständig fortschreitende

Zuwachs an Gold- und Dollarreserven mußte jedoch früher oder später die Frage aufwerfen, ob eine unbegrenzte Ansammlung von Devisenreserven wirtschaftspolitisch sinnvoll ist und ob es nicht vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zweckmäßiger war, die billigen Einkaufsmöglichkeiten im Dollarraum auszunutzen (m. a. W. die Einfuhr aus dem Dollarraum zu erleichtern). Ob diese Liberalisierung gegenüber dem Dollarraum wirklich Ausdruck eines Strebens nach weltweiter Arbeitsteilung ist, wird erst die Zukunft erweisen, wenn einmal eine gewisse Verschlechterung der Dollarlage eintreten sollte. Dann muß sich zeigen, ob die wichtigen Welthandelsländer auch dann, wenn es sich nicht um eine große Deflationskrise, sondern nur um leichtere Dollarüberschüsse der Vereinigten Staaten handelt, einfach wieder zum Mittel der mengenmäßigen Beschränkungen gegenüber dem Dollarraum greifen oder ob sie wirklich bereit sind, mit den Mitteln der inneren Wirtschaftspolitik zu versuchen, die Zahlungsbilanzen bei Aufrechterhaltung einer auch gegenüber dem Dollarraum nicht diskriminierenden Handelspolitik wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Da es wohl kaum viele Regierungen geben wird, die im voraus ihre Handlungsfreiheit freiwillig einschränken, werden die beiden Alternativen der Konvertierbarkeit vielleicht noch auf längere Sicht offenbleiben, es sei denn, daß die gegenwärtig diskutierten Handelsregeln eindeutig die Verpflichtung zu einer weltweiten Konvertierbarkeit festlegen. Geschieht das jedoch nicht, so muß wohl damit gerechnet werden, daß die Regierungen ihre Einstellung in diesem Punkt von Fall zu Fall ändern und zuweilen mehr der einen und zuweilen mehr der anderen Konzeption zuneigen. Ebenso wie für ein System weltweiter Konvertierbarkeit sind auch bei der Konzeption von zwei großen Handels- und Währungsblöcken verschiedene Spielarten denkbar (z. B. je nachdem, ob die Wechselkursstabilität eine größere oder eine geringere Priorität genießt, oder je nachdem, inwieweit bilaterale Zahlungsbeziehungen noch in größerem Umfang bestehen bleiben).

Die Entwicklung zweier Handels- und Währungsblöcke würde es erforderlich machen, daß für den Nicht-Dollarraum ein Zentrum entsteht und daß ein Land eine Art von Führung übernimmt, ebenso wie die Vereinigten Staaten eine solche Funktion im Dollarraum ausüben. Es liegt auf der Hand, daß im Nicht-Dollarraum nur Großbritannien für eine solche Stellung in Betracht kommt. Für die weitere Entwicklung der Konvertierbarkeit ist also nach wie vor die Haltung Großbritanniens von entscheidender Bedeutung. Wenn Großbritannien sich für eine echte weltweite Konvertierbarkeit entscheidet, dann hat die andere Konzeption der Bildung von zwei großen Handels- und Währungsblöcken keine Zukunft. Wenn Großbritannien dagegen das zuletzt angedeutete Ziel anstrebt, dann wird es für die anderen an der Kon-

vertierbarkeit interessierten Länder sehr schwierig sein, die Entwicklung in dieser Richtung aufzuhalten.

Konvertierbarkeitsreife Länder könnten sich zwar dahingehend entscheiden, sich dem Dollarraum und nicht dem Nicht-Dollarraum anzuschließen. Jedoch dürfte eine solche Entscheidung sehr schwer fallen, weil sich diese Länder dadurch von der wirtschaftlichen Integration ausschließen würden, die sich innerhalb des Nicht-Dollarraums auf längere Sicht vollziehen dürfte. Und die Vorteile einer solchen wirtschaftlichen Integration könnten — von politischen Aspekten ganz abgesehen — schließlich doch die Vorteile eines Eintritts in den Dollarraum überwiegen.

Für beide Konzeptionen der Konvertierbarkeit könnte vielleicht sogar daran gedacht werden, die EZU als solche zu erhalten, die dann jedoch in verschiedenen Punkten wesentlich umgestaltet werden müßte. Beispielsweise wäre es dann erforderlich, die Vorschriften über die Rückzahlung lang ausstehender Kredite zu ergänzen und zu verbessern und die Goldzahlungsverpflichtungen der Schuldner an die EZU stärker als bisher an ihre Gold- und Dollarbestände zu knüpfen. Dies würde vermutlich einen weitgehenden Verzicht auf den gegenwärtig noch bestehenden Kreditautomatismus bedingen, es jedoch nicht ausschließen, von Fall zu Fall gewisse Kreditfazilitäten zu eröffnen, wie dies im Rahmen des Europäischen Fonds vorgesehen ist.

### *3. Andere Entwicklungsmöglichkeiten?*

Neben den beiden Spielarten der Konvertierbarkeit kann es auf die Dauer kein wirkliches „System“ geben, das man als eine internationale Wirtschaftsordnung bezeichnen könnte. Daß eine Fortsetzung

der EZU in ihrer gegenwärtigen Form mit automatischer Kreditgewährung keine Dauerlösung sein kann, wurde bereits angedeutet. Es kann weder erwartet werden, daß die Gläubigerländer bereit sind, unbeschränkt Kredite zu gewähren, noch daß alle Länder auf lange Sicht ihre Zahlungsbilanzentwicklung mit dem EZU-Raum allein im Gleichgewicht halten. Wäre also ein Uebergang zur Konvertierbarkeit (gleichviel welcher Spielart) nicht möglich, so würde dies darauf hinauslaufen, daß jedes Land auf sich selbst gestellt eine autonome Handels- und Zahlungspolitik gegenüber dem Ausland betriebe. Trotz der bestehenden internationalen Abmachungen (im Rahmen des Weltwährungsfonds und des GATT) würde ein solcher Zustand nicht die Gewähr bieten, daß alle wichtigen Länder sich so verhalten, daß ihre handels- und zahlungspolitischen Maßnahmen miteinander und mit einer Wirtschaftspolitik der inneren und äußeren Stabilität vereinbar sind. Dies ist jedoch gerade das Grunderfordernis einer dauerhaften internationalen Wirtschaftsordnung.

Diese Ueberlegungen zeigen, daß die gegenwärtig zutage tretende Zurückhaltung in der internationalen Diskussion über die Konvertierbarkeit nicht als ein grundlegender Wandel in den Zielsetzungen gedeutet werden kann. Dies wäre nur dann möglich, wenn wirklich brauchbare Alternativen zu dem Programm einer Konvertierbarkeit bestehen würden. Dies scheint mir jedoch nicht der Fall zu sein. Nach wie vor drängt deshalb die Entwicklung in diese Richtung. Infolgedessen erscheint es sinnvoll, sich kurz mit den im Gang befindlichen Vorbereitungen zur Einführung der Konvertierbarkeit zu befassen.

## **IV. Die Vorteile der Konvertierbarkeit**

Für alle diejenigen, die die wirtschaftliche Freiheit des Menschen für ein wesentliches Merkmal unserer Kultur halten, muß die Konvertierbarkeit der Währungen ein erwägenswertes Ziel sein. Denn sie befreit das Wirtschaftsleben von vielen Kontrollen des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs. Die ersten programmatischen Erklärungen über die Konvertierbarkeit sind gerade deshalb mit so großer Zustimmung aufgenommen worden, weil man zunächst nur den Abbau der lästigen Devisenbewirtschaftung vor Augen hatte. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Konvertierbarkeit der Währungen hergestellt werden könnte, ohne daß dadurch schwerwiegende wirtschaftliche Störungen zu befürchten wären. Und der Staat könnte seine legitimen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die er etwa bisher mit der Devisenbewirtschaftung durchzusetzen versucht hat, auch auf andere Weise — mit marktkonformen Mitteln — verfolgen. Nur in einer ganz bestimmten Situation wäre die Aufrechterhaltung der Konvertierbarkeit um jeden Preis vom Uebel: wenn nämlich eine wirtschaftliche Depression

in der Welt (oder großen Teilen der Welt) bestehen sollte und ein Land nicht über ausreichende Devisenreserven verfügt, um eine wirtschaftliche Expansionspolitik zu betreiben. Dann können nämlich die Konvertierbarkeit, stabile Wechselkurse und eine aktive Beschäftigungspolitik nicht miteinander vereinbart werden. Dann bleibt nur die Wahl zwischen Beschränkungen der Konvertierbarkeit oder einer Senkung des Wechselkurses, da eine große und langdauernde Arbeitslosigkeit unter volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten gleichermaßen abzulehnen ist.

Die Konvertierbarkeit entspricht nicht nur einer möglichst freiheitlichen Wirtschaftsordnung; sie hat vielmehr ganz konkrete wirtschaftliche Vorteile. Sie bildet eine wesentliche und notwendige Voraussetzung für eine rationelle internationale Arbeitsteilung. Und der Vorzug einer optimalen Arbeitsteilung ist darin zu sehen, daß auf diese Weise in der ganzen Welt jedes Produkt mit den vergleichsweise niedrigsten Kosten hergestellt wird — oder anders ausgedrückt, daß die knappen Produktionsmittel



(menschliche Arbeitskraft, Boden, Naturschätze, Kapital) überall in der denkbar rationellsten Weise ausgenutzt werden und somit den höchsten Ertrag abwerfen. Der Wohlstand der ganzen Welt wird also durch eine Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung erhöht, selbst wenn das absolute Optimum nicht erreicht werden sollte. Das gilt jedoch nur, wenn nicht eine weitverbreitete Arbeitslosigkeit herrscht, deren Vermeidung mit zu den wesentlichen Voraussetzungen einer dauerhaften Konvertierbarkeit gehört. Der Wohlstandszuwachs, den die westliche Welt durch eine Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung erzielen würde, mag sich zwar auf die verschiedenen Länder in unterschiedlichem Ausmaß verteilen. Aber bei der gegenwärtigen Lage kann wohl davon ausgegangen werden, daß praktisch alle Länder davon profitieren würden.

Die Aufspaltung der Welt in zwei Handels- und Währungsblöcke würde selbstverständlich eine gewisse Beschränkung der sonst möglichen internationalen Arbeitsteilung und damit der daraus resultierenden Vorteile mit sich bringen. Der Wettbewerb mit den besonders leistungsstarken Vereinigten Staaten würde mehr oder weniger beschränkt und würde eine, vermutlich schon ins Gewicht fallende, Minderung der sonst erzielbaren Produktivitätssteigerung nach sich ziehen. Andererseits könnte sich eine durch die Abschließung gegenüber dem Dollarraum geför-

derte verstärkte wirtschaftliche Integration innerhalb des Nicht-Dollarraums günstig auswirken.

Die wirtschaftlichen Wirkungen der Konvertierbarkeit und einer sich darauf aufbauenden besseren internationalen Arbeitsteilung können — obwohl sie für die Volkswirtschaft, als Ganzes betrachtet, mit Vorteilen verbunden sein müssen — für einzelne Wirtschaftszweige und Betriebe wegen der Verschärfung des Wettbewerbs gewisse Anpassungsschwierigkeiten auslösen. Insbesondere mag ein schärferer Wettbewerb mit den Produzenten im Dollarraum fühlbar werden, wenn einmal die gegenwärtig noch bestehenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen weiter abgebaut werden und wenn ferner darauf verzichtet wird, den Absatz in einzelnen Weichwährungsändern durch bevorzugte Kreditgewährung (vor allem im Rahmen bilateraler Abkommen) zu fördern. Sollten daraus untragbare Belastungen resultieren, so wäre zu prüfen, wie den in Bedrängnis geratenen Wirtschaftszweigen und Betrieben durch vorübergehende staatliche Hilfsmaßnahmen die notwendigen Anpassungen erleichtert werden können. Hält die wirtschaftliche Expansion in den größeren europäischen Ländern weiterhin an — und vorläufig sprechen alle Anzeichen dafür —, dann besteht eine begründete Hoffnung, daß die ausgelösten Anpassungsvorgänge sich in Grenzen halten, die auch vom Standpunkt der besonders Betroffenen erträglich sind.

## V. Internationale Abkommen

Der Uebergang zur Konvertierbarkeit ist von den maßgebenden Regierungen als eine kollektive Aktion konzipiert worden, weil ein solcher Uebergang ohne genau umrissene Spielregeln und ohne eine Mitwirkung der vorhandenen internationalen Institutionen auf dem Gebiete des Handels- und Zahlungsverkehrs mit großen Risiken verbunden wäre. Unter den Spielregeln sind die Handelsregeln von besonderer Bedeutung, bestünde doch sonst die Gefahr, daß eine Befreiung des Zahlungsverkehrs durch entsprechende Handelsrestriktionen unwirksam gemacht werden könnte. Als Rahmen für weltweite Handelsregeln bietet sich in erster Linie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen von Genf (GATT) an. Dieses ursprünglich nur als Provisorium gedachte internationale Abkommen bedurfte ohnehin einer neuen Fassung und einer endgültigen Bestätigung. Schon vor Jahresfrist beschlossen die Vertragsparteien, Ende des Jahres 1954 mit den Revisionsverhandlungen zu beginnen. Gegenwärtig läßt sich noch nicht absehen, in welcher Form ein neues GATT zustande kommt. Anscheinend ist bereits eine Einigung darüber erzielt worden, eine besondere Handelsorganisation zu schaffen und von deren Statut die Handelsregeln zu trennen, deren Einhaltung zu überwachen die Hauptaufgabe der zu bildenden Organisation sein wird. Dagegen bereitet die Einigung über neue Vor-

schriften über die Anwendung mengenmäßiger Handelsbeschränkungen besondere Schwierigkeiten. Die bisherigen Regeln waren so verklausuliert, daß ihre strenge Anwendung im Sinne einer möglichst weitgehenden Ausschaltung solcher Restriktionen nur schwer möglich gewesen wäre. Im Interesse einer gut funktionierenden internationalen Wirtschaftsordnung kommt es darauf an,

a) die Anwendung von mengenmäßigen Beschränkungen zum Schutz der inländischen Produktion wesentlich weiter einzuschränken, als es der gegenwärtigen Praxis entspricht,

b) mengenmäßige Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz nur vorübergehend und im Einvernehmen mit den übrigen Handelspartnern zuzulassen, so daß ein Mißbrauch solcher Maßnahmen verhindert wird,

c) die Möglichkeit einer diskriminierenden Anwendung solcher Beschränkungen vorzusehen, wenn ein allgemeiner Notstand eintritt, weil eine sich in extremen Gläubigerländern etwa vollziehende Deflation und Depression auf andere Gebiete übergreifen droht und die in diesen Gebieten erforderlich werdenden expansiven Maßnahmen den Schutz der Zahlungsbilanz durch mengenmäßige Beschränkungen erzwingen (was nur dann der Fall sein wird, wenn diese Gebiete nicht über aus-

reichende Devisenreserven verfügen und wenn eine Änderung des Wechselkurses nicht opportun erscheint).

In diesem Zusammenhang taucht ein wichtiges Problem der Kompetenzabgrenzung auf: wer soll darüber entscheiden, ob Zahlungsbilanzschwierigkeiten vorliegen, die die Einführung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen rechtfertigen? Soll dies das GATT tun oder soll der IMF dafür zuständig sein, der nach seinen Statuten zu bestimmen hat, wann ein Land infolge von Zahlungsbilanzschwierigkeiten Restriktionen des Zahlungsverkehrs (im Gegensatz zu Handelsbeschränkungen) in Kraft setzen darf? Es liegt auf der Hand, daß die Einstellung der verschiedenen Länder zu solchen Fragen nicht nur von rein sachlichen Gesichtspunkten bestimmt ist, sondern daß dabei auch Antipathien und Sympathien der leitenden Beamten gegenüber den bestehenden Organisationen eine Rolle spielen können. Im übrigen zeigt dieses Problem der Kompetenzabgrenzung zwischen dem GATT und dem IMF die großen Vorzüge der OEEC-Lösung, bei der der Rat der OEEC als oberstes Organ für alle — sowohl handels- als auch zahlungspolitischen — Fragen zuständig ist, die in solchen Zusammenhängen auftauchen können. Der Rat der OEEC vermag also die Gesamtlage eines Landes unter allen ihren Aspekten zu betrachten und zu diskutieren, gleichviel ob es sich um Fragen der inneren Wirtschaftspolitik, der Handelsrestriktionen oder der Zahlungsbilanzentwicklung und Devisenreserven handelt. Ob und in welcher Form eine engere Kooperation zwischen dem GATT und dem IMF hergestellt wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht übersehen.

Auch im Rahmen des IMF wären gewisse Vorbereitungen zu treffen, um das Funktionieren eines Konvertierbarkeitssystems sicher zu stellen. Anscheinend ist es im Laufe des letzten Jahres gelungen, diese Vorbereitungen weitgehend abzuschließen. Es ging dabei zunächst um die Entwicklung von Verfahrensvorschriften, die eine mehr oder weniger automatische Inanspruchnahme der Fondsmittel ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde das Verfahren der „standby-arrangements“ eingeführt, die es einem Land erlauben, Ziehungen auf den Fonds innerhalb gewisser Grenzen und für eine bestimmte Zeitperiode vorzunehmen, ohne daß der Fonds im Zeitpunkt der Ziehungen die wirtschaftliche Lage des betreffenden Landes näher untersucht. Eine solche Untersuchung, die nach den Statuten des Fonds erforderlich ist, wird vielmehr lediglich bei Abschluß der standby-Vereinbarung selbst durchgeführt. Offenbar bestehen auch schon gewisse Vorstellungen bei den zuständigen Stellen des Fonds und der Hauptinteressenten über die Höhe solcher standby-arrangements, die bei einem Uebergang zur Konvertierbarkeit in Betracht kommen würden.

Ein weiteres Problem wirft die Frage der Wechselkursflexibilität auf. Es ist bekannt, daß einzelne Länder eine solche Flexibilität nach Herstellung der Konvertierbarkeit für zweckmäßig oder sogar für erforderlich halten. Andere Länder sind dagegen nach wie vor an einer Stabilität der Kurse interessiert. Die Diskussionen über diesen Punkt sind noch nicht abgeschlossen. Welche Lösungen später getroffen werden, läßt sich noch nicht absehen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß der Fonds es nunmehr schon bei zwei Ländern (Kanada und Peru) hingenommen hat, daß eine Parität der Währungen nicht festgesetzt wurde.

Schließlich tauchen noch gewisse Probleme im Zusammenhang mit den Artikeln XIV und VIII des IMF-Abkommens auf. Nach den Ausnahmebestimmungen des Artikels XIV ist es einem Lande während einer Uebergangszeit erlaubt, Zahlungs- und Ueberweisungsbeschränkungen für laufende internationale Transaktionen beizubehalten, bis der Fonds einen positiven Beschluß faßt, der die Aufhebung solcher Beschränkungen fordert. Nach Artikel VIII bedürfen alle Beschränkungen für laufende Zahlungen — und darunter fallen auch bilaterale Zahlungsabkommen, wie sie eine Reihe von europäischen Ländern abgeschlossen haben — einer positiven Genehmigung des Fonds. Bei einem Uebergang zur Konvertierbarkeit sollte man erwarten, daß für das betreffende Land die sogenannte Uebergangszeit abgeschlossen ist und die Ausnahmebestimmungen des Artikels XIV nicht mehr Anwendung finden. Andererseits dürfte es für einige Länder schwierig sein, bei einem Uebergang zur Konvertierbarkeit schlagartig alle bilateralen Zahlungsabkommen zu beenden, so daß über die Behandlung solcher Abkommen unter Artikel VIII gewisse Uebergangsregelungen getroffen werden müßten, was jedoch auf keine allzu große Schwierigkeiten stoßen sollte.

Dagegen ist es noch offen, wie die bisherigen Funktionen der OEEC in einem weltweiten Konvertierbarkeitssystem fortgeführt werden. Ob und inwieweit der Liberalisierungskodex der OEEC übernommen oder umgebaut werden kann, hängt in erster Linie vom Ausgang der GATT-Verhandlungen ab. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß die OEEC-Länder bereit waren, trotz der schwebenden GATT-Verhandlungen ihren Liberalisierungskodex weiter auszubauen und die positive Liberalisierungsverpflichtung auf 90 Prozent des privaten Warenverkehrs zu erhöhen.

Auf dem Zahlungsgebiet besteht Einigkeit darüber, daß der bisherige EZU-Mechanismus nach dem Uebergang zur Konvertierbarkeit nicht mehr aufrechterhalten bleiben kann. Automatische Kredite im Rahmen der EZU sind mit der Möglichkeit, alle in ausländischen Währungen gehaltenen Guthaben jederzeit in Gold oder Dollar umzuwandeln, nicht vereinbar. Um jedoch den Ländern mit schwächerer Wäh-



rung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten beispringen zu können und diese Länder in ihrem Bemühen zu unterstützen, die bisherige Liberalisierung fortzusetzen, soll der schon erwähnte Europäische Fonds geschaffen werden, über dessen Höhe und Aufbringung allerdings noch keine endgültige Einigung erzielt ist. Es kann jedoch damit gerechnet werden, daß er zumindest rund 500 Millionen Dollar umfaßt und daß das von den Vereinigten Staaten eingebrachte Kapital der EZU in Höhe von 271 Millionen Dollar für den Europäischen Fonds Verwendung findet. Mit dem Wegfall des bisherigen Kreditmechanismus der EZU muß selbstverständlich eine Regelung über die dann noch vorhandenen Forderungen und Verpflichtungen zwischen der EZU und den Mitgliedsländern getroffen werden. Die im Sommer 1954 vereinbarten Rückzahlungstermine für einen großen Teil der innerhalb der EZU bestehenden Krediten dürften eine solche Regelung wesentlich erleichtern. Dagegen ist es noch offen, ob etwa ein multilateral vereinbarter gegenseitiger Abrechnungsmechanismus aufrechterhalten werden soll. Sollte man sich dafür entscheiden — was unter vielen Gesichtspunkten zu begrüßen wäre —, so würden die Salden im Zahlungsverkehr zwischen den EZU-Ländern (einschließlich ihrer Währungsgebiete) für bestimmte zu vereinbarende, wahrscheinlich kürzere Abrechnungsperioden als bisher festgestellt, miteinander verrechnet und die Spitzen durch Gold oder Dollarzahlung ausgeglichen.

Die Verhandlungen über die genannten Probleme werden sich noch einige Zeit hinziehen. In den kommenden Monaten wird sich wiederum ein kritischer Zeitpunkt ergeben, wenn im Zusammenhang mit der erneuten Verlängerung der EZU Entscheidun-

gen getroffen werden müssen, bei denen der für den Uebergang zur Konvertierbarkeit geplante Zeitpunkt eine Rolle spielen wird. Von Bedeutung ist ferner auch die Behandlung des handelspolitischen Programms der amerikanischen Regierung im Kongreß der Vereinigten Staaten. Und zweifellos wird auch die nächste Tagung des IMF im Herbst 1955 Gelegenheit bieten, weitere dann noch offenstehende Probleme ihrer Lösung näher zu bringen. Aus all dem ergibt sich, daß mit dem endgültigen Schritt zur Konvertierbarkeit möglicherweise erst zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen ist.

Dieses — bei einer kollektiven Aktion unvermeidliche — sehr zögernde Vorgehen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die meisten Länder (und darunter besonders Großbritannien und Deutschland) bereits eine Fülle von Maßnahmen getroffen haben und noch treffen werden, die ihre Währungen stärker an die Konvertierbarkeit heranzuführen, so daß der letzte Schritt vermutlich nicht mehr als ein formeller Akt sein wird. Allerdings ist die Herbeiführung der Konvertierbarkeit unter den günstigen Bedingungen, die gegenwärtig herrschen, leichter als ihre Aufrechterhaltung auf die Dauer. Dies erfordert eine beharrliche Wirtschaftspolitik aller wichtigen Welthandelsländer, die dem Ausgleich der Zahlungsbilanzen ohne häufige Wechselkursmanipulationen und ohne Wiedereinführung mengenmäßiger Handelsbeschränkungen eine große Bedeutung zumißt und ständig bemüht ist, zwischen dieser Zielsetzung und anderen nicht minder wichtigen volkswirtschaftlichen Zielsetzungen einen tragbaren Kompromiß zu finden. Dies kann nur im Rahmen einer engen internationalen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen gelingen, die infolgedessen eines weiteren Ausbaus bedarf.

## Vorschläge zur Konvertibilität

*Von Dr. Hanns-Joachim Rüstow, Göttingen*

### *Bemühungen zur Wiederherstellung der Konvertibilität*

Während noch bis vor kurzem die Frage der Währungskonvertibilität im Vordergrund aller Erörterungen über internationale Wirtschaftsprobleme stand, ist es jetzt stiller geworden um dieses Problem, das zur Zeit hinter anderen aktuellen Fragen zurücktritt. Die Tagung des Währungsfonds und der Weltbank in Washington, an der Vertreter von 57 Ländern teilnahmen, ist Ende September 1954 nach fünfjähriger Dauer abgeschlossen worden, ohne daß irgendwelche konkrete Beschlüsse über die Wiederherstellung der Konvertibilität gefaßt worden wären<sup>1</sup>, und der Ministerrat des Europäischen Wirtschaftsrates hat auf seiner letzten Sitzung am 13. und 14. Januar 1955 beschlossen, die Europäische Zah-

lungunion um ein weiteres Jahr — vom 30. Juni 1955 ab — zu verlängern<sup>2</sup>. Es wird also mehr als ein Jahr vergehen, ehe an entscheidende internationale Vereinbarungen und Abmachungen über die freie Konvertibilität der Währungen zu denken ist.

Trotzdem, ja gerade darum sollte diese Frage, die eine so wesentliche Bedeutung für die wirtschaftspolitische und geistige Entwicklung der freien Welt haben kann, nicht zurückgestellt, sondern die noch verfügbare Zeitspanne zu einer gründlichen Erörterung aller der Probleme genutzt werden, deren Klärung für eine auf die Dauer haltbare und befriedigende Lösung der uns gestellten Aufgabe erforderlich ist.

Bisher überwiegt ganz eindeutig die Tendenz zu einer dirigistischen Lösung des internationalen Wäh-

<sup>1</sup>) Vgl. den Kurzbericht über die 9. Jahresversammlung der Weltbank und des IMF in Europa-Archiv 23/1954, S. 7140.

<sup>2</sup>) Vgl. den Kurzbericht über die Beschlüsse des Ministerrates der OEEC in Europa-Archiv 3/1955, S. 7283.

rungswesens. Das heißt, während im früheren Goldwährungssystem ein bestimmter Mechanismus automatisch das Zustandekommen der notwendigen kreditpolitischen und wirtschaftspolitischen Vorbedingungen für unbeschränkte Konvertibilität bei festen Wechselkursen bewirkte, hofft man in Zukunft diesen Mechanismus durch Kontrollen, Anweisungen und Eingriffe einer supranationalen Instanz ersetzen oder sich auf entsprechende Ausrichtung der autonomen Wirtschaftspolitik aller einzelnen Länder verlassen zu können. Die Erfahrungen der Vergangenheit lassen jedoch, ebenso wie grundsätzliche theoretische Überlegungen, ein großes Maß von Skepsis gegenüber den Möglichkeiten und Auswirkungen dirigistischer Kontrollen und interventionistischer Eingriffe angebracht erscheinen. Diese Skepsis gründet sich teils darauf, daß eine Mischung von Freiheit und Dirigismus zwangsläufig zu vollem Dirigismus hin zu tendieren pflegt, teils darauf, daß ohne den Zwang eines automatisch wirksamen Mechanismus die Einwirkungsmöglichkeiten einer supranationalen Instanz nicht ausreichen, um sich gegen den Einfluß widerstrebender Kräfte und entgegenwirkender Einzelinteressen durchzusetzen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, bergen alle Versuche einer rein dirigistischen Lösung des Währungsproblems große Gefahren in sich. Denn die freie Wirtschaft würde ebenso bedroht sein, wenn die Entwicklung allmählich in einen planwirtschaftlichen Interventionismus hinübergleiten wie wenn sich aus einem Versagen des Dirigismus ein neues Währungschaos ergeben würde mit all den bekannten Kettenreaktionen, die wir in der Vergangenheit erlebt haben.

Zu denjenigen, die diese Gefahren sehr ernst nehmen, gehört die Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung „CEPES“ (Comité Européen pour le Progrès Economique et Social). Diese im Jahre 1952 entstandene Vereinigung von führenden Persönlichkeiten der Praxis und Wissenschaft verschiedener europäischer Staaten befürwortet „eine Wirtschaftspolitik in den europäischen Staaten, die auf gemeinsamen Grundsätzen beruht und die Freizügigkeit von Menschen, Waren, Dienstleistungen, Zahlungen und Kapitalbewegungen zwischen den europäischen Volkswirtschaften garantiert“. „Nur bei Herstellung solcher Freiheiten kann (wie es in den ‚Zielen und Aufgaben‘ der Vereinigung heißt) eine echte Arbeitsteilung, welche das Kennzeichen wirklicher Integration Europas ist, erreicht werden.“ In der Überzeugung, daß zur Herstellung solcher Freiheiten eine unbeschränkte Konvertibilität der Währungen notwendige Voraussetzung ist, und in der Erkenntnis, daß eine rein dirigistische Lösung des Währungsproblems keine dauerhafte Sicherung der Konvertibilität gewährleisten würde, war die Vereinigung in ihren Untersuchungen über das Währungsproblem von vornherein auf Einbau automatischer, der früheren Goldwährung entsprechender

Sicherungen in das zukünftige Währungssystem bedacht.

### *Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten*

Bereits im Jahre 1953 hat die Europäische Vereinigung bestimmte Thesen zur monetären Integration Europas vorgelegt, deren Wortlaut in Heft 20 des achten Jahrganges des Europa-Archivs ungekürzt wiedergegeben wurde. Inzwischen sind jene Thesen zu einem konkreten Vorschlag für die neue Ordnung des europäischen Währungswesens ausgestaltet worden, der am 26. November 1954 in Frankfurt am Main veröffentlicht wurde<sup>3</sup>.

Die in vier Teile aufgegliederte Studie des CEPES enthält 35 Ziffern. Außerdem ist in einem Anhang statistisches Material über die Entwicklung des Geldvolumens sowie der Gold- und Devisenbestände Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, der Schweiz und der USA zusammengestellt.

Der erste Teil der Studie weist noch einmal — ähnlich wie die im Jahre 1953 vorgelegte Denkschrift — darauf hin, „wie stark in der Nachkriegswirtschaft die Kräfte sind, die eine einheitliche Entwicklung der internationalen Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder erschweren und damit immer wieder zu Ungleichgewichten in den Verhältnissen der Zahlungsbilanzen zueinander führen ... Es erscheint recht fraglich, ob allein die Tatsache, daß eine Währung (mit mehr oder minder starken Einschränkungen) konvertibel gemacht worden ist, genügt, alle diese Kräfte zu bannen und sie davon abzuhalten, eine Politik zu verfolgen, die unter Umständen das Zahlungsbilanzgleichgewicht gefährden könnte. Man muß so die Besorgnis haben, daß die Staaten, die jetzt gemeinsam zur Konvertibilität übergehen wollen, ein Haus ohne gesicherte Fundamente bauen ...“ Ein System konvertibler Währungen werde nur dann „auf einer so sicheren Grundlage ruhen“, „daß es gegenüber allen Störungskräften durchgehalten werden kann und damit den Völkern den von allen angestrebten Zustand der inneren und äußeren wirtschaftlichen Gesundheit auf die Dauer zu verbürgen vermag“, wenn es „unterbaut wird durch ein System fester Bindungen für die innere Wirtschaftspolitik der Länder und wirksamer Kontrollen zur Einhaltung dieser Bindungen“.

### *Bindung des Geldumlaufs an die Währungsreserven*

Die im zweiten Teil der Studie vorgeschlagene, der früheren Goldwährung entsprechende Sicherung des Währungssystems besteht darin, daß für den Geldumlauf der einzelnen Mitgliedstaaten wieder eine gesetzlich verankerte Bindung an eine „Währungs-

<sup>3</sup> Der deutsche Text (CEPES, Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen) ist zu beziehen durch das Sekretariat der deutschen CEPES-Gruppe, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20.



reserve“ geschaffen wird. Diese Währungsreserve soll im Gegensatz zur reinen Goldwährung aus Gold und Devisen bestehen. Die einzelnen Mitgliedstaaten müssen dementsprechend eine bestimmte Relation ihres Geldvolumens zu ihrem Bestand an Gold und Devisen gesetzlich festlegen, so daß jede Abweichung ihrer Kredit- und Wirtschaftspolitik von der zur Einhaltung dieser Relation vorgezeichneten Linie gesetzwidrig sein würde. Dadurch werden „der Wirtschafts- und Kreditpolitik der beteiligten Länder klare und eindeutige Richtpunkte“ gegeben. Die für die Kredit- und Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen sollen auf diese Weise „einen festen Halt“ bekommen, „wie er in anderer Weise kaum zu erreichen sein wird“. Es ist der Sinn und Zweck des CEPES-Vorschlages, „die wirtschaftspolitischen Grundsätze und Verhaltensweisen fest zu verankern, die die innere und äußere finanzielle Stabilität der beteiligten Länder und eine Konformität ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu sichern versprechen“.

Die Relation zwischen Geldvolumen und Währungsreserve wird in dem CEPES-Vorschlag nicht starr fixiert; vielmehr soll die Zentralbank nur zur Einhaltung gewisser Unter- und Obergrenzen für diese Relation verpflichtet sein. Innerhalb dieser Grenzen ist also eine elastische Handhabung der Kredit- und Wirtschaftspolitik möglich. „Entscheidend ist dabei, daß dieses System bei richtiger Handhabung nach beiden Seiten wirkt, daß es also nicht nur bei einem Defizit der Zahlungsbilanz wirksam wird, sondern auch dann, wenn ein Staat durch chronisch hohe Ueberschüsse seiner Zahlungsbilanz den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu stören neigt.“ „Die in der Zeit der Goldwährung weit verbreitete Vorstellung von der Zweckmäßigkeit einer möglichst hohen Ueberdeckung der Währung mit Gold gegenüber den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsätzen war im übrigen an dem Zusammenbruch der Goldwährung entscheidend beteiligt. Denn sie gab den Staaten, die diesen Zustand erreichen konnten, einen großen Spielraum für eine kreditpolitische Autonomie, durch die das weltwirtschaftliche Gleichgewicht zunehmend gestört wurde.“ „Es war der Fehler der Goldwährung, an dem sie letztlich gescheitert ist, daß sie die durch Goldabflüsse eingetretene Kaufkraftverminderung verewigt hat, weil die Länder, denen das Gold zufließt, vor allem die USA, ihrerseits das Gold sterilisierten, statt die Goldzuflüsse mit einer aktiven Wirtschafts- und Kreditpolitik zu beantworten. Das hier vorgeschlagene System schließt demgegenüber, richtig angewandt, ein solches Versagen aus. Es zwingt diejenigen Länder, deren Währungsreserven sich stärker als ihr Geldvolumen erhöhen, zu einer aktiven Wirtschafts- und Kreditpolitik und schafft damit rasch das notwendige Gefälle gegenüber denjenigen Ländern, die durch den Abfluß von Währungsreserven zeitweise zu einer zurückhaltenden Politik gezwungen sind.

Eine solche doppelte Hebelwirkung verspricht einen verhältnismäßig flüssigen Ausgleich bestehender Diskrepanzen in der Wirtschaftsentwicklung ...“

Bei den Devisen, die zu der vorgeschlagenen Währungsreserve rechnen, handelt es sich um „sämtliche Devisenforderungen eines Landes abzüglich kurzfristiger Devisenschulden“; d. h. es kommt hierfür nur der Nettobetrag an Devisen in Frage. „Würde man auf eine Saldierung zwischen Devisenguthaben und Devisenschulden verzichten, ... so bestände die Gefahr einer Art internationaler Wechselreiterei“, wodurch die Währungsreserven der einzelnen Zentralbanken in beliebigem Umfange aufgefüllt und vermehrt werden könnten. Die Bindung an eine solche Währungsreserve würde der Kredit- und Wirtschaftspolitik infolgedessen nicht die beabsichtigte Beschränkung auferlegen. Außerdem müßte ein etwaiger Ueberschuß der Devisenschulden einer Zentralbank über ihre Devisenforderungen von ihrem Goldbestand abgerechnet werden, um zu einer Nettowährungsreserve im Sinne des CEPES-Vorschlages zu gelangen. Da nun aber innerhalb einer geschlossenen Währungsgemeinschaft für die Gesamtheit aller Länder Devisenforderungen und Devisenschulden sich stets ausgleichen müssen, so kann es für diese Länder insgesamt keinen Nettobestand an Devisen geben. Infolgedessen kommen als zusätzliche Währungsreserve neben dem Golde für die Währungsgemeinschaft als Ganzes nur Devisen von Drittländern in Frage, die nicht selbst der Währungsgemeinschaft angehören.

Ein kombiniertes Gold-Devisen-System setzt also voraus, daß sich nicht alle Weltstaaten der Währungsgemeinschaft anschließen. Zum Beispiel ist ein europäisches Währungssystem auf der Basis des CEPES-Planes möglich, wenn die außereuropäischen Staaten außerhalb der Währungsgemeinschaft bleiben. Die Devisen aller dieser Drittländer können dann als zusätzliche Währungsreserve dienen. Da man aber damit rechnen muß, daß die Kaufkraftentwicklung des Geldes der einzelnen Drittländer sowohl voneinander wie von der Kaufkraft des Goldes abweichen kann, ist es nicht möglich, den Wechselkurs der Mitgliedstaaten zu mehreren Drittländern festzulegen oder ihre Währung zugleich an ein bestimmtes Verhältnis zum Golde zu binden. Die interne Stabilisierung des Wechselkurses der Mitgliedstaaten untereinander ist vielmehr nur dadurch möglich, daß alle Mitgliedstaaten das Wertverhältnis zwischen ihrer eigenen Währung und der Währung eines bestimmten Landes außerhalb der Währungsgemeinschaft — als gemeinsame Bezugsgröße — gesetzlich fixieren. Das bedeutet, daß die europäische Währungsgemeinschaft sich an eine fremde Währung — und das heißt praktisch wohl an den Dollar — als Leitwährung anhängen muß. Das System gewährleistet also keine absolute Preisstabilität und keinen festen Geldwert, am Golde gemessen, wohl aber eine

parallele Preis- und Geldwertentwicklung zu den Vereinigten Staaten oder zu einem anderen währungspolitisch führenden Lande. Insofern als in dem betroffenen Lande das Preisniveau stabilisiert oder eine bestimmte Goldparität eingehalten wird, bedeutet das mittelbar auch eine entsprechende Stabilisierung des Geldwertes der europäischen Währungsgemeinschaft.

### Einwände gegen den CEPES-Vorschlag

Die Notwendigkeit laufender Ergänzung und Vergrößerung der Devisenbestände der Währungsgemeinschaft im Gleichschritt mit dem Wachstum der Güterproduktion und des für den Güterumsatz erforderlichen Geldumlaufs erfordert einen wachsenden Ausfuhrüberschuß der Währungsgemeinschaft in den Wirtschaftsraum der Drittländer oder eine ständig wachsende Verschuldung an diese Länder. (Dabei muß man sich allerdings dessen bewußt sein, daß auch im Falle reiner Goldwährung alle Goldwährungsländer gezwungen sind, sich die für das Wachstum ihrer Wirtschaft erforderlichen zusätzlichen Goldmengen durch einen entsprechenden laufenden Ausfuhrüberschuß zu beschaffen.) Die unleugbaren Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben können, werden im dritten Teil der CEPES-Studie erörtert. Dieser Teil behandelt außerdem eine Reihe weiterer Einwände, die man gegen das vorgeschlagene System einer Gold-Devisen-Währung vorbringen kann. Sie ergeben sich in erster Linie daraus, daß ein solches System eine weitgehende Abhängigkeit in der Preis- und in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung von den Vereinigten Staaten beziehungsweise von einem anderen führenden Weltwährungslande mit sich bringt. Soweit man diese unbestreitbare Tatsache als einen Nachteil ansieht, wäre eine Behebung dieses Mangels ohne Preisgabe des Vorteils fester Bindungen für die Wirtschafts- und Währungspolitik nur dann möglich, wenn man einen weiteren entscheidenden Schritt wagen würde. Man müßte sich nämlich durch die Schaffung eines neuen Währungsmittels neben dem Golde — oder auch an Stelle des Goldes — von der Notwendigkeit einer laufenden Devisenbeschaffung zur Erweiterung der Währungsreserven freimachen. Diese Möglichkeit einer über den CEPES-Vorschlag hinausgehenden Währungsordnung soll am Schluß unserer Betrachtung kurz angedeutet werden.

Einer der Einwände, mit denen sich die CEPES-Studie in ihrem dritten Teil auseinandersetzt, geht dahin, daß man die Währungsreserve aus Gold und Devisen, die den Maßstab für das zulässige Geldvolumen bildet, ja durch künstliche Eingriffe — wie quantitative Restriktionen für den Import, Heraufsetzung der Zölle, Exportsubventionen und dergleichen — manipulieren könne. Demgegenüber wird in der CEPES-Studie noch einmal betont: „Das vorgeschlagene System schließt, wie die echte Konvertibilität überhaupt, ein, daß die Länder auf solche

künstlichen Korrekturen ihrer tatsächlichen Leistungsbilanz verzichten oder sie doch auf ein genau übersehbares und kontrollierbares Maß beschränken.“ „Auf jeden Fall sollte die Neueinführung von Maßnahmen dieser Art nur nach sorgfältiger Ueberlegung und Prüfung durch eine übergeordnete Instanz zugelassen werden.“

„Der bewußte Verzicht auf die autonome Anwendung der Wechselkurspolitik bzw. der administrativen, handelspolitischen Maßnahmen zwingt dazu, das Hauptgewicht auf die Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik der beteiligten Länder zu legen. Dies ist der Kerngedanke des CEPES-Vorschlags. Eine internationale Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik sollte zunächst darauf ausgerichtet sein, vorbeugend die Entstehung von Depressionen und Inflationen zu unterbinden und damit die aus solchen Entwicklungen resultierenden Störungen des Gleichgewichts der Zahlungsbilanzen zu verhindern.“

### Möglichkeiten für eine Verwirklichung des Vorschlags

„In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage nach einer geeigneten Methode des Zusammenwirkens der beteiligten Länder, um die Anwendung der unerläßlichen wirtschaftspolitischen Grundregeln zu sichern“ und alle beteiligten Länder positiv zu einer „konformen und stabilen Kredit- und Währungspolitik“ anzuhalten.

„Zunächst könnte man daran denken, dieses Ziel durch eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit der Notenbanken und die Bildung eines Rates der Notenbankgouverneure zu erreichen. Er hätte zwar keine die Regierungen bindende Entscheidungsbefugnis, aber er könnte durch Veröffentlichung seiner Stellungnahmen die öffentliche Meinung und mit Hilfe direkter Interventionen über einen zu bildenden intereuropäischen Devisenausgleichsfonds sowohl den Devisenmarkt wie den Kapitalmarkt beeinflussen.“

„Eine weitergehende... Lösung besteht in der Schaffung einer völkerrechtlich fundierten, übergeordneten Instanz, an deren Willensbildung sowohl die Vertreter der Regierungen wie der Notenbanken zu beteiligen wären. Sie muß die Möglichkeit haben, nach Erschöpfung aller Konsultationsmöglichkeiten Regierungen, die sich nicht systemkonform verhalten, zu den erforderlichen Maßnahmen anzuhalten. Dazu ist es in erster Linie notwendig, daß die kontrollierende Instanz in die Verfügung gewisser Mittel eingreifen kann, die für die einzelnen Staaten internationale Zahlungsmittel darstellen. Die ideale Lösung in diesem Sinne wäre eine Zentralisierung der Währungsreserven oder jedenfalls eines Teiles davon, wobei die kontrollierende Instanz im Falle eines systemwidrigen kreditpolitischen Verhaltens eines Landes entweder (im Fall eines chronischen Defizits) die weitere Abdisposition der Währungsreserven unterbinden oder (im Fall einer extremen Gläubiger-



situation) Teilbeträge anderen Staaten auf Antrag im Kreditwege zur Verfügung stellen könnte. Selbstverständlich müssen Abdispositionen dieser Art auf solche Fälle beschränkt werden, in denen das begünstigte Schuldnerland nachweisen kann, daß es andernfalls durch die Politik der Gläubigerländer in eine Deflationspolitik hineingezwungen würde und daß sich seine eigenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten nicht aus einer ungerechtfertigten inflatorischen Politik herleiten. Schließlich sollte die kontrollierende Instanz das Recht bekommen, Kreditgewährungen aus einem zu schaffenden gemeinsamen Ausgleichsfonds im Falle eines systemwidrigen kreditpolitischen Verhaltens eines Staates zu stoppen.

Maßnahmen dieser Art sollen nur im Falle eines extremen Mißstandes, nämlich bei dauerndem Ueberschreiten der Interventionspunkte durch einen Staat, getroffen werden. Sie sollen den wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen der Staaten einen inneren Rückhalt gegenüber all den Kräften und Tendenzen geben, die — wie dargestellt — in der demokratisch organisierten Welt nicht selten das Gleichgewicht der Wirtschaft zu stören drohen. Im übrigen wird die kontrollierende Instanz die wichtige Aufgabe haben, durch genaue Beobachtungen der wirtschaftlichen Vorgänge in den einzelnen Staaten und durch ständige wechselseitige Beratung Störungsherde rechtzeitig zu erkennen und auszumerzen und immer wieder auf eine möglichst weitgehende Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik der angeschlossenen Staaten hinzuwirken.“

Die rechtlichen und organisatorischen Gesichtspunkte, die bei der Einrichtung einer solchen Instanz zu berücksichtigen sind, werden im vierten Teil der CEPES-Studie im einzelnen behandelt.

Wie bereits gesagt, ist der Währungsplan des CEPES nicht für ein weltumspannendes Währungssystem gedacht, da nur von Drittländern außerhalb der Währungsgemeinschaft die für die Währungsreserve benötigten Devisen beschafft werden können. Die CEPES-Studie weist aber mit Recht darauf hin, daß die Verwirklichung der hier vorgeschlagenen Währungsordnung die Voraussetzungen für einen unbedenklichen Uebergang zur vollen Konvertibilität schaffen und zugleich dazu beitragen würde, die wiederhergestellte Konvertibilität der europäischen Währungen gegen mögliche Bedrohungen zu schützen.

#### *Die Vorzüge eines automatisch funktionierenden Währungssystems*

Ohne Zweifel bedeutet der Vorschlag des CEPES einen wesentlichen Fortschritt gegenüber allen Plänen zur rein dirigistischen Lösung des Konvertibilitätsproblems ohne jede automatische Währungssicherung durch gesetzlich verankerte Bindungen; und es ist außerordentlich zu begrüßen, daß namhafte Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft verschiedener europäischer Nationen so nachdrücklich auf die Notwendigkeit solcher Bindungen hinweisen.

Allerdings muß bei dem vom CEPES vorgeschlagenen Währungssystem eine gewisse Abhängigkeit der europäischen Währungsgemeinschaft von einem währungspolitisch führenden Lande in Kauf genommen werden. Das System ist nicht auf weltweiter Basis möglich; es stellt vielmehr nur eine Uebergangslösung zu einer weltumspannenden Währungsordnung dar.

Ein automatisch funktionierendes weltweites Währungssystem mit unbeschränkter Konvertibilität bei festen Wechselkursen würde entweder die Rückkehr zur reinen Goldwährung oder die Schaffung eines neuen Währungsmittels voraussetzen. Dieses Währungsmittel könnte aus internationalen Geldnoten — „Währungsnoten“ — bestehen, die mit einem bestimmten Wertverhältnis zum Golde von einer internationalen Währungsbank an die Zentralbanken der Währungsgemeinschaft ausgegeben werden. Die Währungsnoten würden in diesem Falle an die Stelle der im CEPES-Plan vorgesehenen Devisen sowohl in ihrer Funktion als Regulierungsmittel für den internen Geldumlauf der Mitgliedstaaten wie als internationales Zahlungsmittel treten. Die Währungsmittel (Währungsreserven) der Mitgliedstaaten, zu denen eine bestimmte Relation des Geldvolumens gesetzlich festzulegen wäre, würden dann also — statt aus Gold und Devisen — aus Gold und internationalen Währungsnoten bestehen. Dementsprechend würde die Währung der Mitgliedstaaten nicht an ein bestimmtes Verhältnis zu der Währung eines Drittlandes gebunden sein; vielmehr würde der Wert ihres Geldes durch die Bindung an das Gold — bzw. an die in einem bestimmten Wertverhältnis zum Golde stehenden Währungsnoten — gesetzlich festgelegt und stabilisiert werden.

Während der Goldzustrom zu den Zentralbanken von den Goldfunden und Goldgewinnungsmethoden und von vielen anderen Zufälligkeiten abhängt, könnte man die Zuteilung der internationalen Währungsnoten ziemlich genau der allgemeinen Gütervermehrung bzw. dem Güterumsatz anpassen. Es wäre sogar möglich, Schwankungen im Goldzustrom zu den Zentralbanken oder in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die nicht im Einklang mit der Entwicklung des Güterumsatzes stehen, durch eine entsprechende Minder- oder Mehrzuteilung von Währungsnoten auszugleichen. Im Falle eines starken, zur Aufrechterhaltung der Preisstabilität mehr als ausreichenden Goldzuflusses würden entsprechend weniger Währungsnoten ausgegeben werden oder sogar Währungsnoten an die internationale Währungsbank zurückfließen. Dagegen würde sich im Falle eines zu knappen Goldzuflusses die Zuteilung von Währungsnoten entsprechend erhöhen. Mit einem Währungsmittel dieser Art könnten mithin die für eine reine Gold- oder Goldumlaufwährung unzureichenden Goldbestände in dem erforderlichen Umfange ergänzt und dadurch zugleich eine voll-

kommenere Stabilität des internationalen Preisniveaus als durch eine reine Goldwährung erreicht werden<sup>4</sup>.

Bei reichlichem Goldzustrom könnte sich das System allmählich einer reinen Goldwährung nähern, bei knappem Goldzufluß aber zu einem Währungsmechanismus ohne Gold (bei dem die Notwendigkeit eines Ausgleichs von Schwankungen des Goldzuflusses entfallen würde) hin entwickeln. Diese Entwicklung ließe sich natürlich auch nach der einen oder anderen Richtung hin dadurch fördern und beschleunigen, daß man den gesetzlichen Goldankaufspreis für die ganze Währungsgemeinschaft global erhöht oder vermindert. Man könnte es also von den Erfahrungen eines mehr oder weniger langen Zeitraumes abhängig machen, ob man zur reinen Goldwährung zurückkehren oder zu einer goldfreien Währung übergehen will.

In einem Geldsystem mit internationalen Währungsnoten würden die Zentralbanken ihre Währungsmittel für die Regulierung des internen Geldumlaufs und für den Spitzenausgleich im internationalen Zahlungsverkehr — oder wenigstens einen erheblichen Teil dieser Mittel — von der internationalen Währungsbank erhalten. Wie in dem zitierten Aufsatz näher dargelegt, könnte die laufende Zuteilung von Währungsnoten an die einzelnen Staaten der Währungsgemeinschaft nach objektiven Normen und Maßstäben so erfolgen, daß für menschliche Schwäche,

Unzulänglichkeit und Willkür kaum ein Spielraum bleibt und daß die Mitgliedstaaten zur Stabilisierung des Preisniveaus und der Wechselkurse automatisch gezwungen werden. Das Zuteilungsverfahren wäre so zu handhaben, daß die Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzen für die Relation zwischen Geldumlauf und Währungsmittelbestand im eigenen Interesse der Zentralnotenbanken liegt.

Auch CEPES hat sich mit dem Plan, das Gold als Währungsmittel durch internationale Währungsnoten — statt durch Devisen — zu ergänzen, befaßt, von der Vorlage eines entsprechenden Alternativvorschlages aber aus gewissen — vornehmlich politischen — Erwägungen abgesehen.

Alle, denen die freie Wirtschaft am Herzen liegt, werden mit Spannung der weiteren Entwicklung des Währungswesens entgegensehen. Denn es kann weittragende Bedeutung für unser Wirtschaftssystem haben, ob die Tendenz zum Dirigismus und Interventionismus auf dem Währungsgebiet sich weiter ausbreitet oder ob die Erkenntnis sich durchsetzt, daß für eine dauerhafte Sicherung der Konvertibilität und der Währung überhaupt gesetzlich verankerte Bindungen — im Sinne des CEPES-Planes — erforderlich sind. Dann wird die Zeit vielleicht sogar reif sein für den Gedanken, die automatische Wirksamkeit des Währungsmechanismus — zur möglichst weitgehenden Ausschaltung von Willkür — noch über den CEPES-Vorschlag hinaus mit Hilfe eines neuen Währungsmittels zu verstärken.

<sup>4</sup>) Eine ausführliche Darstellung und Begründung eines solchen Währungssystems findet sich in dem Aufsatz „Konvertibilität der Währungen, Stabilität des Preisniveaus und Vollbeschäftigung“ von H. J. Rüstow im 14. Bd. Heft 4 der Zeitschrift *Finanzarchiv*, Tübingen 1954. Dort ist die Wirksamkeit des angedeuteten Währungssystems allerdings an dem reinen Modell einer nur mit internationalen Währungsnoten — als einzigem Währungsmittel — ausgestatteten Währungsgemeinschaft ohne Gold dargestellt. Die erforderlichen Ergänzungen

und Modifikationen des Planes im Falle einer kombinierten Währung — Gold und Währungsnoten — liegen auf der Hand. In dem genannten Aufsatz glaube ich auch nachgewiesen zu haben, daß ein Währungsmechanismus mit unbeschränkter Konvertibilität, festen Wechselkursen und stabilem Preisniveau keineswegs unvereinbar ist mit dem Ziel der Vollbeschäftigung. Ich halte die Klärung dieser Frage für außerordentlich wichtig; denn es wäre für Bestand und Zukunft der freien Wirtschaft verhängnisvoll, wenn wir uns alternativ für eines der beiden Ziele entscheiden und auf das andere verzichten müßten.

## Rechtsfragen einer europäischen Währungsordnung

Von Dr. Walter E. Genzer

Die Studie „Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen“<sup>1</sup> (Konvertibilitätsstudie) gewinnt aus den Erwägungen und Thesen zur monetären Seite der wirtschaftlichen Probleme die Erkenntnis, daß das vorgeschlagene währungspolitische System nur aufrechterhalten und gesichert werden kann durch ein Instrument, das an Stelle der automatisch wirkenden Goldwährung die Wirtschaftspolitik der Staaten an Hand der vereinbarten Grundsätze kontrolliert und gegebenenfalls zur Einhaltung des Systems der gesetzlich verankerten festen Bedingungen zwingt.

Eine solche „übergeordnete Kontrollinstanz“<sup>2</sup> soll entweder durch einen Rat der Notenbankgouverneure gebildet werden, der mit dem Recht der Information, der Publikation und Konsultation, aber auch mit gewissen Interventionsbefugnissen auszustatten wäre,

oder aber durch ein Organ, an dem Vertreter der Regierungen und der Notenbanken zu beteiligen wären<sup>3</sup>. Die Aufgaben dieser Instanz sollten folgende sein:

Laufende Beobachtung der Wechselkurse auf ihre Realistik hin;

Begutachtung und Beratung im Falle konjunktureller Krisen einzelner Mitgliedstaaten;

Zustimmung für eine zeitlich befristete Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung restriktiver Praktiken;

Zustimmung zu und Empfehlung von Maßnahmen zur Kursberichtigung durch einzelne Mitgliedstaaten innerhalb bestimmter Fristen;

Empfehlung und Beschlußfassung betreffend globale Aenderung der Relationen zwischen Geldvolumen und Währungsreserven, um Friktionen



des volkswirtschaftlichen Wachstums zu vermeiden; Empfehlung und Beschlußfassung betreffend Aenderung der Kurse aller Mitgliedstaaten, falls dies gegenüber anderen Währungsräumen erforderlich werden sollte;

Verfügung über internationale Zahlungsmittel der einzelnen Mitglieder, insbesondere bei teilweiser oder völliger Zentralisierung der Währungsreserven;

Verwaltung eines Ausgleichsfonds mit den Befugnissen zur Gewährung und Verweigerung bzw. Sperrung von Krediten aus diesem Fonds an einzelne Länder<sup>4</sup>.

Die Konvertibilitätsstudie geht bewußt nicht auf die Frage ein, welche völkerrechtliche Form zur Verwirklichung dieser Vorschläge zu finden sein wird, und unterläßt es insbesondere, sich ausdrücklich für die eine oder andere Form der in Ziffer 15 skizzierten „Instanz“ auszusprechen. Sie bringt aber bei ihren rechtlichen und organisatorischen Schlußfolgerungen bereits eingehendere Vorschläge für eine internatio-

nale Organisation, die sie als Mindestregelung aufgefaßt wissen will. Indem sie diese zur Diskussion stellt, gibt die Studie offenbar zu erkennen, daß ihr Schwergewicht einer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Kooperation mit dem Ziel der wirtschaftlichen Integration zuneigt<sup>5</sup>.

Diese Vorschläge im Zusammenhang mit den währungspolitischen Erwägungen sollen Gegenstand der folgenden Betrachtungen sein. Dabei kann auf die Probleme der Währungskonvertibilität als solche und die damit zusammenhängenden finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen nationaler und internationaler Art nicht mehr eingegangen werden<sup>6</sup>. Es wird vielmehr unterstellt, daß das in der Konvertibilitätsstudie von CEPES entwickelte System an Stelle der Goldwährung erforderlich erscheint und seine Funktionsfähigkeit durch eine „übergeordnete Instanz“ gesichert werden muß. Hier soll somit nur auf das Problem der entsprechenden internationalen Organisationsformen und völker- und staatsrechtliche Fragen abgestellt werden.

### Organisationsprobleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Auf dem Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts treiben die vielfältigen Bestrebungen um eine immer häufiger als notwendig erkannte Kooperation leicht über den Rahmen der Möglichkeiten hinaus, den das klassische Völkerrecht für Vereinbarungen internationaler Art zur Verfügung gestellt hat. Insbesondere stoßen sich diese Bestrebungen im dogmatischen Raum der staatlichen Souveränitätslehre, sobald internationale Abreden die staatliche Unabhängigkeit auf politischem Gebiet zu berühren scheinen. Stellt man speziell auf die internationale Finanzpolitik ab, so ist bekannt, daß die Formen des öffentlichen Rechts und insbesondere die einer Organisation des Völkerrechts ohnehin gern vermieden werden. Darauf ist wohl unter anderem zurückzuführen — und es ist mit Recht bereits darauf hingewiesen worden —, daß internationale Gemeinschaftsaufgaben wirtschaftlicher und finanzieller Art nicht immer „von den Staaten mit den Mitteln des Völkerrechts, sondern von privatrechtlich aufgezogenen Organisationen mit den Mitteln des Privatrechts durchgeführt werden“, deren sich auch die Staaten „zur Erledigung ausgesprochen politischer Aufgaben“ bedienen<sup>7</sup>.

Es liegt daher nahe, bei jeder Frage nach der zweckmäßigsten Gestaltung internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu prüfen, mit welchem Minimum an Organisation auszukommen ist — ohne freilich dabei die Funktion des Systems aus der Sache heraus in Frage zu stellen und die staats- und verfassungsrechtlichen Gegebenheiten zu übersehen.

Unter diesen Gesichtspunkten verdient zunächst der in der Konvertibilitätsstudie von CEPES an erster Stelle gebrachte Vorschlag Beachtung, die Anwendung der als unerläßlich erachteten wirtschafts-

politischen Grundsätze durch eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit der Notenbanken, insbesondere durch einen Rat der Notenbankgouverneure, zu sichern.

Grundsätzlich ist wohl davon auszugehen, daß die Notenbankgouverneure als „professionals“ sowohl für die nationale wie auch für die internationale Währungspolitik von sich aus weitgehend für die Einhaltung der für jeden beteiligten Staat gesetzlich festzulegenden Relation zwischen Geldvolumen und Währungsreserven Sorge tragen werden. Es ist auch durchaus zuzugeben, daß das autoritative Gewicht der Notenbankpräsidenten geeignet ist, das wirtschaftspolitische Verhalten ihres Staates gegenüber internen Störungskräften<sup>8</sup> vielfach abzuschirmen und weitgehend zu immunisieren. Wenn aber die Konvertibilitätsstudie mit solchen Fällen rechnet, daß ein Staat sich — aus welchen Gründen immer — nicht mehr in der Lage sieht, seiner international übernommenen Verpflichtung zu einer systemkonformen Wirtschaftspolitik nachzukommen, so fragt sich, ob es rechtlich möglich ist, die für solche Fälle vorgeschlagenen internationalen Maßnahmen dem Kollegium der Notenbankpräsidenten in die Hände zu legen. Soweit es sich um begutachtende und beratende Befugnisse, insbesondere auch die Vorlage von Empfehlungen handelt, bestehen gegen eine solche koordinierende und rein kooperative Tätigkeit der Notenbankpräsidenten keine Bedenken. Hingegen wirft das Recht zu direkten Interventionen über einen gemeinsamen Devisenausgleichsfonds die entscheidende Frage nach der notwendigen Rechtsform und Struktur eines solchen Rates auf. Da die vom Rat der Notenbankgouverneure im Bedarfsfall vorzunehmende Inter-

vention sich gegen die Wirtschaftspolitik eines Staates richten würde, dessen Notenbankpräsident Mitglied des Rates und als solcher an dieser kooperativen Maßnahme beteiligt ist, liegt in der Frage nach der Rechtsform gleichzeitig das Problem der staatsrechtlichen

Unabhängigkeit der Notenbanken. Auf dieses Problem kann im folgenden nicht eigens eingegangen werden<sup>9</sup>. Es wird aber in die Betrachtungen über die möglichen Organisationsformen an notwendiger Stelle mit einbezogen.

## Funktion und Rechtsform bestehender Organisationen

1. Der Gedanke, eine internationale Gemeinschaftsaufgabe nicht durch eine Staatenorganisation, sondern mittels privatrechtlicher Formen durchzuführen, hat in der Praxis auf dem Gebiet des internationalen Finanzwesens eine Ausprägung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel, (BIZ) gefunden. Durch Initiative mehrerer Staaten 1929 gegründet, um zunächst die deutschen Reparationszahlungen zu verwalten und zu verteilen, ist sie eine allen Staaten dienende internationale Einrichtung zur Gewährung von Stabilisierungskrediten geworden, die auf der ständigen Zusammenarbeit der Präsidenten der Zentralnotenbanken beruht<sup>10</sup>. Die maßgeblichen Rechtsbestimmungen, insbesondere die Statuten der Bank, sind durch die beteiligten Regierungen im Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 vereinbart und festgelegt worden. Die Gründung selbst erfolgte nicht im Wege eines Staatsvertrages, sondern durch privatrechtlichen Gesellschaftsvertrag zwischen den Zentralnotenbanken der Staaten, vertreten durch ihre Präsidenten. Sie sind Mitglieder dieser Aktiengesellschaft *sui generis*, in deren Verwaltungsrat die Notenbankpräsidenten *ex officio* (neben Vertretern aus Finanz, Industrie, Handel u. a.) sitzen. Mitglieder einer Regierung, Staatsbeamte oder Parlamentarier sind ausgeschlossen (Artikel 27, 28, 31). Die Geschäfte der Bank müssen mit der Politik der Zentralbanken der beteiligten Staaten übereinstimmen (Artikel 20, 21, 23, 25). Auf dieser Absicherung gegenüber direkten politischen Einflüssen beruht die Eigenart der selbständigen Stellung der BIZ<sup>11</sup>. Die Selbständigkeit bezieht sich jedoch nur auf die Durchführung ihrer eigenen gesellschaftsrechtlichen Kompetenzen, das heißt auf die Vornahme von Bankgeschäften. Auch soweit die BIZ für die Europäische Zahlungsunion (EZU) tätig wird, ist ihre Rolle auf eine Verwaltungstätigkeit und technische Dienste beschränkt<sup>12</sup>. Ihrer Funktion als „Agent“ der EZU liegt freilich kein privatrechtliches Verhältnis mehr zugrunde, sondern das zwischen den Mitgliedern der Zahlungsunion bestehende Völkerrechtsverhältnis. Wegen ihrer Beteiligung an den hoheitlichen völkerrechtlichen Rechtsverhältnissen der Staaten und der Befugnis zum völkerrechtlich relevanten Handeln im Interesse dieser Staatengemeinschaft besitzt die BIZ den Charakter als Völkerrechtssubjekt<sup>13</sup>. Sie unterscheidet sich von einer völkerrechtlichen Verwaltungsunion nur dadurch, daß anstatt der Staaten die Zentralnotenbanken zusammengeschlossen sind. Selbst wenn man aber so weit gehen wollte anzunehmen, daß bereits die BIZ —

wenn auch stets nur mittelbar — in die innerstaatliche Souveränitätssphäre der beteiligten Staaten hineinwirkt<sup>14</sup>, so ergibt doch eine Prüfung ihrer Befugnisse, daß sie keine Maßnahmen selbständig treffen kann, die in die Währungspolitik der beteiligten Staaten eingreift. Die übereinstimmende Willensbildung der Notenbankpräsidenten ist nämlich nur für die Erledigung der Bankgeschäfte ausreichend (Artikel 20, 21, 23, 25); die Funktion der BIZ als ein Organ der EZU ist vom Willen der in der Union zusammengeschlossenen Staaten abhängig.

Wenn somit ersichtlich wird, daß die Staaten die Selbständigkeit der Notenbankpräsidenten und die Kompetenzen einer in Privatrechtsform gebildeten internationalen Einrichtung auf umgrenzte verwaltungsorganisatorische Aufgaben beschränken, so ist bereits aus diesem rechtsvergleichenden Beispiel zu schließen, daß die an einer europäischen Währungsordnung im Sinne der Konvertibilitätsstudie interessierten Staaten die Ausübung direkter Interventionsbefugnisse für mögliche Fälle ihrer eigenen Währungspolitik nicht einem Rat der Notenbankpräsidenten allein übertragen werden. Schon wenn ein Staat bereit sein soll, im Wege völkerrechtlichen Vertrages sein grundsätzliches Recht etwa zur Abwertung seiner eigenen Währung aufzugeben oder doch weitgehend zu beschränken, wird er bereits auf Grund seiner Verfassung gezwungen sein, nicht nur als Träger des Vertragssystems, wie bei der BIZ, sondern auch als Staat Mitglied des gegebenenfalls entscheidenden Gremiums zu sein. Das Währungssystem im CEPES-Vorschlag erfordert also eine völkerrechtliche Ausgestaltung, die den Staaten eine Mitwirkung in den gemeinsamen Organen sichert.

2. Geht man von der Notwendigkeit einer Staatenverbindung zur Verwirklichung und Sicherung der währungspolitischen Vorschläge der Konvertibilitätsstudie aus, so bieten sich zum weiteren Vergleich der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) zusammen mit der EZU und der Internationale Währungsfonds (IMF) an. Dies um so mehr, als CEPES selbst einerseits die Bildung einer neuen Organisation keineswegs anstrebt<sup>15</sup>, andererseits aber die Funktionsfähigkeit der OEEC in ihrem Einfluß auf die interne Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten bestreitet<sup>16</sup>.

Die Abkommen der drei völkerrechtlichen Organisationen, die in die Kategorie der Verwaltungsunionen zu zählen sind, enthalten entweder ausführliche Bestimmungen — so der IMF — oder in ihrer Zielsetzung den Grundsatz, die innere und äußere Stabilität der Währungen sowie die Herstellung und



Erhaltung gesunder Wechselkurse zu gewährleisten oder doch anzustreben<sup>17</sup>.

Die den maßgebenden Organen zur Verfügung gestellten Befugnisse haben jedoch bisher nicht ausgereicht, die Wirtschaftsstruktur der beteiligten Staaten, insbesondere die Währungs-, Finanz- und Kreditpolitik, einander anzugleichen. Der Grund liegt offenbar in der engen Verflechtung von Währungsmanipulationen mit der Handels- und Wirtschaftspolitik, wodurch Probleme entstehen, die von gesamtpolitischer Tragweite sind. Ein Beispiel für die Problematik auch im Hinblick auf das von CEPES vorgeschlagene System ist der Mechanismus des IMF, der nicht in der Lage gewesen ist, die Einhaltung der festgelegten Währungsparitäten und das Verbot einseitiger Abwertungen zu sichern<sup>18</sup>. Das wird verständlich angesichts der Tatsache, daß die erwähnten

internationalen Organisationen im Sinne des klassischen Völkerrechts allein auf einer Kooperation der Staaten aufgebaut sind, ihre Funktionsfähigkeit daher von der Zustimmung aller Mitglieder abhängig ist<sup>19</sup>.

Eine Würdigung dieser Organisationen führt somit zu dem Schluß, daß die völkerrechtliche Form einer Verwaltungsunion bisheriger Prägung zur Sicherung der vorgeschlagenen Währungsordnung nicht ausreichen kann, wenn unterstellt werden muß, daß ein beteiligter Staat sich gegebenenfalls systemwidrig verhält. Es erscheint daher aus der verlangten Funktion des Währungssystems folgerichtig, wenn von CEPES mit dem Schwergewicht der Konvertibilitätsstudie auch über die klassische Struktur der völkerrechtlichen Staatenverbindung hinausgegangen wird.

Das entscheidende Kriterium liegt dabei in der Abkehr vom Prinzip der Einstimmigkeit bei der Willensbildung.

### Zum Vorschlag einer europäischen Währungsordnung

Die Konvertibilitätsstudie gibt für die organisatorische Gestaltung einer Staatenverbindung eine Reihe von Hinweisen<sup>20</sup>, die hier nur in Kürze kommentiert werden können. Sie sieht eine Dreiergliederung vor, nämlich

1. einen Rat,
2. ein Direktorium,
3. eine ständige Kommission internationaler Sachverständiger.

1. Der Rat, bestehend aus bevollmächtigten Regierungsvertretern und den Notenbankpräsidenten, soll das oberste Beschlußorgan sein. Als Alternative wird eine Zweiteilung in ein Gremium der Notenbankpräsidenten und eines der Regierungsvertreter vorgeschlagen. Für die Beschlussfassung sollte regelmäßig eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben sein, wobei ein nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Mitgliedstaaten differenziertes Stimmrecht bestehen sollte, das aber den kleineren Mitgliedern noch ausreichende Sicherheiten bietet.

Während gegen die Stimmengewichtung und das qualifizierte Mehrheitsprinzip keine Bedenken zu erheben sind, bedarf der Alternativvorschlag einer Bemerkung. Der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages, der eine europäische Währungsordnung begründen soll, und die Erfüllung der sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen machen den Erlaß eines Gesetzes erforderlich. Für die Bundesrepublik schreibt für ein solches Gesetz Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) die Zustimmung des Bundestages vor, weil sich das Abkommen auf einen Gegenstand der Bundesgesetzgebung im Sinne des Artikels 73 Nr. 4 GG, nämlich auf das „Währungswesen“, bezieht. Darüber hinaus wird auch Artikel 24 GG heranzuziehen sein, der bei einer Souveränitätsbeschränkung gleichfalls ein Gesetz erfordert<sup>21</sup>. Wenn aber die Parlamente einer Einschränkung der staatlichen Währungsauto-

nomie zustimmen sollen, so werden sie sich einen Einfluß auf die Bildung und Kontrolle des Gemeinschaftswillens zu sichern haben. Da nur die Regierungsvertreter den Parlamenten verantwortlich sind, während die Notenbankpräsidenten weitgehend unabhängig, jedenfalls frei von Weisungen sind, könnte dem Gremium der Notenbankpräsidenten eine beschließende Stimme nicht zugeteilt werden. Eine beratende Funktion der Notenbankgouverneure aber ließe sich zweckmäßigerweise zusammen mit den Regierungsvertretern in einem gemeinsamen Ratsgremium ausüben. Das schließt nicht aus, daß im Rahmen des Rates die Notenbankpräsidenten außerdem einen ständigen Ausschuß bilden, der dem gesamten Rat Gutachten zu bestimmten Fragen vorzulegen hätte.

2. Das Direktorium soll als ständiges Organ der Exekutive fungieren und dem Rat verantwortlich sein. Da dem Direktorium weniger weitgehende Befugnisse zukommen als dem Rat, ist einfache Stimmenmehrheit vorgesehen bei gleichem Stimmengewicht.

Eine Aufteilung der Kompetenzen zwischen Rat und Direktorium bringt die Studie nicht. Dem Direktorium dürften im wesentlichen jedoch nur Kontrollbefugnisse zu übertragen sein. Die im Aufgabenkatalog vorgesehene Verfügung über internationale Zahlungsmittel der Mitgliedstaaten und die Verweigerung bzw. Sperrung von Ausgleichskrediten bei systemwidrigem Verhalten werden jedenfalls in Händen des Rates bleiben müssen.

3. Die Sachverständigenkommission, aus internationalen Experten von hohem Ansehen durch den Rat auf Vorschlag der Staaten berufen, soll als „gerichtlicher“ Sachverständiger für solche Fälle dienen, bei denen ein Staat Einspruch gegen Maßnahmen des Rates erhebt, von denen tiefgreifende

und anhaltende Störungen des staatlichen Wirtschaftslebens zu erwarten sind. Auf der Grundlage des Gutachtens müßte der Rat seinen Beschluß überprüfen und eine erneute Abstimmung mit einer höher qualifizierten Mehrheit durchführen.

In einem Einspruchsverfahren gegen einen Beschluß des Direktoriums, der auf seine Zweckmäßigkeit und Zumutbarkeit überprüft werden soll, ist eine Einschaltung der Sachverständigenkommission nicht vorgesehen. Hier entscheidet der Rat in zweiter Instanz allein.

4. Eine eigene Gerichtsbarkeit hat der Organisationsvorschlag nicht vorgesehen. Soweit in Meinungsverschiedenheiten zwischen den Organen und einem Mitgliedstaat ein Verstoß gegen den Vertrag, insbesondere ein Mißbrauch der übertragenen Vollmachten, gerügt wird, soll nach dem Vorbild der Havanna-Charta verfahren werden. Jeder Mitgliedstaat kann danach ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes über die Rechtmäßigkeit eines Beschlusses beantragen. Hält der Gerichtshof den Beschluß für unrechtmäßig, so bindet diese Entscheidung das Beschlußorgan, zwingt also zur Abänderung.

### Schlußbetrachtung

Es ist bisher bewußt vermieden worden, Funktion und Organisation nach den Vorschlägen der Konvertibilitätsstudie an dem Begriff des „Supranationalen“ zu messen. Dieser in der Diskussion um den Schumanplan aufgekommene und seitdem vielfach und unterschiedlich behandelte Begriff<sup>23</sup>, der meist in Gegensatz zu den klassischen internationalen Staatenverbindungen gestellt wird, ist eng mit dem Begriff der Souveränität verflochten. Da letzterer zu den umstrittensten Begriffen des Völkerrechts gehört und insbesondere im politischen Raum weitgehend Verwirrung gestiftet hat<sup>24</sup>, sollte a priori eine Betrachtung des übernationalen Charakters der vorgeschlagenen Währungsordnung unterbleiben.

Macht man sich von den Begriffsvorstellungen frei und stellt man allein auf die Merkmale ab, die in den organisatorischen Vorschlägen von CEPES enthalten sind, so ergeben sich wesentlich folgende:

a) Das oberste Beschlußorgan (Rat) besteht nicht aus verfassungsmäßig unabhängigen Mitgliedern, sondern aus Vertretern der Staaten zusammen mit den Notenbankpräsidenten.

Eine sachliche Unabhängigkeit der Organe (Rat und Direktorium) ist durch organisatorische Regelungen weitgehend gesichert.

b) Entscheidungen des Rates binden nur die Staaten, nicht unmittelbar die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten oder innerstaatliche Verbände. Soweit eine innerstaatliche Durchsetzung von Maßnahmen sich ergeben sollte, sind dazu die Gesetzgebung und Verwaltung der Mitgliedstaaten zuständig und verpflichtet.

Hiermit schließt sich der Vorschlag ersten Ansätzen des Völkerrechts zur Einführung einer effektiven Rechtskontrolle über die Willensbildung in den Organen internationaler Organisationen an<sup>25</sup>. Da die Havanna-Charta (aus anderen Gründen) bisher nicht ratifiziert worden ist, läßt sich jedoch mangels praktischer Bewährung die Effektivität eines solchen Verfahrens nicht übersehen.

5. Die Frage der Dauer der Staatenverbindung wird von den Erfahrungen und der weiteren Entwicklung abhängig gemacht. Jedoch ist zunächst eine Mindestdauer von fünf Jahren vorgesehen, währenddessen ein Kündigungsrecht nicht besteht. Ein halbes Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums soll je nach den Erfahrungen aus dem Währungssystem beschlossen werden, ob eine Verlängerung auf einen größeren Zeitraum (etwa 50 Jahre) erfolgen soll. Gleichzeitig soll dann die Frage der Kündigungsmöglichkeiten für die Zukunft entschieden werden. Da eine solche Entscheidung den völkerrechtlichen Charakter der Staatenverbindung wesentlich neu bestimmen könnte, ist für den Beschluß mit Recht Einstimmigkeit festgelegt.

c) Der völkerrechtliche Vertrag enthält nicht eine von vorneherein endgültige oder auf längere Dauer abgestellte Bindung. Die Möglichkeit der Kündigung ist gegeben.

Der zur Wirksamkeit der Währungsordnung vorgesehene Organismus ist demnach kein überstaatliches Gebilde mit staatsverfassungsähnlichem Charakter. Der Vorschlag ist also bemüht, sich weitgehend noch im Rahmen der bestehenden internationalen Organisationen zu halten und nur dort darüber hinauszugehen, wo der notfalls erforderliche Zwang zur Sicherung des Währungssystems es verlangt. Insoweit ist der Vorschlag geeignet, zu einer entsprechenden Weiterentwicklung bestehender Organisationen, etwa der OEEC/EZU, anzuregen.

Wenn man aber darüber hinaus auf Grund der bisherigen Erfahrungen und im Hinblick auf das Ziel der Vollintegration die wirtschaftliche Integration Europas zentraler vorantreiben will<sup>25</sup> — und manche Erwägungen sprechen schon angesichts der Probleme der Motanunion dafür<sup>26</sup> —, so wird ein größerer organisatorischer Rahmen mit weiteren Sicherungen gefunden werden müssen. Für diesen Fall wird man gehalten sein, über die in der Studie gebrachten Organisationsvorschläge hinauszugehen. Das gilt auch für den Fall einer Festlegung der Staatenverbindung auf lange Dauer ohne die ausdrückliche oder stillschweigende Möglichkeit einer Kündigung.

In jedem Falle wird noch erwogen werden müssen, in welchem Verhältnis eine europäische Organisation zur Sicherung einer Währungs- und Wirtschaftsordnung zur bestehenden universellen Organisation, insbesondere zum IMF-System, zu stehen hätte. Die



Konvertibilitätsstudie beschränkt sich auf die Hinweise, daß vorerst auch eine kleinere europäische Staatengruppe den Kern für ein weltumfassendes System konvertibler Währungen bilden könnte und daß eine Anpassung an die Verpflichtungen im Rah-

men des IMF erfolgen müßte<sup>27</sup>. Von der Regelung dieses Währungs- und wirtschaftspolitischen Funktionsproblems wird die völkerrechtliche Gestaltung des Strukturproblems zwischen regionaler und universaler Organisation im einzelnen abhängig sein.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen, CEPES, Frankfurt am Main, 26. November 1954.

<sup>2</sup>) Siehe Ziffer 8, S. 9 der Konvertibilitätsstudie. Im Folgenden ohne Zusatz zitierte Ziffern oder Seiten betreffen diese Studie.

<sup>3</sup>) Ziffer 15, S. 15.

<sup>4</sup>) Ziffer 29, S. 28.

<sup>5</sup>) Dies geht auch — trotz einer abschirmenden Bemerkung im Schlußwort — aus einer Reihe weiterer Stellen in der Studie hervor (Vgl. S. 9, 10, 16).

<sup>6</sup>) Hierzu wird statt vieler auf das internationale Sammelwerk des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung: „Die Konvertibilität der europäischen Währungen“, Erlenbach-Zürich und Stuttgart, Eugen Rentsch-Verlag 1954, verwiesen, in dem namhafte Stimmen der verschiedenen Länder zu Worte kommen.

<sup>7</sup>) Erler: „Stärke und Schwäche ausländischer Geldforderungen als völkerrechtliches Problem“ in „Festschrift für Haus Niedermeyer“, Bd. 10 der Cöttinger rechtswissenschaftlichen Studien, Göttingen 1953, S. 75 ff., siehe hierzu S. 102.

<sup>8</sup>) Vgl. Ziffer 12, S. 14.

<sup>9</sup>) Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Stellung der Notenbanken in den wichtigsten Staaten erfordert den Rahmen einer besonderen Studie. — Aus der Konvertibilitätsstudie ist die Tendenz zu entnehmen, die innerstaatliche Unabhängigkeit der Notenbanken zu stärken. Vgl. Ziffer 28, S. 27.

<sup>10</sup>) Vgl. Art. 3, 4 des Statuts der BIZ (Bank for International Settlements, Basle, Convention — Statutes, as amended on 3rd May, 1937).

<sup>11</sup>) Vgl. Beitzke: „Die Rechtsstellung der Bank für Internat. Zahlungsausgleich“, Diss. Leipzig 1932, insbes. S. 21 ff., 46 ff.

<sup>12</sup>) Art. 18, 21, 22 des Abkommens vom 19. 9. 1950, BGBl. II, 1951, S. 31 ff. — Siehe auch Bindschedler: „Rechtsfragen der europäischen Einigung“, Basel 1954, S. 161.

<sup>13</sup>) Ihre Stellung im Völkerrecht entspricht etwa im Staatsrecht qualifizierten Aktiengesellschaften, denen mit gewissen öffentlich-rechtlichen Befugnissen eine entsprechende öffentlich-rechtliche Rechtsstellung verliehen worden ist (vgl. Beitzke, a. a. O. S. 85 ff.).

<sup>14</sup>) So Seidl-Hohenveldern: „Rechtsbeziehungen zwischen internationalen Organisationen und den einzelnen Staaten“ in *Archiv des Völkerrechts*, 1953, S. 30 f. u. Anm. 4.

<sup>15</sup>) Siehe Ziffer 30, Seite 28; dazu auch CEPES: „Das zweckmäßigste Verfahren zur wirtschaftlichen Integration Europas“, Frankfurt a. M. (o. J.), Ziffer 28, S. 22.

<sup>16</sup>) Ziffer 8, S. 9.

<sup>17</sup>) Vgl. für den IMF Art. IV Abschn. 4 des Abkommens von Bretton-Woods vom 1.—22. 7. 1944, dem die Bundesrepublik mit Gesetz vom 28. 7. 1952 als Mitglied beigetreten ist (BGBl. II, 1952, S. 637 ff.).

Für die OEEC Art. 7 des Abkommens vom 16. 4. 1948. (Europa-Archiv 5/1948, S. 1345.)

Für die EZU Präambel des Abk. v. 19. 9. 1950 (BGBl. II, 1951, S. 31 ff.).

Siehe auch Schilling: „Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) und das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion (EZU)“ in *Europa-Archiv* 8—9/1952, S. 4873—4898.

<sup>18</sup>) Schon auf die Festsetzung der Anfangsparitäten hat der Fonds bei Beginn seiner Tätigkeit keinen Einfluß nehmen können; er mußte vielmehr den damals bestehenden unrealistischen Wechselkursen zustimmen, um nicht Rücktritte vom Abkommen zu verursachen. Damit hat der Fonds nicht unwesentlich zur Zementierung der falschen Paritäten beigetragen. Als später entgegen dem IMF-System der kontrollierten Paritätsänderung insgesamt 47 Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Griechenland, Italien usw., mit der Politik der Wechselkursaufspaltung ein System differenzierter Wechselkurse aufbauten, mußte der Fonds auch diese Sachlage hinnehmen. Obwohl also die Praktiken abkommenwidrig blieben, hat sich der Fonds nur auf — im Ergebnis fruchtlose — Ermahnungen beschränken müssen (vgl. dazu Tuchteld: „Satzung des Internationalen Währungsfonds“, Dokumente der Forschungsstelle für Völkerrecht, Hamburg 1951, Heft 3, S. 7; Erler, a. a. O. S. 79).

<sup>19</sup>) Vom Prinzip der Einstimmigkeit bestehen teilweise zwar Ausnahmen, die aber keine wesentlichen Aktionen eröffnen. Insbesondere ermöglichen sie keinen Beschluß mit zwingender Wirkung gegenüber einem systemwidrigen Verhalten (vgl. z. B. Art. 18 und 14 OEEC-Abk. Dazu Bindschedler, a. a. O. S. 142 ff.).

<sup>20</sup>) Siehe Ziffer 31 ff., S. 29/30.

<sup>21</sup>) Vgl. Klein: „Die Uebertragung von Hoheitsrechten“, Berlin, Dunker & Humblot 1952, insbes. S. 27 ff.

<sup>22</sup>) Vgl. Jaenicke: „Die Sicherung des internationalen Charakters der Organe internationaler Organisationen“ in: *Zeitschrift f. ausl. öffentl. Recht u. Völkerrecht* Bd. 14, Nr. 1/2, 1951, S. 80 ff., insbes. S. 82 Anm. 113.

<sup>23</sup>) Vgl. z. B. Ophüls: „Juristische Grundgedanken des Schumanplans“ in *Neue Juristische Wochenschrift*, 1951, S. 289. Mosler: „Der Vertrag über die Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in *Zeitschrift f. ausl. öffentl. Recht und Völkerrecht* Bd. 14 Nr. 1/2, 1951, S. 32 ff.; Jaenicke, a. a. O., S. 50 ff.; Bindschedler, a. a. O. S. 75.

<sup>24</sup>) Vgl. Bindschedler, a. a. O., S. 68 ff., der insbesondere den Unterschied des Souveränitätsbegriffs im rechtlichen und politischen Sinne klarstellt.

<sup>25</sup>) Vgl. Bindschedler, a. a. O. S. 150, 175, auch Anm. 15; S. 262.

<sup>26</sup>) Siehe dazu Bindschedler, a. a. O. S. 262, auch Anm. 85.

<sup>27</sup>) Siehe Ziffer 10, S. 10 und Ziffer 23 Anmerkung 1, S. 26.

## Dokumentarischer Anhang: Die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen

### *Zusammenfassung der Studie der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) vom 26. November 1954*

Im Herbst 1953 hatte die Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES) ihre erste Studie unter dem Titel „Das zweckmäßigste Verfahren zur wirtschaftlichen Integration Europas“<sup>1</sup> vorgelegt. Am 26. November 1954 veröffentlichte CEPES eine zweite Untersuchung, die sich mit den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen der Kon-

vertibilität der Währungen<sup>2</sup> befaßt. Diese neue Arbeit stellt in vieler Hinsicht eine Verdeutlichung und Vertiefung der ersten Untersuchung dar und dient insoweit gleichfalls in erster Linie den Bemühungen um eine bessere wirtschaftliche Integration Europas. Zugleich aber möchte CEPES mit dieser zweiten Studie einige grundsätzliche Anregungen und kon-

krete Vorschläge zu den laufenden internationalen Erörterungen über die Konvertibilität beitragen.

Die Studie konzentriert sich bewußt auf die monetäre Seite der wirtschaftlichen Probleme; sie fragt, welche wirtschafts-, währungs- und kreditpolitischen Grundlagen in den einzelnen Ländern und in ihrem Zusammenwirken gegeben sein müssen, um jene innere und äußere finanzielle Stabilität zu gewährleisten, ohne die auch die Konvertibilität der Währungen nicht zum Erfolg führen kann.

Die Studie wirft daher zunächst die Frage auf, ob das jetzt vorgesehene System konvertibler Währungen auf einer so sicheren Grundlage ruhen wird, daß es gegenüber allen Störungskräften auf die Dauer durchgehalten werden kann. Sie weist auf die Mängel hin, an denen die Konvertibilitätsbemühungen, wie die europäische Zusammenarbeit heute überhaupt, krankt:

Das Fehlen gemeinsamer Grundsätze der Wirtschaftspolitik und der Mangel an einem Instrument, das die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder auf eine stabile und konforme Grundlage zwingt, wie es das Goldwährungssystem in seinem Idealzustand getan hat. Gerade wenn jetzt die Konvertibilität der führenden europäischen Währungen — wenn auch zunächst noch in unvollkommener Form — verwirklicht werden sollte, so sei es unerlässlich, daß diese Regelung unterbaut wird durch ein System fester Bindungen für die innere Wirtschaftspolitik der Länder und wirksamer Kontrollen zur Einhaltung dieser Bindungen.

Ein solches System schlägt nun die CEPES-Studie vor. Danach sollen sich die beteiligten Länder verpflichten, ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Geldvolumen (Bargeld und Sichteinlagen) und den Währungsreserven gesetzlich fest zu verankern und ihre Wirtschafts-, Kredit- und Finanzpolitik auf die Einhaltung dieser Relation zu verpflichten, ohne die Freiheit des Außenhandels zu beschränken oder ihren Wechselkurs zu manipulieren. Im Gegensatz zu einer in der Goldwährung weit verbreiteten Vorstellung ist es nicht Sinn und Absicht des CEPES-Vorschlages, zu erreichen, daß der Geldumlauf der beteiligten Länder zu einem möglichst hohen Prozentsatz durch Währungsreserven „gedeckt“ ist. Vielmehr ist es der alleinige Sinn und Zweck des vorgeschlagenen Systems, der Wirtschafts- und Kreditpolitik der beteiligten Länder klare und eindeutige Richtpunkte und einen festen Halt zu geben. Entscheidend ist dabei, daß dieses System bei richtiger Handhabung nach beiden Seiten wirkt, daß es also nicht nur bei einem Defizit der Zahlungsbilanz wirksam wird, sondern auch dann, wenn ein Staat durch chronisch hohe Ueberschüsse seiner Zahlungsbilanz den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu stören droht.

Um die notwendige Elastizität dieses Systems zu gewährleisten, ist vorgesehen, daß das Verhältnis

zwischen Geldvolumen und Währungsreserven in Form einer Manipulationsmarge mit bestimmten Ober- und Untergrenzen (Interventionspunkten) festgelegt wird. Die Annäherung der faktischen Relation jeweils an die festgelegte Ober- oder Untergrenze hat die Richtung und die Intensität der einzuschlagenden kredit- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu bestimmen. Solange ein Staat diese Manipulationsmarge einhält, ist er in seiner Wirtschafts- und Kreditpolitik vollkommen frei. Wird dagegen der obere oder untere Interventionspunkt überschritten, so bedeutet das, daß dieser Staat seiner Verpflichtung zu einer konformen Wirtschaftspolitik nicht nachkommt bzw. nicht nachkommen kann und damit die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefährdet.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage nach einer geeigneten Methode des Zusammenwirkens der beteiligten Länder, um die Anwendung der unerlässlichen wirtschaftspolitischen Grundregeln zu sichern.

Die CEPES-Studie sieht für ein solches Zusammenwirken zwei Möglichkeiten:

Der eine Weg wäre eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit der Notenbanken unter einem Rat der Notenbankgouverneure. Durch autoritative Empfehlungen, aber auch durch direkte Interventionen über einen zu bildenden intereuropäischen Devisenausgleichsfonds könnte diese Institution die Regierungen zu der erforderlichen Harmonisierung ihrer Finanz- und Währungspolitik veranlassen. Die Studie hält diesen Weg aber offensichtlich nicht für voll ausreichend und empfiehlt mehr die Schaffung einer völkerrechtlich fundierten übergeordneten Instanz, an deren Willensbildung sowohl die Vertreter der Regierungen wie der Notenbanken zu beteiligen wären. Diese Instanz müsse das Recht haben, nach Erschöpfung aller Konsultationsmöglichkeiten Regierungen, die sich nicht systemkonform verhalten, zu den erforderlichen Maßnahmen anzuhalten. Dazu sei es in erster Linie notwendig, daß die kontrollierende Instanz in die Verfügung derjenigen Mittel eingreifen kann, die für die einzelnen Staaten internationale Zahlungsmittel darstellen. Die ideale Lösung in diesem Sinne wäre eine Zentralisierung der Währungsreserven oder jedenfalls eines Teiles davon. Die Rechte und Befugnisse der kontrollierenden Instanz sollen aber grundsätzlich nur den Sinn haben, wie eine „fleet in being“ dahin zu wirken, daß die Staaten, um solchen Eingriffen zu entgehen, ihre innere Wirtschafts- und Kreditpolitik korrekt nach den gemeinsamen, vereinbarten Spielregeln ausrichten.

Die Studie befaßt sich dann sehr eingehend und aufschlußreich mit verschiedenen geld- und währungstheoretischen Einwänden, die gegen das vorgeschlagene System erhoben werden könnten, und kommt dabei zu konkreten technischen Vorschlägen, die die Funktionsfähigkeit des Systems auch unter ungewöhnlichen Umständen sichern sollen.



Es erscheint CEPES keineswegs nötig, daß alle Währungen, die in einer baldigen Zukunft hoffentlich konvertibel gestaltet werden, sich sofort einem solchen System selbstübernommener Bindungen anschließen. Es wäre vielmehr, so meint die Studie, schon ein großer Fortschritt, wenn sich zunächst einige der führenden Staaten Europas zu einer solchen wechselseitigen Bindung entschließen könnten; denn gerade die Volkswirtschaften des europäischen Kontinents sind besonders stark von inneren Sprengkräften und Spannungen bedroht. Selbst wenn zu-

nächst nur eine kleinere Staatengruppe in dieser Weise zusammenarbeiten würde, so könnte sie doch einen Stützpunkt für das neue, sich abzeichnende, weltumfassende Konvertibilitätssystem abgeben und damit diesem System Dauer und Durchschlagskraft verleihen.

#### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu den Wortlaut der ersten CEPES-Studie in Europa-Archiv, Folge 20/1953, S. 6029 ff.

<sup>2)</sup> CEPES: „Wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Konvertibilität der europäischen Währungen“, Frankfurt a. M. 1954.

## Die Konvertierbarkeit der Währungen und die Tätigkeit der Europäischen Zahlungsunion

*Beschlußfassung der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) vom 30. August 1954*

Anläßlich der am 30. August 1954 in Alpbach (Oesterreich) abgehaltenen Versammlung hat der Zentralrat der ELEC (Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit) den Bericht über die „Konvertierbarkeit und die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“, der von dem zu diesem Zweck von der Währungs-Kommission ernannten Unterausschuß zusammengestellt worden war, geprüft und genehmigt.

Unter Berücksichtigung der unbestreitbaren Vorteile, die der europäischen Wirtschaft durch die Entwicklung der Zusammenarbeit, insbesondere durch die Einrichtungen der Europäischen Zahlungsunion, zuteil geworden sind,

außerdem der bemerkenswerten Fortschritte, die in der wirtschaftlichen Stabilität sowohl im europäischen Bereich als auch in der ganzen Welt erzielt wurden, und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten für eine Rückkehr zur Dollar-Konvertierbarkeit der Währungen

hält der Zentralrat es für notwendig, insbesondere den Regierungen und den für die Währungspolitik maßgebenden Behörden die folgenden Punkte nahezubringen:

Eine Konvertierbarkeit, von deren Nutzen der Inländer ausgeschlossen wäre, könnte nicht als eine wahre Konvertierbarkeit angesehen werden; sie würde nicht von entscheidendem Vorteil sein und ihre Anwendung könnte Schwierigkeiten zur Folge haben.

Die Beachtung einer strikten Währungsdisziplin bleibt stets ein wesentlicher Faktor zur Erreichung und Beibehaltung der Konvertierbarkeit.

Der Uebergang zur Konvertierbarkeit bedeutet nicht unbedingt die sofortige Aufgabe aller Kontrollen; besonders kann es notwendig werden, während eines kurzen Zeitraumes (der so kurz wie möglich sein muß) die Kontrollen hinsichtlich des Kapitalverkehrs beizubehalten.

Uebrigens ist die Rückkehr zur Konvertierbarkeit verschiedener europäischer Währungen nicht unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet unter der Bedingung, daß eine Reihe von Regelungen, die zu diesem Zweck notwendig sind, getroffen werden. Im Gegenteil, eine solche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik ist

notwendig und müßte darauf gerichtet sein, daß sie die Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen begünstigt, die hierzu in der Lage sind.

Bei der Suche nach Lösungen für eine allgemeine Rückkehr zur Konvertierbarkeit sollte eine vorzeitige Schwächung der Europäischen Zahlungsunion unbedingt vermieden werden; im Gegenteil, die Erfahrungen der letzten vier Jahre sollten benutzt werden, um nach Möglichkeiten zur Verbesserung des EZU-Systems zu suchen. Insbesondere hat die Anwendung des gegenwärtig in Kraft befindlichen Kreditsystems gewisse Schwierigkeiten hervorgerufen, da dieses auf eine Art Beteiligung der Gläubiger an den Schuldern hinausläuft (gemeint ist hier wohl, daß der Gläubiger gezwungen ist, dem Schuldner Kredite zu gewähren, die insofern als eine „ständige Einlage“ anzusehen sind, als ein automatischer Abruf dieser Kredite nach dem gegenwärtigen System nicht möglich ist), wodurch für die ersteren übermäßige Kosten entstehen; es erscheint also notwendig, dieses Kreditsystem dergestalt zu revidieren, daß der zwangsläufigen Gewährung von Krediten eine automatische Rückzahlung gegenübersteht. Um weiterhin die Lage der Gläubiger zu erleichtern, wäre es wünschenswert, daß der Internationale Währungsfonds letzteren ermöglicht, ihre Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion flüssig zu machen.

Die Liberalisierung des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen hängt nicht ausschließlich von Währungsfaktoren ab, sondern ebenfalls von den für diesen Austausch geltenden Bestimmungen. Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang auf die unangenehmen Konsequenzen gewisser Bestimmungen hinzuweisen, die in den Verträgen von Havanna (GATT) enthalten sind; insbesondere die zu systematische Ausdehnung der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel hat zu ungewöhnlichen Kontingentierungsmaßnahmen geführt, deren schnellstmögliche Aufhebung notwendig wäre. Zu diesem Zwecke hält der Zentralrat eine Abänderung des Artikels 44 dieser Verträge dahingehend für unerläßlich, daß die dort vorgesehenen Ausnahmen in großzügiger Weise zugelassen werden. Diese Ausnahmen müßten insbesondere auf die Beziehungen der Mitgliedstaaten der OEEC untereinander angewandt werden.

Quelle: ELEC Dokumente 288, 289 und 290 vom 4. September 1954.

## Dokumente zur Deutschlandfrage

### Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Januar 1955

In der letzten Zeit tun die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik (Westdeutschland) alles, um die Ratifizierung der Pariser Abkommen zu erreichen. Dabei wollen sie die negativen Folgen, die das Ergebnis dieser Ratifizierung für alle Völker Europas und für die Sache des Weltfriedens sein werden, nicht berücksichtigen.

Die Regierung der Sowjetunion erachtet es für notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernststen Komplizierung der gesamten Lage in Europa führen. Das ist die Meinung nicht nur der Regierung der UdSSR, sondern auch der Regierungen Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens sowie der Volksrepublik China und einiger anderer Staaten. Es ist allgemein bekannt, daß auch in den Staaten, deren Regierungen die Pariser Abkommen unterstützen, die Mehrheit der Völker in der Regel gegen die Pariser Abkommen ist.

Im Falle der Ratifizierung dieser Abkommen wird die Remilitarisierung Westdeutschlands durchgeführt, und die Deutsche Bundesrepublik wird in solche militärische Gruppierungen wie die Westeuropäische Militärunion und den Nordatlantikkblock einbezogen.

Nicht nur die Sowjetunion, sondern eine ganze Reihe anderer europäischer und außereuropäischer Staaten betrachten die Westeuropäische Union und den Nordatlantikkblock als aggressive militärische Gruppierungen und bewerten den Eintritt der Deutschen Bundesrepublik in diese gegen die Sowjetunion und die anderen friedliebenden Staaten gerichteten militärischen Gruppierungen als eine Handlung, die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.

Die Pariser Abkommen können auch Deutschland, dem deutschen Volk nichts Gutes bringen. Im Gegenteil, diese auf die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland gerichteten Abkommen werden die Deutsche Bundesrepublik endgültig in die abenteuerlichen Pläne der Vorbereitung eines neuen Krieges einbeziehen, die den Interessen der Völker, darunter auch den Interessen des deutschen Volkes, immer fremd waren und fremd sein werden.

Die Pariser Abkommen stehen im Widerspruch zu den Interessen des deutschen Volkes besonders deshalb, weil sie die Spaltung Deutschlands auf lange Jahre festlegen und zu einem Hindernis auf dem Wege der friedlichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands werden. Es ist ganz offensichtlich, daß eine Vereinigung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik mit der militarisierten und in militärische Gruppierungen einbezogenen Deutschen Bundesrepublik unmöglich ist. Die Ratifizierung der Pariser Abkommen ist mit der Wiederherstellung Deutschlands als einheitlichen, friedliebenden Staat nicht zu vereinbaren.

In der letzten Zeit wird sowohl in der Deutschen Bundesrepublik als auch in Großbritannien, Frankreich

und einigen anderen Ländern die Behauptung verbreitet, daß die Ratifizierung der Pariser Abkommen der Durchführung von Verhandlungen über die Deutschlandfrage und andere ungelöste internationale Probleme angeblich nicht hinderlich, sondern sogar dienlich wäre.

Die Sowjetregierung hat bereits darauf hingewiesen, daß derartige Behauptungen jeder Grundlage entbehren und lediglich dazu geeignet sind, die öffentliche Meinung irrezuführen. Das geschieht, um die Ratifizierung der Pariser Abkommen in den Parlamenten einiger Staaten um jeden Preis durchzubringen. Dies wird von jenen Kreisen der Westmächte betrieben, die sich die Wiedergeburt des deutschen Militarismus als Hauptaufgabe stellen und dafür die nationale Wiedervereinigung Deutschlands opfern.

Im Zusammenhang mit dieser Haltung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs, die in grobem Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen dieser Länder hinsichtlich der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat steht, hängt die Wiedervereinigung Deutschlands jetzt in erster Linie von den Deutschen selbst, von der Haltung des deutschen Volkes ab.

Bekanntlich ist die endgültige Erörterung der Pariser Abkommen im westdeutschen Bundestag für Februar vorgesehen. Von seiner Entscheidung hängt die Zukunft Deutschlands in hohem Maße ab, worüber sich die größten Parteien und Gewerkschaftsverbände Westdeutschlands, die dem Volke und der deutschen Arbeiterklasse näherstehen und die sich gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen wenden, völlig klar sind.

Im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen übernimmt der Bundestag die schwere Verantwortung für das Fortbestehen der Spaltung Deutschlands sowie für jene nicht gleichberechtigte Lage, in der sich die Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik auf lange Jahre befinden wird.

Gegenwärtig gibt es noch ungenutzte Möglichkeiten zur Erreichung eines Abkommens in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unter gebührender Berücksichtigung der rechtmäßigen Interessen des deutschen Volkes und über die Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen zu diesem Zweck im Jahre 1955. Solche Möglichkeiten sind vorhanden, wenn das Haupthindernis, das jetzt auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands steht — die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Einbeziehung in militärische Gruppierungen —, beseitigt sein wird.

Das deutsche Volk muß durch die Abhaltung allgemeiner freier Wahlen in ganz Deutschland, einschließlich Berlin, die Möglichkeit haben, seinen freien Willen zu äußern, damit ein einheitliches Deutschland als Großmacht wiederersteht und einen würdigen Platz unter den anderen Mächten einnimmt.

Bei diesen Wahlen müssen die demokratischen Rechte der deutschen Bürger gewährleistet sein. Das unter Berücksichtigung der Wahlgesetze der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik aus-



gearbeitete Wahlgesetz für diese Wahlen muß allen Wählern die Freiheit der Willensäußerung und jeder demokratischen Partei und Organisation die Freiheit der Wahl-agitation in ganz Deutschland wie auch die Freiheit der Aufstellung von Kandidaten und Wahllisten garantieren.

Um ein Uebereinkommen über die Durchführung dieser Wahlen zu erleichtern, hält es die Sowjetregierung für möglich, falls sich die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik damit einverstanden erklären, sich über die Einrichtung einer entsprechenden internationalen Aufsicht über die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen zu einigen.

Hierbei darf kein Teil Deutschlands durch irgendwelche Bedingungen von Separatabkommen über seine Teilnahme an militärischen Gruppierungen gebunden sein.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Frage der künftigen Staatsordnung eines vereinigten Deutschlands vom deutschen Volke selbst entschieden werden muß und daß es Aufgabe der anderen Staaten ist, dazu beizutragen, daß Deutschland entschieden den Weg der friedlichen und demokratischen Entwicklung beschreitet.

Die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands würden auch die notwendigen Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland schaffen, der die Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung eines einheitlichen Deutschlands endgültig verankern würde. Der Friedensvertrag würde einem einheitlichen Deutschland auch das Recht geben, über eigene nationale Streitkräfte zu verfügen, die für die Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Grenzen notwendig sind.

Das deutsche Volk muß entscheiden, welchen Weg es verfolgen will.

Der eine Weg führt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Aufnahme normaler Beziehungen zu allen Staaten Europas. Dieser Weg schließt die Beteiligung des einen oder des anderen Teiles Deutschlands an militärischen Gruppierungen, die gegen andere Staaten gerichtet sind, aus und kann am besten durch die Teilnahme Deutschlands an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa gewährleistet werden.

Der andere Weg, auf den die Pariser Abkommen Deutschland zerren, ist der Weg der Besiegelung der Spaltung Deutschlands und der Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland, der zu seiner Einbeziehung in die Pläne der Vorbereitung eines neuen Krieges führt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes diesen militaristischen Weg, den Weg neuer, hoffnungsloser Kriegsabenteuer ablehnt, der schon mehr als einmal von Deutschland gegangen wurde und der nichts als neues, noch schwereres Unheil für das deutsche Volk verheißt.

Im Unterschied zu dem militaristischen Weg, den in der Vergangenheit die Entwicklung Deutschlands genommen hat, wird die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Teilnahme an einem System der kollektiven Sicherheit in Europa die günstigsten Möglichkeiten eröffnen für den Aufschwung der deutschen Friedenswirtschaft und ihrer entwickelten Industrie sowie für die Entfaltung umfassender Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu anderen Ländern, besonders zu den Ländern Osteuropas und zu den Ländern Asiens mit ihrer gewaltigen Bevölkerungszahl und ihren unerschöpflichen Hilfsquellen.

Eine solche Entwicklung Deutschlands unter den Bedingungen des Friedens und umfassender Wirtschaftsverbindungen mit den anderen Staaten würde für seine Industrie die so notwendigen umfangreichen Märkte schaffen, die Beschäftigung seiner Bevölkerung sichern und zur Hebung der Lebenshaltung des deutschen Volkes beitragen.

Ein solcher Weg der Entwicklung Deutschlands entspricht sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch den Interessen der Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Dies alles gestattet der Sowjetregierung, folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

Erstens: Das Wichtigste und Dringlichste für die Regelung des Deutschlandproblems ist die Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Zur Lösung dieser Aufgabe sind Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen erforderlich. Solche Verhandlungen verlieren ihren Sinn und werden unmöglich, wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sind.

Zweitens: Die Sowjetunion unterhält gute Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik. Die Sowjetregierung ist bereit, auch die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik zu normalisieren.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik gleichzeitig zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zum Suchen erfolgreicherer Wege zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beitragen.

Drittens: Wenn die Pariser Abkommen ratifiziert sein werden, wird eine neue Lage entstehen, bei der die Sowjetunion nicht nur für die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik Sorge tragen wird, sondern auch dafür, daß durch gemeinsame Bemühungen der friedliebenden europäischen Staaten zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa beigetragen wird.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 16. Januar 1955.

#### **Stellungnahme des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. Januar 1955**

Die sowjetische Erklärung behauptet wiederum, die Pariser Verträge stellten den Militarismus in der Bundesrepublik wieder her. Das ist nicht wahr. Die Pariser Abkommen sind Instrumente des Friedens. Sie geben der Bundesrepublik die Möglichkeit, in der internationalen Politik für den Frieden in der Welt einzutreten. Die Erklärung gegen die Pariser Verträge ist ein weiteres Glied in dem andauernden Kampf der Sowjetunion, die Einheit der freien westlichen Welt nicht zustande kommen zu lassen. Die Sowjetunion will dadurch, daß sie das Zustandekommen der Pariser Verträge verhindern will, einen außerordentlichen Erfolg im Kalten Krieg erringen. Der Frieden in der Welt, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit können nur erreicht werden durch den Zusammenschluß der freien Völker, die dann erst in erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjet-

union eintreten können. Wenn es in der Erklärung heißt, daß es noch ungenutzte Möglichkeiten gebe, ein Ueber-einkommen zur Frage der freien Wahlen in Deutschland zu erreichen, so sei demgegenüber daran erinnert, daß gerade die Sowjetunion es gewesen ist, die auf der Berliner Konferenz Anfang des Jahres 1954 jeden Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit abgelehnt hat. Sie war es auch, die damals allgemeine, geheime und freie Wahlen abgelehnt hat.

In der sowjetischen Erklärung heißt es, der Friedensvertrag würde dem geeinten Deutschland das Recht gewähren, eigene nationale Streitkräfte zu besitzen, die für die Gewährleistung der Sicherheit Deutschlands und seiner Grenzen notwendig sind. Die Sowjetunion weiß genau, daß es auch einem wiedervereinigten Deutschland gar nicht möglich ist, aus eigenen Kräften sich einen solchen Schutz zu schaffen.

Aus Ziffer 2 und Ziffer 3 der Erklärung geht klar hervor, daß die Sowjetunion bezweckt, eine Anerkennung der Sowjetzone als einen selbständigen Staat zu erreichen und damit die Spaltung Deutschlands weiter zu vertiefen.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion nach der Ratifizierung der Pariser Verträge trotz ihrer jetzigen Beteuerungen zu Gesprächen über die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bereit sein wird.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung Nr. 51/55.

#### **Stellungnahme des Ministerrates der DDR vom 20. Januar 1955**

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik erörterte in seiner Sitzung vom 20. Januar die Erklärung der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955.

Der Ministerrat begrüßt die Erklärung der Sowjetregierung, die in allen Punkten der Auffassung und den Wünschen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.

Der Ministerrat betont mit aller Eindringlichkeit, daß gesamtdeutsche freie Wahlen für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages von entscheidender Bedeutung sind. Der Ministerrat ist jederzeit bereit, die von ihm wiederholt angebotenen Verhandlungen über die Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes aufzunehmen, und betont die Notwendigkeit, in diese Verhandlungen sofort einzutreten, bevor sie durch eine Ratifizierung der Pariser Verträge gegenstandslos werden. Um auch die letzte Schwierigkeit für eine Verständigung zur Vorbereitung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen hinwegzuräumen, erklärt der Ministerrat ausdrücklich sein Einverständnis mit dem Vorschlag der Sowjetregierung über eine internationale Aufsicht bei der Durchführung gesamtdeutscher Wahlen. Die Behauptung, daß eine Verständigung über die endgültige Gestaltung eines wiedervereinigten Deutschlands unmöglich sei, ist unrichtig, da die Staatsordnung des wiedervereinigten Deutschlands von dem deutschen Volk in voller Freiheit selbst bestimmt werden muß.

Diese Haltung des Ministerrats ist von dem Willen bestimmt, jede Möglichkeit zur friedlichen Wiederver-

einigung Deutschlands vor der Ratifizierung der Pariser Verträge auszuschöpfen.

Das ist der friedliche und demokratische Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Ministerrat weist aber mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands versperrt.

Die Behauptung der westdeutschen Regierung, auch nach Ratifizierung der Pariser Verträge seien Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands möglich, ist eine grobe Irreführung, die zu einer verhängnisvollen Fehlentscheidung für Deutschland führt.

Sollte die westdeutsche Regierung die Politik der Pariser Verträge fortsetzen und auch dieses Angebot des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik auf baldige Verständigung über gesamtdeutsche freie Wahlen zurückweisen, so wird die Deutsche Demokratische Republik gezwungen sein, im Geiste der Beschlüsse der Moskauer Konferenz besondere Maßnahmen auf der Grundlage ihres freundschaftlichen Verhältnisses zur Sowjetunion zu erwägen und vorzubereiten.

Die volle Verantwortung für die Verhinderung einer Verständigung über freie gesamtdeutsche Wahlen und über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands fällt auf jene, welche die Pariser Verträge ratifizieren. Jeder Mensch in Deutschland muß jetzt klar sehen und wissen: Die Deutsche Demokratische Republik tut alles und wird auch in Zukunft alles tun, um die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen und durchzusetzen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 21. Januar 1955.

#### **Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland**

Am 22. Juni 1941 fand sich die Sowjetunion infolge des wortbrüchigen Ueberfalls Hitlerdeutschlands im Kriegszustand mit Deutschland. Durch seinen selbstlosen Kampf zerschlug das Sowjetvolk gemeinsam mit den Völkern der Länder der Antihitlerkoalition die Hitleraggressoren und befreite die Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, aus der faschistischen Sklaverei. Auf der Potsdamer Konferenz im Jahre 1945 wurde der Weg der weiteren Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat festgelegt und die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland bestätigt.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR erachtet es als anomal, daß Deutschland, obgleich seit der Einstellung der Kampfhandlungen mit Deutschland rund zehn Jahre vergangen sind, noch immer gespalten ist und keinen Friedensvertrag hat und daß sich das deutsche Volk noch immer gegenüber anderen Völkern in einer nicht gleichberechtigten Lage befindet.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR stellt fest, daß die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs, die auf die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in aggressive militärische Gruppierungen gerichtet ist und ihren Ausdruck in den Londoner und Pariser Verträgen fand, es nicht erlaubt hat, zu dem notwendigen Ueber-einkommen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu gelangen und einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.



Im Hinblick auf die Festigung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik, die auf der Anerkennung der Grundsätze der Souveränität und der Gleichberechtigung beruhen, und unter Berücksichtigung der Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Interessen der Bevölkerung sowohl Ost- als auch Westdeutschlands erklärt das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR durch diesen Erlaß:

1. Der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird beendet, und zwischen ihnen werden friedliche Beziehungen hergestellt.

2. Alle im Zusammenhang mit dem Kriege entstandenen juristischen Beschränkungen gegenüber deutschen Staatsbürgern, die als Bürger eines feindlichen Staates betrachtet wurden, werden außer Kraft gesetzt.

3. Die Verkündung der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ändert nichts an seinen internationalen Verpflichtungen und berührt nicht die Rechte und Pflichten der Sowjetunion, die sich aus den bestehenden, Deutschland als Ganzes betreffenden internationalen Abkommen der vier Mächte ergeben.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, K. Woroschilow

Der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, N. Pegow

Moskau, Kreml, 25. Januar 1955.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 26. Januar 1955.

#### **Stellungnahme des Bundeskabinetts vom 26. Januar 1955**

Die Bundesregierung begrüßt selbstverständlich jeden Schritt, der zur Entspannung zwischen Ost und West und zu einem echten Friedenszustand führen kann.

Die Erklärung der Sowjetunion über die Beendigung des Kriegszustandes mit ganz Deutschland entspricht den Erklärungen, die von den Westmächten bereits im Jahre 1951 und nach ihnen bisher von mehr als 50 Staaten abgegeben worden sind. Der Wert dieser Erklärung wird aber dadurch erheblich eingeschränkt, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu allen bisher abgegebenen Erklärungen der früheren Kriegsgegner Deutschlands sich sämtliche Rechte aus den Viermächte-Abkommen, insbesondere aus den Abkommen von Jalta und Potsdam, vorbehalten hat. Die Erklärung bedeutet nur dann einen praktischen Fortschritt zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, wenn die Sowjetunion endlich die Zustimmung zu echten freien Wahlen für ganz Deutschland und zu einem in voller Freiheit zwischen einer gesamtdeutschen Regierung und den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands ausgehandelten Friedensvertrag gibt sowie alle Maßnahmen ergreift, um diese Ziele zu erreichen.

Insbesondere hofft die Bundesregierung, daß die Sowjetunion als erste Auswirkung ihrer Erklärung alle noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen entläßt.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung Nr. 100/55.

#### **Erklärung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. Januar 1955**

Der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 25. Januar 1955 ist ein neuer und hochherziger Beweis der Sowjetunion dafür, daß Deutschland dem Frieden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen kann, wenn es sich dafür entscheidet, die Pariser

Kriegsverträge zu zerreißen und ein friedliches und demokratisches Deutschland zu errichten. Der Erlaß ist ein neuer und großer Schritt zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und zur Erlangung der vollen Souveränität des ganzen deutschen Volkes.

Auch in dieser wichtigen Lebensfrage versucht Adenauer, genauso wie in der Frage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen, das deutsche Volk hinter das Licht zu führen. Er behauptet, der Erlaß enthalte weder etwas Neues noch sei er von Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands; denn eine solche Erklärung hätten die Westmächte bereits 1951 abgegeben. Adenauer vergißt dabei zu sagen, daß die Erklärung der Westmächte von 1951 über die Beendigung des Kriegszustandes lediglich der Vorbereitung eines neuen Krieges dienen sollte und der Aufstellung einer europäischen Armee mit der Stoßrichtung nach Osten. Diese Bestrebungen sollen heute durch die Pariser Verträge verwirklicht werden. Die Erklärung der Sowjetunion über die Beendigung des Kriegszustandes dient jedoch nicht der Schaffung einseitiger Militärbündnisse, sondern sie will nach Ablehnung der Pariser Verträge durch den Bundestag den Weg frei machen zur sofortigen Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion.

Die Erklärung der westlichen Alliierten ist mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes unvereinbar; denn sie dient lediglich der Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Die Besetzung Westdeutschlands wird durch die Pariser Verträge den Charakter einer militärischen Intervention bis zum Jahre 1998 annehmen und dadurch in Westdeutschland den völligen Verlust der Souveränität bewirken. Der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR dagegen zieht den Schlußstrich unter den Hitlerkrieg und gibt dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit, seine Zukunft in Frieden und Freiheit zu gestalten. Der Erlaß ermöglicht es der Bundesrepublik, mit der Sowjetunion sofort normale Verhältnisse herzustellen, wenn sie den Wunsch dazu hat, und nach Ablehnung der Pariser Verträge unverzüglich gemeinsame Vorbereitungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung freier, demokratischer, gesamtdeutscher Wahlen zu treffen. Diese Wahlen können noch im Jahre 1955 stattfinden und damit die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in greifbare Nähe rücken.

Eine solche friedliche Wiedervereinigung ermöglicht es Deutschland, sich von aggressiven, einseitigen Militärbündnissen freizuhalten und durch den Beitritt zu einem gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens für Deutschland und Europa zu leisten. Gesamtdeutsche freie Wahlen schaffen außerdem die Grundlage für den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland und damit die Voraussetzungen für den baldigen Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Diese große historische Möglichkeit liegt offen und realisierbar vor dem deutschen Volk. Wer sie nicht ergreifen will, vergeht sich an der Zukunft von Generationen deutscher Menschen.

Die Deutsche Demokratische Republik kämpft darum mit aller Kraft gegen die Pariser Verträge und wird im Falle der Ratifizierung erst recht ihre Pflicht als Hüterin des Friedens für ganz Deutschland erfüllen. Als die Bastion des Friedens und der friedlichen Wiedervereinigung wird sie alles tun, um diesen Teil Deutschlands vor der Unterwerfung durch den deutschen Militarismus und Imperialismus zu bewahren. Die Deutsche Demokratische Republik wird die ganze Kraft, die ihr die Freundschaft zur Sowjetunion und allen anderen Staaten des Friedenslagers gibt, dazu benutzen, um Adenauer den Weg zum Kriege zu verlegen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 30. Januar 1955.



## Informationen und Berichte

### 8. Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo vom 12. November bis zum 11. Dezember 1954

Am 11. Dezember 1954 ging die 8. Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo zu Ende. Für zwei Jahre hat die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur damit ihr Programm neu festgelegt. Eine deutsche Delegation unter Leitung von Staatssekretär Prof. Hallstein nahm daran teil. (Ihr gehörten ferner an: Dr. v. Graevenitz und Graf Hardenberg von der Kulturredaktion des Auswärtigen Amtes; der Präsident und die Vizepräsidenten der Deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Erbe, Dr. Sternberger und Dr. Küppers; der Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Kurt Frey, Präsident Löffler, Prof. Stocker, Prof. Bergsträsser, Dr. Marie Schlüter-Hermkes, Dr. Elisabeth Schwarzhaupt.)

Die deutsche Delegation kehrte mit dem Gesamteindruck zurück, daß das Programm der UNESCO, nach den zum Teil vagen oder doch sehr weitgespannten Vorstößen der ersten Jahre, inzwischen ein festes Gesicht gewonnen habe, mag diese Geschlossenheit auch auf Kosten des idealistischen Aufschwungs der Anfangszeit gehen.

Mit Nüchternheit läßt sich feststellen, daß die erstmalige Teilnahme der Sowjetunion, Weißrußlands und der Ukraine (im April und Mai des Vorjahres überraschend der UNESCO beigetreten) an einer Konferenz der UNESCO und die Wiederteilnahme Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei, die in den letzten Jahren von ihrer Mitgliedschaft keinen Gebrauch gemacht hatten, zumindest nicht zu den erwarteten Spannungen führte.

Die Ostblockstaaten waren an zweien von den drei großen Resolutionen sogar aktiv beteiligt, die zuzüglich zu dem vorgeschlagenen und in allen wesentlichen Punkten angenommenen Programm eingebracht und angenommen wurden: der Resolution, „die Möglichkeiten und Methoden friedlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern objektiv zu untersuchen in Uebereinstimmung mit den in der Verfassung der UNESCO niedergelegten Prinzipien“ (Vorschlag Indiens, der Tschechoslowakei und der Vereinigten Staaten), der einstimmig angenommenen Resolution, den „Mißbrauch von Presse, Film und Funk zu Zwecken der Kriegspropaganda“ zu verhindern und den freien Umlauf „nichtentstellter Nachrichten“ zu fördern (Vorschlag von Ekuador, Frankreich, Kanada, Kolumbien, Libanon, Mexiko, UdSSR und dem Vereinigten Königreich) und der dritten Resolution über die Einschaltung der UNESCO in die Atomforschung zu friedlichen Zwecken (Erforschung der Wirkung radioaktiver Strahlung auf die Lebensvorgänge und des Gebrauchs radioaktiver Isotopen), die von Frankreich, Indien und Japan vorgeschlagen wurde.

Für die praktische Arbeit der Organisation waren zwei Beschlüsse von besonderer Bedeutung, von denen der erste, die 15%ige Erhöhung des internationalen, aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten zusammenfließenden Budgets (auf 20 Millionen, gegenüber, wie bisher, 18 Millionen Dollar für die nächsten zwei Jahre) fast durchweg zustimmend beurteilt wurde. Dies ist übrigens das bis jetzt höchste Budget, mit dem die UNESCO arbeiten

wird. Lebhaftige Diskussionen und Bedenken löste dagegen der zweite Beschluß aus, nach dem die Mitglieder des Exekutivrates der UNESCO nicht mehr, wie bisher, in ihrer Eigenschaft als freie Persönlichkeiten des kulturellen Lebens ihrer Länder, sondern als Regierungsvertreter amtieren werden. Die Bundesrepublik konnte jedoch mit Genugtuung für sich buchen, daß ihr zum ersten Male seit ihrem Beitritt zur UNESCO (1951) ein Sitz in dem 22köpfigen Exekutivrat zuerkannt wurde. Die Wahl fiel auf Frau Dr. Marie Schlüter-Hermkes.

Das Arbeitsprogramm der UNESCO läßt sich am leichtesten nach ihren Hauptabteilungen überblicken. Allgemein zeichnete sich die Tendenz ab, das Gewicht auf die Arbeitsgebiete Erziehungswesen und Sozialwissenschaften zu legen, wobei die unterentwickelten Länder unmittelbar am meisten profitieren werden. Wieweit sich auf die Dauer der großzügige Austausch von Wissen und Erfahrung auch für die alten Kulturländer „lohnen“ wird, ist eine andere Frage.

**Erziehung:** Die „Grunderziehung“ in den Analphabengebieten — nach Schätzungen der UNESCO sind noch über die Hälfte der erwachsenen Menschheit Analphabeten — wird von der UNESCO als Grundlage ihrer Bestrebungen um eine friedliche Verständigung der Völker betrachtet. Sie arbeitet dabei mit dem Technical Assistance Programme der Vereinten Nationen eng zusammen. Daneben soll jedoch auch die Schul- und Erwachsenenbildung gefördert werden, wofür die organisatorischen Voraussetzungen in der Bundesrepublik durch die Existenz der beiden internationalen UNESCO-Institute für Pädagogik (Hamburg) und Jugendfragen (München) günstig sind. Diesen Instituten sowie dem Institut für Sozialwissenschaften (Köln) wurde für die neue Arbeitsperiode erstmalig ein jährlicher Zuschuß von 32 000 Dollar gewährt. Die Vergleichung und Verbesserung der Schulbücher, an der die Bundesrepublik durch das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig besonders aktiv beteiligt ist, soll mit parallel laufenden Bestrebungen anderer Institutionen, z. B. des Europarats, koordiniert und erweitert werden. Die Abhaltung einer europäischen Konferenz mit Austausch der bisher vorwiegend bilateralen Erfahrungen ist vorgesehen.

Zu den bisherigen, weiterzuführenden Vorhaben auf dem Gebiet der *Sozialwissenschaften* (Untersuchungen über den Einfluß der Technisierung, Industrialisierung und der Agrarreform auf die soziale Struktur wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete; Förderung des sozialwissenschaftlichen und sozialkundlichen Unterrichts, Herstellung neuer Lehrbücher; vergleichende Untersuchung der sozialwissenschaftlichen Terminologie; sozialwissenschaftliche Dokumentation) wird sich auf Grund der neu gefaßten Resolution die Untersuchung der Gründe internationaler Spannungen und der Bedingungen für eine friedliche Koexistenz der Völker gesellen.

Die Forschungsvorhaben der UNESCO auf dem Gebiet der *Naturwissenschaften* (Wüstenforschung, Erforschung der feuchten tropischen Zonen und meeresbiologische Untersuchungen), die sämtlich auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschheit abzielen, werden in-



tensiviert werden. Das erhöhte Budget ermöglicht außerdem eine Erweiterung des Forschungsprogramms auf die Krebsforschung und der Erforschung der Wirkungen der Radioaktivität (innerhalb des Gesamtprogramms der Vereinten Nationen „Ausnützung der Atomenergie für friedliche Zwecke“).

Die zum Teil beträchtlichen Subventionen der UNESCO an internationale wissenschaftliche Organisationen wurden erneut bewilligt. Für die in diesem Programmvoranschlag erstmals mit größeren Mitteln bedachte Hauptabteilung *Geisteswissenschaften* setzte sich besonders die deutsche Delegation ein. So befürwortete sie eine Untersuchung über die „Rolle der humanistischen Studien“ sowie die Fortführung der schon seit Jahren eingespielten Aufgaben: Entwicklung des Volksbüchereiwesens und der Museen in den Mitgliedstaaten, Veranstaltung von Wanderausstellungen und Kunsterziehung an Schulen und durch Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Der Abschluß einer Kulturgeschichte der Menschheit ist für die Jahre 1955/56 zu erwarten.

Das akademische Austauschprogramm der UNESCO (Gewährung von Reisestipendien besonders für Fachwissenschaftler aus dem Bereich der Geisteswissenschaften) wurde verstärkt. Starkes Gewicht wurde auf die Herstellung von Lesematerial für Schüler in den Analphabetengebieten gelegt.

Die *Technische Hilfe* für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete, bei der die Berater der UNESCO ihre Arbeit mit den anderen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen koordinieren, soll ebenfalls erweitert werden. (Augenblicklich sind 140 UNESCO-Experten in 36 Ländern in Schlüsselstellungen tätig. Weitere 19 Mitgliedstaaten haben Hilfe beantragt.)

Die Hauptabteilung *Informationswesen* wird ab März 1955 unter der Leitung eines neuen Direktors, des Norwegers Tor *Gjesdal*, stehen, der bisher Direktor der Informationsabteilung der Vereinten Nationen war. Sie wurde in zwei neue Referate aufgeteilt, von denen das eine einer wesentlich verstärkten Public Relations- und Publicity-Arbeit dienen soll (die Bekanntmachung der Arbeit und Ziele der Vereinten Nationen gehört ja zu den satzungsmäßig festgelegten Aufgaben der UNESCO), während das andere durch Dokumentations- und Erfahrungsaustausch die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung der modernen Kommunikationsmittel (Presse, Film, Funk, Fernsehen) unterstützen soll.

Bemerkenswert ist schließlich, daß das neue Programm eine stärkere Verbindung der Mitgliedstaaten untereinander vorsieht und daß größere Mittel für die Herausgabe von UNESCO-Veröffentlichungen in den einzelnen Staaten bewilligt wurden.

Nach den Eindrücken der deutschen Delegation stand man der deutschen Mitarbeit in der UNESCO allgemein wohlwollend gegenüber. Seitens der Bundesrepublik zeichnet sich, soweit voraussehbar, die Absicht ab, diese grundsätzliche Bereitwilligkeit durch vermehrte Heranziehung deutscher Wissenschaftler bei den Forschungsvorhaben der UNESCO und deutscher Mitarbeiter im Generalsekretariat der UNESCO in Paris zu nützen. Als Voraussetzung dafür wurde die engere Zusammenarbeit mit den maßgeblich am deutschen Kulturleben beteiligten Kreisen und Institutionen erkannt. Eine laufende Informierung durch das Sekretariat der Deutschen UNESCO-Kommission wurde angebahnt. *Dr. Brigitte Gnauck*

## „Deutsches Manifest“ in der Frankfurter Paulskirche

Am 29. Januar fand in der Frankfurter Paulskirche unter dem Motto: „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!“ eine Kundgebung für die Wiedervereinigung Deutschlands statt.

Die Redner hoben hervor, daß vor der Ratifizierung der Pariser Verträge alle Verhandlungsmöglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgeschöpft werden müßten. Es sprachen der Soziologe Prof. Alfred Weber, Georg Reuter, Vorstandsmitglied des DGB, die Theologen Prof. D. Helmut Gollwitzer und Prof. D. Dr. Johannes Hessen, Pastor Ernst Langer, der frühere Bundesinnenminister Dr. Dr. Gustav Heinemann und der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer. Das von der Versammlung angenommene „Deutsche Manifest“ hat folgenden Wortlaut:

„Aus ernster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart — ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß — hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermeßlich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Viermächteverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächte dem Willen unseres Volkes Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächtevereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!“

Am gleichen Tage antwortete Bundesminister Dr. Robert Tillmanns den Teilnehmern der Frankfurter Versammlung in einer Rede über den Nordwestdeutschen Rundfunk. Er erklärte: „Wenn wir die Wiedervereinigung in Freiheit wollen, dann müssen wir zu allererst die Verbindung mit der freien Welt bewahren, festigen und stärken, das heißt die Pariser Verträge vollziehen, die die Bestätigung dieses Zusammenhalts sind.“

## Zeittafel vom 16. bis zum 31. Januar 1955

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Organisationen

(Vgl. auch die Mitteilungen des Europarats auf S. 7356 dieser Folge)

- 21.—23. V. Kongreß der Union Europäischer Föderalisten in Paris. In einer politischen EntschlieÙung wird erklärt, daß die Pariser Verträge die atlantische Einheit vorläufig gerettet hätten, jedoch einen radikalen Bruch mit der europäischen Einigungspolitik bezeichneten. Der Platz der UEF sei deshalb jetzt auf der Seite der Opposition.

## Belgien

20. Die Abgeordnetenkammer ratifiziert die Pariser Verträge mit 181 gegen 9 Stimmen. Zwei Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

## Dänemark

29. Ableben des Ministerpräsidenten Hans *Hedtoft*. Zu seinem Nachfolger wird am 31. Januar Außenminister H. C. *Hansen* bestimmt. Ministerpräsident Hansen behält das Außenministerium inne.

## Deutschland

16. Stellungnahme des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zur sowjetischen Deutschland-erklärung vom 15. Januar (vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 0000 dieser Folge).

Die Landesbezirkskonferenz Bayern des DGB faÙt auf einer Tagung in München eine EntschlieÙung gegen den Wehrbeitrag, in welcher der Bundesvorstand des DGB aufgefordert wird, alle legalen Mittel zu verwenden, um die Aufrüstung zu verhindern. Soweit es verfassungsrechtlich möglich sei, sollten in den Ländern der Bundesrepublik Volksbefragungen veranstaltet werden. Der Vorstand des Landesbezirks Bayern wird in der EntschlieÙung aufgefordert, umgehend ein Volksbegehren in Bayern in die Wege zu leiten.

Der saarländische Ministerpräsident, Johannes *Hoffmann*, erklärt in Saarbrücken, die Gestaltung des innenpolitischen Lebens des Saargebietes sei ausschließlich Angelegenheit der Saarländer. Die saarländische Wirtschaft sei auf eine Zusammenarbeit mit Frankreich angewiesen; ebenso sei aber auch die Verbindung zum deutschen Markte eine Notwendigkeit für die Saar. Hoffmann war zuvor auf dem 9. Landesparteitag der Christlichen Volkspartei des Saarlandes zum Landesparteivorsitzenden wiedergewählt worden.

18. Das Auswärtige Amt gibt bekannt, daß Botschafter Vollrath Freiherr von *Maltzan*, bisher Leiter der handelspolitischen Abteilung im AA, als Nachfolger von Wilhelm *Hausenstein* zum Leiter der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik in Paris bestellt worden sei. Zum Leiter der Mission in London wird als Nachfolger von Hans *Schlange-Schönning* der bisherige Chef des Protokolls, Gesandter Hans *Herwarth von Bittenfeld*, ernannt.

19. Eine Funktionärskonferenz der IG-Bergbau beschließt auf einer Versammlung in Gelsenkirchen, zum 22. Januar wegen der Äußerungen des Generaldirektors der Gute-Hoffnungs-Hütte, *Reusch*, gegen das Mitbestimmungsrecht (vgl. Zeittafel EA 3/1955) einen 24stündigen Proteststreik auszurufen. Diesem Streikbeschuß schließt sich am 20. Januar die IG-Metall an. An dem Streik beteiligten sich rund 800 000 Arbeiter in der westdeutschen Montanindustrie.

Der hessische Ministerpräsident, Georg August *Zinn* (SPD), stellt dem am 28. November 1954 neugewählten Landtag sein Kabinett vor; es hat folgende Zusammensetzung: Heinrich *Schneider*, Innenminister; Heinrich *Tröger*, Finanzminister; Arno *Hennig*, Kultusminister (alle SPD); Gotthard *Franke*, Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr; Gustav *Hacker*, Minister für Landwirtschaft und Forsten (beide GB/BHE). Der Landtag spricht der neuen Regierung mit 50 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 44 Stimmen der CDU und FDP das Vertrauen aus.

20. Stellungnahme des Ministerrates der DDR zur sowjetischen Deutschland-erklärung vom 15. Januar (vgl. den Wortlaut auf S. 7347 dieser Folge).

22. Bundeskanzler *Adenauer* erklärt in einer Ansprache über den Südwestfunk, die Äußerungen des Generaldirektors der Gute-Hoffnungs-Hütte, *Reusch*, über das Mitbestimmungsrecht seien unrichtig; von einer Erpressung durch die Arbeitnehmer könne keine Rede sein. Das Mitbestimmungsrecht sei durch diese Erklärung nicht gefährdet. Die Entscheidungsgewalt über das Mitbestimmungsrecht liege allein bei der Regierung und bei dem Bundestag; auch von dieser Seite sei das Mitbestimmungsrecht in keiner Weise gefährdet. Er mißbillige es daher, daß über 800 000 Menschen ohne zwingenden Grund einen Tag die Arbeit niederlegten. Zur sowjetischen Deutschland-erklärung vom 15. Januar sagt Bundeskanzler *Adenauer*, aus der Erklärung gehe hervor, daß es auf unbestimmte Zeit bei der bisherigen Teilung Deutschlands bleiben solle; die Sowjetunion lasse es völlig ungewiß, wann und wie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erfolgen solle. (Vgl. den Wortlaut der sowjetischen Erklärung auf S. 0000 dieser Folge). Man könne unter diesen Umständen nicht von aussichtsreichen Verhandlungen und von einem Entgegenkommen der Sowjetunion sprechen.

Erich *Ollenhauer* richtet auf Beschluß des SPD-Vorstandes ein Schreiben an Bundeskanzler *Adenauer*, in dem er an die Bundesregierung appelliert, die Regierungen der drei Westmächte unverzüglich zu ersuchen, vor der Ratifizierung der Pariser Verträge mit der sowjetischen Regierung über deren Vorschläge vom 15. Januar (vgl. den Wortlaut auf S. 0000 dieser Folge) zu verhandeln. Am 25. Januar betont *Ollenhauer* in einer Rundfunkrede, daß noch vor der Annahme der Pariser Verträge jede Möglich-



keit zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ausgenutzt werden müsse. Bundeskanzler Adenauer weist am 29. Januar in seiner Antwort auf das Schreiben des SPD-Vorstandes darauf hin, daß sich die Westmächte verpflichtet hätten, gemeinsam mit der Bundesrepublik die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeizuführen. Diese Verpflichtung sei jedoch an die Ratifizierung der Pariser Verträge geknüpft.

Die Landesversammlung der CSU in München wählt den früheren bayrischen Wirtschaftsminister Hans Seidel zum Landesvorsitzenden der CSU. Seidel ist der Nachfolger von Hans Ehard, der nach seiner Wahl zum bayrischen Landtagspräsidenten den Parteivorsitz abgab.

Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters, Otto Suhr (SPD), die Mitglieder des neuen Senats. Für den Senat stimmen 101 von 126 anwesenden Abgeordneten; 19 Abgeordnete stimmen mit Nein, sechs Abgeordnete enthalten sich der Stimme. Der Senat hat folgende Zusammensetzung: Günther Klein, Bundesangelegenheiten und Postwesen; Joachim Lipschitz, Inneres; Ella Kay, Jugendwesen und Sport; Rolf Schwedler, Bau- und Wohnungswesen; Otto Theuner, Verkehr und Betriebe (alle SPD); Valentin Kielinger, Justizwesen; Joachim Tiburtius, Volksbildung; Heinrich Kreil, Arbeit und Sozialwesen; Hans Schmiljan, Gesundheitswesen; Friedrich Haas, Finanzen (alle CDU).

26. Stellungnahme des Bundeskabinetts zur Erklärung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland (vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 7348 dieser Folge).

29. In der Frankfurter Paulskirche findet eine Tagung statt, auf der ein „Deutsches Manifest“ für die Wiedervereinigung Deutschlands beschlossen wird (vgl. den Wortlaut des Manifestes auf S. 7350 dieser Folge).

Stellungnahme des Ministerrates der DDR zur Erklärung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland (vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 7347—48 dieser Folge).

#### Frankreich

17.—21. In Paris tritt die Arbeitsgruppe Rüstungsproduktion und -standardisierung der Westeuropäischen Union (WEU) zusammen, um den französischen Plan für einen europäischen Rüstungspool zu prüfen. Auf der ersten Sitzung erläutert der französische Delegierte Alexandre Parodi das Memorandum, welches die französische Regierung am 5. Januar den Mitgliedstaaten der WEU sowie Kanada und den Vereinigten Staaten zustellte. Der Ausschuß bestellt ein Sekretariat mit dem britischen Delegierten Peter Fraser an der Spitze. Am 18. Januar legt Wirtschaftsminister Erhard vor der Arbeitsgruppe den Standpunkt der deutschen Bundesregierung dar. Anschließend empfängt der französische Ministerpräsident und Außenminister, Mendès-France, Bun-

desminister Erhard zu einem Meinungsaustausch. Erhard erklärt am 21. Januar auf einer Pressekonferenz in Paris, die Bundesregierung werde alle Anstrengungen unternehmen, um mit Frankreich eine Verständigung zu erzielen.

19. In den zuständigen Kommissionen des Rates der Republik beginnen die Beratungen über die Pariser Verträge. Der Außenpolitische Ausschuß billigt das Saarabkommen mit 22 gegen 2 Stimmen unter dem Vorbehalt, daß die Regierung den definitiven Charakter der Abmachungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mendès-France präzisiere. Am 27. Januar erläutert Mendès-France in einer gemeinsamen Sitzung des Außenpolitischen und des Verteidigungsausschusses die Verträge, wobei er betont, daß hinsichtlich des Saarabkommens nicht mehr von Interpretationen gesprochen werden könne. Man werde nur noch über die Ausführung des Abkommens beraten.

20. Im Rahmen einer Umbildung und Erweiterung des Kabinetts gibt Ministerpräsident Mendès-France das Außenministerium an den bisherigen Wirtschafts- und Finanzminister, Edgar Faure (Rad. Soz.), ab. Am 26. Januar wird Jacques Soustelle (Soz. Rep.) zum Generalgouverneur von Algerien ernannt.

27. Die Regierung antwortet auf die sowjetische Note vom 16. Dezember 1954, in der für den Fall der Ratifizierung der Pariser Verträge die Kündigung des sowjetisch-französischen Vertrages von 1944 angekündigt worden war. In der französischen Antwort heißt es, die Pariser Verträge stünden mit dem sowjetisch-französischen Vertrag nicht im Widerspruch. Beide Verträge seien ein Beitrag zur europäischen Sicherheit.

#### Griechenland

18. Das Parlament ratifiziert einstimmig das Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO sowie den am 9. August 1954 in Bled unterzeichneten Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei.

#### Großbritannien

27. Die Regierung antwortet auf die sowjetische Note vom 20. Dezember 1954, in der für den Fall der Ratifizierung der Pariser Verträge die Kündigung des britisch-sowjetischen Vertrages von 1942 angekündigt worden war. In der britischen Antwort heißt es, die Pariser Verträge seien mit dem britisch-sowjetischen Vertrag nicht unvereinbar. Der Vertrag könne nach Ansicht der britischen Regierung auch heute noch der Sicherheit Europas dienen; Großbritannien würde es deshalb bedauern, wenn die Sowjetunion den Vertrag kündigen sollte. Auf die sowjetischen Anschuldigungen wegen der Wiederbewaffnung Westdeutschlands erklärt die britische Regierung unter anderem, die Sowjetunion sei für die Teilung Deutschlands direkt verantwortlich.

#### Italien

15. Zum Abschluß der IV. Nationalkonferenz der Kommunistischen Partei Italiens wählt das Zentralkomitee auf einer Plenartagung gemäß den Beschlüssen der Nationalkonferenz ein neues leitendes Organ, dem unter anderen Palmiro Togliatti, Giorgio Amen-

dola, Arturo Colombi, Giuseppe di Vittorio und Edoardo d'Onofrio angehören. Der bisherige stellvertretende Generalsekretär Pietro Secchia scheidet aus dem Sekretariat aus; er wird zum Regionalsekretär für die Lombardei ernannt.

#### Jugoslawien

25. Das Belgrader Bezirksgericht verurteilt Milovan Djilas zu anderthalb und Wladimir Dedijer zu sechs Monaten Gefängnis. Die Strafen für beide Verurteilten, die der regierungsfeindlichen Tätigkeit angeklagt wurden, werden ausgesetzt. Dedijer und Djilas hatten sich in Interviews mit ausländischen Zeitungen (vgl. Zeittafel EA 2/1955) für eine Demokratisierung des politischen Lebens in Jugoslawien ausgesprochen.

#### Polen

31. In einer Regierungserklärung über die deutsche Frage wird bekanntgegeben, daß sich die Regierung an den Staatsrat mit dem Vorschlag gewandt habe, einen Beschluß über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Polen und Deutschland zu fassen. Weiterhin heißt es in der Erklärung, Polen halte es für möglich, seine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu normalisieren.

#### Portugal

25. Die Nationalversammlung ratifiziert einstimmig das Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO.

#### Tschechoslowakei

21. Außenminister Vaclav David betont in einer Deutschlandklärung vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland könnten nach Ansicht der tschechoslowakischen Regierung erweitert und normalisiert werden. Nach einer Wiedervereinigung bestünden große Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Deutschland, hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet.

#### Sowjetunion

17. Der Ministerrat beschließt, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, der Deutschen Demokratischen Republik und der Chinesischen Volksrepublik technische Hilfe zum Aufbau von Versuchszentren und Forschungen auf dem Gebiete der Atomenergie und ihrer Anwendung zu industriellen Zwecken anzubieten. In der Erklärung des Ministerrates heißt es, es werde erwogen, auch anderen Staaten diese Hilfe zu leisten.
24. Handelsminister Anastas I. Mikojan tritt zurück. Er behält seine Stellung als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. Zu seinem Nachfolger als Handelsminister wird Dimitrij W. Pawlow ernannt.
25. Das Präsidium des Obersten Sowjets veröffentlicht ein Dekret zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland (vgl. den Wortlaut auf S. 7347 dieser Folge).
28. Der britische Botschafter, Sir William Hayter, ersucht Außenminister Molotow in einer Unterredung, der Regierung der Chinesischen Volksrepublik Zurückhaltung in der Formosafrage zu empfehlen. Am 31. Januar teilt Molotow dem britischen Botschafter in einer neuen Unterredung mit, die Sowjetunion teile die Ansicht der britischen Regierung — die Sir William Hayter in der ersten Unterredung vorgebracht hatte —, daß es notwendig sei, die Formosafrage im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu behandeln. Eine Delegation der Chinesischen Volksrepublik sollte eingeladen werden, an den Debatten über diese Frage im Sicherheitsrat teilzunehmen.
30. In einer Unterredung mit den amerikanischen Journalisten William Randolph Hearst jr. und Kingsbury Smith erklärt Außenminister Molotow, die Lage in Formosa bedeute eine Gefahr für den Frieden. Seiner Meinung nach müßten die Vereinigten Staaten die Verantwortung für diese Lage tragen, weil sie sich in die inneren Angelegenheiten Chinas eingemischt hätten. Die kommunistische chinesische Regierung habe jeden Grund zu verlangen, daß ihre Rechte auf Formosa wiederhergestellt würden.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

- 22.—30. In Kairo findet eine Konferenz der Ministerpräsidenten Ägyptens, Saudi-Arabiens, des Libanon, Jordaniens und Syriens statt. Der irakische Ministerpräsident Nuri es Said hatte seine Teilnahme abgesagt. Die Konferenz beschließt, eine Delegation nach Bagdad zu entsenden, welche der irakischen Regierung die Ansichten der arabischen Staaten über den geplanten türkisch-irakischen Militärvertrag (vgl. Zeittafel EA 3/1955) darlegen soll.

#### AMERIKA

##### Kanada

26. Das Unterhaus ratifiziert mit 213 gegen 12 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen das Pariser Protokoll über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO.

##### Vereinigte Staaten

17. Präsident Eisenhower unterbreitet dem Kongreß den

Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1956. Der Voranschlag sieht Ausgaben von 62,4 Milliarden und Einnahmen von 60 Milliarden Dollar vor. Zu Verteidigungszwecken sollen 40,5 Milliarden Dollar, das sind 65 Prozent der Gesamtausgaben, verwendet werden. Diese Summe liegt um 186 Millionen Dollar unter den Verteidigungsausgaben des Vorjahres. Das Hauptgewicht wird auf die Entwicklung der Luft- und Atommacht gelegt. Für die Auslandhilfe sind einschließlich der militärischen Hilfe 4,7 Milliarden Dollar vorgesehen.

20. In einer Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß drückt Präsident Eisenhower die Ueberzeugung aus, daß die wirtschaftliche Prosperität in den Vereinigten Staaten andauern werde. Er spricht sich erneut für eine freiheitliche Handelspolitik der Vereinigten Staaten, eine Vermehrung der amerikanischen Investitionen im Ausland und eine Verstärkung der



technischen Hilfe aus, insbesondere an die Verbündeten der Vereinigten Staaten in Asien.

24. Präsident *Eisenhower* erklärt in einer Sonderbotschaft an den Kongreß über die Lage in der Straße von Formosa, die Vereinigten Staaten müßten militärische Maßnahmen ins Auge fassen, um die Sicherheit Formosas und der Pescadores-Inseln zu gewährleisten. Die chinesischen Kommunisten hätten in letzter Zeit mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß sie die Eroberung Formosas anstrebten. Die Vereinigten Staaten würden es begrüßen, wenn sich die Vereinten Nationen mit der Frage befassen würden, wie die Feindseligkeiten in der Straße von Formosa beendet werden könnten. In der heutigen kritischen Lage könnten die Vereinigten Staaten jedoch nicht auf Vorkehrungen der Vereinten Nationen warten. Am 25. Januar billigt das Repräsentantenhaus mit 409 gegen 3 Stimmen eine Resolution, in der es heißt: „Der Präsident der Vereinigten Staaten ist ermächtigt, zum besonderen Zwecke der Sicherung und des Schutzes von Formosa und der Pescadores-Inseln vor einem bewaffneten Angriff amerikanische Truppen einzusetzen, wenn er dies für notwendig erachtet. Diese Ermächtigung gilt auch zur Sicherung und zum Schutze anderer Stellungen und Territorien dieses Gebietes, die jetzt in Freundeshand sind, sowie für andere Maßnahmen, die er für erforderlich oder geeignet hält, um die Verteidigung Formosas und der Pescadores-Inseln zu gewährleisten. Diese Resolution erlöscht, wenn der Präsident entscheidet, daß Frieden und Sicherheit dieses Gebietes durch die internationalen Verhältnisse, geschaffen durch Maßnahmen der Vereinten Nationen oder auf andere Weise, gewährleistet sind und er dies dem Kongreß mitteilt.“ Der Senat stimmt der Resolution am 28. Januar mit 85 gegen 3 Stimmen zu.
27. Präsident *Eisenhower* erklärt, er allein werde in allen Fällen über den Einsatz amerikanischer Streitkräfte entscheiden, in denen es sich nicht um unmittelbare Selbstverteidigung gegen einen überraschenden Angriff oder um die direkte Verteidigung Formosas oder der Pescadores-Inseln handle. In allen diesen Fällen habe er seine Entscheidungsgewalt nicht delegiert.

## ASIEN

### Burma

17. Der jugoslawische Präsident *Tito*, der nach seinem Besuch in Indien vom 6. bis zum 17. Januar in Burma

einen Staatsbesuch abstattete, und der burmesische Ministerpräsident, *U Nu*, betonen in einer gemeinsamen Erklärung, der internationale Friede könne sich unter den gegenwärtigen Umständen nur auf den Grundsatz der friedlichen Koexistenz gründen.

### China (Formosa)

18. Streitkräfte der Chinesischen Volksrepublik besetzen die Insel Jikiangshan, einen nationalchinesischen Stützpunkt nördlich von Formosa vor dem chinesischen Festland.

### Chinesische Volksrepublik

24. Der Vorsitzende des Staatsrates und Außenminister, *Tschu En-lai*, lehnt in einer Erklärung zur Formosafrage einen Waffenstillstand mit der Begründung ab, daß Formosa integraler Bestandteil des chinesischen Staatsgebietes sei und deshalb dem Mutterlande wieder zugeführt werden müsse. Unter Hinweis auf Artikel 2 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen stellt *Tschu En-lai* fest, daß die Chinesische Volksrepublik bei ihrem Begehren im Hinblick auf Formosa in Ausübung ihrer souveränen Rechte handle und jegliche Aktionen Dritter als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas betrachten würde.

### Japan

25. Der sowjetische Vertreter in Tokio, *A. I. Domnitskij*, erklärt laut TASS in einer Unterredung mit Ministerpräsident *Ichirio Hatoyama*, die Sowjetregierung sei der Auffassung, daß es angebracht wäre, einen Meinungsaustausch über die Möglichkeit einer Normalisierung der sowjetisch-japanischen Beziehungen herbeizuführen. Die Sowjetunion sei bereit, Vertreter für solche Verhandlungen zu benennen.

### Libanon

18. Zum Abschluß der Besprechungen zwischen einer türkischen Delegation unter Führung von Ministerpräsident *Aduan Menderes* und der libanesischen Regierung (vgl. Zeittafel EA 3/1955 unter Irak) wird in Beirut ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Darin heißt es, die beiden Parteien seien übereingekommen, die Besprechungen zur Förderung der Beziehungen zwischen der Türkei, Libanon und den anderen arabischen Staaten mit dem Zweck, die Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele zu sichern, fortzusetzen.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

- 17.—29. Erste Tagung des Beratenden Ausschusses für die Vorbereitung der internationalen Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie. Der Ausschuß beschließt, die Konferenz zum 8. August 1955 nach Genf einzuberufen, und einigt sich über eine Tagesordnung für die Konferenz.
28. Neuseeland beantragt, die Einstellung der Feindseligkeiten in dem Gebiet gewisser, dem chinesischen Festland vorgelagerter Inseln auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates zu setzen und die Chinesische Volksrepublik einzuladen, an der Debatte im Sicherheitsrat teilzunehmen. Am 30. Januar verlangt die Sowjetunion, daß die „Frage von Aggressionshand-

lungen der Vereinigten Staaten gegen die Chinesische Volksrepublik im Gebiet von Formosa und anderer chinesischer Inseln“ unverzüglich vom Sicherheitsrat erörtert werde. Der Sicherheitsrat beschließt am 31. Januar, den neuseeländischen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und den sowjetischen Antrag nach Abschluß der Debatte über den Antrag Neuseelands zu behandeln. Mit neun gegen eine Stimme (Nationalchina) und bei einer Stimmenthaltung (Sowjetunion) beschließt der Rat ferner, die Chinesische Volksrepublik einzuladen, einen Vertreter zu der Debatte über den neuseeländischen Antrag zu entsenden.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

20. FEBRUAR 1955

4. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Brown, A. J.: The Great Inflation 1939—1951. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1955. 321 S. 30 s.

Brown gibt eine Analyse der während und nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretenen inflationistischen Entwicklungen, und zwar für die Welt in ihrer Gesamtheit und getrennt nach den wichtigsten Ländern, die von dieser Entwicklung am schwersten betroffen wurden. Dabei wird auch der Entwicklung in Deutschland große Beachtung geschenkt. Der Verfasser behandelt in weltweiter Sicht die Auswirkungen der inflationistischen Entwicklungen wie beispielsweise die Ursachen, die Einflüsse der Rüstungsausgaben, Lohn- und Preis-Spirale, Verteilung der Einkommen, Preiskontrollmaßnahmen, Schwarzmarkt, Flucht in die Warenwerte, wobei er jedoch den einzelnen Ländern die Beachtung schenkt, die ihnen in der allgemeinen Entwicklung jeweils zukommt. Das Buch schildert die einzelnen Phasen der Entwicklung in sehr anschaulicher, leicht verständlicher Weise, ohne daß dabei der wissenschaftliche Wert des Gebotenen in Frage gestellt wird.

Castillon, Richard: Les Réparations Allemandes. Deux Expériences 1919—1932, 1945—1952. Paris: Presses Universitaires de France 1953. 198 S.

Fortschritte und Probleme der europäischen Wirtschaft. Deutsche Uebersetzung. Bad Godesberg: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1954. 378 S. (Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris, OEEC, 5. Bericht).

Geschichtliche Zeit-Tafel 1945—1953: Der Kampf um die nationale Einheit und um einen Friedensvertrag mit Deutschland. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin. 4. Auflage. Berlin: Kongreß-Verlag 1954. 80 S. DM 1,50.

Hansen, Ernst Siegfried: Kurier der Heimat. Das Spiel um Schleswig zwischen Kapitulation und Programm Nord. Bielefeld: Deutscher Heimat-Verlag 1955. 479 S.

The International Bank for Reconstruction and Development 1946—1953. Baltimore: Johns Hopkins Press 1954. 273 S.

Jürgensen, Harald: Die westeuropäische Montanindustrie und ihr gemeinsamer Markt. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1955. 264 S., 44 Zahlentafeln. (Forschungen aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Band 10).

Langer, William L. und S. Everett Gleason: The World Crisis and American Foreign Policy. Band I: The Challenge to Isolation 1937—1940; Band II: The Unde-

clared War 1940—1941. London: Royal Institute of International Affairs 1952—1953. XV, 794 S.; XVI, 963 S. Je 60 s.

Das vom Council on Foreign Relations in New York vorbereitete Werk spannt den weiten Bogen vom amerikanischen Isolationismus bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg und zeigt, welchen Einfluß die Geschehnisse in Europa und dem Fernen Osten zwischen den entscheidenden Tagen von München bis zum japanischen Ueberfall auf Pearl Harbor auf die amerikanische Innen- und Außenpolitik ausgeübt haben. Es wird aber auch dargelegt, welche Anstrengungen die Vereinigten Staaten unternommen haben, um den Kriegsausbruch in Europa zu verhindern, und welche Schockwirkung die militärischen Anfangserfolge Hitler-Deutschlands in den Jahren 1939/1940 auf das amerikanische Volk ausübten. Die Verfasser dieses eindrucksvollen Werkes haben sich bemüht, jeden Aspekt der internationalen Entwicklung dieser entscheidenden Jahre zu berücksichtigen. Sie überprüfen die Auswirkungen allen Geschehens in dieser Zeit, ganz gleich ob es sich in Lateinamerika oder in der Sowjetunion zutrug, und zeigen, wie sich die Einstellung des amerikanischen Volkes zu diesen Geschehnissen schrittweise wandelte und sich schließlich die Kriegsbereitschaft anbahnte. Alle Darlegungen von Bedeutung werden von den Autoren dokumentarisch belegt. Ohne Zweifel wurde hier ein Werk geschaffen, das sich durch nüchterne Objektivität auszeichnet und das jedem Studenten der Zeitgeschichte eine wertvolle Hilfe zum Verständnis der Handlungsweise der Vereinigten Staaten sein wird.

Russell, Sir E. John: World Population and World Food Supplies. London: George Allen & Unwin Ltd. 1954. 513 S. £ 2/10/—.

Hier legt ein bedeutender Ernährungswissenschaftler Großbritannien als Ergebnis vieljähriger Arbeit und ausgedehnter Studienreisen eine eindrucksvolle, mit Statistiken, graphischen Darstellungen und Illustrationen versehene Studie über die Verteilung der Weltbevölkerung und die Lebensmittelproduktion aller Länder der Erde vor. Dabei wird sowohl der Bedarf der einfuhrabhängigen Gebiete als auch das Angebot der landwirtschaftlichen Länder der Welt genau untersucht. Der Verfasser führt dabei den Nachweis, daß die weitgehend erschlossenen Länder der Welt die Gewährleistung einer ausreichenden Ernährung ihrer Bevölkerung über eine unbestimmte Zeitspanne erwarten können, während die rückständigen Gebiete immer vordringlicher die Zusammenarbeit mit den fortentwickelten Ländern anstreben müßten, um der Notwendigkeit einer Modernisierung ihrer Landwirtschaft Rechnung tragen zu können. Das Buch Russells wird nicht nur das Interesse von Ernährungswissenschaftlern, sondern von allen an der allgemeinen internationalen Entwicklung interessierten Personen für sich beanspruchen können.

Norden, Albert: Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Berlin: Dietz Verlag 1954. 387 S.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschrittleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofner, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



## Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1955

### I. Tagungen des Rates

#### Ministerkomitee

Am 15. Januar hielt das Ministerkomitee unter dem Vorsitz von Herrn *Papaligouras*, griechischer Koordinationsminister, in Paris eine gemeinsame Sitzung mit der Hohen Behörde der EGKS, vertreten durch deren Präsidenten, Herrn *Jean Monnet*, und Herrn *Dirk Spierenburg*, ab. Es war dies das erste Treffen des Komitees auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister. Der Wortlaut des von beiden Gesprächspartnern gebilligten Kommuniqués findet sich weiter unten unter „Wirtschaftsfragen“.

#### Stellvertreter der Minister

Unter dem Vorsitz des ständigen Vertreters der griechischen Regierung, Herrn *Hadjı Vassiliou*, tagten die Stellvertreter der Außenminister des Europarates vom 10. bis zum 12. Januar in Straßburg. Die Tagesordnung war im wesentlichen Fragen der Verwaltung und des Haushaltes gewidmet, insbesondere wurde der Haushaltsplan für 1955 beraten und angenommen. Als Haushaltssumme wurden 844 870 000 ffrcs. genehmigt. Dieser Betrag ist um rund 150 Millionen ffrcs. geringer als die Haushaltssumme des Vorjahres. Bei diesem Differenzbetrag handelt es sich praktisch um die im Jahre 1954 angefallenen Baukosten für die Errichtung eines neuen Flügels des Generalsekretariat-Gebäudes. Die italienische Regierung wurde aufgefordert, als Nachfolger für das ausscheidende deutsche Mitglied für die Jahre 1955 bis 1957 ein Mitglied der Rechnungsprüfungskommission zu bestellen.

Im Verlauf einer Aussprache über die Rolle des Europarates beauftragten die Stellvertreter den Generalsekretär, die Mitgliedsregierungen um baldige Unterbreitung von Vorschlägen zwecks Aufstellung eines der Versammlung vorzulegenden Fragebogens zu ersuchen. Außerdem wurde der Generalsekretär beauftragt, für die nächste Sitzung der Stellvertreter am 8. März in Straßburg ein Memorandum mit seinen Vorschlägen für die Verwirklichung der Anregungen vorzubereiten, welche der griechische Außenminister Herr *Stephanopoulos* und einige seiner Kollegen am 19. Dezember 1954 auf der 15. Sitzung des Minister-

ausschusses in Paris gemacht hatten. (Vgl. die Mitteilungen des Europarates, 5. Jahrgang Nr. 1.)

Ein Glückwunschtelegramm wurde von den Stellvertretern an Herrn *Pierre Schnetter*, den Sonderbeauftragten des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten der französischen Nationalversammlung abgesandt.

### II. Wirtschaftsfragen

#### Ministerkomitee — Hohe Behörde

Im Anschluß an die Sitzung des Ministerkomitees des Europarates und der Hohen Behörde der EGKS wurde das nachfolgende gemeinsame Kommuniqué veröffentlicht:

*Das Ministerkomitee des Europarates unter dem Vorsitz von Herrn *Panaguis Papaligouras* (Griechenland) und die Hohe Behörde der EGKS, vertreten durch ihren Präsidenten, Herrn *Jean Monnet*, und Herrn *Dirk Spierenburg*, hielten am 15. Januar in Paris eine gemeinsame Sitzung ab.*

*Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Herr *Jean Monnet* die Abhaltung derartiger gemeinsamer Sitzungen vorgeschlagen habe. Dieser Vorschlag war schon 1953 vom Ministerkomitee des Europarates positiv aufgenommen worden. Während gemeinsame Aussprachen der beiden Versammlungen und ihrer Ausschüsse bereits stattgefunden haben, war es das erstmal, daß das Regierungsorgan des Europarates und die Hohe Behörde zusammentrafen und somit ein neuer Abschnitt in den Beziehungen der beiden Institutionen eröffnet wurde.*

*Präsident *Jean Monnet* betonte in seiner Antwort, wie großen Wert er auf diese Sitzung lege, in der er einen erfolgreichen Höhepunkt der engen Beziehungen während der letzten zwei Jahre erblicke und zugleich den ermutigenden Beginn einer neuen Form besonders fruchtbarer Zusammenarbeit. Die Hohe Behörde werde in Zukunft ebenfalls Fragen an das Ministerkomitee des Europarates richten.*

*Das Mitglied der Hohen Behörde Herr *Spierenburg* beantwortete sodann die vom Ministerkomitee schriftlich gestellten Fragen. Diese bezogen sich in*

erster Linie auf die Handelspolitik der Mitglieder der Gemeinschaft und der Gemeinschaft im allgemeinen sowie auf die Beziehungen mit dritten Ländern.

Mündliche Fragen betrafen die Einstellung der Hohen Behörde zum Ausfuhrübereinkommen der Stahlproduzenten und zur Zollpolitik für Spezialstähle. Von beiden Gesprächspartnern wurde die Ansicht geäußert, daß die Diskussionen eine Wiederholung derartiger gemeinsamer Sitzungen wünschenswert erscheinen lasse.

Die dänische Regierung hat folgende Auszüge aus der im Verlauf der gemeinsamen Sitzung abgegebenen Erklärung ihres Außenhandelsministers, Herrn Jens Krag, veröffentlicht:

Die dänische Regierung hat die Frage der Stahl-  
exporte bereits bei der OEEC und dem GATT er-  
hoben. Die Erfahrung hat uns jedoch gezeigt, daß,  
je mehr wir uns über die von diesem Kartell der  
Sechs geübten Preisdiskriminierung beschweren,  
die Stahlpreise im Export nach dritten Ländern um  
so höher werden. Für mehrere Eisenerzeugnisse  
müssen dritte Länder zurzeit 15 bis 20% höhere  
Preise als die für den Gemeinsamen Markt fest-  
gesetzten bezahlen. Durch diese Preisdiskriminierung  
befinden sich die Unternehmen in Dänemark und  
anderen dritten Ländern, welche auf dem Welt-  
markt im Wettbewerb mit der eisenschaffenden  
Industrie der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft  
stehen, in einer ungleichen Lage.

Ich möchte daher einige Einzelheiten über dieses  
Stahlkartell und die darüber bei der OEEC und  
dem GATT geführten Unterhaltungen hervorheben.

Das Exportkartell für Stahl wurde kurze Zeit vor  
der Schaffung des Gemeinsamen Marktes der Ge-  
meinschaft, im Frühjahr 1953, eingeführt. Es ist in  
der Form einer Vereinigung der Stahlerzeuger in  
den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, mit Aus-  
nahme der italienischen Erzeuger, organisiert.  
Meines Wissens kontrolliert dieses Kartell ungefähr  
65% des Welthandels in Eisenerzeugnissen, und  
seine Verkäufe stellen jährlich 20 bis 25% der ge-  
samten Fertigstahlproduktion der Gemeinschaft dar.

Die Lage des Exportkartells für Stahl wurde, so-  
viel ich weiß, von der Gemeinschaft vor etwa einem  
Jahr besprochen.

Wenn man den Presseveröffentlichungen Glauben  
schenken darf, scheint sich die Hohe Behörde ent-  
schlossen zu haben, dem Kartell keinen Wider-  
spruch entgegenzusetzen, nachdem sie das Problem  
mit dem besonderen Ministerrat der EGKS be-  
sprochen hatte. Hieraus ergab sich kurz darauf eine  
Festigung der Stellung des Kartelles durch die Ein-  
führung einer Buße von 50 Dollar pro Tonne für  
die Erzeuger, welche die vom Kartell festgesetzten  
Mindestpreise unterschritten. Als diese Maßnahme  
sich als nicht ausreichend erwies, schritt das Kartell  
zur Einführung des Export-Quoten-Systems mit der  
Festsetzung von monatlichen Exportquoten nach  
dritten Ländern für jedes Exportland.

Im zweiten Halbjahr 1954 benutzte das Export-  
kartell für Stahl die günstige Gelegenheit der wirt-  
schaftlichen Expansion, um fünf- oder sechsmal die  
Exportpreise für Stahl erheblich zu steigern, mit  
dem Ergebnis, daß dritte Länder einen um 15 bis  
20% höheren Preis als innerhalb des Gemeinsamen  
Marktes bezahlen mußten.

Bei den Besprechungen mit der OEEC und dem  
GATT haben die dänischen Vertreter betont, daß  
das Stahlkartell zwangsläufig erheblichen Einfluß  
auf die Preiskalkulationen innerhalb des Gemein-  
samen Marktes haben muß, da mehrere Mitglied-  
staaten der Gemeinschaft 35 bis 50% ihrer Stahl-  
erzeugung nach dritten Ländern verkaufen.

Nach unserer Auffassung steht das Kartell im  
Widerspruch mit Artikel 65 des Schumanplanes.

Darüber hinaus glauben wir, daß die erheblich  
höheren Preise für dritte Länder mit der Verpflich-  
tung der Gemeinschaft zur Erhaltung vernünftiger  
Preise im Widerspruch stehen. Das gleiche gilt für  
die von der Gemeinschaft übernommene Verpflich-  
tung betreffend die Erleichterungen hinsichtlich von  
Zöllen und Liberalisierungen, welche GATT und  
OEEC der Gemeinschaft zur Erleichterung der Ein-  
führung des Gemeinsamen Marktes gewährt haben.

Wenn Dänemark und andere dritte Länder diesen  
Maßnahmen von GATT und OEEC zugestimmt  
haben, so geschah dies nur, weil wir der Über-  
zeugung waren, daß die Preise der Gemeinschaft für  
dritte Länder annehmbar und im Verhältnis mit  
dem Preisniveau auf dem Gemeinsamen Markte  
sein würden.

Der Preisanstieg hat unsere Eisenindustrien in  
eine schwierige Lage gebracht, welche uns zwingt,  
nach Abhilfemaßnahmen zu suchen. Bevor jedoch  
die dänische Regierung eine endgültige Entschei-  
dung in dieser Frage trifft, wollen wir uns an die  
Hohe Behörde und an die Mitgliedsregierungen der  
EGKS wenden. Ich hoffe, daß die Gemeinschaft die  
notwendigen Maßnahmen treffen wird, um die be-  
stehenden Diskriminierungen auszuschalten, etwa  
durch Festsetzung von Höchstpreisen, wie dies im  
Vertrag des Schumanplanes vorgesehen ist.

Das unbestreitbare Ziel des Kartelles ist die Ge-  
währung von bedeutenden Vorteilen für die Stahl-  
erzeuger. Dies ist kaum vereinbar mit den Zielen  
der EGKS, welche eine Preissenkung durch erhöhte  
Produktivität fordern. Ein Mittel zur Steigerung der  
Produktivität ist die rationellere Arbeitsteilung  
unter den europäischen Industrien. Für die Stahl-  
erzeugung wäre es ein natürliches Verfahren, wenn  
die Ausdehnung und Modernisierung der Erzeu-  
gung, wie sie durch den steigenden Verbrauch be-  
dingt werden, zunächst in den Ländern wirksam  
würden, welche große eisenwirtschaftliche Unter-  
nehmungen besitzen. Gleichartige Bedingungen für  
die europäischen Verbraucher müssen die Voraus-  
setzung für eine Entwicklung der Arbeitsteilung  
innerhalb Europas sein. Im gegenteiligen Fall wird  
sich eine Situation entwickeln, wie wir sie in den  
Jahren vor dem Kriege erlebt haben. Damals zwang



*die Preisdiskriminierung seitens des Stahlkartelles mehrere Länder zur Schaffung eigener Eisenindustrien. Ich hoffe deswegen, daß die Hohe Behörde und die Mitgliedsländer der EGKS die geeigneten Mittel finden werden, um die notwendigen Garantien für eine Aktion gegen die Tätigkeit des Stahlkartelles zu gewährleisten.*

#### Pflanzenschutz

Am 6. Januar wurde der Generaldirektor der Europäischen Pflanzenschutzorganisation, Dr. W. E. Wilkins, vom Generalsekretär und dem stellvertretenden Generalsekretär des Europarates empfangen. Bei diesem Besuch führte Dr. Wilkins auch Gespräche mit den Abteilungsleitern des Generalsekretariats.

Anlaß zu diesem Besuch war die Annahme der Entschließung (54)19 durch den Ministerausschuß im Oktober 1954. Diese Entschließung forderte die Mitgliedsregierungen auf, in vollem Umfang an den Arbeiten der europäischen Organisation für den Pflanzenschutz teilzunehmen. Außerdem sollte der Generalsekretär mit der Organisation Besprechungen über die Möglichkeit einer Koordinierung der Bestimmungen der Regierungen über die Kontrolle von Pflanzen an den Grenzen führen.

Über Form und Inhalt der weiteren Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen wurde ein Übereinkommen erzielt.

#### Entwicklung Südeuropas

Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Versammlung, welche den Auftrag hatte, die geeigneten Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung der südeuropäischen Länder zu untersuchen, wird sich zunächst mit der Prüfung der Lage in den einzelnen Ländern befassen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden im Laufe des Monats Februar nach Griechenland reisen, um die verschiedenen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung mit den zuständigen Behörden an Ort und Stelle zu untersuchen.

### III. Rechts- und Verwaltungsfragen

#### Die Europäische Niederlassungsordnung

Der mit der Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen beauftragte Sachverständigenausschuß tagte vom 24. bis zum 29. Januar unter dem Vorsitz von Dr. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) in Straßburg. Die wesentliche Aufgabe dieser Sitzung war die Prüfung der Abänderungsanträge, die zu dem im Juni vorigen Jahres vorgelegten Konventionsentwurf eingebracht worden waren. Dieser Entwurf war bei einer gemeinsamen Sitzung der Sachverständigen und der Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen der Versammlung besprochen worden. Ein Unterausschuß dieses Ausschusses hatte am 10. und 11. September 1954 eine Besprechung mit acht Sachverständigen, in deren Verlauf eine Reihe von Abänderungsanträgen angenommen wurde. Insbesondere handelte es sich um die Definition des Aus-

druckes „Staatsangehörige“ (ressortissants), die Gegenseitigkeitsklausel, die Klausel der meistbegünstigten Nation und die Berufsausbildung. Inzwischen haben die Regierungen ihre Kommentare zu diesen Abänderungsanträgen gegeben.

Die Arbeiten der Sachverständigen haben nunmehr zur Fertigstellung eines endgültigen Konventionsentwurfes geführt, welcher dem Ministerkomitee vorgelegt werden wird und nach seiner Annahme den ersten mehrseitigen Vertrag über diese Frage darstellen wird.

Der Wirkungsbereich dieser Niederlassungsordnung wird außerordentlich umfangreich sein. Ihre Bestimmungen regeln den Übertritt von Staatsangehörigen eines Landes auf das Gebiet eines anderen Landes, den langfristigen oder dauernden Aufenthalt, die gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Garantien, die Ausübung der Bürgerrechte und gewinnbringender Tätigkeit (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk, freie Berufe). Die Konvention befaßt sich auch mit individuellen Rechten, wie beispielsweise Wählbarkeit zu wirtschaftlichen oder Berufsorganisationen, Ausübung von Schiedsfunktionen, Zugang zur Ausbildung auf Volksschulen, Mittelschulen, technischen und Berufsschulen, soweit diese unter staatlicher Aufsicht stehen.

Die Konvention sieht jedoch auch Beschränkungen der vorerwähnten Grundsätze vor. Öffentliche Ämter und gewisse andere Funktionen, welche mit der staatlichen Organisation zusammenhängen, können nicht von Ausländern ausgeübt werden. Die soziale oder wirtschaftliche Lage eines Landes kann es veranlassen, die Ausübung gewisser Rechte oder Erwerbszweige einzuschränken. Der Geist der Konvention zeigt jedoch, daß diese Einschränkungen als Ausnahmen zu betrachten sind. In ihrer Gesamtheit strebt die Konvention die Gleichstellung der Staatsangehörigen anderer Länder mit denen des Aufenthaltslandes an.

Der Entwurf sieht die Schaffung eines ständigen Zwischenstaatlichen Ausschusses vor, der Abänderungen und Verbesserungen der Konvention vorschlagen soll. Die Sachverständigen haben damit zeigen wollen, daß der von ihnen ausgearbeitete Entwurf nur einen, wenn auch wichtigen, Schritt auf dem Wege zu einer einheitlichen Regelung auf diesem Gebiet sein kann.

#### Auslieferung

Der Sachverständigenausschuß für Auslieferungsfragen hat seine Sitzungen am 31. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Mamopoulos (Griechenland) in Straßburg begonnen. Die Ergebnisse werden in der Märzangabe der Mitteilungen des Europarates veröffentlicht werden.

#### Abschaffung von Sichtvermerken

Am 1. Januar 1955 ist ein Abkommen zwischen der griechischen und der luxemburgischen Regierung betreffend die Abschaffung des Sichtvermerkzwangs für Staatsangehörige beider Länder für Aufenthalte von weniger als drei Monaten in Kraft getreten.

#### IV. Kulturelle Fragen

##### Programm und Haushaltsplan

Auf ihrer Sitzung vom 11. Januar haben die Stellvertreter der Minister die Vorschläge der Sachverständigen für kulturelle Fragen zur Erhöhung der für das Kulturprogramm 1955 erforderlichen Mittel genehmigt. Der Betrag von 16,5 Millionen ffrcs wurde auf 19 Millionen ffrcs erhöht. Von dieser Gesamtsumme gehen 5 Millionen ffrcs auf die Forschungsstipendien des Europarates, 3 Millionen auf die Verwirklichung der Empfehlungen des Unterausschusses der Publizisten (siehe Mitteilungen des Europarates 4. Jahrgang Nr. 5) hinsichtlich des Abschlusses der vom Europäischen Runden Tisch in Rom im Oktober 1953 begonnenen Arbeiten. Eine Million ffrcs ist für das Aktionsprogramm vorgesehen. Das kulturelle Programm umfaßt weiterhin Kurse über die Darstellung der europäischen Idee an Hochschulen und im Geschichtsunterricht, die Organisation einer zweiten europäischen Ausstellung (siehe unten) und die Zuteilung von Reisestipendien zur Erleichterung des Austausches von Arbeitern.

##### Gleichwertigkeit der Diplome

Der Ständige Vertreter des Großherzogtums Luxemburg beim Europarat, Herr J. P. Kremer, hinterlegte am 12. Januar beim Generalsekretär des Europarates die Ratifikationsurkunde seiner Regierung betreffend die Konvention über die gegenseitige Anerkennung der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse. Diese Konvention wurde am 11. Dezember 1953 in Paris unterzeichnet und ist bisher von Dänemark, Island, Irland, Norwegen, der Saar und Großbritannien ratifiziert worden. Sie ist am 20. April 1954 in Kraft getreten.

##### Tagungen

Das Präsidium des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen und die Arbeitsgruppe des Kulturausschusses der Versammlung tagten ab 31. Januar in Straßburg. Über das Ergebnis wird in der Märzangabe der Mitteilungen des Europarates berichtet werden.

##### Zusammenarbeit mit der UNESCO

Eine gemeinsame Sitzung der Sekretariate UNESCO-EUROPARAT fand am 10. und 11. Januar in Paris statt. Der Europarat war durch Herrn Crivon, Sachbearbeiter für kulturelle Fragen, die UNESCO durch den stellvertretenden Generaldirektor, Herrn Maheu, vertreten. Eine ins einzelne gehende Prüfung der Probleme, für welche die Zuständigkeit und das Interesse beider Organisationen gegeben ist, wurde durchgeführt. Insbesondere standen folgende Themen auf der Tagesordnung: die Schaffung eines europäischen Institutes für die Anwendung von Isotopen in der medizinischen Wissenschaft, in der Biologie und in der Landwirtschaft. Die Verbreitung der europäischen Sprachen, die Mitarbeit der UNESCO bei den nächsten europäischen Ausstellungen, die Übersetzung ins Englische und Französische von bedeutsamen Werken in wenig bekannten Sprachen, der Austausch von

Dokumentarfilmen für das Fernsehen und der freie Verkehr von Büchern und Druckschriften.

##### „Das menschliche Abenteuer Europa“

Am 11. Januar wohnten die Stellvertreter der Außenminister einer Vorführung des Films „Das menschliche Abenteuer Europa“ bei und beschlossen, diesem Streifen die Schirmherrschaft des Europarates zu gewähren. Der belgische Außenminister, Herr Spaak, schrieb den Kommentar zu diesem Film, den er teilweise auch selbst gesprochen hat. Die Herstellung des Films erfolgte durch den französischen Produzenten, Herrn Philippe Brunet. Der Ministerausschuß hatte im Jahre 1952 eine finanzielle Beteiligung an der Herstellung des Films genehmigt und die Mitgliedsregierungen aufgefordert, eine Unterstützung zu gewähren. Dies ist auch von seiten mehrerer Regierungen geschehen.

Die Kultusbehörden einer Reihe von Mitgliedsregierungen haben darüber hinaus den Produzenten durch praktische Mitarbeit unterstützt.

##### Europäische Ausstellungen

Die erste europäische Ausstellung mit dem Thema „Der Europäische Humanismus“ wird im Palais des Beaux Arts in Brüssel bis zum 28. Februar gezeigt. Diese Ausstellung wurde vom belgischen Volksbildungsministerium unter der Schirmherrschaft und mit der Hilfe des Europarates organisiert. Sie zeigt in fast 400 Darstellungen (Gemälde, Zeichnungen, Handschrift, Bücher, Briefe, Wandteppiche, Porzellane etc.) aus dem 16. Jahrhundert Geist und Sinn der humanistischen Epoche der europäischen Kultur. Die Ausstellungsobjekte wurden von Museen und Privatsammlungen zahlreicher Mitgliedsländer zur Verfügung gestellt.

Das belgische Verlagshaus „Editions de la Connaissance“, hat einen reichhaltig illustrierten Katalog herausgegeben, der eine Reihe von wichtigen Aufsätzen enthält. Die belgische Regierung wird einen Farbfilm über die Ausstellung herstellen, an dessen Kosten sich die UNESCO beteiligt. Ferner wird die belgische Regierung eine Reihe von photographischen Reproduktionen zum Gebrauch in den Schulen herausgeben.

Am 22. und 23. Januar versammelten sich eine Reihe von Kunstsachverständigen aus verschiedenen Ländern in Amsterdam, um die Vorbereitung der zweiten europäischen Ausstellung mit dem Thema „Der Europäische Manierismus“ zu besprechen. Diese Ausstellung wird von der holländischen Regierung ausgerichtet und soll im kommenden Juni im Reichsmuseum in Amsterdam eröffnet werden.

#### V. Bevölkerung und Flüchtlinge

##### Bericht des Sonderbeauftragten

Der Ministerausschuß prüfte am 19. Dezember 1954 den Bericht, den Herr Pierre Schnitzer, Sonderbeauftragter des Europarates für Nationale Flüchtlinge und



Bevölkerungsüberschüsse, vorgelegt hatte und nahm die EntschlieÙung (54 (29) (siehe Mitteilungen des Europarates Jahrgg. 5 Nr. 1) an.

Nachstehend folgt eine Zusammenfassung des *Schneiter-Berichtes* (I. P. 807 vom 21. 1. 1955).

Im Laufe des Jahres 1954 unternahm Herr *Schneiter* Studienreisen in verschiedene europäische Länder, um sich ein persönliches Bild über die demographischen Probleme zu machen. Daneben führte er Besprechungen mit den zuständigen internationalen Organisationen, um bei seiner Arbeit unter allen Umständen Überschneidungen mit der Tätigkeit dieser Organisationen zu vermeiden.

Nach Abschluß seiner Reise stellt Herr *Schneiter* in seinem Bericht folgendes fest:

1. Die Niederlande haben demographisch einen Sättigungspunkt erreicht. Für den echten Überschuß an Arbeitskräften ist die Auswanderung die einzig mögliche Lösung. Es müssen daher Auswanderungsmöglichkeiten für 50 000 bis 60 000 Holländer im Jahre gefunden werden.
2. Die Bundesrepublik Deutschland wird einen großen Teil der bisher aufgenommenen Flüchtlinge absorbieren können, wenn kein neuer Zustrom erfolgt. Sie bedarf jedoch zur Erreichung dieses Zieles einer Kapitalhilfe. Es fehlen jedoch die Möglichkeiten zur Wiedereingliederung der Flüchtlingslandwirte, und es muß daher für wenigstens 60 000 bäuerliche Familien Land außerhalb der deutschen Grenzen gefunden werden, das heißt also für 200 000 Menschen.
3. Italien kann durch bessere Ausnutzung seiner Möglichkeiten einen etwas höheren Prozentsatz seines Bevölkerungsüberschusses absorbieren. Auch dies wird nicht ohne ausländische Kapitalhilfe möglich sein. Der größere Teil des jährlichen Überschusses an Arbeitskräften sowie der seit der Einschränkung der Auswanderung angestaute Bevölkerungsüberschuß in Höhe von etwa 300 000 Menschen muß sich in den nächsten zehn Jahren außerhalb der italienischen Grenzen eine Existenz suchen.
4. Griechenland leidet unter einer ungenügenden technischen Ausstattung, welche ihm die Eingliederung der etwa 40 000 Flüchtlinge und des jährlichen Bevölkerungsüberschusses von 30 000 Menschen nicht gestattet.

Im Laufe der nächsten Jahre müssen daher jährlich etwa 35 000 Griechen auswandern. Gleichzeitig muß die Eingliederung der Flüchtlinge durch Auslandskredite in die Wege geleitet werden.

5. Die Türkei hat mit der Eingliederung des größeren Teils der 150 000 Flüchtlinge aus Bulgarien eine bewundernswerte Leistung vollbracht. Dieses Unternehmen könnte durch die Gewährung von Auslandskrediten an die türkische Regierung erheblich gefördert werden.

Die Lösungsmöglichkeiten für die demographischen Probleme Europas liegen auf zwei Ebenen, der politischen und der finanziellen.

Die politischen Möglichkeiten gliedern sich in europäische und außereuropäische. Zu den ersteren gehören folgende Maßnahmen:

a) *Unterstützung der Eingliederung von Bevölkerungsüberschüssen im Aufenthaltsland —*

Dieser Vorgang stellt nach Ansicht von Herrn *Schneiter* die vorteilhafteste Lösung für die überbevölkerten Länder dar. Ihre Durchführung ist zurzeit durch Kapitalmangel in den betroffenen Ländern behindert. Jede Unternehmung auf diesem Gebiet muß daher finanzieller Art sein und hängt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammen. Unter diesen Umständen ist die Hilfe ausländischen Kapitals unerlässlich.

b) *Organisation der innereuropäischen Wanderung —*

Die ungenügende Entwicklung dieser Möglichkeit liegt weniger an organisatorischen Fehlern als an dem Mangel an Zutrauen der weniger stark bevölkerten Länder in ihre wirtschaftliche Zukunft. Hier müßte also eine großangelegte Aufklärungsaktion unter der Bevölkerung einsetzen. Bis eine solche ihre Früchte getragen haben kann, muß fortgefahren werden, die bestehenden Möglichkeiten auszunützen und zugleich Mittel für Investitionen bereitzustellen.

c) *Organisation der Auswanderung in die von europäischen Staaten abhängigen afrikanischen Gebiete —*

Hier wird eine politische Entscheidung getroffen werden müssen, und nur die Schaffung einer gemeinsamen Politik der beteiligten Regierungen über die Einwanderung in diese afrikanischen Gebiete wird die Hemmungen und Hindernisse ausräumen können, welche auf der politischen Ebene jeden Plan zur Erschließung Afrikas paralisieren.

Die außereuropäischen Lösungsmöglichkeiten werden nur dann voll ausgenutzt werden können, wenn die Regierungen der europäischen Länder eine gemeinsame, statt wie bisher eine individualistische Politik betreiben. Eine vollständige Integration der Auswanderungspolitik aller europäischen Länder kann nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Schrittweise müssen Informationen zwischen den Aus- und Einwanderungsländern ausgetauscht werden. Der Abschluß zweiseitiger Abkommen muß in Konsultation mit anderen Ländern erfolgen, ein Einheitsabkommen muß entworfen werden, und die Bedarfsanmeldungen der Aufnahmeländer müssen gemeinsam ausgewertet werden. Das Endziel wäre die Schaffung eines europäischen Koordinationsorgans mit eigenen Vollmachten für die Ausarbeitung und den Abschluß von Wanderungsabkommen.

Eine weitere Voraussetzung zur Steigerung der Auswanderungsziffern ist die Beschaffung zusätz-

licher Geldmittel. Der zwischenstaatliche Ausschuß für Wanderungen (ICEM) in Genf wird hier eine bedeutende Rolle zu spielen haben.

Hinsichtlich der Finanzierung aller genannten Vorhaben sollen die Länder des Europarates einen europäischen Fonds schaffen, welcher durch Gewährung von Darlehen die Eingliederung von nationalen Flüchtlingen und Bevölkerungsüberschüssen ermöglicht. Dieser Fonds wird durch Anleihen gespeist und von einer bereits bestehenden internationalen Bankorganisation verwaltet werden.

Die Verfügung über den Fonds steht dem Koordinationsorgan unter Kontrolle des Ausschusses von hohen Beamten zu. Der Gedanke der Schaffung eines solchen Fonds ist nicht neu. Schon 1951 hat die Beratende Versammlung die Schaffung einer internationalen Investitionsbank vorgeschlagen. Dieser Vorschlag stand im Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in den unterentwickelten Ländern des Europarates. Die Bank sollte Investitionen vornehmen zur Anregung der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder und zur Ausgleichung der Wirtschaftskraft dieser Länder mit dem übrigen Europa. Herr *Schneider* schlägt vor, daß der Fonds durch Beiträge der Mitgliedstaaten in Höhe von insgesamt zehn Millionen Dollar ausgestattet werden soll.

Herr *Schneider* schlägt die Schaffung eines europäischen Koordinationsorgans vor, das aus einem bereits bestehenden Ausschuß, einem Beamten mit einem Sonderbeauftragten oder einer europäischen Persönlichkeit bestehen kann. Dieses Organ soll die Zusammenarbeit und den politischen Impuls für die Durchführung der geplanten Maßnahmen sichern. Zu seiner Unterstützung soll ein Ausschuß von hohen Fachbeamten berufen werden, in dem nicht nur die Mitglieder des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wanderung, die nicht dem Europarat angehören, sowie der Hochkommissar der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge und die zuständigen internationalen Organisationen vertreten sein sollen. Herr *Schneider* ist der Ansicht, daß nicht der ICEM mit diesem Auftrag betraut werden soll, da er ausschließlich ein technisches Organ für den Transport der Wanderer ist.

## VI. Kommunale und Regionale Angelegenheiten

Die Beratende Versammlung hatte am 24. September 1953 eine Empfehlung betreffend die geeigneten Mittel zur Heranziehung der Gemeinden und Gemeindeverbände zum Aufbau einer europäischen Idee angenommen, die sich auch mit der Propagierung des Gedankens der europäischen Einheit befaßt. In dieser Empfehlung ist die Schaffung eines „Europapreises“ vorgesehen, welcher jährlich an die Gemeinde verliehen werden soll, welche die bedeutendsten Anstrengungen zur Propagierung der Idee des vereinten Europa unternommen hat. (vergl. Mitteilungen des Europarates 3. Jahrgg. Nr. 10.) Dieses Vorhaben wurde im Dezember 1954 von den Außenministern grundsätzlich gebilligt und im Januar 1955 wurde die Höhe des Preises mit 250 000 frfrs. festgesetzt. Der Unter-

ausschuß der Versammlung zur Ausarbeitung einer Preisordnung tagte am 19. Januar unter dem Vorsitz von Herrn *Chaban-Delmas* (Franzose) in Paris.

## VII. Verschiedenes

### *Hans Hedtoft gestorben*

Der dänische Premierminister, Herr *Hans Hedtoft*, starb plötzlich in der Nacht vom 28. zum 29. Januar. Herr *Hedtoft* war in den Jahren 1952 und 1953 Mitglied der Beratenden Versammlung. Der Generalsekretär sandte ein Beileidstelegramm an den dänischen Außenminister Herrn *Hansen*.

### *Pierre Schnetter Präsident der Französischen Nationalversammlung*

Der Sonderbeauftragte des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr *Pierre Schnetter*, wurde am 11. Januar zum Präsidenten der Französischen Nationalversammlung gewählt. Der Generalsekretär übermittelte ihm ein Glückwunschtelegramm.

Der Abgeordnete der Beratenden Versammlung, Herr *Ernest Pezet*, wurde zum Vizepräsidenten des Rates der französischen Republik gewählt.

Herr *René Charpentier*, stellv. Abgeordneter der Beratenden Versammlung, wurde zum Vizepräsidenten der Landwirtschaftskommission der französischen Nationalversammlung gewählt.

Herr *Jean Minjoz*, stellv. Abgeordneter der Beratenden Versammlung, wurde zum Vorsitzenden der Juristischen Kommission der französischen Nationalversammlung gewählt.

### *Union der Europäischen Föderalisten*

Das internationale Zentrum für europäische Erziehung, welches auf Initiative der UEF geschaffen wurde, begann am 10. Januar seine erste Tagung in St. Germain en Laye. Jeden Monat sollen sich 60 Personen aus verschiedenen Ländern Europas dort treffen, um an Kursen teilzunehmen, welche ihnen die Verbreitung der europäischen Idee in der Bevölkerung ermöglichen sollen.

Der 5. Kongreß der UEF fand unter dem Vorsitz des französischen Abgeordneten Herrn *de Felice* vom 21. bis 23. Januar in Paris statt. Die Herren *Jules Romains*, *Henri Frenay*, und *Robert Schuman* nahmen an dem Kongreß teil, welcher eine Entschließung verabschiedete, in der die Einberufung einer europäischen Konstituante auf Grund allgemeiner und direkter Wahlen gefordert wird.

### *Pressekonferenz des Generalsekretärs*

Aus Anlaß des Jahreswechsels hielt der Generalsekretär des Europarates, Herr *Léon Marchal*, am 7. Januar im Europahaus eine Pressekonferenz ab. Er gab den Journalisten einen Überblick über das Jahr 1954 und betonte die Bedeutung der kommenden Westeuropäischen Union. Herr *Marchal* legte ins-



besondere Gewicht auf die engen Beziehungen zwischen dem Europarat und dieser neuen Institution und erklärte, daß der Europarat eine wichtige Rolle als allgemeiner Rahmen der europäischen Politik zu spielen haben werde.

#### *Parlamentarischer Besuch in Luxemburg*

Eine Abordnung von britischen Parlamentariern hielt sich am 17. Januar in Luxemburg auf, um die Entwicklung der EGKS an Ort und Stelle zu studieren.

Die Abgeordneten der Beratenden Versammlung Chetwynd und Peart nahmen an dieser Reise teil.

#### *Französisch/Saarländisch/Italienisches Abkommen*

Der Ständige Vertreter der italienischen Regierung des Europarats, Marchese Cittadini-Cesi, hinterlegte am 6. Januar beim Generalsekretär des Europarates die Ratifikationsurkunde des Abkommens über Sozialversicherung zwischen Frankreich und der Saar einerseits und Italien andererseits.

### **VIII. Andere Organisationen**

#### **Europäischer Wirtschaftsrat in Paris (OEEC)**

Der Ministerrat der OEEC tagte vom 14. bis 16. Januar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Butler (England). Zu Beginn der Sitzung gab Herr Edgar Faure (Frankreich) eine Erklärung über die Lage Frankreichs im Hinblick auf die Liberalisierung ab. Der Rat nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Frankreich

- a) die Einfuhren vom 1. April 1955 ab liberalisieren werde:
  - i) 75% der Gesamtheit der privaten Einfuhren
  - ii) mindestens 60% der privaten Einfuhren von menschlichen und tierischen Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Fertigzeugnissen
- b) Frankreich wird daher vom 1. April 1955 an nicht mehr berechtigt sein, die Liberalisierungsmaßnahmen aufzuheben oder einzuschränken.

Der Rat trat dann in eine allgemeine Aussprache über die nächsten Schritte in der Liberalisierung ein. Drei Entscheidungen wurden getroffen:

- 1) Ab 1. April 1955 werden mit Ausnahme der Türkei und Island alle Mitgliedsländer verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten die Liberalisierung ihrer Einfuhren auf 90% zu erhöhen und den Mindestsatz für die oben erwähnten Erzeugnisse auf 75%. Darüber hinaus müssen diese Länder im Verlauf von drei Monaten 10% der noch kontingentierten Erzeugnisse liberalisieren. Diese neue Etappe soll jedoch ein Versuchsstadium darstellen, denn 18 Monate nach dem Stichtag können diejenigen Länder, welche den Anforderungen der OEEC nicht nachkommen zu können glauben, die Liberalisierung auf den Satz von 75% zurückführen.
- 2) Der Rat empfiehlt den Ländern die Herabsetzung ihrer Zolltarife im Maße des Möglichen.

- 3) Die Mitgliedsländer müssen vor dem 31. Dezember 1955 auf ihre hauptsächlichen Maßnahmen zur Exporthilfe verzichten und sie von diesem Datum an abschaffen. Auch diese Maßnahme ist als Versuch unter den gleichen Bedingungen wie oben zu betrachten, sie gilt jedoch nicht für Frankreich, Griechenland und die Türkei. Frankreich muß vor dem 30. September einen Bericht über die Gründe vorlegen, welche es zur Aufrechterhaltung der Exporthilfen veranlassen.

Das Handelsdirektorium unter dem Vorsitz des Barons Snoy (Belgien) wird beauftragt, der OEEC vor dem 1. April 1955 einen Bericht über die Ungleichheit der von den Mitgliedstaaten angewandten Zollsätze vorzulegen. Das Direktorium soll die neue Etappe der Liberalisierung überwachen und in einem Zeitraum von 15 Monaten die von den Ländern gegebenenfalls angewandten Schutzmaßnahmen untersuchen.

Zu dem italienischen Plan der wirtschaftlichen Entwicklung beschloß der Rat, eine Arbeitsgruppe zu dessen Prüfung einzusetzen. Ein Bericht über seinen Inhalt und über die eventuell möglichen Unterstützungsmaßnahmen seitens der Mitgliedsländer oder der OEEC soll baldmöglichst vorgelegt werden.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ernährung beschloß der Rat die Schaffung eines Regierungsausschusses, welcher in regelmäßigen Zeitabständen die Situation in den Mitgliedstaaten sowie die von der OEEC bearbeiteten Probleme und Vorhaben untersuchen soll. Im Rahmen seiner Zuständigkeit kann der Ausschuß die geeigneten Maßnahmen ergreifen und diese dem Rat vorlegen, soweit Entscheidungen der Regierungen erforderlich werden. Das Komitee wird in seinen Arbeiten durch ein Komitee von Stellvertretern unterstützt werden.

Der Rat nahm ein Abkommen an, welches die Teilnahme Spaniens an den Arbeiten der OEEC auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Ernährung durch Entsendung eines Beobachters vorsieht. Die spanische Regierung wird gleichberechtigt mit den Mitgliedern der OEEC im Regierungskomitee und im Komitee der Stellvertreter sitzen, das gleiche gilt für deren Hilfsorgane.

Der Rat hielt es für zweckmäßig, die Europäische Zahlungs-Union ab 30. Juni 1955 für ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Grundsatz der Schaffung eines Europäischen Fonds als Ersatz für die Europäische Zahlungs-Union wurde angenommen und das EZU-Direktorium mit dem Studium des Problems beauftragt.

Der Rat nahm ferner eine Empfehlung an, welche sich auf die Erleichterung der quantitativen Beschränkungen von Einfuhren in die Dollarzone bezieht. Den assoziierten Mitgliedern USA und Kanada wird empfohlen, ihre Bemühungen um eine großzügigere Handelspolitik fortzusetzen und die OEEC regelmäßig über Maßnahmen auf diesem Gebiet zu benachrichtigen.

## Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

### Hohe Behörde

Eine erste Liste der Darlehen, welche den verschiedenen Mitgliedern der Gemeinschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen gewährt werden sollen, wurde von der Hohen Behörde aufgestellt. Die Gesamtsumme der Darlehen beträgt 24,6 Millionen Dollar, die den Bau von 20 000 Häusern ermöglichen sollen. Die Hohe Behörde beteiligt sich mit 33% — in gewissen Fällen 40% — an der Gesamtfinanzierung. Der größte Teil der Darlehen ist für den Bau von Bergarbeiterwohnungen vorgesehen, wobei das Ruhrgebiet allein die Summe von 9,8 Millionen Dollar erhält.

### Besonderer Ministerrat

Am 20. Januar wurde von diesem Rat ein einstimmiges Abkommen erzielt über die Einführung von direkten internationalen Eisenbahntarifen und die Abschaffung von Grenzübertrittsgebühren. Dieses Vorhaben soll in drei Etappen durchgeführt werden. Die direkten internationalen Eisenbahntarife werden ab 1. Mai für Brennstoffe und Erze in Kraft treten. Bis zum 1. Mai 1956 können die Eisenbahnverwaltungen gleiche Abfertigungsgebühren erheben: für jede Bahnverwaltung  $\frac{2}{3}$  und für die Transitstrecken  $\frac{1}{3}$  dieser Gebühr. Ab 1. Mai 1956 tritt die gleiche Regelung für Eisenerzeugnisse und Schrott in Kraft, und ab 1. Mai 1957 werden die Tarife für alle Erzeugnisse voll in Kraft treten. Diese Regelung wird eine Ersparnis von etwa 17 Millionen Dollar ermöglichen.

### Gemeinsame Versammlung

Die verschiedenen Ausschüsse dieser Versammlung haben die Berichte fertiggestellt, die auf der nächsten Plenarsitzung vorgelegt werden sollen. Diese beginnt am 28. Februar in Straßburg.

1. Herr *Pella* (Italiener) berichtet über die Tätigkeit des Präsidiums im Zusammenhang mit den Vorschlägen von Herrn *Teitgen* betreffend die Zuständigkeiten der Versammlung und die Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Gemeinschaft
2. Herr von *Merkatz* (Deutscher), der stellvertretende Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, wird über die Veröffentlichungen der Arbeitsberichte und die Sprachenfrage berichten.
3. Herr *de Menthon* (Franzose) wird die Auffassungen des Ausschusses für Investitionen und Finanzfragen über die allgemeine Politik der Gemeinschaft vortragen.
4. Der Berichterstatter des Ausschusses für soziale Fragen, Herr *Birkelbach* (Deutscher), wird in seinem Bericht besonders auf die Frage der Arbeiterwohnungen, der Angleichung des Lebensstandards, die Erhöhung der Gehälter, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen u. a. m. eingehen.
5. Herr *Bertrand* (Belgier) wird den Bericht von Herrn *Birkelbach* ergänzen durch eine Studie über die

Aktivität der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Beschäftigung, des Ausgleichs von Arbeitskräften, der Berufsausbildung und der Angleichung der Gehälter.

6. Herr *Kapteijn* (Holländer), stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses, wird sich zu den jüngsten Fortschritten auf dem Gebiet der Vereinheitlichung der Frachttarife durch die Einführung der direkten internationalen Tarife äußern.
7. Frl. *Klompe* (Holländerin) wird zu den Außenbeziehungen der Gemeinschaft Stellung nehmen unter besonderer Berücksichtigung des in Kraft getretenen Abkommens über die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft.
8. Herr *Kurtz* (Saarländer) wird zum Haushaltsvoranschlag der Versammlung Stellung nehmen.

### Reise von Herrn Pella

In Übereinstimmung mit der von den Herren *Sassen*, *Mollet* und *Delbos* vorgelegten und am 1. Dezember von der Gemeinsamen Versammlung gebilligten Entschließung hat Herr *Pella*, Präsident der Gemeinsamen Versammlung, eine Rundreise in die sechs Hauptstädte der Gemeinschaft unternommen, um mit den Regierungen über die Neubesetzung des Vorsitzes der Hohen Behörde Rücksprache zu nehmen. Herr *Pella* hat den Außenministern vorgeschlagen, sich in naher Zukunft zu treffen, um die Möglichkeiten für neue Initiativen in der europäischen Integrationspolitik auf der Regierungs- und parlamentarischen Ebene zu prüfen.

## Westeuropäische Union

Die von den Mitgliedern der Westeuropäischen Union eingesetzte Arbeitsgruppe trat erstmalig am 17. Januar in Paris zusammen. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, die im Oktober 1954 von der französischen Regierung vorgelegten Richtlinien sowie alle anderen etwa vorgelegten Dokumente zu dem Problem der Herstellung und Standardisierung von Waffen zu prüfen. Der erste Tagungsabschnitt wurde am 22. Januar abgeschlossen. Bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten am 31. Januar sollten die Delegationen die aufgeworfenen Fragen prüfen und ein Arbeitsprogramm vorbereiten.

Der Interims-Ausschuß der Westeuropäischen Union trat am 20. Januar in London zusammen, um die sowjetische Note an die Mitgliedsstaaten des Brüsseler Paktes zu prüfen. In dieser Note wurde festgestellt, daß die Pariser Abkommen im Widerspruch zum Genfer Protokoll von 1925 stehen, welches den Gebrauch von bakteriologischen Waffen und Kampfstoffen verbietet. Den Vorsitz führte der luxemburgische Gesandte in London, Herr *Klasen*. In einem Schluß-Kommuniqué wird betont, daß der Ausschluß einen Entwurf für eine Antwortnote ausgearbeitet hat, der den Regierungen zur Prüfung übersandt wurde und auf der nächsten Sitzung erneut beraten werden wird.



### Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)

Der europäische Ausschuß dieser Organisation hatte für den 25. Januar eine Tagung in Paris einberufen, auf welcher die Koordinierung der Arbeiten der europäischen Landwirtschaft in den Organisationen behandelt werden sollte. Die Mehrzahl dieser Organisationen sowohl zwischenstaatlicher als parlamentarischer Art war vertreten. Das Generalsekretariat des Europarates war durch Herrn *Leleu*, Sekretär des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung vertreten.

### Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Erstmals in der Geschichte dieser Organisation wurde am 24. Januar in Genf eine europäische Regionalkonferenz eröffnet. Gemäß einer Entscheidung des Ministerausschusses des Europarates vertrat der Generalsekretär Herr *Léon Marchal*, den Europarat auf dieser Konferenz, welche Vertreter der Regierungen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus 25 europäischen Mitgliedsländern der ILO vereinte. Die wichtigsten Punkte der Arbeitsordnung betrafen das Pensionsalter, die Rolle von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Steigerung der Produktion und die Finanzierung der Leistungen der Sozialversicherung. Herr *David Morse*, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, trug einen Bericht über die Wohnungsfrage, die Arbeitsorganisation und die Ungleichheit der Soziallasten im Rahmen der europäischen Integration vor. Der Generalsekretär des Europarates war begleitet von Herrn Dr. *von Schmieden*, Direktor der Studienabteilung, und Herrn *Tenfjord* vom Generalsekretariat.

Herr *Rodolphe Rubattel*, Alt-Bundespräsident der schweizerischen Eidgenossenschaft, wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt.

Am 27. Januar gab Herr *Léon Marchal* eine eingehende Erklärung namens des Europarats vor der Konferenz ab.

### Nordischer Rat

Am Freitag, dem 28. Januar, wurde die dritte Sitzung des Nordischen Rates im Parlamentsgebäude in Stockholm eröffnet. Zum Präsidenten wurde der schwedische Senator Professor *Herlitz*, zu Vizepräsidenten die Herren *Honsvald* (Norwegen), *Eriksen* (Dänemark) und *Bjarnason* (Island) gewählt. Die Tagesordnung umfaßte 75 Punkte, welche sich mit der skandinavischen Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten befassen: Verkehrsfragen, Rundfunk und Fernsehen u. a. m.

Der Rat wird außerdem einen Bericht der Regierungen über die erzielten Fortschritte auf dem Wege zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes prüfen.

Island ist dem Abkommen beigetreten wonach die Staatsangehörigen der vier skandinavischen Länder ohne Paß die gegenseitigen Grenzen überschreiten dürfen.

### Balkan-Allianz

Das griechische Parlament nahm am 18. Januar 1955 einstimmig den Vertrag über die Balkan-Allianz an, welcher am 9. August 1954 zwischen Griechenland, der Türkei und Jugoslawien abgeschlossen wurde. Die Ratifizierung durch die Türkei steht noch aus. Auf der Sitzung des Ständigen Sekretariats der Organisation am 25. Januar in Belgrad, legte der jugoslawische Vertreter, Herr *Radovanovic*, den Vertretern der beiden anderen Partner den Plan der jugoslawischen Regierung für die Schaffung einer Konsultativversammlung des Balkans vor. Der endgültige Entwurf wird den Außenministern der Paktstaaten auf deren Treffen am 28. Februar in Ankara vorgelegt werden.

### Vorläufiger Terminkalender der zukünftigen Tagungen

- 2. Februar — Gemeinsame Sitzung von Kultur-Sachverständigen mit der Arbeitsgruppe des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg)
- 11. Februar — Verbindungsausschuß OEEC — Europarat (Paris)  
— Präsidium der Beratenden Versammlung (Paris)
- 12. Februar — Ständiger Ausschuß (Paris)  
— Präsidium der Beratenden Versammlung (voraussichtlich)
- 15. Februar — Sachverständigenausschuß für Öffentliche Gesundheit (Straßburg)
- 16. Februar — Haushaltsausschuß (Straßburg)
- 21. Februar — Unter-Ausschuß für die wirtschaftliche Entwicklung der südeuropäischen Länder (Athen)
- 28. Februar — Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS u. ff. (Straßburg)
- 8 März — Stellvertreter der Minister (Straßburg)
- 28 März — Menschenrechtskommission bis 2. April (Straßburg)

Der Ministerausschuß wird voraussichtlich im April oder Mai in Straßburg zusammentreten.

## Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands

*Von Klaus Altmeyer, Saarbrücken  
Diplômé de l'Institut d'Études Politiques, Paris*

Die Diskussionen und Ueberlegungen über die Möglichkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands werden in erschreckendem Maße von Schlagworten und Klischees bestimmt, die auf einer ungenügenden Kenntnis der historischen Zusammenhänge beruhen. Manche Erklärung würde vielleicht nicht im Brustton der Ueberzeugung abgegeben, manche Verdächtigung nicht ausgesprochen, wenn allgemein bekannt wäre, wie dünn das Eis ist, auf dem sich auch die besten Sachverständigen bei der Untersuchung der tieferen Ursachen für die Teilung Deutschlands bewegen. Die Deutung der Dokumente vom 5. Juni 1945 (Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Uebernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik; Feststellung seitens der genannten Regierungen über das Kontrollverfahren in Deutschland; Feststellung seitens der genannten Regierungen über die Besatzungszonen in Deutschland; Feststellung der genannten Regierungen über die Beratung mit den Regierungen anderer Vereinter Nationen) ist deshalb besonders wichtig, weil sie scheinbar den Uebergang der in Jalta beabsichtigten Aufteilung Deutschlands zu den Potsdamer Abmachungen über die Behandlung Deutschlands als politische und wirtschaftliche Einheit bilden. Die nachfolgende Untersuchung zeigt nun, daß diese Hypothese nicht den Tatsachen entspricht. Der Inhalt der Dokumente vom 5. Juni 1945 war zum größeren Teil bereits vor den Konferenzen von Jalta und Potsdam in verbindlichen Abmachungen der „Großen Drei“ festgelegt, von denen zwei noch nicht veröffentlicht wurden (die dritte, nämlich das Kontrollratsabkommen vom 14. November 1944, bringen wir in dieser Folge zum ersten Male in deutscher Uebersetzung). Für eine abschließende Wertung dieser Zusammenhänge ist es noch zu früh, aber schon die geschilderten Tatsachen verdienen sorgfältige und allgemeine Beachtung.

Co.

### Die Europäische Beratende Kommission und die Nachkriegspläne der Alliierten

Parallel zu den militärischen Anstrengungen der Niederringung der Achsenmächte beschäftigten sich die alliierten Regierungen schon sehr früh mit der Lösung der politischen Probleme, die sich nach Beendigung des Krieges ergeben sollten. In ein konkretes Stadium traten diese Bemühungen auf der Moskauer Konferenz (Oktober 1943), wo die Gründung der „Europäischen Beratenden Kommission“ (European Advisory Commission = EAC) beschlossen wurde<sup>1</sup>.

Es handelte sich bei der EAC um ein zwischenstaatliches Organ mit ständigem Sitz in London. Ihr fiel die Aufgabe zu, „die im Zusammenhang mit der Beendigung der Feindseligkeiten auftauchenden europäischen Fragen zu untersuchen und den drei Regierungen entsprechende Empfehlungen vorzulegen“.<sup>2</sup> Von ihrer Bildung bis zur Auflösung im Sommer 1945<sup>3</sup> hat sich die Kommission jedoch fast ausschließlich mit deutschen und österreichischen Fragen befaßt.

Ein Vergleich der für Deutschland und Oesterreich ausgearbeiteten Texte zeigt eine weitgehende, manchmal sogar wörtliche Uebereinstimmung.

Durch ihre Arbeitsweise erwies sich die EAC als ein ständiges Verhandlungsorgan (negotiating body)<sup>4</sup> der beteiligten Regierungen. Die von ihr ausgearbeiteten „joint recommendations“<sup>5</sup> waren im voraus von den Regierungen bis ins kleinste Detail und bis zum letzten Wort gebilligt, ehe die Delegierten im Botschafterrang<sup>6</sup> die Texte unterzeichneten. Bei der Bedeutung der zu behandelnden Materie ist es weiter nicht verwunderlich, daß die Kommissionsmitglieder sich sehr genau an die Weisungen ihrer Regierungen hielten. Volle rechtliche Geltung erlangten die unterzeichneten Texte der EAC erst, „sobald sie von den vier Regierungen gebilligt (approved—approuvé) worden sind“.<sup>7</sup> Die Zustimmung erfolgte durch Notifizierung an die EAC im Lancaster-House<sup>8</sup>.

Unter der Bezeichnung „joint recommendation“ ver barg sich ein vertraglicher Text mit rechtlicher Bindung für die beteiligten Regierungen. Die be-



stätigten EAC-Vereinbarungen sind demnach als zwischenstaatliche Abmachungen (agreement—accord) zu betrachten<sup>9</sup>, und die Bezeichnung der EAC-Texte mit Vorschlägen (recommendation) im Bericht zur Potsdamer Konferenz<sup>10</sup> kann leicht zu Verwirrung Anlaß geben.

Am 27. November 1944 wurde Frankreich durch die Bestellung eines Ständigen Vertreters (René Massigli, représentant du Gouvernement Provisoire de la République Française à la Commission Consultative Européenne) Mitglied der EAC und konnte sich nunmehr an der Ausarbeitung neuer Vereinbarungen beteiligen. Zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest, in welcher Weise Frankreich an der Besetzung Deutschlands teilhaben würde. Die Zahl seiner regulären Truppenverbände war noch geringfügig, die innenpolitische Situation Frankreichs war noch ungeklärt. Feste außenpolitische Pläne konnten noch kaum erwogen werden. In unverbindlichen Gesprächen unter den Alliierten bestand teilweise die Vorstellung, daß Frankreich zu einem späteren Zeitpunkt die amerikanische Besatzungszone übergeben würde, da es unwahrscheinlich schien, daß Amerika seine Truppen noch nach mehreren Jahren in Europa belassen würde<sup>11</sup>.

Zum Zeitpunkt des Beitritts Frankreichs zur EAC

## Die Deutschland-Abmachungen zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten Ende 1944

### 1. Die Urkunde der politischen Unterwerfung Deutschlands

Die in der „Urkunde der politischen Unterwerfung Deutschlands“ vom 25. Juli 1944 festgelegten „terms of unconditional political surrender“ sind wohl das wichtigste Dokument aus der Werkstatt der EAC. Sie bilden, wie weiter unten gezeigt wird, die Grundlage der Berliner „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Uebnahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland“<sup>15</sup> vom 5. Juni 1945.

Als Roosevelt in Casablanca die Worte von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und Japans fallen ließ, dachte er an die Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges von 1861—65<sup>16</sup>. In seiner damaligen Vorstellung bedeutete bedingungslose Kapitulation für ihn nicht die Zerstörung Deutschlands, Italiens oder Japans, sondern „the destruction of a philosophy in Germany, Italy and Japan which is based on the conquest and subjugation of other peoples“<sup>17</sup>.

Von dieser allgemeinen Vorstellung ausgehend, wurde vor allem auf amerikanischer Seite eine nähere Umschreibung gesucht, was unter bedingungsloser Kapitulation Deutschlands zu verstehen sei. Auf der Moskauer Konferenz konnte Staatssekretär Cordell Hull am 23. Oktober 1943 diesbezügliche Entwürfe

waren die drei wichtigsten Deutschlandabkommen bereits abgeschlossen. Dies waren:

1. die Urkunde der politischen Unterwerfung Deutschlands vom 25. Juli 1944<sup>12</sup>;
2. das Zonenabkommen vom 12. September 1944<sup>13</sup>;
3. das Kontrollabkommen vom 14. November 1944.

Die Urkunde der politischen Unterwerfung Deutschlands und das Zonenabkommen sind bisher noch nicht im Wortlaut veröffentlicht worden. Wir sind darüber jedoch aus verschiedenen Berichten in großen Zügen unterrichtet. Vom Kontrollabkommen ist der französische Text bekannt geworden. Eine deutsche Uebersetzung wird in dieser Folge des Europa-Archivs zum ersten Male veröffentlicht. Aus dem, was wir von den drei Dokumenten wissen, ergibt sich ein klares Bild von den Abmachungen der „Großen Drei“ bis Ende 1944 über die Behandlung Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Nach der Konferenz von Jalta erging an Frankreich die Einladung, sich an dem Kontrollsystem in Deutschland zu beteiligen. Am 1. Mai 1945 kam Frankreich dieser Aufforderung nach, indem es entsprechende Zusatzprotokolle zu den EAC-Abmachungen — und dies ohne Aeußerung von Aenderungs-wünschen oder Vorbehalten — durch seinen Botschafter Massigli unterzeichnen ließ<sup>14</sup>.

als Diskussionsgrundlage für die alliierten Mächte vorlegen. Mosely beschreibt diese Entwürfe wie folgt: „Diese Memoranden, die als ‚Diskussionsgrundlage‘ vorgelegt wurden, forderten die gemeinsame Besetzung und Kontrolle Deutschlands durch die drei Mächte und die Vorbereitung einer gemeinsamen alliierten Politik gegenüber Deutschland noch während des Krieges, deren Grundlage die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials und des Nazismus, die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit und die Förderung eines demokratischen Regimes sein sollte, das sich auf Freiheit der demokratischen Parteienbildung, Freiheit der Meinungsäußerung und Versammlung und freien Wahlen aufbauen sollte“<sup>18</sup>.“ Daraus geht hervor, daß nach der Vorstellung der Alliierten die Bestimmungen des Artikels 43 der Haager Landkriegsordnung nicht beachtet werden sollten. Danach dürfen Besatzungsmächte „keinesfalls ihre Kriegsziele im Rahmen des militärischen Besatzungsrechts vollziehen“<sup>19</sup>.

Der amerikanische Entwurf wurde sogleich der neugegründeten EAC zur näheren Untersuchung vorgelegt, und Cordell Hull schreibt hierzu: „Many of its points were incorporated in later Allied agreements for the postwar treatment of Germany“<sup>20</sup>.

Die EAC machte sich sogleich an die Arbeit. Am 25. Juli 1944 erzielte sie ein Uebereinkommen über

den Text der Kapitulationsurkunde, das in seinen Grundzügen dem amerikanischen Entwurf entsprach<sup>21</sup>.

Frankreich erhielt nach seinem Eintritt in die EAC sogleich Kenntnis von diesem Dokument. Durch seinen Vertreter beantragte es Mitte Januar 1945 die Stellung eines Mitunterzeichners, ohne jedoch sonstige Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Am 1. Mai 1945 erfolgte der offizielle Beitritt Frankreichs durch die Ausfertigung eines Zusatzprotokolls<sup>22</sup>.

Im Bericht über die Krimkonferenz kündigten die „Großen Drei“ die Bekanntgabe der Kapitulationsbestimmungen für den Zeitpunkt der endgültigen Niederlage Deutschlands an. Offensichtlich war hiermit der Zeitpunkt der Waffenstreckung Deutschlands gemeint, denn bei dieser Gelegenheit sollte die bestehende deutsche Regierung als vertragschließende

Partei das EAC-Abkommen über die Bedingungen der Kapitulation unterzeichnen<sup>23</sup>.

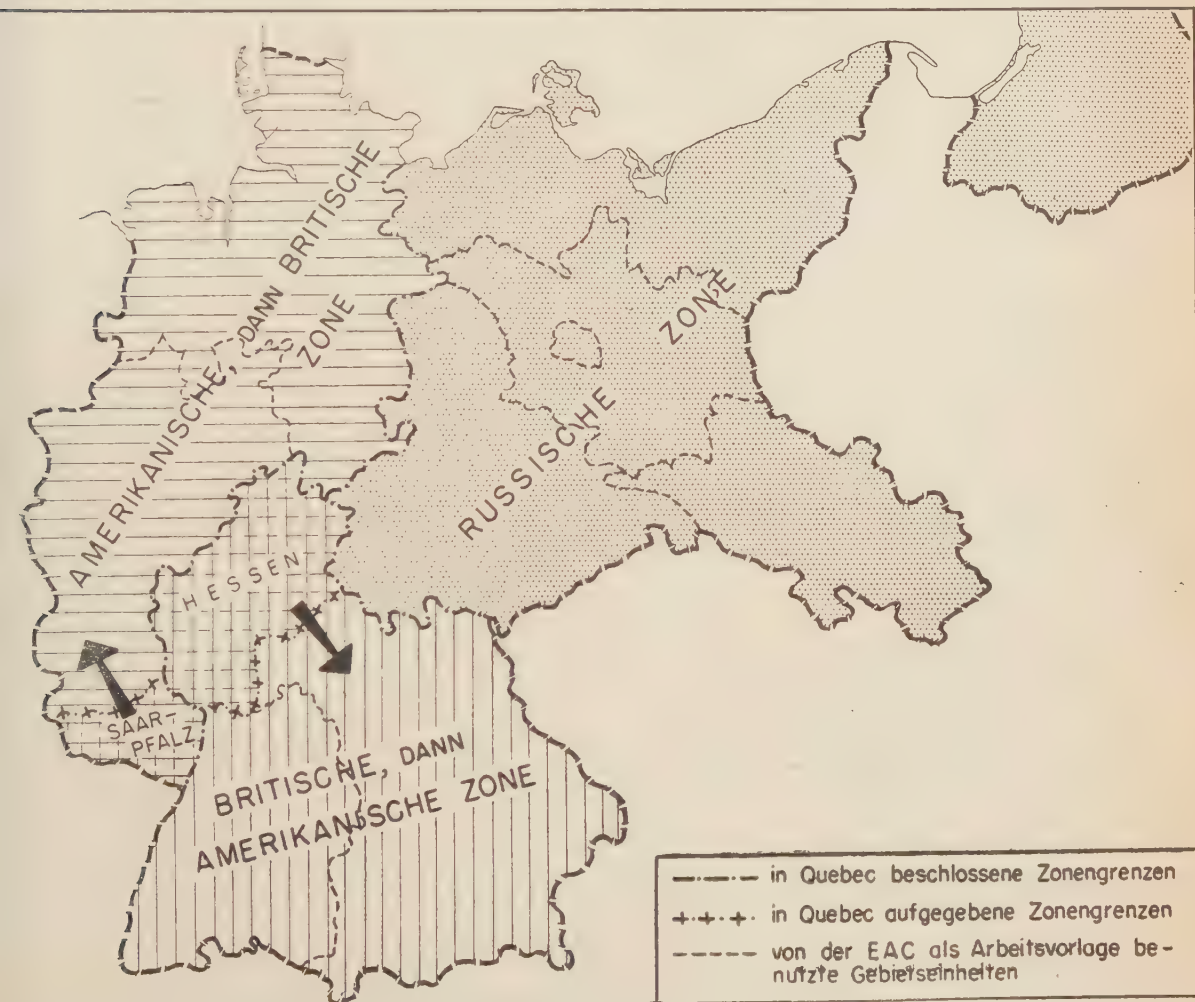
Es kam aber dann, aus Gründen, die weiter unten behandelt werden, nur zur militärischen Kapitulation. Daher gelangte der ursprüngliche Text der Kapitulationsurkunde bisher nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit, sondern eine abgeänderte Fassung, die als „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni 1945 bekanntgeworden ist.

## 2. Das Zonenabkommen

Während die Formulierung der Kapitulationsurkunde auf einen amerikanischen Textentwurf zurückgeht, liegt dem Zonenabkommen ein englischer Entwurf zugrunde, der schon am Tage nach dem ersten Zusammentreten der EAC, am 15. Januar 1944, vorgelegt wurde. Danach sollte die sowjetische Besatzungszone Mecklenburg, Pommern, Brandenburg,

### Die Zoneneinteilung Deutschlands vor und nach der Konferenz von Quebec

(11. bis 16. September 1944)



Quelle: Nach: „Germany. Basic Handbook“; Map Section, Map 3: Germany, Division into Zones. London: April 1944. Kartenentwurf: Dr. Dieter Berger, Bonn.



Sachsen, Anhalt und Thüringen und die östlich davon gelegenen Gebiete umfassen, insgesamt 40 vH des Reichsgebietes, 36 vH der Bevölkerung und 33 vH des Wirtschaftspotentials. Großbritannien sollte Nordwestdeutschland einschließlich des Ruhrgebietes erhalten, die Vereinigten Staaten sollten Süddeutschland und alle an Frankreich angrenzenden Gebiete als Besatzungszone erhalten<sup>24</sup>. Die Sowjetunion nahm diesen Vorschlag am 18. Februar 1944 an. *Roosevelt* hatte schon auf der Konferenz von Kairo im Dezember 1943 Bedenken gegen diesen Plan angemeldet und Nordwestdeutschland als amerikanische Besatzungszone beansprucht. Dabei scheint vor allem der Wunsch mitgespielt zu haben, den Nachschub für die amerikanische Besatzungszone über die norddeutschen Häfen zu leiten und nicht über Frankreich. *Roosevelt* erwartete nach den dauernden Auseinandersetzungen mit *de Gaulle* wenig Gutes von der französischen innenpolitischen Entwicklung und wollte möglichst wenig davon abhängig sein. Die Briten hielten aber hartnäckig an ihrem ursprünglichen Plan fest. General *Eisenhower* wollte die Schaffung der Zonen dadurch vermeiden, daß in den Stab des Obersten Hauptquartiers sowjetische und französische Vertretungen eingebaut würden<sup>25</sup>. Falls eine so enge Zusammenarbeit der vier Mächte sich nicht verwirklichen ließe, sollte die amerikanisch-britische Partnerschaft aufrechterhalten werden. Aber diese Gedanken, die *Eisenhower* zuerst im Januar 1944 und dann nochmals im April 1944 vortrug<sup>26</sup>, wurden in Washington abgelehnt, wahrscheinlich weil man befürchtete, dadurch den Eindruck einer angelsächsischen Allianz gegen die Sowjetunion hervorzurufen<sup>27</sup>. Auf der zweiten Konferenz von Quebec (im September 1944), die vor allem durch die Paraphierung des Morgenthauplanes bekannt geworden ist, erklärten sich die Amerikaner mit den britischen Vorschlägen einverstanden. *Roosevelt* hatte kein besonderes Interesse mehr für die Frage der Zoneneinteilung. Die Entscheidung lag im wesentlichen bei den Combined Chiefs of Staff. Militärische Überlegungen gaben den Ausschlag. Der Wunsch der Amerikaner nach einem Nordseehafen wurde durch die Zuteilung Bremens zur amerikanischen Zone befriedigt. Gleichzeitig wurde beschlossen, Österreich als eine getrennte Besatzungseinheit zu behandeln und aus der süddeutschen Zone herauszulösen.

Das EAC-Zonenabkommen vom 12. September hat zum Gegenstand die Aufteilung Deutschlands in drei Zonen „für die Verwaltungszwecke der Militärregierung“ (for purposes of administration of military government)<sup>28</sup> oder, wie es in der späteren „Feststellung“ vom 5. Juni 1945 heißt, „für Besatzungszwecke“<sup>29</sup>. Bis zum heutigen Tage ist eine Veröffentlichung dieser Vereinbarung noch nicht erfolgt<sup>30</sup>.

Nachdem der Gedanke, Deutschland unter dem Befehl des erweiterten Alliierten Oberkommandos durch gemischte Truppenkontingente besetzen zu lassen,

abgelehnt worden war, richteten sich die Bemühungen der EAC darauf, die Einteilung von zusammenhängenden Zonen vorzunehmen. Bei dieser Arbeit ließ sie sich von zwei Gesichtspunkten leiten. Einmal wurden die Grenzen Deutschlands „within the frontiers as they were on the 31st December 1937“<sup>31</sup> als äußerer Rahmen betrachtet. Zum anderen wurden die innerdeutschen Verwaltungsgrenzen, „those which existed after the coming into effect of the decree of 25th June 1941 (published in the Reichsgesetzblatt, Part I, No. 72, the 3rd July 1941)“<sup>32</sup>, bei der inneren Abgrenzung beachtet. Auf dieser Grundlage kam es am 12. September 1944 zu einer Einigung innerhalb der EAC über die Abgrenzung von drei fast gleichgroßen Zonen: eine östliche, eine nordwestliche und eine südwestliche Zone, die der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten und Großbritannien zugewiesen werden sollten. Während die sowjetische Zone von Anfang an feststand, konnten die beiden westlichen Zonen erst nach der Entscheidung von Quebec endgültig zugeteilt werden. Großbritannien erhielt die nördliche Zone, die Vereinigten Staaten die südliche mit dem Durchfahrtsrecht von Bremen aus durch das britische Gebiet<sup>33</sup>. Zuvor wurde Hessen mit dem Rhein-Main-Gebiet der amerikanischen Zone zugeteilt, wogegen die Briten die Saar und die Pfalz erhielten (siehe Karte)<sup>34</sup>. Am 14. November 1944 unterschrieb die EAC ein entsprechendes Protokoll. Das Zonenabkommen für Deutschland diente als Vorlage bei der Abfassung des Abkommens über die Besatzungszonen in Österreich vom 9. Juli 1945.

Wenige Tage vor dem Abschluß des Zonenabkommens hatte General *de Gaulle* auf seiner ersten Pressekonferenz in Paris am 25. Oktober 1944 im Hinblick auf die Beteiligung Frankreichs an der Besetzung Deutschlands erklärt: „Ich hoffe, daß die französischen Truppen kämpfend mit den Alliierten dort einrücken; sie werden das deutsche Land besetzen, das sie der deutschen Armee abringen werden“<sup>35</sup>.

Bereits am 12. August 1944 hatte aber *de Gaulle* einen Vorschlag ausgearbeitet<sup>36</sup>, wonach Frankreich im Rahmen der alliierten Besetzung Deutschlands eine Zone erhalten sollte, welche die Gebiete am Bodensee, Baden, Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, die Pfalz, das Saargebiet und den größten Teil der Rheinprovinz umfaßte. Damit sollte ein einheitliches Rheingebiet geschaffen werden, das als unmittelbares Vorfeld zur französischen Ostgrenze diene. Inwieweit diese Überlegungen von seiten der drei großen Mächte berücksichtigt worden sind, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Wenn aber Frankreich doch eine Besatzungszone erhielt, so verdankt es dies den Bemühungen *Churchills*, dem es gelang, *Roosevelt* in seiner ablehnenden Haltung umzustimmen, und der dann auch die Zustimmung *Stalins* erlangte<sup>37</sup>.

In Jalta gab *Stalin* seine Einwilligung zur Teilnahme Frankreichs am alliierten Besatzungssystem

nur unter der Bedingung, daß die sowjetische Zone hierdurch keine Schmälerung erfahren dürfe. Somit war der französische Delegierte bei der EAC angewiesen, mit seinen amerikanischen und englischen Kollegen in langwierigen Verhandlungen die gebietliche Umgrenzung der französischen Zone zu vereinbaren. Frankreich brachte zunächst das Anliegen vor, Hessen-Kassel in seine Zone einzubeziehen, um dadurch einen direkten Kontakt mit der verbündeten Roten Armee zu erhalten. Die Amerikaner waren aber sehr auf die direkten Nachschublinien von Bremen zu ihrer Zone bedacht und wiesen das französische Ansinnen kurzerhand zurück.

Die endgültige Gestaltung der französischen Zone wurde am 26. Juli 1945 in der dritten Fassung des Zonenabkommens festgelegt<sup>38</sup>. Die Südzone und Teile von Hessen wurden aus dem amerikanischen Zonengebiet herausgeschnitten. Die restliche Nordzone wurde von den Engländern abgetreten. Bei dieser Operation konnte die EAC die Landesgrenzen nicht mehr wie bisher bei der Zoneneinteilung beachten. Im Falle der französischen Zone galt es nämlich, eine neue ausgeglichene Zone zu schaffen, indem von zwei anderen Zonen gleichgroße Gebietsteile genommen wurden.

Ein direkter Zusammenhang zwischen der Festlegung der Besatzungszonen und den Plänen für eine Zerstückelung Deutschlands besteht nicht<sup>39</sup>. Dies geht aus der zusammenfassenden Betrachtung der alliierten Abmachungen hervor, zu denen das Zonenabkommen als ein Element der gemeinsamen Politik der alliierten Kontrolle und Besetzung zählt. Die Dispositionen des Zonenabkommens lassen keinen Zerstückelungswillen erkennen<sup>40</sup>. Im Gegenteil, die Sondersituation von Berlin läßt sich nur aus der Sicht einer gemeinsamen Besetzung verstehen. Die Mitglieder der Londoner Kommission haben sehr wohl die Gefahr einer de facto-Teilung erkannt. Sie versuchten das im Rahmen der EAC Mögliche, um diese Entwicklung durch die Einigung auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu vermeiden<sup>41</sup>.

### 3. Das Kontrollabkommen

Das Kontrollabkommen vom 14. November 1944 (französisch: accord sur les organismes de contrôle en Allemagne) legt das Verfahren der in der Kapitulationsurkunde angekündigten Kontrollübernahme der Alliierten in Deutschland fest. Ein Hinweis darauf findet sich in der Direktive No. 1 des Kontrollrates vom 10. August 1945, die sich auf „the agreement on control machinery in Germany approved by the EAC, 14. November 1944, as amended 1. May 1945“ bezieht<sup>42</sup>. Es handelt sich um „the basic policy documents governing the machinery of the Allied Control Authority . . . This basic policy was re-stated and reaffirmed by the same (signatories) in the Statement on Control Machinery in Germany, Statement on Zones of Occupation in Germany and Statement on

Consultation with Governments of other United Nations, all published 5. June 1945“<sup>43</sup>.

Bisher ist uns nur der französische Wortlaut des Kontrollabkommens vom 14. November 1944 zugänglich, der in einem Sammelwerk der für die französische Besatzungszone geltenden Rechtsvorschriften veröffentlicht wurde (vgl. den französischen Text mit einer deutschen Uebersetzung auf S. 7376 dieser Folge). Dort wird allerdings das Abkommen mit dem Datum vom 30. November 1944 versehen, dasselbe Datum taucht dann wiederholt in französischen Veröffentlichungen auf<sup>44</sup>. Dies kann man vielleicht dadurch erklären, daß die Uebermittlung der EAC-Urkunde an den französischen Delegierten am 30. November 1944 stattfand.

Das Abkommen bestimmt eingehend die Form und die Arbeitsweise der „Allied Control Authority“, zu der der Kontrollrat (Art. 3), der Koordinierungsausschuß (Art. 4–5), der Kontrollstab (Art. 6) und die Viermächteverwaltung der Stadt Berlin (Art. 7) gehören. Weiterhin wird das Verhältnis zwischen alliierter Kontrollbehörde und den übrigen Vereinten Nationen (Art. 8) sowie mit den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (Art. 9) umrissen.

### Die Entstehung der französischen Besatzungszone



Quelle: Nach: Claude Albert Moreau und Roger Jouanneau-Irriera: „Présence Française en Allemagne. Essai de Géographie cordiale de la Zone Française d'Occupation“, R.A.P.O. und Edition Henri Neveu, Baden-Baden 1949, S. 75. Kartenentwurf: Dr. Dieter Berger, Bonn.



An dieser Stelle wird auf eine nähere Betrachtung der verschiedenen Artikel des Abkommens verzichtet. Dagegen soll aber die Bedeutung untersucht werden, die nach dem Abkommen dem Kontrollrat und den deutschen Verwaltungsstellen zukommen sollte.

Der Kontrollrat gilt als das oberste Kontrollorgan (organisme suprême de contrôle). Die Militärbefehlshaber sind Träger der höchsten Gewalt in ihrer Zone und als Mitglieder des obersten Kontrollorgans<sup>45</sup> gemeinsam für gesamtdeutsche Angelegenheiten zuständig. Den vier Militärbefehlshabern, als „corps constitué“ auftretend, sind folgende Angaben zugewiesen (Art. 3b, 1—4):

1. Die gebotene Einheitlichkeit des Vorgehens der Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen zu gewährleisten (assurer),
2. Pläne aufzustellen (établir) und gemeinsame Beschlüsse (prendre en commun des décisions) über grundsätzliche, ganz Deutschland betreffende militärische, politische, wirtschaftliche und sonstige Fragen zu fassen, und zwar gemäß den jedem Oberbefehlshaber von seiner Regierung erteilten Weisungen,
3. die deutschen Zentralverwaltungen zu überwachen (contrôler), die unter dem Kontrollrat tätig und ihm für die Ausführung seiner Befehle verantwortlich sind,
4. die Verwaltung von Groß-Berlin mit Hilfe der hierzu bestellten Organe zu leiten (diriger).

Bei dieser Aufgabeneinteilung des obersten Kontrollorganes ist es klar ersichtlich, daß die Alliierten die feste Absicht hatten, Deutschland gemeinsam zu besetzen und zu kontrollieren. Die übrigen Bestimmungen des Kontrollabkommens zeigen aber, daß diese gemeinsame Politik durchgeführt werden sollte, ohne die Souveränität der beteiligten Mächte anzutasten. Die Einstimmigkeitsregel im Kontrollrat spiegelt Deutschland gegenüber den Abstimmungsmodus im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wider. Weltorganisation und Kontrollorganisation für Deutschland entstehen im übrigen in der gleichen Zeitspanne vor Beendigung des Krieges.

Die Bewahrung der Souveränität der beteiligten Mächte und die gemeinsame Kontrolle Deutschlands sind die beiden Elemente, die sich im Text des Kontrollabkommens gegenseitig die Waage halten. Auf der einen Seite stehen die Weisungsgebundenheit der Militärbefehlshaber (es heißt nicht Zonenbefehlshaber),

Art. 1: „... sur instructions de leur gouvernements respectifs“,

Art. 3b, 2: „... sur la base des instructions que chaque commandant en chef recevra de son gouvernement“,

die Ernennung der Vertreter in den Organen der Allied Control Authority,

Koordinierungsausschuß (Art. 4): „... il sera composé d'un représentant de chacun des quatre

gouvernements“, Kontrollstab (Art. 6) „... nommé par les autorités nationales respectives“, Kommandantura (Art. 7): „... quatre commandants supérieurs, un de chaque puissance, nommés par leurs commandants en chef respectifs“, und die Einstimmigkeitsregel im Kontrollrat (Art. 3c): „Les décisions du Conseil de Contrôle devront être prises à l'unanimité“.

Dagegen sind anzuführen die Hinweise auf die Gemeinschaftlichkeit der Kontrollorgane in ihrer Form und Arbeitsweise:

„agissant ensemble en corps constitué“ (Art. 3a), „agissant conjointement“ (Art. 6a), „diriger conjointement“ (Art. 7a), „uniformité d'action“ (Art. 3a, 1), „mesures uniformes“ (Art. 5c).

Das Schwergewicht der Konstruktion lag bei der Einstimmigkeitsregel. Auf den amerikanischen Vorschlag, im Kontrollrat das Mehrheitsprinzip einzuführen, antwortete *Molotow* auf der Moskauer Konferenz (April 1947): „Er (der Vorschlag) stößt die Potsdamer und die anderen von den Verbündeten bereits früher gefaßten Beschlüsse über den Kontrollrat um. Er wird den Kontrollrat und die Aktionseinheit der Verbündeten in Deutschland erschüttern“<sup>46</sup>.

Diese Aktionsbasis war aber äußerst gering, denn sie beschränkte sich vornehmlich auf negative — Deutschland gegenüber durchzuführende — Maßnahmen. Der bescheidene Anfang an positiven — im Hinblick auf den zukünftigen demokratischen Aufbau Deutschlands ausgerichteten — Maßnahmen wurde wegen der französischen Bedenken gegen eine deutsche Zentralverwaltung nie verwirklicht. Das Ausbleiben des positiven Elements fällt auf negative über die Durchführbarkeit des Kontrollabkommens. Die drei Westmächte betonen dies ausdrücklich in ihrer Note vom 10. Juli 1952, wo sie von einem Kontrollsystem sprechen, „das sich als undurchführbar erwiesen hat“.

Bei der Lektüre des Kontrollabkommens wird es klar, daß die deutsche Verwaltung zur Ausführung der Anweisungen des Kontrollrates fortbestehen sollte (Art. 3b, 3)<sup>47</sup>. So sollte nach vertraglich festgelegten Abmachungen der alliierten Mächte die deutsche Staatsgewalt in ihrer obersten Spitze für die Anfangszeit der Besetzung eingeschränkt werden und in ihrer organisatorischen Struktur fortbestehen bleiben. Dies wird im Vertrag wiederholt bestätigt. Der Koordinationsausschuß ist angewiesen (Art. 5b), die Tätigkeit der „administration centrale et des institutions allemandes“ zu überwachen und zu kontrollieren (surveiller et contrôler). Die Direktoren des Kontrollstabes erhielten zur Aufgabe (Art. 6b):

1. Kontrolle der „institutions centrales allemandes“ und der „ministères allemands correspondants“;

3. Uebermittlung der Kontrollratsbeschlüsse an die „administration centrale allemande“.

Da aber nach der Verhaftung der geschäftsführen-

den Reichsregierung am 22. Mai 1945 keine arbeitsfähigen zentralen deutschen Regierungs- und Verwaltungsstellen bestanden und die EAC diese Sachlage nicht vorgesehen hatte, war es schwierig, die Vereinbarungen des Kontrollabkommens der neuen Situation anzupassen. Einen Ausweg zeigte dann das Potsdamer Abkommen, das die Errichtung von rein technischen zentralen deutschen Verwaltungsstellen vorsah. Dieser Versuch aber scheiterte an der negativen französischen Haltung. Ueber ein Jahr lang bemühten sich die übrigen drei Besatzungsmächte um die Bildung deutscher Zentralämter. Aber der französische Vertreter konnte jede Entscheidung in dieser Frage verhindern. Man war sich auf französischer Seite klar, welche Folgen entstehen würden. So schreibt zum Beispiel der Rechtsberater General Koenigs, R. Monier, im Jahre 1946:

„Si de tels projets se réalisaient, le Conseil de Contrôle cesserait d'être le gouvernement de l'Allemagne pour devenir un organisme interallié de contrôle des ministères et, éventuellement du gouvernement centrale de l'Allemagne<sup>48</sup>.“

Zu dem gleichen Ergebnis kam auch das Mitglied des Staatsrates, J. Benoist:

... la situation serait modifiée en ce sens qu'au lieu d'administrer directement, comme il le fait depuis la capitulation, le Conseil contrôlerait les actes des ministères allemands<sup>49</sup>.“

Aus einer anderen Sicht beurteilte General Lucius D. Clay die Sachlage:

„Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Vier-Mächte-Regierung nicht zum Erfolg führen<sup>50</sup>.“

Dem Text und dem Sinn des Kontrollabkommens nach war die Ausübung der obersten Gewalt in Deutschland durch die Alliierten nur zur Durchführung der Besatzungsziele gedacht. Die zentralen

deutschen Regierungs- und Verwaltungsbehörden sollten unter der Aufsicht der obersten Kontrollinstanz ihre Tätigkeiten zur Verwirklichung der Besatzungsziele ausrichten. Die Alliierten wollten Deutschland nur leiten (dirigieren) und kontrollieren, aber niemals die Gesamtheit der Regierungsgeschäfte übernehmen. Die oberste Gewalt sollte demnach nur innerhalb der von den Alliierten selbst abgesteckten Grenzen wirksam werden<sup>51</sup>, somit blieb die Kontrollbehörde stets ein der deutschen Staatshoheit fremdes Organ.

Zu den Besatzungszielen oder Grundforderungen der Alliierten an Deutschland zählten Entmilitarisierung, Befreiung vom Nationalsozialismus und die Förderung der demokratischen Entwicklung in Deutschland. Den beiden ersten Zielen, die durch Verbote und Verordnungen durchführbar waren, stand ein entwicklungsfähiges, dynamisches Ziel gegenüber, zu dessen Verwirklichung die ständige Einstimmigkeit der Besatzungsmächte erforderlich war. An diesem Punkt sollte es sich erweisen, daß die vertragliche Einigung nie Wirklichkeit wurde und daß bis heute der verbale Konsens einen tiefergehenden Dissenz verbirgt. Zunächst war es der formelle Widerstand Frankreichs, der verhinderte, daß die Dispositionen des Kontrollabkommens in bezug auf die zentralen deutschen Verwaltungsämter Wirklichkeit wurden. Später wurde es aber mehr und mehr deutlich, daß den Sowjets die Bildung von deutschen Verwaltungen nur gelegen war, wenn sie ihren Einfluß dadurch weiter ausbreiten konnten<sup>52</sup>. Unter diesen Bedingungen war es nicht mehr möglich, zu neuen Vereinbarungen der Vier Mächte über Deutschland zu gelangen. Die Weiterbildung des ersten Kontrollabkommens zu einem neuen Abkommen, die im Artikel 11 ausdrücklich vorgesehen war, konnte nicht durchgeführt werden<sup>53</sup>.

## Die Eingriffe der „Großen Drei“ in die Arbeiten der Europäischen Beratenden Kommission

### Die Beschlüsse von Jalta

Die in mühsamer Kleinarbeit der Experten vorbereiteten Deutschlandabmachungen der EAC wurden auf der Konferenz von Jalta und in den folgenden Wochen durch Eingriffe der „Großen Drei“ empfindlich gestört. Anlaß dazu waren Gesichtspunkte der hohen Politik, die hier nur angedeutet, aber nicht im einzelnen untersucht werden sollen.

Der Beschluß, Frankreich in das Kontrollsystem einzuschalten und ihm eine eigene — aus den Zonen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten herauszulösende — Besatzungszone zuzuteilen, ist bereits erwähnt worden. Es blieben aber noch zwei wesentliche Fragen zu entscheiden:

- a) Die Frage der politischen Einheit Deutschlands,
- b) das Reparationsproblem und im Zusammenhang damit die Frage der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit.

Sowohl in den beiden angelsächsischen Mächten wie in der Sowjetunion und in Frankreich waren verschiedene Pläne für die Zerstückelung Deutschlands erwogen worden. Bereits in Teheran hatte darüber ein allgemeiner Gedankenaustausch unter den „Großen Drei“ stattgefunden. In Jalta wurde das Problem erneut aufgeworfen und den Außenministern zur weiteren Behandlung übergeben. Sie kamen zu folgender, zunächst geheimgehaltener Vereinbarung:

„Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden hinsichtlich Deutschlands die höchste Autorität besitzen; bei der Ausübung dieser Autorität werden sie alle diejenigen Maßnahmen einschließlich der vollständigen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung<sup>\*</sup> Deutschlands ergreifen, die sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit als notwendig erachten könnten... Das Studium des Verfahrens, das bei der Aufteilung Deutschlands anzuwenden ist, ist einem

<sup>\*</sup>) Hervorhebung des Verfassers.



Ausschuß übertragen worden, der aus Eden als Präsident, Winant, dem Botschafter der Vereinigten Staaten in London, und dem Vertreter der Sowjetunion, Gusew, besteht; dieser Ausschuß wird bei geeigneter Gelegenheit die Hinzuziehung eines französischen Vertreters ins Auge fassen<sup>54</sup>.

Weiterhin wurde beschlossen, daß die Aufteilung Deutschlands in der Urkunde der politischen Unterwerfung erwähnt werden sollte. Dies sollte im Artikel 12a geschehen, der damit etwa den folgenden Wortlaut erhalten hätte:

„In Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland, die von den Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik übernommen wird, werden die vier Alliierten Regierungen diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit erforderlich halten, einschließlich der vollständigen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung Deutschlands.“

Die Absicht der Aufteilung Deutschlands ist jedoch nicht in die Urkunde der politischen Unterwerfung übernommen worden. Der in Jalta eingesetzte Sonderausschuß konnte trotz verschiedenster Bemühungen des sowjetischen Vertreters — der zuletzt am 5. Mai 1945 in Moskau anfragte — nicht die Genehmigung des Kremls für die in Jalta beschlossene Hinzuziehung eines französischen Vertreters erlangen. Er blieb daher als Torso neben der EAC bestehen. Frankreich wurde durch die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls am 1. Mai 1945 Mitunterzeichner der Urkunde der politischen Unterwerfung in ihrer ursprünglichen Fassung vom 25. Juli 1944. Der Beschluß von Jalta ist also nicht Bestandteil der Vereinbarungen der EAC geworden und hat daher in den Dokumenten vom 5. Juni 1945 keine nachweisbaren Spuren hinterlassen können.

#### *Die Frage der deutschen Zentralgewalt*

Die Absicht, den Aufteilungsbeschluß von Jalta in der Urkunde der politischen Unterwerfung zu verankern, kreuzte sich mit einer anderen Bestrebung, die wahrscheinlich auf Churchill zurückgeht. Am 30. März wurde ein neuer britischer Entwurf der Urkunde in Umlauf gesetzt, der davon ausging, daß zum Zeitpunkt der Kapitulation keine militärische oder zivile deutsche Stelle vorhanden sein würde, um eine offizielle Uebergabeerklärung zu unterzeichnen<sup>55</sup>. Damit wurde die ursprüngliche Absicht der EAC aufgegeben, die politische Unterwerfung von der deutschen Regierung unterzeichnen zu lassen. Im April 1945 wurde die ursprüngliche Urkunde der politischen Unterwerfung zu einer „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands“ umgearbeitet, die von den vier Oberbefehlshabern unterzeichnet und veröffentlicht werden sollte<sup>56</sup>.

Die einzelnen Veränderungen, die dieser Text bis

zu seiner Veröffentlichung durchmachte, lassen sich nach den bekanntgewordenen Unterlagen nicht rekonstruieren. Im vollen Wortlaut kennen wir nur die endgültige Fassung der sogenannten „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni 1945 und die damit zusammenhängenden „Feststellungen“<sup>57</sup> der Alliierten Oberbefehlshaber. Der Zusammenhang mit der Urkunde der politischen Unterwerfung und mit dem Kontrollabkommen ist unverkennbar. Es ist anzunehmen, daß die ursprünglichen Dokumente der EAC weiterhin als Abkommen der vier Besatzungsmächte bestehen. Die „Berliner Erklärung“ und die „Feststellungen“ vom 5. Juni 1945 sind dagegen als Proklamationen gegenüber dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit aufzufassen<sup>58</sup>.

Bei der Neufassung der Urkunde der politischen Unterwerfung wurden textliche Veränderungen vorgenommen, deren Umfang und Bedeutung sich in Unkenntnis des Originaltextes nicht mit Bestimmtheit feststellen lassen. Vor allem wissen wir nicht, ob die Präambel unter dem Einfluß der Beschlüsse von Jalta wesentlich verändert wurde. Dies dürfte vielleicht für den sechsten Absatz der Berliner Erklärung zutreffen, der in Aussicht stellt, daß die Alliierten „später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen“ werden. Damit wird in unbestimmter Form die Möglichkeit einer Aufteilung angedeutet. Der Artikel 12a der Urkunde der politischen Unterwerfung vom 25. Juli 1944, zu dem der in Jalta beschlossene Zusatz über die Aufteilung Deutschlands hätte kommen sollen, wurde textlich unverändert als Artikel 13a in die Berliner Erklärung übernommen.

Die übrigen Absätze der Präambel der Berliner Erklärung sind aber wahrscheinlich auf Grund der britischen Anregungen vom 30. März 1945 neu gefaßt worden. Sie tragen der Tatsache Rechnung, daß es in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde gab, die fähig gewesen wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die russischen Bedenken, die am 5. Juni 1945, dem Tage der feierlichen Verkündung der Berliner Erklärung, gegen eine Klausel erhoben wurden, welche die Sowjetunion verpflichtet hätte, in ihrer Zone japanische Staatsbürger zu verhaften<sup>59</sup>. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Rußland noch nicht im Kriegszustand mit Japan, in dem geheimgehaltenen Abkommen von Jalta hatte sich die Sowjetunion aber verpflichtet, „zwei oder drei Monate nach Einstellung der Kampfhandlungen in Europa“ Japan den Krieg zu erklären<sup>60</sup>. In dem unveröffentlichten EAC-Abkommen störte dieser Passus die Sowjetunion nicht. Im Augenblick der Bekanntgabe und des Inkrafttretens der in

der Erklärung enthaltenen Bestimmungen durfte sich aber für die Sowjetunion keine Kollision völkerrechtlicher Verpflichtungen ergeben. Dieser Absatz mußte daher gestrichen werden<sup>61</sup>.

Gleichzeitig mit der Berliner Erklärung erfolgte die Veröffentlichung von drei „Feststellungen“. Es handelt sich hierbei — wie unter anderem aus den Military Government Regulations (Headquarters United States Forces European Theater, Office of Military Government [U. S. Zone]) hervorgeht — um die inhaltliche Wiedergabe des auf Seite 7376 veröffentlichten Kontrollabkommens vom 14. November 1944 mit Änderungen vom 1. Mai 1945.

Der Unterschied zwischen dem Kontrollabkommen vom 14. November 1944 und den „Feststellungen“ (engl.: statement, franz.: déclaration) über das Kontrollverfahren, über die Besatzungszonen und über die Beratung mit den Regierungen anderer Vereinter Nationen<sup>62</sup> ist beachtlich. Neben den beträchtlichen Kürzungen im Text fällt vor allem auf, daß bei den „Feststellungen“ alle Hinweise auf die deutschen Zentralverwaltungsstellen oder die deutschen Ministerien weggefallen sind.

#### Die militärische Kapitulation

In den letzten Stunden des Krieges wurde auch die Neufassung der Urkunde der politischen Unterwerfung beiseite geschoben. Die obersten politischen Instanzen in London und Washington hatten kaum mehr Einfluß auf die Entschlüsse des Obersten Hauptquartiers General Eisenhowers in Reims, wo sich die Ereignisse überstürzten. Die militärische Führung sollte die Kapitulation mit dem geringsten Aufwand an Verhandlungen und Verzögerungen durchführen und befürchtete, daß die von der EAC vorbereitete Kapitulationsurkunde von den deutschen Bevollmächtigten nicht ohne weiteres unterschrieben werden würde.

Als Ersatz zur EAC-Urkunde diente das vom Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte entworfene Kapitulationsprotokoll von Reims<sup>63</sup> beziehungsweise Berlin-Karlshorst<sup>64</sup>. Der Text ist beide Male identisch<sup>65</sup>. Ueber den militärischen Charakter der Urkunde besteht kein Zweifel<sup>66</sup>. Als „vertragschließende Parteien“<sup>67</sup> erscheinen das „Oberkommando der deutschen Wehrmacht“ und das alliierte Oberkommando im Westen und im Osten. Der französische Unterzeichner in Reims, General F. Sevez, und in Berlin, General F. de Lattre de Tassigny, traten nur als „Zeugen bei der Unterzeichnung“ (Witnesses at the Signing) auf.

Die französische Regierung trug sich nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur EAC-Kapitulationsurkunde mit der berechtigten Hoffnung, vertragschließende Partei bei der deutschen Kapitulation zu sein. In dem Telegramm Nr. 129 vom 4. Mai 1945<sup>68</sup> erteilte sie ihrem Oberbefehlshaber die Weisung, „im Namen Frankreichs die Kapitulationsurkunde oder Erklärung über die Beendigung der Kampfhand-

lungen zu unterzeichnen“. Die Ersetzung der EAC-Urkunde durch den kürzeren SHAEF-Text bewirkte die Ausschaltung Frankreichs als Vertragspartei bei der militärischen Kapitulation. General *de Gaulle* kleidete diese Situation in folgende Worte: „Ich denke, es ist besser, Sieger zu sein als Signatar“<sup>69</sup>.

Inhaltlich weichen die in Reims und Berlin unterzeichneten Urkunden kaum von den üblichen militärischen Uebergabeprotokollen ab, nur der Artikel 4 — auf Betreiben des amerikanischen Delegierten bei der EAC in letzter Minute in den SHAEF-Text aufgenommen — deutet darauf hin, daß es sich um mehr als die Kapitulation aller deutschen Streitkräfte handeln sollte. Dieser Artikel nimmt in den Augen der Alliierten die Rolle einer allgemeinen Ermächtigungsklausel ein<sup>70</sup>, dazu bestimmt, die Anwendung der EAC-Vereinbarungen zu rechtfertigen. Nach *Mosely* wurde der „Artikel 4 die Grundlage, auf der die Vier Mächte am 5. Juni 1945 die Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands erließen und die oberste Herrschafts- und Regierungsgewalt über Deutschland übernahmen“. Professor *Greue* hat in diesem Zusammenhang drei wichtige Gesichtspunkte herausgestellt, daß nämlich<sup>71</sup>:

- „1. die Erklärung vom 5. Juni 1945 nicht mit Deutschland vereinbart, sondern einseitig ihm auferlegt sei;
2. die Unterzeichner der Kapitulationsdokumente nur eine militärische und keine politische Vollmacht besaßen, daß sie einen Text unterzeichneten, der absichtlich als rein militärisches Dokument aufgemacht war und sich in der Ueberschrift als ‚Militärische Kapitulationsurkunde‘ bezeichnet;
3. den deutschen Unterhändlern kein erklärendes Wort über die politischen Absichten mitgeteilt wurde, die man auf alliierter Seite mit dem höchst unklaren und aus sich heraus nicht verständlichen Wortlaut des Punktes 4 verband.“

Weiter muß noch auf das Fehlen einer direkten Bezugnahme auf den Artikel 4 in der Erklärung vom 5. Juni 1945 aufmerksam gemacht werden. *Mosely* sagt zwar, daß die EAC nach dem 8. Mai den Artikel 4 bei der Abfassung der Erklärung beachtete (to take account of Art. 4)<sup>72</sup>. Eine ausdrückliche Erwähnung der militärischen Kapitulationsurkunde oder des Artikels 4 blieb aber aus. Die Erklärung spricht dafür von der „vollständigen Niederlage“ und der Unfähigkeit Deutschlands, „sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen“. Diese beiden Formulierungen werden der „bedingungslosen Kapitulation“ gegenübergestellt<sup>73</sup>. Daher ist zwischen „bedingungslos übergeben“ nach Artikel 1 der militärischen Kapitulationsurkunde und der „bedingungslosen Kapitulation“ im Wortlaut der Erklärung vom 5. Juni 1945 zu unterscheiden<sup>74</sup>.

#### Der Abschluß der Arbeiten des EAC

Am 18. Juli 1945, dem zweiten Tage der Potsdamer Konferenz, beschlossen die „Großen Drei“, die EAC



aufzulösen. Sie stellten dazu fest, die Kommission habe ihre Hauptaufgaben bewältigt, „indem sie die Vorschläge betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Oesterreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorlegte“. Die speziellen Fragen, die die gegenseitige Angleichung der Politik der Alliierten hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland und Oesterreich betreffen, sollten in Zukunft der Zuständigkeit des Kontrollrates in Berlin und der Alliierten Kommission in Wien unterliegen.

Noch war aber eine Aufgabe der EAC nicht abgeschlossen. Artikel 10 des Kontrollabkommens vom 14. November 1944 kündigte an, daß die Alliierten Deutschland bestimmte „grundlegende Forderungen“ (exigences fondamentales) auferlegen würden. In der Präambel und im Artikel 13b der „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni 1945 wurde diese Ankündigung wiederholt. Wie wir gesehen haben, unterblieb die Erwähnung der Aufteilung Deutschlands, obwohl sie in Jalta von den „Großen Drei“ beschlossen worden war. Die „sofortigen Forderungen“ der „Berliner Erklärung“ erstreckten sich im wesentlichen auf das militärische Gebiet. Am 25. Juli 1945, also während der Potsdamer Beratungen, kam nun in der EAC noch ein „Abkommen über die zusätzlichen an Deutschland gestellten Forderungen“ zustande<sup>75</sup>, das die „sofortigen Forderungen“ der Berliner Erklärung ergänzte. Da inzwischen beschlossen worden war, die Arbeiten der EAC, soweit sie Deutschland betrafen, auf den

Alliierten Kontrollrat in Berlin zu übertragen, war es nicht mehr Aufgabe der EAC, die zusätzlichen Forderungen an Deutschland zu veröffentlichen.

Dies geschah durch einen einseitigen gesetzgeberischen Akt des Kontrollrates in der Form der Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945<sup>76</sup>. In der Präambel der Proklamation wird betont, daß die Berechtigung zu diesem Vorgehen sich aus der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 ergibt. Die Proklamation Nr. 2 hatte grundlegende Bedeutung für die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland. Man kann sie als das Besatzungsstatut der Jahre 1945 bis 1947 bezeichnen<sup>77</sup>. Die „Zusätzlichen Forderungen“ erstrecken sich zum größten Teil auf die Gebiete, in denen die Alliierten in Abweichung von Artikel 45 der Haager Landkriegsordnung tätig waren: Entmilitarisierung, Verbot der NSDAP, Auslandsbeziehungen, Kontrolle der deutschen Behörden, Ueberwachung des Nachrichten- und Verkehrsnetzes, Reparations-, Restitutions- und Demontageleistungen.

Im Rahmen dieser Untersuchung soll nicht auf den Zusammenhang zwischen den Dokumenten vom 5. Juni 1945 und dem Potsdamer Abkommen eingegangen werden. Dies wäre nur im Rahmen einer umfassenden Abhandlung über die Potsdamer Dreimächte-Konferenz möglich. Hier sollte nur gezeigt werden, bis zu welchem Punkte die Deutschlandabmachungen der vier Besatzungsmächte gediehen waren, ehe sich die „Großen Drei“ nochmals zu getrennten Beratungen zusammenfanden.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. das Dreimächte-Kommuniqué über die Moskauer Konferenz vom 19.—30. Oktober 1943: Anglo-Soviet-American Communiqué, November 1, 1943 in: „A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents, 1941—49“ (fortan zitiert: Basic Documents). Senate Document No. 123. United States Government Printing Office, Washington 1950. S. 10.

<sup>2)</sup> Vgl. Philip E. Mosely: „Disemberment of Germany“ in: *Foreign Affairs*, Vol. 28, No. 3, April 1950, S. 489. Deutsch in: Europa-Archiv 10/1950, S. 3032—3043. (Fortan zitiert: Mosely I)

<sup>3)</sup> Vgl. The Berlin (Potsdam) Conference, July 17—August 2, 1945. Protocol of the Proceedings, August 1, 1945, in: Basic Documents, S. 36.

<sup>4)</sup> Vgl. Philip E. Mosely: „The Occupation of Germany“ in: *Foreign Affairs*, Vol. 28, No. 4, July 1950, S. 583. (Fortan zitiert: Mosely II)

<sup>5)</sup> Basic Documents, a. a. O., S. 10.

<sup>6)</sup> EAC-Delegierte waren: John G. Winant (Vereinigte Staaten), Sir William Strang (Großbritannien), Fedor T. Gusev (Sowjetunion) und ab 27. November 1944 René Massigli (Frankreich).

<sup>7)</sup> Vgl. „Das Abkommen, betreffend die Besatzungszone und die Verwaltung der Stadt Wien“ vom 9. Juli 1945, Ziffer 7. Deutscher Text in: Stephan Verosta: „Die internationale Stellung Oesterreichs 1938 bis 1947“; Manzsche Verlagsbuchhandlung, Wien, 1947, S. 71—74.

<sup>8)</sup> Vgl. Basic Documents, a. a. O., S. 612, Anmerkung 1, und Mosely II, a. a. O., S. 599.

<sup>9)</sup> Vgl. Mosely I: „The EAC surrender instrument was, at the same time, an agreement among the four Allied governments“, a. a. O., S. 497.

<sup>10)</sup> Vgl. Wilhelm Cornides und Hermann Volle: „Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941—1948 (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6); Oberursel 1948, S. 79. (Fortan zitiert: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6.)

<sup>11)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 590.

<sup>12)</sup> Der Text ist bis heute noch unbekannt. Die Urkunde wird aber verschiedentlich erwähnt, z. B. als „Surrender Terms for Germany“ in: „The Crimean (Yalta) Conference, February 4—11, 1945. Protocol of Proceedings“ in: Basic Documents, a. a. O., S. 29, Abschnitt III, und bei Mosely II, a. a. O., S. 595.

<sup>13)</sup> Der Text wurde bisher noch nicht veröffentlicht. Erwähnt bei Mosely II, a. a. O., S. 598.

<sup>14)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 494.

<sup>15)</sup> Deutscher Text in: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6, S. 74 ff. Englischer Text in: Basic Documents, a. a. O., S. 506 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. Robert E. Sherwood: „Roosevelt and Hopkins. An Intimate History“, New York 1950, S. 696.

<sup>17)</sup> Sherwood, a. a. O., S. 696. Roosevelt gab am 1. März 1945 vor dem Kongreß folgende Definition zur „bedingungslosen Kapitulation“: „It means the temporary control of Germany by Great Britain, Russia, France and the United States. Each of these nations will occupy and control a separate zone of Germany, and the administration of the four zones will be coordinated in Berlin by a control commission composed of the four nations.“ — Vgl. den Wortlaut in: „Documents on American Foreign Relations“, Vol. VII (1944—45), S. 21—22.

<sup>18)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 489. Deutsch in: Europa-Archiv 10/1950, S. 3034—3035.

<sup>19)</sup> Vgl. Paul Guggenheim: „Lehrbuch des Völkerrechts“, Basel 1951, Band II, S. 928.

<sup>20)</sup> Vgl. Cordell Hull: „The Memoirs of Cordell Hull“, New York 1948, Vol. II, S. 1287.

<sup>21)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 594, Anmerkung 4.

<sup>22)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 494.

<sup>23)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 496.

<sup>24)</sup> Vgl. J. B. Duroselle: „Histoire Diplomatique de 1919 à nos jours“, Paris 1953, S. 492.



<sup>25)</sup> Vgl. Dwight D. Eisenhower: „Crusade in Europe“; New York 1948, S. 218.

<sup>26)</sup> Hull, a. a. O., S. 1613.

<sup>27)</sup> Vgl. William Hardy McNeill: „America, Britain and Russia. Their cooperation and conflict 1941—1946“; London 1953, S. 481.

<sup>28)</sup> Vgl. die „Direktive des Wehrmachtsgeneralstabs der Vereinigten Staaten an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland“ (Directive JCS 1067) vom April 1945, Teil I, Abschnitt 3a in: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6, S. 59.

<sup>29)</sup> Vgl. die „Feststellung seitens der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über die Besatzungszonen in Deutschland vom 5. Juni 1945“ (fortan zitiert: Feststellung über die Besatzungszonen) in: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6, S. 77.

<sup>30)</sup> Ausgenommen die direkten Zitate bei Mosely II, a. a. O., S. 593 und S. 598, sowie die Ausführungen des amerikanischen Delegierten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Philip C. Jessup. Siehe hierzu: United Nations, Security Council, Official Records. Third Year, No. 115 (363rd and 364th meetings, October 6, 1948), S. 6 f. Dasselbst befindet sich der Wortlaut eines Briefwechsels zwischen Truman und Stalin vom 14. und 16. Juni 1945 über die Truppenbewegungen in Mitteleuropa.

<sup>31)</sup> Diese Referenz befindet sich im Zonen-Abkommen vom 12. September 1944, Artikel 1. Sie wurde in die „Feststellung über die Besatzungszonen“ und das „Agreement between Governments of the United Kingdom, United States of America, and Union of Soviet Socialist Republics, and the Provisional Government of the French Republic on certain additional requirements to be imposed on Germany“, September 20, 1945 (II, 3a) übernommen. (Fortan zitiert: Abkommen über die zusätzlichen Forderungen.) Vgl. den Wortlaut dieses Abkommens in: Basic Documents, S. 513—522.

<sup>32)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 594.

<sup>33)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 596, und Lucius D. Clay: „Entscheidung in Deutschland“; Frankfurt 1950, S. 104, Anmerkung 2, und S. 114, Anmerkung 10.

<sup>34)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 596.

<sup>35)</sup> Charles de Gaulle: „Discours et Messages 1940—46“; Paris 1946, S. 495.

<sup>36)</sup> Dieser Zonenvorschlag mit der zugehörigen Karte wurde 1946 in dem Sammelwerk über das Rheinland veröffentlicht: „Le Rhin, Nil de l'Occident. Contribution à l'étude d'une organisation de l'Europe de l'Ouest“; Paris 1946, S. 192.

<sup>37)</sup> Vgl. Edward R. Stettinius: „Yalta, Roosevelt and the Russians“; New York 1949, S. 101. Vgl. dazu auch Wilhelm Cornides: „Die Illusion einer selbständigen französischen Deutschlandpolitik (1944—1947)“ in: Europa-Archiv 14/1954, S. 6731—6736, und die dort aufgeführten Quellen.

<sup>38)</sup> Vgl. Mosely II, a. a. O., S. 602.

<sup>39)</sup> Die entgegengesetzte Meinung vertreten Prof. Erich Kaufmann in seinem Beitrag „Potsdamer Abkommen und Bonner Grundgesetz“ in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 32 vom 10. Dezember 1954, S. 2138, und Dr. Günther Jaenicke in seiner Schrift: „Der Abbau der Kontrollratsgesetzgebung. Die Kompetenz alliierter und deutscher Organe zur Außerkraftsetzung von Kontrollratsgesetzen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ (Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 28); Max Planck-Institut für ausländisches öffentlich. Recht und Völkerrecht, Heidelberg; Berlin 1952, S. 25.

<sup>40)</sup> Vgl. Wolfgang Wagner: „Besatzungszonen und Spaltung Deutschlands“ in: Außenpolitik, 5. Jg. (1954), Nr. 8, S. 496 f.

<sup>41)</sup> Mosely führt hierzu aus: „Da bereits grundsätzlich entschieden worden war, daß Deutschland in drei Besatzungszonen aufgeteilt werden sollte, war eine wirkliche Gefahr vorhanden, daß dies zu einer de facto-Teilung führen könnte, falls sich die Alliierten nicht schon während des Krieges auf eine gemeinsame Linie für die Behandlung des besiegten Deutschland einigen würden. Es lag daher im Interesse der Vereinigten Staaten, alles zu tun, um die Verhandlungen für die Bildung eines Alliierten Kontrollrates für Deutschland zu Ende zu führen und diesem Rat eine feste Grundlage von gemeinsam anerkannten Richtlinien und Direktiven zu geben, die so einheitlich wie möglich in ganz Deutschland einzuführen wären, und so eine gemeinsame alliierte Politik gegen-

über Deutschland vorzubereiten. Dieses war im Grunde das Aufgabengebiet, das der Europäischen Beratungskommission in Moskau und Teheran übertragen worden war...“ Vgl. hierzu Mosely I, a. a. O., S. 490—91. The Times vom 13. November 1945 vertritt in ihrem Leitartikel einen ähnlichen Gesichtspunkt.

<sup>42)</sup> Vgl. „Military Government Regulations“; Headquarters United States Forces, European Theater; Office of Military Government (U. S. Zone); Ziffer 23—161.1.

<sup>43)</sup> Vgl. „Military Government Regulations“; Functional Organization of Military Government, Ziffer 1—410.

<sup>44)</sup> Vgl. R. Monier: „Le Conseil de Contrôle de Berlin. Un an de Gouvernement interrallié de l'Allemagne“; R.G.D.I.P. 1947, S. 52. — M. Virally: „Die internationale Verwaltung Deutschlands vom 8. Mai 1945 bis zum 24. April 1947“; Baden-Baden 1948, S. 32. — G. Mollard: „Les textes en vigueur empêchent de restituer à l'Allemagne une complète souveraineté“ in: Le Monde vom 16. September 1954, S. 4.

<sup>45)</sup> Vgl. Jaenicke, a. a. O., S. 24 f.

<sup>46)</sup> Vgl. W. M. Molotow: „Fragen zur Außenpolitik“; Moskau 1949, S. 446.

<sup>47)</sup> Vgl. dazu auch A. Stappert: „Die alliierte Kontrollbehörde in Deutschland“ in: Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht, Hamburg 1948, S. 155.

<sup>48)</sup> Vgl. Monier, a. a. O., S. 64.

<sup>49)</sup> Vgl. J. Benoist: „Le Conseil de Contrôle et l'occupation de l'Allemagne“ in: Politique Etrangère, Paris, 1946, S. 69.

<sup>50)</sup> Vgl. Clay, a. a. O., S. 59.

<sup>51)</sup> Vgl. Jaenicke, a. a. O., S. 16.

<sup>52)</sup> Vgl. Clay, a. a. O., S. 59.

<sup>53)</sup> Nur für Oesterreich gelang es, das erste Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 durch ein zweites vom 28. Juni 1946 zu ersetzen, das bis heute in Kraft ist. Vgl. den Text bei Verosta, a. a. O., S. 104.

<sup>54)</sup> Vgl. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6, S. 58.

<sup>55)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 496.

<sup>56)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 498.

<sup>57)</sup> Für französische Autoren (z. B. Virally, a. a. O., S. 33) entstand eine Schwierigkeit bei der Einstufung der „Feststellungen“, da „Feststellung“ und „Erklärung“ im französischen zugleich mit „déclaration“ übersetzt wird. Oppenheim-Lauterpacht umgeht dieses Problem, indem er zwischen „principal declaration“ und „déclaration“ unterscheidet. Siehe hierzu Oppenheim-Lauterpacht: „International Law“, Vol. I, 7th edition, 1948, S. 785, Anmerkung 5.

<sup>58)</sup> Vgl. Oppenheim-Lauterpacht, a. a. O., S. 788, § 487, Anmerkung 5.

<sup>59)</sup> Clay, a. a. O., S. 36—37.

<sup>60)</sup> Vgl. „Agreement Regarding Japan“, February 11, 1945, in: Basic Documents, a. a. O., S. 33 f.

<sup>61)</sup> Vgl. Clay, a. a. O., S. 36—37.

<sup>62)</sup> Vgl. Anmerkung 57.

<sup>63)</sup> Vgl. „Principaux textes de politique internationale de l'Année 1945“; Documentation Française; Ministère des Affaires Etrangères, Paris 1952, S. 66.

<sup>64)</sup> Vgl. „Principaux textes 1945, a. a. O., S. 66 f., und Basic Documents, a. a. O., S. 505 f.

<sup>65)</sup> Französische Textveröffentlichungen lassen einen Unterschied zwischen der Urkunde von Reims und der von Berlin vermuten. Es werden dabei „acte de reddition“ und „acte de capitulation“ einander gegenübergestellt. Diese Abweichung ist darauf zurückzuführen, daß der französische Text lediglich eine Übersetzung darstellt. Sie trägt keinen verbindlichen Charakter. Im Englischen gelten beide Urkunden als „act of military surrender“. Vgl. Basic Documents, a. a. O., S. 505, Anmerkung 1; Principaux textes 1945, a. a. O., S. 66—67; und C. A. Colliard: „Droit International et Histoire Diplomatique“, Paris 1950 (2. Auflage), S. 630—31.

<sup>66)</sup> Vgl. A. Gros: „La condition juridique de l'Allemagne“; R. G. D. I. P. 1946, S. 74. — L. Delbez: „Le nouveau statut de l'Allemagne occupée“; R. G. D. I. P. 1950, S. 19. — Ulrich Scheuner: „Der fehlende Friede“ in: Festschrift für Herbert Kraus 1954, S. 194.

<sup>67)</sup> Telegramm des Obersten Stabes der Nationalen Verteidigung, No. 1443/DN/3-PS vom 7. (oder 8.) Mai 1945. Vgl. de Lattre: „La victoire à Berlin“ in: Revue Hommes et Mondes, No. 40 vom November 1949, S. 312.

<sup>68)</sup> Hommes et Mondes, a. a. O., S. 310, Fußnote 1.

<sup>69)</sup> Telegramm des Generals de Gaulle No. 4258 CAB-DIR. vom 7. Mai 1945. (Hommes et Mondes, a. a. O., S. 310.)



<sup>70)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 497.

<sup>71)</sup> Vgl. W. Grewe: „Punkt Vier“ in: *Archiv für öffentliches Recht*, Band 78, S. 493—494.

<sup>72)</sup> Vgl. Mosely I, a. a. O., S. 498.

<sup>73)</sup> Vgl. Präambel der Berliner Erklärung, Absatz I und VII.

<sup>74)</sup> In der Gegenüberstellung von militärischer bedingungsloser Uebergabe und politischer Kapitulation ist die Sinngebung für die letztere bei A. Gros zurückzuweisen.

<sup>75)</sup> Zu beachten ist die in den Basic Documents (a. a. O. S. 513) gebrauchte Formel „agreement regarding instructions to be issued by the Allied representatives in Germany“. Die Datumsbestimmung ist zu finden bei Virally, a. a. O., S. 35. Das Abkommen ist auf einen britischen Vorschlag vom Januar 1944 zurückzuführen. Seine Autoren wollten ihn als den Text der Uebergabeurkunde betrachten wissen; wegen des großen

Umfanges — etwa 70 Artikel — wurde der Entwurf jedoch von der amerikanischen EAC-Delegation abgelehnt.

<sup>76)</sup> Vgl. *Amtsblatt des Kontrollrates* vom 29. Oktober 1945, S. 8—19. Laut Direktive Nr. 10 des Kontrollrates übt dieser seine gesetzgebende Gewalt u. a. durch Verkündung von Proklamationen aus, „die Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit für die Besatzungsmächte oder das deutsche Volk“ behandeln. Vgl. *Amtsblatt für die französische Zone*, S. 177.

<sup>77)</sup> In der amtlichen amerikanischen Veröffentlichung: „The Axis in defeat“; Department of State Publication No. 2423, S. 71, wird dieses Abkommen wie folgt betitelt: „Arrangement for Control of Germany by Allied Representatives“. — Die Bezeichnung „Besatzungsstatut“ braucht A. Stappert in seinem Beitrag: „Die ‚Neutralisierung Deutschlands‘ im Lichte des positiven Völkerrechts“ in: *Die Wandlung*, 2. Jg., S. 652.

## Dokumentarischer Anhang

### Das Londoner Abkommen vom November 1944 über die Kontrollorgane in Deutschland

Le Gouvernement Provisoire de la République Française et les Gouvernements des États-Unis d'Amérique, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques ont conclu l'accord suivant relatif à l'organisation du Contrôle allié en Allemagne pendant la période au cours de laquelle l'Allemagne exécutera les exigences fondamentales de la capitulation sans condition.

#### Article 1

L'Autorité Suprême en Allemagne sera exercée, sur instructions de leurs gouvernements respectifs, par les Commandants en Chef des Forces armées de la République Française, des États-Unis d'Amérique, du Royaume Uni et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, chacun dans sa propre zone d'occupation et aussi conjointement, pour les questions intéressant l'ensemble de l'Allemagne, à titre de Membres de l'Organisme Suprême de Contrôle institué par le présent accord.

#### Article 2

Chaque Commandant en Chef, dans sa zone d'occupation, aura détaché auprès de lui les Représentants militaires, navals et de l'air des trois autres Commandants en Chef pour des missions de liaison.

#### Article 3

a) Les quatre Commandants en Chef, agissant ensemble en corps constitué, formeront l'Organisme Suprême de Contrôle appelé le *Conseil de Contrôle* (Control Council);

b) les fonctions du Conseil de Contrôle seront:

1. d'assurer l'uniformité d'action appropriée entre les Commandants en Chef dans leurs zones respectives d'occupation;
2. d'établir des plans et de prendre en commun des décisions sur les principales questions militaires, politiques, économiques et autres, intéressant l'ensemble de l'Allemagne, sur la base des instructions que chaque Commandant en Chef recevra de son Gouvernement;
3. de contrôler l'administration centrale allemande qui fonctionnera sous la direction du Conseil de Contrôle et sera responsable devant lui de l'exécution de ses ordres;
4. de diriger l'administration du „Grand Berlin“ par l'intermédiaire d'organismes appropriés;

Die Provisorische Regierung der Französischen Republik und die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben folgendes Abkommen geschlossen bezüglich des Verfahrens der alliierten Kontrolle in Deutschland während der Zeit, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation erfüllen wird.

#### Artikel 1

Die Oberste Gewalt in Deutschland wird auf Weisung ihrer jeweiligen Regierungen von den Oberbefehlshabern der militärischen Streitkräfte der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgeübt, von jedem in seiner eigenen Besatzungszone und auch gemeinsam in den Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten als Mitglieder des durch das gegenwärtige Abkommen errichteten *Obersten Kontrollorganes*.

#### Artikel 2

Jeder Oberbefehlshaber bekommt in seiner Besatzungszone Vertreter des Heeres, der Marine und der Luftwaffe der drei anderen Oberbefehlshaber als Verbindungsmissionen zugewiesen.

#### Artikel 3

a) Die vier Oberbefehlshaber bilden, als einheitliches Organ handelnd, das Oberste Kontrollorgan, *Kontrollrat* (Control Council) genannt.

b) Die Aufgaben des Kontrollrates sind:

1. die gebotene Einheitlichkeit des Vorgehens der Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Besatzungszonen zu gewährleisten;
2. Pläne aufzustellen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen über grundsätzliche, ganz Deutschland betreffende militärische, politische, wirtschaftliche und sonstige Fragen, und zwar gemäß den jedem Oberbefehlshaber von seiner Regierung erteilten Weisungen;
3. die deutsche Zentralverwaltung zu überwachen, die unter der Aufsicht des Kontrollrates tätig und ihm für die Ausführung seiner Befehle verantwortlich sein wird;
4. die Verwaltung von Groß-Berlin mit Hilfe der hierzu bestellten Organe zu leiten.

c) Le Conseil de Contrôle se réunira au moins une fois tous les 10 jours et, à tout moment, sur demande de l'un quelconque de ses membres. Les décisions du Conseil de Contrôle devront être prises à l'unanimité. La Présidence du Conseil de Contrôle sera exercée à tour de rôle par chacun de ses quatre membres;

d) chaque membre du Conseil de Contrôle sera assisté par un Conseiller Politique qui, quand cela sera nécessaire, sera présent aux séances du Conseil de Contrôle. Chaque membre du Conseil de Contrôle pourra également, quand cela sera nécessaire, être assisté aux séances du Conseil par des Conseillers navals ou de l'air.

#### Article 4

Un Comité Permanent de Coordination sera établi sous le Conseil de Contrôle; il sera composé d'un représentant de chacun des quatre Commandants en Chef, qui devra avoir au moins le rang d'Officier Général ou un rang équivalent dans les forces navales, ou de l'air. Les membres du Comité de Coordination participeront, quand cela sera nécessaire, aux séances du Conseil de Contrôle.

#### Article 5

Les attributions du Comité de Coordination, agissant au nom du Conseil de Contrôle et par l'intermédiaire de l'État-Major de Contrôle comprendront:

- a) l'exécution des décisions du Conseil de Contrôle;
- b) la surveillance et le contrôle au jour le jour des activités de l'administration centrale et des institutions allemandes;
- c) la coordination des problèmes courants qui requièrent des mesures uniformes dans toutes les quatre zones;
- d) l'examen préliminaire et la préparation pour le Conseil de Contrôle de toutes les questions soumises par chaque Commandant en Chef.

#### Article 6

a) Les membres de l'État-Major de Contrôle nommés par les Autorités nationales respectives seront répartis dans les divisions suivantes; Armée de terre, Armée de mer, Armée de l'Air, Transports, Politique, Economique, Financière, Réparations prestations et restitutions, Affaires intérieures et Communications, Juridique, Prisonniers de guerre et Personnes déplacées, Main-d'oeuvre.

A la lumière de l'expérience, des ajustements pourront être apportés au nombre et aux fonctions de ces divisions;

b) A la tête de chaque Division seront placés quatre hauts fonctionnaires, un de chacune des quatre Puissances: Les attributions des quatre Chefs de chaque division, agissant conjointement, comprendront:

1. l'exercice du Contrôle sur les institutions centrales allemandes et sur les ministères allemands correspondants;
  2. le rôle de Conseillers du Conseil de Contrôle aux séances duquel ils participeront quand cela sera nécessaire;
  3. la transmission à l'administration centrale allemande des décisions du Conseil de Contrôle, communiquées par le Comité de Coordination.
- c) Les quatre Chefs de chaque Division prendront part aux séances du Comité de Coordination lorsque à l'ordre du jour de celles-ci figureront des questions intéressant le travail de leur Division;

c) Der Kontrollrat tritt mindestens einmal alle zehn Tage und auf Antrag eines seiner Mitglieder zu jeder Zeit zusammen. Die Entscheidungen des Kontrollrates müssen einstimmig gefaßt werden. Der Vorsitz des Kontrollrates wird der Reihe nach von jedem seiner vier Mitglieder wahrgenommen.

d) Jedem Mitglied des Kontrollrates steht ein politischer Berater zur Seite, der — wenn erforderlich — an den Sitzungen des Kontrollrates teilnimmt. Jedes Mitglied des Kontrollrates kann ebenfalls — wenn erforderlich — bei Sitzungen des Rates von Marine- oder Luftwaffen-sachverständigen begleitet werden.

#### Artikel 4

Ein ständiger Koordinierungsausschuß wird unter dem Kontrollrat gebildet; er setzt sich aus je einem Vertreter der vier Oberbefehlshaber zusammen, der mindestens im Range eines Generals oder in einem entsprechenden Range der Marine oder Luftwaffe stehen soll. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses nehmen — wenn erforderlich — an den Sitzungen des Kontrollrates teil.

#### Artikel 5

Die Aufgaben des Koordinierungsausschusses, der im Namen des Kontrollrates durch den Kontrollstab handelt, umfassen:

- a) die Ausführung der Kontrollratsentscheidungen;
- b) die ständige Ueberwachung und Kontrolle der Tätigkeit der deutschen Zentralverwaltung und der deutschen Dienststellen;
- c) die Koordinierung der laufenden Geschäfte, die einheitliche Maßnahmen in allen vier Zonen erfordern;
- d) die Vorprüfung und Vorbereitung für den Kontrollrat aller von jedem Oberbefehlshaber unterbreiteten Fragen.

#### Artikel 6

a) Die von den zuständigen nationalen Regierungen ernannten Mitglieder des Kontrollstabes verteilen sich auf folgende Abteilungen: Heer, Marine, Luftwaffe, Transportwesen, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Reparationen und Restitutionsen, Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen, Justiz, Kriegsgefangene und Verschleppte Personen (DP's), Arbeit.

Auf Grund der gesammelten Erfahrungen können Änderungen hinsichtlich der Zahl und Aufgaben dieser Abteilungen erfolgen.

b) An der Spitze einer jeden Abteilung stehen vier hohe Beamte, von denen jede der vier Mächte je einen stellt: die Aufgaben der vier Leiter einer jeden Abteilung, die gemeinsam handeln, umfassen:

1. die Ausübung der Aufsicht über die entsprechenden zentralen deutschen Dienststellen und Ministerien;
  2. die Rolle der Berater des Kontrollrates, an dessen Sitzungen sie erforderlichenfalls teilnehmen;
  3. die Weitergabe der vom Koordinierungsausschuß übermittelten Entscheidungen des Kontrollrates an die deutsche Zentralverwaltung.
- c) Die vier Leiter einer jeden Abteilung nehmen an den Sitzungen des Koordinierungsausschusses teil, wenn auf seiner Tagesordnung Fragen stehen, welche die Arbeit ihrer Abteilung angeht.



d) Les États-Major des Divisions pourront comprendre du personnel civil aussi bien que militaire. Ils pourront également, dans certains cas particuliers, comprendre des ressortissants d'autres Nations Unies, nommés à titre personnel.

## Article 7

a) Une Autorité interalliée du Gouvernement (en russe: *Komendatura*) comprenant quatre Commandants Supérieurs, un de chaque Puissance, nommés par leurs Commandants en Chef respectifs, sera établie pour diriger conjointement l'administration de la région du „Grand Berlin“. Chacun des Commandants Supérieurs assurera à tour de rôle les fonctions de Commandant Supérieur en Chef, à titre de Chef de l'Autorité interalliée du Gouvernement;

b) Un État-Major technique, comprenant du personnel de chacune des quatre Puissances, sera établi sous l'Autorité interalliée de Gouvernement et organisé aux fins de surveiller et de contrôler les activités des organismes locaux du „Grand Berlin“ responsables des services municipaux;

c) L'Autorité interalliée de Gouvernement fonctionnera sous la Direction générale du Conseil de Contrôle et recevra des ordres par l'intermédiaire du Comité de Co-ordination.

## Article 8

Les liaisons nécessaires avec les Gouvernements des autres Nations Unies principalement intéressées [seront assurées]\* par des missions militaires (qui pourront comprendre des membres civils) nommées par ces Gouvernements auprès du Conseil de Contrôle et ayant accès, par les voies appropriées, aux organismes de contrôle.

## Article 9

Les organisations des Nations Unies qui pourront être admises par le Conseil de Contrôle à fonctionner en Allemagne seront, en ce qui concerne leurs activités en Allemagne, subordonnées au mécanisme de contrôle allié et responsables envers lui.

## Article 10

Les organismes alliés pour le contrôle et l'administration de l'Allemagne décrits ci-dessus fonctionneront pendant la période initiale de l'occupation de l'Allemagne, qui suivra immédiatement la capitulation, c'est-à-dire pendant la période au cours de laquelle l'Allemagne exécutera les exigences fondamentales de la capitulation sans condition.

## Article 11

La détermination des organismes alliés nécessaires pour remplir les fonctions de contrôle et l'administration en Allemagne à un stade ultérieur fera l'objet d'un accord séparé entre le Gouvernement Provisoire de la République Française et les Gouvernements des États-Unis d'Amérique, du Royaume-Uni et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques.

\*) Fehlt im Originaltext. Ergänzt nach: M. Virally: „L'administration internationale de l'Allemagne du 8. 5. 1945 au 24. 4. 1947“; Baden-Baden 1947, S. 65.

Quelle: Marcel Martin: „Répertoire permanent de Législation“; Actes Diplomatiques I, 22 Février 1944—30 Novembre 1944. GMZFO, Régie autonome des publications officielles, Baden-Baden 1949. Übersetzung: Klaus Altmeyer in Verbindung mit der Redaktion des Europa-Archivs.

d) Die Abteilungsstäbe können sich sowohl aus zivilem als auch aus militärischem Personal zusammensetzen. In Sonderfällen können sie auch Angehörige anderer Vereinter Nationen mit einbegreifen, die *à titre personnel* ernannt werden.

## Artikel 7

a) Es wird eine interalliierte Regierungsbehörde (russisch: *Komendatura*) errichtet, die sich aus vier von ihren jeweiligen Oberbefehlshabern ernannten Kommandanten — einem von jeder Macht — zusammensetzt, um gemeinsam die Verwaltung des Gebietes von Groß-Berlin zu leiten. Jeder der Kommandanten übernimmt der Reihe nach die Befugnisse des diensttuenden Kommandanten als Leiter der interalliierten Regierungsbehörde.

b) Ein technischer Stab, der sich aus Personal einer jeden der vier Mächte zusammensetzt, wird unter der interalliierten Regierungsbehörde gebildet zu dem Zwecke, die Tätigkeit der örtlichen für die Stadtverwaltung verantwortlichen Behörden von Groß-Berlin zu überwachen und zu kontrollieren.

c) Die interalliierte Regierungsbehörde arbeitet unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrates und erhält über den Koordinierungsausschuß Befehle.

## Artikel 8

Die notwendigen Verbindungen mit den Regierungen der anderen hauptsächlich interessierten Vereinten Nationen wird von Militärmissionen (denen Zivilisten angehören können) wahrgenommen, die von diesen Regierungen beim Kontrollrat ernannt werden und die auf angemessenem Wege Zugang zu den Kontrollorganen haben.

## Artikel 9

Die Organisationen der Vereinten Nationen, die durch den Kontrollrat zur Tätigkeit in Deutschland zugelassen werden können, bleiben hinsichtlich ihrer Tätigkeit in Deutschland dem alliierten Kontrollverfahren unterworfen und sind ihm gegenüber verantwortlich.

## Artikel 10

Die vorstehend beschriebenen alliierten Organe für die Kontrolle und Verwaltung Deutschlands üben ihre Tätigkeit während der Anfangsphase der Besetzung Deutschlands aus, die unmittelbar auf die Kapitulation folgt, d. h. während der Periode, in der Deutschland die grundlegenden Forderungen der bedingungslosen Kapitulation erfüllen wird.

## Artikel 11

Die Bestimmung der alliierten Organe, die zur Erfüllung der Kontroll- und Verwaltungsaufgaben in Deutschland in einem späteren Stadium erforderlich sind, soll Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen der Provisorischen Regierung der Französischen Republik und den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sein.

## Die Assoziierung Großbritanniens mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Der Wortlaut des Abkommens vom 21. Dezember 1954

Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, einerseits, und

die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, andererseits,

IN ERWÄGUNG, daß zu der Zeit, als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (nachstehend als „die Gemeinschaft“ bezeichnet) gebildet wurde, die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (nachstehend als „die Regierung des Vereinigten Königreichs“ bezeichnet) ihren Wunsch zum Ausdruck brachte, eine enge und dauernde Assoziierung mit der Gemeinschaft zustande zu bringen, und daß diese Erklärung von der Hohen Behörde der Gemeinschaft (nachstehend als „die Hohe Behörde“ bezeichnet) lebhaft begrüßt wurde;

IN ERWÄGUNG, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs als ersten Schritt zur Erreichung dieses Zieles am 1. September 1952 eine Delegation am Sitz der Hohen Behörde in Luxemburg errichtete;

IN ERWÄGUNG, daß seither in der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft wesentliche Fortschritte gemacht worden sind;

IN DEM WUNSCH, einen weiteren Schritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft zu tun; sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Hohen Behörde wird hiermit ein Ständiger Assoziationsrat (nachstehend als „Assoziationsrat“ bezeichnet) errichtet.

(2) Besondere Sitzungen des Ministerrats der Gemeinschaft (nachstehend als „Ministerrat“ bezeichnet) zusammen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs sind gemäß den Bestimmungen des nachstehenden Artikels 10 vorgesehen.

### Artikel 2

(1) Der Assoziationsrat besteht aus höchstens vier Vertretern der Hohen Behörde und aus höchstens vier Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs.

(2) Ein Vertreter der Regierung eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft kann allen Sitzungen des Assoziationsrates beiwohnen und an ihnen teilnehmen, in denen von diesem Staat in Aussicht genommene oder ihn besonders berührende Beschränkungen gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 erwogen werden.

(3) Ein Vertreter der Regierung jedes Mitgliedstaates der Gemeinschaft kann als Beobachter allen Sitzungen des Assoziationsrates beiwohnen, in denen Vorschläge gemäß den Bestimmungen des Artikels 8 erwogen werden.

### Artikel 3

Der Assoziationsrat hat zwei gemeinsame Sekretäre; der eine wird von der Hohen Behörde, der andere von der Regierung des Vereinigten Königreichs ernannt.

### Artikel 4

(1) Der Assoziationsrat gibt sich eine Geschäftsordnung und kann die erforderlichen Ausschüsse einsetzen.

(2) Der Ministerrat ist von der Hohen Behörde laufend über die Arbeiten des Assoziationsrates und seiner Ausschüsse zu unterrichten. Die Hohe Behörde kann dem Ministerrat insbesondere die Tagesordnung und die genehmigten Protokolle des Assoziationsrates und aller seiner Ausschüsse mitteilen.

(3) Die Beratungen und Schriftstücke des Assoziationsrates werden nicht veröffentlicht, es sei denn, daß der Assoziationsrat etwas anderes beschließt.

### Artikel 5

Falls der Assoziationsrat nicht etwas anderes beschließt, tritt er abwechselnd am Sitz der Hohen Behörde und in London zusammen.

### Artikel 6

(1) Der Assoziationsrat ist ein Mittel für den ständigen Austausch von Informationen und für Konsultationen über Kohle und Stahl betreffende Fragen von gemeinsamem Interesse und, soweit tunlich, über die Koordinierung von Maßnahmen, die sich auf diese Angelegenheiten beziehen.

(2) Im Sinne dieses Artikels gehören zu den Kohle und Stahl betreffenden Fragen von gemeinsamem Interesse insbesondere:

- a) Bedingungen des Warenverkehrs von Kohle und Stahl zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich;
- b) Versorgung mit Kohle und Stahl;
- c) Versorgung der Kohle- und Stahlindustrie mit Rohstoffen;
- d) Preisregelungen und Faktoren, welche die Preisstruktur beeinflussen, einschließlich der Subventionen, jedoch ausschließlich der Fragen, die gewöhnlich Gegenstand von Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind;
- e) Markt- und Preistendenzen;
- f) Allgemeine Ziele in bezug auf die Ausweitung und Grundzüge der Investitionspolitik;



- g) Tendenzen der Produktion, des Verbrauchs, der Ausfuhr und der Einfuhr;
- h) Auswirkungen der Entwicklung anderer Energiequellen und Ersatzstoffe auf den Bedarf an Kohle und Stahl;
- i) Technische Entwicklung und Forschung;
- j) Regelungen zur Förderung der Sicherheit, der Gesundheit und des Wohlergehens der in der Kohle- und Stahlindustrie Beschäftigten.

(3) Angelegenheiten, auf die der Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft keine Anwendung findet, gehören nicht zu den Kohle und Stahl betreffenden Fragen von gemeinsamem Interesse im Sinne dieses Artikels.

#### Artikel 7

Sollten die Hohe Behörde, eine der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft oder die Regierung des Vereinigten Königreichs zu irgendeinem Zeitpunkt die Einführung von zusätzlichen Beschränkungen für den Warenverkehr von Kohle oder Stahl zwischen der Gemeinschaft oder einem Teil der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich in Erwägung ziehen, um Schwierigkeiten infolge eines Rückgangs der Nachfrage nach Kohle oder Stahl oder infolge einer bestehenden oder erwarteten Verknappung in der Versorgung mit Kohle oder Stahl zu begegnen, so haben sie vor Einführung derartiger Beschränkungen, oder falls eine vorherige Konsultation nicht möglich ist, unmittelbar danach die Gelegenheit vor den Assoziationsrat zu bringen, damit koordinierte Maßnahmen auf den Märkten der Gemeinschaft und des Vereinigten Königreichs erwogen werden können, um der Lage gerecht zu werden und sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.

#### Artikel 8

Auf Antrag der Hohen Behörde oder der Regierung des Vereinigten Königreichs prüft der Assoziationsrat Beschränkungen oder andere Faktoren, welche den normalen Ablauf des Warenverkehrs von Kohle und Stahl zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft beeinträchtigen, wie z. B. mengenmäßige Beschränkungen der Einfuhr und Ausfuhr, Zölle und andere Abgaben auf die Einfuhr und Ausfuhr, Devisenbeschränkungen, Dumping- und Antidumpingmaßnahmen sowie Exportbeihilfen, damit Vorschläge zur Abschwächung oder Beseitigung dieser Faktoren in gemeinsamem Einverständnis zum beiderseitigen Nutzen der Gemeinschaft und des Vereinigten Königreichs gemacht werden können. Die erste dieser Untersuchungen wird so rechtzeitig vorgenommen werden, daß es den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bei der Ueberprüfung ihrer Zollpolitik innerhalb der Übergangszeit, die im Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft vorgesehen ist, ermöglicht wird, alle Vorschläge zu berücksichtigen, die der Assoziationsrat gemäß diesem Artikel macht.

#### Artikel 9

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt der Assoziationsrat unter anderem:

- a) die Interessen sowohl der Verbraucher als auch der Erzeuger von Kohle und Stahl in der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich;
- b) die Interessen dritter Länder;
- c) die besonderen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen Mitgliedern des Commonwealth.

#### Artikel 10

(1) Fragen, die nach dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft von dem Ministerrat oder den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu behandeln sind und die Gemeinschaft und das Vereinigte Königreich gemeinsam interessieren, sind Gegenstand besonderer Sitzungen, zu denen die Regierung des Vereinigten Königreichs, vertreten durch eines ihrer Mitglieder zusammen mit Personen, die im Vereinigten Königreich ein öffentliches Amt auf dem Gebiet von Kohle und Stahl bekleiden, mit dem Ministerrat zusammenkommt. Die Hohe Behörde ist an diesen Sitzungen beteiligt.

(2) Diese besonderen Sitzungen werden auf Antrag der Regierung eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft oder der Hohen Behörde anberaumt; der Antrag ist der Regierung des Vereinigten Königreichs von dem Präsidenten des Ministerrates mitzuteilen. Sitzungen sind ferner auf Grund eines an den Präsidenten des Ministerrates zu richtenden Antrags der Regierung des Vereinigten Königreichs anzuberaumen.

(3) Solche besonderen Sitzungen dürfen nicht Verhandlungen zum Gegenstand haben, zu deren Führung die Hohe Behörde auf Grund des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft als gemeinsame Beauftragte der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ermächtigt ist.

(4) Der Ort für diese besonderen Sitzungen wird durch Einvernehmen zwischen dem Ministerrat, der Regierung des Vereinigten Königreichs und der Hohen Behörde festgelegt.

(5) Die auf diesen Sitzungen zu erörternden Angelegenheiten sind zur vorhergehenden Erörterung an den Assoziationsrat zu verweisen.

#### Artikel 11

Der Assoziationsrat legt der Hohen Behörde und der Regierung des Vereinigten Königreichs alljährlich einen einvernehmlich abgefaßten Bericht vor; dieser Bericht ist zu veröffentlichen.

#### Artikel 12

Im Sinne dieses Abkommens

- a) bedeuten die Ausdrücke „Kohle“ und „Stahl“ die in der Anlage hierzu aufgeführten Erzeugnisse;
- b) bezieht sich der Ausdruck „die Gemeinschaft“ auf die Gebiete, auf welche der Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft anwendbar ist;
- c) bezieht sich der Ausdruck „das Vereinigte Königreich“ auf Großbritannien und Nordirland.

#### Artikel 13

(1) Dieses Abkommen ist von dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gemäß deren jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zu ratifizieren und wird von der Hohen Behörde durch ihre Unterzeichnung angenommen.

(2) Die Ratifikationsurkunden sind bei der Regierung des Vereinigten Königreichs zu hinterlegen; diese setzt die Hohe Behörde und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft von jeder Hinterlegung und von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens gemäß Absatz 3 dieses Artikels in Kenntnis.

(3) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald sämtliche in Absatz 2 dieses Artikels genannten Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind.

Artikel 14

Dieses Abkommen bleibt während der gegenwärtigen Geltungsdauer des Vertrages über die Gründung der Gemeinschaft in Kraft.

Artikel 15

Dieses Abkommen ist in den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreichs zu hinterlegen; diese übersendet der Hohen Behörde und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beglaubigte Abschriften des Abkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu ordnungsmäßig ermächtigten Vertreter der Regierung des Vereinigten Königreichs, der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Hohen Behörde dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu London, am 21. Dezember 1954, in je einem Exemplar, in niederländischer, englischer, französischer, deutscher und italienischer Sprache, wobei alle fünf Texte in gleicher Weise verbindlich sind.

FÜR DIE REGIERUNG  
DES VEREINIGTEN  
KÖNIGREICHS:

Duncan Sandys  
H. S. Houldsworth  
A. F. Forbes

FÜR DIE REGIERUNGEN  
DER MITGLIEDSTAATEN  
DER GEMEINSCHAFT:

Für die Regierung des Königreichs Belgien:  
Du Parc

Für die Regierung der Französischen Republik:  
Massigli

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:  
Oskar Schlitter

Für die Regierung der Italienischen Republik:  
Livio Theodoli

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg:  
A. J. Clasen

Für die Regierung des  
Königreichs der Niederlande:  
D. U. Stikker

FÜR DIE HOHE  
BEHÖRDE:  
Jean Monnet  
Etzel  
Spierenburg

Anlage zum Abkommen  
(Zusammenfassung des Inhalts)

Die Anlage enthält die Bestimmung der Begriffe „Kohle“ und „Stahl“ im Sinne des Abkommens nach der Nomenklatur der OEEC. Dazu gehören auf dem Gebiet der Brennstoffe:

Steinkohle,  
Steinkohlenbriketts,  
Koks (mit gewissen Ausnahmen),  
Braunkohlenbriketts,  
Rohbraunkohle

— Gaskoks und Braunkohle jedoch nur insoweit, als nach übereinstimmender Auffassung der Vertragsparteien von diesen verursachte fühlbare Störungen des Brennstoffmarktes dies erforderlich machen;

auf dem Gebiet der Eisenindustrie:

Rohstoffe für die Erzeugung von Roheisen und Stahl (Eisenerz, Schrott, Manganerz),  
Roheisen und bestimmte Ferrolegierungen,  
Roh- und Halbfertigerzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl (einschließlich der zur Wiederverwendung oder zum Wiederauswalzen bestimmten Erzeugnisse),  
Walzwerksfertigerzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl (mit gewissen Ausnahmen),  
weiterverarbeitete Walzwerksfertigerzeugnisse aus Eisen, Stahl oder Edelstahl (nicht einbegriffen Stahlröhren, kaltgewalztes Band Eisen, gezogener Draht, Blankstahl und Gußstücke).

Protokoll zwischen der Hohen Behörde und dem Ministerrat der EGKS

IN DER ERWÄGUNG, daß ein Abkommen über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 21. Dezember 1954 unterzeichnet werden soll, sind die hierzu ordnungsmäßig ermächtigten Unterzeichneten wie folgt übereingekommen:

(1) Während der in dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft vorgesehenen Uebergangszeit wird die Hohe Behörde auf Grund des Artikels 8 des Abkommens über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft Vorschläge weder auszuarbeiten oder zu vereinbaren versuchen, sofern sie nicht vorher hierfür einstimmig angenommene Weisungen des Ministerrats gemäß § 14 des Uebergangsabkommens zum Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft erhalten hat.

(2) Eine Entscheidung des Ministerrats über solche Weisungen kann:

a) von der Hohen Behörde beantragt werden, falls sie

erkennt, daß die Weisungen des Ministerrats erforderlich sind;

b) auf Initiative vom Ministerrat, auf eigene Initiative oder auf Initiative der Regierung eines Mitgliedstaates auf Grund der laut Artikel 4 des Abkommens über die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich erhaltenen Auskünfte getroffen werden.

(3) Die Befugnisse und Funktionen der Organe der Gemeinschaft, so wie sie in dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft niedergelegt sind, werden durch das Abkommen über die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich in keiner Weise beeinträchtigt.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel, am 18. Dezember 1954.

Für den Ministerrat:  
Jean Rey

Für die Hohe Behörde:  
Jean Monnet



## Briefwechsel

NR. 1  
(*Uebersetzung*)**Mr. Duncan Sandys an M. Jean Monnet**

London, den 21. Dezember 1954

Herr Präsident,

Ich beehre mich, auf das heute unterzeichnete Abkommen über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Bezug zu nehmen und Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der Zusammensetzung des Ständigen Assoziationsrates von folgender Auffassung ausgeht:

Unter den Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs im Assoziationsrat wird sich in jedem Fall wenigstens ein Mitglied der Regierung befinden, wenn es möglich ist. Sollte ein Mitglied der Regierung verhindert sein, so wird ein höherer Regierungsbeamter an seine Stelle treten.

Mit Rücksicht auf die dem National Coal Board und dem Iron and Steel Board gesetzlich übertragenen Befugnisse und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Kohle- und Stahlindustrie des Vereinigten Königreichs werden zu den Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs je ein Mitglied des National Coal Board und des Iron and Steel Board gehören.

Unter den Vertretern der Hohen Behörde werden sich, soweit möglich, mindestens drei ihrer Mitglieder befinden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigen wollten, daß die vorstehend niedergelegte Auffassung von der Hohen Behörde geteilt wird.

Genehmigen Sie, usw.

Duncan Sandys

Nr. 2  
(*Uebersetzung*)**M. Jean Monnet an Mr. Duncan Sandys**

London, den 21. Dezember 1954

Herr Minister,

Ich beehre mich, auf Ihr heutiges Schreiben Bezug zu nehmen, das folgenden Wortlaut hat:

(folgt Wortlaut des Briefes Nr. 1)

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, daß die in vorstehendem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Auffassung von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geteilt wird.

Genehmigen Sie, usw.

Jean Monnet

## Gemeinsames Kommuniqué über den Abschluß des Abkommens

Verlesen von Mr. Duncan Sandy anlässlich der Unterzeichnung

1. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat die Grundkonzeption des Schumanplanes von Beginn an begrüßt, sowohl mit Rücksicht auf dessen Beitrag zu der Leistungsfähigkeit und Stabilität der Grundstoffindustrien der beteiligten Länder als auch mit Rücksicht auf seinen Beitrag zu der größeren Sache der europäischen Einigung.

2. Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl errichtet wurde, brachte die Regierung des Vereinigten Königreichs den Wunsch zum Ausdruck, eine enge und dauerhafte Assoziierung mit der Gemeinschaft herzustellen. Diese Erklärung wurde von der Hohen Behörde lebhaft begrüßt.

3. Als ersten Schritt zur Erreichung dieses Zieles stellte die Regierung des Vereinigten Königreichs diplomatische Beziehungen zu der Hohen Behörde her. Eine unter der Leitung von Sir Cecil Weir stehende Delegation nahm am 1. September 1952 ihre Tätigkeit in Luxemburg auf.

4. Im Hinblick auf die wirklich bedeutenden Fortschritte, die die Hohe Behörde bei ihrer Aufgabe erzielt hat, einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl innerhalb der Gemeinschaft herzustellen, sind die Regierungen des Vereinigten Königreichs, die Hohe Behörde und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft der Auffassung, daß nunmehr der Zeitpunkt für einen weiteren Schritt zur Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft gekommen ist.

5. Zu diesem Zweck haben die Regierung des Vereinigten Königreichs, einerseits, und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und die Hohe Behörde, andererseits, ein Abkommen über die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft geschlossen.

6. Durch dieses Abkommen wird ein Ständiger Assoziationsrat errichtet, der aus vier Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs und aus vier Vertretern der Hohen Behörde bestehen wird.

Mit Rücksicht auf die dem National Coal Board und dem Iron and Steel Board durch Gesetz übertragenen Befugnisse und Zuständigkeiten in bezug auf die Kohle- und Stahlindustrie des Vereinigten Königreichs werden zu den Vertretern der Regierung des Vereinigten Königreichs im Assoziationsrat ein Mitglied des National Coal Board und ein Mitglied des Iron and Steel Board gehören.

7. Die Aufgabe des Assoziationsrates wird darin bestehen, ein Mittel für ständige Konsultationen über Kohle und Stahl betreffende Fragen von beiderseitigem Interesse zu schaffen, und, soweit tunlich, über die Koordinierung von Maßnahmen, die sich auf diese Fragen beziehen und mit den internationalen Verpflichtungen der Parteien in Übereinstimmung stehen.

8. Es wird anerkannt, daß das Ausmaß der zu erreichenden Vorteile zwangsläufig von dem Umfang abhängen wird, in welchem ein normaler Handelsverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft stattfinden kann. Dem Assoziationsrat ist es daher

zur Pflicht gemacht worden, Beschränkungen und andere Faktoren, durch welche der gegenseitige Handel mit Kohle und Stahl zwischen den beiden Gebieten beeinträchtigt wird, zu prüfen, um Vorschläge bezüglich ihrer Abschwächung oder Beseitigung im gemeinsamen Einverständnis zum beiderseitigen Nutzen sowohl des Vereinigten Königreichs als auch der Gemeinschaft machen zu können.

9. Das Abkommen sieht weiter vor, daß Fragen, die nach dem Vertrag über die Gründung der Gemeinschaft von dem Ministerrat oder den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zu behandeln sind und die Gemeinschaft und das Vereinigte Königreich gemeinsam interessieren, Gegenstand besonderer Sitzungen sein werden, an welchen die Regierung des Vereinigten Königreichs, vertreten durch eines ihrer Mitglieder zusammen

mit Personen, die im Vereinigten Königreich ein öffentliches Amt auf dem Gebiet von Kohle und Stahl bekleiden, mit dem Ministerrat zusammenkommt. Die Hohe Behörde ist an diesen Sitzungen voll beteiligt.

10. Der Assoziationsrat wird die Interessen der Verbraucher von Kohle und Stahl, die Interessen dritter Länder sowie die besonderen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und den übrigen Mitgliedern des Commonwealth gebührend berücksichtigen.

11. Beide Parteien erwarten zuversichtlich, daß diese neuen Vereinbarungen zu einer ständig enger werdenden Assoziation zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft führen werden, welche nach Auffassung beider Teile zu ihrem gemeinsamen Wohlstand und dem Fortschreiten der europäischen Einigung beitragen wird.

### Erklärung des Präsidenten der Hohen Behörde anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens

Meine Kollegen von der Hohen Behörde und ich selbst freuen uns sehr, an dieser Stelle mit den Botschaftern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in London zusammenzutreffen, um das Assoziationsabkommen über die Beziehungen der Gemeinschaft zu dem Vereinigten Königreich zu unterzeichnen.

Sechs Länder — Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande — haben für diese beiden Grundstoffe ihre Hilfsquellen und Absatzmärkte in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammengelegt. Die Gemeinschaft produziert heute auf dem gemeinsamen europäischen Markt jährlich 240 Millionen Tonnen Kohle und 43 Millionen Tonnen Stahl.

Diese Gemeinschaft konnte verwirklicht werden, weil sechs Länder einen Teil ihrer Souveränität auf gemeinsame Organe mit föderativem Charakter übertragen haben, auf Organe, die befugt sind, im gemeinsamen Interesse der Mitgliedstaaten zu handeln. Daher können wir jetzt eine ständig enger werdende, in der Geschichte erstmalige Assoziierung zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Großbritannien entwickeln.

Die Unterzeichnung des Abkommens ist der Ausdruck des Willens der britischen Regierung, sich mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu assoziieren, und zugleich ein Beweis für den Erfolg der Gemeinschaft. Ohne das erfolgreiche Gelingen dieser ersten Tat — einer Integration zwischen bisher voneinander getrennten Ländern — wäre weder auf der einen noch auf der anderen Seite die Grundlage für eine Assoziierung gegeben gewesen.

In der zwischen uns abgeschlossenen neuartigen Assoziation behalten Großbritannien und die Gemeinschaft ihre volle Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Gleichzeitig schaffen wir einen Rahmen für den Ausbau engerer

Beziehungen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft.

Die Assoziierung zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und dem Vereinigten Königreich beruht auf dem Grundsatz völliger Gegenseitigkeit. Durch das Abkommen wird auf höchster Ebene eine ständige Verbindung geschaffen, die gegenseitige Konsultationen ermöglichen wird, bevor über Probleme von gemeinsamem Interesse Entscheidungen getroffen werden. Dies wird im Rahmen eines Assoziationsrates zwischen der Hohen Behörde und der Regierung des Vereinigten Königreichs geschehen. Für die Fragen, bei denen die Regierungen der sechs Länder mitzuwirken haben, sind besondere Sitzungen des Ministerrats der Gemeinschaft mit der Regierung des Vereinigten Königreichs vorgesehen.

Für die Schaffung eines ausgedehnten Marktes leistet unsere Gemeinschaft einen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards sowie zur Erhaltung des Friedens und stabiler Verhältnisse. In dem Maße, wie sich die Assoziation zwischen Großbritannien und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vertieft, wird die Fähigkeit eines jeden einzelnen von uns erheblich verstärkt werden, zusammen unser gemeinsames Ideal zu verwirklichen: die Festigung des Friedens und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller.

Quelle: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Abteilung Veröffentlichungen, Luxemburg.

*Das Assoziierungsabkommen wurde am 21. Februar 1955 vom britischen Unterhaus einstimmig ratifiziert. Die Rede zu der Ratifizierungsvorlage hielt der jetzige Wohnungsbauminister, Duncan Sandys, der seinerzeit als Versorgungsminister die Verhandlungen über das Abkommen britischerseits geführt hatte.*



## Zeittafel vom 1. bis zum 15. Februar 1955

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Organisationen

Vgl. hierzu auch die in Folge 6/1955 erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Februar.

2. Die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) veröffentlicht eine Entschließung, in der sie die Besorgnis feststellt, die in einigen europäischen Ländern darüber herrscht, daß die im Gange befindlichen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen einer breiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Wege stehen könnten. Sie gibt dem Wunsche Ausdruck, daß aus diesen Verhandlungen eventuell hervorgehende Abkommen den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offenstehen sollten.
- 2.—3. Generalversammlung des Rates der Europäischen Industrieverbände in Paris. In einer Erklärung wird bekanntgegeben, daß der Rat sich mit dem Problem des Abbaus der künstlichen Exportsubventionen befaßt habe; die Auslegung des Begriffes „künstlich“ müsse noch geprüft werden. Weitere Diskussions-themen waren die Konvertibilität der Währungen, die Produktivität und die Frage der Unternehmervertretung bei der Internationalen Arbeitsorganisation.

#### Dänemark

1. Als Nachfolger des verstorbenen Ministerpräsidenten *Hedtoft* wird Außenminister H. C. *Hansen* unter Beibehaltung seines bisherigen Amtes zum Ministerpräsidenten ernannt.

#### Deutschland

2. Nach einer Sitzung des Bundeskabinetts wird eine Stellungnahme zu der Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche (vgl. EA 4/1955, S. 7350) veröffentlicht. Darin weist die Bundesregierung die in der Paulskirche zutage getretenen Meinungen zurück, daß der Bundestag nicht ausschließlich zuständig sei, die Entscheidung über die Pariser Verträge zu treffen. Es wird angekündigt, daß die Koalitionsparteien den von der Paulskirche ausgehenden, die Legitimation des Bundestages berührenden Bestrebungen mit großer Energie entgegentreten werden. In der Folgezeit veranstalten die Koalitionsparteien in einer Reihe von Städten öffentliche Kundgebungen, in denen der Bundeskanzler, Mitglieder der Bundesregierung und führende Politiker der Koalitionsparteien sprechen. Auf der Seite der Gegner der Pariser Verträge setzt die SPD ihre Kundgebungsaktion fort, an der sich auch der DGB beteiligt.  
In einer Note an die dänische Regierung schlägt die Bundesregierung die Aufnahme deutsch-dänischer Besprechungen über die Minderheitenfrage in Schleswig-Holstein vor. Die dänische Regierung erklärt sich in einer Antwortnote vom 9. Februar mit dem Vorschlag einverstanden.
3. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Otto Suhr*, gibt im Abgeordnetenhaus die Regierungserklärung

ab, die mit den Stimmen der SPD und der CDU gebilligt wird. Prof. *Suhr* betont, Berlin könne eine Anerkennung des heutigen Zustandes der Teilung Deutschlands, der die Spaltung der Stadt und ihre Trennung vom übrigen Deutschland bedeute, nicht hinnehmen. Er spricht sich für eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in außenpolitischen Fragen aus.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland richtet nach einer Tagung in Hannover ein Wort an alle Gemeinden in Ost und West, in dem erklärt wird, es sei der unrichtige Eindruck entstanden, als müsse die Evangelische Kirche als solche in Erfüllung ihres kirchlichen Auftrags eine ganz bestimmte Entscheidung zu den Pariser Verträgen vollziehen. Der Rat sei aber der Ueberzeugung, daß allein vom Evangelium her zu dieser Entscheidung bindende Weisungen nicht gegeben werden könnten.

Die Alliierte Hohe Kommission verkündet ein Gesetz über den Abschluß der Entflechtung der IG-Farben-industrie.

5. Der Parteiausschuß der CDU wählt Bundesminister *Robert Tillmanns* zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Partei als Nachfolger des verstorbenen Bundestagspräsidenten *Hermann Ehlers*.
6. Bundeskanzler *Adenauer* nennt vor dem Bundesvorstand und dem Parteiausschuß der CDU folgende Auswirkungen einer eventuellen Ablehnung der Pariser Verträge durch die Bundesrepublik: die Bundesrepublik bleibe Objekt der Politik anderer Mächte, sie verhindere den Zusammenschluß Europas, sie zerstöre den Nordatlantikpakt, und eine solche Schwenkung werde auch zu ihrem wirtschaftlichen Niedergang führen. Der Bundeskanzler erklärt, daß dafür keine Fortschritte zur Wiedervereinigung Deutschlands eingetauscht würden, da die Sowjetunion keinerlei konkrete Angebote gemacht habe.
8. Ein Regierungssprecher gibt bekannt, daß zwischen der Bundesregierung und der saarländischen Regierung Besprechungen über die künftigen deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen geführt worden sind. Am 12. Februar unterrichtet Bundeswirtschaftsminister *Erhard* Vertreter der deutschen Oppositionsparteien im Saargebiet über eine Zusammenkunft, die er im Rahmen dieser Besprechungen in Paris mit dem saarländischen Ministerpräsidenten, *Johannes Hoffmann*, hatte. Die Sprecher der Saar-Opposition bringen ihre Bedenken gegen diese Besprechungen und gegen das Saarabkommen zum Ausdruck. Auch von der FDP und der SPD werden die Besprechungen kritisiert.
9. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestages befürwortet gegen die Stimmen der Vertreter der SPD die Pariser Verträge.  
Der 1. Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, hat in London eine Unterredung mit dem zur Commonwealth-Konferenz in London weilenden indischen

Premierminister, Jawaharlal Nehru. Den Inhalt des Gesprächs geben die beiden Gesprächspartner nicht bekannt.

Das Direktorium der Deutschen Partei empfiehlt die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, dem Vertreter aller Parteien und repräsentativen Organisationen der Bundesrepublik angehören und der sich mit den innen- und außenpolitischen Problemen der Wiedervereinigung befassen soll. Ferner schlägt die DP die Bildung einer Studienkommission für die Probleme eines europäischen Sicherheitssystems vor.

10. Der Landesbezirksausschuß Bayern des DGB gibt bekannt, daß das für Bayern geplante Volksbegehren gegen die Pariser Verträge wegen verfassungsrechtlicher Schwierigkeiten nicht durchgeführt wird; statt dessen werden die Gewerkschaftsmitglieder zur Unterschrift unter das „Deutsche Manifest“ der Paulskirchen-Kundgebung aufgefordert.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie lehnt in einer Erklärung zur Frage des Rüstungspools der Westeuropäischen Union die Bildung einer supranationalen Behörde ab. Nach Meinung des BDI könne die Rüstungsproduktion durch eine Zusammenarbeit der Industrie der beteiligten Länder unter staatlicher Mitwirkung rationeller gestaltet werden. Der BDI betont, daß in dieser Frage unter den Industrieverbänden der Länder der WEU prinzipielle Übereinstimmung bestehe.

Das Präsidium der Volkskammer der DDR stimmt der Deklaration des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 9. Februar zu (vgl. Sowjetunion). Das Präsidium erklärt, daß es bemüht sein werde, Verbindungen mit den Parlamenten anderer Länder herzustellen; insbesondere wird an die Versuche der Volkskammer erinnert, gemeinsame Besprechungen mit dem Bundestag einzuleiten.

#### Frankreich

2. Die Konferenz der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union über Fragen eines Rüstungspools bildet einen Ausschuß für Fragen der Standardisierung und Bedarfsdeckung. Am gleichen Tage bringt der britische Delegierte einen Vorschlag ein, der einen ständigen Rüstungsausschuß der WEU vorsieht, der mit dem Rüstungsproduktionsamt der NATO eng zusammenarbeiten soll.  
In der Nationalversammlung beginnt die Debatte über die Nordafrikapolitik der Regierung, die von Sprechern der Rechten und von einer Gruppe der Radikalsozialistischen Partei heftig angegriffen wird. Am 3. Februar stellt Ministerpräsident *Mendès-France* die Vertrauensfrage, die am 5. Februar mit 319 gegen 273 Stimmen ablehnend beantwortet wird. Bevor *Mendès-France* den Rücktritt seiner Regierung erklärt, appelliert er an das Parlament, die Lösung des tunesischen Problems nicht zu behindern oder zu verzögern. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die von seinem Kabinett auf allen Gebieten geleistete Arbeit nicht ausgelöscht werde: was es begonnen habe, werde nicht mehr zum Stillstand kommen.
6. Der frühere Ministerpräsident *Antoine Pinay* (Unabhängige Rechte) wird mit der Bildung einer neuen Regierung betraut. Seine Bemühungen scheitern am

10. Februar. Nachdem danach der Volksrepublikaner *Pierre Pflimlin* einen vergeblichen Versuch zur Regierungsbildung unternommen hat, wird am 14. Februar der Sozialist *Christian Pineau* beauftragt.

- 9.—10. Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris.

#### Großbritannien

- 1.—8. Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London. Die Konferenz wird mit der Herausgabe zweier Kommuniqués abgeschlossen, von denen eines die allgemeinen politischen Fragen, das andere spezielle Verteidigungsfragen betrifft.
14. Die Regierung nimmt in einem Kommuniqué Stellung zu den sowjetischen Vorschlägen für eine Konferenz über die Formosa-Frage (vgl. Sowjetunion). Sie kritisiert die Absicht, die nationalchinesische Regierung von der Konferenz auszuschließen: die Konferenz könne zu keinem nützlichen Ergebnis führen, wenn nicht die beiden unmittelbar interessierten Parteien an ihr teilnehmen.

#### Italien

2. Abschluß eines dreitägigen Staatsbesuchs des türkischen Ministerpräsidenten, *Adnan Menderes*, und des türkischen Außenministers, *Fuad Köprülü*. In einem Kommuniqué wird die Übereinstimmung beider Regierungen bezüglich der grundlegenden Bedeutung des Atlantikpaktes und der besonderen Funktion der beiden Staaten bei der Verteidigung des Mittelmeerraumes festgestellt. Ministerpräsident *Menderes* erklärt vor der Presse, daß von einem Beitritt Italiens zum Balkanpakt nicht die Rede gewesen sei; ebenso bestehe im Augenblick für einen Beitritt der Türkei zur Westeuropäischen Union kein dringender Grund.

#### Polen

6. In Warschau wird eine „Europäische Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage“ veranstaltet. Eine solche Konferenz war im Dezember 1954 nach Paris einberufen, dann aber vertagt worden, weil die französische Regierung die Einreise von Teilnehmern aus den Ostblockstaaten verbot. Teilnehmer der Konferenz sind Parlamentarier und Einzelpersonlichkeiten aus den Ostblockstaaten sowie aus der Bundesrepublik, aus Frankreich, Italien, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Finnland und Griechenland. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß eine Übereinkunft zwischen den Großmächten über folgende Punkte unmittelbar herbeigeführt werden könne:  
„1. Gleichzeitige Zurückziehung aller Besatzungstruppen. Die Sowjetunion wird in diesem Falle ihre Truppen auf ihr eigenes Territorium zurückziehen. Zur gleichen Zeit wird sie alle sowjetischen Militärkontingente zurückziehen, die in Polen die Verbindung der in Deutschland stationierten sowjetischen Besatzungstruppen schützen...  
2. Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, kontrollierte Wahlen, die auf der Grundlage eines Wahlgesetzes durchzuführen wären, das, wie dies der in Berlin durch Sir Anthony Eden vorgelegte Plan vorsah, alle demokratischen Freiheiten zu gewährleisten hätte.“



3. Respektierung der in Potsdam eingegangenen Verpflichtungen. Die Unantastbarkeit der Grenzen eines außerhalb aller militärischen Koalitionen bleibenden Deutschland wäre durch die anderen europäischen Mächte und durch die USA garantiert.“

#### Schweden

4. Beendigung der 3. Tagung des Nordischen Rates. (Ein Bericht wird in einer kommenden Folge des Europa-Archivs veröffentlicht werden.)

#### Sowjetunion

3. Der Regierung werden inhaltsgleiche Noten Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Benelux-Staaten überreicht. Darin wird die Behauptung der Sowjetregierung in ihrer Note vom 13. Januar zurückgewiesen, daß die Pariser Verträge zur Gründung der Westeuropäischen Union mit dem Genfer Protokoll von 1925 über das Verbot des Gebrauchs von chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln unvereinbar sei. In den Noten wird festgestellt, daß die WEU gerade auf dem Gebiet dieser Waffen ein Kontrollsystem habe, dem der Ostblock nichts Vergleichbares gegenüberzustellen habe.

In Moskau wird eine Rede veröffentlicht, die der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei, Nikita S. Chruschtschow, am 25. Januar vor dem Zentralkomitee der Partei gehalten hatte. Darin hatte Chruschtschow eine Rückkehr zum stalinistischen Kurs der Bevorzugung der Schwerindustrie angekündigt.

Der Oberste Sowjet tritt zu einer Tagung zusammen. Er billigt am 7. Februar den Staatshaushalt für 1955, der eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 112,1 Milliarden Rubel (1953: 100,3 Mrd.) vorsieht.

5. Der Erste Sekretär der KPdSU, N. S. Chruschtschow, gewährt dem amerikanischen Verleger William R. Hearst ein Interview, in dem er der Bereitschaft der Sowjetunion Ausdruck gibt, zusammen mit anderen interessierten Staaten eine friedliche Lösung der Formosa-Frage anzustreben. Zur neuerlichen Bevorzugung der Schwerindustrie in der Sowjetunion sagt Chruschtschow, die Sowjetunion werde durch die Politik des Westens gezwungen, wieder mehr für die Rüstungen auszugeben. Er tritt für eine Politik des Gleichgewichts der Kräfte zwischen Ost und West ein, erklärt aber, daß die Westmächte kein Gleichgewicht, sondern ein Übergewicht des Westens anstreben. Gerüchte, wonach zwischen ihm und Ministerpräsident Malenkov ein Bruch bevorstehe, bezeichnet Chruschtschow als lächerlich.
8. Vor dem Obersten Sowjet wird eine Erklärung Ministerpräsident Malenkovs verlesen, in der dieser seinen Rücktritt erklärt. Malenkov sagt in seiner Erklärung, seine ungenügende Erfahrung habe sich bei der Erfüllung seiner Pflichten negativ ausgewirkt; er erkenne auch seine Schuld für die unbefriedigende Lage in der Landwirtschaft. Der einzig richtige Kurs sei die jetzt beschlossene Weiterentwicklung der Schwerindustrie. Auf Empfehlung des Ersten Sekretärs der KPdSU, N. S. Chruschtschow, wird am gleichen Tage der bisherige Verteidigungsminister, Marschall Nikolaj A. Bulganin, zum Ministerpräsidenten ernannt. Neuer Verteidigungsminister wird am folgenden Tage Marschall Grigorij K. Shukow. Der zu-

rückgetretene Ministerpräsident Malenkov wird zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für die Kraftwerke ernannt.

Am Nachmittag des 8. Februar hält Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet eine außenpolitische Rede, in der er zunächst feststellt, daß die internationale Lage gegenüber der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sich zugunsten des Lagers des Sozialismus verändert habe. Weil sie sich mit dieser Entwicklung nicht abfinden könnten, hätten die Imperialisten die Politik der Stärke verkündet. Nach einem Protest gegen den Südostasienpakt und die amerikanische Formosa-Politik geht Molotow dann zur deutschen Frage und zum Problem der europäischen Sicherheit über. Er erklärt, die Sowjetunion verlange die Erfüllung der Prinzipien von Jalta und Potsdam, wenn auch einzelne Bestimmungen dieser Abkommen längst überholt seien. Das Hauptproblem sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die jedoch durch die Ratifizierung der Pariser Verträge unmöglich gemacht werde; dagegen würde eine Ablehnung der Pariser Verträge die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen noch 1955 ermöglichen. Angesichts einer Ratifizierung der Verträge, erklärt Molotow, könnten die Sowjetunion und ihre Verbündeten nicht die Hände in den Schoß legen. Zu den beabsichtigten Maßnahmen gehöre vor allem der Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen den acht Staaten, die an der Moskauer Sicherheitskonferenz (vgl. EA 1/1955, S. 7212) teilgenommen haben; Beratungen darüber seien bereits im Gange. Zur Frage des österreichischen Staatsvertrags übergehend, sagt Molotow, die Sowjetunion bestehe auf einer definitiven Verhinderung eines neuen Anschlusses Oesterreichs an Deutschland und auf der Verpflichtung Oesterreichs, keinerlei militärische Bündnisse einzugehen. Molotow schlägt sodann die sofortige Einberufung einer Viermächtekonferenz über die deutsche Frage und über den österreichischen Staatsvertrag vor. Abschließend befaßt sich Molotow mit dem Ost-West-Konflikt. Er behauptet, daß die Sowjetunion inzwischen eine Ueberlegenheit in der Produktion von Wasserstoffbomben gegenüber den Vereinigten Staaten erlangt habe und daß die Sowjetunion im ganzen nicht schwächer sei als die Vereinigten Staaten. Molotow schließt mit der Feststellung, die Außenpolitik der Sowjetunion beruhe auf dem Prinzip des Nebeneinanderbestehens verschiedener gesellschaftlicher Systeme.

Am folgenden Tage hält der neue Ministerpräsident, Marschall Bulganin, eine Rede vor dem Obersten Sowjet. Er versichert, daß der Ministerrat in Zukunft unbeirrbar die Politik durchführen werde, die von der Kommunistischen Partei ausgearbeitet wurde. Die Grundlage bleibe der weitere Ausbau der Schwerindustrie, eine weitere wichtige Aufgabe sei die Entwicklung der Landwirtschaft. Zu außenpolitischen Fragen übergehend, kritisiert er die Politik der Vereinigten Staaten und die Haltung der Vereinten Nationen in der Formosa-Krise. Er versichert, daß die Chinesische Volksrepublik auf die Hilfe der Sowjetunion rechnen könne. Bulganin bezeichnet die

Verstärkung der Verteidigungsmacht der Sowjetunion als eine der Hauptaufgaben von Partei und Regierung. Am 12. Februar erklärt Bulganin in einem Interview mit dem amerikanischen Verleger William R. *Hearst*, die sowjetische Haltung in internationalen Angelegenheiten werde sich durch den Regierungswechsel nicht ändern. Auf die Feststellung der Interviewer, daß die vor dem Obersten Sowjet gehaltenen Reden starke Besorgnis in der Welt hervorgerufen hätten, versichert Bulganin, daß die Sowjetunion auf richtig eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und eine internationale Entspannung wünsche.

9. Der Oberste Sowjet billigt auf seiner Schlußsitzung eine Deklaration, in der er seinem Protest gegen die Pariser Verträge und seiner Besorgnis über die Lage in Ostasien Ausdruck gibt. Er fordert eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen und ein Verbot der Massenvernichtungswaffen und erklärt ein friedliches Nebeneinanderbestehen der Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, für möglich. Der Oberste Sowjet schlägt den Austausch von Parlamentsdelegationen vor, denen es gestattet werden solle, in den Parlamenten anderer Staaten zu sprechen. Der Oberste Sowjet beschließt am gleichen Tage, alle Sowjetrepubliken zur Errichtung eines eigenen Außenministeriums zu ermächtigen.
12. In Moskau wird eine Erklärung zur Formosa-Frage veröffentlicht, die Außenminister *Molotow* dem britischen Botschafter und dem indischen Geschäftsträger übergeben hat. Darin wird festgestellt, daß

die Haltung der Mehrheit des Sicherheitsrates der UN eine rechtmäßige und unvoreingenommene Behandlung der Formosa-Krise vor diesem Gremium verhindere; die Sowjetunion schlage deshalb vor, eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen. Als Teilnehmer der Konferenz werden die Volksrepublik China, die USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Indien, Burma, Indonesien, Pakistan und Ceylon vorgeschlagen.

#### Tschechoslowakei

3. Präsident Antonin *Zapotocky* gibt den Beschluß der Regierung bekannt, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden.
- 10.—11. Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Auf Grund eines Beschlusses des ZK gibt Ministerpräsident *Viliam Siroky* am 14. Februar bekannt, daß in Zukunft die Schwerindustrie die Grundlage der tschechoslowakischen Wirtschaft sei. Gleichzeitig übt er scharfe Kritik am Entwicklungsstand der Landwirtschaft.

#### Ungarn

13. Anlaßlich einer Feier zum 10. Jahrestag der Eroberung Budapests durch die Rote Armee kündigt der stellvertretende Ministerpräsident *Istvan Hidas* an, daß in der Wirtschaftspolitik in Zukunft mehr Gewicht auf die Ausdehnung der Industrialisierung unter besonderer Betonung der Schwerindustrie gelegt werde. Ferner fordert er eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

5. Der jugoslawische Staatspräsident, Marschall *Tito*, trifft auf seiner Rückreise von Indien und Burma in Ismailia auf seinem Schiff mit Ministerpräsident *Nasser* zu Besprechungen zusammen. In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß *Nasser* Marschall *Tito* für Herbst 1955 zu einem offiziellen Besuch in Aegypten eingeladen habe.
6. Nach der Rückkehr der nach dem Irak entsandten Delegation (vgl. Irak) wird die Konferenz des Rates der Arabischen Liga, die sich mit der Frage des irakisch-türkischen Paktes befaßte, in Kairo abgeschlossen. Nachdem der ägyptische Ministerpräsident *Nasser* den Vorschlag einer persönlichen Besprechung zwischen ihm und dem irakischen Ministerpräsidenten abgelehnt hat, erzielt die Konferenz keine Ergebnisse.
15. Der indische Premierminister, *Jawaharlal Nehru*, trifft auf der Rückreise von der Londoner Commonwealth-Konferenz in Kairo mit Ministerpräsident *Nasser* zu einer Aussprache zusammen. Anschließend erklärt *Nehru* vor der Presse, *Nasser* und er verträten die gleichen politischen Ansichten.

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

1. Der Senat ratifiziert mit 82 gegen 1 Stimme den Südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO).
9. Der Senat ratifiziert mit 64 gegen 6 Stimmen den

Verteidigungspakt zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik China (vgl. den Wortlaut in EA 2/1955, S. 7254). Ein Antrag des unabhängigen Senators *Wayne Morse*, die Inseln vor der chinesischen Festlandküste ausdrücklich aus dem Bereich des Paktgebietes auszuschließen, wird abgelehnt. Dafür billigt der Senat eine Interpretations-Erklärung, in der festgestellt wird, daß der Vertrag keine Anerkennung der Souveränität der Republik China über Formosa bedeutet und daß jede Ausweitung der amerikanischen Verpflichtungen über Formosa und die Pescadoreen hinaus der Zustimmung des Senats bedarf.

Die Präsidenten der American Federation of Labor (AFL) und des Congress of Industrial Organizations (CIO) beschließen auf einer Konferenz in Miami den Zusammenschluß der beiden Organisationen. Der Zusammenschluß wird vom Exekutivrat der AFL am 10. Februar gebilligt.

10. In Washington beginnen deutsch-amerikanische Verhandlungen über die Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten und über die amerikanischen Kriegsschadensansprüche gegen Deutschland.

#### ASIEN

##### China (Volksrepublik)

3. Ministerpräsident *Tschu En-lai* übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Note,



in der er die Einladung des Sicherheitsrats an die Volksrepublik China, einen Vertreter zu der Debatte über Formosa zu entsenden (vgl. Zeittafel in EA 4/1955, Vereinte Nationen), zurückweist. In der Note erklärt Tschu En-lai, die Befreiung Formosas und der Küsteninseln sei eine interne Angelegenheit Chinas. Die Chinesische Volksrepublik werde nur dann einen Vertreter entsenden, wenn der sowjetische Antrag auf Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus dem Gebiet von Formosa behandelt und gleichzeitig der Vertreter der Tschiang Kai-schek-Regierung aus dem Sicherheitsrat entfernt werde.

9. Die Regierung gibt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt.

#### China (Formosa)

5. Unter dem Schutz der amerikanischen 7. Flotte beginnt die Räumung der vor dem chinesischen Festland gelegenen Tatschen-Inseln. Sie wird am 11. Februar ohne nennenswerte Zwischenfälle mit Streitkräften der Volksrepublik beendet.
14. Generalissimus *Tschiang Kai-schek* erklärt auf einer Pressekonferenz, die vor dem chinesischen Festland gelegenen Inseln Quemoy und Matsu würden unter allen Umständen verteidigt werden; die Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Verteidigung dieser Inseln sei jetzt absolut klar. Tschiang

wendet sich ferner gegen einen Waffenstillstand mit der Volksrepublik.

#### Irak

- 1.—2. Eine Delegation des Rates der Arabischen Liga (vgl. Zeittafel in EA 4/1955, Aegypten) verhandelt in Bagdad mit der irakischen Regierung über die Beilegung der Differenzen, die durch die Absicht des Abschlusses eines irakisch-türkischen Verteidigungsbündnisses aufgetreten sind. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird vorgeschlagen, daß die Ministerpräsidenten des Irak und Aegyptens sich im Libanon zu einer Konferenz treffen sollten, um die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Am 4. Februar beschließt die irakische Regierung, den Pakt mit der Türkei unverzüglich abzuschließen.

#### Japan

4. Die Regierung beschließt, auf Grund der sowjetischen Vorschläge vom 25. Januar (vgl. Zeittafel in EA 4/1955) der Sowjetunion die Einleitung von Friedensverhandlungen vorzuschlagen, die am Sitz der Vereinten Nationen geführt werden sollen. Ministerpräsident *Hatojama* erklärt dazu, Japan wünsche als ersten Schritt die Beendigung des Kriegszustandes durch die Sowjetunion. Am 6. Februar wird der sowjetischen Vertretung bei den Vereinten Nationen eine Note mit den Vorschlägen der japanischen Regierung übergeben.

### Die Organisation der Vereinten Nationen

2. Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* übermittelt an 84 Staaten Einladungen zu der durch die Resolution der Vollversammlung vom 4. Dezember 1954 beschlossenen Internationalen Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie (vgl. EA 3/1955, S. 7280). Der Beginn der Konferenz wird auf den 8. August 1955 festgesetzt.
4. Der Exekutivausschuß der WHO beendet in Genf seine 15. Tagung. Der Ausschuß billigt das Jahresprogramm für 1956 und arbeitet einen weiteren Vierjahresplan aus für die Tätigkeit der WHO in den Jahren 1957—1960. In einer Empfehlung an die Generalversammlung der WHO, in der die Annahme der beiden Programme empfohlen wird, weist der Ausschuß auf die Notwendigkeit hin, durch die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel eine Erweiterung der Tätigkeit der WHO zu ermöglichen.
5. Die am 25. Januar in Genf begonnene Europäische Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation wird mit der Billigung von vier Entschlüssen abgeschlossen, die sich mit der Produktivität, der Sozialversicherung, den Pensionen und dem Wohnungsbau befassen.
9. Der Internationale Gerichtshof wählt für die nächsten drei Jahre die Richter *Green H. Hackworth* (USA) zum Präsidenten und *Abdel Hamid Badawi* (Aegypten) zum Vizepräsidenten.
14. Der Sicherheitsrat beschließt, angesichts der Weigerung der Volksrepublik China, einen Vertreter zu entsenden, die Diskussion des neuseeländischen Antrags zur Formosa-Frage zu vertagen. Die Forderung des sowjetischen Delegierten, den sowjetischen Formosa-Antrag vom 30. Januar (vgl. Zeittafel in EA 5/1955) zu behandeln, wird abgelehnt.

### EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Karten: Ilse Haucke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Deutschland und die Weltbank\*

*Von Eugene R. Black, Präsident der Weltbank, Washington*

### *Der Beitritt der Bundesrepublik zur Weltbank*

Die deutsche Bundesrepublik ist der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) im August 1952 mit einer Zeichnung von 330 Millionen Dollar (Gegenwert von 1386 Millionen DM) beigetreten. Sowohl nach Höhe ihrer Kapitalzeichnung als auch nach ihrem Stimmrecht rangiert die Bundesrepublik an sechster Stelle unter den Mitgliedern der Bank. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard ist einer der Gouverneure der Bank, und Prof. Dr. Otto Donner ist einer der sechzehn Exekutivdirektoren, die das für die allgemeine Geschäftsführung der Bank verantwortliche Gremium (Executive Board) bilden. Seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur Bank habe ich mit Befriedigung die Herstellung immer engerer und fruchtbringender Beziehungen zwischen uns beobachten können.

### *Gründung und Tätigkeitsaufnahme der Weltbank*

Die Bank wurde erst im Sommer des Jahres 1944, nach gut zweijährigen Vorbereitungsarbeiten, anlässlich der Währungs- und Finanzkonferenz von Bretton Woods gegründet. Seither wird sie jedoch allgemein als ein so selbstverständliches Requisit der internationalen Bühne betrachtet, daß man leicht darüber vergißt, daß sie in der Finanzgeschichte ein ganz neuartiges Unternehmen darstellt. Zweifellos schwebte dieser Gedanke Herrn Prof. Dr. Erhard vor, als er in seiner Ansprache bei der im September 1954 in Washington abgehaltenen Neunten Jahresversammlung auf den einmaligen Charakter der Bank hinwies. Er sprach von der Bank als einer einzigartigen Institution, deren von vielen Staaten gemeinschaftlich aufgebrachte Mittel in alle Kontinente fließen und in so zahlreichen Ländern das Wachstum ihrer Volkswirtschaft befruchten. „Ich glaube“, fügte er hinzu, „daß hier ein Beispiel für das Zusammenwirken von Prinzipien freier Wirtschaft und internationaler Solidarität gegeben wird, wie es in dieser Form noch nicht dagewesen ist.“

Die Bank begann ihre Tätigkeit im Jahre 1946. Sie sollte den Strom des internationalen Kapitals wiederbeleben, das in früheren Jahrzehnten so viel für die Erschließung neuer Länder und die Erhöhung der Produktionskapazität der alten Länder geleistet hat, sowohl zum Nutzen der Kreditnehmer als auch der Kreditgeber. Sie verfolgt dieses Ziel in der Hauptsache durch die Gewährung langfristiger Anleihen, wenn privates Kapital nicht zur Verfügung steht, um Kriegsschäden zu beseitigen und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Sie gewährt auch technischen Beistand und Rat, sowohl in Zusammenhang mit ihren Darlehen als auch bei allgemeinen Problemen der Wirtschaftsentwicklung.

Die erste Anleihe der Bank wurde im Mai 1947 gewährt. Ueber hundert Anleihen sind seit dieser Zeit gegeben worden, und die Ausleihungen haben nun die 2000-Millionen-Dollar-Grenze überschritten. Die Anleihen der Bank decken nur einen Teil der Gesamtkosten der betreffenden Projekte. Die gesamten Kapitalanlagen in den bisher von der Bank mitfinanzierten Projekten belaufen sich auf mehr als das Doppelte dieser Summe.

### *Das Kapital der Weltbank*

Die zum Ingangsetzen der Bank benötigten Anfangskapitalien stammten aus den Kapitalzeichnungen der Mitgliedsregierungen. Jeder Mitgliedstaat übernimmt eine gewisse Anzahl von Anteilen im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Stärke. Die Mitgliederzahl der Bank beläuft sich gegenwärtig auf 56 und die Gesamtsumme der Zeichnungen auf 9028 Millionen Dollar, was 38,4 Milliarden DM entspricht.

Nur ein Teil des Kapitals der Bank steht für Anleihegewährungen zur Verfügung. Zwei Prozent des Kapitals sind von den Mitgliedern in Gold oder US-Dollar eingezahlt und können ohne weiteres ausgeliehen werden. 18 Prozent sind in der eigenen Währung der Mitglieder eingezahlt und werden nur

\*) Vgl. hierzu und zu dem auf S. 7393 dieser Folge veröffentlichten Aufsatz von Ivar Rooth über den Währungsfonds auch die Beiträge von Dr. F. K. Liebich „Die Währungs- und Finanzabkommen von Bretton Woods“ in Europa-Archiv, Juli 1946, S. 21 ff., und August 1946, S. 74 ff., von Prof. Dr. Hans Möller „Die Beziehungen der Bundesrepublik

zum Internationalen Währungsfonds und zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ in Europa-Archiv 20/1954, S. 6959 ff., und die Beiträge zur Konvertibilität der europäischen Währungen in Europa-Archiv 4/1955, S. 7323 ff., sowie die laufende Berichterstattung des Europa-Archivs über die Tätigkeit der Weltbank und des Währungsfonds.



mit Zustimmung der Mitgliedsregierungen verwendet. Die restlichen 80 Prozent dürfen nicht ausgeliehen werden; sie stellen eine uneingezahlte Reserve dar, die nur abgerufen werden darf, wenn sie benötigt wird, um den durch Garantieübernahmen oder Anleiheemissionen entstandenen Bankverpflichtungen nachzukommen.

Nun, da die Bank wohl fundiert ist, bezieht sie ihre Kapitalien in sehr bedeutendem Umfang von privaten Kapitalmärkten. Die Gesamtsumme der auf den Kapitalmärkten der Welt emittierten Schuldverschreibungen der Weltbank hat 850 Millionen Dollar erreicht. Weltbankanleihen wurden in fünf Ländern emittiert — in den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Kanada, Großbritannien und in den Niederlanden — und wurden von Geldanlegern in vielen weiteren Ländern gekauft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich sowohl die Zahl der Länder als auch der Währungen, in denen unsere Schuldverschreibungen ausgegeben wurden, weiter vermehren würde.

Der gute internationale Ruf, dessen sich die Schuldverschreibungen der Bank erfreuen, zeigte sich in der lebhaften Nachfrage nach den 50 Millionen Dollar-Schuldverschreibungen mit fünfjähriger Laufzeit, die im September 1954 aufgelegt wurden. Obwohl es sich um US-Dollar-Schuldverschreibungen handelte, wurde die gesamte Emission von Anlegern außerhalb der Vereinigten Staaten gekauft. Zeichnungen liefen von 23 Ländern ein.

Außer eigenen Schuldverschreibungen verkauft die Bank aus ihrem Portefeuille Obligationen ihrer Darlehensnehmer, um damit ihre Mittel aufzufüllen. Da diese Art von Operation vielleicht einigen Lesern nicht vertraut ist, mögen einige Erklärungen am Platze sein. Die Darlehen der Bank sind Amortisationsdarlehen, d. h. sie werden in Halbjahresraten zurückgezahlt, die bald nach der Inanspruchnahme der Anleihe durch den Schuldner beginnen. Anleger können nun Fälligkeiten kaufen, die einige Jahre später zurückzuzahlen sind. Jede Fälligkeit ist mit verschiedenen Sätzen verzinslich. Der Zinssatz für den Anleger erhöht sich naturgemäß mit der Dauer der Kreditgewährung. Da die Anleger häufig großes Interesse für kurzfristige Fälligkeiten bekunden, gibt ihnen diese Methode Gelegenheit, sich an langfristigen Darlehen zu beteiligen. Es ist die Politik der Bank, ihre Portefeuille-Obligationen ohne eigene Garantie zu verkaufen.

Die Bank findet bei den privaten Anlegern auch eine zunehmende Bereitwilligkeit, sich an Weltbankanleihen im Zeitpunkt ihrer Gewährung zu beteiligen. Anstatt Obligationen einer bereits gewährten Anleihe zu erwerben, kauft in diesem Falle der Anleger die Obligationen zur Zeit der Anleihegewährung. Private Anleger partizipierten bei sechs der letzten acht Anleihen. So beteiligten sich beispielsweise drei US-Banken mit ungefähr 2 Millionen Dollar an einer

am 8. April 1954 Norwegen gewährten Anleihe von 25 Millionen Dollar; und eine Gruppe von sechs britischen Banken übernahm einen Teil einer im Juni 1954 gewährten 5-Millionen-Pfund-Sterling-Anleihe an Pakistan. Der Gesamterlös, den die Bank durch Verkauf aus ihrem Obligationen-Portefeuille und durch Beteiligungen erzielt hat, beläuft sich derzeit auf den Gegenwert von mehr als 125 Millionen Dollar. Die Tatsache, daß Beträge aus diesen Quellen in steigendem Maße zur Verfügung stehen, ist meines Erachtens ein wichtiger Hinweis auf die Art und Weise, in der die Bank erfolgreich auf eines ihrer Hauptziele hinarbeitet — die Belebung der privaten internationalen Anleihetätigkeit.

#### *Die Gewährung von Anleihen durch die Bank*

Die ersten Darlehen der Bank stellten einen Teil des Bestrebens dar, den kriegswunden Wirtschaften Westeuropas Leben und Kraft zurückzugeben. Im Jahre 1947 wurde ein Gesamtbetrag von fast 500 Millionen Dollar an Dänemark, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande ausgeliehen. Dieser Betrag ermöglichte nicht nur die Einfuhr von Maschinen und Kapitalgütern, sondern auch von Rohmaterialien, Brennstoffen und Futtermitteln, deren Mangel die darlehensnehmenden Länder in die ernste Gefahr eines Zusammenbruchs gebracht hatte. Aber dieser Bedarf war damals nicht auf die vier Länder beschränkt, denen die Bank Kredite gab, noch waren, wie sich bald herausstellte, die Mittel der Bank hinreichend, diesen Bedarf zu decken. Die Inangriffnahme des Marshallplans im Jahre 1948 verringerte den in Europa herrschenden Druck und gestattete der Bank, ihre Hauptanstrengungen auf die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf anderen Gebieten zu richten.

In ihren jüngeren Anleihen, die für die Entwicklung der Wirtschaft gemacht wurden und die über 1,5 Milliarden Dollar betragen, richtete die Bank ihr Hauptaugenmerk auf die verbesserte Befriedigung der sogenannten Grundbedürfnisse. So sind für Kraftwerke 500 Millionen Dollar, für Verkehrserfordernisse 450 Millionen Dollar, für Urbarmachung und Landbewässerung 80 Millionen Dollar erstellt worden. Eine angemessene Befriedigung solcher Grundbedürfnisse ist die Voraussetzung für die nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Die Bank hat oft festgestellt, daß diese Verbesserungen einem besonders dringenden Bedürfnis entsprechen, und zwar einem, für das im allgemeinen kein anderes Kapital verfügbar ist. Doch wo sich geeignete Gelegenheiten bieten, leiht die Bank auch für industrielle und landwirtschaftliche Projekte sowie für Programme, die einer weitgespannten Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gewidmet sind.

Ein Großteil der Darlehensgelder der Bank wurde nach Afrika, Asien und Lateinamerika geleitet. Län-

der in diesen Erdteilen haben Kredite in Höhe von 1,011 Milliarden Dollar erhalten, fast die Hälfte aller bisherigen Darlehen der Bank. Doch gibt es Betätigungsfelder für weitere Kapitalanlagen sogar in hochentwickelten Ländern, und die Bank sieht keinen Grund, warum sie nicht auch hier ihre Rolle spielen soll. Seit dem Ende des Marshallplans im Jahre 1952 und mit dem Abklingen anderer amerikanischer wirtschaftlicher Hilfsprogramme betätigt sich die Bank in steigendem Maße in Europa.

Eines der jüngsten Darlehen der Bank in Europa, das im Juli 1954 unterzeichnet wurde, stellte den Gegenwert von zwölf Millionen Dollar für den Ausbau von Wasserkraften in Oesterreich zur Verfügung. Wasserkraft ist eine der wichtigsten natürlichen Hilfsquellen, die in Europa noch nicht voll ausgewertet sind. Das von der Bank finanzierte Projekt ist international konzipiert: die Anleihe wird dazu beitragen, eine zusätzliche Kraftquelle zu erschließen, die sowohl Oesterreich wie Italien ihre Dienste leisten wird. Ungefähr ein Drittel der neu zu erschließenden Energie wird über ein eigens für diesen Zweck gebautes Leitungsnetz nach Norditalien geliefert werden.

Eine im April 1954 gewährte Anleihe erhöht die norwegischen Devisenvorräte um 25 Millionen Dollar, deren Norwegen in diesem Jahr zur Weiterführung seiner wirtschaftlichen Entwicklung bedarf.

Während der letzten sechs Jahre hat die Bank Anleihen an Oesterreich, Belgien, Finnland, Island, Italien, die Niederlande, Norwegen, die Türkei, Jugoslawien und an 24 außereuropäische Länder gewährt. Seit den Wiederaufbauanleihen des Jahres 1947 hat die Bank weitere 325 Millionen Dollar in Europa verliehen, was die Gesamtsumme für Europa auf 822 Millionen Dollar bringt. Die Bank ist auch weiter auf der Suche nach Gelegenheiten, den Devisenbedürfnissen ihrer Mitgliedstaaten im Falle dringender Investitionspläne gerecht zu werden, und verhandelt derzeit über eine Anzahl neuer Darlehen. Die Bank nimmt nicht nur Interesse an den Investitionsprojekten der einzelnen Länder, sondern ist auch stets zum Studium von Plänen bereit, welche — wie das österreichische Energieprojekt, für das eine Anleihe zur Verfügung gestellt wurde — internationalen Vorteil durch internationale Zusammenarbeit anstreben.

Die Bank knüpft ihre Darlehen nicht an bestimmte Lieferanten oder bestimmte Lieferländer. Sie ermuntert vielmehr ihre Darlehensnehmer, internationale Ausschreibungen zu veranstalten, da sich auf diese Weise oft bessere Lieferbedingungen erzielen lassen. Die verbesserte Wettbewerbslage europäischer Länder hat mit dazu beigetragen, daß die europäischen Lieferanten zunehmend größere Aufträge von den Darlehensnehmern der Bank erhielten. Die Quote der von der Bank in Europa verausgabten Beträge ist in den letzten Jahren daher scharf angestiegen und wei-

ter im Steigen begriffen. In der Ende Juni 1954 abgeschlossenen Zwölfmonatsperiode wurde für europäische Lieferungen und Dienstleistungen der Gegenwert von 115 Millionen Dollar verausgabt, was zwei Fünfteln der Gesamtausgaben in diesem Zeitraum gleichkommt. Seitdem die Bank ihre Tätigkeit aufgenommen hat, haben ihre Darlehensnehmer den Gegenwert von mehr als 300 Millionen Dollar in Europa verausgabt.

#### *Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Deutschland*

Untersuchungen über die Art und Weise, wie die Bank und Deutschland zusammenarbeiten könnten, begannen, kurz nachdem die Bundesrepublik Mitglied geworden war. In der ersten Hälfte des Jahres 1953 besuchte eine Weltbankkommission zweimal die Bundesrepublik. Sie informierte sich über die in Deutschland erzielten wirtschaftlichen Fortschritte und untersuchte, für welche Wirtschaftszweige eine Weltbankanleihe in Betracht kommen könnte. Ich selbst besuchte Deutschland im Sommer 1953. Bei allem, was ich sah, beeindruckten mich die Beweise kräftiger Erholung und aktiver Vorbereitung weiteren wirtschaftlichen Fortschritts.

Ogleich diese Unterhaltungen zu keiner Weltbankanleihe an Deutschland führten, so haben sie doch die Möglichkeit einer beiderseits gewinnbringenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Bank eröffnet. Nun, da Deutschland seinen Platz als einer der wichtigsten Exporteure von Kapitalgütern wieder eingenommen hat, sind die Aussichten für weitere Zusammenarbeit nach meinem Dafürhalten besonders ermutigend.

Ein Sechstel der bisher durch die Darlehensnehmer der Bank in Europa placierten Aufträge ist an deutsche Lieferanten gegangen. Der solcherart in Deutschland verausgabte Betrag ist bereits auf den Gegenwert von mehr als 50 Millionen Dollar (210 Millionen DM) angestiegen, und deutsche Güter und Dienstleistungen sind im Rahmen von 41 (aus insgesamt 112) Weltbankanleihen gekauft worden. Lieferanten in den meisten industriellen Zentren der Bundesrepublik haben bereits Geschäfte getätigt, die durch Weltbankanleihen finanziert waren. Einige dieser Lieferanten erhielten Aufträge in beträchtlicher Größenordnung. So brachte das Darlehen für den Ausbau der Energieerzeugung in Uruguay einem deutschen Lieferanten Bestellungen im Werte von 3,7 Millionen Dollar (15,5 Millionen DM), und das Darlehen für einen Hafenausbau in der Türkei einem anderen Unternehmen Aufträge in Höhe von 1,2 Millionen Dollar (5,4 Millionen DM). Häufig konzentrieren sich die Bestellungen weniger auf einzelne Lieferanten, sondern verteilen sich auf eine große Anzahl von Firmen. So flossen aus einer Anleihe an Jugoslawien für allgemeine Entwicklungszwecke mehr als 400 Einzelkontrakte im Gesamtbetrag von 5,1 Millionen Dollar (21,4 Millionen DM) nach Deutschland.



Die in Deutschland auf Grund von Weltbankanleihen placierte Aufträge reichen von Transformatoren und mechanischen Baggern für Finnland zu Druckrohrleitungen und Papiermaschinen für Chile; von Strömungsmessern und Feuerlöschgeräten für Mexiko zu Kränen und Signalanlagen für Thailand. Das Interesse deutscher Lieferanten und Unternehmer an den durch Bankprojekte gebotenen Möglichkeiten ist im Steigen begriffen. Um die Aussichten für eine weitere Ausdehnung der durch diese Projekte gebotenen Geschäftsmöglichkeiten zu untersuchen, entsandte der Bundesverband der Deutschen Industrie im Dezember 1954 eine Kommission zum Studium der Operationen der Bank nach Washington.

Die Möglichkeit eines Anleihenehmers, deutsche oder andere europäische Güter zu kaufen, kann jedoch durch Schwierigkeiten bei der Beschaffung geeigneter Devisen beschränkt sein. Es gibt nur drei Wege, auf denen die Bank europäische Devisen für ihre Darlehensnehmer beschaffen kann.

1. Sie kann sie gegen US-Dollar oder andere frei konvertierbare Währungen erwerben; doch da der Schuldendienst in derjenigen Währung zu entrichten ist, welche für den Kauf der Währung aufgewandt wurde, so muß darauf geachtet werden, daß es auf diesem Wege nicht zu einer allzu drückenden Verpflichtung des Darlehensnehmers in einer Währung kommt, deren Beschaffung ihm Schwierigkeiten machen könnte.

2. Mit Zustimmung des betreffenden Mitgliedstaates kann die Bank durch Ausgaben von Schuldverschreibungen in Europa neues Kapital aufbringen; doch kann diese Art der Mittelbeschaffung in Beträgen oder zu Zeitpunkten erforderlich werden, die den Verhältnissen auf den europäischen Kapitalmärkten nicht angepaßt sind.

3. Oder die Bank kann — wieder mit Zustimmung der betreffenden Regierung — die 18 Prozent des Kapitals verwenden, die das europäische Mitglied in seiner eigenen Währung gezeichnet hat. Ich habe oft betont, wie wichtig sowohl für die Bank als auch für ihre Mitglieder die Bereitwilligkeit der Mitgliedsregierungen ist, der Bank zu gestatten, diese Kapitalquelle in Anspruch zu nehmen.

Die Höhe des in der Bundesrepublik herrschenden Zinsniveaus hat die Bank bisher davon abgehalten, sich um eine Kapitalaufbringung durch Ausgabe von Schuldverschreibungen in der Bundesrepublik zu bemühen. Auch hat das hohe Zinsniveau die Beteiligung deutscher Kapitalanleger an Weltbankanleihen uninteressant gemacht. Die jüngst eingetretene Entspannung der deutschen Kreditmärkte läßt mich jedoch hoffen, daß sich die Lage bald ändern könnte. In der Zwischenzeit ist die Freigabe der 18 Prozent

der deutschen Zeichnung für Darlehenszwecke von besonderer Bedeutung, um die Bank in die Lage zu versetzen, Beträge in DM auszuleihen.

Von den Gütern und Dienstleistungen im Gegenwert von 57 Millionen Dollar, die auf Grund von Weltbankanleihen bisher bei deutschen Firmen gekauft worden sind, sind fast 49 Millionen Dollar (209 Millionen DM) in Dollar oder in mit Dollar beschafften DM bezahlt worden. Aufträge im Gegenwert von 2,8 Millionen Dollar wurden für Bankprojekte in Jugoslawien durch Freigaben aus den 18 Prozent der deutschen Kapitalzeichnung finanziert, und weitere 1,6 Millionen Dollar (6,7 Millionen DM) sind zur Verwendung für die gleichen Darlehen von der Weltbank freigegeben worden. (Diese Zahlen geben den Stand für das 4. Quartal 1954 wieder.) Die Bundesregierung hat ihre grundsätzliche Zustimmung dazu gegeben, während der nächsten Jahre weitere namhafte Beträge aus den 18 Prozent ihrer Zeichnung freizugeben. In Übereinstimmung hiermit hat sie unlängst den Gegenwert von mehr als zwei Millionen Dollar (8,4 Millionen DM) für ein neues Darlehen zum Ausbau der Wasserkraftwerke Ceylons zur Verfügung gestellt.

#### *Die Auswirkungen der Weltbankanleihen*

Da die Bank vor allem als Darlehensinstitut betrachtet wird, wird mitunter angenommen, daß ihre Tätigkeit nur dem Anleihenehmer und dem die Anleihe empfangenden Lande zugute kommt. Die Aufnahme der Zusammenarbeit und die fruchtbringenden Beziehungen mit Deutschland zeigen jedoch, daß Mitgliedstaaten auch in ihrer Eigenschaft als Darlehensgeber oder Lieferquellen ihren Nutzen finden können. Und in einem noch weiteren Sinn macht sich der Nutzen der Weltbankanleihen jenseits der Grenzen des Anleihenehmerlandes fühlbar: Alle Anleihen sind darauf abgestellt, die Produktivität des kreditnehmenden Landes zu erhöhen, und die Ausdehnung des Welthandels ist eines der Ziele der Tätigkeit unserer Bank. Anleihen der Bank, die gemäß den für sie niedergelegten Grundsätzen verwendet werden, tragen mit dazu bei, die Erzeugung dringend benötigter Güter zu erhöhen und die Märkte zu erweitern, an denen die ganze Welt teilhat.

Die Bank erhebt natürlich keinen Anspruch auf ein Monopol auf diesem Gebiet. Die Fülle der Aufgaben, die zu lösen sind, ist so gewaltig, daß Hilfe anderer Kapitalgeber — insbesondere privater Anleger — unentbehrlich ist. Daher ist eines der wichtigsten Kriterien, auf das hin die Bank alle Operationen überprüft, in welchem Ausmaß diese Operationen dazu beitragen können, das Einströmen von Privatkapital anzuregen.

# Der Internationale Währungsfonds

## Aufgaben und Funktionen

*Von Ivar Rooth, Vorsitzender des Aufsichtsrats und Geschäftsführender Direktor  
des Währungsfonds, Washington*

### *Die Gründung des Währungsfonds*

Der Internationale Währungsfonds, dem die deutsche Bundesrepublik am 14. August 1952 beigetreten ist\*, hat vom 24. bis zum 29. September 1954 seine neunte Jahresversammlung in Washington abgehalten. Diese Tagung, an der Finanzminister und Notenbankleiter von insgesamt 57 Ländern teilgenommen haben, hat in den vergangenen Monaten in weiten Kreisen ein ganz außergewöhnliches Interesse erweckt. Es ist dies daher ein geeigneter Moment für eine kurze Uebersicht über Zwecke und Tätigkeit des Fonds.

Es ist jetzt etwas mehr als zehn Jahre her, daß sich, im Jahre 1944, Vertreter von 44 Nationen in Bretton Woods, nicht weit von Washington, versammelten, um ein Programm zu entwerfen, das folgenden Zwecken dienen sollte: Herbeiführung von Ordnung und Stabilität im internationalen Zahlungsverkehr, gesunde Entwicklung von internationalem Handel und Kapitalverkehr, Wiederaufbau kriegszerstörter Wirtschaftssysteme und wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Länder. Dieses Programm war als ein Teil eines weiteren Systems gedacht, dessen Hauptstützpunkt die Vereinten Nationen und dessen Endziel eine Welt des Friedens und der wirtschaftlichen Prosperität werden sollte.

Die Konferenz von Bretton Woods führte zur Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die Konferenz war von weitgehendem Optimismus beherrscht. Die Hoffnung auf eine Welt in Frieden war damals mehr als ein bloßer Traum. Es wurde allgemein erwartet, daß die Produktivkräfte der Welt, die bis vor kurzem in Krieg und Zerstörung vergeudet worden waren, nun zur Förderung des Wohlstandes aller Nationen eingesetzt werden könnten. Es ist eine harte Enttäuschung gewesen, daß es bisher nicht gelungen ist, dieses hohe Ziel zu erreichen.

### *Die Aufgaben des Fonds*

Der Fonds und die Bank waren für eine Welt des Friedens entworfen worden, eine Welt freien Handelsaustausches und freien Währungsverkehrs. Sie wurden geschaffen nicht nur zur Erleichterung des Uebergangs vom Krieg zum Frieden, sondern als dauernde Organisationen, die einen Rahmen für eine umfassende und stetige Zusammenarbeit aller Nationen auf dem Gebiete des internationalen Währungs- und Kapitalverkehrs bilden sollten. Die Probleme wurden dadurch verschärft, daß sich eine friedliche Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Ländern nach dem Kriege als unmöglich erwies. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Fonds und die Bank keine wichtigen und nützlichen Funktionen erfüllen.

Die devisenpolitischen Erfahrungen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg spielten eine entscheidende Rolle in der Strukturbildung des Fonds. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg traten weitverbreitete monetäre Störungen in vielen Ländern auf, begleitet von abrupten Schwankungen in den internationalen Wechselkursen und völliger Zerrüttung einiger Währungen. In den folgenden Jahren gelang es den meisten Staaten, ihre Wechselkurse zu stabilisieren; allerdings waren die Paritäten nicht in allen Fällen der Wirtschaftslage angemessen. Den Jahren der Währungsstabilisierung folgte dann eine stürmische Periode, die mit dem Einsetzen der großen Depression noch weit schwierigere Probleme mit sich brachte. Viele Länder fanden es unmöglich, den Goldstandard beizubehalten. Das internationale Währungssystem, das in den zwanziger Jahren wieder aufgebaut worden war, brach zusammen. Ein Wettlauf von Währungsabwertungen setzte ein, begleitet von einer langen Reihe von währungspolitischen Maßnahmen diskriminierenden Charakters. Das alles hat den Verfall des Welthandels beschleunigt, zur Verschärfung

\*) Unmittelbar im Anschluß an den Beitritt der Bundesrepublik wurde sodann ein deutscher Vertreter in den aus 16 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat des Fonds gewählt. Die Quote der Bundesrepublik im Fonds beträgt 330 Millionen

Dollar, von welchem Betrage 33 Millionen in Gold und der Rest in Deutschen Mark eingezahlt worden ist. Der Fonds hat eine Parität von 4,20 Deutsche Mark für den Dollar genehmigt, die am 2. Februar 1953 in Kraft getreten ist.



der Depression beigetragen und den Wiederaufschwung verzögert.

In der dem Zweiten Weltkrieg folgenden Uebergangsperiode war es eines der Hauptziele des Fonds, eine Wiederholung der traurigen Erfahrungen der zwanziger und dreißiger Jahre zu verhüten. Der Fonds sollte als das Zentrum der Zusammenarbeit seiner Mitglieder dienen; er sollte die Stabilität der Währungen ermöglichen. Devisenbeschränkungen in der Abwicklung laufender internationaler Zahlungen sollten allmählich gelockert und letzten Endes gänzlich abgeschafft werden. Die devisenpolitischen Waffen wirtschaftlicher Kriegsführung sollten verschwinden. Um seinen Mitgliedern in der Erreichung dieses Zieles behilflich zu sein, wurde der Fonds mit mehr als 8 Milliarden Dollar in Gold und Mitgliederwährungen ausgestattet, die für kurzfristige Stabilisierungsmaßnahmen verwendet werden sollten.

#### *Mitgliedschaft und Arbeitsweise*

Der Fonds hat derzeit 56 Mitglieder aus allen Teilen der Welt. Die meisten westeuropäischen Staaten sind Mitglieder; die Schweiz, Spanien, Portugal und Irland sind die einzigen Ausnahmen. Die Sowjetunion nahm an den Verhandlungen von Bretton Woods teil und war zur Mitgliedschaft berechtigt, ist aber dem Fonds nicht beigetreten. Polen, die Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden Mitglieder, als der Fonds gegründet wurde. Polen ist jedoch inzwischen zurückgetreten.

Durch seine Pariser Zweigstelle steht der Fonds in laufendem Kontakt mit der OEEC. Fernerhin bestehen enge Verbindungen mit den Mitgliedern des GATT und ausgezeichnete Beziehungen mit der BIZ in Basel. Mit der Weltbank und den Vereinten Nationen hat sich selbstverständlich eine enge Zusammenarbeit entwickelt.

Jedem Mitglied des Fonds wurde eine Quote zugeteilt, die als Basis für seine Einlage beim Fonds und für seine Stimmenzahl dient; überdies ist die Quote auch dafür maßgebend, wieweit das betreffende Mitglied die Bestände des Fonds in Anspruch nehmen kann.

Die Generalversammlung des Fonds hält alljährlich Sitzungen ab, bei denen jedes Mitglied durch einen Repräsentanten (Governor) vertreten ist. Diese Repräsentanten bestellen einen Aufsichtsrat, der zur Zeit aus 16 Mitgliedern besteht. Aufsichtsratssitzungen werden abgehalten, sooft die laufenden Geschäfte es erfordern. Der Geschäftsführende Direktor führt den Vorsitz des Aufsichtsrates. Der Beamtenstab besteht derzeit aus etwa 440 Personen aus 42 verschiedenen Nationen.

#### *Die Regelung der Devisenkurse*

Das Fonds-Abkommen stellt Normen für das Verhalten seiner Mitglieder auf. In voller Erkenntnis der wichtigen Rolle, die den Devisenkursen für den internationalen Handels- und Zahlungsverkehr zu-

kommt, sind sowohl Festsetzung wie auch Aenderungen dieser Kurse internationaler Regelung unterworfen worden. Die Mitglieder vereinbaren die Parität ihrer Währungen mit dem Fonds; überdies muß für jede Aenderung des Wechselkurses, sofern sie über das Ausmaß von 1 vH der ursprünglichen Parität hinausgeht, die Zustimmung des Fonds eingeholt werden. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Wechselkurse auf der Basis ihrer Paritäten stabil zu halten. Abweichungen von mehr als 1 vH der Parität, nach oben oder nach unten, dürfen nicht zugelassen werden. Länder mit mehreren Devisenkursen (multiple exchange rates) sind gleichfalls verpflichtet, den Fonds zu konsultieren und die Zustimmung des Fonds einzuholen, ehe sie Aenderungen der einzelnen Kurse oder eine Umgruppierung der Transaktionen vornehmen, auf die die einzelnen Kurse anzuwenden sind. Die Festsetzung weiterer Kurse für bestimmte Transaktionen bedarf ebenfalls der Zustimmung des Fonds.

Im großen und ganzen haben sich seit der Schaffung des Fonds Kursänderungen auf geordnete Weise vollzogen. Das trifft nicht allein für die weitreichenden Abwertungen des Herbstes 1949 zu. Außer ihnen ist noch eine Anzahl von individuellen Kursänderungen erfolgt, in der Regel unter Einhaltung des vom Fonds festgelegten Verfahrens. Der Fonds tritt erstens das Prinzip stabiler, nicht aber starrer Wechselkurse und zweitens ordnungsgemäßer Aenderungen, wenn sich solche als notwendig erweisen. Sobald infolge geänderter Wirtschaftsverhältnisse eines Landes die Parität seiner Währung nicht mehr angemessen erscheint, wird der Fonds eine Kursänderung befürworten, um die eingetretene Gleichgewichtsstörung zu beheben. Seit Gründung des Fonds konnten daher Währungsabwertungen vorgenommen werden, ohne eine Spannung in den Wirtschaftsbeziehungen der Mitgliederländer zu verursachen. Abwertung aus Wettbewerbsgründen ist auch vermieden worden.

Aber selbst dann, wenn ein Land sich außerstande fühlte, den Wechselkurs seiner Währung stabil zu halten und Schwankungen über das gestattete Maß zu verhindern, beriet es sich mit dem Fonds und legte ihm seine Probleme vor. Im Falle von Kanada und von Peru erhob der Fonds keinen Einwand gegen die Einführung freier Wechselkurse. Die Beziehungen zwischen dem Fonds und Peru sind übrigens ein bemerkenswertes Beispiel fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen dem Fonds und seinen Mitgliedern. Vor einigen Jahren entschloß sich Peru dazu, sämtliche Devisen- und fast alle Einfuhrbeschränkungen aufzuheben. Mit Rücksicht auf die äußerst knappen Devisenbestände des Landes hielten es die peruanischen Behörden aber für notwendig, diesen Schritt mit der Einführung freier Wechselkurse zu verbinden. Der Fonds erhob keinen Einwand. Im vergangenen Winter führten jedoch die zunehmenden



Schwankungen des völlig freien Wechselkurses zu Störungen der Marktlage. Dies war auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen. Eine der Hauptursachen lag darin, daß die Investitionstätigkeit über die Grenzen dessen hinausging, was das Land aus eigenen Mitteln und mit dem zur Verfügung stehenden Auslandskapital hätte unternehmen können. Den peruanischen Behörden war an der Wiederherstellung stabiler Verhältnisse gelegen, und sie begannen vertrauliche Beratungen mit dem Fonds. Daraufhin sandte der Fonds eine Gruppe von Fachleuten nach Peru, um die Lage zu studieren. In weiterer Folge unternahm Peru ein Programm der Wirtschaftsstabilisierung. Der Fonds erklärte sich bereit, dasselbe durch Bereitstellung von Krediten zu unterstützen. Gleichzeitig traf Peru ein Stabilisierungsabkommen mit dem Finanzministerium der Vereinigten Staaten und erhielt einen Kredit von einer New Yorker Bank.

#### *Abbau der Devisenbewirtschaftung und Wiederherstellung der Konvertibilität*

In den meisten Mitgliedsländern des Fonds war seit einer Reihe von Jahren eine strenge Devisenbewirtschaftung in Kraft, mit deren Hilfe die Probleme der Zahlungsbilanz sowie auch andere wirtschaftliche Schwierigkeiten bewältigt werden sollten. Die Aufhebung aller Devisenkontrollen für laufende Zahlungen gehört zu den Endzielen, auf die der Fonds hinarbeitet. Die Erreichung dieses Zieles hängt jedoch in erster Linie von den Mitgliedsländern selbst und der von ihnen verfolgten Währungs- und Wirtschaftspolitik ab. Stabilität des internen Wirtschafts- und Geldwesens ist die erste Bedingung, die erfüllt werden muß, um einen freien Devisenverkehr möglich zu machen. Dies erfordert jedoch die Beseitigung der Inflation, eines der schwierigsten Probleme der Nachkriegszeit. Wenn die Geldmenge rascher steigt als die Produktion von Gütern, die für Konsum-, Export- und Investitionszwecke zur Verfügung stehen, kommt es unweigerlich zu Preissteigerungen. Die auf der überhöhten Geldmenge beruhende Nachfragesteigerung, die sich natürlich auch auf Einfuhrgüter erstreckt, übt dann einen Druck auf die Zahlungsbilanz aus. Die Inflationen der Nachkriegszeit waren vielfach eine Folge der Finanzierung von Budgetdefiziten durch die Zentralbanken, gelegentlich zur Durchführung von Wiederaufbau- und Investitionsprogrammen, die über das für die Wirtschaft tragbare Ausmaß hinausgingen. In manchen Fällen lag die Ursache in übermäßiger Kreditgewährung der Kommerzbanken, die man nicht durch entsprechende geldpolitische Maßnahmen in Schranken gehalten hatte. Der Fonds hat während all dieser Jahre seinen Mitgliedern wiederholt und eindringlich nahegelegt, inflationistische Tendenzen durch eine rigorose Budget- und Kreditpolitik zu bekämpfen.

Der Fonds kann seinen Mitgliedern in ihren Bestrebungen nach Stabilisierung der internen Finanzlage mit Rat und Tat zur Seite stehen; die Initiative

muß aber von den Regierungen selbst ergriffen werden. Nur sie können durch Einführung entsprechender Maßnahmen stabile Verhältnisse schaffen und bewahren. Solange inflationistischer Druck besteht, werden sich Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz ergeben, und es wird sich als notwendig erweisen, die überhöhte Nachfrage nach Einfuhrgütern durch verschiedene Maßnahmen niederzuhalten. Beschränkung des Devisenverkehrs ist vielleicht die weitest verbreitete Methode, derer man sich zu diesem Zwecke bediente.

Das Fonds-Abkommen betrachtet die Einführung oder Aenderung von Devisenbeschränkungen als Maßnahmen von solcher Tragweite für alle am Welthandel beteiligten Nationen, daß sie, ebenso wie die Festsetzung und Aenderung der Wechselkurse, internationaler Regelung bedürfen. Das Abkommen räumt seinen Mitgliedern weitgehende Freiheit in der Behandlung von Kapitaltransaktionen ein; dagegen verlangt es, daß alle Devisenbeschränkungen, soweit sie laufende Zahlungen betreffen, mit der Zeit abgeschafft werden. Angesichts der schwierigen Nachkriegsprobleme nationalen Wiederaufbaues und der Wiederherstellung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs wurden Uebergangsbestimmungen in das Fonds-Abkommen aufgenommen. Auf Grund dieser Bestimmungen wurde den Mitgliedern das Recht eingeräumt, bestehende Devisenbeschränkungen für laufende Transaktionen beizubehalten und dieselben allmählich den sich ändernden Umständen anzupassen. Mitglieder, die von diesem Recht Gebrauch machen, müssen jedoch die endgültigen Ziele des Fonds im Auge behalten und müssen darauf hinwirken, bestehende Beschränkungen des Zahlungsverkehrs sobald wie möglich aufzuheben. Sie sind überdies verpflichtet, alljährlich mit dem Fonds bezüglich deren Beibehaltung zu verhandeln. Viel Zeit und Mühe werden auf die Durchführung dieser Bestimmungen verwendet. All dies vollzieht sich fast unbemerkt und ohne Aufsehen. Trotzdem bin ich aber überzeugt, daß unsere Arbeit in dieser Richtung uns und unseren Mitgliedern große Vorteile bringt und sich mit der Zeit als immer ersprießlicher erweisen wird.

Bei unseren alljährlichen Verhandlungen über Devisenbeschränkungen sind wir bemüht, unseren Mitgliedern gegenüber zu betonen, daß Stabilität der internen Finanz- und Wirtschaftslage eine unerläßliche Voraussetzung für freien Devisenverkehr und für Währungskonvertibilität bildet. Noch vor einem Jahre betrachteten viele unserer Mitglieder, unter dem Eindruck schwieriger interner und externer Wirtschaftsprobleme, die Möglichkeit eines Abbaues ihrer Devisenbeschränkungen oder die Einführung der Konvertibilität in naher Zukunft als durchaus unrealistisch. Wir haben aber den Eindruck, daß jetzt eine Anzahl führender Länder die Konvertibilität ihrer Währungen und eine wesentliche Lockerung



ihrer Devisenbeschränkungen nicht nur als wünschenswert erachten, sondern auch glauben, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, diese Ziele zu verwirklichen. Der Fonds wird weiter bemüht bleiben, seine Mitglieder in dieser Ansicht zu bestärken.

#### *Der Fonds als internationale Währungsreserve*

Mit den Beratungen über die Mitwirkung an der Festsetzung und Aenderung von Wechselkursen und über Devisenkontrolle sind aber die Funktionen des Fonds noch lange nicht erschöpft: Der Fonds ist außerdem der Treuhänder von Guthaben im Werte von 8,7 Milliarden Dollar. Diese Bestände sind dazu bestimmt, den Fondsmitgliedern die Ueberbrückung kurzfristiger Defizite ihrer Zahlungsbilanz zu ermöglichen. Sie sollen von den Mitgliedern in gleicher Weise verwendet werden wie deren eigene Reserven: nämlich zum Ausgleich der unvermeidlichen Schwankungen, die sich im ausländischen Zahlungsverkehr ergeben. Dadurch soll es vermieden werden, daß solche Schwankungen häufige Aenderungen der Währungspolitik notwendig machen, die oft mit großen Schwierigkeiten verbunden sind. Der Einsatz eigener Reserven und die Inanspruchnahme der Bestände des Fonds gibt einem Mitgliedslande Zeit, Aenderungen, die notwendig sind, langsam durchzuführen. Häufige und rasche Umstellungen, die nach kurzer Zeit wieder überflüssig werden, können ganz vermieden werden.

Der Fonds ist nicht selten als die „Zentralbank der Zentralbanken“ bezeichnet worden. Das ist insofern zutreffend, als sich der Fonds ausschließlich auf den Verkehr mit Regierungen und Zentralbanken beschränkt. Andererseits aber sind die Funktionen des Fonds nicht diejenigen einer Bank: Der Fonds gewährt keine Bankkredite von der Art, wie sie von einer Zentralbank den Kommerzbanken zur Verfügung gestellt werden; noch legt der Fonds seine Bestände in verzinslichen Werten an. Alle Guthaben des Fonds sind entweder in Gold oder in unverzinslichen Schatzscheinen der Mitglieder oder auf unverzinslichen Konten bei den Zentralbanken der Mitglieder angelegt. Wenn ein Mitglied Bestände des Fonds in Anspruch nimmt, vollzieht sich dies in folgender Weise: Das betreffende Land kauft vom Fonds die von ihm benötigte Währung, seien es Dollar, englische Pfunde oder andere Devisen, und schreibt dem Fonds auf dessen Konto bei seiner Zentralbank einen entsprechenden Betrag in seiner eigenen Währung gut. Die Rückzahlung erfolgt durch Rückkauf des dem Fonds gutgeschriebenen Betrages gegen Bezahlung in Gold oder Dollar. Für jeden Devisenkauf vom Fonds hat das betreffende Mitgliedsland eine Gebühr zu entrichten, die derzeit ein halbes Prozent beträgt. Sofern das Guthaben des Fonds in der Währung eines Mitgliedslandes 100 vH von dessen Quote übersteigt, werden Zinsen erhoben für den die Quote übersteigenden Betrag. Die Devisenkäufe in jedem Jahre sind auf 25 vH der Quote des betreffenden

Mitgliedslandes beschränkt. Die gesamten Käufe eines Mitgliedslandes dürfen seine Quote nicht übersteigen. Der Fonds kann jedoch in speziellen Fällen Ausnahmen machen und hat tatsächlich im Laufe des letzten Jahres die erwähnte 25prozentige Begrenzung in zwei Fällen überschritten. Die Bestände des Fonds können nicht automatisch in Anspruch genommen werden. Der Fonds überprüft jedes einzelne Kreditansuchen. Die vom Fonds in der Form von Devisenkäufen gewährten Kredite können lediglich zum Zwecke der Deckung kurzfristiger Defizite im internationalen Zahlungsverkehr verwendet werden.

Die Politik des Fonds in bezug auf die Inanspruchnahme seiner Bestände hat im Laufe der vergangenen Jahre mehrfache Aenderungen erfahren und wird sich wohl auch in der Zukunft von Zeit zu Zeit ändern. Solche Umstellungen erweisen sich als notwendig, wenn sich die internationale Lage ändert; wenn alte Probleme verschwinden und neue auftauchen; wenn mit zunehmender Erfahrung und besserer Einsicht unsere Methoden verbessert werden und der Wirkungskreis des Fonds zum Wohle aller unserer Mitglieder ausgebaut werden kann.

Seit der Fonds im März 1947 seine Devisentransaktionen begonnen hat, wurden insgesamt etwas über 1,1 Milliarden Dollar von den Mitgliedern in Anspruch genommen. Der Umfang der Transaktionen in den einzelnen Jahren war sehr verschieden. Mehr als die Hälfte aller Transaktionen fiel in die ersten zwei Jahre, 1947 und 1948, also in die kritische Periode vor dem Inkrafttreten des Marshallplans. Die Transaktionen in diesen Jahren betrafen meist Mitgliedsländer in Europa und im Sterlinggebiet. In dieser Periode war es möglich, die finanziellen Schwierigkeiten dieser Jahre wenigstens bis zu einem gewissen Grade zu mildern. Als späterhin das umfassende Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten verwirklicht wurde, waren jene Länder, die Marshallplanhilfe bekamen, auf Fonds-Kredite weniger angewiesen. Ueberdies legte der Fonds es diesen Ländern nahe, ihn nicht in Anspruch zu nehmen, um späterhin, nach Beendigung des Hilfsprogramms, noch einen Rückhalt zu haben. Infolgedessen hielten sich die Transaktionen des Fonds in den Jahren 1949 bis 1951 in engen Grenzen; sie betrugen insgesamt nicht mehr als 135 Millionen Dollar und waren meist auf Länder beschränkt, die keine Marshallplanhilfe bekamen. Seit Beendigung des großzügigen Hilfsprogramms hat die Geschäftstätigkeit des Fonds wieder zugenommen. Während der Jahre 1952 und 1953 stiegen unsere Transaktionen auf 315 Millionen Dollar. Ueberdies werden weitere Beträge auf Grund spezieller Kreditzusagen in Bereitschaft gehalten.

Das Fonds-Abkommen enthält verbindliche Vorschriften in bezug auf den Rückkauf von Devisen. Mitglieder, deren Bestände an Gold und an konvertiblen Devisen über das Ausmaß ihrer Fondsquote hinaus gestiegen sind, haben die Verpflichtung, all-

jährlich einen Betrag zurückzukaufen, dessen Höhe der Hälfte des Zuwachses ihrer Reserven am Ende des Fonds-Rechnungsjahres entspricht. Abgesehen davon, steht es natürlich jedem Mitglied frei, Rückkäufe seiner Währung vom Fonds jederzeit vorzunehmen. Ich möchte schließlich auch noch darauf hinweisen, daß sich die Verschuldung eines Mitgliedes gegenüber dem Fonds auch dadurch verringern kann, daß ein anderes Mitglied die Währung des betreffenden Landes vom Fonds kauft. Mehr als die Hälfte der gesamten Kredite, die der Fonds bisher gewährt hat, wurden bereits zurückgezahlt.

Die Bestände des Fonds können als eine erweiterte Reserve der Mitgliedsländer betrachtet werden. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, die Fonds-Politik in bezug auf Inanspruchnahme seiner Bestände so zu gestalten, daß die Mitglieder darauf rechnen können, im Bedarfsfalle Kredite zu erhalten, vorausgesetzt, daß sie selbst eine angemessene Währungspolitik verfolgen. Von diesen Erwägungen geleitet, hat der Fonds in den letzten Jahren seine eigene Politik nach verschiedenen Seiten hin entwickelt. Er hat seine Mitglieder daran erinnert, daß die Rückerstattung der vom Fonds entlehnten Beträge innerhalb einer angemessenen Frist erwartet wird. Diese Frist hängt im Einzelfalle von den gegebenen Umständen ab, soll aber im allgemeinen nicht länger als drei Jahre währen; fünf Jahre werden als die äußerste Grenze angesehen. Die Mitglieder des Fonds sind sich daher bewußt, daß sie nicht auf langfristige Fonds-Kredite rechnen können und sich darauf einstellen müssen, Rückzahlungen an den Fonds innerhalb einer relativ kurzen Frist zu bewerkstelligen.

Der Fonds hat überdies Schritte unternommen, die darauf abzielen, seinen Mitgliedern die Verfügbarkeit von Fonds-Beständen unter gewissen Umständen zuzusichern. Die Mitglieder können zum Beispiel einen Betrag in der Höhe ihrer ursprünglichen Gold-einzahlung in Anspruch nehmen. Der Fonds bezeichnet dies als seine „Gold-tranche policy“. Vielleicht noch wichtiger ist aber das System der soeben erwähnten Kreditzusagen, das vor kurzem entwickelt wurde. Gemäß einer solchen Zusage kann innerhalb einer bestimmten Frist ein gewisser Betrag jederzeit in Anspruch genommen werden. Gewöhnlich wird eine Frist von 6 Monaten vorgesehen; in zwei Fällen wurde sie aber auf ein Jahr erstreckt. Mit Hilfe einer solchen Zusage wird ein Land in die Lage versetzt, gewisse Risiken auf sich zu nehmen und in der Lockerung von Devisenvorschriften oder der Wiederherstellung von Konvertibilität weiter zu gehen, als

es ihm ohne eine solche Vereinbarung möglich gewesen wäre.

#### *Die Publikationstätigkeit des Währungsfonds*

Die Erfüllung der verschiedenen Funktionen des Fonds, die ich Ihnen hier kurz geschildert habe, erfordert es natürlich, daß unser Beamtenstab die Entwicklung der Wirtschaft in allen Mitgliedsländern genau verfolgt. Nur auf diese Weise hat der Fonds die Möglichkeit, prompte Entscheidungen zu treffen, wenn ein Mitglied eine Aenderung seines Wechselkurses beantragt oder einen Kredit in Anspruch nehmen will.

Ein Teil der Informationen, die der Fonds erhält, hat streng vertraulichen Charakter und ist ausschließlich für interne Zwecke bestimmt. Uebrigens verfügt er aber über eine Anzahl von Daten, die regelmäßig veröffentlicht werden können. Die „International Financial Statistics“, die monatlich erscheinen, enthalten eine Fülle von Daten über Devisenbestände, internationalen Handel, Preise, Geldmenge, öffentliche Ausgaben und dergleichen mehr. Uebrigens publiziert der Fonds alljährlich ein Jahrbuch der Zahlungsbilanzen. Hier werden die Zahlungsbilanzen aller Mitglieder sowie diejenigen einiger anderer Länder in weitgehendem Detail und in vereinheitlichter Form veröffentlicht. Vergleiche zwischen den Bilanzen verschiedener Länder werden dadurch ermöglicht. Der Fonds ist kürzlich dazu übergegangen, die Zahlungsbilanz jedes einzelnen Landes, sobald sie verfügbar wird, separat in Form von losen Blättern zu publizieren.

Der Jahresbericht wird gleichfalls veröffentlicht. Er enthält eine Beschreibung und Analyse der internationalen Zahlungslage und einen Bericht über die Tätigkeit des Fonds im abgelaufenen Jahr. Ferner publiziert der Fonds alljährlich einen Bericht über den Stand der Devisenbeschränkungen, der unter anderem ein ausführliches Verzeichnis der bestehenden Devisenvorschriften derjenigen Länder enthält, die auf Grund der Uebergangsbestimmungen des Fonds-Abkommens Beschränkungen des Devisenverkehrs beibehalten haben.

Durch alle diese Maßnahmen trachtet der Fonds, seine Beziehungen zu seinen Mitgliedern und die Beziehungen zwischen den Mitgliedern selbst durch tieferes Verständnis für ihre gegenseitigen Probleme enger zu gestalten. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß wir in den kommenden Jahren in dieser Richtung weitere Fortschritte erzielen.



# Westeuropa und der Industrialisierungsprozeß in den unterentwickelten Ländern

Von Reginald H. Smith, New York\*

Seit Präsident *Truman* im vierten Punkt seiner Antrittsrede am 20. Januar 1949 die Frage der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder aufgeworfen und Vorschläge zu deren Lösung unterbreitet hat, ist der Begriff der „unterentwickelten Länder“ zu einem festen Bestandteil der weltwirtschaftlichen Diskussion und darüber hinaus zu einer Verpflichtung für die wirtschaftlich entwickelten Länder der Welt geworden. Das „Punkt-Vier-Programm“ nannte als Hauptziel die wirksame Abwehr der Gefahr der kommunistischen Infiltration in den unterentwickelten Ländern durch die Gewährung technischer Hilfe und die Bereitstellung des notwendigen Kapitals. Was *Truman* vorschwebte, war ein „Entwicklungsprogramm auf der Basis demokratischer Zusammenarbeit“.

Der Begriff „unterentwickeltes Land“ hat verschiedene Bedeutung. Jedes Land hat seine eigenen unterentwickelten Gebiete, genauso jede Region. Was Europa anbetrifft, so gelten als unterentwickelte Gebiete vor allem Süd- und Südosteuropa. Auf dem amerikanischen Kontinent sind es die lateinamerikanischen Länder. Betrachtet man die Welt als Ganzes, so dürfte kein Zweifel bestehen, daß die unterentwickelten Länder in erster Linie in Asien und dem Fernen Osten zu suchen sind.

In den vergangenen Jahren hat der Gedanke der Entwicklung wirtschaftlich rückständiger Gebiete vor allem in dem technischen Hilfsprogramm der Vereinten Nationen (Expanded Programme of Technical Assistance) konkrete Gestalt angenommen. Im Rahmen dieses Programms nimmt die Frage der Industrialisierung einen besonderen Raum ein. Nachdem die Bereitschaft der wirtschaftlich entwickelten Länder, den unterentwickelten Ländern zu helfen, vorhanden ist, geht es heute vor allem um die Frage, wie diese Hilfe am wirksamsten erfolgen und welchen Beitrag Westeuropa hierzu leisten kann.

Mit diesen Fragen befaßt sich der nachstehende Beitrag aus der Feder eines südafrikanischen Staatsangehörigen, der dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen in New York als Wirtschaftssachverständiger angehört. Der Autor stützt sich dabei sowohl auf die Erfahrungen, die er auf Studienreisen in die unterentwickelten Gebiete sammeln konnte, als auch auf die Kenntnis der Gegebenheiten in den westeuropäischen Ländern.

H. V.

## I. Einige Merkmale der unterentwickelten Länder

Obwohl in den letzten Jahren der Ausdruck „unterentwickeltes Land“ immer gebräuchlicher geworden ist, gibt es doch keinen allgemeingültigen Maßstab, nach dem der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung, der von einem Lande erreicht wurde, gemessen oder verglichen werden könnte. Armut ist unverkennbar ein wichtiger Faktor dabei, doch ist — ganz abgesehen von der Anfechtbarkeit der für die einzelnen Personen anzuwendenden Vergleichsmaßstäbe bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse — das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung nicht leicht meßbar, besonders in Gebieten, die am Rande oder weit außerhalb der Tauschbeziehungen liegen, die den Generalnennen für das Geld und die Preise bilden, nach denen das Sozialprodukt berechnet und verglichen werden kann. Für gewöhnlich tritt noch ein anderes Element bei den meisten Diskussionen über „unterentwickelte Länder“ auf, nämlich der Begriff „mögliches Potential“, demzufolge die Existenz von Hilfsquellen als bekannt vorausgesetzt oder an-

genommen wird, die zwar im Augenblick nicht in Anspruch genommen oder nur wenig herangezogen oder ausgenutzt werden, die aber produktiver ausgenutzt werden könnten, sei es durch die Anwendung fortgeschritteneren Wissens, besserer Technik, leistungsfähigerer Organisation oder eines zusätzlichen Produktionsfaktors — in den meisten Fällen Kapital, woran es in dem betreffenden Lande besonders mangelt.

Für die Zwecke dieses Aufsatzes ist es nicht nötig, die Gradunterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung noch genauer zu definieren. Es genügt, einige charakteristische Merkmale zu umreißen, die dazu beitragen, die weniger entwickelten Länder von den stärker entwickelten zu unterscheiden. Der am häufigsten auftretende Mangel ist wohl die Knappheit an Kapital im Verhältnis zur Größe des Landes und zur Zahl der Arbeitskräfte. In einigen der ärmsten Länder geht die Tendenz dahin, daß Arbeitskräfte in einem Uebermaß im Vergleich zur Größe des Landes vorhanden sind. Andererseits gibt es viele unterent-

\*) Die Uebersetzung besorgte Eva Jentsch, Bonn.

wickelte Länder, in denen die Bevölkerungszahl relativ gering ist. Wie dicht aber auch immer ein Land besiedelt sein mag, hat doch die Bevölkerung für gewöhnlich einen niedrigen Bildungsstand und somit einen ziemlich beschränkten Grad an allgemeinem und Fachwissen. In mehreren weniger entwickelten Ländern wirkt das System des Grundbesitzes — in einigen Fällen zusammen mit dem Bevölkerungsdruck — der wirksamsten Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen entgegen.

Diese Attribute der Produktionsfaktoren spiegeln sich für gewöhnlich in der wirtschaftlichen Organisation des Landes wider. Die meisten unterentwickelten Länder haben einen großen Versorgungssektor, in dem nur ein unbedeutender Teil der Arbeitskräfte beschäftigt ist und in dem sich die Produktion auf eine begrenzte Anzahl von Gütern — meistens Lebensmittel — beschränkt, die für mehr oder weniger sofortigen Konsum benötigt werden. Unter diesen Umständen bestehen die Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt aus dem Export einer kleinen Anzahl von Rohstoffen — landwirtschaftliche Produkte oder Mineralien — und der Einfuhr von verschiedenen Arten von Fertigwaren. Das Handels- und Finanzsystem dient in erster Linie dieser Art des Handels und dringt für gewöhnlich nicht sehr tief in den Versorgungssektor ein.

Die ausgeführten Rohstoffe können Produkte der Bauernwirtschaft sein — wie beispielsweise Kakao an der Goldküste — oder Produkte der Plantagenwirtschaft — wie beispielsweise Kaffee in Brasilien — oder eine Kombination der beiden — wie Gummi in Indonesien. Sie können aber auch Produkte einer geringfügigen Schürftätigkeit sein — wie beispielsweise Antimon in China — oder des Untertagebaues — wie Kupfer in Nordrhodesien — oder eine Kombination der beiden — wie Zinn in Bolivien, Nigerien oder Malaya. Manchmal wird dieser Export von einheimischen Unternehmen organisiert, aber in vielen der weniger entwickelten Gebiete spielen ausländische Firmen eine beherrschende Rolle, nicht nur bei der Produktion von Exportrohstoffen, sondern auch in den am Export beteiligten Wirtschaftssparten, wie Transport, Handel, Bank- und Finanzwesen.

Der Mangel an unternehmerischer Tüchtigkeit und Fachkenntnissen, der viele unterentwickelte Gebiete so abhängig von der ausländischen Initiative und Organisation macht, zeigt sich auch in der öffentlichen Verwaltung. Die Fähigkeit der Regierungen zur Organisation und Durchführung größerer Entwicklungsprojekte ist ernstlich begrenzt durch Mangel an geeignetem Personal. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Vereinfachung der Methoden in der Praxis, wenn nicht sogar in der Statuierung der meisten Regierungsmaßnahmen. Dies wirkt sich besonders im Steuersystem aus, was dazu führt, daß viele der weniger entwickelten Länder in starkem Maße von

indirekten Steuern, wie beispielsweise Ein- und Ausfuhrzöllen, abhängig sind. Da die Importmöglichkeiten eines Landes das Ergebnis seiner Exporteinkünfte sind, besteht in diesen Fällen die Tendenz, daß die Staatseinkünfte von dem Umfang und den Preisen des Exports unmittelbar abhängig sind. Außerdem neigt in einigen unterentwickelten Ländern, in denen die einheimische Wirtschaft sehr unproduktiv ist, der Außenhandel dazu, eine Hauptkomponente des Sozialprodukts zu werden. Schwankungen im Export wirken sich daher besonders störend auf das Wirtschaftsleben solcher Länder aus; dabei ist zu beachten, daß Rohstoffe, die in den weniger entwickelten Ländern einen großen Teil des Exports ausmachen, meist einen äußerst unbeständigen Markt haben.

Ein weiteres Charakteristikum der unterentwickelten Länder verdient, in diesem einführenden Teil erwähnt zu werden: die Tatsache, daß die Art ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verfassung gewissen Formen des modernen Unternehmens nicht förderlich ist. Familien-, Sippen- oder Stammesgesellschaften lassen sich oft schlecht mit einer mehr individualistischen beruflichen Gliederung in Einklang bringen; die Einstellung zu Arbeit und Lebensbedürfnissen ist nicht immer günstig für Lohnarbeit und Investitionen; das Nichtvorhandensein einiger in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebieten geläufigen Einrichtungen auf dem Gebiete des Finanz- und Rechtswesens und des Handels behindert das wirksame Einströmen von Betriebsmitteln in neue Unternehmen und neue wirtschaftliche Tätigkeitsgebiete; und die Unzulänglichkeit der Elektrizitätsversorgung, des Transportwesens, der Wasserstraßen und Verbindungswege und anderer öffentlicher Dienste, die in den industrialisierten Gebieten ohne weiteres zur Verfügung stehen, führt dazu, neue Investitionen in Fabrikanlagen nicht ratsam erscheinen zu lassen.

Zu statistischen Zwecken ist folgende gruppenmäßige Zusammenfassung der Gebiete, die als unterentwickelt gelten, oft passend: Lateinamerika, Afrika, Osteuropa, der Mittlere Osten und Südostasien. So gesehen würden mehr als zwei Drittel der Bevölkerung der Welt in unterentwickelten Ländern leben. Obwohl das Durchschnittseinkommen in diesem großen Gebiet sehr niedrig ist, wenn man es mit Nordamerika, Westeuropa oder Australien vergleicht, gibt es offensichtlich große Unterschiede innerhalb dieses Gebietes, nicht nur zwischen den stärker oder weniger entwickelten Ländern, sondern auch zwischen den stärker oder weniger entwickelten Teilen der einzelnen Länder. Argentinien oder Südafrika beispielsweise haben einen höheren Grad der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, desgleichen ein höheres Einkommen pro Kopf der Bevölkerung als beispielsweise Äthiopien oder Saudi-Arabien. Große Stadtzusammenballungen wie Santiago, Mexico City, Sao Paulo, Buenos Aires, Johannesburg, Kairo, Bombay oder



Schanghai haben in mancher Beziehung eine engere wirtschaftliche Verwandtschaft mit den Großstädten der industriell fortgeschrittenen Länder als mit ihrem eigenen bäuerlichen Hinterland, das in vielen Fällen sehr stark auf der Grundlage mehr oder weniger autarker Dörfer oder Stammesgemeinschaften organisiert ist.

Trotz der Vielfalt der Bedingungen, die in diesem

weiten Gebiet anzutreffen sind, ist es in gewissem Sinne vorteilhaft, es insgesamt als unterentwickelt zu behandeln. Vieles, das in dem folgenden Abschnitt dargelegt wird, basiert auf einer Erfahrungsanalyse derjenigen der weniger entwickelten Länder, die wirklich eine Industrialisierung in einem gewissen Umfang während der vergangenen drei oder vier Jahrzehnte durchgemacht haben.

## II. Die Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung

### *Die Komponenten des Entwicklungsprozesses*

Genau wie der Begriff „unterentwickeltes Land“ noch nicht genau und allgemeingültig definiert worden ist, so verkörpert der Begriff „wirtschaftliche Entwicklung“ eine Anzahl von Vorgängen, deren relative Bedeutung je nach der Lage beachtliche Unterschiede aufweist. Allgemein gesehen gibt es fünf verschiedene, aber eng miteinander verbundene Komponenten des Entwicklungsprozesses, und um die Auswirkungen auf die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder Westeuropas abzuschätzen, welche die in den unterentwickelten Ländern durch diesen Prozeß verursachten Veränderungen wahrscheinlich haben werden, ist es notwendig, jede dieser Komponenten zumindest kurz zu untersuchen.

Ein Element im Entwicklungsprozeß ist Erforschung im weitesten Sinne des Wortes: die Entdeckung und Erschließung neuer natürlicher Hilfsquellen. Dies könnte durch eine mehr oder weniger systematisch durchgeführte Untersuchung erreicht werden, die zur Ausbeutung neuer Mineral- oder Waldreserven führt, durch den Bau einer Straße oder Eisenbahnlinie, die eine Handelsverbindung zu vorher nicht zugänglichen Gebieten herstellt, oder durch die Heranziehung eines Flusses zur Bewässerung oder Wasserkraftversorgung für Teile des Landes, die vorher an Wasser- oder Strommangel litten.

Ein weiteres Element im Entwicklungsprozeß ist die Aufgliederung des Wirtschaftslebens: eine Expansion des Bereichs der wirtschaftlichen Betätigung. Dies könnte erreicht werden durch die Erforschung und Ausbeutung neuer und verschiedener Hilfsquellen, durch die Bereicherung des Wissens und der Fachkenntnisse der Bevölkerung oder durch die Errichtung von Unternehmen zur Veredelung oder Verarbeitung von Gütern, die vorher als Rohstoffe exportiert wurden, oder zur Herstellung neuer Artikel oder Waren im eigenen Land, die vorher importiert wurden.

Ein verwandtes Element im Entwicklungsprozeß ist die Spezialisierung: Arbeitsteilung in stärkerem Maße und intensivere Konzentration einzelner Produktionsfaktoren auf spezielle wirtschaftliche Funktionen. Dies kann erreicht werden durch eine bessere Ausbildung der Arbeiter, den Einsatz spezialisierter Maschinen, durch die Aufteilung des mehr oder weniger autarken Versorgungssektors der Wirtschaft

und den Uebergang zu einem Tauschsystem zwischen größeren Personenkreisen, die vorher eine große Anzahl von Dienstleistungen nur für sich selbst und ihre Familien ausgeführt hatten, oder durch die Bildung eines Marktes, der groß genug ist, um die Einschränkung des Ausmaßes der individuellen Produktion zu rechtfertigen.

Ein viertes Element im Entwicklungsprozeß ist Leistungsfähigkeit: die Steigerung des durchschnittlichen Produktivitätsstandards. Dies kann erreicht werden durch die Einwirkung jedes der drei vorher erwähnten Elemente, durch die Beseitigung von Einrichtungen und Verhaltensweisen, die die Produktion beeinträchtigen, durch die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Organisation oder durch die verstärkte Zuführung eines oder mehrerer Produktionsfaktoren — insbesondere Kapital —, um sie in wirksamerer Kombination für Produktionszwecke einsetzen zu können.

Ein fünftes Element in dem Entwicklungsprozeß — das letzte, das in dem vorliegenden Aufsatz berücksichtigt werden soll — ist der Wohlstand: die Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens. Dies ist das endgültige Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung und stellt somit in gewissem Sinne einen Maßstab dar, an dem die Wirksamkeit der anderen vier Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung gemessen werden kann. Seine Bedeutung in dem vorliegenden Zusammenhang liegt nicht nur in seinen Auswirkungen auf Westeuropa und die anderen „fortgeschrittenen“ Gebiete der Welt — die zusammen mit den Auswirkungen der anderen Komponenten im folgenden diskutiert werden —, sondern ebenfalls in der Tatsache, daß es die kumulative Natur des Entwicklungsprozesses illustriert. Soweit sie richtig verstanden und erfolgreich durchgeführt werden, zielen alle Bemühungen, neue Hilfsquellen zu erschließen, eine verstärkte Aufgliederung der Wirtschaft herbeizuführen, die Arbeitsteilung zu erweitern und den Leistungsgrad der Produktionsfaktoren zu erhöhen, darauf ab, das Bruttosozialprodukt des Landes und damit das Durchschnittseinkommen seiner Bürger zu erhöhen. Höhere Einkommen wiederum bereiten durch die Expansion des Inlandsmarktes, durch die Erleichterung des Sparens und der Kapitalbildung, durch die Erhöhung des Steueraufkommens und durch die Möglichkeit, mehr Geld für so grund-

legende öffentliche Dienste wie Gesundheits- und Erziehungswesen auszugeben, den Weg für eine weitere Entwicklung: großzügigere Forschung, Erweiterung des Bereichs der wirtschaftlichen Betätigung, Erhöhung des Grades der Spezialisierung und Leistungsfähigkeit der Produktion.

### *Die Schwierigkeiten der Einleitung der Industrialisierung*

Wenn auch die kumulative Natur des Entwicklungsprozesses hervorgehoben wird, soll damit nicht behauptet werden, daß er leicht durchzuführen sei. Im Gegenteil: das Beschleunigungsprinzip wirkt sich nach zwei Seiten aus, und so ist in den am wenigsten entwickelten Ländern etwas wie ein *circulus vitiosus* anzutreffen: Armut, Kapitalmangel, niedriges Bildungsniveau und schlechter Gesundheitszustand sind alles Charakteristika, die dazu neigen, sich gegenseitig zu verstärken und zu verewigen. Um aus diesem Zirkel auszubrechen und das Beschleunigungsprinzip mit dem Ziele des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes anzuwenden, bedarf es ungeheurer Anstrengungen. Bei weitem der größere Teil dieser Anstrengungen muß von dem unterentwickelten Land selbst gemacht werden: es muß eine ehrliche und tüchtige Verwaltung errichten und aufrechterhalten, es muß einige der persönlichen und sozialen Einstellungen und Gewohnheiten überwinden, die der Produktion höchst feindlich gegenüberstehen. Es muß Institutionen errichten, die das Sparen begünstigen, und die

Investitionen in jene Kanäle lenken, in denen sie in sozialer Hinsicht am nützlichsten werden. Es muß ein Steuersystem organisieren und praktisch durchführen, durch das Geldmittel, die so gleichmäßig wie möglich von Einzelpersonen und Körperschaften einzuziehen sind, so nutzbringend wie möglich angewandt werden, um notwendige soziale Dienste und, wo nötig, jene Elemente des wirtschaftlichen Unterbaus — insbesondere Transport- und Verbindungswesen, Wasser- und Stromversorgung —, ohne die die industrielle Entwicklung unmöglich ist, zu finanzieren.

Wenn man an die allgemeinen typischen Merkmale der unterentwickelten Länder denkt, so ist dieses Entwicklungsprogramm lang und beschwerlich, besonders wenn — wie weiter oben gefordert — die Hebung des individuellen Lebensstandards als das vornehmste Ziel angesehen wird, denn dies schließt ungebührlich harte Maßnahmen zur Einschränkung des laufenden Verbrauchs zugunsten höherer Investitionen aus. Selbst wenn die Hebung des Lebensstandards zeitlich hinausgeschoben wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß er in vielen unterentwickelten Ländern so niedrig ist, in jedem Falle nur ein geringer Spielraum, um den der Verbrauch zugunsten der Erschließung von Hilfsquellen für Zwecke der Kapitalbildung eingeschränkt werden kann. Das ist der wirtschaftliche Hintergrund, vor dem die Haltung und die Politik Westeuropas in bezug auf den Fortschritt in den weniger entwickelten Teilen der Welt festgelegt werden müssen.

### III. Die Rolle Westeuropas bei der Industrialisierung der unterentwickelten Länder

#### *Die Zwangsläufigkeit der Industrialisierung*

Historisch gesehen hat Westeuropa einen sehr engen Kontakt mit den unterentwickelten Gebieten gehabt, zumindest seit dem 16. Jahrhundert. Einige hat es bekämpft, andere kolonisiert, wieder andere zu Satelliten zu machen versucht, und mit den meisten hat es kulturelle und wirtschaftliche Bindungen gehabt. Im Falle Nordamerikas und Australiens hat Westeuropa eine große Rolle bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gespielt. So hat also Westeuropa traditionsgemäß ein besonderes Interesse und eine besondere Verantwortung für den Fortschritt der Länder, die gegenwärtig als unterentwickelt gelten.

Da die Intensität und der Umfang der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westeuropa und den unterentwickelten Gebieten vielleicht in sich selbst einer Wandlung entgegenwirken, sollte man wohl diese Diskussion damit beginnen, vorauszusetzen, daß jetzt sehr starke Kräfte am Werk sind, um die Entwicklungsstruktur vieler unterentwickelter Länder zu formen, und daß in diesen Fällen europäische Politik den Industrialisierungsprozeß zwar unterstützen oder beschleunigen, hemmen oder verzögern, ihn aber wahrscheinlich nicht verhindern können wird. Die Ereignisse der letzten drei oder vier Jahrzehnte, besonders die große Wirtschaftskrise und der Zweite

Weltkrieg, die den Ansporn zum Entstehen neuer und dem Wiederaufleben alter nationalistischer Gefühle gaben, haben dazu beigetragen, vielen der weniger entwickelten Gebiete die Verwundbarkeit der Wirtschaftsgefüge vor Augen zu führen, die stark von ein oder zwei Exportartikeln abhängig sind. Die Umwälzung in den Verbindungsmitteln, die durch das Flugzeug, Kino, Bilder, Zeitungen und Rundfunk herbeigeführt wurde, hat in starkem Maße den Menschen in den unterentwickelten Ländern den Unterschied zwischen ihrem eigenen Lebensstandard und dem, der in den höher industrialisierten Ländern erreicht wurde, bewußter werden lassen. Uebrigens hat ein Blick auf die Geschichte viele von ihnen daran zweifeln lassen, ob die internationale Arbeitsteilung, die sich während des 19. Jahrhunderts entwickelte, wünschenswert und von Dauer sei. Viele haben eingesehen, daß ein Volumen des internationalen Handels, das sie mit einer nur annähernd so großen Menge von Konsumgütern versorgen würde, wie sie in den stärker industrialisierten Ländern zur Verfügung steht, völlig unerreichbar ist<sup>1</sup>. In einigen der dichter bevölkerten Gebiete der unterentwickelten Länder ist außerdem die Produktivität der Arbeit auf dem Lande so gering, daß eine ansehnliche Anzahl

<sup>1</sup>) Fußnote 1 befindet sich auf der folgenden Seite.



von Arbeitern einer industriellen oder anderen Beschäftigung zugeführt werden könnte, ohne damit die landwirtschaftliche Produktion in untragbarem Ausmaß zu reduzieren. Wenn ihnen in der neuen Beschäftigung Kapital zur Verfügung gestellt werden könnte und wenn Mittel ausfindig gemacht werden könnten, um die Zufuhr von genügend Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem landwirtschaftlichen Sektor zu gewährleisten, könnten durch ihre Arbeit neue Industrien mit sehr niedrigen sozialen Lasten betrieben werden.

Aus diesen und anderen Gründen bedingen die Entwicklungspläne der meisten unterentwickelten Gebiete ein gewisses Maß an Industrialisierung, während im allgemeinen ihre Wirtschaftspolitik auf Aufgliederung abzielt, wobei die Ermutigung zur Fabrikarbeit eine wichtige Rolle spielt. Es geht daher nicht mehr um die Frage, ob diese Länder industrialisieren sollten: die Fragen, die jetzt gestellt werden müssen, beziehen sich auf das Tempo der Industrialisierung, die Art der Industrien, die errichtet werden könnten, und auf das Ausmaß der Industrialisierung, das innerhalb der nächsten ein oder zwei Jahrzehnte erreicht werden könnte. Es soll nicht versucht werden, diese Art von Fragen in dem vorliegenden Aufsatz zu behandeln, aber es muß betont werden, daß die Antwort stark von der Haltung und Politik abhängig sein wird, die von den fortgeschritteneren Ländern einschließlich Westeuropas eingenommen wird.

#### *Nachteilige Folgen mangelnder Hilfeleistung*

Ohne die Unterstützung der fortgeschritteneren Länder wird das industrielle Wachstum der weniger entwickelten Länder unvermeidbar langsamer erfolgen, es wird wahrscheinlich viel größere soziale Lasten verursachen, und es wird mit größerer Wahrscheinlichkeit autarke Formen annehmen, die auf lange Sicht auf den Zerfall des Welthandels und, für die Welt als Ganzes gesehen, auf einen niedrigeren Lebensstandard, als er unter anderen Umständen erreicht werden könnte, hinwirken würden. Je weniger Hilfe von außen dem unterentwickelten Land im Verlaufe der Industrialisierung zuteil wird, um so mehr muß es auf das Mittel der Drosselung des Inlandsverbrauchs zurückgreifen, um das ihm zur Verfügung stehende Kapitalvolumen zu erhöhen; um so mehr wird es auch auf seinen Zahlungsausgleich und die Einsparung von Devisen bedacht sein müssen, sowohl in seiner Außenhandelspolitik als auch in seinem inländischen Investitionsprogramm; um so

notwendiger wird die Regierungskontrolle über die Verteilung der Rohstoffe sein; und um so größer sind die Gefahr des Irrtums und die Gefahr, die Experimente und Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Um einige der Folgen fehlender ausländischer Hilfe bei den Industrialisierungsanstrengungen eines unterentwickelten Landes zu umreißen, muß man die Form, die eine solche Hilfe annehmen könnte, aufzeigen. Zu diesem Zweck ist es jedoch notwendig, sich deutlicher auszudrücken und besonders jene Aspekte der westeuropäischen Wirtschaftspolitik zu prüfen, die einen besonderen Einfluß auf das industrielle Wachstum der weniger entwickelten Gebiete haben. Vier direkte Kontaktpunkte zwischen der fortgeschritteneren Wirtschaft Westeuropas und der weniger fortgeschrittenen Wirtschaft Osteuropas, Asien, Afrikas und Südamerikas — nämlich die Kapitalbewegung, die Bewegung der Arbeitskräfte und Fachkräfte, die technische Hilfe und die Handelspolitik — verdienen studiert zu werden, obwohl in diesem Zusammenhang nicht mehr geschehen kann, als die Probleme zu klären, die mit jeder dieser Fragen zusammenhängen.

#### *Erleichterung des Kapitalzuflusses*

Angesichts dessen, was in dem ersten Teil dieses Aufsatzes über den charakteristischen Kapitalmangel in den unterentwickelten Ländern gesagt wurde, liegt es klar auf der Hand, daß alles, was Westeuropa tun kann, um die Kapitalbewegung in diese Länder zu erleichtern, wahrscheinlich zu deren industriellem Wachstum beitragen wird. Kriege und Wirtschaftskrisen haben die absolute und relative Bedeutung der westeuropäischen Kapitalmärkte herabgemindert; aber wenn die unterentwickelten Länder, seien es die Regierungen oder privatwirtschaftlichen Körperschaften, Zugang zu ihnen hätten, könnte ihnen das noch immer einen Fluß von Kapital einbringen. Für gewöhnlich noch wichtiger für industrielle Zwecke ist die Kapitalbewegung, die entsteht aus direkten Investitionen in den weniger entwickelten Ländern durch Einzelpersonen oder Gesellschaften der fortgeschritteneren Länder, die eine Kontrolle über die sich daraus ergebenden Aktiva beibehalten. Ein großer Teil der Investitionen dieser Art wird ausgeführt durch die Eröffnung von Zweigniederlassungen oder Filialen eingeführter Firmen. Unter diesen Bedingungen könnten sie von Beschränkungen betroffen werden, die seitens der Regierungen der Kapitalausfuhr auferlegt werden, oder von überhöhten Steuern auf die aus ausländischen Investitionen stammenden Einkünfte. Was das Letztgenannte anbetrifft, so tendiert die Entwicklung dahin, daß man versucht, eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, und vereinbart, daß von dem Einkommen, das nicht nur der Besteuerung im Ursprungsland unterliegt, entsprechende Beträge von der Besteuerung im Empfängerland abgesetzt werden können.

Der größte Teil des Kapitals, das von West-

<sup>1)</sup> Man hat berechnet, daß man in den wirtschaftlich ziemlich günstigen Jahren 1926—29, um im Durchschnitt ungefähr die gleiche Menge Waren pro Kopf der Bevölkerung in die unterentwickelten Länder (zwei Drittel der Weltbevölkerung) zu liefern, wie sie etwa den Einwohnern von 25 der am höchsten industrialisierten Länder zur Verfügung steht, die Einfuhren auf mehr als das Dreißigfache hätte erhöhen müssen, was einer vierfachen Expansion des Gesamtvolumens des internationalen Handels zu dieser Zeit entsprochen hätte. (Vgl. League of Nations: „Industrialization of Foreign Trade“, Genf 1945, S. 33.)

Europa in naher Zukunft für industrielle Investitionen in die unterentwickelten Gebiete fließen wird, wird wahrscheinlich Privatkapital sein. Aber in der Nachkriegszeit ist auch öffentliches Kapital in nicht unbeträchtlichen Mengen von verschiedenen Mutterländern in deren abhängige Gebiete geflossen. Davon ist jedoch nur ein kleiner Teil in die Fertigwarenindustrie gegangen, da sich viele dieser Gebiete in einem vorkommerziellen Stadium der wirtschaftlichen Evolution befinden und einen großen Teil des Kapitals für die Schaffung eines geeigneten Unterbaus — Verbindungswege, Strom- und Wasserversorgung — und für eine beträchtliche Expansion der heimischen Marktwirtschaft benötigen, ehe eine industrielle Investition größeren Ausmaßes Platz greifen kann. Nichtsdestoweniger gibt es wahrscheinlich Raum für viele weitere öffentliche Projekte, wie beispielsweise die Zementfabriken in Nordrhodesien und Trinidad, die Sägewerke in Nigerien und Britisch-Guayana und die Schlacht- und Kühlhäuser in Betschuanaland.

Für ein unterentwickeltes Land ist einer der hauptsächlichsten Verwendungszwecke ausländischer Anleihen die Deckung ihres Devisenbedarfs für Investitionsausgaben. Wenn eine ausländische Kapitalquelle zur Verfügung steht, wird das Land wahrscheinlich eher in der Lage sein, seine wirtschaftliche Entwicklung stetig fortzusetzen, ohne ungebührlich mit Sorgen um Zahlungsausgleichsschwierigkeiten belastet zu sein. Dies liegt sehr stark im Interesse der fortgeschritteneren Länder, denn solche Schwierigkeiten würde man nicht nur auszuschalten suchen durch Außenhandelskontrollen und Quoten, die im internationalen Handel sehr störend wirken, sondern sie würden vielleicht auch die Investitionsplanung in dem unterentwickelten Land dahingehend beeinflussen, daß man versucht, die Einfuhr durch eigene Produktion zu ersetzen, und dabei diejenigen Industrien unterstützt, die dazu beitragen, die Abhängigkeit vom Außenhandel zu vermindern, manchmal ohne Erwägungen genügend Beachtung zu schenken, die mit viel größerer Wahrscheinlichkeit zur produktivsten Ausnutzung der einheimischen Hilfsquellen führen würden.

#### *Die Versorgung mit gelernten Arbeitskräften*

Die Kapitalbewegung bedingt natürlich zwei Partner, und die Bedingungen im Empfängerland sind wahrscheinlich wichtiger für die Aufrechterhaltung des Kapitalflusses als das bloße Öffnen des europäischen Kapitalmarktes für die unterentwickelten Länder<sup>2</sup>. In ähnlicher Weise wird die Bewegung von Arbeitskräften und Fachleuten von Westeuropa in die weniger entwickelten Gebiete wahrscheinlich mehr

beeinflußt durch die Immigrationspolitik in den letzteren als durch die Emigrationspolitik in Westeuropa. Viele unterentwickelte Gebiete sind auf die Dauer ungeeignet für eine Einwanderung aus Europa, entweder wegen des Klimas oder weil die Relation der Bevölkerung zur Größe des Landes bereits ungünstig ist. Wo eine Niederlassung auf die Dauer physisch und politisch möglich ist, wird die industrielle Entwicklung offensichtlich am meisten profitieren von einer Heranziehung jener Fachkräfte, die dort am meisten fehlen. Dies sind für gewöhnlich Betriebsleiter und Techniker, obwohl in vielen Ländern auch ein Bedarf an Vorarbeitern und Verwaltungspersonal besteht und in anderen Ländern an Arbeitskräften in den mittleren Stufen der Industrie. Der brauchbarste Typ des Einwanderers ist der, der nicht nur im Besitz des erforderlichen Wissens und der erforderlichen Fachkenntnisse ist, sondern der auch bereit ist, sich den technischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in dem unterentwickelten Land anzupassen. In vielen Fällen erfordert das die Eigenschaften eines Pioniers.

Obwohl vor dem Ersten Weltkrieg Westeuropa einen beachtlichen Teil der Industriearbeiter in Nordamerika, Australien und in anderen Teilen der Neuen Welt stellte, liegt es auf der Hand, daß kaum jemals wieder mit einem vergleichbaren Strom von Einwanderern gerechnet werden kann. Der Beitrag der europäischen Auswanderer zu dem Bedarf an Arbeitskräften und Fachleuten der in der Industrialisierung befindlichen Länder wird in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wahrscheinlich nur unbedeutend sein, obwohl er quantitativ wichtig sein kann für ein oder zwei Gebiete — Lateinamerika beispielsweise — und qualitativ in vielen Fällen, in denen der Mangel an bestimmten Fachkräften die Entwicklung verlangsamt. Ein größerer Beitrag zur besseren Beschildung des industriellen Arbeitsmarktes der weniger entwickelten Länder wird wahrscheinlich von dem Personal der Zweigstellen oder Filialen der europäischen Firmen im Ausland geleistet werden. Das Personal dieser Konzerne besteht im allgemeinen teils aus Einheimischen, teils aus Arbeitern, die im Heimatland eingestellt wurden und ihre Ausbildung oft im Stammhaus der Firma erhielten. Obwohl einige dieser Arbeiter sich vielleicht in dem unterentwickelten Land ansiedeln werden, werden viele höchstens ein paar Jahre dort arbeiten. Während dieser Zeit ist ihre wichtigste Aufgabe vom Standpunkt des unterentwickelten Landes die Weitergabe ihrer Kenntnisse, entweder durch ihr Beispiel oder durch förmlichen Unterricht. Viele der weniger entwickelten Länder haben dies klar zum Ausdruck gebracht, indem sie ein Mindestverhältnis des einheimischen Personals zu dem aus dem Ausland herangezogenen Personal der verschiedenen Beschäftigungsstufen in den in ausländischem Besitz befindlichen Gesellschaften festgelegt haben. Wo diese Bestimmungen wohlmeinend beach-

<sup>2</sup>) Dieser Aspekt des Problems liegt außerhalb des Bereiches des vorliegenden Aufsatzes. Eine nützliche Abhandlung dieses Themas findet sich in zwei Veröffentlichungen der Vereinten Nationen: „Methods of Financing Economic Development in Under-Developed Countries“, Sales Number 1949/II. B. 4, und „The International Flow of Private Capital“, Sales Number 1954/II. D. 1.



tet werden, mit gebührender Rücksicht auf das wirk-  
same Funktionieren der Firma, wird der europäische  
Arbeiter wahrscheinlich die Doppelrolle, die ihm zu  
spielen aufgetragen ist, anerkennen und sich mit ihr  
befreunden.

### Die „technische Hilfe“

In den letzten Jahren ist das Ausbildungswesen  
präziser organisiert worden durch die Einrichtung,  
die als „Technische Hilfe“ bekannt ist. Ihr wirtschaft-  
liches Hauptmerkmal ist ein kooperatives Programm  
zur Erleichterung der internationalen Bewegung von  
Kapital und Arbeitskräften — hauptsächlich in der  
Form der Vermittlung von Fachkenntnissen und Spe-  
zialwissen. Vielleicht der bekannteste dieser Pläne,  
an dem sich westeuropäische Länder beteiligen, ist  
das sogenannte „Erweiterte Programm“ der Vereinten  
Nationen, durch das seit 1949 ungefähr 20 Millionen  
Dollar jährlich für diesen Zweck aufgewendet wurden.  
Seit 1950 hat der Colombo-Plan eine ähnliche Funk-  
tion für Südostasien übernommen, wenn auch in einem  
viel kleineren Maßstab. Und seit 1929, als das erste  
Colonial Development and Welfare Act im Vereinigten  
Königreich verkündet wurde, ist Hilfe ähnlicher Art  
in unterschiedlichem Maße von Mutterländern in ihre  
unterentwickelten Besitzungen geflossen. Nur ein sehr  
kleiner Teil der Fonds, die für diese technischen Hilfs-  
programme bereitgestellt wurden, wurde speziell für  
die Entwicklung der Fertigwarenindustrie verwendet,  
der größte Teil hat jedoch zweifellos dazu bei-  
getragen, die wirtschaftlichen und sozialen Verhält-  
nisse zu verbessern und sie für die Errichtung ein-  
heimischer Fabriken geeigneter zu machen.

Die Technische Hilfe befindet sich noch stark im  
Experimentierstadium; bis jetzt war ihr grundlegen-  
der Bestandteil die Entsendung von Personal: die  
Dienste von Experten mit besonderen Kenntnissen  
und besonderem Fachwissen werden dem unterent-  
wickelten Land für eine bestimmte Zeit zur Verfügung  
gestellt, oder es werden in dem fortgeschritteneren  
Land Einrichtungen zur Ausbildung von Schlüsselpersonal  
des weniger entwickelten Landes auf den  
Gebieten zugänglich gemacht, auf denen die einheimische  
Erfahrung unzureichend ist. Im allgemeinen  
ist nur ein kleiner Teil der zu diesem Zwecke zur Ver-  
fügung gestellten Fonds für den Kauf von Ausrüstung  
und anderen wichtigen Kapitalgütern benutzt worden,  
und die meisten Ausgaben, die in den unterentwickel-  
ten Gebieten entstanden, sind von der einheimischen  
Regierung gedeckt worden.

Obwohl in den letzten Jahren die Vereinigten  
Staaten den größten Teil der Fonds für die Technische  
Hilfe gestellt haben, hat Westeuropa eine wichtige  
Aufgabe auf diesem Gebiet, besonders was die Fer-  
tigwarenindustrie anbetrifft. Weil die europäischen  
Märkte relativ klein sind und weil die Arbeitskräfte  
im Vergleich zum Kapital relativ billig sind, ent-  
sprechen die Bedingungen in den meisten westeuro-  
päischen Ländern mehr denjenigen, mit denen man

im Verlaufe des wirtschaftlichen Fortschrittes in vielen  
unterentwickelten Ländern rechnen kann, als die in  
den Vereinigten Staaten mit ihrem großen Inlands-  
markt, ihren hochbezahlten Arbeitskräften und ihrer  
hochmechanisierten Produktionsform. Daher sind in  
vielen Fällen die Kenntnisse der Experten aus West-  
europa und die Ausbildung und die Erfahrungen, die  
westeuropäische Fabriken vermitteln, besser ange-  
paßt und nützlicher zur Lösung der Industrialisie-  
rungsprobleme in den unterentwickelten Ländern.

### Der Einfluß der Handels- und Kreditpolitik

Das vierte Gebiet, auf dem die europäische Politik  
wahrscheinlich die Richtung und den Grad des indu-  
striellen Wachstums der weniger entwickelten Gebiete  
beeinflussen wird, ist das des normalen internationalen  
Handels. Vielleicht der wichtigste Punkt, auf den in  
diesem Zusammenhang hinzuweisen wäre, ist die rezi-  
proke und multiplizierende Wirkung autarker Hand-  
lungen und Tendenzen, und in diesem Lichte sollte  
die Beziehung zwischen der Zollpolitik in den west-  
europäischen Ländern und der Industrialisierungspo-  
litik in den weniger entwickelten Ländern geprüft  
werden.

Obwohl vielleicht Westeuropas relative Bedeutung  
jetzt nicht mehr so groß ist wie vor dem Kriege, als  
die Vereinigten Staaten nur ein kleinerer Importeur  
von Rohstoffen waren, ist es doch noch ein großer, in  
mancher Beziehungen sogar der größte Markt für die  
hauptsächlichen Ausfuhren aus den unterentwickelten  
Gebieten. Alles was dazu führen könnte, diesen Markt  
abzuschneiden oder zu verkleinern, erhöht die Dring-  
lichkeit der wirtschaftlichen Aufgliederung — und da-  
mit der Industrialisierung — in den Exportländern.  
So führt eine Politik der Schutzzölle für die euro-  
päische Landwirtschaft und den europäischen Berg-  
bau — im Interesse hoher Grundstoffpreise — zu  
einer Politik der Schutzzölle für die Fabriken der  
weniger entwickelten Länder — im Interesse hoher  
Preise für Fertigwaren. Die Subventionierung der  
Rübenzuckerproduzenten in Europa führt zu der Sub-  
ventionierung der Textilfabriken in den weniger  
entwickelten Zuckerrohr produzierenden Ländern in  
den Tropen. Im Gegensatz dazu erleichtert ein sicherer  
Markt für Rohstoffausfuhren die Devisenlage der  
unterentwickelten Länder und gibt ihnen keinen An-  
laß, ihre Industrialisierungsprogramme in der autarken  
Form durchzuführen. Ähnlich wird alles, was die  
heftigen Schwankungen von Nachfrage und Preis,  
die seit langem charakteristisch für die Rohstoff-  
märkte sind, zu verhindern oder zu reduzieren hilft,  
wahrscheinlich die Risiken einer übereilten und  
schlecht beratenen industriellen Entwicklung vermin-  
dern und die Möglichkeit eines gesünderen Wach-  
stums erhöhen, was wiederum zur Erzielung eines  
höheren Realeinkommens beitragen wird.

Aggressive Verkaufspolitik durch starke Preissen-  
kungen oder Dumping seitens alteingesessener Firmen,  
die verhindern soll, daß neue Produzenten in den

weniger entwickelten Ländern entstehen oder ihren Einfluß verstärken, könnte ebenfalls zu einer defensiven oder Vergeltungsmaßnahme führen: der Verhängung von hohen Sonderzöllen, von Einfuhrquoten oder Embargos. Eine Industrie, die sich unter diesen desintegrierenden Kräften entwickelt, wird wahrscheinlich einen geringeren Beitrag zu einem höheren Lebensstandard leisten als eine Industrie, die sich auf die komparativen Vorteile des betreffenden Landes gründet.

Da für die Industrialisierung der unterentwickelten Länder vieles von der Einfuhr geeigneter Maschinen und Ausrüstungen abhängt, leuchtet es ein, daß Westeuropa eine führende Rolle in dem Prozeß spielen muß. Eine Fabrik muß so geplant werden, daß sie nicht nur dem Produkt und dem (manchmal relativ geringen) Produktionsumfang Rechnung trägt, sondern auch den verschiedenen Besonderheiten der Rohstofflage, des Klimas und der Art der verfügbaren Arbeitskräfte in dem Gebiet, in dem die Fabrik errichtet werden soll. Die eigentliche Aufgabe der Errichtung der Fabrik stellt besondere Probleme in Ländern, in denen ein Mangel an gelernten Arbeitern für Bau- und technische Arbeiten herrscht. Probleme ähnlicher Art werden sich wahrscheinlich ergeben im Zusammenhang mit dem Betrieb der Fabrik, und die Vorsorge für die Bereitstellung von Hilfsausrüstungen ist oft eine wichtige zusätzliche Funktion, die von den Produzenten von Kapitalgütern erwartet wird.

Der Kauf von Fabriken und Maschinen könnte auch ein finanzielles Problem schaffen, und die Bereitstellung von Krediten könnte ein weiteres Gebiet werden, auf dem die fortgeschritteneren Länder zur Industrialisierung der weniger entwickelten Länder beitragen können. In manchen Fällen geht der Produzent der Ausrüstung auf eine Bezahlung in einer mehr oder weniger ausgedehnten Zeitspanne ein, in manchen Fällen wird die Transaktion durch eine besondere Agentur finanziert, in manchen Fällen spielt die Regierung des Ausfuhrlandes selbst eine Rolle bei der Vorfinanzierung, der Garantie oder der Verbürgung solcher Kredite. Während Finanzierungserleichterungen dieser Art eine große Hilfe für ein Industrialisierungsprogramm sein können, entsteht eine gewisse Gefahr, wenn ein Konkurrenzkampf zwischen den Ausfuhrländern bei der Verleihung von Krediten ein unterentwickeltes Land dazu führt, seine Zahlungsbilanz durch zu große Einfuhren anzuspannen und

seine Ausrüstungsaufträge von der Verfügbarkeit günstiger Kredite abhängig zu machen statt von Preis, Qualität und Eignung der Güter selbst.

#### *Die an Westeuropa zu stellenden Anforderungen*

Es ist hinreichend aufgezeigt worden, wie die Wirtschaftspolitik in den fortgeschritteneren Ländern die Art und das Tempo des industriellen Wachstums in den weniger entwickelten Ländern beeinflussen kann. Man sollte hervorheben, daß Westeuropa in dieser Beziehung nicht vollständige Handlungsfreiheit hat: sie wird notwendigerweise beeinflusst von der Politik, die in anderen Ländern verfolgt wird, die entweder als Käufer von Rohstoffen oder als Produzenten von Kapitalgütern Konkurrenten sind, insbesondere die Vereinigten Staaten im Handel mit Lateinamerika, die Sowjetunion im Handel mit China und Osteuropa und Japan im Handel mit Südostasien. Außerdem ist es, trotz der zur Einheit hinstrebenden Kräfte, wie der OEEC, der Europäischen Zahlungsunion und der Montanunion, kaum mehr als eine wirtschaftliche Fiktion, von dem Begriff „Westeuropa“ zu sprechen, da in Wirklichkeit dieses Gebiet aus einer Anzahl von stark im Wettbewerb stehenden Ländern besteht, von denen jedes noch einen erheblichen Grad von Unabhängigkeit in der Bestimmung der Politik besitzt, die seine Wirtschaftsbeziehungen mit den industrialisierenden Ländern der weniger entwickelten Gebiete festlegt.

Dennoch — und dies ist die Hauptthese dieses Aufsatzes — hätten die westeuropäischen Länder allen Grund, einzeln oder zusammen mit der geschichtlichen Entwicklung zu gehen; sie sollten soviel wie möglich zur wirtschaftlichen Entwicklung der weniger entwickelten Länder beitragen, sie sollten eine Wirtschaftspolitik einschlagen, die darauf abzielt, die weitere Desintegration der Nutzbarmachung der Hilfsquellen der Welt zu verhindern, und sie sollten ihre eigene Wirtschaft den sich ergebenden Veränderungen in der Struktur des internationalen Handels anpassen. Westeuropa, das noch bis vor kurzem eine Hilfe großen Ausmaßes von den Vereinigten Staaten für seinen eigenen Wiederaufbau und seine Entwicklung erhielt, sieht sich jetzt der Forderung gegenüber, eine Hilfe ähnlicher Art, wenn nicht ähnlichen Ausmaßes, den weniger entwickelten Ländern zukommen zu lassen, in denen die Hebung der Produktivität und des Lebensstandards von vergleichbarer wirtschaftlicher und politischer Dringlichkeit ist.

### IV. Einige Auswirkungen der Industrialisierung der unterentwickelten Gebiete

#### *Strukturveränderungen des Außenhandels der industrialisierenden Länder*

Innerhalb der Grenzen dieses Aufsatzes ist es nur möglich, die Art der aus dem Industrialisierungsprozeß entstehenden wirtschaftlichen Veränderungen anzudeuten, die wahrscheinlich eine besondere Auswirkung auf Westeuropa haben werden. Diese Ver-

änderungen resultieren im allgemeinen aus der Ausdehnung und der Neuorientierung der Nachfrage in dem industrialisierenden Lande und werden in der Zusammensetzung seiner Ein- und Ausfuhr widerspiegelt.

Soweit die Industrialisierung ein organischer Teil eines allgemeineren Entwicklungsprozesses ist, indem



sie ein angemessenes Wachstum auf allen Sektoren der Wirtschaft mit sich bringt und darauf abzielt, die Höhe des Verbrauchs zu heben, könnte sie eine mehr oder weniger vorhersehbare Art der Veränderung im Außenhandel verursachen. Während der Zeit erhöhter Investitionen werden wahrscheinlich Kapitalgüter in größerem Maße einströmen. Wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Ausdehnung der Ausfuhren oder ein entsprechender Zustrom ausländischen Kapitals erfolgt, wird sich eine relative und absolute Verminderung der Verbrauchsgütereinfuhren ergeben. Wenn der Entwicklungsprozeß die Grenzen der Tausch-wirtschaft in dem industrialisierenden Lande sprengt, werden vielleicht die Einfuhren an Verbrauchsgütern später wieder ansteigen, doch wird dies wohl nur eine vorübergehende Phase sein, denn wenn die neuen Industrien zu produzieren beginnen, werden sie sich wahrscheinlich dieser Art von Bedarf besonders annehmen und somit die Einfuhren in erheblichem Maße ersetzen. Die Inbetriebnahme der neuen Industrien wird eine Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfertig-waren verschiedener Art schaffen. Deren präzise Auswirkung auf die Einfuhrstruktur hängt in starkem Maße von den Rohstoffquellen des betreffenden Landes ab, doch wird für viele unterentwickelte Länder das Ergebnis eine relative Ausdehnung der Einfuhren solcher Güter wie Metalle, Gummi, Fasern, Chemika-lien und Erdölprodukte sein. Die Einfuhren von fertigen Verbrauchsgütern werden wahrscheinlich nicht nur entsprechend an Bedeutung abnehmen, sondern sich auch in der Art ändern: soweit der Entwicklungs-prozeß die Produktivität und das Einkommen erhöht und der Industrialisierungsprozeß zur eigenen Her-stellung von Verbrauchsgütern für einen ausreichen-den Inlandsmarkt führt, werden die eingeführten Ver-brauchsgüter in zunehmendem Maße aus Spezialgütern und Qualitätswaren bestehen. In einer späteren Phase des Industrialisierungsprozesses wird eine ähnliche Veränderung wahrscheinlich auch bei der Kapital-gütereinfuhr eintreten. Die einheimischen Fabriken werden einen immer größer werdenden Teil des Be-darfes des Landes an einfachen Kapitalgütern decken — wie beispielsweise Zement, einfache Stahlteile, einige Nichteisenmetalle und einfachere Maschinenteile —, während man ausländische Lieferquellen in Anspruch nehmen wird für die spezialisierten und komplizierteren Ausrüstungsteile und für jene Arten von Kapitalgütern, deren einheimischer Bedarf hohe Investitionen zur Schaffung von Produktionsmöglich-keiten nicht rechtfertigen würde.

Erfahrungsgemäß scheint die Entwicklung nicht dahin zu gehen, daß sich der Gesamtumfang des Außenhandels eines unterentwickelten Landes mit seiner Industrialisierung vermindert, falls der Pro-zeß nicht tatsächlich auf die Schaffung einer Autarkie abzielt und mit Hilfe von strengen Einfuhrkontrollen nebst einer Neuverteilung der internen Produktions-faktoren und Maßnahmen zur Niederhaltung des ein-

heimischen Verbrauchs durchgeführt wird. Der Grad der Steigerung des Außenhandels kann jedoch erheb-lich reduziert werden durch Währungs- und Zahlungs-schwierigkeiten, seien sie nun durch rein äußere Kräfte verursacht oder durch marktbedingte Schwankungen der Ausfuhrerträge des Landes selbst. Wie sich auch immer die Tendenz des Handels insgesamt gestalten mag, so wird sich seine Zusammensetzung wahrschein-lich während des Fortgangs der industriellen Entwick-lung ständig ändern.

Was die Einfuhren anbetrifft, so wird sich die In-dustrialisierung der unterentwickelten Länder sofort in den fortgeschritteneren Ländern Westeuropas be-merkbar machen. Einige der traditionellen Verbrauchs-güterausfuhren — beispielsweise gewöhnliche Baum-wolltextilien — werden sich wahrscheinlich einer zu-nehmenden Verminderung der überseeischen Märkte gegenübersehen. Exporteure von Kapitalgütern andererseits werden wahrscheinlich feststellen, daß sich der überseeische Markt vergrößert, zumindest für eine Reihe von Jahren. Die Exporteure von hochwer-tigeren Verbrauchsgütern werden wahrscheinlich später ihre Ueberseemärkte erheblich größer finden, als sie jetzt sind, und das wird auch auf die Produ-zenten von spezialisierten Ausrüstungen zutreffen. Man sollte auch nicht unerwähnt lassen, daß die Märkte, die wahrscheinlich in Mitleidenschaft gezogen werden, sich nicht nur in Ländern befinden, die einen Industrialisierungsprozeß durchmachen, sondern eben-falls in dritten Ländern, in denen Ausfuhren der neuen Produzentenländer vielleicht dank relativ geringer Löhne erfolgreich konkurrieren können. Es lohnt sich zu erwähnen, daß Indien 1950 der größte Exporteur von Baumwolltextilien in der Welt war.

Das System der Dreiecksgeschäfte, das sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, bei denen gewisse unterentwickelte Länder durch ihren Dollarüber-schuß und ihr Defizit im Handel mit Westeuropa den Handel zwischen Europa und Amerika finanzieren halfen, wird wahrscheinlich auch eine Aenderung er-fahren. Die Industrialisierung kann auch zur Redu-zierung der Dollareinkünfte dieser Länder führen, während sich zur gleichen Zeit ihr Bedarf an den-jenigen Gütern erhöht, die im Augenblick nur oder am einfachsten aus den Dollarländern erhältlich sind.

### *Strukturveränderungen des westeuropäischen Handels<sup>3</sup>*

Diese Art der Veränderung in der Nachfrage unter-streicht beträchtlich die Notwendigkeit einer gewissen Elastizität der westeuropäischen Industrie. Das be-trifft nicht nur die Produzenten selbst, die wie immer nach neuen Märkten Ausschau halten, neue Artikel herausbringen und neue Produktionstechniken an-wenden müssen, sondern es betrifft auch die Arbeiter und durch sie die Arbeitsvermittlungen, die Ausbil-dungsstätten und alle jene Funktionen, die sich aus

<sup>3</sup>) Vgl. die Tabellen auf S. 7408 bis 7410.



der Dislozierung und der Konzentration der Arbeitskräfte ergeben.

Um die relative Höhe des Handels zwischen Westeuropa und den unterentwickelten Gebieten anzudeuten, sei erwähnt, daß 1951 ungefähr 31 vH aller Ausfuhren aus westeuropäischen Ländern nach Lateinamerika, Afrika, Südosteuropa, dem Mittleren Osten und Asien gingen. An Transportmitteln betrug der Anteil, einschließlich Autos, 40 vH und an Maschinen 41 vH. Der Anteil der Ausfuhren nach den unterentwickelten Gebieten war 1951 in allen wichtigeren Kategorien höher als 1938, mit Ausnahme von Transportmitteln und Textilien. Der Menge nach waren 1951 der wichtigste Ausfuhrartikel in die unterentwickelten Länder Maschinen, die über 19 vH der Gesamtausfuhr betrug (gegenüber 14 vH im Jahre 1938). Metalle und Metallwaren betrugen 18 vH (17 vH 1938) und Transportausrüstungen ungefähr 13 vH (weniger als 9 vH 1938) des Gesamtexportes. Im Gegensatz zu diesen Warenarten, deren Export anstieg, bildeten Textilien, obwohl sie noch immer einen wichtigen Exportartikel darstellen, im Jahre 1951 einen erheblich geringeren Teil des Gesamtexportes (weniger als 17 vH) als im Jahre 1948 (21 vH) oder 1938 (fast 26 vH). Die relative — wenn auch nicht die absolute — Bedeutung der Rohstoffe war 1951 ebenfalls geringer (5 vH der Gesamtsumme) als 1938 (7 vH der Gesamtsumme).

Die Kapitalgüterexporte haben unter den westeuropäischen Ländern relativ an Bedeutung zugenommen. Zwischen 1938 und 1951 stieg der Anteil von Metallen und Metallwaren, Maschinen und Transportausrüstungen am Gesamtexport in die unterentwickelten Gebiete beispielsweise von 55 vH auf 70 vH in Deutschland, von 58 vH auf 68 vH in Belgien-Luxemburg, von 42 vH auf 55 vH im Vereinigten Königreich. Umgekehrt hat der Anteil von Verbrauchsgütern — Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren, Textilien und andere Fertigwaren — an der Gesamtausfuhr in die unterentwickelten Länder eine allgemeine Abnahme erfahren: von 34 vH auf 12 vH in Deutschland, von 35 vH auf 21 vH in Belgien-Luxemburg, von 46 vH auf 34 vH im Vereinigten Königreich.

Wenn man die westeuropäischen Ausfuhren in die verschiedenen Gebiete einer Prüfung unterzieht, kann man in jedem Falle ähnliche Tendenzen feststellen. Zwischen 1938 und 1951 stieg beispielsweise der Anteil von Kapitalgütern an der Gesamtausfuhr von 26 vH auf 44 vH nach Afrika, von 42 vH auf 47 vH nach Asien, von 41 vH auf 50 vH nach dem Mittleren Osten, von 46 vH auf 56 vH nach Osteuropa und von 41 vH auf 64 vH nach Lateinamerika. Entsprechende Abnahmen waren bei dem Anteil der Verbrauchsgüter zu verzeichnen: von 54 vH auf 46 vH nach Afrika, von 47 vH auf 39 vH nach Asien, von 42 vH auf 33 vH nach dem Mittleren Osten, von 33 vH auf 26 vH nach Osteuropa und von 39 auf 21 vH nach Lateinamerika.

Die Auswirkung von Veränderungen dieser Art auf

die Wirtschaft der fortgeschritteneren Länder hängt zu einem großen Teil von der relativen Bedeutung des Außenhandels für das Nationaleinkommen ab. In den westeuropäischen Ländern ist diese im allgemeinen größer als in den Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion.

Wie weit die westeuropäische Rohstofflage durch die Industrialisierung der weniger entwickelten Länder in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, ist schwer zu sagen. Einerseits tendiert der technische Fortschritt nach der Einsparung von Rohstoffen; die Menge, die für eine Produktion im Werte von je 100 Dollar gebraucht wird, zeigt eine bedeutende Abnahme. Neue Materialien — synthetische und andere — treten fortlaufend an die Stelle von alten, und technische und wirtschaftliche Organisationen verbessern ständig die Nutzung von zweitrangigem und Abfallmaterial. Andererseits wird der steigende Standard im Fertigwarenverbrauch in den unterentwickelten Ländern sicher die Nachfrage nach Rohstoffen erhöhen, sowohl durch die Fabrikation in den fortgeschritteneren Ländern als auch durch die Absorption von Rohstoffen, die vielleicht sonst von den unterentwickelten Ländern exportiert worden wären. In einigen Fällen könnte dies eine Preiserhöhung herbeiführen und durch die Verbesserung ihrer terms of trade den in Betracht kommenden Rohstoffexporteuren zu einem besseren Ausgleich ihrer Wirtschaftsbilanz verhelfen. In manchen Fällen kann ein größerer Bedarf an Rohmaterial dazu beitragen, einen Markt zu stabilisieren, der zu einer gewissen Unbeständigkeit neigte, und in anderen Fällen kann er helfen, die chronische Tendenz zur Ueberproduktion zu beseitigen. Von diesen beiden Entwicklungen würden die westeuropäischen Länder wahrscheinlich profitieren, zumindest auf lange Sicht.

#### *Die Notwendigkeit einer organischen Entwicklung*

Zusammengefaßt hängt also die direkte Wirkung der allmählichen Industrialisierung der weniger entwickelten Länder auf Westeuropa und auf lange Sicht auf die Welt als Ganzes davon ab, ob sie sich in einer integrierenden oder desintegrierenden Weise vollzieht. Wenn sie im Rahmen eines expansiven internationalen Handels vor sich geht, wird sie wahrscheinlich zu einer produktiveren Verwendung der Hilfsquellen der Welt führen. Wenn sie aber der Autarkie zustrebt und zu einer Unterbrechung der Handelsbeziehungen und zur Auferlegung der verschiedensten Beschränkungen auf den Fluß der Produktionsfaktoren und Waren führt, wird sie wahrscheinlich eine nachteilige Wirkung auf den Lebensstandard haben. Welchen Verlauf die Industrialisierungsbewegung nehmen wird, hängt von vielen Kräften ab, aber ein wichtiges Element dabei ist die Haltung Westeuropas hinsichtlich der Gestellung von Kapital und Fachkräften, seiner Beteiligung an technischen Hilfsprogrammen und der Formulierung und Handhabung seiner Wirtschaftspolitik.



Tabelle 1

Ausfuhr aus Westeuropa<sup>1</sup> in industrialisierte<sup>2</sup> und unterentwickelte<sup>3</sup> Länder, nach Hauptkategorien 1938, 1948 und 1951

(in Millionen US-Dollar zu Preisen von 1948)

Ausfuhrkategorie	1938						1948					
	Gesamtausfuhr		nach unter- entwickelten Ländern		nach anderen Ländern		Gesamtausfuhr		nach unter- entwickelten Ländern		nach anderen Ländern	
	Wert	VH	Wert	VH	Wert	VH jeder Kategorie	Wert	VH	Wert	VH	Wert	VH jeder Kategorie
<b>Insgesamt<sup>4</sup></b>	<b>18 661</b>	<b>100,0</b>	<b>4 977</b>	<b>100,0</b>	<b>13 684</b>	<b>73</b>	<b>14 801</b>	<b>100,0</b>	<b>4 583</b>	<b>100,0</b>	<b>10 218</b>	<b>69</b>
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1 929	10,5	337	7,9	1 592	82	1 401	9,6	322	7,4	1 079	76
Rohstoffe	3 965	21,5	334	7,2	3 631	91	2 094	14,3	254	5,8	1 840	87
Metalle und Fertigwaren	2 618	14,2	795	17,2	1 823	69	2 218	15,2	709	16,3	1 509	68
Maschinen	2 040	11,1	648	14,0	1 392	68	2 236	15,3	854	19,6	1 382	62
Transportausrüstungen	971	5,3	398	8,6	573	59	1 376	9,4	508	11,7	868	63
Chemikalien	1 343	7,3	361	7,8	982	73	939	6,4	269	6,2	670	71
Textilien	3 872	18,3	1 186	25,7	2 186	64	2 605	17,9	928	21,3	1 677	64
Sonstige Fertigwaren	2 168	11,8	531	11,5	1 637	75	1 724	11,8	505	11,6	1 219	70

Ausfuhrkategorie	1951					
	Gesamtausfuhr		nach unter- entwickelten Ländern		nach anderen Ländern	
	Wert	VH	Wert	VH	Wert	VH jeder Kategorie
<b>Insgesamt<sup>4</sup></b>	<b>26 067</b>	<b>100,0</b>	<b>8 123</b>	<b>100,0</b>	<b>17 944</b>	<b>69</b>
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1 079	12,0	635	8,3	2 465	79
Rohstoffe	3 121	12,1	375	4,9	2 746	87
Metalle und Fertigwaren	4 465	17,3	1 404	18,3	3 061	68
Maschinen	3 666	14,2	1 468	19,2	2 198	59
Transportausrüstungen	2 509	9,8	979	12,8	1 530	60
Chemikalien	2 061	8,0	644	8,4	1 417	68
Textilien	3 857	15,0	1 262	16,5	2 595	67
Sonstige Fertigwaren	3 001	11,6	886	11,6	2 115	70

<sup>1</sup>) Belgien-Luxemburg, Bundesrepublik Deutschland (1938: Deutschland in seinen Vorkriegsgrenzen), Frankreich, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich.

<sup>2</sup>) Oben angegebene westeuropäische Länder, dazu Finnland, Griechenland, Irland, Island, Norwegen, Österreich, Portugal und Spanien; Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei; die Vereinigten Staaten und Kanada; Japan, Australien und Neuseeland.

<sup>3</sup>) Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Türkei und Ungarn; Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela; Südafrikanische Union, Burma, Ceylon, Indien, Irak und Pakistan; Britisch-Ost- und Westafrika, Nord- und Südrhodesien, Malaya, Singapur, Hongkong und Britisch-Westindien; Algerien, Marokko, Tunesien, Indochina und andere französische Uebereengebiete; China, Indonesien und Thailand; Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Persien und Syrien, Eritrea und Italienisch-Somaliland.

Quelle: United Nations: *Economic Survey of Europe since the War*, Gent 1953.

Tabelle 2

Ausfuhren aus einzelnen westeuropäischen Ländern in unterentwickelte Länder<sup>1</sup>,  
nach Hauptkategorien 1938, 1948 und 1951  
(in Millionen US-Dollar zu Preisen von 1948)

Ausfuhrkategorie	Belgien-Luxemburg						Frankreich					
	1938		1948		1951		1938		1948		1951	
	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH
<b>Insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>253</b>	<b>100,0</b>	<b>277</b>	<b>100,0</b>	<b>348</b>	<b>100,0</b>	<b>833</b>	<b>100,0</b>	<b>1115</b>	<b>100,0</b>	<b>2269</b>	<b>100,0</b>
Nahrungsmittel., Getränke, Tabak	9	3,9	1	0,5	5	0,2	128	16,9	140	13,1	336	15,8
Rohstoffe	7	3,0	13	5,2	5	1,7	65	8,6	83	7,6	160	7,5
Metalle und Fertigwaren	106	43,5	134	54,0	159	54,6	119	15,7	149	14,0	405	19,1
Maschinen	26	10,6	23	9,2	30	10,4	44	5,8	138	12,9	231	10,9
Transportausrüstungen	9	3,7	7	2,6	8	2,8	46	6,1	102	9,5	208	9,8
Chemikalien	10	4,0	17	6,9	28	9,7	52	6,9	60	5,6	116	5,5
Textilien	34	13,9	35	14,1	40	13,9	223	29,4	253	23,7	426	20,1
Sonstige Fertigwaren	42	17,4	19	7,5	20	6,8	81	10,6	143	13,3	241	11,3

Ausfuhrkategorie	Bundesrepublik Deutschland <sup>2</sup>						Italien					
	1938		1948		1951		1938		1948		1951	
	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH
<b>Insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>1202</b>	<b>100,0</b>	<b>25</b>	<b>100,0</b>	<b>890</b>	<b>100,0</b>	<b>537</b>	<b>100,0</b>	<b>397</b>	<b>100,0</b>	<b>423</b>	<b>100,0</b>
Nahrungsmittel., Getränke, Tabak	7	0,6	—	0,4	14	1,5	92	17,6	18	4,5	30	7,7
Rohstoffe	73	6,0	4	14,2	32	3,6	34	6,5	15	3,8	23	5,8
Metalle und Fertigwaren	297	24,7	6	22,3	316	35,5	24	4,5	39	9,9	25	6,3
Maschinen	235	19,6	3	10,1	212	23,8	29	5,6	84	21,3	78	19,7
Transportausrüstungen	124	10,3	1	4,0	96	10,8	41	7,8	38	9,6	48	12,0
Chemikalien	180	15,0	3	11,3	128	14,4	12	2,2	15	3,8	13	3,2
Textilien	153	12,7	8	33,6	33	3,7	249	47,7	164	41,7	158	39,9
Sonstige Fertigwaren	134	11,1	1	4,0	59	6,6	42	8,1	21	5,3	21	5,4

Ausfuhrkategorie	Niederlande						Schweden					
	1938		1948		1951		1938		1948		1951	
	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH
<b>Insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>278</b>	<b>100,0</b>	<b>166</b>	<b>100,0</b>	<b>391</b>	<b>100,0</b>	<b>103</b>	<b>100,0</b>	<b>174</b>	<b>100,0</b>	<b>276</b>	<b>100,0</b>
Nahrungsmittel., Getränke, Tabak	45	18,7	45	28,7	79	22,2	—	0,1	1	0,6	1	0,4
Rohstoffe	19	7,9	11	7,1	23	6,3	36	34,7	73	42,3	55	21,9
Metalle und Fertigwaren	16	6,6	19	12,2	40	11,3	15	14,3	24	13,6	54	21,5
Maschinen	18	7,3	27	16,7	60	16,7	22	21,4	31	18,0	49	19,5
Transportausrüstungen	32	12,9	4	2,5	45	12,5	3	2,4	6	3,6	21	8,3
Chemikalien	12	5,1	8	5,0	24	6,6	9	9,1	5	2,9	7	2,9
Textilien	76	31,1	32	20,1	58	16,1	—	0,2	1	0,6	3	1,0
Sonstige Fertigwaren	25	10,4	12	7,7	30	8,3	18	17,7	32	18,4	62	24,6

Ausfuhrkategorie	Schweiz						Vereinigtes Königreich					
	1938		1948		1951		1938		1948		1951	
	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH	Wert	vH
<b>Insgesamt<sup>3</sup></b>	<b>108</b>	<b>100,0</b>	<b>177</b>	<b>100,0</b>	<b>262</b>	<b>100,0</b>	<b>1611</b>	<b>100,0</b>	<b>2252</b>	<b>100,0</b>	<b>3263</b>	<b>100,0</b>
Nahrungsmittel., Getränke, Tabak	3	3,2	3	1,6	1	0,5	82	5,7	113	5,4	173	5,6
Rohstoffe	2	1,8	1	0,8	1	0,5	99	6,8	54	2,6	76	2,5
Metalle und Fertigwaren	4	4,0	10	5,8	12	4,7	215	14,9	328	15,5	392	12,7
Maschinen	26	24,0	48	28,2	71	27,3	247	17,2	501	23,7	738	23,9
Transportausrüstungen	1	1,2	1	0,8	1	0,5	143	9,9	350	16,6	553	17,9
Chemikalien	13	12,5	33	19,4	54	20,7	72	5,0	128	6,1	274	8,9
Textilien	19	17,4	24	13,8	33	18,8	432	30,0	411	19,5	512	16,6
Sonstige Fertigwaren	38	36,0	51	29,6	86	33,0	150	10,4	227	10,7	368	11,9

<sup>1</sup>) Vgl. Fußnote 3 zu Tabelle 1.<sup>2</sup>) 1938: Deutschland in seinen Vorkriegsgrenzen.<sup>3</sup>) Vgl. Fußnote 4 zu Tabelle 1.

Quelle: United Nations: *Economic Survey of Europe since the War*, Genf 1953.



Tabelle 3

Ausfuhr aus Westeuropa<sup>1</sup> nach verschiedenen unterentwickelten Gebieten 1938, 1948 und 1951  
(in Millionen US-Dollar zu Preisen von 1948)

Waren- gruppe	Afrika <sup>2</sup>			Asien und Ferner Osten <sup>3</sup>			Mittlerer Osten <sup>4</sup>		
	1938	1948	1951	1938	1948	1951	1938	1948	1951
	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH
<b>Insgesamt<sup>7</sup></b>	<b>1804 100,0</b>	<b>2087 100,0</b>	<b>3216 100,0</b>	<b>719 100,0</b>	<b>564 100,0</b>	<b>1762 100,0</b>	<b>574 100,0</b>	<b>642 100,0</b>	<b>1002 100,0</b>
Nahrungsmittel, Getranke, Tabak	232 14,0	192 9,5	346 11,3	48 7,4	52 10,0	148 8,9	24 4,3	38 6,5	64 7,1
Rohstoffe	92 5,6	116 5,8	164 5,4	10 1,6	15 2,8	30 1,8	54 9,8	29 4,9	64 7,1
Metalle und Fer- tigwaren	235 14,2	291 14,5	458 15,0	139 21,0	81 15,4	269 16,2	110 20,1	92 15,6	160 17,7
Maschinen	215 13,0	339 16,9	476 15,6	77 11,7	90 17,1	328 19,8	71 13,0	125 21,3	195 21,7
Transport- ausrüstung	141 8,5	251 12,5	393 12,9	64 9,6	53 10,1	185 11,2	42 7,6	64 10,9	96 10,6
Chemikalien	79 4,8	95 4,8	173 5,6	61 9,2	44 8,4	193 11,7	41 7,5	52 8,8	84 9,3
Textilien	470 28,3	482 24,0	664 21,7	167 25,2	113 21,6	288 17,4	157 28,6	135 22,9	142 15,7
Sonstige Fertig- waren	195 11,7	242 12,1	385 12,6	95 14,4	77 14,6	214 12,9	50 9,0	54 9,1	97 10,7

Waren- gruppe	Osteuropa <sup>5</sup>			Lateinamerika <sup>6</sup>		
	1938	1948	1951	1938	1948	1951
	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH	Wert vH
<b>Insgesamt<sup>7</sup></b>	<b>566 100,0</b>	<b>134 100,0</b>	<b>244 100,0</b>	<b>1313 100,0</b>	<b>1155 100,0</b>	<b>1900 100,0</b>
Nahrungsmittel, Ge- tränke, Tabak	21 4,0	7 6,0	18 8,0	42 3,4	33 2,9	59 3,3
Rohstoffe	48 9,2	16 13,4	22 9,9	130 10,6	79 7,1	94 5,2
Metalle und Fertig- waren	84 16,2	15 12,6	38 16,7	227 18,5	230 20,7	480 26,5
Maschinen	102 19,6	27 23,7	66 29,4	182 14,8	272 24,4	403 22,2
Transportausrüstung	53 10,2	10 8,2	21 9,4	95 8,0	130 11,8	258 15,7
Chemikalien	64 12,3	11 9,1	20 9,0	116 9,4	68 6,1	174 9,6
Textilien	100 19,3	24 20,8	26 11,6	292 23,7	174 15,7	141 7,8
Sonstige Fertigwaren	48 9,3	7 6,2	13 6,0	143 11,6	126 11,3	177 9,8

<sup>1</sup>) Vgl. Fußnote 1 zu Tabelle 1.

<sup>2</sup>) Südafrikanische Union, Marokko, Tunesien, Algerien und andere französische Besitzungen, Britisch-Ost- und Westafrika, Nord- und Südchinesisches, Eritrea, Libyen und Italienisch-Somaliland.

<sup>3</sup>) Indien, Pakistan, Ceylon, Burma, Indochina, China, Indonesien und Thailand. Aus statistischen Gründen wurde auch der Irak in diese Gruppe einbezogen.

<sup>4</sup>) Türkei, Aegypten, Persien, Israel, Syrien und Libanon.

<sup>5</sup>) Jugoslawien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien.

<sup>6</sup>) Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela.

<sup>7</sup>) Einschließlich eines kleinen Anteils von Ausfuhr, deren Kategorie nicht genau bestimmt werden kann. Infolge Abrundung ergeben die Zahlen nicht immer genau die Gesamtsummen.

Quelle: United Nations: *Economic Survey of Europe since the War*, Genf 1953.

## Die Ergebnisse der Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London vom 1. bis zum 8. Februar 1955

### Das Schlußkommuniqué

Die Regierungen der Mitgliedsnationen des Commonwealth sind entschlossen, ihr Aeußerstes zu tun, um die internationale Lage zu entspannen. Es ist ihr Ziel, nicht nur alle offenen Feindseligkeiten zu beenden, sondern auch die Bedingungen zu schaffen, unter denen ein wirklicher Friede entstehen und gedeihen kann, so daß sich alle Völker der Freiheit und des Ueberflusses zu erfreuen vermögen.

Seit der letzten Zusammenkunft der Premierminister des Commonwealth im Jahr 1953 sind in verschiedenen Teilen der Welt Abkommen erzielt worden, die zu einer Bereinigung von Streitigkeiten und zu einer Mehrung des Einvernehmens zwischen den Regierungen und Völkern geführt haben. Die Premierminister begrüßen die Beilegung des Streites um Triest. Sie geben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß im Nahen Osten die Differenzen Großbritanniens mit Aegypten und Persien beigelegt worden sind. Sie hoffen auf eine engere Zusammenarbeit zwischen allen Nationen dieses Raumes, damit ihre wirtschaftliche Entwicklung und die Wohlfahrt ihrer Völker gefördert werden kann. Sie begrüßen in Südostasien das Ende der Feindseligkeiten in Indochina und unterstreichen die Notwendigkeit einer genauen Innehaltung der Bedingungen des Genfer Abkommens sowie besserer Lebensverhältnisse und größerer Stabilität in jenem Gebiet.

Die Premierminister sind davon unterrichtet worden, daß die dem Nordatlantikpakt angehörenden Commonwealthländer überzeugt sind, daß eine baldige Ratifizierung der in London und Paris getroffenen Abmachungen und die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der westlichen Nationen einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege der Sicherung und des Zusammenhalts Westeuropas bedeutet.

Die Premierminister sind zu einer Zeit der Spannung im Fernen Osten zusammengetroffen. Angesichts der Entwicklungen, die sich während ihrer Konferenz ergaben, kommt ihren Beratungen über dieses Problem besondere Bedeutung zu. Sie sind sich einig in der Ueberzeugung, daß es notwendig ist, Zwischenfälle zu verhindern und inzwischen nach einer friedlichen Lösung zu suchen. Sie sind zuversichtlich, daß die vertraulichen und persönlichen Besprechungen, die sie auf dieser Konferenz miteinander geführt haben, eine wertvolle Grundlage für zukünftige Beratungen miteinander und mit den unmittelbar betroffenen Ländern sowie für die Fortführung ihrer Politik in dieser Frage bilden.

Die Premierminister stellen eine Verbesserung der Aussichten für den Welthandel und für eine günstige wirtschaftliche Entwicklung fest, die seit der Konferenz

der Finanzminister des Commonwealth in Sydney im Januar 1954 eingetreten ist. Sie bringen zum Ausdruck, daß die Commonwealthländer durch die Aufrechterhaltung der Stabilität ihrer Währungen, durch die Fortführung ihrer Entwicklungsprogramme, unter denen der Colomboplan eine besondere Rolle spielt, und durch die Erweiterung ihrer Produktion einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben. Die Commonwealthländer haben sich auch weiter schrittweise einem möglichst umfassenden Handels- und Zahlungssystem genähert, das den Interessen des Sterlinggebietes und Kanadas am besten gerecht wird.

Die Premierminister bekräftigen ihre Entschlossenheit, diese Politik des wirtschaftlichen Fortschritts auch weiterhin zu verfolgen. Sie sind sich insbesondere darin einig, daß alle Commonwealthländer bemüht sein sollten, ihre wirtschaftlichen Hilfsquellen und ihre Verdienstmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Auf diese Weise könnten sie ihre Stärke am besten konsolidieren und in gesteigertem Maße zur wirtschaftlichen Stabilität der Welt beitragen.

Die Premierminister haben den Problemen der Atomenergie besorgte Aufmerksamkeit gewidmet. Die neuesten Entdeckungen stellen die Menschheit einer Kraft gegenüber, die zu begreifen oder zu ermesen fast über das Vermögen des menschlichen Geistes geht. Sie bedeuten einen Scheideweg und eine Aufforderung zur Entscheidung. Soll diese gewaltige Kraft zum Besten der Menschen genutzt oder eingesetzt werden, um Verderben über das Menschengeschlecht zu bringen?

Die Premierminister erklären noch einmal, daß ihre Länder niemals zu einer Aggression schreiten werden. Sie hoffen ernstlich, daß alle Nationen der Welt, wenn sie die Größe des Unheils erkennen, das ein Weltkrieg mit sich brächte, vor der Gewaltanwendung zurückschrecken und friedliche Wege zur Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten einschlagen werden. Die zerstörende Gewalt der neuen Waffen verlangt gebieterisch, daß die Vernunft die Oberhand behält und ein Krieg verhütet wird.

Es ist das Ziel der Länder des Commonwealth, auf ein Abrüstungsabkommen hinzuwirken, das für Streitkräfte und Waffen aller Art gilt und sowohl umfassend als auch wirksam ist. Die Regierungen des Commonwealth haben bereits viel Zeit und Mühe darauf verwandt, praktische Pläne zur Erreichung dieses Zieles vorzubringen und zu fördern, und zwei Länder des Commonwealth sind Mitglieder des Unterausschusses der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen.

Bei einer internationalen Verständigung über die Abrüstung würde es möglich werden, die riesige in den



Atomen schlummernde Energie zunehmend in Kanäle zu lenken, die der Menschheit Nutzen bringen. Die Premierminister sind über die Fortschritte unterrichtet worden, die die Regierung des Vereinigten Königreiches in der Verwendung von Atomenergie für industrielle und andere friedliche Zwecke gemacht hat. Sie sind erfreut über die Aussicht auf eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen Ländern des Commonwealth beim Ausbau der zivilen Verwendung der Atomenergie.

Im Verlauf der Konferenz hat der Premierminister Pakistans die anderen Premierminister davon unterrichtet, daß Pakistan im Begriff steht, eine republikanische Form der Verfassung anzunehmen, aber Mitglied des Commonwealth zu bleiben wünscht. Er versicherte ihnen, daß das pakistanische Volk entschlossen sei, trotz dieser Verfassungsänderung weiterhin unerschütterlich am Commonwealth festzuhalten und die Krone als Symbol der freien Vereinigung seiner souveränen Mitglieder anzuerkennen. In der am 4. Februar herausgegebenen Erklärung haben die Premierminister ihr Einverständnis damit bekundet, daß Pakistan auf dieser Grundlage weiterhin vollwertiges Mitglied des Commonwealth bleibt, nachdem es Republik geworden ist. Alle Premierminister haben bekräftigt,

daß ihre Länder als freie und gleichberechtigte Mitglieder des Commonwealth in freier Zusammenarbeit zur Förderung des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts vereinigt bleiben werden.

Das Commonwealth ist eine einzigartige Vereinigung. Seine Länder beherbergen ein Viertel der Weltbevölkerung und Menschen vieler Rassen und Religionen. Zu seinen Mitgliedern gehören in allen Teilen der Welt Länder von Bedeutung. Seine Stärke und sein Einfluß in der heutigen Welt entspringen aus diesem Umstand und aus einem gemeinsamen Geist, der trotz der Verschiedenheiten der geographischen Lage, der Religion und der Rasse im großen und ganzen eine ähnliche Einstellung zu den meisten internationalen Problemen des Tages bedingt.

Die Länder des Commonwealth verfolgen keine selbstsüchtigen Ziele. Sie streben nicht nach Vergrößerung und werden sich immer einer Aggression widersetzen. Zusammen mit allen, die ihre Ideale teilen, sind sie entschlossen, ihr Äußerstes zur Förderung der Sache des Friedens in der ganzen Welt zu tun.

Quelle: *The Times* vom 9. Februar 1955. Deutscher Wortlaut: *Englische Rundschau* vom 11. Februar 1955.

### Kommuniqué über Verteidigungsfragen

Während der Anwesenheit der Premierminister in London wurde die Gelegenheit zu einer Reihe ergänzender Besprechungen über regionale Verteidigungsprobleme benutzt. Diese Besprechungen beschäftigten sich mit den wichtigsten Gebieten, in denen die Streitkräfte der Commonwealthländer im Falle eines Krieges möglicherweise eingesetzt werden müßten. An jeder Besprechung nahmen die Vertreter derjenigen Commonwealthländer teil, deren Streitkräfte im Kriegsfall in dem zur Diskussion stehenden Raum operieren würden. Die Absicht dabei war, die Vertreter dieser Länder in die Lage zu versetzen, gemeinsam die Pläne zur Verteidigung jeden Raumes zu überprüfen.

Die Vertreter der Commonwealthländer, die diese regionalen Verteidigungspläne betreffen, erkannten an, daß das Aufkommen der Atomwaffen grundlegende Veränderungen in der strategischen Bewältigung der Verteidigungsprobleme bedingt. Sie stimmten darin überein, daß die überwältigende Uebermacht der Westmächte auf dem Gebiet der Atomwaffen zur Zeit die erfolversprechendste und praktischste Versicherung dafür bietet, daß der Friede der Welt nicht durch irgendeinen mutwilligen Akt der Aggression gestört wird. Sie stimmten darin überein, daß ihre Verteidigungspolitik auf dem Grundsatz aufgebaut sein sollte, daß der Weltkrieg verhindert werden kann, wenn die freien Demokratien entschlossen sind, Streitkräfte genügender Stärke bereitzuhalten, um jeden möglichen Angreifer abzuschrecken.

In Europa ist bereits ein großer Fortschritt im Ausbau des Schutzes erzielt, den die Streitkräfte der Nordatlantikpaktmächte bieten; und die Vertreter der Commonwealthländer, die an diesen Besprechungen teilnahmen, begrüßten die Schritte, die unternommen werden, um die Stärke dieser Streitkräfte durch einen militärischen Beitrag Westdeutschlands zu erhöhen. Die Verteidigungsprobleme des Nahen Ostens wurden im Lichte jüngster

Entwicklungen überprüft, und es wurde ein Uebereinkommen über die Grundlagen einer neuen Verteidigungsplanung in diesem Gebiet erzielt.

Besprechungen über die Verteidigungsprobleme Südostasiens erstreckten sich auf Pläne, den Ländern dieses Raumes zu helfen, nicht nur einer Aggression zu widerstehen, sondern auch ihre innere Sicherheit zu festigen. Die vier Commonwealthländer, die Unterzeichner des Vertrages von Manila sind, nahmen diese Gelegenheit wahr, in Vorbereitung auf die bevorstehende Konferenz von Bangkok die Schritte einer Prüfung zu unterziehen, die jenen Vertrag zu einem wirksamen Werkzeug für diese Ziele machen sollen.

Es wurde die Gelegenheit wahrgenommen, die Sicherheit von Malaya, die vom Vereinigten Königreich, von Australien und von Neuseeland als von lebenswichtiger Bedeutung angesehen wird, als einen Teil der Verteidigung des Gebiets des Vertrages von Manila zu besprechen. Die strategische Lage des Gebietes wurde durch diese Besprechungen geklärt, und man ist der Ansicht, daß in Zukunft die gemeinsame Planung der drei Regierungen und Besprechungen mit anderen Mitgliedern des Vertrages von Manila erfolgreicher fortschreiten werden.

Während allen diesen regionalen Verteidigungsbesprechungen wurde anerkannt, daß militärische Pläne mit anderen an der Verteidigung dieser Gebiete beteiligten Ländern abgestimmt werden müssen. Die betreffenden Commonwealthländer anerkannten auch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in allen Verteidigungsmaßnahmen. Sie sind der Ansicht, daß auf dieser Basis regionale Verteidigungspläne einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten können.

Quelle: *The Times* vom 9. Februar 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Die Errichtung der Beratenden Balkanversammlung

Kommuniqué der Tagung des Ständigen Rates des Balkanpakts in Ankara vom 2. März 1955

In Uebereinstimmung mit Artikel IV des Vertrages von Bled wurde in Ankara vom 28. Februar bis zum 2. März 1955 die erste regelmäßige Zusammenkunft des Ständigen Rates abgehalten. An der Zusammenkunft nahmen teil Ihre Exzellenzen Adnan Menderes, Präsident des türkischen Ministerrates, und Fatin Zorlu, stellvertretender Präsident des türkischen Ministerrates, sowie Ihre Exzellenzen Stephanos Stephanopoulos, griechischer Außenminister, Professor Fuad Köprülü, türkischer Außenminister, und Kotscha Popowitsch, Staatssekretär für Auswärtiges der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.

Diese Zusammenkunft war gekennzeichnet durch die Unterzeichnung des Abkommens über die Schaffung einer Beratenden Balkanversammlung, die einen neuen, wichtigen Beitrag zu einer immer fruchtbareren Festigung der Beziehungen darstellt, die in so glücklicher Form bereits zwischen den drei befreundeten und verbündeten Ländern bestehen.

Auf der Zusammenkunft, die in einer Atmosphäre völliger Herzlichkeit und völligen gegenseitigen Vertrauens verlief, wurde die internationale Lage im Lichte der Ereignisse überprüft, die seit der Konferenz der Außenminister in Bled im August 1954 eingetreten sind.

Es wurde festgestellt, daß die internationale Lage im ganzen keine Revision der auf der Zusammenkunft in Bled gemachten Feststellung erfordert, nach der sich die Kriegsgefahren unter Berücksichtigung der Tendenz eines Nachlassens der Spannung in den internationalen Beziehungen verringert haben. In der Ueberzeugung, daß es das Ziel der Politik der Länder ist, die der Sache des Friedens ergeben sind, die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen, sind die Minister übereingekommen, daß es notwendig ist, die Bemühungen um die Festigung der Verteidigungsmittel der drei Länder fortzusetzen und sich zugleich mit allen entsprechenden politischen Mitteln zu bemühen, die günstigen Bedingungen für eine Besserung der internationalen Lage auszunützen und nach Kräften dazu beizutragen.

Ebenso wurde auch die Entwicklung der Dreierzusammenarbeit in diesem Zeitraum überprüft, und es wurden verschiedene Maßnahmen zu ihrer Stärkung vorgesehen.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß auf allen im Vertrag von Ankara und im Dreierpakt von Bled vorgesehenen Gebieten der Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern, die sich als erfolgreiches Instrument für die Erhaltung der Unabhängigkeit und Sicherheit der drei Länder erwiesen hat, wichtige Voraussetzungen erfüllt worden sind.

Hierbei haben die Minister sorgfältig die Möglichkeit erwogen, die Anwendung dieser Verträge sowohl auf dem Gebiet der Verteidigung als auch auf dem der Wirtschaft, Technik, Kultur usw. auszubauen.

Zu diesem Zweck haben sie beschlossen, in naher Zukunft eine Dreier-Wirtschaftskonferenz der zuständigen Vertreter staatlicher oder wirtschaftlicher Stellen einzuberufen, die die Bedingungen und Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den drei Ländern studieren soll.

Gleichzeitig haben die Minister mit Genugtuung von den Bemühungen Kenntnis genommen, die von den Wirtschaftsfachleuten der drei Länder beim Studium der gemeinsamen Wirtschaftsprobleme im Rahmen der Europäischen Wirtschaftskommission gemacht werden.

Die Minister haben ihre Bereitschaft ausgesprochen, diesen Bemühungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit die gesteckten Ziele erreicht werden. Außerdem wurde beschlossen, daß die drei Regierungen in nächster Zukunft eine gemischte Kommission bilden, die die Aufgabe hat, einen Entwurf für die Schaffung eines wissenschaftlichen Balkaninstituts auszuarbeiten. Der Ständige Rat hat den Bericht des Ständigen Sekretariats angehört und ihn genehmigt.

Quelle: *Borba*, Belgrad, vom 3. März 1955. Uebersetzung: Presse- und Kulturabteilung der jugoslawischen Botschaft, Bonn.

### Das Abkommen über die Beratende Balkanversammlung

Die vertragschließenden Parteien haben, gewillt, die bereits zwischen ihnen bestehenden herzlichen Beziehungen im Dienste des Friedens und der Sicherheit in ihrem gemeinsamen Gebiet sowie des Fortschritts und der vollen Unabhängigkeit ihrer Völker und entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen noch enger zu gestalten,

im Wunsche, ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage des in Ankara am 28. Februar 1953 unterzeichneten Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit und des in Bled am 9. August 1954 unterzeichneten Vertrages über Bündnis, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe noch aktiver zu gestalten,

und unter Zugrundelegung der allgemeinen Grundsätze über die Einrichtung einer Beratenden Versammlung, welche die drei Außenminister auf der Konferenz in Bled am 9. August 1954 vorgeschlagen haben,

beschlossen, eine Beratende Balkanversammlung zu errichten, und zu diesem Zwecke folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

Die Beratende Versammlung ist gemeinsames Organ der vertragschließenden Parteien.

#### Artikel 2

Die Versammlung hat die Aufgabe, alle Mittel zu studieren, die die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerländern zum Ziele der Sicherung des Friedens, des Schutzes der gemeinsamen Interessen und der Schaffung des Wohlstandes für die Völker der Vertragsmächte auf allen Gebieten ihrer gegenseitigen Beziehungen fördern könnten.

Sie wird den Regierungen der vertragschließenden Parteien über den Ständigen Rat des Vertrages von Bled



Vorschläge und Empfehlungen für die Erreichung der oben erwähnten Ziele machen.

Sie kann ebenfalls zu Fragen von allgemeiner Bedeutung Stellung nehmen und Anregungen geben.

#### Artikel 3

Der Ständige Rat kann der Beratenden Versammlung ebenfalls zum Studium Fragen vorlegen, für die er es für notwendig erachtet, deren Meinung einzuholen.

#### Artikel 4

Die Versammlung hat beratenden Charakter.

Alle Vorschläge, Empfehlungen oder Resolutionen der Versammlung müssen mit Stimmenmehrheit jeder der auf der Sitzung anwesenden nationalen Gruppen angenommen werden.

#### Artikel 5

Die Versammlung kann Verbindung mit ähnlichen Institutionen aufnehmen.

#### Artikel 6

Die Beratende Versammlung besteht aus Mitgliedern, die das Parlament eines jeden Vertragspartners aus seinen Mitgliedern bestimmt, und zwar je 20 aus jedem Parlament.

Die Parlamente können gleichzeitig Stellvertreter bestimmen.

Das Mandat eines Mitgliedes der Beratenden Versammlung erlischt, wenn sein Mandat in seinem Parlament erlischt. Sein Vertreter wird entsprechend Absatz 1 dieses Artikels bestimmt.

#### Artikel 7

Die Mitglieder des Ständigen Rates können der Arbeit der Beratenden Versammlung beiwohnen und in ihr das Wort ergreifen, ohne an der Abstimmung teilzunehmen.

#### Artikel 8

Die Mitglieder der Versammlung genießen im Staatsgebiet der Vertragspartner Immunität und die für die Ausübung ihrer Pflichten notwendigen Vorrechte.

Die vertragschließenden Parteien werden ein Abkommen über diese Immunität abschließen, die auch auf andere Personen ausgedehnt werden kann, die in dem in Artikel 10 dieses Abkommens vorgesehenen Statut besonders bezeichnet sind.

#### Artikel 9

Das Mandat der Versammlung ist auf zwei Jahre begrenzt. Danach wird zu neuen Ernennungen geschritten, gemäß Artikel 6. Die Mitglieder können wiedergewählt werden.

Die Versammlung tritt einmal jährlich in den Hauptstädten oder anderen Städten der vertragschließenden Parteien abwechselnd zur regelmäßigen Sitzung zusammen.

Das Präsidium der Versammlung kann diese, wenn notwendig, zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

#### Artikel 10

Nach Inkrafttreten dieses Abkommens werden die Regierungen der vertragschließenden Parteien sofort gemeinsam eine Dreierkommission für die Ausarbeitung des Statuts für die Beratende Versammlung, spätestens innerhalb von Monatsfrist, gemeinsam ernennen. Das Statut ist ihnen zur Genehmigung vorzulegen.

Dieses Statut hat die Organisations- und Verfahrensregeln sowie die Regeln vorzuschreiben, die sich auf die Verteilung der Kosten beziehen.

Die erste Sitzung der Beratenden Versammlung ist so schnell wie möglich einzuberufen, und zwar nach Genehmigung dieses Statuts.

Die Beratende Versammlung wird selbst ihre Geschäftsordnung im Rahmen dieses Abkommens und dieses Statuts festlegen.

#### Artikel 11

Der Ständige Rat kann mit einstimmig gefaßtem Beschluß nach Anhörung der Beratenden Versammlung oder auf deren Vorschlag Abänderungen und Ergänzungen an diesem Abkommen vornehmen.

Diese Ergänzungen oder Abänderungen treten nach Genehmigung durch jede der vertragschließenden Parteien entsprechend ihren Verfassungsvorschriften mit dem Tage der letzten Genehmigung in Kraft.

Die Mitteilung über jede Genehmigung wird den übrigen vertragschließenden Parteien möglichst schnell auf diplomatischem Wege zugestellt.

#### Artikel 12

Jeder Staat, der gemäß Artikel 9 des Vertrages von Ankara und Artikel 12 des Vertrages von Bled diesen Verträgen beitrifft, wird damit Mitglied der Beratenden Versammlung und hinterlegt zu diesem Zweck die Urkunden über den Beitritt zu diesem Abkommen.

#### Artikel 13

Dieses Abkommen bleibt ebensolange in Kraft wie die Verträge von Ankara und Bled.

#### Artikel 14

Dieses Abkommen wird von jeder der vertragschließenden Parteien entsprechend den Verfassungsvorschriften einer jeden von ihnen ratifiziert und tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte Ratifikationsurkunde hinterlegt wird.

Die Ratifikationsurkunden werden beim griechischen Außenministerium hinterlegt.

Dieses Abkommen wurde in drei Originalen in französischer Sprache ausgefertigt, von denen jeder der vertragschließenden Parteien je ein Exemplar übergeben wurde.

Quelle: *Borba*, Belgrad, vom 5. März 1955. Uebersetzung: Presse- und Kulturabteilung der jugoslawischen Botschaft, Bonn.

## Informationen und Berichte

### Das Programm der neuen französischen Regierung

Nach dem Sturz der Regierung *Mendès-France* am 5. Februar 1955 hatten zunächst Antoine Pinay (unabhängiger Republikaner), Pierre Pflimlin (Volksrepublikaner) und Christian Pineau (Sozialist) vergeblich versucht, eine neue Regierung zu bilden. Pineau, der bereits ein Kabinett zusammengestellt hatte, wurde von der Nationalversammlung am 18. Februar mit 312 gegen 218 Stimmen die Investitur verweigert. Staatspräsident Coty beauftragte daraufhin den Radikalsozialisten Edgar Faure, der in der Regierung Mendès-France das Wirtschafts- und Finanzministerium geleitet hatte und kurz vor dem Sturz des Kabinetts zum Außenminister ernannt worden war, mit der Bildung der Regierung.

Faure gelang es nach 19tägiger Dauer der Regierungskrise, am 23. Februar die Investitur durch die Nationalversammlung zu erhalten. Für das von ihm gebildete Kabinett stimmten 369 Abgeordnete, dagegen 210, und 28 enthielten sich der Stimme. Nur die Kommunisten und die Sozialisten verweigerten der Regierung das Vertrauen, während der überwiegende Teil aller übrigen Fraktionen die Regierung unterstützte.

Im Kabinett, dem Vertreter sämtlicher Parteien rechts von den Sozialisten angehören, hat der frühere Ministerpräsident Antoine Pinay (Unabhängiger Republikaner) das Außenministerium übernommen. Erstmals seit seinem Ausscheiden im Januar 1953 gehört Robert Schuman (Justizminister) wieder einer Regierung an; außer ihm entsenden die Volksrepublikaner (MRP), die in der Regierung Mendès-France nicht mitgearbeitet hatten, noch Pierre-Henri Teitgen (Ueberseegebiete), Pierre Pflimlin (Finanzen und Wirtschaft) und Paul Bacon (Arbeit und soziale Sicherheit) ins Kabinett. Das Verteidigungsministerium hat wieder General Koenig (Sozialrepublikaner) übernommen, der zusammen mit seinen Parteifreunden Gaston Palewski (dem Ministerpräsidium zugeteilter Minister), Edouard Corniglion-Molinier (öffentliche Arbeiten und Verkehr) und Raymond Triboulet (Pensionen) sowie dem Bauernpartei Paul Antier (Handelsmarine) das Gegengewicht gegen die „integrationsfreundlichen“ Kräfte in der Regierung bildet. Die übrigen Kabinettsitze verteilen sich wie folgt: Radikalsozialisten 5 (einschließlich Faure), Widerstandsunion (UDSR) 1, Unabhängige Republikaner 2 (einschließlich Pinay), Unabhängige Bauernpartei 1, Republikanisch-Soziale Aktion (ARS) 1.

Bei der Darlegung seines *Regierungsprogramms* legte Faure das Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Probleme und erklärte, daß er auf dem 18 Monate-Plan aufbauen wolle, den er als Wirtschaftsminister der beiden vorangegangenen Regierungen durchgeführt hat. Bis zum 30. Juni 1956 will die neue Regierung folgende Ziele erreichen:

1. Steigerung der industriellen Produktion, die im Jahre 1954 einen Index von 153 erreicht hatte, auf einen Index von 180;
2. Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus um 7 vH;
3. Erhöhung des Gesamteinkommens der Landwirtschaft um 7 vH;

4. Ausgleich der Zahlungsbilanz ohne Inanspruchnahme ausländischer Hilfe.

Faure betonte, daß diese Ziele unter strenger Beachtung der Stabilität der Währung verfolgt werden sollen. Die Empfindlichkeit der Wirtschaft, die sich in einem Genesungsprozeß befinde, setze den sozialen Maßnahmen der Regierung gewisse Grenzen; dennoch werde er in Kürze einen Sozialplan vorlegen, der als Gegenstück und Ergänzung des wirtschaftlichen Entwicklungsplanes für eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes sorgen soll.

Im Interesse der Landwirtschaft will die Regierung sich vor allem um die Organisation der Märkte und die Verringerung der Gestehungskosten bemühen; sie will für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse feste Preisgarantien geben. Außerdem will sie sich bemühen, der Dumpingpolitik gewisser Länder auf den Agrarmärkten entgegenzuwirken.

Der Ministerpräsident betonte, daß das wirtschaftliche Programm in loyaler Weise auch auf die französischen Ueberseegebiete und die Französische Union angewendet werden müsse; ein bedeutender Teil der Investitionsmittel werde diesen Gebieten zugute kommen. Schließlich müsse Frankreich auch in der wirtschaftlichen Integration Europas, aus der es sich infolge seiner inneren Schwierigkeiten nahezu habe ausschließen müssen, wieder die Initiative ergreifen; die Regierung werde daher demnächst Projekte der wirtschaftlichen Assoziierung auf den Gebieten des Transportwesens, der industriellen Energie und der Atomenergie vorlegen.

Zu nordafrikanischen Problemen übergehend, trat Faure für eine Reorganisation der Französischen Union ein: man müsse „Formeln einer unauflöslichen Assoziierung ersinnen zwischen Partnern, die gleich an Rechten sind und das in der Tat werden sollen, nach Maßgabe der notwendigen Evolutionen“. Während er nachdrücklich die unabänderliche Bindung Algeriens an das französische Mutterland unterstrich, kündigte Faure an, daß die von Mendès-France begonnenen Verhandlungen über neue Konventionen für Tunesien fortgesetzt werden sollen.

Zur Außenpolitik erklärte der Ministerpräsident, die Regierung beabsichtige, in kürzester Frist den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens für die Pariser Verträge zu erlangen. Er sagte: „Die Ratifizierung dieser Verträge von Paris wird der Ausgangspunkt der Westeuropäischen Union sein. Ich möchte auf diesem Gebiet niemandes Gefühle verletzen. Europa ist in meinen Augen eine viel kostbarere Realität als die Bilder, die die einen oder die anderen von uns sich von seiner vollkommenen Verwirklichung machen.“ Zum Saarabkommen sagte Faure ergänzend, die Regierung werde für seine Verwirklichung „nach dem Geist und Buchstaben“ eintreten und gleichzeitig die im Gange befindlichen Verhandlungen mit der Saarregierung zum Abschluß bringen, die den wohlverstandenen Interessen des mit Frankreich wirtschaftlich vereinten Saargebietes dienen.

Faure lehnte die Alternative „Sicherheit oder Verhandlungen“ ab und betonte, daß das Streben nach Frieden



durch Verhandlungen und die Organisation der westlichen Sicherheit durch alle verfügbaren Mittel zwei Wege seien, auf denen gleichzeitig fortgeschritten werden müsse. Demgemäß werde die Regierung nach der Ratifizierung der Pariser Verträge vorschlagen, daß gemeinsam mit den Verbündeten „eine Untersuchung über die Bedingungen solcher Verhandlungen in Europa und in Asien angestellt wird“.

### Die dritte Tagung des Nordischen Rates

Der Nordische Rat, eine beratende Versammlung der Parlamente Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Islands, hat vom 29. Januar bis zum 4. Februar 1955 in Stockholm seine dritte Tagung abgehalten. Neben der Behandlung des wichtigsten — und zugleich kompliziertesten — Anliegens der nordischen Zusammenarbeit, der Bildung eines gemeinsamen nordischen Marktes, befaßte sich der Rat wiederum mit einer großen Anzahl von Einzelproblemen technischer, sozialer und kultureller Natur, die zum Gegenstand von Empfehlungen an die Regierungen gemacht wurden.

Dazu gehören u. a. eine Empfehlung für den Abschluß einer nordischen Konvention über die sozialen Einrichtungen, der Vorschlag der Bildung eines einheitlichen, freien Arbeitsmarktes für Apotheker und die Empfehlung, gemeinsame Einrichtungen für die ärztliche Betreuung der Seeleute in den nordischen Häfen zu schaffen. Auf kulturellem Gebiet empfahl der Rat die staatliche Förderung von Uebersetzungen von Fachliteratur zwischen den verschiedenen nordischen Sprachen (insbesondere aus dem Finnischen und dem Isländischen) und eine intensivere Zusammenarbeit in der Programmgestaltung des Rundfunks und des Fernsehens — dabei sollen neben der Einführung gemeinsamer skandinavischer Programme auch die gesamtscandinavischen Interessen in den einzelnen nationalen Programmen stärker berücksichtigt werden. Die Frage einer gemeinsamen Ausbildung des journalistischen Nachwuchses und der Gründung einer gemeinsamen Hochschule für Journalismus soll geprüft werden. Um den interscandinavischen Nachrichtenaustausch zu fördern, empfahl der Rat, im Post- und Fernmeldeverkehr zwischen den skandinavischen Ländern nur Inlandsgebühren zu erheben und insbesondere die Fernschreibgebühren zu senken. Schließlich wurde eine Vereinheitlichung der Ehegesetzgebung der nordischen Länder empfohlen.

Zum Problem des gemeinsamen nordischen Marktes nahm der Rat Berichte der Regierungen über die auf Grund der Empfehlung des Rates vom August 1954 getroffenen Maßnahmen entgegen. (Vgl. dazu den Bericht über die zweite Tagung des Rates in Europa-Archiv 18/1954, S. 6912.) Wie auf der Tagung im August waren es in erster Linie wieder die Vertreter Norwegens, die vor übereilten Schritten warnten, da sie auf Grund des gegenüber Dänemark und Schweden niedrigeren norwegischen Lebensstandards von einer schnellen Einführung des gemeinsamen Marktes nachteilige Auswirkungen auf die norwegische Wirtschaft befürchteten. Bestrebungen, Schweden und Dänemark zu einem separaten Vorgehen in der Koordinierung ihrer Wirtschaft zu veranlassen, dem Norwegen sich später anschließen könnte, trat der schwedische Handelsminister, *Ericsson*, mit dem Hinweis entgegen, daß der Rat nur Maßnahmen fördern

sollte, die allen nordischen Ländern gleicherweise zum Vorteil gereichen. In einer Entschlieöung zur Frage des gemeinsamen Marktes stellte der Rat mit Genugtuung fest, daß nun die ersten Untersuchungen auf diesem Gebiet angelaufen seien; es sei zu hoffen, daß der nächsten Tagung konkrete Ergebnisse vorgelegt werden könnten.

### Empfehlung der Internationalen Handelskammer zur Konvertibilität

Am 9. und 10. Februar 1955 fand in Paris die 83. Sitzung des Präsidiums der Internationalen Handelskammer (IHK) unter dem Vorsitz von Camille Gutt, dem ehemaligen Direktor des Internationalen Währungsfonds, statt. Das Präsidium nahm dabei auf Vorschlag seines Präsidenten Camille Gutt u. a. auch zu den Fragen der Wiedereinführung der Konvertibilität Stellung. Die hierzu gefaßte Entschlieöung hat folgenden Inhalt:

Es wird darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Umstände für die Wiederherstellung der Konvertibilität der europäischen Währungen als besonders günstig angesehen werden können, da ihr keine größeren technischen Hindernisse entgegenstehen. Die einzige Schwierigkeit sei in einer nicht ausreichenden internationalen Liquidität zu sehen, da die Weltreserven an Gold und Dollar tatsächlich nicht denjenigen Umfang aufweisen, den sie haben müßten, wenn die Währungen wieder konvertierbar sein sollen. Nach Ansicht der IHK ist der Grund für diese Schwierigkeiten in der Haltung der Regierungen zu sehen, die damit zögern, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und zwar aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen heraus und keinesfalls wegen irgendwelcher grundlegender materieller Umstände.

Zu den von der IHK als günstig angesehenen Faktoren für die Rückkehr zur Konvertierbarkeit zählen insbesondere: die Milderung des Inflationsdrucks, besonders in Westeuropa, und die Wiederherstellung einer stabilen Währung in vielen Ländern, die Zunahme der Geldreserven in manchen Schlüsseländern sowie langsame, aber tatsächliche Fortschritte auf dem Wege zu einer Liberalisierung des Warenaustausches.

Als die hauptsächlichsten einer Konvertierbarkeit entgegenstehenden Faktoren nennt die IHK folgende: auf politischen Erwägungen beruhende Bedenken, die Neigung mancher Länder zu einer isolierten Wirtschaft zwecks Schutz einer überbewerteten Währung, die Unterschätzung der Vorteile der Konvertierbarkeit, die das Vertrauen zur Währung stärken würde, und die Bedenken mancher Länder, Maßnahmen zur Verstärkung der internationalen Liquidität einzuführen, obwohl diese von ihren eigenen Fachleuten empfohlen werden.

Eine plötzliche Rückkehr zur Konvertierbarkeit muß nach Ansicht der IHK selbstverständlich vermieden werden, solange die entsprechenden Vorbedingungen dazu noch fehlen; doch dürfe der unbewegliche Zustand einer allzu langen Halbkonvertierbarkeit nicht in Kauf genommen werden. Aus diesem Grunde schlägt die IHK vor, das Problem so zu lösen, daß die Konvertierbarkeit zunächst *de facto* hergestellt und nach einer kürzeren Erfahrungszeit *de jure* gebilligt wird.

## Zeittafel vom 16. bis zum 28. Februar 1955

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Organisationen

(Vgl. hierzu die Mitteilungen des Europarats für Februar auf S. 7422 bis 7428 dieser Folge.)

## Deutschland

16. Beendigung eines dreitägigen Staatsbesuches des ceylonesischen Premierministers, Sir John *Kotelawala*, in der Bundesrepublik. In einem Communiqué wird bekanntgegeben, der Bundeskanzler habe mit dem Gast die allgemeine politische Lage und die deutsch-ceylonesischen Beziehungen erörtert; es sei ein weiterer Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen vereinbart worden.

Die öffentliche Auseinandersetzung über die Pariser Verträge wird mit einer gemeinsamen Kundgebung der Parteien der Regierungskoalition in Hamburg fortgesetzt, in der Bundeskanzler *Adenauer* und die Vorsitzenden der FDP, der DP und des GB/BHE, *Thomas Dehler*, *Heinrich Hellwege* und *Theodor Oberländer*, noch einmal die Argumente für die Verträge vorbringen und gegen die „Paulskirchen-Bewegung“ Stellung nehmen. Am folgenden Tage veranstaltet die SPD an gleicher Stelle eine Gegenkundgebung, in der der Parteivorsitzende, *Erich Ollenhauer*, die Paulskirchen-Bewegung verteidigt und fordert, daß das Parlament vor seiner Entscheidung über die Verträge auf das Volk höre.

17. Der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages billigt mit 16 gegen 13 Stimmen das deutsch-französische Saarabkommen. An den vorausgegangenen Tagen hatte der Ausschuß bereits mit größeren Mehrheiten die übrigen Pariser Verträge gebilligt.

Bundeskanzler *Adenauer* bezeichnet es in einem Interview mit der *Welt* als möglich, das militärische Programm der Westeuropäischen Union den Bestimmungen eines allgemeinen europäischen Sicherheitssystems unter Einschluß der Sowjetunion anzupassen; auf der Grundlage der Teilung Deutschlands sei ein solches Sicherheitssystem jedoch undenkbar. Dr. *Adenauer* nennt den Vorschlag, die Verträge nur bedingt zu ratifizieren und ihre Verwirklichung bis nach neuen Viermächteverhandlungen auszusetzen, eine „opportunistische Manipulation“, die das Vertrauensverhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten aufs Spiel setze.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des DGB fordern in einer Entschließung zu den Pariser Verträgen, daß deren Verabschiedung so lange ausgesetzt werde, bis in neuen Viermächtebesprechungen geklärt sei, unter welchen Bedingungen die Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist. Am 19. Februar erklärt die Bundesregierung zu dieser Entschließung, der DGB habe damit seine Verpflichtung zur parteipolitischen Neutralität erneut verletzt und sich in eindeutiger Weise auf die Seite der SPD gestellt. Diese Erklärung wird am 23. Februar vom DGB zurückgewiesen, der erklärt, er werde sich das Recht

nicht nehmen lassen, zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen.

Der Prozeß gegen die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht wird nach dreitägiger Verhandlung auf Antrag der KPD erneut vertagt.

Die Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik einschließlich Berlins unterzeichnen auf einer Konferenz in Düsseldorf ein Abkommen zur Vereinheitlichung des Schulwesens. Nach diesem Abkommen werden im Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlins der einheitliche Beginn des Schuljahres, einheitliche Schultypen, die gegenseitige Anerkennung von Reife- und Ergänzungsprüfungen und einheitliche Notenstufen eingeführt.

18. Eine Delegation der Volkskammer der DDR überreicht dem Präsidenten des Deutschen Bundestages einen Vorschlag, „in letzter Stunde“ in gemeinsame Verhandlungen zwischen den beiden Parlamenten einzutreten und die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern. Die Volkskammer schlägt vor, daß Delegationen ausgetauscht werden, die vor dem Plenum der beiden Parlamente ihre Ansichten zur Frage freier Wahlen in ganz Deutschland darlegen sollen. Die Fraktionen des Bundestages kommen am 20. Februar überein, den Vorschlag nicht zu beantworten. Am 24. Februar warnt der Präsident der Volkskammer, *Johannes Dieckmann*, in einer Pressekonferenz die Abgeordneten des Bundestages vor der Ratifizierung; das deutsche Volk werde jeden zur Verantwortung ziehen, der für die Verträge stimme.

19. Auf einer Kundgebung gegen die Pariser Verträge in Ost-Berlin fordert der Ministerpräsident der DDR, *Otto Grotewohl*, die Bundesregierung auf, unverzüglich gemeinsam mit der DDR von den Großmächten die Einleitung von Viermächteverhandlungen zu verlangen und gleichzeitig mit der Regierung der DDR in Verhandlungen über die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland einzutreten.

20. Ein außerordentlicher Parteitag des GB/BHE in Bonn billigt die Ratifizierung der Pariser Verträge, lehnt aber das deutsch-französische Saarabkommen mit großer Mehrheit ab. In einer außenpolitischen Entschließung wird erklärt, der GB/BHE betrachte die Wiedervereinigung Deutschlands als oberstes Ziel, lehne aber Neutralisierung, Bündnislosigkeit und Verzicht auf Wiederbewaffnung als Wege zu diesem Ziele ab.

22. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ersucht die Bundesregierung in einer von Bischof *Dibelius* unterzeichneten Eingabe, die Wiedergutmachung an den Opfern des nationalsozialistischen Regimes zu beschleunigen.

23. Die Bundestagsfraktion der FDP erklärt nach einer Sitzung in Bonn, daß sie die Pariser Verträge nahezu einmütig billige, das Saarabkommen jedoch in



gleicher Einmütigkeit ablehne. Es wird betont, daß auch die vier Kabinettsmitglieder der FDP sich diesem Votum angeschlossen hätten.

- 24.—27. Zweite und dritte Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Pariser Verträgen im Deutschen Bundestag. Nach der Ablehnung eines Antrags der SPD, die Debatte von der Tagesordnung abzusetzen, werden sämtliche Verträge nach 36stündiger Debatte in zweiter Lesung gebilligt. Am 27. Februar fassen die Fraktionsvorsitzenden in der dritten Lesung noch einmal die Standpunkte ihrer Fraktionen zusammen; danach werden die Verträge in dritter Lesung vom Bundestag ratifiziert. Im Verlauf der Debatte kommt es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und den Sprechern der FDP Dr. *Becker* und Dr. *Dehler* über das Saarabkommen. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung der dritten Lesung sind wie folgt:

*Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland:* 324 Ja (241 CDU/CSU, 42 FDP, 27 GB/BHE, 13 DP, 1 Fraktionsloser), 151 Nein (150 SPD, 1 FDP);

*Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland:* 321 Ja (241 CDU/CSU, 39 FDP, 27 GB/BHE, 13 DP, 1 Fraktionsloser), 153 Nein (150 SPD, 3 FDP);

*Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag:* 314 Ja (240 CDU/CSU, 37 FDP, 24 GB/BHE, 13 DP), 157 Nein (150 SPD, 5 FDP, 1 GB/BHE, 1 Fraktionsloser), 2 Stimmenthaltungen (GB/BHE);

*Abkommen über das Statut der Saar:* 264 Ja (235 CDU/CSU, 7 FDP, 11 GB/BHE, 11 DP), 201 Nein (2 CDU/CSU, 150 SPD, 31 FDP, 16 GB/BHE, 1 DP, 1 Fraktionsloser), 9 Stimmenthaltungen (4 CDU/CSU, 4 FDP, 1 DP).

Zu den Ratifizierungsgesetzen werden vom Bundestag folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

eine Entschliebung über die Wiedervereinigung Deutschlands, in der festgestellt wird, daß die Wahrung der Einheit und Freiheit Deutschlands die vordringliche Aufgabe der deutschen Politik bleibt, daß das deutsche Volk von allen beteiligten Mächten alle Anstrengungen für die Herbeiführung der Wiedervereinigung erwartet, daß der Bundestag Viermächteverhandlungen mit diesem Ziele sowie den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages fordert und daß die Bundesregierung bei diesen Verhandlungen zugezogen werden muß;

eine Entschliebung über das deutsche Auslandsvermögen, in der der Bundestag seiner Enttäuschung über die Beibehaltung diskriminierender Bestimmungen im Deutschlandvertrag Ausdruck gibt und die baldige Regelung dieser Frage verlangt;

eine Entschliebung zum Saarabkommen, in der der Bundestag feststellt, daß durch das Abkommen die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht berührt wird und in der er gleichzeitig entsprechend Artikel VI des Abkommens die Gewährung voller Freiheit der politischen Meinungsäußerung und die Anwen-

dung der Europäischen Konvention zur Wahrung der Menschenrechte an der Saar fordert.

Ein Antrag der SPD-Fraktion, das Inkrafttreten des Beitritts der Bundesrepublik zum Brüsseler Pakt und zur NATO auszusetzen, bis erneute Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ergebnislos geblieben sind, wird gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Abgeordneter der FDP und des GB/BHE abgelehnt.

25. Im Saargebiet findet aus Protest gegen den Schiedsspruch in einem Metallarbeiterstreik und gegen das Verhalten der Polizei bei diesem Streik ein eintägiger Generalstreik statt. Abgesehen von einer Demonstration gegen die einseitige Berichterstattung des saarländischen Rundfunks verläuft der Streik ohne Zwischenfälle.
28. Im Zusammenhang mit den anläßlich der Ratifizierung des Saarabkommens aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion der FDP und zwischen dieser Fraktion und dem Bundeskanzler bietet Vizeminister Franz *Blücher* seinen Rücktritt an.

### Frankreich

18. Der mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte Sozialist *Christian Pineau* stellt der Nationalversammlung sein Kabinett vor. Die Nationalversammlung verweigert jedoch mit 312 gegen 268 Stimmen die Investitur. Gegen die Regierung stimmen die Kommunisten, die Unabhängigen Republikaner, die Republikanisch-Soziale Aktion, die Bauernpartei und die Unabhängige Bauernpartei, die überseeischen Abgeordneten, ein großer Teil der Sozialrepublikaner (ehem. Gaullisten) sowie Teile der Radikalsozialisten und der Widerstandsunion. Danach bildet der Radikalsozialist *Edgar Faure* eine Regierung, die am 23. Februar von der Nationalversammlung bestätigt wird. (Vgl. den Bericht auf S. 7415 dieser Folge.)
28. In einer Verlautbarung zur Entschliebung des Deutschen Bundestages über das Saarabkommen (vgl. Deutschland) weist das französische Außenministerium darauf hin, daß dem Saargebiet durch das Abkommen eindeutig ein europäischer Status im Rahmen der Westeuropäischen Union verliehen werde; Frankreich habe seine Absicht kundgetan, daß dieser Status durch den Friedensvertrag bestätigt werde.

### Großbritannien

16. Der Führer der Opposition, *Clement R. Attlee*, tritt in einem Interview mit dem *News Chronicle* für Viermächteverhandlungen nach der Ratifizierung der Pariser Verträge ein, die jedoch schon jetzt vorbereitet werden könnten. In der Formosa-Frage empfiehlt *Attlee* eine Volksabstimmung, ob die Insel unabhängig bleiben oder sich der Volksrepublik China anschließen wolle; dazu müsse Formosa zunächst unter Exilierung *Tschiang Kai-scheks* für einige Jahre neutralisiert werden.
17. Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die Verteidigung, in dem sie bekanntgibt, daß Großbritannien nunmehr in der Lage sei, Wasserstoffbomben herzustellen, und die Produktion aufnehmen werde. Es wird betont, daß die Entschlossenheit des

Westens, im Falle eines kommunistischen Angriffs alle zur Verfügung stehenden Vernichtungswaffen zu einem massiven Vergeltungsschlag einzusetzen, die sicherste Abschreckung des Angriffs darstelle; nur so könne das große Uebergewicht der kommunistischen Länder in den herkömmlichen Waffen ausgeglichen werden. Ferner heißt es in dem Weißbuch, der Beschluß der NATO, im Falle eines größeren Krieges in Europa Atomwaffen einzusetzen, bilde die Grundlage der Verteidigungsvorbereitungen. Die Verteidigungsausgaben für das Haushaltsjahr 1955/56 werden in dem Weißbuch auf 1,494 Milliarden Pfund Sterling veranschlagt.

18. Nach einem viertägigen Staatsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten, Mario *Scelba*, und des Außenministers, Gaetano *Martino*, wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß zwischen den italienischen Staatsmännern und der britischen Regierung volles Einvernehmen über alle Aspekte der internationalen Lage bestehe. Beide Regierungen seien übereingekommen, ihr Aeüßerstes für das baldige Inkraftsetzen der Westeuropäischen Union zu tun.
21. Das Unterhaus ratifiziert einstimmig den Vertrag über die Assoziierung Großbritannien mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. (Vgl. den Wortlaut des Abkommens in Europa-Archiv 5/1955, S. 7379.)
23. Die Exekutive der Labour Party fordert in einer Entschlieûung die Regierung auf, ihren Einfluß bei der amerikanischen Regierung zugunsten einer Feuer-einstellung in der Formosa-Straße, der Räumung der Küsteninseln und der Neutralisierung Formosas geltend zu machen.

#### Oesterreich

18. Auf dem Landesparteitag der ÖVP Niederösterreichs erhebt Außenminister Leopold *Figl* die Forderung, daß künftige Verhandlungen der Großmächte über den Staatsvertrag auf einer Fünferkonferenz unter Beteiligung Oesterreichs stattfinden müßten. *Figl* kritisiert die verschiedentlich gemachten Vorschläge, den Staatsvertragsentwurf durch eine völlig neue Verhandlungsgrundlage zu ersetzen; dazu würden sich die Großmächte kaum gewinnen lassen. Es müsse allerdings angestrebt werden, gewisse Aenderungen des Entwurfs bei künftigen Verhandlungen durchzusetzen. Der Außenminister betont, daß Oesterreich jede Blockbildung ablehnen und sich weder dem Osten noch dem Westen anschließen werde.

#### Polen

18. Der Staatsrat faßt einen Beschluß, durch den der Kriegszustand mit Deutschland beendet wird.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

16. Im Anschluß an einen zweitägigen Besuch des indischen Premierministers, Jawaharlal *Nehru*, wird in einem Kommuniqué erklärt, Indien und Aegypten seien durch die internationalen Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit enger zusammengeführt worden. Beide Regierungen seien der Auffassung,

daß militärische Allianzen und Mächteverbindungen nicht zur Sicherheit führen könnten.

20. Der britische Außenminister, Sir Anthony *Eden*, unterbricht seine Reise zur SEATO-Konferenz nach Bangkok zu einer Unterredung mit Ministerpräsident *Nasser*. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die beiden Staatsmänner die internationale Lage besprochen und eine befriedigende Verbesserung der

#### Rumänien

22. Ministerpräsident Gheorghe *Gheorghiu-Dej* erklärt vor der Nationalversammlung, die Grundlage der Wirtschaftspolitik sei der Beschluß, der Entwicklung der Schwerindustrie den Vorrang zu geben.

#### Sowjetunion

16. In einer Erklärung an die japanische Regierung erklärt sich die Sowjetregierung bereit, Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern unverzüglich aufzunehmen.
18. Zu der bevorstehenden Tagung des Unterausschusses der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen (vgl. Vereinte Nationen) veröffentlicht die Sowjetregierung eine Erklärung, in der sie feststellt, daß sowohl die Pariser Verträge als auch der Beschluß des Nordatlantikrates vom Dezember 1954 über die Anwendung von Atomwaffen im Widerspruch zu dem von der Vollversammlung der UN einstimmig zum Ausdruck gebrachten Wunsche nach einer Beschränkung der Rüstungen und dem Verbot der Atomwaffe stünden. Die Sowjetregierung schlägt ein internationales Abkommen vor, in dem alle Staaten feierlich auf die Anwendung der Atomwaffe verzichten sollen. Ferner müßten alle Staaten die Verpflichtung übernehmen, ihre Vorräte an Atom- und Wasserstoffwaffen zu vernichten und ihre Rüstungen und Streitkräfte nicht über den Stand vom 1. Januar 1955 zu erhöhen. Noch im Jahre 1955 solle eine Weltabrüstungskonferenz einberufen werden.
28. Auf Vorschlag von Ministerpräsident *Bulganin* werden die Stellvertretenden Ministerpräsidenten A. I. *Mikojan*, M. G. *Perwuchin* und M. S. *Saburow* zu Ersten Stellvertretern des Ministerpräsidenten (neben *Molotow* und *Kaganowitsch*) ernannt. In einer Note an die britische Regierung erklärt die Sowjetregierung erneut, daß die Pariser Verträge im Widerspruch zu dem britisch-sowjetischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942 stünden und daß der Akt der Ratifizierung der Pariser Verträge die Annullierung dieses Vertrages nach sich ziehen werde. (Vgl. den bisherigen sowjetisch-britischen Notenwechsel in den Zeittafeln in EA 2/1955 und 4/1955.)

#### Türkei

16. Die Nationalversammlung ratifiziert einstimmig das Protokoll über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantikpakt.
26. Die Nationalversammlung ratifiziert einstimmig den am 24. Februar in Bagdad unterzeichneten türkisch-irakischen Bündnispakt (vgl. Irak).



britisch-ägyptischen Beziehungen seit dem Abschluß des Suezkanal-Abkommens festgestellt hätten.

## AMERIKA

### Vereinigte Staaten

16. Außenminister John Foster Dulles weist in einer Rede vor der Foreign Policy Association darauf hin, daß die Vereinigten Staaten sich nur zur Verteidigung Formosas und der Pescadoreen vertraglich verpflichtet haben; Präsident Eisenhower habe jedoch die Vollmacht des Kongresses erhalten, weitere Positionen und Territorien zu schützen, soweit dies nach seinem Ermessen für die Verteidigung Formosas notwendig sei. Dulles betont, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Grund hätten, die chinesischen Küsteninseln als solche zu verteidigen, sie müßten aber vor Aktionen der chinesischen Kommunisten „auf der Hut sein“ (be alert), die darauf abzielen, Ausgangspositionen für einen Angriff auf Formosa zu gewinnen.
18. Das Repräsentantenhaus billigt mit 295 gegen 110 Stimmen eine Verlängerung des Außenhandelsermächtigungsgesetzes (Reciprocal Trade Agreements Act) um drei Jahre. In der Gesetzesvorlage ist die Ermächtigung Präsident Eisenhower enthalten, bestimmte Zollsätze im Interesse des internationalen Handels zu senken.

## ASIEN

### Volksrepublik China

20. Der Staatsrat verfügt eine Währungsreform, die am 1. März wirksam werden wird. Die Umstellung erfolgt im Verhältnis 10 000:1.

### Indien

25. Premierminister Jawaharlal Nehru tritt in der Generaldebatte nach der Eröffnung des Parlaments für die sofortige Räumung der chinesischen Küsteninseln und ihre Uebergabe an die Volksrepublik China ein. Er betont, daß Indien nur ein China — die Volksrepublik — anerkenne und deren Anspruch auf Formosa für gerechtfertigt halte. Er kritisiert den Verteidigungspakt zwischen den Vereinigten Staaten und Formosa: solche Pakte seien im Atomzeitalter reichlich veraltet. Das indische Denken, erklärt er, passe nicht in das Kreuzzugskonzept des Kommunismus oder des Antikommunismus.

### Irak

24. In Bagdad wird ein Pakt über gegenseitige Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Irak unterzeichnet, in dem beide Partner sich verpflichten, zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und Verteidigung zusammenzuarbeiten. Der Vertrag steht allen Staaten der Arabischen Liga sowie allen anderen an der Sicherheit im Mittleren Osten interessierten Staaten zum Beitritt offen.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

25. Der auf Grund der Resolution der Vollversammlung vom 4. November 1954 (vgl. Europa-Archiv 2/1955, S. 7279) wieder einberufene Unterausschuß der Abrüstungskommission, dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und

26. Beide Häuser des Parlaments ratifizieren den türkisch-irakischen Pakt mit großen Mehrheiten.

### Israel

27. Im Gebiet von Gaza ereignet sich ein schwerer israelisch-ägyptischer Grenzzwischenfall, der über 30 Todesopfer fordert. Beide Seiten beschuldigen in ihren ersten Veröffentlichungen die andere Seite der Aggression.

### Japan

27. Aus den Wahlen zum Reichstag geht die Demokratische Partei des Ministerpräsidenten Hatoyama mit 185 Sitzen als stärkste Partei hervor. Ihr folgen die Liberalen des früheren Ministerpräsidenten Yoshida mit 112, die Linksozialisten mit 89 und die Rechtssozialisten mit 67 Sitzen. Die Kommunisten erringen 2 Sitze.

### Philippinen

19. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der acht Signatarstaaten bei der philippinischen Regierung tritt der Südostasiatische Verteidigungspakt (SEATO) in Kraft.

### Thailand

- 23.—25. In Bangkok findet die erste Tagung des Rates der Organisation des Südostasienspaktes (SEATO) statt. Im Schlußkommuniqué wird erwähnt, daß der Rat neben der Behandlung militärischer Fragen sein besonderes Augenmerk auf die Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche im Gebiet der asiatischen Mitgliedstaaten und auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Vertragspartner gerichtet habe. Ferner wird in dem Kommuniqué die Entschlossenheit der Paktmitglieder betont, den drei freien Staaten Indochinas weitere Unterstützung zu gewähren. Es wird beschlossen, daß der Rat der SEATO mindestens einmal jährlich auf Ministerebene tagen soll und daß ein Ständiger Rat eingerichtet wird, der seinen Sitz in Bangkok haben wird. Den Vertretern der Mitgliedstaaten im Ständigen Rat werden militärische Berater beigegeben werden. Der Ständige Rat wird beauftragt, die Abwehrmaßnahmen gegen kommunistische subversive Tätigkeit zu überprüfen und zu verstärken, ferner soll er der nächsten Tagung des Ministerrates Vorschläge für die Erweiterung der kulturellen und technischen Zusammenarbeit der Paktstaaten unterbreiten. In einem Sonderkommuniqué begrüßt der Rat der SEATO die für April nach Bandoeng einberufene asiatisch-afrikanische Konferenz und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Konferenz zur Sicherung der Freiheit der asiatischen Völker beitragen werde. Während der Tagung des Rates finden Besprechungen zwischen den Außenministern der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australiens über die Formosa-Frage statt.

Kanada angehören, nimmt in London seine Arbeiten wieder auf. Der sowjetische Vertreter, Andrej A. Gromyko, unterbreitet dem Ausschuß Vorschläge entsprechend der Erklärung der Sowjetregierung vom 18. Februar (vgl. Sowjetunion).

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

20. MÄRZ 1955

6. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Activities of FAO under the expanded Assistance Program 1953/54. Rom: Food and Agriculture Organization of the United Nations, December 1954. 80 S. (hektographiert, FAO/54/11/6752).

Cook, Thomas I. und Malcolm Moos: Power through Purpose. The Realism of Idealism as a Basis for Foreign Policy. Baltimore: Johns Hopkins Press 1954. 216 S. \$ 4,00.

Eine eingehende Analyse der amerikanischen Außenpolitik, in der die Führungsmission Amerikas im Kampf gegen den Totalitarismus mit großem Nachdruck betont wird. Die Verfasser sind der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten ihre eigenen Ideale und Institutionen noch weiter festigen müßten, ehe sie die freien Länder unterstützen und denjenigen Hilfe versprechen, die die Opfer der Tyrannei wurden.

Das Buch empfiehlt eine amerikanische Außenpolitik, die klar und eindeutig zwischen Freund und Feind unterscheidet. Dabei müßten gewisse Einflüsse des Isolationsismus, des Individualismus und einer gewissen Art des Liberalismus überwunden werden. Auch gegenüber den innerpolitischen Gegnern dürfe es keinen Kompromiß geben. Die amerikanische Außenpolitik müsse ein „integraler Bestandteil der totalen Politik einer Nation sein, deren Interessen international sind und deren ethische Prinzipien zu Recht auf universale Gültigkeit Anspruch erheben“. Die Verfasser wollen mit diesem Buch einen Beitrag zur „großen Debatte“ über die außenpolitische Stellung der Vereinigten Staaten leisten und gleichzeitig die Extreme utopistischer Internationalisten ebenso bekämpfen wie diejenigen engstirniger Nationalisten.

Current Legal Problems. Vol. 6, 1953. Edited by George W. Keeton and Georg Schwarzenberger. On behalf of the Faculty of Laws, University College, London. London: Stevens & Sons Limited 1953. 324 S. 37 s.

Seit 1946 gibt die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität London jährlich einen derartigen Band heraus, in dem die bedeutendsten Rechtsprobleme des jeweiligen Jahres zusammenfassend beleuchtet werden. Von den 15 Themen des vorliegenden Bandes sind besonders beachtenswert eine Würdigung der Vertragswerke von Bonn und Paris sowie Aufsätze über die Revision der Copyright-Bestimmungen, über die Verfassungskrise in der Südafrikanischen Union, die verfassungsrechtlichen Experimente in Britisch-Westafrika und der Zentralafrikanischen Föderation, über das geltende Recht über den Komplex der Spionage in Friedenszeiten und über die zwischenstaatliche Rechtspraxis der Auslieferung von Personen.

Geschichtliche Zeit-Tafeln: Deutsche Demokratische Republik. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin. Berlin: Kongreß-Verlag 1954. 114 S. DM 2,—.

Dormont, Alexis: La nouvelle armée allemande est là. Paris: Amiot-Dumont 1954. 220 S. (Archives d'Histoire Contemporaine). European Organization for Nuclear Research. Herausgegeben vom European Council for Nuclear Research. Paris: Documentation Française 1954. 20 S.

European Peace Treaties after World War II. Negotiations and Texts of Treaties with Italy, Bulgaria, Hungary, Rumania, and Finland. Edited by Amelia C. Leiss in cooperation with Raymond Dennett. Supplementary to Documents on American Foreign Relations, VII, 1945—1946, and IX, 1947. Boston, Mass.: World Peace Foundation 1954. 341 S. \$ 4,75.

Der Band enthält zusammenfassende Berichte über die Verhandlungen, die zum Abschluß der Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland führten, sowie den englischen Text der fünf Friedensverträge. Dieser Band ist als Ergänzung der Reihe „Documents on American Foreign Relations“ gedacht. Im Gegensatz zu den genannten Dokumentenbänden beschränkt sich das vorliegende Werk nicht nur auf die Darstellung der amerikanischen Außenpolitik. Es enthält darüber hinaus wertvolle Informationen, die für die Interpretierung der Verträge von wesentlicher Bedeutung sind.

Sudetendeutsches Geschichtsbild in Vergangenheit und Gegenwart. Siebente Jahrestagung der Ackermann-Gemeinde in Dinkelsbühl, 22.—26. Juli 1953. München: Verlag Preßverein Volksbote 1954. 100 S. (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde, Heft 7).

Die Sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde hatte anlässlich ihrer siebenten Jahrestagung die Problematik des Geschichtsbildes der Sudetendeutschen eingehend behandelt, das heute noch von der Eingliederung ins Großdeutsche Reich und von der Vertreibung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stark überlagert ist. Sie ging von der Erkenntnis aus, daß die Existenz der Sudetendeutschen als Volksgruppe in der Vertreibung und die Verwirklichung ihrer Anliegen im Hinblick auf die verlorengegangene Heimat eine Neuorientierung des Geschichtsbildes an der gewandelten politischen Lage erfordere. Sie faßte daher die grundsätzlichen Referate dieser Tagung in der vorliegenden Schrift zusammen, von denen die Themen „Selbstbeurteilung und Geschichtsbewußtsein der Sudetendeutschen“ (Prof. Dr. Eugen Lemberg), „Deutsche und Tschechen“ (Dr. Helmut Slapnicka), „Die sudetendeutsche Volksgruppe im Exil“ (Dr. Erich von Hoffmann) und nicht zuletzt „Deutsche Zukunft in Europa“ (Kurt Georg Kiesinger) gleichermaßen beachtenswert sind, da hier mit wissenschaftlichem Ernst der Versuch unternommen wurde, unvoreingenommen die Problematik des Zusammenlebens der Tschechen mit den Sudetendeutschen zu untersuchen und dabei beiden Seiten gerecht zu werden.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Melssner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myllusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myllusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



## Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1955

### Programm der 7. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

Der Ständige Ausschuß der Versammlung tagte am 12. Februar unter dem Vorsitz des Präsidenten, Guy Mollet, in Paris und setzte den Termin für die Eröffnung des ersten Teiles der 7. Sitzungsperiode der Versammlung auf Freitag, den 20. Mai, fest. Dieser Teil der Sitzungsperiode wird bis zum 28. Mai dauern.

Das vorläufige Arbeitsprogramm sieht die folgende Einteilung vor:

Freitag, 20. Mai Prüfung der Vollmachten und Wahl des Präsidiums

Bericht des Ministerkomitees

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

Sonabend, 21. Mai Europäische Sozialcharta  
Rolle des Europarats auf kulturellem Gebiet

Montag, 23. und  
Dienstag, 24. Mai Politik des Europarats

Aufgaben und Arbeitsmethoden des Europarats

Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung

Mittwoch, 25. Mai Ausschuß-Sitzungen

Donnerstag, 26. Mai Konventionsentwurf für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten  
Bericht des Sonderbeauftragten des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse

Neue Aufgaben der Kommunalverbände, die sich aus der Schaffung der EGKS ergeben

Freitag, 27. und  
Samstag, 28. Mai

Wirtschaftliche Integration Europas

a) 7. Bericht der OEEC

b) Allgemeine Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas

c) Ergebnisse der europäischen Landwirtschaftskonferenz

d) Bericht der Konferenz der europäischen Verkehrsminister

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Präsidium und Ständiger Ausschuß

Am 11. Februar tagte das Präsidium der Beratenden Versammlung in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Guy Mollet (Franzose), Präsident der Beratenden Versammlung. Die Hauptaufgabe des Präsidiums war, die Vorschläge für das Arbeitsprogramm und die Tagesordnung des ersten Teiles der 7. Sitzungsperiode der Versammlung zu prüfen und sie dem am nächsten Tage tagenden Ständigen Ausschuß vorzulegen.

Der Ständige Ausschuß beschloß, daß der erste Teil der 7. Sitzungsperiode vom 20. bis zum 28. Mai durchgeführt werden soll. Davon ist ein Tag (Mittwoch, 25. Mai) den Sitzungen der Ausschüsse vorbehalten. Die politische Aussprache soll zwei Tage in Anspruch nehmen (Politik des Europarats und Bericht von Herrn Mommer (Deutscher) über Aufgaben und Arbeitsmethoden des Europarats. Dieser Bericht stellt eine Stellungnahme zu den §§ 6—9 und 13—22 der Sonderbotschaft des Ministerkomitees über das Aktionsprogramm, Dok. 238, dar.) Eine allgemeine Aussprache über die heutige Lage in der wirtschaftlichen Integration Europas wird die letzten beiden Tage der Mai-Sitzung ausfüllen. Diese Aussprache umfaßt die Berichte zweier

europäischer Organisationen und die Ergebnisse der europäischen Landwirtschaftskonferenz. Diese hat kürzlich die Schaffung eines ministeriellen Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung im Rahmen der OEEC beschlossen.

Der Ständige Ausschuß beschloß ferner, in der Zeit vom 31. März bis zum 7. April in Straßburg folgende Sondersitzungen der Ausschüsse abzuhalten:

— Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge	31. März und 1. April
— Ausschuß für Wirtschaftsfragen	1. und 2. April
— Ausschuß für soziale Fragen	1. und 2. April
— Ausschuß für kulturelle Fragen	2. April und 4.—7. April

Der Allgemeine Ausschuß der Versammlung tritt am 18. und 19. März in Paris zusammen, wo auch am 28. und 29. März der Geschäftsordnungsausschuß eine Sitzung abhalten wird. Der Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen und seine Unterausschüsse tagen vom 14. bis zum 19. April in Rom.

Der Ständige Ausschuß erklärte sich damit einverstanden, das Problem der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen. Der Generalsekretär wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern eine Studie über diese Frage zur Vorlage an die Versammlung im Mai vorzubereiten. Nachstehend die Entschliebung des Ausschusses zu diesem Thema:

*Der Ständige Ausschuß erinnert an die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 8. Dezember 1953 und stellt fest, daß Verhandlungen im Gange sind, um baldmöglichst ein internationales Büro für Atomenergie zu schaffen. Dieses Organ wird den Auftrag haben, in der ganzen Welt die Verwendung dieser Energie zu friedlichen Zwecken zu erleichtern und die internationale Zusammenarbeit zur beschleunigten Entwicklung der Atomenergie und ihrer praktischen Anwendung zum Wohle der Menschheit zu fördern.*

*Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat durch ihre Entschliebung vom 4. Dezember 1954 beschlossen, eine internationale technische Konferenz auf Regierungsebene unter der Führung der Vereinten Nationen abzuhalten. Diese Konferenz soll die Möglichkeiten zur Entwicklung der Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken durch internationale Zusammenarbeit fördern. Insbesondere soll die Entwicklung der Erzeugung von Atomenergie untersucht werden sowie die Frage ihrer Verwendung auf anderen technischen Gebieten, wie Biologie, Medizin, Schutz gegen Strahlungen und Atomtheorie, da hier die internationale Zusammenarbeit mit dem besten Erfolg wirken kann.*

*In der Erwägung, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Europarats auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Atomenergie zur Verwirklichung der Ziele des Europarats beiträgt, und in der Erwägung, daß es für die Beratende Versammlung des Europarats wichtig ist, so vollständig wie möglich über die Probleme der friedlichen Verwendung der Atomenergie unter-*

*richtet zu sein, und insbesondere über die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsländern auf dem Gebiet der Atomforschung und der Rohstoffquellen sowie über die Möglichkeiten einer friedlichen Verwendung der Atomenergie im Rahmen einer europäischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet;*

*Fordert der Ausschuß den Generalsekretär auf, unter Heranziehung von Persönlichkeiten der Wissenschaft eine Studie über dieses Problem auszuarbeiten und der Beratenden Versammlung zu Beginn ihrer 7. Ordentlichen Sitzungsperiode vorzulegen, damit für die Arbeiten der Ausschüsse für Allgemeine Angelegenheiten, für Wirtschaftsfragen sowie für kulturelle und wissenschaftliche Fragen über die politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aspekte der friedlichen Verwendung der Atomenergie eine Arbeitsgrundlage vorhanden ist.*

## II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

### Verbindungsausschüsse

Die Verbindungsausschüsse OEEC-Europarat tagten am 11. Februar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Menemencioglu, türkischer Botschafter in Paris. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Beratung über die vor kurzem getroffene Entscheidung zur Schaffung eines ministeriellen Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung im Rahmen der OEEC sowie eine Prüfung der Maßnahmen für die wirtschaftliche Förderung Südeuropas.

### Entwicklung Südeuropas

Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen zur Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in Südeuropa hielt sich vom 24. bis zum 26. Februar in Griechenland auf und wurde dort von dem Abgeordneten Droulias (Griechen) geführt.

## III. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

### Auslieferung

Der Sachverständigenausschuß für Auslieferungsfragen tagte vom 31. Januar bis zum 9. Februar unter dem Vorsitz von Herrn Pierre Mamopoulos (Griechenland). Dem Wunsch des Ministerkomitees entsprechend stellten die Sachverständigen zwei Konventions-Vorentwürfe fertig, einen für Konventionen bilateraler Art und einen für eine multilaterale Konvention.

Der Sachverständigen-Bericht wird dem Unterausschuß der Beratenden Versammlung für Auslieferungsfragen zwecks Prüfung auf einer gemeinsamen Sitzung des Unterausschusses und gewisser Sachverständiger zugeleitet werden.

## IV. SOZIALE FRAGEN

### Öffentliches Gesundheitswesen

Der Sachverständigenausschuß für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens, der erstmals im Juli 1954 getagt hat, um die Rolle des Europarats auf diesem Gebiete zu untersuchen, hielt seine zweite Sitzung vom 15. bis zum 18. Februar in Straßburg ab; den Vorsitz hatte Dr. C. van den Berg, Generaldirektor für inter-



ationale Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens im niederländischen Sozialministerium. An der Sitzung nahmen Beobachter aus Österreich und der Schweiz, des Europäischen Büros der Weltgesundheitsorganisation sowie der Brüsseler Paktorganisation teil. Unter Berücksichtigung der ausgezeichneten Ergebnisse, wie sie im Rahmen der Brüsseler Paktorganisation und in den skandinavischen Ländern durch die Herstellung von unmittelbaren Kontakten zwischen den zuständigen Behörden des Gesundheitswesens in den verschiedenen Ländern erzielt worden sind, schlug der Ausschuß die Ausdehnung dieses Verfahrens zunächst auf alle Mitgliedsländer und schließlich auf andere europäische Länder vor. Ein Vorschlag der britischen Delegation über den Austausch von Personal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes fand die Zustimmung des Ausschusses. Dieser Austausch soll sich nach folgendem Programm richten:

- a) kurze Besuche der leitenden Beamten der Gesundheitsbehörden zwecks Kennenlernen ihrer Kollegen in anderen Ländern und zur Unterrichtung über die Struktur des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in diesen Ländern;
- b) längere Aufenthalte mit dem Ziel, ärztliches Personal mit neuen Techniken vertraut zu machen und an Studien und Forschungen über Themen gemeinsamen europäischen Interesses teilzunehmen. In gewissen Fällen können diese Studienaufenthalte auch auf Verwaltungs- und Pflegepersonal ausgedehnt werden. Unter Umständen ist es möglich, eine beschränkte Zahl von Forschungsstipendien zu schaffen, um die Unkosten für längere Aufenthalte zu bestreiten

Nach Prüfung der von der französischen Delegation und dem Europäischen Büro der Weltgesundheitsorganisation vorgelegten Noten über die Frage der Entwicklung und der Koordinierung der medizinischen Forschung kam der Ausschuß zu der Ansicht, daß das Europäische Büro eine Liste der Forschungszentren, die dem in Frage kommenden Personal zugänglich sind, und der Vergünstigungen, die dort geboten werden, aufstellen sollte. Der Ausschuß war fernerhin der Auffassung, daß in jedes Austauschprogramm eine gewisse Zahl von Jahresstipendien für Forschungen auf dem Gebiete der Medizin aufzunehmen sei.

Die niederländische Delegation legte dem Ausschuß ein Exposé über die Frage des Austausches von therapeutischen Substanzen menschlicher Herkunft vor. Die Zweckmäßigkeit eines erleichterten Austausches derartiger Substanzen zwischen den Mitgliedsländern wurde anerkannt und dem Ministerkomitee der Vorschlag unterbreitet, die Zollschränken auf diesem Gebiete niederzulegen.

Der Ausschuß prüfte die Empfehlung der Beratenden Versammlung vom 23. September 1954 (siehe Mitteilungen des Europarats, 4. Jahrg. Nr. 10 — IV) betreffend den Abschluß einer Konvention über den Austausch von Kriegsverletzten zwecks Heilbehandlung innerhalb der Mitgliedsländer. Zu diesem Punkt gab ein Sachverständiger des Weltfrontkämpferverbandes

des Erklärungen ab. Die allgemeinen Grundsätze dieser Empfehlung wurden von den Sachverständigen gutgeheißen, und es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß zu gegebener Zeit auch andere Personen in diesen Austausch einbezogen werden würden. Im Anfangsstadium jedoch muß sich der Austausch auf Kriegsverletzte, Militärpersonen und Zivilisten beschränken. Der Ausschuß legte besonderen Wert auf den letzten Absatz der Empfehlung, betreffend den Austausch aller Arten von medizinischem und Pflegepersonal, und schlug die Schaffung von Erleichterungen für die Einfuhr von Medikamenten und Prothesen in die Länder ohne entsprechende eigene Produktion vor.

## V. KULTURELLE FRAGEN

### Sachverständigen-Ausschuß

Das Präsidium des Sachverständigen-Ausschusses für Kulturelle Fragen tagte am 31. Januar und 1. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn *Migone* (Italien). Der Entwurf einer Tagesordnung für die 10. Vollsitzung des Ausschusses wurde ausgearbeitet. Diese findet vom 27. bis zum 30. April in Straßburg statt. Vorher wird das Präsidium noch einmal zusammentreten, ebenso die Unterausschüsse für den europäischen Kulturausweis und für Jugendfragen. Der Vertreter des Generalsekretariats teilte mit, daß der Auswahl-Ausschuß zur Verteilung der Forschungsstipendien des Europarats, der wahrscheinlich am 7. und 8. Juli zusammentreten wird, aus folgenden Herren bestehen wird: Herrn *van Kleffens* (Niederlande), Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Herrn *Lange*, norwegischer Außenminister, Herrn *Rüstow*, emeritierter Professor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg sowie einem Mitglied der Versammlung. Bekanntlich hat das Präsidium der Versammlung am 10. Dezember vergangenen Jahres auf Vorschlag des Ausschusses für Kulturelle Fragen Herrn *Margue* (Luxemburger) zum Vertreter der Versammlung in diesem Ausschuß bestellt.

Die Hohe Behörde der EGKS hat sich bereit erklärt, vier Stipendien, zwei mehr als im Vorjahre, zur Verfügung zu stellen.

### Ausschuß für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen

Die Arbeitsgruppe dieses Ausschusses der Versammlung tagte am 31. Januar und 1. Februar in Straßburg. Die Regierungssachverständigen, die Herren *Migone* (Italien) und *Reinink* (Niederlande), nahmen zum Teil an den Beratungen teil, ebenso Herr *Berkeley* von der UNESCO und Herr *von Cornides*, Direktor des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft in Frankfurt.

Die ersten Vorschläge zur Verwirklichung einer von Gräfin *Finckenstein* (Deutsche) eingebrachten Entschließung betreffend die Schaffung eines europäischen Zentrums für Information und Erziehung im Rahmen des Europarats wurden geprüft. Diese Frage wird auf einer Vollsitzung der Kommission, die auf Vorschlag

der Arbeitsgruppe vermutlich vom 2. bis zum 7. April abgehalten wird, geprüft werden. Die Arbeitsgruppe schlägt außerdem vor, daß vom 4. bis zum 6. April eine Reihe von Vertretern anderer an kulturellen Fragen interessierter Organisationen eingeladen werden sollen (UNESCO, Brüsseler Pakt, Nordischer Rat, Union der nicht von Regierungen getragenen internationalen Organisationen, Vereinigung der Institute für europäische Studien (AIEE), Europäisches Kulturzentrum). Außerdem sollen der Ausschuß der Kultursachverständigen, die UNESCO, Herr von Cornides und Herr Goormaghtick (europäischer Vertreter der Carnegie-Stiftung in Genf) eingeladen werden, auf diesen Sitzungen Berichte vorzulegen.

#### Fortsetzung der Arbeiten des Runden Tisches Europas

Der Diskussionsleiter des Runden Tisches Europas (Rom, Oktober 1953), Herr de Rougemont, sowie Herr de Carmoy und einige Mitglieder des Generalsekretariats trafen sich am 14. Februar zu einer Arbeitstagung in Straßburg, um über die Auswertung der Arbeiten des Runden Tisches zu sprechen. Den Vorsitz führte Herr Dr. von Schmieden, Direktor der Studienabteilung. Die Arbeitsgruppe hat für den 30. August und den 6. September einen Studienausschuß nach Straßburg einberufen, der aus Persönlichkeiten aus den verschiedenen Ländern auf dem Gebiete der Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Schönen Künste, Geschichte usw. besteht. Dieser Ausschuß soll unter dem Vorsitz von Herrn de Rougemont eine Reihe von Berichten beraten und fertigstellen, die sich auf spezielle Themen europäischen Interesses beziehen. Die Berichtersteller werden sich im Laufe des Monats April mit den Herren de Rougemont und de Carmoy treffen, um die näheren Einzelheiten festzulegen. Ein Generalberichtersteller soll alsdann die einzelnen Berichte zusammenfassen, die später als einheitliches Werk veröffentlicht werden sollen. Dieses Werk wird keine Autorennamen enthalten, sondern als Gemeinschaftsarbeit des Runden Tisches, dessen Ergebnisse als Grundlage dienen, und des Studienausschusses zu gelten haben.

#### VERSCHIEDENES

##### Paul Claudel gestorben

Anläßlich des Ablebens von Herrn Paul Claudel am 23. Februar in Paris richteten der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Guy Mollet, und der Generalsekretär des Europarates, Herr Léon Marchal, Beileidstelegramme an Madame Reine Paris, die Witwe des ersten Generalsekretärs des Europarats und Tochter des Verstorbenen.

##### Neue französische Regierung

In der von Herrn Edgar Faure gebildeten neuen französischen Regierung wurde das ehemalige Mitglied des Ministerkomitees des Europarats, Herr Robert Schuman, Justizminister. Folgende Abgeordnete oder Stellvertreter der Beratenden Versammlung wurden ebenfalls zu Ministern ernannt: General Koenig (Verteidigung), Pierre Henri Teitgen (Über-

seeische Gebiete), Raymond Triboulet (Frontkämpfer), Edouard Bonnefous (Post).

##### Debatte im britischen Unterhaus

Am 21. Februar leitete Herr Robens (Labour Party) im britischen Unterhaus eine Debatte über die Arbeiten des Europarats ein. Für die Regierung antwortete Lord John Hope, Unterstaatssekretär im britischen Außenamt.

##### Europäische Bewegung

Unter dem Vorsitz von Herrn Jean Drapier (Belgien) fanden in Paris zwei internationale Tagungen der Europäischen Bewegung statt:

Das Aktionskomitee beschloß, die Bewegung zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa durch eine politische und wirtschaftliche Integration mit supranationalem Charakter zu fördern und zu verstärken.

Das internationale Exekutivbüro wird die Assoziationsmöglichkeiten zwischen den Ländern der EGKS und den übrigen Ländern Europas untersuchen.

Herr Robert van Schendel (Belgien) wurde zum Generalsekretär der Europäischen Bewegung ernannt.

Nach einer Tagung, die der Nationalrat der Französischen Organisation der Europäischen Bewegung in diesem Monat in Paris abhielt, wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Der französische Rat hat nach langer Debatte eine Entschließung angenommen, in der er fordert, daß die Befugnisse der EGKS ausgedehnt werden sollen auf eine europäische Organisation des Verkehrswesens und der Agrarmärkte, auf die Gründung großer eurafrikanischer Gemeinschaften und einer Rüstungsgemeinschaft mit gemeinsamem Budget, auf die Konvertierbarkeit der Währungen und auf das Anstreben einer Wirtschaftsunion, die in einem bestimmten Zeitraum von zehn oder fünfzehn Jahren zu verwirklichen wäre.

Der Rat unterstreicht die große politische Bedeutung, die allgemeine Wahlen zu einer europäischen Versammlung und die Gründung eines Wirtschafts- und Sozialrates haben würden.“

##### Union Europäischer Föderalisten

Das Zentralkomitee dieser Organisation tagte in Paris, um sein Präsidium zu wählen. Zum Ehrenpräsident wurde Herr Enzo Giacchero, Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, zum Präsidenten des Zentralausschusses Herr Henri Frenay gewählt. Einer der Vizepräsidenten ist Herr Pierre de Felice (Franzose), Abgeordneter der Beratenden Versammlung des Europarats seit 1949.

##### Rat der Gemeinden Europas

Der Exekutiv-Ausschuß dieser Organisation tagte in Eßlingen und richtete einen Appell an alle in der Kommunalarbeit stehenden Persönlichkeiten Europas zur Förderung und Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa. Nach Ansicht des Ausschusses



kann nur ein föderalistischer Staat mit einheitlicher Währung und gemeinsamem Markt die Bedingungen schaffen, unter denen das wirtschaftliche Leben der Gemeinden gedeihen kann.

#### *Europäische Landwirtschaftliche Vereinigung*

Unter der Schirmherrschaft dieser Organisation findet vom 28. Februar bis zum 2. März in Caen eine Tagung der Europäischen Landjugend statt. Der Europarat wurde zur Entsendung eines Vertreters eingeladen.

#### *Europäische Liberale Jugend*

Die Delegierten der Nationalen Sektionen dieser Organisation hielten vom 3. bis zum 6. Februar in Brüssel ihren dritten Kongreß ab, der im Zeichen der Europäischen Jugendkampagne stand. Es wurden Berichte vorgelegt von Herrn Buchet, belgischer Sekretär der Europäischen Jugendkampagne, über die Gefahren der absoluten nationalen Souveränität und von Herrn Cabuy, Präsident der belgischen Sektion der Europäischen Liberalen Jugend, über die politische Zukunft Europas im Lichte der Londoner und Pariser Abkommen.

#### *Welt-Jugendversammlung*

Am 18. und 19. Februar tagte der Beratungsausschuß der Nationalausschüsse dieser Organisation unter dem Vorsitz von Herrn Guthrie Moir (Engländer) im Europahaus in Straßburg, um das Arbeitsprogramm der Nationalen Ausschüsse für die nächsten zwei Jahre festzulegen. Dieses Programm umfaßt vor allem Umfragen über die Auswirkungen des Militärdienstes auf die Lebensführung der Jugend in den verschiedenen Ländern.

#### *Luftverbindungen*

Die französische Luftfahrtgesellschaft Air France hat eine direkte Verbindung zwischen Straßburg, Mülhausen, Genf, Marseille und Casablanca zweimal wöchentlich eingerichtet, mit Abflug von Straßburg donnerstags und sonntags, von Casablanca mittwochs und samstags.

### ANDERE ORGANISATIONEN

#### OEEC

##### *Neuer Direktor der Europäischen Produktivitätszentrale*

Der Organisationsausschuß der OEEC hat Herrn Roger Grégoire (Franzose) zum Direktor der Europäischen Produktivitätszentrale ernannt als Nachfolger von Herrn Karl Harten (Deutscher), der seinen Posten am 1. April verläßt. Herr Grégoire war seit einem Jahr stellvertretender Direktor der Zentrale.

##### *Veröffentlichungen*

Im Monat Februar gab die OEEC einen Sonderbericht mit drei Studien über die wirtschaftliche Lage heraus, die sich mit der europäischen Kohlenindustrie, mit der Elektrizität und dem Tourismus befassen. Ferner erschienen Berichte über die Baumwolle und über die Schwefelrohstoffe.

### EGKS

#### *Assoziierung mit Großbritannien*

Am 21. Februar hat das britische Unterhaus ohne Abstimmung das Abkommen über die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EGKS, das am 21. Dezember vorigen Jahres in London unterzeichnet wurde, ratifiziert.

#### *Gemeinsame Versammlung*

Die für den 28. Februar in Straßburg vorgesehene außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung ist auf ein noch unbestimmtes Datum verschoben worden.

#### *Gerichtshof*

Am 11. Februar hat der Gerichtshof der EGKS seine Urteile in dem Verfahren zwischen zwei italienischen Privatunternehmen und der Hohen Behörde verkündet. Die Klagen dieser Unternehmen wurden in der Form für zulässig erklärt, dem Grunde nach aber abgewiesen, da sie auf die Nichtigkeitserklärung von Entscheidungen der Hohen Behörde gerichtet waren, die inzwischen entweder schon für nichtig erklärt (vgl. Mitteilungen des Europarats, 5. Jahrgang, Nr. 1) oder durch die Hohe Behörde selbst abgeändert worden waren.

### GATT

#### *Zweiter Jahresbericht der Mitglieder der EGKS*

Das Europäische Büro der Vereinten Nationen veröffentlichte am 4. Februar einen Bericht der Arbeitsgruppe, die unter dem Vorsitz von Herrn Vargas Gomez (Kuba) den 2. Jahresbericht der Mitglieder der EGKS an die Vertragspartner des GATT zu untersuchen hatte. Als die Vertragsparteien des GATT am 10. Dezember 1952 den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft eine Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel erlaubt haben, ist bekanntlich vereinbart worden, daß diese bis zum Ende der im Vertrag über die Gründung der EGKS vorgesehenen Übergangsperiode (d. h. bis zum 15. Februar 1958) jährlich einen Bericht über die in Anwendung des Vertrages getroffenen Maßnahmen vorlegen.

Nach Prüfung der von den sechs Mitgliedstaaten im vergangenen Jahre durchgeführten Maßnahmen (Ausdehnung des gemeinsamen Marktes für Edelmetalle; Festlegung oder Aufrechterhaltung von Zolltarifen durch die Regierungen der Benelux-Staaten und Italiens; Aufrechterhaltung der vorübergehenden Ausfuhrbeschränkungen für Schrott) kam die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit der EGKS bis jetzt in Übereinstimmung mit den Klauseln der Entscheidung der Vertragsparteien des GATT, durch die sie eine Abweichung von den von den Mitgliedstaaten übernommenen Verpflichtungen gestatteten, geblieben ist. Die Vertreter einiger dritter Länder, insbesondere der skandinavischen Länder, haben jedoch ihre Beunruhigung zum Ausdruck gebracht über die Einschränkungen der Schrottlieferungen, über die Existenz des Stahl-Exportkartells und über die von Frankreich, Italien und der Bundesrepublik

Deutschland auf Edelmetalleinfuhren erhobenen Zölle. Nach Ansicht dieser dritten Länder „zeigt dies klar, daß die Mitgliedstaaten (der EGKS) die Interessen dritter Länder nicht in dem Maße berücksichtigt haben, wie die Regierungen dieser Länder es erwarteten, als die Abweichung vom GATT gestattet wurde“.

Andererseits hat kürzlich in Genf eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der Hohen Behörde und den ständigen Vertretern der sechs Mitgliedstaaten der EGKS beim GATT stattgefunden, bei der ein niederländischer Vorschlag geprüft wurde, der darauf hinausgeht, zu erreichen, daß die EGKS den Zollunionen und Präferenzzonen im Sinne von Artikel 24 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens gleichgestellt wird.

#### Europäische Wirtschaftskommission (ECE)

Eine Gruppe von Zollsachverständigen dieses Organs der Vereinten Nationen tagte am 31. Januar unter dem Vorsitz von Herrn van Aken (Belgien), um eine Reihe von Problemen zollpolitischer Art im Bereich des Verkehrs auf Straße, Schiene und Wasser zu untersuchen. Sie hat die Maßnahmen gebilligt, die im europäischen Bereich zu ergreifen sind in Verfolg der im Juni 1954 in New York erfolgten Unterzeichnung einer Weltkonvention über Zollerleichterungen für den Tourismus, eines Zusatzprotokolls über die Einfuhr von Dokumenten und touristischem Propagandamaterial und einer Weltzollkonvention für die vorübergehende Einfuhr von privaten Straßenfahrzeugen.

Außerdem haben drei spezielle Arbeitsgruppen in Genf getagt:

- die Sonderarbeitsgruppe über das handelsrechtliche Schiedsverfahren vom 14. bis zum 17. Februar (diese Gruppe hat die aktuellen Möglichkeiten für ein internationales handelsrechtliches Schiedswesen untersucht);
- die Sonderarbeitsgruppe für Kontraktpraktiken vom 7. bis zum 12. Februar;
- die Sachverständigengruppe zum Studium der wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas vom 7. bis zum 12. Februar.

#### Internationale Arbeitsorganisation

Die erste europäische Regionalkonferenz dieser Organisation, die am 24. Januar begonnen hatte (siehe Mitteilungen des Europarats, 5. Jahrgang Nr. 2), wurde am 5. Februar abgeschlossen. Die Delegierten nahmen eine Reihe von Entschlüssen an zu den drei Punkten der Tagesordnung: Pensionsalter, Finanzierung der Sozialversicherung, Stellung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Programmen zur Hebung der Produktivität. Die Delegierten billigten Schlußfolgerungen, die das Internationale Arbeitsamt den Regierungen, den Unternehmern und Arbeitern und den interessierten internationalen Organisationen zuleiten soll. Das gleiche gilt für eine Reihe von Entschlüssen über den Wohnungsbau.

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, Herr David Morse, teilte der Konferenz mit, daß

er dem Verwaltungsrat der ILO einen Aktionsplan zu den von der Konferenz gefaßten Beschlüssen vorlegen werde.

Die Konferenz führte im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

- hinsichtlich des Pensionsalters zur Annahme einer Entschlußung (mit 65 gegen 17 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen), die für Männer ein Mindestalter für die Altersversorgung von 60 bis 65 Jahren und für Frauen eines von 55 bis 60 Jahren vorsieht, wobei für schwere oder gesundheitsschädigende Berufe eine niedrigere Altersgrenze vorgesehen ist; die Arbeiter, die diese Altersgrenze erreichen, sollen nach dieser Resolution die Möglichkeit haben, jegliche weitere Tätigkeit auszuüben unter der Bedingung, daß sie damit andere Arbeiter nicht beeinträchtigen; schließlich soll die Höhe der Renten der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt sein;
- hinsichtlich der Finanzierung der Sozialen Sicherheit zu einem Entschlußungsentwurf (mit 72 gegen 16 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung gebilligt), in dem gefordert wird, daß die auf diesem Gebiet vom Internationalen Arbeitsamt begonnenen Untersuchungen fortgesetzt und einer künftigen europäischen Regionalkonferenz vorgelegt werden sollen; mit 68 gegen 18 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen wurde der Entwurf einer Stellungnahme gebilligt, der allgemeine Betrachtungen über die Zentralisierung oder Dezentralisierung der finanziellen Organisation, über das finanzielle Gleichgewicht der Sozialversicherungsträger und über die Statistik enthält;
- hinsichtlich der Produktivität zur Annahme einer Entschlußung (mit 47 gegen 37 Stimmen bei 4 Stimmenthaltung), die eine Reihe von Stellungnahmen über die Aufgaben der Unternehmer, der Arbeiter und ihrer Organisationen sowie der ILO enthält; die Resolution unterstreicht die Notwendigkeit einer freien und starken Gewerkschaftsbewegung, erklärt, daß eine wirksame Steigerung der Produktivität durch die Verbesserung der technischen Verfahren angestrebt werden müsse und daß dabei die Sicherheit der Arbeiter nicht gefährdet werden dürfe, stellt klar, daß die Steigerung der Produktivität keine Arbeitslosigkeit nach sich ziehen dürfe, und fordert, daß die Vorteile einer gesteigerten Produktivität gleichmäßig zwischen Kapital, Arbeit und Verbrauchern zu verteilen sind;
- hinsichtlich des Wohnungsbaus zu einem Entschlußungsentwurf, der mit 80 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen wurde und Grundprinzipien für die Finanzierung der Bauprogramme und die Senkung der Mieten aufstellt.

#### Europäisches Zentrum für Kernforschung

##### Ratifizierung durch Italien

Am 25. Februar hinterlegte Italien bei der UNESCO seine Ratifikationsurkunde über den Beitritt zur Konvention über die Schaffung einer Europäischen Organisation für Kernforschung. Italien ist das letzte der zwölf Signatarländer, welche diese Konvention ratifiziert haben, die im September vergangenen Jahres mit der



Hinterlegung der 7. Ratifikationsurkunde in Kraft getreten ist.

*Rücktritt von Herrn Bloch*

Der Generaldirektor des Europäischen Zentrums für Kernforschung, Professor Felix Bloch, hat den Rat der Organisation um seine Entlassung ersucht. Professor Bloch wird am 31. August ausscheiden, sein Nachfolger als Generaldirektor wird Herr C. J. Bakker, Professor der Physik an der Universität Amsterdam.

**UNESCO**

Die 41. Sitzung des Exekutivbüros der UNESCO beginnt am 21. März 1955 in Paris. Der Europarat wurde eingeladen, bei dieser Tagung vertreten zu sein.

**Nordischer Rat**

Die dritte Sitzung des Nordischen Rates fand vom 28. Januar bis zum 3. Februar in Stockholm statt. Eine Reihe von Empfehlungen wurde angenommen, die in erster Linie das Verkehrswesen und die Zölle zwischen den vier Ländern des Rates und Finnland betreffen. Die nächste Sitzung wird im Januar 1956 in Kopenhagen stattfinden. Es wurden auch andere Entschlüsse angenommen, die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fragen betreffen.

**Balkanpakt**

Die türkische Nationalversammlung ratifizierte am 16. Februar die am 10. August 1954 in Bled unterzeichneten Abkommen über die Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien im Falle eines Angriffes auf eines dieser drei Länder.

**VORLAUFIGER TERMINKALENDER  
FÜR KOMMENDE TAGUNGEN**

- 8. März: Stellvertreter der Minister (Straßburg)
- 18.—20. März: Allgemeiner Ausschuß (Paris)
- 21.—28. März: Unterausschuß für die wirtschaftliche Entwicklung der südeuropäischen Länder (Rom)
- 28. März —
- 2. April: Europäische Kommission der Menschenrechte (Straßburg)

- 28. März: Unterausschuß für Geschäftsordnung und Immunität (Paris)
- 29. März: Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität (Paris)
- 31. März —
- 1. April: Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge (Straßburg)
- 1.—2. April: Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Straßburg)
- 1.—2. April: Ausschuß für soziale Fragen (Straßburg)
- 2. April: Gemischter Unterausschuß für einen Wirtschafts- und Sozialrat (Straßburg)
- 2.—7. April: Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg)
- 15.—18. April: Unterausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen (Rom)
- 18.—19. April: Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen (Rom, Villa Aldobrandini)
- 22.—23. April: Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen (Istanbul)
- 25.—26. April: Präsidium des Ausschusses der Kultur-Sachverständigen (Straßburg)
- 27.—30. April: Ausschuß der Kultur-Sachverständigen (Straßburg)
- 4.—7. Mai: 2. Sitzung des Sozialkomitees (Straßburg)
- 20.—28. Mai: 7. Ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)

Die außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS ist auf ein noch zu bestimmendes Datum zwischen dem 10. und dem 21. März verschoben worden. Sie wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Die Tagung des Ministerkomitees ist für den Monat Mai in Straßburg vorgesehen.

## Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung

Von Dr. Paul Kluke  
Institut für Zeitgeschichte, München

Das jährliche Treffen der deutschen Institute für Völkerrecht, internationale Beziehungen und Zeitgeschichte ist nun zu einer festen Einrichtung geworden. Zu der ersten Zusammenkunft hatte 1953 das Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen eingeladen. Auf dieser Tagung referierte Professor Dr. Eberhard Menzel über „Aufgaben und Funktionen der wissenschaftlichen Institute auf den Gebieten des Völkerrechts, der Zeitgeschichte, der Wissenschaft von Politik und der internationalen Beziehungen“ (vgl. Europa-Archiv 1/1954, S. 6249 bis 6254).

Diese Erörterung methodischer Fragen wurde auf der zweiten Tagung am 4. Dezember 1954 in Frankfurt fortgesetzt, zu der das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft eingeladen hatte\*. Dr. Hans Kruse, Referent am Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen, behandelte das Thema „Völkerrecht als Forschungsgegenstand“. In dem zweiten, hier wiedergegebenen Referat befaßte sich Dr. Paul Kluke, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, mit den Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung. Beiden Referaten schloß sich eine eingehende Diskussion an.

Aehnlich wie auf der ersten Arbeitstagung in Göttingen erfolgte eine gegenseitige Unterrichtung über die Arbeitsvorhaben und Veröffentlichungen der einzelnen Institute sowie eine Erörterung der die Institute gemeinsam betreffenden Fragen. Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Neumayer, Tübingen, erstattete einen aufschlußreichen Bericht über die internationale Zusammenarbeit rechtsvergleichender Institute.

Die nächste Zusammenkunft des Arbeitskreises wird Ende 1955 auf Einladung des Instituts für Zeitgeschichte in München stattfinden.

HV

### Das wissenschaftliche Problem

Der Wunsch nach einer Klarstellung der Aufgaben und Methoden zeitgeschichtlicher Forschung ist weitverbreitet. Das kommt auch immer wieder in Aufsätzen verschiedener Zeitschriften zum Ausdruck<sup>1</sup>. In der Tat ist ja schon die Wortbildung ein Notbehelf, eine unvermittelte Aneinanderkoppelung von zwei sich widersprechenden Begriffen: Zeit und Geschichte. Zeit bezeichnet das stets auf uns Zukommende und immer wieder Entfliehende, das Eilende, Ungreifbare, in dem sich doch all unser Tun abspielt, oder gar Kantisch gesprochen: die vor allem menschlichen Tun und

Begreifen apriorisch gegebene Anschauungsform, die formale Bedingung a priori aller Erscheinungen überhaupt. Dagegen ist Geschichte etwas Statisches, Abgeschlossenes, noch dazu doppeldeutig im Sinne des Geschehenen oder aber der bewahrenden Erzählung von einem Geschehenen. Wie sollen die beiden Begriffe zusammenklingen? Ganz gewiß ist es eine Verlegenheitsbildung, mit der man eine umständliche Wortballung in abgekürzte Form zu prägen versucht hat, etwa: Geschichte der gegenwärtigen Epoche oder zeitgenössische Geschichte, wobei allerdings die

\* An der Zusammenkunft nahmen Vertreter der folgenden Institute teil:

Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Tübingen;  
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Heidelberg;  
Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität Hamburg;  
Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Tübingen;  
Göttinger Arbeitskreis, Göttingen;  
Hochschule für Politik, Berlin;  
Institut für ausländisches und internationales Wirtschaftsrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt;  
Institut für Staatslehre und Politik e. V., Arbeitsstelle Würzburg;  
Institut für Besatzungsfragen, Tübingen;

Institut für Europäische Geschichte, Mainz;  
Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt;  
Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel;  
Institut für Politische Wissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt;  
Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen;  
Institut für Zeitgeschichte, München;  
Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, Marburg/Lahn;  
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Tübingen;  
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg;  
Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin;  
Südost-Institut, München.



logischen Schwierigkeiten einer Rechtfertigung des Versuches, ein noch vor unseren Augen sich abspielendes Geschehen zu objektivieren, abzuschließen, in bleibender Form festzuhalten, nicht geringer werden. Aber in praxi widerlegen sich die Einwände durch das erfolgreiche Tun. Es ist jedenfalls der Versuch, uns von den Ereignissen, die noch wir selbst oder doch unsere Eltern mit wachem Bewußtsein erlebt und zum bescheidenen Teil mitgestaltet haben, in objektivierter Form Rechenschaft zu geben. So wurde für Zeitgeschichte auch die Definition gefunden, sie beinhalte die „Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“<sup>2</sup> oder es sei „die Geschichte der jüngsten Vergangenheit, soweit sie unmittelbar die Geschichte der Lebenden bestimmt“.<sup>3</sup> Beide Definitionen zeigen uns, daß keine festen Grenzen gesetzt sind. Die Zeitgeschichte befindet sich natürlich in einem dauernden Vorwärtsrücken und nimmt ständig neue Zeiträume hinzu, sobald sie im Strom der Jahre zur Vergangenheit geworden sind. Aber auch nach rückwärts bleibt es durchaus zweifelhaft, was noch ihr hinzuzurechnen ist, je nachdem, was als wesentliches, unmittelbar bestimmendes Ereignis für die Lebenden empfunden wird. Das schwankt durchaus schon bei den einzelnen Individuen; je reicher und feiner ein Geist organisiert ist, um so mehr wird er auch aus der Vergangenheit aufnehmen können, sich mit Menschen und Ideen auch über weite Zeiträume hinaus unmittelbar verbunden fühlen; er hält mit ihnen schöpferische Zwiesprache und bezieht sie in seine Gegenwart ein, bis hin zu Goethes

„Wer nicht von 3000 Jahren  
sich weiß Rechenschaft zu geben,  
bleibt im Dunkel unerfahren,  
mag von Tag zu Tage leben.“

Für den Tiefgläubigen, der auf die Wiederkunft Christi harrt, ist Lebenswandel und Tod des Herrn zeitgeschichtliches Ereignis. Der Ungläubige und Ungebildete dagegen gleicht der Eintagsfliege; er ist ohne Erinnerung und ohne Erwartung.

Wie bei den Individuen, so ist auch bei den einzelnen Völkern der Begriff und Inhalt der Zeitgeschichte sehr differenziert. „Contemporary History“ oder „Histoire contemporaine“ decken sich durchaus nicht mit der ersten unserer Definitionen. Histoire contemporaine ist für den Franzosen die Geschichte mindestens seit 1789, seit der großen französischen Revolution, die noch bis jetzt ihre Gelehrten leidenschaftlich in Anspruch nimmt, sie in mehrere, sich heftig bekämpfende Lager spaltet. Die Rückwirkung dieser Revolution auf unser eigenes Vaterland, die durchgreifende Erneuerung in den einzelnen deutschen Staaten, das nationale Erwachen des Zeitalters der deutschen Erhebung waren lange ein konstitutives Ereignis der deutschen Geschichte, von der aus wir „unsere Zeit“ datierten. Später ist wohl die Zeit der Reichsgründung an die Stelle getreten, endlich der August 1914. Für England war das Epochenjahr 1832, das Jahr der ersten Parlamentsreform, von der aus

die Entwicklung in wiederholten Anläufen, doch unaufhaltsam gradlinig, zum Wohlfahrtsstaat unserer Tage vorangegangen ist. So lebten große europäische Kulturnationen mit verschiedenem Bildungs- und Zeitbewußtsein in einer nur scheinbaren Gleichzeitigkeit nebeneinander her. Doch sind nun Vorgänge eingetreten, die wohl einen für alle europäischen Nationen verbindlichen Standpunkt abgeben können. Es sind die Ereignisse, die im Jahre 1917 liegen, nämlich die russische Revolution und auf der anderen Seite des Atlantik das mit dem Kriegseintritt gegebene Ende der amerikanischen Isolationspolitik<sup>4</sup>. Damit haben auf beiden Seiten Entwicklungsreihen begonnen, die den ganzen Erdball überzogen haben, und alle Völker gezwungen, ihren Platz in neuen Ordnungen einzunehmen. Von nun an ist nirgendwo eine isolierte nationale Existenz mehr möglich, das globale Zeitalter hat begonnen und damit eine wirklich neue Weltepoche, von der aus wir die unserer Zeitgeschichte datieren können. *Toynbee* drückt die gleiche Auffassung auf seine Weise aus, wenn er meinte, daß jetzt erst an Stelle der „tribal history“ eine wahre Geschichte unseres Kulturkreises zu treten beginne<sup>5</sup>.

So neu ist der Ausdruck Zeitgeschichte gar nicht. Er taucht zuerst auf am Ende des 18. Jahrhunderts, und zwar im deutlichen Zusammenhang mit der französischen Revolution, die genau so gut wie die große russische ein weltbedeutsames Ereignis war. Geübt wurde Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland auch im 19. Jahrhundert, als etwa die Revolution der Jahrhundertmitte für die deutsche Linke zum aufrüttelnden Erlebnis wurde, so daß *Bruno Bauer* schon 1849 seine Geschichte vom „Untergang des Frankfurter Parlaments“<sup>6</sup> und *Marx* und *Engels* die der „Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland“<sup>7</sup> schrieben. Danach ergab sich eine lebhaftere zeitgeschichtliche Betätigung wieder im Zeitalter der Bismarckschen Reichsgründung. Was ist *Sybel*s Geschichtswerk über die „Begründung des Deutschen Reiches“ anderes als Zeitgeschichte, als Darstellung großer Ereignisse, die der ganzen Generation Erfüllung des hohen Mittags waren? *Sybel* hatte ja am krönenden Abschluß dieser Zeit sich gefragt, woher er nun seinem Leben noch einen neuen Inhalt nehmen solle, und fand ihn in ihrer Aufhebung ins historische Bewußtsein. Die ersten beiden Bände des Werkes wurden dem Staatsmann, der die große Wende heraufgeführt hatte, noch während er im Amt war, vorgelegt. Endlich erscheint der Name auch wieder während des Weltkrieges, wo *Justus Hasen* in mehreren Aufsätzen Möglichkeit, Wert und Notwendigkeit des Studiums der Zeitgeschichte darlegt, mit zum Teil ganz handgreiflich praktischen Argumenten<sup>8</sup>. Diese Beobachtung des jeweiligen Auftauchens einer besonderen Disziplin Zeitgeschichte gibt uns einen Hinweis zum Verständnis des in ihr beschlossenen Problems: Zeitgeschichte ist der Versuch, aus dem historischen Stu-

dium der jüngsten Vergangenheit eine Orientierung in einer großen Umwälzung zu finden, einer Krisenzeit, in die sich der Mensch jäh gestellt sieht und die sein bisheriges historisches und politisches Weltbild einer gründlichen Aenderung unterzieht. Im friedlichen Ablauf einer Epoche, während der Besitz der Gegenwart als beruhigende, bergende Gewißheit hingenommen wird, wendet geschichtliche Arbeit sich gerne weit zurückliegenden Zeiträumen zu. Dagegen stellt eine sich abspielende oder jüngst durchlebte Krisis sich selbst als Problem, das übermächtig eine Lösung fordert, da von ihr auch die sinnvolle Gestaltung des künftigen Lebens abhängt, und so wird die Beschäftigung mit der Zeitgeschichte zu einer vordringlichen Forderung.

Die Einwände, die von der Normalhistorie gegen die Zeitgeschichte als vollgültige wissenschaftliche Disziplin erhoben werden, sind bekannt genug und brauchen uns nicht lange aufzuhalten. Da wird eingewandt, daß meist noch nicht die nötigen dokumentarischen Unterlagen vorhanden sind, um wissenschaftlich einwandfreie Aussagen machen zu können. Das mag in gewissem Umfange zutreffen, und zumal Deutschland hat für seine jüngste Vergangenheit einen großen Schwund an Quellen, teils infolge der allzu wirksamen Vernichtungsmittel moderner Technik, teils aus absichtlicher Beseitigung, zu beklagen. Im allgemeinen aber stehen unserer Zeit viel mehr Quellen zur Verfügung als jeder anderen. Wir kennen nicht nur die handschriftlichen Aufzeichnungen und das gedruckte Buch, sondern auch die Schreibmaschine, den Fernschreiber, den Film, das Grammophon, das Magnetband, die alle wesentlichen Zeugnisse festhalten und vervielfältigen können. So sehen wir uns trotz aller Vernichtung einem unfäßbaren Reichtum von Aussagen gegenüber. Niemand scheut sich, die Regierungszeit eines mittelalterlichen Königs, von der Antike ganz zu schweigen, zu behandeln, für die nur ein paar Dutzend Urkunden zur Verfügung stehen. In der Gegenwart haben wir Tausende von Aussagen und meist über wichtige Ereignisse viele gleichzeitige Berichte. Andererseits können viele dieser Unterlagen, die der Zeitgeschichte zur Verfügung stehen, aber auch schnell verlorengehen, so daß dem möglichen Gewinn einstweilen noch verschlossener Quellen bei längerem Zuwarten ein vermutlich größerer Verlust gegenübersteht und schon allein deswegen eine bewahrende Bearbeitung sich rechtfertigt, sei es auch nur, um der späteren Historie Hilfsdienst geleistet zu haben.

Nicht anders ist es mit dem Einwurf des inneren Abstandes, den man erst gewinnen muß, um sich ein vorurteilsfreies Bild von den Ereignissen machen zu können. Es ist ja nur ein Scheinargument. Denn niemals ist Geschichte, auch nicht jene Wissenschaft, die weit zurückliegende Jahrhunderte behandelt, eine „voraussetzungslose“ Wissenschaft. Der alte Streit zwischen Geistes- und Naturwissenschaften ist aus-

gefochten, die Forderung nach der Uebernahme naturwissenschaftlicher Methoden ist abgetan. Geschichte ist nicht und kann nicht sein eine getreuliche Abbildung und Rekapitulierung tatsächlichen Geschehens. In ihr verbinden sich zwei Vorgänge. Am Anfang jeder historischen Arbeit steht eine streng kritische, objektive Quellenbehandlung, bei der Freiheit von Willkür und Vorurteil zu fordern und zu erweisen ist. Niemals darf eine wesentliche Aussage unterdrückt, ein wichtiges Moment hinzugetan werden, das nicht in den vorhandenen Unterlagen enthalten ist und ihrem ganzen Gehalt widersprechen würde. Das gilt für die Quellen einer jeden Epoche; der Althistoriker wie der Zeitgeschichtler haben in der dokumentarischen Wiedergabe gleich einem Zeugen vor angelsächsischem Gericht den Berufseid zu befolgen: „*To say the truth, the whole truth and nothing but the truth.*“ Quellenbehandlung dieser Art ist aber erst der einleitende Akt. Jetzt beginnt der schwierigere, zweite Teil, die Darstellung, und hier schiebt sich überall ein subjektives Element ein, das aus der Seelenlage des Historikers und seines Zeitalters erwächst. Denn Geschichtsschreibung ist nicht lediglich deskriptiv, sondern ist eminent und mit sachlicher Notwendigkeit wertend. Sie ist Auseinandersetzung mit den Werten und Wertbegriffen, die in der Vergangenheit vorgefunden werden, und wertende Beurteilung der dramatis personarum und ihrer Handlungen. Daß der Historiker, der Rankeschen Warnung eingedenk, sein Amt nicht in der Weise eines spießbürgerlichen Splitterrichters ausüben wird, ist wohl sicher, aber er darf sich nicht scheuen, will er nicht in der Stoffhuberei eines öden Positivismus verkommen, sich selbst zu bestimmten Wertsystemen zu bekennen und von hier aus sein Geschichtsbild zu errichten. Rothfels formuliert es so: „Geschichte ist kein wertfreies Gegenüber, sondern ist etwas für den Menschen Bedeutsames, eine Begegnung mit seiner Vergangenheit wie mit seiner Zukunft... Auf der Möglichkeit solcher Wechselwirkung zwischen dem Menschen und der Geschichte beruht die Würde der Bemühung um sie<sup>9</sup>.“ Auch Ranke, so sehr er danach trachtete, sein Selbst gleichsam auszulöschen, hat niemals bestimmte Wertvorstellungen in seinem Werk verleugnet.

Den Einwänden, die eben berührt wurden, steht sogar ein unmittelbarer Vorteil entgegen, der die Beschäftigung mit der nahen Vergangenheit erleichtert<sup>10</sup>. Die Geschichtswissenschaft hat zu ihrer philosophischen Grundlage die Lehre des Verstehens. Verstehen als seelischer Vorgang beruht darauf, daß alle Menschen, unbeschadet ihrer individuellen Differenzierung, in den geistigen und seelischen Wurzeln ihres Verhaltens übereinstimmen. Auf Grund von innersten Gemeinsamkeiten können wir Historiker uns in andere historische Gestalten versetzen, in sie gleichsam übergehen, ihr Handeln nacherleben und schildern; in einer Tätigkeit, die wir mit dem Dichter ge-



meinsam haben. Dies Nachleben ist um so intensiver, eindringlicher, überzeugender, je näher wir der Epoche sind, die wir schildern wollen. Denn um so leichter können wir alle Bedingtheiten des Handelns erfassen, alle Verästelungen überschauen, selbst wenn wir keine dokumentarischen Zeugnisse zur Verfügung haben. Dagegen ist für entfernte Zeiträume das innere Verständnis mühsamer, mit einem größeren Aufwand an geistiger Kraft und Gelehrsamkeit erst herzustellen. So bezeichnete Woodward als den Vorteil des Zeitgeschehens: „*To understand basic matters, that leave no record*“<sup>11</sup>.

Erich Marcks schreibt im Vorwort zu seiner Biographie Bismarcks<sup>12</sup>, d. h. des Staatsmannes, mit dessen Leben er selbst sein halbes Leben als Zeitgenosse geteilt hat: „Vor den Späteren, Entfernteren hat der Nähere doch auch gewisse Vorteile der Nähe, gewisse Selbstverständlichkeiten des Verständnisses und der Empfindung voraus, um die eine Nachwelt den Zeitgenossen zu beneiden pflegt.“ Die Zeitgeschichtsschreibung des Thukydides ist für alle Zeiten ein Edelstein der historischen Literatur geblieben.

### Zeitgeschichte und Politik

Aus der unaufhebbaren Wertverbundenheit der Zeitgeschichte erwächst auch ihre enge Beziehung zur Politik. Eine solche Verflochtenheit ist nicht nur akademische Forderung eines politisch zufällig interessierten Historikers, der sich selbst ein wenig um Zeitgeschichte bemüht, sondern sie ist wurzelhaft und unlöslich. Politik wird gestaltet nach der Richtschnur derjenigen Werte, die man verwirklicht, erhalten, verstärkt sehen möchte. Der Bau der Politik wächst nicht im luftleeren Raum, sondern auf den Fundamenten, die die Vergangenheit gelegt hat. Aufgabe des Historikers ist es, diese Fundamente aufzuzeigen, baureif für die Zukunft zu machen und dabei das Wirken derjenigen Werte und Ideen, die ihm Sternbilder auf der Fahrt in die Zukunft sind, auch in der Vergangenheit zu beobachten. Der Historiker untersucht das Aufblühen, die Behauptung, den Verfall einer Institution, eines Volkes, einer Kultur, er legt die erhaltenden und zersetzenden Faktoren dar, er zeigt, was lebens- und ausbaufähig ist oder was krank und änderungsbedürftig ist, und er, der rückwärts gewandte Prophet, wird in dieser Tätigkeit zum Arzt und zum Lehrer seines Volkes. Auf dem Bild, das die Historiker einem Volk von seiner Vergangenheit geben, beruhen zum großen Teil die Sehnsüchte und Erwartungen dieses Volkes an die Zukunft, von ihnen wird demnach das gesamte politische Verhalten beeinflusst. So liegt auf dem Historiker eine große Verantwortung, der er sich gar nicht entziehen kann, zumal in der Zeit der großen Umbrüche nicht entziehen darf, indem er mit seiner Arbeit bequem in unaktuelle Epochen ausweicht.

Denn ein Umbruch hat viele langvertraute Verhältnisse umgestürzt. Die Menschen sind in der bitter-

sten Not der großen Ratlosigkeit. In der Katastrophe haben sich viele gewohnte Maßstäbe als wertlos erwiesen. Persönlichkeiten, die als verehrungswürdig, als geeignet zur politischen Führung galten, haben versagt, wenn nicht schlimmer, oder sind dahingegangen; Institutionen, die seit Menschengedenken unerschüttert bestanden, sind zerbrochen, und Ideen, die eine Gesellschaft formten, erwiesen sich als unzulänglich oder verderblich. Da setzt das Suchen und Neubesinnen ein, das Fragen an die Geschichte, die zu diesem Umbruch führte: was war in ihr faul, was wurde durch Torheit oder Bosheit falsch gemacht, was hat sich bewährt, wo liegt das Land zum Neubeginnen, zu dessen Ufern ein neuer Tag ruft? Würde nun hier der Historiker sich seiner Aufgabe des Fragens, Klärens, des Begreiflichmachens der Vergangenheit entziehen, so träten andere an seine Stelle, die Schnellschreiber der illustrierten Blätter mit ihren Tatsachenberichten und Enthüllungen, die G'schaftelhuber der tagesflachen Betriebsamkeit, die doch nicht helfen können, die Verwirrungen zu lösen, sondern sie nur vermehren, oder auch die Unbelehrbaren und ewig Gestrigen, die lediglich die Abweichung vom integralen Programm anklagend zur Verantwortung ziehen wollen. Nur eine wissenschaftliche Forschung, die alle Regeln des Handwerks beherrscht, die sich nicht von billigen Vorurteilen und ephemeren Meinungen beirren läßt, weil sie sich lediglich als Dienerin der großen Wahrheit verpflichtet weiß, und zwar der Wahrheit des sachlich Richtigen wie des sittlich Rechten — nur eine solche wissenschaftliche Erforschung der Vergangenheit wird ihre rechte Klärung herbeiführen können. Von hier aus also gewinnt die Zeitgeschichte Antrieb und Rechtfertigung, Aufgabe und Thematik.

### Die Aufgaben

#### *Klärung des Tatsächlichen*

Unter diesen Aufgaben steht voran die Klärung des Tatsächlichen. Wir haben das Erbe eines totalen Regimes angetreten, das nicht nur seine Angehörigen als Kanonenfutter, als Menschenmaterial in übelster

Weise verbrauchte, sondern sich auch ihres Geistes zu bemächtigen versuchte, indem es ihm die Möglichkeit zu einer freien Entscheidung, zu irgendeiner Entscheidung überhaupt, nahm, das Denken in vorgeschriebene Bahnen lenkte und nur jene Kenntnisse oder

Halbwahrheiten verbreitete, die seinen Zwecken förderlich schienen. Im übrigen aber herrschte das Schweigen, Kaschieren, Verfälschen. Die Legendenbildung trat an die Stelle des Wahren, und auch jetzt können sich immer noch über diese Zeit Legenden behaupten oder wieder hervorwagen. Und zwar gibt es eine Legendenbildung nicht nur primitiver Sensationsbefriedigung zuliebe, wie in den sogenannten Tatsachenberichten, sondern auch Legenden mit einer durchaus bedrohlichen, rekapitulierenden Tendenz. Es ist nur zu erinnern an die Bücher von *Kleist*, von *Hesse*, von *Hans Grimm*, an die Auslassungen der „Nation Europa“ oder die „antifaschistischen“ Afterwahrheiten, wie sie von drüben zu uns kommen. Demgegenüber möchte ich als die erste Aufgabe aller zeitgeschichtlichen Arbeit bezeichnen, die reine Faktizität der Ereignisse herauszustellen, den Hergang und die Kausalität des Geschehens herauszuarbeiten, die innersten Motive des Handelns aufzudecken, getreue Schilderungen der wirklichen Zustände zu erlangen.

#### Das Quellenmaterial

Am Beginn aller Bemühungen hat demnach das Sammeln des Quellenmaterials zu stehen, und hier erweist sich sogleich, daß der Historiker der Zeitgeschichte nicht unter einem Mangel, sondern unter der Ueberfülle der Ueberlieferung leidet. Es ist der *embarras de richesse*, der ihn oftmals verhindert, aus dem Wust der Papiere, die auf seinen Schreibtisch flattern, Bedeutsames vom Unbedeutenden zu trennen, die wirklich belangreichen Stücke für seine Zwecke rechtzeitig oder überhaupt herauszufinden. Sir W. *Hancock*, der das Sammelwerk über die britische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte während des Zweiten Weltkrieges herausgibt, hat einmal (in einem Vortrag an der Londoner Universität im Jahre 1950) darauf hingewiesen, daß die gesamten Archivalien zur englischen Geschichte von der normannischen Landung bis zum Jahre 1900, reihte man sie auf Regalen nebeneinander, eine Länge von 17 Meilen einnehmen würden. Die Akten des Board of Trade, die während des Zweiten Weltkrieges erwachsen sind, nehmen genau die gleiche Länge ein. Wenn man sich diese Zustände vergegenwärtigt, so wird es klar, daß eine Forschungsarbeit in der Zeitgeschichte nicht in der Arbeitsweise des Historikers alten Stils erfolgen kann, der einige Bücher und Manuskripte an seinem Schreibtisch um sich versammelt und dann seine Zettelkästen füllt, sondern daß nur noch eine Gemeinschaftsarbeit im teamwork Erfolg verspricht. Sie kann auch nicht in dem Universitätsinstitut alten Stils erfolgen, in dem ein oder zwei Assistenten ihrem Professor an die Hand gehen und nebenbei auch noch alle Bibliotheks- und Verwaltungsarbeit zu erledigen haben. Hier müssen, ähnlich wie es schon seit Jahrzehnten die Kaiser-Wilhelm- bz. Max-Planck-Gesellschaft für die Naturwissenschaft leistet, Institute eingreifen, die sich ganz der Forschung widmen können und dafür einen

ausreichenden Stab qualifizierter Mitarbeiter zur Verfügung haben, wobei selbstverständlich eine Verbindung zur Universität und ihrem Lehrbetrieb mit den vielen Anregungen, die aus dem Umgang mit einer wissenschaftlich interessierten jungen Generation erwachsen, nur förderlich sein kann. Wenn früher geisteswissenschaftliche Forschungsstätten mit einem verhältnismäßig kleinen Etat auskamen, so hat sich das heute auch auf diesem Gebiet geändert. Der wissenschaftliche Apparat, der benötigt wird, ist dank der Internationalität der Probleme und ihrer Erforschung so umfangreich geworden, daß die zeitgeschichtliche Forschung großer Mittel bedarf. Nur Leistungen der Oeffentlichen Hand können noch diese Mittel mit der Garantie einer gewissen Stetigkeit aufbringen. Damit wird dann auch organisatorisch eine sachlich erwünschte Nähe zum politischen Leben hergestellt, wobei nur darauf zu achten ist, daß die Forschungsaufgabe nicht von politischen Tagesforderungen überfahren wird und daß das wissenschaftliche Ethos unangetastet bleibt.

Zur Bereitstellung der Quellengrundlage für eine deutsche Zeitgeschichte ist viel getan durch die Nürnberger Prozesse. Das Material mag unter bestimmten, sehr unhistorischen Gesichtspunkten ausgewählt sein, aber noch ist es in seinem historischen Quellenwert längst nicht ausgeschöpft. Veröffentlicht ist nur ein sehr kleiner Teil der einst zusammengetragenen Dokumente, zahlenmäßig ein Fünftel bis ein Zehntel der Dokumentenserien. Wenn begreiflicherweise die ersten deutschen Forschungen von den in dem Hauptprozeß und den zwölf Nebenprozessen aufgeworfenen Fragestellungen und Anklagepunkten selbst ausgingen, so wird man davon jetzt unter zeitgeschichtlichen Aspekten gänzlich abstrahieren können. Den Historiker interessiert nicht die Bestätigung oder Widerlegung eines juristisch zubereiteten Tatbestandes, sondern eben das historische Problem. Er wird sich darum nicht den Plädoyers der Anklage und Verteidigung zuwenden, sondern allein den Dokumentensammlungen. In einem wohlbehüteten Archiv stehen ihm die gutgeordneten Registraturen im ursprünglichen Zustand zur Verfügung, und er kann die Behörden gleichsam bei ihrer Arbeit beobachten. Dagegen sind uns die Nürnberger Sammlungen in einer höchst willkürlichen Ordnung oder besser Unordnung überkommen, die die ursprünglichen Registraturen zerfetzt hat. Wir werden gleichwohl die neue Ordnung der Aktenserien mit ihrer Zählung nach PS, NO, NG usw. beibehalten müssen, dann aber diese Serien durch ein gründliches Regestenwerk mit einem systematischen Schlagwortverzeichnis und einer gut geführten Personalkartei erst einmal aufschließen und wirklich für den Historiker bearbeitungsreif machen müssen. Erst dann wird es möglich sein, aus dieser Fülle von immerhin 50 000 bis 60 000 Dokumenten, die der Forschung für einen Zeitraum von 12 Jahren aus den Registraturen der Zentralbehörden zur Ver-



fügung stehen, die inneren Zusammenhänge zu erkennen, Querverbindungen zu ziehen, Ursachen und Verantwortlichkeiten aufzudecken, neuen Spuren nachzugehen. Selbst diese Erschließungsarbeit ist noch so umfangreich, daß sie von einer Forschungsstelle allein nicht in kurzer Zeit bewältigt werden konnte und sich jetzt drei Institute zusammengeschlossen haben, um endlich in absehbarer Zeit, ich hoffe in Jahresfrist, den schon vor Jahren auch vom deutschen Historikerverband geforderten Karteiapparat herstellen zu können.

Die Zeitgeschichtsforschung ist sich bewußt, daß das Nürnberger Dokumentenwerk nur den Anfang in der Erschließung der Quellen darstellt und daß der Zugang zu den übrigen deutschen Aktenbeständen unerläßlich bleibt. Wenn auch heute, mehr als neun Jahre nach Kriegsende, deutsche Akten immer noch als Kriegsbeute angesehen werden, so ist das ein Zustand, der sich weder mit der Wiederherstellung einer internationalen Völkerrechtsordnung noch mit dem unverjährenbaren Anspruch eines Kulturvolkes, sich seiner selbst aus den Dokumenten seiner Vergangenheit bewußt zu werden, verträgt. Auch politisch-pädagogische Zwecke, mit denen die Fortnahme der Bestände und ihre Ausbeutung jenseits der Meere ursprünglich begründet wurde, lassen sich nicht von draußen, sondern nur in freier selbstverantwortlicher Mitarbeit des betroffenen Volkes erreichen. Es muß daher unser Bestreben sein, auch ehe die schwebenden Verhandlungen über die Rückgabe der Aktenbestände zu einem vollen Erfolg geführt haben, schon jetzt auf alle mögliche Weise den Zugang zu den Beständen, die Mitverwaltung und vielleicht auch die Möglichkeit zur Bearbeitung einzelner Gruppen, etwa in Filmkopien, zu erlangen. Wichtige Aktengruppen sind sodann durch wissenschaftlich einwandfreie Publikationen allgemein zugänglich zu machen. Neben der Edition der deutschen diplomatischen Dokumente, deren von einer internationalen Forschergruppe begonnene Veröffentlichung baldmöglichst unter deutscher Beteiligung fortzusetzen ist, haben solche über die Innenpolitik sowohl der Weimarer Republik wie der NS-Epoche zu stehen, über die Reichsorganisation, Verfassung und Verfassungsreform, über die Entwicklung der politischen Parteien und zumal der NSDAP, über die SS, die sich zu einem Sonderstaat im Staate entwickelte, über die Wirtschaft und über die Kulturpolitik. An die Seite der Quellenpublikationen haben Darstellungen auf allen Gebieten zu treten, wobei hier das Augenmerk nicht nur auf die deutschen Probleme, sondern auf die internationalen Zusammenhänge, die Analogien, die Wechselwirkungen zu legen ist. Nur aus der globalen Betrachtung ergibt sich das Verständnis für die Krisis der Demokratie in Deutschland, nur aus dem Vergleich mit andersstaatlichen Entwicklungen aber auch die Schwere der Verantwortung, die das deutsche Volk

dafür auf sich zu nehmen hat, daß es sich dem Nationalsozialismus in die Arme warf.

#### Befragung von Zeugen

Nun aber ergibt sich, daß auch die umfangreichsten Aktenmassen noch nicht das ganze Leben widerspiegeln und daß der Historiker versuchen muß, die Aussage der Dokumente zu ergänzen. Der immer bezweifelte Satz: „quod non est in actis, non est in mundo“ gilt nirgends weniger als im modernen Gewaltstaat. Hier ist im Gegenteil bestimmt sehr viel weniger in den Akten zu finden, als sich ereignete. An die Stelle der Staatsraison oder der *salus publica*, die in freier Diskussion erörtert und herausgearbeitet wird, der die Staatsdiener in Aemtern aller Art nach bester Absicht, Wissen und Vermögen nachstreben, ist hier Laune und Willkür eines Diktators getreten, der man sich anzupassen hat, oder die Auffassung der einen Partei, die von einigen Funktionären in Beschlag genommen und mit der der Staat für ihre Zwecke ausgebeutet wird. Was dem Willen des Führers und der herrschenden Gruppe zuwider geschieht, hat heimlich zu geschehen oder doch in Anpassung an den Jargon der Gruppe. Diese ihrerseits verkündet ihre Ziele auch nicht offen, sondern so, wie sie sie von der Masse gesehen haben will. Im Massenzeitalter ist die Kunst der Massenbeeinflussung, der Propaganda, auch in der Demokratie und mehr noch in der massenverachtenden und -ausbeutenden Diktatur zu höchstem Raffinement entwickelt. Es sind darum die uns überkommenen Zeugnisse der politischen Betätigung im Diktaturstaat selten nach ihrem vorgegebenen Wert zu nehmen, alles wird doppelbödig und hintersinnig. Man muß die Umstände kennen, unter denen eine Äußerung gefallen ist, das Aktenstück konzipiert und in Lauf gesetzt wurde, muß um die Wirkungen wissen, die erzielt werden sollten. Es muß darum eine Befragung mithandelnder Persönlichkeiten stattfinden. Nur dann ist das rechte Verständnis der Vorgänge zu gewinnen. In der Möglichkeit, solche Quellen zum Sprudeln zu bringen, liegt vielleicht der größte Vorteil, den die Zeitgeschichte vor anderen historischen Bemühungen voraus hat. Denn bei aller subjektiven Färbung, die die Wasser dieses Quells annehmen können, ist hier doch ein ganz echter zusätzlicher Beitrag zum Verständnis der Zeit zu gewinnen, wie ihn in schriftlicher Form nur noch das Tagebuch oder die Erinnerungsbände bieten können, der uns aber für unsere Wünsche immer viel zu selten zur Verfügung steht. Eine umfangreiche Zeugenbefragung gehört darum zur vordringlichsten Aufgabe jeden zeitgeschichtlichen Arbeitens. In unserem besonderen Falle kommt noch hinzu, daß im Kriege und in der bewußten Vernichtung des Zusammenbruchs auch Lücken der schriftlichen Ueberlieferung entstanden sind, die nur die mündlich gegebene Erinnerung schließen kann. Ist darum eine gegebene Möglichkeit zu einer Zeugenbefragung nicht benutzt,

macht sich die Zeitgeschichte einer schweren Unterlassungsünde schuldig. Sie darf sich übrigens nicht nur beschränken auf die Führerkreise, sondern soll tunlichst alle Schichten der Bevölkerung erreichen, um einen breiten Querschnitt des Erlebens geben zu können. Dies Optimum wird oft an den finanziellen oder zeitlichen Möglichkeiten der Bearbeiter scheitern, ist aber zu erstreben und wenigstens für bestimmte Problemkreise auch erreichbar. Ein mahnendes Vorbild bietet uns die Arbeit des Amsterdamer Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, das 600 Aufzeichnungen aus allen Bevölkerungsschichten vom Erleben der deutschen Besatzungszeit 1940–45 gesammelt hat.

### *Das Problem der zeitgeschichtlichen Wertung*

Ist erst einmal ein einigermaßen gesichertes Fundament der Fakten gelegt, so schiebt sich sogleich mit elementarerer Wucht die zweite Hauptaufgabe in den Vordergrund: die Frage nach Schuld und Verhängnis, nach Irrtum und Fehlleistung, nach vorbestimmten Situationen und menschlichem Versagen. Und zwar nicht, um Sündenböcke zu finden und in primitiver Weise in einer Bestrafung Unlustgefühle abzureagieren. An diesem gern geübten Verfahren mitzuwalten, ist nicht Amtes eines Wissenschaftlers. Aber man soll aus der Einsicht in die Fehler der Vergangenheit lernen, vielleicht Anhaltspunkte für ein richtigeres Verhalten in der Zukunft zu gewinnen. Ich weiß wohl, daß ein solches Ansinnen an die Historie, als Lehrmeisterin zu dienen, ebensooft, wie es gestellt wurde, auch immer wieder mit Entrüstung oder gar Hohn abgelehnt worden ist. Es wurde darin ein unwissenschaftliches Beiwerk, eine Profanierung oder auch eine Gefährdung gesehen. Hegel hat spöttisch bestritten, daß die Völker je aus der Geschichte gelernt hätten, womit eben die Weltgeschichte für die Interpretation des Philosophen reserviert blieb. Jakob Burckhardt meinte, daß das Studium der Geschichte nicht klüger für das nächste Mal, wohl aber weiser für immer mache, und hat uns unvergängliche Zeugnisse solcher Weisheit hinterlassen. Das ist gewiß das Höchste, was die Beschäftigung mit der Geschichte dem Menschen bieten kann, und ich komme darauf noch einmal kurz zurück. Doch glaube ich, daß sie ihn auch klüger machen, ihn wirklich belehren kann und daß hierin eine ganz wesentliche Aufgabe der Geschichte und zumal der Zeitgeschichte besteht. Es kommt nur auf das rechte Fragen an, um ganze Erfahrungsströme zum Fließen zu bringen, aus denen der politisch handelnde Mensch schöpfen kann. Es ist kein Zufall, daß bedeutende Staatsmänner immer auch in der Geschichte zu Hause waren. Auf je breitere Schichten sich aber die politische Verantwortung verteilt, um so breiter muß auch der Erfahrungsschatz der Geschichte ausgeteilt sein, und die Demokratie, die alle ihre Mitbürger an der politischen Entscheidung teilhaben lassen will, verlangt auch ihre

geschichtliche Unterrichtung. Michael Freund hat darauf hingewiesen, daß eine wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte nur möglich sei in einem Regime der Freiheit; in einem despotischen Regime würde sie Selbstmord bedeuten, und „in revolutionären Zeiten wirkt Gedächtnisschwäche bisweilen lebenserhaltend“.<sup>13</sup> Denn wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit der befohlenen oder geduldeten Auffassung in Widerspruch stehen, gelten als staatsgefährdend. Wenn somit zeitgeschichtliche Forschung nur in einer demokratischen Lebensform möglich ist, so ist sie auch nirgendwo notwendiger. Aus dem Studium der unmittelbaren Vergangenheit erkennt man Fehler im Aufbau der Gesellschaft, gewinnt begründete Urteile über das Verhalten einer Klasse oder gesellschaftlichen Gruppe, einer Partei, erkennt die Vorzüge und Nachteile einer Institution, entdeckt Mängel im Bau einer Verfassung, kann Richtlinien für das Verhalten gegenüber den Nachbarvölkern ableiten. Nur in der Geschichte entfaltet sich die Kraft von Ideen, nur aus dem wirklichen Erleben vermag man die eigenen Möglichkeiten und die der Nachbarn recht einzuschätzen. So sind nur aus dem Studium der Geschichte die Erfahrungen abzuleiten, die für das eigene politische Verhalten relevant werden können. Diese Erfahrungen gewinnt man aber meist nur aus dem Erlebniszeitraum der eigenen oder bestenfalls der väterlichen Generation, das heißt eben aus der Zeitgeschichte. In längeren Zeiträumen ändern sich die gesamten Verhältnisse zu sehr, als daß sich Vergleiche noch mit einiger Richtigkeit durchführen ließen. Es bieten sich nicht mehr praktische Verhaltenshinweise, sondern nur noch allgemeine Maximen: mithin ist dann nicht mehr Klugheit, sondern Weisheit zu erlangen.

Auch bei intensivem zeitgeschichtlichem Studium mag Politik niemals zu einer Wissenschaft werden können, ein starker Unsicherheitsfaktor bleibt. Gott sei Dank bewegt sich die Politik für den, der nicht im dialektischen und historischen Materialismus befangen und darum strenger Determinist ist, im Reich der Freiheit, mit der Schönheit und Schwere des Entschlusses, des *hic et nunc*. Trotzdem bleibt sie zu einem großen Teil rational, durchschaubar und durchdenkbar, mit der Möglichkeit, Zusammenhänge und Kausalitäten, und damit auch Konsequenzen beabsichtigter Handlungen mit einem großen Maß von Gewißheit zu erkennen und somit auch vermittelnd weiterzugeben, zu lehren. Allerdings steht die Zeitgeschichte nicht mit erhobenem Zeigefinger dozierend da. Sie gibt ihre Lehren nicht dutzendweise in einem pädagogischen Handbuch ab, sondern nur mittelbar. Wesentlich ist die Kunst des Fragens, der Problemstellung. Geschichte, ursprünglich nicht viel anderes als die Kunst des Erzählens, ist immer mehr zu einer analytischen Wissenschaft geworden, und Zeitgeschichte ist es in besonderem Maße. Sie antwortet auch auf die Fragen, die ihr von den Problemen der



Politik gestellt werden können, ohne sich dabei in eine unbillige Abhängigkeit zu begeben, die strenge wissenschaftliche Methodik aufgeben zu müssen. Die Gefahr, daß schon mit einer aus den Nöten der Gegenwart heraus geborenen Frage an die Vergangenheit die Gegenwart in die Vergangenheit übertragen werde, daß deswegen von dieser ein falsches Bild gewonnen werde, besteht wohl, aber nur für den unkritischen Kopf. Dagegen ist es unleugbar, daß aus Problemen, die der Gegenwart auf den Nägeln brennen, immer wieder auch echte Einsichten in die Vergangenheit gewonnen werden. Bislang verborgene Aspekte tun sich auf. Die Geschichte ist nie etwas Abgeschlossenes, sie bleibt ein fortgehendes Wechselgespräch des Menschen mit seiner Vergangenheit, das ihm immer neue Erkenntnisse auch für die Zukunft vermittelt. Denken wir nur daran, wie gegenwärtig die Lehren aus der Geschichte des letzten Menschenalters waren, als es galt, der westdeutschen Bundesrepublik eine neue Verfassung zu geben. Bei zahlreichen Artikeln des Grundgesetzes haben die Erfahrungen mit dem Wirken und dem Untergang der Weimarer Verfassung Pate gestanden. Auf geschichtliche Erfahrung greift man zurück, wo eine neue Truppenmacht im Entstehen befindlich ist. Die Diskussion um eine Notstandsklausel, die in das Grundgesetz aufzunehmen ist, erörtert beispielhaft den Artikel 48 und seine Anwendung 1920, 1923 oder 1930–32. Die Debatten um die verschiedenen Wahlgesetze mit einem Proporz oder einer Majoritätswahl nehmen Bezug auf den Weimarer Staat.

In gleichem Maße besteht die Möglichkeit, auch in der Außenpolitik Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln und weiterzugeben. Ueber die Staatsmänner der Weimarer Republik schrieb einmal ein sehr wohlgesinnter Botschafter in Berlin sarkastisch: „The capacity of German politicians to do the wrong thing is beyond belief“<sup>14</sup>. Diese Fähigkeit ist bei den Nationalsozialisten noch gewachsen, und nicht zuletzt infolge ihrer Unkenntnis des Auslandes und der bornierten Ueberheblichkeit des Nicht-belehrt-werdend-wollens. Eine Vermittlung ausreichender Kenntnisse über die Nachbarländer und jetzt vor allem über die beiden Weltmächte gehört somit auch zu den Anliegen der Zeitgeschichte.

Wenn wir die Außenpolitik des Nationalsozialismus, in deren Mittelpunkt ein verbrecherisch entfesselter Krieg steht, erwähnen, so nähern wir uns bereits der dritten Kardinalaufgabe der Zeitgeschichte. Ein jedes Handeln verstrickt den Menschen nicht nur in Irrtum und politische Fehler, sondern auch in Schuld, in Verletzungen des geschriebenen und ungeschriebenen Sittengesetzes. Wo wäre das Konto dieser Schuld größer gewesen, als es unter dem Nazismus beim deutschen Volk angewachsen ist? Wir wollen gewiß nicht der Thesis einer deutschen Kollektivschuld in einem juristisch greifbaren Sinn das Wort reden oder

den Versuchen, die gemacht wurden, diese Schuld vor einem internationalen Tribunal in genauer Dosierung von Nachweis und Strafe auszumessen. Doch es bleiben die Taten der zwölf Jahre, Terror und Totschlag, kaltblütige Morde nach der Liste, die aus dem Munde des zum Hüter des Rechts berufenen Ministers als rechtens erklärt wurden, die industrielle Vernichtung von Millionen unschuldiger Menschen, und mit diesen Taten hat sich auch die Zeitgeschichte zu beschäftigen. Sie schüttelt den Vorwurf ab, damit das eigene Nest zu beschmutzen. Das geschieht durch die Tat selbst, nicht erst durch eine nachträgliche Erörterung des Tuns. Durch eine mit Takt, Ernst und Würde vorgenommene Untersuchung des Geschehenen befreit man sich vielmehr erst von der verbrecherischen Tat, deren man sich und das Volk nicht entledigen kann, indem sie schweigend zu negieren versucht wird. In einem schweigenden Herumtragen schleppt man sie weiter, sie wird nur verdrängt, und die Verdrängung vergiftet die Seele und die Zukunft. Erst ein männliches Eingestehen wird sie überwinden helfen. Eine Untersuchung muß die Triebe freilegen, die zu dem Tun lockten, alle Umstände scharfsichtig analysieren, die sie begünstigt haben. Nur dadurch kann man in einer von den Dämonen gefährdeten Zeit hoffen, sein Volk bewahren zu helfen, in dieselbe Bahn des Verderbens wieder einzulenken. So wird unsere Zeitgeschichte sich schonungslos mit der Entwicklung des Antisemitismus und den Verbrechen, die in seinem Namen seit 1933 begangen wurden, auseinanderzusetzen haben. Es geht nicht an, daß wir wissenschaftlich einwandfreie Erörterungen lediglich in französischer und englischer Sprache vorliegen haben, die dieses „Brevier des Hasses“<sup>15</sup> lesen lehren und die „Endlösung“<sup>16</sup> untersuchen. Die Herbeiführung des Zweiten Weltkrieges und die Formen dieses Kampfes haben ein bevorzugter Gegenstand zeitgeschichtlicher Arbeit zu sein. Die Lüge des Lebensraumkampfes mit all ihren fürchterlichen Auswirkungen im Osten ist darzustellen. Ebenso wie das Vertuschen ist auch die weinerliche Selbstanklage zu vermeiden. Nur wer unter der Wahrheit wandelt, erwirbt sich Vertrauen, und es wird sich zeigen, daß eine solche Behandlung der Zeitgeschichte, die eine Befreiung im Sittlichen erbringt, auch die beste Politik des Verhaltens gegenüber der Umwelt ist.

Diese reinigende Funktion der Zeitgeschichte führt in seelische Bezirke, von denen aus wenigstens andeutend auch ihre letzte Aufgabe zu berühren ist. Es ist ihre ständige Mitwirkung bei der höchsten, schönsten Aufgabe des Menschen, die ihm erst im letzten Sinn seinen Rang und seine Würde in der göttlichen Weltordnung verleiht, seine humanitas begründet: nämlich die Selbstorientierung, die Klärung und Bewußtwerdung über seine Stellung und seinen Auftrag auf dieser Erde. Rüstow hat es die „Standortbestimmung der Gegenwart“ genannt. Als der europäische Mensch sich aus der Geborgenheit der auch für die

Ordnung im Diesseits verbindlichen religiösen Gewißheit entfernte, da suchte er die Orientierung zunächst durch die Philosophie zu gewinnen und errichtete hoch aufgetürmte, allumfassende Systeme. Vor dem Ansturm des Empirismus sind auch sie zerbrochen, und die Geschichte erhielt die Aufgabe angewiesen. Inzwischen ist auch sie von dem Thron, den sie im 19. Jahrhundert als Alleinherrscherin eingenommen hatte, verdrängt worden, andere Disziplinen traten

mit gleichem Anspruch an ihre Seite. Aber zumindest hat sie als die Wissenschaft, in der die Summe menschlichen Erlebens und Erfahrens aufbewahrt wird, ihren Nachbardisziplinen schlechthin unersetzliche Hilfsdienste zu leisten. Und die Zeitgeschichte, die die jeweils jüngsten Erfahrungen aufzubereiten, verstehen zu lehren, ins allgemeine Bewußtsein zu heben hat, bleibt auch moderne Bildungswissenschaft kat'exochen.

### Zeitgeschichtliche Methoden

Ueber die Methoden der Zeitgeschichte sind kaum viel Worte zu verlieren. Denn sie unterscheiden sich grundsätzlich nicht von denen, die in der Historie allgemein angewandt werden. Voraussetzung bleibt stets und überall die peinlich sorgfältige Quellenkritik, so daß man sagen könnte, *Bernheims* Lehrbuch der historischen Methode ist das propädeutische Handwerkszeug auch für die Zeitgeschichte. Eine besondere methodische Schulung erübrigt sich, und es ist kein Zufall, daß beispielsweise im Institut für Zeitgeschichte einer der ständigen Mitarbeiter ein ausgebildeter Althistoriker, der andere ein Mediaevist ist. Es ist schon angedeutet worden, daß die Kritik der Quellen, die in einem Diktaturstaat erwachsen sind, besonders schwierig zu handhaben ist und daß es gilt, durch die dialektisch verschleiernde, andeutende oder hintergründige Sprache auf den Kern zu stoßen, die echte von der falschen Rede zu trennen, das innere Wesen eines Menschen zu erkennen. Eine solche Fähigkeit ist vielleicht nur einem Menschen gegeben, der das zweifelhafte Vergnügen persönlichen Miterlebens und Miterleidens gehabt hat, weil nur mit der Schwere des Schicksals auch ein volles Verstehen erkaufte werden kann. Die vielen Mißgriffe, die etwa den Amerikanern bei ihrer Entnazifizierungspolitik und um die Nürnberger Gerichtsverfahren herum unterlaufen sind, beruhen schwerlich auf pharisäerhafter Heuchelei, sondern auf dem Unvermögen desjenigen, der in den völlig anderen Verhältnissen eines freien Volkes sein Leben zugebracht hat, die so anders gearteten Voraussetzungen alles Handelns im nationalsozialistischen Deutschland zu verstehen.

Im übrigen ist die altvertraute Methode der Kritik und Interpretation eines schriftlichen Zeugnisses mit ihren feststehenden Regeln nur eines der Hilfsmittel, deren sich der Zeitgeschichtler bedienen kann. Droysen meinte einst, als sich ihm die preußischen Archive öffneten, er müsse zeigen, wie aus den Geschäften Geschichte geworden ist. Wir glauben, daß wir uns zu einem geschichtlichen Verständnis nicht mehr mit den Geschäften der Reichskanzlei oder überhaupt der Bürokratie begnügen können. Nicht nur das in den Amtsstuben verschriebene Papier, alle Erscheinungsformen des Lebens sind unser Arbeitsfeld geworden, und so reichen diese alterprobten Mittel allein nicht mehr zum Verständnis unserer Zeit aus.

Man wird, um diese Zeit zu erfassen, in weit tiefere Schichten vorzustößen haben, als etwa die diplomatischen Dokumente sie preisgeben, mit deren dutzendbändigen Veröffentlichungen man der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges beizukommen hoffte. Es sind die dunklen, irrationalen Schichten der menschlichen Seele, von denen aus die bewegenden Triebkräfte ihren Ausgang nehmen und die die Welt so tief gespalten haben, daß die Denkweisen einander unverständlich werden. Die ungeheuerliche Persönlichkeit *Hitlers*, an der so viele Entscheidungen der Zeit hingen, ist mit normalen Kategorien überhaupt nicht faßbar, zumal sich eine völlige Leere, Substanzlosigkeit und unheimliche Fähigkeiten rein funktionaler Art seltsam kontrastierend gegenüberstehen. Darum wohl gibt es auch noch keine wirklich befriedigende Biographie, und die Historiker suchen ein wenig ratlos nach ähnlichen Erscheinungen in der Geschichte, um durch einen Vergleich dem Rätsel näherzukommen. Noch viel größer als die Undeutbarkeiten einer Persönlichkeit sind die Rätsel des Kollektivirrationalismus, der in immer neuen Wellen den Erdball überflutet. Der Nationalsozialismus und der von ihm propagierte und schauerlich praktizierte Antisemitismus ist nur eine Spielart dieser Elementarkräfte, die den Ablauf bestimmt haben und denen gegenüber die diplomatischen Unterhaltungen wie ein Zieratenbeiwerk erscheinen, das über die Baustuktur keine gültigen Aussagen erlaubt. So versucht man auch mit den Mitteln der Tiefenpsychologie und der Massenpsychologie dem Verständnis der Zeit näherzukommen, wendet sich an alle Disziplinen um Rat, die sich mit Kollektiverscheinungen befassen, an die Soziologie, die Politische Theorie, die Politische Wissenschaft in ihrem ganzen Umfange. Ferner müssen natürlich auch Nationalökonomie, Öffentliches Recht oder Rechtsphilosophie vom Zeithistoriker befragt werden.

Bei der Berührung mit diesen anders strukturierten Wissenschaften ergeben sich für den Historiker auch gewisse Bedenken, die ich noch kurz streifen möchte. Geschichte bleibt uns im wesentlichen eine Beschäftigung mit individuellen, so sich nicht unverändert wiederholenden Vorgängen und nicht gleicherweise handelnden Persönlichkeiten, die man darum nur nachfühlend, nacherlebend in ihren einmaligen Bedingungen verstehen kann, während Soziologie und



Politische Wissenschaften in ihrer idealtypischen Form bestrebt sind, Gesetzmäßigkeiten entdecken und durchgängig verfolgen zu können. Während der Historismus von einem Abyssus von Individualitäten spricht, in den er schaut, präbendieren jene Wissenschaften, ordnend die Vielfalt der Erscheinungen in feste Formen bannen zu können. Doch es läßt sich methodologisch eine Brücke finden, wenn wir von der extremen Forderung absehen, statt von Gesetzen und Typen von Regeln oder von Tendenzen sprechen. Denn freilich ist nicht zu leugnen, daß auch im geschichtlichen Raum nicht schrankenlose, unberechenbare Willkür individuellen Verhaltens waltet, sondern daß vorwaltende Tendenzen festzustellen sind, daß gleiche gesellschaftliche Gruppen weitgehend ähnliche Verhalten bezeigen; soziologische Analysen bringen auch dem Historiker wertvolle Erkenntnisse, wenn sie unter Berücksichtigung aller Faktoren durchgeführt werden. Ein behutsam vorgenommenes Systematisieren bringt Licht in manche rätselhaften Vorgänge. Vergleiche waren nach Ranke von je das Glück des Historikers und sind fruchtbar vollends in unserem Zeitalter der Massenhaftigkeit, wo auch die modernen Nachrichten- und Verkehrsmittel in hohem Grade nivellierend wirken und deshalb die Gleichartigkeit politischer Vorgänge oft schon geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Hier sind die Sozialwissenschaften auch dem Historiker unentbehrlich geworden.

Zum mindesten kann man sich ihrer Typologie als eines heuristischen Prinzips bedienen. Nähert man

sich zunächst den Ereignissen, die man als Zeitgeschichte erfassen will, steht man doch vor einer schier erdrückenden Vielfalt von Vorgängen, die beziehungslos nebeneinanderstehen. Die Systematik der Sozialwissenschaften kann der erste Versuch sein, Ordnung in das Chaos zu bringen, ein Versuch, dessen sich auch die Zeitgeschichte bedienen kann. Umgekehrt haben die systematischen Wissenschaften ihre Regeln bzw. Gesetze immer wieder an der historischen Erfahrung zu überprüfen. Josef Schumpeter, der in die Vereinigten Staaten gegangene große österreichische Nationalökonom, hat in einem nachgelassenen Werk „History of Economic Analysis“ gesagt, wäre er jung, so würde er sein Werk beginnen mit dem Studium der Geschichte. Denn „most of the fundamental errors currently committed in economic analysis . . . can be assigned . . . to lack of historical experience“.<sup>17</sup> So muß zwischen der Zeitgeschichte und den Nachbardisziplinen ein ständiger Austausch stattfinden, bei dem erstere in gleichem Maße gebende wie empfangende Wissenschaft ist. Dabei ist die Grenze zwischen den einzelnen Disziplinen durchaus fließend und schwer abzustecken. Es ist auch belanglos. Es kommt uns in der Zeitgeschichte nicht auf eine egoistische Wissenschaftsexpansion an, denn wir sind uns bewußt, daß in den verschiedenen Disziplinen dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen angestrebt wird, nämlich die Erkenntnis der Wahrheit. In ihrem Dienst aber fallen die Grenzpfähle, denn: „Die Wahrheit wird Euch frei machen.“

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. Hans Rothfels in dem einführenden Aufsatz der von ihm herausgegebenen *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*: „Zeitgeschichte als Aufgabe“. Ferner Konrad Barthel: „Das Problem der Zeitgeschichte“ in: *Sammlung*, Oktober 1954, und Ernst Heimpel: „Der Mensch in seiner Gegenwart. Sieben historische Essays“, Göttingen 1954.

<sup>2)</sup> Rothfels, a. a. O., S. 2.

<sup>3)</sup> Barthel, a. a. O., S. 488.

<sup>4)</sup> Rothfels, a. a. O., S. 6.

<sup>5)</sup> So in einem Vortrage vor der Anglo-American-Historical Conference im Juli 1954.

<sup>6)</sup> Vorausgegangen war 1847 schon Bauers dreibändige „Vollständige Geschichte der Parteikämpfe in Deutschland während der Jahre 1842–1846“.

<sup>7)</sup> Veröffentlicht im deutschen Text allerdings erst 1896 durch Kautsky.

<sup>8)</sup> Er weist hin auf die Teilnahme serbischer Vertreter an einer gerichtlichen Untersuchung in Ungarn nach der Ermordung Michael Obrenowitschs 1868, was man törichterweise

beim österreichischen Ultimatum im Juli 1914 zur Stützung der Forderung an Serbien nicht erwähnte, da es in Vergessenheit geraten war. Hashagen: „Das Studium der Zeitgeschichte“, Bonn 1915, S. 35.

<sup>9)</sup> Rothfels, a. a. O. S. 5.

<sup>10)</sup> Diesen Gedanken hat sehr schön Konrad Barthel in dem schon zitierten Aufsatz herausgearbeitet.

<sup>11)</sup> *American Historical Review*, LVII, S. 802.

<sup>12)</sup> E. Marcks: „Bismarck. Eine Biographie. Band 1: Bismarcks Jugend“; Stuttgart 1909, S. VIII.

<sup>13)</sup> In seinem Vortrag auf dem Marburger Historikertag 1951, vgl. den „Bericht über die 21. Versammlung deutscher Historiker in Marburg/Lahn“. Beiheft zur Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, S. 40.

<sup>14)</sup> Houghton an das State Department am 8. Mai 1924, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jan. 1955, S. 30.

<sup>15)</sup> Léon Poliakov: „Brevier de la haine“, Paris 1951.

<sup>16)</sup> Gerald Reitlinger: „The final solution“, London 1953.

<sup>17)</sup> *American Historical Review*, LX, S. 63.

## Aktuelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Italien

Von Professor Orlando d'Alauro, Stellvertretender Direktor des Istituto di Economia Internazionale, Genua\*

### *Die Wiedereinschaltung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen*

Die Stabilität der demokratischen Politik in Italien hängt zweifellos davon ab, in welchem Maße die zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich gegenwärtig dem Lande aufdrängen, gelöst werden können. Die Regierungen der letzten zehn Jahre haben begonnen, die verschiedenen schwierigen Aufgaben energisch anzugreifen, wenn auch nicht immer auf Grund organischer Planung. Vieles ist erreicht worden, aber vieles bleibt noch zu tun.

Nach einer Periode der Isolierung, die durch eine autarke Politik und das Kriegsgeschehen verursacht war, hat Italien nun damit begonnen, sich wieder in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzuschalten. Diese neue Richtung bedingt selbstverständlich eine feinfühligere Wirtschaftspolitik, die den nationalen Bedürfnissen Rechnung trägt, ohne dabei die Voraussetzungen für eine gesunde und dauerhafte Teilnahme an den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu gefährden. Insgesamt gesehen ist ein solcher Ausgleich zwischen nationalen und internationalen Interessen während der letzten Jahre mit Erfolg durchgeführt worden.

### *Die wichtigsten Probleme der italienischen Wirtschaft*

Die wirtschaftliche Lage Italiens ist zweifellos auf dem Wege der Besserung. Auch die qualifiziertesten Sachverständigen beurteilen den Verlauf, den die wirtschaftliche Entwicklung Italiens seit der Ueberwindung des Rückschlages durch die Korea-Krise genommen hat, mit Optimismus.

Die Aufgaben, deren Lösung sich die verschiedenen Regierungen vor allem seit 1947 zum Ziel gesetzt haben, sind im wesentlichen die Stabilisierung der Währung und die Verwirklichung der Vollbeschäftigung. In einem gewissen Sinne haben die wirtschaftspolitischen Ausrichtungen der letzten zehn Jahre die Lösung aller anderen wirtschaftspolitischen Fragen entschieden von der Lösung dieser zwei Hauptaufgaben abhängig gemacht, die ganz besonders dringlichen Probleme der Industrialisierung des Südens und der Agrarreform einbezogen.

### *Die italienische Wirtschaftsbilanz der letzten Jahre*

Die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage findet ihren Ausdruck in den Zahlenwerten des Volkseinkommens. Wenn man die vom Finanzministerium am 20. März 1954 veröffentlichten Daten („Relazione

generale sulla situazione economica del paese“) zugrunde legt, betrug das Volkseinkommen für das Jahr 1953 10 893 Milliarden Lire. Das bedeutet einen Zuwachs von 7,5 vH gegenüber dem Vorjahr. Eine Betrachtung des Saldos der Zahlungsbilanz (für Sachgüter und Dienstleistungen sowie aus dem Ausland empfangene und an das Ausland abzuführende Einkommensbeträge) zeigt ein Anwachsen der „für das Inland verfügbaren Mittel“ von 10 531 Milliarden Lire im Jahre 1952 auf 11 237 Milliarden Lire im Jahre 1953. Im Laufe des Jahres 1953 entfielen davon auf den Sektor „Verbrauchsgüter“ 8997 Milliarden Lire (8106 Milliarden für „Privatverbrauch“ und 891 Milliarden für „öffentlichen Verbrauch“) und auf „Investitionen“ (brutto) 2240 Milliarden. Die Investitionen betrugen sowohl 1952 als auch 1953 20 vH der „verfügbaren Mittel“. Im ganzen haben sich die Investitionen auf einem ziemlich hohen Niveau gehalten: es entfielen auf die Industrie 33,2 vH, öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau 32,3 vH, Transport- und Fernmeldewesen 15,7 vH, Landwirtschaft 13,9 vH, sonstige 4,9 vH. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 1953 die Investitionen auf den Gebieten der öffentlichen Arbeiten, der Landwirtschaft und des Transport- und Fernmeldewesens erhöht, während sie in der Industrie und in den sonstigen Verwendungsgebieten leicht abgesunken sind. Im Jahre 1954 betrug der Zuwachs des Brutto-Volkseinkommens nach den ersten annähernden Berechnungen ungefähr 5 vH (im Vanoni-Plan wird das Brutto-Volkseinkommen mit 11 300 Milliarden Lire angegeben).

Während der letzten drei Jahre ist das Volkseinkommen gleichmäßig angestiegen. Dies berechtigt, auch in Zukunft mit einer günstigen Entwicklung zu rechnen. Nach den Aufstellungen des Zentralinstituts für Statistik betrug das Netto-Volkseinkommen (zu Marktpreisen gerechnet) 1951: 8786 Milliarden, 1952: 9202 Milliarden und 1953: 9928 Milliarden; im Jahre 1947 dagegen 5420 Milliarden. Hierbei ist zu beachten, daß die Preise von 1947 bis 1953 um ungefähr 25 vH gestiegen sind, während die Kaufkraft der Lira zwischen 1951 und 1953 annähernd gleich geblieben ist.

Während der ersten neun Monate des Jahres 1954 hielt diese Entwicklung an: sowohl die Produktion als auch die Umsätze hielten sich auf einem höheren

\*) Die Uebersetzung besorgte Dr. Anna Cappeloni, Frankfurt.



Niveau als in der entsprechenden Periode des Jahres 1953.

Die Zahlen der italienischen Wirtschaftsbilanz weisen hin auf die Elemente, die die wirtschaftliche Entwicklung Italiens bedingen. Sie zwingen, die Tatsache zu beachten, daß bei gleichbleibenden verfügbaren Mitteln ein verstärkter Einsatz derselben auf bestimmten Gebieten eine Verringerung der Verwendungsmöglichkeiten auf anderen Sektoren mit sich bringen muß. So kann eine Exportsteigerung nur auf Kosten des Verbrauchs und der Investitionen stattfinden; ebenso erfordert eine Erhöhung des öffentlichen Verbrauchs oder der öffentlichen Investitionen — immer bei gleichbleibenden verfügbaren Mitteln — eine Reduzierung des Privatverbrauchs, der privaten Investitionen oder des Exports.

Diese Bindungen makroökonomischer Interdependenz erklären, wie und warum bei der Wahl zwischen verschiedenen möglichen wirtschaftspolitischen Richtungen die Erwägungen mit größtmöglicher Sorgfalt angestellt werden müssen: sie müssen vorteilhafte Lösungsmethoden — solche, denen nicht eine Steigerung des Sozialprodukts zugrunde liegt — ausschalten und die damit verbundenen Währungskrisen und sozialen Störungen, die für die junge Demokratie Italiens eine große Gefahr darstellen würden, vermeiden.

#### *Sozialprodukt und Bevölkerungsbewegung*

Der allgemeine Anstieg des Volkseinkommens spiegelt sich in dem Anwachsen des Nettosozialproduktes pro Kopf (gerechnet zu Marktpreisen in Lire zum gegenwärtigen Kurs) von 165 255 Lire im Jahre 1950 auf 195 607 Lire im Jahre 1952 und schließlich auf 210 812 Lire im Jahre 1953. In den vier Jahren 1950 bis 1953 stieg das Gesamt-Nettosozialprodukt um 30 vH, das Nettosozialprodukt pro Kopf dagegen nur um 27 vH: in anderen Worten, die Bevölkerungszahl stieg in Italien rascher als das Volkseinkommen. Der Wachstumskoeffizient der italienischen Bevölkerung ist noch sehr hoch — einer der höchsten in Westeuropa. Die Wirtschaftspolitik muß sich deshalb den Notwendigkeiten einer solchen Entwicklung anpassen.

Ende November 1954 zählte die „einheimische“ Bevölkerung Italiens 47 706 000 Einwohner. Der Geburtenüberschuß betrug 1953 353 898 oder 7,6 vT, im Jahre 1952 369 921 oder 7,9 vT<sup>1</sup>.

In den ersten fünfzig Jahren seit dem Bestehen eines italienischen Nationalstaates (1871—1921) stieg die Gesamtbevölkerung jährlich um 6,2 vT und die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter jährlich um 5,9 vT. Dagegen stieg die Gesamtbevölkerung in den folgenden dreißig Jahren (1921—1951) jährlich um 7,7 vT, die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter um 9 vT. Im wesentlichen hat zu diesem starken Anwachsen der arbeitsfähigen Bevölkerungsschicht die Abdrosselung der Auswandererströme beigetragen. Obwohl sich das Wachstum der Bevölkerung jetzt verlangsamt (der Wachstumskoeffizient ist seit zehn

Jahren in geringem Maße, aber beständig im Sinken), ist nicht anzunehmen, daß diese Entwicklung ein Ende nimmt, es sei denn, es würden der italienischen Auswanderung neue größere Chancen geboten.

#### *Die Auswanderung*

Die Auswanderung aus Italien hat erst gegen Ende 1946 eine gewisse Bedeutung wiedererlangt; in den folgenden drei Jahren nahm die Auswanderung dann mehr und mehr zu. Im Jahre 1949 erreichte sie das höchste Niveau; in der Folge wurde ein gewisses Absinken bemerkbar, besonders bei der Auswanderung nach Uebersee. Von 1947 bis 1953 wanderten durchschnittlich ungefähr 150 000 Einwohner endgültig und 140 000 vorübergehend in andere europäische Länder oder nach Uebersee aus, abzüglich der Rückwanderer. Die Zahl der Auswanderer nach Uebersee betrug im Jahre 1953: 97 447, davon gingen nach Kanada 21 230, nach Venezuela 20 523, nach Argentinien 18 765 und nach Brasilien 13 222. Die europäischen Länder, die jetzt und auch früher die meisten italienischen Auswanderer aufnahmen, sind die Schweiz, in die im Jahre 1953: 29 027 Italiener auswanderten, und Frankreich (26 102).

Die Auswanderung stellt zweifellos eines der dringlichsten Probleme Italiens dar, dessen Lösung durch seinen besonders heiklen und komplexen Charakter erschwert wird. Die Auswanderung wird noch immer als eines der wirksamsten Mittel gegen den Druck angesehen, den eine wachsende Bevölkerungszahl auf den Arbeitsmarkt ausübt. Man darf vor allem nicht übersehen, daß eine verstärkte Auswanderungspolitik zum Zweck der Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Arbeit und verfügbarem Kapital zu großen Schwierigkeiten führen kann, weil dadurch — wie dies in den letzten Jahren der Fall war — der Wirtschaft qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte verlorengehen, deren Vorhandensein doch die Vorbedingung für die Beschäftigung ungelerner Arbeiter darstellt und deren Ausbildung erhebliche Kosten verursacht. Das letzte Argument wiegt besonders schwer in der jetzigen Zeit, in der man mehr und mehr dazu übergeht, mit großem Aufwand an staatlichen Mitteln die wirtschaftliche Entwicklung in solchen Gebieten voranzutreiben, in denen unter anderem auch die persönlichen Mittel der Einwohner sehr bescheiden sind.

#### *Das Problem der Arbeitslosigkeit*

Aus den erwähnten Gründen bleibt die Beschäftigung der Arbeitskräfte in Italien weiterhin ein schwieriges Problem. Die Untersuchung durch das Zentralinstitut für Statistik im Mai 1954, die nach einem System von Stichproben durchgeführt wurde, zeigte, daß von 21 212 200 Arbeitsfähigen (Beschäftigte und Arbeitsuchende, zusammen 44,5 vH der ansässigen Bevölkerung) nicht weniger als 1 548 900, das heißt 3,3 vH „arbeitslos“ waren: davon waren 784 500

schon früher einmal beschäftigt, 764 400 suchten eine Anfangsstellung. Einen weiteren Eindruck von der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt geben die Zahlen der auf den Listen der Arbeitsvermittlungen Eingetragenen, die in Ermangelung einer regelmäßigen statistischen Erfassung der Arbeitslosen die einzigen Daten sind, an Hand welcher man sich von der Entwicklung der Verhältnisse ein Bild machen kann.

Am 30. November 1954 waren auf den Listen der Arbeitsvermittlungen 2 175 469 Arbeitslose eingetragen, davon 1 298 176 von der Kategorie „früher schon beschäftigt“, 638 110 „Minderjährige auf der Suche nach Anfangsstellung“. Es ist zu beachten, daß von November 1953 bis Februar 1954 die Zahl der auf den Listen der Arbeitsvermittlungen Geführten ununterbrochen anstieg — in dieser Zeit erreichte die Zahl der Arbeitslosen beinahe zweieinhalb Millionen; seit diesem Höhepunkt ist ein fortgesetztes Absinken bemerkbar.

Wenn man einen Gesamtüberblick über das Problem der Arbeitslosigkeit in Italien bekommen will, darf man auch die Beschäftigungslage der Seeleute nicht übersehen. Die Zahl der Arbeitslosen auf diesem Gebiet läßt sich indirekt ermitteln an Hand der Listen auf den Arbeitsvermittlungen der Hafen-Verwaltungen. Im November 1954 waren dort 81 630 Arbeitslose eingetragen, davon 77 276 Seeleute und 4354 Schiffs-offiziere.

Von den verschiedenen Gruppen werden ungelernte Arbeiter am schwersten betroffen, es folgen die landwirtschaftlichen Arbeiter, das Baugewerbe und die metallverarbeitenden Gewerbe. In den letzten zwei Jahren machte sich in der Landwirtschaft, bei den Büroangestellten und bei den ungelernten Arbeitern ein Anstieg der Zahl der Eingetragenen bemerkbar, während die Arbeitslosigkeit in der Industrie zurückging. Im Verlauf des Jahres 1953 machte es die Entwicklung auf allen nichtlandwirtschaftlichen Gebieten möglich, nicht nur den Nachwuchs (schätzungsweise 180 000 Arbeitskräfte) zu absorbieren, sondern auch noch ungefähr 100 000 Arbeitslose wieder einzustellen; diese Entwicklung hielt auch 1954 in verstärktem Maße an.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung (letztere ist besonders schwer in der Landwirtschaft: man rechnet, daß beinahe 20 vH aller landwirtschaftlichen Arbeiter unterbeschäftigt sind) sind weiterhin groß in Italien. Merkwürdig ist jedoch, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren besonders in den südlichen Gebieten anstieg — gerade dort, wo, im Gegensatz zu früher, viel intensivere öffentliche Investitionen vorgenommen und eine viel größere Steigerung der produktiven Tätigkeit erzielt wurden als in Mittel- und Norditalien.

Ohne Zweifel ist es das Problem der Arbeitslosigkeit, das allen größeren Maßnahmen des Staates in Italien Anlaß und Form gibt. Diese Maßnahmen

entsprechen aber nicht immer den Prinzipien eines gesunden und realistischen Verfahrens zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen auf lange Sicht und resultieren nicht selten in schlechter Nutzung, wenn nicht direkter Vergeudung vorhandener Mittel.

Die Wirtschaftspolitik Italiens in der Nachkriegszeit strebte mehr und mehr dahin, die Absorption unbeschäftigter Arbeitskräfte zu erleichtern. Dies geschah durch eine Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten im allgemeinen, durch Förderung der industriellen Entwicklung, besonders des Südens, und durch gesteigertes Bemühen um die Landwirtschaft durch den großangelegten Plan einer Bodenreform.

### Die Industrialisierung

Die Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung zeigt, daß in Italien der Prozeß der Industrialisierung in den letzten Jahren eine merkbare Beschleunigung erfahren hat.

Verteilung der erwerbstätigen Bevölkerung\*  
nach Wirtschaftsgruppen in vH

	1911	1936	1951
Landwirtschaft, Jagd, Fischerei	56,1	51,0	41,3
Industrie und Verkehr . . . .	30,2	31,2	36,1
Handel, Kreditwesen, Versicherungswesen . . . .	5,3	7,7	10,4
Sonstige . . . . .	8,4	10,1	12,2
	100,0	100,0	100,0

\* Die Zahlen erfassen die gegenwärtige Bevölkerung im Alter über zehn Jahre in der Ausübung eines Berufes, einer Kunst oder eines Handwerks.

Quelle: Compendio Statistico Italiano, 1954.

Eine Untersuchung der Aufteilung des Nettozialproduktes bestätigt diese Folgerung: die Zahlen weisen auf eine ausgeprägte Tendenz zur Abnahme des Anteils des der Landwirtschaft zuzuschreibenden Nettozialproduktes hin, während der Anteil der Industrie und der Dienstleistungen zunimmt. In der Tat fiel der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt von 32 vH im Jahre 1938 auf 29,8 vH im Jahre 1952. In dem für die Landwirtschaft besonders ertragreichen Jahr 1953 war nochmals ein Anstieg auf 30,7 vH zu verzeichnen. Der prozentuale Anteil der Industrie dagegen stieg von 40,2 vH im Jahre 1938 auf 51,4 vH im Jahre 1952; 1953 betrug er ungefähr 51 vH; entsprechend wuchs der Anteil der Dienstleistungen von 11,8 vH im Jahre 1938 auf 15,3 vH im Jahre 1952 und auf ungefähr 15 vH im Jahre 1953 an.

Erschwert dagegen wird die industrielle Entwicklung Italiens (der Produktionsindex für Italien stand 1953 auf 156 [1938 = 100], im Juli 1954 stieg der Index auf über 180) durch zwei schwerwiegende Probleme: die wachsende Politisierung der Industrie und den Abfall der industriellen Entwicklung Süditaliens gegenüber dem Norden. Diese zwei Probleme sollen im folgenden jedes für sich diskutiert werden.



*Der staatliche Einfluß in der Wirtschaft*

Die wirtschaftliche Struktur Italiens, und ganz besonders die industrielle, wird heutzutage beherrscht von zahlreichen staatlichen Einrichtungen, die in mehr oder weniger umfassender Weise, mehr oder weniger geordneter und wirksamer Art die wesentlichen wirtschaftlichen Tätigkeitsbereiche direkt oder indirekt beeinflussen.

An oberster Stelle steht in diesem Komplex von Behörden das Institut für industriellen Wiederaufbau (Istituto della Ricostruzione Industriale, IRI). Dieses wurde 1933 geschaffen, um den Bedürfnissen der Sanierung der wichtigsten italienischen Geschäftsbanken abzuhelpen, und hat seit 1937 den permanenten Charakter eines Institutes zur Leitung der größeren staatlichen Beteiligungen auf dem Gebiet des Bankwesens und der Industrie angenommen. Heute verfügt es über ein Kapital von 120 Milliarden Lire und übt mittels der Finanzgesellschaften einen direkten Einfluß auf einen beträchtlichen Teil der italienischen Wirtschaft aus. Die Bedeutung der unter dem Einfluß des IRI stehenden Betriebe veranschaulichen ihre Anteile an der Gesamtproduktion:

- a) Elektrizitätsversorgung: 28 vH;
- b) Fernsprechwesen: 61 vH;
- c) Seeschifffahrt: annähernd 20 vH der gesamten Tonnage;
- d) Eisenindustrie: 60 vH der gesamten Roheisenproduktion, 42 vH der gesamten Rohstahlproduktion, 42 vH der Fertigerzeugnisse;
- e) Maschinenbau: Motorenbau: 45 vH, Eisenbahn- und Straßenbahnmateriale: 40 vH, elektrische Apparate: 30 vH, elektrische Maschinen: 25 vH (80 vH der gesamten Fertigungskapazität aller italienischen Maschinenbaufirmen);
- f) Rundfunk und Fernsehen: entscheidende Kontrolle der Gesellschaft, die diese Dienste als einzige stellt.

Besonders wichtig ist die Beteiligung des IRI auf dem Gebiet des Bankwesens: die wichtigsten kommerziellen Banken (das heißt die Banken von „nationaler“ Bedeutung, nämlich die Banca Commerciale Italiana, der Credito Italiano und der Banco di Roma) und andere von mittlerer Bedeutung stehen völlig unter seinem Einfluß; diese Banken verfügen zusammen über 26 vH sämtlicher Banksparguthaben.

Die Zahl der vom IRI abhängigen Personen beträgt nicht weniger als 210 000, annähernd 6 vH der gesamten Beschäftigungszahl für die in Betracht gezogenen Industriezweige. Dieser Anteil steigt auf 50 vH für die Eisenindustrie und den Schiffbau und erreicht 72 vH für das Fernsprechwesen.

Der größere Teil der Unternehmen wird von dem IRI mittels fünf großer Holding-Gesellschaften kontrolliert und koordiniert: die FINSIDER (Società Finanziaria Siderurgica) in der Eisenindustrie, FINMECCANICA (Società Finanziaria Meccanica) auf dem Gebiete der mechanischen Industrie, die FINMARE (Società Finanziaria Marittima) auf dem Ge-

biet des Schiffbaus, die FINELETTRICA (Società Finanziaria Elettrica Nazionale) auf dem Gebiete der Elektrizität und die STET (Società Torinese Esercizi Telefonici) für das Fernsprechwesen.

Das IRI trägt um so mehr den Charakter einer staatlichen Behörde, als die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Instituts vom Ministerrat festgelegt werden, der Präsident und der Vizepräsident des Instituts durch einen Erlass des Staatsoberhauptes ernannt werden und der Verwaltungsrat des Instituts aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht staatlich angestellten Beamten (abgesehen von drei Finanz- und Industriefachleuten) besteht. Infolgedessen spiegelt sich die herrschende politische Richtung in der Leitung des Instituts wider, das gegenwärtig zweifellos die bei weitem wichtigste wirtschaftliche Körperschaft in Italien darstellt.

Abgesehen vom IRI bestehen noch zahlreiche andere Organe, mittels welcher der Staat direkt auf die Wirtschaft einwirken kann. Auf dem Gebiet des Bankwesens sind die Möglichkeiten staatlicher Beeinflussung besonders zahlreich und erstrecken sich, angefangen bei der Emissionsbank, die jetzt dem Staat untersteht, auf all die anderen zahlreichen einflußreichen öffentlich-rechtlichen Institutionen, und man kann wohl sagen, daß das Bankwesen in Italien heutzutage praktisch nationalisiert ist<sup>2</sup>.

Auf dem Gebiet des Bergbaues wird fast die gesamte Jahresproduktion an Kohle von staatlichen Unternehmen (insbesondere der Azienda Carboni Italiana, AcaI) gefördert; in der Erdöl- und Erdgas-erzeugung hat der italienische Staat absolute Vorherrschaft (mittels des Ente Nazionale Idrocarburi, ENI, der über 90 vH der Methan-erzeugung bestreitet, der Azienda Generale Italiana Petroli, AGIP, und der Azienda Nazionale Idrogenazione Combustibili, ANIC); auch das Gebiet des Lufttransportes sowie der Filmindustrie werden ausschließlich von staatlich kontrollierten Unternehmen beherrscht. Es bleibt noch zu erwähnen, daß auch die Cogne-Gesellschaft (die 24,8 vH der Eisen- und 4,7 vH der Stahlproduktion Italiens bestreitet) sowie die Eisenbahnen und eine Reihe verschiedener Industriebetriebe Staatsbesitz sind.

Um ein vollständiges Bild von dem Ausmaß staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben zu erhalten, muß auch den Geldinstituten Rechnung getragen werden, die mit staatlichen Geldern arbeiten (Fondo Industria Meccanica, FIM; Istituto Mobiliare Italiano, IMI; Ufficio Italiano dei Cambi, UIC; Consorzio di Credito per le Opere Pubbliche; Istituto di Credito per le Imprese di Pubblica Utilità; und so weiter); dazu kommen noch die Versicherungsgesellschaften mit staatlichen Garantien und Einlagen (Istituto Nazionale delle Assicurazioni, INA; Assicurazioni d'Italia) und die vielen einflußreichen Sozialversicherungs- und Fürsorgeanstalten, die eine mono-

politische Stellung einnehmen und deren Leitung nach politischen Gesichtspunkten gestaltet wird.

Von den Ländern kollektivistischer Staatsform abgesehen, ist Italien heute zweifellos dasjenige unter den westlichen Ländern, das die Kollektivierung der Produktionsmittel und des Geldsystems am weitesten getrieben hat und in dem die direkten staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben am umfassendsten sind. Der Staatsmann, dem diese wirtschaftlichen Handhaben zur Verfügung stehen und der sich ihrer richtig zu bedienen weiß — was keine leichte Aufgabe ist —, sollte imstande sein, jedes wirtschaftliche Objekt zu erreichen, das dem Gemeinwohl des Staates dienlich ist.

Der italienische Staat ist zu einem Riesenunternehmer geworden, aber nicht alle Projekte, die er beginnt oder weiterführt, bauen auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage auf. Es erweist sich deshalb als notwendig, die herrschende Wirtschaftspolitik zu revidieren und festzustellen, welche Unternehmen einzuschränken, welche beizubehalten und welche der Privatwirtschaft zu überlassen sind, sowie sämtliche staatliche Unternehmen nach allgemein gültigen Richtlinien zu koordinieren. Der Schutz des Verbrauchers gegen übermäßige Belastung durch autarke Wirtschaft oder Monopole, eine Hebung des Beschäftigungsniveaus und die Verstaatlichung der Firmen, die der öffentlichen Versorgung dienen, sind noch ungelöste Probleme und werden dies voraussichtlich bleiben, wenn die gegenwärtige Struktur staatlicher Unternehmen beibehalten werden soll.

#### *Die Entwicklung der südlichen Landesteile*

Die Regierungen, die sich während der letzten Jahre in der Führung des Landes ablösten, haben eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin gesehen, eine Beseitigung des auffallenden Unterschiedes zwischen den durchschnittlichen verfügbaren Einkommen in Süd- und Norditalien anzubahnen. Diesen Prozeß der Wiederangleichung suchte man im wesentlichen durch eine Erleichterung der chronischen Depression der südlichen Wirtschaft auf dem Gebiet der Landwirtschaft wie auch der Industrie herbeizuführen. Die Körperschaft, der die Aufgabe anvertraut wurde, die Entwicklung der südlichen Gebiete zu fördern, ist die „Cassa del Mezzogiorno“. Diese wird in einer Periode von zwölf Jahren, beginnend im Jahre 1949, 1280 Milliarden Lire für die Hebung des allgemeinen wirtschaftlichen Niveaus verwenden.

Von den Investitionen, welche die „Cassa“ während der ersten vier Jahre ihres Bestehens tätigte, dienten 58,8 vH der Urbarmachung und der Bodenverbesserung, 21,1 vH dem Straßenbau, 13 vH dem Bau von Wasserleitungen, 5,1 vH dem Eisenbahnbau und 2 vH dem Fremdenverkehr. Bis Ende September 1954 wurden Aufträge für größere öffentliche Arbeiten in einem Gesamtwert von 400 Milliarden Lire vergeben.

Im Laufe des ersten Halbjahres 1951 — als die

„Cassa“ gerade ihre Tätigkeit begonnen hatte — entfielen von 100 Arbeitstagen, die in Italien für öffentliche Arbeiten verwendet wurden, 46 auf Arbeiten im Süden; diese Durchschnittszahl stieg im Laufe der Tätigkeit der „Cassa“ 1953—1954 auf über 50 Arbeitstage. Diese Zahl zeigt deutlich, wie sehr die staatlichen Maßnahmen zur Entwicklung des Südens zugenommen haben. Es sei daran erinnert, daß dieses Gebiet 42,4 vH der gesamten italienischen Bevölkerung umfaßt.

Die auffallend starke Absorption von Arbeitskräften durch die Arbeiten der „Cassa“ ist darauf zurückzuführen, daß diese oftmals gezwungen war, Arbeiten konjunkturellen Charakters durchzuführen, die nicht immer im Zusammenhang standen mit Arbeiten struktureller Art, ihrer eigentlichen Aufgabe. Abgesehen davon sind die Schwierigkeiten vorauszu sehen, die sich bei dem Versuch ergeben werden, die augenblickliche Höhe des Beschäftigungsniveaus bei der „Cassa“ aufrechtzuerhalten. Die günstigsten Gelegenheiten für die Beschäftigung von Arbeitskräften bietet auch im Süden die Industrie. Deshalb müssen sich auch in Zukunft die staatlichen Eingriffe besonders darauf konzentrieren, die industrielle Entwicklung zu fördern, gleichzeitig jedoch eine Stimulierung zu vermeiden, die zur Bildung von überflüssigen Zwillingsunternehmen führen könnte und eine unverantwortliche Vergeudung der vorhandenen Mittel darstellen würde.

Die industrielle Entwicklung des Südens zieht großen Nutzen aus dem Bevorzugungssystem bei staatlichen Aufträgen (dieses sogenannte „20-Prozent-Gesetz“ bestimmt, daß ein Fünftel aller öffentlichen Aufträge den Industrien des Südens vorzubehalten ist) und aus den Erleichterungen bei der Kreditgewährung (die drei Institute ISVEIMER [Istituto per lo Sviluppo economico dell'Italia meridionale], IRFIS [Istituto Regionale per il Finanziamento delle Industrie in Sicilia], CIS [Credito Industriale Sardo] sind dazu bestimmt, für die südlichen Industrien Kredite zu erheblicher unter dem normalen Niveau liegenden Zinssätzen bereitzustellen).

Im ganzen haben die staatlichen Eingriffe im Süden weiterhin den Fehler, daß sie die Landwirtschaft — auch in bezug auf Gebiete mit ungünstigen Naturbedingungen — zu sehr begünstigen und, noch schlimmer, daß die Eingriffe den Charakter konjunkturbedingter Maßnahmen annehmen, wobei es zu einer Verzettelung der für strukturelle Veränderungen bestimmten Mittel kommt, welche die Durchführung der eigentlichen Aufgabe verlangsamt und abschwächt. Es ist vorauszu sehen, daß die so lange erwarteten internationalen Anleihen (oder anderen Hilfsprogramme) kaum eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Südens mit sich bringen und ohne jedes positive Ergebnis bleiben werden, wenn diese Mittel nicht verantwortungsbewußt investiert werden.



*Die Bodenreform*

Die wirtschaftliche Entwicklung Süditaliens hängt zu einem nicht geringen Teil von der erfolgreichen Durchführung der Bodenreform ab. Die partielle Bodenreform, die augenblicklich durchgeführt wird, erstreckt sich auf Ländereien, die nicht weniger als ein Drittel des gesamten italienischen Staatsgebietes darstellen, und strebt die Enteignung und Aufteilung von annähernd 700 000 ha (annähernd 3 vH der Acker- und Waldflächen) an. Vier Fünftel — flächenmäßig gerechnet — der unter die Reform fallenden Ländereien befinden sich im Süden.

Drei Gesetze sind es, auf Grund derer die Reform durchgeführt wird: das „Sila“-Gesetz vom 12. Mai 1950 (das sich auf einen Teil von Kalabrien bezieht), das „stralcio“-Gesetz vom 21. Oktober 1950 („Ausnahme“-Gesetz, so genannt, weil es aus dem Projekt der „allgemeinen Reform“, das im April 1950 dem Parlament vorgelegt worden war, „herausgenommen“ wurde) und das „Sizilien“-Gesetz vom 27. Dezember 1950 (ein regional begrenzt anwendbares Gesetz, das sich auf dem Prinzip des „stralcio“-Gesetzes aufbaut). Das „Sila“-Gesetz ordnet die Enteignung von Grundbesitz über 300 ha an. Das „stralcio“- und das „Sizilien“-Gesetz legen Enteignungsquoten fest; diese Quoten verhalten sich direkt proportional zum gesamten Grundsteueraufkommen des Grundbesitzers und umgekehrt proportional zum Durchschnittsniveau des zu versteuernden Ertrages der zu enteignenden Grundstücke innerhalb des Reformgebietes. Das „stralcio“-Gesetz bestimmt, daß die Muster- oder Versuchswirtschaften von der Enteignung ausgenommen sind, und erleichtert die teilweise Beibehaltung von Landstücken, die eigentlich der Enteignung unterlägen. Die Eigentümer der enteigneten Ländereien erhalten eine Entschädigung in der Höhe des Wertes, der für die außerordentliche, progressive Kapitalabgabe festgelegt worden war; diese Entschädigung wird ausgegeben in Form von staatlichen Wertpapieren, die in 25 Jahren einlösbar sind und einen Zinsertrag von 5 vH einbringen. Die Bauern, denen das Land zufällt, zahlen einen Preis, der sich zusammensetzt aus dem Wert des enteigneten Bodens zuzüglich zwei Drittel der durch die Bodenverbesserung entstandenen Kosten abzüglich eines staatlichen Zuschusses, der in Höhe von 35—40 vH liegen wird. Die Summe ist in 30 Monatsraten zu entrichten und wird mit 3,5 vH verzinst.

Die mit größter Sorgfalt errechneten Kostenvoranschläge für die Boden- und Ackerlandverbesserungen an den enteigneten Ländereien belaufen sich auf durchschnittlich eine halbe Million Lire pro Hektar. Insgesamt werden deshalb die für die „direkten“ Reformarbeiten angesetzten Gelder eine Größenordnung von annähernd 400 Milliarden Lire, verteilt auf zehn Jahre, erreichen (im einzelnen belaufen sich die Voranschläge für das „stralcio“-Gesetz auf 365 Milliarden und für das „Sila“-Gesetz auf 15 Milliarden,

aber auch andere Kosten sind in den Plan miteinbezogen, insbesondere für Sizilien).

Natürlich muß der Druck, den die im Verlauf der Reform gemachten Ausgaben ausüben — unter Annahme der normalen Verzögerungsspanne, bis der größere Teil der Investitionen in der Landwirtschaft sich bezahlt macht —, in umsichtiger Weise beobachtet und miteinberechnet werden, wenn keine Rückwirkungen inflationistischer Art eintreten sollen.

Die Reform löst aber die Beschäftigungsfrage der landwirtschaftlichen Arbeiter nur zu einem geringen Teil. Die Tagelöhner finden zwar bei den Urbarmachungsarbeiten für einige Zeit Beschäftigung, aber danach wird es für diejenigen, die kein eigenes Land zugeteilt bekommen, schwer werden, in der Reformzone Arbeit zu finden. Es wird außerdem befürchtet, daß die Arbeitslosigkeit in einigen Gegenden noch zunehmen wird, weil die Besitzer der neuen kleinen Anwesen dazu neigen, allein oder nur mit Hilfe von Familienangehörigen härter zu arbeiten und so zu den gleichen Ergebnissen zu kommen, die vormalig eine größere Zahl von Tagelöhnern erzielte.

Zur Zeit wird ein Gesetzesvorschlag für die Anwendung der Bodenreform im gesamten italienischen Staatsgebiet überprüft. Nach den Berechnungen der Regierungsspezialisten wird die „Allgemeine Reform“ zur Enteignung weiterer 250 000 Hektar führen, das heißt von 1,5 vH der gesamten Agrarfläche ausschließlich der Weiden, Wälder und brachliegenden Ländereien. Die Ausarbeitung dieses Projekts wird nicht einfach sein, da die „Allgemeine Bodenreform“ ein Problem darstellt, dessen Lösung die Beibehaltung der gegenwärtigen politischen Richtung voraussetzt. Ohne Zweifel kann sich eine allgemeine Anwendung der Reform schädlich auswirken auf Ländereien mit intensiver Bearbeitung und besserer Organisation, denn den zweifelhaften Vorteilen auf politisch-sozialer Ebene<sup>3</sup> sind entgegenzuhalten die Nachteile, die aus der Aenderung der Produktionsmethode durch die Aufsplitterung der großen Güter und aus der Abschreckung von Privatinvestitionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft erwachsen können.

Die heikle Situation der italienischen Landwirtschaft entspringt nicht nur der Unsicherheit im Hinblick auf die Bodenreform, sondern auch den Schwierigkeiten, gegen welche die Gesetzgebung bezüglich landwirtschaftlicher Abkommen ankämpft, der besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Italiens beigemessen wird.

Ohne Zweifel bestehen die wichtigsten Aufgaben für die italienische Landwirtschaft darin, den Lebensstandard der Landbevölkerung — insbesondere des Südens — zu heben, die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft zu beseitigen und — dies ist von grundsätzlicher Bedeutung — das Bruttoeinkommen aus der Landwirtschaft zu steigern. Die Regierung arbeitet bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgaben nach verschiedenen Plänen: Hoffentlich verleiten die

diesbezüglichen politischen Motive nicht dazu, daß die Investitionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft die Grenzen der Wirtschaftlichkeit übersteigen.

### *Die Stabilität der Währung*

Die Schwierigkeit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage hat dennoch die Kaufkraft der Lira nicht beeinträchtigt, diese hat sich vielmehr im allgemeinen auf einem befriedigenden Niveau gehalten. In der Zeit nach dem Kriege war es die Hauptaufgabe der Geldpolitik, eine echte Stabilisierung des Wertes der Lira im In- und Ausland zu bewirken. Seit Sommer 1947 hat die Geldpolitik eine im wesentlichen deflationistische Richtung eingeschlagen, die nur modifiziert wurde durch die unvermeidbaren Zugeständnisse an die Bedürfnisse der Marktentwicklung und an die Furcht vor einer Depression oder einer Verlangsamung des Wiederaufbaus.

Der Geldumlauf, der im Vergleich mit dem Volkseinkommen in Lire zum gegenwärtigen Kurs Ende 1948 die Höhe der Vorkriegszeit erreicht hat, ist in der Zeit von 1948 bis 1953 in einem im Durchschnitt gleichbleibenden Verhältnis zu dem Anwachsen des Volkseinkommens gestiegen. Die Summe der in Umlauf befindlichen Münzen und Banknoten, die 1948 839,7 Milliarden Lire betrug, wuchs auf 1332,4 Milliarden an und erreichte im Dezember 1954 1538 Milliarden Lire. Der jährliche Anstieg betrug für die Zeitspanne 1949—1953 im Durchschnitt 8 vH<sup>4</sup>.

In der Tat gelang es, ungeachtet der starken Entwicklung der staatlichen Investitionen während der letzten Jahre, das Auftreten jeglichen inflationistischen Druckes zu vermeiden, auch deshalb, weil in der besagten Periode das Defizit im Budget und in der Zahlungsbilanz verkleinert werden konnte.

### *Staatshaushalt und Steuerbelastung*

Der italienische Staatshaushalt wies seit Ende des Krieges jährlich ein beachtliches Defizit auf. Das Defizit im „effektiven“ Teil erreichte seinen Höhepunkt während des Haushaltsjahres 1947/48. Als daraufhin der Artikel 81 der Verfassung in Kraft trat (Absatz 4 bestimmt, daß für ein Gesetz, das neue Ausgaben erfordert, gleichzeitig der Nachweis der dafür erforderlichen Mittel gebracht werden muß), verringerte sich das Defizit bis zum Ende der Haushaltungsperiode 1950/51. In den beiden darauffolgenden Jahren machte sich wieder ein leichter Anstieg bemerkbar, aber seit Beginn des Haushaltsjahres 1953/54 herrscht wiederum eine Tendenz zur Verringerung, die hauptsächlich davon herrührt, daß die staatlichen Ausgaben weniger rasch anwuchsen als die Einnahmen.

Im Jahre 1952/53, dem letzten, für das endgültige Zahlen vorliegen, beliefen sich die „effektiven“ Einnahmen auf 1806,9 Milliarden. Das „effektive“ Defizit von 497,4 Milliarden wurde teilweise gedeckt durch einen Ueberschuß von 172,8 Milliarden auf dem Konto „Kapitalbewegungen“, so daß das

Gesamtdefizit für das Haushaltsjahr 1952/53 nur 324,2 Milliarden beträgt.

Gemäß den Voranschlägen des Regierungsberichtes über die wirtschaftliche Lage des Landes flossen im Jahre 1953 1735 Milliarden gleich 17,4 vH des Volkseinkommens zu Marktpreisen (das mit 9928 Milliarden angegeben wurde) in Form staatlicher Steuern ab. Wenn man fernerhin die Kommunal-, Provinzial- und Regionalsteuern hinzurechnet, die sich auf 375 Milliarden beziffern, steigt die Summe der steuerlichen Belastung durch Staat und örtliche Behörden auf 21,2 vH, und wenn noch die 55 Milliarden hinzugefügt werden, die von lokalen steuerlichen Behörden oder zur Deckung der Eintreibungskosten erhoben werden, auf 21,8 vH. Endlich kommen noch hinzu 800 Milliarden, die auf die in Italien obligatorischen Versicherungen entfallen. So erreicht die öffentliche Steuerlast eine Höhe von 2965 Milliarden oder 29,8 vH des Volkseinkommens.

Eine besondere Betrachtung der Aufgliederung der steuerlichen Erhebungen in die verschiedenen Kategorien zeigt, daß das italienische Steuersystem weiterhin gekennzeichnet ist durch die große Bedeutung, die der indirekten Besteuerung zukommt. Voraussichtlich werden im Haushaltsjahr 1954/55 30 vH der Einnahmen direkten und 70 vH indirekten Steuern entstammen. Es ist andererseits auch wahr, daß die durchschnittliche Einkommenshöhe verhältnismäßig gering ist und eine Erhöhung der direkten Besteuerung schlecht verträglich. Jedoch weisen nicht alle indirekten Steuern Merkmale auf, die sie klar von direkten Steuern unterscheiden. Die Steuerreform, die gegenwärtig durchgeführt wird, bezweckt eine Erleichterung und angemessenere Verteilung der Steuerlast und soll von nutzlosem Verbrauch zugunsten der Ersparnisse und der privaten Investitionen abhalten.

Der Sektor „laufende“ staatliche Ausgaben wird wiederum beherrscht von Personalkosten (die im Haushaltsjahr 1954/55 annähernd 744 Milliarden, 40 vH der laufenden Ausgaben, erreichen werden), Rüstungskosten (22 vH der laufenden Ausgaben) und Verzinsung der Staatsschuld (9,1 vH der laufenden Ausgaben; Ende Juli 1954 betrugen die Staatsanleihen im Inland insgesamt 3925 Milliarden). Es ist auch nicht abzusehen, daß in den kommenden Rechnungsjahren eine Verbesserung des Staatshaushaltes auf dem Wege der Kostensenkung erreicht werden kann; Staatsausgaben lassen sich bekannterweise nur sehr schwer reduzieren. Von großer Bedeutung ist die Summe der Staatsausgaben für Investitionen, die voraussichtlich für die Periode 1954/55 gute 405 Milliarden betragen wird (375 Milliarden auf Konto „effektive Investitionen“ und 35 Milliarden auf Konto „Kapitalbewegungen“). Es sei nebenbei darauf hingewiesen, daß seit dem Auslaufen der amerikanischen Hilfsprogramme (bis auf den NATO-Zuschuß) praktisch alle Investitionen inländischen Quellen



entstammen. Die auffallend starken finanziellen Bedürfnisse des Staates (in den Jahren 1952 und 1953 machten die Bruttoinvestitionen des Staates 40 vH der Gesamtsumme aller Investitionen in Italien aus) haben zweifellos die Lage auf dem Geldmarkt merklich verschlechtert und dadurch die privaten Geldgeschäfte außerordentlich erschwert. Die Stärkung des Bankkartells, die sich im Februar 1954 vollzogen hatte, hatte eine Vergrößerung der Spanne zwischen den vom Kartell gebotenen und den von ihm geforderten Zinssätzen zur Folge. Die letzteren bewegten sich in Größenordnungen um 8—10 vH, gute 4 bis 6 Hundertteile über dem amtlichen Diskontsatz von 4 vH. Diese Fixierung der Zinssätze, die auf Kriterien beruht, die oft durch Auffassung monopolistischer Art beeinflusst sind, gilt als nicht besonders günstig für die Privatwirtschaft.

Eine Berechnung der Größenordnung der gesamten Staatsausgaben für das Jahr 1953 muß folgende Posten berücksichtigen: sämtliche Lasten des Staatshaushaltes (1953: 2400 Milliarden); Ausgaben der Lokalbehörden (1953: 600 Milliarden); die Investitionen der Cassa Depositi e Prestiti (1953: annähernd 100 Milliarden). Die Endsumme dieser Beträge belief sich auf 3100 Milliarden, das heißt 31 vH des Volkseinkommens. Wenn auch die Versicherungsbeträge (1953: 800 Milliarden) miteinbezogen werden, steigt der Anteil der öffentlichen Einnahmen auf 40 vH. Dieser Prozentsatz beweist wiederum die Größe der Bedeutung, die in Italien dem staatlichen Anteil am Wirtschaftsleben zukommt.

#### *Außenhandel und Zahlungsbilanz*

Die italienische Zahlungsbilanz hat in den letzten Jahren eine befriedigendere Form angenommen. Die Verschuldung entsprechend dem Defizit in der Zahlungsbilanz verkleinerte sich in den Jahren 1952 und 1953, und auch für 1954 werden Verbesserungen erwartet, hauptsächlich auf Grund der Verkleinerung des Defizits in der Handelsbilanz und des Anstiegs der Einkünfte aus dem Fremdenverkehr sowie der Geldsendungen von Auswanderern.

Im Jahre 1954 erreichte die italienische Einfuhr die Höhe von 1500 Milliarden Lire, 12 Milliarden weniger als im Vorjahre. Die Ausfuhr erreichte die Höhe von 1022 Milliarden, gegenüber 941 Milliarden im Jahre 1953. Das Defizit in der Handelsbilanz für das Jahr 1954 betrug somit 478 Milliarden, verglichen mit 571 Milliarden für das Jahr 1953; es verringerte sich also um 18 vH.

Diese Tendenz ist die Bestätigung dafür, daß die Geschäftsverbindungen Italiens mit dem Ausland besser werden. Genauer gesagt nahm 1953 der Wert und der Umfang des italienischen Außenhandels gegenüber 1952 zu, wobei trotz des viel größeren Defizits die günstige Entwicklung wieder einsetzte, die die Nachkriegsjahre bis 1950 gekennzeichnet, aber während der zwei Jahre 1950—1952 eine Unterbrechung erfahren hatte.

Eine Untersuchung der Richtungen, in welchen sich der italienische Außenhandel bewegt, verweist auf die große Bedeutung der italienischen Handelsbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Zahlungsunion. So bezogen sich im Jahre 1954 70 vH der gesamten italienischen Einfuhr und 68 vH der Ausfuhr auf diese Länder.

Zweifellos an erster Stelle steht heute der Geschäftsverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1954 erreichte die Einfuhr einen Wert von 202 Milliarden (davon über 39 Milliarden für Maschinen und Maschinenausrüstungen, 39 Milliarden für Steinkohle und 14 Milliarden für Eisen- und Stahlschrott). Die Ausfuhr erreichte einen Wert von 115 Milliarden (davon 34 Milliarden für Frisch- und Trockenobst, 14 Milliarden für Gemüse und 16 Milliarden für Garne und Textilien).

Während der Zeit von 1951 bis 1954 fand eine bedeutende Verschiebung der italienischen Außenhandelsbeziehungen statt. Im Jahre 1951 stammten 23 vH der italienischen Einfuhren aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada; für die ersten neun Monate des Jahres 1954 ist dieser Wert auf 14,6 vH gesunken. Offensichtlich spiegelt diese Veränderung das Zurückgehen der amerikanischen Beihilfen und eine Rückkehr zu den normalen, traditionellen Handelsbeziehungen wider. Andererseits ist die italienische Einfuhr aus den Ländern der Europäischen Zahlungsunion von 55 vH im Jahre 1951 auf 58,8 vH im Jahre 1952, 69,4 vH im Jahre 1953 und schließlich auf 72 vH im Jahre 1954 angewachsen.

Hinsichtlich der Devisenlage ist zu bemerken, daß das jährliche Defizit gegenüber den Ländern des Dollarraumes zurückgegangen, die Verschuldung gegenüber den EZU-Ländern dagegen größer geworden ist.

Die starke Verschuldung Italiens dem Ausland gegenüber hat im Inland heftige Kritiken an den Liberalisierungsmaßnahmen ausgelöst, die 1951 den EZU-Ländern gegenüber ergriffen worden waren. Mit diesen Maßnahmen ist Italien am weitesten in Richtung auf freie wirtschaftliche Beziehungen zwischen den europäischen Ländern vorangegangen. Tatsächlich hat Italien 99,7 vH der privaten Einfuhr aus den OEEC-Ländern liberalisiert.

Im ganzen gesehen weist die italienische Handelsbilanz für das Jahr 1953 ein Defizit — gedeckt durch Schuldverschreibungen — von 293 Milliarden Lire auf, verglichen mit 361 Milliarden Lire im Vorjahr.

Zur Verminderung des Defizits in der Zahlungsbilanz wurden amerikanische Regierungshilfen ausgenutzt, die in Form von ERP-Zuschüssen und off shore-Aufträgen gewährt wurden. Diese Beihilfen erreichten 1952 einen Wert von 150 Milliarden und 1953 von 155 Milliarden, so daß die italienischen Auslandsschulden für 1952 211 Milliarden Lire und für 1953 138 Milliarden Lire betragen.

Trotz der Verbesserung der Valuta-Position sind die italienischen Währungsexperten nicht der Meinung, daß Italien in der Lage sei, zu einem System freier Konvertibilität überzugehen. Die strukturellen Mängel der italienischen Wirtschaft machen es ratsam, eine günstigere Periode für den Versuch einer Rückkehr zu völliger Währungsfreiheit abzuwarten.

#### *Das Wirtschaftsprogramm der Regierung*

Die Untersuchung der wichtigsten Probleme in der italienischen Wirtschaft war ein Versuch, die grundlegenden Tendenzen herauszustellen, die die Wesenszüge der heutigen italienischen Wirtschaft ausmachen.

Es läßt sich schwer sagen, ob die in der Durchführung befindlichen Hilfsprogramme geeignet sind, eine gesunde, produktive Entwicklung zu fördern, und ob sie imstande sind, die schwere Arbeitslosigkeit in Italien innerhalb kurzer Zeit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Minister *Vanoni* sagte in seiner Rede am 21. Juli 1954, die italienische Wirtschaft befinde sich in einer Phase der gesunden, produktiven Expansion, ohne finanzielle Abenteurer. Für die Zukunft, führte er aus, habe die Wirtschaftspolitik in Italien folgende Ziele:

- a) die schrittweise Verringerung des Budgetdefizits, „um dem Kapitalmarkt eine möglichst große Elastizität zu belassen“;
- b) eine Erleichterung des Erwerbs von Konsumgütern für die minderbemittelten Volksschichten ohne gleichzeitige Schwächung des Sparens, das „die dauernde Grundlage jeglicher Investitionspolitik darstellt“;
- c) die Einführung einer Kreditregelung, die eine „Befriedigung der Forderungen seitens seriöser, vertrauenswürdiger Unternehmer zu annehmbaren Bedingungen zum Ziel hat“;
- d) die Erweiterung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie;
- e) die Steigerung der Ausfuhr „zwecks Sicherung der notwendigen Absatzmöglichkeiten für die vergrößerte Produktion und zugleich zur Beschaffung der Mittel für die Einfuhr von Rohmaterialien und unentbehrlichen Verbrauchsgütern“;
- f) eine „angemessenere Verteilung des Volkseinkommens“, auch durch den Fiskus;
- g) eine Intensivierung der „Aufbauprogramme für die Entwicklung in den wirtschaftlichen und sozialen Notstandsgebieten“.

Dieses grundsätzliche Programm konkretisierte Minister *Vanoni* in seinem „Zehnjahresplan der wirtschaftlichen Entwicklung“.<sup>5</sup> Die Hauptaufgabe des Plans ist die Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit in Italien innerhalb der Jahre 1955—1964. Von der Erreichung dieses Zieles hängt der Anstieg des Volkseinkommens ab, der in dem Plan mit einem Schätzwert von 5 vH pro Jahr erscheint, was

annähernd dem durchschnittlichen Anstieg pro Jahr während der letzten vier Jahre entspricht. Ohne Zweifel erfordert der Plan hohe Investitionen, besonders im öffentlichen Sektor; dabei wurde aber der Bildung von Ersparnissen nicht die gebührende Beachtung geschenkt. Es besteht auch weiterhin, wenn auch nur latent, die Drohung einer Inflation, die sich mit Hilfe einfacher Steuer- und Kreditmaßnahmen, wie sie den Verfassern des Plans vorschweben, nur schwer bannen ließe.

#### *Schlußbetrachtung*

In Kürze wurden hier die wichtigsten Probleme Italiens dargelegt. Diese Ausführungen heben hervor, wie sich die Sozial- und Wirtschaftspolitik heute vor schwierige und unangenehme Aufgaben gestellt sieht, deren Lösung sich nicht länger hinausschieben läßt. Zu den dringlichsten Aufgaben, die der gegenwärtigen Phase massiver staatlicher Eingriffe ihr Gepräge verleihen, gehören die Beseitigung des sogenannten „Südproblems“, das heißt diejenigen Aufgaben, die sich auf das Gebiet beziehen, das den größeren Geburtenreichtum, aber die geringeren wirtschaftlichen Hilfsquellen besitzt, sowie die Behebung der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Leider sind die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, riesengroß. Sie sind weitgehend die Folge einer Erstarrung, die zurückzuführen ist auf Kapitalknappheit, auf den hohen Grad von Unzulänglichkeit des Arbeitsmarktes, der von sich gegenseitig bekämpfenden Gewerkschaften beherrscht wird, deren Tätigkeit sich oft nach rein politischen Momenten richtet, sowie auf das Bestehen eines starken Kernes öffentlicher Unternehmen, die nicht immer nach den Richtlinien höchster wirtschaftlicher Produktivität aufgebaut sind.

Es wäre auf alle Fälle sehr zu wünschen, daß die Pläne nicht zu ehrgeizig abgefaßt werden und daß sie die wirtschaftlichen Fähigkeiten Italiens nicht überfordern. Jeder Irrtum dieser Art würde unweigerlich einen schädlichen Druck auf die Stabilität der Währung zur Folge haben und würde die Lösung der wichtigsten nationalen und internationalen Probleme hinauszögern oder verlangsamen.

Italien bedarf heute vielleicht mehr denn früher einer nicht nur moralischen Hilfe seitens der Großmächte der Welt. Mögen die letzteren die grundlegenden Daten der italienischen Wirtschaft nicht unbeachtet lassen, noch sich zu einer zu optimistischen Bewertung verleiten lassen, die allein schon durch die Zahlen der strukturellen Arbeitslosigkeit als falsch erwiesen werden könnte. Wenn dagegen ein gesunder und wohlinformierter Realismus herrscht, wenn verantwortliche Personen und Körperschaften Urteile fällen, dann bleiben Italien soziale Abenteuer erspart, die auf lange Sicht eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, ja sogar den Weltfrieden selbst gefährden könnten.



## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Eine Untersuchung der Bevölkerungsziffern zeigt, daß die Geburtenzahl in Nord- und Mittel-Italien stärker abgenommen hat als im Süden des Landes. Außerdem war die Verringerung der Kindersterblichkeit im Süden größer als in Nord- und Mittel-Italien. Zwei Drittel des Gesamtzuwachses entfallen auf die Bevölkerung des Südens, obwohl diese nur 37,2 vH der Gesamtbevölkerung ausmacht. Der Wachstumskoeffizient der Bevölkerung war im Süden im ganzen dreimal so hoch wie in Mittel- und Nord-Italien.

Der Verlauf dieser natürlichen Bevölkerungsverschiebung läßt, sofern die gegenwärtige Entwicklung anhält, auf eine zukünftige Zunahme der oberen Altersgruppen und eine Abnahme der unteren, auf eine erhöhte Bedeutung der südlichen Bevölkerung und auf eine Verlängerung des durchschnittlichen Lebensalters schließen.

<sup>2)</sup> Es sei gestattet, zu diesem Punkt den heutigen Staatspräsidenten *Einaudi* zu zitieren, der in dem „Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit im Jahre 1943, gehalten in Rom am 18. April 1945 vor der ordentlichen Generalversammlung“ („Relazione del Governatore alla adunanza generale ordinaria dei partecipanti, tenuta in Roma il giorno 18 aprile 1945, sulle operazioni fatte dalla Banca nell'anno 1943“) folgendes schrieb:

- „Wenn man in Betracht zieht:
- daß die Postsparkassen direkt vom Staat verwaltet werden;
  - daß die Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, die Banken von nationaler Bedeutung und die einfachen Sparkassen staatliche Unternehmen sind, von denen einige — wie die Banca Nazionale del Lavoro — direkt und andere — wie die drei Banken von nationaler Bedeutung — indirekt (unter Zwischenschaltung des IRI) dem Schatzamt unterstehen;
  - daß die Volksbanken und die Genossenschaftsbanken betrieben werden im Interesse hauptsächlich derjenigen, die ihre Dienste in Anspruch nehmen;
  - daß nur die Firmen des normalen Kreditwesens als Banken privaten Charakters betrachtet werden können, obwohl auch diese wie die übrigen der Kontrolle seitens der Banca d'Italia unterliegen;

dann kommt man zu dem Ergebnis, daß über die gesamten Bank-, Sparkassen- und Postsparkasseneinlagen, die im Mai 1943 für ganz Italien insgesamt 205 Milliarden und 64 Millionen betragen,

- zu ungefähr 30 vH direkt vom Staat,
- zu 49 vH von staatlichen oder vom Staat kontrollierten Unternehmen,
- zu 8 vH von genossenschaftlichen Unternehmen,
- und nur zu 13 vH von privatwirtschaftlichen Unternehmen verfügt wird, die ebenfalls von der Ueberwachung der Emissionsanstalt nicht ausgeschlossen sind.

Wenn diese Zahlen auch nur Annäherungswerte darstellen, so lohnt es sich doch, über sie nachzudenken. Ich möchte sie

denjenigen vor Augen halten, die die Nationalisierung der Banken fordern. Diese ist bei uns schon vollendete Tatsache.“

Diese Vorherrschaft des Staates auf dem Gebiet des Bankwesens hat sich seit 1945 noch weiter verstärkt.

<sup>3)</sup> Die Ergebnisse der letzten allgemeinen Wahlen zeigen tatsächlich, daß seit Beginn der Reformmaßnahmen, besonders in den Reformgebieten des Südens, die Parteien der extremen Linken gewisse Fortschritte verzeichnen konnten. Es ist jedoch schwer festzustellen, inwieweit dies auf die Reform im besonderen zurückzuführen ist.

<sup>4)</sup> Die Daten sind entnommen dem „Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1953, gehalten vor der Ordentlichen Generalversammlung der Banca d'Italia“ (Rom 1954), S. 347 ff., und den *Bolletini Mensili* der Banca d'Italia. Beachtlich ist, daß in derselben Periode 1949—1953 der Großhandelsindex um ungefähr 2 vH und der Lebenshaltungsindex (beeinflusst durch die verschiedenen gesetzlichen Neuerungen hinsichtlich der Mietpreise) um annähernd 14 vH angezogen haben.

<sup>5)</sup> „Schema di sviluppo dell'occupazione e del reddito in Italia nel decennio 1955—1964“; Rom, Januar 1955, vorläufiger Probedruck; VII, 93 S.

Der Plan ist in fünf Abschnitte gegliedert. Der erste („Begründung und Zielsetzung eines Zehnjahresplanes für wirtschaftliche Entwicklung“) behandelt den Ablauf und Fortschritt der italienischen Wirtschaft, die Größe des Angebotes an Arbeit für das Dezennium 1955—1964 und die eine Entwicklungspolitik vorwärtstreibenden Sektoren. Der zweite Abschnitt („Drei Investitionspläne“) bringt eine Untersuchung über die Aussichten von Investitionen auf den Gebieten der Landwirtschaft, von Unternehmen zur Versorgung des öffentlichen Bedarfs und von öffentlichen Arbeiten. Im dritten Abschnitt („Plan für den Ablauf des Entwicklungsprozesses“) werden einige Aspekte der Entwicklung und das Finanzierungsproblem der Investitionen, besonders für die vier Jahre 1955—1958, analysiert. Im vierten Abschnitt („Ergebnisse des Entwicklungsprozesses“) werden einige Betrachtungen angestellt über die mutmaßliche Auswirkung des Entwicklungsprozesses auf den Verbrauch, die Zahlungsbilanz und die Struktur des Arbeitsmarktes für die Zeit von 1955 bis 1964. Der fünfte Abschnitt („Drei Richtungen der Entwicklungspolitik“) behandelt drei besondere Aspekte der Entwicklung: die Verminderung des Unterschiedes im Entwicklungsgrad zwischen Nord und Süd, die Steigerung des Exports und die Berufsausbildung der Arbeitskräfte.

Minister *Vanoni* macht jedoch ganz klar, daß „der Plan weiterhin vertieft werden muß, auch im Lichte von Diskussionen und Kritiken, die sich gegen ihn richten; er muß auch ergänzt werden durch Untersuchungen über die Entwicklungsaussichten der einzelnen Produktionszweige“. In der Tat stellt der Plan in seiner jetzigen Form nur eine wertvolle Grundlage dar, von welcher eine tiefgehende Untersuchung der Grundprobleme der italienischen Wirtschaft ausgehen kann.

## Die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas

Ein Bericht der Sachverständigengruppe der Europäischen Wirtschaftskommission  
der Vereinten Nationen

Die von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen auf ihrer Neunten Tagung eingesetzte Sachverständigengruppe für die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas hat am 12. Februar 1955 ihren ersten Bericht vorgelegt. Die Gruppe bestand aus Experten der vier zu dieser Region gehörenden Länder; ihr gehörten an:

für Griechenland: Dr. Achilles Z. Cominos, ehemaliger Chefdelegierter Griechenlands bei der OEEC,

für Italien: Dr. Pasquale Saraceno, Ko-Direktor des Istituto per la Ricostruzione Industriale, und Dr. Alessandro Molinari, Generaldirektor der SVIMEZ,

für Jugoslawien: Xiro Gligorow, stellvertretender Direktor der Bundes-Planungsbehörde, und Milan Mesaritsch, Staatsrat in der Bundes-Planungsbehörde,

für die Türkei: Prof. Fadil H. Sur, Professor für Wirtschaft und öffentliche Finanzen an der Universität Ankara (von der dritten Sitzung der Gruppe an abgelöst durch Sefik Inan, Generaldirektor des Zentralen Statistischen Amtes und Professor für Wirtschaft und Statistik an der Universität Ankara).

Die Sachverständigengruppe hat bisher vier Tagungen abgehalten: vom 25. bis zum 30. Juli 1954, vom 18. bis zum 23. Oktober 1954, vom 4. bis zum 8. Januar 1955 und vom 7. bis zum 12. Februar 1955. Sie hat im Verlauf ihrer Arbeiten eine ad hoc-Untergruppe landwirtschaftlicher Sachverständiger gebildet, der Demetre Koulopoulos (Griechenland), Gian Giacomo Dell'Angelo (Italien), Milun Iwanowitsch und Wladimir Pertot (Jugoslawien) und Dr. Nevzat Gürpınar (Türkei) angehören. Die Bildung einer weiteren ad hoc-Untergruppe für Industrie ist beabsichtigt.

Der Bericht der Sachverständigengruppe wurde am 21. März vom Plenum der Zehnten Sitzung der ECE diskutiert und als ein bedeutungsvoller erster Schritt zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Südeuropas bezeichnet. Er hat folgenden Wortlaut:

### 1. Richtlinien für die Arbeit der Sachverständigengruppe

Unsere Gruppe wurde gemäß Entschließung 4 (IX) der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa gebildet, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kommission hält es nach Kenntnisaufnahme der Untersuchung des Sekretariats über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas\*

für notwendig, der Lösung der Entwicklungspro-

bleme dieses Teils von Europa dringende Aufmerksamkeit zu schenken;

sie glaubt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der südeuropäischen Länder von wesentlicher Bedeutung für die Expansion der Wirtschaft ganz Europas sein würde;

auf Grund ihrer Ansicht, daß die Hauptverantwortlichkeit innerhalb der Kommission für eine weitere Behandlung dieses Problems zur Zeit bei Griechenland, Italien, der Türkei und Jugoslawien liegt,

bittet sie den Exekutivsekretär, eine besondere Sachverständigengruppe zu bilden, deren Mitglieder von diesen Ländern ernannt werden sollen, und ihre Arbeit zu unterstützen. Diese Gruppe soll die bereits durch das Sekretariat ausgearbeitete Untersuchung und andere eventuell notwendigen Untersuchungen berücksichtigen und nach Wunsch andere Sachverständige hinzuziehen. Sie soll

- a) Das Problem eingehender untersuchen und Empfehlungen für die wirtschaftliche Entwicklung der oben genannten Länder Südeuropas ausarbeiten, mit dem Ziel, den Lebensstandard in diesen Ländern zu heben und die Expansion der europäischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu fördern unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, ihre nationalen Hilfsquellen so weitgehend wie möglich auszunutzen,
- b) besondere Möglichkeiten zur Entwicklung von Produktion und Außenhandel und zu deren Finanzierung untersuchen, und
- c) der Zehnten Sitzung der ECE einen Bericht über die geleistete Arbeit vorlegen.“

### 2. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten

Die Wirtschaftslage der vier südeuropäischen Länder, die in der Sachverständigengruppe vertreten sind, wurde als „in der Entwicklung zurückgeblieben“ bezeichnet. Italien bildet insofern einen Sonderfall, als sein nördlicher Teil sich in einem Entwicklungsstadium befindet, das dem anderer Industrieländer Europas vergleichbar ist, während sein Südteil vielleicht noch unterentwickelter ist als die anderen drei Länder. Die südeuropäischen Länder waren bis jetzt mit dem übrigen Europa eng verbunden und werden es auch weiterhin bleiben. Sie sind auch nicht unbewandert auf dem Gebiet moderner Verwaltung und Technik. Trotzdem unterscheiden sie sich von den hochindustrialisierten Ländern Europas in wichtigen Punkten. Die Tatsache, daß ihre industrielle Entwicklung in der jüngsten Zeit zurückgeblieben ist, hat zu einem drückenden Problem der Ueberbevölke-

\* Anmerkung der Redaktion: „Economic Survey of Europe in 1953“, prepared by the Research and Planning Division, Economic Commission for Europe, Genf 1954; Part III: Economic Development in Southern Europe, S. 77—155. Kurze Zusammenfassung des Inhalts in Europa-Archiv 14/1954, S. 6739—6740.



rung auf dem Lande und einer unzureichenden Ausnutzung der Reserven an Arbeitskraft geführt. Dieses Problem wird noch verschärft durch das schnelle Anwachsen der Bevölkerung in allen diesen Ländern, das wahrscheinlich noch viele Jahre andauern wird. Dem steht die ermutigende Tatsache gegenüber, daß in den letzten Jahren in diesen Ländern beträchtliche Fortschritte in der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft erzielt wurden.

Der gegenwärtige Stand der wirtschaftlichen Entwicklung kann am besten durch einige Vergleiche mit den Verhältnissen in anderen europäischen Ländern illustriert werden. Mit Ausnahme von Norditalien beträgt das tatsächliche Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung ein Drittel bis ein Fünftel des Durchschnittseinkommens in den hochentwickelten Ländern Europas. Der niedrige Stand der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft spiegelt sich in einem geringen Konsum wider. Im Jahre 1951 belief sich der Verbrauch an Textilien pro Kopf der Bevölkerung auf etwa 3 kg gegenüber 7,4 kg in Frankreich und 12,4 kg im Vereinigten Königreich. Der Elektrizitätsverbrauch (für nichtindustrielle Zwecke) betrug im Jahre 1951 pro Kopf 50 kWh oder weniger in der gesamten Region (außer Norditalien) gegenüber einem Verbrauch von über 100 kWh in Frankreich und über 400 kWh im Vereinigten Königreich. Charakteristisch für die südlichen Länder ist ein hoher Konsum an Getreideerzeugnissen und ein geringer Fleischkonsum.

Das Zurückbleiben der wirtschaftlichen Entwicklung wird deutlich an dem hohen Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte: er beträgt über 50 vH in Griechenland und Süditalien, über 60 vH in Jugoslawien und über 70 vH in der Türkei gegenüber 30 vH in Frankreich und einem noch geringeren Prozentsatz in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.

Es besteht in dieser Region ein entsprechender Kapitalmangel. Allgemein betrachtet, sind die landwirtschaftlichen Geräte primitiv und in geringer Zahl vorhanden; das Straßen- und Eisenbahnnetz ist von geringer Dichte und noch dazu oft in schlechtem Zustand; die Wohnungen sind häufig primitiv und ernstlich überbelegt; die industrielle Kapazität ist gering, besonders außerhalb der wenigen Hauptindustriezentren. Großer Schaden wurde durch die fast vollständige Abholzung angerichtet, die bis in die jüngste Zeit andauerte. Alle diese Länder müssen ihren Stamm an Facharbeitern vergrößern.

Der Außenhandel dieser Länder ist verhältnismäßig gering: im Jahre 1952 betrugen die Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung weniger als ein Sechstel der Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung in den westeuropäischen Ländern. Darüber hinaus sind die Absatzmärkte für viele der traditionellen Exportgüter dieser Region, insbesondere der landwirtschaftlichen Produkte, unsicher, und oft erfahren diese Länder auch eine Benachteiligung im Ausland.

Wenn auch Einkommen und Konsum zur Zeit gering sind, so bietet diese Region doch wesentliche Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Entwicklung: in der Landwirtschaft durch eine Erweiterung der Neulandgewinnung, eine Verbesserung der Wasserversorgung, durch Aufforstung und eine Erhöhung der Produktivität mit Hilfe von besserem Saatgut und Zuchtvieh, Düngemitteln und modernen landwirtschaftlichen Geräten; in der Industrie durch Ausnutzung der Energiequellen, Erschließung der Bodenschätze und Ausbildung der Arbeitskräfte. Kapital ist natürlich für die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie erforderlich, ebenso wie für den Wohnungsbau und die lebensnotwendigen Dienste.

Alle vier Länder müssen eine wesentliche strukturelle Umbildung ihrer Wirtschaft vornehmen, um Arbeits-

möglichkeiten für die vorhandenen unterbeschäftigten Arbeitskräfte zu schaffen und einen zukünftigen Bevölkerungszuwachs absorbieren zu können. Eine solche strukturelle Umbildung erfordert sehr große Investitionen, besonders in der Industrie. Um eine Entwicklung ohne Inflation zu sichern, werden diese Länder selbst große Anstrengungen machen müssen, um die Spareinlagen im eigenen Land zu erhöhen. Darüber hinaus besteht ein eindeutiger Bedarf an einer umfangreichen finanziellen Unterstützung durch das Ausland über eine Reihe von Jahren. In ihrer jüngsten Expansionsperiode haben diese Länder bereits eine beträchtliche Auslandshilfe erhalten, die jetzt nachläßt. Trotzdem haben sie nach wie vor Defizite in ihrem Außenhandel. Die Pläne für eine Entwicklung müssen daher nicht nur auf eine Beseitigung der chronischen Unterbeschäftigung abzielen, sondern ebenso auf eine Ausweitung der Ausfuhr oder auf den Ersatz von Einfuhren durch eigene Produktion, damit die Länder in Zukunft ihre Auslandsschulden begleichen können, ohne übermäßige Einschränkungen im Außenhandel vornehmen zu müssen.

In ihren Bemühungen um eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung könnten die Länder natürlich einfach ihr eigenes Wege gehen, indem sie ihre eigenen Programme aufstellen und sich jegliche erreichbaren ausländischen Gelder sichern. Wir sind jedoch der Ansicht, daß sie durch die gemeinsame Inangriffnahme ihrer Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, des Außenhandels und der Finanzierung ihre Expansion beschleunigen können. Die Stärkung ihrer Wirtschaft und die Ausweitung ihres Exportes liegen auch im Interesse der übrigen europäischen Länder, da nur dadurch ihre Einkaufskapazität erhöht werden kann.

Es besteht eine weitgehende Ähnlichkeit in den strukturellen Problemen, die jedes Land zu lösen bemüht ist. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die bei der Durchführung ihrer industriellen Entwicklung auftreten, sind ganz ähnlicher Natur. Diese Tatsachen bildeten den Hintergrund für unsere Arbeit.

### 3. Programme für die wirtschaftliche Entwicklung

#### Vorarbeiten

Hinsichtlich des Paragraphen a) der Richtlinien kamen wir gleich anfangs überein, daß jeder Sachverständige einen ausführlichen Bericht über die Entwicklungsprobleme und -aussichten seines eigenen Landes ausarbeiten solle.

Diese Berichte sollen umfassen:

1. eine Beschreibung der gegenwärtigen Lage und der Grundprobleme der Wirtschaft einschließlich des Niveaus und der Tendenz der Produktion, des Verbrauchs, der Kapitalbildung und des Außenhandels, eine Analyse der Bevölkerungsbewegung und der Auswanderung nach Ländern außerhalb der Region sowie eine Beurteilung des Ausmaßes der Unterbeschäftigung der Arbeitskräfte;
2. einen Bericht über Möglichkeiten und Wege zur wirtschaftlichen Entwicklung, einschließlich einer Uebersicht über die verfügbaren Bodenschätze, einer Beschreibung der gegenwärtigen Programme und der bereits angewandten oder geplanten Maßnahmen zur Erhöhung der Spareinlagen;
3. eine Analyse der zu erwartenden Auswirkungen der Entwicklungsmaßnahmen, besonders unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeiten, überschüssige Arbeitskräfte zu beschäftigen, den Konsum zu steigern und Auslandsschulden begleichen zu können; dies sowohl für den Fall, daß ausländische Gelder zur Verfügung stehen, als auch unter der Annahme, daß sie nicht zur Verfügung stehen.



Die Auswertung dieser grundlegenden Untersuchungen sollte uns in die Lage versetzen, diejenigen Probleme schärfer herauszuarbeiten, die bestimmte Empfehlungen von seiten der Gruppe erfordern, und eine Grundlage zu bilden für Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der vier Länder und gleichzeitig auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder untereinander und mit anderen Ländern. Entwürfe dieser Untersuchungen sind inzwischen eingegangen, doch mangelte es bisher an Zeit zu mehr als einer nur vorläufigen Diskussion darüber. Es ist bereits klar, daß eine weitere eingehende Bearbeitung der Programme für die einzelnen Länder notwendig ist. Darin besteht unsere nächstliegende Aufgabe. Wir beabsichtigen ferner, die nationalen Programme von einem weiteren Blickfeld aus zu analysieren, um zu einer gemeinsamen Darlegung der Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder zu gelangen.

#### *Finanzierungsprobleme*

Wir haben uns unsere Empfehlungen hinsichtlich der Inanspruchnahme finanzieller Auslandshilfe vorbehalten, bis wir in der Lage sind, die Größen, um die es geht, im Lichte der Entwicklungsprogramme der vier Länder zu beurteilen, einschließlich der Bedürfnisse und Möglichkeiten für eine größere Ausnutzung der Bodenschätze und eine Erhöhung der Verarbeitungskapazität. Wir halten es jedoch für angebracht, einen wichtigen prinzipiellen Punkt hinsichtlich der Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus durch das Ausland schon jetzt zu erwähnen. Es ist klar, daß ausländisches Kapital wahrscheinlich auch in Zukunft weitgehend an spezielle sich selbst amortisierende Projekte gebunden sein wird, und, wie erinnerlich, spricht Punkt b) unserer Richtlinien vom Problem der Finanzierung in Verbindung mit speziellen Möglichkeiten für Entwicklungsmaßnahmen. Viele der Vorschläge, die wir zur Zeit ausarbeiten und die im folgenden ausführlicher behandelt werden, sind dieser Art. Wir sind jedoch der Ansicht, daß Kredite für spezielle Projekte nicht ganz den Bedürfnissen unseres jeweiligen Landes gerecht werden. Der Bedarf an ausländischen Geldern sollte unserer Meinung nach unter Berücksichtigung der Gesamtlage der Wirtschaft des betreffenden Landes und der Auswirkungen der Entwicklungspläne auf seine gesamte Wirtschaft festgestellt werden.

#### **4. Besondere Möglichkeiten für Ausbaumaßnahmen**

Obwohl wir die Untersuchung der Wirtschaftsprogramme als ein höchst wichtiges Mittel zur Ausarbeitung einer Reihe endgültiger Empfehlungen für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region betrachten, haben wir doch nicht die Ergebnisse dieser Untersuchung abgewartet, ehe wir spezielle Möglichkeiten des Vorgehens in Betracht zogen. Punkt b) unserer Richtlinien wies uns an, „besondere Möglichkeiten zur Entwicklung von Produktion und Außenhandel und zu deren Finanzierung zu untersuchen“. Wir verstanden darunter zweierlei:

Erstens gibt es Probleme, die allen Ländern gemeinsam sind, die aber letzten Endes gewöhnlich doch von jedem Land einzelnen in Angriff genommen werden. Wir haben eine Reihe von Fällen gefunden, in denen eine Untersuchung dieser Probleme durch eine Gruppe wie die unsrige allen Ländern von Nutzen sein kann.

Zweitens gibt es gewisse Gebiete, auf denen Empfehlungen zu sofortigem gemeinsamem oder koordiniertem Handeln möglich sind. Es wurde uns bald klar, daß es auf dem Gebiet der Landwirtschaft viele Möglichkeiten gab, und deshalb bildeten wir eine ad hoc-

Untergruppe von Landwirtschaftssachverständigen, die sich dieser Arbeit widmen sollten.

Im folgenden geben wir einen kurzen Hinweis auf die von unserer Gruppe oder der soeben erwähnten Untergruppe für die Landwirtschaft auf verschiedenen Gebieten gemachten Empfehlungen oder eingeleiteten Maßnahmen.

#### *a) Landwirtschaft*

Die Untergruppe für die Landwirtschaft hat ein weites Gebiet von Fragen untersucht und uns ausführliche Berichte über ihre Tätigkeit geliefert.

Auf Grund dieser Empfehlungen sind wir der Ansicht, daß es beträchtliche Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit bei der Bodenverbesserung gibt, die von grundlegender Bedeutung für die landwirtschaftliche Entwicklung dieser Region ist. Wir stellen fest, daß in dieser Hinsicht durch Pläne für eine gemeinsame Ausnutzung der Grenzgebiete zwischen Griechenland und Jugoslawien und zwischen der Türkei und Griechenland schon etwas unternommen wurde, und zwar auf Veranlassung der betreffenden Regierungen. Auf einer mehr allgemeinen Basis tauschten die Landwirtschaftssachverständigen Unterlagen über ihre jeweiligen Meliorationsvorhaben aus. Angesichts der Vielseitigkeit des Problems in seinen technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten halten wir es für ratsam, eine Sondergruppe für Bodenverbesserung zu ernennen, wie dies von der Untergruppe für die Landwirtschaft vorgeschlagen worden war. Diese Frage wird in späteren Sitzungen unserer Gruppe weiter behandelt werden. Unterdessen wurde die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens durch zwei Länder dieser Region ins Auge gefaßt, indem ein Land Meliorationsarbeiten im anderen durchführen kann und die Zahlung in Sachwerten erfolgt.

Wir haben ferner von einigen der wichtigsten Arbeiten der Untergruppe Kenntnis genommen:

Zu der Verbesserung des Weidelandes, die in Anbetracht der in den Ländern der Region vorgesehenen Produktionssteigerung bei tierischen Erzeugnissen von großer Wichtigkeit ist, hat die Untergruppe beschlossen, sich der bestehenden Arbeitsgruppe der FAO für die Entwicklung von Weideland und Futtermitteln im Mittelmeergebiet zu bedienen. Als ersten Schritt zur engen Zusammenarbeit mit dieser Arbeitsgruppe hat die Untergruppe empfohlen, daß die in diesem Organ vertretenen Delegierten der vier Länder ihre Vorschläge zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens koordinieren.

Auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Forschung ist die Untergruppe in Uebereinstimmung mit Vorschlägen des Unterausschusses für landwirtschaftliche Forschung des Europäischen Landwirtschaftsausschusses der FAO übereingekommen, eine enge Zusammenarbeit der vier Länder zu empfehlen in Anbetracht der Verwandtschaft ihrer landwirtschaftlichen Forschungsprobleme und der verhältnismäßig begrenzten Mittel, die den einzelnen Ländern für die Lösung dieser Probleme zur Verfügung stehen. Die Sachverständigen für die Landwirtschaft haben demzufolge beschlossen, nach Fühlungnahme mit ihren jeweiligen nationalen Instituten Vorschläge für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Forschung vorzulegen, um ein gemeinsames Vorgehen und eine Arbeitsteilung zwischen den Ländern der Region zu gewährleisten.

Hinsichtlich der Verbesserung von Saatgut und Zuchtvieh — ein weiterer Sektor, auf dem große Erlöse bei verhältnismäßig kleinen Investitionen erzielt werden können — hat die Untergruppe Schritte eingeleitet, die, teils auf kommerzieller, teils auf experimenteller Grundlage, den Austausch verschiedener Arten von Saatgut



und Zuchtvieh<sup>1</sup> vorsehen, die in bestimmten Ländern der Region, nicht aber in anderen Ländern gezüchtet werden.

Die Untergruppe hat die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der phyto-sanitären und tiermedizinischen Kontrolle zur Gewährleistung einer Koordinierung der Bekämpfung von Pflanzen- und Tierkrankheiten sowie die Erzeugung von Impfstoffen und anderen Bekämpfungsmitteln geprüft. Sie hat die Herstellung ständiger Kontakte zwischen Leitern der phyto-sanitären und tiermedizinischen Dienste in den vier Ländern empfohlen. Die Untergruppe hat sich ebenfalls mit den technischen und anderen Aspekten des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse befaßt, insbesondere hinsichtlich der Durchführung der Empfehlungen der Arbeitsausschüsse der ECE, die sich mit der Standardisierung und Verpackung von Nahrungsmitteln befassen. In Anerkennung der Notwendigkeit zur Ausarbeitung detaillierter Studien für den Absatz von für die Region besonders bedeutsamen Erzeugnissen hat die Untergruppe beschlossen, die Initiative zur Anfertigung solcher Studien zu ergreifen. Die Untergruppe hat ferner die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfe auf dem Gebiete der Berufsausbildung untersucht. Hiervon wird in diesem Bericht an anderer Stelle noch die Rede sein.

#### b) Forstwirtschaft

Wir sind der Ansicht, daß der Verbesserung der Wälder und der rationelleren Ausnutzung des Bodens große Bedeutung beigemessen werden muß. Das Sekretariat der FAO hat in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten ihres Unterausschusses für forstwirtschaftliche Entwicklung im Mittelmeergebiet eine vorläufige Uebersicht der forstwirtschaftlichen Probleme für unsere Zwecke vorbereitet. Wir haben dafür Sorge getragen, daß die Ausarbeitung spezifischer Projekte von den Delegierten unserer vier Länder in diesem Unterausschuß in enger Zusammenarbeit mit unserer Arbeitsgruppe erfolgen wird.

#### c) Industrie

Die Entwicklung einer systematischen und engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Industrie steht in engem Zusammenhang mit dem Studium der Berichte über die Probleme und Maßnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder, und es darf angenommen werden, daß sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit spezifischere Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen ergeben werden. In der Zwischenzeit haben wir unsere Aufmerksamkeit vor allem den Problemen der Förderung der Industrialisierung der Region zugewandt. Um uns die Erfahrungen, die jedes der vier Länder auf diesem Gebiete gewonnen hat, zunutze zu machen, haben wir beschlossen, die Informationen über die von den Ländern angewandten Maßnahmen zur Entwicklung der Industrie zu sammeln und zu vergleichen. Wir haben Maßnahmen eingeleitet, um uns gegenseitig Möglichkeiten zur Berufsausbildung der Industriearbeiter zu bieten, und wir haben auch die Ausbildung von Arbeitern unserer Länder in Ländern außerhalb der Region erörtert. Der Austausch von Patenten und die Einführung industrieller Standardisierung wird von uns ebenfalls ins Auge gefaßt.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt, daß jedes unserer Länder eine angemessene und vernünftig aufgegliederte industrielle Struktur haben sollte. Wir sind aber trotzdem der Ansicht, daß wir die Möglichkeiten, die sich aus der Massenproduktion ergeben, nicht vernachlässigen sollten. Wir haben erkannt, daß unsere Zu-

sammenarbeit auf dem Gebiete der Industrie nicht nur auf eine vollständige Ausnutzung unserer industriellen Kapazität — über die wir uns gegenseitig unterrichtet haben — abzielen sollte, sondern daß sie auch auf deren Ausdehnung und auf eine größere Erschließung unserer Bodenschätze zielen sollte.

Als einen ersten praktischen Schritt in dieser Richtung haben wir besondere Mittel geprüft, wodurch die Rohmaterialien eines unserer Länder in einem anderen verarbeitet und dann wieder in das Ursprungsland reexportiert werden könnten. Wir haben auch erste Untersuchungen darüber angestellt, ob ähnliche Projekte wie das YUGOEXPORT-Projekt, das den Bau von Wasserkraftwerken in Jugoslawien für die Ausfuhr elektrischer Energie nach Italien, Oesterreich und Westdeutschland vorsieht, auch in anderen Ländern der Region verwirklicht werden könnten. Schließlich haben wir uns mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Nahrungsmittelindustrie befaßt.

Wir denken an die Errichtung einer industriellen ad hoc-Untergruppe zur weiteren und detaillierten Erörterung der industriellen Entwicklung einschließlich einer engeren Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen unseren Ländern. Ehe jedoch eine solche Untergruppe geschaffen wird, möchten wir uns mit den industriellen Problemen der Region, vor allem in Hinblick auf die Festlegung der Richtlinien für eine solche Untergruppe, befassen.

#### d) Verkehr

Wir sind uns der großen Wichtigkeit der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Verkehrs bewußt, insbesondere für eine Erleichterung des Handels und Fremdenverkehrs, wodurch eine Stärkung der Zahlungsbilanzen unserer Länder erreicht werden kann. Es gibt viele Gebiete, auf denen wir durch gemeinsame Anstrengungen Fortschritte erzielen können. Unter den Möglichkeiten, die geprüft werden, befinden sich: der Bau von Straßen, die im gemeinsamen Interesse der Region liegen, die Förderung des Automobil-Fremdenverkehrs und die Einrichtung von Touring-Autobuslinien sowie die Ausarbeitung von Zollabkommen für den Eisenbahnverkehr.

#### e) Außenhandel

Die Gruppe ist der Ansicht, daß viele latente Möglichkeiten für die weitere Ausdehnung des Handels zwischen den Ländern der Region bestehen und daß diese Möglichkeiten durch engere Zusammenarbeit ausgeschöpft werden können, wobei diesen Möglichkeiten im Verlaufe der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung noch größere Bedeutung zukommen wird. Hinsichtlich der Förderung dieser Handelsausweitung haben wir uns mit der Frage langfristiger Kontrakte und der Möglichkeit der Ausdehnung der Laufzeit der zwischen unseren Ländern in Kraft befindlichen allgemeinen Handelsabkommen befaßt.

Die Verbesserung der Ausfuhrbedingungen aus unseren Ländern nach Märkten außerhalb der Region ist ein Thema, dem wir ebenfalls unsere Aufmerksamkeit schenken. Wir haben begonnen, als ersten Schritt Informationen über die Hindernisse, insbesondere in der Form diskriminierender Maßnahmen, zu sammeln, durch die unsere Ausfuhren nach den hauptsächlichsten Märkten leiden.

#### f) Berufsausbildung

Die Modernisierung und Ausdehnung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Industrie in den vier Ländern verlangt eine weitere Steigerung der Zahl gelernter Arbeitskräfte. Infolgedessen besteht die Notwendigkeit, Berufsausbildungspläne zu entwickeln, die auf einer

<sup>1</sup>) Einschließlich verschiedener Arten von Saatgut für harten und mittleren Weizen, Luzerne, Reis und Baumwolle und besonderer Arten von Zucht-Rindern, -Pferden und -Schafen.

sorgfältigen Schätzung der Beschäftigungserfordernisse beruhen.

Wir haben verschiedene Methoden geprüft, durch die die Berufsausbildung in der Landwirtschaft und in der Industrie gefördert werden kann. Bei dieser Arbeit war uns die Teilnahme der Internationalen Arbeitsorganisation von Nutzen. Neben der Entwicklung nationaler Berufsausbildungsprogramme, für die die Hilfe ausländischer Sachverständiger im Rahmen des Programms der Technischen Hilfe erlangt werden kann, haben wir die Möglichkeiten für besondere Lehrgänge für Beamte und Ausbilder in der Berufserziehung und auch für die Ausbildung von Vorarbeitern und Arbeitern in anderen Ländern sowohl innerhalb als auch außerhalb Südeuropas geprüft.

Als ein Ergebnis dieser Erörterungen wird ein Vertreter der ILO in naher Zukunft Athen besuchen, um mögliche Berufsausbildungsprojekte auszuarbeiten. Wir haben ferner spezifische Vorschläge des jugoslawischen Sachverständigen erhalten, die die verschiedenen Möglichkeiten aufzeigen, die in Jugoslawien für die Ausbildung auf dem Gebiete der Forstwirtschaft bestehen. Der italienische Sachverständige hat erklärt, daß Ausbildungsmöglichkeiten in verschiedenen italienischen Ausbildungseinrichtungen für Arbeiter anderer Länder in der Region geboten werden können. Er hat ebenfalls vorgeschlagen, daß einige der vorgeschlagenen Lehrgänge in Italien abgehalten werden.

Wir haben daher beschlossen, in Zusammenarbeit mit der ILO, und hinsichtlich der Landwirtschaft und Forstwirtschaft auch mit der FAO, mit dem Studium der praktischen Probleme zu beginnen, die mit der Durchführung solcher Projekte verbunden sind, insbesondere des Problems der Finanzierung. In diesem Zusammenhang er-

wägen wir die Einrichtung eines Systems der gegenseitigen Gastfreundschaft zwischen den vier Ländern, worüber wir wertvollen Rat von dem Europäischen Amt der Verwaltung für Technische Hilfe erhalten haben.

#### g) Technische Hilfe

Wir beabsichtigen eine Intensivierung unserer nationalen Programme der Technischen Hilfe sowie die Erwägung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Erlangung Technischer Hilfe durch den Austausch von Informationen über unsere jeweiligen Programme. Als ein Ergebnis dieses Informationsaustausches beabsichtigen wir, die Möglichkeit der späteren Formulierung gemeinsamer regionaler Projekte zu untersuchen, die im Rahmen des für regionale Projekte zur Verfügung stehenden Fonds unter dem „Erweiterten Programm der Technischen Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Gebiete“ finanziert werden könnten.

#### h) Andere Angelegenheiten

Wir haben die größere Ausnutzung der Möglichkeiten geprüft, die durch den Arbeitsausschuß für ländliche Elektrifizierung des Energie-Ausschusses der ECE geboten werden. Wir haben beschlossen, mit der Arbeitsgruppe für die Entwicklung der Wohnungsbaupolitik des Unterausschusses für Wohnungsbau der ECE bei der Ausarbeitung seines Programms zusammenzuarbeiten. Schließlich haben wir die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den wirtschaftlichen Forschungsinstituten in unseren vier Ländern erörtert.

Quelle: United Nations, Economic and Social Council, Economic Commission for Europe, E/ECE 198, 18. Februar 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Dokumente zur Frage der europäischen Sicherheit

### Botschaft Präsident Eisenhowers an die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union vom 10. März 1955

Als der Vertrag zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erwogen wurde, gab ich eine öffentliche Erklärung über bestimmte Grundsätze ab, die für die Politik und die Maßnahmen der Vereinigten Staaten im Hinblick auf Westeuropa bestimmend sein würden, falls der Vertrag ratifiziert würde. Nunmehr ist als Ersatz für diese Gemeinschaft der Plan einer Westeuropäischen Union entwickelt worden. Zweifellos werden diese Union und die am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten zusätzlichen Vereinbarungen nach ihrem Inkrafttreten den lebenswichtigen Interessen nicht nur der Mitglieder der Union, sondern der Völker der freien Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, dienen. Die Vereinigten Staaten sind zweimal in Kriege hineingezogen worden, die ihren Ursprung in Europa hatten, und sie unterhalten heute Streitkräfte in Europa, um die Möglichkeit eines neuen Krieges verringern zu helfen. Es liegt im Interesse der Vereinigten Staaten, dazu beizutragen, derartige Gefahren zu verringern.

Zu diesem Zwecke haben sich die Vereinigten Staaten im Nordatlantikvertrag gebunden. Dieser Vertrag steht im Einklang mit den grundlegenden Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten, und die Verpflichtungen, die

die Vereinigten Staaten mit dem Vertrag übernommen haben, werden eingelöst werden.

Die Mitgliednationen suchen das Atlantische Bündnis zu einem dauerhaften Zusammenschluß freier Völker zu machen, in dessen Rahmen alle Mitglieder ihre Bemühungen gemeinsam auf Frieden, Wohlstand und Freiheit richten können. Der Erfolg dieses Zusammenschlusses wird sich weitgehend nach dem Maße praktischer Zusammenarbeit bestimmen, das unter den europäischen Nationen selbst verwirklicht wird. Die Westeuropäische Union und die in Paris vereinbarten zusätzlichen Abmachungen sollen diese Zusammenarbeit gewährleisten und damit eine dauerhafte Grundlage zur Konsolidierung des atlantischen Gefüges in seiner Gesamtheit darstellen.

Ich glaube, daß die geplanten Abmachungen nach ihrem Inkrafttreten:

den Fortschritt auf dem Wege zur Einheit in Westeuropa fördern und diejenigen zusammenführen werden, deren Streitigkeiten in der Vergangenheit zu immer wiederkehrenden Kriegen geführt und die menschliche, materielle und moralische Kraft Europas zutiefst erschöpft haben;



der Bundesrepublik Deutschland die Souveränität zurückgeben werden, die ihr zehn Jahre hindurch vorenthalten wurde, in denen die Regierung und das Volk dieser Republik gezeigt haben, daß sie fähig sind, sich ihrer Verantwortlichkeiten als selbständiges Mitglied der freien und friedlichen Weltgemeinschaft würdig zu entledigen;

durch Kontrolle des Rüstungsstands durch ein entsprechendes Amt der Westeuropäischen Union eine Sicherung gegen den Militarismus bieten werden; im Herzen der Organisation des Nordatlantikvertrages einen Kern der Einheit schaffen und damit die Anwendung praktischer Verteidigungsmaßnahmen gestatten werden, die die berechtigte Hoffnung zulassen, daß jeder feindliche Angriff an der Schwelle aufgehalten werden kann;

die Bundesrepublik Deutschland in die Lage versetzen werden, ihren angemessenen Beitrag für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit im Geiste der Organisation des Nordatlantikvertrages zu leisten;

durch die Tätigkeit des Rats des Nordatlantikvertrages eine engere Integration der in Europa stationierten Streitkräfte der Mitgliedstaaten sicherstellen und damit die Garantie bieten werden, daß diese Streitkräfte nicht für Zwecke der nationalistischen Aggression oder anders eingesetzt werden können als für die im Nordatlantikvertrag vorgesehenen Sicherheitszwecke.

Um die Bemühungen zur Schaffung einer wirksamen kollektiven Verteidigung Westeuropas zu erleichtern, nannte der Außenminister der Vereinigten Staaten am 29. September 1954 in London die Bedingungen, unter denen die Vereinigten Staaten bereit wären, eine Grundsatzerklärung abzugeben, die derjenigen entspräche, die bekanntgegeben wurde, als der ursprüngliche Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erwogen wurde. Ich freue mich, bestätigen zu können, daß es nach Ratifizierung und Inkrafttreten der Pariser Abkommen die Politik der Vereinigten Staaten sein wird:

1. weiterhin aktiv in den verschiedenen im Rahmen der Organisation des Nordatlantikvertrages errichteten Organen tätig zu sein und sich mit den anderen Mitgliedern der NATO in Fragen von gemeinsamem Interesse einschließlich der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte der verschiedenen NATO-Staaten, die dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa zur Verfügung gestellt werden sollen, zu beraten;

2. wenn der Wunsch danach besteht, mit dem Amt für Rüstungskontrolle der Westeuropäischen Union zu beraten, mit dem Ziel, bei der Erfüllung seiner Aufgabe der Rüstungskontrolle und Verhinderung ungerech-

fertigter militärischer Vorbereitungen bei den Mitgliedern der Union mitzuhelfen;

3. weiterhin in Europa, einschließlich Deutschlands, diejenigen Einheiten ihrer Streitkräfte zu unterhalten, die gegebenenfalls erforderlich und angemessen wären, um einen fairen Beitrag der Vereinigten Staaten zu den für die gemeinsame Verteidigung des Nordatlantischen Gebiets benötigten Kräften zu leisten, solange die Bedrohung dieses Gebiets anhält, und weiterhin diese Streitkräfte gemäß der für die Verteidigung dieses Gebiets vereinbarten nordatlantischen Strategie einzusetzen;

4. bei der Entwicklung der engstmöglichen Integration der der NATO in Westeuropa zugeteilten Streitkräfte, einschließlich der von der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten, im Einklang mit gebilligten Plänen mitzuwirken, die von den militärischen Dienststellen und den Oberbefehlshabern der Organisation des Nordatlantikvertrages im Einklang mit der vom Nordatlantikrat am 22. Oktober 1954 angenommenen Entschloßung entwickelt wurden;

5. weiterhin zur atlantischen Sicherheit beizutragen durch Mitteilung von Informationen, soweit dies vom Kongreß genehmigt wird, im Hinblick auf die militärische Verwendung neuer Waffen und Techniken zur Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung;

6. im Einklang mit ihrer Politik der Förderung stärkster Zusammenarbeit unter den freien Nationen Europas und in Anerkennung des Beitrags, den der Brüsseler Vertrag in seiner Neufassung für den Frieden und die Stabilität in Europa leisten wird, jede Maßnahme von irgendeiner Seite, welche die Integrität oder Einheit der Westeuropäischen Union bedroht, als Bedrohung der Sicherheit der Parteien des Nordatlantikvertrages anzusehen, die nach Artikel 4 dieses Vertrages eine Konsultation erfordert.

Im Einklang mit dem grundlegenden Interesse der Vereinigten Staaten an dem Nordatlantikvertrag, wie es im Zeitpunkt der Ratifizierung zum Ausdruck gebracht wurde, wurde der Vertrag als von unbestimmter Dauer und nicht für eine bestimmte Anzahl von Jahren geltend angesehen. Die Vereinigten Staaten verweisen darauf, daß ein Ausscheiden der Vereinigten Staaten aus dem Nordatlantikvertrag durchaus im Widerspruch zu ihren Sicherheitsinteressen stehen dürfte, auch wenn auf dem europäischen Festland der solide Kern der Einheit geschaffen ist, den die Pariser Abkommen darstellen werden.

Quelle: *The New York Times* vom 11. März 1955. Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 49 vom 12. März 1955.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1955

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Organisationen

(Vgl. hierzu auch die in Folge 8/1955 erscheinenden Mitteilungen des Europarats.)

3. Der Rat der OEEC lädt die jugoslawische Regierung ein, sich bei den Tagungen des Rates und der Ausschüsse der OEEC durch Beobachter vertreten zu lassen.
- 8.—9. Das Ministerkomitee für Landwirtschaft der OEEC, das die Arbeiten der bisherigen Konferenz der Europäischen Landwirtschaftsminister fortführt, hält in Paris seine erste Tagung ab. Die Minister legen Richtlinien für die künftige Arbeit des Komitees fest und wählen den italienischen Landwirtschaftsminister, Giuseppe Medici, zum Vorsitzenden.

#### Bulgarien

1. Das Präsidium der Nationalversammlung erläßt ein Dekret, durch das der Kriegszustand zwischen Bulgarien und Deutschland beendet wird.

#### Dänemark

5. Nach sechstägiger Dauer werden in Kopenhagen deutsch-dänische Verhandlungen über Probleme der beiderseitigen Minderheiten beendet. Einem Communiqué zufolge wurden Vorschläge für die Behandlung der Minderheiten ausgearbeitet, die den Regierungen zur Annahme vorgelegt werden.

#### Deutschland

1. Abschluß eines zweitägigen Staatsbesuches des persischen Kaiserpaares, *Mohammed Reza Schah* und Kaiserin *Soraya*, bei der Bundesregierung.
2. Die Volkskammer der DDR beschließt nach Entgegennahme einer Regierungserklärung von Ministerpräsident *Grotewohl* eine „Proklamation an das deutsche Volk“, in der erklärt wird, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes widerspreche und einen nationalen Notstand geschaffen habe. Die Volkskammer schlägt die Durchführung einer Volksbefragung in ganz Deutschland vor, bei der folgende Frage gestellt werden soll:

„Sind Sie für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 und für das in der Frankfurter Paulskirche angenommene Manifest oder für die Pariser Kriegsverträge?“

Für die Durchführung der Volksbefragung erklärt sich die Volkskammer mit einer internationalen Kontrolle einverstanden. Weiter wird in der Proklamation erklärt, die Parteien und Gewerkschaften sowie die Länder-, Kreis- und Kommunalparlamente müßten die Volksbefragung in Westdeutschland organisieren, falls der Bundestag sich dieser Forderung verschließe. Die Vorschläge der Volkskammer werden am 4. März dem Präsidium und den Fraktionen des Deutschen Bundestages übermittelt.

Die Volkskammer faßt in der gleichen Sitzung einen

Beschluß, durch den westdeutschen Militärdienstverweigerern die Aufnahme in der DDR in Aussicht gestellt wird.

3. Die Alliierte Hohe Kommission erteilt ihre Zustimmung zur Aufnahme des Flugdienstes der Deutschen Lufthansa am 1. April 1955.
- 3.—4. Die Kultusminister der Länder der Bundesrepublik und West-Berlins befassen sich auf einer Konferenz in Berlin mit Fragen des kulturellen Austauschs zwischen der Bundesrepublik und der DDR. In einer Entschließung erklären sie, alle Möglichkeiten kultureller Verbindung mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone müßten fruchtbar gemacht werden, doch sei jeder Kontakt mit den Stellen, die die Kultur in den Dienst ihrer politischen Absichten zwingen, abzulehnen.
4. Nach einer zweitägigen Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der SPD wird in einer Entschließung erklärt, die Ratifizierung der Pariser Verträge sei im Widerspruch zum Willen der Mehrheit des deutschen Volkes erfolgt; die SPD werde daher ihren Kampf für die Einleitung von Verhandlungen über die Wiedervereinigung vor der Verwirklichung der Verträge fortsetzen. Die Forderung der Regierung der DDR nach einer Volksbefragung über die Verträge wird in der Entschließung zurückgewiesen. In einer weiteren Entschließung fordert die SPD die Bundesregierung auf, angesichts der schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten über das Saarstatut dessen Ratifizierung zurückzustellen, bis in neuen Verhandlungen diese Meinungsverschiedenheiten geklärt seien.
5. Tod des Präsidenten der Länderkammer der DDR, *Reinhold Lobedan*.
- 6.—8. Siebente Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission in Berlin. Die Konferenz befaßt sich mit der Auswertung der Ergebnisse der Generalkonferenz der UNESCO in Montevideo (vgl. den Bericht in EA 4/1955, S. 7349) und tritt für eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Regierungsstellen ein. Zum neuen Präsidenten der Kommission wird *Theodor Steltzer*, Frankfurt, gewählt.
- 6.—11. In Espelkamp (Westfalen) findet die gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland statt. Die Synode, die sich in einem großen Teil ihrer Diskussionen mit den Fragen der Wiedervereinigung und der Wiederbewaffnung Deutschlands beschäftigt, richtet ein Wort an alle Kirchengemeinden in Ost und West, in dem festgestellt wird, daß innerhalb der Kirche die Meinungen über den besten politischen Weg zum Ziele der Wiedervereinigung auseinandergehen. Sie appelliert an die evangelischen Christen, in gegenseitiger Toleranz an der Verantwortung für die politischen Entscheidungen der Stunde mitzutragen. Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung beschließt die Synode, sich an der Aus-



arbeitung der gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik zu beteiligen und auf die Gewährung des gleichen Schutzes in der DDR hinzuwirken. Bei der Wahl des Präses der Synode wird der bisherige Präses, Bundesminister a. D. *Heinemann*, nicht wiedergewählt; sein Nachfolger wird Prof. *Constantin von Dietze*. Heinemann wird jedoch in den zwölköpfigen Rat der Evangelischen Kirche gewählt, als dessen Präsident Bischof *Dibelius* wiedergewählt wird.

9. Der Hauptausschuß der FDP faßt nach einer Sitzung in Bonn eine Entschließung, in der er die Haltung der Mehrheit der Fraktion der FDP bei der Ratifizierung des Saarabkommens billigt. In diesem Zusammenhang weist der Hauptausschuß Versuche anderer Parteien zurück, sich in interne Angelegenheiten der FDP einzumischen. Gleichzeitig wird jedoch erklärt, daß die FDP die Fortsetzung der Regierungskoalition für notwendig halte. Der Nationalrat der Nationalen Front der DDR veröffentlicht einen „Appell an die Deutschen“, in dem er „alle verantwortungsbewußten Kräfte der Nation zur gemeinsamen patriotischen Tat“ gegen die Pariser Verträge aufruft.
14. Landesvorstand und Fraktion der Christlichen Volkspartei des Saargebiets protestieren in einer Entschließung gegen die während der Bundestagsdebatte vorgebrachten Äußerungen zum Saarabkommen, insbesondere gegen die Rede Dr. *Dehlers*, die sie als Beleidigungen der Saarbevölkerung und -regierung bezeichnen. Die Saarregierung wird in der Entschließung aufgefordert, alle außenpolitischen Schritte zu einer verbindlichen Auslegung des Saarabkommens zu unternehmen.
15. In einer Sitzung der Bundestagsfraktion des GB/BHE wird der Abgeordnete *Karl Mocker* mit 14 Stimmen zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. 13 Abgeordnete bleiben der Wahl aus Protest fern. Der bisherige Fraktionsvorsitzende, *Horst Haasler*, erklärt dazu, der Gruppe der 14, die alle Sitze im Fraktionsvorstand für sich beansprucht habe, gehörten alle Gegner der Pariser Verträge innerhalb der Partei an, während die andere Gruppe nur Befürworter der Verträge umfasse.

#### Frankreich

4. Im Hinblick auf die während der Debatte des Deutschen Bundestages über die Pariser Verträge geäußerten Auslegungen des Saarabkommens veröffentlicht das Außenministerium ein Communiqué, in dem es für die baldige Inkraftsetzung des vorgesehenen europäischen Statuts für die Saar eintritt, das unzweideutig die politische Autonomie des Saargebiets festlege. Zur Auslegung des Artikels VI des Saarabkommens heißt es in dem Communiqué:  
„Der Artikel VI... enthält keine Zweideutigkeit: jede Tätigkeit oder politische Propaganda, die auf eine gegenwärtige oder zukünftige Aenderung des Statuts gerichtet wäre, solange Verhandlungen über den Friedensvertrag die Diskussion über dieses Thema nicht eröffnet hätten, wäre unerlaubt.“  
Zur Regelung der Saarfrage in einem künftigen Friedensvertrag erklärt das Communiqué:  
„Was den Friedensvertrag anbetrifft, so erinnert die

französische Regierung an ihre Stellungnahme. Sie wünscht zu erreichen, daß der Vertrag das europäische Statut bestätigt, ... und sie wird dafür die ihr aus den internationalen Abmachungen zustehenden Rechte vollauf nutzen. ... Die französische Regierung hat ... keinen Grund, anzunehmen, daß in den öffentlichen Stellungnahmen oder gegebenen Zusicherungen der Alliierten hinsichtlich der Bestätigung der politischen Autonomie der Saar und der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion seit 1947 eine Aenderung eingetreten sei.“

Einer Verlautbarung der Bundesregierung zufolge hat der deutsche Geschäftsträger in Paris beim französischen Außenministerium wegen dieses Communiqués Vorstellungen erhoben.

Außenminister *Antoine Pinay* empfängt den saarländischen Ministerpräsidenten, *Johannes Hoffmann*, und Mitglieder der saarländischen Regierung sowie der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets zu Besprechungen. Am 9. März werden in Paris die durch den Sturz der Regierung *Mendès-France* im Februar unterbrochenen Verhandlungen über die Neugestaltung des Vertragsverhältnisses zwischen Frankreich und dem Saargebiet wieder aufgenommen.

#### Großbritannien

- 1.—2. Debatte des Unterhauses über das Weißbuch der Regierung zur Verteidigungspolitik (vgl. Zeittafel in EA 6/1955). Premierminister *Sir Winston Churchill* äußert in seiner Rede die Ansicht, daß die Westmächte noch in den nächsten drei oder vier Jahren eine überwältigende Ueberlegenheit an Wasserstoffwaffen gegenüber der Sowjetunion besitzen werden. Solange kein allgemeines und verlässliches Abkommen über die Abrüstung sowohl der konventionellen Waffen als auch der Kernwaffen zustandekomme, erklärt *Sir Winston*, müsse die freie Welt eine Politik der Verteidigung durch Abschreckung betreiben; darum habe Großbritannien die Produktion der Wasserstoffwaffen aufgenommen und müsse sich darauf einstellen, daß diese Waffen im Falle eines Krieges angewendet würden. Das Unterhaus billigt nach der Debatte die Verteidigungspolitik der Regierung, nachdem es einen Tadelantrag der Labour-Fraktion, der sich gegen eine unzulängliche Ausführung des Verteidigungsprogramms richtete, mit 303 gegen 196 Stimmen abgelehnt hat. Bei der Abstimmung über diesen Tadelantrag enthält sich eine Gruppe von 57 Labour-Abgeordneten der Stimme, weil er ihnen nicht weit genug geht. Als ihr Sprecher erklärt der Führer des linken Flügels der Partei, *Aneurin Bevan*, er und seine Freunde könnten keinem Antrag zustimmen, der die Auslegung erlaube, daß die Anwendung von Atomwaffen mit Zustimmung der britischen Arbeiterbewegung geschehe.
8. Außenminister *Sir Anthony Eden* berichtet dem Unterhaus über die Besprechungen, die er anlässlich der Konferenz von Bangkok (vgl. Zeittafel in EA 6/1955, Thailand) mit dem amerikanischen Außenminister und danach auf der Rückreise mit den Premierministern von Burma und Indien über die Formosafrage geführt hat. Er sagt, seiner Ansicht nach sei es notwendig, daß sowohl die Volksrepublik China als auch Nationalchina auf die Anwendung

von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ansprüche verzichteten. Zu seinen Unterredungen mit der irakischen Regierung in Bagdad (vgl. Irak) erklärt Sir Anthony, es sei das Ziel der britischen Regierung, eine neue Bindung mit dem Irak einzugehen, durch die die Beziehungen zu diesem Lande auf die gleiche Stufe gestellt würden wie die mit der Türkei und den übrigen NATO-Partnern.

14. Auf Grund eines Tadelsantrags der Labour-Fraktion, in dem die Regierung aufgefordert werden sollte, eine Zusammenkunft der Regierungschefs Großbritannien, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit dem Ziel der Entspannung der Weltlage und der Vorbereitung einer weltweiten Abrüstung sofort herbeizuführen, hält das Unterhaus eine außenpolitische Debatte ab. Der Führer der Opposition, Clement R. Attlee, empfiehlt in seiner Rede die Einstellung der Versuche mit Wasserstoffwaffen in beiden Lagern. Er wendet sich gegen die Hinzuziehung Frankreichs zu der vorgeschlagenen Zusammenkunft, da es schwer sei, dessen Anspruch auf eine maßgebende Stimme angesichts des „verantwortungslosen Verhaltens“ seines Parlaments noch ernst zu nehmen. Demgegenüber stellt Premierminister Sir Winston Churchill fest, daß weder Frankreich noch Deutschland von der Aufgabe ausgeschlossen werden dürften, die Europa und die Welt beherrschenden Besorgnisse und Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Sir Winston vertritt die Ansicht, daß eine Dreimächtekonferenz vor dem Abschluß der Ratifizierung der Pariser Verträge schädlich wäre, da sie von der Sowjetunion zur Verzögerung dieser Ratifizierung ausgenutzt würde. In seiner Rede gibt der Premierminister den Inhalt eines im Sommer 1954 mit dem sowjetischen Außenminister, Molotow, geführten Telegrammwechsels bekannt, in dem er eine Zweier-Zusammenkunft der Regierungschefs Großbritannien und der Sowjetunion vorgeschlagen hatte: die Zusammenkunft sei nach anfänglicher Zustimmung der Sowjetunion schließlich an der in der sowjetischen Note vom 26. Juli 1954 enthaltenen Forderung der gleichzeitigen Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz gescheitert. Nach der Ablehnung des Tadelsantrags wird vom Unterhaus ein Regierungsantrag gebilligt, in dem erklärt wird, daß eine Zusammenkunft auf höchster Ebene mit der Sowjetunion erst nach der Ratifizierung der Pariser Verträge stattfinden sollte.

#### Italien

11. Der Senat ratifiziert die Pariser Verträge mit 139 gegen 82 Stimmen. Gegen die Verträge stimmen nur die Kommunisten und die Linkssozialisten.

#### Jugoslawien

7. In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlaments hält Staatspräsident Tito eine außenpolitische Rede, in der er u. a. die Vernichtung aller

Atomwaffen und die Preisgabe des Atomgeheimnisses an alle Völker vorschlägt. Er sagt, Jugoslawien sei gegen die Aufteilung der Welt in Blöcke und gegen einen Rüstungswettlauf. Eine dauerhafte Politik des Friedens müsse eine Politik der „aktiven Koexistenz“ sein, die sich auf die Anerkennung der Tatsachen der „einen Welt“ und des unteilbaren Friedens gründen müsse.

#### Polen

- 3.—5. Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Lothar Bolz, führt in Warschau Besprechungen mit der polnischen Regierung. In einem Kommuniqué wird das gemeinsame Interesse beider Regierungen an der Wiedervereinigung Deutschlands betont und erklärt, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge mit der Lösung dieser Aufgabe unvereinbar sei.

#### Rumänien

8. Durch einen Erlaß der Großen Nationalversammlung wird der Kriegszustand mit Deutschland beendet.

#### Sowjetunion

11. Die Regierung gibt in einer Verlautbarung den Inhalt zweier Unterredungen bekannt, die im Anschluß an die Erklärungen, die Außenminister Molotow über Oesterreich in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 8. Februar abgegeben hatte, zwischen dem Außenminister und dem österreichischen Botschafter stattfanden. Daraus geht hervor, daß die Sowjetregierung bereit wäre, einem Abzug der Truppen aus Oesterreich auch vor Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zuzustimmen, falls Garantien gegen die Gefahr eines neuen „Anschlusses“ und gegen das Einschwenken Oesterreichs in einen Militärblock gegeben würden. Die Sowjetregierung schlägt die Abhaltung einer Viermächtekonferenz über den österreichischen Staatsvertrag noch vor der endgültigen Ratifizierung der Pariser Verträge vor.

#### Türkei

2. Auf einer Tagung des Ständigen Rates des Balkanpaktes in Ankara wird ein Abkommen über die Beratende Balkanversammlung unterzeichnet. (Vgl. den Wortlaut in EA 6/1955, S. 7413—7414.)

#### Ungarn

4. Das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen erklärt in einer Entschließung, der seit 1953 durchgeführte Kurs der Wirtschaftspolitik habe zu Mängeln und Irrtümern geführt, weil die Beschlüsse der Partei in antimarxistischer und opportunistischer Weise entstellt worden seien. Ministerpräsident Imre Nagy wird der Vorwurf gemacht, „rechte Abweichungen“ in der Partei und im Staat unterstützt und vertreten und „billige demagogische Versprechungen“ gemacht zu haben.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

2. Präsident Eisenhower, der auf seiner Pressekonferenz über seine Meinung zu den Erklärungen des britischen Premierministers vom 1. März über die Atomwaffen (vgl. Großbritannien) gefragt wird, er-

renz über seine Meinung zu den Erklärungen des britischen Premierministers vom 1. März über die Atomwaffen (vgl. Großbritannien) gefragt wird, er-



klärt, es sei problematisch, wie lange die westliche Welt ihre Ueberlegenheit in den Atomwaffen aufrechterhalten könne.

4. In Washington werden die am 10. Februar begonnenen amerikanisch-deutschen Besprechungen über das deutsche Vermögen in den Vereinigten Staaten und die amerikanischen Kriegsansprüche an Deutschland beendet. Nach einem Kommuniqué der Bundesregierung stellte dabei die amerikanische Seite gesetzgeberische Maßnahmen in Aussicht, durch die eine Rückgabe deutscher Vermögenswerte bis zu 10 000 Dollar sowie der deutschen Urheberrechte und Warenzeichen erfolgen soll; eine entsprechende Regelung soll für die Kriegsansprüche amerikanischer Staatsangehöriger an Deutschland getroffen werden. Die deutsche Delegation drückte den Wunsch nach einer umfassenderen Regelung aus.
8. Außenminister *Dulles* berichtet in einer Rundfunkansprache über seine im Anschluß an die SEATO-Konferenz in Bangkok unternommene Reise durch Südostasien, auf der er Burma, Laos, Kambodscha, Südvietnam, die Philippinen und Formosa besuchte. Nach einem Hinweis auf die Gefahr der kommunistischen Subversions-Tätigkeit in diesen Ländern betont er, die Vereinigten Staaten müßten ganz klar machen, daß sie vor einem chinesischen Angriff nicht zurückweichen werden. Amerika habe in diesem Gebiet im Interesse des Friedens große Opfer gebracht und sich große Zurückhaltung auferlegt, was von der rotchinesischen Propaganda als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt worden sei. Er hoffe, daß die gegenwärtigen militärischen Aktionen der chinesischen Kommunisten nicht das erste Stadium eines Angriffs auf Formosa seien.
10. Botschaft Präsident *Eisenhowers* an die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (vgl. den Wortlaut auf S. 7453 dieser Folge).
15. Außenminister *Dulles* erklärt auf einer Pressekonferenz, die Entscheidung, ob im Falle eines rotchinesischen Angriffs auf die chinesischen Küsteninseln amerikanische Streitkräfte eingesetzt werden, hänge davon ab, ob der Angriff als die Vorbereitung eines Angriffs auf Formosa angesehen werden müsse oder ob er nur eine lokale Aktion sei.

### Die Organisation der Vereinten Nationen

1. Der Vertreter Ägyptens erhebt beim Sicherheitsrat Klage gegen Israel wegen eines israelischen Angriffs auf ägyptisch kontrolliertes Gebiet am 28. Februar (vgl. Zeittafel in EA 6/1955, Israel). Am 3. März erhebt der Vertreter Israels eine Gegenklage, die sich gegen fortgesetzte Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch Ägypten richtet. Die gemischte ägyptisch-israelische Waffenstillstandskommission erklärt am 6. März mit den Stimmen ihres Präsidenten und des ägyptischen Vertreters Israel für den schuldigen Teil des Zwischenfalles.
5. In Genf wird die 128. Tagung des Verwaltungsrates der ILO beendet. Der Rat beschloß u. a. die Einsetzung einer Untersuchungskommission über die demokratische Legitimation der Arbeitgeber- und

### ASIEN

#### China (Formosa)

3. Anlässlich eines Besuchs des amerikanischen Außenministers, John Foster *Dulles*, werden in Taipeh die Ratifikationsurkunden des chinesisch-amerikanischen Beistandspaktes vom 2. Dezember 1954 hinterlegt, der damit in Kraft tritt.

#### Irak

4. Der britische Außenminister, Sir Anthony *Eden*, führt in Bagdad Besprechungen mit der irakischen Regierung. In einem Kommuniqué wird erklärt, beide Regierungen betrachteten den türkisch-irakischen Pakt als wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Mittleren Ostens; es seien auch britisch-irakische Verteidigungsprobleme besprochen worden.

#### Libanon

5. Der britische Außenminister, Sir Anthony *Eden*, führt in Beirut Besprechungen mit der libanesischen Regierung. Am 11. März gibt Außenminister *Naccache* bekannt, der Libanon werde an der geplanten Konferenz über den Abschluß eines neuen arabischen Sicherheitspaktes (vgl. Syrien) nicht teilnehmen.

#### Syrien

2. Nach Besprechungen, die der ägyptische Informationsminister, Salah *Salem*, in Damaskus mit der syrischen Regierung über die durch den Abschluß des türkisch-irakischen Bündnisses entstandene Lage führte, kommen die beiden Regierungen überein, sich um den Abschluß eines neuen arabischen Sicherheitspaktes unter Ausschuß des Irak zu bemühen. *Salem* und der syrische Außenminister, Khaled *el Azem*, unternehmen in den folgenden Tagen eine gemeinsame Reise nach Jordanien und Saudi-Arabien. Am 6. März wird eine gemeinsame Erklärung Ägyptens, Syriens und Saudi-Arabiens veröffentlicht. Darin erklären die drei Staaten, daß sie einen neuen arabischen Sicherheitspakt abschließen werden, dessen Mitgliedstaaten Militärbündnisse mit fremden Staaten nicht gestattet sein werden. Eine Konferenz über den Abschluß des Paktes soll noch im März stattfinden. Am 10. März erklärt der König des Jemen, daß sein Land den Plan des Sicherheitspaktes unterstütze.

Arbeitnehmer-Delegationen der Mitgliedstaaten. In einem weiteren Beschluß wurde der Internationalen Arbeitskonferenz vorgeschlagen, die Einführung zweier neuer Arbeitssprachen, darunter Deutsch, zu genehmigen.

8. In Genf wird die am 28. Oktober 1954 begonnene Neunte Tagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) beendet, während der eine Konferenz über die Revision des GATT abgehalten wurde. Nach Beendigung der Konferenz werden folgende Abkommen zur Unterzeichnung durch die Vertragsparteien aufgelegt: eine Schlußakte, drei Protokolle zur Aenderung des GATT und ein Abkommen über die Errichtung einer Organisation für Zusammenarbeit im Handel.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

5. APRIL 1955

7. FOLGE

## Bücher und Broschüren

- Activités en France et en Italie en faveur de la Communauté Européenne de Défense (Janvier — Août 1954). Paris: Campagne Européenne de la Jeunesse, Département „Manifestations“, o. J. 10 S. (hektographiert).
- Agreement regarding Status of Forces of Parties of the North Atlantic Treaty. Supplementary Hearing before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, Eighty-third Congress, First Session on Status of Forces of the North Atlantic Treaty, June 24, 1953. Washington: United States Government Printing Office 1953. 89 S.
- Budgetary and financial Problems of the United Nations. Washington: United States Government Printing Office 1954. 33 S. (83rd Congress, 2nd Session, Subcommittee on the United Nations Charter, Staff Study No. 6).
- Calvocoressi, Peter: Survey of International Affairs 1952. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto 1955. 473 S. £ 2/5/—.
- Deist, Heinrich: Die Neuordnung in der Montanwirtschaft und die Mitbestimmung in den Holding-Gesellschaften. Bochum: Verlagsgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau mbH., o. J. 27 S. (Schriftenreihe der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Heft 21).
- Denkschrift über das Ostgrenzgebiet der Bundesrepublik. Vorgelegt vom „Arbeitskreis Ostgrenzgebiete der Bundesrepublik“ der Länder Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. o. O. u. J. 11 S. (hektographiert).
- Das Deutsch-Amerikanische Doppelbesteuerungsabkommen vom 22. Juli 1954. Süddeutsche Bank, Aktiengesellschaft, früher Deutsche Bank. o. O. u. J. 43 S. (Als Manuskript gedruckt).
- Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945. Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem. Berlin: Duncker & Humblot 1954. 216 S.
- Duverger, Maurice: Les Partis Politiques. 2. Auflage. Paris: Armand Colin 1954. 476 S.
- Elder, Robert E., and Forrest D. Murden: Economic Co-operation: Special United Nations Fund for Economic Development (SUNFED). New York: Woodrow Wilson Foundation 1954. 27 S.
- Eléments du développement économique en Europe orientale. Rapport présenté par Ladislav Bolgar, en collaboration avec Pancrace Nagy et Thomas Schreiber. Paris: Commission de l'Europe Centrale et Orientale, o. J. (Dezember 1954). 13 S. (hektographiert).
- Hayden, Sherman S., and Benjamin Rivlin: Non-Self-Governing Territories. Status of Puerto Rico. New York: Woodrow Wilson Foundation 1954. 23 S.
- Enforcement Action under the United Nations. Washington: United States Government Printing Office 1955. 23 S. (83rd Congress, 2nd Session, Subcommittee on the United Nations Charter, Staff Study No. 7).
- Henderson, William: Pacific Settlement of Disputes: The Indonesian Question 1946—1949. New York: Woodrow Wilson Foundation 1954. 89 S.
- Kraus, Herbert: Die Oder-Neiße-Linie. Eine völkerrechtliche Studie. Köln-Braunsfeld: Verlagsgesellschaft Rudolf Müller 1954. 47 S. (Osteuropa und der deutsche Osten, Reihe I, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn).
- Lehrbuch des sowjetischen Arbeitsrechts. (Originaltitel: Sowjetskoje trudowoje pravo). Herausgeber: Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unter der Redaktion von Prof. N. G. Alexandrow. Uebersetzt von H. Werner. Berlin: Verlag Kultur und Fortschritt 1952. 420 S. (Sowjetwissenschaft, Beiheft 18). DM 7,30.
- Lunau, Henry Heinz: Revolte in USA. Von Roosevelt über McCarthy zu Eisenhower. Eßlingen: Bechtle Verlag 1954. 234 S. DM 9,50.
- The Main Products of the Overseas Territories: Cotton. Paris: Organisation for European Economic Co-operation 1955. 40 S. \$ 0,75.
- Mantoux, Etienne: The Carthaginian Peace or The Economic Consequences of Mr. Keynes. New York: Charles Scribner's Sons 1952. 210 S. \$ 3,00.
- The North Atlantic Treaty Organization. 2. Auflage. Paris 1953. 57 S. frs. 0,50.
- Oder-Neiße Line. A Study of the Political, Economic and European Significance of Poland's Western Frontier. Prepared by Z. Jordan. London: The Polish Freedom Movement "Independence and Democracy" 1952. 139 S.
- Padirac, Raoul: L'Egalité des Etats et l'Organisation Internationale. Paris: Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence R. Pichon et R. Durand-Auzias 1953. 246 S.
- Palyi, Melchior: The Dollar Dilemma. Perpetual Aid to Europe? Chicago: Henry Regnery Company 1954. 208 S.
- Paneuropa-Friedensbewegung. VI. Paneuropa-Kongreß Baden-Baden 1954. Frankfurt a. M.—Berlin: Alfred Metzner-Verlag, o. J. 128 S.
- Un Plan de Solidarité Européenne. En Faveur des Régions Dshéritées de l'Europe Méridionale. Bruxelles: Ligue Européenne de Coopération Economique 1954. 15 S. (Publication No. 17).
- La Politique Etrangère Communiste et l'Intégration Européenne. o. O. u. J. 47 S. (Etudes et Documents du Conseil de la Jeunesse Libre d'Europe Centrale et Orientale, I).
- Prospects of Exporting Electric Power from Yugoslavia. Summary. Prepared by the Industry Division, Economic Commission for Europe. Geneva: United Nations, Economic Commission for Europe 1955. III, 45 S., 15 Tafeln. (E/ECE/192, E/ECE/EP/154). (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden) (hektographiert). \$ 0,50.
- Rappard, William E.: The Quest for Peace yesterday and today. London: The David Davies Memorial Institute of International Studies, o. J. (Annual Memorial Lecture, April 1954). 47 S. £ —/4/—.
- Rauch, Georg von: Rußland: Staatliche Einheit und nationale Vielfalt. Föderalistische Kräfte und Ideen in der russischen Geschichte. München: Isar-Verlag 1953. 235 S. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Band 5).
- Georg von Rauch hat in diesem Werk den Einfluß der föderalistischen Kräfte auf die historische Entwicklung Ruß-



lands untersucht, wobei er sich ausführlich mit dem 19. und 20. Jahrhundert befaßt und nachweist, daß der russische Föderalismus im wesentlichen Gegenstand einer Geschichte der politischen Ideen in Rußland ist, der jedoch in der neueren russischen Geschichte zu einem politischen Problem erster Ordnung geworden sei. Der Aufbau Sowjetrußlands habe zunächst unter dem Zeichen eines siegreichen Durchbruches des föderalistischen Gedankens gestanden. Die Entwicklung vom lockeren Staatenbund der Anfangsjahre zur festgefügt und durch die KPdSU zentralisierten Sowjetunion, die den marxistischen Universalismus mit messianistischen Tendenzen des Zarenreiches verbunden habe, zeige schließlich das Wiederaufleben der alten zentralistischen und nationalistischen Tendenzen des Moskauer Staates auf einer neuen Entwicklungsstufe. Die Aktualität dieser Vorgänge in Rußland hat den Verfasser bewogen, das Wirken der föderalistischen Kräfte in der russischen Geschichte in einer geschlossenen Darstellung herauszustellen, die bisher im historischen Schrifttum gefehlt hat. Der Verfasser nennt sein bedeutsames Werk bescheiden einen ersten Versuch, der darauf abziele, sowohl zum Verständnis der in der russischen Geschichte und der Gegenwart wirkenden Kräfte als auch zur Abrundung einer Geschichte der politischen Ideen im allgemeinen beizutragen.

Review of the United Nations Charter. Interim Report of the Committee on Foreign Relations, Subcommittee on the United Nations Charter. Presented by Senator Wiley, January 26, 1955. Washington: United States Government Printing Office 1955. (84th Congress, 1st Session, Report No. 14). 5 S.

Schweitzer, Albert: Das Problem des Friedens in der heutigen Welt. Rede bei der Entgegennahme des Nobel-Friedenspreises in Oslo am 4. November 1954. München: Verlag C. H. Beck 1954. 20 S.

Verpflichtendes Erbe. Volkstum im Ringen um seinen Bestand und seine Anerkennung. Kiel: Ferdinand Hirt 1954. 67 S. DM 2,50.

Völkerrechtliche Urkunden zur europäischen Friedensordnung seit 1945. Eine Sammlung der wichtigsten Verträge, Abkommen, Satzungen und Erklärungen in deutscher Sprache mit Uebersichten, Schrifttumsnachweisen, Anmerkungen und Sachverzeichnis. Herausgegeben von Prof. Dr. iur. Herbert Kraus und Dr. iur. Kurt Heinze, Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen. Bonn: Schimmelbusch & Co., Verlagsgesellschaft 1953. XXI, 529, XV S.

Der Band reiht die Texte von insgesamt 37 Verträgen und internationalen Abmachungen aneinander, die die internationale Entwicklung nach Kriegsende maßgebend beeinflussen und zumeist nur in weit verstreuten Werken zu finden sind. Die Urkundentexte, beginnend mit den Vereinbarungen von Jalta über die deutsche Kapitulationsurkunde, die Satzungen der Vereinten Nationen, das Potsdamer Abkommen, den polnisch-sowjetischen Grenzvertrag, das Kontrollabkommen über Oesterreich, die ersten Friedensverträge, das GATT-Abkommen, den Brüsseler Pakt, den Atlantikpakt, die Saar-

verträge, den Vertrag über die Gründung der Montanunion bis zum deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen und dem Balkanpakt, werden nur in deutscher Sprache wiedergegeben. Es wird jedoch bei wichtigen juristischen Begriffen zur Verdeutlichung in Klammern oder Anmerkungen der Urtext hinzugefügt. Wesentlich ist an dieser Sammlung, daß sie auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der einzelnen Verträge großen Wert legt, in zahlreichen Nachweisen die Zusammenhänge mit anderen Quellen aufweist und darüber hinaus einem jeden Urkundentext Angaben über die Signatarmächte, die Beitritte, das Datum des Inkrafttretens, die Ratifikationen, den Urtext, die Fundstellen von Abdrucken und über das einschlägige Schrifttum voranstellt.

„Volkswahlen“. Wahlterror, Wahlbeeinflussung und Wahlbehinderung bei den Wahlen zur Volkskammer am 17. Oktober 1954 in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien. Zweite ergänzte Auflage. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. o. O. u. J. 78 S.

Wahlen zwischen Ost und West. Beiträge zur Problematik gesamtdeutscher Wahlen. Frankfurt a. M.: Bollwerk-Verlags-Gesellschaft 1954. 72 S. (Sonderdruck aus „Der Wähler“, Oktober 1954, für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen).

Wiggins, Howard, and Edwin A. Bock: The Status of the United Nations Secretariat. Role of the Administrative Tribunal. New York: Woodrow Wilson Foundation 1954. 30 S.

Yearbook of International Trade Statistics 1953. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic Affairs. New York: United Nations 1954. 481 S. sfrs. 18,—. (Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden).

Dieses vierte Spezial-Jahrbuch der Vereinten Nationen mit Statistiken über den internationalen Handel enthält Angaben über insgesamt 90 Länder (gegenüber 70 in der dritten Ausgabe für das Jahr 1952) und erfaßt im einzelnen rund 97 Prozent des gesamten Welthandels. Darüber hinaus wird für 33 Staaten, auf die rund 75 Prozent des Welthandels entfallen, eine Export- und Import-Analyse nach Warenarten gegeben. In weiteren Statistiken wird der Welthandel nach Regionen zusammengefaßt und untersucht. Die Statistiken erhalten dadurch einen noch größeren Wert, daß den Angaben eines jeden Landes eine Tabelle vorausgeschickt wurde, die die Entwicklung des Außenhandels seit 1930 aufzeigt. Die Angaben über Deutschland beschränken sich für die Jahre 1948/49 nur auf die „Bizone“ und von 1950 an nur auf das Gebiet der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlin. Für die sowjetische Besatzungszone fehlen die Angaben ebenso wie über den Interzonenhandel.

Zinc and Lead Smelting and Refining in the USA. Volume II. Paris: Organisation for European Economic Co-operation 1955. 98 S. (Technical Assistance Mission No. 85). \$ 1,—.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Hauptschriftleiter: Hermann Voile (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödlheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Das Schicksal Triests

Seine Bedeutung und Stellung in Vergangenheit und Gegenwart\*

Von Dr. Lujo Toncic-Sorinj, Abgeordneter zum österr. Nationalrat

Aufstieg zum Hafen des Donaureiches

Die Sage berichtet, daß die Argonauten auf ihrer Rückfahrt vom Lande des Goldenen Vlieses den Ister — die Donau — hinauffuhren und nördlich der Halbinsel Istrien an der Mündung des kleinen Flusses Timavo das Adriatische Meer erreichten. In der Nähe dieser Stelle wurde im 2. Jahrhundert v. Chr. Artemidorus gegründet. Später nannte man es Tergeste, und es wurde durch Vespasian römische Kolonie. Nach Rom folgten die Ostgoten und die Franken. Triest wurde dem regnum Italiae, später der Markgrafschaft Istrien im Herzogtum Kärnten zugeteilt. Es stand unter der Herrschaft von Bischöfen — im Nordwesten der Stadt erstreckte sich das mächtige Patriarchat von Aquileja — und wurde der Hafen des Heiligen Römischen Reiches an der Adria. Am Ende des 13. Jahrhunderts zeigte sich zum ersten Male in voller Klarheit das tragische Geschick dieser Stadt: Venedig, der Rivale im Westen, umklammerte es mit seinen Besitzungen mehr und mehr, um es schließlich zu unterwerfen. An diesem Tiefpunkt der Triestiner Geschichte trat eine plötzliche und glückliche Wendung ein: Im Jahre 1382 beschloß der Senat der Stadt den Anschluß an das Herzogtum Krain und damit an die österreichischen Erblande. Das Motiv des Anschlusses war Schutz gegen die Uebergriiffe Venedigs, das weiterhin Besitzer des ganzen Gebietes bis zum Isonzo sowie der Westküste Istriens verblieb, wobei die Stadt Capo d'Istria den Zugang zu Triest kontrollierte.

Langsam aber unaufhaltsam stieg die Bedeutung des Hafens. Triest wurde zum Ausgang des Habsburger Reiches im Süden. Im Kampf der Oesterreicher und Venezianer gegen das Ottomanische Reich

wurden zwar die Türken aus dem Donaauraum und der Adria verdrängt, die Macht Venedigs ging aber dabei immer stärker zurück, während sich Triest unter dem Schutz der neuen starken österreichischen Vormacht immer mehr entfaltete. Kaiser Karl VI. erhob durch Patent vom 18. März 1719 Triest zum Freihafen. Das Patent enthielt folgende für die Zukunft der Stadt ausschlaggebende Bestimmungen:

1. Den fremden Kaufleuten, Schiffseigentümern, Manufakturisten und anderen „Künstlern“, welche sich des Handels wegen in den innerösterreichischen Ländern, nicht nur im Gebiet von Portoré und Vindobol, sondern sei es wo immer, niederlassen wollen, wird der freie Betrieb des Handels und der Industrie mit entsprechendem Schutz zugesichert.

2. Sämtliche Hauptstraßen werden verbessert, gehörig zum Warentransport eingerichtet, erweitert und in Stand gehalten. Alle Kaufleute dürfen ohne sicheres Geleit, ohne General- oder Spezialerlaubnis in die Häfen der Flüsse und Ströme mit ihren beladenen oder unbeladenen Schiffen einlaufen, sich dort aufhalten und jederzeit wieder auslaufen.

3. Die am Adriatischen Meere gelegenen Städte Triest und Fiume werden derzeit zu Freihäfen (porti franchi) erklärt, in welchen die fremden Kaufleute künftig mit größerem Nutzen aus erster Hand Waren erlangen können, welche sie sonst in den Erbländern aus zweiter, dritter, vierter, auch fünfter Hand kaufen müßten.

4. Zur größeren Sicherheit und Förderung des Verkehrs werden nicht nur dauerhafte Contumazanstalten errichtet, sondern den Freihäfen Triest und Fiume folgende Freiheiten erteilt:

Die Kaufleute, Schiffskapitäne usw. dürfen persönlich oder mittels ihrer Agenten jederzeit ungehindert frei ein- und auslaufen, Waren kaufen und verkaufen, einladen

\*) Vgl. hierzu die bisher im Europa-Archiv erschienenen Beiträge, Berichte und Dokumente:

„Das Problem Triest“, August 1946, S. 60—64,

„Der Weg zur europäischen Friedenskongferenz“, September 1946, S. 98—109, insbes. S. 103,

„Die Außenministerkonferenz in New York“, Januar 1947, S. 321—329, insbes. S. 324—326,

„Die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte“, Juli 1947, S. 671—753, insbes. S. 740—742,

„Das Londoner Abkommen über die Verwaltung der Zone A des Freistaates Triest vom 9. Mai 1952“, Folge 11/1952, S. 4965—4966,

„Jugoslawische Maßnahmen in Zone B“, Folge 13—14/1952, S. 5006.

Weiteres Quellenmaterial zur Triester Frage enthalten die *Berichte und Informationen* des Oesterreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik, denen die Entwürfe der Karten auf S. 7463 und S. 7464 entnommen sind; ferner *Relazioni Internazionali*, Nr. 41 vom 9. Oktober 1954; *Friesz: „Oesterreich und Triest“*, Wien 1954; „Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland“ (Quellen für Politik und Völkerrecht, Band 1), Oberursel/Taunus: Verlag Europa-Archiv 1948; Alfred Verdross: „Völkerrecht“, Wien: Springer-Verlag 1950, S. 98 ff. (daselbst Quellen).



und ausführen, ohne, außer einem halben Percent Konsulats- oder Admiralitätszoll von den wirklich veräußerten Waren, irgendein Schutzgeld, Regal oder sonst eine Gebühr zu entrichten. Den in den beiden Häfen liegenden unter österreichischer Flagge und mit Patent fahrenden Schiffen wird Schutz gegen jeden Angriff zugesichert, und das Gewalt oder Unrecht ausübende Schiff, dessen Kapitän und Mannschaft werden als Seeräuber behandelt und verfolgt; Schiff und Waren, wenn sie auch nach anderen Ländern geführt worden wären, zurückerstattet. Den Kaufleuten wird freigestellt, ihre Waren in den beiden Häfen in den Cameralmagazinen dreiviertel Jahr lang ohne irgendeinen Zoll gegen verhältnismäßiges Standgeld, oder wenn diese Emporien gefüllt sein sollten, in mit zwei Schlössern verwahrten Privatmagazinen niederzulegen. Ein Schlüssel zu denselben wird dem dort residierenden Konsul, ein anderer dem Eigentümer übergeben.

5. In jedem der beiden Häfen soll eine Versicherungsbank errichtet werden, um Vorschüsse auf deponierte Waren zu leisten.

6. Die Rechtsangelegenheiten der Kaufleute unterliegen den eingesetzten Wechselgerichten: die Mauth-, Zoll-, oder Defraudationssachen werden von dem Einnehmer, „Controlor und Ficaladjuncten“ untersucht und gerichtet. Handelsprozesse müssen vom Wechselgerichte summarisch, schnell und ohne Aufschub geschlichtet werden.

7. Die Kaufleute, welche Häuser und Kaufläden bauen und sich häuslich niederlassen wollen, dürfen nicht behelligt, die Häuser und Läden nicht gegen Billigkeit belastet werden.

8. Bei einem etwaigen Kriege, um dessentwillen die fremden Kaufleute die österreichischen Länder verlassen müßten, wird ihnen gestattet, binnen Jahresfrist ihre Waren zu verkaufen oder mit sich zu nehmen. Weder ihre Schiffe noch ihre Effekten dürfen mit Beschlagnahme belegt werden oder als Repressalien genommen werden. Die Urheber solcher unbefugten Handlungen werden sogar gerichtlich belangt und bestraft.

9. Bei Schiffbrüchen darf weder der Fiskus noch sonst jemand die geborgenen Güter sich zueignen; diese müssen vielmehr den Schiffbrüchigen oder deren Erben zurückerstattet werden.

10. Die Kaufleute sind frei von Einquartierung und Personallasten.

11. Die einlaufenden Schiffe dürfen nicht untersucht werden. Die in denselben bezeichneten verbotenen Waren werden in Beschlag genommen, die übrigen aber nicht.

12. Die Kaufleute dürfen Häuser bauen, Grundstücke kaufen, wozu ihnen bequeme Stellen angewiesen und, wenn es nötig ist, verschiedene Freiheiten nach Möglichkeit bewilligt werden sollen. Fremden Kaufleuten werden überhaupt ersprießliche Real- und Personalfreiheiten zugesichert. Sämtliche geistlichen und weltlichen Obrigkeiten werden aufgefordert, ihnen jeden Schutz angedeihen zu lassen.

Der Kaiser ließ die Straßen zwischen Triest und Oesterreich ausbauen. Er erließ aber auch ein Patent für die „Orientalische Compagnie“ mit dem Hafen Ostende, wodurch Triest zum ersten Male in eine gewisse Rivalität mit einem Nordseehafen gestellt wurde, ein Umstand, der bis zum heutigen Tage von größter Bedeutung für seine Entwicklung werden

sollte. Tatsächlich hat sich der Triester Verkehr erst nach Ablauf der Privilegien für diese Compagnie entscheidend zu heben begonnen.

Maria Theresia errichtete 1744 das Hafencapitanat zur Ausübung der Seepolizei und zur Ueberwachung der Sicherheit des Hafens, ein Vorläufer des Gedankens einer eigenen Hafenverwaltung, der auch bis zum heutigen Tage verfolgt wird. In Triest tagte in Permanenz eine eigene Hafenkommission. In Erkenntnis der Notwendigkeit, Triest durch außerordentliche Maßnahmen entgegenzukommen, befreite sie durch ein Patent vom Jahre 1749 die Manufakturen der Erbstaaten vom Transitoll über Triest. Die Kaiserin erbaute auch eines der Sinnbilder der Stadt, den Canal Grande.

### „Città fedelissima“

Das Ende des alten Rivalen, Venedigs, führte im Zuge der napoleonischen Kriege zur Besetzung der Stadt durch die Franzosen, und von 1809 bis 1814 gehörte Triest zu den Provinces Illyriennes. Nach dem Wiener Kongreß wurde es der Hafen des „Deutschen Bundes“ am Mittelländischen Meer. Jetzt, im Rahmen des Kaisertums Oesterreich, später der österreichisch-ungarischen Monarchie, erfolgte der gewaltige Aufstieg zu einem der bedeutendsten Häfen des Kontinentes. 1832 wurde der Triester Lloyd, später „Oesterreichischer Lloyd“, gegründet, der vier Jahre später die Dampfschiffahrt aufnahm. Der Inaugurator dieser Entwicklung war Karl Friedrich Bruck, der dafür die Unterstützung des Fürsten Metternich und des Hauses Rothschild erhielt. Eine neapolitanisch-sardinische Flotte belagerte vom Mai bis zum 12. August 1848 den Hafen. Der tapferen Verteidigung wegen bekam Triest den Ehrennamen einer „Città fedelissima“ und wurde am 2. Oktober 1849 samt den umliegenden Gebieten reichsunmittelbare Stadt. Die Habsburger führten den Titel „Herren von Triest“.

Das Werk des Freiherrn von Bruck wäre unvollständig, wenn nicht auch die Verbindung mit dem Hinterland entsprechend ausgebaut worden wäre. So entstand im Jahre 1852 die Eisenbahnlinie Triest nach Ljubljana und 5 Jahre später die Südbahn. Die Neuordnung des Reiches 1867 machte Triest und sein Gebiet zum Kronland. Nachdem also in jeder Hinsicht die Voraussetzungen für einen gewaltigen Aufstieg geschaffen waren, war Triest in der Lage, durch die Eröffnung des Suezkanals 1869 den Höhepunkt seiner Geschichte zu erreichen. Der Oesterreichische Lloyd umfaßte 1911: 65 Dampfer mit 250 000 Bruttoregistertonnen, die Cosulich-Linie 34 Dampfer mit 217 908 Bruttoregistertonnen. Im ganzen umfaßte die österreichische Handelsflotte, die überwiegend in Triest konzentriert war, 320 Dampfer mit 651 000 Bruttoregistertonnen. Fast der gesamte Agrumentimport Mitteleuropas ging über Triest, das durch die Errichtung des Franz-Josefs-Hafens 1914 die heutige

Größe erreichte. Eigentümer des Hafens wurden die „Magazini Generali“, die ein Lagerhausunternehmen und eine Hafenbetriebsgesellschaft darstellten. Dazu gesellten sich die großen Schiffsbauwerften im benachbarten Monfalcone. Der Gesamtgüterverkehr im Jahre 1913 umfaßte auf der Eisenbahn 2,7 Millionen Tonnen und zu Schiff 3,4 Millionen BRT. Triest

wurde die kapitalkräftigste Stadt der gesamten österreichischen Reichshälfte. Drei berühmte Versicherungsgesellschaften entstanden dort. Schließlich wurde eine Freizone errichtet, die Schifffahrt wurde subventioniert, es wurde eine kluge Eisenbahntarifpolitik geführt, und für Ueberseegüter wurden Differenzialzölle eingerichtet.



Diesem gewaltigen Aufstieg folgte ein jäher Sturz. Der Rivale aus dem Westen erstand wieder nach einem halben Jahrtausend. Während des Ersten Weltkrieges war Triest das große Ziel der italienischen Isonzo-Offensiven, die alle durch den Widerstand des kroatischen Feldherrn Svetozar Borojević fehlschlagen. Schließlich wurde es aber doch am Ende des Krieges von italienischen Truppen besetzt und zur

Hauptstadt der Provinz Venezia Giulia erklärt. Der Friede von St. Germain vom 10. September 1919 sprach Triest Italien zu. Es war dies eine Folge des Vertrages von London aus dem Jahre 1915, der den Italienern durch Zusagen Großbritanniens und Frankreichs das ganze sogenannte Küstenland sowie große Teile Dalmatiens zusicherte. Im Vertrag von Rapallo 1920 wurde dieser Zustand endgültig sanktioniert.

### Triest als Opfer des europäischen Nationalismus: Die italienische Herrschaft 1918-1943

Die Provinz Venezia Giulia, der neue politische Rahmen für Triest, war nur durch ein Jahrzehnt nach dem Ersten Weltkrieg eine administrative Einheit. Dann zerfiel sie in 4 Provinzen: Gorizia, Trieste, Pola, Fiume-Quarnero.

Auch die Provinz Zara, zu der die gleichnamige Stadt und die Inseln der Lagosta-Gruppe gehörten — also der Rest der seinerzeitigen italienischen Ansprüche auf Dalmatien — waren zeitweise ein Teil der Provinz Venezia Giulia. Ohne Zara umfaßte die Provinz 8566 qkm mit schätzungsweise 950 000 Einwohnern.

Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Einheit Mitteleuropas machte sich nicht sofort für Triest bemerkbar. Im ersten wieder normalen Jahre, 1923, umfaßte der Seeverkehr immerhin noch 2 Millionen Tonnen und ebensoviel der Bahnverkehr, das ist also im ganzen um ca. 35 vH weniger als vor dem Krieg. Im Bahnverkehr nahm Italien mit 790 163 Tonnen den ersten Platz ein, dann folgten Oesterreich mit 473 105 Tonnen, Jugoslawien mit 375 892 Tonnen, die CSR mit 318 485 Tonnen und Ungarn mit 114 373 Tonnen. Es wurden die sogenannten adriatischen Gütertarife eingeführt.



Zehn Jahre später ergab sich aber folgendes Bild: Italien 346 000 Tonnen, Oesterreich 288 300 Tonnen, ČSR 258 600 Tonnen, Ungarn 110 700 Tonnen, Deutschland 94 700 Tonnen, Jugoslawien 88 300 Tonnen, das ist ein Absinken von ca. 45 vH gegenüber 1923, also fast zwei Drittel gegenüber 1914. Bis vor dem Zweiten Weltkrieg erholte sich der Hafen etwas, und Oesterreich nahm die erste Stelle ein. Der Bahnverkehr stieg wieder auf 2,2 Millionen Tonnen: Oesterreich hatte 762 003 Tonnen Anteil, dann folgten Italien mit 554 748 Tonnen, die ČSR mit 435 822 Tonnen, Ungarn mit 170 443 Tonnen und Jugoslawien mit 124 700 Tonnen. Der Seeverkehr umfaßte 3,2 Millionen Tonnen.

Es bestanden 5 Schiffahrtsgesellschaften: die „Adriatica“, die „Italia“, die „Line Triestine per l'Oriente“, die „Tirrenia“ und die „Società D. Tripovich & Co.“, zusammen 232 Schiffe, also nur zwei Drittel der alten österreichischen Handelsflotte.

Drei Institutionen waren für diese Zeit von ausschlaggebender Bedeutung: das Triester Hafenkomitee, die „Donau-Save-Adria-Gesellschaft“ (DOSAG) und die Adria-Transportkonferenz.

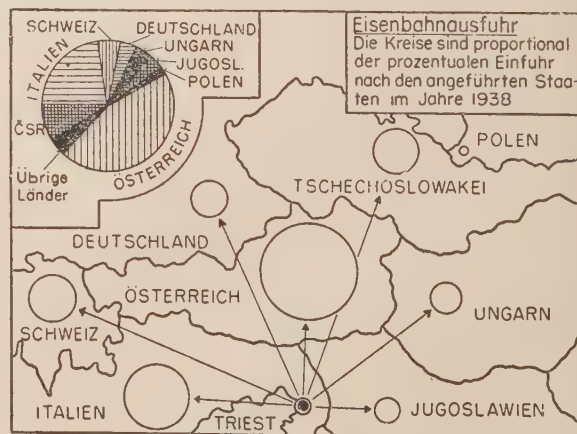
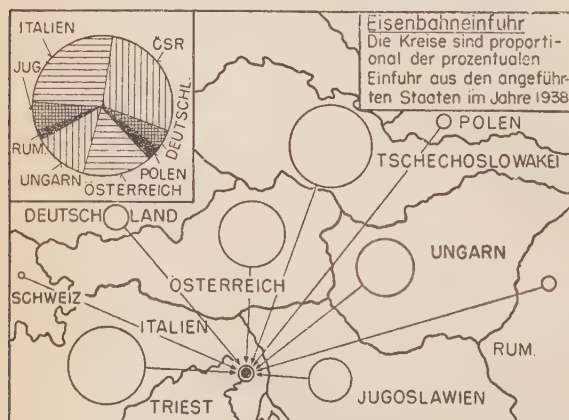
Das Triester Hafenkomitee wurde von Oesterreich und Italien gebildet und amtierte bis 1938. Es hatte zwar nur ein Vorschlagsrecht, errang aber eine weit größere Bedeutung. Eingaben, die die Handelskammern in Wien und Triest sammelten und dem Sekretariat dieses Komitees übergaben, wurden bearbeitet und den örtlichen Verwaltungsbehörden, z. B. Eisenbahn oder Lagerhäusern, in Form von Vorschlägen für die zu erwartenden Maßnahmen übermittelt. Alle auf diesem Sektor führenden Funktionäre auf österreichischer und italienischer Seite waren in diesem Komitee vertreten.

Die DOSAG war ein zwischenstaatliches Institut besonderer Art. Sie wurde als private Aktiengesellschaft im Jahre 1857 eröffnet. Man kann sich Triest ohne die DOSAG gar nicht vorstellen. Zuerst umfaßte

sie die Eisenbahnlinien zwischen Triest und der Verbindung Wien—Graz—Pragersko—Ljubljana—Triest sowie die Abzweigung Pragersko—Budapest, ferner auch die Eisenbahnlinien in Norditalien bis zum Verlust der Lombardei 1859 und Venedigs 1866. Die DOSAG war bis zum Ersten Weltkrieg sehr aktiv. Die Nachkriegsverträge verpflichteten die Nachfolgestaaten zu einer Neuordnung der Südbahn. Damit begann das Regime von 1918—1923, in dem Oesterreich, Ungarn und Italien durch Geldvorschüsse die Betriebsführung ermöglichten. Durch den Vertrag von Rom 1923 erhielt die DOSAG ihre endgültige Struktur. Ihr wurde das Eigentumsrecht an ihren Linien bis zum Jahre 1968 zugesprochen. Bis dahin sollten die betreffenden Staaten auf eigene Kosten den Bahnbetrieb in ihren Gebieten finanzieren und einen jährlichen Betrag für den Schuldendienst abstellen. Dafür sollten sie 1968 Eigentümer ihres Abschnittes werden. Ein Verwaltungsrat von 29 Mitgliedern setzte sich aus Vertretern der beteiligten Staaten zusammen: Italien, Jugoslawien, Oesterreich, Ungarn. 1942 traf der Vertrag von Brioni eine Neuordnung zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und dem unabhängigen Staat Kroatien. Heute ist die Situation der DOSAG ungeklärt.

Die Adria-Transportkonferenz war eine periodisch zusammentretende Versammlung von Vertretern der Eisenbahnverwaltungen der vier Staaten. Sie gehörte zusammen mit der DOSAG zu dieser Sonderform internationaler Zusammenarbeit und bildete auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens im westlichen Teil des Donaumaues eine Parallele zu den zwischenstaatlichen Lösungsversuchen der Donauschifffahrt im östlichen Teil.

So war auch in dieser Zeit, in der das ganze Gebiet einer intensiven nationalistischen Italianisierung mit Unterdrückung des slawischen Elementes ausgesetzt war, das Minimum einer internationalen Organisation geschaffen worden.



Diese Periode Triestiner Geschichte endete mit der Kapitulation Italiens im Sommer 1943. Der faschistische Reststaat, die Repubblica Sociale Italiana,

konnte zwar ihre Zivilverwaltung auch auf Triest und die benachbarten Gebiete erstrecken, die militärische Leitung hatten aber die Deutschen, die aus

Triest und den umliegenden Gebieten das sogenannte „Okkupationsgebiet Küstenland“ machten. Auch fanden die radikalen Italianisierungsbestrebungen, die noch kurz vorher mit der Besetzung Sloweniens durch

Italien ihren Höhepunkt erreichten, ein Ende. Die deutsche Herrschaft brach im Frühjahr 1945 durch das Vordringen der jugoslawischen und neuseeländischen Truppen zusammen.

### Das Völkermosaik der Venezia Giulia

Das Ende des Zweiten Weltkrieges stellte Triest vor eine viel größere Frage über den Fortgang seiner Entwicklung, als es nach dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen ist. Damals war die Zugehörigkeit der Stadt zu Italien unbestritten, fraglich blieb nur der Verlauf der jugoslawisch-italienischen Grenze; eine internationale Lösung wurde nicht ins Auge gefaßt. Jetzt aber waren alle Wege offen. Damit aber wurde die Problematik des ganzen Raumes deutlich, dessen Zentrum Triest bildet. Es ist daher notwendig, die Region Venezia Giulia, wie sie damals genannt wurde, einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Die Region unterteilt sich geschichtlich und wirtschaftlich, aber auch ethnisch in den Raum nördlich Triests, dessen Zentrum die Stadt Görz ist, und in die Halbinsel Istrien.

Die Provinz Görz, slawisch Gorica, die durch die spätere neue Grenze in der Mitte zerrissen wurde, hat einen Umfang von 2668 qkm mit 250 000 Einwohnern. Davon sind 65 vH Slowenen, 20 vH Friauler (der östliche Teil des räto-romanischen Volkes), 10 vH Italiener, und die restlichen 5 vH verteilen sich auf deutschsprachige Elemente und Kroaten. Das Gebiet ist ein reiches Flachland, bebaut mit Mais, Weizen, Roggen und Gerste, etwas Reis und Hafer. Der Isonzo, slovenisch Soča genannt, macht das Gebiet zu einer wirtschaftlichen Einheit. In der Hauptstadt, mit schätzungsweise 50 000 Einwohnern, halten sich das romanische und slawische Element annähernd die Waage. Der zweitgrößte Ort der Provinz ist Gradisca, wo sich eine weithin bekannte Seidenspinnerei befindet.

Görz, noch heute Sitz eines Erzbistums mit 99 vH katholischer Bevölkerung, wurde 1501 von Maximilian I. mit dem Habsburger Reiche vereinigt; Maximilian erwarb auch Gradisca von Venedig. Später folgte die Stadt dem Schicksal Triests: 1809 wurde sie französisch, 1815 schuf Oesterreich die „Gefürstete Grafschaft Görz und Gradisca“.

Nördlich des Gebietes von Görz dehnt sich ein Streifen Landes aus, der den interessanten Namen „Beneška Slovenija“ (das venezianische Slowenien) führt. So nennen es die Leute östlich des Isonzo. Die Italiener nennen es „la Slavia Italiana“. Es umfaßt die Hälfte des Kanaltals (einschließlich der Orte Tarvis [Tarvisio, Trbiž], Saifnitz und Weissenfels), das Tal des Resiaflusses, den Oberlauf des Torre und des Natisone (Nadiža), ist ausschließlich gebirgig und hat geringe wirtschaftliche Bedeutung. Im ganzen zählt man 16 slowenische Gemeinden mit 34 000 Einwohnern; ihr Zentrum ist Sempeter Slovenov (San-

prieto al Natisone). Das Schicksal dieses schmalen slowenischen Streifens westlich des Isonzo spielte bei den Grenzverhandlungen nach dem Zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle. Die slowenische Volkstumsgränze verläuft zwischen Görz und Cormonz, überschneidet den Isonzo ca. 10 km südlich von Görz und folgt dem Valonetal bis zum Golf von Triest, den sie zwischen Monfalcone (Tržič) und Duino trifft. So erreicht das slowenische Volkstum auch nördlich Triests an einer schmalen Stelle das Meer.

#### *Das einsame Land der Tschitschen und Valachen*

Anders, viel reichhaltiger ist das Bild Istriens (Istria, Istra). Die Halbinsel umfaßt rund 4300 qkm und ist vom Festland ziemlich isoliert. Die beiden großen Städte an den Flanken, Triest (Trst) und Rijeka (Fiume), gestalteten die Geschichte Istriens. Besonders das Innere war durch Jahrhunderte ein toter Punkt in der politischen, wirtschaftlichen und völkischen Entwicklung des nördlichen Mittelländischen Meeres. Triest, aber auch im geringeren Maße Rijeka, benötigten ein Hinterland, das infolge der Kleinheit Istriens zwangsweise bereits einen Teil der Halbinsel umfaßt. Die Westküste, mit den Häfen Kopar (Capo d'Istria), Piran (Pirano), Poreč (Parenzo), Rovinj (Rovigno) und Pula (Pola) liegt Venedig gegenüber, das sich immer bemüht hat, sein Verteidigungssystem auf diese Küste auszudehnen.

Neben diesen geographischen Gegebenheiten besitzt Istrien eine größere wirtschaftliche Bedeutung, als allgemein bekannt ist. Die istrischen Weine und Oele gehören zu den besten der mediterranen Welt. Bekannt ist der reiche Gewinn an Kastanien und Mandeln. Die Kirschbaumwälder von Labin (Albona) gehören zu den herrlichsten mediterranen Phänomenen. An Bodenschätzen steht die Kohlegewinnung von Krapan, die knapp vor dem Kriege einen Jahresertrag von 865 000 Tonnen lieferte, an erster Stelle. Bei Labin, Pazin (Pisino), Višnjan und Zminje werden jährlich ca. 380 000 Tonnen Bauxit gewonnen. Die Salinen von Kopar und Piran werfen einen Jahresertrag von 660 000 cbm Salz ab. 1939 wurden 180 000 Tonnen Sandzement gefördert. In Rovinj gibt es größere Marmorbrüche und in Livade ein Schwefelbad.

Viel wichtiger aber noch ist der Umstand, daß Istrien ein einzigartiges Völkermosaik bildet. Es strahlte auf Triest aus und gestaltete jede Grenzziehung sehr schwierig. Grundsätzlich muß man eine slawische und eine romanische Gruppe unterscheiden. Zur ersteren gehören die Kroaten, die Slowenen und die Tschitschen. Die Kroaten, das stärkste istrische



Volkstum, dürften derzeit an 300 000 zählen. Sie bewohnen vor allem das Innere und den südöstlichen Teil der Halbinsel mit dem Zentrum in Pazin, deutsch Mitterburg genannt, das geographische Zentrum der Halbinsel; hier hielten auch am längsten die altkroatische Sprache und die glagolitische Schrift. Die Slowenen bewohnen den nördlichsten Teil der Halbinsel und zählen derzeit ca. 70 000 Personen. Ethnologisch besonders interessant ist das kleine Völkchen der Tschitschen von annähernd 2000 Menschen, die in einigen kleinen Dörfchen im Innern hausen. Sie stellen den letzten Ueberrest der slawischen Urbewohner dar, die im 6. Jahrhundert nach Istrien kamen. Da der größte Teil des Innern noch heute der Tschitschenboden genannt wird, haben sie früher sicherlich eine viel größere Bevölkerung aufgewiesen.

Die romanische Gruppe umfaßt die Italiener, die Istrovalachen und die Altromanen. Ehemals gab es ca. 150 000 Italiener, die sich auf Pola und dessen Umgebung sowie die Städte entlang der Westküste konzentrieren. Sie prägten noch aus der Zeit der venezianischen Herrschaft den Charakter und die Lebensform der Küstenstädte. Heute sind sie auf einen Bruchteil herabgesunken, eine genaue Zahlenangabe ist nicht möglich. Die Istrovalachen sind Ueberreste der romanisierten thrako-illyrischen Bevölkerung, die im 6. und 7. Jahrhundert von den Slawen verdrängt wurde. Sie zählen ca. 5000 Personen, leben in einigen Dörfern zerstreut und haben ihre alten Sitten und ihre Sprache bewahrt. Die romanisierte istriatische Bevölkerung zu Ende der römischen Herrschaft formte die spätlateinische Sprache, die *Lingua Rustica*, in zwei Dialekte um. Im Norden entstand so das Ladinische (die Sprache der Friauler), das vor einigen Jahrzehnten noch im istriatischen Orte Milje gesprochen wurde, und im Süden das Altromanische, das heute noch von einem Teil der Bewohner der Orte Fazana, Galežan, Vodnjan, Balam und Rovinj als normale Umgangssprache gebraucht wird.

Die Grenze zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen (wobei man von den isolierten Istrovalachen und Tschitschen absehen kann), verlief bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ca. 10 km östlich von Pola bis ungefähr Capo d'Istria; am tiefsten reichten die Italiener bei Montona in das Innere, während die Kroaten an 7 Stellen das romanische Element bis an die Westküste durchbrachen. Heute sind die italienischen Reste vollkommen isoliert.

Die Grenze zwischen Slowenen und Kroaten verläuft in einer annähernd geraden Linie von der Mündung der Dragogna bis zum Schneeberg (Monte Nevoso, Snježnik).

Die ethnologische Zersplitterung erklärt weitgehend die Geschichte Istriens. Während der mittelalterliche kroatische Staat im Osten mehrere Gebiete besetzte, im allgemeinen bis einschließlich Labin, setzte sich Venedig im Westen fest. Später kam das

Innere als Markgrafschaft Istrien zum Reiche der Habsburger. Es folgten andauernd Kriege und schließlich die Pest im 16. Jahrhundert, wodurch die wirtschaftliche Blüte Istriens vernichtet wurde. Im Zuge der napoleonischen Kriege kam ganz Istrien zu Oesterreich. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erwachte das kroatische Volkselement und begann im Landtag und in den Gemeinden die Majorität zu erreichen. Trotzdem wurde nach dem Ersten Weltkrieg, ebenso wie das ganze Hinterland von Görz, auch Istrien Italien angegliedert. So richtig es war, den gesamten Raum zusammenzuhalten, so stand doch die Angliederung an Italien im Widerspruch zur langsamen, aber unaufhaltsamen ethnischen Entwicklung: das slawische Volkstum dringt mehr und mehr vor, so daß Triest einer romanischen Insel in einem stets wachsenden slawischen Meer gleicht. Daß die Nachkriegsregelungen von 1919—1920 dieses Faktum ignorieren wollten, mußte sie von allem Anfang an unhaltbar machen.

#### *Grenze der slawischen und romanischen Welt*

Aus all dem ist die Komplikation, die das Schicksal Triests bestimmt, klar erkenntlich. Triest liegt an der Grenze der romanischen und slawischen Welt. Eine glückliche Synthese, wie sie Jahrhunderte hindurch die aristokratische Republik Ragusa (Dubrovnik) darstellte, wurde in Triest nie gefunden. Andererseits haben die Mächte im Hinterland ein vitales und berechtigtes Interesse. Man muß also zwischen dem nationalen und dem wirtschaftlichen Moment unterscheiden. In der Stadt haben die Italiener die Mehrheit, in den Vorstädten aber und der weiteren Umgebung die Slowenen. Dazu kommen noch Kroaten, deren geschlossener Siedlungsraum südlich der Slowenen beginnt, ferner vom Gebiet jenseits des Isonzo Friauler und schließlich alteingesessene, angesehene und reiche Familien griechischen Ursprungs (Economo, Ralli).

Die wirtschaftliche Ausstrahlung der Stadt wird aber fast überhaupt nicht von den völkischen Räumen umfaßt, die für das nationale Geschick Triests wichtig sind. Darin liegt die besondere Komplikation. Für Oesterreich, Ungarn und die CSR war die Stadt wirtschaftlich so gut wie unersetzlich. Für Jugoslawien und Italien dagegen ist sie ein nationales Postulat. Daher werden die Argumente der ersten drei Staaten an einer Beteiligung am Schicksal Triests immer primär wirtschaftspolitische, die der beiden letzteren immer nationale sein müssen.

So gibt es theoretisch zwei grundsätzliche Lösungsmöglichkeiten: die nationale und die übernationale. Nach der nationalen Lösung kann die Stadt und ihr dazu unerläßliches Hinterland entweder Italien oder Jugoslawien als einzigem Souverän überantwortet werden. Dabei ist es möglich, daß die Souveränität dieses einzigen Souveräns entweder a) uneingeschränkt bleibt oder b) vertraglich dahingehend eingeschränkt wird, daß einem Staat oder einer

Staatengemeinschaft wirtschaftliche oder administrative Befugnisse im gesamten Staategebiet oder nur im Hafen eingeräumt werden.

Nach der übernationalen Lösung würde Triest keinem einzigen Souverän gehören, sondern einer Staatengemeinschaft (Condominium). Diese kann a) nur aus den unmittelbar interessierten 5 Mächten bestehen oder b) aus diesen und den 4 alliierten Hauptmächten oder c) aus einer universalen Staatengemeinschaft als Gesamtheit (Vereinte Nationen), die die Treuhänderschaft einer einzigen Macht oder einer Staatengemeinschaft übertragen würde.

Die nationale Lösung mit Souveränitätseinschränkung könnte unter Umständen ein Koimperium darstellen, wonach die höchste Verwaltungshoheit einer Staatengemeinschaft, ähnlich wie in der Internationalen Zone von Tanger, zusteht. Eine derartige Lösungsform birgt neben anderen Vorteilen auch denjenigen in sich, daß die einzelnen Verwaltungsressorts bei Wahrung des übernationalen Charakters von den einzelnen Mächten übernommen werden könnten. Diese Lösungsmöglichkeit tritt immer dann

an die Öffentlichkeit, wenn die übernationale Form als nicht möglich erscheint.

In dem Vorschlag, daß Triest Gebiet der Vereinten Nationen mit Uebergabe der Treuhandschaft an einzelne Staaten sein solle, spielt die Idee des sogenannten Julischen Freistaates (Libero Stato Giulino) mit. Dieses war das Ziel der Julischen Unabhängigkeitsfront zu Ende des letzten Krieges. Ihr Programm sah einen Freistaat vor, dessen Neutralisation von den 4 Hauptmächten garantiert werden solle. Mit Jugoslawien, Italien, Oesterreich, der ČSR, Ungarn, Westdeutschland und Polen sollte ein umfassender Wirtschaftsvertrag abgeschlossen werden, der Triest zum mitteleuropäischen Hafen machte und dessen Durchführung unter Kontrolle der UN stünde. Nach dem Programm sollte der Militärdienst abgeschafft und nur die Polizei aus einem einheimischen freiwilligen Korps gebildet werden. Es waren auch Bestrebungen im Gange, Friaul diesem projektierten Staate anzugliedern. Es ist klar erkenntlich, daß sich ein Rest dieses Gedankengutes in das spätere Freie Territorium von Triest gerettet hat.

### Triest — Kind der Vereinten Nationen

Der Erste Weltkrieg brachte zwar den Zerfall des Donaureiches, rettete aber immerhin die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt die wirtschaftliche Einheit dieses Raumes wieder herzustellen. Es hätte daher eine internationale Lösung für Triest als Vorschau und Ansporn dieser Entwicklung durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen. Sie wurde aber damals nie in Erwägung gezogen, und der Anschluß an Italien stand außer Frage. Jetzt, nach dem Zweiten Weltkrieg, ereignet sich genau das Gegenteil: Die Einheit des Donaauraumes, auch in wirtschaftlicher, ja sogar in kultureller Hinsicht, ist auf unabsehbare Zeit zerstört. Die Voraussetzungen für einen gemeinsamen mitteleuropäischen Hafen an der Adria sind jetzt weniger gegeben denn je. Es wäre daher eine nationale Lösung, sei es zugunsten Jugoslawiens, sei es zugunsten Italiens, naheliegend gewesen. Man schuf aber schließlich eine internationale, nämlich das Freie Territorium von Triest. Die Ursache zu diesem widerspruchsvollen Werdegang muß man aber letzten Endes darin erblicken, daß die politischen Voraussetzungen für eine Angliederung an jeden der beiden Partner fehlten. Italien hatte den Krieg verloren und war zu schwach, seine Ansprüche durchzusetzen. Jugoslawien hatte wohl die militärischen Voraussetzungen mitgebracht, aber der neue kommunistische Staat der Partisanen erweckte größtes Mißtrauen im Westen. Mit Recht hat der Vorsitzende der Kroatischen Bauernpartei, der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Vlatko Maček, erklärt, daß jedes Jugoslawien Triest hätte erhalten können, nur ein kommunistisches nicht. Dazu kam noch die militärische Notwendigkeit, für die britischen Truppen

in Oesterreich einen militärisch kontrollierten Hafen und entsprechende Verbindungswege zu besitzen.

#### Die ersten Verhandlungen

Die Entwicklung bis zum Friedensvertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Italien vom 10. Februar 1947 kann man in zwei Abschnitte untergliedern, die durch den sogenannten Vertrag von Duino vom 21. Juni 1945 getrennt sind.

Zunächst hatte die kommende Entwicklung bereits im Kriege ein gewisses Vorspiel. Bei einem Besuch Marshall Titos im Hauptquartier Feldmarschall Alexanders am Bolsena-See in Italien im Juli 1945 wurde für die kommende Besetzung der Venezia Giulia eine Demarkationslinie vereinbart, die nördlich von Fiume beginnend in nordwestlicher Richtung verlief. Anlässlich eines Besuches Alexanders im Hauptquartier Titos im Februar 1945 soll diese Linie erneut bestätigt worden sein, und Tito hat angeblich eingewilligt, daß das Gebiet von Triest durch eine Alliierte Militärregierung verwaltet werden solle. All dies sollte keine Präjudizierung der zukünftigen Grenzen darstellen. Der jugoslawische Ministerpräsident, Dr. Šubašić, erklärte am 15. Februar 1945, daß das Isonzotal die kommende Grenze der beiden Staaten darstellen solle, wobei Triest eine Art Autonomie erhalten werde. Es war also schon damals eine Sonderlösung für die Stadt vorgesehen. Görz hingegen sollte ohne Einschränkung an Jugoslawien fallen. Noch weiter ging der Außenkommissar des Antifaschistischen Rates der nationalen Befreiung Jugoslawiens, Dr. Josip Smoljaka, der die Einbeziehung des gesamten in Frage stehenden Gebietes forderte, der italienischen Minderheit aber nur die Wahrung



sprachlicher Rechte zusicherte. In Einzelheiten nicht geklärt sind die militärischen Maßnahmen zur Befreiung von Triest und den benachbarten Gebieten. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß die jugoslawischen Truppen früher als die westlichen, und zwar am 30. April, Triest erreichten. Andererseits konnten sie aber alleine in diesen Tagen noch nicht die völlige militärische Kontrolle gegenüber den abziehenden Deutschen sowie diversen kleineren Verbänden erlangen. Dies wurde erst durch die neuseeländische Division unter General *Freiyeberg* am 2. Mai erreicht, der gegen 17.30 Uhr in Triest einrückte. Die Neuseeländer scheinen daraufhin den Hafen sofort besetzt zu haben, während die jugoslawischen Truppen die übrigen Teile der Stadt kontrollierten. Eine ähnliche Doppelgleisigkeit hat sich auch in Görz und Monfalcone zugetragen. Die Italiener waren gespalten, da die Kommunisten die Jugoslawen unterstützten, die anderen aber die Neuseeländer. Zu dieser Zeit hat auch die italienische Regierung eine Erklärung über die Zukunft der Venezia Giulia abgegeben. Italien verlangte die Unterstellung der Region unter alliierte Verwaltung und betonte, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen eine kommende Lösung nicht präjudizieren sollen. Im wesentlichen stimmte diese Ansicht auch mit der britischen und amerikanischen These überein. Der britische Staatsminister *Law* betonte am 10. Mai, daß die endgültige Regelung der Souveränitätsrechte den Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben müsse. Der stellvertretende amerikanische Staatssekretär *Grew* erinnerte *Tito* an dessen Zustimmung zur Errichtung einer Alliierten Militärkontrolle und sprach sich gegen die Errichtung einer jugoslawischen Verwaltung in Triest aus. Die kommende Entwicklung ist durch ein schrittweises Zurückweichen Jugoslawiens gekennzeichnet. Noch im Mai verlangte *Tito* hartnäckig die Eingliederung von Triest, Monfalcone und Görz und selbstverständlich auch der anderen Gebiete, also Istrien und der ganze Bereich bis zur österreichischen Grenze. Zur gleichen Zeit taten die Westmächte einen für die Zukunft entscheidenden Schritt: Der britische und der amerikanische Botschafter übergaben in Belgrad zwei gleichlautende Noten, in denen sie zwar die Städte Triest, Pola, Monfalcone und Görz für die Unterstellung unter das Alliierte Oberkommando verlangten, damit aber alles übrige der jugoslawischen Autorität konzedierte. Damit war in großen Zügen die kommende Grenze zwischen Ost und West vorweggenommen. Italien stellte durch Außenminister *De Gasperi* die Forderung nach einer späteren Volksabstimmung auf und erklärte sich bereit, in Gemeinden mit slowenischer Mehrheit die Verwaltung den Slowenen zu übergeben. Es war vorauszu sehen, daß eine Volksabstimmung ungefähr eine Grenze ergeben würde, die mit der militärischen Demarkationslinie übereinstimmen werde. Italien hat also

schon damals auf weite Gebiete der ehemaligen Venezia Giulia verzichtet und war zu weiteren Konzessionen an die Slowenen bereit. Jugoslawien kam durch eine Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten *Kardelj* entgegen, wonach Orte mit überwiegend italienischer Bevölkerung eine italienische Zivilverwaltung erhalten sollten.

### *Jugoslawien weicht zurück*

Die jugoslawischen militärischen Behörden erklärten, daß Triest eine möglichst vollständige Autonomie innerhalb Jugoslawiens erhalten werde. In diesem gleichen für Triest so wichtigen Monat Mai 1945 wurde auch eine Art Verwaltung, der Antifaschistische Vollzugsausschuß, durch die Jugoslawen gebildet. Er ging allerdings schon auf eine Initiative während der Widerstandszeit gegen die Deutschen zurück. Er umfaßte 18 Mitglieder, darunter 11 Italiener, und stand fast völlig unter sozialistischem und kommunistischem Einfluß. Am 23. Mai übermittelte die jugoslawische Regierung den beiden Westmächten Noten, durch die sie die Demarkationslinie unter der Bedingung anerkannte, daß die Alliierte Militärregierung sich bei der Ausübung der Regierungsgewalt auf jene Antifaschistischen Ausschüsse stützen solle, die von den Jugoslawen bereits in den betreffenden Gebieten eingesetzt wurden. Seit damals hieß die Demarkationslinie nach dem Stabschef Feldmarschall *Alexanders*, Generalleutnant Sir *William Morgan*, die Morgan-Linie. Damit begann die Kette der jugoslawischen Konzessionen. Die Westmächte verlangten die volle Autorität des Feldmarschalls *Alexander* als Militärgouverneur. Wenige Tage später kam es zu einer Einigung über die Militärverwaltung der Venezia Giulia. Jugoslawien anerkannte die unbeschränkte Autorität des Obersten Alliierten Befehlshabers westlich der Morgan-Linie, wonach auch Tarvis in den westlichen Bereich fiel. Die Alliierte Militärregierung wurde ermächtigt, Zivilbehörden nach freiem Ermessen einzusetzen und Veränderungen in der Verwaltung vorzunehmen. Nochmals wurde bestätigt, daß das Gebiet östlich der Morgan-Linie unter den gleichen Bedingungen der jugoslawischen Kontrolle untersteht. Am 13. Juni wurde Triest von den Jugoslawen an die Alliierte Militärregierung übergeben. Damit war die Stadt für Jugoslawien verloren. Am 21. Juni wurde das Abkommen von Duino geschlossen, das die Demarkationslinie endgültig festlegte. Sie stellte in großen Zügen die Ostgrenze des kommenden Freien Territoriums dar. Mit Recht erklärte Feldmarschall *Alexander*, daß damit das Problem bis zur endgültigen Grenzziehung durch die Friedenskonferenz gelöst sei.

### *Die Verhandlungen über den Friedensvertrag*

Gleich anschließend begann ein intensives Ringen um die endgültige Zugehörigkeit der Stadt. Am 9. September forderte der italienische stellvertretende Ministerpräsident *Pietro Nenni* die Internationalisie-

rung der Stadt. Eine Woche später setzte der Außenministerrat in London ein Komitee der stellvertretenden Außenminister ein, das nicht nur die beste ethnographische Scheidelinie zwischen Romanen und Slawen, sondern auch die Grundzüge für ein internationales Regime ausarbeiten sollte. In erster Linie sollte der Hafen den Staaten Mitteleuropas zugute kommen.

Wenn auch die amerikanische Regierung das Verbleiben Triests bei Italien in einer Note an die Außenministerkonferenz forderte, so scheint doch schon damals der Entschluß zur Internationalisierung getroffen worden zu sein. Jugoslawien sprach sich zunächst scharf dagegen aus, machte aber immerhin die wichtige Konzession, daß die Hafenanlagen einer internationalen Verwaltung unterstellt werden könnten. Damit wurde zum ersten Male nach dem Kriege der Gedanke einer speziellen Hafenverwaltung ausgesprochen. *Kardelj* machte eine Woche später trotz Wahrung des prinzipiellen Standpunktes eine Konzession durch die Erklärung, daß Triest ein eigenes Bundesland in Jugoslawien werden solle. Die Untersuchungskommission der Außenministerkonferenz stellte am 29. April 1946 fest, daß das Zentrum der Stadt Triest fast vollständig italienisch, die Umgebung der Stadt aber mehrheitlich slowenisch sei.

Im Mai machte sich zum ersten Male eine französische Initiative bemerkbar. Die Franzosen schlugen vor, daß in einer endgültigen Regelung Triest bei Italien, der südliche Teil Istriens aber bei Jugoslawien verbleiben solle. Damit war offensichtlich gemeint, daß der nördliche Teil Istriens das Schicksal der Stadt teilen, damit aber Istrien als Ganzes getrennt werden solle. Die Zukunft hat diesem Vorschlag recht gegeben: der nordwestliche Teil der Halbinsel wurde dem Freien Territorium angegliedert, und damit wurde die jahrhundertealte Einheit der Halbinsel zerstört. Der britische Außenminister *Bevin* erklärte am 4. Juni deutlich, Großbritannien wünsche nicht die Angliederung Triests an Jugoslawien. Jugoslawien suchte diese für sich ungünstige Entwicklung durch neue Angebote zu beeinflussen: Triest sollte durch eine internationale Abmachung autonomes Gebiet in der Föderativen Volksrepublik werden. Am 29. Juni 1946 legte der französische Außenminister *Bidault* seinen Vorschlag für die Regelung der Triester Frage vor: Triest und die benachbarten Gebiete sollen für die Dauer von 10 Jahren ein unverletzliches, durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen garantiertes und von den vier Alliierten Mächten sowie von Italien und Jugoslawien verwaltetes autonomes Gebiet werden. Ein Gouverneur mit weitestgehenden Befugnissen soll eingesetzt werden. Ferner sollen eine Versammlung mit gesetzgebender Gewalt sowie eine Regierung von sechs Mitgliedern ernannt werden. Die vier Alliierten Mächte sollen einen Kontrollrat, ähnlich der Alliierten Kommission in Oesterreich, bilden.

Wenige Tage später machte der amerikanische Außenminister *Byrnes* einen Gegenvorschlag: Es soll ein „Freies Territorium von Triest“, das von Duino bis Cittanuova reicht, gebildet werden. Der Gouverneur soll vom Sicherheitsrat ernannt werden und auch ihm verantwortlich sein. Das Statut soll endgültig, also nicht auf 10 Jahre begrenzt sein. Jugoslawien und die Sowjetunion verhielten sich zunächst beiden Vorschlägen gegenüber negativ. Um die Situation zu erleichtern, schlug *Bevin* die Einsetzung einer Sonderkommission vor, die die Aufgabe hätte, ein internationales Statut für Triest auszuarbeiten. Die Friedenskonferenz verhandelte seit dem Oktober 1946 sehr intensiv. Die Politische Kommission für Italien befürwortete den französischen Grenzvorschlag, der eine Korrektur der Morgan-Linie zugunsten Jugoslawiens im Süden vorsah. Während die Sowjetunion die wichtige Position des Polizeidirektors dem Regierenden Rat, also einer innertriester Institution, unterstellt haben wollte, waren die Westmächte für die Unterstellung unter den Gouverneur. Kurz gesagt, die Westmächte wollten die Position des Gouverneurs stärken, der Osten den der lokalen Behörden. Darin liegt die Ursache des kommenden Scheiterns dieser Konstruktion: der Gouverneur wurde zwar mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, dadurch ein Konzept des Westens verwirklicht, aber gerade deshalb konnte man sich auf seine Person nicht einigen. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, daß Schwierigkeiten der Konferenz durch bilaterale italienisch-jugoslawische Verhandlungen gelöst werden könnten. Dabei machte sich zum ersten Male eine schwankende jugoslawische Haltung bezüglich Görz bemerkbar: Unter der Bedingung, daß Monfalcone dem Freien Territorium angegliedert werde (was später nicht geschah), war Jugoslawien zum Verzicht auf Görz bereit. Schließlich gab Jugoslawien im Dezember seinen Widerstand gegen die Internationalisierung auf. Außenminister *Stanoje Simić* erklärte sich bereit, die Internationalisierung Triests unter der Voraussetzung zuzulassen, daß Görz, Monfalcone und Tarvis an Jugoslawien kämen. Italien regte nochmals die Grenzziehung auf Grund einer Volksabstimmung an. Im Laufe des November und Dezember einigte man sich über alle noch strittigen Punkte. *Molotow* verzichtete auch auf eine Zollunion zwischen Triest und Jugoslawien. Hafendirektor sollte ein Triestiner werden. Die Okkupationstruppen sollten gleichzeitig nach drei Monaten zurückgezogen werden. Jugoslawien und Italien erhielten Prärogativen im Hafen, eigene Freihafenzonen durften jedoch nicht errichtet werden. Es wurden mehrere Annexe zum Friedensvertrag ausgearbeitet, von denen der wichtigste das Endgültige Statut für das Freie Territorium ist. In Konflikten zwischen dem Gouverneur und den lokalen Behörden sollte der Sicherheitsrat entscheiden. Dadurch hatte sich die Sowjetunion ein indirektes Einflußrecht bewahrt.



### *Die Verfassung des Freien Territoriums*

Die Grundlage der Verfassung des neuen Staates ist der Artikel 21 des Friedensvertrages. Dieser bringt das Ende der italienischen Souveränität über Triest. Sie ist bis heute nicht mehr wiederhergestellt! Er konstituiert ein neues Völkerrechtssubjekt und verpflichtet die Signatäre zur Anerkennung. Seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität wird durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewährleistet (assured). Es werden zugleich zwei Stufen der verfassungsmäßigen Entwicklung vorgesehen: Vom Ende der italienischen Souveränität bis zu einem vom Sicherheitsrat bestimmten Termin soll eine Vorläufige Verwaltung auf Grund einer Ermächtigungsurkunde eingerichtet werden. Nach diesem Termin tritt das Endgültige Statut in Kraft. Die Grenzen werden genau in den Artikeln 4 und 22 festgelegt. Danach wurde der Vorschlag eines schmalen Korridors zwischen Triest und Italien übernommen, während das ganze Gebiet von Cittanuova und Capo d'Istria bis zum Quietofluß zum Freien Territorium gehört. Durch diese Konstruktion wird Slowenien vom Meer abgeschnitten. Hinsichtlich aller übrigen im Norden strittigen Punkte hat Jugoslawien nachgegeben: Monfalcone, Görz, die Beneška Slovenija und Tarvis bleiben bei Italien.

Der kurze Artikel 21 bekommt einen genauen Inhalt durch die Annexe VI (Endgültiges Statut), VII (Ermächtigungsurkunde für die Vorläufige Verwaltung), VIII (Statut für den Freihafen), IX (Technische Anordnungen bezüglich Wasserversorgung, Stromversorgung und Warenaustausch) und X (wirtschaftliche und finanzielle Bestimmungen). Dazu kam noch am 22. April 1947 ein Abkommen zwischen den Großmächten über die Finanzprobleme der Stadt für die Zeit bis zur Einführung des neuen Zollsystems (bei Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes). Die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Staatsbürgerschaft (Art. 19) und wirtschaftlicher und finanzieller Bestimmungen für abgetretene Gebiete (Annex XIV) gelten nicht hinsichtlich Triest.

Aus dem endgültigen Statut ist zunächst der Souverän des neuen Staates erkenntlich: es ist die universale Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen, deren souveränes Recht durch den Sicherheitsrat wahrgenommen und repräsentiert wird. So bestimmte Artikel 2, daß die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit vom Sicherheitsrat garantiert wird. Diese Garantie umfaßt aber auch den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Einhaltung des Statutes (also der Verfassung). Ueber den Gouverneur kontrolliert der Sicherheitsrat auch die auswärtigen Beziehungen des Staates. Im Artikel 3 wird der Staat entmilitarisiert und neutralisiert. Der Souverän gewährt dem Gebiet eine Autonomie, die jedoch in mannigfacher Form eingeschränkt ist: der Staat darf keine militärischen Vereinbarungen

treffen; seine interne Verfassung hat mit den Bestimmungen des Statutes übereinzustimmen, und ihr Inkrafttreten kann vom Gouverneur verhindert werden. Von der Volksvertretung erlassene Gesetze sind vor der Verkündung dem Gouverneur vorzulegen, der sie innerhalb von 10 Tagen mit oder ohne Abänderungsvorschlägen ablehnen kann. (Vergleiche Zweites Kontrollabkommen vom 28. Juni 1946 über Oesterreich.) Der Gouverneur kann das Inkrafttreten von Verträgen und Abkommen verhindern. Der Staat darf keine wirtschaftliche Union oder ein wirtschaftliches Bündnis ausschließlicher Art mit irgendeinem Staat schließen. Der Staat ist verpflichtet, einen Freihafen einzurichten, und zwar nach den Bestimmungen eines vom Außenministerrat entworfenen Hafenstatutes, und er muß die Freiheit des Durchgangsverkehrs gewährleisten. Fragen der Auslegung des Statutes (also der Verfassung) werden keinem Verfassungsgerichtshof, sondern einer Kommission internationalen Charakters übergeben. Verfassungsänderungen können zwar von der Volksvertretung mit Zweidrittelmehrheit dem Sicherheitsrat vorgeschlagen werden, aber nur letzterer kann sie durchführen.

Das Statut selbst legt eine Reihe von Bestimmungen für die Verfassung des Staates fest: Garantie der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Organisation und Verwaltung, die durch einen Gouverneur, einen Regierenden Rat, eine gewählte Volksvertretung und durch die Richterschaft ausgeübt werden. Es wird bestimmt, daß die Volksvertretung nur aus einer einzigen Kammer besteht. Ein Regierender Rat übt die vollziehende Gewalt vorbehaltlich der dem Gouverneur übertragenen Zuständigkeiten aus. Der Regierende Rat wird von der Volksvertretung gebildet und ist ihr verantwortlich, stellt also eine Art Regierung dar. Die Rechte der Volksvertretung sind auch im Statut niedergelegt. Sie hat nur das Recht, über alle Angelegenheiten, die die Interessen des Freistaates berühren, zu beraten und zu verhandeln, also nicht endgültig zu beschließen. Der Erlaß von Gesetzen kann von Mitgliedern der Volksvertretung und vom Regierenden Rat nur beantragt werden. Ein solches Antragsrecht steht auch dem Gouverneur in Angelegenheiten des Artikel 2 zu. Abänderungsanträge zum Statut können, wie erwähnt, von einer qualifizierten Mehrheit der Volksvertretung eingebracht werden, und schließlich kann sie ebenfalls durch qualifizierten Beschluß den Gouverneur um Einleitung eines Verfahrens gegen einen Richter ersuchen. Der Regierende Rat, also die Regierung, kann gegen Weisungen des Gouverneurs protestieren, aber sie kann kein Veto einlegen. Der Regierende Rat stellt das Budget auf, das von der Volksvertretung angenommen werden muß. Verträge und Abkommen sowie die Erteilung des Exequaturs werden gemeinsam vom Gouverneur und einem Vertreter des Regierenden Rates unterzeichnet. Ein bedeutendes und umkämpftes Recht ist das Vorschlagsrecht des Regierenden Rates für den Posten des Polizeidirektors. Er legt

dem Gouverneur eine Liste vor; bei der Entlassung eines Polizeidirektors muß der Gouverneur den Regierenden Rat konsultieren. Ebenso legt der Regierende Rat dem Gouverneur eine Liste geeigneter Persönlichkeiten für den Posten des Hafendirektors vor.

### *Die Macht des Gouverneurs*

Dominierend ist die Stellung des Gouverneurs. Er wird vom Sicherheitsrat nach Rücksprache mit den Regierungen Jugoslawiens und Italiens ernannt. Er soll nicht Staatsangehöriger der beiden Länder oder des Freistaates sein. Er amtiert fünf Jahre und kann wieder ernannt werden. Er kann auch vom Sicherheitsrat suspendiert werden. Er hat das Recht, bei allen Zusammenkünften des Regierenden Rates anwesend zu sein und zu allen Fragen, die seine Zuständigkeit berühren, Stellung zu nehmen. Er ernennt die Richter aus einem vom Regierenden Rat vorgeschlagenen Kreis. Er kann auch die Richter entlassen. Er hat das Vetorecht gegen Gesetze und kann vom Regierenden Rat die Aussetzung von Verwaltungsmaßnahmen verlangen. Entspricht der Regierende Rat diesem Verlangen nicht, so kann der Gouverneur die Verwaltungsmaßnahmen selbst aussetzen. Schlägt er in Angelegenheiten, die seine Befugnisse betreffen, dem Regierenden Rat Verwaltungsmaßnahmen vor und führt dieser sie nicht durch, so kann der Gouverneur sofortige Maßnahmen anordnen, muß aber dem Sicherheitsrat berichten, der unter Umständen selbst zu entscheiden hat. Der Gouverneur hat das Begnadigungsrecht und das Recht zur Gewährung von Strafaussetzungen, und schließlich trägt er dafür Sorge, daß die auswärtigen Beziehungen des Freistaates in Uebereinstimmung mit dem Statut stehen. So kann er das Inkrafttreten von Verträgen und Abkommen verhindern. Im übrigen kann der Freistaat Mitglied internationaler Konventionen und Organisationen werden, aber nur dann, wenn diese der Regelung wirtschaftlicher, technischer, kultureller, sozialer oder hygienischer Fragen dienen.

Neben Artikel 2 zeigt Artikel 17 deutlich die Position der Vereinten Nationen als Souverän: der Gouverneur amtiert „als Vertreter des Sicherheitsrates und ist in dieser Funktion für die Ueberwachung der Einhaltung des vorliegenden Statutes verantwortlich“. Er legt dem Sicherheitsrat Jahresberichte über die Handhabung des Statutes sowie über die Erfüllung seiner Amtspflichten vor. Der Sicherheitsrat kann den Gouverneur suspendieren und entlassen, und nur er kann dem Gouverneur und seinen Mitarbeitern Weisungen erteilen. Generell ist er Regulator der Konflikte zwischen der Volksvertretung und dem Gouverneur: wenn die Versammlung die Ansichten und Empfehlungen des Gouverneurs hinsichtlich Verfassungsänderungen, die vom Gouverneur verhindert wurden, nicht teilt, ist die Angelegenheit dem Sicherheitsrat vorzulegen. Das gleiche geschieht, wenn die Volksvertretung es ablehnt, die vom Gouverneur zurückgereichten Gesetzesvorlagen zurückzuziehen oder sie

nach seinen Einwendungen und Vorschlägen abzuändern. Auch hat der Gouverneur dem Sicherheitsrat jede Mitteilung, die die Volksvertretung in dieser Angelegenheit dem Sicherheitsrat zu machen wünscht, zu übermitteln. Der Sicherheitsrat hat zu entscheiden, wenn der Regierende Rat Einwendungen gegen die Aufhebung von Verwaltungsmaßnahmen durch den Gouverneur erhebt, doch tritt letzteres nur ein, wenn der Gouverneur die Angelegenheit nach seinem Ermessen an den Sicherheitsrat weiterleitet.

Der Polizeidirektor darf weder jugoslawischer noch italienischer Staatsangehörigkeit sein und ist dem Regierenden Rat unmittelbar unterstellt. Der Gouverneur erhält regelmäßige Berichte vom Polizeidirektor.

### *Die Vorläufige Verwaltung*

Die Ermächtigungsurkunde läßt in Artikel 1 die zeitliche Abfolge der vorgesehenen Regelung erkennen. Bis zum Amtsantritt des Gouverneurs wird der Staat weiter von den Militärbehörden in deren jeweiligen Zonen verwaltet. Dann, als nächste Stufe, übernimmt der Gouverneur sein Amt an Hand der Vorläufigen Verwaltung, bis der Sicherheitsrat das Inkrafttreten des Endgültigen Statutes verfügt.

Artikel 5 setzt die Stärke der Truppen fest. Nach 90 Tagen müssen sie abgezogen werden. Allerdings kann der Gouverneur um eine Verlängerung von 45 Tagen ersuchen. Auch hier ist eine gewisse Parallele im österreichischen Staatsvertragsentwurf (Art. 33) zu erkennen. Der Gouverneur kann eine Vorläufige Regierung bilden und ist für die Durchführung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung verantwortlich. Er entwirft ein vorläufiges Budget; kann Gesetze und Verordnungen aufheben, aussetzen oder abändern. Neue Gesetze und Verordnungen kann er in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des vorläufigen Regierenden Rates einführen. Im ganzen gesehen dient die Vorläufige Verwaltung der Einsetzung der im Endgültigen Statut vorgesehenen Organe.

### *Die Bestimmungen über den Hafen*

Gemäß Artikel 34 des Statutes wird ein Freihafen eingerichtet. Im Artikel 1 des Hafenstatutes wird festgelegt, daß der Hafen und die Einrichtungen für den Durchgangsverkehr insbesondere Jugoslawiens, Italiens und der Staaten Mitteleuropas zu dienen haben. Der Freihafen ist eine staatliche Körperschaft mit der Eigenschaft einer juristischen Person. Handelsschiffen und Waren aller Länder wird unbeschränkter Zugang zum Freihafen gewährt. Die Behörden des Freistaates sind ermächtigt, Hafenabgaben zu erheben. In Verbindung mit der Einfuhr und der Ausfuhr sowie dem Durchgangsverkehr dürfen aber keine Zölle erhoben werden. Sonderzonen dürfen nicht errichtet werden, der Hafendirektor kann aber in Uebereinstimmung mit der Internationalen Kommission italienischen und jugoslawischen Schiffen das ausschließliche Recht zur Benützung von Liege- und Ankerplätzen in bestimmten Teilen des Frei-



hafenbereiches vorbehalten. Der Hafendirektor entwirft einen selbständigen Hauhaltsplan für den Freihafen, der von der Volksvertretung des Freistaates genehmigt werden muß, und erläßt Verfügungen und Verordnungen.

Artikel 35 des Endgültigen Statutes gewährt Triest und den Transitstaaten freien Durchgangsverkehr für den Eisenbahntransport aller Güter. Die Staaten verpflichten sich (Art. 16), keine Verordnungen zu erlassen und keine Abgaben zu erheben, die den Verkehr vom Freihafen künstlich zugunsten anderer Seehäfen abziehen. Eine Ausnahme machen nur die jugoslawischen Maßnahmen zur Hebung des Verkehrs in den Häfen im südlichen Jugoslawien. Der freie Durchgangsverkehr für den Eisenbahntransport aller Güter ist garantiert, d. h. also, daß Italien und Jugoslawien hinsichtlich ihrer Eisenbahnverbindungen zwischen Triest und Oesterreich nicht behindert sind. Die Verpflichtungen dieses Artikels würden für Deutschland, sobald es den Friedensvertrag mit Italien unterzeichnet, eine Hemmung im Konkurrenzkampf der Nordseehäfen gegen Triest darstellen.

Schließlich wird eine Internationale Kommission für den Freihafen eingesetzt, die aus Vertretern der vier Großmächte, der beiden Anrainer sowie Oesterreichs, der Schweiz, Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens besteht. Sie hat das Recht der Untersuchung und Ueberprüfung aller den Freihafen betreffenden Angelegenheiten.

#### *Eine Regelung sui generis*

Die im Endgültigen Statut vorgesehene Regelung hat wohl eine gewisse Aehnlichkeit mit anderen völkerrechtlichen Sonderformen, besitzt aber keine Parallelen. Die Neutralisation teilt sie mit der Schweiz und dem Staat der Vatikanstadt sowie mit dem projektierten Statut von Jerusalem. Der Völkerbundsrat besaß eine Kontrollfunktion über das Vertragsverhältnis zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, doch war Danzig eigener Souverän. Deutschland blieb Souverän des Saargebietes zwischen 1919 und 1935 trotz der Verwaltung durch den Völkerbund. Die Internationale Zone von Tanger ist Gebiet des Scherifischen Monarchen, die höchste Verwaltung, also das Coimperium, wird gemeinschaftlich von den Algeciras-Mächten ausgeübt. Der Völkerbund war Souverän der Mandatsgebiete, aber die Verwaltungsfunktionen wurden durch eine Mandatsmacht ausgeübt; ähnlich

verhält es sich mit dem derzeitigen Treuhandsystem der Vereinten Nationen. Bei Triest fehlt aber der Mandatar beziehungsweise der Treuhänder. Der Sicherheitsrat verwaltet selbst durch den Gouverneur. Der Regierende Rat und die Volksvertretung haben nicht genügend Macht, um Triest als eigenen souveränen Staat bezeichnen zu können, doch hat es zum Unterschied von den Treuhandgebieten beschränkte völkerrechtliche Handlungsfähigkeit. Daher ist der offizielle Name „Territorium“ durchaus berechtigt. Politisch gesehen fußte die Konstruktion des Endgültigen Statutes auf der Vorstellung von der einigen Welt, die von den Siegermächten gemeinsam geleitet wird. Der Gouverneur mit seinen ausgedehnten Machtbefugnissen, die vom Sicherheitsrat abhängen, ist Symbol dieses Weltkonzeptes. Ohne Einigkeit im Sicherheitsrat können Konflikte zwischen dem Gouverneur und der Volksvertretung beziehungsweise dem Regierenden Rat nicht gelöst werden, ja ohne diese Einigkeit kann der Gouverneur überhaupt nicht gewählt werden. Die Wahl aber ist die Voraussetzung nicht nur des Inkrafttretens des Endgültigen Statutes, sondern sogar der Vorläufigen Verwaltung. Auch das Inkrafttreten des Hafenstatutes hängt davon ab.

Als die Einigkeit der Siegermächte zerfiel, waren auch die Voraussetzungen für eine internationale Regelung in Triest nicht mehr gegeben. Der Gouverneur wurde nicht gewählt, weder das Endgültige Statut noch die Vorläufige Verwaltung noch das Hafenstatut traten jemals in Kraft. Die ganze Arbeit war umsonst. Es blieb bei dem ursprünglichen Stadium der Militärverwaltung. Knapp südlich und östlich von Triest verlief die Grenze zwischen der westlichen und der jugoslawischen Militärverwaltung. Aber eines war doch geschehen: Durch das Inkrafttreten des italienischen Friedensvertrages wurde der neue Staat *de jure* gegründet. Die Militärbehörden begannen als Organe des neuen Staates zu amtieren. Es entstand ein seltsames Gebilde, eine schemenhafte Konstruktion eines nur theoretischen Staates. So trat Triest in eine neue Phase seiner Entwicklung. Die Staatsfiktion widersprach im Laufe der kommenden Jahre immer mehr der Wirklichkeit. Dennoch existiert sie bis zum heutigen Tage weiter. Erst ein Abkommen der Signature des Friedensvertrages, dem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zustimmt, könnte diesen Geist eines Tages zum Erlöschen bringen.

#### Ein fiktiver Staat

„Triest würde den größten Teil seines Wertes an dem Tage verlieren, an welchem es von dem österreichischen und slawischen Hinterland abgetrennt und an Italien angegliedert würde.“  
(Der spätere italienische Staatspräsident, Luigi Einaudi, 1915)

In dem Augenblick, in dem Triest einer Entwicklung auf internationaler Basis als Symbol einer neuen Weltverfassung entgegenzugehen schien, war auch der Anfang für die Zerstörung dieses Werkes gesetzt worden. Es war klar, daß im Gouverneur die ganze Macht und damit der Einfluß von Ost oder West ver-

körpert schien. Großbritannien wollte die Macht über den Hafen auf keinen Fall aufgeben, da seine Position in Zentraleuropa weitgehend von der Kontrolle über den kürzesten Zufahrtsweg abhängt. Für die Sowjetunion wäre Triest der Ansatzpunkt eines Hebels gewesen, um die Dinge in Oesterreich und an der Adria

in ihrem Sinne beeinflussen zu können. So wurde die Entscheidung über den Gouverneur so lange aufgeschoben, bis Jugoslawien aus dem sowjetischen Machtssystem ausschied. Dadurch war eine gänzlich neue Situation gegeben: Während der Westen bis jetzt in Antagonismus zum östlichen Nachbarn Triests stand, begann ab nun Jugoslawien militärischen Wert für den Westen zu gewinnen. So entstand eine Chance für Jugoslawien. Aber diese wurde rasch durch die Bedeutung wettgemacht, die Italien im System einer Verteidigung des Mittelmeeres zukommen muß. Italien, umworbenes Mitglied der NATO, stellte als eine der wichtigsten Bedingungen seiner Mitarbeit die Rückkehr der Stadt. So wie die sowjetische Außenpolitik der Nachkriegszeit letzten Endes zum wirtschaftlichen, politischen und nun auch militärischen Aufstieg Westdeutschlands führte, so war auch Italien in der Lage, den Streit zwischen Ost und West zu seinen Gunsten zu verwerten. Es war rasch klar, daß man die Mitarbeit Italiens ohne die Opferung Triests nicht werden erhalten können. Es mußten aber Wege gefunden werden, um auch Jugoslawien nicht zu verärgern. Wie noch vor kurzem die internationale Lage Triest emporzuheben schien, so begann sie jetzt eine sehr gefährliche Entwicklung für die Stadt anzukündigen. Italien nützte die Situation mit Geschick und Energie aus. Am 2. Mai 1950 erklärte Ministerpräsident Alcide De Gasperi im Senat, daß es unmöglich wäre, eine von Herzen kommende Mitarbeit der Italiener im Rahmen des Atlantikpaktes zu gewährleisten, solange die Triester Frage keine befriedigende Lösung gefunden habe.

#### *Der zunehmende Einfluß Italiens*

Der britische Generalmajor Airey gab am 16. September 1947 offiziell die Bildung des Freistaates Triest bekannt und übernahm provisorisch die Befugnisse des Gouverneurs. Vorläufig sollten die Zonen A und B, deren Grenze knapp südlich und südöstlich der Stadt Triest verlief, von den Kommandeuren der alliierten beziehungsweise jugoslawischen Truppen verwaltet werden. Die nun beginnende Epoche läßt sich in vier Abschnitte einteilen, die alle durch das systematische und ständig intensiver werdende Unterhöhlen der Regelung des Friedensvertrages gekennzeichnet sind. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit bis zum 20. März 1948. Bereits am 9. März wurde der erste konkrete Schritt in dieser Entwicklung getan: durch den Alliierten Oberbefehlshaber im Freien Territorium und den italienischen Finanzminister, *Del Vecchio*, wurde in Rom ein Abkommen über die Finanzierung des Budgets und die Beibehaltung der Lira als Währung in der Zone A abgeschlossen. Am gleichen Tage wurde die Frage einer Einigung über die Person des Gouverneurs im Sicherheitsrat durch den Beschluß liquidiert, sie so lange offenzulassen, bis ein Mitglied des Sicherheitsrates ihre Wiederbehandlung beantragen sollte. Das wurde später von der Sowjetunion, allerdings vergeblich, versucht. Am

20. März veröffentlichten die drei Westmächte eine Erklärung, in der sie der Sowjetunion und Italien vorschlugen, einem Zusatzprotokoll zu dem italienischen Friedensvertrag zuzustimmen, durch das das gesamte Freie Territorium unter italienische Souveränität kommen sollte. Sie beschränkten sich also nicht auf die Zone A, behielten aber die Verbindung mit dem Sicherheitsrat durch den Antrag bei, ein entsprechendes Uebereinkommen der interessierten Mächte dem Sicherheitsrat zur Billigung zu übergeben. Damit hatte Italien einen ganz entschiedenen Vorsprung erreicht. Es hat sich bei allen kommenden Verhandlungen immer auf diese Erklärung berufen und die Westmächte zur Einhaltung ihres Vorschlages gedrängt. Ueber die Motive dieses Schrittes gibt es verschiedene Versionen. Daß er nur zur Beeinflussung der italienischen Wahlen gedient haben soll, ist wenig wahrscheinlich. Sicher ist aber, daß sich damit die Westmächte selbst in eine schwierige Position manövriert hatten. Zur gleichen Zeit begann die Hilfe für Triest im Rahmen des amerikanischen Auslandhilfegesetzes anzulaufen. Triest wurde zunächst mit 20 Millionen Dollar einbezogen; die Beträge steigerten sich dann so weit, daß ERP-Warenlieferungen pro Einwohner im Werte von 37,20 Dollar ergingen, das ist mehr als dreimal soviel wie für Italien.

Die zweite Etappe schließt mit einem innerpolitischen Ereignis, den Wahlen vom 12. Juni 1949. Zuvor wurde aber noch eine Reihe von Schritten in Richtung der Assozierung mit Italien gesetzt. Nach einer Erklärung des Oberbefehlshabers ist durch das Wirtschaftsabkommen vom 9. März 1948 Triest wirtschaftlich an Italien angeschlossen worden. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Verwaltung ging auf Rom über. Im April wurde als nächster Schritt die Vorkontrolle der Militärregierung durch ein nachträgliches Kontrollrecht ersetzt. Die beiden Räte der Stadt erledigten die laufenden Angelegenheiten selbständig. Am 26. Juni 1948 wurde bestimmt, daß der Präsident der Zone A in Zukunft Funktionen entsprechend einem italienischen Präfekten einer Provinz ausüben werde. Der bestehende Zonenrat wurde durch eine Administrative Vereinigung ersetzt, die sich aus Beamten und vom Zonenpräsidenten benannten Persönlichkeiten zusammensetzt. Der Triester Gemeindepräsident, nunmehr Sindaco genannt, entspricht genau einem italienischen Bürgermeister. Die Militärregierung behielt sich nur vor, Entscheidungen der Behörden abzuändern oder aufzuheben. Italien begann die Zone A wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen. Am 28. Dezember 1948 wurde ein Abkommen über die Ausdehnung italienischer Handelsverträge auf die Zone A vereinbart.

#### *Die Ergebnisse der Wahlen*

Am 12. Juni 1949 wurden die ersten freien Wahlen abgehalten. Bei ihnen erhielten die italienfreundlichen Parteien 64,7 vH der Stimmen, wozu mit 1,7 vH die nichtkommunistische Slowenische Demo-



kratische Union kam. Unter den italienischen Parteien führten die Christlichen Demokraten mit 39,1 vH als überhaupt stärkste Partei. Es folgten die Sozialdemokraten (Saragat), die Republikaner, der Italienische Block, die Liberalen und der MSI. Die Kommunistische Partei, deren Politik eine Sonderstellung bezog, erhielt 21,1 vH. Mit 11,1 vH gingen die drei Parteien (Unabhängige Front, Unabhängiger Triester Block, Unabhängige Republikanische Bewegung) aus den Wahlen, die für die Selbständigkeit des Freien Territoriums eintraten, ein höherer Prozentsatz, als man ursprünglich angenommen hatte. Für den Anschluß an Jugoslawien trat nur die italienisch-slowenische Volksfront (2,4 vH) ein. Ein Jahr später, am 17. April 1950, fanden Wahlen in der Zone B statt, bei der 89,4 vH für die Volksfront stimmten.

Am 25. und 26. Mai 1952 fanden nochmals Wahlen in der Zone A statt, bei der die für Italien eintretenden Parteien 62 vH, also unwesentlich weniger als 1949, erhielten. Wieder waren die Christlichen Demokraten, diesmal mit 32,5 vH, führend. Unbedeutende Fortschritte machten die Republikaner und Liberalen, der MSI konnte sich aber fast verdoppeln. Die Kommunisten hatten einen leichten Rückgang. Die Autonomisten erreichten fast 15 vH der Stimmen. Daraus ist ersichtlich, daß das politische Votum vom April 1949 offensichtlich der Struktur der Bevölkerung entsprach. Zirka zwei Drittel der Einwohnerschaft der Zone A, vor allem im Zentrum der Stadt massiert, sind Italiener und aus nationalen Gründen für den Anschluß an Italien. Die Kommunisten schwankten, je nach ihren internationalen Verpflichtungen, während die Autonomisten eine zwar leicht ansteigende, aber dennoch nicht bedeutende Minderheit darstellen. Sicherlich wird das Ergebnis durch die Einbeziehung zugewanderter Italiener seit dem Ersten Weltkrieg verfälscht. Aber diese Korrektur dürfte nicht entscheidend und überdies eine Ausschaltung dieser Gruppe nicht möglich sein.

### *Italien übernimmt die Verwaltung*

Die dritte Etappe schließt mit dem 11. Mai 1952, an dem Italien die Zivilverwaltung in der Zone A übernahm. In der Zwischenzeit fanden fortlaufend Verhandlungen zwischen den Westmächten und Italien einerseits, dann aber langsam beginnend auch zwischen Italien und Jugoslawien statt. Letztere scheiterten an dem Willen Italiens, die Situation entsprechend den Versicherungen der Westmächte vom Jahre 1948 herzustellen, also das ganze Freie Territorium Italien einzugliedern. Verschiedene Vorschläge des Marschalls *Tito*, wie beispielsweise ein italienisch-jugoslawisches Condominium, wurden aus diesen Erwägungen abgelehnt. Es war vorauszusehen, daß Jugoslawien in der Zone B ähnliche Schritte, wie die Alliierten in der Zone A, unternehmen würde. Tatsächlich wurde am 8. Juli 1949 der jugoslawische Dinar in der Zone B als einziges Zahlungsmittel eingeführt. Im März des folgenden Jahres beseitigte die

jugoslawische Militärverwaltung die Zollschränken zwischen der Zone B und Jugoslawien.

Die Sowjetunion stand nunmehr als einziger Partner auf der Basis der friedensvertraglichen Regelung. Im Notenaustausch mit den Westmächten wurde dies mehrmals betont und gegen die einseitigen Maßnahmen protestiert. Aber auch Jugoslawien war gegen die sowjetische Einstellung, da es darin den totalen Verlust des Gebietes „an die Großmächte“ erblickte. Keine Nachkriegsregelung wurde so rasch und so gerne aufgegeben wie die projektierte Eigenstaatlichkeit von Triest. Einen mehrmaligen italienischen Vorschlag zur Abhaltung einer Volksabstimmung lehnten die Jugoslawen mit der Begründung der Wahlverfälschung durch Zuwanderung ab. Der wahre Grund war aber die Befürchtung, damit jeden Anspruch auf eine Mitentscheidung über die Stadt Triest zu verlieren.

Inzwischen hatte sich die Situation in Triest immer mehr zugespitzt. Die Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien, die nach mehrfachen Unterbrechungen auf Initiative des Westens immer von neuem aufgenommen wurden, erlitten einen starken Rückschlag durch Kundgebungen und Unruhen, die im März 1952 von italienischen Nationalisten in Triest verursacht wurden. Sie wurden allerdings vom neuen Chef der britisch-amerikanischen Militärregierung, dem britischen General Sir John *Winterton*, energisch unterdrückt. Daran schloß sich einerseits ein Proteststreik, andererseits eine langwierige diplomatische Fehde zwischen Italien und Jugoslawien. Schließlich wurde am 9. Mai 1952 die gesamte Zivilverwaltung in der Zone A ohne Präjudiz für eine definitive Lösung des Problems und unter Wahrung der Kontrollrechte des Oberkommandierenden an die Italiener übertragen. Es wurde ein italienischer politischer Berater durch die italienische Regierung ernannt, der die gleiche Stellung wie die politischen Berater Großbritanniens und der Vereinigten Staaten hatte. Ebenso erhielt die italienische Regierung das Recht, einen Oberdirektor der Verwaltung vorzuschlagen, der dem Oberkommandierenden verantwortlich ist und praktisch die ganze Zivilverwaltung leitet. Zu seiner Verfügung wurde eine Direktion des Innern und eine Direktion der Wirtschaft und Finanzen gebildet. So war zweifellos die Kritik berechtigt, daß hiermit der Friedensvertrag, wenigstens dem Sinne nach, verletzt wurde. Jugoslawien antwortete am 15. Mai mit einem parallelen Schritt: die Leitung sämtlicher Finanzangelegenheiten in der Zone B wurde der jugoslawischen Bundesbank übertragen, alle Reisebeschränkungen für Einwohner in der Zone B nach Jugoslawien aufgehoben, das Istrianische Volkskomitee aufgelöst und zwei Zonen, eine kroatische und eine slowenische, mit entsprechenden politischen Beratern gebildet. Am 28. September wurden 14 Verordnungen über die Ausdehnung der jugoslawischen Gesetzgebung auf die Zone B veröffentlicht. Die jugosla-

wische Gesetzgebung wurde auf dem gesamten Gebiete des Strafrechtes und des Strafprozesses, des Zivilrechtes, des Handels-, Schifffahrts- und Sozialrechtes sowie der Gemeindeverfassungen eingeführt.

#### *Einigung auf Grund der Vorschläge Titos*

Somit waren die beiden Zonen wirtschaftlich und administrativ völlig mit ihren Nachbarländern vereinigt. Für die Zone B traf dies auch in militärischer Hinsicht zu. Es lag daher durchaus in einer logischen Entwicklungslinie, wenn die 4. Etappe mit einem Abkommen über den Abzug der alliierten Truppen am 18. Oktober 1953 endete. Am 16. Juli 1952 wurde der italienische Oberdirektor, Giovanni Vitelli, ernannt. Zu Beginn des Jahres 1953 machte Jugoslawien den Vorschlag für eine entsprechende Kompensation, einen Zugang zum Meer, den die Volksrepublik Slowenien bei Triest erhalten solle. Italien lehnte ab. Es wäre damals wahrscheinlich möglich gewesen, zu einer Einigung der beiden hauptbetroffenen Staaten zu kommen, wenn nicht die Situation durch die am 8. Oktober erfolgte amtliche Erklärung über die Zurückziehung der alliierten Truppen aus der Zone A gekommen wäre. Jugoslawien protestierte heftig, und es wäre zweifellos zu einem Zusammenstoß der Truppen gekommen, wenn italienisches Militär in die Zone A einmarschiert wäre. Da aber die Westmächte

kein militärisches Vakuum wollten, sind dennoch alliierte Truppen bis Ende 1954 in Triest geblieben. Am 10. Oktober machte aber Marschall Tito einen bedeutsamen Lösungsvorschlag, der dann in den Grundzügen im Laufe der kommenden Monate angenommen wurde: im Freien Territorium sollten zwei „autonome“ Bezirke geschaffen werden. Italien sollte jenen Teil erhalten, der nach dem früheren jugoslawischen Vorschlag internationalisiert werden sollte. Dieses Gebiet sollte bei Wahrung der Minderheitsrechte unter italienische Souveränität kommen; das gleiche sollte für die Zone B gegenüber Jugoslawien gelten. Jugoslawien machte auch den Vorschlag einer Viererkonferenz. Schließlich präzisierte Tito am 11. Mai 1954 seinen Vorschlag noch dahingehend, daß das Freie Territorium gänzlich aufgelöst werden solle. Die Westmächte mußten die italienisch-jugoslawische Grenze garantieren und den Ausbau des Hafens von Kopar sowie einer Zufahrtstraße und Bahn übernehmen. Der Sicherheitsrat müsse diesem Plan seine Zustimmung geben. Obwohl Italien neuerlich ablehnte, ist man schließlich auf dieser Basis zu einer Lösung gekommen.

So endete am 5. Oktober 1954 diese Periode Triestiner Geschichte mit dem endgültigen Zusammenbruch der internationalen Lösung und der Rückkehr zur nationalen Aufgliederung des Gebietes.

#### Das Verständigungsmemorandum

Das Memorandum über die Verständigung zwischen den Regierungen Italiens, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens, betreffend das Freie Territorium von Triest, wurde am 5. Oktober 1954 in London durch den italienischen Vertreter, Manlio Brosio, und den jugoslawischen Vertreter, Dr. Vladimir Velebit, sowie die Unterhändler der beiden Großmächte unterzeichnet. Die Signaturen lauteten: „M. Br.“ und „V. V.“. Mit vollem Namen werden in der diplomatischen Usance nur Verträge unterzeichnet, die Hoheitsrechte übertragen, mit einer Paraphe jedoch solche, die Verwaltungsbefugnisse betreffen. Durch dieses formale Kennzeichen haben die Vertragsschließenden deutlich auf den Umstand verwiesen, daß sich an der Souveränität über das in Rede stehende Gebiet nichts geändert hat. Mit Recht weist daher der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im jugoslawischen Parlament, Vladimir Popović, darauf hin, daß das Freie Territorium de jure nicht erloschen ist. „Weder die jugoslawische noch die italienische Souveränität werden auf das Freie Territorium von Triest ausgedehnt.“ Eine Auflösung des Freien Territoriums, verbunden mit einem Wandel der Souveränität, benötigt die Ratifikation aller Signatare des italienischen Friedensvertrages. Im Kern bestanden bis jetzt die Militärverwaltungen weiter, obwohl unter ihrer obersten Kontrolle Zivilverwaltungen arbeiteten. Von nun an werden die Zivilverwaltungen keine Militärverwal-

tungen über sich haben. Die Situation wird also nur in dem Sinne geändert, als das ursprüngliche, als vorübergehend angesehene Stadium vor der Einsetzung der Vorläufigen Verwaltung in eine variierte Dauerlösung umgewandelt wird, ohne daß dabei de jure auf die spätere Errichtung einer Vorläufigen Verwaltung und des Endgültigen Statuts verzichtet worden wäre. Die Verknüpfung mit dem Friedensvertrag wird auch durch den Passus 9 des Memorandums ersichtlich, der die Vorlage des Memorandums an den Sicherheitsrat verfügt. Dies ist insbesondere aus der Ueberlegung berechtigt, daß die Diskrepanz zwischen einem nur als nudum jus existierenden Staat und der politischen Realität ein Ausmaß erreicht hat, das von dem theoretischen Souverän, nämlich den durch den Sicherheitsrat vertretenen Vereinten Nationen, nicht ignoriert werden kann. Bei der Frage, worin überhaupt noch ein etwa sichtbares Kennzeichen der Souveränität übriggeblieben ist, müßte man parallele Fälle eines nudum jus heranziehen: die Souveränität der panamanischen Republik über die Panama-Kanal-Zone würde erst in dem Augenblick ersichtlich werden, in dem die Vereinigten Staaten von Amerika die Zone an ein anderes Völkerrechtssubjekt zedieren wollten. Da man nicht etwas zedieren kann, was einem nicht gehört, würde in diesem einzigen Falle das unumschränkte Verfügungsrecht der USA seine Grenzen finden. Etwas Ähnliches liegt auch im Falle Triest vor. Nach der gegenwärtigen Regelung



können Italien und Jugoslawien alles mit den ehemaligen Zonen A und B machen, soweit sie nicht durch das vorliegende Memorandum zu bestimmten Einhaltungen verpflichtet sind, aber sie können nicht die in Rede stehenden Gebiete an einen anderen Staat zedieren. In diesem Sinne besteht das Freie Territorium noch weiter.

Im einzelnen wird eine Grenzberichtigung südlich der Ortschaften Lazzaretto, Muggia und Noghera durchgeführt. Es handelt sich um ein Gebiet von 11,5 qkm mit rund 3000 Einwohnern auf der Halbinsel Milje. Diese Zonenveränderung ist mit dem Friedensvertrag durchaus vereinbar, da letzterer nur die Grenzen des Freien Territoriums gegenüber Italien und Jugoslawien festlegt. Das Gebiet hat keine praktische Bedeutung, so daß in der Veränderung mehr die Erfüllung eines moralischen Postulates zu erblicken ist. Der Abschluß eines Abkommens über die Regulierung des kleinen Grenzverkehrs einschließlich Erleichterungen für den Verkehr der Bevölkerung aus den Grenzgebieten zu Wasser und zu Land über die Grenze zur Herstellung einer normalen Handelstätigkeit ist vorgesehen. Für die Rechte der beiderseitigen Minderheiten ist durch ein eigenes Statut in umfassender Form gesorgt. Dieses basiert auf der allgemeinen Erklärung über die Menschenrechte in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Der Grundsatz der Gleichheit ist konsequent durchgeführt, wobei eine Ergänzung in Richtung des Schutzes des Volkstums ausdrücklich betont ist. Dabei ist zu erinnern, daß ein derartiger Volkstumsschutz bereits im österreichischen Staatsgrundgesetz 1869, das auch für diese Gebiete gegolten hat, zu finden ist. Ähnlich der Regelung für die Autonomie Südtirols wird auch hier der freie Gebrauch der Sprache ausdrücklich hervorgehoben. Die Angehörigen der betreffenden Volksgruppe haben das Recht, von den Behörden Antwort in der gleichen Sprache zu erhalten. In der Praxis wird gerade diese Bestimmung, beispielsweise in Südtirol, sehr häufig übergangen.

Eine Volkstumsgruppe ist bereits bei einem Anteil von einem Viertel der Bevölkerung gegeben. Diese Bestimmung ist ein Fortschritt gegenüber dem Südtiroler Statut, ebenso die Errichtung eines gemischten jugoslawisch-italienischen Ausschusses zum Zwecke der Unterstützung und der Konsolidierung über Probleme des Volkstumsschutzes.

Die italienische Regierung verpflichtet sich, den Freihafen Triest in Uebereinstimmung mit Anlage VIII des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten. Allerdings ist diese Uebereinstimmung nur „allgemein“ und bezieht sich ausdrücklich nur auf die Artikel 1—20 des Freihafenstatutes. Damit verpflichtet sich Italien zur Einhaltung von Bedingungen, die den Verkehr, abgesehen von Jugoslawien und Italien, vor allem nach den Staaten Mitteleuropas ermöglichen. Unbeschränkter Zugang zum Freihafen und die Befreiung von Zollabgaben muß nach wie vor gewährt werden. Das gleiche gilt für den freien Durchgangsverkehr für den Eisenbahntransport. Nicht aber hat sich Italien zu der Errichtung einer Internationalen Kommission für den Freihafen, wie sie in den Artikeln 21—23 des Hafenstatutes niedergelegt ist, verpflichtet. Dabei wirft sich allerdings die Frage auf, ob diese Verpflichtung nicht einfach deswegen weiterbesteht, weil ja auch der Friedensvertrag nach wie vor in Kraft ist. Allerdings setzt das Freihafenstatut die Inkraftsetzung des Endgültigen Statutes voraus. In einem Notenaustausch zwischen *Brosio* und *Velebit* verpflichtet sich Italien, eine Konferenz der „interessierten Länder“ zur Ausarbeitung eines Freihafenstatutes einzuberufen. Daraus ist erkenntlich, daß die Signature des Memorandums die Inkraftsetzung eines neuen Freihafenstatutes, unabhängig von den übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages, wünschen. Demnach wäre also Italien nur verpflichtet, eine Internationale Kommission zu gestatten, wenn das Endgültige Statut in Kraft wäre. Nach dem Memorandum wird diese Frage anläßlich der einzuberufenden Konferenz entschieden werden müssen.

### Österreich und Triest

Der seinerzeitige britische Oberkommandierende *Airey* hat erklärt, daß Triest weder politisch noch wirtschaftlich lebensfähig sei. Er verwies dabei besonders auf die mangelnde Initiative Mitteleuropas zur Unterstützung des Hafens. Damit ist hauptsächlich Oesterreich gemeint, wobei aber allerdings zu untersuchen ist, warum sich dieser Zustand entwickelte. Es wurde schon erwähnt, daß die ERP-Lieferungen den Hauptbestandteil der wirtschaftlichen Tätigkeit im Hafen Triest in der Nachkriegszeit ausmachten. Die maßgeblichen Kreise der Stadt machten in ihren Bestrebungen, sich den österreichischen Partner zu erhalten, zunächst den großen Fehler, bei den Besatzungsmächten in Oesterreich in Richtung einer Ausschaltung der Konkurrenz der

Nordseehäfen zu intervenieren. Als sich diese Methode als ungeeignet erwies, versuchte Triest, den freien Wettbewerb der Häfen durch eine Vereinbarung über ein Transportkartell zu unterbinden. Es kam, kurz gesagt, zur Errichtung des „Zweckverbandes zur Regelung des eisenbahntarifarischen Wettbewerbs im Güterverkehr der deutschen Nordseehäfen und italienischen Adria Häfen“. Dadurch wurde Oesterreich in eine sehr nachteilige Position versetzt. Wenn Italien beispielsweise Durchfuhrtarife, die 50 vH über den Binnentarifen lagen, durch Einführung eines Transitfrachtzuschlages zum Nachteil von Triest verrechnete, so löste dies eine Kettenreaktion auch auf die Tarife zu den deutschen und Beneluxhäfen aus. Der Ueberseetarif Oesterreich und Triest

(ÖTÜ) war Ausgangstarif für den deutschen und österreichischen Seehafentarif (DÖS), dieser für den belgischen und österreichischen (BÖS) und schließlich für den niederländisch-österreichischen (NÖS). Die Frachtsätze für den Eisenbahntransport österreichischer Handelsgüter von beziehungsweise nach den deutschen Nordseehäfen waren um mindestens 17 vH über den für Triest gültigen Gesetzen festgelegt. So versuchte Triest zum zweiten Male, mit Gewalt den österreichischen Kunden zu binden. Diese Blockade endete mit dem 1. Januar 1953, als Westdeutschland den Zweckverband kündigte. Damit wurde eine Situation beendet, durch die Oesterreich unter falscher Ausnützung der Tradition verpflichtet wurde, einen nicht vollleistungsfähigen Hafen zu alimentieren. Seit damals besteht eine größere Freizügigkeit in der Ausnutzung der verschiedenen für Oesterreich in Betracht kommenden Häfen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Hafens und speziell die Rolle Oesterreichs ist aus den folgenden Statistiken ersichtlich:

#### I. Eisenbahnverkehr 1952

in Tonnen

Land	Einfuhr	Ausfuhr	Total
Zone A . . . . .	5 891	5 873	11 764
Oesterreich . . . . .	506 179	1 519 663	2 025 842
ČSR . . . . .	102 975	16 894	119 869
Italien . . . . .	138 186	280 735	418 921
Jugoslawien . . . . .	70 446	17 980	88 426
Ungarn . . . . .	15 790	27 121	42 911
Deutschland . . . . .	19 197	75 444	94 641
Polen . . . . .	372	2	374
Schweiz . . . . .	1 217	5 224	6 441
Andere Staaten . . . . .	10 964	807	11 771
	871 217	1 949 743	2 820 960

#### II. Schiffsverkehr 1952

in Tonnen

Land	Einfuhr	Ausfuhr	Total
Italien . . . . .	277 801	247 095	524 896
Jugoslawien . . . . .	13 619	354	13 973
Zone A . . . . .	37 092	—	37 092
Niederlande . . . . .	66 991	—	66 991
Griechenland . . . . .	83 183	60 730	143 913
USA . . . . .	1 162 417	59 955	1 222 372
Syrien u. Libanon . . . . .	699 388	30 392	729 780
Türkei . . . . .	139 691	96 606	236 297
Kanada . . . . .	107 800	—	107 800
Argentinien . . . . .	62 811	17 747	80 558
Venezuela . . . . .	59 073	—	59 073
Algerien . . . . .	54 975	—	54 975
Spanien . . . . .	46 184	—	46 184
Spanisch-Marokko . . . . .	40 234	—	40 234
Niederländ. Antillen . . . . .	34 909	—	34 909
Indien . . . . .	29 399	39 448	68 847
Aegypten . . . . .	26 544	98 423	124 967
Südafrika . . . . .	21 925	18 572	40 497
Andere Staaten . . . . .	155 702	274 330	430 032
	3 119 738	943 652	4 063 390

1953 betrug die Gesamttonnage des österreichischen Warenverkehrs von und nach Triest 1 408 000

Tonnen, die aller übrigen Staaten nur 590 127 Tonnen. Das bedeutet zwar noch immer zwei Drittel des gesamten Handels, aber dennoch eine Abnahme gegenüber den Jahren unmittelbar vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, als Oesterreich vier Fünftel des Gesamtumschlages versorgte.

Einen Vergleich des österreichischen Anteiles gibt folgende Aufstellung:

#### III. Gesamtumschlag in Tonnen

	1943	1949	1950	1951
Import . . . . .	1 328 794	1 590 408	1 225 471	1 578 564
davon nach Oesterreich . . . . .	1 035 276	1 286 902	982 698	1 298 243
Anteil Oesterreichs in % . . . . .	77	80	80	82
Export . . . . .	335 421	663 264	915 078	843 200
davon aus Oesterreich . . . . .	165 715	433 014	727 657	544 631
Anteil Oesterreichs in % . . . . .	49	65	79	64

Aber langsam beginnt sich der Schwerpunkt nach anderen Häfen zu verlagern, besonders nach Bremen:

#### IV. Häfen

		Oesterr. Exporte in t	Oesterr. Importe in t	Zusammen in t	%
Triest	1953	540 460	867 173	1 407 633	55,3
	1952	506 000	1 520 000	2 026 000	63,7
Bremen	1953	599 235	203 336	807 571	31,7
	1952	350 420	469 619	820 039	25,8
Hamburg	1953	155 909	62 818	218 727	8,6
	1952	95 660	94 468	190 128	6,0
Fiume (Rijeka)	1953	27 842	7 597	35 439	1,4
	1952	—	—	6 000	0,2
Rotterdam	1953	18 209	17 179	35 388	1,4
	1952	32 649	53 369	86 018	2,7
Antwerpen	1953	13 281	8 051	21 332	0,9
	1952	3 737	29 476	33 213	1,0
Amsterdam	1953	8 456	10 136	18 592	0,7
	1952	9 398	8 983	18 381	0,6
Zusammen	1953	1 363 392	1 181 290	2 544 682	100,0
	1952	997 864	2 175 915	3 179 779	100,0

Die Ursache liegt in dem intensiven Bemühen insbesondere der deutschen Häfen, den mitteleuropäischen Handel an sich zu ziehen. Aber mindestens ebenso wichtig ist die mangelnde Kapazität Triests in der Schifffahrt. Die Schiffsabfahrten im Jahre 1953 geben folgendes Bild:

#### V.

Rotterdam . . . . .	16 301	Abfahrten
Amsterdam . . . . .	12 883	„
Hamburg . . . . .	12 181	„
Genua . . . . .	4 990	„
Triest . . . . .	2 100	„

Für Triest besteht aber nicht nur eine intensive Konkurrenz der deutschen Nordseehäfen und der Beneluxhäfen; auch die italienischen Häfen, vor allem Venedig und Genua, aber auch Ancona und Livorno,



suchen Triest in den Hintergrund zu drängen. Auf die Dauer wird aber Rijeka der schwerste Konkurrent werden. Jugoslawien macht jede erdenkliche Anstrengung, Rijeka auszubauen und den Handel zu intensivieren. Die Kapazität des Hafens umfaßt 150 000 qm gedeckte und 40 000 qm offene Ladefläche. Rijeka ist derzeit der größte Holzumschlagplatz der Adria, die Umschlagleistung für Holz hat 100 Tonnen täglich überschritten, für Getreide beträgt sie 1000 Tonnen, für Kohle 1500 Tonnen; der Gesamtumschlag 1953 umfaßt 5 Millionen Tonnen. Der Forfeit-Satz bietet dem österreichischen Export und Import größere Vorteile als Triest. Der langsame Rückgang der Bedeutung Triests für Oesterreich ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Hafen	VI. in Prozenten		
	1951	1952	1953
Triest . . . .	71	63	55
Hamburg . . .	1,8	6	8
Bremen . . . .	3	26	31
Rotterdam . .	1,3	2,7	1,4
Amsterdam . .	1,3	0,6	0,7
Antwerpen . .	0,7	1,0	0,9
Rijeka . . . .	—	—	1,4

Der Export über Rijeka stieg im Jahre 1954 auf 185 vH gegenüber 1953, er fiel aber über Bremen auf ungefähr die Hälfte, was mit dem allgemeinen Rückgang des Transitverkehrs über diesen Hafen zusammenhängt. Als Ausgleich stieg der Transit über Hamburg um 41 vH.

### Die Zukunft

Das nationale Prinzip hat wieder gesiegt. Die Mächte haben sich geeinigt, der Weg für eine militärische Zusammenarbeit in der Adria und zwischen Italien und Jugoslawien ist frei, Europa ist von einem Streitpunkt erlöst: das Opfer aber ist Triest. Die Lage nach dem Memorandum ist schlechter als jemals zuvor: die italienischen Häfen haben kein Interesse, Triest hochkommen zu lassen. Wie lange die italienischen Steuerzahler mit Milliarden Lire den fernen Hafen im Nordosten subventionieren werden, ist ungewiß. Die Bedeutung der Nordseehäfen wächst. Die deutschen Kanäle, die das Rhein- und Nordseegebiet mit den Donauländern verbinden sollen, sind im raschen Ausbau. Die rheinische Hochseeschifffahrt nähert sich dem Bodensee. Die Donauschifffahrt ist in der letzten Zeit für Oesterreich frei geworden. Rijeka ist im raschen Aufschwung; seine Verbindung zu Oesterreich wird voraussichtlich ausgebaut werden. Es ist nicht zu leugnen: Triest wird überrundet und zurückgedrängt. In dieser Situation müßte es im Interesse Italiens liegen, alles zu tun, um dem einzigen Staat, der Triest retten kann, Oesterreich, in jeder erdenklichen Form entgegenzukommen. Das aber vereitelt der italienische Nationalismus. Oesterreich verlangt, daß es die gleichen Rechte behält, wie sie durch den italienischen Friedensvertrag zugesichert wurden: Mitspracherecht in der Verwaltung des Hafens, wesentliche Garantien und Erleichterungen im Durchgangsverkehr und in den gesamten Handelsmodalitäten, Möglichkeit zur Errichtung österreichischer Schifffahrtslinien. Ein starkes Engagement Oesterreichs im Handel über Triest verlangt einen Einfluß auf die Hafenverwaltung. In diesem Sinne hat die österreichische Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft ein Memorandum ausgearbeitet, das folgende Forderungen enthält:

1. Oesterreich erwartet eine Einladung Italiens, sich an der Hafenverwaltung von Triest zu beteiligen. Eine solche Beteiligung erscheint aber nur dann vorteilhaft, wenn Oesterreich keine wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen eingehen muß. Durch die Ueber-

nahme solcher Verpflichtungen bestünde die Gefahr, daß der österreichische Handel die Vorteile, die ihm aus der Konkurrenz zwischen den nördlichen Häfen und dem Triester Hafen erwachsen sind, verlieren würde.

2. Oesterreich wünscht im Hafen Triest, ohne Rücksicht darauf, ob Triest ein Freihafenstatut erhält oder nicht, ein Zollfreilager. Ein Zollfreilager sollte ausschließlich einer österreichischen Kontrolle unterstehen und könnte einen österreichischen Transithandel beleben.
3. Der derzeit geltende Transittarifzuschlag ist außer Kraft zu setzen. Da die Entfernungen Oesterreich—Triest rund die Hälfte der Wegstrecke Oesterreich—Hamburg oder Bremen betragen, muß Italien einen neuen Transittarif in Anwendung bringen, der diesen Verhältnissen Rechnung trägt. Auch im Straßenverkehr für Lastkraftwagen müßte Italien Erleichterungen gewähren, vor allem muß es darauf verzichten, für jeden einzelnen Transport die Einholung einer gesonderten Bewilligung von Rom oder von den peripheren Genehmigungsbehörden zu verlangen.
4. Der Triester Hafen selbst muß seine gesamten Umschlaggebühren ermäßigen, insbesondere ist die erst seit kurzem in Anrechnung gebrachte zehnprozentige Warenumsatzsteuer für Dienstleistungen wieder in Fortfall zu bringen. Eine Regelung in der Verrechnung der Ueberstunden erscheint ebenfalls notwendig. Mit Rücksicht auf die unzureichende Schifffahrliniendichte ist die Festlegung einer lagergeldfreien Frist in größerem Umfang als bisher erforderlich. Eine Rationalisierung der Hafeneinrichtungen für Ver- und Entladung, insbesondere eine entsprechende Kohlensortieranlage, die es der österreichischen Industrie gestattet, überseeische Kohle über Triest zu beziehen, würde dem österreichischen Ueberseehandel einen weiteren Anreiz bieten.
5. Italien muß danach trachten, eine Ermäßigung der Seeraten zu erreichen, damit für Verschiffungen über Triest keinesfalls höhere Seeraten als mit anderen europäischen Häfen festgesetzt werden. Darüber hinaus liegt es im Interesse sowohl der Triester Hafens als auch des europäischen Ueberseehandels, Vorzugsraten im Verkehr über Triest zu erhalten.

6. Um Oesterreich mehr am Hafen von Triest zu interessieren, müßte Italien Oesterreich zusichern, daß österreichische Ansuchen um Gewerbeberechtigung in Triest bevorzugt behandelt werden; weiters, daß österreichische Firmen zur Offertstellung bei öffentlichen Ausschreibungen in Triest, sei es bei den Magazzini Generali, den Werften, im Industriehafen usw., zugelassen und daß österreichische Firmen mit nationalen Firmen bei Offertstellungen an die Schiffsverwerften gleichgestellt werden.

*Die österreichischen und jugoslawischen Forderungen*

In wesentlicher Uebereinstimmung damit hat die österreichische Regierung Italien eine Forderungsliste überreicht, die aus 11 Punkten besteht:

1. Einräumung eines entsprechenden Einflusses auf die Hafenverwaltung.
2. Ungehinderter und unkontrollierter Transitverkehr für alle Güter von, nach und über Oesterreich.
3. Ausbau des Hafens von Triest entsprechend den Erfordernissen des Warenumschlages für Oesterreich.
4. Maßnahmen der zuständigen italienischen Behörden zur Verbilligung und Beschleunigung des österreichischen Warenverkehrs.
5. Bevorzugte Behandlung österreichischer Staatsbürger bei der Erteilung von Gewerbeberechtigungen und bei der Vergebung von öffentlichen Ausschreibungen.
6. Zuerkennung von bevorzugten Spezialtarifen auf den italienischen Staatsbahnen für Güter aus beziehungsweise nach Oesterreich sowie Transitgüter durch Oesterreich nach und von Triest-Uebersee.
7. Verpflichtung der italienischen Regierung, keine Absprachen über die Höhe der Eisenbahntarife für österreichische Güter nach anderen Verschiffungshäfen mit dritten Ländern ohne die österreichische Zustimmung zu treffen.
8. Verbesserung des Personen- und Gütereisenbahnverkehrs zwischen Oesterreich und Triest.
9. Einflußnahme der italienischen Regierung auf die italienischen Reedereien bei Seefracht-Konferenzen wegen Senkung der Frachtraten in verschiedenen Relationen sowie Maßnahmen zur Vermehrung der Abfahrten im Hafen von Triest, im Hinblick auf die Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft.

10. Senkung der Hafen- und Umschlagsgebühren sowie der Lager-, Liege- und Wagenstandsgelder.

11. Gewährung des Rechtes, Triest als Ausrüstungs- und Heimathafen für Schiffe unter österreichischer Flagge zu benützen und österreichische Schifffahrtslinien von Triest aus zu betreiben.

Abgesehen vom ersten Punkt, scheint Italien geneigt zu sein, über diese Forderungen zu verhandeln. Während aber diese einen schleppenden Gang nahmen, steht Jugoslawien auf dem Standpunkt, daß die vorgesehene internationale Konferenz möglichst bald stattfinden und der Vorberatung eines Freihafenstatutes dienen sollte. Das Statut müsse einen unbehinderten Zugang nach Triest für das ganze Hinterland bringen; die wirtschaftlichen Interessen der Anrainerländer müßten völlig gewahrt bleiben. In irgendeiner Form müsse der Gedanke der Internationalen Kommission mit beratendem und teilweise auch beschließendem Charakter wieder aufgegriffen werden.

Italien möchte unbeschränkter Herr über Triest bleiben. Es steht daher jeder Form der Internationalisierung ablehnend gegenüber. Ohne Entgegenkommen gegenüber den mitteleuropäischen Staaten wird aber eine Lösung, die Triest wenigstens die Aufrechterhaltung der derzeitigen Lebensmöglichkeiten garantiert, nicht möglich sein. Der integrale nationale Standpunkt wird seine Konzessionen machen müssen. Sollte das nicht eintreten, wird die Bedeutung Triests zwar langsam, aber unaufhaltsam zurückgehen. In der Bucht von Kotor im südlichen Dalmatien kann man heute noch die Ruinen einer alten Stadt sehen. Es war der einstige bedeutende Hafenplatz Perast, der immer mehr verfiel, bis er schließlich verödete und nur mehr wenige Menschen in den einsamen Ruinen hausen. Ob Triest dieses Schicksal eines Tages erleiden wird, wird davon abhängen, ob Europa lernen wird, vom ungezügelten Nationalismus loszukommen und die gesamteuropäischen Interessen zu wahren.

## Dokumentarischer Anhang

Memorandum über die Verständigung zwischen den Regierungen Italiens, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens über den Freistaat Triest vom 5. Oktober 1954

1. Angesichts der Tatsache, daß sich die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Italien, die sich auf den Freistaat Triest beziehen, als unmöglich erwiesen hat, haben die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens die Zonen A und B dieses Freistaates seit Kriegsende unter militärischer Besetzung und militärischer Verwaltung behalten. Bei der Unterzeichnung des Vertrages bestand überhaupt nicht die Absicht, daß diese Verantwortung anders als vorläufig sein sollte, und die Regierungen Italiens, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens haben sich als in erster Linie interessiert kürzlich gemeinsam konsultiert, um einen Weg zu prüfen, die heutige unbefriedigende Lage

möglichst gut zu beenden. Als Ergebnis dessen haben sie sich über die folgenden praktischen Arrangements verständigt:

2. Sobald dieses Memorandum über die Verständigung paraphiert ist und die in ihm vorgesehenen Grenzberichtigungen durchgeführt sind, werden die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens die Militärverwaltung in den Zonen A und B dieses Gebietes beenden. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten werden ihre Streitkräfte aus dem Gebiet nördlich der neuen Grenze zurückziehen und die Verwaltung dieses Gebiets der italienischen Regierung übergeben. Die italienische und die jugoslawische Regierung werden sofort danach



ihre Zivilverwaltung ausdehnen, und zwar jede auf das Gebiet, für das sie die Verantwortung übernimmt.

3. Die in Punkt zwei erwähnten Grenzberichtigungen werden entsprechend der Karte in Anlage 1 durchgeführt. Die vorausgehende Abgrenzung werden Vertreter der Alliierten Militärverwaltung und der jugoslawischen Militärverwaltung vornehmen, sobald dieses Memorandum über die Verständigung paraphiert ist, in jedem Falle aber innerhalb von drei Wochen nach dem Tage der Paraphierung. Die italienische und die jugoslawische Regierung werden sofort eine Grenzziehungskommission einsetzen, um eine genauere Grenzziehung gemäß der Karte in Anlage 1 zu erzielen.

4. Die italienische und die jugoslawische Regierung haben sich geeinigt, das Sonderstatut aus Anlage 2 in Kraft zu setzen.

5. Die italienische Regierung verpflichtet sich, den Freien Triest in allgemeiner Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Artikel eins bis zwanzig aus Anlage VIII zum Friedensvertrag mit Italien aufrechtzuerhalten.

6. Die italienische und die jugoslawische Regierung sind übereingekommen, gegen Personen oder gegen das Eigentum irgendeines Einwohners aus dem Gebiet, das unter ihre Zivilverwaltung übergeht, in Übereinstimmung mit diesem Verständigungsmemorandum keinerlei gesetzliche oder administrative Maßnahmen der Verfolgung oder der Diskriminierung wegen einer früheren politischen Aktivität im Zusammenhang mit der Lösung des Triester Problems zu unternehmen.

7. Die italienische und die jugoslawische Regierung sind übereingekommen, innerhalb von zwei Monaten nach dem Tage der Ratifizierung dieses Verständigungsmemorandums Besprechungen zu dem Zweck zu beginnen, möglichst bald ein Abkommen über die Regulierung des kleinen Grenzverkehrs einschließlich Erleichterungen für den Verkehr der Bevölkerung aus den Grenzgebieten zu Wasser und zu Lande über die Grenze zur Herstellung einer normalen Handelstätigkeit und sonstigen Tätigkeit sowie auch über Transport und Verkehr abzuschließen. Von diesem Abkommen werden Triest und das Gebiet, an das es angrenzt, erfaßt. Solange dieses Abkommen nicht geschlossen ist, werden die zuständigen Behörden, und zwar jede in ihrem Zuständigkeitsbereich, die entsprechenden Maßnahmen zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs treffen.

8. Für die Dauer eines Jahres, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Verständigungsmemorandums, können Personen, die früher auf dem Gebiet gewohnt haben, das unter die Zivilverwaltung Italiens, bzw. Jugoslawiens übergeht („pertinenti“ — „zavicajni“), ungehindert in diese Gebiete zurückkehren. Alle Personen, die auf diese Weise zurückkehren, sowie auch diejenigen, die bereits zurückgekehrt sind, sollen die gleichen Rechte wie auch die übrigen Bewohner dieser Gebiete genießen. Diese Personen sollen in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen über ihr Eigentum und Vermögen verfügen können, soweit sie dies nicht in der Zwischenzeit bereits getan haben. Für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Verständigungsmemorandums, können Personen, die früher in einem dieser Gebiete gewohnt haben, aber nicht die Absicht haben, dorthin zurückzukehren, und Personen, die jetzt in einem

der Gebiete leben und innerhalb eines Jahres, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Verständigungsmemorandums, beschließen, diesen Wohnsitz aufzugeben, ihr bewegliches Vermögen mitnehmen und ihre Finanzmittel transferieren. Im Zusammenhang mit der Umsiedlung dieses Vermögens sollen keinerlei Ein- noch Ausfuhrzölle oder sonstigen Abgaben erhoben werden. Die durch Verkauf des Vermögens dieser Personen, die ohne Rücksicht darauf, wo sie gewohnt haben, beschließen, das bewegliche und unbewegliche Vermögen innerhalb zweier Jahre, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Verständigungsabkommens, zu verkaufen, erzielten Erlöse werden auf Sonderkonten bei den Nationalbanken Italiens oder Jugoslawiens deponiert. Nach Ablauf der zweijährigen Frist werden die beiden Regierungen den Saldo zwischen den beiden Konten liquidieren. Ungeachtet der unmittelbaren Anwendung der Bestimmungen dieses Punktes verpflichten sich die italienische und die jugoslawische Regierung, innerhalb von sechs Monaten, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Verständigungsabkommens, ein detailliertes Abkommen zu schließen.

9. Dieses Verständigungsmemorandum wird dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Kenntnis gebracht.

Das Memorandum wurde paraphiert für Italien durch Manlio Brosio, für Jugoslawien durch Dr. Vladimir Velibit, für Großbritannien durch Geoffrey W. Harrison und für die U.S.A. durch Llewellyn E. Thompson.

Anlage I: Karte



*Als Anlage I zum Memorandum wurde eine Karte mit der neuen Demarkationslinie zwischen den Zonen A und B (vgl. Abs. 2 und 3 des Memorandums) veröffentlicht, deren Wiedergabe hier nicht möglich ist. Die hier abgedruckte Uebersichtskarte gibt den neuen Grenzverlauf auf Grund der Originalkarte wieder.*

## Anlage II — Das Sonderstatut

Da es der gemeinsame Wunsch der italienischen und der jugoslawischen Regierung ist, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten ohne Diskriminierung im Hinblick auf Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion in den Gebieten sicherzustellen, die nach den Bestimmungen dieses Verständigungsmemorandums unter ihre Verwaltung treten, wurde eine Verständigung über folgendes erzielt:

1. In der Verwaltung ihrer jeweiligen Gebiete werden die italienischen und die jugoslawischen Behörden entsprechend den Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verfahren, wie sie von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 angenommen wurde, damit alle Einwohner der beiden Gebiete ohne Diskriminierung die in der oben angeführten Erklärung enthaltenen Grundrechte und Freiheiten voll genießen können.

2. Die Angehörigen der jugoslawischen Volksgruppe auf dem Gebiet, das Italien verwaltet, und die Angehörigen der italienischen Volksgruppe auf dem Gebiet, das Jugoslawien verwaltet, sollen gleiche Rechte und gleiche Behandlung genießen wie die übrigen Einwohner der beiden Gebiete.

Diese Gleichheit bedeutet, daß sie genießen:

a) Gleichheit mit den übrigen Staatsbürgern im Hinblick auf die politischen und bürgerlichen Rechte sowie die sonstigen Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie in Artikel 1 garantiert sind;

b) gleiche Rechte im Erwerb und in der Ausübung öffentlicher Dienste, Funktionen, Berufe und Ehrenämter;

c) Gleichheit im Hinblick auf den Eintritt in den Öffentlichen Dienst und den Verwaltungsdienst; in dieser Hinsicht werden sich die italienische und die jugoslawische Regierung von dem Grundsatz leiten lassen, der jugoslawischen Volksgruppe beziehungsweise der italienischen Volksgruppe unter ihrer Verwaltung eine gerechte Vertretung in den Verwaltungsstellen und besonders auf solchen Gebieten — wie zum Beispiel Schulinspektionen —, bei denen die Interessen dieser Einwohner besonders berührt werden, zu ermöglichen;

d) Gleichheit in der Behandlung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit oder ihres Berufes in Landwirtschaft, Handel, Industrie oder irgendeinem sonstigen Gebiet sowie bei der Bildung und Führung von Wirtschaftsverbänden und Organisationen zu diesem Zweck. Diese Gleichheit in der Behandlung soll auch für alle Steuern und Abgaben gelten. Hierbei sollen Personen, die jetzt eine Tätigkeit oder einen Beruf ausüben, ohne die notwendigen Diplome oder Zeugnisse für die Ausübung dieser Tätigkeit zu besitzen, die Möglichkeit haben, innerhalb von vier Jahren, gerechnet vom Tage der Paraphierung dieses Memorandums über die Verständigung, die notwendigen Dokumente oder Zeugnisse zu erwerben. Diese Personen sollen in der Ausübung ihrer Tätigkeit oder ihres Berufes nicht deswegen gehindert werden, weil sie nicht die notwendigen Dokumente besitzen, es sei

denn, daß sie sie nicht in dem oben erwähnten Zeitraum von vier Jahren erworben haben;

e) Gleichheit in der Behandlung beim Gebrauch der Sprache, wie weiter unten in Punkt 5 aufgeführt;

f) Gleichheit mit den übrigen Staatsbürgern auf dem allgemeinen Gebiet der Sozialfürsorge und Pensionen (Leistungen im Krankheitsfall, Alterspension, Invalidenpension, einschließlich der Pensionen für Kriegsinvaliden und der Pensionen für Familienangehörige von Kriegseingesetzten).

3. Aufreizung zum nationalen Haß und zum Rassenhaß ist in beiden Gebieten verboten, und jede derartige Tat ist zu bestrafen.

4. Der Volkstumscharakter und die ungestörte kulturelle Entwicklung der jugoslawischen Volksgruppe auf dem Gebiet der italienischen Verwaltung sowie der italienischen Volksgruppe auf dem Gebiet unter jugoslawischer Verwaltung werden geschützt.

a) Beide Volkstumsgruppen haben das Recht auf eine eigene Presse in ihrer Muttersprache.

b) Bildungs-, Kultur-, Gesellschafts- und Sportorganisationen beider Gruppen können entsprechend den bestehenden Gesetzen frei wirken. Diese Organisationen genießen die gleiche Behandlung wie auch die anderen entsprechenden Organisationen in den betreffenden Gebieten, besonders im Hinblick auf die Benutzung öffentlicher Gebäude, den Rundfunk und die Unterstützung aus öffentlichen Finanzmitteln. Die italienischen und die jugoslawischen Behörden werden sich bemühen, diesen Organisationen den ständigen Genuß der Erleichterungen zu sichern, die ihnen zur Zeit gewährt werden, oder entsprechender Erleichterungen.

c) Beiden Gruppen wird der Unterricht in ihrer Muttersprache in Kindergärten sowie in den Grund-, Mittel- und Fachschulen gewährt. Solche Schulen sind in allen Orten des Gebietes unter italienischer Verwaltung zu unterhalten, in denen Kinder vorhanden sind, die der jugoslawischen Volksgruppe angehören, und in allen Orten des Gebiets unter jugoslawischer Verwaltung, in denen Kinder vorhanden sind, die der italienischen Volksgruppe angehören. Die italienische und die jugoslawische Regierung sind übereingekommen, die bestehenden Schulen, wie sie in der beigefügten Liste aufgeführt sind, für die Volkstumsgruppen in den Gebieten zu unterhalten, die unter ihrer Verwaltung stehen, und werden sich in dem im letzten Artikel dieses Statuts vorgesehenen gemischten Ausschuss konsultieren, ehe eine dieser Schulen geschlossen wird.

Diese Schulen sollen Gleichheit in der Behandlung mit den übrigen Schulen des gleichen Typs auf dem Gebiet genießen, das unter italienischer beziehungsweise jugoslawischer Verwaltung steht, und zwar im Hinblick auf die Sicherstellung von Lehrbüchern, Gebäuden und sonstigen Mitteln sowie im Hinblick auf die Stellung des Lehrpersonals und die Anerkennung der Zeugnisse. Die italienischen und die jugoslawischen Behörden werden das Notwendige veranlassen, um sicherzustellen, daß der Unterricht an diesen Schulen von Lehrkräften ausgeübt wird, die die gleiche Muttersprache wie die Schüler sprechen.

Die italienischen und die jugoslawischen Behörden werden unverzüglich alle gesetzlichen Vorschriften erlassen, die notwendig sein könnten, um die ständige Organisation



dieser Schulen entsprechend den vorstehenden Bestimmungen zu ordnen. Lehrpersonen, deren Umgangssprache Italienisch ist und die am Tage der Paraphierung dieses Verständigungsmemorandums als Lehrer im Schulwesen des Gebiets unter jugoslawischer Verwaltung tätig waren, und Lehrer, deren Umgangssprache Slowenisch ist und die an diesem Tage als Lehrer im Schulwesen des Gebiets unter italienischer Verwaltung tätig waren, werden aus ihren Stellen nicht mit der Begründung entlassen werden, daß sie nicht die notwendigen Lehrdiplome besitzen. Diese Sonderbestimmung soll nicht als Präzedenzfall ausgenützt werden, ebensowenig soll ihre Anwendung auf andere Fälle als die oben aufgeführten Kategorien gefordert werden. Die jugoslawischen und die italienischen Behörden werden im Rahmen ihrer bestehenden Gesetze alle vernünftigen Maßnahmen treffen, um den oben erwähnten Lehrpersonen die Möglichkeit zu geben, in der im oben erwähnten Artikel 2 (d) erwähnten Form die Qualifikation für den gleichen Status wie die normalen Mitglieder des Lehrpersonals zu erwerben.

Die Lehrpläne dieser Schulen dürfen nicht auf eine Richtung ausgerichtet werden, die im Widerspruch zum Nationalcharakter der Schüler stünde.

5. Die Angehörigen der jugoslawischen Volkstumsgruppe auf dem Gebiet unter italienischer Verwaltung und die Angehörigen der italienischen Volkstumsgruppe auf dem Gebiet unter jugoslawischer Verwaltung dürfen sich im persönlichen und dienstlichen Verkehr mit den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden beider Gebiete frei ihrer eigenen Sprache bedienen. Sie haben das Recht, von den Behörden Antworten in der gleichen Sprache zu erhalten, und zwar bei mündlichen Antworten entweder unmittelbar oder über einen Dolmetscher, während bei dem Briefverkehr der Behörden zumindest eine Uebersetzung der Antwort sicherzustellen ist.

Amtliche Bescheinigungen, die für Angehörige dieser Volksgruppen gelten — hierzu rechnen auch Gerichtsurteile — sollen von einer Uebersetzung in die entsprechende Sprache begleitet sein. Das gleiche soll auch für amtliche Benachrichtigungen, öffentliche Anschläge und Veröffentlichungen gelten.

In den Wahlkreisen der Stadtgemeinde Triest und in den übrigen Gemeinden auf dem Gebiet unter italienischer Verwaltung, in denen die Angehörigen der jugoslawischen Volkstumsgruppe einen wesentlichen Anteil (mindestens ein Viertel) der Bevölkerung ausmachen, sollen die Inschriften an öffentlichen Gebäuden sowie die Orts- und Straßennamen in der Sprache der jugoslawischen Volkstumsgruppe sowie in der Sprache der Behörden angebracht werden, die die Verwaltung ausüben. In den Gemeinden auf dem Gebiet unter jugoslawischer Verwaltung, in denen die Angehörigen der italienischen Volkstumsgruppe einen wichtigen Teil (mindestens ein Viertel) der Bevölkerung ausmachen, sollen diese Inschriften und Namen in italienischer Sprache sowie in der Sprache der Behörden angebracht sein, die die Verwaltung ausüben.

6. Die Wirtschaftsentwicklung der jugoslawischen Volksgruppe auf dem Gebiet unter italienischer Verwaltung und der italienischen Volksgruppe auf dem Gebiet unter jugoslawischer Verwaltung soll ohne Diskriminierung und unter gerechter Verteilung der verfügbaren Finanzmittel sichergestellt werden.

7. Es dürfen keinerlei Grenzänderungen der Verwaltungsgrundeinheiten in den Gebieten vorgenommen werden, die unter die Zivilverwaltung Italiens oder Jugoslawiens fallen, um damit die Volkstumszusammensetzung der Grundeinheiten zu bedrohen.

8. Ein besonderer gemischter jugoslawisch-italienischer Ausschuß ist zum Zwecke der Unterstützung und der Konsultierung über Probleme zu bilden, die den Schutz der jugoslawischen Volksgruppe auf dem Gebiet unter italienischer Verwaltung und der italienischen Volksgruppe auf dem Gebiet unter jugoslawischer Verwaltung betreffen. Dieser Ausschuß soll ebenfalls Beschwerden und Fragen prüfen, die von einzelnen Angehörigen der betreffenden Volksgruppen über die Anwendung dieses Statuts an ihn herangetragen werden.

Die jugoslawische und die italienische Regierung werden dem Ausschuß ermöglichen, die Gebiete unter ihrer Verwaltung zu besuchen, und werden ihm für die Ausübung seiner Aufgaben jede Erleichterung gewähren.

Beide Regierungen verpflichten sich, sofort in Verhandlungen über detaillierte Vorschriften für das Funktionieren dieses Ausschusses einzutreten.

*Der Anlage II ist eine Liste der in Abs. 4 c) angeführten Minderheitenschulen beigelegt.*

Quelle: *Borba*, Belgrad, vom 6. Oktober 1954. Uebersetzung der Presse- und Kulturabteilung der jugoslawischen Botschaft, Bonn.

#### Briefwechsel

*Gleichzeitig mit dem Memorandum wurde ein Briefwechsel veröffentlicht, der folgende Dokumente enthält:*

1. Briefwechsel zwischen den Leitern der britischen und amerikanischen Verhandlungsdelegationen, Geoffrey W. Harrison und Llewellyn E. Thompson, und dem Leiter der italienischen Delegation, Manlio Brosio, über die Uebergabe der Exekutivgewalt in der Zone A an Italien;
2. Brief des Leiters der italienischen Delegation an den Leiter der jugoslawischen Delegation, Dr. Vladimir Velebit, über den Freihafen in Triest;
3. Briefwechsel zwischen den Leitern der italienischen und der jugoslawischen Delegation über die kulturellen Institutionen in den beiden Zonen;
4. Briefwechsel zwischen den Leitern der italienischen und der jugoslawischen Delegation über die italienischen und jugoslawischen konsularischen Vertretungen in den beiden Zonen.

*Der Wortlaut des Briefwechsels ist veröffentlicht in „Relazioni Internazionali“, Nr. 41 vom 9. Oktober 1954.*

## Dokumente zur Österreichfrage

Die Erklärungen Außenminister Molotows vor dem Obersten Sowjet am 8. Februar und der Inhalt der diesbezüglichen sowjetisch-österreichischen Unterredungen am 25. Februar und 2. März 1955

*Sowjetische Verlautbarung vom 11. März 1955*

Am 25. Februar hat der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, den Botschafter der Republik Österreich in Moskau, Herrn N. Bischoff, empfangen und ihn nach der Einstellung der österreichischen Regierung zu den Vorschlägen der Regierung der Sowjetunion vom 8. Februar dieses Jahres über die Regelung des Österreichproblems befragt.

Bekanntlich ist auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Bericht des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, über „Die internationale Lage und die Außenpolitik der Regierung der UdSSR“ im Namen der Sowjetregierung am 8. Februar folgende Erklärung zur Österreichfrage abgegeben worden:

„Die Sowjetunion mißt der Regelung der Österreichfrage, der Frage der völligen Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines demokratischen Österreich gemäß den Interessen der Erhaltung und der Festigung des Friedens in Europa, große Bedeutung bei.

Irgendeinen weiteren Aufschub des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich hält die Sowjetregierung für ungerechtfertigt. Zugleich kann man nicht umhin, auch die Gefahr für Österreich in Betracht zu ziehen, die die Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands vom Schlage der Pariser Verträge für Österreich mit sich bringen.

All das veranlaßt die Sowjetregierung, folgende Schlußfolgerungen in der Österreichfrage zu ziehen:

1. Vor allem muß man berücksichtigen, daß die Regelung der Österreichfrage nicht außerhalb des Zusammenhangs mit der Deutschlandfrage behandelt werden kann, um so weniger angesichts der Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands, die die Gefahr des Anschlusses Österreichs vergrößern. Das bedeutet, daß man beim Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich eine Lösung finden muß, die die Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs durch Deutschland ausschließt, was mit der Ergreifung dahingehend vereinbarter Maßnahmen der vier Mächte zur Deutschlandfrage verbunden ist. In diesem Fall könnte man den Abzug der Truppen der vier Mächte aus Österreich durchführen, ohne den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten.

2. Österreich muß die Verpflichtung übernehmen, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der sich mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland und an der Befreiung Österreichs beteiligt hat, gerichtet sind, und die Schaffung fremder Militärlstützpunkte auf seinem Territorium nicht zuzulassen.

Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion müssen ihrerseits eben-

falls die Verpflichtung übernehmen, diese Bestimmungen einzuhalten.

3. Im Interesse der raschesten Regelung der Österreichfrage ist es notwendig, unverzüglich eine Viermächtekonzferenz einzuberufen, auf der sowohl die Deutschlandfrage als auch die Frage des Abschlusses des Staatsvertrages mit Österreich zu behandeln wäre. Das setzt selbstverständlich die Beteiligung Österreichs an der Lösung der Frage des österreichischen Staatsvertrages voraus. Hierbei muß man im Auge haben, daß im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge, die den Weg zur Wiederbelebung des Militarismus in Westdeutschland öffnen, eine ernste Gefahr des Anschlusses und folglich eine Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs entstehen würde.“

In der erwähnten Unterredung mit dem österreichischen Botschafter, Herrn Bischoff, erklärte W. M. Molotow, daß nach Meinung der sowjetischen Seite zur Zeit die Möglichkeit bestehe, die Lösung der Österreichfrage auf der Grundlage der oben angeführten sowjetischen Vorschläge voranzubringen, und daß vorläufige Besprechungen zwischen Österreich und der UdSSR zur Erreichung dieses Zieles beitragen könnten. Dazu könnte wahrscheinlich auch persönlicher Kontakt mit den führenden Männern der österreichischen Regierung beitragen, den der Kanzler Österreichs, Herr Raab, kürzlich auch als wünschenswert bezeichnete.

Der österreichische Botschafter, Herr N. Bischoff, erklärte, daß er die von W. M. Molotow geäußerten Erwägungen unverzüglich nach Wien melden werde, und bat in diesem Zusammenhang um Erläuterungen bezüglich der sowjetischen Vorschläge zur Österreichfrage vom 8. Februar.

W. M. Molotow gab solche Erläuterungen. Insbesondere erklärte er, daß die sowjetische Seite die Lösung der Österreichfrage nicht von der Lösung der Deutschlandfrage abhängig mache, sondern nur auf den Zusammenhang verweise, der natürlich zwischen diesen beiden Fragen besteht. Dabei mißt die Sowjetregierung besondere Bedeutung der Tatsache bei, daß Einigung über die Maßnahmen erzielt werde, die geeignet sind, einen neuen Anschluß Österreichs auszuschließen. Er hob ferner hervor, daß die sowjetische Delegation auf der Berliner Konferenz darauf bestand, den Abzug der ausländischen Truppen aus Österreich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzuschieben. Nunmehr schlägt die sowjetische Seite vor, die Truppen der vier Mächte aus Österreich abzuziehen, ohne den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten. Jedoch soll vorher ein Abkommen über entsprechend zu vereinbarende Maßnahmen getroffen wer-



den, die einen neuen Anschluß Oesterreichs durch Deutschland unmöglich machen.

Die Sowjetregierung, erklärte W. M. Molotow weiter, lege ferner großes Gewicht darauf, daß Oesterreich in keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einbezogen werde, die gegen die in den sowjetischen Vorschlägen erwähnten Staaten gerichtet sind, und daß die Verwendung österreichischen Territoriums zur Schaffung ausländischer Militärstützpunkte nicht zugelassen werde. Es sei offensichtlich, daß die Einhaltung dieser Bestimmungen bei Uebernahme entsprechender Verpflichtungen durch die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion auch den eigenen Interessen Oesterreichs entspreche.

W. M. Molotow fügte hinzu, daß nach Meinung der Sowjetregierung eine Viermächtekonferenz unter Beteiligung Oesterreichs, von der in den Vorschlägen der Regierung der UdSSR vom 8. Februar die Rede ist, vor der Ratifizierung der Pariser Abkommen einberufen werden müsse.

Am 2. März suchte der österreichische Botschafter, Herr N. Bischoff, den Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow, auf und erklärte, daß die österreichische Regierung seine Erklärung bei der Unterredung mit N. Bischoff vom 25. Februar mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen habe. Die österreichische Regierung erkenne, daß von sowjetischer Seite ein wichtiger Schritt vorwärts getan worden sei. Große Bedeutung messe die österreichische Regierung insbesondere der Erklärung bei, daß zur Lösung der Oesterreichfrage die Erzielung einer

Einigung in der Frage notwendig sei, welche möglichen Maßnahmen jetzt und künftig zur Verhinderung des Anschlusses zu ergreifen seien, und daß nach Erreichung einer solchen Einigung der Abzug der ausländischen Truppen aus Oesterreich verwirklicht werden könne.

Herr Bischoff fügte gleichzeitig hinzu, daß nach Meinung der österreichischen Regierung zur Regelung der Oesterreichfrage Verhandlungen mit allen Besatzungsmächten erforderlich seien und daß, wie es die österreichische Regierung ansehe, gegenwärtig der Boden für solche Verhandlungen vorbereitet werde. Der Botschafter äußerte den Wunsch, weitere Erläuterungen zu den Vorschlägen der Sowjetregierung zur Oesterreichfrage zu erhalten.

W. M. Molotow antwortete, daß die sowjetische Seite in der Oesterreichfrage Initiative bewiesen und bereits ihren Standpunkt in den konkreten und präzise formulierten Vorschlägen der Sowjetregierung vom 8. Februar dargelegt habe. Die Haltung der österreichischen Regierung hinsichtlich der erwähnten sowjetischen Vorschläge sei jedoch noch nicht klar ausgedrückt. Jetzt wäre es wünschenswert, die bestimmte Meinung der österreichischen Regierung zu diesen Vorschlägen der Regierung der UdSSR kennenzulernen, damit die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten.

Botschafter Bischoff versprach, die österreichische Regierung vom Inhalt dieser Unterredung in Kenntnis zu setzen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 13. März 1955.

## Die österreichische Erklärung vom 14. März 1955

*Verlautbarung der österreichischen Bundesregierung vom 16. März 1955*

Die Bundesregierung hat die von Herrn Außenminister Molotow am 8. Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet abgegebene Erklärung über Oesterreich mit größtem Interesse zur Kenntnis genommen und einem genauen Studium unterzogen. Schon kurze Zeit nachher wurden von dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler und nachher von dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten an Botschafter Iljitschow gewisse Fragen gerichtet, die sich auf die Klärung einzelner Punkte der erwähnten Äußerungen des sowjetischen Außenministers bezogen.

Am 25. Februar hat Außenminister Molotow den österreichischen Botschafter in Moskau, Bischoff, zu sich gebeten und mit ihm eine längere Unterredung geführt, die sich mit seiner Erklärung vom 8. Februar befaßte. Hierbei wurde von Herrn Molotow festgestellt, daß die Sowjetunion unter gewissen Umständen eine Gesamteinigung über Deutschland nicht mehr als unbedingte Voraussetzung für eine Lösung der österreichischen Frage ansehe.

Die Bundesregierung hat die dem Botschafter Bischoff gemachten Erklärungen Herrn Molotows mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und den österreichischen Botschafter beauftragt, unter Darlegung unserer Auffassung eine weitere Klärung der Ansichten der sowjetischen Regierung herbeizuführen. Der Botschafter hatte am 2. März eine weitere Unterredung mit Außenminister Molotow.

Botschafter Bischoff hat bei dieser Besprechung auftragsgemäß mitgeteilt, daß Oesterreich an der zuverlässigen Verhinderung eines künftigen Anschlusses nicht weniger interessiert sei als die Sowjetunion. Es wäre für die Bundesregierung von entscheidender Bedeutung, so bald als möglich zu erfahren, wie man sich auf russischer Seite die Realisierung einer derartigen Sicherung gegen den Anschluß vorstelle. Da alle vier Besatzungsmächte immer wieder erklärt haben, daß sie die Unabhängigkeit und die eheste Räumung Oesterreichs wünschen, so bestehe begründete Hoffnung, daß Maßnahmen getroffen werden könnten, die zu einer Einigung der vier Besatzungsmächte unter Beteiligung Oesterreichs führen.

Außenminister Molotow hat im Laufe dieser Unterredung eine konkrete Stellungnahme der Bundesregierung zu den einzelnen Punkten seiner Erklärung über Oesterreich vom 8. Februar erbeten, die als Grundlage für eine weitere Prüfung der Einzelheiten dienen könnte.

Botschafter Bischoff hat hierauf am Montag, dem 14. März, Herrn Außenminister Molotow eine Aufzeichnung übergeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Bundesregierung hat mit Befriedigung festgestellt, daß die Sowjetunion der Regelung der österreichischen Frage, der Frage der vollen Wiederherstellung der Unabhängigkeit eines demokratischen Oesterreich im Einklang mit den Interessen der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens in Europa, große Bedeutung beimißt. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß die Sowjetunion irgendwelche weitere Verzögerung des Abschlusses eines Staatsvertrages mit Oesterreich als ungerechtfertigt erachtet.

Zu 1):

Die Bundesregierung begrüßt jede wirkungsvolle Sicherung und Garantie der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit nach allen Seiten und somit auch gegen die Gefahr eines Anschlusses.

Zu 2):

Die Bundesregierung hat zu wiederholten Malen ganz eindeutig erklärt, daß Oesterreich nicht die Absicht hat, militärischen Bündnissen beizutreten oder militärische Stützpunkte auf seinem Gebiet zuzulassen. Die Bundesregierung ist bereit, die Form, in der eine solche Erklärung gegebenenfalls neuerlich abgegeben werden soll, zum Gegenstand eines Meinungsaustausches zu machen.

Zu 3):

Die Bundesregierung ist gleichfalls der Ueberzeugung, daß eine endgültige Lösung der österreichischen

Frage nur durch eine Konferenz aller beteiligten Mächte unter Teilnahme Oesterreichs gefunden werden kann. Sie glaubt jedoch, daß vorher die unter Punkt 1) und 2) angeführten Probleme so weit geklärt werden sollen, daß eine solche Konferenz Aussicht auf ein baldiges konkretes Resultat bietet.

Die Bundesregierung glaubt, daß eine gesonderte Behandlung des Staatsvertrages durch die vier Mächte unter Beteiligung Oesterreichs einen erfolgreichen Abschluß herbeiführen würde.“

Die Angelegenheit befindet sich derzeit im Stadium eines Meinungsaustausches, der die beiderseitigen Ansichten über die Wege klären soll, die zu einer befriedigenden Lösung der Oesterreich betreffenden Probleme führen könnten.

Quelle: Wiener Zeitung vom 17. März 1955.

### Die Antwortnote der sowjetischen Regierung vom 24. März 1955 und die Einladung des österreichischen Bundeskanzlers nach Moskau

Die Sowjetregierung hat die Antwort der Regierung Oesterreichs vom 14. März zur Kenntnis genommen und stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung Oesterreichs die Meinung der Sowjetregierung teilt, wonach die Regelung der Oesterreichfrage, der Frage der Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit des demokratischen Oesterreichs, in Uebereinstimmung mit den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa erfolgen muß.

Den Wünschen der österreichischen Regierung entgegenkommend, hält es die Sowjetregierung für erforderlich, weitere Erläuterungen zu den in der Antwort der Regierung Oesterreichs berührten Fragen zu geben.

Zu Punkt 1. Die Sowjetregierung nimmt die Erklärung der Regierung Oesterreichs zur Kenntnis, daß sie jegliche wirksame Gewährleistung und Garantie der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit gegen die Gefahr eines Anschlusses oder Anschläge von irgendeiner Seite begrüßt.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, reale Maßnahmen zu ergreifen und dabei die bestehenden Pläne der Remilitarisierung Westdeutschlands zu berücksichtigen, welche die Gefahr eines Verschlingens (Anschlusses) Oesterreichs verstärkt.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Frage der Fristen für den Abzug der Truppen der vier Mächte von dem Territorium Oesterreichs sowie die Frage der Maßnahmen zu erörtern, welche in Zukunft im Falle der Entstehung der unmittelbaren Gefahr des Anschlusses getroffen werden müssen.

Zu Punkt 2. Die Sowjetregierung betrachtet die Erklärung der österreichischen Regierung, daß Oesterreich nicht beabsichtigt, sich Militärbündnissen anzuschließen oder die Schaffung von Militärstützpunkten auf seinem Territorium zuzulassen, als Zustimmung der Regierung Oesterreichs zu dem Punkt 2 der Vorschläge der Sowjetregierung vom 8. Februar dieses Jahres zu dieser Frage.

Die Sowjetregierung ist bereit, in Uebereinstimmung mit den Wünschen der österreichischen Regierung die Frage zu behandeln, in welcher Form eine entsprechende Erklärung von seiten Oesterreichs darüber abgegeben werden könnte.

Die Sowjetregierung unterstreicht die Notwendigkeit, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frank-

reichs und der UdSSR ihrerseits entsprechende Verpflichtungen übernehmen.

Zu Punkt 3. Die Sowjetregierung kommt den Wünschen der österreichischen Regierung entgegen und ist damit einverstanden, daß auf einer Konferenz der vier Mächte unter Teilnahme Oesterreichs die Frage des Oesterreichsvertrages gesondert behandelt wird.

\*

Außerdem gab W. M. Molotow dem österreichischen Botschafter N. Bischoff folgende mündliche Erklärung:

„Der Sowjetregierung ist aus den veröffentlichten Erklärungen des österreichischen Kanzlers, Herrn J. Raab, dessen positive Haltung zu der Möglichkeit einer Reise nach Moskau im Zusammenhang mit den Fragen, die mit dem Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich verbunden sind, bekannt.

Unter Berücksichtigung der erwähnten Erklärungen von Herrn Raab und im Hinblick darauf, daß die Sowjetregierung die Herstellung persönlichen Kontaktes zwischen den führenden Politikern der Sowjetunion und Oesterreichs für wünschenswert hält, würde diese eine baldige Reise des Kanzlers Raab sowie anderer Vertreter Oesterreichs, die die österreichische Regierung zu diesem Zweck nach Moskau zu entsenden wünscht, begrüßen.“

Quelle: Tägliche Rundschau, Nr. 71 vom 25. März 1955.

Oesterreichische Verlautbarung vom 29. März 1955  
über die Annahme der sowjetischen Einladung

Der Ministerrat unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Ing. Raab befaßte sich am 29. März 1955 eingehend mit der sowjetischen Antwort vom 24. März auf die Erklärung der österreichischen Bundesregierung vom 14. März. Anlässlich der Ueberreichung der sowjetischen Antwortnote übergab der sowjetische Außenminister Molotow dem österreichischen Botschafter in Moskau, Norbert Bischoff, eine offizielle Einladung für Bundeskanzler Ing. Raab und andere österreichische Regierungsmitglieder zu einem Besuch in Moskau. Der Ministerrat beschloß, dieser Einladung Folge zu leisten. Bundeskanzler Ing. Raab, Vizekanzler Dr. Schärf, Bundesminister Dr.-Ing. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky werden sich am 11. April nach Moskau begeben. Die Begleitung der vier Regierungsmitglieder wird in den nächsten Tagen bestimmt werden.

Quelle: Wiener Zeitung vom 30. März 1955.



# Briefwechsel zwischen dem britischen Premierminister Sir Winston Churchill und dem sowjetischen Außenminister W. M. Molotow über die Frage einer Zusammenkunft der Regierungschefs Großbritanniens und der Sowjetunion

## 1. Botschaft Sir Winston Churchills an W. M. Molotow

(überreicht vom britischen Botschafter in der UdSSR, Sir William Hayter, am 4. Juli 1954)

*Der Premierminister an Herrn Molotow  
Geheim und persönlich*

1. Es würde mich interessieren, wie meine Amerika-reise Ihre Ansicht zu dem Wunsch beeinflusst hat, den ich am 11. Mai 1953 zur Frage einer auf höchster Ebene zu veranstaltenden Zusammenkunft der großen Drei geäußert habe, ferner zu den Erklärungen, die ich von Zeit zu Zeit im Unterhaus darüber abgab, daß ich, sollte sich das als unmöglich erweisen, selbst versuchen werde, in Kontakt mit Ihrer Regierung zu treten, falls ihr dies erwünscht sei. Mir ist klar, daß die Vereinigten Staaten jetzt nicht teilnehmen werden, aber Sie haben zweifellos von der bedeutend günstigeren Erklärung zu dieser Frage Kenntnis genommen, die Präsident Eisenhower auf seiner Pressekonferenz vom 30. Juni abgegeben hat. Mir scheint, die Vereinigten Staaten werden mir meinen Stand vor ihrer öffentlichen Meinung soweit wie möglich erleichtern.

2. Die Frage ist: wie wird sich Ihre Regierung dazu verhalten? Ich möchte das wissen, bevor wir uns mit einem offiziellen Vorschlag an Sie wenden und Fragen wie die von Zeit und Ort erwägen. Anthony Eden, mit dem Sie so viele freundschaftliche Aussprachen hatten,

käme natürlich mit mir. Ich hatte nie das Vergnügen, mit Herrn Malenkov zusammenzutreffen noch, soweit mir die Kriegsjahre erinnerlich sind, mit irgend jemand anderem von Ihren politischen Kollegen.

3. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir mitteilen würden, ob ihnen der Gedanke einer freundschaftlichen Zusammenkunft ohne Tagesordnung zusagt, die den einzigen Zweck hätte, einen vernünftigen Modus zu finden, wie wir in einer Atmosphäre zunehmenden Vertrauens, zunehmender Entspannung und zunehmenden Wohlergehens Seite an Seite leben könnten.

4. Obwohl unsere Zusammenkunft, wo immer sie stattfinden mag, schlicht und inoffiziell sein und nur ein paar Tage dauern wird, kann sie den Auftakt zu einer breiteren Zusammenkunft geben, bei der vieles geregelt werden könnte. Ich bin jedoch nicht bevollmächtigt, hierüber irgend etwas außer meinen eigenen Hoffnungen zu äußern.

5. Im Gedenken an unsere kameradschaftlichen Beziehungen aus der Kriegszeit bitte ich Sie, mir möglichst bald mitzuteilen, was Sie und Ihre Freunde denken.

4. Juli 1954.

## 2. Botschaft W. M. Molotows an Sir Winston Churchill

(überreicht vom Botschafter der UdSSR in Großbritannien, J. A. Malik, am 6. Juli 1954)

*An den Premierminister, Sir Winston Churchill  
Von W. M. Molotow*

Für Ihre wichtige Botschaft, die mir Botschafter Hayter am 4. Juli überreichte, drücke ich Ihnen meine Erkenntlichkeit aus.

Die Sowjetregierung hat mit Interesse von dieser Botschaft Kenntnis genommen, deren Bedeutung ihr durchaus begreiflich ist. Sie können überzeugt sein, daß Ihre Initiative hier die geneigte Einstellung finden wird, die sie durchaus verdient, besonders in der jetzigen Gesamtlage.

Ihre Idee einer freundschaftlichen Zusammenkunft, an der sowohl Sie als auch Premier G. M. Malenkov teilnehmen würden, und die von Ihnen vorgebrachten Erwägungen über die Ziele dieser Zusammenkunft finden in Moskau zustimmende Anerkennung. Selbstverständlich wird als ganz natürlich angesehen, daß Herr A. Eden, der mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern so unmittelbar zu tun hat, an einer solchen Zusammenkunft teilnimmt.

Unseres Erachtens nach kann ein solcher persönlicher Kontakt dazu dienen, eine breitere Zusammenkunft auf höchster Ebene zustande kommen zu lassen, insofern dies von allen an der internationalen Entspannung und der Festigung des Friedens interessierten Parteien anerkannt werden wird.

Ich halte es für angezeigt, Ihnen die gemeinsame Meinung der führenden Politiker in Moskau mitzuteilen. Nicht selten denken sie an unsere kameradschaftlichen Beziehungen aus der Kriegszeit zurück und an Ihre persönliche hervorragende Rolle bei alledem. Mit Recht haben Sie neuerlich an diese Zeit erinnert. Es fragt sich, warum in den Kriegsjahren zwischen unseren Ländern Beziehungen bestanden, die so positive Bedeutung nicht nur für unsere Völker, sondern auch für die Geschicke der Welt hatten, und warum sich diese Beziehungen jetzt nicht in der gleichen günstigen Richtung entwickeln können. Was uns betrifft, so streben wir danach und sehen Ihre Botschaft von diesem Standpunkt an.

5. Juli 1954.

## 3. Botschaft Sir Winston Churchills an W. M. Molotow

(übermittelt von Sir William Hayter, am 7. Juli 1954)

Vielen Dank für Ihre Botschaft, die ich in einigen Tagen beantworten werde.

## 4. Botschaft Sir Winston Churchills an W. M. Molotow

(übermittelt von Sir William Hayter, am 27. Juli 1954)

*Private und persönliche Botschaft  
des Premierministers an Herrn Molotow*

Leider konnte ich Ihre unverzüglich eingesandte liebenswürdige Botschaft vom 5. Juli bisher nicht beantworten, bin aber überzeugt, es ist Ihnen bei Ihren Aussprachen mit Herrn Eden klargeworden, daß ich den Abschluß der Genfer Konferenz abwarten mußte. Es freut mich, daß dort eine Uebereinkunft erzielt worden ist, und ich hoffe, daß sie nicht gestört werden wird.

Nach Beratung mit meinen Kollegen hatte ich mich darauf vorbereitet, eine neue Botschaft an Sie zu richten, um eine Zusammenkunft, sagen wir, für Ende August oder für die erste Septemberhälfte an irgendeinem Ort auf halbem Wege, etwa Bern, Stockholm oder Wien, vorzuschlagen. Inzwischen wurde aber Ihre Note vom 24. Juli in Beantwortung der unseren vom 7. Mai veröffentlicht\*. Das entspricht natürlich nicht dem Plan, den

ich im Auge hatte. Es war mein Ziel und meine Hoffnung, inoffizielle Zweierverhandlungen zwischen den Chefs unserer beiden Regierungen zustande zu bringen, aber jetzt, nach Ende der Genfer Konferenz, haben Sie beschlossen, eine offizielle Konferenz unter Teilnahme der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten vorzuschlagen, um die vor einigen Monaten von der Sowjetregierung zur Frage der kollektiven Sicherheit in Europa gemachten Vorschläge erneut zu erörtern, wobei ich annehme, daß eine Anwesenheit der Regierungschefs auf dieser Konferenz nicht erwartet wird.

Das ist offenbar für einige Zeit an die Stelle der von mir vorgeschlagenen kleinen inoffiziellen Zusammenkunft getreten, die möglicherweise der Auftakt zu einer Drei- oder Viermächtekonferenz auf höchster Ebene gewesen wäre.

## 5. Botschaft W. M. Molotows an Sir Winston Churchill

(Sir Anthony Eden überreicht von J. A. Malik am 31. Juli 1954)

*An den Premierminister, Sir Winston Churchill  
Von W. M. Molotow*

Ihre Botschaft vom 27. Juli habe ich erhalten.

Sie schreiben in Ihrer Botschaft, unser Vorschlag in der Note vom 24. Juli, eine gesamteuropäische Konferenz zur Frage der kollektiven Sicherheit in Europa einzuberufen, sei anscheinend für einige Zeit an die Stelle der von Ihnen vorgeschlagenen Zusammenkunft der Regierungschefs unserer Staaten getreten.

Ich muß sagen, wir sehen keine Ursache zu der Annahme, der in Ihrer Botschaft vom 4. Juli dargelegte Vorschlag zu einer inoffiziellen Zusammenkunft, und zwar ohne irgendwelche Tagesordnung, müsse von der Frage einer in den nächsten Monaten zu veranstaltenden Konferenz über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa abhängig gemacht werden.

31. Juli 1954.

## 6. Botschaft Sir Winston Churchills an W. M. Molotow

(übermittelt von Sir William Hayter, am 6. August 1954)

*Private und persönliche Botschaft des Premierministers  
an Herrn Molotow*

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 31. Juli. Es war nicht meine Absicht mitzuteilen, daß ich mein ursprüngliches Projekt in irgendeiner Weise geändert hätte. Aber dadurch, daß Sie Ihren Berliner Vorschlag unerwartet wieder vorbringen, ist eine neue Lage entstanden, da es unmöglich wäre, eine große offizielle internationale Konferenz abzuhalten gleichzeitig mit einer inoffiziellen Konferenz der beiden Mächte auf höchster Ebene, wie ich sie vorgeschlagen hatte und wie sie, so scheint

mir, auch Ihrer Ansicht nach ersprießlich sein könnte. Die britische, die amerikanische und die französische Regierung, an die Sie sich offiziell gewandt haben, bereiten gegenwärtig ihre Antworten vor. Obwohl die Minister in England und anderen Ländern zu dieser Jahreszeit verreist sein können, glaube ich, daß die Antwort der frei interessierten Regierungen auf Ihre diplomatische Note wahrscheinlich im Laufe dieses Monats abgehen wird. Wollen wir also abwarten, bis wir erfahren, was in dieser Hinsicht geschieht, und wollen wir dann mein Projekt im Lichte dieser Ereignisse nochmals prüfen.

## 7. Botschaft W. M. Molotows an Sir Winston Churchill

(übermittelt von J. A. Malik, am 12. August 1954)

*Private und persönliche Botschaft an den Premierminister  
Sir Winston Churchill  
Von W. M. Molotow*

Ihre Botschaft vom 6. August, in der Sie mitteilen, daß

Sie Ihren ursprünglichen Plan in keiner Weise geändert und daß Sie die Absicht haben, auf diese Frage zurückzukommen, habe ich erhalten.

Was unseren Vorschlag zu einer gesamteuropäischen Konferenz und ebenso zu einer Ministerkonferenz der vier Staaten betrifft, so ist er, wie Ihnen bekannt, eine Antwort auf die entsprechende Note der drei Regierun-

\*) Vgl. den Wortlaut der Note der Westmächte vom 7. Mai 1954 und die Antwortnote der Sowjetunion vom 24. Juli 1954 in Europa-Archiv 11/1954, S. 6619 und 19/1954, S. 6943.



gen vom 7. Mai. Diese unsere Antwort war natürlich bis zum Ende der Genfer Konferenz zurückgestellt worden. Wir unsererseits sind der Ansicht, daß die in Genf erzielten positiven Resultate zur Regelung auch anderer Fragen beitragen müßten.

Im Zusammenhang mit Ihren Bemerkungen zu unserer Note vom 24. Juli habe ich es für notwendig erachtet, dies meinem vorigen Schreiben hinzuzusetzen.

11. August 1954.

Quelle: *Neue Zeit* Nr. 12 vom 19. März 1955.

## Briefwechsel zwischen dem britischen Premierminister Sir Winston Churchill und dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France über die Frage einer Vierer-Konferenz

Veröffentlicht am 22. März 1955 in Paris

*Die beiden Briefe, die im Januar 1955 zwischen M. Mendès-France und Sir Winston Churchill ausgetauscht wurden, sind am 22. März 1955 veröffentlicht worden, nachdem der französische Außenminister Antoine Pinay der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Rates der Republik am 10. März 1955 das Vorhandensein dieser Schriftstücke mitgeteilt hatte. Der ehemalige französische Ministerpräsident schickt den beiden Schreiben folgende kurze Mitteilung voraus:*

„Im Laufe der Verhandlungen um die Pariser Verträge

ist ein persönlich gehaltener Brief Sir Winston Churchills vom 12. Januar erwähnt worden (der damit einen gleichfalls persönlichen Brief beantwortete, den ich ihm am 5. desselben Monats gesandt hatte).

Nach dem Sir Winston Churchill seine Bereitschaft erklärt hatte, diesen Briefwechsel unter der Voraussetzung zu veröffentlichen, daß ich meine Einwilligung gäbe, sehe ich mich, nach Einholung der Zustimmung des Herrn Außenministers, veranlaßt, die nachfolgenden Schriftstücke bekanntzugeben.“

### Schreiben des französischen Ministerpräsidenten an Sir Winston Churchill vom 5. Januar 1955

Verehrter Premierminister,

Wie ich schon im Verlauf unserer Londoner Gespräche geglaubt hatte, Ihnen zusichern zu können, hat die Nationalversammlung den Verträgen, von denen die Einheit und der Zusammenhalt der Westmächte abhängen, zugestimmt. Wie ich Ihnen jedoch vorausgesagt hatte, war die Debatte schwierig gewesen. Ich bin davon überzeugt, daß wir keine Zustimmung erzielt hätten, wenn wir nicht auf die Zusicherung Ihrer Regierung hätten zählen können, bedeutende Streitkräfte auf dem Kontinent zu belassen.

Noch sind nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Ich muß die Zustimmung des Rates der Republik erhalten. Vor allem aber ist es von Wichtigkeit, daß die öffentliche Meinung in Frankreich die Ueberzeugung behält, daß die Verträge notwendig sind und daß ihre Annahme und Verwirklichung die Westmächte nicht daran hindern, weiterhin mit Entschlossenheit und Nachdruck eine Politik des Friedens zu verfolgen.

Der Westen darf nicht erlahmen, seinen guten Willen zu bekunden. Wenn diese Bemühungen, für die Sie so oft ein Beispiel gegeben haben, gelingen, so wird das zum Wohl der ganzen Welt gereichen. Sollten sie hingegen unglückseligerweise fehlschlagen, so werden wir in den Augen der Völker wenigstens den Beweis erbracht

haben, daß ihre Regierungen ihre Pflicht getan haben, und darüber hinaus werden wir, sollte das notwendig sein, die Gemeinschaft zwischen den Nationen der freien Welt gefestigt haben. Ich glaube, daß Sie derselben Auffassung sind. In eben diesem Geist ist die beigelegte Aufzeichnung ausgearbeitet worden, die ich Ihnen zur Beurteilung vorlege und die ich ebenfalls Präsident Eisenhower sowie Sir Anthony Eden und Mr. Foster Dulles zuleite. Diese Aufzeichnung regt zwei mögliche Wege an, um der Sowjetunion eine Viererkonferenz vorzuschlagen, die zu einem baldigen Zeitpunkt einberufen werden könnte — im Mai beispielsweise —, vorausgesetzt, daß sie auf diplomatischem Wege sorgfältig vorbereitet worden ist.

Ihr Verständnis, Ihr Klarblick und Ihre Freundschaft werden für die Erfüllung der schweren Aufgaben, die uns das Jahr 1955 auferlegen wird, unerläßlicher sein denn je.

Ich erlaube mir, Ihnen wie auch Lady Churchill meine aufrichtigsten Wünsche für das Neue Jahr zu übermitteln, und bitte Sie, mein lieber Premierminister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und meiner treuen Ergebenheit entgegenzunehmen.

Pierre Mendès-France

### Dem Schreiben des französischen Ministerpräsidenten beigelegte Aufzeichnung

1. Die Vorschläge, die ich vor den Vereinten Nationen unterbreitete, haben es gestattet, die Argumentation zu stützen, die ich im Laufe der letzten Debatten in der Nationalversammlung entwickelte, und haben viel dazu beigetragen, die Stimmen einer gewissen Anzahl von Abgeordneten zugunsten der Pariser Verträge zu beeinflussen. Sprecher ganz verschiedener Richtungen haben die Regierung aufgefordert, eine neue Viererkonferenz auf dem Wege unverzüglich einzuleitender, diplomatischer Verhandlungen vorzubereiten. Angesichts dieser Tat-

sachen würde die französische Regierung nicht untätig bleiben können.

2. Sie erachtet es für notwendig, neue Schritte bei der Regierung der Sowjetunion zu unternehmen, und zwar so rasch wie möglich. Hierfür kommen zwei Verfahren in Betracht:

a) Im ersteren Fall würde die französische Regierung die Gelegenheit wahrnehmen, die ihr auf Grund der sowjetischen Note geboten wird; diese Note droht eine Kündigung des französisch-sowjetischen Abkommens an und muß in jedem Fall beantwortet werden.

Die französische Regierung könnte an die Widerlegung der Behauptung der Moskauer Regierung über den angeblich aggressiven Charakter der Pariser Verträge mit der Erneuerung eines Angebotes anschließen, diplomatische Verhandlungen zur Vorbereitung einer Viererkonferenz für den Monat Mai aufzunehmen, wenn es sichergestellt ist, daß Frankreich bis zu diesem Zeitpunkt die Pariser Verträge ratifiziert haben wird. Der Wortlaut dieses Vorschlages an die Sowjetunion würde den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens vorher bekanntgegeben werden, was wiederum in der Mitteilung der französischen Regierung an die sowjetische Regierung erwähnt würde.

b) Die andere Möglichkeit, die die französische Regierung natürlich vorziehen würde, bestände darin, der sowjetischen Regierung in einer gemeinsamen Note der drei alliierten Regierungen eine Viererkonferenz vorzuschlagen. Diese Note könnte in dem gleichen Verfahren ausgearbeitet werden, das schon bei der Abfassung der bisherigen westlichen Noten an die Sowjetunion angewandt worden ist; unter der Bedingung allerdings, daß daraus keine peinliche Verzögerung erwächst.

### Antwortschreiben des britischen Premierministers vom 12. Januar 1955

#### *Privat und persönlich*

Sehr geehrter Herr Mendès-France,

Vielen Dank für Ihren Brief. Lassen Sie mich Ihnen noch einmal meine Glückwünsche zu Ihrem Erfolg in der Kammer aussprechen. Mir ist bewußt, wie groß die Schwierigkeiten sein müssen, die Sie bei der Heftigkeit und dem Egoismus gewisser Gruppen zu überwinden haben. Ihr Mut und Ihre Energie haben mir einen Eindruck französischer Führerschaft vermittelt, wie ich ihn seit den Tagen Clemenceaus nicht mehr empfunden hatte. Lassen Sie mich Ihnen meine lebhafteste Anerkennung aussprechen.

Seit einiger Zeit habe ich den starken Wunsch, mit den neuen Machthabern der sowjetischen Regierung in persönlichen und unmittelbaren Kontakt zu treten, der geeignet wäre, eine fruchtbringende Viererkonferenz herbeizuführen. Aber dieser Wunsch hat einen schweren Schlag erhalten, als die Sowjets eine Zusammenkunft der vier Außenminister vorschlugen, wahrscheinlich mit der Absicht, die Opposition gegen die Ratifizierung der EVG in der französischen Nationalversammlung zu stärken.

Es folgte dann die Londoner Konferenz, wo (wie später in Paris) der Geist der Initiative Sir Anthony Edens durch die Verträge von Erfolg gekrönt wurde, deren Annahme durch die Kammer, wenn auch mit sehr schwacher Mehrheit, durch Ihre Entschlossenheit und Ihr Talent erfolgen konnte. Ich weiß sehr wohl, daß der Vertrag noch dem Rat der Republik vorgelegt werden muß, und ich kenne die verschiedenen Quellen der Ungewißheit und Verzögerung, die noch bestehen. Ich halte immer noch an dem Glauben fest, daß eine Zusammenkunft auf höchster Ebene wirkliche Vorteile bringen könne, wenn der Zeitpunkt und die Begleitumstände wohl gewählt werden. Diese Auffassung hat, wie Sie wissen, in einem im vergangenen Jahr einstimmig angenommenen Antrag des Unterhauses ihren Ausdruck gefunden. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß unter den gegenwärtigen Umständen Verhandlungen mit den Sowjets, welcher Art sie auch immer sein mögen, über die Frage einer Viermächte-

3. Die französische Regierung, die mit Nachdruck die Wichtigkeit unterstreichen möchte, die nach ihrer Ansicht dem von ihr vorgeschlagenen Vorgehen zukommt, ist überzeugt, daß die Westmächte es allein unter dem Einsatz einer nicht erlahmenden Initiative zugunsten einer Entspannung der internationalen Lage erreichen werden, ihrer Politik die unerläßliche Unterstützung durch die öffentliche Meinung zu garantieren: die Gefahren, die eine Passivität auf diesem Gebiet in sich bergen würde, wären nicht nur für Frankreich groß, sondern auch für Deutschland, wie die letzte Bundestagsdebatte bewiesen hat. Hingegen könnte uns die Sowjetunion durch Erklärungen, denen es an wirklicher Tragweite mangelte, zuvorkommen, sich den Nutzen zueignen, der aus solcher Initiative erwächst, und als einziger Staat darauf bedacht erscheinen, zu einer Regelung der schwebenden Probleme zu gelangen.

4. Die französische Regierung bittet um möglichst rasche Stellungnahme der britischen Regierung zu den vorhergehenden Vorschlägen.

Pierre Mendès-France

konferenz — selbst unter der Bedingung, daß die Verträge vorher ratifiziert worden wären — unserer gemeinsamen Sache dienlich sein könnten. Die Sowjets lassen sich nicht durch Schwäche beeindrucken. Vermischte man den Ratifizierungsvorgang mit etwas, was ihm sehr wohl auch so bald nachfolgen kann, so hieße das, Entschlossenheit und Versöhnung aufs Spiel zu setzen. Je eher wir eine einstimmige Ratifizierung erlangen, um so früher wird eine Viererkonferenz auf höchster Ebene stattfinden können.

Obwohl wir uns all Ihrer Schwierigkeiten bewußt sind und Ihre Bemühungen bewundern, so steht fest, daß ich und meine Kollegen fest entschlossen sind, einem Treffen der vier Großmächte oder einer Einladung zu einem solchen Treffen, wie auch immer die Begleitumstände sein mögen, nicht zuzustimmen, weder auf der Ebene der Außenminister noch auf der der Regierungschefs, bis die Verträge von Paris und London von allen Signatarstaaten ratifiziert worden sind. In dieser Hinsicht stimmen wir mit den Vereinigten Staaten völlig überein. Nach meiner Ansicht besteht nicht die geringste Möglichkeit, daß sich irgend etwas an der Haltung unserer beiden Länder in diesem Punkt ändert.

Ich fürchte sogar, daß eine weitere endlose Verzögerung der Ratifikation zur Annahme anderer Lösungen führen könnte, die zweifellos beiderseits des Atlantik studiert werden.

Ich persönlich bin sehr dagegen, daß die amerikanischen und britischen Truppen vom Kontinent zurückgezogen werden. Sie können versichert sein, daß ich mich, soweit mir das möglich ist, der Konzeption einer sogenannten „peripheren“ Strategie widersetzen werde. Hingegen würde ich mich verpflichtet fühlen, sei es als Premierminister, sei es als einfacher Abgeordneter, die sogenannte Politik des „leeren Stuhls“ (empty chair) zu unterstützen, obwohl das beträchtliche Änderungen in der militärischen wie politischen Infrastruktur der NATO mit sich bringen muß. Ich glaube, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer ungeheuren Ueberlegenheit in den



Atomwaffen gemeinsam mit Großbritannien, dem britischen Commonwealth und der Bundesrepublik Deutschland auf jeden Fall während der nächsten Jahre stark genug sein werden, um den Benelux-Ländern und unseren anderen Alliierten, denen gegenüber wir verpflichtet sind, eine echte und reale, auf die physische und moralische Kapazität der Abschreckungskraft begründete Sicherheit garantieren zu können.

Während dieses Zeitraums kann viel erreicht werden. Aber nachdem ich seit 1910 immer mit und für Frank-

reich gearbeitet und gekämpft habe, dessen Volk ich sehr liebe, würde es mich mit tiefer Trauer erfüllen, wenn ich feststellen müßte, daß es isoliert und seinen Einfluß in der übrigen freien Welt verlieren würde. Ich hoffe sehr, daß es Ihre Rolle sein wird, Ihrem Land diesen schweren Schicksalsschlag zu ersparen.

Ich sende Ihrer Gattin und Ihnen meine besten Grüße zum neuen Jahr und meine herzlichsten Wünsche, daß Sie am Ruder bleiben mögen. *Winston Churchill*

Quelle: *Le Monde* No. 3159 vom 22. März 1955.

## Erklärung über die Außenpolitik der französischen Regierung

Abgegeben von Ministerpräsident Edgar Faure am 26. März 1955 vor dem Rat der Republik

*In der Einleitung der Regierungserklärung wird der Rat der Republik aufgefordert, den Pariser Verträgen ohne Zusatzanträge zuzustimmen. Die Regierung vertritt die Ansicht, „daß die Stärkung des Zusammenhalts des Westens unentbehrlich ist, um mit dem Osten eine Regelung der schwebenden Probleme, die Bedingungen einer friedlichen Koexistenz und auch die allgemeine Beschränkung und Kontrolle der Rüstung zu erwirken“. In diesem Zusammenhang erachtet es die französische Regierung für wesentlich, ihre künftige Politik wie folgt zu umreißen:*

1. Die Regierung ist der Ansicht, daß dem Inkrafttreten des Abkommens vom 23. Oktober über ein europäisches Saarstatut der Abschluß einer französisch-saarländischen Konvention vorausgehen muß, deren Grundlagen nunmehr gemeinsam festgelegt wurden und eine zufriedenstellende Regelung des Problems in sich schließen, das sich durch die Beendigung der Sequester-Verwaltung stellt.

2. Die Regierung ist der Meinung, daß die Westeuropäische Union durch eine Organisation für die Rüstungsproduktion ergänzt werden muß, die eine bessere Verwertung der den europäischen Ländern zur Verfügung stehenden Hilfsmittel gewährleistet.

Ihr Ziel, für dessen Verwirklichung sie sich unermüdlich einsetzen wird, ist die Bildung einer europäischen Agentur mit einem gemeinsamen Budget, die auf den Gebieten der Forschung, der Produktion und auch der Verteilung der Auslandshilfe über echte Befugnisse verfügt.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Regierung ihren Partnern in der Westeuropäischen Union vorschlagen, daß sofort nach dem Inkrafttreten der Verträge die erforderlichen Institutionen geschaffen werden, um zwischen allen Mitgliedstaaten die engste Zusammenarbeit herbeizuführen. Sie wird mit den Regierungen der Unterzeichnerstaaten Verhandlungen mit dem Ziele einleiten, die wirtschaftlichen und sozialen Produktionsbedingungen zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten auf einen Nenner zu bringen.

Sie glaubt, daß eine echte europäische Rüstungsgemeinschaft die erste unbedingt notwendige Etappe zur Errichtung Europas ist und daß sie die Probe für die Einigkeit der Atlantischen Gemeinschaft und auf die Absichten bedeutet, die der Gründung der Westeuropäischen Union zu Grunde lagen.

3. Die Regierung mißt den Bestimmungen der Verträge von London und Paris, die sich auf die massiven Zer-

störungswaffen beziehen, eine entscheidende Wichtigkeit zu. In dieser Hinsicht hält sie es für unbedingt notwendig, daß die vorgesehenen Kontrollbestimmungen so bald wie möglich vom Rat der Westeuropäischen Union festgelegt werden.

4. Die Regierung wird ohne Zeitverlust die Mitglieder der Atlantikpaktorganisation auf die Notwendigkeit hinweisen, die Bande, die die Mitgliedstaaten dieser Organisation verbinden, weiter zu verstärken. Diese Organisation darf nicht gemäß Artikel 2 des Paktes auf militärische Probleme beschränkt bleiben, sondern muß zwischen ihren Mitgliedern in- und außerhalb Europas und insbesondere im Mittelmeer und in Afrika eine politische, wirtschaftliche und soziale Solidarität herstellen, die eine echte europäische Gemeinschaft herbeiführt, wobei die Rechte und Pflichten eines jeden Landes in den Gebieten unter seinem Schutz strikt gewahrt werden müssen.

Sie wird die Initiative ergreifen und die nötigen Vorschläge ausarbeiten, um diese Solidarität auf verschiedenen Gebieten, auf denen sie bisher anscheinend nicht genügend zur Geltung kam, zu festigen.

5. Die Regierung hat bereits Kontakte mit ihren Verbündeten mit dem Ziele aufgenommen, die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Sowjetunion nach einem Gesamtplan vorzubereiten, in dem jede Zersplitterung bei dem Vorgehen der westlichen Mächte vermieden wird.

Sie wird sich bemühen, in der kürzestmöglichen Frist eine Konferenz herbeizuführen, die alle schwebenden Probleme behandeln soll, deren Lösung möglich erscheint. Sie ist zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt, daß Frankreich alle zweckmäßig erscheinenden Schritte unternimmt, um Lösungen zu definieren, die geeignet sind, die Zustimmung der vier Verhandlungspartner zu erzielen.

Sie wird keine Mühe scheuen, um die zur Zeit stattfindenden Gespräche über die Beschränkung und die Kontrolle der Rüstungen unter Bedingungen zu einem Ende zu führen, die die Sicherheit aller gewährleisten.

Die verschiedenen Punkte dieser Erklärung bilden das Aktionsprogramm der Regierung. Sie hat nicht die Debatte im Rat der Republik abgewartet, um ihre Verwirklichung in Angriff zu nehmen. Sie wird ihre Bemühungen energisch fortsetzen und dabei aus der größeren Autorität Gewinn ziehen, die ihr die bevorstehende Abstimmung geben wird, und sie wird nicht verfehlen, in Kürze durch eine Erklärung vor dem Parlament die Ergebnisse bekanntzugeben, die sie auf den verschiedenen Gebieten erzielt haben wird.

Quelle: *Le Monde* vom 29. März 1955.

## Informationen und Berichte

### Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

In Bonn wurde am 29. März 1955 die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik gegründet. Die Gesellschaft beabsichtigt, ein unabhängiges, überparteiliches Zentrum zu bilden, das der außenpolitischen Forschung und Unterrichtung dient und zugleich als Forum für Begegnungen mit einflußreichen ausländischen Persönlichkeiten Verwendung finden soll.

Die Ziele der Gesellschaft sind im einzelnen in der Satzung wie folgt festgelegt:

„Die Probleme der internationalen, besonders der europäischen Politik und Wirtschaft zu erörtern und ihre wissenschaftliche Untersuchung zu fördern, die Urkunden über diese Forschungsfragen zu sammeln und das Verständnis für internationale Fragen durch Vorträge, Studiengruppen und Veröffentlichungen anzuregen und zu vertiefen. Hierdurch soll die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und der Gedanke der Völkerverständigung gefördert werden.“

Die Gesellschaft unterhält für die Verwirklichung dieser Ziele ein Forschungsinstitut. Dieses ist das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft in Frankfurt am Main, das bereits auf eine mehrjährige Tätigkeit unter der Leitung von Oberpräsident a. D. Theodor Steltzer zurückblickt und jetzt in die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik inkorporiert wurde. Publikationsorgan der Gesellschaft und des Instituts ist das „Europa-Archiv“.

Der Bundespräsident, Professor Dr. Theodor Heuss, gab in einem Begrüßungsschreiben seiner Freude und Genugtuung über die Gründung der Gesellschaft Ausdruck. Aus dem Kreis der ausländischen Institute für internationale Beziehungen, mit denen das Frankfurter Institut bereits in enger Arbeitsverbindung steht, gingen zahlreiche Begrüßungsschreiben ein; so u. a. von dem Vorsitzenden des Vorstandes des Royal Institute of International Affairs (Chatham House) in London, Sir William Elliot; dem Präsidenten des Council on Foreign Relations in New York, John J. McCloy; dem Präsidenten des Carnegie Endowment, Joseph Johnson; dem Generalsekretär des Centre d'Etudes de Politique Etrangère in Paris, Jacques Vernant; dem Generalsekretär der Nederlandsch Genootschap voor Internationale Zaken in s'Gravenhage, Dr. B. H. M. Vlekke, und dem Direktor des Institut des Relations Internationales in Brüssel, Emmanuel Coppieters.

Zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik wurde der frühere Bundestagsabgeordnete der CDU, Dr. Günter Henle, Teilhaber der Firma Klöckner & Co., Duisburg, gewählt. Dr. Gerhard Lütken, Bundestagsabgeordneter der SPD, und Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln, wurden als Stellvertreter des Präsidenten, Oberpräsident a. D. Theodor Steltzer als geschäftsführender Präsident, Freiherr von Falkenhausen, Gesellschafter des Bankhauses Burckhardt & Co., Essen, als Schatzmeister der Gesellschaft gewählt. Dem Präsidium gehören weiterhin an: Hermann J. Abs, Karl Blessing, Hans C. Boden, Wilhelm Cornides, Marion Gräfin Dönhoff, Willi Eichler, Ernst

Friedlaender, Dr. Hans Goudefroy, Professor Dr. Wilhelm Grewe, Dr. Ulrich Haberland, Staatssekretär Professor Dr. Walther Hallstein, Reichsminister a. D. Dr. Dr. Andreas Hermes, Heinrich Jakopp, Dr. Kurt-Georg Kiesinger, Dr. Hans Karl von Mangoldt-Reiboldt, Dr. Hans-Joachim von Mer Katz, Dr. Karl Georg Pfeleiderer, Professor Dr. Karl Schiller, Professor Dr. Carlo Schmid, Otto Wolff von Amerongen.

Es wurde ein wissenschaftlicher Ausschuß gebildet, der die weitere Forschungsarbeit in personeller und sachlicher Hinsicht vorbereiten wird.

An die Gründungsversammlung schloß sich eine Feier im Festsaal der Bonner Universität an. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer sprach der Gesellschaft seine Glückwünsche aus. Er sah ihre Bedeutung darin, das deutsche Volk aus der überraschenden Gleichgültigkeit außenpolitischen Fragen gegenüber zu erwecken, auf die er immer wieder gestoßen sei. Der Bundeskanzler ging den Ursachen dieser Gleichgültigkeit nach, die er in der kontinentalen Lage Deutschlands und der politischen Einstellung des deutschen Volkes in der Kaiserzeit, in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus fand. Die Bundesregierung bedürfe nicht nur der Kontrolle durch das Parlament, sondern auch der Unterstützung durch die öffentliche Meinung. Er hoffe, so sagte der Bundeskanzler, daß mit dem Ende der Besatzungszeit jetzt eine Periode größerer deutscher Aktivität und Geltung in der Außenpolitik für die Bundesregierung und hoffentlich auch bald für Gesamtdeutschland beginnen werde. Die neu gegründete Gesellschaft werde für die Außenpolitik und damit für das ganze deutsche Volk Großes leisten können. Bundeskanzler Adenauer wünschte der Gesellschaft für ihre Tätigkeit besten Erfolg.

Der Präsident der neugegründeten Gesellschaft, Dr. Günter Henle, wies in seiner Rede darauf hin, daß die Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, ähnlich den im Ausland bestehenden Institutionen, wie beispielsweise das Royal Institute of International Affairs, der Council on Foreign Relations und das Centre d'Etudes de Politique Etrangère, vor allem durch zwei Umstände ermöglicht wurde: die wertvollen Vorarbeiten, die seit Jahren von dem Frankfurter Institut für Europäische Politik und Wirtschaft geleistet wurden, und das aktive Interesse der westdeutschen Wirtschaft. Dr. Henle gab die Bildung eines Fördererkreises bekannt, der die Arbeiten der Gesellschaft unterstützen wird. Besonders nachdrücklich betonte Dr. Henle den Wunsch zur Zusammenarbeit mit den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit den Fragen der Außenpolitik beschäftigen.

Den Festvortrag hielt Professor Dr. Hans Rothfels, Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, über das Thema „Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik“.

Am Nachmittag des 29. März fand in Bonn eine Pressekonferenz statt, in deren Verlauf die in- und ausländische Presse über die Aufgaben und Ziele der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unterrichtet wurde.



Präsident Henle erklärte, die Gesellschaft werde zu außenpolitischen Fragen nicht selbst Stellung nehmen. Sie wolle keine außenpolitischen Programme liefern, sondern nur die außenpolitischen Probleme darstellen und wissenschaftlich untersuchen.

### Die Bundesrepublik und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

Als älteste und erste der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen hat die Food and Agriculture Organization (FAO)<sup>1</sup> der Bundesrepublik im November 1950 die Mitgliedschaft eröffnet<sup>2</sup>. Das ehemalige Deutsche Reich war durch das Internationale Abkommen vom 7. Juni 1905 an der Begründung der Vorgängerin der FAO, dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom, beteiligt. Auch während des Zweiten Weltkrieges hatte Deutschland den internationalen Charakter dieses Instituts gewahrt und seine Weiterarbeit gefördert. An einer frühzeitigen Beteiligung Deutschlands an der Nachfolgeorganisation des Instituts, der FAO, die übrigens auch von den anderen Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die frühere wertvolle Mitarbeit im Internationalen Landwirtschaftsinstitut gewünscht wurde, war die Bundesrepublik um so mehr interessiert, als die Ziele der FAO von vornherein erheblich weiter gesteckt wurden als die des Instituts. Während dieses im wesentlichen bemüht war, durch eine umfassende Landwirtschafts-Statistik die landwirtschaftlichen Vorgänge auf den Agrarmärkten zu klären und den technisch-wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch zu fördern, will die FAO außerdem dazu beitragen, die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern und zu heben und die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, eine Aufgabe, die angesichts der akuten Gefährdungen in den Nachkriegsjahren auch für die europäischen Länder von besonderem Interesse sein mußte. Darüber hinaus ist grundsätzlich die Mitarbeit möglichst vieler Staaten geeignet, auch auf diesem Teilgebiet der Wirtschaftspolitik Voraussetzungen für eine Befriedung der Welt auf weite Sicht zu schaffen; sind doch die politischen Spannungen und Krisen oft nur die Folge ungelöster wirtschaftlicher und sozialer Probleme<sup>3</sup>.

Die Aufnahme der Bundesrepublik erfolgte mangels eigener Souveränität durch Vermittlung der Alliierten Hohen Kommission, die im Rahmen des sogenannten „Petersberger Abkommens“ den Beitritt erwirkte.

#### 1. Die sachliche Beteiligung der Bundesrepublik

1. Durch die Beteiligung der Bundesrepublik an den vielfältigen Aufgaben der FAO werden dieser internationalen Organisation einerseits die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung und der agrarwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik sowie die Erfahrungen deutscher Sachverständiger zur Verfügung gestellt. So erhält die FAO regelmäßig Meldungen über Saatenstand, Ernten, Verarbeitung, Ein- und Ausfuhr, Preise von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und dergleichen. Auch die von der Bundesregierung getroffenen agrarpolitischen Maßnahmen werden laufend an die Organisation berichtet. Andererseits gewinnen die Bundesrepublik und die deutsche Agrarwirtschaft Möglichkeiten ständigen Erfahrungsaustausches und an Hand der von der FAO herausgegebenen Empfehlungen wertvolle Anregungen zu innerstaatlichen Maßnahmen oder zu

wissenschaftlichen und praktischen Unternehmungen. Nicht weniger wertvoll sind die Untersuchungen und Arbeiten der FAO auf landwirtschaftlich-technischem Gebiet. Aber auch die von der Organisation veröffentlichten Statistiken und wissenschaftlichen Untersuchungen auf den einzelnen Fachgebieten der Landwirtschaft liefern für Regierung, landwirtschaftliche Organisationen und Agrarwissenschaft reichhaltiges Arbeitsmaterial. So sind beispielsweise die fundierten Untersuchungen über die Marktlage bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen oft von entscheidender Bedeutung für die innerstaatliche Ernährungswirtschaft.

Als ein Land mit notwendig intensivem Außenhandel ist die Bundesrepublik an allen Bestrebungen der FAO interessiert, im internationalen Warenverkehr zu gewinnen, allseitig verbindlichen Abmachungen zu kommen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise das Welt-Weizen- und das Welt-Zuckerabkommen zu erwähnen, zu deren Ausarbeitung Sachverständige der FAO hinzugezogen wurden, um vor allem die Auswirkungen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu prüfen. Ferner sei die unter Führung der FAO ausgearbeitete und im Jahre 1952 abgeschlossene Internationale Pflanzenschutzkonvention genannt, an deren Zustandekommen auch Vertreter der Bundesrepublik beteiligt waren.

2. Nachdem die FAO neben ihrem ständigen Arbeitsprogramm noch das sogenannte „Erweiterte Technische Hilfsprogramm“ auf dem Gebiet der Landwirtschaft übernommen hat, besteht auch für die Bundesrepublik und ihre Sachverständigen die Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung an der praktischen Durchführung dieses in das allgemeine technische Hilfswerk der Vereinten Nationen eingebauten Programms. Wenn der Jahresbericht der FAO für 1953 feststellen konnte, daß zwar im ganzen gesehen die landwirtschaftliche Erzeugung erheblich gestiegen ist, so ist doch noch gut die Hälfte der Weltbevölkerung unterernährt<sup>4</sup>. Weite, dicht bevölkerte Gebiete, insbesondere in Asien, werden immer wieder durch Hungersnöte heimgesucht, so daß die Aufgabe, Agrarproduktion und Lebensstandard der Bevölkerung in den unterentwickelten Gebieten zu heben, nach wie vor bestehen bleibt. Hierzu trägt neben der technischen Hilfeleistung als solcher auch weitgehend die Entsendung hochqualifizierter Sachverständiger zwecks Beratung der Regierungen dieser Länder bei. Nach dem Studium der Möglichkeiten an Ort und Stelle können die Experten die Regierungen bei der Ausarbeitung von landwirtschaftlichen Förderungsprogrammen beraten oder Vorschläge für bestimmte technische Anlagen unterbreiten. Auch die Bundesregierung hat der FAO bereits eine größere Zahl von Sachverständigen für dieses Hilfsprogramm zur Verfügung gestellt, nämlich 28 von insgesamt 1000 im Rahmen der FAO seit Bestehen des Hilfsprogramms tätigen Beratern. Diese wurden für einen Zeitraum von sechs Monaten bis ein Jahr in die verschiedenen Länder der Welt entsandt. Sie arbeiteten auf folgenden Gebieten: Pflanzenschutz, Pflanzenzüchtung, Veterinärwesen, Landwirtschaftsstatistik und landwirtschaftliches Marktwesen, Genossenschaftswesen, Forst- und Holzwirtschaft, Fischerei usw. Wenn es auch der Sinn dieses Hilfsprogramms ist, in erster Linie den unterentwickelten Ländern zu helfen, so dürfen doch die wirtschaftlichen Vorteile und Möglichkeiten für die Län-

der nicht übersehen werden, die ihre Sachverständigen zur Verfügung stellen. Vermittelt doch der Einsatz dieser Sachverständigen oft neue Erfahrungen und Erkenntnisse für eigene Probleme und wertvolle Verbindungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern.

Ergänzend werden aus unterentwickelten Ländern sogenannte „Fellows“, das sind Stipendiaten, zum Studium aufgenommen. Auch bei der Aufnahme und Unterweisung dieser Stipendiaten, bei denen es sich vor allem um Beamte der Landwirtschaftsverwaltung und Wissenschaftler handelt, die zur Uebernahme wichtiger Aufgabengebiete im Verwaltungsdienst und im Bildungs- und Beratungswesen ihrer Länder berufen sind, hat sich die Bundesrepublik gern beteiligt. Die hier gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse befähigen die Stipendiaten, in ihren Heimatländern das von den Experten begonnene Werk fortzusetzen.

## II. Die finanzielle und organisatorische Beteiligung

1. Der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik, der nach einem von den Vereinten Nationen auf der Grundlage von Volkseinkommen und Bevölkerung aufgestellten Schlüssel berechnet wird, ist seit Beginn ihrer Mitgliedschaft entsprechend der Vermehrung des Volkseinkommens ständig gestiegen. Betrug er 1951 4,12 vH des Jahresbudgets (206 000 US-Dollar), 1952 4,52 vH (236 170 US-Dollar) und 1953 4,73 vH (248 325 US-Dollar)<sup>5</sup>, so beträgt der Anteil bei einem Jahresbudget von 6 Millionen US-Dollar für 1954 5,67 vH (339 600 US-Dollar). Damit steht die Bundesrepublik bezüglich der Beitragshöhe an fünfter Stelle in der Reihe der gegenwärtig 71 Mitgliedstaaten, und zwar hinter den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Kanada<sup>6</sup>.

2. Nachdem die „Konferenz“ — das oberste Organ der FAO — seit 1949 nicht mehr jährlich, sondern nur jedes zweite Jahr zusammentritt, hat der von ihr auf drei Jahre gewählte Rat als ständiges Exekutivorgan im Rahmen der von der Konferenz gefaßten Beschlüsse an Bedeutung gewonnen.

Während Deutschland, wie alle Mitgliedstaaten, in dem dem Rat entsprechenden Ständigen Ausschuss des früheren Internationalen Landwirtschaftsinstituts vertreten war<sup>7</sup>, hat die Bundesrepublik derzeit keinen Ratsitz inne. Es haben lediglich deutsche Beobachter — mit der Möglichkeit, sich in die Beratungen einzuschalten — an den Tagungen des Rates teilgenommen. Der Wunsch eines Mitgliedstaates, auch im Rat beteiligt zu sein, findet seine Grenze in der notwendigerweise beschränkten Zahl der Ratsmitglieder. Andererseits ist es verständlich, daß ein Land, das sich finanziell und praktisch besonders für die FAO betätigt und auch über geeignete Persönlichkeiten verfügt, Wert darauf legen muß, im Rat Sitz und Stimme zu haben. So hat das Problem der zweckmäßigen Verteilung der Ratsitze häufig zu schwierigen Erörterungen bei den Konferenzen der FAO geführt.

Auf der letzten, 7. Konferenz im Dezember 1953 ist die Zahl der Ratsmitglieder von 18 auf 24 erhöht worden bei folgender geographischer Aufteilung:

- 2 Sitze auf Nordamerika,
- 5 „ „ Lateinamerika,
- 7 „ „ Europa,

- 3 „ „ den Nahen Osten,
- 5 „ „ Asien und den Fernen Osten,
- 1 Sitz „ Austral-Asien,
- 1 „ „ Afrika.

Diese Erweiterung des Rates erfolgte auf Grund des Anwachsens der Mitgliedstaaten auf 71, so daß das im Interesse der Arbeitsfähigkeit bisher geltende Prinzip, die Zahl der Ratsmitglieder auf ein Drittel der Mitgliedstaaten zu beschränken, beibehalten werden konnte. Ein schweizerischer und von deutscher Seite besonders unterstützter Abänderungsvorschlag zur Satzung sah vor, daß für die Wahl der Mitglieder des Rates neben den geographischen Gesichtspunkten und den Leistungen materieller und sonstiger Art das Prinzip der Rotation grundsätzlich angewendet werden soll, um allen Staaten Gelegenheit zu geben, wenigstens einmal während einer dreijährigen Wahlperiode im Rat vertreten zu sein. Allerdings soll für die Staaten, die in erheblichem Maße zum Erfolg der Organisation beitragen, die Wiederwahl in den Rat möglich sein<sup>8</sup>.

Es bleibt offen, wie dieser von der Konferenz 1953 angenommene Vorschlag bei den Ratswahlen durch die Konferenz im November 1955 angewendet wird. Für Deutschland wird entscheidend sein, wie die europäischen Ratssitze intern zur Aufteilung gelangen. Unter den europäischen Staaten haben sich gewisse Untergruppen herausgebildet, beispielsweise die skandinavische Gruppe und die Benelux-Gruppe, die je einen Ratssitz beanspruchen mit der Rotationsmöglichkeit innerhalb der Gruppenstaaten. Demgegenüber bevorzugen andere europäische Staaten die Rotation innerhalb Europas als Ganzem.

Möglicherweise wären diese Schwierigkeiten innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zu vermeiden, wenn es wieder ein ständiges europäisches Regionalbüro gäbe, wie es vor der Verlegung des FAO-Sitzes von Washington nach Rom im Jahre 1951 bestanden hat. Durch eine ständige regionale Zusammenarbeit — wie sie für die technischen Arbeitsgebiete im Europäischen Landwirtschaftskomitee besteht — würden sich auch sonstige Probleme besser lösen lassen, die Europa als Ganzes betreffen.

3. Für den ständigen Mitarbeiterstab der FAO, der dem Generaldirektor untersteht, stellt die Bundesrepublik Fachbeamte und Angestellte. Gegenwärtig arbeiten dort 19 Deutsche, davon 8 in gehobenen Positionen. Auch hier besteht die Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung deutscher Fachkräfte, sobald sich Personalveränderungen ergeben. Wenn man allerdings bedenkt, daß der gesamte ständige Mitarbeiterstab an der Zentrale der FAO in Rom und bei den regionalen Büros in Bangkok, Kairo, Washington und Rio de Janeiro sich auf 1050 Personen beläuft, so wird ersichtlich, daß eine deutsche Mitarbeit nicht zahlenmäßig, sondern nur durch die Qualität der Fachkräfte zur Geltung kommen kann. Dazu kommt, daß es — anders als beim früheren Internationalen Landwirtschaftsinstitut — eine schlüsselmäßige Aufteilung des internationalen Personals auf die einzelnen Nationen bei der FAO ohnehin nicht gibt.

4. Bei den Spezialausschüssen der FAO ist die Bundesrepublik seit Juni 1952 in dem Ausschuss für Warenprobleme (Committee on Commodity Problems) vertreten<sup>9</sup>, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen der



Erzeugung und Verwertung, einschließlich Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, befaßt und sich neuerdings der schwierigen Frage der Verwendung der landwirtschaftlichen Ueberschüsse angenommen hat; ferner im Europäischen Landwirtschaftsausschuß (European Committee on Agriculture), der sich hauptsächlich den technischen Problemen der europäischen Landwirtschaft widmet<sup>10</sup>. In diesem Ausschuß stellt die Bundesrepublik zur Zeit den stellvertretenden Vorsitzenden.

Es ist offenkundig, daß die Betätigung in solchen Ausschüssen, die sich mit konkreten Sachproblemen befassen, stets das entscheidende Kriterium für die Mitarbeit in einer Organisation bedeutet. Nicht wenige Kenner der Verhältnisse bei der FAO halten gerade die Mitarbeit in den Fachausschüssen für wichtiger als die Vertretung im Rat.

### III. Zur Wirksamkeit der FAO-Arbeiten

Es ist bereits erwähnt worden, daß nicht nur die Empfehlungen, sondern auch die von der FAO vorgenommenen Studien und der internationale Erfahrungsaustausch eine reiche Quelle von Anregungen für Parlament und Regierung, Wissenschaft und Praxis sind. Dazu kommt noch, daß sich aus dem weiten Arbeitsbereich der FAO vielfältige Verknüpfungen mit den anderen Sonderorganisationen der UN, beispielsweise mit der WHO oder der UNESCO, ergeben, die weitere Anregungen erbringen. Die Fülle des gesammelten und verarbeiteten Materials findet ihren Niederschlag in zahl-

reichen Veröffentlichungen der FAO, die — in ihrer Ergiebigkeit zwar unterschiedlich zu bewerten — insgesamt darauf abgestellt sind, möglichst alle an den Problemen beteiligten Stellen und interessierten Kreise anzusprechen und zu fördern. Eine unmittelbare Auswertung, insbesondere für die landwirtschaftliche Praxis und die landwirtschaftlichen Organisationen, wird z. Z. dadurch erschwert, daß die Veröffentlichungen nur in einer der offiziellen Sprachen, Englisch, Französisch und Spanisch, erscheinen.

Auch auf den Spezialtagungen der FAO leidet die Mitarbeit hochqualifizierter Fachleute, die keine der offiziellen Arbeitssprachen ausreichend beherrschen, oft unter dieser Schwierigkeit. Aus technischen Gründen muß die Zahl der Verhandlungssprachen jedoch beschränkt bleiben. Aber es sollte doch angestrebt werden, daß in den Ausschüssen, insbesondere wenn diese sich mit europäischen Problemen befassen, auch die deutsche Sprache gesprochen werden kann, wie dies bereits bei anderen Veranstaltungen der UN, beispielsweise den Rohstoff-Konferenzen, gehandhabt wird. Dadurch ließe sich die Mitwirkung deutscher Spezialisten erweitern und steigern. Dies wiederum würde sich in einer verstärkten Publikationstätigkeit deutscher Teilnehmer in deutschen Fachzeitschriften auswirken. Darüber hinaus bliebe zu erwägen, die wichtigsten Veröffentlichungen und Verlautbarungen der FAO wenigstens auszugsweise auch in deutscher Sprache herauszugeben.

Ministerialrat Wilhelm Weber

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Zu Aufbau und Funktion der FAO siehe Wicharz: „Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)“ in: *Dokumente*, Forschungsstelle für Völkerrecht und ausl. öffentl. Recht der Universität Hamburg (zit. *Dokumente*) Heft VIII (1953); *Yearbook of the United Nations* (zit. *Y.U.N.*). Im besonderen vgl. die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten herausgegebenen „Berichte über Landwirtschaft“ (Verlag Paul Parey, Hamburg-Berlin), die ständig über das Arbeitsgebiet der FAO informieren, z. B. Bd. 30 (1952) H. 2 S. 264.; Weber: „Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen“, Bd. 30 H. 4 S. 513 ff.; Weber: „Die Welterzeugungslage land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, Feststellungen des Rates der FAO auf seiner 16. Tagung vom 17.—28. November 1952 in Rom“, Bd. 31 (1953) H. 3 S. 430 ff.; Scharmer: „Aus der Arbeit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)“, Bd. 32 (1954) H. 1 S. 131 ff.; Weber: Kurzbericht über die 7. Tagung der FAO-Konferenz vom 23. 11. bis 11. 12. 1953 in Rom. Vgl. auch das *Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen* No. 7/8 (August 1954) S. 7; vgl. ferner *International Organization*, Vol. 7 (1953) S. 131 ff., 408 ff. und 558 ff., Vol. 8, No. 1 (Februar 1954) S. 130 ff., No. 2 (Mai 1954) S. 257 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Wicharz, a. a. O., S. 5; „Deutschland im Wiederaufbau“, Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, Presse- und Informationsamt 1950, S. 8, 1951, S. 5; *Y.U.N.* 1950, S. 902 u.

908; *International Organization*, Vol. 5 (1951), S. 198. — Ueber die Beteiligung an dem Vorgängereinstitut der FAO, auch während des Zweiten Weltkrieges, vgl. Wicharz, a. a. O., S. 1 und 11.

<sup>3)</sup> Vgl. den Bericht des Generaldirektors der FAO über das Jahr 1949/50, zit. bei Wicharz, a. a. O., S. 9.

<sup>4)</sup> Vgl. „The State of Food and Agriculture“, 1953 und 1954, FAO, Rom.

<sup>5)</sup> Vgl. Wicharz, a. a. O., S. 6; *Y.U.N.* 1950, S. 908, 1951, S. 880, 1952, S. 836.

<sup>6)</sup> Vgl. FAO: „Report of the 7th Session of the Conference“, März 1954, S. 127 und 214; *Y.U.N.* 1953, S. 741.

<sup>7)</sup> Vgl. Weber: „Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation . . .“, a. a. O., S. 264, 267.

<sup>8)</sup> Diese Sicherung eines praktisch „ständigen“ Ratssitzes betrifft in erster Linie die Vereinigten Staaten, die allein 30 vH des FAO-Budgets tragen. Vgl. *Y.U.N.* 1953, S. 741.

<sup>9)</sup> Weber, Kurzbericht, a. a. O., S. 132; *International Organization*, Vol. 8, No. 2 (Mai 1954), S. 258.

<sup>10)</sup> Vgl. dazu *International Organization*, Vol. 6 (1952), S. 631; vgl. auch Scharmer (über die 5. Tagung des Ausschusses); a. a. O., S. 430 f.; FAO: „The Work of FAO, 1953/54 — A Progress Report“, Juli 1954, S. 8.

## Zeittafel vom 16. bis zum 31. März 1955

## Die Ereignisse in Europa\*

## Deutschland

18. Der Bundesrat verabschiedet die Vertragsgesetze zu den Pariser Verträgen und zum Saarabkommen. Das zustimmungsbedürftige Gesetz über den Deutschlandvertrag (Beendigung des Besatzungsregimes) wird mit 29 gegen 9 Stimmen der Länder Hessen und Niedersachsen angenommen. Bezüglich des Ratifikationsgesetzes zum Stationierungsvertrag und zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Brüsseler Pakt und zur NATO verzichtet der Bundesrat ohne Abstimmung auf eine Anrufung des Vermittlungsausschusses. Mit 21 gegen 17 Stimmen der Länder Hessen, Bayern, Bremen und Niedersachsen verzichtet der Bundesrat ferner auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses bezüglich des Abkommens über das Statut der Saar. Das Land Berlin enthält sich bei allen Abstimmungen der Stimme. Zu den Vertragsgesetzen faßt der Bundesrat drei Entschlüsse, von denen sich die erste zur Frage der deutschen Auslandvermögen und eine weitere zur Frage der Wiedervereinigung mit den vom Bundestag am 27. Februar angenommenen Entschlüssen decken. Außerdem stimmt der Bundesrat einmütig einer Entschließung zur Saarfrage zu, die sich in ihrem ersten Teil mit der Saarentschliebung des Bundestages vom 27. Februar deckt (vgl. Zeittafel EA 6.1955). Darüber hinaus heißt es in der Entschliebung des Bundesrates, die Ausführung des Saarstatuts müsse sicherstellen, „daß sich die Bevölkerung an der Saar frei zu Deutschland bekennen und für den Friedensvertrag ihren Verbleib bei Deutschland fordern kann. Der Bundesrat erwartet daher, daß die freie demokratische Willensbildung der Saarbevölkerung nicht durch polizeistaatliche Methoden und Maßnahmen beeinträchtigt wird...“ Ferner wird die Erwartung ausgesprochen, „daß die Bundesrepublik Wirtschaftshilfe nur gewährt, nachdem eine aus freien Wahlen hervorgegangene Saarregierung gebildet worden ist“. Gegen das Saarabkommen erheben die Abgeordneten der SPD-Bundestags-Fraktion und einige Abgeordnete anderer Parteien Klage beim Bundesverfassungsgericht. Am 24. März fertigt Bundespräsident Heuss nach Überprüfung der verfassungsrechtlichen Lage die Vertragsgesetze aus und veranlaßt ihre Verkündung im Bundesgesetzblatt. Der Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden soll nach Mitteilung der Pressestelle des Bundespräsidenten mit den Vertragspartnern vereinbart werden. Am 28. März erklärt der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die Klage gegen das Saarabkommen für zulässig.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Paul Scholz wird von den Pflichten des Ministers für Land- und Forstwirtschaft ent-

bunden. Zu seinem Nachfolger als Land- und Forstwirtschaftsminister wird Hans Reichelt ernannt.

19. Laut *Tägliche Rundschau* haben der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik und das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien jeweils durch Erlaß den Kriegszustand mit Deutschland beendet.
22. In einer Urabstimmung über einen von der IG-Bergbau geplanten Lohnstreik im Steinkohlenbergbau stimmen 93,7 Prozent der abstimmenden Bergleute im Ruhrgebiet und im Aachener Revier für den Streik. An der Abstimmung beteiligen sich 93,5 Prozent der stimmberechtigten 402 302 Arbeiter.
- 25.—26. Sechster ordentlicher Parteitag der FDP in Oldenburg. Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand wird Thomas Dehler mit 172 gegen 11 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen als Bundesvorsitzender der Partei bestätigt. Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wird Friedrich Middelhaue (Nordrhein-Westfalen) wiedergewählt. An Stelle der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Bundesminister Hermann Schäfer und Karl Hubert Schwennicke, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin, die beide auf ihre Kandidatur verzichten, werden Wolfgang Haußmann (Baden-Württemberg) und Wilhelm Nowack (Rheinland-Pfalz) gewählt.
26. In einer Regierungserklärung der DDR zur Billigung der Pariser Verträge durch den Bundesrat in Bonn wird betont, die Ratifikation und die Durchführung der Pariser Verträge werde Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen. Die Regierung der DDR habe infolge der nach der Billigung der Verträge durch den Bundesrat geschaffenen Lage damit begonnen, Maßnahmen zum Schutz der DDR nach der Deklaration der Konferenz von Moskau vom 2. Dezember 1954 (vgl. Europa-Archiv 1/1955, S. 7212 ff.) und nach dem Beschluß der Volkskammer vom 8. Dezember 1954 in Angriff zu nehmen.
29. Bundeskanzler Adenauer erklärt nach der Billigung der Pariser Verträge durch den französischen Rat der Republik, die Veränderung der weltpolitischen Lage werde auch die sowjetische Führung dazu bringen, ihre bisherige Einstellung zu überprüfen. Ueberall in der Welt würden neue politische Konzeptionen entwickelt werden müssen, die der veränderten Lage Rechnung trügen. Im Rahmen einer solchen großangelegten politisch-diplomatischen Aktion zur Entspannung des Konflikts werde sich auch die Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen.
- Abschluß der deutsch-dänischen Verhandlungen über die Stellung der beiderseitigen Minderheiten. Bundeskanzler Adenauer und der zum Abschluß der Verhandlungen in Bonn weilende dänische Ministerpräsident, H. C. Hansen, geben Erklärungen ab, in denen die Rechte der deutschen und der dänischen Minderheiten festgestellt und näher umschrieben werden.

\*) Vgl. dazu auch die Mitteilungen des Europarats auf Seite 7502 dieser Folge.



Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn (vgl. den Bericht auf Seite 7491 dieser Folge).

30. Das Ministerium für Verkehr in der DDR verfügt mit Wirkung vom 1. April eine wesentliche Erhöhung der Gebühren, die für die Benutzung der Autobahnen und Fernverkehrsstraßen durch Kraftfahrzeuge aus der Bundesrepublik und West-Berlin für die Durchfahrt durch die sowjetische Zone zu entrichten sind.
31. Der Bundestag spricht sich mit 226 gegen 186 Stimmen gegen einen Antrag der SPD aus, die Inkraftsetzung des Saarstatuts so lange aufzuschieben, bis in Verhandlungen mit der französischen Regierung Unklarheiten dieser Abmachungen beseitigt seien. Der Antrag der SPD wurde auch von einigen Abgeordneten anderer Fraktionen unterstützt.

#### Frankreich

19. Eine französische und eine saarländische Delegation erzielen in Paris eine allgemeine Einigung über die Hauptpunkte der in Vorbereitung befindlichen Konvention über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem Saarland. Am 21. März unterzeichnen Außenminister *Pinay* und Ministerpräsident *Hoffmann* ein Protokoll über die wesentlichen Punkte der Konvention, deren Abschluß in dem deutsch-französischen Abkommen über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 (vgl. Europa-Archiv 21/1954, S. 7020 ff.) vorgesehen ist.
22. Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten *Pierre Mendès-France* und dem britischen Premierminister, Sir *Winston Churchill*, vom Januar 1955 zur Frage der Ratifikation der Pariser Verträge (vgl. den Wortlaut der Briefe auf S. 7488 dieser Folge).
27. Der Rat der Republik billigt die Pariser Verträge. Dem Antrag der Regierung entsprechend werden fünf Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge, die besondere Bedingungen für das Inkrafttreten des Ratifikationsbeschlusses aufstellen, abgelehnt. Ministerpräsident *Edgar Faure* hatte den Senatoren in einer vom Kabinett gebilligten Erklärung Zusicherungen über die nach der Ratifikation einzuschlagende Politik der Regierung gegeben (vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung auf S. 7490 dieser Folge). Der Vertrag über die Bildung der Westeuropäischen Union wird mit 184 gegen 110 Stimmen, der Deutschlandvertrag mit 324 gegen 75, der Vertrag über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO mit 200 gegen 114 und das Saarabkommen mit 217 gegen 92 Stimmen gebilligt.
30. Die Nationalversammlung weist auf Antrag der Regierung eine Interpellation des Abgeordneten *Vendroux* (Soz. Rep.) zur Saarfrage, die auf eine Verschiebung des Inkrafttretens der Ratifikationsbeschlüsse zu den Pariser Verträgen abzielt, zurück; sie beschließt mit 323 gegen 284 Stimmen, die Interpellation zu verschieben, ohne ein Datum für ihre Behandlung festzusetzen. Außenminister *Pinay* hatte in einer Erklärung vor der Kammer betont, daß die französische Regierung und die deutsche Bundesregierung sich über die Interpretation des Abkom-

mens über das Statut der Saar im Grunde einig seien.

#### Großbritannien

16. Die Labour-Fraktion im Unterhaus beschließt auf Antrag des sogenannten Schattenkabinetts, den Abgeordneten *Aneurin Bevan* aus der Fraktion auszuscheiden. Der Vorstand der Labour Party billigt diesen Ausschluß am 30. März, sieht jedoch auf Antrag des Parteiführers *Clement Attlee* von einem Ausschluß aus der Partei ab, nachdem *Bevan* dem Vorstand eine Loyalitätserklärung abgegeben hatte.
24. Der sowjetische Delegierte im Unterausschuß der UN-Abrüstungskommission, der seit 25. Februar 1955 in London tagt, *A. Gromyko*, gibt in einem Interview mit TASS bekannt, daß seine Delegation am 18. März dem Unterausschuß Vorschläge über den Abschluß einer internationalen Konvention zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot von Massenvernichtungswaffen vorgelegt habe. Diese Vorschläge, die auf den Plänen Großbritanniens und Frankreichs vom 11. Juni 1954 beruhten, seien jedoch von den Vertretern der Westmächte hinhaltend aufgenommen worden. Der britische Delegierte in dem Unterausschuß, Staatsminister *Anthony Nutting*, verwahrt sich am 26. März auf einer Pressekonferenz gegen die Unterstellungen *Gromykos*, daß die Westmächte an einer Abrüstung nicht interessiert seien, und bedauert, daß *Gromyko* die vereinbarte Geheimhaltung der Verhandlungen nicht beachtet habe.
30. Außenminister *Eden* gibt im Unterhaus bekannt, daß die Regierung beschlossen habe, dem türkisch-irakischen Verteidigungsvertrag beizutreten. Zu diesem Zweck sei am 30. März in Bagdad eine britisch-irakische Vereinbarung paraphiert worden, die den britisch-irakischen Verteidigungsvertrag von 1930 ersetzen und am 5. April 1955 in Kraft treten solle. *Eden* erklärt, der Vertrag werde als Grundlage für ein allgemeines Verteidigungsabkommen im Mittleren Osten dienen.

#### Niederlande

30. Die Zweite Kammer billigt mit 71 gegen 6 Stimmen die Pariser Verträge über die Gründung der Westeuropäischen Union und die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO.

#### Oesterreich

30. Der Ministerrat beschließt, einer sowjetischen Einladung an Bundeskanzler *Raab*, mit einer Regierungsdelegation einen Besuch in Moskau abzustatten, Folge zu leisten. (Vgl. den Wortlaut der sowjetischen Regierungserklärung über Oesterreich vom 8. Februar 1955, der Antwort der österreichischen Regierung vom 14. Februar und der Antwort der sowjetischen Regierung vom 24. März 1955 auf S. 7483 dieser Folge.)

#### Schweden

25. Der in Schweden weilende Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, *A. Gromyko*, wird in Begleitung des sowjetischen Botschafters, *K. Rodionow*, von König *Gustaf Adolf* empfangen. *Gromyko* sucht ferner Ministerpräsident *Erlander*, Außenminister *Unden* und den Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, *Lund-*

berg, auf. Ueber den Inhalt der Gespräche wird nichts bekanntgegeben.

### Sowjetunion

17. Veröffentlichung eines Briefwechsels aus dem Sommer 1954 zwischen Premierminister *Churchill* und Außenminister *Molotow* zur Frage einer Zusammenkunft der Regierungschefs Großbritanniens und der Sowjetunion. (Vgl. den Wortlaut auf S. 7486 dieser Folge.)
- 17.—18. In Saratow findet in Anwesenheit des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*, eine Konferenz von Werktätigen in der Landwirtschaft der südöstlichen Gebiete der Sowjetunion statt, auf der aktuelle Probleme der Landwirtschaft besprochen werden. In einem Aufruf wendet sich die Konferenz, die auf Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU einberufen wurde, an sämtliche Mitarbeiter der Kolchosen, Staatsgüter und MTS, in einen Wettbewerb für die Steigerung der Erzeugung und für die verbesserte Erfassung landwirtschaftlicher Produkte zu treten. Am 29. März wird in Woronesh eine ähnliche Tagung der landwirtschaftlichen Mitarbeiter aus den zentralen Schwarz-erdegebieten, ebenfalls in Anwesenheit von *Chruschtschow* und auf Veranlassung des Zentralkomitees der KPdSU, eröffnet.
18. In einer Note an Frankreich bestätigt die sowjetische Regierung ihren in der Note vom 16. Dezember 1954 dargelegten Standpunkt und erklärt, „daß der Akt der Ratifizierung der Pariser Verträge zur Annullierung des sowjetisch-französischen Bündnisses und Beistandsvertrages führt“.

21. TASS veröffentlicht eine Erklärung, wonach in letzter Zeit zwischen den acht Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz vom Dezember 1954 in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen dieser Konferenz (vgl. Europa-Archiv 1/1955, S. 7212 ff.) Beratungen über den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Ländern geführt wurden. „Im Verlauf dieser Beratungen“, heißt es in der Mitteilung der TASS, „ergab sich volle Einigkeit in den Ansichten der Regierungen der genannten Länder über die Prinzipien eines solchen Vertrages und die Bildung eines vereinigten Kommandos der am Verträge beteiligten Staaten, welches im Falle der Ratifizierung der Pariser Verträge zum Zwecke der Gewährleistung der Sicherheit dieser Staaten und im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa geschaffen werden wird.“
26. Ministerpräsident N. A. *Bulganin* begrüßt die Erklärung Präsident *Eisenhowers* vom 23. März (vgl. Vereinigte Staaten) über die Einberufung einer Konferenz der Großmächte. *Bulganin* sagt in einem Interview mit TASS: „Die Sowjetunion steht dem vom Präsidenten der USA geäußerten Gedanken einer Konferenz der Großmächte nach wie vor positiv gegenüber, falls eine Konferenz gemeint ist, die zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beitragen könnte. In diesem Zusammenhang sei vor allem darauf hingewiesen, daß die Sowjetregierung bereits vorgeschlagen hat, in nächster Zeit eine Konferenz der vier Mächte durchzuführen, auf der die Frage des österreichischen Staatsvertrages gelöst werden könnte.“

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

16. Das Außenministerium veröffentlicht eine Auswahl bisher geheim gehaltener Dokumente über die Drei-Mächte-Konferenz von Jalta im Februar 1945 (Krim-Konferenz) und die ihr vorausgegangene Konferenz von Malta.
19. Präsident *Eisenhower* beruft den Leiter des Amtes für Auslandvorhaben, *Harold E. Stassen*, auf den neugeschaffenen Kabinettsposten eines „Special Assistant“ für Abrüstungsfragen.
20. Senator *Walter George*, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, befürwortet in einem Fernsehinterview eine Konferenz der vier Großmächte nach der Ratifizierung der Pariser Verträge. Er erklärt, man habe in den internationalen Beziehungen ein Stadium erreicht, in dem sich die wirkliche Hoffnung auf Vermeidung eines Krieges auf ein Treffen der führenden Mächte gründe. Am 23. März erklärt Präsident *Eisenhower* auf einer Pressekonferenz, es dürfe nie die Hoffnung aufgegeben werden, daß auf einer neuen Konferenz irgendein konstruktiver Schritt getan werde. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge könnten vorbereitende Besprechungen der Außenminister aufge-

nommen werden, um zu sehen, ob Aussichten für eine erfolgreiche Konferenz der Regierungschefs bestünden. Er deutet an, daß eine solche Konferenz auf die vier Großmächte beschränkt werden und die Sowjetunion zuvor Zeichen ihres guten Willens geben sollte.

26. Amerikanische Presseberichte sprechen davon, daß amerikanische Militärs für Mitte April mit einem Angriff der chinesischen Kommunisten auf die Inseln *Matsu* und *Quemoy* in der Straße von *Formosa* rechnen, und daß die Regierung erwäge, einem solchen Angriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu begegnen. Am 30. März erklärt Präsident *Eisenhower* auf einer Pressekonferenz, er habe keine Informationen, welche die Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff auf die Inseln bestätigten. Er fügt hinzu, der Sache des Friedens werde durch Gerede über einen unmittelbar bevorstehenden Krieg im Fernen Osten nicht gedient.
30. Abschluß eines Staatsbesuches des italienischen Ministerpräsidenten, *Mario Scelba*, und des italienischen Außenministers, *Gaetano Martino*, in Washington. In einem gemeinsamen Kommuniqué sprechen Außenminister *Dulles* und Außenminister *Martino* die Hoffnung aus, daß nach der Ratifizierung der Pariser



Verträge eine wirklich fruchtbare Konferenz mit der Sowjetunion abgehalten werden könne.

## ASIEN

### Indien

18. Abschluß von Besprechungen zwischen Ministerpräsident *Nehru* und Prinz *Norodom Sihanouk Varman*, der als Leiter einer kambodschanischen Goodwill-Mission in Indien weilt. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennt sich Kambodscha zu den Grundsätzen der Anerkennung der gegenseitigen Souveränität und der Unabhängigkeit und Integrität, der Vermeidung von Aggressionen, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Partners.

### Irak

30. Paraphierung einer britisch-irakischen Vereinbarung über den Beitritt Großbritanniens zum türkisch-irakischen Verteidigungsvertrag vom 24. Februar 1955 (vgl. Großbritannien).

## Die Organisation der Vereinten Nationen

21. Das Sekretariat des GATT veröffentlicht die Grundzüge der Vorschläge, die auf der am 8. März abgeschlossenen neunten Tagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens in Genf zur Revision des GATT beschlossen wurden.
24. Abschluß der siebten Tagung des Industrie- und Handelsausschusses der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE), die am 15. März in Tokio begann. Im allgemeinen herrschte auf der Konferenz Einstimmigkeit darüber, daß der Außenhandel auf einer multilateralen statt auf einer bilateralen Grundlage geführt werden sollte. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Preise für Exportgüter stabilisiert werden sollten.
29. Der Sicherheitsrat verurteilt einstimmig in einer von den Delegationen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs eingebrachten Resolution den israelischen Angriff am 27. Februar im Gebiet von Gaza. Am 30. März billigt der Rat einstimmig eine von den gleichen Delegationen vorgelegte Resolution, in der Israel und Ägypten aufgefordert werden, Vorschläge des Vorsitzenden der UN-Überwachungskommission, General *Burns*, zur Aufrechterhaltung des Friedens an der ägyptisch-israelischen Grenze anzunehmen.
30. Abschluß der 10. Sitzung der Wirtschaftskommission für Europa (ECE), die am 15. März in Genf begonnen hatte. Teilnehmer waren: Albanien, Österreich, Belgien, Bulgarien, Bjelorußland, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Türkei, Ukraine, Sowjetunion, Großbritannien und Vereinigte Staaten. Australien, Brasilien, Kanada, Persien und Israel waren ebenfalls vertreten. Ein sowjetischer Antrag, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zur Teilnahme an den Arbeiten der Kommission einzuladen, wurde mit 13 gegen 5 Stimmen zurückgewiesen. Vertreter der Westmächte wiesen darauf hin, daß deutsche Fachleute in den Ausschüssen der

## Japan

18. Im Anschluß an die Neuwahl des Parlamentes am 27. Februar tritt die Regierung Hatoyama zurück. *Ichiro Hatoyama* wird am gleichen Tage zum Ministerpräsidenten wiedergewählt. Dem neuen Kabinett gehört *Mamoru Shigemitsu* wieder als Außenminister an.

## Kanada

27. Abschluß eines Staatsbesuches des italienischen Ministerpräsidenten, *Mario Scelba*, und des italienischen Außenministers, *Gaetano Martino*, in Ottawa. Ueber die Besprechungen der italienischen Staatsmänner mit dem kanadischen Premierminister, *Saint Laurent*, und dem kanadischen Außenminister, *Lester Pearson*, wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, daß die Vorteile einer engeren Koordination der westeuropäischen Staaten mit der Nordatlantikgemeinschaft geprüft worden seien.

Kommission wertvolle Arbeit leisteten, daß jedoch nach den Richtlinien für die Kommission Deutschland nur durch die Besatzungsmächte vertreten werden könne. Fast ein Drittel der Debatte war der wirtschaftlichen Lage Europas gewidmet. Der Diskussion über dieses Thema lag die jährliche Wirtschaftsübersicht des Sekretariates der Kommission (*Economic Survey of Europe* in 1954) und eine Studie von Prof. *Ingvar Svennilson* über Wachstum und Stagnation der europäischen Wirtschaft zugrunde. In der Frage des Ost-Westhandels unterbreitete die Sowjetunion einen Resolutionsentwurf, der auf die Abschaffung der Embargo-Listen der westlichen Länder abzielte. Dieser Entwurf wurde mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Sprecher der Westmächte erklärten, die Beschränkungen in der Ausfuhr strategisch wichtiger Güter seien im Interesse der Sicherheit des Westens notwendig und hinderten im übrigen keineswegs den Handel in nicht kriegswichtigen Gütern. Die Kommission nahm jedoch einstimmig einen von der Sowjetunion und von Großbritannien gemeinsam eingebrachten Resolutionsentwurf zur Erweiterung des Erfahrungsaustausches auf technischem Gebiet an. Ferner wurde eine Resolution über die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) und der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (ECLA) angenommen. Die Kommission beschloß, dem Unterausschuß für Wohnungswesen den Status eines unabhängigen Ausschusses zu geben und entschied im Verlauf einer Aussprache über die Zweckmäßigkeit einer Einberufung des seit längerer Zeit untätigen Ausschusses für Industrie und Materialien, einen ad hoc-Arbeitsausschuß für landwirtschaftliche Ausrüstung zu bilden. Der Ausschuß soll für einen verstärkten Informationsaustausch unter den europäischen Ländern sorgen und sich mit der Möglichkeit einer erhöhten Produktion und einer Steigerung des Handels in bestimmten Gruppen der landwirtschaftlichen Ausrüstung beschäftigen.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

10. JAHR

20. APRIL 1955

8. FOLGE

## Bücher und Broschüren

- Administrative Practice of Social Insurance. Geneva: International Labour Office 1955. 86 S. 6s.
- Aron, Robert: Histoire de Vichy 1940—1944. Ce livre a été fait en équipe par Robert Aron et Georgette Elgey. Paris: Librairie Arthème Fayard 1954. 766 S. 1250 frs.
- Baumgarten, Arthur und Herbert Kröger: Die Deutschlandfrage und die europäische Sicherheit. Mit einem Anhang von Dokumenten. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1954. 124 S.
- Bräutigam, Otto: Ueberblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. Tübingen: Institut für Besatzungsfragen 1954. 97 S. (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 3) (hektographiert).
- The Budget of the United States Government for the Fiscal Year Ending June 30, 1956. Washington: United States Government Printing Office 1955. 1224 S. (84th Congress, 1st Session, House Document No. 16). \$ 6,75.
- Cost savings through Standardisation, Simplification, Specialisation in the Building Industry. Report by the United States Department of Labour. Prepared for the Foreign Operations Administration, Productivity and Technical Assistance Division. Paris: Organisation for European Economic Co-operation 1954. 182 S. \$ 1,75.
- Documents on International Affairs 1952. Selected and edited by Denise Folliot. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1955. 529 S. £ 2/15/—.
- Durčanský, Ferdinand: Die slowakische Frage. Eine internationale Frage. München: Slowakisches Befreiungskomitee 1954. 42 S.
- Economic Survey 1955. Presented by the Chancellor of the Exchequer to Parliament by Command of Her Majesty, March 1955. London: Her Majesty's Stationery Office 1955. 56 S. (Cmd 9412). 1s 6d.
- Emminger, O.: Amerika und das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas. Vortrag, gehalten am 5. April 1954 auf Einladung der Landeszentralbank von Niedersachsen in Hannover. o. O. u. J. 24 S. (hektographiert).
- Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes. Herausgegeben vom Bundesverband der Deutschen Industrie, mit Beiträgen von Fritz Berg, Dr. Wilhelm Beutler, Gustav Stein, Prof. Dr. Walter Herrmann, Dr. Heinrich Eichner, Eberhard Metzger, Dr. Fritz Blumrath. Bergisch-Gladbach: Heider-Verlag 1954. 231 S.

Ziel dieser Schrift ist es, das Werden und die Aufgabenstellung des BDI als der Spitzenorganisation der deutschen Industrie aufzuzeigen, wobei dargelegt wird, eine wie große Bedeutung der Verband der Sicherung freier Entfaltungsmöglichkeiten der schöpferischen Unternehmerpersönlichkeit sowie der europäischen Integration und im weiteren Sinne der Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit dem Westen und der Weltwirtschaft beimißt. Dr. Beutler umreißt in einem Aufsatz die Aufgaben des BDI näher, während Gustav Stein die Frage untersucht, welcher Art denn der deutsche Unternehmer der Nachkriegsepoche und des Wiederaufbaues sei. Prof. Herrmann legt den organisatorischen Aufbau des BDI dar, während sich Eichner und Metzger mit dem außenhandelspolitischen Wirken des BDI und Dr. Blumrath mit der internationalen Arbeit des Ver-

bandes auseinandersetzen. In einem abschließenden Teil werden die Satzung, das Präsidium, der Vorstand, der Hauptausschuß, die Ausschüsse und Arbeitskreise, die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Landesvertretungen sowie ein Ueberblick über die bisherigen Veröffentlichungen des BDI detailliert aufgeführt.

Gross, Feliks: Foreign Policy Analysis. New York: Philosophical Library 1954. 179 S. \$ 3,75.

Gross, Professor an der Universität New York, unternimmt in diesem Buch den Versuch, Außenpolitik mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden und wissenschaftlicher Konzeptionen zu analysieren und gleichzeitig Wege zur Bewältigung außenpolitischer Probleme aufzuzeigen. Er geht davon aus, daß Außenpolitik ein Ausdruck des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses ist, der auf drei Grundvoraussetzungen beruht: Ideologie, Macht und Handlung. Der Verfasser bemüht sich nicht etwa darum, eine als ideal zu bezeichnende Außenpolitik zu proklamieren, auf der eine dauernde Friedensregelung aufgebaut werden könnte, sondern er versucht lediglich, die tatsächlichen Gegebenheiten zu analysieren und die Beweggründe derjenigen zu erforschen, die für die Außenpolitik verantwortlich sind. Er unternahm dies, um daraus einige grundlegende Prinzipien zu entwickeln, wobei er nachweist, daß die Erfahrungen, die aus der Vergangenheit gewonnen werden können, zur Bewältigung der Probleme des Heute nicht ausreichen, da Veränderungen im Rhythmus sowie auf sozialem und technischem Gebiet jeweils grundlegend neue Voraussetzungen schaffen, die die Anwendung der Erfahrungen aus der Vergangenheit unmöglich machen. Mit Nachdruck wendet er sich gegen jede Dogmatik in der Außenpolitik. Er lehnt daher auch jede dogmatische Anwendung von Methoden und Techniken ab, da auch sie selbst einem ständigen Wandel unterworfen seien.

Gross, Hermann: Südosthandel und Donauverkehr. Vortrag, gehalten vor dem Seeverkehrsbeirat in Kiel am 18. Februar 1954. Hamburg: Schiffsahrts-Verlag „Hansa“ C. Schroedter & Co. o. J. 54 S. (Schriftenreihe des Seeverkehrsbeirats, Heft 6.)

Ibero-Amerika und Europa. Vorträge und Ansprachen, gehalten auf dem Ibero-Amerika-Tag am 12. Oktober 1953 in Hamburg, veranstaltet vom Ibero-Amerikanischen Verein Hamburg-Bremen e. V. Hamburg: Uebersee-Verlag GmbH. 1954. 40 S. (Uebersee-Schriftenreihe, Heft 4.)

The Iron and Steel Industry in Europe. A Study by the Iron and Steel Committee. Paris: Organisation for European Co-operation 1955. 26 S. 25 Tab. (OEEC IS (54)22).

Jordan, Constantin N.: The Romanian Oil Industry. Published for the Mid-European Studies Center of the Free Europe Committee, Inc. New York: University Press 1955. 357 S. \$ 10,00.

Der Autor dieses Werkes war von 1929 bis 1947 für die Steaua Romana, eine der maßgebenden rumänischen Oelgesellschaften, tätig, zeitweise als Generalsekretär. Als einem der wenigen leitenden rumänischen Oelfachleute gelang ihm die Flucht nach Westen. Seit 1952 gehört er dem Mid-European Studies Center of the Free Europe Committee, Inc., New York, an.

Jordan will in seinem Buch einen Ueberblick über die Situation der rumänischen Oelindustrie am Ende des Jahres 1952 geben. Er war hierbei im wesentlichen auf seine persönliche Kenntnis der Dinge, auf fragmentarische Berichte von rumänischen Flüchtlingen sowie auf das lückenhafte Material angewiesen, das sich aus der kommunistischen Presse Rumäniens sowie aus Reden rumänischer Staatsführer ergab. Ausgehend von dem bis 1947 verfügbaren statistischen Material über Produktion, Vorräte, Kapitalisierung und Investitionen in der rumänischen Oelindustrie und ihre Kapital-



verflechtung mit dem Ausland entwickelt Jordan ein „Wahrscheinlichkeitsbild“ vor allem über Produktion, Absatz und Export nach 1947, das sich nach seinen Angaben überall dort als weitgehend mit den Tatsachen übereinstimmend erwiesen hat, wo Nachprüfungen möglich waren. Es ist ihm gelungen, die weltwirtschaftliche Bedeutung der rumänischen Erdölwirtschaft ebenso wie ihre Stellung im sowjetischen Wirtschaftsbereich abzugrenzen.

Er hat die Anfänge der sowjetischen Durchdringung nach Kriegsende noch miterlebt und kann Auskunft über die horizontale und vertikale Verflechtung der ursprünglich 128 bedeutenden in der Oelwirtschaft tätigen rumänischen Gesellschaften in der Sovrompetrol — dem mit 50prozentiger sowjetischer Beteiligung errichteten staatlichen Erdölmonopol — geben. Er erkennt die wirtschaftlichen Vorteile einer großräumigen Konzernbildung an, zweifelt aber daran, daß die größtmöglichen Fortschritte bei der Beseitigung der auf 20 Millionen Dollar veranschlagten Kriegsschäden erzielt wurden, in erster Linie auch deshalb, weil die unzufriedene Arbeiterschaft eine hohe Produktivität unmöglich macht.

Kennan, George F.: Realities of American Foreign Policy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1954. 120 S. \$ 2,75.

Kiesewetter, Bruno: Statistiken zur Wirtschaft Ost- und Südosteuropas. Eine ausgewählte Zusammenstellung des seit 1945 bekanntgegebenen Zahlenmaterials. I. Industrie. Berlin: Duncker & Humblot 1955. 48 S. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Sonderhefte, Neue Folge Nr. 33, Reihe C: Quellen).

Die konspiratorische Tätigkeit des Rechtsradikalismus. Dokument- und Materialsammlung. Herausgeber: Actuel Service, Kopenhagen N. o. O. u. J. 49 S. (Als Manuskript geschrieben, Maschinenschrift).

Leitfaden durch den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Montanunion. Herausgegeben vom Presse- und Informationsdienst der Hohen Behörde. Luxemburg 1955. 47 S. (1549 — D — 55 H. A.).

NATO. The first five Years 1949—1954. By Lord Ismay, Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization. o. O. u. J. 280 S.

ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. 7. Band. Begründet von Walter Eucken und Franz Böhm. Herausgegeben von Franz Böhm, Friedrich A. Lutz, Fritz W. Meyer unter Mitwirkung von Karl Brandt, Constantin v. Dietze, F. A. Hayek, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow. Düsseldorf und München: Helmut Küpper vormals Georg Bondi 1955. 293 S.

Racine, Raymond: Vers une Europe Nouvelle par le Plan Schuman. Neuchâtel: Editions de la Baconnière 1954. 242 S.

Ausgehend von der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befand, zeigt der Verfasser die Beweggründe auf, die den seinerzeitigen französischen Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 zur Unterbreitung der Vorschläge veranlaßten, die zu dem nach ihm benannten Plan und damit zur Montanunion führten. Sehr detailliert werden die ersten Reaktionen der westeuropäischen Staaten einschließlich Großbritannien auf Schumans Vorschläge aufgezeigt, denen ein ganzes Kapitel gewidmet ist. Ihm folgt eine gut dokumentierte Darstellung der Verhandlungen über den Schumanplan, der Ratifizierungsverfahren in den einzelnen Parlamenten und schließlich der Funktionen der einzelnen Organe der Montanunion. Eine Analyse des Vertrages und eine Würdigung der Bedeutung dieser Gemeinschaft für Europa schließen die Abhandlung.

Répertoire Permanent de Législation Gouvernement Militaire Zone Française d'Occupation. Publié sous la direc-

tion de M. Marcel Martin. 2. Bände. Première mise à jour 1948. Baden-Baden: Régie Autonome des Publications Officielles 1948. (Lose-Blatt-Werk).

Sainte Lorette, Lucien de: L'idée d'Union fédérale européenne. Paris: Armand Colin 1955. 204, 12 S. (Collection Armand Colin, No. 298).

Seabury, Paul: The Wilhelmstraße. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime. Berkeley — Los Angeles 1954. 217 S. \$ 3,00.

Im Anschluß an eine kurze historische Schilderung des deutschen Auswärtigen Amtes, die mit dem 18. Jahrhundert beginnt und die Auswirkungen der Reichsgründung, des Zusammenbruchs der Monarchie und der Gründung der Weimarer Republik auf die deutsche Diplomatie beleuchtet, setzt sich der Verfasser eingehend mit der Entwicklung auseinander, die das deutsche Diplomatische Korps während des Hitlerregimes durchmachte. Die Schrift bietet interessantes Material über Persönlichkeiten in der deutschen Diplomatie. Dabei wird aufgezeigt, wie vielseitig der Kreis derjenigen war, die sich im „Dritten Reich“ in der Diplomatie versuchten oder glaubten, sich dazu berufen zu fühlen. Auf diese Weise entstand ein erschütterndes Dokument über das große Ausmaß grotesk anmutender persönlicher Intrigen, menschlicher Unzulänglichkeiten und des Mangels an wirklicher Diplomatie. Zahlreiche Anmerkungen, ein ausführliches Register und eine umfangreiche Bibliographie geben dem Leser die Möglichkeit, jede ihn interessierende Einzelheit an Hand von Dokumenten und offiziellem Schrifttum nachzuprüfen.

Stamer, Hans: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der ländlichen Siedlung. Untersuchungen über Produktivität und Rentabilität der Agrarreform in Schleswig-Holstein. Kiel 1955. VII, 151 S. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Heft 32). DM 12,—.

Statistical Yearbook 1954 — Annuaire Statistique 1954. Sixth issue. Prepared by the Statistical Office of the United Nations. New York: United Nations 1954. 594 S. (Englisch und französisch.) (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 7,50.

Dieses statistische Jahrbuch, das die Vereinten Nationen nunmehr bereits zum sechsten Male vorlegen, hat erneut eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Die bisher übersichtliche Gliederung wurde beibehalten. Es wurden jedoch neue Tabellen aufgenommen, so etwa über die Ausbreitung des Fernsehens, und zahlreiche Tabellen neu und übersichtlich gestaltet, zum Beispiel für die Statistiken über die Treibstoffherzeugung, die Motorisierung der Welt, die Werte der Dollar-Ein- und -Ausfuhr, die Goldvorräte, die öffentlichen Haushalte, über die Staatsschulden sowie über den Wohnungsbau. Ein umfangreicher Index, gegliedert nach Staaten und nach Sachgebieten, erleichtert die Benutzung dieses wertvollen Nachschlagewerkes.

Die Steuer-Neuordnung ab 1955. Süddeutsche Bank, Aktiengesellschaft, früher Deutsche Bank, o. O. u. J. 224 S. (Als Manuskript gedruckt.)

Steigenga, Willem: Industrialization Emigration. The Consequences of the Demographic Development in the Netherlands. Den Haag: Martinus Nijhoff 1955. 69 S. (Publications of the Research Group for European Migration Problems, No. X).

Die Straflager und Zuchthäuser der Sowjetzone. Gesundheitszustand und Lebensbedingungen der politischen Gefangenen. Bonn: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1955). 44 S. (Sopade-Informationsdienst, Denkschriften Nr. 55) (hektographiert).

Svennilson, Ingvar: Growth and Stagnation in the European Economy. Geneva: United Nations, Economic Commission for Europe 1954. 342 S. (Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden). sfrs. 18,—.



Diese von der Rockefeller-Stiftung finanzierte Studie über das Wachstum und die Stagnation der europäischen Wirtschaft (einschließlich Osteuropas, jedoch ohne Sowjetunion) entstand im engen Zusammenwirken mit der ECE. Der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Svernilson hat mit der Arbeit an dieser Studie, für die ihm das gesamte Unterlagenmaterial der ECE zur Verfügung stand und die die Vierteljahres- und Jahresberichte der ECE ergänzen soll, bereits im Jahre 1949 begonnen. Er untersucht darin das wirtschaftliche Wachstum Europas zwischen 1913 und 1938, wobei er jedoch, soweit ihm dies möglich war, seine Angaben bis auf das Jahr 1880 zurückgehen ließ und sie vielfach bis 1950 ausdehnte. Dabei arbeitete er vor allem die Faktoren heraus, die unter einer langfristigen Perspektive die Wirtschaftsentwicklung Europas beeinflusst haben. Er gelangt zu dem Schluß, daß sich das durchschnittliche Real-einkommen der arbeitenden Bevölkerung Europas in einem zu geringen Maße erhöhte und daß das wirtschaftliche Wachstum Europas zwischen den beiden Weltkriegen nicht ausreichend gewesen sei, um die Beschäftigungsprobleme zu lösen, die sich aus der raschen Zunahme der europäischen Bevölkerung ergeben haben. Svernilson greift in seiner Studie die Elemente nationalen Wachstums auf und untersucht den Mechanismus der in Europa fühlbar gewordenen wirtschaftlichen Stagnation, die er begrifflich auf eine rein mengenmäßige Bedeutung beschränkt. Er untersucht auch die Rolle, die der technische Fortschritt in der Zwischenkriegsperiode gespielt hat. Außerdem werden die Strukturwandlungen von Welthandel und Weltwirtschaft sowie ihre Auswirkungen auf Europa aufgezeigt und dargelegt, in welcher Weise protektionistische Tendenzen einzelner europäischer Volkswirtschaften die europäische Entwicklung hemmten und vielfach der Stagnation nahebrachten. Nahezu 300 Statistiken und graphische Darstellungen lockern das Werk auf und geben wertvolle Ueberblicke sowohl über die großen Entwicklungstendenzen als auch über zahlreiche Einzelfaktoren der europäischen Wirtschaftsordnung.

Taschenbuch des Oeffentlichen Lebens 1955. Herausgegeben von Dr. Albert Oeckl und Dr. Rudolf Vogel unter Mitarbeit von Dr. Hansjörg Garte. Fünfte Auflage. Baden-Baden, Bonn, Frankfurt a. M.: Verlag August Lutzeyer 1955. 524 S.

United States Treaties and other International Agreements. Vol. 3 (in four parts) part I. Washington: United States Government Printing Office 1954. 1805, IV S. \$ 10,75.

Die Verfassungen der europäischen Länder der Volksdemokratie. Mehrsprachige Ausgabe. Hrsg. Deutsches Institut für Rechtswissenschaft. Uebersetzt und bearbeitet von einem Kollektiv des Instituts für Staats- und Rechtstheorie der Karl-Marx-Universität Leipzig unter verantwortlicher Redaktion von Rudolf Arzinger. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag o. J. 315 S. DM 9,70.

Valentine, D. G.: The Court of Justice of the European Coal and Steel Community. The Hague: Martinus Nijhoff 1955. 273 S.

Winkler, Erich: Warum 17. Juni? Voraussetzungen und Ursachen des 17. Juni. Herausgegeben im Auftrage des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Berlin-Grunewald: Verlag für Gewerkschaftspolitik und Sozialwissenschaft GmbH. 1954. 97 S.

### Bibliographien

Bibliographie Européenne. Herausgeber: Centre Européen de la Culture, Association des Instituts d'Etudes Européennes. 2e édition complétée avec commentaires en français, anglais, allemand. Genève o. J. 32 S.

Catalogue Systématique des Ouvrages. Systematischer Katalog der Bücher 1952—1954. Herausgeber: Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, Haute Autorité, Direction du Personnel et de l'Administration, Service de la Documentation, Bibliothèque. o. O. u. J. 182 S. (Französisch und deutsch.)

### Neue Zeitschriften

Osteuropa-Recht. Gegenwartsfragen aus dem sowjetischen Rechtskreis. Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V., Stuttgart. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH. Erscheinungsweise: zweimal im Jahr. 1. Jahrgang, Heft 1, März 1955. Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 5,—.

„Osteuropa-Recht“ ist eine neue Zeitschrift, die von der um die Ostforschung bemühten Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben wird. Das erste Heft beginnt mit einer Untersuchung über die sowjetische Bewertung der Völkerrechtsquellen von Boris Meissner, dem Verfasser viel beachteter Arbeiten über die Staats- und Rechtsordnung der UdSSR. Den Rechtsformen der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den Volksdemokratien — einem bisher vernachlässigten Rechtsgebiet — ist ein aufschlußreicher Beitrag von Rechtsanwalt Dr. Pfuhl, einem Mitarbeiter des Osteuropa-Instituts in Berlin, gewidmet. Aus der Feder des jetzt in Schweden wohnhaften ehemaligen Senators am Senat Lettlands Chakste stammt ein Beitrag über das persönliche Eigentum der Sowjetbürger. Ein weiterer Artikel behandelt das Strafverfahren gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, so wie es das Sowjetgesetz vorsieht. Das Problem der Rechtskraft und Urteilsüberprüfung erörtert Universitätsdozent Valters, Innsbruck, auf Grund eines politisch bedeutsamen neuen Sowjetdekrets. Ein aktuelles Thema, die neue Verfassung der Volksrepublik China, betrachtet auf rechtsvergleichender Grundlage der zur Zeit mit einem Forschungsauftrag in New York weilende Göttinger Professor Lothar Schultz. Im Abschnitt „Gesetzgebung und Staatsvertragspraxis“ wird über das Abkommen betreffend den internationalen Güterverkehr im Ostblock sowie über die Gesetzgebung der Ostblockstaaten im Jahre 1954 berichtet. Buchbesprechungen und Bibliographien zum Ostrecht sowie eine Zusammenstellung über den gegenwärtigen Stand der Ostrechtsforschung in der westlichen Welt schließen das erste Heft „Osteuropa-Recht“ ab.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Karten: Ilse Hauke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Osterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

April 1955

5. Jahrgang — Nr. 4

## Die Tätigkeit des Europarats im März 1955

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Vertreter der Minister

Die 28. Sitzung der Vertreter der Minister fand vom 8. bis 12. März unter dem Vorsitz von Herrn Hadji Vassiliou, ständiger Vertreter der griechischen Regierung, in Straßburg statt.

Im Verlauf dieser Sitzung fanden zwei bedeutsame Ereignisse statt, denen die Vertreter der Minister beiwohnten: Die Hinterlegung von sieben Ratifikationsurkunden über europäische Konventionen bei dem Generalsekretär des Europarates, Léon Marchal, und die Übergabe des ersten Bandes des Europäischen Jahrbuches, welches von einem niederländischen Verlagshaus herausgegeben worden ist. (Vergl. die Einzelheiten unter den entsprechenden Rubriken.)

Die Vertreter der Minister traten in einen ersten Gedankenaustausch über die Probleme ein, die sich aus der im Dezember 1954 angenommenen Entschließung der Minister ergeben. Diese Entschließung verlangt eine detaillierte Untersuchung der Stellung des Europarates im Rahmen der anderen Organisationen. Außerdem wurde eine Reihe von Punkten der Empfehlung Nr. 69 der Beratenden Versammlung betreffend die Organisation von Hilfsmaßnahmen in Katastrophenfällen besprochen. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang IV Nr. 10.)

Es wurde beschlossen, dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen die Stellungnahme Nr. 10 der Beratenden Versammlung betreffend die einschränkenden Handelspraktiken zu übermitteln. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang IV Nr. 10.) Dieser Stellungnahme wird ein Begleitschreiben des Generalsekretariats beigelegt, sowie gegebenenfalls einlaufende Stellungnahmen der Regierungen.

Nach Anhörung eines Berichtes von Herrn Veillet-Lavalée, Generalsekretär der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), legten die Vertreter der Minister die Grundsätze für ein Abkommen zwischen dem Europarat und dieser Organisation fest. Der Entwurf wird der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme zugeleitet werden.

Die Stellvertreter der Minister nahmen davon Kenntnis, daß Herr Pierre Schnéiter auch weiterhin als Sonderbeauftragter des Europarates tätig sein

wird und prüften die Möglichkeit der Schaffung eines Ausschusses von hohen Beamten der nationalen Dienststellen für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse. (Vgl. hierzu den Abschnitt VI Bevölkerung und Flüchtlinge.)

### II. POLITISCHE FRAGEN

#### Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Dieser Ausschuß der Beratenden Versammlung tagte am 18. und 19. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (Franzose). Die wichtigste Aufgabe dieser Zusammenkunft war, die verschiedenen Berichte, welche der Ausschuß auf der nächsten Sitzung der Versammlung vorlegen wird, auszuarbeiten. Insbesondere handelt es sich um den Bericht von Herrn Mommer (Deutscher) über die Rolle und die Arbeitsmethoden des Europarates. Dieser Bericht stellt die Antwort der Versammlung auf die Vorschläge des Ministerausschusses vom Mai 1954 zu dem politischen Teil des Aktionsprogramms (Dok. 238) dar. Der Ausschuß nahm den Bericht von Herrn Mommer nach einigen Abänderungen einstimmig an. Zu diesem Bericht gehören eine Reihe von Entwürfen für Empfehlungen an die Versammlung betreffend die beratende Funktion der Versammlung, die Teilnahme von Nichtmitgliedern an gewissen Arbeiten des Europarates, eine zweckmäßigere Anwendung des Systems der Teilabkommen (zwischen einzelnen Regierungen des Rates) sowie die Arbeitsmethoden des Ministerausschusses.

In einem Entschließungsentwurf, welcher der Versammlung vorgelegt werden wird, schlägt der Ausschuß vor, daß die zwischenstaatlichen Organisationen in Europa, welche nicht über eigene parlamentarische Organe verfügen (OEEC, Konferenz der Verkehrsminister, Europäische Landwirtschaftskonferenz), der Beratenden Versammlung des Europarates Tätigkeitsberichte vorlegen und sie über bestimmte Fragen konsultieren, wobei jeweils eine vollständige Dokumentation über den Sachverhalt vorgelegt werden soll.

Der Ausschuß nahm von dem Bericht von Herrn MacLay (Engländer) Kenntnis, der sich mit der Entschließung Nr. 67 der Versammlung betreffend die Organisation der Versammlung der Westeuropäischen Union befaßt. (Siehe Mitteilungen des Europarates V. Jahrgang Nr. 1.)

Herr Jakobsen (Däne) wurde beauftragt, einen Bericht über die Beziehungen zwischen den Mitgliedern des kanadischen Parlaments, des Kongresses der Vereinigten Staaten und der Beratenden Versammlung auszuarbeiten.

Herr Bettiol (Italiener) legte seinen Bericht über die Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und den regionalen europäischen Versammlungen vor (Nordischer Rat, Balkanversammlung, der geplante Interparlamentarische Rat der BENELUX). Der Ausschuß bat den Berichtstatter, einen endgültigen Text für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Herr Fens (Holländer) gab als Berichtstatter für die Fragen der europäischen Verteidigung eine Erklärung über die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte ab. Der Ausschuß beschloß, einen Bericht für die Septembertagung der Beratenden Versammlung vorzubereiten.

Eine Reihe von Empfehlungen und Entschlüssen der Versammlung wurde behandelt und Herr Mommer beauftragt, über die Frage der Unterstützung der Empfehlungen der Versammlung innerhalb der nationalen Parlamente zu berichten.

Der Ausschuß prüfte ebenfalls die Möglichkeiten für die Abhaltung direkter Wahlen für die Beratende Versammlung des Europarates und die Gemeinsame Versammlung der EGKS, wie Herr Bichet (Franzose) es beantragt hatte. Es wurde beschlossen, eng mit der Arbeitsgruppe der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, der die gleichen Vorschläge vorliegen, zusammenzuarbeiten.

Der Ausschuß nahm einen Empfehlungsentwurf von Herrn Robens (Engländer) betreffend die Schaffung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage einer Überschneidung von Arbeiten innerhalb der verschiedenen europäischen Organisationen an.

### III. RECHTSFRAGEN

#### Internationale Klassifizierung von Patenten

In Anwesenheit der Vertreter der Minister wurde am 11. März beim Generalsekretär des Europarates die Ratifikationsurkunde Irlands und Norwegens über die Europäische Konvention über die Internationale Klassifizierung von Patenten hinterlegt. Diese beiden Länder sind die ersten, welche die in Paris am 19. Dezember 1954 unterzeichnete Konvention ratifizieren, zu deren Inkrafttreten noch zwei weitere Ratifikationen erforderlich sind.

Der vollständige Wortlaut dieser Konvention ist in der Januarausgabe 1955 der Mitteilungen des Europarates veröffentlicht worden. In der gleichen Ausgabe findet sich eine Übersichtstafel über die bisher erfolgten Ratifikationen, welche nach den in der vorliegenden Ausgabe erfolgten Ratifikationen zu ergänzen ist.

#### Menschenrechte

Die Europäische Menschenrechtskommission tagte am 28. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Paul Faber, dem früheren Präsidenten des Obersten Gerichts des Großherzogtums Luxemburg. Die Kommission befaßte sich mit der Prüfung und Annahme ihrer Geschäfts- und Verfahrensordnung. Im Verlauf der

Sitzung übergab das Mitglied der Kommission Herr Hermann Jonasson (Island) dem Generalsekretär eine Erklärung, mit der seine Regierung das Recht der Individualklage anerkennt. Einige Tage vorher hatte die dänische Regierung ihre Erklärung über die Anerkennung des europäischen Gerichtshofes, welche am 13. April 1953 für die Dauer von zwei Jahren erfolgt war, auf zwei weitere Jahre verlängert. Damit haben vier Länder (Irland, Dänemark, Schweden, Island) das Recht der Individualklage vor der Kommission anerkannt. Zwei weitere Erklärungen dieser Art lassen diese Bestimmung der Menschenrechtskonvention in Kraft treten, nach der Personen, Personengruppen oder nichtstaatliche Vereinigungen Klage wegen einer Verletzung der Menschenrechte erheben können.

#### BENELUX-Abkommen

##### über die Zwangsversicherung von Kraftfahrzeugen

Vor der ersten Kammer des niederländischen Parlaments erklärte der Justizminister, daß zwischen den BENELUX-Ländern ein Abkommen über die Zwangspflichtversicherung von Kraftfahrzeugen abgeschlossen wurde. (Brüssel, 7. Januar 1955.) Der Minister unterstrich die Tatsache, daß der zuständige Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates sich zurzeit mit der Vereinheitlichung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet innerhalb des Europarates befaßt und erklärte, daß die Niederlande es begrüßen würden, wenn andere westeuropäische Länder diesem Abkommen beitreten würden.

#### Abschaffung von Sichtvermerken

Ab 1. März können die Staatsangehörigen aller Länder, die diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland unterhalten, ohne Sichtvermerk in diese einreisen. Diese Befreiung gilt jedoch nur für Aufenthalte von unter drei Monaten.

### IV. SOZIALE FRAGEN

Der Ständige Vertreter der Niederlande beim Europarat, Baron van Rijckevorsel, hinterlegte am 11. März beim Generalsekretär die niederländische Ratifikationsurkunde über die vorläufigen Abkommen über soziale Sicherheit und die Protokolle, welche sich auf die Ausdehnung der Abkommen auf Flüchtlinge beziehen. Diese Abkommen und Protokolle wurden am 11. Dezember 1953 in Paris unterzeichnet. Die Abkommen wurden bisher von sechs Ländern und die Protokolle von fünf Ländern ratifiziert. Die Abkommen sind seit dem 1. Juli 1954, die Protokolle seit dem 1. Oktober 1954 in Kraft.

### V. KULTURELLE FRAGEN

#### Gleichwertigkeit von Diplomen

Die Bundesrepublik Deutschland (3. März 1955) und Frankreich (11. März 1955) haben beim Generalsekretär die Ratifikationsurkunden über das Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse hinterlegt. Dieses in Paris im Dezember 1953 unterzeichnete Abkommen ist am 28. April 1954 in Kraft ge-



treten. Die Ratifikationen folgender neun Länder sind erfolgt: Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Island, Irland, Luxemburg, Norwegen, Saar und Großbritannien.

### Europäische Kulturkonvention

Frankreich (19. März 1953) und Irland (11. März 1955) haben diese europäische Konvention, welche am 19. Dezember 1954 in Paris unterzeichnet wurde, ratifiziert. Es handelt sich um die ersten zwei Ratifikationen; nach Hinterlegung einer weiteren Ratifikation tritt die Konvention in Kraft. Der vollständige Text dieser Konvention wurde als Anlage zu den Mitteilungen des Europarates vom Januar 1955 veröffentlicht.

### Studiengruppe des Runden Tisches

Professor Max Beloff von der Universität Oxford hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, als Hauptberichterstatte die Arbeiten zur Zusammenfassung der Gespräche des Europäischen Runden Tisches vorzubereiten. Sein Bericht wird der Studiengruppe im Herbst dieses Jahres vorliegen.

## VI. BEVÖLKERUNG UND FLUCHTLINGE

### Der Sonderbeauftragte

Auf ihrer Sitzung vom 8. bis 12. März 1955 haben die Stellvertreter der Minister von dem Schreiben Kenntnis genommen, welches der Sonderbeauftragte des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr Pierre *Schneider*, an den derzeitigen Vorsitzenden des Ministerausschusses des Europarates, den griechischen Außenminister Herrn *Stephanopoulos*, gerichtet hat. Herr *Schneider* teilt darin mit, daß er seinen Auftrag, der am 19. Dezember 1954 vom Ministerausschuß auf ein Jahr verlängert wurde, fortführen werde. (Vgl. Mitteilungen des Europarates, Jahrg. V Nr. 1. Abschnitt VII.)

Die Stellvertreter der Minister erklärten sich mit dem Inhalt des Schreibens von Herrn *Schneider* einverstanden und beauftragten ihren Vorsitzenden, Herrn *Schneider* ihren Dank zu übermitteln.

Die Stellvertreter der Minister gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausschuß von hohen Beamten, dessen Schaffung ins Auge gefaßt ist, nicht zu Kompetenzkonflikten mit der OEEC, insbesondere deren Ausschuß für Arbeitskräfte führen möge. Die Regierungen können nunmehr dem Generalsekretär ihre Kandidaten für diesen Ausschuß namhaft machen.

### Belgisch-Niederländisches Abkommen

Der Ständige Vertreter der Niederlande hat dem Generalsekretär des Europarates mitgeteilt, daß zwischen der belgischen und der niederländischen Regierung ein Abkommen für Flüchtlinge mit dem Ziel der Erleichterung des Loses von Flüchtlingen in beiden Ländern, insbesondere hinsichtlich des Grenzübertretes zwischen beiden Ländern, abgeschlossen wurde.

### Niederländischer Hilfsausschuß für verschleppte Personen

Dieser im vorigen Herbst von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in den Nieder-

landen ins Leben gerufene Hilfsausschuß hat am 4. März 1955 seine Sammelaktion zugunsten verschleppter Personen abgeschlossen. Das Resultat dieser Sammlung, welche aus der Spende des Lohnes einer Arbeitsstunde bestand, ergab den Betrag von 4 123 000 Gulden.

## VII. GESCHAFTSORDNUNG

Der Ausschuß der Beratenden Versammlung für Geschäftsordnung sowie ein Unterausschuß tagten am 28. und 29. März unter dem Vorsitz von Herrn *van Cauwelaert* (Belgien) in Paris. Der Ausschuß prüfte die Abänderungsanträge betreffend die Arbeitsmethoden der Versammlung, welche aufgrund der Annahme der Entschließung Nr. 62 vom September 1954 erforderlich geworden waren. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrg. IV Nr. 10). Es handelt sich hier um die Abschaffung des bisherigen Verfahrens, wonach die Abgeordneten Anträge auf Aufnahme in die Tagesordnung stellen konnten. Anstelle dieses Verfahrens sollen jetzt Vorschläge für Entschließungen, Empfehlungen oder Weisungen, unterzeichnet von einer bestimmten Zahl von Abgeordneten und mit einer ausführlichen Begründung versehen, eingeführt werden.

Für jeden Teil der Sitzungsperiode soll eine nach ihrem Umfang begrenzte Tagesordnung wenigstens sechs Wochen vorher festgelegt werden. Eine weitere Maßnahme betrifft die Kontrollfunktionen der Ausschüsse im Hinblick auf die in ihre Zuständigkeit fallenden Empfehlungen und die Unterrichtung der öffentlichen Meinung über die Arbeiten von Versammlung und Ausschüssen. Diese Unterrichtung soll insbesondere in den Fällen wahrgenommen werden, in denen, zwischen den Sitzungen der Versammlung, Ausschüsse außerhalb Straßburgs zusammentreten.

Der Ausschuß erklärte sich mit der von Herrn *Erlor* (Deutscher) vorgelegten Stellungnahme betreffend die Umwandlung des Sonderausschusses für kommunale und regionale Fragen in einen Ordentlichen Ausschuß einverstanden. Weiterhin prüfte der Ausschuß die Änderungen der Geschäftsordnung, welche sich aus der Entschließung 57 vom 23. September 1954 ergeben. Es handelt sich hier um die Zulassung von parlamentarischen Beobachtern aus europäischen demokratischen Ländern, welche nicht Mitglieder des Europarates sind, zu den Arbeiten der Versammlung und der Kommissionen, mit dem Recht, das Wort zu ergreifen, jedoch ohne Stimmrecht.

## VIII. VERSCHIEDENES

### Europäisches Jahrbuch

Während ihrer Sitzung vom 8. bis 12. März haben die Stellvertreter der Minister an einer kleinen Feier teilgenommen, anlässlich welcher der erste Band des Europäischen Jahrbuches vom Verleger an den Generalsekretär des Europarates, Herrn *Léon Marchal*, übergeben wurde. Herr *Marchal* übergab das Buch alsbald an den Vorsitzenden des Ausschusses der Vertreter der Minister, Herrn *Hadji Vassiliou*.

Dieses Werk ist gemeinsam herausgegeben vom Europarat, der Bibliothek des Friedenspalastes im Haag und dem niederländischen Verleger Martinus

Nijhoff; dieser gab vor dem Kriege alljährlich das Grotius-Jahrbuch für Internationales Recht heraus. Der Plan für die Herausgabe dieses Jahrbuches geht auf einen Beschluß des Ministerausschusses vom Juli 1953 zurück.

Das Jahrbuch umfaßt 600 Seiten und besteht aus drei Teilen: eine Reihe von Artikeln über die hauptsächlichsten europäischen Institutionen, von Verfassern wie *van Kleffens* und *Robert Schuman*, den Generalsekretären des Europarates und des Europäischen Wirtschaftsrates u. a. m. Der zweite Teil umfaßt eine eingehende Beschreibung mit der Wiedergabe des Textes der Statuten von acht großen europäischen Organisationen: Brüsseler Pakt, Europäischer Wirtschaftsrat in Paris, Europarat, EGKS, Nordischer Rat, Europäische Konferenz der Verkehrsminister, Europäische Organisation für Kernforschung und Europäische Konferenz für die Organisation der landwirtschaftlichen Märkte. Der dritte Teil bildet eine Bibliographie grundlegender Werke und Artikel über die europäischen Probleme.

#### Vorträge des Generalsekretärs und anderer Mitglieder des Sekretariats

Herr *Léon Marchal*, Generalsekretär des Europarates, hielt am 4. März 1955 vor dem Rotary Club Straßburg einen Vortrag über die europäische Regionalkonferenz des Internationalen Arbeitsamtes. Am 15. März sprach er über die Struktur und Arbeitsweise des Europarates im Centre des Hautes Etudes de Défense Nationale in Paris und am gleichen Tage in Rouen auf einer Versammlung der Vereinigung „La Fédération“.

Am 24. und 25. März hielt Herr *Marchal* zwei Vorträge vor den Studenten des Centre Européen Universitaire in Nancy über das Thema „Das politische Problem der Organisation einer europäischen Verteidigung in den Debatten der Beratenden Versammlung“.

Herr *Paul M. G. Levy*, Direktor der Presse- u. Informationsabteilung, hielt sich auf Einladung der Europäischen Jugend-Campagne vom 21. bis 27. März in Irland auf, wo er in Dublin und Cork Vorträge hielt.

Herr *Pollis Modinos*, Leiter der Abteilung für Menschenrechte im Europarat, hielt am 18. März in Brüssel einen Vortrag über die Entstehung und die Ziele der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Herren *Depange*, *Pfeiffermann*, Sekretäre in der Studienabteilung des Generalsekretariats, hielten Vorträge über die kulturelle und soziale Arbeit des Europarates im Institut für europäische Studien der Universität Saarbrücken.

#### Rat der Europäischen Gemeinden

Unter dem Vorsitz von Herrn *Hamilius*, Bürgermeister von Luxemburg, tagte ein Ausschuß dieses Rates am 16. März in Straßburg, um die Frage der Vertretung der Gemeinden in den europäischen Organisationen zu prüfen. Ferner wurde die Frage der Schaffung eines europäischen Senats im Rahmen einer politischen Gemeinschaft untersucht, sowie die Möglichkeiten einer Teilnahme von Vertretern der Gemeinden an den Arbeiten der Beratenden Versammlung des

Europarates und des Konsultativ-Ausschusses der EGKS.

#### Europatag der Schulen

Mit einer Beteiligung von ungefähr 400 000 Schülern fand am 23. März der Europatag der Schulen in neun Ländern statt: Belgien, Frankreich, Italien, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Saar, Schweiz und Großbritannien. Diese Veranstaltung fand unter der Schirmherrschaft des Europarates statt. Sie besteht aus einem Wettbewerb von Aufsätzen über ein freies Thema betreffend Europa, seine Geschichte und seine Einheit. Für die Preisträger hat der Europarat eine Goldmedaille, Urkunden und mehrere Reisen nach Straßburg gestiftet, mehrere Regierungen haben Reise-Stipendien zur Verfügung gestellt. Eine Reihe von Preisträgern des Jahres 1954 unternahmen aufgrund der Stipendien zurzeit Reisen durch Frankreich und Deutschland und vereinigen sich am 12. April zu einem Treffen in Straßburg.

#### Kongreß von Barbizone

Vom 18. bis 19. März trafen sich Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus Handel und Industrie aus Europa und den Vereinigten Staaten auf Einladung des Prinzen Bernhard der Niederlande in Barbizone. Das Thema dieses Kongresses war die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Europäern und Amerikanern.

#### Karlspreis

Am 19. Mai wird Sir *Winston Churchill* den von der Stadt Aachen gestifteten Karlspreis in Empfang nehmen. Dieser Preis wird Persönlichkeiten verliehen, welche sich um die Einigung Europas verdient gemacht haben. Die bisherigen Preisträger waren: Graf *Coudenhove Kalergi* (1950), *Henrik Brugmans* (1951), *Alcide de Gasperi* (1952), *Jean Monnet* (1953), *Konrad Adenauer* (1954).

#### Veröffentlichungen des Europarates

Im Monat März sind erschienen: die 2. Ausgabe des „Taschenbuches des Europarates“ in niederländischer Sprache, das „Taschenbuch des Europarates“ in türkischer und irischer Sprache, die „Europäische Kultur und der Europarat“ in französischer, englischer und deutscher Sprache.

#### Der 7. Paneuropäische Kongreß

Unter dem Vorsitz des Grafen *Coudenhove Kalergi* tagte dieser Kongreß vom 19. bis 21. März in Baden-Baden. Graf *Coudenhove* wurde als Vorsitzender der Union wiedergewählt. Im Laufe des Kongresses wurde das Statut der paneuropäischen Bewegung einstimmig angenommen, desgleichen einige Resolutionen über die österreichische Frage, die politische Gemeinschaft, und den Rüstungs-Pool. Der Kongreß wird in Zukunft alle zwei Jahre zusammentreten.

#### Europäischer Historiker-Kongreß

In Mainz fand vom 10. bis 20. März ein internationaler Historiker-Kongreß statt, an dem 300 Wissenschaftler aus 18 Ländern teilnahmen. Das Ziel des Kongresses war es, eine europäische Geschichte ohne



nationale oder sonstige Vorurteile zu schaffen. Bundespräsident *Heuss* nahm an der Abschlußsitzung des Kongresses teil. Das Generalsekretariat des Europarates war durch Herrn Dr. von *Schmieden*, Direktor der Studienabteilung, und von Herrn *Depange* vertreten. Das historische Institut der Universität Mainz beschloß, weitere Begegnungen dieser Art durchzuführen.

## ANDERE ORGANISATIONEN

### Europäischer Wirtschaftsrat in Paris (OEEC)

#### *Jugoslawischer Beobachter*

Der Ministerrat der OEEC hat die jugoslawische Regierung aufgefordert, sich durch einen Beobachter bei den Sitzungen des Rates sowie des technischen Ausschusses und der Unterausschüsse vertreten zu lassen.

#### *Liberalisierung*

Nach einer Prüfung der neuen Regelung des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel (GATT) nahm der Rat eine Erklärung an, in der er daran erinnert, daß eines der Ziele der OEEC die weitestmögliche Liberalisierung des Warenverkehrs und des unsichtbaren Verkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sei. In der Erklärung wird weiterhin bestätigt, daß sich die Mitgliedsländer bemühen werden, die Ziele der Organisation zu erreichen, indem der Warenverkehr innerhalb Europas fortschreitend verstärkt und ausgebaut wird. Es wird empfohlen, beim Auftauchen wichtiger Probleme im Rahmen des GATT eine vorherige Konsultation der Mitglieder der OEEC vorzunehmen.

#### *Komitee der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister*

Dieses Komitee, welches am 14. Januar 1955 vom Rat der OEEC ins Leben gerufen wurde, hielt am 8. und 9. März in Paris seine erste Sitzung ab und konstituierte sein Präsidium. Zum Präsidenten wurde der italienische Minister für Landwirtschaft und Forsten, Professor Giuseppe *Medici*, gewählt, zu Vize-Präsidenten die Landwirtschaftsminister von Belgien und Irland, *Lefevre* und *Dillon*. Das Komitee legte in großen Linien das Arbeitsprogramm fest und beauftragte das Komitee seiner Vertreter, im Juni ein Arbeitsprogramm vorzulegen, welches sich an die Grundsätze der Entschließung vom 10. Juli 1954 der Europäischen Konferenz über die Organisation der landwirtschaftlichen Märkte halten soll. In erster Linie sollen die Agrarpolitik und die Methoden der verschiedenen Länder einander gegenübergestellt werden und Gebiete gefunden werden, auf denen eine Koordinierung durchführbar erscheint. Das Komitee erörterte ferner die Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Organen der OEEC und den internationalen Fachorganisationen staatlicher und privater Art.

#### *Europäische Produktivitätszentrale*

Vom 21. bis 22. März fand in Nancy eine Studientagung über die Rationalisierung der Landwirtschaft statt, auf der sich 40 europäische Sachverständige auf Einladung des französischen Landwirtschaftsministers trafen.

Zwischen den Landwirtschaftsministerien von Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Holland und der Schweiz wurde ein Informationsaustausch durch Fernschreiber über die Obst- und Gemüsemärkte eingeführt. Dieser Informationsdienst soll vor allem Verluste bei Obst und Frischgemüse vermeiden.

#### *Journalisten-Besuche*

Auf Einladung der OEEC trafen sich nationale Abordnungen von jeweils sieben Vertretern großer Zeitungen in Paris, um sich über die Arbeiten der OEEC an Ort und Stelle zu unterrichten. Die ersten Gruppen kamen aus Deutschland, der Schweiz, Belgien, Holland, Luxemburg und Skandinavien.

#### *Neuer Generalsekretär*

Als Nachfolger des ausscheidenden Generalsekretärs der OEEC, Herrn Robert *Marjolin*, wurde Herr René *Sergent*, der bisherige stellvertretende Generalsekretär der NATO, ernannt. Der Nachfolger von Herrn *Sergent* bei der NATO ist Herr *Didier Gregh*, Vertreter Frankreichs bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau.

## Westeuropäische Union

Das Protokoll zur Abänderung und Vervollständigung des Brüsseler Paktes ist bisher von folgenden Ländern ratifiziert worden:

- |                                    |   |
|------------------------------------|---|
| <b>Belgien:</b>                    | Annahme durch das Abgeordnetenhaus mit 181 gegen 9 Stimmen am 20. Januar 1955. Debatte im Senat eingeleitet.  |
| <b>Frankreich:</b>                 | Annahme durch die Nationalversammlung mit 287 gegen 260 Stimmen am 30. Dezember 1954 und durch den Rat der Republik mit 184 gegen 110 Stimmen am 27. März 1955. Zur Unterschrift beim Präsidenten der Republik. |
| <b>Bundesrepublik Deutschland:</b> | Annahme durch den Bundestag mit 314 gegen 157 Stimmen am 27. Februar 1955 und durch den Bundesrat mit 29 gegen 9 Stimmen am 18. März 1955. Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten am 24. März 1955.         |
| <b>Italien:</b>                    | Annahme durch das Abgeordnetenhaus mit 335 gegen 215 Stimmen am 23. November 1954 und durch den Senat mit 139 gegen 82 Stimmen am 11. März 1955. Zur Unterschrift beim Präsidenten der Republik.                |
| <b>Luxemburg:</b>                  | Die Behandlung in der luxemburgischen Kammer ist für Anfang April vorgesehen.   |
| <b>Niederlande:</b>                | Annahme durch die zweite Kammer mit 71 gegen 6 Stimmen am 30. März 1955. Ein Datum für die Behandlung der ersten Kammer ist noch nicht festgesetzt.   |

**Großbritannien:** Annahme durch das Unterhaus mit 264 gegen 4 Stimmen am 18. November 1954 und durch das Oberhaus einstimmig am 24. November 1954. Zur Unterschrift bei der Königin.

### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

#### Ministerrat

Der besondere Ministerrat der EGKS tagte am 21. und 22. März unter dem Vorsitz von Herrn *Rasquin* (Luxemburg) in Luxemburg. An mehreren Sitzungen nahmen die Verkehrsminister der Mitglieder teil. Der Rat genehmigte die Festsetzung der Kohlenhöchstpreise und forderte die Hohe Behörde auf, diese Preise so niedrig wie möglich anzusetzen. Der Rat einigte sich über die Schrottfrage und stimmte dem Abkommen über das Inkrafttreten der Internationalen Direkttarife ab 1. Mai 1955 zu.

Die von der Hohen Behörde vorgeschlagenen Anleihen für die Finanzierung von Arbeiterwohnungen wurden genehmigt. Ferner sprach sich der Rat zu einer Förderung der Forschung auf dem Gebiete der Siderurgie aus und forderte die Hohe Behörde auf, die Frage einer finanziellen Beteiligung an dem Ausgleichsfonds des geplanten europäischen Abkommens über die soziale Sicherheit von Wanderarbeitern zu untersuchen.

Der Wirtschaftsausschuß des Rates trat am 24. März zusammen, um die Antwort auf die Frage des dänischen Vertreters bei der OEEC betreffend die Stahlpreise auszuarbeiten.

#### Hohe Behörde

Die Sondersteuer auf deutsche und niederländische Kohle wurde auf Beschluß der Hohen Behörde von 1,1% auf 0,9% ermäßigt. Diese Steuer sollte einen Ausgleichsfonds speisen, um den belgischen und italienischen Bergwerken eine Verbesserung ihrer Anlagen zu ermöglichen. Die Erhebung dieser Sondersteuer wird nur bis 1958 erfolgen.

Gemäß Artikel 55 des Vertrages hat die Hohe Behörde der Eisen- und Stahlforschung eine Unterstützung von 200 000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Die Hohe Behörde hat am 25. März 1955 eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete des Schwertschrotts und des Kohlenpreises in Belgien getroffen.

Die italienische Regierung hat der Hohen Behörde mitgeteilt, daß das italienische Gesetz über das Inkrafttreten des Vertrages über die EGKS auf das Gebiet von Triest ausgedehnt wurde.

Die dänische Regierung hat die Hohe Behörde davon in Kenntnis gesetzt, daß sie ihre Klage betreffend die Stahlpreise der EGKS zunächst nicht weiter verfolgen werde. Sie behält sich jedoch vor, beim Nichtzustandekommen einer Regelung mit der Hohen Behörde, auf die Klage zurückzukommen.

#### Gemeinsame Versammlung

Die Vorsitzenden der Ausschüsse, der Fraktionen und das Präsidium der Gemeinsamen Versammlung

beschlossen, vom 6. bis 9. Mai eine Außerordentliche Sitzung in Straßburg abzuhalten. Die Ordentliche Sitzung wird am 10. Mai eröffnet. Die Versammlung tritt, wie üblich, in Straßburg zusammen.

#### Gerichtshof

Die Herren *Louis Delbaux* (Belgien) und *Adrianus van Kleffens* (Holland) wurden zu Vorsitzenden der Senate des Gerichtshofes für das Jahr 1955 gewählt. Sie treten an die Stelle der Herren *Serrarens* und *Hannes*.

#### Europäische Gewerkschaft

Am 24. März wurde in Luxemburg anläßlich einer gewerkschaftlichen Tagung die erste europäische Gewerkschaft innerhalb der EGKS gegründet. Diese Gewerkschaft umfaßt die christlichen Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrien der sechs Länder der Gemeinschaft. Das Sekretariat der Gewerkschaft wird seinen Sitz in Luxemburg haben und Verbindung mit den Organen der Gemeinschaft aufrechterhalten.

#### Internationales Arbeitsamt

Der Verwaltungsrat dieser Organisation hielt vom 1. bis 4. März in Genf seine 128. Sitzung ab. Der Generaldirektor, Herr *Davide Morse*, wurde aufgefordert, einen Bericht darüber vorzulegen, wie weit die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in der Mitgliedsländern einer staatlichen Kontrolle unterworfen sind. Der Rat genehmigte eine Reihe von Maßnahmen betreffend die Beteiligung des Internationalen Arbeitsamtes an der Lösung der sozialen Probleme innerhalb der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. Zwei Sachverständigengruppen werden sich mit dem detaillierten Studium des Problems befassen. Der Generaldirektor wird dem Rat weitere Vorschläge über die Tätigkeit der Organisation im europäischen Raum vorlegen.

Der Haushaltsplan für 1956 in Höhe von 7,4 Millionen Dollar wurde vom Rat genehmigt und wird der Internationalen Arbeitskonferenz, welche im Juni zusammentritt, vorgelegt werden.

Der Rat beschloß mit 23 gegen 17 Stimmen, Spanien zur Entsendung von Beobachtern zu ihrer Konferenz aufzufordern.

Der Rat befaßte sich mit dem Problem der friedlichen Anwendung der Atomenergie, soweit das Internationale Arbeitsamt an dieser Frage interessiert ist. Der Generaldirektor wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ein Memorandum für die internationale Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie, welche im August in Genf stattfinden wird, vorlegen.

#### Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE)

Am 10. März wurde der 8. Jahresbericht über die europäische Wirtschaftslage im Jahre 1954 veröffentlicht. In diesem Bericht wird hervorgehoben, daß die europäische Wirtschaft einen bedeutenden Aufschwung gegenüber 1951 genommen hat. Insbesondere hat die chemische Industrie eine erhebliche Ausdehnung erfahren.



Der Umfang der Exporte hat erheblich zugenommen, insbesondere durch die Ausweitung des innereuropäischen Warenverkehrs als Folge der Liberalisierung.

In dem Abschnitt über die osteuropäische Wirtschaft wird festgestellt, daß sich das Volkseinkommen der Sowjetunion um 11% erhöht hat, und daß der Handel der Länder der Ostgruppe zwischen 1937 und 1953 um 50% angestiegen ist, wobei 4/5 des Warenverkehrs sich innerhalb dieser Ländergruppe abwickelt. Gegenüber 1953 hat sich der Ost-Westhandel in den ersten 9 Monaten des Jahres 1954 um 22% vermehrt. Dieser Rhythmus wird nach Auffassung des Berichtes nicht aufrechterhalten werden können, jedoch ist es offensichtlich, daß die Länder des Ostens ihren Handel mit dem Westen aufzubauen beabsichtigen.

Die Europäische Wirtschaftskommission hielt ihre 10. Sitzung vom 15. bis 30. März in Genf ab, unter Beteiligung von 25 europäischen Ländern und den USA. Beobachter aus Kanada, Iran und Israel sowie von verschiedenen internationalen Organisationen waren anwesend. Die Herren Max Suetens (Belgien) und Julius Katz-Suchy (Polen) wurden zum Präsidenten und Vize-Präsidenten der Kommission gewählt. Die Kommission befaßte sich mit einer Reihe von Berichten, insbesondere über die interregionale Zusammenarbeit und über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas. Mit Stimmenmehrheit wurde eine eigene Vertretung Ostdeutschlands abgelehnt.

## Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung (CIME)

Die Regierung von Neuseeland hat das Statut des CIME anerkannt und wird damit Mitglied der Organisation. Die Aufnahme wird auf der nächsten Sitzung des Rates der CIME am 27. April in Genf erfolgen. Damit gehören der CIME 12 europäische und 13 außer-europäische Länder an.

## Allgemeines Abkommen über Zölle und Abgaben (GATT)

Dieses Abkommen, welches seit 1947 einen provisorischen Charakter besaß, wird durch ein neugeschaffenes Organ ergänzt werden: die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OTC). Ein Ständiges Exekutivkomitee von 17 Mitgliedern wird der Generalversammlung der Mitglieder verantwortlich sein. Es tritt jedoch erst ins Leben, wenn Länder, die zusammen 85% des Handels zwischen den Mitgliedern ausüben, zugestimmt haben werden.

Die im Allgemeinen Abkommen festgelegten Zollsätze werden für die Dauer von 2½ Jahren, das heißt bis zum 31. Dezember 1957 verlängert, und können dann automatisch für drei Jahre weiterverlängert werden.

## Balkan-Pakt

Vom 1. bis 3. März tagten die Außenminister der drei Signatarstaaten des Balkanpaktes in Ankara und beschlossen die Schaffung einer balkanischen Beratenden Versammlung nach dem Muster der Beratenden Versammlung des Europarates. Diese Versammlung

soll aus sechzig Abgeordneten bestehen, welche den verschiedenen nationalen politischen Parteien angehören sollen. Jedes Land stellt 20 Abgeordnete. Im Gegensatz zum Verfahren der Beratenden Versammlung des Europarates müssen Empfehlungen mit der Mehrheit der Mitglieder jeder Delegation angenommen werden. Die Versammlung wird abwechselnd in den Hauptstädten der drei Mitgliedsländer tagen.

Die Minister beschlossen, demnächst eine Konferenz über die Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzuhalten.

## VORLAUFIGER TERMINKALENDER FÜR KOMMENDE TAGUNGEN

1. u. 2. April: Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Straßburg)  
Ausschuß für soziale Fragen (Straßburg)
2. April: Gemischter Unterausschuß des Wirtschafts- und Sozialrechts (Straßburg)
2. u. 3. April: Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg)
- 4.—6. April: Außerordentliche Tagung des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen (Straßburg)
- 4.—21. April: Gemischter Unterausschuß für die Wiedereingliederung von Flüchtlingen und überschüssigen Landwirtschaftsarbeitern (Griechenland und Türkei)
13. April: Unterausschuß für Südeuropa (Ankara)
- 14.—18. April: Unterausschuß des Ausschusses für juristische und Verwaltungsfragen (Rom)
18. u. 19. April: Ausschuß für juristische und Verwaltungsfragen (Rom)
- 19.—23. April: Stellvertreter der Minister (Straßburg)
22. u. 23. April: Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Europäischen Nationen (Istanbul)
25. u. 26. April: Präsidium des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen (Straßburg)
26. April: Unterausschuß für die europäische Kulturkarte (Straßburg)  
Unterausschuß für Fragen der europäischen Jugend (Straßburg)
- 27.—30. April: Sachverständigenausschuß für kulturelle Fragen (Straßburg)
3. u. 4. Mai: Gemeinsame Tagung des Sachverständigen-Unterausschusses für Auslieferung und des Unterausschusses des Ausschusses für juristische und Verwaltungsfragen (Straßburg)
- 4.—7. Mai: Ausschuß für soziale Fragen (Straßburg)
6. u. 9. Mai: Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
- ab 10. Mai: Ordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)
18. Mai: Ministerausschuß (Straßburg)  
Gemischter Ausschuß (Straßburg)
- 20.—28. Mai: 7. Ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates (Straßburg)

## Probleme der Wiederherstellung einer deutschen Staatsgewalt

### Vorbemerkung der Schriftleitung

Mit der Ratifizierung des Pariser Vertragswerkes ist eine für die künftige außenpolitische Entwicklung grundlegende Phase abgeschlossen worden. Es wird erwartet, daß nunmehr eine Viererkonferenz das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands mit allen seinen Verflechtungen erneut aufgreifen wird. Dabei dürften von verschiedenen Seiten Vorschläge und „Modellpläne“ vorgebracht werden, die zum Verfahren ebenso wie zu konkreten Sachfragen der Wiedervereinigung Stellung nehmen und weitere Stellungnahmen hervorrufen sollen.

Damit aber werden Fragen auftauchen, die in ihrem politischen Gehalt völkerrechtliche und staatsrechtliche, insbesondere verfassungsrechtliche Probleme umfassen, deren Klärung schon jetzt geboten erscheint. Wie auch immer zu gegebener Zeit der politische Weg zur Wiedervereinigung sich gestalten mag — im Rahmen der staatsrechtlichen und -politischen Probleme wird die Frage, ob im Anschluß an die freien Wahlen oder bereits vorher eine provisorische gesamtdeutsche Regierungsgewalt geschaffen werden soll, eine sehr wesentliche, vielleicht entscheidende Rolle spielen; nicht zuletzt auch je nach dem Bereich ihrer Befugnisse. Denn der Ablauf der politischen Entwicklung der Uebergangszeit dürfte von der Regelung dieser Frage weitgehend bestimmt werden.

Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn auf diesem Gebiet Untersuchungen angestellt werden und — da der Gedanke der Wiedervereinigung und die politische Sicherung ihrer Durchführung breite Kreise des deutschen Volkes beschäftigt —, daß solche Erwägungen nicht nur in den zuständigen Regierungsressorts, sondern auch von privater Seite erfolgen.

Die hier anschließende Veröffentlichung bringt Teile aus einer größeren Arbeit, die der Verfasser, Senatspräsident Dr. Külz, auf Grund eingehender Beschäftigung mit den rechtlichen und politischen Problemen der Wiedervereinigung erstellt hat. Er ist Mitglied des Verfassungsausschusses des Königsteiner Kreises und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik in Berlin und widmet sich dort besonders den Problemen der Wiedervereinigung.

Dem hier veröffentlichten Abschnitt über die bisherige Auseinandersetzung um die Frage der Wiederherstellung einer (vorläufigen) deutschen Staatsgewalt seit 1945 folgen in dem nicht publizierten Teil der Studie historische Parallelen aus den Jahren 1848, 1866 und 1919. Sie unterbauen die Forderung des Verfassers, bereits der aus den freien Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung eine vorläufige gesamtdeutsche Staatsgewalt zu übertragen, ihre Funktion also nicht auf die Beratung der Verfassung und die notwendigen legislativen Befugnisse zu beschränken.

In einem weiteren, hier ebenfalls nicht veröffentlichten Abschnitt befaßt sich der Autor grundsätzlich mit Fragen der Entstehung, der Grundlage und des Wesens vorläufiger Staatsgewalt. Er führt aus, daß die Reihenfolge: freie Wahlen — Zusammentritt der Nationalversammlung — Bildung einer vorläufigen Staatsgewalt — Verabschiedung der Verfassung — Bildung der gesamtdeutschen Regierung — nicht die allein denkbare sei. Eine vorläufige Regierung könne an sich auch schon auf Grund von Vereinbarungen der Teilregierungen gebildet werden, wobei die demokratische Legitimation unverzüglich nachzuholen wäre. Der Verfasser betont dabei, daß vor einer solchen Vereinbarung erst eine politische Wandlung in der DDR erfolgen und eine neue Regierung frei gebildet werden müsse.

Würde sich ein solcher Weg als gangbar erweisen, so bekäme auch die Diskussion über die umstrittene Lehre von den „Teilordnungen“ einen neuen Aspekt. Bisher war es ein Grundgedanke dieser Lehre, die Bundesrepublik und die DDR als Teilgebilde auf gleichen Fuß zu stellen, ohne die wesensmäßige Verschiedenartigkeit zu berücksichtigen, die sich daraus ergibt, daß die Regierung der DDR nicht auf Grund freier und geheimer Wahlen gebildet worden ist. Aber schon die Zulassung freier Wahlen in der DDR ist von der Sowjetunion nur zu erwarten, wenn sie sich mit den Westmächten über die künftige politische Stellung des wiedervereinigten Deutschland geeinigt hat. Die vom Verfasser bei seinem theoretisch entwickelten Verfahren zur Wiedervereinigung vorausgesetzte Legitimierung der DDR durch freie



und geheime Wahlen würde im wesentlichen den gleichen internationalen Problemen begegnen, die sich dem freien Westen zur Regelung des gesamtdeutschen Problems überhaupt entgegentellen.

Diese Schwierigkeiten überspringt der Verfasser auch dort, wo er nach Schaffung einer vorläufigen gesamtdeutschen Staatsgewalt auf Grund der Wahlen zur Nationalversammlung die aus praktischen Gründen einstweilen noch beizubehaltenden Teilordnungen nur mehr als der Gesamtgewalt untergeordnete Gebietsgliederungen betrachtet. Er beschränkt sich auf die staatsrechtlichen und politischen Schlußfolgerungen, die er dann dem hier abgedruckten Gesetzentwurf über die vorläufige deutsche Staatsgewalt zugrunde legt.

Es ist bemerkenswert, daß uns in den Ueberlegungen über die Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Staatsgewalt ein Denkmodell begegnet, das in manchem den Vorstellungen ähnlich erscheint, mit denen die „Europäer“ in den Jahren 1949/54 an die Fragen der Bildung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft herangingen. In beiden Fällen sollte aus allgemeinen freien Wahlen eine vorläufige politische Autorität entstehen, die dann erst alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hindernisse beseitigen soll, die der Einigung im Wege stehen.

Auf der Ebene der europäischen Einigungsbemühungen ist es um diese revolutionären Vorstellungen still geworden. Man spricht nur noch von einem „rapprochement des niveaux“, das der politischen Einigung vorausgehen muß und das durch eine Harmonisierung und Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeigeführt werden soll. Die politische Einigung soll erst in einem schon relativ fortgeschrittenen Stadium dieses Angleichungsprozesses durch institutionelle Maßnahmen weitergeführt werden. Man sollte einmal versuchen, aus dieser Er-

kenntnis Rückschlüsse für das Verfahren der Wiedervereinigung Deutschlands zu ziehen. Sicherlich sind die innerdeutschen Strukturunterschiede, die sich als Ergebnis der zehnjährigen Trennung und der entgegengesetzten politischen und sozialen Orientierung der Bundesrepublik und der DDR entwickelt haben, anderer Art und ihrer Natur nach leichter zu beseitigen als die in Jahrhunderten gewachsenen Strukturunterschiede, die etwa zwischen den Schumanplanländern bestehen. Hinter den Veränderungen der innerdeutschen Struktur stehen aber die entgegengesetzten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze der Systeme des Westens und des Ostens. Vorläufig betrachtet jede Seite ihren Teil Deutschlands als Faustpfand für die Durchsetzung einer ihr genehmen Regelung der politischen Stellung Gesamtdeutschlands. Daher setzt die Wiedervereinigung Deutschlands ein „rapprochement des niveaux“ im Rahmen einer kompetitiven Koexistenz der beiden Machtblöcke voraus. Die Abhaltung freier Wahlen, sei es in der DDR, sei es in Gesamtdeutschland, ist ein Prüfstein dafür, ob die internationale Entspannung und Annäherung weit genug gediehen ist, um in Deutschland ein „Gleichziehen“ der bisher gegensätzlichen politischen Systeme zu ermöglichen.

In dieser Entwicklungsphase werden die Vorschläge des Verfassers akut. Ihre Verwirklichung wird von vielen weltpolitischen Umständen abhängen, die vielleicht schon in den Verhandlungen der nächsten Monate, vielleicht aber erst nach einem wesentlich längeren Zeitraum Klärung finden werden. Das vom Verfasser angesprochene Problem hat aber unabhängig von der jeweiligen internationalen Situation sein eigenes innerstaatliches Gewicht und verdient daher eine spezielle Behandlung, wie sie hier als Grundlage für weitere Ueberlegungen unternommen wurde.

Co./W. G.

## Die Wiederherstellung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt in den Erörterungen zwischen Ost und West seit 1945

*Von Helmut R. Külz, Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht*

### *Einleitung*

Mit den Erörterungen über eine neue Deutschlandkonferenz der vier Großmächte gewinnen außer den großen außenpolitischen Zusammenhängen der Deutschlandfrage auch deren innere Seiten wieder Bedeutung. Neben der Sicherung freier Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung für ganz Deutschland ist dabei insbesondere auch bedeutsam, ob und inwieweit im Hinblick auf die Zeit, die das Verfassungsgesetz unvermeidlich in Anspruch nehmen wird, von einer Nationalversammlung nicht alsbald schon eine vorläufige staatliche Ordnung für

das wiedervereinigte Deutschland geschaffen werden soll. Sie käme in zweierlei Richtung in Betracht, einerseits in gesetzgeberischer Hinsicht — zum Erlasse alsbald schon erforderlich werdender, neuer Gesetze für ganz Deutschland —, zum anderen vor allem in vollziehender Hinsicht, zur Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierungsgewalt. Die Erörterung eines solchen Verfassungsinterims hat seit 1945 die mannigfachsten Wendungen genommen; es erscheint geboten, sie sich heute wieder im Zusammenhange zu vergegenwärtigen, um auch insofern für die wieder einsetzende Behandlung der Deutschlandfrage vorbereitet zu sein.

*Die Erörterungen*

*bis zur Schaffung der Bundesrepublik und der DDR*

Die Frage, ob und wann das jeder eigenen Zentralgewalt entkleidete und durch die Besatzungszonen geteilte Deutschland wieder zu einer wenigstens vorläufigen Staatsgewalt für sein Gesamtgebiet gelangen solle, geht auf den Zeitpunkt zurück, in dem alle deutsche Staatsgewalt zunächst aufhörte und die vier Besatzungszonen eingerichtet wurden, also auf den Zusammenbruch des Jahres 1945 und das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Die drei Signatarmächte dieses Abkommens (Vereinigte Staaten, Sowjetunion und Großbritannien) hatten sich damals bekanntlich — in teilweiser Abkehr von ihren früheren Zerstükelungsplänen über Deutschland — wieder auf den Fortbestand einer gewissen Einheit Deutschlands geeinigt. Insbesondere war sofort schon der Fortbestand der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands anerkannt worden (A/14 des Abkommens). Demgemäß war unter A/9/IV des Abkommens folgendes vorgesehen:

„Es wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf dem Gebiete des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein.“

Diese Staatssekretariate hätten also an sich die erste vorläufige deutsche Staatsgewalt sein können und sollen, wenn auch zunächst nur unter dem Alliierten Kontrollrat und ohne irgendwelche demokratisch-parlamentarische Legitimation und Verantwortung aus und gegenüber dem deutschen Volke. Rückschauend wird deutlich, daß sich bei Durchführung dieser Vereinbarung die Spaltung Deutschlands wohl kaum bis zu ihrem jetzigen Grade hätte entwickeln können. Getrennte Währungsreform, getrenntes Bahn- und Postwesen, Interzonenhandelschwierigkeiten, getrenntes Zoll- und Außenhandelswesen und wahrscheinlich überhaupt eine so verschiedenartige wirtschaftliche Entwicklung im ganzen hätten bei alsbaldiger Einsetzung einheitlicher, wenn auch nur vorläufiger Staatssekretariate auf diesen Gebieten kaum so einschneidend Platz greifen können, und auch die politische Auseinanderentwicklung hätte dann voraussichtlich nicht so weit gehen können. Indessen ist hier nicht der Ort, um im einzelnen zu verfolgen, auf welche Weise diese Möglichkeiten eines zunächst vorläufigen und teilweisen Wiederbeginns deutscher Eigenstaatlichkeit gescheitert sind. Es muß in diesem Zusammenhang die Feststellung genügen, daß sie gescheitert sind und daß sich danach unaufhaltsam die Spaltung Deutschlands bis zur Bildung der Bundesrepublik mit Berlin einerseits, der DDR mit Ostberlin andererseits voll-

zog<sup>2</sup>. Die Frage der Wiedervereinigung, der Wiederherstellung der einheitlichen Staatsgewalt Deutschlands, stellt sich von diesem Zeitpunkt an unter ganz anderen Voraussetzungen und Notwendigkeiten. Das gilt auch für die Frage einer vorläufigen Staatsgewalt. Die Erörterungen hierüber begannen erst wieder etwa ein knappes Jahr nach der endgültigen Konstituierung der beiden Teilordnungen Deutschlands, zusammen mit der dann auch wieder verstärkt einsetzenden allgemeinen Erörterung der Wiedervereinigung Deutschlands.

*Die erste grundsätzliche Erklärung der Bundesregierung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands vom 22. März 1950*

Am Anfang der neuen Erörterungen steht eine die Notwendigkeit eines Verfassungsinterims alsbald nach Wahl einer Nationalversammlung verneinende Auffassung der Bundesregierung und wohl auch der drei westlichen Besatzungsmächte. In der Erklärung der Bundesregierung vom 22. März 1950 besagte Punkt 3:

„Einzigste Aufgabe der Nationalversammlung ist die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung“.

Hiernach sollte also die Nationalversammlung — etwa nach Art des Parlamentarischen Rates von Bonn — ausdrücklich von allen sonstigen gesetzgebenden oder gar vollziehenden Aufgaben, insbesondere auch von der Regierungsbildung, ausgeschlossen sein. Von einer aus freien Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung war in der Erklärung vom 22. März 1950 nicht die Rede. Als sich die drei westlichen Außenminister mit dieser Regierungserklärung beschäftigten und sie sich gegenüber der Sowjetunion im wesentlichen zu eigen machten, stellten sie daher, zwar über die Erklärung vom 22. März 1950 hinausgehend, in ihrer Verlautbarung über die deutsche Einheit vom 26. Mai 1950<sup>4</sup> „eine aus freien Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung“ unter (a) an die Spitze der für die Wiedervereinigung Deutschlands vereinbarten Punkte. Bei Uebersendung dieser Verlautbarung an den sowjetischen Oberkommandierenden General, *Tschuikow*, durch ihr Schreiben vom 26. Mai 1950<sup>5</sup> wiederholten sie, daß es ihnen vor allem um „die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage der in ihrer Erklärung niedergelegten Prinzipien“ gehe und daß sie die Ausarbeitung einer Wahlordnung vorschlugen, „wonach gesamtdeutsche Wahlen zwecks Bildung einer Regierung für ganz Deutschland“ im Einklang mit ihren Grundsätzen abgehalten werden könnten. Aber unter Punkt 2 der in dem Schreiben vom 26. Mai 1950 aufgeführten Grundlagen für eine Erörterung der Probleme sprachen sie doch auch aus, daß, nachdem „der Weg frei zur Ausarbeitung einer Verfassung für ganz Deutschland stünde, hierauf eine gesamtdeutsche Regierung entstehen könne“.



Dies schien darauf hinzudeuten, daß eine Regierung erst nach Ausarbeitung der Verfassung gebildet werden sollte, wenn auch eine anderweitige Deutung dahin, daß eine Regierung auch schon gebildet werden könnte, wenn nur der Weg zur Ausarbeitung der Verfassung geöffnet liege, also bereits zu Beginn der Arbeiten der Nationalversammlung, vielleicht nicht ganz ausgeschlossen schien. Dem stand allerdings entgegen, daß die Außenminister in ihrer Verlautbarung vom 26. Mai 1950 die Regierungserklärung vom 22. März 1950 ausdrücklich „begrüßen und unterstützen“ und aus dieser Erklärung den Satz: „Die gewählte verfassungsgebende Versammlung soll die alleinige Aufgabe haben, eine dem deutschen Volke zur Annahme vorzulegende Verfassung zu entwerfen“, wörtlich mit angeführt haben.

In einer Note des Bundeskanzlers an die Hohe Kommission vom 1. Oktober 1950<sup>6</sup> ist unter 3 wiederum nur ausgesprochen:

„Einzige Aufgabe der Nationalversammlung ist die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung.“

Von der Frage der Regierungsbildung, geschweige denn der Bildung einer vorläufigen Regierung ist nicht die Rede. In einer kurz darauf, am 9. Oktober 1950, an den Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission, *Tschuikow*, gerichteten Note der drei Westkommissare<sup>7</sup> ist zwar darüber hinaus auch wieder die Rede davon, „daß die Abhaltung freier Wahlen zur Bildung einer freigewählten, demokratischen Regierung für ganz Deutschland führen würde“, aber nichts darüber enthalten, ob und wann etwa schon eine vorläufige Regierung gebildet werden könne.

*Der Vorschlag Grotewohls für die Bildung eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ vom 30. November 1950*

Von der anderen Seite, dem Ministerpräsidenten der DDR, *Grotewohl*, kamen im November 1950 in Form des sogenannten „Grotewohlbriefes“ an die Bundesregierung Vorschläge entgegengesetzter Art<sup>8</sup>. Nach diesen Vorschlägen sollte zunächst paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ein „Gesamtdeutscher Konstituierender Rat“ gebildet werden; dieser Rat sollte die Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahlen übernehmen, die vier Besatzungsmächte inzwischen schon bei der Ausarbeitung eines Friedensvertrages beraten und auch „die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung“ vorbereiten. Die freien Wahlen erscheinen hier also entgegen den westlichen Vorschlägen als letzter Schritt der Entwicklung, während Konstituierender Rat sowie Vorläufige Regierung — die im wesentlichen wohl als das gleiche oder jedenfalls als ineinander übergehend gedacht waren — am Anfang stehen sollten.

### *Die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 9. März 1951*

Bundeskanzler Dr. *Adenauer* nahm zur Frage einer vorläufigen Regierungsgewalt wieder in einer Erklärung vor dem Bundestag am 9. März 1951 Stellung<sup>9</sup>. Hierin geht er nunmehr — in deutlichem Unterschied zu seinen früheren Erklärungen — einen entscheidenden Schritt weiter als bisher. Nach wie vor stellt er freie gesamtdeutsche Wahlen „zu einem verfassungsgebenden deutschen Parlament“ an den Anfang. Aber er fährt dann fort:

„Diesem Parlament muß gleichzeitig die Aufgabe übertragen werden, bis zum Inkrafttreten einer freiheitlichen Verfassung die Wahrnehmung der gesamtdeutschen Regierungsgewalt zu regeln“,

und schließt daran die Bemerkung, daß sich „die drei westalliierten Regierungen diesen Auffassungen“ angeschlossen hätten. Die Beschränkung der Nationalversammlung auf das Verfassungswerk unter Ausschluß sonstiger gesetzgebender und vollziehender Aufgaben ist hiermit also von seiten des Westens ausdrücklich und eindeutig aufgegeben worden. Auch die nahezu einstimmige Entschließung des Bundestages vom 9. März 1951<sup>10</sup> sagt in Punkt 3:

„Das aus solchen Wahlen hervorgegangene Parlament hat als echte Volksvertretung allein die Vollmachten einer verfassungsgebenden und\* gesetzgebenden Versammlung. Es ist allein befugt, eine Regierung zu bilden und zu kontrollieren.“

Ebenso wird in einer noch am gleichen Tage an die westalliierten Regierungen gerichteten Note<sup>11</sup> der Bundesregierung unter anderem gesagt, daß dem verfassungsgebenden deutschen Parlament

„gleichzeitig die Aufgabe übertragen werden muß, bis zum Inkrafttreten einer freiheitlichen Verfassung die Wahrnehmung der gesamtdeutschen Regierungsgewalt zu regeln“.<sup>12</sup>

In gleicher Weise hat der Bundestag am 27. September 1951 unter anderem Wahlen für

„eine verfassungs- und\* gesetzgebende sowie\* regierungsbildende und kontrollierende Nationalversammlung“

gefordert, und am 4. Oktober 1951 hat die Bundesregierung diese Forderung auch wieder wörtlich an die westalliierten Regierungen weitergeleitet<sup>13</sup>.

### *Die Entschließung der Volkskammer der DDR vom 15. September 1951 und der Wahlgesetzentwurf vom 9. Januar 1952*

Von der anderen Seite war inzwischen der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, der entschiedener Ablehnung seitens des Westens verfallen war, dahin abgeschwächt worden, daß aus Vertretern von Ost und West nur noch eine sogenannte „Gesamtdeutsche Beratung“ gebildet wer-

\* ) Hervorhebungen durch den Verfasser.

den sollte, diese allerdings auch als eine Art bestimmter Körperschaft von gewisser Dauer, nicht etwa nur zur Beratung im Sinne eines zeitlich mehr oder weniger ausgedehnten Vorganges gedacht. Parität zwischen Ost und West wurde nicht mehr verlangt, und auch die Aufgaben dieser Gesamtdeutschen Beratung waren anders als früher gefaßt. Sie sollte nur noch folgende beiden Fragen behandeln:

1. die Durchführung freier Wahlen zu einer Nationalversammlung,
2. die Beschleunigung eines Friedensvertrages<sup>14</sup>.

Von der Bildung einer Vorläufigen Gesamtdeutschen Regierung war nicht mehr die Rede; die sogenannte „Gesamtdeutsche Beratung“ sollte jetzt offenbar allein als vorläufiges gesamtdeutsches Organ in Erscheinung treten. Für die zu Punkt 1 erwähnte Aufgabe, die Vorbereitung und Durchführung der freien Wahlen in ganz Deutschland, sollte die „Gesamtdeutsche Beratung“ als eine Art Exekutiv-Organ nur noch einen „Zentralen Wahlausschuß“ bilden. „Gesamtdeutsche Beratung“ und „Zentraler Wahlausschuß“ als beschließende und vollziehende gesamtdeutsche Organe waren auch im Wahlgesetzentwurf der Volkskammer der DDR vom 9. Januar 1952, insbesondere in seinen §§ 13—16, 27, 28, 38, 39, 43, 46, 47 und 48 vorgesehen<sup>15</sup>. Der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission, *Tschuikow*, unterstützte natürlich die Schaffung einer solchen „Beratung“.<sup>16</sup>

#### *Der Wahlgesetzentwurf des Deutschen Bundestages vom 6. Februar 1952*

Der Bundestag wiederum verabschiedete am 6. Februar 1952 den Vorschlag eines Gesetzes über die Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, in dessen Art. 4 (Abs. 2)<sup>17</sup> der Nationalversammlung alsbald diejenige Gewalt übertragen ist,

„die erforderlich ist, um bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen und zu sichern“.

Diese Fassung ist freilich, ebenso wie andere Stellen des Gesetzes, nicht ohne vorherige langwierige Auseinandersetzungen zustande gekommen. Wie erinnerlich hatte der bayerische Ministerpräsident, Dr. *Ehard*, die Bundesregierung gegenüber den Entschlüssen vom 9. März und 27. September 1951 in ihrem ersten Entwurf eines solchen Gesetzes zu wesentlichen Änderungen zu bewegen vermocht; insbesondere sollte das Verfassungswerk der Nationalversammlung vor Inkrafttreten noch der Zustimmung eines Länderausschusses bedürfen<sup>18</sup>. Die Bundesregierung hatte ferner in ihren ersten Entwurf gewisse Auflagen für die sachliche Ausgestaltung der Verfassung aufgenommen. Es sollte im Wahlgesetz fest-

gelegt werden, daß die zu verabschiedende Verfassung folgende Grundsätze enthalten müsse<sup>19</sup>.

das Recht des Volkes, die Volksvertretung auch in den Ländern, Kreisen und Gemeinden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen und die Staatsgewalt durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben,  
die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,  
das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,  
die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung,  
die Unabhängigkeit der Gerichte,  
den Schutz der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte,  
die Gliederung des Gesamtstaates in Länder und die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung.

Hinsichtlich der vorläufigen Staatsgewalt, die aus der Nationalversammlung sollte hervorgehen können, hatte der ursprüngliche Entwurf nur folgendes vorgesehen:

- (1) Die Nationalversammlung ist ermächtigt, unter Zustimmung des Länderausschusses die zur Durchführung der Grundsätze des Artikels 5 notwendigen sofortigen Maßnahmen zu treffen.
- (2) Die Durchführung dieser Maßnahmen wird auf Ersuchen der Nationalversammlung durch das oberste internationale Kontrollorgan (Artikel 2, Absatz 4) gewährleistet.

Gegen alle diese Punkte wurden sofort von den verschiedensten Seiten Bedenken erhoben. Indessen gelang es am 6. Februar 1952, die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden und dem Gesetz in der jetzt vorliegenden Fassung wieder zu einer Annahme mit überwältigender Mehrheit durch den Bundestag zu verhelfen. Die Auflagen für die sachliche Gestalt der Verfassung wurden nur noch in der die Einbringung des Gesetzentwurfs begleitenden Regierungserklärung<sup>20</sup> ausgesprochen und dabei auch — für das uns hier berührende Problem — klar gestellt:

„Die vorstehenden Grundsätze sind bereits bei Ausübung der vorläufigen Funktionen der Nationalversammlung bis zum Inkrafttreten der Verfassung anzuwenden.“

Hinsichtlich dieser vorläufigen Funktionen hatte der Bundeskanzler inzwischen durch ein Schreiben an den 1. Vorsitzenden der SPD, Dr. *Schumacher*, vom 10. November 1951 klargestellt, daß nach seiner Auffassung die Nationalversammlung durchaus schon nach dem ursprünglichen Art. 6 Ziff. 1 des Entwurfs

„die Befugnis hat, alle für die Uebergangszeit erforderlichen legislativen oder administrativen Maßnahmen zu treffen“.

Dies und die dann schließlich endgültig vorgeschlagene Fassung des jetzigen Art. 4 des Gesetzes, ob-



wohl darin die Befugnis zur Bildung einer vorläufigen Regierung nicht ausdrücklich ausgesprochen, sondern wohl nur notwendigerweise eingeschlossen war, beseitigten die ursprünglich auch gegen diesen Teil des Gesetzes verschiedentlich erhobenen Bedenken.

*Der Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im Jahre 1952*

Die Frage nach einer alsbald zu bildenden Regierung für das wiedervereinigte Deutschland stellte sich sofort auch bei dem von März bis September 1952 geführten Notenwechsel der vier Besatzungsmächte über einen Friedensvertrag mit Deutschland ein<sup>21</sup>. Allerdings wurde damit die Frage einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt nur nach einer ihrer beiden Seiten angeschnitten, nach der Seite der vorläufigen vollziehenden Gewalt. Von der Frage einer vorläufigen Gesetzgebung durch die Nationalversammlung war bei diesem Notenwechsel nicht die Rede. Die gesetzgebende Seite einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt blieb zunächst auch weiterhin im Hintergrunde der Erörterungen und wurde erst wieder Ende 1953 aufgegriffen.

Einigkeit bestand beim Notenwechsel des Jahres 1952 darin, daß über einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung ordnungsgemäß verhandelt werden müsse, also nicht etwa eine einseitige Auferlegung des Friedensvertrages erfolgen könne<sup>22</sup>. Die Westmächte vertraten aber wieder ihren Standpunkt, daß eine gesamtdeutsche Regierung nur auf der Grundlage freier Wahlen in der Bundesrepublik, in der SBZ und in Berlin geschaffen werden könne<sup>23</sup>. Außerdem legten sie jetzt besonderen Wert darauf, daß eine solche gesamtdeutsche Regierung nicht nur frei gewählt, sondern auch in ihren späteren Funktionen frei sein müsse, so zum Beispiel in ihrer Note vom 13. Mai 1952 unter Ziffer 7:

„Die aus freien Wahlen hervorgehende deutsche Regierung muß selbst frei sein. Diese Freiheit ist sowohl vor als auch nach der Aushandlung eines Friedensvertrages wesentlich. Die Regierung muß in der Lage sein, ihren wahrhaft repräsentativen Charakter aufrechtzuerhalten; sie muß ferner in der Lage sein, ihre Verantwortlichkeiten als Regierung eines wiedervereinigten Deutschland zu übernehmen“,<sup>24</sup>

und verlangten

„Garantien dafür, daß die als Ergebnis der Abhaltung freier Wahlen gebildete gesamtdeutsche Regierung während des Zeitraums vor Inkrafttreten des Friedensvertrages die erforderliche Handlungsfreiheit genießt“.

So in ihren Noten vom 13. Mai und 10. Juli 1952. Hierbei ist zwar nicht besonders auf eine Vorläufige Gesamtdeutsche Regierung, sondern an sich auf jede gesamtdeutsche Regierung schlechthin Bezug genommen. Aber der ganze Zusammenhang dieser westlichen Noten läßt klar erkennen, daß dabei auch und sogar wohl in erster Linie an eine zunächst nur vor-

läufige gesamtdeutsche Regierung gedacht ist. Denn auch nach westlicher Auffassung bei diesem Notenwechsel war die endgültige Verabschiedung einer deutschen Verfassung nicht etwa als dem Friedensvertrag vorangehend gedacht. Es konnte also als eine „während des Zeitraums vor Inkrafttreten des Friedensvertrages“ bestehende Regierung auch eine vorläufige in Frage kommen. Bemerkenswert bei diesen Formulierungen ist aber noch folgendes. Sie bedeuten eine deutliche Abkehr von dem früheren, auch westlichen Standpunkt, daß zunächst eine deutsche Regierung — vorläufig oder endgültig — doch jedenfalls noch bis zu einem gewissen Grade durch eine Viermächte-Kommission überwacht werden müsse. Noch in der Verlautbarung der westlichen Außenminister vom 26. Mai 1950 hatte Punkt h) gefordert:

„Einrichtung einer Viermächte-Ueberwachung durch eine Viermächte-Kommission, die die ihr vorbehaltenen Befugnisse in einer Weise ausübt, die ein wirkungsvolles Arbeiten der deutschen Regierung zuläßt“,<sup>25</sup> also nach Art und Umfang eine sehr viel eingeschränkere Freiheit der deutschen Regierung.

Die Sowjetunion vertritt demgegenüber wieder ihren schon von früher her bekannten Standpunkt, daß die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung vor freien gesamtdeutschen Wahlen erörtert werden sollte — was allerdings, wie gelegentlich verkannt wird, nicht gleichbedeutend damit ist, daß eine gesamtdeutsche Regierung nun auch unbedingt vor Wahlen gebildet werden müßte — und daß die Freiheiten der gesamtdeutschen Regierung, „wie sich von selbst verstehe“, nicht unbeschränkt sein könnten, worauf indessen hier nicht weiter einzugehen ist<sup>26</sup>.

*Der Notenwechsel vor der Berliner Konferenz  
Mai 1953 bis Januar 1954*

Der nächste Abschnitt, in dem in der Bundesrepublik und zwischen den Besatzungsmächten von der Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung und von ihren Befugnissen die Rede ist, umfaßt die Erklärungen, Entschlüsse und Noten vom Mai 1953 bis Januar 1954, die schließlich zur Berliner Konferenz führten<sup>27</sup>. Von seiten des Westens wird dabei als erstes immer wieder die Durchführung freier Wahlen:

„Auf Grund dieser Wahlen wird eine gesamtdeutsche Regierung in freier und demokratischer Weise gebildet“,<sup>28</sup>

und die Freiheit dieser Regierung von fremder Kontrolle und allen sonstigen Bindungen gefordert, vor allem für die Aushandlung des Friedensvertrages. (So Memorandum des Bundeskanzlers Dr. Adenauer an Präsident Eisenhower vom 29. Mai 1953, ebenso Entschlußung des Bundestages vom 10. Juni 1953, Erklärung der Bundesregierung vom 17. Juni 1953, Brief des Bundeskanzlers an den Außenminister der Vereinigten Staaten, John Foster Dulles, vom 8. Juli 1953, Note der Westmächte an die Regierung der Sowjet-

union vom 15. Juli 1953.) Auch hierbei ist offensichtlich, obwohl nicht ausdrücklich ausgesprochen, in erster Linie wohl an eine zunächst vorläufig schon gebildete deutsche Gesamtregierung gedacht, sobald nur erst freie Wahlen stattgefunden haben.

Die Sowjetunion andererseits schlägt, zum Teil gegenüber früher abgewandelt, zum Teil aber auch wieder in gleicher Weise, vor, daß (Note vom 15. August 1953 unter Ziffer 2):

„die Parlamente der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik unter breiter Beteiligung der demokratischen Organisationen eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung bilden sollen. Eine solche Regierung kann auf dem Wege der unmittelbaren Vereinbarung zwischen Ost- und Westdeutschland als Ablösung der gegenwärtig bestehenden Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik geschaffen werden. Sollte sich dies zur Zeit als schwierig erweisen, so kann eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung auch bei zeitweiligem Weiterbestehen der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik geschaffen werden. In diesem Fall wird die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung verständlicherweise im ersten Stadium nur begrenzte Funktionen ausüben“<sup>29</sup>.

Als Aufgaben der so gebildeten Provisorischen Regierung wurden in der gleichen Note zunächst die außenpolitische Vertretung Deutschlands sowie die hauptsächlichsten Gebiete der gesamten Innen- und Wirtschaftspolitik angeführt, schlechthin alle Fragen, die die Interessen des gesamten Volkes berühren. Die Hauptaufgabe der Vorläufigen Gesamtdeutschen Regierung sei aber die Vorbereitung und die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen; von ihr, der Vorläufigen Deutschen Regierung, sollten das gesamtdeutsche Wahlgesetz ausgearbeitet und gegebenenfalls auch die Maßnahmen zur Sicherung der freien Wahlen getroffen werden.

Die Westmächte und die Sowjetunion waren sich also im Kernpunkt — erst freie Wahlen und dann gesamtdeutsche Regierung oder umgekehrt freie Wahlen durch vorläufige gesamtdeutsche Regierung — nach wie vor uneinig, verzichteten aber schließlich beiderseits in diesem Punkte auf weiteren Notenaustausch<sup>30</sup> und einigten sich, wie bekannt, trotzdem über den Zusammenschluß einer Viererkonferenz. Im Hinblick auf ihr Zustandekommen bekräftigten dann auch die beiden Teile Deutschlands nochmals ihre bisherigen, entgegengesetzten Standpunkte. Der Bundestag faßte zunächst am 10. Dezember 1953 folgende Entschliebung:

„Von der Bundesregierung erwartet der Deutsche Bundestag, daß sie während der Viermächtekonferenz dafür eintritt, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Bundestagsentschließung vom 10. Juni 1953 in friedlicher Weise herbeigeführt wird.“

Weiterhin nahm zu der bevorstehenden Viermächtekonferenz auch der Bundeskanzler nochmals persönlich auf einer Pressekonferenz am 14. Dezember 1953 Stellung. Er ging dabei auch auf die gesetzgebenden Befugnisse der dereinstigen Nationalversammlung ein, brachte aber jetzt zum Ausdruck, daß sie nur verfassungsgebende Aufgaben habe. Nach dieser Auffassung des Bundeskanzlers stand eine vorläufige deutsche Regierung nicht zur Diskussion. Der Kanzler stellte sich offenbar insoweit nicht mehr auf den Standpunkt der Bundestagsentschließungen vom 9. März 1951, 27. September 1951 und 6. Februar 1952, sondern wieder auf den Standpunkt seiner früheren eigenen Erklärungen vom 22. März 1950 und 1. Oktober 1950. Walter Ulbricht erklärte als amtierender Ministerpräsident der DDR vor der Volkskammer am 16. Dezember 1953 wiederum:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist nach wie vor zu Verhandlungen mit Vertretern Westdeutschlands zur Bildung einer Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung und zur Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen bereit.“

„Auf dem Wege der Bildung einer Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung und der Vorbereitung freier, gesamtdeutscher Wahlen durch die Verständigung der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschlands wird die deutsche Frage auf friedlichem Wege der Lösung entgegengeführt.“

#### *Die Berliner Konferenz Januar—Februar 1954*

Auch auf der Viererkonferenz in Berlin im Januar und Februar 1954 kam eine vorläufige, vor Verabschiedung der endgültigen Verfassung zu bildende deutsche Staatsgewalt nur im Hinblick auf eine vorläufige deutsche Regierung, also nach der exekutiven, nicht aber nach ihrer legislativen Seite zur Sprache, im übrigen nur bei verhältnismäßig wenigen Gelegenheiten und ohne rechten systematischen Zusammenhang. Die Westmächte vertraten zum Teil wiederum einen jede vorläufige deutsche Gesamtregierung vor Verabschiedung der Verfassung ablehnenden Standpunkt, kehrten also zu dem Standpunkt des Jahres 1950 zurück. Sicherlich sind im Zusammenhang hiermit die Erklärungen des Bundeskanzlers vom 14. Dezember 1953 nicht unmaßgeblich gewesen.

Schon in seiner ersten Ansprache am Eröffnungstage der Konferenz erklärte der britische Außenminister zu der hier interessierenden Frage folgendes:

„... Die erste Aufgabe dieser Versammlung wäre, eine Verfassung auszuarbeiten, um die frühzeitige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu ermöglichen. Die Verwaltungen in der Bundesrepublik und Ostdeutschland müßten so lange bestehen bleiben, bis diese gesamtdeutsche Regierung gebildet worden ist. Ich glaube, daß die Sowjetregierung unsere Ansichten in diesem Punkt teilt. Wenn die Verfassung einmal angenommen und genehmigt worden ist, dann würde eine gesamtdeutsche Regierung ihrer Bestimmung gemäß gebildet werden. Unserer Ansicht nach müßte die gesamtdeutsche Regierung frei sein, irgendwelche inter-



nationalen Rechte und Verpflichtungen beider Regime zu übernehmen<sup>31</sup> ...“

Die Annahme, die Sowjetregierung teile diese Ansicht jedenfalls im Punkte des Bestehenbleibens der bisherigen Teilordnungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, bezieht sich offenbar auf die bereits zitierte Note der Sowjetunion vom 15. August 1953, in der in der Tat vom „zeitweiligen Weiterbestehen der Regierungen der DDR und der Deutschen Bundesrepublik“ die Rede ist<sup>32</sup>, übergeht aber die von der Sowjetunion im Zusammenhang damit vorgeschlagene Vorläufige Regierung. Auch in dem am 29. Januar 1954 durch den britischen Außenminister vorgelegten 5-Punkte-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands, dem sogenannten Eden-Plan, ist eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung bis zur Verabschiedung der Verfassung nicht vorgesehen, vielmehr unter III („Ausarbeitung der Verfassung und Errichtung einer vorläufigen gesamtdeutschen Behörde“) bezüglich dieser „Behörde“ (authority) nur folgendes vorgeschlagen:

„In der Zwischenzeit kann sie eine vorläufige Behörde bilden mit der Aufgabe, die Versammlung bei der Ausarbeitung der Verfassung zu unterstützen und den Kern der künftigen gesamtdeutschen Ministerien vorzubereiten. Bei entsprechendem Beschluß der Versammlung kann die Behörde auch Verhandlungen auf einer vorbereitenden Basis mit den vier Mächten über den Friedensvertrag aufnehmen<sup>33</sup>.“

In den Erläuterungen zu seinem Plan führte Eden in diesem Punkte folgendes aus:

„Während die Nationalversammlung die Verfassung entwirft, mag es sich empfehlen, eine provisorische gesamtdeutsche Behörde irgendwelcher Art einzusetzen.

Diese Behörde könnte der Versammlung bei der Ausarbeitung der Verfassung behilflich sein. Sie könnte ferner das Gerüst eines künftigen gesamtdeutschen Verwaltungsapparates vorbereiten, der im gegebenen Zeitpunkt von den in den vier Zonen bestehenden Verwaltungen Obliegenheiten übernimmt.

Die Behörde könnte auch noch eine weitere Aufgabe übernehmen.

Wir alle wünschen einen möglichst baldigen Abschluß des Friedensvertrages.

Die Nationalversammlung könnte, sofern das ihr freier Beschluß ist, die provisorische Behörde auffordern, vorbereitende Verhandlungen mit den vier Mächten über den Friedensvertrag aufzunehmen.

Bestimmungen über all diese Punkte könnten in dem Viermächtegesetz enthalten sein.

Der nächste Schritt wäre die Annahme der Verfassung und, wie ich hoffe, im Anschluß daran die schnelle Bildung einer gesamtdeutschen Regierung<sup>34</sup>.“

Dagegen schlug *Eden* für die Zwischenzeit bis zum Inkrafttreten der Verfassung und bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung den Fortbestand und offenbar weitere exekutivische Befugnisse der für die Kontrolle der Wahlen eingesetzten Aufsichtsein-

richtungen der vier Besatzungsmächte vor<sup>35</sup>. Also würde nichts weniger als eine vorläufige deutsche Staatsgewalt am Beginn der Tätigkeit der Nationalversammlung stehen. Besonders bemerkenswert ist ferner der Vorschlag Edens, daß auch diese Frage noch durch Viermächtegesetz geregelt werden sollte.

Außenminister *Dulles* gab allerdings dem Eden-Plan eine etwas andere Deutung. Er stellte ihn („so wie ich Mr. Edens Plan verstehe“) in seiner Rede vom 30. Januar 1954 folgendermaßen dar:

„Wer errichtet eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung? Die gesamtdeutsche Nationalversammlung. Wer entscheidet, wann die Regierungsvollmachten von den bestehenden Regimen in Ost- und Westdeutschland auf die gesamtdeutsche Regierung übergehen und welche internationalen Rechte und Verpflichtungen sie übernimmt? Wiederum die Nationalversammlung und die gesamtdeutsche Regierung<sup>36</sup>.“

In dieser Darstellung würde die Schaffung einer („bevollmächtigten“) gesamtdeutschen Instanz und demnächstigen Regierung und der Zeitpunkt des Uebergangs der Befugnisse der bisherigen Teilordnungen auf sie wieder allein Sache der Nationalversammlung selber sein, also weder notwendigerweise bis zur endgültigen Verfassung zurückgestellt noch einem Viermächtegesetz überlassen bleiben müssen, wie es Eden vorgeschlagen hatte. Der Unterschied der Vorschläge Edens und Dulles' ist augenscheinlich. Der Bundeskanzler hat jedoch in einem Schreiben an Eden vom 1. Februar 1954<sup>37</sup> den von ihm vorgelegten Grundsätzen vorbehaltlos zugestimmt; es seien die Grundsätze, „von denen sich jede Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung leiten lassen muß“. Auch in dem uns hier interessierenden Punkte einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt scheint also der Bundeskanzler der Auffassung Edens zugestimmt und abermals zu seinem ursprünglichen Standpunkt vom Jahre 1950<sup>38</sup> zurückgekehrt zu sein; der anderweitige Standpunkt der Bundestagsentschlüssen vom 9. März 1951, 27. September 1951 und 6. Februar 1952 ist jedenfalls auch hierbei nicht mehr zur Geltung gebracht worden.

In seinem dem Eden-Plan entgegengesetzten „Molotow-Plan“<sup>39</sup> stellte der sowjetische Außenminister am 4. Februar 1954 die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung wieder an die Spitze seiner gesamten Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands. Er wiederholte darin in Wortlaut und Gliederung fast wörtlich seine schon in den Noten vom 15. August und 28. September 1953 gemachten Vorschläge<sup>40</sup> (sofortige Vorläufige Gesamtdeutsche Regierung unter einstweiligem Weiterbestehen der derzeitigen Teilordnungen; als Hauptaufgabe dieser Vorläufigen Regierung die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung; außerdem auch sonstige äußere und innere Befugnisse dieser Regierung, vor allem bei Vorbereitung des Friedensvertrages), so Ziffern 1) bis 3) des Mo-

lotow-Planes. In Ziffer 4) fügt er neu den Vorschlag hinzu, die beiden deutschen Regierungen sollten veranlaßt werden, auch ehestens in Verhandlungen über eine solche Vorläufige Regierung einzutreten.

Wiederum ergab sich, wie bei dem der Konferenz vorangegangenen Notenwechsel, daß schon über die Reihenfolge der Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands kein Einverständnis zu erzielen war und daß dies zusammen mit den großen politischen Gegensätzen der beiden Konferenzseiten dann dem positiven Ausgang der Konferenz im Wege stand. Auch in der Frage des Ob, Wann und Wie einer vorläufigen Staatsgewalt ist es auf ihr nicht zu einer Einigung, nicht einmal zu einer Annäherung der beiden Standpunkte gekommen.

#### *Weitere Erörterungen und Erklärungen nach der Berliner Konferenz*

Im März 1954 begann der Notenaustausch der Großmächte über die Deutschlandfrage aufs neue. Auch die Frage der Wiedererrichtung einer gesamtdeutschen Regierung kam dabei wieder zur Sprache. Aber bemerkenswerter ist nunmehr fast das, was gegenüber früher nicht mehr zur Erörterung gestellt und fortgelassen wird, als das, was ausgesprochen wird. Die Westmächte z. B. fordern in ihren Noten an die Sowjetunion vom 10. September 1954<sup>41</sup> u. a. nur wieder die Annahme freier Wahlen auf der in Berlin vorgeschlagenen Grundlage „als einer ersten Etappe zur Wiedervereinigung Deutschlands“. Die Frage nach einer endgültigen oder vorläufigen Regierungsgewalt oder nach einem sonstigen Verfassungsinterim ist dabei nicht ausdrücklich wiederaufgeworfen. Aus der Verweisung auf die Berliner Vorschläge (Eden-Plan) und der Unterstreichung, daß die freien Wahlen die „erste Etappe zur Wiedervereinigung“ sein müßten, ist nur mittelbar zu entnehmen, daß die Westmächte nach wie vor die Schaffung einer Vorläufigen Gesamtdeutschen Regierung nach Art des Berliner Molotow-Planes ablehnen wollen. Aber auch von der Gegenseite, der Sowjetunion, wird die Frage einer endgültigen oder vorläufigen Regierungsgewalt jetzt zunächst nur mittelbar angesprochen. Hier ist nun allerdings ein ganz entscheidender Wandel des Standpunktes festzustellen.

Schon in seiner in Ostberlin am 6. Oktober 1954 gehaltenen Rede zur Fünfjahresfeier der Gründung der DDR<sup>42</sup> hatte Molotow — anders als in Berlin — zur Wiedervereinigung Deutschlands nur noch die Durchführung „freier gesamtdeutscher Wahlen für notwendig“ erklärt, sonst aber seine früheren Vorschläge zur vorherigen Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung nicht wiederaufgenommen. Darüber hinaus hatte er sich bereit erklärt, „sowohl die früher von den Teilnehmern der Berliner Konferenz gemachten Vorschläge als auch mögliche neue Vorschläge zur Frage der freien gesamtdeutschen Wahlen zu erörtern“, also auch hierbei

nicht wieder von vorausgehender Regierungsbildung gesprochen, sondern im Gegenteil Bereitwilligkeit zu weiteren Erörterungen nunmehr auch auf der Grundlage des Eden-Plans angedeutet. Noch klarer kam dies in der wenig später folgenden offiziellen Antwort auf die Westnote vom 10. September 1954 durch die Note der Sowjetunion vom 23. Oktober 1954<sup>43</sup> zum Ausdruck. Hierin ist jetzt die Bereitwilligkeit, „die auf der Berliner Konferenz von England eingebrachten und von Frankreich und den U.S.A. unterstützten Vorschläge über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen aufs neue zu prüfen“, ganz unmittelbar und eindeutig ausgesprochen; auch bei dem in dieser Note gemachten Vorschlag einer Novemberkonferenz ist als erster Punkt der Tagesordnung nur noch „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichen und demokratischen Grundlagen und Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen“ ohne Bildung einer vorherigen, vorläufigen Regierung vorgesehen. Der Verzicht auf diesen bisher so entschieden verfochtenen und vom Westen ebenso entschieden bekämpften Punkt ist augenscheinlich und unbezweifelbar.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, und Bundeskanzler Dr. Adenauer gelangten in ihrer gemeinsamen Washingtoner Erklärung vom 28. Oktober 1954<sup>44</sup> freilich zu dem Ergebnis, die Note vom 23. Oktober 1954 scheine keinen neuen Vorschlag der Sowjetunion zu enthalten. „Im wesentlichen scheint es sich um eine Wiederholung der Auffassungen zu handeln, die Herr Molotow auf der Konferenz in Berlin eingenommen hat.“ Auch in ihrer formellen Antwortnote vom 29. November 1954<sup>45</sup> glaubten die Westmächte, bevor sie sich auf eine neue Viermächtekonferenz einlassen wollten, von der Sowjetunion u. a. abermals eine ausdrückliche Klarstellung verlangen zu sollen, wie sie sich „zum Problem der freien Wahlen in Deutschland im Sinne einer ersten notwendigen Etappe auf dem Wege zur Wiedervereinigung dieses Landes“ einstellte. Es ist nicht recht ersichtlich, wie gegenüber dem offenkundigen Stellungswechsel der Sowjetunion in diesem entscheidenden Punkte diese Beurteilung von seiten des Westens und seine fort dauern den Zweifel über diesen Punkt noch fort dauern konnten.

Von seiten des Ostens erfolgten mehrere weitere Erklärungen, die bestätigten, daß an eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung vor Durchführung der freien Wahlen nicht mehr gedacht ist. So besagte die Moskauer Deklaration der Ostblock-Konferenz vom 2. Dezember 1954<sup>46</sup>, die Wiedervereinigung Deutschlands sei möglich bei „Einigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955 und die Bildung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung des einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands“. Der den Westmächten auf ihre Note vom



29. November 1954 von der Sowjetunion übermittelten Antwortnote vom 9. Dezember 1954<sup>47</sup> ist die Moskauer Deklaration ausdrücklich beigelegt und damit zum Inhalt der Note gemacht worden. Auch das Präsidium der Volkskammer der DDR brachte jetzt in einem Schreiben an den Präsidenten des Bundestages vom 18. Dezember 1954<sup>48</sup> in unverkennbarer Abwandlung seiner früheren Vorschläge zum Ausdruck: „Die Verständigung über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland... ist notwendig und möglich“, und erklärte sich darüber zu Verhandlungen „ohne jede Vorbedingungen bereit“; auch hier ist von vorheriger, provisorischer Regierungsbildung, konstituierendem Rat oder „gesamtdeutscher Beratung“ nicht mehr die Rede. Auch in der durch TASS verbreiteten Regierungserklärung der Sowjetunion vom 15. Januar 1955<sup>49</sup> — die als weiteres Zugeständnis an den Westen die hier sonst nicht weiter zu behandelnde internationale Kontrolle der freien gesamtdeutschen Wahlen brachte — wird weiterhin nur von diesen Wahlen als solchen, nicht aber wieder von einer vorherigen und vorläufigen Exekutivgewalt für ganz Deutschland gesprochen.

Seitens der Westmächte ist seither auf diesen Punkt, soweit ersichtlich, nicht mehr ausdrücklich zurückgegriffen worden. Von seiten der Bundesrepublik liegen dazu jedoch inzwischen drei weitere Erklärungen vor. Zunächst ist die Frage einer gesamtdeutschen Regierungsbildung nochmals in zwei Erklärungen des Bundeskanzlers vom 23. Januar 1955 (in einem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer<sup>50</sup>) und vom 19. Februar 1955 (in einem Interview mit Ernst Friedlaender in der Tageszeitung „Die Welt“<sup>51</sup>) behandelt worden. In diesen Erklärungen ist, wörtlich übereinstimmend, abermals gefordert, daß die Wiedervereinigung erfolgen müsse durch

1. Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland,
2. Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland,
3. ff. Abschluß eines Friedensvertrages usw.

Von den Zwischenstufen des Eden-Planes bis zur Verabschiedung einer Verfassung ist in diesen Erklärungen nichts mehr erwähnt; eine alsbaldige vorläufige Regierung unmittelbar nach Durchführung der Wahlen scheint der Bundeskanzler jetzt, also anders als früher, vielleicht doch wieder offenlassen zu wollen. Die dritte, hier einschlägige Erklärung liegt in der einstimmigen Bundestagsentschließung vom 26. Februar 1955 (gelegentlich der Annahme der Pariser Verträge)<sup>52</sup> vor. Hierin ist unter 1c wieder die Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands „auf der Grundlage freier, international kontrollierter Wahlen und einer friedensvertraglichen Regelung mit einer aus solchen Wahlen hervorge-

gangenen, frei gewählten Regierung“, unter 4 aber wieder die Forderung nach Viermächteverhandlungen mit folgenden Zielen ausgesprochen:

- (a) Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments usw.,
- (b) Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch das gesamtdeutsche Parlament,
- (c) Durchführung der Wiedervereinigung auf der Grundlage einer solchen Verfassung,
- (d) alles dies unter internationalem Schutz.

Dies könnte auf den ersten Blick allerdings wieder mehr auf den Eden-Plan hindeuten, der ja vor Schaffung der neuen, gesamtdeutschen Verfassung noch keine gesamtdeutsche Regierung wieder entstehen lassen wollte. Aber richtig verstanden, hat Punkt (b) dieser Entschließung wohl gerade anderweit auch wieder die sofortige „Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch das gesamtdeutsche Parlament“ schon alsbald neben und nicht erst nach der Verfassungsschöpfung im Auge. Denn sonst wäre nicht ersichtlich, warum überhaupt nach der „Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung“ die Regierungsbildung noch ausdrücklich und besonders erwähnt worden ist. Als Teil und Folge der neuen Verfassungsschöpfung würde sie sich von selbst verstanden haben. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Bundestag mit dieser seiner Entschließung etwa von seinen früheren, in diesem Punkte ja ganz eindeutigen Entschließungen von 1951 und 1952 habe abweichen wollen. Hiermit ist die Auseinandersetzung zwischen Ost und West in der hier behandelten Teilfrage einstweilen zum Stillstand gekommen; sie wird zweifellos erst wieder im Zusammenhang mit der Gesamtfrage der deutschen Wiedervereinigung aufgegriffen werden.

#### *Zusammenfassung*

Ein zusammenfassender Ueberblick über die Entwicklung der hier behandelten Teilfrage ergibt folgende Feststellungen:

1. In der Frage einer etwa schon vor der Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen zu bildenden vorläufigen gesamtdeutschen Regierungsgewalt hat die Sowjetunion unter Aufgabe ihres früheren Standpunktes dem Westen nachgegeben. Sie hat anerkannt, daß freie, gesamtdeutsche Wahlen am Anfang der Wiedervereinigung stehen müssen und erst aus diesen Wahlen selbst bzw. aus der durch sie gewählten Nationalversammlung wieder eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen kann. Das Bedenken, durch vorherige Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung habe der Regierung der DDR im letzten Augenblick noch eine nach Auffassung des Westens unverdiente, demokratische Legitimation und die Möglichkeit zur Beeinflussung der Wahlen verschafft werden sollen, kann insoweit nicht mehr aufrechterhalten werden.

2. In der Frage einer nach der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zu bildenden, vor-

läufigen gesamtdeutschen Staatsgewalt ist auf seiten des Westens bisher keine klare und einheitliche Einstellung erkennbar. Während die Äußerungen des Jahres 1950 die Nationalversammlung auf die Verfassungsgebung beschränken wollen, gehen die Äußerungen und Entschlüsse des Jahres 1951 bis zum 6. Februar 1952 eindeutig weiter und wollen der Nationalversammlung auch den Auftrag zur alsbaldigen Bildung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt in Gesetzgebung und Exekutive erteilen. Seit Ende 1953 und auf der Berliner Konferenz Anfang 1954 ist dagegen der Gedanke einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt zunächst nicht mehr vertreten worden, insbesondere nicht in dem vom Bundeskanzler ausdrücklich gebilligten Eden-Plan, der geradezu eine Absage an eine vorläufige deutsche Staatsgewalt enthält. Die Erklärungen des Außenministers Dulles vom 30. Januar 1954 würden dagegen der alsbaldigen Bildung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt nicht entgegenstehen, so neuerlich vielleicht auch wieder die Erklärungen des Bundeskanzlers vom Januar und Februar dieses Jahres und jedenfalls auch die Bundestagsentschlüsse vom 26. Februar dieses Jahres. Die maßgebenden Bundestagsentschlüsse vom 9. März 1951, 27. September 1951 und 6. Februar 1952 sprechen nach wie vor für die sofortige Bildung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt nach Durchführung der Wahlen. Sie sind bisher nicht aufgehoben, abgeändert oder eingeschränkt worden. Auch die Entschlüsse des Bundestages vom 26. Februar 1955 ist nicht als Änderung dieser früheren Entschlüsse aufzufassen. Zur Auffassung der Sowjetunion sind in diesem Punkte Gegensätze bisher nicht in Erscheinung getreten.

Zu den Widersprüchen und Unklarheiten in dieser Frage fehlt die Erklärung. Bei den Westmächten, insbesondere bei dem von ihnen bisher vertretenen Eden-Plan, drängt sich die Vermutung auf, daß ihnen die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Frage nicht aufgegangen und vielleicht auch nicht ausreichend verständlich gemacht worden ist; keine der

drei Westmächte hat nach Revolution oder vorübergehender Teilung je vor einer ähnlichen Frage gestanden.

3. Bei der bisherigen Erörterung unserer Frage hat zu Unrecht immer wieder nur die Frage einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung im Vordergrund gestanden, besonders seit dem Notenwechsel der vier Besatzungsmächte im Jahre 1952 und insbesondere auch wieder bei der Berliner Konferenz von 1954 und bei den seitherigen Erklärungen in dieser Frage. Die einseitige Erörterung der Frage unter dem Gesichtspunkt der vorläufigen Regierungsbildung ist unzulänglich; auch die alsbaldigen gesetzgeberischen Befugnisse der gewählten Nationalversammlung bedürften der Erörterung und Klärung.

4. Es muß daran festgehalten werden, daß der Nationalversammlung sofort schon die volle Gesetzgebungsgewalt für das wiedervereinigte Deutschland sowie die Befugnis zur Bildung einer vorläufigen Regierung zusteht. Das in freien Wahlen wiedervereinigte deutsche Volk würde es als unverständlich und unerträglich empfinden, wenn aus solchen Wahlen zunächst wieder nur eine akademische Vorbereitung seiner Einheit hervorgehen und die bisherigen Teilordnungen Deutschlands einstweilen weiter nebeneinander her bestehen würden, als ob nichts geschehen wäre. Auch nüchterne politische und wirtschaftliche Erwägungen sprechen für die alsbaldige Aufrichtung einer vorläufigen gesamtdeutschen Staatsgewalt. Es könnten sonst gegenüber den sich beim Fortschreiten des Verfassungswerkes abzeichnenden Veränderungen schnell noch durch Teilgesetze vollzogene Tatsachen geschaffen werden, die vielleicht nur schwer wieder rückgängig gemacht werden könnten, jedenfalls aber die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren würden. Auch das offenkundige soziale, finanzielle und Versorgungsgefälle zwischen den bisherigen Teilen Deutschlands erfordert zur Durchführung der Wiedervereinigung sofort eine Zentralgewalt, um zwischenzeitliche Entwicklungen abzufangen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup>) Vgl. „Um den Frieden mit Deutschland“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6; Oberursel: Verlag Europa-Archiv 1948, S. 82; künftig zit. Dokumente Band 6.; über die Staatssekretariate vgl. den Beitrag „Um die Gestalt der geplanten zentralen Verwaltungsstellen in Deutschland“ in Europa-Archiv 6/1946 (Dezember), S. 273—291. Churchill und Stalin hatten in Potsdam sogar sofort wieder eine einheitliche deutsche Regierung im ganzen befürwortet; sie scheiterte aber an der Ablehnung Trumans. Vgl. z. B. W. D. Leahy: „I was there“, London 1950, S. 455 und 467.

<sup>2</sup>) Keiner der auf den verschiedenen Tagungen des Außenministerrats der vier Großmächte unternommenen Versuche, die im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Staatssekretariate doch noch durchzusetzen oder gar sie weiter auszugestalten, war von Erfolg begleitet (weder auf der zweiten Außenministertagung in Paris vom 15. Juni bis 12. Juli 1946 noch auf der vierten Tagung in Moskau vom 10. März bis 24. April 1947 noch auf der fünften Tagung in London vom 25. November

bis 15. Dezember 1947 noch auf der sechsten Tagung in Paris vom 23. Mai bis 20. Juni 1949) und konnte die inzwischen angelaufene Bildung der beiden Teilordnungen Deutschlands verhindern oder auch nur verzögern. Endgültig scheiterten die vorgesehenen Staatssekretariate schon auf der Londoner Außenministerkonferenz am 9. Dezember 1947 am französischen Veto. Vgl. hierzu Dokumente Band 6, S. 13, sowie den Beitrag von Klaus Altmeyer: „Die Dokumente vom 5. Juni 1945 und die politische Einheit Deutschlands“ in Europa-Archiv 5/1955, S. 7365 ff. Vgl. hierzu auch L. D. Clay: „Entscheidung in Deutschland“, Frankfurt a. M. 1950, S. 55 ff.

<sup>3</sup>) Vgl. den Wortlaut in „Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten“, 4. erweiterte Auflage. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn, Oktober 1953, S. 10; künftig zit. „Bemühungen“.

<sup>4</sup>) Vgl. den Wortlaut des „Statement on German Unity by the Three Foreign Ministers“ in: Report on Germany, 3rd



Quarterly (April 1—June 30, 1950), Office of the U. S. High Commissioner for Germany, S. 83; künftig zit. „Report“.

<sup>5)</sup> Vgl. den Wortlaut der Note vom 26. Mai 1950 in Report, a. a. O., S. 81.

<sup>6)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 18. Anlaß der Note war die Entschließung des Bundestages vom 14. September 1950 im Hinblick auf die bevorstehenden „Wahlen“ in der DDR am 15. Oktober 1950.

<sup>7)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 19.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 27. Anlaß der Erklärung war die bevorstehende Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister im Palais Rose in Paris.

<sup>10)</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, 125. Sitzung, Bonn, 9. März 1951.

<sup>11)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 33.

<sup>12)</sup> Die Note ist allerdings insofern ungenau, als darin das angeführte Verlangen auch mit als schon in den Erklärungen der Bundesregierung vom 22. März und 14. September 1950 enthalten erscheint. Insbesondere ist es unrichtig, wenn unmittelbar nach dem angeführten Satz fortgefahren wird: „Zur Genugtuung des deutschen Volkes hat sich die Alliierte Hohe Kommission diese Forderung zu eigen gemacht und sie... weitergeleitet.“

<sup>13)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 42/43.

<sup>14)</sup> Vgl. die Rede *Grotewohls* vor der Volkskammer und die Entschließung der Volkskammer vom 15. September 1951 sowie die Erklärung *Grotewohls* vom 10. Oktober 1951 in „Bemühungen“, a. a. O., S. 35, 37 und 49.

<sup>15)</sup> Vgl. den Wahlgesetzentwurf der Volkskammer vom 9. Januar 1952 in Europa-Archiv 6/1952, S. 4787 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 39 (ADN-Interview vom 20. September 1951).

<sup>17)</sup> Vgl. Europa-Archiv 6/1952, S. 4791 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. den Entwurf der Bundesregierung zum Vorschlag eines Gesetzes über die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung vom 6. November 1951, Artikel 4, Absatz 2 in Europa-Archiv 6/1952, S. 4786.

<sup>19)</sup> Vgl. Artikel 5 des Entwurfs, Europa-Archiv 6/1952, S. 4787.

<sup>20)</sup> Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung in Europa-Archiv 6/1952, S. 4791.

<sup>21)</sup> Vgl. den Wortlaut der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 mit Entwurf über die Grundlagen eines Friedensvertrages in Europa-Archiv 7/1952, S. 4832 ff.; Antwortnote der Westmächte vom 25. März 1952 in Europa-Archiv 7/1952, S. 4833; Note der Sowjetregierung vom 9. April 1952 in Europa-Archiv 8—9/1952, S. 4866; Antwortnote der Westmächte vom 13. Mai 1952 in Europa-Archiv 11/1952, S. 4963; Dritte Deutschlandnote der Sowjetregierung vom 24. Mai 1952 in Europa-Archiv 12/1952, S. 4985; Antwortnote der Westmächte vom 10. Juli 1952 in Europa-Archiv 15/1952, S. 5093; Vierte Deutschlandnote der Sowjetunion vom 23. August 1952 in Europa-Archiv 18/1952, S. 5180; Vierte Deutschlandnote der Westmächte vom 23. September 1952 in Europa-Archiv 19/1952, S. 5207.

<sup>22)</sup> So zum Beispiel die sowjetische Note vom 10. März 1952, Europa-Archiv 7/1952, S. 4832.

<sup>23)</sup> So zum Beispiel die Note der Westmächte vom 25. März 1952, Europa-Archiv 7/1952, S. 4833/34.

<sup>24)</sup> Vgl. Europa-Archiv 11/1952, S. 4964.

<sup>25)</sup> Vgl. Report, a. a. O., S. 83.

<sup>26)</sup> Vgl. hierzu die Note der Sowjetunion vom 24. Mai 1952, Europa-Archiv 12/1952, S. 4985—87, und die Note der Sowjetunion vom 23. August 1952, Europa-Archiv 18/1952, S. 5180 bis 5182.

<sup>27)</sup> Vgl. den Wortlaut dieser Noten in den einschlägigen Folgen des Europa-Archivs, Jahrgang 1953, S. 5913, 5951, 5975, 6042, 6065, 6175, 6179, 6228 und 6230.

<sup>28)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 119—121, 126 und 129.

<sup>29)</sup> Vgl. Europa-Archiv 17/1953, S. 5951—5954; fast gleich in der Note der Sowjetunion vom 29. September 1953, Europa-Archiv 20/1953, S. 6042—6044.

<sup>30)</sup> Die Sowjetunion schnitt diese Frage nochmals kurz in ihrer Note vom 3. November 1953 an; vgl. Europa-Archiv 23/1953, S. 6175—6179.

<sup>31)</sup> Vgl. „Die Viererkonferenz in Berlin 1954“. Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 1954, S. 11; künftig zit. „Viererkonferenz“.

<sup>32)</sup> Vgl. Europa-Archiv 17/1953, S. 5953 (Ziffer 2).

<sup>33)</sup> Vgl. den Wortlaut des Eden-Planes in Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6526.

<sup>34)</sup> Vgl. „Viererkonferenz“, a. a. O., S. 56.

<sup>35)</sup> Vgl. Ziffer II des Eden-Planes in Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6525/26.

<sup>36)</sup> Vgl. „Viererkonferenz“, a. a. O., S. 66.

<sup>37)</sup> Ebenda, S. 116.

<sup>38)</sup> Vgl. „Bemühungen“, a. a. O., S. 10; Erklärung der Bundesregierung vom 22. März 1950.

<sup>39)</sup> Vgl. Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6528.

<sup>40)</sup> Vgl. Europa-Archiv 17/1953, S. 5951, und 20/1953, S. 6042.

<sup>41)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 19/1954, S. 6947/48.

<sup>42)</sup> Vgl. den Wortlaut in *Tägliche Rundschau* vom 7. Oktober 1954.

<sup>43)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1955, S. 7206.

<sup>44)</sup> Vgl. den Wortlaut in *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 206 vom 30. Oktober 1954, S. 1833.

<sup>45)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1955, S. 7211.

<sup>46)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1955, S. 7212.

<sup>47)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1955, S. 7219.

<sup>48)</sup> Vgl. den Wortlaut in *Neues Deutschland* vom 18. Dezember 1954.

<sup>49)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 4/1955, S. 7345.

<sup>50)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1955, S. 7219. Die Bezugnahme des Bundeskanzlers in seinem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD, *Erich Ollenhauer*, vom 29. Januar 1955 auf die „von Sowjetrußland nicht beantwortete Note vom 29. November 1954“ muß ein Irrtum sein. Vgl. hierzu den Wortlaut des Schreibens des Bundeskanzlers in *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 21 vom 1. Februar 1955, S. 170. Vgl. hierzu auch den Wortlaut des Schreibens von *Erich Ollenhauer* an den Bundeskanzler in *Vorwärts* vom 28. Januar 1955.

<sup>51)</sup> Vgl. den Wortlaut des Interviews in *Die Welt* (Ausgabe E), Nr. 41 vom 18. Februar 1955.

<sup>52)</sup> Vgl. 2. Deutscher Bundestag, 71. Sitzung, Bonn, 26. Februar 1955, S. 3857.

## Dokumentarischer Anhang

### Erster Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige deutsche Staatsgewalt

#### Artikel 1

Die Nationalversammlung beschließt die Verfassung. Sie übt einstweilen die gesamte oberste Staatsgewalt in Deutschland aus, um es alsbald in Recht und Freiheit und in seinen Ländern gegliedert wiederzuvereinigen.

#### Artikel 2

In Ausübung der einstweiligen obersten Staatsgewalt beschließt die Nationalversammlung die bis zum Inkrafttreten der Verfassung erforderlichen Gesetze und bildet eine Vorläufige Deutsche Regierung.

Erforderlich im Sinne dieser Bestimmung sind solche Gesetze, die keinen Aufschub dulden und für einen Teil Deutschlands im Hinblick auf seine Wiedervereinigung nicht mehr zweckmäßig oder wirksam ergehen könnten. Die Nationalversammlung ist insbesondere ermächtigt, durch Gesetz den Friedensvertrag zu beschließen.

#### Artikel 3

Gesetze werden durch die Regierung oder aus der Nationalversammlung selbst eingebracht und kommen nach Annahme durch die Nationalversammlung mit der Zustimmung des Länderausschusses zustande.

Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn der Länderausschuß innerhalb eines Monats nach Eingang eines von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes der Nationalversammlung nichts Gegenteiliges beschließt.

#### Artikel 4

Verweigert der Länderausschuß einem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze seine Zustimmung, so kann die Regierung oder die Nationalversammlung einen Volksentscheid beschließen; der Länderausschuß kann innerhalb zweier Wochen nach Eingang dieses Beschlusses die zunächst verweigerte Zustimmung noch nachträglich geben.

#### Artikel 5

Ein Gesetz, für das die Zuständigkeit des deutschen Gesamtstaates nicht schon nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der bisherigen Teile Deutschlands gegeben war, bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der Nationalversammlung.

#### Artikel 6

Der Präsident der Nationalversammlung fertigt die Gesetze aus und verkündet sie.

#### Artikel 7

Der Länderausschuß besteht aus je einem Vertreter eines jeden deutschen Landes oder Bezirkes sowie Berlins.

Jeder Vertreter hat so viel Stimmen, als er Millionen Einwohner vertritt, mindestens aber eine Stimme. Mehr als 500 000 Einwohner einer angefangenen Million werden als volle Million gerechnet.

#### Artikel 8

Der Länderausschuß wählt sich einen Präsidenten sowie zwei Vizepräsidenten und gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 9

Die Vorläufige Deutsche Regierung besteht aus einem Regierungsverweser als Vorsitzendem sowie acht Regierungskommissaren für Auswärtiges, für Inneres, für Finanzen, für Justiz, für Wirtschaft, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Sozialwesen und für Verkehrswesen; sie hat ihren Sitz in Berlin.

#### Artikel 10

Die Regierung wird von allen Fraktionen der Nationalversammlung, die mehr als 40 Mitglieder haben und sich an der Regierung beteiligen wollen, nach Maßgabe ihrer Stärke gebildet.

Der Präsident der Nationalversammlung ernennt auf Vorschlag der stärksten Fraktion den Regierungsverweser und auf dessen Vorschlag die anderen Regierungsmitglieder; er vereidigt die Mitglieder der Regierung auf die Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Gesetz zum Wohle des deutschen Volkes und seiner Wiedervereinigung.

#### Artikel 11

Der Regierungsverweser bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jedes Regierungsmitglied seinen Geschäftsbereich selbständig unter eigener Verantwortung. Die Regierung gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 12

Die Regierung führt einstweilen die Geschäfte für das wiedervereinigte Deutschland. Die Regierung ist insbesondere ermächtigt, einen Friedensvertrag für Deutschland abzuschließen, der endgültig durch ein Gesetz der Nationalversammlung zu beschließen ist. Im übrigen obliegt die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands dem Regierungsverweser.

#### Artikel 13

Die Regierung bedarf des Vertrauens der Nationalversammlung; sie muß in ihrer Gesamtheit zurücktreten, wenn dem Regierungsverweser das Mißtrauen der Nationalversammlung ausgesprochen und zugleich von der Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung ein neuer Regierungsverweser gewählt wird. Der Präsident der Nationalversammlung hat den so gewählten neuen Regierungsverweser und auf dessen Vorschlag die anderen Regierungsmitglieder dann auch ohne Beachtung der sonstigen Vorschriften des Artikels 10 zu ernennen und zu vereidigen.

Der Mißtrauensbeschluß der Nationalversammlung und die Wahl eines neuen Regierungsverwesers bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der Nationalversammlung, wenn sie vor Ablauf eines Jahres nach der ersten Regierungsbildung angenommen werden sollen.



Artikel 14

Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Gesetze der bisherigen Teile Deutschlands bleiben für ihre bisherigen Geltungsbereiche bis zum Inkrafttreten der von der Nationalversammlung zu beschließenden deutschen Verfassung in Kraft, soweit sie diesem Gesetze oder einem anderen Gesetze der Nationalversammlung nicht entgegenstehen und mit folgenden Einschränkungen:

- (a) Die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands werden allein vom Regierungsverweser und der Vorläufigen Deutschen Regierung geführt; die Regierungen der bisherigen Teile Deutschlands haben keinerlei Zuständigkeit mehr in auswärtigen Angelegenheiten.
- (b) Die Regierung kann mit Zustimmung der Nationalversammlung und des Länderausschusses auch sonstige einzelne oder bestimmte Arten von Angelegenheiten in ihre Zuständigkeit übernehmen; die Regierungen der bisherigen Teile Deutschlands haben dann auch in diesen Angelegenheiten keinerlei Zuständigkeiten mehr.
- (c) Die Regierung kann gegen Gesetze der bisherigen Teile Deutschlands, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ergehen, Widerspruch erheben, wenn sie solche Gesetze als der deutschen Wiedervereinigung abträglich ansieht. Der Widerspruch ist binnen zweier Wochen nach Verabschiedung eines solchen Gesetzes bei der verabschiedenden gesetzgebenden Körperschaft einzulegen und hemmt das Zustandekommen des Gesetzes; die Nationalversammlung kann mit Zustimmung des Länderausschusses innerhalb weiterer acht Wochen die Zurückziehung des Widerspruches beschließen.
- (d) Die Regierung kann einzelne oder bestimmte Gruppen von Bediensteten der bisherigen Teile Deutschlands in eigene Pflicht und Dienste nehmen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Regierung erforderlich ist; sie kann dazu auch Diensträume und Gebäude sowie ihre Einrichtungen und Ausstattungen übernehmen.
- (e) Die Regierung kann mit Zustimmung der Nationalversammlung und des Länderausschusses aus den öffentlichen Haushalten der bisherigen Teile Deutschlands laufend die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel übernehmen.

Artikel 15

Die Regierung ist von den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften der bisherigen Teile Deutschlands über sämtliche Regierungsgeschäfte und Gesetzgebungsarbeiten ständig und rechtzeitig auf dem laufenden zu halten und dazu anzuhören; sie kann hierfür bei jeder in Frage kommenden Stelle der bisherigen Teile Deutschlands einen ständigen Beauftragten bestellen.

Artikel 16

Der Bestand und die Zuständigkeit der Länder und

Bezirke der bisherigen Teile Deutschlands bleiben von diesem Gesetz unberührt, wenn und solange sie nicht durch ein Gesetz nach Artikel 5 dieses Gesetzes geändert werden.

Artikel 17

Dieses Gesetz gilt zunächst für die durch die Besatzungszonen und durch die Berliner Stadtsektoren getrennten Teile Deutschlands. Bis zum Inkrafttreten der von der Nationalversammlung zu beschließenden, endgültigen Verfassung für die wiedervereinigten Teile Deutschlands gilt bereits dieses Gesetz als seine Verfassung, auch im Sinne der verfassungsrechtlichen Bestimmungen der bisherigen Teile Deutschlands.

Artikel 18

Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch die Nationalversammlung mit seiner Verkündung durch den Präsidenten der Nationalversammlung in Kraft, der zugleich die Art der Verkündung bestimmt.

Wahlweiser Vorschlag zu Artikel 10 und 13

Artikel 10

Die Nationalversammlung wählt zunächst ohne Aussprache den Regierungsverweser. Jede Fraktion der Nationalversammlung, die mehr als 40 Mitglieder hat, kann einen Bewerber für das Amt des Regierungsverwesers vorschlagen; gewählt ist derjenige Bewerber, für den die Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung stimmt. Kommt im ersten Wahlgang diese Mehrheit nicht zustande, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält.

Der Regierungsverweser schlägt dem Präsidenten der Nationalversammlung die anderen Mitglieder der Regierung vor.

Der Präsident der Nationalversammlung ernennt nach vollzogener Wahl den Regierungsverweser und die von diesem vorgeschlagenen anderen Regierungsmitglieder und vereidigt die Mitglieder der Regierung auf die Erfüllung ihrer Pflichten nach diesem Gesetz zum Wohle des deutschen Volkes und seiner Wiedervereinigung.

Artikel 13

Die Regierung bedarf des Vertrauens der Nationalversammlung; sie muß in ihrer Gesamtheit zurücktreten, wenn dem Regierungsverweser das Mißtrauen der Nationalversammlung ausgesprochen und zugleich von der Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung ein neuer Regierungsverweser gewählt wird. Im übrigen wird wie nach Artikel 10 Abs. 2 und 3 verfahren.

Auch jedes einzelne Mitglied der Regierung muß zurücktreten, wenn ihm das Mißtrauen der Nationalversammlung ausgesprochen wird.

# Die Bemühungen des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) um die Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivität

## Die Europäische Produktivitätszentrale (EPZ) in Paris

Von Dr. Horst Männel

Seit den Tagen ihrer Gründung (16. April 1948) war es das Ziel der OEEC, neben der Schaffung freier Märkte und stabiler Währungen insbesondere die jährlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der Mitgliedstaaten durch Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivität zu erhöhen, um damit von der technischen und wissenschaftlichen Seite her alle Möglichkeiten einer Verbesserung des Lebensstandards der europäischen Bevölkerung auszuschöpfen. Die Notwendigkeit hierzu ergab sich aus der Tatsache, daß in den meisten Ländern Europas der Stand der Produktivität der industriellen Fertigung und der landwirtschaftlichen Erzeugung infolge der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges im Vergleich zum Vorkriegsniveau und besonders auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Teil in sehr erheblichem Maße zurückgefallen war.

Als „erste Hilfe“ zur Erreichung dieses Zieles bildete der Europäische Wirtschaftsrat unter Mitarbeit amerikanischer Experten zunächst eine Reihe sogenannter *Technical Assistance Missions*, die den durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochenen internationalen Erfahrungsaustausch auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet innerhalb Europas und vor allem mit den Vereinigten Staaten wiederherstellen sollten. Im Laufe des Jahres 1951 folgte dann die Gründung des *Ausschusses für Produktivität und angewandte Forschung*<sup>1</sup>, über dessen Aufgaben und organisatorische Gliederung im zweiten Teil dieses Beitrages eingehend berichtet wird.

### Ziele und Aufgaben der EPZ

Da eine Steigerung der Produktivität der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe in den europäischen Ländern nicht nur das Sozialprodukt der einzelnen Mitgliedstaaten erhöht und damit den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen verbessert, sondern gleichzeitig die Bestrebungen der Liberalisierung des innereuropäischen Handels wesentlich begünstigt, beschloß der Ministerrat der OEEC am 24. März 1953<sup>2</sup> zum Zwecke einer weiteren Intensivierung seiner Produktivitätsbestrebungen die Gründung einer *Europäischen Produktivitätszentrale* (European Productivity Agency)<sup>3</sup>. Die Hauptaufgaben dieser Institution, die

am 1. Mai 1953 ihre Arbeit aufnahm, wurden wie folgt festgelegt:

1. Erforschung, Entwicklung und Förderung der geeignetsten Methoden zur Steigerung der Produktivität in den einzelnen Unternehmen sowie den verschiedenen Sektoren wirtschaftlicher Aktivität in den Mitgliedstaaten.

2. Unterstützung der Produktivitätshebungen in den europäischen Ländern sowie deren Koordinierung in einem gesamteuropäischen Programm mit dem Ziel, die Vorteile erhöhter Produktivität sowohl den Arbeitgebern und Arbeitnehmern als auch den Verbrauchern zugute kommen zu lassen.

3. Zur Erfüllung dieser Zielsetzungen soll die EPZ grundsätzlich den Wettbewerb fördern und sich gegen die Anwendung unrationeller Arbeitsmethoden wenden und jährlich ein Aktionsprogramm aufstellen<sup>4</sup>.

### Organe der EPZ

Die Organe der Geschäftsführung der EPZ, die in die Organisation der OEEC eingebaut ist, sind:

1. Der *Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung*, der sich aus Delegierten der einzelnen Mitgliedstaaten zusammensetzt und die allgemeine Politik der EPZ festlegt. Seine Aufgabe ist es ferner, dem Ministerrat der OEEC Empfehlungen über neu durchzuführende Projekte vorzulegen. Außerdem billigt er alle größeren Projekte der EPZ, die dem Ministerrat nach einer Prüfung zugeleitet werden, sowie deren jährliche Aktionsprogramme und die Budgets. Weiterhin berichtet er jährlich über die Arbeit der EPZ.

2. Das *Generalsekretariat* der EPZ, dessen Leitung in den Händen eines Direktors<sup>5</sup> liegt, der von einem technischen Experten (Technical Adviser) beraten wird. Aufgabe des Direktors, der von einem stellvertretenden Direktor unterstützt wird, ist die Durchführung des jährlichen Aktionsprogramms der EPZ.

3. Der *Beirat* (Advisory Board), der sich aus prominenten Vertretern aus Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerkschaften zusammensetzt. Ihm obliegt es, sowohl den Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung als auch das Generalsekretariat in Fragen der langfristigen Planung sowie der „Public Relations“ zu beraten.



4. Die *Informations-Abteilung* (Information Unit), die in Zusammenarbeit mit der Informationsabteilung des Europäischen Wirtschaftsrates der Öffentlichkeit ein Bild von der Arbeit der EPZ zu vermitteln hat.

5. Die *Oberste Verwaltungsabteilung* (Head of Common Services), die für die allgemeine Verwaltung der EPZ und die Regelung aller verwaltungsmäßigen Fragen, die mit der Durchführung der einzelnen Projekte zusammenhängen, verantwortlich ist.

#### *Administrative Gliederung der EPZ*

Administrativ ist die EPZ in folgende fünf Abteilungen gegliedert:

1. *Soziologie*: In dieser Abteilung werden alle Fragen bearbeitet, die mit den Problemen der Verbesserung der menschlichen Beziehungen (Human Relations) in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben und der Weckung des Interesses der Arbeiter an der Steigerung ihrer Produktivität zusammenhängen.

2. *Wirtschaft und Recht*: Die Wirtschafts- und Rechtsabteilung führt Untersuchungen statistischer Art durch; ferner Studien über Produktivitätsmessungen, Bank- und Kreditfragen, Steuergesetzgebung, Marktforschung, Lohnsysteme, Verteilungsprobleme des Sozialprodukts, Beweglichkeit des Faktors Arbeit sowie über alle anderen Produktivitätsfaktoren, die mit der ökonomischen Struktur der Mitgliedstaaten zusammenhängen.

3. *Technische Forschung* (Technology): In dieser Abteilung beschäftigt man sich mit dem Problem der Förderung der europäischen Industrie durch wissenschaftliche Forschung sowie mit der Schaffung eines Klimas, das die Anwendung der Forschungsergebnisse durch die Industrie garantieren soll, um dadurch Zeitverluste zu vermeiden, die die Verwirklichung des technischen Fortschritts verlangsamen.

4. *Betriebsführung* (Management): Das Arbeitsgebiet dieser Abteilung umfaßt neben Fragen des „commercial“ und „industrial management“ Arbeitsanalysen und Qualitätskontrollen; ferner werden hier Untersuchungen über Probleme der Betriebsablaufplanung und des Materialtransportes durchgeführt sowie Fragen der Berufsausbildung und -fortbildung bearbeitet, wobei man von der These ausgeht, daß die Schüler von heute die zukünftigen Leiter von morgen in Industrie, Handel und Landwirtschaft sein werden.

5. *Landwirtschaft*: Die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsabteilung hat die Aufgabe, die Einführung rationellerer Organisations- und Führungsmethoden in den landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern. Ferner soll sie einen Informationsdienst und „training services“ durchführen, die Anwendung der modernen landwirtschaftlichen Methoden der Betriebsführung propagieren und helfen, den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten zu erhöhen.

#### *Projekte der EPZ*

Die verschiedenen Projekttypen, die die EPZ mit

Hilfe der eben erwähnten Abteilungen durchführt, lassen sich wie folgt klassifizieren:

1. *Forschungsprojekte*, insbesondere Vergleiche innerhalb der Mitgliedstaaten;

2. *Informationsprojekte*, das heißt Veröffentlichung von Tätigkeitsberichten;

3. *Fortbildungsprojekte*, das heißt die Abhaltung von Kursen, Seminaren und Konferenzen für qualifizierte Kräfte aus allen Berufssparten der Mitgliedsländer, die ihrerseits ihre Landsleute über die Anwendung rationellerer und modernerer Fortbildungsmethoden unterrichten sollen;

4. *Ausbildungsprojekte*. Ziel dieser Kategorie von Projekten ist es, eine größere Beteiligung der Universitäten und anderer Körperschaften der Berufsausbildung an den Produktivitätsbestrebungen zu erreichen sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Schulen und privater Industrie herbeizuführen.

5. „*Assistance*“-Projekte für die nationalen Produktivitätszentralen, die für die Durchführung der Produktivitätsprogramme in ihren Ländern verantwortlich sind.

In der Einführung zu diesen Programmen gibt der Europäische Wirtschaftsrat unter anderem eine *Definition für den Begriff der Produktivität*<sup>6</sup>: „Produktivität bedeutet die Erzielung bester Ergebnisse aus den verschiedenen Faktoren der Produktion: Kapital, Rohstoffe, Produktionsstätten und -einrichtungen, Land, Arbeitskraft usw.“ Als Ziel der Produktivitätskampagne für das Jahr 1953/54 wird die Erhöhung der Produktion durch bessere Organisation der Arbeit, durch die Verbesserung der physischen Bedingungen, durch den Gebrauch besserer Ausrüstung, durch wirkungsvollere Betriebspraktiken sowie durch Vermeidung der Vergeudung von Zeit, Geld, Material, Raum und menschlicher Arbeitskraft festgelegt. In den Ausführungen des Programms über die Arbeitsweise der EPZ wird besonders hervorgehoben, daß die nationalen Produktivitätszentralen<sup>7</sup> der Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen auf den Gebieten des Handels, der Industrie sowie der Landwirtschaft zu unterstützen sind.

#### *Finanzierung der EPZ*

Die Finanzierung für die Durchführung der Aufgabe der EPZ erfolgte im ersten Jahr ihrer Tätigkeit zum Teil aus amerikanischen Mitteln (2,5 Millionen Dollar) und einem Zuschuß der OEEC (430 000 Dollar), zum Teil aus Beiträgen der Mitgliedstaaten der OEEC. Das Budget des zweiten Rechnungsjahres stellte der EPZ Mittel in Höhe von insgesamt rund 10 Millionen DM zur Verfügung, die als Beiträge von den einzelnen Mitgliedstaaten erhoben wurden, wovon die Bundesrepublik 1,7 Millionen aufzubringen hätte.

#### *Die Programme 1953/54 und 1954/55*

Das erste Jahresprogramm der EPZ (1953/54) umfaßte sechs Hauptabschnitte<sup>8</sup>:

1. Besonders wirtschaftliche und juristische Probleme,
2. technische und Verwaltungsprobleme in Industrie und Handel,
3. Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsangehörigen,
4. Angewandte Forschung und Technologie,
5. Ernährung und Landwirtschaft,
6. Informationswesen und allgemeine Dienste.

Das zweite Jahresprogramm (1954/55) umfaßt drei Hauptabschnitte<sup>9</sup>:

1. Probleme der Industrie und des Handels
  - a) Betriebsführung in Industrie und Handel,
  - b) Arbeiterprobleme in industriellen und Handelsunternehmungen,
  - c) Technologie und angewandte Forschung in der Industrie,
  - d) Wohnungsbau.
2. Probleme der Ernährung und der Landwirtschaft
  - a) Organisation und Leitung von landwirtschaftlichen Betrieben,
  - b) praktische Anwendung von modernen technischen landwirtschaftlichen Methoden.
3. Allgemeine Probleme
  - a) Zusammenhänge zwischen ökonomischen sowie sozialen Faktoren und Produktivität,
  - b) Verteilungsmethoden,
  - c) Die Entwicklung der Produktivität in öffentlichen und halböffentlichen Verwaltungen,
  - d) Allgemeine Informationen und Hilfeleistungen an Produktivitätsorganisationen,
  - e) Akustisch-optische Hilfsmittel.

Schwerpunkte des Programms liegen im Studium von Arbeitsproblemen in industriellen und Handelsfirmen mit 15 vH, Management in Industrie und Handel mit 14 vH, Organisation und Führung landwirtschaftlicher Betriebe mit 12 vH, Technologie und angewandte Forschung in der Industrie mit 11,2 vH sowie Wohnungsbau und Absatzmethoden mit je 10 vH der Budgetmittel. Die Zusammenarbeit mit den nationalen Produktivitätsämtern der einzelnen Mitgliedstaaten soll, soweit es die Struktur dieser Ämter erlaubt, erweitert werden. Ferner regt die EPZ auch die Erreichung einer gesteigerten Produktivität bei öffentlichen und halböffentlichen Verwaltungen an<sup>10</sup>, da deren Funktionieren einen Einfluß auf jenes der Handels- und Industriebetriebe ausübe. „Es ist nur logisch, daß sich zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Regierungen darum bemühen, die Produktivität auf dem wirtschaftlichen Sektor zu steigern, sie auch die Produktivität ihrer eigenen Abteilungen steigern sollten<sup>11</sup>.“ Da jedoch jede Verwaltungsreform auch politische Probleme mit oft größeren Verwicklungen aufwerfen kann, sei es Aufgabe der EPZ, sich auf diesem Gebiet nur auf technische Hilfeleistungen zu beschränken. Drei Möglichkeiten für die Mitwirkung der EPZ an der

Schaffung rationellerer Verwaltungen in den Mitgliedstaaten werden benannt:

1. Die Errichtung einer Dokumentationszentrale für Verwaltungsfragen in Europa mit Unterstützung des „International Institute of Administrative Sciences“,
2. Intereuropäischer Austausch von Beamten nach dem Muster des im Rahmen des Brüsseler Vertrages in den letzten Jahren durchgeführten Verfahrens,
3. Teilnahme von Beamten aus wirtschaftlichen Abteilungen zusammen mit Vertretern von privaten Firmen an Seminaren, Konferenzen und Missionen, die zum Studium von Fragen der Betriebsführung oder der menschlichen Beziehungen veranstaltet werden.

#### Ausblick

Wenn auch dank der Bemühungen der OEEC und durch die Arbeit der EPZ die Produktivität in den meisten Industriezweigen der europäischen Länder seit 1949 — wenn auch in unterschiedlichem Umfang — gesteigert werden konnte, so weist der sechste Jahresbericht der OEEC an Hand von statistischem Material hinsichtlich der Entwicklung der Produktivität in den Mitgliedsländern zweierlei nach<sup>12</sup>:

1. Mit Ausnahme von Großbritannien haben im Bergbau sämtliche Länder noch nicht wieder das Vorkriegsniveau erreicht.

2. Nach wie vor besteht eine starke Disparität hinsichtlich der Steigerung der Produktivität zwischen den Mitgliedstaaten der OEEC und den Vereinigten Staaten.

Dies zeigt, daß die Bemühungen um die Steigerung der europäischen Produktivität trotz aller bisherigen Erfolge weiterhin intensiviert werden müssen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Expansionsrate der Produktivität im zeitlichen Verlauf stets niedriger sein wird als jene des technischen Fortschritts.

Neben der Steigerung der Geschicklichkeit und der Initiative der Beschäftigten in den industriellen, landwirtschaftlichen und Handelsbetrieben sowie der Modernisierung der betrieblichen Anlagen und der Verbesserung der Organisation der Unternehmungen werden die in der Zukunft erzielbaren Erfolge hinsichtlich einer Erhöhung des Produktivitätsstandes in Europa von verschiedenen Faktoren abhängen:

1. Von der staatlichen Aktivität, die in den einzelnen Mitgliedstaaten zur Steigerung der Produktivität in den öffentlichen Betrieben und in der Verwaltung entwickelt werden wird<sup>13</sup>,

2. von einer weiteren Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Produktivitätssteigerung, vor allem durch die Arbeit der OEEC und EPZ;

3. von der Erreichung oder Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes in den Mitgliedsländern, der eine unerläßliche Voraussetzung für erfolgreiche Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität darstellt;



4. von der weitgehenden Mobilität der Produktionsfaktoren, die erforderlich ist, wenn ein schnelles Wachstum der Produktivität und die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes gleichzeitig erreicht werden sollen<sup>14</sup>;

5. von der Art und Weise, in der es gelingt, den Arbeiter an den Erfolgen gesteigerter Produktivität teilnehmen zu lassen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Productivity and Applied Research Committee (PRA). Vgl. „OEEC at Work for Europe“, Paris 1954, S. 45.

<sup>2</sup>) Vgl. „European Economic Co-operation. A fifth Survey.“ Prepared by the Organisation for European Economic Co-operation for the Council of Europe. Paris, September 1953, Annex III, S. 183 ff.

<sup>3</sup>) European Productivity Agency (EPA); L'Agence Européenne de Productivité (AEP).

<sup>4</sup>) Vgl. „European Economic Co-operation. A fifth Survey“ a. a. O., Annex III, S. 184.

<sup>5</sup>) Seit der Gründung der EPZ bis zum 31. März 1955 hatte diese Stelle der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisenhüttenfachleute, Dr. Karl Peter Harten, inne. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter, Roger Grégoire, bestimmt.

<sup>6</sup>) Vgl. „Summary of the First Annual Programme of the European Productivity Agency“. Paris o. J., S. 5.

<sup>7</sup>) In der Bundesrepublik übernahm im Jahre 1950 das wiedergegründete Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), Frankfurt am Main, Feldbergstraße 28/40, die Funktion einer deutschen Produktivitätszentrale. Einen guten Überblick über ihre Tätigkeit geben die Jahresberichte des RKW 1951/52 ff.

Nach dem augenblicklichen Stand bestehen außer in der Bundesrepublik in folgenden Ländern der OEEC Produktivitätszentralen: Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Norwegen, Niederlande, England, Schweden, Schweiz, Triest, Türkei.

Sehr wesentlich für Erfolge in der Steigerung der Produktivität wird außerdem der Grad der Bereitschaft der europäischen Unternehmer sein, die Möglichkeiten der Anwendung technischer Neuerungen auszunutzen und den technischen Fortschritt durch eigene Initiative vorwärtzutreiben. Denn es darf keinesfalls übersehen werden, daß die Frage des Wachstums der Produktivität in erster Linie ein psychologisches Problem ist.

<sup>8</sup>) Vgl. „Summary of the First Annual Programme of the European Productivity Agency“, a. a. O., S. 10 ff.

<sup>9</sup>) Vgl. „European Productivity Agency, Second Programme of Action 1954/55“, Paris, September 1954, S. 25 ff.

<sup>10</sup>) Vgl. „European Productivity Agency, Second Programme of Action 1954/55“, a. a. O., S. 53.

<sup>11</sup>) „European Productivity Agency, Second Programme of Action 1954/55“, a. a. O., S. 53.

<sup>12</sup>) Vgl. „Sixth Report of the OEEC. From Recovery towards Economic Strength“, Vol. I. Paris 1955, S. 63.

<sup>13</sup>) Der OEEC-Jahresbericht vertritt hierzu die Auffassung, daß der Staat bei der Wahl seiner Maßnahmen insbesondere die Forderungen nach Wettbewerbsschutz einzelner wirtschaftlicher Interessentengruppen unberücksichtigt lassen soll: „... the rate at which productivity increases will depend to a considerable extent upon the degree to which the state insists upon preferring general to sectional interests, and is ready to dismantle restrictive barriers raised in the past.“ Vgl. „Sixth Report of the OEEC“, a. a. O. S. 176.

<sup>14</sup>) Diese Mobilität ist von besonderer Bedeutung für jene Wirtschaftszweige, für deren erzeugte Güter kein rasches Wachstum der Nachfrage zu verzeichnen ist. „Increased productivity in such sectors must be accompanied by a shift of manpower to new and attractive activities if unemployment and social discontent are to be avoided.“ Vgl. „Sixth Report of the OEEC“, a. a. O., S. 178.

### Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung (PRA) beim Europäischen Wirtschaftsrat in Paris

Von Diplom-Volkswirt F. C. Gerlich, Bonn a. Rh.

Ueber die Organisation und das Aufgabengebiet der Europäischen Produktivitätszentrale (EPZ) ist im ersten Teil dieses Beitrages berichtet worden. Die nachstehenden Ausführungen sollen etwas über den keineswegs weniger wichtigen Ausschuß für Produktivität und angewandte Forschung — nachstehend PRA Ausschuß (Productivity and Applied Research Committee) genannt — beim Europäischen Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) mit seinen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen aussagen, zumal seine Existenz und seine Aufgabengebiete, auch in Zusammenhang mit der EPZ, trotz seiner Bedeutung im allgemeinen nach außen hin bisher weniger bekannt geworden sind.

Der PRA Ausschuß gehört neben dem Beirat (Advisory Board) und neben dem Generalsekretariat der EPZ an und besteht aus Länderdelegationen, welche von den Regierungen der Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsrats auf Grund derselben Regeln, wie sie für die anderen Fachausschüsse bei der OEEC gelten, berufen werden.

Der Ausschuß ist auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates bei der OEEC (Ministerial Council) vom 28. März 1952 aus folgenden Gremien bei der OEEC hervorgegangen:

Committee for Co-Operation in Scientific and Technical Development  
Productivity Sub Committee  
Advisory Group for Increasing Productivity by Standardisation (AGIPS)  
Technical Assistance Group (TAG)

Er erhielt nach seiner Errichtung den Auftrag, den Bemühungen der Mitgliedsländer, die darauf hinausliefen, bessere Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität in Industrie und Handel kennenzulernen und anzuwenden und damit gleichzeitig zur Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung beizutragen, durch gemeinschaftliche Arbeit bessere Wirksamkeit zu verleihen.

Im einzelnen sollte er unter anderem

1. die Organisation von Studienmissionen nach den USA und innerhalb Europas anregen und fördern,

Besuche von amerikanischen Beratern und anderen organisieren, den Austausch von sonstigen Informationen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedsländern untereinander in die Wege leiten und befruchten;

2. die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern der OEEC und der dieser angeschlossenen Länder auf dem Gebiet der Forschung, Normung, Typisierung und Standardisierung fördern und diese im einzelnen unterstützen, soweit es die einzelnen Länder wünschen;
3. dem Rat entsprechende Vorschläge zur *gemeinsamen* Durchführung eines Projektes unterbreiten, wenn eine gemeinsame Durchführung zweckmäßiger und erfolgreicher erscheint, als wenn das betreffende Projekt von einem einzelnen Mitgliedsland allein durchgeführt würde.

Nach Gründung der EPZ erwachsen diesem Ausschuß weitere zusätzliche Aufgaben. Es sind dieses:

1. Prüfung des Jahresprogramms der EPA und seiner Haushaltstitel;
2. Genehmigung von EPZ-Projekten innerhalb bestimmter Grenzen;
3. Regelmäßige Berichterstattung an den Rat über den Fortschritt der EPZ-Arbeit;
4. Einreichung von Vorschlägen für die Benennung von Mitgliedern für den Beirat der EPZ;
5. Überwachung aller Angelegenheiten, die die EPZ betreffen;
6. Errichtung der zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Unterkomitees und Arbeitsgruppen.

Bis zur Zeit hat der PRA Ausschuß entsprechend dem zu Ziffer 6 Gesagtem mehrere Unterausschüsse sowie ständige und ad hoc-Arbeitsgruppen gebildet, die nachstehend im einzelnen unter gleichzeitiger Anführung der bisher für sie festgelegten Arbeitsrichtungen aufgeführt sind:

#### **I. PRA/BA (Business Administration and Organisation) — PRA Unterausschuß für Betriebliche Verwaltung und Organisation**

Dieser Unterausschuß hat sich mit administrativen, technischen und psychologischen Problemen zu befassen, die mit der Entwicklung der Produktivität bei Einzelunternehmen der Industrie und des Handels sowie anderer Wirtschaftssektoren (ausschließlich der Landwirtschaft) in Verbindung stehen, z. B. Schulungsmethoden, Management-Technik, Menschliche Beziehungen im Betrieb, „Industrial Engineering“, Typisierung und anderes mehr. Ihm unterstehen:

##### *a) die Arbeitsgruppe 1: Arbeitsmeßmethoden*

Diese Arbeitsgruppe soll den Umfang, die Begriffe, die Methoden der Arbeitsmessung und Analyse sowie die Anwendungsmöglichkeiten dieser Methoden untersuchen und Empfehlungen für die richtige Anwendung erprobter Methoden herausgeben und deren Annahme seitens der Betriebsführung und der Ar-

beiterschaft fördern sowie die Gefahr eines Mißbrauches ausschalten.

##### *b) die Arbeitsgruppe 2: Vertriebs- und Verkaufstechnik*

Dieser Arbeitsgruppe obliegt:

1. Das Studium der wirtschaftlichen, gesetzlichen und sozialen Probleme, die auf eine Steigerung der Produktivität beim Vertrieb einen Einfluß ausüben können und Herausgabe von Empfehlungen an den Direktor der EPA und an den PRA/PS Unterausschuß über:
  - (i) Weitere Studien über die generelle Struktur des Vertriebes.
  - (ii) Weitere Studien über besondere Zweige des Vertriebs, in denen etwa Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung vorhanden sind.
  - (iii) Weitere Studien über Produktivitätsmeßmethoden beim Vertrieb.
2. Das Studium über Vertriebstechiken und Managementprobleme, die mit den Bemühungen um eine Produktivitätssteigerung im Zusammenhang stehen, insbesondere auch Herausgabe von Empfehlungen an den Direktor der EPA und den PRA/PS Unterausschuß über:
  - (i) Informationen über Beratungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der wirksamsten Vertriebstechiken.
  - (ii) Studium der Managementprobleme in Zusammenhang mit den Produktivitätssteigerungsbemühungen beim Vertrieb.
  - (iii) Verbreitung von Informationen und Ratschlägen über Techniken und Meßprobleme durch TAMissionen, Konferenzen, Seminare, Ausstellungen und andere Mittel.

##### *c) die Arbeitsgruppe 3: Ausbildungsprobleme im Betrieb*

Die Richtlinien für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe sind zur Zeit noch in Vorbereitung.

##### *d) die Arbeitsgruppe 4: Menschliche Faktoren in der Produktivität*

Diese Arbeitsgruppe soll die physiologischen, psychologischen und soziologischen Faktoren untersuchen, die auf die Leistung des Unternehmens sowie auf das Bewußtsein und die Zufriedenheit des Arbeiters mit seiner Arbeit einen Einfluß ausüben, und zwar im Hinblick auf eine Produktivitätssteigerungsmöglichkeit. Sie soll weiter Ermittlungen anstellen, für welche „Human Factors“ Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Ländern angebracht erscheint und auf welche Weise die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber und -nehmer, der Gewerkschaften, der Industrieverbände etc. auf einige Aspekte der „Human Factors“ in Zusammenhang mit der Produktivität gelenkt werden können.

##### *e) die Arbeitsgruppe 5: Lohnsysteme*

Dieser Arbeitsgruppe obliegt:



1. Die Auswertung des derzeitigen Standes der Kenntnisse über die Auswirkung der einzelnen Entlohnungssysteme auf die Produktivität.
2. Das Studium der Entlohnungssysteme in den einzelnen Betrieben und Ländern und des Einflusses, den diese auf die Produktivität und das soziale Klima in Betrieben haben.
3. Die Ausarbeitung entsprechender Empfehlungen, die den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den Mitgliedsländern über den Stand der theoretischen und praktischen Kenntnisse ermöglichen sollen.

*f) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Typenverringern*  
Dieser Arbeitsgruppe obliegt:

1. Die Förderung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedsländern über Bestrebungen zur Verbreitung der Typisierung.
2. Die Förderung des Studiums über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Typisierung.
3. Die Ausarbeitung von Empfehlungen von wirksamen Methoden zur Anregung der Typisierung.
4. Die Ausarbeitung von Vorschlägen über Möglichkeiten zur Bestimmung derjenigen Industrien und Produkte, bei denen durch Typisierung am besten die Produktivität gesteigert werden könnte.

*g) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Bauwesen*

Viele der zu dieser Gruppe gehörenden Gebiete des Bauwesens hängen mit der Organisation von Bauarbeiten zusammen und gehören somit zum Interessenbereich des PRA/BA Unterausschusses, der das Bauwesen in sein Programm mit aufgenommen hat. Die speziellen Richtlinien für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe sind zur Zeit noch in Vorbereitung.

*h) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Modular-Koordination*

Diese Arbeitsgruppe befaßt sich mit Normungsproblemen, die generell auch in die Zuständigkeit des PRA/BA Ausschusses fallen. Die speziellen Richtlinien für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe sind zur Zeit noch in Vorbereitung.

## II. PRA/PS (Productivity Studies) — PRA Unterausschuß für Produktivitätsstudien

Diesem Unterausschuß obliegt das Studium allgemeiner Produktivitätsfaktoren von institutionellem, gesetzlichem, wirtschaftlichem und sozialem Charakter sowie die Forschung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie anderer gleichgelagerter Wissenschaften.

Ihm unterstehen:

*a) die Arbeitsgruppe für Produktivitätsmessung und -statistik*

Ihr obliegt das Studium über die Anfertigung, Sammlung, Verteilung und den Gebrauch von Produktivitätsstatistiken, statistischen Industrieberichten, Fabrikationsvergleichen und Spezialuntersuchungen,

soweit sie in den Mitgliedsländern zur Feststellung der Unterschiede in der Produktivität durchgeführt werden.

*b) die Arbeitsgruppe: Steuergesetzgebung*

Sie hat zu prüfen, welche Maßnahmen in der Steuergesetzgebung der Länder zu einer Minderung der Erfolge bei den Produktivitätssteigerungsbemühungen führen und welchen Einfluß die Steuergesetzgebung überhaupt auf die Steigerung der Produktivität ausüben kann.

*c) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Gelenkte Wirtschaftspraxis*

Die Richtlinien für die Arbeit dieser Gruppe sind zur Zeit noch in Vorbereitung.

*d) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Marktforschung*

Dieser Arbeitsgruppe obliegt:

1. Studium über den Beitrag, den die Marktforschung zur Produktivitätssteigerung leisten kann, insbesondere auch Herausgabe von Empfehlungen an den Direktor der EPA und den PRA/PS Unterausschuß über:
  - (i) Untersuchungen über grundlegendes statistisches Material, das für eine erfolgreiche Marktforschung benötigt wird;
  - (ii) Ueberprüfung der Methoden, wie dann das grundlegende statistische Material verbessert und vergrößert werden kann.
2. Studium darüber, in welchem Umfange die Marktforschung vom Management als geeignetes Werkzeug zur Produktivitätssteigerung angewandt werden kann, und insbesondere auch Herausgabe von Empfehlungen an den Direktor der EPA und den PRA/PS Unterausschuß über:
  - (i) Methoden, die zu einer stärkeren Würdigung der erfolgreich angewendeten Marktforschung zur Produktivitätssteigerung seitens des Management führen;
  - (ii) Methoden zur Verbesserung der Dienste, die die Marktforschung dem Management gegenüber im Hinblick auf eine Produktivitätssteigerung erweisen kann.

## III. PRA/CR (Co-Operative Research) — PRA Unterausschuß für gemeinsame Forschung

Diesem Unterausschuß obliegt das Studium der Möglichkeiten einer internationalen Zusammenarbeit und Koordinierung bei der Erforschung angewandter Wissenschaften und technischer Entwicklungen sowie Verbreitung der Forschungsergebnisse.

Zu diesem Unterausschuß gehören zur Zeit nachstehende Arbeitsgruppen:

- a) die Arbeitsgruppe: Ferngastransport
- b) die Arbeitsgruppe: Vergasung fester Brennstoffe
- c) die Arbeitsgruppe: Neue Kokereiverfahren
- d) die Arbeitsgruppe: Entsalzung von Brackwasser
- e) die Arbeitsgruppe: Geringwertige Erze

Neben den bisher genannten und zu einem der drei Unterausschüsse gehörenden Arbeitsgruppen bestehen zur Zeit noch drei weitere Arbeitsgruppen, die dem PRA Ausschuß direkt unterstellt sind. Es sind dies:

a) die Arbeitsgruppe 1: Technischer Informationsdienst

Die Hauptaufgabe dieser Arbeitsgruppe besteht darin, die EPA bei ihren Bemühungen um eine Produktivitätssteigerung in der Industrie durch Auswertung technischer Informationsdienste — TIS — (Technical Information Services) zu beraten. Dies kann z. B. durch den technischen Frage- und Antwortdienst, den Technical Digest Dienst, den Dokumentenaustauschdienst etc. erfolgen. Im besonderen soll die Arbeitsgruppe:

1. Für eine enge Verbindung zwischen der EPA und den entsprechenden europäischen und amerikanischen Zentralen und Dienstleistungen unter den Zentralen selbst Sorge tragen;
2. die Sammlung von Material und die Verbreitung entsprechender Kenntnisse durch die technischen Informationsdienste anregen;
3. die Errichtung technischer Informationszentralen fördern, wo solche noch nicht bestehen;
4. je nach Bedarf dem Direktor der EPA, dem PRA Ausschuß oder dem Rat von Fall zu Fall Projekte vorschlagen, die zu einem besseren und weiteren Gebrauch von technischen Informationen führen. Dies kann geschehen in Art von Forschungen über Informationstechniken, Schulungskursen, Publikationen von Dokumenten, Austausch von Personal, Abhalten von Konferenzen und anderen geeigneten Maßnahmen.

b) die Arbeitsgruppe 2: Akustisch-optische Hilfsmittel  
Zu ihrem Aufgabengebiet gehört:

1. Beratung der EPA bei allen Fragen, die mit der Anwendung audio-visueller Hilfsmittel zur Produktivitätssteigerung in Zusammenhang stehen.
2. Verbandsaufnahme mit den zuständigen nationalen Zentralen auf dem AVA-Gebiet (AVA = audio visual aids).
3. Aufrechterhaltung der Verbindung zu der FOA (Foreign Operations Administration) und den alliierten Filmdiensten.
4. Förderung der Sammlung und Verbreitung von Kenntnissen und Material über die AVA.
5. Einreichung von Vorschlägen für Projekte über Koordination und Förderung der Produktion von AVA-Material, die dann je nach Lage der Dinge vom Direktor der EPA, dem PRA Ausschuß oder dem Rat geprüft und genehmigt werden.
6. Das gleiche gilt für Projekte, die zur besseren und weiteren Verwendung von AVA führen, sei es in Form von Forschungen auf dem Gebiet der Technik, von Schulungskursen, von Materialaustausch oder mit anderen geeigneten Methoden.

7. Beratung über die technischen Aspekte anderer Projekte, sofern die Verwendung von AVA mit dazu gehört.

c) die ad hoc-Arbeitsgruppe: Allgemeine Information und Publicity

Hauptzweck dieser ad hoc-Gruppe ist es, der EPA auf diesem Gebiet beratend zur Seite zu stehen, insbesondere

1. die Verbindung zwischen der EPA und den nationalen Produktivitätszentralen bezüglich Information und Werbung durch Magazine, Nachrichtenbriefe, Broschüren, Radio, Fernsehen, Ausstellungen und andere Mitteilungsmöglichkeiten zu gewährleisten;
2. eine gemeinsame Informationstätigkeit der EPA und der nationalen Zentralen anzuregen;
3. die Länder auf Wunsch bei ihren Produktivitätsinformationskampagnen zu unterstützen;
4. die Rolle der Public Relations in den Produktivitätsbestrebungen in der Industrie oder woanders zu untersuchen;
5. Projekte auf dem Gebiet „General Informations, Publicity, Public Relations“ vorzuschlagen, die dann jeweils vom Direktor der EPA, dem PRA Ausschuß und dem Rat geprüft werden.

Es ist möglich, daß die eben dargelegte Organisation der einzelnen Gremien im Laufe der Zeit geringfügige Abänderungen erfahren wird, und zwar etwa insoweit, als die eine oder andere Arbeitsgruppe einem anderen Unterausschuß angeschlossen werden könnte. Im großen ganzen dürften aber wohl zunächst keine grundsätzlichen Veränderungen zu erwarten sein.

Alle diese Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen treten in gewissen Zeitabschnitten in Paris zusammen. An ihren Sitzungen und vorbereitenden Arbeiten nehmen Regierungsvertreter, bzw. besonders dafür bestimmte Sachverständige aus der Wirtschaft teil. Die deutschen Sachverständigen werden vom RKW als Deutscher Produktivitätszentrale nach Abstimmung mit den jeweils daran interessierten Wirtschaftskreisen ausgewählt und der OEEC über die beiden dafür zuständigen Ministerien — Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit — bekanntgegeben.

Für die Auswertung und die weitere Verfolgung all der Arbeiten und Studien, die in den genannten Gremien vorgenommen werden, ist in der Deutschen Bundesrepublik das RKW als Deutsche Produktivitätszentrale federführende Stelle. Es arbeitet eng mit allen Zweigen der deutschen Wirtschaft zusammen und gibt daher die Gewähr dafür, daß der Nutzen aus den gemeinsamen internationalen Arbeiten auch in vollem Umfang der deutschen Wirtschaft zugute kommt.



## Informationen und Berichte

### Der VII. Paneuropa-Kongreß in Baden-Baden

Der VII. Paneuropa-Kongreß vom 19. bis zum 21. März 1955 in Baden-Baden nahm einstimmig „Die Statuten der Paneuropa-Union“ an und brachte die Bestrebungen zum Abschluß, die Union, frei von parlamentarischen Bindungen, als Propagandaorganisation zu reorganisieren (vgl. EA 23/1954, S. 7143).

#### *Statuten und Arbeitsweise*

Die Statuten legen fest: „Die Paneuropa-Union kämpft für die Menschenwürde, die persönliche Freiheit, die Hebung des Lebensstandards der europäischen Bevölkerung und die soziale Gerechtigkeit im Rahmen des Weltfriedens, dessen Sicherung Hauptziel der Bewegung ist.“ Im Unterschied zu anderen Organisationen, die — wie der Präsident des Kongresses und der Union, Dr. Richard Graf Coudenhove-Kalergi, in seiner Eröffnungsansprache hervorhob — auf Kompromissen zwischen nationalen Sektionen beruhen, obliegt die Leitung der Paneuropa-Union künftig einem Zentralrat, der aus 15 bis 30 Mitgliedern besteht.

Zu den vom Kongreß in den Zentralrat gewählten 22 Persönlichkeiten gehören Julian Amery, Graf Lennart Bernadotte, General Pierre Billotte, Georges Bohy, Salvador de Madariaga, Dr. Erich Mende, MdB, Erwin Müller (Saar), sowie fünf osteuropäische Exilpolitiker, Dr. Paul de Auer (Ungarn), Ladislav Feierabend (CSR), Grégoire Gafenco (Rumänien), Karel R. Pusta (Estland), Graf E. Raczyński (Polen). Den geschäftsführenden Ausschuß bilden mit dem als Präsidenten wiedergewählten Gründer der Paneuropa-Union die Vize-Präsidenten Karl Arnold, André Le Troquer und Paul van Zeeland.

Zur künftigen Arbeitsweise nahm der Kongreß in zwei Entschlüssen Stellung. Ohne die Bildung einer offiziellen europäischen Propagandazentrale durch den Europarat abzuwarten, soll unverzüglich eine eigene Zentrale geschaffen werden. Die Mitglieder der Union werden gebeten, zur Verbreitung der europäischen Einigungsidee die Gründung paneuropäischer Klubs in den verschiedenen Ländern Europas vorzubereiten. Mit der Europäischen Bewegung wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt. Coudenhove-Kalergi schlug vor, daß ein ständiges *Cremium* von je drei Delegierten der beiden Organisationen die gemeinsame Arbeit koordinieren soll.

#### *Politische Fragen*

In seinem politischen Teil befaßte sich der Kongreß mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft, dem Rüstungspool sowie der Oesterreichischen Frage und nahm dazu folgende Resolutionen an:

**I. Europäische Politische Gemeinschaft.** Der Kongreß vertritt die Ansicht,

„daß die Ansatzpunkte, die in den bestehenden europäischen Institutionen gegeben sind, die Möglichkeit bieten, die Integrationspolitik fortzusetzen...“

daß vor allem die parlamentarische Kontrolle der Westeuropäischen Union im Rahmen der Beratenden Versammlung des Europarats weiter auszubauen ist...

daß innerhalb der Westeuropäischen Union und in enger Verbindung mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl supranationale Elemente der europäischen Integration auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und militärischem Gebiet Schritt für Schritt fortentwickelt werden müssen.

Voraussetzung der europäischen Integrationspolitik ist die Verstärkung des europäischen Bewußtseins, das nach einem politischen Rahmen verlangt, die wirtschaftliche Notwendigkeit eines gemeinsamen Marktes und der Ausbau politischer Institutionen und der Verfahren, die die europäischen Staaten zu einer gemeinsamen Politik befähigen, ein kollektives Sicherheitssystem ermöglichen und die Grundlagen für eine dauerhafte europäische Zusammenarbeit bieten.“

Weiter wird die Vorbereitung von direkten Wahlen für ein Parlament der Westeuropäischen Union durch die nationalen Parlamente vorgeschlagen. In einer Grundsatzklärung wird der Angriffskrieg abgelehnt. Streitigkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sollen mit dem Mittel der Gerichtsbarkeit, der Schiedsgerichtsbarkeit und sonstigen Schlichtungen beigelegt werden. Die Achtung und Anwendung der Genfer Konvention gegen Völkermord wird gefordert, und eine Gesinnung, die letztlich jede Politik der Gewalt unmöglich macht, soll geformt und gepflegt werden.

**II. Europäischer Rüstungspool.** Die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungen wird vom Kongreß befürwortet, der in einer Europäischen Rüstungsgemeinschaft eine notwendige und dringende Ergänzung der schon bestehenden europäischen Institutionen sieht. Er fordert, daß diese Gemeinschaft der Privatinitiative und den Grundsätzen der freien Wettbewerbswirtschaft weiten Raum zur konstruktiven Mitarbeit eröffnet und der Standardisierung von Waffen und Gerät sowie dem Austausch wissenschaftlicher und technischer Forschung besondere Aufmerksamkeit schenkt. Der Anschluß aller Mitgliedstaaten des Europarats und die Ausdehnung auf eine Atlantische Rüstungsgemeinschaft der NATO-Staaten erscheinen zweckmäßig.

**III. Die Oesterreichische Frage.** Der Kongreß „richtet an alle Mitgliedstaaten der UN einen Appell, damit einer dieser Staaten beim Internationalen Gerichtshof ein Gutachten über folgende Punkte erbittet: 1. Kann die Republik Oesterreich, die aller ihrer souveränen Rechte beraubt war und über keine politischen Einrichtungen verfügte, für kriegerische Handlungen der deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden? 2. Kann Oesterreich, welches keine Verantwortung trifft, durch eine fortgesetzte militärische Besetzung gezwungen werden, Verpflichtungen anzunehmen, die seine Wirtschaft und sein innenpolitisches Leben in schädigender Hinsicht präjudizieren könnten?“

## Dokumente zur Österreichfrage

### Gemeinsame Erklärung der Westmächte vom 5. April 1955

(Durch die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten dem österreichischen Bundeskanzler Julius Raab überreicht.)

1. Seit vielen Jahren versuchen die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Frankreichs, einen österreichischen Staatsvertrag abzuschließen. Sie haben sich unablässig bemüht, auf diese Weise die Wiederherstellung der Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs zum frühestmöglichen Zeitpunkt zustande zu bringen.

2. Auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 brachten die drei Regierungen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den Staatsvertragsentwurf mit dem sowjetischen Text der bis dahin strittigen Artikel zu unterzeichnen. Das würde zur Beendigung der Besetzung und zum Abzug aller fremden Truppen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages geführt haben. Aber die sowjetische Regierung lehnte ab und bestand darauf, neue, unannehmbare Bedingungen zu stellen, die die österreichische Souveränität geschmälert hätten.

3. Die drei Regierungen haben den jüngsten Notenwechsel zwischen der österreichischen und der sowjetischen Regierung über Fragen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag<sup>\*</sup> aufmerksam verfolgt. Nach diesem Notenwechsel scheint es, daß die sowjetische Regierung jetzt gewisse Klärungen ihrer Politik gegenüber Oesterreich zu bieten hat, insbesondere in der Frage der Un-

abhängigkeit und Souveränität dieses Landes, wie sie bereits in den ersten fünf Artikeln des Vertragsentwurfs vorgesehen waren. Die drei Regierungen vertrauen darauf, daß der Beschluß der österreichischen Regierung, die sowjetische Einladung nach Moskau anzunehmen, eine nützliche Klärung zur Folge haben wird.

4. Fragen im Zusammenhang mit dem Abschluß des Staatsvertrages betreffen die Regierungen aller vier verantwortlichen Mächte ebenso wie die österreichische Regierung. Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs sind daher der Ansicht, daß, wenn die Sowjetregierung Vorschläge machen sollte, in denen das klare Versprechen zum Ausdruck kommt, die Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs wiederherzustellen, diese zweckmäßigerweise von den vier Botschaftern in Wien unter Beteiligung der österreichischen Regierung erörtert werden könnten.

5. Es bleibt der dringende Wunsch der Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Frankreichs, den Staatsvertrag so bald wie möglich in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen abzuschließen, die Oesterreich volle Freiheit und Unabhängigkeit gewährleisten werden.

Quelle: *Englische Rundschau*, 5. Jg., Nr. 14 vom 8. April 1955, S. 184.

### Österreichische Stellungnahme vom 6. April 1955

Die Erklärung der drei Westmächte wird von österreichischer Seite mit Befriedigung aufgenommen, sie widerlegt vor allem die verschiedenen Meldungen der letzten Tage, daß die drei Westalliierten gegen die Abhaltung einer Konferenz über den österreichischen Staatsvertrag seien. Oesterreichischerseits wurde nie daran gezweifelt, daß die Westmächte stets bereit sind, dem österreichischen Volk Freiheit und Unabhängigkeit zu geben.

Wie aus der Erklärung hervorgeht, wird auch die Reise der österreichischen Regierungsmitglieder nach Moskau

als ein geeigneter Schritt zur Erreichung dieses Zieles angesehen. Da sich die österreichische Bundesregierung bewußt ist, daß der Abschluß eines Staatsvertrages nur auf Grund einer Einigung der vier Mächte möglich ist, betrachtet es die österreichische Bundesregierung als Hauptzweck der Reise, nach der Rückkehr von den Besprechungen in Moskau die vier Besatzungsmächte wieder an einen Verhandlungstisch zu bringen.

Quelle: *Wiener Zeitung*, Nr. 81 vom 7. April 1955.

### Erklärung der Sowjetunion zum Staatsvertrag mit Österreich vom 9. April 1955

(Den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs gegenüber durch Außenminister Molotow abgegeben.)

Bereits auf der Berliner Konferenz der Außenminister der vier Mächte Anfang 1954 hat die Sowjetregierung den Vorschlag unterbreitet, die Oesterreichfrage baldigst zu regeln und Maßnahmen zu treffen, um einen neuen Anschluß Oesterreichs zu verhindern, um die Schaffung

ausländischer Militärstützpunkte auf österreichischem Territorium nicht zuzulassen und um die Einbeziehung Oesterreichs in irgendwelche Koalitionen oder Militärbündnisse zu verhindern, die gegen irgendeine Macht gerichtet sind, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland und an der Befreiung Oesterreichs beteiligt war.

Auf der Berliner Konferenz wurde jedoch aus Gründen, die nicht bei der Sowjetunion liegen, kein Uebereinkommen über den Abschluß eines Staatsvertrages mit Oesterreich erzielt, und die Oesterreichfrage blieb ungeregt.

<sup>\*</sup>) Vgl. die Dokumente zur Oesterreichfrage in Europa-Archiv 8/1955, S. 7483 ff.



In diesem Zusammenhang brachte die Delegation der Sowjetunion damals den Vorschlag ein, daß es notwendig sei, die Bemühungen fortzusetzen, um ein Uebereinkommen über den Staatsvertrag mit Oesterreich zu erzielen.

Im August 1954 schlug die Sowjetregierung vor, in Wien eine Konferenz der Botschafter der UdSSR, Großbritannien, Frankreichs und der USA unter Beteiligung eines Vertreters Oesterreichs einzuberufen, um die ungeklärt gebliebenen Fragen, die sich auf den Entwurf des Staatsvertrages mit Oesterreich beziehen, sowie andere Fragen zu erörtern, die mit dem Abschluß dieses Vertrages verknüpft sind. Diese Konferenz wurde jedoch leider nicht einberufen.

Die Sowjetregierung, die der Regelung der Oesterreichfrage und der Frage der völligen Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Oesterreich, entsprechend den Interessen der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa, eine große Bedeutung beimißt und jegliche weitere Verzögerung beim Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich für ungerechtfertigt hält, hat bekanntlich am 8. Februar dieses Jahres neue Vorschläge zur Oesterreichfrage eingebracht.

Diese Vorschläge haben zum Ziel, der jetzigen anomalen Lage ein Ende zu setzen, da die Frage des Staatsvertrages mit Oesterreich noch nicht gelöst ist und Oesterreich, zehn Jahre nach seiner Befreiung von der Hitlerherrschaft, immer noch unter der Kontrolle der Besatzungsorgane der vier Mächte steht. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die Sowjetregierung bereits auf der Berliner Konferenz im Februar 1954 vorgeschlagen hat, spätestens im Jahre 1955 die Erörterung der Frage der Fristen des Abzuges der Truppen der vier Mächte vom Territorium Oesterreichs wieder aufzunehmen.

Ende Februar und im März dieses Jahres fand auf Initiative der Sowjetregierung ein vorläufiger Meinungs-

austausch zwischen den Regierungen der Sowjetunion und Oesterreichs über die oben erwähnten Vorschläge der Sowjetregierung vom 8. Februar statt. Dabei zeigte sich, daß jetzt die Möglichkeiten vorhanden sind, zur beschleunigten Regelung der Oesterreichfrage durch Abschluß eines entsprechenden Vertrages zwischen den vier Mächten und Oesterreich beizutragen.

Da es sich ferner gezeigt hat, daß die Aufnahme eines persönlichen Kontaktes zwischen den führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion und Oesterreichs dieser wichtigen Angelegenheit förderlich sein könnte, wurde vereinbart, daß am 11. April eine österreichische Regierungsdelegation mit dem österreichischen Bundeskanzler, Herrn J. Raab, an der Spitze in Moskau zur weiteren Erörterung der berührten Fragen eintreffen wird.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der Meinungsaustausch mit den Vertretern der österreichischen Regierung in Moskau dazu beitragen wird, die Regelung der Oesterreichfrage voranzutreiben. Sie berücksichtigt dabei, daß in der seit der Berliner Konferenz verflossenen Zeit führende Persönlichkeiten der österreichischen Regierung entsprechende Zusammenkünfte und einen Meinungsaustausch mit führenden Persönlichkeiten Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika hatten.

Die Sowjetregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es bei entsprechendem Bestreben aller interessierten Staaten möglich sein wird, schon in nächster Zeit das erforderliche Uebereinkommen zu erzielen und den Staatsvertrag mit Oesterreich abzuschließen.

Die Sowjetregierung bittet, diese Erklärung der Regierung Großbritanniens zur Kenntnis zu bringen.

Quelle: *Tägliche Rundschau*, Nr. 84 vom 10. April 1955.

### Das Schlußkommuniqué über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen in Moskau vom 12. bis zum 15. April 1955

Vom 12. bis zum 15. April 1955 fanden in Moskau zwischen einer österreichischen Regierungsdelegation unter der Führung von Bundeskanzler Ing. Julius Raab und Vizekanzler Dr. Adolf Schärf einerseits und einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Führung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Ministers für die Auswärtigen Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerates der UdSSR, A. Mikojan, anderseits Besprechungen statt, welche in freundschaftlichem Geiste verliefen.

Als Ergebnis der Besprechungen stellen beide Seiten fest, daß die Regierung der Sowjetunion ebenso wie auch die Regierung Oesterreichs den schleunigsten Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Oesterreich für wünschenswert halten, was den nationalen Interessen des österreichischen Volkes und einer Festigung des Friedens in Europa dienen soll.

Die österreichische Delegation versicherte, daß die Republik Oesterreich im Sinne der bereits auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 gemachten Erklärung nicht beabsichtigt, sich irgendwelchen militärischen Bündnissen anzuschließen und auf ihrem Gebiete militärische Stütz-

punkte zuzulassen. Oesterreich wird gegenüber allen Staaten eine Politik der Unabhängigkeit führen, die die Einhaltung dieser Deklaration gewährleistet. Die sowjetische Seite erklärte sich einverstanden, daß die Besatzungstruppen der vier Mächte nach Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Oesterreich spätestens mit 31. Dezember 1955 abgezogen werden. Im Hinblick auf die Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands vom 5. April 1955 über ihr Bestreben nach ehestem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages drücken die Delegationen Oesterreichs und der Sowjetunion die Hoffnung aus, daß gegenwärtig günstige Möglichkeiten zur Regelung der österreichischen Frage durch eine Einigung zwischen den vier Mächten und Oesterreich bestehen. Die sowjetische Regierung gab weiterhin im Sinne ihrer Erklärung auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 ihr Einverständnis dazu bekannt, den Gegenwert der im Artikel 35 des Staatsvertrages vorgesehenen Summe von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen anzunehmen.

Die Sowjetregierung erklärte ihre Bereitschaft, neben der bereits vorgesehenen Uebergabe des deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone Oesterreichs unverzüglich nach Inkrafttreten des Staatsvertrages gegen

eine entsprechende Vergütung auch die Vermögenswerte der DDSG einschließlich der Korneuburger Werft, alle Schiffe und Hafenanlagen an Österreich einzuschließen.

Sie erklärte weiters ihr Einverständnis, alle im Artikel 35 des Staatsvertrages ihr zustehenden Rechte auf die Oelfelder und die ölverarbeitenden Betriebe einschließlich der Aktiengesellschaft für Handel mit Oelprodukten (ORUP) gegen Lieferung von Rohöl in einem zwischen beiden Staaten vereinbarten Ausmaß an Österreich abzutreten.

Außerdem wurde Einverständnis darüber erzielt, daß in der nächsten Zeit Verhandlungen, die eine Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion zum Ziele haben, beginnen sollen.

## Protokoll eines Übereinkommens zwischen der französischen und der saarländischen Regierung betreffend die wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. März 1955

Das „Protokoll eines Übereinkommens“, das am Montag, dem 21. März, von Außenminister Pinay und Ministerpräsident Johannes Hoffmann in Paris paraphiert worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die französische Regierung und die saarländische Regierung stellen mit diesem Protokoll ihr Einverständnis über folgende Punkte fest, die in dem französisch-saarländischen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufgenommen werden, der in dem am 23. Oktober 1954 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik geschlossenen Abkommen\* über das Statut der Saar vorgesehen ist und sich zur Zeit in Ausarbeitung befindet.

Dieser Vertrag, der auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen den beiden Ländern verhandelt wird, gewährleistet dem Saarland Selbständigkeit auf allen Gebieten, die lediglich den Einschränkungen unterliegt, die sich aus dem vorliegenden Protokoll ergeben.

### I.

Frankreich und das Saarland bilden eine Währungs- und Zollunion, aus der sich eine Wirtschaftsunion ergibt.

### II.

Die französischen Gesetze und Rechtsvorschriften, die im Saarland auf dem Gebiete der Währung, des Zollwesens, der indirekten Steuern und der Steuern auf Lieferungen und Leistungen anwendbar sind, treten zum gleichen Zeitpunkt in Frankreich und im Saarland in Kraft.

Die beiden Regierungen verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung dieses Grundsatzes zu sichern. Insbesondere in Dringlichkeitsfällen wird die saarländische Regierung diese Texte unverzüglich und mit allen geeigneten Mitteln der Bevölkerung zur Kenntnis bringen.

### III.

Die französischen Gesetze und Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Zollwesens sind im Saarland anwendbar. Das Saarland kann jedoch im Einverständnis mit der

Die sowjetische Delegation teilte der österreichischen Delegation mit, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zugesagt habe, das Ersuchen des Bundespräsidenten Dr. h. c. Theodor Körner um die Heimkehr der Oesterreicher, die eine Strafe auf Grund von Urteilen sowjetischer Gerichtsorgane verbüßen, wohlwollend zu prüfen. Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Oesterreich werden auf dem Gebiet der Sowjetunion keine Kriegsgefangenen und angehaltene Zivilpersonen österreichischer Staatsbürgerschaft verbleiben.

Quelle: *Der Oesterreich-Bericht*. Zusammengestellt vom Informationsdienst des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, Wien I. 6. Jg., Blatt 88, Wien, 16. April 1955.

französischen Regierung besondere Strafbestimmungen erlassen.

Diese Regelung schließt Maßnahmen nicht aus, die in Anwendung des Artikels XII, Absatz D, des französisch-deutschen Abkommens vom 23. Oktober 1954 getroffen werden können. Diese Maßnahmen werden nicht als Gefährdung für die Durchführung des Vertrages betrachtet, sofern sie nicht die Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem Saarland und Frankreich erforderlich machen.

### IV.

Die französische Zollverwaltung ist beauftragt, die Durchführung des Zolldienstes im Saarland zu gewährleisten.

Das Ziel ist die Errichtung einer saarländischen Zollverwaltung unter der Aufsicht der französischen Generalzolldirektion. Die saarländische Regierung wird, um dieses Ziel fortschreitend zu erreichen, Saarländer, die einem besonderen Statut unterliegen, zur Dienstleistung im Rahmen der französischen Zollverwaltung abordnen.

Der Inhalt des Statuts und der Rhythmus der Eingliederung der saarländischen Zollbeamten werden durch ein späteres Abkommen geregelt, dessen Grundsätze in einer Anlage zum Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit festgelegt sind. Ein französischer Generaldirektor und ein saarländischer Direktor werden an der Spitze der Zollverwaltung im Saarland stehen.

### V.

Auf dem Gebiet der indirekten Steuern und der Steuern auf Lieferungen und Leistungen nebst den zusätzlichen Steuern finden die französischen Gesetze und Rechtsvorschriften im Saarland Anwendung, vorbehaltlich der zur Zeit geltenden Ausnahmen. Wenn besondere Gegebenheiten des Saarlandes dies rechtfertigen, können im Einvernehmen mit der französischen Regierung Sonderbestimmungen erlassen werden.

### VI.

Es wird ein „Kontrollausschuß“ gebildet, der beauftragt ist, im Saarland über die Anwendung der französischen Kreditbestimmungen zu wachen und Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen zu ahnden.

\* Vgl. Europa-Archiv 21/1955, S. 7020.



Die in Artikel 34 des französischen Gesetzes vom 13. Juni 1941 über die Regelung und die Organisation des Bankwesens vorgesehenen Einzelmaßnahmen verbleiben weiterhin in der Zuständigkeit des „Conseil National du Credit“ und der durch dieses Gesetz gebildeten „Commission de Contrôle des Banques“.

Der „Kontrollausschuß“ besteht aus einer gleichen Anzahl von französischen und saarländischen Vertretern; seine Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Sein Statut wird in einem von beiden Regierungen zu vereinbarenden Zusatzprotokoll festgelegt.

Die saarländische Regierung übt unter Vorbehalt vorstehender Bestimmungen die Kontrolle und Aufsicht über die Sparkassen, die Genossenschaftsbanken und die Kreditinstitute mit auf Gesetz beruhendem Sonderstatut aus.

#### VII.

Bei Investitionen durch Devisenausländer im Saarland, die einer vorherigen Genehmigung des französischen Finanzministers unterworfen sind, wird dieser in enger Zusammenarbeit mit der saarländischen Regierung seine Entscheidung ausarbeiten. Die saarländische Regierung wird in dem „Comité d'Investissements Etrangers“ vertreten sein.

#### VIII.

Handelsverträge und Verträge, Abkommen oder Vereinbarungen auf dem Gebiet der Währung oder des Zollwesens, die von Frankreich mit dritten Staaten abgeschlossen werden, sind auch im Saarland anwendbar. Die Vertreter der saarländischen Regierung nehmen an den Verhandlungen über diese Abkommen teil, es sei denn, daß die saarländische Regierung darauf verzichtet. Die französische Regierung verpflichtet sich, die besonderen Interessen des Saarlandes bei diesen Verhandlungen zu berücksichtigen. Wenn es die saarländische Regierung wünscht, wird sie in der Vorbereitung der oben aufgeführten Verhandlungen sowie an der Vorbereitung der Importprogramme beteiligt.

Bei Handelsverträgen, welche die saarländische Wirtschaft besonders interessieren, wird der saarländische Anteil an den auszuhandelnden Importkontingenten vor Beginn der Verhandlungen im Einvernehmen zwischen den zuständigen französischen und saarländischen Dienststellen auf Wunsch der saarländischen Regierung festgestellt. Unmittelbar vor Abschluß der Verhandlungen wird der saarländische Anteil innerhalb der Einfuhrkontingente endgültig vereinbart und sofort nach Unterzeichnung des Handelsvertrages von den beiden Regierungen in Frankreich und im Saarland veröffentlicht.

Diese Bestimmungen können den Bestimmungen nicht entgegengehalten werden, die sich aus den in Artikel XII, Absatz D, des französisch-deutschen Abkommens vom 23. Oktober 1954 vorgesehenen Abkommen ergeben können, die von der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung des Saarlandes abgeschlossen werden. Für die im Saarland verwalteten Importkontingente werden die Einfuhrlizenzanträge bei der saarländischen Regierung eingereicht und die Lizenzen nach Visierung durch die Zweigstelle des Office des Changes in Saarbrücken durch die Regierung des Saarlandes ausgestellt.

#### IX.

Jede der beiden Regierungen verpflichtet sich, auf ihrem Gebiet dafür Sorge zu tragen, daß das normale Spiel der

wirtschaftlichen Kräfte nicht zum Vor- oder Nachteil dieser beiden Länder verfälscht wird.

Insbesondere wird das Gleichgewicht der Belastungen, denen die Unternehmen beider Länder unterliegen, gewährleistet, vornehmlich auf den folgenden Gebieten: Sozialbelastungen, Steuern und Abgaben, Löhne.

Auf dem Gebiet der Preise wird das Saarland die von ihm zu treffenden Maßnahmen mit den in Frankreich geltenden Bestimmungen harmonisieren.

Es wird keine diskriminierende Behandlung zwischen den Waren und den Dienstleistungen der beiden Länder erfolgen. Beide Regierungen werden die Gesamtheit der in der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion vorhandenen Rohstoffe gleichmäßig zur Deckung des Gesamtbedarfs dieser Union verteilen.

#### X.

Die rechtsprechende Gewalt wird von den saarländischen Gerichten ausgeübt.

Die Einheit der Rechtsprechung auf den in der Konvention über die wirtschaftliche Zusammenarbeit bezeichneten Gebieten wird von einem besonderen gemischten Gericht gewährleistet, das ausschließlich aus Berufsrichtern besteht und dessen Vorsitzender ein hoher Richter sein wird, der mit dem in Frankreich und im Saarland geltenden Recht besonders vertraut ist. Dieser Vorsitzende wird gemeinsam von den beiden Regierungen bestellt. Es wird ein Verfahren eingeführt, das die Anrufung des besonderen Gerichts über die vor den saarländischen Gerichten sich ergebenden Probleme der Einheit der Rechtsprechung ermöglicht und den Entscheidungen des gemischten Gerichts Gesetzeskraft verleihen soll.

Das besondere Gericht ist auch für die Streitfälle zuständig, die Ansprüche gegen den französischen Staat im Saarland betreffen.

Sonderregelungen für französische Militärpersonen auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit werden in einem Zusatzabkommen getroffen, das von der zur Zeit in Kraft befindlichen Regelung ausgeht, und zwar im Hinblick auf die Gleichartigkeit dieser Regelung mit den in Europa angenommenen Regelungen.

#### XI.

Zur Regelung von Streitfällen, die sich zwischen den vertragschließenden Parteien bei der Auslegung und Anwendung des Vertrags ergeben, wird eine aus sechs Mitgliedern bestehende Schiedskommission gebildet, die ihre Entscheidungen mit Stimmenmehrheit trifft.

Kann die Schiedskommission den Streitfall nicht regeln, so ist jede Partei berechtigt, das Schiedsgericht anzurufen. Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern. Der Vorsitzende, der Angehöriger eines dritten Staates ist, wird gemeinsam von den beiden Regierungen bestellt. Jede Regierung bestellt zwei Mitglieder, und zwar einen eigenen Staatsangehörigen und einen Angehörigen eines dritten Staates.

Beide Regierungen stellen darüber hinaus fest, daß keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mehr zwischen den beiden Delegationen besteht. Die beiden Delegationen werden nunmehr den Text des Vertrages über die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausarbeiten.

gez. Hoffmann

gez. Antoine Pinay

Quelle: La Documentation Française, *Articles et Documents* No. 0185 vom 24. März 1955. Deutscher Text in *Saarbrücker Zeitung* Nr. 69 vom 23. März 1955.

## Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1955

### Die Ereignisse in Europa\*

#### Belgien

6. Der Senat billigt die Pariser Vereinbarungen über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Atlantikpakt und die Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union mit 142 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

#### Deutschland

1. Die Hohen Kommissare der drei Westmächte protestieren gegen die Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühren, die für alle nicht in der sowjetischen Zone registrierten Fahrzeuge verfügt wurde (vgl. Zeittafel EA 8/1955). In dem Schreiben der drei Hohen Kommissare an den sowjetischen Hohen Kommissar, G. M. *Puschkin*, heißt es, die vorgesehenen Erhöhungen seien so übermäßig, daß sie mit rein wirtschaftlichen Gründen — erhöhte Kosten für die Instandhaltung der Straßen — nicht zu rechtfertigen seien. Es müsse vielmehr angenommen werden, daß diese Maßnahme politisch inspiriert sei und das Ziel verfolge, den freien Verkehr von Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin sowie zwischen der Bundesrepublik und der sowjetischen Zone zu behindern. Die Hohen Kommissare schlagen vor, etwa entstandene Probleme auf wirtschaftlichem Gebiet in Besprechungen zwischen ostdeutschen Fachleuten und Vertretern der Treuhandstelle für Interzonenhandel zu klären. Am 15. April schlagen die drei Hohen Kommissare Verhandlungen mit dem sowjetischen Hohen Kommissar in Berlin vor, nachdem ihr Protest ohne Antwort geblieben war und Vertreter der Treuhandstelle für Interzonenhandel vergeblich versucht hatten, Verhandlungen mit Vertretern der DDR anzuknüpfen.  
Bundeskanzler *Adenauer* erklärt in einem Interview mit der Politisch-Sozialen Korrespondenz, die Bundesregierung werde nichts versäumen, was die Herbeiführung eines echten Gesprächs mit der Sowjetunion fördern könnte. Die Möglichkeit für eine Wiedervereinigung könne nur im Rahmen einer Entspannung der Ost-West-Beziehungen gesehen werden. Werde die Sicherheit wechselseitig gewährleistet, dann würden alle Gründe wegfallen, die ein Festhalten der Sowjetzone als Faustpfand von sowjetischen Standpunkt aus rechtfertigen könnten. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge stehe das deutsche Volk im Falle von Ost-West-Verhandlungen nicht allein da und werde nicht etwa Objekt der Verhandlungen werden; es werde zunächst mittelbar und später auch sicher unmittelbar gleichberechtigt an den Entscheidungen teilnehmen und dabei der Unterstützung der übrigen freien Völker sicher sein.
4. Bundeskanzler *Adenauer* lehnt das Rücktrittsgesuch Vizekanzler *Franz Blüchers* vom 28. Februar ab.

7. Der Unternehmensverband Ruhr und die IG-Bergbau einigen sich unter Vermittlung der Bundesregierung über das Ausmaß der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne — durchschnittlich 9,5 Prozent. Der schwebende Lohnkonflikt (vgl. Zeittafel EA 8/1955) wird damit beendet.

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und der Chinesischen Volksrepublik wird durch einen Erlaß des Staatspräsidenten, *Mao Tse-tung*, für beendet erklärt.

12. Der Ministerrat der DDR teilt in einer Erklärung mit, daß die Organe des Staatssekretariates für Staatssicherheit „mit Unterstützung aus breitesten Kreisen der Bevölkerung in den letzten Tagen eine größere Anzahl von Spionage- und Terrorgruppen, die in der Deutschen Demokratischen Republik ihre volksfeindliche Tätigkeit ausübten“, unschädlich gemacht hätten. Insgesamt seien 521 Agenten amerikanischer und britischer Geheimdienststellen, der Spionageorganisation Gehlen und verschiedener Westberliner Hilfsorganisationen der genannten Geheimdienste, wie der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen, des RIAS und des Ostbüros Westberliner Parteien, verhaftet worden. In der Erklärung heißt es sodann: „Aus den Aussagen der Verhafteten und freiwillig erschienenen Agenten und den sichergestellten Beweismaterialien geht eindeutig hervor, daß die Besatzungsmächte der USA, Englands und Frankreichs West-Berlin in das Hauptzentrum ihrer Spionage- und Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik verwandelt haben... Die Ausnutzung West-Berlins als Zentrum der verschiedenen Spionage- und Sabotagegruppen, die ihre Untergrundtätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik ausüben, schafft eine Spannung in Berlin, die zu unerwünschten Folgen und zu besonderen Schwierigkeiten für die Bevölkerung West-Berlins führen muß.“

Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa, General *Anthony McAuliffe*, erklärt vor der Auslandspresse in Bonn, neue Waffen hätten die Kampfkraft der amerikanischen Truppen in Deutschland so verstärkt, daß im Falle eines Angriffs der Versuch gemacht werden könne, das ganze Gebiet von Westdeutschland zu verteidigen, anstatt bis zum Rhein zurückzugehen. Die amerikanischen Streitkräfte beabsichtigten, unter Verwendung taktischer Atomwaffen jeden Zentimeter Boden, den sie in Deutschland besetzt halten, zu verteidigen. Ein Aggressionsakt gegen Westdeutschland würde heute schon zu einem sehr kostspieligen Abenteuer werden.

15. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerates der DDR, *Heinrich Rau*, wird von der Leitung des Ministeriums für Maschinenbau entbunden und zum Minister für Außenhandel und Innerdeutschen

\*) Vgl. dazu auch die in der nächsten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats.



Handel berufen. Das Ministerium für Maschinenbau wird geteilt: Zum Minister für Schwermaschinenbau wird der bisherige Stellvertreter des Ministers für Maschinenbau, Erich Apel, zum Minister für Allgemeinen Maschinenbau der bisherige Staatssekretär im Ministerium für Maschinenbau, Helmuth Wunderlich, ernannt.

### Frankreich

1. Die Nationalversammlung billigt mit 379 gegen 219 Stimmen ein Gesetz, das für die Dauer von sechs Monaten einen sogenannten Dringlichkeitszustand in Algerien zur Bekämpfung der Unruhen einführt.
2. In einem Interview mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erklärt Ministerpräsident Edgar Faure, eine Entspannung der internationalen Lage hänge wesentlich von einer gemeinsamen Anstrengung aller interessierten Mächte ab, den berechtigten Sicherheitsbelangen jeder einzelnen von ihnen Rechnung zu tragen. — Außenminister Antoine Pinay bezeichnet am gleichen Tage in einer Rundfunkrede die Pariser Verträge als die Grundlage für den europäischen Aufbau; sie eröffneten den Weg zu einer deutsch-französischen Wiederaussöhnung. Das vordringlichste Problem bestehe nun darin, mit dem Osten zu verhandeln. Dabei dürfe jedoch nicht das Risiko eingegangen werden, getäuscht zu werden und mit Sicherheit zu einem Mißerfolg zu gelangen. Gespräche über die Vorbereitung einer solchen Konferenz seien bereits mit den Verbündeten Frankreichs im Gange.
- 2.—3. Tagung des Nationalkomitees der MRP in Paris. In einer Resolution spricht sich das Komitee für eine Erweiterung der Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf verschiedene andere Energiequellen, für die Schaffung einer Transportgemeinschaft, für die Verwirklichung einer europäischen Gemeinschaft der landwirtschaftlichen Absatzmärkte sowie für eine gemeinsame europäische Forschung auf dem Gebiete der Erzeugung von Atomenergie zu friedlichen Verwendungszwecken aus. Ferner heißt es in der Resolution, es werde jede Anstrengung gemacht werden, um die Schaffung eines Systems der gemeinsamen europäischen Rüstungsproduktion zu erreichen. Schließlich fordert das Komitee, daß die notwendigen Schritte zur Bildung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialrates unternommen werden.
7. Außenminister Antoine Pinay erklärt in einem Interview mit dem Progrès de Lyon, Frankreich werde die Ratifikationsurkunden für die Pariser Verträge hinterlegen, sobald das französisch-saarländische Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit endgültig unterzeichnet sein werde und die Fragen im Zusammenhang mit der Völklinger Hütte („Affaire Röchling“) im Saargebiet geklärt seien.
12. In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift United States News and World Report, das am 12. April auch im Figaro erscheint, bezeichnet Ministerpräsident Edgar Faure die Wiedervereinigung Deutschlands, den österreichischen Staatsvertrag und die europäische Sicherheit als besonders dringliche Probleme, die auf einer Viermächtekonferenz zur Sprache kommen müßten. Unter euro-

päischer Sicherheit verstehe er eine schrittweise Herabsetzung der Streitkräfte zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in einem Rahmen, der Europa weiterhin Sicherheit gewähre. Der sowjetische Vorschlag, gewisse europäische Gebiete ohne Streitkräfte zu belassen, könnte eine Lage schaffen, in der 175 sowjetische Divisionen nur einige Hundert Kilometer entfernt, die amerikanischen Streitkräfte hingegen auf der anderen Seite des Atlantik stünden. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa sei ganz allgemein eine Garantie für den Frieden und die Sicherheit. Auf eine Frage, ob er eine Lösung des Deutschlandproblems in dem Sinne befürworte, daß Deutschland nach einer Wiedervereinigung auf Grund freier Wahlen neutralisiert und abgerüstet bleibe, antwortet Faure, ein souveränes Land könne nicht durch äußeren Zwang neutralisiert werden. Ein entwaffnetes Deutschland würde eine militärische Leere im Herzen Europas entstehen lassen. Es sei daher notwendig, ein Minimum an Streitkräften in Deutschland zu belassen, ob es sich nun um deutsche Streitkräfte oder um Truppen der ehemaligen Besatzungsmächte handle. Das Problem bestehe darin, diese Streitkräfte im Westen und Osten zu begrenzen und auf einen Stand zu bringen, der eine Verminderung der Spannung ermögliche. Es bestehe auch die Möglichkeit, die getroffenen Vereinbarungen bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Atlantikpakt und der Wiederbewaffnung zu ändern, wenn durch den Erfolg einer Viererkonferenz eine neue Lage entstehen würde. Der französische Ministerpräsident spricht sich gegen eine Teilnahme Deutschlands an einer Viermächtekonferenz aus, da die Sowjetunion in einem solchen Falle die Teilnahme der ostdeutschen Regierung fordern und ein darüber entstehender Konflikt die Konferenz überhaupt in Frage stellen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland müsse allerdings zusammen mit den Westmächten an den Vorbereitungsarbeiten für eine Viermächtekonferenz teilnehmen.

13. Der Atlantikrat veröffentlicht den Entwurf eines Abkommens über den Austausch von Atominformationen, das auf Vorschlag der Vereinigten Staaten zwischen den Mitgliedern der NATO abgeschlossen werden soll. Der amerikanische Entwurf, der von einer Arbeitsgruppe der NATO erörtert wurde, wurde vom Atlantikrat am 2. März gebilligt und den Regierungen zur Unterzeichnung empfohlen.

### Großbritannien

4. Das Unterhaus billigt den Beitritt Großbritanniens zum türkisch-irakischen Verteidigungsvertrag vom 24. Februar 1955 (vgl. Zeittafel EA 8/1955 Großbritannien).
5. Premierminister Sir Winston Churchill tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird am 6. April der bisherige Außenminister, Sir Anthony Eden, ernannt. Neuer Außenminister wird Harold Macmillan, dessen Nachfolger als Verteidigungsminister der bisherige Versorgungsminister, Selwyn Lloyd. Zum Versorgungsminister wird Reginald Maudling ernannt.
15. Premierminister Sir Anthony Eden kündigt an, daß das Parlament am 6. Mai aufgelöst wird und Neuwahlen zum 26. Mai ausgeschrieben werden.

### Luxemburg

6. Das Parlament billigt die Pariser Verträge über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Atlantikpakt und die Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union mit 48 gegen 3 Stimmen.

### Oesterreich

5. Gemeinsame Erklärung der Westmächte über Oesterreich (vgl. den Wortlaut der Erklärung, der Stellungnahme der österreichischen Bundesregierung vom 6. April sowie den Wortlaut einer sowjetischen Oesterreicherklärung vom 9. April auf S. 7531 dieser Folge).
11. Eine Regierungsdelegation unter Führung von Bundeskanzler Julius Raab begibt sich zu Besprechungen über den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages nach Moskau. Die Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung werden am 12. April mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués abgeschlossen (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 7532 dieser Folge).

### Sowjetunion

- 5.—7. In Moskau findet eine Konferenz der landwirtschaftlichen Mitarbeiter der zentralen Nichtschwarzerde-Gebiete der Sowjetunion statt. Die Konferenz befaßt sich mit den Aufgaben der Kolchose, der Staatsgüter und Maschinen-Traktoren-Stationen bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, erklärt in einem Referat, bei richtiger Arbeitsorganisation könnten die gesteckten Ziele — Steigerung der Getreideerträge und der Erzeugnisse der Viehwirtschaft — bereits in zwei bis drei Jahren und nicht, wie vorgesehen, erst im Jahre 1960 erreicht werden.
9. Erklärung der Regierung gegenüber Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten zum

österreichischen Staatsvertrag (vgl. den Wortlaut auf S. 7531 dieser Folge).

Der Ministerrat unterbreitet dem Präsidium des Obersten Sowjets einen Antrag auf Annullierung des britisch-sowjetischen Bündnisvertrages vom 26. Mai 1942 und des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages vom 10. Dezember 1944.

11. Eine österreichische Regierungsdelegation unter Führung von Bundeskanzler Julius Raab trifft zu Besprechungen über den österreichischen Staatsvertrag in Moskau ein. Die am 12. April beginnenden Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung werden am 15. April mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués abgeschlossen, in dem sich die Sowjetunion zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages bereit erklärt und ihr Einverständnis gibt, daß die Besatzungstruppen der vier Mächte nach Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Oesterreich spätestens mit dem 31. Dezember 1955 aus Oesterreich abgezogen werden. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 7532 dieser Folge.)

### Ungarn

3. Der zum zehnten Jahrestag der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee in Budapest weilende Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion, K. J. Woroschilow, erklärt in einer Begrüßungsansprache, die Völker der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder würden aus der Ratifizierung der Pariser Verträge alle notwendigen Schlußfolgerungen ziehen und ihre Kräfte zur Stärkung der wirtschaftlichen Macht und der Verteidigungsfähigkeit ihrer Länder mobilisieren. Er fügt hinzu: „Die Pariser Verträge sind ratifiziert, aber noch wäre es nicht zu spät, ihrer Verwirklichung Einhalt zu gebieten und die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, des größten Gefahrenherdes für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges, zu verhindern.“

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AFRIKA

#### Aegypten

6. Unterzeichnung eines indisch-ägyptischen Freundschaftsvertrages in Kairo.

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

1. Der Senat billigt die Pariser Verträge mit 76 gegen 2 Stimmen. Am 7. April unterzeichnet Präsident Eisenhower die Ratifikationsurkunden.
11. Der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson spricht sich in einer Rundfunkrede gegen die Verteidigung der Inseln Matsu und Quemoy vor Formosa aus, weil die Vereinigten Staaten in einem Weltkriege, der eventuell wegen der Verteidigung dieser Inseln entstehen würde, ohne die moralische Unterstützung der asiatischen Nationen und selbst eines Teiles ihrer Verbündeten dastünden. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sollten vielmehr eine gemeinsame Erklärung abgeben, in welcher die Anwendung von Gewalt im Formosakonflikt verurteilt, jedoch fest-

gestellt wird, daß Formosa gegen eine Aggression gemeinsam verteidigt werde. Dazu erklärt Außenminister Dulles am 12. April, Stevenson habe die gleichen Schritte zu einer Friedensregelung in Formosa vorgeschlagen, welche die Regierung verfolge, jedoch mit dem Unterschied, daß er dabei die Belange des nationalchinesischen Verbündeten außer acht gelassen habe.

13. Präsident Eisenhower billigt das Abkommen über den Austausch von Informationen über Atomwaffen unter den NATO-Mächten, dessen Entwurf am gleichen Tage vom Atlantikrat veröffentlicht wird (vgl. Frankreich), und ermächtigt den ständigen Vertreter der Vereinigten Staaten bei der NATO, das Abkommen zu unterzeichnen.
14. Präsident Eisenhower ersucht den Kongreß in einer Sonderbotschaft um die Ermächtigung für den Beitritt der Vereinigten Staaten zu der Internationalen Zoll- und Handelsorganisation (Organization for Trade Cooperation = OTC), deren Errichtung auf der neunten Sitzung des Allgemeinen Zoll- und



Handelsabkommens (GATT) beschlossen wurde. Die Vereinigten Staaten hatten als erste am 21. März das Abkommen über die OTC und die anderen auf der Konferenz getroffenen Vereinbarungen unterzeichnet. In seiner Botschaft erklärt Präsident Eisenhower: „Ich halte die Gründe für eine Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten in der geplanten Organisation für sehr zwingend. Mit unserem Beitritt würden wir der freien Welt unser aktives Interesse an der Förderung des Handels unter den freien Nationen demonstrieren. Wir würden den Beweis für unseren Wunsch erbringen, in Handelsdingen ebenso unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit Ausdruck zu geben, wie wir es auf militärischem Gebiet hinsichtlich der Regionalpakte wie der Nordatlantilpaktorganisation und auf währungs- und finanztechnischem Gebiet hinsichtlich des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bereits getan haben...“

## ASIEN

### Burma

14. Ministerpräsident *U Nu* und der in Rangun weilende stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Vietnam, *Pham Van Dong*, betonen in einem gemeinsamen Kommuniqué, daß sie sich für die strikte Einhaltung der Genfer Abkommen über den Waffenstillstand in Indochina einsetzen werden. Sie bekräftigen ferner die sogenannten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die in dem indisch-chinesischen Vertrag über Tibet vom 29. April 1954 niedergelegt wurden (vgl. Zeittafel EA 14/1954).

### Chinesische Volksrepublik

4. Die Nachrichtenagentur *Neues China* veröffentlicht ein Kommuniqué des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, in dem mitgeteilt wird, daß vom 21. bis zum 31. März eine Landeskonzferenz der Kommunistischen Partei Chinas stattfand, die vom Zentralkomitee einberufen worden war. Die Tagesordnung der Landeskonzferenz umfaßte folgende drei Punkte: 1. Der erste Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und ein Bericht über diesen Plan. 2. Bericht über die gegen die Partei gerichtete Gruppierung von *Kao Kang* und *Jao Schu-schih*. 3. Die Schaffung von zentralen und örtlichen Kontrollkommissionen der Partei. — Die Parteikonferenz nahm nach längerer Aussprache zu jedem Punkt der Tagesordnung eine Resolution an und beschloß, eine zentrale Kontrollkommission einzurichten. Zu deren

Sekretär wählte sie *Dung Bi-wu*. Aus der Resolution über die parteifeindliche Gruppierung geht hervor, daß *Kao Kang* bis 1953 in Nordostchina und sodann in den zentralen Parteiorganen tätig war. Er hat inzwischen Selbstmord begangen. *Jao Schu-schih* war ebenfalls in Ostchina tätig und leitete später die Organisationsabteilung des Zentralkomitees. Beide hätten gegen das Zentralkomitee und das zentrale Politbüro der Partei gearbeitet und versucht, „die Rolle der Partei zu verkleinern“ und Parteimitglieder in der Armee gegen die Partei aufzuwiegeln. In der Resolution wird die Verschwörung als Ausdruck der „Kompliziertheit und Verschärfung des Klassenkampfes in China“ bezeichnet.

### Indien

- 6.—11. In Neu-Delhi findet eine „Konferenz asiatischer Länder zur Minderung der Spannungen in den internationalen Beziehungen“ statt. Die Konferenz billigt eine politische Entschließung, in der die „fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ — gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Partners, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliches Nebeneinanderleben — bekräftigt werden. Ferner wird das Verbot der Massenvernichtungswaffen und die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in den Sicherheitsrat unter gleichzeitigem Ausschluß Nationalchinas gefordert. In zwei anderen Resolutionen nimmt die Konferenz zum Kolonialismus und zu den arabischen Unabhängigkeitsbestrebungen Stellung. In einem Appell wendet sich die Konferenz an alle Völker Asiens, „zu einer Entwicklung des Geistes der Solidarität beizutragen, der auf einer widerspruchsfreien Anerkennung der fünf Grundsätze der Koexistenz beruht“.
12. Ministerpräsident *Nehru* und der in Neu-Delhi weilende stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Vietnam, *Pham Van Dong*, sprechen sich in einem gemeinsamen Kommuniqué für die sogenannten fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz aus; ferner erklären sie ihre Entschlossenheit, die Genfer Abkommen über den Waffenstillstand in Indochina zu erfüllen.

### Persien

6. Ministerpräsident *Fazlollah Zahedi* tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird Hofminister *Hussein Ala*, zum Außenminister wird *Abdullah Entezam* ernannt.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

4. Die israelische Delegation erhebt beim Sicherheitsrat Beschwerde gegen Zwischenfälle an der israelisch-ägyptischen Demarkationslinie. Der Rat beschließt am 6. April, vor Erörterung der israelischen Beschwerde einen Bericht der Waffenstillstandskommission über die genannten Zwischenfälle abzuwarten. Abschluß einer „Konferenz der nicht-gouvernementalen Organisationen zur Ueberwindung von Vorurteilen und Diskrimination“, die auf Veranlassung

des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) zum 31. März nach Genf einberufen worden war. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten *Vincent Auriol* stand und auf der 92 nichtgouvernementale Organisationen mit Konsultativstatus im ECOSOC vertreten waren, billigte Entschließungen in den Fragen der Diskriminierung, des Status der Frauen, der Erziehung und der aktiven Bekämpfung von Vorurteilen.

## Bücher und Broschüren

Albrecht, Karl: Weltwirtschaftliche Perspektiven. Vortrag, gehalten vor der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf am 15. März 1955. Berlin: Duncker & Humblot, o. J., 215 S. (Sonderdruck aus: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung, Heft 4).  
Annual Bulletin of Transport Statistics 1953. Bulletin Annuel de Statistiques de Transports 1953. Herausgegeben von der Economic Commission for Europe (ECE), Transport Division. Genf: United Nations 1955. 132 S., 7 Karten. (Englisch und Französisch.) (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 1,50.

Dieser statistische Bericht über die Entwicklung des Verkehrswesens in Europa im Jahre 1953 lehnt sich in seiner Gliederung an die gleichnamigen Berichte der vorangegangenen Jahre an. Er ist der bisher fünfte Jahresbericht dieser Art. Besonders wertvoll sind die mit umfassenden Kommentaren über die festgestellten verkehrspolitischen Entwicklungstendenzen versehenen Ueberblicke über die einzelnen Zweige des Verkehrswesens dort, wo sie zum Teil recht präzise Angaben auch über Osteuropa einschließlich der Sowjetunion enthalten.

Barton, Paul: Prague à l'Heure de Moscou. Analyse d'une démocratie populaire. Paris: Editions Pierre Horay 1954. 355 S. ffrs. 900.

Das reiche Dokumentenmaterial, das der Šlanský-Prozeß zutage gefördert hat, wird — unterstützt von einer genauen Kenntnis der Ausgangssituation — erschöpfend ausgewertet. So entsteht ein der offiziellen Prager Darstellung ziemlich entgegengesetztes Bild der Situation in der Tschechoslowakei zwischen dem Februar-Umsturz des Jahres 1948 und dem X. Parteikongreß im vergangenen Jahr. Die rivalisierenden und abwechselnd Oberhand gewinnenden Strömungen und Persönlichkeiten werden scharf herausgearbeitet (Gottwald — Šlanský — Zápotocký — Nejedlý). Trotz der sorgfältig angeführten Belegstellen bleibt hier manches freilich wohl doch nur Vermutung. Neben einer ins einzelne gehenden Darstellung des Parteiapparates nimmt die Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage breiten Raum ein. In diesen Kapiteln erreicht die Darstellung eine besondere Genauigkeit und Vollständigkeit. Darüber hinaus findet sich in dem Werk eine Fülle bisher unbekannt gebliebener Einzelheiten.

Die Beschäftigungslage in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1954. Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit. Bonn o. J. 63 S.

Dieser Bericht stellt die Fortsetzung einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Untersuchung über die Wirtschafts- und Beschäftigungslage im Jahre 1953 dar. Beide Berichte zusammengekommen ergeben einen Ueberblick über die Entwicklung des Beschäftigungsstandes seit 1950, zum Teil mit den Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit. Dabei wird herausgearbeitet, daß die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik im Jahre 1954 um 1 vH auf annähernd 50 Millionen gestiegen ist. Der im Erwerbsleben stehende Bevölkerungsteil hat gleichzeitig um 3 vH, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um mehr als 4 vH zugenommen. Während des Sommerhalbjahres 1954 sei der Zustand der Vollbeschäftigung praktisch erreicht gewesen, nachdem die Arbeitslosenzahl auf unter 5 vH der Arbeitnehmer gesunken war. Wirtschaftlich sei das Jahr 1954 überaus günstig verlaufen. Der wirtschaftliche Aufstieg des Jahres 1953 habe sich unvermindert fortgesetzt. Seine Ergebnisse lagen über dem Vorjahresstand. Die Zunahme des Sozialprodukts wird auf 8 bis 9 vH geschätzt. Masseneinkommen und Löhne seien gestiegen, die Preise bis zum Jahresende im wesentlichen stabil geblieben. Das Produk-

tionsvolumen sei um rund 12 vH größer gewesen als im Vorjahr, das Außenhandelsvolumen um nahezu 25 vH.  
Bülck, Hartwig: Das Recht auf Heimat. o. O. u. J. 33 S. (Schriften der Grenzakademie Sankelmark, Heft 9).

Les Discriminations d'Ordre Economique envers les Etrangers. Herausgeber: Mouvement Européen. Brüssel: Imprimerie des Sciences 1954. 78 S. (Ligue Européenne de Coopération Economique, No. 16).

Gradl, Johann Baptist: Wege zur Wiedervereinigung. Frankfurt am Main: Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e. V. 1955. 12 S. (Burschenschaftliche Bücherei, Neue Folge, Heft 12). DM 0,35.

Hampel, Gustav: Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Europäische Integration. Kiel 1955. 169 S. (Kieler Studien, Nr. 33). DM 18,—.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß es in der Sozialpolitik der einzelnen europäischen Länder integrationsfördernde und integrationshemmende Faktoren und Tendenzen gibt, bemüht sich der Verfasser dieser Studie um die Darlegung der Bedeutung der Sozialpolitik gegenüber den Bestrebungen um eine wirtschaftliche Integration Westeuropas. Dabei wird trotz aller bestehenden Unterschiede vor allem auf die Gemeinsamkeiten verwiesen und aufgezeigt, in welchem entscheidendem Maße die Sozialpolitik mitbestimmend ist für das Verhältnis von Beschäftigungsstand und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig wird untersucht, in welchem Maße Quantität und Qualität der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in Europa durch die Sozialpolitik beeinflußt werden. Dabei kommt es dem Verfasser vor allem darauf an, auf die von ihm erkannten grundsätzlichen Probleme aufmerksam zu machen, die sich bei einer Integration Europas auf dem Sektor der Sozialpolitik ergeben und die nach Ansicht des Verfassers gelöst werden müssen, ehe an die Erörterung detaillierter Fragen herangegangen werden kann. Es wird betont, daß es auf lange Sicht zwischen den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen einer Integration keine Konkurrenz geben dürfe. Die Studie wird besonders wertvoll durch eine sehr sorgfältig ausgearbeitete vergleichende Uebersicht, in der die in verschiedenen westeuropäischen Ländern gegebenen Sozialsysteme nebeneinandergestellt wurden.

d'Harcourt, Robert, Heinrich Hellwege, Denis de Rougemont et Jacques Tessier: Dix ans d'Efforts pour Unir l'Europe 1945—1955. Paris: Bureau de Liaison Franco-Allemand 1955. 127 S. ffrs. 200.

Institutes and their Publics. Proceedings of the International Conference of Institutes of International Affairs, New York, October 1953. New York: Carnegie Endowment for International Peace o. J. 156 S.

Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken. Herausgegeben vom Verein Deutscher Bibliothekare. Jahrgang 36. Wiesbaden: Otto Harassowitz 1955. 441 S. DM 18,—.

Kitsche, Adalbert: Die öffentlichen Finanzen im Wirtschaftssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1954. 64 S.

Matthias, Erich: Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Tübingen 1954. 128 S. (Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, Nr. 11). (Als Manuskript vervielfältigt). DM 9,—.

Diese Studie, die als ein Entwurf gewertet werden will und als Grundlage für eine größere Arbeit dienen soll, untersucht an Hand der erreichbaren Dokumente die Geschichte der sozialdemokratischen Ostpolitik, wobei der Ver-



fasser zur Feststellung gelangt, daß sich in der sozialdemokratischen Stellung zu den Ostfragen „parteitaktische, innenpolitische und nationalstaatlich-außenpolitische Motive mit Momenten einer übernational-demokratischen und einer übernational-proletarischen Außenpolitik vereinigen“. Dabei dürfe als Hintergrund nie der eingeschränkte Erfahrungshorizont der Partei aus den Augen gelassen werden, die unter den besonderen Bedingungen des deutschen Kaiserreiches, in dem keine politische Partei ihre echte Funktion habe erfüllen können, groß geworden war und keine Möglichkeit gehabt habe, auf die Gestaltung der Außenpolitik mitbestimmend einzuwirken.

Der Einblick, den diese Studie in einen wichtigen Abschnitt der sozialdemokratischen Aktivität gewährt, ist für das Verständnis der heutigen Stellung der Sozialdemokraten äußerst wertvoll. Der Verfasser warnt jedoch davor, diesem historischen Rückblick voreilig verallgemeinernd Maßstäbe zur Beurteilung der gegenwärtigen Politik der Sozialdemokratie zu entnehmen. Traditionsgebundene und neue Elemente müßten dabei sorgsam gegeneinander abgewogen werden.

Die Mitgliedsfirmen der Montan-Union. Frankfurt am Main: AGENOR Druck- und Verlags-GmbH 1955. 127 S. DM 12,—.

Noell, Günter: Industrie und Landwirtschaft. Vortrag, gehalten auf dem Deutschen Bauerntag in Münster/Westf. am 19. September 1953. Offenbach am Main: Widi-Druck o. J. 19 S.

Un Plan de Solidarité Européenne. En Faveur des régions déshéritées de l'Europe meridionale. Brüssel: Imprimerie des Sciences 1954. 15 S. (Ligue Européenne de Cooperation Economique, No. 17).

Political Handbook of the World. Parliaments, Parties and Press as of January 1, 1955. Edited by Walter H. Mallory. New York: Council on Foreign Relations, Inc. 1955. 230 S. \$ 3,75.

Zum 28. Male erscheint dieses Jahrbuch, das sich zur Aufgabe gemacht hat, in stichwortartiger Form die grundlegenden Informationen über die Zusammensetzung der Regierungen, die Programme der Parteien und die politische Orientierung der wichtigsten Publikationen zu geben. Ebenfalls berücksichtigt ist die Organisation der Vereinten Nationen. Dieses Buch wird auch weiterhin unter den praktischen Nachschlagewerken überall dort seinen Platz behaupten, wo einzelne Daten über die einzelnen Länder der Erde schnell und zuverlässig überprüft werden sollen.

The Price of Oil in Western Europe. Prepared by the Secretariat, Economic Commission for Europe. Genf: United Nations 1955. 50 S., 18 Tabellen und 10 graphische Darstellungen. (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). (Hektographiert; E/ECE/205). sfrs. 1,50.

Dieser von den großen Erdölgesellschaften heftig kritisierte und unter anderem auch von der Regierung der Vereinigten Staaten scharf abgelehnte Bericht der ECE stellt eine Untersuchung der Struktur der Mineralölpreise in Westeuropa dar. Dabei wird den großen Erdölgesellschaften vorgeworfen, kartellartige Preisabsprachen getroffen zu haben, auf Grund deren ein Barrel Erdöl bei Produktionskosten von 0,30 Dollar für 1,75 Dollar verkauft werde. Der europäische Erdölpreis sei an denjenigen der Vereinigten Staaten gekoppelt. Bei Aufhebung dieser Bindung könnten nach Ansicht der ECE die auf dem westeuropäischen Markt geforderten Preise wesentlich gesenkt werden, und zwar ohne nachteilige Folgen für den weiteren Ausbau der Erdölzerzeugung im Nahen Osten.

Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1955. 152 S. (Zu beziehen durch Alexander Horn, Wiesbaden). (E/2670; ST/ECA/29). \$ 1,50.

Hier wird von den Vereinten Nationen die erste Studie über die Bedeutung der Wirtschaftshilfe für die sogenannten „rückständigen“ Gebiete der Welt vorgelegt, in der in erster Linie die Hindernisse herausgestellt werden, die das Wirksamwerden dieser Hilfe erschweren. Die Studie geht auf eine Initiative des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) zurück. Die Studie hebt hervor, daß die Regierungen der „rückständigen“ Gebiete die Verwendung von Investitionen aktiver überwachen sollten, um eine möglichst produktive Nutzbarmachung zu gewährleisten. Außerdem dürfe in den „rückständigen“ Gebieten nicht der Fehler gemacht werden, die Bemühungen ausschließlich auf den industriellen Sektor zu konzentrieren. Vielmehr müsse gleichzeitig auch die Landwirtschaft in entsprechendem Maße gefördert werden, um zu verhindern, daß es zu ernststen Störungen der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse kommt.

Rentier, Jeanine: L'Activité du Conseil de l'Europe dans le Domaine Social. Liège: Georges Thone 1954. 206 S. (Collections Scientifiques de la Faculté de Droit de l'Université de Liège).

Sauer, Hermann: Europäische Weltpolitik in Evangelischer Sicht. Aufsätze zur Neuorientierung des deutschen Menschen. Stuttgart: Klotz-Verlag o. J. 60 S. DM 2,30.

Schreiber, Jürgen: Wehrdienstverweigerung als juristisches Problem. Rundfunkvortrag, gehalten am 2. November 1954 im Nordwestdeutschen Rundfunk. Bonn: Selbstverlag 1954. 8 S.

The Social Sciences. Paris: UNESCO 1955. 64 S. (UNESCO and its programme, No. 12). \$ 0,25.

Statement on Defence 1955. Presented by the Minister of Defence to Parliament by Command of Her Majesty. London: Her Majesty's Stationery Office 1955. 30 S. (Cmd. 9391). 1 s.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttgheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# Zum völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Stand Südwestafrikas

*Von Dr. Heinrich Stuebel*

In Artikel 119 des Versailler Vertrages verzichtete Deutschland auf seine Kolonien zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte, d. h. von Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und den Vereinigten Staaten. Sie übten zunächst die Souveränität über die Kolonien aus. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages übertrugen sie die Verwaltung auf die Mandatare, über die sie sich bereits vorher geeinigt hatten.

Unter den Mandatsgebieten nimmt Südwestafrika eine Sonderstellung ein. Es ist das einzige Mandatsgebiet, das mit seinem Mandatar, der Südafrikanischen Union, eine gemeinsame Grenze hat, woraus sich das Streben der Union nach einem engeren politischen Zusammenschluß erklärt. Ferner wurden nur in Südwestafrika die Deutschen im Lande belassen, während alle anderen Mandatare von ihrem Recht Gebrauch machten, die Deutschen auszuweisen. Schließlich vertritt die Südafrikanische Union in der Rassenfrage einen von den übrigen Mandatsmächten abweichenden Standpunkt, was zum Konflikt mit den Vereinten Nationen wegen Südwestafrika führte. Diese Faktoren haben neben der Eigenart der Wirtschaftsstruktur dem innen- und außenpolitischen Schicksal des Gebietes sein besonderes Gepräge gegeben. Wie die folgende Darstellung zeigt, ist die Entwicklung des völkerrechtlichen mit der Entwicklung des staatsrechtlichen Standes stets eng verknüpft gewesen. Aus Gründen der Klarheit und Uebersichtlichkeit erschien es aber zweckmäßig, jede für sich zu behandeln. Dabei ließen sich Ueberschneidungen nicht vermeiden.

## Die Entwicklung des völkerrechtlichen Standes Südwestafrikas

### Ursprung und Rechtsquellen des Mandatsystems<sup>1</sup>

Das Mandatssystem hat seinen Ursprung in den Reden des Präsidenten *Wilson* vor dem amerikanischen Kongreß am 8. Januar und 11. Februar 1918. In ihnen forderte er „eine freie, großzügige und absolut unparteiische Regelung aller Kolonialansprüche, die sich auf eine strenge Beobachtung des Prinzips gründe, daß bei Bestimmung aller Fragen der Souveränität das Interesse der betroffenen Bevölkerungen das gleiche Gewicht wie die billigen Ansprüche derjenigen Regierungen haben müßten, deren Rechtsansprüche zu bestimmen seien“. Völker und Provinzen dürften nicht wie Waren oder Schachbauern von Land zu Land verschoben werden, und jede territoriale Aenderung müsse im Interesse und zum Vorteil der betroffenen Bevölkerungen erfolgen. Durch diese Grundsätze wurden die Annexionsabsichten, die vor allem Frankreich und die britischen Dominien auf die deutschen Kolonien hatten, vereitelt. Vor Abschluß des Waffenstillstandes verpflichteten sich die alliierten Mächte den Vereinigten Staaten gegenüber, diese Grundsätze den Friedensbedingungen zugrunde zu legen. In ihrer Kollektivnote vom 16. Juni 1919 an Deutschland bezeichneten sie die mit der Verwaltung der Kolonien beauftragten Staaten ausdrücklich als Treuhänder.

Die Rechtsquellen des Mandatsystems sind der Friedensvertrag von Versailles (abgekürzt V. V.) und

der Berliner Friedensvertrag. Teil I des V. V. — die Völkerbundsatzung — stellt in Artikel 22 die Grundsätze auf, nach denen die deutschen Kolonien und gewisse Teile der Türkei gemäß den Wünschen des amerikanischen Präsidenten verwaltet werden sollen. Oberster Grundsatz ist „das Wohlbefinden und die Entwicklung der Bevölkerungen“, die „eine heilige Mission der Zivilisation“ seien. Entsprechend dem Entwicklungsstand, der geographischen Lage und den wirtschaftlichen Bedingungen soll der Charakter des Mandats unterschiedlich sein. In der höchsten Stufe befinden sich die abgetretenen türkischen Provinzen, die bis zu ihrer Selbständigkeit nur noch des Rates und der Unterstützung bedürfen (A-Mandate). Die zweite Gruppe, zu der die west- und ostafrikanischen Besitzungen Deutschlands gehören, soll vom Mandatar verwaltet und in besonders aufgeführten Punkten, wie z. B. Unterdrückung des Sklavenhandels, des Verkaufs von Waffen und Alkohol, überwacht werden (B-Mandate). Die größten Machtbefugnisse werden dem Mandatar für die unterste Gruppe, die C-Mandate, zugestanden. Zu ihr gehören Südwestafrika (abgekürzt SWA) und die Inseln im nördlichen Stillen Ozean. Sie könnten am besten nach den Gesetzen des Mandatars als ein integraler Teil seines Gebietes verwaltet werden. Die Kontrolle über die Verwaltung



aller Mandate soll der Völkerbund ausüben, an den der Mandatar jährlich Berichte einzureichen hat, die von einer Ständigen Mandatskommission geprüft werden. Ausführungsbestimmungen über den Umfang der Befugnisse und die Kontrolle über die vom Mandatar auszuübende Verwaltung sollten vom Völkerbundsrat erlassen werden, sofern sie nicht vorher von den Mitgliedern des Völkerbundes gebilligt worden seien.

Aus der Tatsache, daß Artikel 22 ein Teil des V. V. ist und Teil IV. mehrfach auf Artikel 22 Bezug nimmt, geht hervor, daß Deutschland seine Kolonien unter der Voraussetzung abgetreten hat, daß sie nach den Bestimmungen des Artikels 22 verwaltet werden. Eine Aenderung des Mandatsystems bedarf der Zustimmung Deutschlands als Signatar des V. V. Von seinem Recht auf Einhaltung des Artikels 22 hat das Reich mehrfach Gebrauch gemacht. Es hat in einer Note an die 1. Völkerbundsversammlung gegen eine Verfügung des Rates protestiert, die eine Verletzung der Satzung enthielt<sup>2</sup>. Es hat ferner in einem Memorandum vom 10. September 1925 unter Berufung auf seine Eigenschaft als Signatar des V. V. gegen Maßnahmen Belgiens protestiert, die das Mandatsrecht verletzen<sup>3</sup>.

Da die Vereinigten Staaten den V. V. zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert hatten, bedurfte es einer Sonderregelung, um ihre Beteiligung an dem Mandatsystem zu ermöglichen. In dem Berliner Friedensvertrag vom 26. August 1921 gewährt Deutschland den Vereinigten Staaten „alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, zu denen sie unter dem V. V. berechtigt wären“. Da sie aber nicht an die Völkerbundsatzung und damit auch nicht an Artikel 22 gebunden waren, verlangten sie in einer Note vom 21. Februar 1921 an den Völkerbundsrat, an der Diskussion über die Mandatsatzungen beteiligt zu werden. Dieser Forderung stimmte der Rat zu. Da die Mandatsatzungen der C-Mandate bereits am 17. Dezember 1920 vom Rat genehmigt worden waren, konnten die Vereinigten Staaten sich nur an den Satzungen für die B-Mandate und das C-Mandat Japans beteiligen. Sie haben sie in Verträgen mit den Mandataren anerkannt (Mandat-erkenntnisverträge). Eine Anerkennung der übrigen C-Mandatsatzungen durch die Vereinigten Staa-

ten ist nicht erfolgt, doch wird eine stillschweigende Zustimmung angenommen, da die Mandatsatzungen der übrigen Mandate mit denen des japanischen C-Mandats gleichlauten.

Die Mandatsatzungen enthalten die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 22 des V. V. Ihrer Rechtsnatur nach sind sie zwischen dem Völkerbundsrat und den Mandataren geschlossene Verträge, in denen sich die Mandatare zur Durchführung internationaler Verwaltungsaufgaben, in erster Linie Förderung der Wohlfahrt und Entwicklung der Bevölkerungen sowie Wahrung der Menschenrechte in den Mandatsgebieten verpflichten. Die Überwachung und Kontrolle werden durch den Rat ausgeübt, an den der Mandatar jährlich zu berichten hat. Die Berichte werden durch eine Ständige Mandatskommission geprüft, die ihre Ergänzung durch die Mandatare verlangen kann. Im Jahre 1926 genehmigte die Kommission einen Fragebogen, nach dem die Mandatsmächte ihre Berichte zusammenzustellen haben. Zu einer Aenderung der Satzungen ist die Zustimmung des Rates erforderlich.

Eine Erweiterung der internationalen Kontrollbefugnisse wurde durch das Petitionsrecht geschaffen. Auf Grund einer Entschliebung der Vollversammlung des Völkerbundes beschloß der Rat am 31. März 1923 die „Procédure à suivre des pétitions relatives aux habitants des territoires sous mandat“. Petitionen sind alle Informationen, die den Kontrollorganen des Völkerbundes direkt von Dritten zugeleitet werden. Sie können entweder von Bewohnern des Landes oder von anderen Personen ausgehen. Im ersteren Falle müssen sie durch die Behörden des Mandatars an das Sekretariat des Völkerbundes mit einer Stellungnahme des Mandatars eingereicht werden. Im letzteren Falle entscheidet der Präsident der Ständigen Mandatskommission, ob sie bedeutungsvoll genug erscheinen, um an den Mandatar zur Stellungnahme weitergeleitet zu werden. Dieser hat innerhalb von sechs Monaten die Petition mit seinen Bemerkungen zurückzusenden. Die Petitionen werden von der Ständigen Mandatskommission geprüft, die die berechtigten Beschwerden dem Rat mitteilt. Dieser entscheidet als ausschließliches Kontrollorgan und teilt seine Entscheidung sowohl dem Mandatar wie dem Petitionär mit.

### Südwestafrika als Mandatsgebiet des Völkerbundes

Das Mandat der Südafrikanischen Union über SWA gründet sich auf die Satzung vom 17. Dezember 1920, die für das Territorium am 1. Januar 1921 in Kraft trat. Nach Artikel 1 fallen die Grenzen des Mandatsgebietes mit denen des früheren deutschen Schutzgebietes zusammen. Die Uebertragung findet formell auf den englischen König für die Regierung der Union statt, weil diese damals noch kein souveräner Staat war und daher nicht das Recht exterrito-

riorialer Gesetzgebung hatte, das sie erst nach Erlass des Statutes von Westminster 1931 besitzt. Artikel 2 gibt dem Mandatar die Vollmacht, das Gebiet als einen integralen Teil der Union zu verwalten und ihre Gesetze unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse anzuwenden. Die Förderung des materiellen und moralischen Wohles und des sozialen Fortschritts der Eingeborenen wird besonders hervor-gehoben. Artikel 3, 4, 5 führen die Pflichten des

Mandatars im einzelnen auf: Verbot des Sklavenhandels, der Zwangsarbeit, des Waffenhandels, des Verkaufs von Alkohol an die Eingeborenen, ihrer militärischen Ausbildung, der Anlage von militärischen Befestigungen und Stützpunkten, die Aufrechterhaltung von Ordnung und Moral, Gewissens- und religiöse Freiheit und schließlich die Einwanderungs-, Wohn- und Bewegungsfreiheit für alle Missionare, soweit sie Bürger eines Mitgliedes des Völkerbundes sind. Artikel 6 enthält die Pflicht zur jährlichen Berichterstattung. Nach Artikel 7 bedarf die Aenderung der Satzung der Zustimmung des Völkerbundsrates. In demselben Artikel wird bestimmt, daß bei Streitigkeiten über die Auslegung der Satzung zwischen dem Mandatar und einem Mitglied des Völkerbundes der Ständige Internationale Gerichtshof zuständig ist.

Das Verhältnis zwischen dem Völkerbund und der Union als Mandatar SWA's entwickelte sich bis zur Auflösung dieser Organisation im Jahre 1946 ohne erhebliche Reibungen, da grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht auftraten. Das Interesse der Ständigen Mandatskommission an den Eingeborenen beschränkte sich im allgemeinen auf vorsichtige Fragen. Ihr Hauptaugenmerk war auf die formale Innehaltung der Mandatsatzung gerichtet. So beanstandete sie, daß im Jahre 1922 das Unionsparlament die Verwaltung der Eisenbahnen und Häfen auf die Eisenbahnverwaltung der Union „als einen integralen Teil des Unionsystems“ übertragen habe<sup>4</sup>, da dies im Widerspruch zu einer Entschließung der Mandatskommission vom 9. Juni 1926 stand, derzufolge die Mandatare kein Recht auf das öffentliche Eigentum in den Mandatsgebieten hätten. Im Jahre 1930 beschloß daher das Unionsparlament, die Verwaltung von Eisenbahnen und Häfen auf den Generalgouverneur rückzuübertragen<sup>5</sup>. Das Gesetz hatte aber nur formale Bedeutung. In der Praxis blieb die Verwaltung gemeinsam, da dies aus finanziellen Gründen im Interesse SWA's lag.

Ferner widersprach die Uebertragung der Verwaltung des schwer zugänglichen Caprivi-Zipfels auf den Hochkommissar von Südafrika und seine Unterstellung unter den Gouverneur von Betschuanaland dem Artikel 1 der Mandatsatzung. Auch diese Maßnahme wurde von der Unionsregierung zurückgenommen und der Gebietsteil ab 1929 erneut der Verwaltung von SWA angegliedert<sup>6</sup>. (Im Jahre 1939 wurde die Verwaltung des östlichen Teils des Caprivi-Zipfels durch Proklamation auf die Union übertragen<sup>7</sup> und diese Proklamation im Jahre 1951 legalisiert<sup>8</sup>).

Anfang der 30er Jahre machten sich unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise in Frankreich und England Bestrebungen bemerkbar, durch Vereinigung von Mandatsgebieten mit anderen Kolonien die Verwaltung zu rationalisieren. In SWA verlangte im Jahre 1934 die Landesversammlung in Windhuk die

Eingliederung des Landes in die Union als fünfte Provinz. Die Mandatskommission sprach sich aber mit großer Mehrheit dagegen aus, und Ministerpräsident General *Hertzog* erklärte sich in der 27. Session der Mandatskommission bereit, vor jeder Entscheidung über die geplante Reform in SWA den Völkerbundsrat und die Kommission zu verständigen. Trotz dieser Erklärung zeigte sich die Mandatskommission sehr besorgt, als ihr der Bericht der SWA-Kommission zugeing, in dem diese erklärte, daß die gegenwärtige Verfassung SWA's ein Versager sei und abgeschafft werden müsse, und ferner, daß kein gesetzliches Hindernis bestünde, SWA als fünfte Provinz in die Union einzugliedern. *Hertzog* beeilte sich, der Mandatskommission zu versichern, daß seine Regierung keine Aenderung der Verfassung beabsichtige, da sie sich davon keine Besserung der bestehenden Verhältnisse verspräche<sup>9</sup>.

Die dilatorische Behandlung der Verfassungsfrage SWA's war der Opposition der Deutschen zuzuschreiben, auf die im zweiten Teil dieses Beitrags näher eingegangen wird. Der Völkerbund hatte nur noch geringes Ansehen und hätte die Eingliederung SWA's in die Union nicht verhindern können. Dagegen hatten die Deutschen den Rückhalt des Reiches. Auf einen Konflikt mit Deutschland wollten es aber *Hertzog* und sein persönlicher Freund *Oswald Pirow*, Verteidigungsminister und Mitglied des inneren Kabinetts, nicht ankommen lassen, zumal sie beide deutsch- und sogar *Hitler*-freundlich waren. Die Regelung des SWA-Problems dachte sich *Hertzog* im Rahmen einer Neuordnung der gesamten Kolonialfragen, bei der das Reich seine Kolonien zum größten Teil zurückerhalten sollte. SWA nahm er jedoch davon aus, weil sich dort bereits 18 000 Südafrikaner angesiedelt hätten<sup>10</sup>. Er war aber bereit, an Deutschland für den endgültigen Verzicht auf SWA eine Entschädigung von 50 Millionen Pfund Sterling zu zahlen<sup>11</sup>.

Der Kriegsausbruch änderte die Lage von Grund auf. Ein großer Teil der Deutschen wurde interniert, allen naturalisierten Deutschen durch Gesetz von 1942 die britische Staatsangehörigkeit abgesprochen, soweit sie nicht als Freiwillige in der südafrikanischen Wehrmacht dienten oder nächste Angehörige von Freiwilligen waren. Obwohl damit ein Haupthindernis für die Beseitigung des Mandatsystems fortgefallen war und die Landesversammlung in Windhuk im Mai 1943 einstimmig eine Entschließung annahm, die Unionsregierung zu ersuchen, das Mandatsystem zu beenden und die Einverleibung zu vollziehen, nutzte die Unionsregierung die Kriegswirren nicht aus. SWA blieb Mandatsgebiet. Offenbar wollte Ministerpräsident *Smuts* seine zahlreichen Freunde in der Welt nicht durch einen einseitigen Akt vor den Kopf stoßen, zumal er auf Grund seines internationalen Ansehens hoffen konnte, sein Ziel auf dem Verhandlungswege zu erreichen.



## Das Treuhandschaftssystem der Vereinten Nationen

Die Charta der Vereinten Nationen (abgekürzt V.N.) schuf eine neue internationale Ordnung nicht nur für die bisherigen Mandatsgebiete, sondern auch für die abgetretenen Gebiete Italiens und Japans sowie für die Gebiete ohne Selbstverwaltung, die der Kontrolle des Völkerbundes nicht unterstanden hatten. Die Erklärung über die Gebiete ohne Selbstverwaltung enthält Kapitel XI, die Einzelheiten des Treuhandschaftssystems Kapitel XII und die Zusammensetzung, Aufgaben, Befugnisse usw. des Treuhandschaftrates Kapitel XIII der Charta.

Die Ziele des neuen Systems gehen über die des Mandatsystems hinaus: Außer der Förderung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Fortschritts der Bewohner der Gebiete und ihrer fortschreitenden Entwicklung zur Selbstverwaltung oder Unabhängigkeit werden Förderung des internationalen Friedens und der Sicherheit, Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied, Anerkennung der Interdependenz der Völker der Welt und die gleiche Behandlung für alle Mitglieder der V.N. und ihrer Bürger in sozialer, wirtschaftlicher und kommerzieller Beziehung sowie in der Rechtsprechung gefordert.

An die Stelle des Völkerbundsrates tritt als oberstes Kontrollorgan die Generalversammlung der V.N., an die Stelle der Ständigen Mandatskommission der Treuhandschaftrat. Er soll mit den einzelnen Staaten wegen der ihnen unterstehenden Gebiete Treuhand-Abkommen schließen, in denen das Gebiet, die Verwaltungsbefugnisse, die Pflichten und Rechte der „Verwaltungsmacht“ und anderes festgelegt werden. Der Abschluß der Abkommen ist freiwillig. Kein Staat kann dazu gezwungen werden. Wenn ein früherer Mandatar des Völkerbundes kein Treuhand-Abkommen abschließen will, so bleibt das betreffende Gebiet Mandatsgebiet, aber unter der Kontrolle der V.N.<sup>12</sup> Mit Ausnahme der Südafrikanischen Union

haben alle Mandatare derartige Abkommen abgeschlossen.

Zu den Kontrollbefugnissen der Ständigen Mandatskommission sind periodische Besuche von Kommissionen in den Treuhand-Gebieten hinzugekommen. Dadurch können sich die V.N. einen persönlichen Eindruck von den dort herrschenden Zuständen verschaffen. Der Gebrauch des Petitionsrechtes wird dadurch erleichtert, daß Petitionen nicht mehr über die Verwaltungsmacht, sondern direkt an den Generalsekretär der V.N. gerichtet werden können. Sie können auch der Generalversammlung mündlich vorgetragen werden, wie der Fall des Reverend Michael Scott im Jahre 1949 beweist.

Noch mehr als die Erweiterung der Kontrollbefugnisse und die Erleichterung des Petitionsrechtes hat die Zusammensetzung des obersten Kontrollorgans einen Wandel verursacht. Während im Völkerbundsrat die europäischen Mächte tonangebend waren, sehen sich die Verwaltungsmächte in der Generalversammlung der V.N. einer erdrückenden Mehrheit der arabischen, asiatischen, mittel- und südamerikanischen Staaten gegenüber, die, von der Sowjetunion und ihren Satelliten unterstützt, keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um an der Behandlung der Eingeborenen scharfe Kritik zu üben. Den heftigsten Angriffen ist die Südafrikanische Union ausgesetzt, da sie ihre traditionelle Politik der Rassentrennung nicht nur fortsetzt, sondern unter der Nationalen Regierung verschärft hat, während alle übrigen Länder den Grundsatz der Rassengleichheit wenigstens in der Theorie anerkennen.

Die Meinungsverschiedenheit über den völkerrechtlichen Stand SWA's führte unter diesen Umständen zu einem grundsätzlichen Konflikt, in dem sich die Union im allgemeinen nur von den alten Kolonialmächten sowie von Australien und Neuseeland unterstützt sah.

## Der Konflikt der Union mit den Vereinten Nationen<sup>12a</sup>

Während der Konferenz der V. N. über die neue Weltorganisation kündigte die Unionsregierung am 7. Mai 1945 ihre Absicht auf Einverleibung SWA's durch Ueberreichung eines Memorandums an, in dem die Ergebnisse einer Befragung der weißen und farbigen Bevölkerung über den zukünftigen Stand des Mandatsgebietes veröffentlicht wurden<sup>13</sup>. Danach wünschten die Gesamtheit der weißen und die überwältigende Mehrheit der farbigen Bevölkerung die Beendigung des Mandats und die Einverleibung in die Union. Am 17. Oktober 1946 sandte der südafrikanische Gesandte in Washington ein ähnliches Memorandum an den Generalsekretär der V.N. mit der Bitte, es der Generalversammlung vorzulegen. Diese beschloß am 16. Dezember 1946, den Antrag

abzulehnen und der Unionsregierung vorzuschlagen, wegen SWA ein Treuhand-Abkommen abzuschließen. Am 23. Juli 1947 teilte der südafrikanische Gesandte mit, daß seine Regierung keine gesetzliche Verpflichtung zur Unterstellung SWA's unter das Treuhandschaftssystem anerkennen könne. Sie ordne sich jedoch der Entscheidung der Generalversammlung unter und nähme trotz des Wunsches der Bevölkerung von einer Einverleibung Abstand. SWA würde weiter im Geiste des Mandats verwaltet, und Berichte zur Information würden auch in Zukunft übersandt werden. Ein Bericht über die Verwaltung SWA's für das Jahr 1946 wurde am 12. September 1947 dem Generalsekretär überreicht mit dem Bemerken, daß er freiwillig abgestattet würde und daraus keine Verpflichtung für die Zukunft abgeleitet werden könne.

Der Bericht wurde im Juli 1948 zusammen mit Antworten auf 50 Fragen, die der Treuhandschaftsrat zusätzlich gestellt hatte, von diesem geprüft und scharfe Kritik an der Behandlung der Eingeborenen geübt.

Durch den Regierungswechsel in Pretoria im Mai 1948 begann ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen V.N. und Union. Während der bisherige Regierungschef, Feldmarschall *Smuts*, mit der Weltorganisation in Frieden auszukommen bestrebt war und ihren Entscheidungen nach Möglichkeit Rechnung trug, scheute die Nationale Regierung vor einem offenen Konflikt nicht zurück. Am 11. Juli 1949 teilte der Vertreter der Union bei den V.N. dem Generalsekretär mit, daß seine Regierung die Berichterstattung über SWA einstelle, da die an dem Bericht für 1946 geübte Kritik unberechtigt sei und den inneren Frieden in SWA und in der Union störe. Gleichzeitig machte er auf den SWA Affairs Amendment Act No. 23 von 1949 aufmerksam, der das Maß der Selbstverwaltung des Gebietes erhöhe.

Die Weigerung der Unionsregierung, die Berichterstattung über SWA fortzusetzen, löste stürmische Debatten in der Generalversammlung vom September bis Dezember 1949 aus. Der Vertreter der Union erinnerte daran, daß der Bericht über SWA für 1946 freiwillig und in der Annahme erfolgt sei, daß die V.N. keine Kontrolle über das Gebiet hätten. Obwohl seine Regierung ausdrücklich betont hätte, daß der Bericht lediglich zur Information und unter denselben Bedingungen wie die Berichte derjenigen Länder, die Gebiete ohne Selbstverwaltung besäßen, abgestattet worden sei, wäre er dazu benutzt worden, seine Regierung aufs schärfste anzugreifen. Der SWA Affairs Amendment Act von 1949 widerspräche nicht dem Mandat, in dessen Geist SWA noch weiter verwaltet würde. Durch ihn sei SWA kein Teil, sondern ein Teilhaber der Union geworden. Die Mehrheit der Versammlung lehnte den Standpunkt der Union ab und hielt sie für verpflichtet, ein Treuhand-Abkommen abzuschließen. Sie beschloß, den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten (advisory opinion) über folgende Fragen zu ersuchen:

„Welches ist der internationale Stand des Gebietes von SWA und welche Verpflichtungen ergeben sich daraus für die Südafrikanische Union, und im besonderen:

- a) Hat die Südafrikanische Union weiter internationale Verpflichtungen unter dem Mandat für SWA und, wenn ja, welches sind diese Verpflichtungen?
- b) Sind die Bestimmungen des Kapitels XII der Charta auf das Gebiet von SWA anwendbar, und wenn ja, in welcher Weise?
- c) Hat die Südafrikanische Union das Recht, den internationalen Stand des Gebietes von SWA zu ändern, oder verneinenden Falls, bei wem liegt die Zuständigkeit, den internationalen Stand des Gebietes zu bestimmen und zu ändern?“

Am 11. Juli 1950 stellte der Internationale Gerichtshof in einem Gutachten fest, daß SWA weiterhin

unter einem internationalen Mandat stünde, das die Union nach dem Ersten Weltkrieg angenommen habe. Nach der Auflösung des Völkerbundes seien die Kontrollaufgaben auf die Generalversammlung der V.N. übergegangen, denen gegenüber die Union die gleichen Verpflichtungen wie gegenüber dem Völkerbund habe, d. h. Jahresberichte über die Verwaltung zu erstatten, Petitionen weiterzuleiten und sich entsprechend Artikel 7 der Satzung dem Internationalen Gerichtshof unterzuordnen. Die Bestimmungen des Kapitels XII der Charta träfen auch für SWA zu, jedoch legten sie der Union keine gesetzliche Verpflichtung auf, das Gebiet unter das Treuhand-System zu stellen. Den internationalen Stand von SWA könne die Union nur mit Zustimmung der V.N. ändern.

Die Generalversammlung ernannte daraufhin am 13. Dezember 1950 einen fünfköpfigen Ausschuß für SWA, um mit der Union die Maßnahmen zur Durchführung des Gutachtens zu besprechen. In den Verhandlungen erklärte der Vertreter der Union, daß das Gutachten für seine Regierung nicht bindend sei. Sie bliebe bei der Ansicht, daß mit der Auflösung des Völkerbundes auch das Mandat erloschen sei. Um den guten Willen seiner Regierung zur Mitarbeit zu beweisen, schlug er ein neues Ueberwachungsorgan vor, das aus den drei übriggebliebenen Hauptmächten, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, bestehen solle. Wenn die drei Mächte bereit wären, solle zwischen ihnen und den V.N. ein Abkommen getroffen werden, das die Grundsätze der V. N. enthielte. Die Union würde den drei Mächten, nicht aber den V. N. für die Innehaltung des Abkommens verantwortlich sein. Sie sei auch bereit, die „Rechtskontrolle“ des Internationalen Gerichtshofs anzunehmen. Der Ausschuß lehnte diesen Vorschlag ab, weil die Ausschaltung der V.N. dem Gutachten des internationalen Gerichtshofes zuwiderlaufe. Er machte den Gegenvorschlag, ein Kontrollverfahren einzurichten, das sich möglichst eng an das des Völkerbundes anlehne. Zu diesem Zweck solle ein aus fünfzehn Mitgliedern bestehender Ausschuß gebildet werden, der die Funktionen des Völkerbundsrates übernehmen, während eine Sonderkommission für SWA an die Stelle der Ständigen Mandatskommission treten solle. Dagegen wandte der Vertreter der Union ein, daß dieser Vorschlag die Verpflichtungen der Union erweitere. Denn er übertrage Rechte betreffs SWA auf Staaten, die unter dem Völkerbund keine solchen Rechte besessen hätten. Die Verhandlungen wurden 1952 und 1953 fortgesetzt, blieben aber erfolglos. Ebenso appellierte die Generalversammlung in jedem Jahre vergeblich an die Union, ihre Stellungnahme zu revidieren, Jahresberichte einzureichen und Petitionen weiterzuleiten. Darüber hinaus beschloß sie am 28. November 1953, einen aus sieben Mitgliedern zusammengesetzten Ausschuß zu bilden, der einen Bericht über die Verwaltung SWA's zusammenstellen



solle, der sich im Rahmen des von der Ständigen Mandatskommission im Jahre 1926 angenommenen Fragebogens hielte.

Dieser Ausschuß nahm seine Arbeiten im Januar 1954 auf. Da der Vertreter der Union die Mitarbeit ablehnte, mußte sich der Ausschuß auf das von der Union und in SWA veröffentlichte amtliche Material und andere Quellen wie Pressenachrichten beschränken. Der Mitte 1954 veröffentlichte Bericht<sup>14</sup> erkennt die Vergrößerung der Eingeborenen-Reservate und

die Verbesserung des Gesundheitsstandes der Eingeborenen an, rügt aber die Nichtbeteiligung der Eingeborenen an der politischen Entwicklung, die Rückständigkeit ihrer Erziehung, den Unterschied zwischen den Ausgaben für die Erziehung der weißen und farbigen Bevölkerung, den Unterschied zwischen den Gehältern weißer und farbiger Lehrer, die Trennung weißer und farbiger Schüler in verschiedenen Schulen und die Verwendung Eingeborener lediglich als ungelernete Arbeiter.

### Rück- und Ausblick

Durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 11. Juli 1950 ist festgestellt worden, daß SWA weiterhin Mandatsgebiet im Sinne des Artikels 22 des V.V. ist und der Kontrolle der V.N. unterliegt. Die Auflösung des Völkerbundes habe den völkerrechtlichen Stand des Gebiets nicht geändert. In seiner letzten Sitzung am 18. April 1946 habe der Völkerbund zwar erklärt, daß seine Kontrolltätigkeit über die Mandate aufgehört habe. Nicht aber hätten die Mandate selbst aufgehört. Der Sinn des Mandats sei die Erfüllung einer „heiligen Mission“ gewesen, die trotz Auflösung des Völkerbundes weiterbestehe. Die gleiche Ansicht hätten auch die Vertreter der Union in den Jahren 1945 und 1946 geäußert. Die Auffassung der jetzigen Unionsregierung, daß der Auftrag erloschen, weil der Auftraggeber weggefallen sei, heiße privatrechtliche Begriffe auf das Völkerrecht übertragen.

Demgegenüber hält die Union an ihrem Standpunkt fest, daß das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs für sie nicht bindend sei und das Mandat nach Erlöschen des Völkerbundes nicht mehr bestünde. Der völkerrechtliche Stand SWA's befindet sich daher zur Zeit in der Schwebe. Für eine Einigung zwischen den Parteien besteht auch in absehbarer Zukunft keine Aussicht, da zwischen den V.N. und der Union gegenwärtig ein unüberbrückbarer Gegensatz klafft. Die Unionsregierung will sich nicht der Kontrolle der V.N. unterwerfen, weil sie den Grundsatz der Rassengleichheit ablehnt. Andererseits erklären sich die V.N. nicht damit einverstanden, daß die Kontrolle über SWA einem anderen Gremium (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich) über-

tragen wird, weil dadurch ihr Ansehen einen schweren Stoß erleiden würde.

Die endgültige Entscheidung könnte nur durch ein obligatorisches Urteil des Internationalen Gerichtshofs herbeigeführt werden, zu dessen Anerkennung sich die Union bereit erklärt hat. Wenn dieses Urteil ebenso wie das Gutachten ausfallen und die Union seine Durchführung verweigern würde, wäre auf Grund der Charta de Möglichkeit vorhanden, Sanktionen, wie z. B. Sperrung der Oelimporte gegen die Union, zu verhängen. Ob die Vereinigten Staaten und Großbritannien einer solchen Maßnahme zustimmen würden, erscheint sehr zweifelhaft. Denn die Frage hat nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine wirtschaftliche, strategische und politische Seite. Die Union ist als Rohstofflieferant und Abnehmer von Fertigwaren mit Großbritannien eng verflochten. Sie hat ferner eine bedeutende Uranproduktion, die von den Vereinigten Staaten und Großbritannien finanziert wird. Schließlich ist Südafrika von strategischer Bedeutung, weil seine Häfen wichtige Stützpunkte auf der Route um das Kap sind, wenn das Mittelmeer gesperrt ist, die Mineralschätze des Landes für die Kriegswirtschaft Westeuropas unentbehrlich sind und südafrikanische Divisionen wie im letzten Kriege zur Verteidigung des Mittleren Ostens wesentlich beitragen können<sup>15</sup>. Zwangsmaßnahmen gegen die Union, die ihr politisches und wirtschaftliches Gefüge erschüttern könnten, würden sich auch gegen die Interessen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens richten und der Sowjetunion in die Hände spielen.

Die Frage des völkerrechtlichen Standes von SWA wird daher voraussichtlich weiter ungeklärt bleiben.

## Die Entwicklung des staatsrechtlichen Standes Südwestafrikas

### Autokratische Verwaltung von 1919—1925

Nachdem kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges Streitkräfte der Union in Deutsch-Südwestafrika eingedrungen waren und die deutschen Truppen am 9. Juli 1915 zur Uebergabe gezwungen hatten, wurde das Gebiet zunächst unter Kriegsrecht verwaltet. Erst am 12. September 1919 nahm das Unionsparlament das Gesetz über den Friedensvertrag und das SWA-Mandat an. (Treaty of Peace and South West Africa

Mandate Act, 1919, No. 49 of 1919.) Es legte die Verwaltung und Gesetzgebung in die Hände des Generalgouverneurs, der sie auf einen Administrator übertrug. Er konnte durch Proklamation alle Anordnungen treffen, um Bestimmungen über die Mandatsatzung in Kraft zu setzen, bestehende Gesetze abändern oder widerrufen und neue Gesetze erlassen. Obwohl seine Proklamationen durch das Unionsparlament außer

Kraft gesetzt werden konnten, regierte er praktisch unumschränkt. Der von ihm ernannte, aus sechs (seit 1922 neun) Mitgliedern bestehende Beirat (advisory council) hatte lediglich beratende Stimme. Mit Ausnahme von Zöllen, Eisenbahnen und Häfen, die seit 1922 mit den entsprechenden Einrichtungen der Union vereinigt waren, wurde das Land von der Union getrennt verwaltet. Dieses System war aber nur als Provisorium gedacht. Die Frage, wie das Land am besten zu verwalten sei, wurde einer Kommission übertragen. In ihrem Schlußbericht empfahl sie eine Selbstverwaltung nach Art der Provinzen der Union mit einer Vertretung der weißen Bevölkerung sowohl in einem Landes- wie auch im Unionsparlament. Vorher sei jedoch die Einbürgerung der Deutschen in irgendeiner Form erforderlich, um sie als den zahlenmäßig stärksten Bevölkerungsteil an der Verwaltung zu beteiligen<sup>16</sup>.

Im Gegensatz zu den anderen Mandatsmächten hatte allein die Union keinen Gebrauch von ihrem Recht gemäß Artikel 122 des V.V. gemacht, die Deutschen auszuweisen, da das spärlich besiedelte Gebiet dadurch seinen wertvollsten Bevölkerungsteil verloren hätte. Um die Ansicht der Deutschen in der Frage einer automatischen Einbürgerung zu erkunden, bereiste der Administrator das Land und stellte dabei fest, daß die Deutschen, ausgenommen die in Windhuk, mit dieser Regelung einverstanden waren. Vor dem Erlaß eines entsprechenden Gesetzes erschien es jedoch dem Ministerpräsidenten *Smuts* geraten, sich mit dem Völkerbund und der deutschen Regierung ins Benehmen zu setzen. Nachdem der Völkerbunds-rat am 23. April 1923 das von der Union beabsichtigte Verfahren für unbedenklich erklärt hatte, fanden im Oktober 1923 Verhandlungen zwischen *Smuts* und zwei Vertretern des Reiches in London statt. Diese erklärten sich mit der Naturalisierung der Deutschen in SWA einverstanden und bereit, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, um die Deutschen zur Annahme des Gesetzes zu bewegen, und ihnen zu raten, von dem darin enthaltenen Ablehnungsrecht keinen Gebrauch zu machen. Das Abkommen — in Form

eines Memorandums<sup>17</sup> — sichert den Deutschen die gleichen Rechte und Pflichten wie den anderen Bürgern des Landes zu, ferner den Gebrauch der deutschen Sprache auch im Verkehr mit Behörden, Unterstützung der deutschen Schulen und Missionen, es regelt die Pensionen der früheren Beamten des Schutzgebietes und befreit die Deutschen vom Militärdienst gegen das Deutsche Reich während der nächsten dreißig Jahre. Die Beibehaltung der deutschen Nationalität wird nicht besonders erwähnt, ergibt sich aber aus dem deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, demzufolge ein Deutscher nur dann seine Nationalität verliert, wenn er einen Antrag auf Naturalisierung stellt.

Die Naturalisierung erfolgte durch das SWA-Naturalisierungsgesetz von 1924 (SWA Naturalization of Aliens Act, 1924, No. 30 of 1924), demzufolge alle erwachsenen Deutschen, die am 1. Januar 1924 in SWA wohnten, automatisch Bürger der Union wurden, soweit sie nicht innerhalb von sechs Monaten Einwendungen erhoben. Auf diese Weise wurden von 3489 erwachsenen Deutschen 3228 eingebürgert. Nur 250 machten von ihrem Ablehnungsrecht Gebrauch.

Da die Deutschen automatisch naturalisiert wurden, blieben sie auch nach der Einbürgerung deutsche Staatsbürger. Dieser Umstand führte in der Hitlerzeit zu einem schweren Konflikt mit der südafrikanischen Regierung, da diese das Geltendmachen des deutschen Bürgerrechts auf südafrikanischem Boden für unvereinbar mit dem Buchstaben und Sinn des Londoner Abkommens und den Bestimmungen des Naturalisationsgesetzes von 1924 hielt<sup>18</sup>.

Alle Deutschen, die nach dem Stichtag des 1. Januar 1924 einwanderten, mußten zur Erlangung des Bürgerrechts einen Antrag auf Naturalisierung stellen, bei dessen Genehmigung sie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Naturalisierungen von Deutschen kamen aber kaum noch vor, da es bereits vor der Hitlerzeit als Landesverrat galt, einen solchen Antrag zu stellen.

### Das Verfassungsgesetz von 1925

Durch das Verfassungsgesetz von 1925 (SWA Constitution Act, 1925, No. 42 of 1925), dem auch die Opposition im Unionsparlament zustimmte, erhielt das Land eine beschränkte Selbstverwaltung. Es sah eine Landesversammlung (Legislative Assembly) von 18 Mitgliedern vor, von denen 12 von der weißen Bevölkerung gewählt, sechs vom Administrator ernannt wurden (§ 13). Sie hatte das Recht, Gesetze (ordinances) außer auf folgenden Gebieten zu erlassen: Eingeborenensachen, Minen und Mineralien, Eisenbahnen und Häfen, öffentliche Dienste, Post, Telegraph und Telephon, Militärwesen, Einwanderung, Zölle, Währung und Bankwesen (§ 26). Die Gesetzgebung für Polizei, Flug-

dienst, Schulwesen, Land- und Landwirtschaftsbank sowie Regierungsland konnte der Landesversammlung übertragen werden, wenn dies eine Zweidrittelmehrheit beantragte (§ 27), ein Fall, der jedoch nie eingetreten ist. Auf allen, auch der Landesversammlung unterstehenden Gebieten konnte der Generalgouverneur durch Proklamation und das Unionsparlament durch Gesetze eingreifen, ohne daß die Landesversammlung gefragt zu werden brauchte (§ 44 Abs. 1). Ferner hatte der Administrator durch das Recht, ein Drittel der Mitglieder der Landesversammlung zu ernennen, die Möglichkeit, die Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen und das Zünglein an der Waage zu spielen. Die Exekutive ver-



blieb dem Administrator, dem ein Exekutivkomitee zur Seite stand, das aus dem Administrator als Vorsitzendem und vier von der Landesversammlung gewählten Mitgliedern bestand. Es war für die Angelegenheiten zuständig, die der Landesversammlung entzogen waren (§ 2—6). Ferner war ein Beirat (advisory council) vorgesehen, der aus dem Administrator als Vorsitzendem, den vier Mitgliedern des Exekutivkomitees und drei vom Administrator ernannten Mitgliedern bestand. Es sollte den Administrator in allen Angelegenheiten beraten, die nicht der Landesversammlung unterlagen, in der Vorbereitung des Haushaltsvoranschlages und in der Zustimmung zu Gesetzen, die von der Landesversammlung beschlossen worden waren (§ 7—11). Die Finanzverwaltung, die von der Union getrennt war, ruhte beim Administrator und der Landesversammlung. Der Administrator legte den Haushaltsvoranschlag der Landesversammlung vor. Lehnte diese die für die Verwaltung erforderlichen Beträge oder Steuergesetze, die für die Aufbringung der Verwaltungskosten notwendig waren, ab, so konnte der Generalgouverneur ein entsprechendes Gesetz durch Proklamation erlassen (§ 38).

#### Die Entwicklung unter dem Verfassungsgesetz

Die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der inneren Verhältnisse erfüllte sich nicht. Infolge der Politisierung der Verwaltung verschlechterte sich das bisher harmonische Verhältnis zwischen der deutschen und den anderen Volksgruppen. Die Deutschen fühlten sich mehrfach zurückgesetzt. Obwohl sie die Mehrheit im Lande hatten, waren Afrikaans und Englisch die Landessprachen, aber nicht Deutsch. Das Naturalisationsgesetz von 1924 wurde von den Deutschen als ein Bruch des Abkommens von London angesehen, weil es die Wartezeit auf fünf Jahre festsetzte, während das Naturalisationsgesetz von 1910, das zur Zeit des Londoner Abkommens in Kraft war, nur eine Frist von zwei Jahren bedingte. Die Deutschen fühlten sich dadurch um so mehr benachteiligt, als die Einwanderer aus der Union bereits ein Jahr nach ihrer Ankunft in SWA das Wahlrecht besaßen. Dabei waren die südafrikanischen Neusiedler meist unbemittelt und weder charakterlich noch beruflich den schwierigen Anforderungen des Landes gewachsen. Sie bedurften zum Bau von Wohnhäusern, zum Ankauf von Vieh und zur Anlage von Bohrlöchern namhafter staatlicher Zuschüsse und wurden nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den anderen Volksgruppen als schwere finanzielle Belastung empfunden.

Infolge der steigenden Einwanderung aus der Union verloren die Deutschen die Mehrheit in der Landesversammlung, die sie bei den ersten Wahlen im Jahre 1926 erlangt hatten. Bei den Wahlen von 1929 gewannen die Südafrikaner acht von den zwölf

Im Vergleich zur Selbstverwaltung der Provinzen, wie sie in Teil V. der Verfassung der Südafrikanischen Union, dem South Africa Act von 1909, vorgesehen ist, waren die Rechte der Bevölkerung SWA's geringer. Zwar unterliegen den Provinzialräten (provincial councils) außer dem unteren und mittleren Schulwesen nicht mehr Angelegenheiten als der Landesversammlung in Windhuk, doch können Generalgouverneur und Unionsparlament nicht in der selbstherrlichen Weise in Verwaltung und Gesetzgebung eingreifen, wie es nach der Verfassung von 1925 in SWA möglich war. Außerdem besitzen die Provinzen durch ihre Vertreter im Unionsparlament ein Mitbestimmungsrecht in der Unionsgesetzgebung, das die Bevölkerung von SWA nicht hatte. Das Verfassungsgesetz von 1925 stellte insgesamt SWA auf die Stufe eines Eingeborenen-Reservats mit Selbstverwaltung. Es war eine Zwischenstation auf einem Wege, von dem man noch nicht wußte, ob er zur Selbständigkeit oder zur Eingliederung in die Union führen würde, ein Zeichen für die Unsicherheit, in der die Zukunft des Mandatsgebietes damals schwebte.

Parlamentssitzen. Die Zweidrittelmehrheit bekamen sie allerdings nicht, weil der Administrator die Sitze der sechs von ihm zu ernennenden Abgeordneten gleichmäßig auf Deutsche und Südafrikaner verteilte.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die in SWA durch zwei völlige Dürrejahre verschärft wurde, kam eine versöhnlichere Stimmung auf. Im Januar 1932 kam in Kapstadt zwischen der deutschen und südafrikanischen Volksgruppe eine Vereinbarung zustande, in der den Deutschen Deutsch als dritte Landessprache sowie Erleichterung der Naturalisationsbestimmungen zugestanden wurden. Dafür wollten sich die Deutschen für die in der Verfassung von 1925 vorgesehene Erweiterung der politischen Rechte der Landesversammlung einsetzen, die bisher die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erlangt hatte. Ministerpräsident Hertzog begrüßte bei einem Empfang der beiden Volksgruppen ihre Zusammenarbeit und versprach, die Wünsche nach einer Erweiterung der politischen Rechte im allgemeinen und der Deutschen im besonderen zu begünstigen.

Der Frieden dauerte aber nicht lange. Beide Parteien beschuldigten sich, das Abkommen gebrochen zu haben. Die Deutschen behaupteten, daß die Südafrikaner die Eingliederung SWA's als fünfte Provinz der Union betrieben, die Südafrikaner, daß die Deutschen nichts getan hätten, um die Wühlarbeit gewisser Elemente gegen die Landesregierung zu unterbinden. Das Kapstädter Abkommen wurde daher nicht durchgeführt.

Als die Wahlen zur Landesversammlung im Jahre 1934 der Vereinigten Partei eine verstärkte Mehrheit

gebracht hatten, nahm die Landesversammlung am 29. November 1934 eine Entschlieung an, „daß dieses Gebiet als fünfte Provinz der Union oder sonst als integraler Teil der Union gemäß den Bestimmungen des Mandats für SWA verwaltet und dementsprechend im Parlament der Union vertreten werde“. Die deutsche Volksgruppe protestierte gegen den Beschluß und bezeichnete ihn als einen Vorwand, die Annexion des Gebiets zu erreichen.

Seit Errichtung des Mandats sträubten sich die Deutschen gegen eine Eingliederung. Sie traten vielmehr für die Erhaltung des Mandatsystems ein, das nach ihrer Ansicht eine Zeiterscheinung war, die bei Aenderung der politischen Verhältnisse in Europa verschwinden würde. Die Uebernahme der Regierung in Deutschland durch den Nationalsozialismus schien ihre Hoffnung auf eine Rückkehr ins Reich zu verwirklichen.

Durch das Eindringen des Nationalsozialismus in SWA, den die überwältigende Mehrheit der Deutschen mit Begeisterung begrüßte, wurde die politische Spannung im Lande wesentlich verschärft<sup>19</sup>. Die wachsende Unruhe veranlaßte die Regierung, eine Kommission einzusetzen, um die Gründe dafür zu untersuchen und Vorschläge für eine Aenderung

der Verfassung zu machen. In ihrem 1936 veröffentlichten Bericht<sup>20</sup> kam sie zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Form der Verwaltung versagt hätte und abgeschafft werden me, und ferner, daß kein gesetzliches Hindernis für die Verwaltung des Gebiets als fünfte Provinz der Union bestnde. Ueber die beste Verwaltungsart konnten sich aber die Mitglieder der Kommission nicht einigen. Die Regierung erklärte daraufhin, daß sie von einer Aenderung der Verfassung Abstand nähme, da die Kommission keine genügenden Gründe angeführt hätte.

Die einzige Verfassungsänderung bis zum Ausbruch des Krieges war das SWA-Polizeigesetz von 1939 (Police [SWA] Act, 1939, No. 19 of 1939), das die Polizei des Mandatsgebietes mit der der Union vereinigte. Der Grund war die Befürchtung eines Putsches in SWA, vor dem der Justizminister, General Smuts, von London gewarnt worden war. Die Opposition unter Dr. Malan widersprach dem Gesetzentwurf aufs schärfste, weil er zu einer Vergrößerung der internationalen Spannungen führen und vom Deutschen Reich als eine Herausforderung angesehen würde<sup>21</sup>.

Während des Krieges wurde der staatsrechtliche Stand SWA's nicht geändert.

### Die Verfassungsreform von 1949

Zur selben Zeit, als der Antrag der Union auf Aufhebung des Mandatsystems und Einverleibung SWA's in die Union bei den V. N. eingereicht wurde, verhandelte Ministerpräsident Smuts mit den Parteien des Landes über eine Aenderung der Verfassung von 1925. Bevor es zu einem Abschluß kam, wurde Smuts gestürzt. Der Konflikt mit den V. N. ließ es der neuen Regierung Malan geraten erscheinen, ein entsprechendes Gesetz beschleunigt einzubringen, um die Weltorganisation vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Reform sollte SWA so fest mit der Union verknüpfen, daß eine Abtrennung unmöglich war und dem Gebiet ein solches Maß von Freiheit gewähren, daß es in den Rang eines Mit-Mandatars (co-mandatory) erhoben wurde<sup>22</sup>.

Das Gesetz (South West Africa Affairs Amendment Act, 1949, No. 23 of 1949) gibt der Bevölkerung SWA's eine Vertretung im Unionsparlament durch sechs unmittelbar von der weißen Bevölkerung gewählte Abgeordnete und vier Senatoren, von denen zwei durch die sechs Abgeordneten und die Landesversammlung gemeinsam gewählt und zwei vom Generalgouverneur ernannt werden (§§ 27—33). Die Landesversammlung besteht wie bisher aus 18 Mitgliedern, die aber sämtlich gewählt werden. Der Administrator kann also nicht mehr die Zusammensetzung der Körperschaft durch Ernennung ihm genehmer Personen beeinflussen (§ 8). Die Befugnisse der Landesversammlung werden dadurch erweitert, daß sie in Zukunft auch Minen- und Mineralien, das

untere und mittlere Schulwesen sowie die Landwirtschaftsbank kontrolliert und über das Regierungsland verfügen kann (§§ 16 und 17). Der Generalgouverneur verliert das Recht, durch Proklamationen Gesetze zu erlassen. Alle Gesetze, für die die Landesversammlung nicht zuständig ist, sind dem Unionsparlament vorbehalten. Die wichtigste Aenderung ist die Einführung der finanziellen Selbständigkeit (§ 18). Bis auf die Zollgesetzgebung hat kein Steuergesetz der Union in SWA Gültigkeit. Die Steuergesetzgebung ist Sache der Landesversammlung, und dieses Recht wird dadurch gesichert, daß § 18 Absatz 3 seine Aenderung oder seinen Widerruf nur mit Zustimmung der Landesversammlung gestattet.

Die finanzielle Selbständigkeit und die Stärke der Vertretung im Unionsparlament waren stark umstritten. Der Führer der Opposition bezeichnete die finanzielle Selbständigkeit als ein „Trojanisches Pferd“, das das unitarische Prinzip der Unionsverfassung zerstöre<sup>23</sup>. Die Vertretung durch vier Senatoren wurde als ein Versuch der Regierung angesehen, die Mehrheit im Senat zu gewinnen, die ihr damals noch fehlte. Mit der Vertretung durch sechs Abgeordnete fand man sich im Hinblick auf die Größe des Landes ab, obwohl ein sdwestafrikanischer Abgeordneter auf rund 3000 Wahlberechtigte, ein Unionsabgeordneter auf rund 9000 Wahlberechtigte entfällt. Zweifellos kam das Gesetz der Regierung zur Verstärkung ihrer schwachen Majorität im Parlament sehr gelegen.



Um die Mitarbeit der Deutschen zu gewinnen und die früheren Zwistigkeiten unter den Europäern zu beseitigen, nahm Dr. *Malan* mit den Deutschen Fühlung, als er zu Verhandlungen mit den Parteien im Oktober 1948 Windhuk besuchte. Die Deutschen, die damals das Bürgerrecht noch nicht wiedererlangt hatten und politisch nicht organisiert waren, versicherten dem Ministerpräsidenten in einer Erklärung, daß sie gewillt wären, ihr Schicksal mit dem der südafrikanischen Bevölkerung zusammenzuwerfen, daß sie sich als heimischen und untrennbaren Teil der Bevölkerung betrachteten und eine engere Verbindung zwischen SWA und der Union von ganzem Herzen begrüßten. Sie bäten aber darum, nicht länger als Ausländer und Feinde, sondern als Afrikaner betrachtet zu werden<sup>24</sup>. Diesem Wunsche kam das Staatsbürgerschaftsgesetz vom 29. Juni 1949 (South African Citizenship Act, 1949, No. 44 of 1949) entgegen, das auch für SWA Gültigkeit hat. Im Gegensatz zu dem Einbürgerungsgesetz von 1924 sah es keine automatische Naturalisierung vor, erleichterte aber denjenigen Deutschen, die früher das Bürgerrecht besessen hatten, die Wiedereinbürgerung, wenn sie einen Antrag stellten. In den Wahlen von 1950 zum Unionsparlament stimmten die Deutschen für die Nationale Partei, die mit ihrer Unterstützung alle sechs Sitze errang. Darunter befindet sich aber kein Deutscher. Der deutsche Bevölkerungsteil ist

nur durch einen Senator vertreten, der auf Grund seiner besonderen Kenntnis der Verhältnisse der Nichteuropäer vom Generalgouverneur ernannt wurde.

Der Wandel in der Haltung der Deutschen erklärt sich aus der gegenwärtigen Aussichtslosigkeit einer Rückkehr SWA's zu Deutschland, einer gewissen Gleichgültigkeit in politischen Dingen infolge der Enttäuschung durch den Nationalsozialismus, dem Mangel an politischen Führerpersönlichkeiten und dem Entgegenkommen der Nationalen Regierung in der Frage der Ausweisungen und der Rückgabe des im Kriege beschlagnahmten deutschen Eigentums. Auch die anderen Parteien haben einen Frontwechsel um 180 Grad vollzogen. Die Vereinigte Partei war in den 30er Jahren die eifrigste Befürworterin einer „Fünften Provinz Politik“, teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils weil sie einen Rückfall SWA's an Deutschland befürchtete. Jetzt tritt sie für die Erhaltung der Selbständigkeit des Landes ein, da sie in einer Integrationspolitik eine Stärkung der Machtstellung der Regierung und eine Quelle zunehmender Schwierigkeiten mit den V. N. erblickt. Umgekehrt hat die Nationale Partei im Jahre 1939 die Integration des Polizeiwesens bekämpft, während sie im Jahre 1954 die Integration der Verwaltung der Eingeborenenangelegenheiten anregte.

### Die Novellen von 1951 und 1954

Seit 1949 sind zwei weitere, die Verfassung von SWA berührende Gesetze erlassen worden. Der SWA Affairs Amendment Act, 1951, No. 55 of 1951, gibt der Regierung erneut das Recht, Gesetze durch Proklamation zu erlassen und bedeutet daher einen Rückschritt gegenüber der Reform von 1949. Begründet wurde das Gesetz mit der Notwendigkeit, in dringenden Fällen, wie z. B. im Falle einer Währungsabwertung, sofort zu handeln. Ferner wollte sich die Regierung das Recht vorbehalten, die Eingeborenenreservate SWA's in derselben Weise wie die Eingeborenenreservate der Union durch Proklamation zu regeln<sup>25</sup>.

Der SWA Native Affairs Administration Act, 1954, vereinigt vom 1. April 1955 an die Verwaltung der Eingeborenenangelegenheiten SWA's mit der der

Union. Seit Beginn des Mandats lag dieser Verwaltungszweig in den Händen des Administrators und war die besondere Aufgabe seines Staatssekretärs als Chief Native Commissioner. Die oberste Kontrolle hatte der Ministerpräsident, der sich aber mit den Eingeborenenangelegenheiten SWA's kaum beschäftigen konnte, da er durch seine Aufgaben als Regierungschef und Außenminister voll in Anspruch genommen war. Die Anregung zu dem Gesetz ging von den südwestafrikanischen Abgeordneten aus. Wahrscheinlich versprachen sie sich von dem Gesetz, daß das für die Eingeborenenreservate jetzt zuständige Ministerium für Eingeborenenangelegenheiten die Eingeborenen in den Reservaten schärfer zur Arbeit heranzieht und damit dem Mangel an Arbeitskräften wirksamer als bisher abhilft.

### Der Einfluß von Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft und Finanzen haben in der staatsrechtlichen Entwicklung SWA's eine erhebliche Rolle gespielt, und man kann ohne Uebertreibung von einer Korrelation zwischen Konjunktur und Verfassung sprechen. In der Krise herrschte unter den Parteien das Streben nach Anschluß an die Union, im Aufschwung nach größerer Selbständigkeit vor.

SWA ist ein typisches Rohstoffland, das seine bergbaulichen und landwirtschaftlichen Produkte

zum allergrößten Teil nur auf fremden Märkten absetzen kann. Schwankungen der Weltmarktpreise übertragen sich daher in günstigem und ungünstigem Sinne sofort auf die gesamte Wirtschaft des Landes. Dies gilt besonders von den wichtigsten Produkten des Landes, Diamanten und Karakulfelle, die als Luxusgüter besonders konjunkturrempfindlich sind. Ferner ist die Landwirtschaft dauernd von der Gefahr völliger Dürre bedroht, deren Folgen kata-

strophal sind. Treffen wie im Anfange der 30er Jahre Krise und Dürre zusammen, so stehen wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch vor der Türe.

Nur mit Hilfe der Union konnte SWA die Haushaltdefizite in den Jahren 1931—1934 decken. Die öffentliche Schuld wuchs bis 1936 auf 2,6 Millionen Pfund Sterling. Sie war absolut gering, umgerechnet auf den Kopf der weißen Bevölkerung aber fast ebenso hoch wie in der Union<sup>26</sup>. Von 1937 an mußte die Union Verzinsung und Tilgung ihrer eigenen Kredite übernehmen. Erst nachdem sich während des Krieges die wirtschaftliche Lage besserte, war das Land von 1945 an wieder imstande, seine Anleihen selbst zu bedienen.

Der wirtschaftliche Aufschwung setzte sich nach dem Kriege fort. SWA erfreut sich infolge der gestiegenen Weltmarktpreise zur Zeit einer Prosperität wie noch nie in seiner Geschichte. Nicht nur kann es seinen Haushalt ausgleichen, sondern auch seine Schuld vermindern und Kapital zur Entwicklung des Gebietes investieren. Die günstige Entwicklung der Finanzen erfolgte ohne sonderliche Anspannung der Steuerkraft der Bevölkerung. Die Einkommen- und Gesellschaftsteuer, die erst 1942 eingeführt wurde, liegt tariflich weit unter der der Union. Zuschläge zur Einkommensteuer, wie sie die Provinzen der Union für ihre eigene Zwecke erheben, kommen in SWA nicht in Betracht. Zur Zeit besteht daher unter der Bevölkerung keine Neigung zur Eingliederung in die Union, bei der die steuerlichen Vorteile wegfallen würden.

Die Finanzlage wäre aber nicht so günstig, wenn nicht bestimmte Verwaltungszweige mit denen der

Union vereinigt wären. Infolge der gemeinsamen Verwaltung von Eisenbahnen und Häfen genießt das Gebiet die niedrigen Tarife der Union, die bei den riesigen Entfernungen und der spärlichen Bevölkerung nicht entfernt ausreichen, um die Selbstkosten zu decken. Ebenso ist die Integration des Polizeiwesens eine indirekte Subvention, da der Zuschuß, den SWA auf Grund der durchschnittlichen Jahreskosten vor 1939 leistet, weit hinter den Mehrkosten zurückbleibt, die seit 1939 durch Gehaltserhöhungen, Verbesserung der Wohnverhältnisse und Motorisierung der Beamten entstanden sind.

Die finanziellen Beziehungen zwischen Union und SWA kennzeichnete die Kommission, die im Jahre 1951 zur Untersuchung der Verhältnisse eingesetzt wurde, mit folgenden Worten<sup>27</sup>:

„SWA muß ... sich entscheiden, ob seine Aussichten auf einen allmählichen Fortschritt bis zu dem Entwicklungsstand der Union und eine größere Stabilität in der Kapitalinvestierung eine höhere Besteuerung wettmachen.

Die Union wird sich zu entscheiden haben, ob sie Geld in ein Gebiet investieren will, das nicht wie die Provinzen ihr eigenes Gebiet ist ... Vorausgesetzt, daß die ungewöhnliche Prosperität der jüngsten Jahre anhält, wird sich SWA Kapitalinvestitionen im gegenwärtigen Umfange leisten können. Wenn es die höheren Tarife der Union anwendet, würde es sogar eine Reserve für die Zukunft aufbauen können. Im Falle eines Einnahmerückganges würde aber ein großer Umschwung der Lage eintreten. Angesichts der Entwicklungsaufgaben, die SWA vor sich hat, kann man erwarten, daß die Union im Falle eines starken Sinkens der Einnahmen SWA's lange Zeit mehr Geld in dem Gebiet ausgeben muß, als es von ihm an Steuern erhält.“

### Rück- und Ausblick

Als die Vertreter der Union, die Generale *Botha* und *Smuts*, im Jahre 1919 nach Versailles gingen, waren sie fest entschlossen, die Einverleibung SWA's durchzusetzen. Ihre Forderung scheiterte jedoch an der Hartnäckigkeit, mit der Präsident *Wilson* jede Annexion deutscher Kolonien ablehnte. Nur mit großer Mühe konnte *Smuts* erreichen, daß SWA „als ein integraler Teil der Union“ verwaltet würde. *Wilson* ging diese Vollmacht zu weit. Er wollte zunächst nur zubilligen, daß SWA so verwaltet würde, „als ob es ein Teil der Union wäre“. *Smuts* war der Ansicht, daß die Verwaltung „als ein integraler Teil der Union“ de facto die Einverleibung bedeutete<sup>28</sup>. Der Völkerbund hat den Ausdruck niemals interpretiert.

*Smuts* und sein Nachfolger *Hertzog* haben die Eingliederung SWA's als fünfte Provinz stets als Ziel ihrer Politik angesehen. Die Verfassung von 1925 war ein Anfang. Ihre Weiterentwicklung unterblieb wegen des Widerstandes der deutschen Bevölkerung und der hinter ihr stehenden deutschen Regierung.

Eine Vereinheitlichung von Verwaltungszweigen erfolgte nur insoweit, als es aus wirtschaftlichen und politischen Gründen unbedingt erforderlich erschien.

Infolge der Auflösung des Völkerbundes schien die Möglichkeit einer Annexion in greifbare Nähe gerückt. Aber die neue Weltorganisation war nicht gewillt, ihre Ansprüche auf das frühere Mandatsgebiet aufzugeben. Die Ablehnung des Antrags der Union auf Einverleibung war der Anlaß, die Selbstverwaltung SWA's zu erweitern, um dadurch der Welt zu beweisen, daß das Gebiet aus den Mandatschuhen herausgewachsen sei. Die Reform von 1949 hat dem Lande eine Verfassung gegeben, die es über den Stand der Provinzen hinaushebt. Von einer Gleichstellung mit der Union kann aber keine Rede sein, da SWA unter der Souveränität des Unionsparlaments bleibt. Der gegenwärtige staatsrechtliche Stand ist ein Mittelding zwischen einer Provinz und dem Gliedstaat eines Bundesstaates. Die finanzielle Unabhängigkeit, die das Gesetz von 1949 dem Lande gewährt, wird von der Regierung ganz offen als eine zeitweilige Regelung angesehen. Sie



war eine Konzession an die Parteien SWA's, um mit ihnen zu einer Einigung zu gelangen<sup>29</sup>. Das Ziel der Regierung ist die Rückführung der Verfassung SWA's auf den Stand der Provinzen. Sie will aber einen Zwang vermeiden und die weitere Entwick-

lung der Zeit überlassen. Wahrscheinlich hofft sie, daß im Falle einer Wirtschaftskrise die Parteien SWA's freiwillig bereit sein werden, auf die finanzielle Unabhängigkeit des Landes zu verzichten.  
(Abgeschlossen im März 1955.)

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Darstellung nach *Abendroth*, Wolfgang: „Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate“; Breslau 1936.

<sup>2)</sup> *Actes de la première Assemblée, séances plénières*. S. 210.

<sup>3)</sup> *Journal Officiel de la Société des Nations VII* (1928). S. 136/137.

<sup>4)</sup> Act No. 20 of 1922.

<sup>5)</sup> Act No. 9 of 1930.

<sup>6)</sup> Proclamation No. 196 of 1929.

<sup>7)</sup> Proclamation No. 147 of 1939.

<sup>8)</sup> South West Africa Affairs Amendment Act, 1951.

<sup>9)</sup> Report by the Government of the Union of South Africa to the Council of the League of Nations on the Administration of South West Africa for 1937. S. 151.

<sup>10)</sup> van den Heever: „General J. B. M. Hertzog“; Johannesburg 1948. S. 276.

<sup>11)</sup> Mitteilung des Herrn Oswald Pirow an den Verf. November 1951.

<sup>12)</sup> Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 11. Juli 1950.

<sup>12a)</sup> Report by the Government of the Union of South Africa on the Administration of South West Africa for the Year 1946. — Documents relating to the Consideration by the United Nations General Assembly of the Statement by the Government of the Union of South Africa on the Outcome of their Consultation with the Peoples of SWA as to the future Status of the Mandated Territory and the Implementation to be given to the Wishes thus expressed. Pretoria 1947. — Discussions and Proceedings in the United Nations. December 1948 to December 1949. Pretoria. — Yearbooks of the United Nations 1951, 1952, 1953. — *Cour Internationale de Justice*: „Statut International du Sud-Ouest Africain“. Avis consultatif du 11 Juillet 1950. Leyden: Société d'Édition.

<sup>13)</sup> White Paper issued by the Union Government, 1947.

<sup>14)</sup> Report of the Committee on SWA to the General Assembly. New York 1954.

<sup>15)</sup> Wilson, Fieldmarshall Lord: „The Strategic Importance of Central and Southern Africa“ in: *Optima*, VJZ der Anglo-American Corporation. Johannesburg. Vol. 3 No. 2., S. 14.

<sup>16)</sup> *Interim and Final Reports of the Commission appointed to enquire into the Question of the Future Form of Government in SWA Protectorate*. CapeTown 1921. §§ 7 und 13.

<sup>17)</sup> Wortlaut des Memorandums abgedruckt in deutscher Übersetzung bei *Blumhagen*, H.: „Entscheidungsjahre in Deutsch-Südwestafrika“. Berlin 1939. S. 87 ff.

<sup>18)</sup> Declaration of the Union Government in Regard to the Administration of SWA“ in: Report by the Government of the Union of South Africa to the Council of the League of Nations on SWA for 1936. S. 5.

<sup>19)</sup> vgl. *Stuebel*, Heinrich: „Die Entwicklung des Nationalsozialismus in Südwestafrika“ in: *VJH f. Zeitgeschichte*, 1. Jg. 2. Heft, 1953.

<sup>20)</sup> Report of South West Africa Commission. Pretoria 1936.

<sup>21)</sup> Dr. Malan. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1939. S. 3195 ff.

<sup>22)</sup> Dr. Malan. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1949. S. 1270.

<sup>23)</sup> Feldmarschall Smuts. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1949. S. 1299.

<sup>24)</sup> Die Erklärung wurde von Dr. Malan in der Parlamentsdebatte vom 23. Februar 1949 verlesen. Vgl. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1949. S. 1638/39.

<sup>25)</sup> Dr. Malan. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1951. S. 8355.

<sup>26)</sup> Report of South West Africa Commission. 1936. § 332.

<sup>27)</sup> Report of the Commission of Inquiry into the Financial Relations between the Union and SWA. 1951. §§ 160 und 161.

<sup>28)</sup> Feldmarschall Smuts. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1949. S. 1283 f.

<sup>29)</sup> Dr. Malan. House of Assembly. Parlamentsdebatten (Hansard). 1949. S. 1644.

## Der Vanoni-Plan

Ein Aktionsprogramm für die Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Expansion Italiens  
für den Zeitraum 1955 - 1964

Von Dr. Horst Männel

### Grundlagen und Ziele

Auf dem letzten Landeskongreß der Christlich-Demokratischen Partei Italiens (*Democrazia Cristiana*) im Sommer 1954 in Neapel kündigte der italienische Budgetminister der Regierung Scelba, *Ezio Vanoni* — Schöpfer der Steuerreform vom Jahre 1951 —, die Ausarbeitung eines „Aktionsprogramms für die Arbeitsbeschaffung und wirtschaftliche Expansion Italiens“ für die nächsten zehn Jahre an. Dieses Wirtschaftsprogramm<sup>1</sup> — auch *Piano Decennale* oder *Vanoni-Plan* genannt — liegt nunmehr im Entwurf vor. Er wurde unter der Leitung von Minister *Vanoni* unter Mitarbeit eines Expertenausschusses, dem namhafte italienische (*Marcello Boldrini*, *Ferdinando Di Fenizio*, *Giuseppe Di Nardi*, *Salvatore Guidotti*, *Libero Lenti*, *Alessandro Molinari*, *Giuseppe Parenti*, *Pasquale Saraceno* und *Albino Uggé*) und ausländische Nationalökonomien (z. B. Professor *Robinson*, Cambridge) angehörten, ausgearbeitet. Nach Vorlage beim italienischen Kabinett wurde der Plan am 14. Januar 1955 dem Ministerrat der OEEC zur Begutachtung zugeleitet.

Wie schon der Titel dieses Programms „Schema di sviluppo dell'occupazione e del reddito in Italia nel decennio 1955—64“ zeigt, handelt es sich hierbei weniger um einen detaillierten Wirtschaftsplan, etwa im Sinne osteuropäischer Prägung, sondern vielmehr um eine Untersuchung oder ein Schema der Möglichkeiten zur Schaffung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen<sup>2</sup>. Es stellt somit einen Lösungsversuch des seit der Einigung Italiens (1861) bestehenden Kardinalproblems der Wirtschaft dar: Angleichung des Wirtschaftspotentials zwischen dem industrialisierten Nord- und Mittelitalien und dem unterentwickelten Süden (*Mezzogiorno*) sowie Beseitigung der damit zusammenhängenden strukturellen Arbeitslosigkeit, die sich gegenwärtig im Durchschnitt auf etwa zwei Millionen beläuft. Mit dieser Zielsetzung kann die Untersuchung *Vanonis* als „letztes großes Glied in einer Kette von Bemühungen in der Nachkriegszeit“<sup>3</sup> bezeichnet werden, die alle darauf abzielten, die zurückgebliebene süditalienische Wirtschaft dem Leistungs- und Verbrauchsstandard der norditalienischen Gebiete anzugleichen<sup>4</sup>.

Die Untersuchung besteht aus fünf Kapiteln. Das erste Kapitel gibt einen kurzen Ueberblick über die

Faktoren des Fortschritts, die sich heute in der italienischen Wirtschaft geltend machen, sowie über ihre Entwicklung. Sodann folgt eine Schätzung des voraussichtlichen Angebots an Arbeitskräften während des Jahrzehnts 1955—64. Schließlich entwirft das erste Kapitel die Kriterien und die allgemeinen Ziele einer Politik, die bemüht ist, dieses Angebot an Arbeitskräften zu absorbieren.

Das zweite Kapitel enthält die Grundzüge von drei Programmen für Investitionen in den Gebieten „Landwirtschaft“, „Oeffentliche Betriebe“ und „Oeffentliche Arbeiten“. Diese Gebiete werden als die motorischen oder Antriebssektoren einer Intensivierung des zur Zeit im Gange befindlichen Entwicklungsprozesses aufgefaßt.

Das dritte Kapitel bringt eine Analyse der Grundzüge des Entwicklungsprozesses, der durchlaufen werden müßte, um innerhalb von zehn Jahren einen angemessenen Einsatz der italienischen Arbeitskräfte zu erreichen.

Das vierte Kapitel schätzt die Ergebnisse, die der Entwicklungsprozeß im Hinblick auf den Konsum, die Zahlungsbilanz mit dem Ausland, das Nationaleinkommen und die Arbeitsbeschaffung erreichen kann.

Das fünfte Kapitel behandelt drei grundlegende Probleme, deren Lösung — nach Ansicht der Untersuchungskommission — von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der geplanten Aktion ist. Diese Probleme sind: das Mißverhältnis zwischen der Wirtschaft Nord- und Süditaliens, die Notwendigkeit der Exportsteigerung und die Bemühungen, die Berufsausbildung der vorhandenen Arbeitskräfte sowie des Nachwuchses dem geplanten Entwicklungsprozeß des Landes anzupassen.

Das Wirtschaftsprogramm *Vanonis* beruht auf der Hypothese einer konstanten jährlichen Wachstumsrate für den Zeitraum 1955 bis 1964 und eines geringeren Steigens der Konsumrate zugunsten einer Expansion des Investitionsvolumens. Im einzelnen werden folgende Prämissen zugrunde gelegt:

1. Erhöhung des italienischen Nationaleinkommens unter dem Impuls neuer Investitionen im Jahresdurchschnitt um 5 vH, und zwar
  - a) um rund 3 vH durch Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivität und Ein-



- beziehung teilweise ungenutzter Kapazitäten in den Produktionsprozeß sowie
- b) um rund 2 vH durch Einkommen für neu geschaffene Arbeitsplätze;
  2. Erhaltung der Stabilität von Preisen und Löhnen<sup>5</sup> durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen;
  3. Steigerung der jährlichen Spareinlagen von rund 21 vH des Nationaleinkommens im Jahre 1954 auf rund 25 vH im letzten Planjahr<sup>6</sup>;
  4. Vergrößerung des Exportvolumens, das während der Jahre 1955 bis 1964 stets über dem Importvolumen liegen soll;

#### A. Abschwächung der Disparität zwischen der Wirtschaftsstruktur Nord- und Süditaliens

Nach Ansicht der Verfasser der Vanoni-Studie bestehen zwei Möglichkeiten zur Herbeiführung einer Abschwächung der bestehenden Disparität zwischen den ökonomischen Bedingungen, insbesondere der Wirtschaftsstruktur und der Einkommensverhältnisse Nord- und Süditaliens:

1. Das Einsetzen eines intensiveren Entwicklungsprozesses in den wirtschaftlich rückständigen Räumen,
2. eine interne Wanderungsbewegung von Arbeitskräften, die zur Erreichung einer Angleichung der unterschiedlichen demographischen Situation beider Wirtschaftsräume führt.

Die Vanoni-Studie entscheidet sich in ihrer Planung für die erste Möglichkeit. Zur Beschleunigung des Entwicklungsprozesses der süditalienischen Wirtschaft sollen die beabsichtigten Investitionen in den „Antriebssektoren“ für diesen Raum 48 vH der für diesen Wirtschaftssektor geplanten Gesamtinvestitionen ausmachen. Hinsichtlich des Ausmaßes des hierdurch erwarteten produktiven Effektes sind sich die Verfasser der Studie darüber im klaren, daß der Süden im Gegensatz zum Norden infolge seiner geographisch bedingten schwachen Industrialisierung nicht in der Lage sein wird, die durch das Wirksamwerden des Multiplikatorprozesses auftretende zusätzliche Nachfrage voll zu befriedigen. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß ein Teil der induzierten Sekundäreffekte, die Tertiäreffekte usw. dieses Prozesses außerhalb Süditaliens wirksam werden. Der Bericht weist in diesem Zusammenhang auf Untersuchungen hin, die über das durch zusätzliche Investitionen im Süden bedingte Wirksamwerden des Multiplikatorprozesses durchgeführt wurden. Sie kamen alle zu dem Ergebnis, daß die durch Nettoinvestitionen hervorgerufene Erhöhung der Wachstumsrate des Nationaleinkommens dem Süden nur zu 60 vH zugute kommt.

Hieraus ergeben sich zweierlei Folgerungen:

1. Die produktiven Effekte einer gesamtwirtschaftlich betriebenen „Politik des Antriebs“ konzentrieren sich in Norditalien;

5. Heranziehung ausländischen Investitionskapitals zur Beseitigung von Friktionen bei der Durchführung des Programms.

Unter Berücksichtigung dieser Prämissen werden folgende Zielsetzungen für die wirtschaftliche Expansion Italiens in der Zehnjahresperiode 1955 bis 1964 festgelegt:

- A. Abschwächung der Disparität zwischen der Wirtschaftsstruktur Nord- und Süditaliens
- B. Erreichung der Vollbeschäftigung
- C. Zahlungsbilanzausgleich im Jahre 1964.

2. der Süden benötigt den Aufbau einer eigenen Industrie.

Die Vanoni-Studie entscheidet sich jedoch nicht für die Industrialisierung Süditaliens. Sie ist der Auffassung, daß diese nicht kurz- oder mittelfristig realisierbar ist. Die Planungen des Dezenniums 1955—1964 basieren daher auf der Ueberlegung, daß das Ausmaß der Erhöhung des Periodeneinkommens im Norden in beträchtlichem Umfang von der Höhe der Investitionen abhängig sein wird, die im Süden im Zuge des „Antriebs-Programms“ gemacht werden.

*Investitionen 1955—1964 in Milliarden Lire\*)*

Sektoren	Nord	Süd	zusammen	Anteil des Südens in vH
Landwirtschaft	1 502	1 785	3 287	54
Oeffentliche Betriebe	2 999	1 701	4 700	36
Oeffentliche Arbeiten	1 310	1 340	2 650	51
Antriebssektoren	5 811	4 826	10 637	48
Wohnungsbau	2 400	2 700	5 100	53
<i>Zusammen:</i>	<i>8 211</i>	<i>7 526</i>	<i>15 737</i>	<i>48</i>
Verarbeitd. Industrien	2 600	2 800	5 400	52
Dienstleistungen	1 700	1 500	3 200	45
<i>Zusammen:</i>	<i>4 300</i>	<i>4 300</i>	<i>8 600</i>	<i>50</i>
<i>Insgesamt:</i>	<i>12 511</i>	<i>11 826</i>	<i>24 337</i>	<i>49</i>

\*) Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 12.

Auf Grund dieser Erwägungen wird für Norditalien eine jährliche Wachstumsrate des Einkommens angenommen, die mit 4 vH um 1 vH unter der angenommenen Gesamtwachstumsrate des Nationaleinkommens liegt. Zahlenmäßig ergibt sich eine Erhöhung des norditalienischen Jahreseinkommens von 8,25 Billionen Lire im Jahre 1954 auf 12,2 Billionen Lire im Jahre 1964 (48 vH). Dadurch ist eine wesentlich größere Expansion des Südens möglich als auf der Basis der Annahme einer fünfprozentigen jährlichen Erhöhung des Jahreseinkommens von

Norditalien: im Laufe der Planungsperiode soll auf diese Weise das Einkommen Südtaliens von 2,2 Billionen auf 4,8 Billionen Lire, das heißt um 118 vH gesteigert werden. Eine Uebersicht über die in den einzelnen Wirtschaftssektoren geplanten Investitionen in Nord- und Südtalien gibt vorstehende Tabelle.

Unter Zugrundelegung dieser Berechnungen ergibt sich, daß 60 vH des Wachstums des Nationaleinkommens während der Zehnjahresperiode auf Norditalien und 40 vH auf Südtalien entfallen werden. Hieraus

folgt, daß im Jahre 1964 Einkommensbildung und wirtschaftliche Aktivität in großem Umfang noch in Norditalien konzentriert sein werden, insbesondere was die Maschinenindustrie und Dienstleistungsbetriebe anbelangt. Andererseits wird sich nach Auffassung der Verfasser des Vanoni-Planes die wirtschaftliche Position des Südens in diesem Zeitpunkte im Vergleich zu 1954 beträchtlich verbessert haben, insbesondere hinsichtlich der Struktur der Einkommensbildung.

## B. Die Erreichung der Vollbeschäftigung

Zur Lösung des Arbeitslosenproblems, das die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft infolge außerordentlich hoher Soziallasten schwer beeinträchtigt, gedenkt Vanoni, den größeren Teil der Vermehrung des Nationaleinkommens (rund 73 vH) in der Periode 1955—1964 zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu investieren. Zahlenmäßig ergibt sich hierbei folgendes Bild:

Zuwachs an Arbeitskräften

1954—1964 . . . . .	2,00 Millionen
Arbeitslose in der Landwirtschaft . . . . .	1,05 „
Arbeitslose außerhalb der Landwirtschaft . . . . .	1,75 „
	<u>4,80 Millionen</u>
abzügl. Auswanderung 1955—1964 . . . . .	0,80 „

Neu zu schaffende Arbeitsplätze in

der Zeit 1955—1964 . . . . .	4,00 Millionen <sup>7</sup>
------------------------------	-----------------------------

Unter Annahme einer technologisch bedingten Arbeitslosigkeit von 800 000 sieht das Programm die Schaffung von 3,2 Millionen neuer Arbeitsplätze in dem genannten Zeitraum vor, die sich auf die einzelnen Industrien wie folgt verteilen sollen:

Kapitalintensive Industrien . . . . .	100 000
andere Industrien und Handwerk . . . . .	1 500 000
Dienstleistungen . . . . .	1 600 000
Insgesamt . . . . .	<u>3 200 000</u>

Für die Schaffung dieser 3,2 Millionen neuer Arbeitsplätze werden nach den Berechnungen der Vanoni-Studie insgesamt 4,8 Billionen Lire erforderlich sein, die wie folgt eingesetzt werden sollen:

Kapitalintensive Industrien . . . . .	1,0 Billionen Lire
andere Industrien u. Handwerk . . . . .	2,2 „ „
Dienstleistungen . . . . .	1,6 „ „
Insgesamt . . . . .	<u>4,8 Billionen Lire</u>

Die Kapitalbeschaffung für dieses Vorhaben wird nur roh skizziert. Zum Teil soll sie aus Abschreibungsbeträgen und zum Teil aus Ersparnissen erfolgen. Hierbei wird die Ueberlegung zugrunde gelegt, daß jede Reinvestition infolge des technischen Fortschritts zu einem bestimmten Teil Nettoinvestitionscharakter besitzt und daher zu Produktivitätssteigerungen führt. Mittels Kapitalbeschaffung im Wege der Selbstfinanzierung der Unternehmen sind weiterhin Investitionen für Erhöhung der industriellen Pro-

duktivität in Höhe von 3 Billionen und zur Erweiterung der industriellen Anlagen in Höhe von 800 Milliarden Lire vorgesehen. Die Kapitalbeschaffung hierfür soll vorwiegend im Wege der Selbstfinanzierung der Unternehmungen erfolgen.

„Da eine Vermehrung der Investitionen der erste Schritt sein muß in einer Wirtschaftspolitik, die auf eine Steigerung des Beschäftigungsgrades abzielt“,<sup>8</sup> untersucht die Studie Vanonis die Frage der Möglichkeiten von Anreizen für die Steigerung der Investitionen und kommt zu dem Ergebnis, daß dem Staat hierfür folgende Möglichkeiten zur Verfügung stehen:

1. Direkte Einflußnahme auf das Investitionsvolumen, und zwar in der Landwirtschaft, in öffentlichen Betrieben, im Wohnungsbau sowie durch öffentliche Arbeiten;
2. Förderung direkter Investitionen zum Aufbau zusätzlicher Industrien innerhalb bestimmter Gegenden des Landes, ferner zur Stützung der Schlüsselindustrien, um diese für private Investitionen stärker aufzuschließen, sowie zur Sicherung der weiteren Entwicklung der bereits staatlich kontrollierten Industrien;
3. Förderung der Möglichkeiten für private Investitionen in bestimmten Sektoren, wo sie besonders wünschenswert erscheinen.

Während das Programm auf eine eingehende Erörterung der Realisierbarkeit der unter Punkt 2 und 3 erwähnten Möglichkeiten verzichtet, stellt man sich die Durchführung der unter Punkt 1 aufgeführten Form der Investitionsförderung wie folgt vor:

In der Landwirtschaft soll die Produktion im Jahre 1964 eine Steigerung um 22,6 vH gegenüber 1954 aufweisen, wofür Investitionen im Laufe von zehn Jahren in Höhe von insgesamt 3,3 Billionen Lire erforderlich sind, die zu 58 vH vom Staat getragen werden sollen. Neben der Finanzierung von Erschließungs-, Veränderungs- und Bewirtschaftungsprojekten in Bergzonen sollen diese Geldmittel unter anderem für die Durchführung von Bodenreformen, ferner für die Erhöhung der Mechanisierung und des Viehbestandes sowie für technische Hilfe und Bildung von Berufsorganisationen verwendet werden. Das Programm für den Sektor der öffentlichen Betriebe zielt u. a. auf eine Steigerung der Erzeugung an Elek-



trizität von 33,4 Milliarden kWh (1954) auf 66 Milliarden kWh im Jahre 1964 ab. Dies soll durch Investitionen von etwa 3,2 Billionen Lire erreicht werden. Zur Erhöhung des Erdgasverbrauches (Poebene) auf jährlich 5 Milliarden cbm sind Investitionen von 300 Milliarden Lire vorgesehen. Ferner werden die Ausgaben für den Ausbau der Eisenbahn- und Telefonverbindung sowie der Wasserversorgung auf 700 Milliarden, 300 Milliarden bzw. 450 Milliarden Lire veranschlagt. Für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten werden ca. 2,7 Billionen Lire benötigt. Insgesamt sieht der Plan Vanonis für die sogenannten „Antriebssektoren“ der italienischen Wirtschaft folgende Nettoinvestitionen vor:

Landwirtschaft . . . . .	rund	3,3	Billionen Lire
Oeffentliche Betriebe . . . . .	4,7	„	„
Oeffentliche Arbeiten . . . . .	2,7	„	„

zusammen: rund 10,7 Billionen Lire

Die hohen Investitionen, die in der Landwirtschaft vorgesehen sind — rund 31 vH der Gesamtinvestitionen der „Antriebssektoren“ — zeigen, daß es das Ziel Vanonis ist, vor allem die landwirtschaftliche Produktion und den Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu steigern, um dadurch für sie einen größeren Absatz im In- und Auslande zu schaffen und ferner die Abwanderung der Landarbeiter nach den Städten durch eine Verbesserung der Lebensbedingungen zum Stehen zu bringen.

Für den Wohnungsbau wird eine jährliche Wachstumsrate von 4 vH vorgeschlagen, da Investitionen für produktive Zwecke im Rahmen des Aktionsprogrammes den Vorrang haben sollen. Es ist daher beabsichtigt, den Wert der Gesamtinvestitionen im Wohnungsbau von 410 Milliarden (1954) auf 600 Milliarden Lire im Jahre 1964 zu erhöhen. Mit Hilfe dieser Finanzierungsmittel ist die Durchführung von zwei Bauprogrammen geplant, die die Herstellung von 10—13 Millionen Wohnräumen zum Ziele haben. Die Finanzierung soll teils von privater Seite, teils aus der öffentlichen Hand und teils durch Regierungsmittel erfolgen. Falls es jedoch infolge einer stärker als vorgesehenen Expansion anderer Wirtschaftssektoren erforderlich sein sollte, ist an eine Reduzierung des Wohnungsbauprogrammes gedacht.

Die jährlichen Expansionsraten, die auf Grund der besprochenen Investitionen in den verschiedenen Bereichen der italienischen Wirtschaft erreicht werden sollen, zeigen folgendes Bild:

Landwirtschaft . . . . .	1,8 vH
Industrie . . . . .	6,2 vH
Dienstleistungen . . . . .	5,7 vH

Im Hinblick auf die Beschäftigung stellt die Studie Vanonis fest, daß die Struktur des italienischen Arbeitspotentials im Jahre 1964 etwa jener im heutigen Frankreich ähneln werde, wenn auch in diesem Zeitpunkt die Dienstleistungen eine etwas unbedeutendere Rolle als in Frankreich spielen dürften<sup>9</sup>.

Einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung und Zusammensetzung der geplanten Brutto- und Nettoinvestitionen innerhalb des Jahrzehnts 1955 bis 1964 geben nachstehende zwei Tabellen in Billionen Lire:

Tabelle 1\*

Jahr	Produktive Investitionen		Summe	Wohnungsbau	Gesamt-nettoinvestitionen
	Antriebssektoren	Verarbeitende Industrie und Dienstleistungen			
1954	0,630	0,460	1,090	0,410	1,500
1955	0,670	0,500	1,170	0,420	1,590
1956	0,740	0,550	1,290	0,440	1,730
1957	0,840	0,610	1,450	0,460	1,910
1958	0,940	0,690	1,630	0,480	2,110
1959	1,040	0,780	1,820	0,500	2,320
1960	1,140	0,880	2,020	0,520	2,540
1961	1,220	0,980	2,200	0,540	2,740
1962	1,290	1,080	2,370	0,560	2,930
1963	1,350	1,200	2,550	0,580	3,130
1964	1,407	1,330	2,737	0,600	3,337
1955-1964	10,637	8,600	19,237	5,100	24,337

Tabelle 2\*

Jahr	Nettoinvestition	Erneuerung	Bruttoinvestition	Jährliches Wachstum in vH
1954	1,500	0,850	2,350	—
1955	1,590	0,885	2,475	5
1956	1,730	0,920	2,650	7
1957	1,910	0,955	2,865	8
1958	2,110	0,995	3,105	8
1959	2,320	1,040	3,360	8
1960	2,540	1,085	3,625	8
1961	2,740	1,135	3,875	7
1962	2,930	1,190	4,120	6
1963	3,130	1,250	4,380	6
1964	3,337	1,315	4,652	6
1955-1964	24,337	10,770	35,107	98

<sup>9</sup>) Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 7 u. 8.

Insbesondere ist hieraus ersichtlich, daß der Wert der Gesamtnettoinvestitionen, der im Jahre 1954 mit 1,5 Billionen Lire nur 14,4 vH des Nationaleinkommens (10,45 Billionen Lire) ausmacht, sich im Jahre 1964 auf rund 18 vH erhöhen wird. Weiterhin ist erkennbar, daß die Werte der jährlichen Wachstumsraten sowohl der Netto- als auch der Bruttoinvestitionen im Laufe der gesamten Planungsperiode prozentual höher liegen werden als die angenommene Steigerungsrates des Nationaleinkommens von jährlich 5 vH. Im Vergleich zu 1954 werden beide Größen in 1964 eine Verdoppelung erfahren.

Für die Finanzierung der geplanten Gesamtinvestitionen wird folgender Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt<sup>10</sup>:

Privates Sparkapital . . . . .	31,1 vH
Selbstfinanzierung der Unternehmungen . . . . .	18,5 vH
Staatliche Mittel . . . . .	7,0 vH

Abschreibungen für Betriebs-	
erneuerungen seitens der	
Unternehmungen . . . . .	36,2 vH
Ausländische Investitionen . . . . .	7,2 vH
	100,0 vH

Dieser Finanzierungsschlüssel läßt erkennen, daß Vanoni staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zur Erfüllung seines Programmes auf ein Mindestmaß zu beschränken gedenkt. Er appelliert also hinsichtlich der Kapitalbeschaffung für die geplanten Investitionen an die Initiative der Unternehmer. Trotzdem läßt er keinen Zweifel darüber, daß er keine übermäßigen Gewinne sowie die Bildung neuer Monopole zulassen wird. Auch dem Wachstum der Konsumrate setzt er relativ enge Grenzen, und zwar einerseits durch die Prämisse, daß die gegenwärtige Sparrate von rund 21 vH im letzten Planjahr auf rund 25 vH des Nationaleinkommens erhöht werden soll, und andererseits durch die Forderung, daß bis zum Jahre 1964 ein Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen ist. Während eine jährliche Vermehrung des Nationaleinkommens um 5 vH vorausgesetzt wird und eine jährliche Expansionsrate der Bruttoinvestitionen um durchschnittlich 7 vH geplant ist, wird der jährliche Konsumzuwachs für private Haushalte mit etwa 4,3 vH des Nationaleinkommens beziffert. Für die bereits im Arbeitsprozeß Stehenden vermindert sich jedoch dieser Prozentsatz auf etwa 3 vH zugunsten

der neu in den Wirtschaftsprozess eingeschalteten Arbeitskräfte. Diese drastische Beschränkung des privaten Konsums — mit welchen Mitteln sie erreicht werden soll, wird in der Vanoni-Studie nicht näher ausgeführt — ist also die Voraussetzung dafür, daß die jährliche Sparrate im Laufe von zehn Jahren um rund 5 vH ansteigt und das Sparvolumen sich um etwa 98 vH erhöht.

Die Veränderungen in der Struktur der Einkommensverteilung und der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftssektoren, die sich im Jahre 1964 gegenüber der Situation von 1954 ergeben werden, zeigt Tabelle 3:

Tabelle 3\*

	Netto-Einkommen		Beschäftigung	
	1954		1964	
	in Billionen Lire	vH	in Billionen Lire	vH
Land-				
wirtschaft	2,775	26	3,320	20
Industrie	4,150	40	7,560	44
Dienst-				
leistungen	3,525	34	6,120	36
	10,450	100	17,000	100

\*) Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 10.

### C. Zahlungsbilanzausgleich 1964

Tabelle 4\*

Sektoren	Importe in Bill. Lire		Index 1954 = 100
	1954	1964	
Stahlprodukte	0,122	0,340	279
Landwirtschaft und Nahrungsmittel	0,324	0,320	99
Oel und Kohle	0,274	0,400	146
Textilien	0,271	0,380	140
Maschinen	0,214	0,310	145
Chemische Produkte	0,300	0,410	137
Summe (cif)	1,505	0,216	144
abz. Berichtigungen	— 0,115	— 0,190	
Gesamtgüterimport (fob)	1,390	1,970	142
Frachten	0,128	0,180	141
Fremdenverkehr	0,062	0,110	177
Summe der unsichtbaren Einfuhren	0,190	0,290	153
Gesamtsumme der Importe	1,580	2,260	143

\*) „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 10.

Die chronisch defizitäre Zahlungsbilanz Italiens soll im Laufe der Zehnjahresperiode 1955—1964 durch eine liberale Handelspolitik, das heißt durch Erreichung eines möglichst hohen Niveaus des

Warenaustausches mit dem Ausland durch Erhöhung der Liberalisierungsquoten für Importe und Steigerung der Exporte ins Gleichgewicht gebracht werden.

Tabelle 5\*

Sektoren	Exporte in Bill. Lire		Index 1954 = 100
	1954	1964	
Stahlprodukte	0,028	0,045	161
Landwirtschaft und Nahrungsmittel	0,254	0,400	157
Oel und Kohle	0,085	0,140	164
Textilien	0,239	0,240	100
Maschinen	0,211	0,400	189
Chemische Produkte	0,183	0,330	180
Summe der Güterexporte	1,000	1,555	155
Frachten	0,141	0,260	185
Geldsendungen von Emigranten	0,085	0,125	147
Fremdenverkehr	0,184	0,320	174
Summe der unsichtbaren Ausfuhren	0,410	0,705	172
Gesamtsumme der Exporte	1,410	2,260	160

\*) „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 10.



Die Erhöhung der Importe ist von rund 1,58 Billionen im Jahre 1954 auf 2,26 Billionen Lire im Jahre 1964 vorgesehen. Dies bedeutet eine Expansion um rund 43 vH.

Auffallend ist die vorgesehene Erhöhung der Stahleinfuhren um beinahe das Dreifache, die darauf zurückzuführen ist, daß im Verlaufe der Zehnjahresperiode die italienischen Unternehmen der Stahlindustrie ihre Kapazitätsgrenze erreichen werden und in Anbetracht des Bestehens der Montanunion wenig Neigung zu großen Investitionen in der italienischen Stahlindustrie bestehen wird.

Die Möglichkeiten der Entwicklung der Exporte werden sehr optimistisch beurteilt, wie Tabelle 5 zeigt.

Insgesamt wird also mit einer Exportsteigerung von 60 vH innerhalb der Zehnjahresperiode gerechnet. Diese optimistische Beurteilung gründet sich auf den festen Glauben Vanonis, daß im Hinblick auf landwirtschaftliche Erzeugnisse in Europa eine liberalere Politik vorherrschen werde und daß, als Ergebnis eines intensiveren wirtschaftlichen Fortschritts in den unterentwickelten Gebieten, der internationale Han-

del mit Industrieerzeugnissen in steigendem Maße zunehmen wird, insbesondere auf dem Gebiete des Maschinenbaus und der chemischen Industrie<sup>11</sup>.

Die Steigerungsquote der Exporte und Importe differieren am Ende der Zehnjahresperiode um 17 vH. Bei dieser Planung hat u. a. die Ueberlegung eine Rolle gespielt, daß es infolge der Verwirklichung des Landwirtschaftsprogrammes im Jahre 1964 möglich sein wird, den vergrößerten Bedarf an Grundnahrungsmitteln aus der heimischen Erzeugung zu decken, während die Kohlenimporte auf Grund intensiver Ausnutzung der Naturgasvorkommen in etwa auf gleicher Höhe wie 1954 bleiben werden.

Unter Zugrundelegung der eben dargelegten Export- und Importentwicklung ergibt sich für die Zahlungsbilanz im Jahre 1964 folgendes Bild<sup>12</sup>:

	1954	1964
	Mrd. Lire	
Warenleistungen . . .	— 390	— 415
Dienstleistungen . . .	+ 220	+ 415
Insgesamt	— 170	—

### Schlußbetrachtung

Die Untersuchungen, die zur Ausarbeitung des Zehn-Jahres-Programms angestellt wurden, gelangen zu der Schlußfolgerung<sup>13</sup>, daß die italienische Wirtschaft genügend Entwicklungsmöglichkeiten besitze, um unter bestimmten Voraussetzungen und im Rahmen einer tatkräftigen internationalen Zusammenarbeit eine Expansion ihrer Produktion zu erreichen, die imstande wäre, innerhalb von zehn Jahren vier Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und ein zufriedenstellendes wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht herzustellen. Nur mit Hilfe untereinander abgestimmter Maßnahmen der Wirtschaftspolitik werde es jedoch gelingen, hierbei die Bildung von Monopol- oder monopolartigen Stellungen sowohl im Bereich der Industrie als auch in der Verteilung der Konsumgüter zu vermeiden und die Stabilität des

Preisniveaus zu gewährleisten. Die Einschränkung der Konsumentfaltung in den Grenzen des Programms werde Probleme mit sich bringen, die nicht leicht zu lösen sein werden.

Die Verwirklichung des Programms innerhalb der vorgesehenen Frist und unter Aufrechterhaltung der Währungsstabilität werde nur dann möglich sein, wenn es durch beträchtliche Auslandshilfen und durch umfangreiche ausländische Investitionen unterstützt wird. Die Verfasser der Untersuchung betonen, daß die Notwendigkeit einer derartigen ausländischen Hilfe sich auf die ganze Dauer der Durchführung des Programms beziehen müßte, da auch die Intensivierung des Sparwesens sich auf das ganze Jahrzehnt erstrecke und der Ausgleich der Zahlungsbilanz erst bei Abschluß des Programms erreicht werden könne.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. „An Outline of the Development of Employment and Income in Italy during the Ten-Year Period 1955—64 (The „Vanoni-Plan“)“, Bank for International Settlements (Basel), Press Review, Nr. 6a vom 10. Januar 1955, 14 S.

<sup>2)</sup> „L'étude que vous avez sous les yeux vous donne une idée des problèmes que nous avons à résoudre. Elle indique aussi les directives de l'action que le Gouvernement italien doit entreprendre pour obtenir une pleine utilisation des forces de travail disponibles actuellement et dans un proche avenir, et pour atteindre une situation d'équilibre à laquelle seule l'élimination du chômage pourra conférer un caractère de véritable stabilité.“ Vgl. „Le Plan Vanoni“ in: *Nouvelles de l'Europe*, Nr. 58, Februar 1955, S. 14.

<sup>3)</sup> Zum Beispiel der Zehnjahresplan für Süditalien (1950 bis 1960), der in der Campania, in Puglien, Kalabrien, Sizilien und Sardinien, in den Abruzzen, in der Basilicata Investitionen von insgesamt 1000 Milliarden Lire in jährlichen Raten von 100 Milliarden Lire für Bewässerungsarbeiten, Meliorationen, Straßenbauten, Fremdenverkehrseinrichtungen, Schul- und Wohnungsbau vorsieht. Ferner Vierjahresplan (1948—1952) für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und Entwicklung

Italiens sowie Fünfjahresplan (Piano Quinquennale 1953—1958), der vom Comitato Interministeriale per la Ricostruzione (RIC) ausgearbeitet wurde.

<sup>4)</sup> Vgl. „Wirtschaftsreform in Italien“ in: *Der Volkswirt*, 1955, Nr. 3, S. 15.

<sup>5)</sup> Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 4, 13 und 14.

<sup>6)</sup> „Si l'on devait rester au-dessous de ce pourcentage (25 vH), il est évident que l'objectif du programme ne pourrait être atteint que dans une période plus longue.“ Vgl. „Etude sur le développement du revenu national et de l'emploi au cours de la période 1955—1964“ in: *Nouvelles de l'Europe*, Nr. 58, Februar 1955, S. 18.

<sup>7)</sup> Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 2.

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>9)</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>10)</sup> Vgl. „Langfristige Wirtschaftsplanung in Italien“ in *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 15 vom 16. Januar 1955.

<sup>11)</sup> Vgl. „An Outline of the Development“, a. a. O., S. 10.

<sup>12)</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>13)</sup> Vgl. *Documenti* Jgg. III, Bd. II Nr. 10/11, März—Mai 1955, S. 761—774.

## Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der NATO betreffend den Austausch von Informationen über Atomwaffen

Resolution des Nordatlantikrates vom 2. März 1955

Der Nordatlantikrat

nimmt zur Kenntnis, daß die Arbeitsgruppe zur Beratung des Entwurfs eines Abkommens über eine Zusammenarbeit zwecks Austausch von Atom-Informationen, das den anderen Mitgliedstaaten des Nordatlantik-Paktes von den Vereinigten Staaten vorgeschlagen worden war, einberufen wurde, jetzt einen vereinbarten Text vor-

gelegt hat, der dieser Resolution beigelegt ist;

begrüßt die Initiative der Vereinigten Staaten, ein solches Abkommen vorzuschlagen;

billigt den Text des Vertragsentwurfes und empfiehlt den Regierungen der Mitgliedstaaten, die in ihrem Lande zum Abschluß des Abkommens erforderlichen Schritte einzuleiten.

### Entwurf eines Abkommens zwischen den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpaktes über eine Zusammenarbeit zwecks Austausch von Atom-Informationen

#### Präambel

Die Mitgliedstaaten des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Nordatlantikpaktes,

in der Erkenntnis, daß ihre gemeinsame Sicherheit und Verteidigung es erfordern, daß sie zur Abwehr der Gefahren eines Atomkrieges gerüstet sind, und

daß es in ihrer aller Interesse liegt, wenn diesbezügliche Informationen der NATO zugänglich gemacht werden, und

unter Berücksichtigung des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954, das mit diesem Ziel ausgearbeitet worden war,

zu ihrem eigenen Nutzen wie auch dem der NATO, vereinbaren folgendes:

#### Artikel I

1. Während die NATO weiterhin wesentliche und materielle Beiträge zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen leistet, werden die Vereinigten Staaten der NATO einschließlich ihrer zivilen und militärischen Aemter und Kommandos von Zeit zu Zeit Atom-Informationen zukommen lassen, die der Regierung der Vereinigten Staaten für:

- a) die Entwicklung von Verteidigungsplänen;
- b) die Ausbildung von Personal im Gebrauch von Atomwaffen und in deren Abwehr; und
- c) die Beurteilung der Fähigkeit möglicher Gegner, Atomwaffen einzusetzen,

notwendig erscheinen.

2. Bei dem in diesem Abkommen angewandten Begriff „Atom-Informationen“ handelt es sich, soweit er sich auf Informationen bezieht, die von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt wurden, um „geheimzuhaltende Unterlagen“ (Restricted Data), wie sie in Abschnitt 11 r des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954 definiert sind, die unter Beachtung der Bestimmungen von Abschnitt 144 b dieses Gesetzes mitgeteilt werden dürfen, sowie um Informationen, die sich vornehmlich auf den militärischen Gebrauch von Atomwaffen beziehen, die gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 142 d des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes

vom Jahre 1954 von der Kategorie der „geheimzuhaltenden Unterlagen“ ausgenommen wurden.

3. Jegliche Mitteilung von Atom-Informationen durch die Regierung der Vereinigten Staaten wird gemäß den Bestimmungen des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954 und späteren diesbezüglichen amerikanischen Gesetzen erfolgen. Im Rahmen dieses Abkommens wird keine Lieferung von Atomwaffen oder besonderem Kernmaterial (nuclear material) laut Definition dieser Begriffe in Abschnitt 11 d und t des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954 vorgenommen\*.

#### Artikel II

1. Der NATO mitgeteilte Atom-Informationen werden auf dem Weg weitergeleitet, der zur Zeit für die Uebermittlung von als Geheimmaterial klassifizierten militärischen Informationen an die NATO vorgesehen ist.

2. Nur diejenigen Personen innerhalb der NATO, deren Aufgabenbereich den Zugang zu Atom-Informationen erforderlich macht, dürfen die ursprünglichen Empfänger solcher Informationen sein. Die Weitergabe von Atom-Informationen innerhalb der NATO ist nur an solche Personen gestattet, deren Verantwortlichkeiten innerhalb der NATO es erforderlich machen, daß ihnen solche Informationen zugänglich sind. Es werden keine Informationen von der NATO an unberechtigte oder außerhalb der Jurisdiktion dieser Organisation stehende Personen weitergegeben werden. Die amerikanische Regierung kann sich ausbedingen, in welchem Maße jede der Kategorien von Informationen, die sie zur Veröffentlichung freigibt, Verbreitung finden darf. Sie kann den Personenkreis genau bestimmen, dem solche Informationen zugeleitet werden dürfen, und kann die Verbreitung von Informationen jeder ihr notwendig erscheinenden Einschränkung unterwerfen.

#### Artikel III

1. Atom-Informationen werden jeden in den Bestimmungen und Verfahrensregeln der NATO vorgesehenen

\* Die in den Paragraphen 2 und 3 dieses Artikels angeführten Abschnitte des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954 sind als Anhang beigelegt.



Sicherheitsschutz genießen und gegebenenfalls auch den nationaler Gesetze und Bestimmungen. In keinem Falle dürfen die Empfänger bei der Geheimhaltung von Atom-Informationen einen niedrigeren Sicherheitsmaßstab anlegen als denjenigen, der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in den diesbezüglichen Sicherheitsbestimmungen der NATO vorgeschrieben ist.

#### Artikel IV

1. Atom-Informationen, die auf Grund von Artikel I dieses Abkommens durch die amerikanische Regierung mitgeteilt werden, sollen ausschließlich der Vorbereitung und Durchführung der Verteidigungspläne der NATO dienen.

2. Die NATO wird der Regierung der Vereinigten Staaten von Zeit zu Zeit Berichte über die Verwendung der Informationen unterbreiten. Diese Berichte werden damit im Zusammenhang stehende und von der amerikanischen Regierung angeforderte Auskünfte enthalten und insbesondere eine Liste derjenigen Personen umfassen, die auf Grund der Bestimmungen von Paragraph 2 des Artikels II in den Besitz gewisser Kategorien von Informationen gelangt sind, sowie eine Liste der weitergegebenen Dokumente.

#### Artikel V

1. Außer den Vereinigten Staaten werden auch die übrigen Mitglieder des Nordatlantikpaktes in dem ihnen notwendig erscheinenden Ausmaß der NATO Informationen gleicher Art zur Verfügung stellen, wie dies die Vereinigten Staaten auf Grund von Artikel I dieses Abkommens tun können. Derartige Informationen werden unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen, wie sie auf Grund dieses Abkommens für die Vereinigten Staaten gelten, übermittelt.

#### Artikel VI

1. Das Abkommen soll mit der Mitteilung aller Mitgliedstaaten der NATO an die Vereinigten Staaten in Kraft treten, daß sie an die Bestimmungen des Abkommens gebunden sind.

2. Falls ein anderer Staat neu in die NATO aufgenommen werden sollte, darf keine der NATO auf Grund dieses Abkommens zugeleitete Information irgendeinem Angehörigen oder Angestellten dieses Staates, der neu in die NATO aufgenommen wurde, weitergeleitet werden, bis der neue Mitgliedstaat die Regierung der Vereinigten Staaten davon unterrichtet hat, daß er an die Bestimmungen dieses Abkommens gebunden ist. Mit dieser Mitteilung tritt dann dieses Abkommen auch für das neue Mitglied in Kraft.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird allen Mitgliedstaaten der NATO von dem nach Paragraph 1 dieses Artikels erfolgten Inkrafttreten dieses Abkommens und den nach Paragraph 2 dieses Artikels erhaltenen Benachrichtigungen Mitteilung machen.

4. Dieses Abkommen hat für die Dauer des Nordatlantik-Vertrages Gültigkeit.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Vertreter das vorliegende Abkommen im Namen ihres jeweiligen, der NATO angehörigen Staates und im Namen der NATO unterschrieben.

Geschehen zu Paris am . . . . . 1955 in je einem Urstück in englischer und französischer Sprache, wobei beide Fassungen in gleicher Weise maßgebend sind. Sie werden in den Archiven der amerikanischen Regierung hinterlegt, die jedem der Unterzeichner- oder dem Vertrag neu beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermitteln wird.

Für das Königreich Belgien:	Für das Königreich der Niederlande:
Für Kanada:	Für das Königreich Norwegen:
Für das Königreich Dänemark:	Für Portugal:
Für Frankreich:	Für die Türkei:
Für das Königreich Griechenland:	Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:
Für Island:	Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
Für Italien:	
Für das Großherzogtum Luxemburg:	

Anhang: Abschnitte des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes vom Jahre 1954, die im Abkommen über eine Zusammenarbeit zwecks Austausch von Atom-Informationen angeführt sind

#### Abschnitt 11. Definitionen

##### Abschnitt 11 d: Atom-Waffen

„d. Der Begriff ‚Atom-Waffe‘ bezeichnet jegliche Vorrichtung, die sich der Atom-Energie bedient — außer als Transport- oder Antriebsmittel (wobei ein solches Mittel ein getrennter oder trennbarer Teil der Vorrichtung ist) — und deren Hauptzweck darin besteht, als Waffe oder zur Entwicklung einer Waffe, als Vorbild oder Testvorrichtung für eine solche zu dienen.“

##### Abschnitt 11 r: Geheimzuhaltende Unterlagen

„r. Der Begriff ‚geheimzuhaltende Unterlagen‘ umfaßt alle Unterlagen über:

- (1) den Entwurf, die Herstellung oder den Gebrauch von Atomwaffen,
- (2) die Herstellung besonderen Kernmaterials oder
- (3) die Anwendung besonderen Kernmaterials bei der Herstellung von Energie.

Er soll jedoch keine Unterlagen einschließen, die nicht mehr als Geheimmaterial klassifiziert sind oder die aus

der Kategorie der ‚Geheimzuhaltenden Unterlagen‘ gemäß Abschnitt 142 ausgenommen wurden.“

##### Abschnitt 11 t: Besonderes Kernmaterial

„t. Der Begriff ‚besonderes Kernmaterial‘ bezeichnet 1) Plutonium, Uran, das in der Isotope 233 oder 235 angereichert wurde, sowie jedes andere Material, das die Kommission gemäß den Bestimmungen von Abschnitt 51 als besonderes Kernmaterial definiert. Er umfaßt jedoch kein Ausgangsmaterial (source material). Er bezeichnet ferner 2) jedes Material, das künstlich durch einen der oben bezeichneten Stoffe angereichert wurde, umfaßt aber kein Ausgangsmaterial.“

#### Abschnitt 142. Klassifizierung und Ausschluß aus der Klassifizierung geheimzuhaltender Unterlagen

##### Abschnitt 142 d:

„d. Die Kommission soll solche Unterlagen aus der Kategorie der geheimzuhaltenden Unterlagen ausschließen, die nach übereinstimmendem Urteil der Kommission

und des Verteidigungsministeriums in erster Linie die militärische Verwendung von Atom-Waffen betreffen und nach übereinstimmendem Urteil der Kommission und des Verteidigungsministeriums als militärische Informationen ausreichend vor Mißbrauch geschützt sind, allerdings unter der Voraussetzung, daß keine dieser Unterlagen, die auf diese Weise aus der Kategorie der geheimzuhaltenden Unterlagen ausgenommen wurden, irgendeiner Nation oder regionalen Verteidigungsorganisation übermittelt oder anderweitig zugänglich gemacht wird, solange diese Unterlagen militärische Informationen bleiben, außer wenn ein gemäß Unterabschnitt 144 b eingegangenes Abkommen über eine Zusammenarbeit vorliegt.“

#### Abschnitt 144. Internationale Zusammenarbeit

##### Abschnitt 144 b:

„b. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika kann das Verteidigungsministerium ermächtigen, mit Unterstützung der Atomenergie-Kommission mit einer anderen Nation oder einer regionalen Verteidigungsorganisation, der die Vereinigten Staaten angehören, zusammenzuarbeiten und dieser Nation oder Organisation solche Geheim-Unterlagen zuzustellen, die für:

- 1) die Aufstellung von Verteidigungsplänen,
- 2) die Ausbildung von Personal im Gebrauch von Atomwaffen und in deren Abwehr und

3) die Beurteilung der Fähigkeit möglicher Gegner, Atomwaffen einzusetzen, notwendig sind,

wenn diese andere Nation oder Organisation gemeinsam mit den Vereinigten Staaten im Rahmen einer internationalen Vereinbarung wesentliche und materielle Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit leistet. Voraussetzung ist allerdings, daß eine solche Zusammenarbeit keine Mitteilung von geheimzuhaltenden Unterlagen über Entwurf und Herstellung von Atomwaffen mit sich bringt. Ausgenommen sind Angaben über äußere Merkmale wie Größe, Gewicht, Form, Einsatzfähigkeit und Wirkung dieser Waffen sowie über die bei ihrem Einsatz oder ihrem Gebrauch angewandten Verfahren, die allerdings keine Angaben über diese Kategorien umfassen dürfen, wenn nicht Atomenergie-Kommission und Verteidigungsministerium zu dem übereinstimmenden Urteil gelangt sind, daß solche Unterlagen keine wichtigen Informationen über Pläne oder Herstellung der Kern-Bestandteile (nuclear components) einer Atomwaffe enthüllen. Voraussetzung ist ferner, daß die Zusammenarbeit auf Grund eines Abkommens erfolgt, das in Uebereinstimmung mit Abschnitt 123 geschlossen wurde.“

Quelle: NATO Information Division, Press Release (55) 6 vom 13. April 1955. Uebersetzung: Margret Völker, Bonn.

## Dokumente zur Oesterreichfrage

### Vorschlag der Sowjetregierung für eine Viererkonferenz in Wien vom 19. April 1955

Die Sowjetregierung hält es für erforderlich, die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten auf folgendes zu lenken.

Vom 12. bis zum 15. April haben in Moskau Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und einer Regierungsdelegation der Republik Oesterreich mit dem Bundeskanzler Oesterreichs, Herrn J. Raab, an der Spitze stattgefunden\*. Im Ergebnis des Meinungsaustausches stellte sich heraus, daß zur Zeit die Möglichkeit besteht, die Regelung der Oesterreichfrage zu beenden und den Staatsvertrag mit Oesterreich abzuschließen. Das wird es ermöglichen, die Unabhängigkeit des demokratischen österreichischen Staates völlig wiederherzustellen, was ein wesentlicher Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa sein wird.

Die Sowjetregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihrerseits zur Erreichung des notwendigen Uebereinkommens zwischen

den Regierungen der vier Mächte und der Regierung Oesterreichs über den Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich beitragen wird. Die Sowjetregierung hält es für zweckmäßig, daß bereits in nächster Zeit eine Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion unter Teilnahme von Vertretern Oesterreichs zur Erörterung der Frage des Abschlusses des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen demokratischen Oesterreichs und zur Unterzeichnung dieses Vertrages einberufen wird.

Als Einberufungsort dieser Konferenz wird Wien vorgeschlagen.

Die Sowjetregierung wäre der Regierung der Vereinigten Staaten für eine schnelle Antwort auf diesen Vorschlag verbunden.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 20. April 1955.

### Antwortnote der drei Westmächte an die Sowjetunion vom 22. April 1955

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat nach Beratungen mit der britischen und der französischen Regierung die Note der Sowjetregierung vom 19. April in Betracht gezogen. In dieser Note wird eine Konferenz der Außenminister des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und Frankreichs unter Beiziehung österreichischer Vertreter vorgeschlagen, um die Frage des Abschlusses eines Staatsvertrages zur Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Oesterreichs zu erörtern und diesen Vertrag zu unterzeichnen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten begrüßt den Standpunkt der Sowjetregierung, daß jetzt die Möglichkeit besteht, den österreichischen Staatsvertrag abzuschließen. Sie ist gerne bereit, so früh als möglich an einer Zusammenkunft der Außenminister der vier Mächte und österreichischer Vertreter teilzunehmen, um den Vertrag zu unterzeichnen.

Aus den erhaltenen Informationen über den Meinungsaustausch zwischen den österreichischen und sowjetischen

\*) Vgl. den Wortlaut des Communiqués über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen in Europa-Archiv 9/1950, S. 7532.



Ministern in Moskau geht klar hervor, daß noch ein gewisses Maß von Vorbereitungsarbeiten zu leisten ist. Unter Hinweis auf die Dreimächteerklärung vom 5. April\* wird vorgeschlagen, daß die Botschafter der vier Mächte in Wien unter Zuziehung österreichischer Vertreter so bald als möglich eine Konferenz abhalten, um die Ergebnisse des Meinungsaustausches in Moskau zu überprüfen und die notwendige Übereinstimmung hinsichtlich der baldigen Unterzeichnung des Staatsvertrages durch die Außen-

minister zu erzielen. Es wird daher vorgeschlagen, daß die Botschafter und die österreichischen Vertreter am 2. Mai in Wien zusammentreffen.

Sobald die erforderlichen Vorbereitungen abgeschlossen sind, sollte dann der frühestmögliche Termin zur Unterzeichnung des Vertrags durch die Außenminister festgesetzt werden.

Quelle: Wiener Zeitung vom 23. April 1955.

### Note der Sowjetregierung an die drei Westmächte vom 26. April 1955

Die Regierung der UdSSR bestätigt den Empfang der Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 22. April, die eine Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 19. April d. J. darstellt.

Die Regierung der UdSSR nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bereit ist, in nächster Zeit an einer Konferenz der Außenminister der vier Mächte — der UdSSR, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs — unter Beteiligung von Vertretern Oesterreichs zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrages teilzunehmen. Die Sowjetregierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Konferenz die Möglichkeit bietet, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau die Regelung der Oesterreichfrage im Interesse der Festigung des Friedens in Europa zum Abschluß zu bringen, und es ermöglicht, die Unabhängigkeit des demokratischen Oesterreichs völlig wiederherzustellen.

Die Sowjetregierung vertritt nicht die Ansicht, daß die Einberufung einer Botschafterkonferenz in Wien unter den gegenwärtigen Umständen der kürzeste Weg zur Erzielung des notwendigen Übereinkommens in der Oesterreichfrage ist, da durchaus die Möglichkeit besteht, diese Frage schon in allernächster Zeit auf einer Konferenz der Außenminister der vier Mächte unter Beteili-

gung Oesterreichs zu erörtern und zu lösen. Da jedoch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der Ansicht ist, daß eine solche vorbereitende Botschafterkonferenz notwendig sei, um „eine gewisse vorbereitende Arbeit zu leisten“, ist die Sowjetregierung bereit, diesem Wunsch der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika entgegenzukommen. Dabei geht die Regierung der UdSSR davon aus, daß, wenn ein zwischen den Seiten koordinierter Entwurf eines Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Oesterreichs vorliegt und wenn sich im Ergebnis des Meinungsaustauschs eine Gemeinsamkeit der Ansichten der interessierten Seiten über die Entwicklung Oesterreichs als eines unabhängigen und friedliebenden Staates ergibt, die Aufgabe der Botschafterkonferenz darin bestehen wird, die Einberufung einer Konferenz der Außenminister der vier Mächte unter Beteiligung Oesterreichs zur Erörterung und Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Oesterreich in nächster Zeit zu gewährleisten.

In Anbetracht des oben Dargelegten äußert die Sowjetregierung ihr Einverständnis damit, daß die erwähnte Zusammenkunft der Botschafter der vier Mächte am 2. Mai in Wien stattfindet.

Quelle: Tägliche Rundschau vom 27. April 1955.

### Gemeinsames Kommuniqué über die deutsch-französischen Besprechungen in Bonn vom 30. April 1955

Die Besprechungen, die zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister Pinay am 29. und 30. April 1955 in Bonn stattgefunden haben, betrafen die allgemeine weltpolitische Lage, die Fortführung der europäischen Einigung und die Gesamtheit der deutsch-französischen Beziehungen. Die Besprechungen haben zu einer Übereinstimmung der Auffassungen in allen Punkten geführt.

Im Hinblick auf die allgemeine weltpolitische Lage wurde festgestellt, daß die Verwirklichung\*\* der Pariser Verträge, die den Zusammenhalt der westlichen Welt sichert, erlaubt, das notwendige Gespräch mit dem Osten unter den besten zur Zeit möglichen Bedingungen zu eröffnen, um zu einer echten Entspannung in den internationalen Beziehungen zu gelangen. Die beiden Minister gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Wieder-

herstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit und die Errichtung eines allgemeinen Sicherheitssystems die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden legen können. Diese Fragen werden Gegenstand der Erörterungen auf den bevorstehenden Konferenzen in Paris sein.

Die Minister waren gemeinsam der Auffassung, daß der Zeitpunkt gekommen sei, der europäischen Zusammenarbeit einen weiteren Auftrieb zu geben. Sie haben gemeinsam die praktischen Möglichkeiten geprüft, um die europäischen Hilfsquellen auf bestimmten Gebieten zu integrieren. Sie sind der Auffassung, daß derartige Möglichkeiten auf dem schon früher ins Auge gefaßten Gebiet des Flugzeugbaus sowie auf Gebieten des Verkehrs einschließlich der Luftfahrt bestehen. Sie haben festgestellt, daß die Erforschung und die Ausnutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke notwendigerweise nach einer solchen Integration verlangen. Auf diesem Gebiet wird eine enge europäische Zusammenarbeit nicht nur den notwendigen technischen Fortschritt beschleunigen, sondern auch außerordentlich

\* Vgl. den Wortlaut der Erklärung in Europa-Archiv 9/1955, S. 7531.

\*\* In dem vom französischen Außenministerium veröffentlichten Text heißt es „l'entrée en vigueur“.

große Wirkungen auf die Solidarität der europäischen Länder und die Einigung Europas ausüben. Die Minister haben die Absicht, unverzüglich mit den befreundeten Mächten in einen Meinungsaustausch über diese Projekte einzutreten. Die Minister haben beschlossen, den Rat der Westeuropäischen Union bei seiner konstituierenden Sitzung am 10. Mai 1955 in Paris mit gemeinsamen Vorschlägen über die Anwendung des am 23. Oktober 1954 abgeschlossenen Saarabkommens zu befassen. Der Rat wird gebeten werden, die ihm aus diesem Abkommen erwachsenden Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Dem Rat werden ebenfalls\* gemeinsame Vorschläge der beiden Regierungen gemacht werden, die sich auf die Durchführung der Volksabstimmung, auf die Vollmachten und die Zusammensetzung der Kontrollkommission, auf die Modalitäten der Abstimmung sowie schließlich auf die Befugnisse des Europäischen Kommissars an der Saar beziehen. Die beiden Minister erzielten im Einvernehmen mit den gegenwärtigen Eigentümern Einverständnis über eine Lösung der mit der Aufhebung des Sequesters der Stahlwerke in Völklingen verbundenen Probleme.

Die beiden Minister haben der Frage der Fortentwicklung der deutsch-französischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen besondere Sorgfalt gewidmet. Sie halten es für notwendig, die früher erörterten Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie haben beschlossen, in naher Zukunft einen deutsch-französischen Ausschuß zu gründen, der unter der Verantwortung der Regierungen die Aufgabe erhält, den wirtschaftlichen Austausch auf einen Höchststand zu bringen und Gemeinschaftsprojekte im europäischen Rahmen zu fördern.

Die beiden Minister haben Kenntnis genommen vom Stand der Arbeiten bezüglich des Problems der Moselkanalisierung. Sie werden ihre Erörterungen hierüber bei ihrem nächsten Zusammentreffen fortsetzen.

Die beiden Staatsmänner haben mit Genugtuung von der kürzlichen Gründung der deutsch-französischen Handelskammer, von den neuen Fortschritten im deutsch-französischen Warenverkehr im Laufe des ersten Vierteljahres 1955 und von den ersten Ergebnissen der Verhandlungen über ein langfristiges Abkommen Kenntnis genommen.

Zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde beschlossen, das deutsch-französische Kulturabkommen vom 23. Oktober 1954 in naher Zukunft zu ratifizieren und den in diesem Abkommen vorgesehenen ständigen Gemischten Ausschuß ins Leben zu rufen. Der französische Vorsitzende dieses Ausschusses wird Botschafter François-Poncet, der deutsche Vorsitzende Botschafter Professor Hausenstein sein. Die beiden Vorsitzenden werden für die Aufgaben und die Organisation des Ausschusses Vorschläge ausarbeiten.

Die beiden Minister haben mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Erklärungen, die hinsichtlich der Frage des Unterrichts der französischen Sprache in der Bundesrepublik abgegeben wurden, eine Lösung versprechen, die den Wünschen beider Regierungen entspricht, den Unterricht der französischen und deutschen Sprache in beiden Ländern weitgehend zu fördern.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 82, vom 3. Mai 1955.

## Schluß-Kommuniqué der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz in Bandung vom 24. April 1955

### Teilnehmer der Konferenz

Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz, die von den Regierungen Burmas, Ceylons, Indiens, Indonesiens und Pakistans einberufen wurde, tagte vom 18. bis 24. April 1955 in Bandung.

Außer den einberufenden Ländern haben die folgenden 24 Länder an der Konferenz teilgenommen:

Afghanistan, Kambodscha, Volksrepublik China, Ägypten, Äthiopien, Goldküste, Iran, Irak, Japan, Jordanien,

Laos, Libanon, Liberia, Libyen, Nepal, die Philippinen, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Thailand, Türkei, Demokratische Republik (Nord-)Vietnam, Staat Vietnam und Jemen.

Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz untersuchte die Lage Asiens und Afrikas und erörterte Wege und Mittel, durch die deren Völker die größtmögliche wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit erreichen könnten.

### Wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz hat die Dringlichkeit der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung in der asiatisch-afrikanischen Region anerkannt. Es bestand der allgemeine Wunsch nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten auf der Grundlage gemeinsamen Interesses und der Achtung der nationalen Souveränität.

Die Vorschläge hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Ländern schließen weder die Wünschbarkeit noch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der Region aus, einschließlich der Investierung ausländischen Kapitals.

Es wurde weiter anerkannt, daß die Hilfe, die gewisse Teilnehmerstaaten von außerhalb der Region unter internationalen oder bilateralen Abkommen erhalten haben, einen wertvollen Beitrag zur Durchführung ihrer Entwicklungsprogramme gebildet haben.

\* Im französischen Text ist hier eingeschoben „après consultation du gouvernement sarrois“.



2. Die Teilnehmerstaaten kamen überein, sich gegenseitig in dem höchst erreichbaren Maße technische Hilfe zu gewähren in der Form von:

Sachverständigen, Ausbildern, richtungweisenden Projekten und Ausrüstungen für Lehrzwecke;

Erfahrungsaustausch und Errichtung von nationalen und — wo möglich — regionalen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen zur Vermittlung technischen Wissens und Könnens in Zusammenarbeit mit den bestehenden internationalen Institutionen.

3. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz empfahl:

Die baldige Errichtung eines UN-Sonderfonds für wirtschaftliche Entwicklung;

die Zuteilung eines größeren Teils der Mittel der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an asiatisch-afrikanische Länder;

die baldige Errichtung einer Internationalen Finanzierungskörperschaft (International Finance Corporation), die die gerechte Verteilung der Investitionen in ihre Tätigkeit aufnehmen sollte; und

Ermütigung der Schaffung gemeinsamer Handelsunternehmungen asiatisch-afrikanischer Länder, soweit dies ihre gemeinsamen Interessen fördert.

4. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz anerkennt die Lebensnotwendigkeit der Stabilisierung des Warenhandels in der Region.

Das Prinzip, den Umfang des multilateralen Handels und Zahlungsverkehrs zu erweitern, wurde angenommen. Jedoch wurde anerkannt, daß einige Länder mit Rücksicht auf die bei ihnen herrschenden wirtschaftlichen Bedingungen zu zweiseitigen Handelsabkommen greifen mußten.

5. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz empfahl, daß durch die Teilnehmerländer gemeinsame Aktionen für die Stabilisierung der internationalen Preise für Rohstoffe und der Nachfrage nach diesen unternommen werden sollten und daß sie sich, soweit durchführbar und wünschenswert, ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit in der Ständigen Beratenden Kommission für Internationalen Warenhandel der Vereinten Nationen (United Nations Permanent Advisory Commission on International Commodity Trade) und in anderen internationalen Körperschaften zu eigen machen sollten.

6. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz empfahl ferner:

Die asiatisch-afrikanischen Länder sollten ihren Exporthandel vielseitiger gestalten, indem sie ihre Rohstoffe, wenn immer es wirtschaftlich möglich sei, vor der Ausfuhr verarbeiteten; interregionale Handelsmessen sollten gefördert und der Austausch von Handelsdelegationen und Gruppen von Geschäftsleuten ermutigt werden. Der Austausch von Informationen und Warenmustern sollte unterstützt werden in Hinblick auf die Förderung des interregionalen Handels, und ständige Erleichterungen für den Transithandel von Ländern ohne Zugang zum Meer sollten geschaffen werden.

7. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz maß der Schifffahrt beträchtliche Bedeutung bei und gab ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß Schifffahrtslinien von Zeit zu Zeit ihre Frachtsätze änderten, oftmals zum Schaden der beteiligten Länder.

Sie empfahl eine Untersuchung dieser Frage und anschließend ein gemeinsames Vorgehen, um einen Einfluß auf die Schifffahrtslinien auszuüben, eine vernünftigeren Haltung anzunehmen.

8. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz stimmte darin überein, daß die Errichtung nationaler und regionaler Banken und Versicherungsgesellschaften gefördert werden solle.

9. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz war der Ansicht, daß der Austausch von Informationen über Fragen des Erdöls, wie über die Ueberweisung von Gewinnen und über Besteuerung, schließlich zur Formulierung einer gemeinsamen Politik führen könnte.

10. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz betonte die besondere Bedeutung der Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke für die asiatisch-afrikanischen Länder.

Die Konferenz begrüßte die Initiative der hauptsächlich beteiligten Länder, die angeboten haben, Informationen über die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Sie forderte die schnelle Errichtung einer internationalen Atomenergie-Organisation, die für eine angemessene Vertretung der asiatisch-afrikanischen Länder in ihren Exekutiv-Organen sorgen sollte; und

sie empfahl den asiatisch-afrikanischen Regierungen, die von den Ländern, die solche Programme angeregt haben, angebotenen Ausbildungs- und sonstigen Vorteile bei der friedlichen Anwendung der Atomenergie voll auszunutzen.

11. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz gab ihre Zustimmung dazu, in den Teilnehmerländern offizielle Verbindungs-Beamte, die von ihren Regierungen nominiert werden, für den Austausch von Informationen und Gedanken von gegenseitigem Interesse zu ernennen.

Sie empfahl, daß ein stärkerer Gebrauch von den bestehenden internationalen Organisationen gemacht und daß von Teilnehmerstaaten, die nicht Mitglied solcher internationaler Organisationen, aber wählbar sind, die Mitgliedschaft erworben werden solle.

12. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz empfahl, daß bei internationalen Zusammenkünften die Teilnehmerstaaten vorherige gemeinsame Beratungen abhalten sollten mit dem Ziel, soweit wie möglich ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Es ist indessen nicht beabsichtigt, einen regionalen Block zu bilden.

### Kulturelle Zusammenarbeit

1. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz war der Ueberzeugung, daß zu den mächtigsten Mitteln zur Förderung des Verständnisses zwischen den Nationen die Entwicklung kultureller Zusammenarbeit gehört. Asien und Afrika waren die Wiege großer Religionen und Zivilisa-

tionen, die andere Kulturen und Zivilisationen bereichert haben, während sie selbst in diesem Prozeß bereichert wurden.

So sind die Kulturen Asiens und Afrikas auf geistige und weltumspannende Fundamente gegründet. Unglück-

licherweise waren die kulturellen Berührungen zwischen den asiatischen und afrikanischen Völkern in den letzten Jahrhunderten unterbrochen.

Die Völker Asiens und Afrikas sind nun von einem lebhaften und aufrichtigen Wunsche beseelt, ihre alten kulturellen Kontakte zu erneuern und neue im Rahmen der modernen Welt zu schaffen. Alle teilnehmenden Regierungen haben auf der Konferenz ihre Erklärung, für engere kulturelle Zusammenarbeit einzutreten, erneuert.

2. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz nahm von der Tatsache Kenntnis, daß die bestehende Kolonialherrschaft in vielen Teilen Asiens und Afrikas, in welcher Form es auch sei, nicht nur die kulturelle Zusammenarbeit verhindert, sondern auch die nationalen Kulturen der Völker unterdrückt.

Einige Kolonialmächte haben den von ihnen abhängigen Völkern die Grundrechte auf dem Gebiet der Erziehung und der Kultur vorenthalten, wodurch ihre Entwicklung gehemmt und der kulturelle Verkehr mit anderen asiatischen und afrikanischen Völkern gehemmt wird.

Dies trifft besonders im Falle von Tunesien, Algerien und Marokko zu, wo das Grundrecht des Volkes, seine eigene Sprache und Kultur zu studieren, unterdrückt worden ist.

Eine ähnliche Diskriminierung ist gegen afrikanische und andere farbige Völker in einigen Teilen des afrikanischen Kontinents angewandt worden.

Die Konferenz gelangte zur Ueberzeugung, daß diese Politik auf eine Verweigerung der fundamentalen Rechte des Menschen hinausläuft, den kulturellen Fortschritt auf diesem Gebiet hindert und ebenso die kulturelle Zusammenarbeit auf weiter internationaler Ebene hemmt.

Die Konferenz verdammt eine solche Verweigerung fundamentaler Rechte auf dem Gebiet der Erziehung und der Kultur in einigen Teilen Asiens und Afrikas durch diese oder andere Formen kultureller Unterdrückung.

Im besonderen verdammt die Konferenz den Rassismus als ein Mittel kultureller Unterdrückung.

## Menschenrechte und Selbstbestimmung

1. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz erklärte ihre volle Unterstützung der Grundprinzipien der Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, und nahm die universelle Deklaration der Menschenrechte als gemeinsam anzustrebendes Ziel für alle Völker und Nationen zur Kenntnis.

Die Konferenz erklärte ihre volle Unterstützung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und Nationen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, und nahm Kenntnis von den Resolutionen der Vereinten Nationen über das Recht der Völker und Nationen auf Selbstbestimmung, das eine Vorbedingung ist für den vollen Genuß der fundamentalen Menschenrechte.

2. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz bedauerte die Politik und Praxis der Rassentrennung und -diskriminierung, die in weiten Gebieten Afrikas und in anderen

3. Es geschah nicht aus einem Geist der Exklusivität und der Rivalität anderen Völkergruppen oder anderen Zivilisationen und Kulturen gegenüber, wenn die Konferenz die Entwicklung kultureller Zusammenarbeit zwischen asiatischen und afrikanischen Ländern behandelte.

Getreu der uralten Tradition von Toleranz und Universalität glaubte die Konferenz, daß die asiatische und afrikanische Zusammenarbeit im größeren Zusammenhang der Weltzusammenarbeit entwickelt werden solle. Zugleich mit der Entwicklung der asiatisch-afrikanischen Zusammenarbeit wünschen die Länder Asiens und Afrikas kulturelle Beziehungen mit anderen zu entwickeln. Sie würden dadurch ihre eigene Kultur bereichern und gleichzeitig zur Förderung des Weltfriedens und der Verständigung beitragen.

4. Es gibt viele Länder in Asien und Afrika, die noch nicht in der Lage waren, ihre erzieherischen, wissenschaftlichen und technischen Institutionen zu entwickeln.

Die Konferenz empfahl, daß Länder in Asien und Afrika, die in dieser Hinsicht günstiger gestellt sind, Erleichterungen für die Zulassung von Studenten und auszubildenden Personen zu ihren Einrichtungen schaffen.

Solche Erleichterungen sollten auch der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung in Afrika gewährt werden, denen die Möglichkeit zur Erlangung höherer Bildung zur Zeit vorenthalten wird.

5. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz gelangte zur Ueberzeugung, daß die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Ländern Asiens und Afrikas gerichtet sein sollte auf:

- a) die Aneignung von Kenntnissen über die anderen Länder;
- b) gegenseitigen kulturellen Austausch; und
- c) den Austausch von Informationen.

6. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz war der Meinung, daß im derzeitigen Stadium die besten Ergebnisse in der kulturellen Zusammenarbeit durch den Abschluß bilateraler Abkommen zur Durchführung ihrer Empfehlungen erzielt werden können und dadurch, daß jedes Land von sich aus Maßnahmen ergreift, wo immer es möglich und tunlich ist.

Teilen der Welt die Grundlage von Regierung und menschlichen Beziehungen bildet.

Ein solches Verhalten ist nicht nur eine grobe Verletzung der Menschenrechte, sondern auch eine Verleugnung der fundamentalen Werte der Zivilisation und der Menschenwürde.

Die Konferenz brachte ihre warme Sympathie und ihre Unterstützung zum Ausdruck für die mutige Haltung, die von den Opfern der Rassendiskriminierung, besonders von Menschen afrikanischen, indischen und pakistanischen Ursprungs in Südafrika, eingenommen wird; sie drückte allen denen, die deren Sache unterstützten, ihren Beifall aus. Sie bestätigte die Entschlossenheit der asiatisch-afrikanischen Völker, jede Spur von Rassismus, die in ihren eigenen Ländern bestehen sollte, zu beseitigen, und gelobte, ihren vollen moralischen Einfluß aufzuwenden, um sie vor der Gefahr zu bewahren, in ihrem Kampf, dieses Uebel zu beseitigen, ihm selber zum Opfer zu fallen.



## Problem der abhängigen Völker

1. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz behandelte die Probleme abhängiger Völker und des Kolonialismus und die Uebelstände, die sich aus der Unterwerfung von Völkern, ihrer Beherrschung und Ausbeutung ergeben.

Die Konferenz kam überein:

a) Zu erklären, daß der Kolonialismus in allen seinen Formen ein Uebel ist, das baldigst beseitigt werden sollte;

b) zu bestätigen, daß die Unterwerfung von Völkern unter fremdes Joch, Beherrschung und Ausbeutung eine Verletzung der fundamentalen Menschenrechte darstellen, der Charta der Vereinten Nationen widersprechen und ein Hindernis für die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit sind;

c) ihre Unterstützung der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit aller solcher Völker zu erklären;

d) alle in Frage kommenden Mächte aufzurufen, solchen Völkern Freiheit und Unabhängigkeit zu gewähren.

2. Angesichts der ungeklärten Lage in Nordafrika und der beharrlichen Verweigerung des Rechts der nordafrikanischen Völker auf Selbstbestimmung erklärte die Asiatisch-Afrikanische Konferenz ihre Unterstützung des Rechts der Völker von Algerien, Marokko und Tunesien auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und drängte die französische Regierung, ohne Zögern eine friedliche Lösung der Frage herbeizuführen.

## Andere Probleme

1. In Anbetracht der bestehenden Spannung im Mittleren Osten, die durch die Lage in Palästina entstanden ist, und der Gefahr dieser Spannung für den Weltfrieden erklärte die Asiatisch-Afrikanische Konferenz ihre Unterstützung für die Rechte des arabischen Volkes in Palästina und rief zur Verwirklichung der Resolution der Vereinten Nationen über Palästina und zur friedlichen Regelung der Palästinafrage auf.

2. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz unterstützte im Zusammenhang mit ihrer zur Abschaffung des Kolonialismus zum Ausdruck gebrachten Haltung im Falle von West-Irian (West-Neuguinea) die Stellung Indonesiens zu den darauf bezüglichen Abkommen zwischen Indonesien und den Niederlanden.

Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz forderte die niederländische Regierung auf, die Verhandlungen so bald wie möglich wiederaufzunehmen, um ihre Verpflichtungen aus den oben erwähnten Abkommen zu erfüllen, und drückte ihre ernste Hoffnung aus, daß die Vereinten Nationen den betreffenden Parteien helfen werden, eine friedliche Lösung des Streites zu finden.

3. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz unterstützte die Stellung des Jemen im Falle von Aden und der als „Protektorate“ bekannten südlichen Teile des Jemen und drängte die Parteien, zu einer friedlichen Regelung des Streites zu gelangen.

## Erklärung über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit

1. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz, die die Tatsache, daß einige Staaten noch nicht zu den Vereinten Nationen zugelassen worden sind, zur Kenntnis genommen hat, war der Ansicht, daß für eine wirksame Zusammenarbeit für den Weltfrieden die Mitgliedschaft zu den Vereinten Nationen universal sein sollte. Sie forderte den Sicherheitsrat auf, die Zulassung aller der Staaten zu unterstützen, die unter den Bedingungen der Charta für die Mitgliedschaft qualifiziert sind.

Nach Ansicht der Asiatisch-Afrikanischen Konferenz sind die folgenden Länder, die auf ihr vertreten waren, derart qualifiziert: Kambodscha, Ceylon, Japan, Jordanien, Laos, Libyen, Nepal und ein vereinigtes Vietnam.

Die Konferenz war der Ansicht, daß die Vertretung der Länder des asiatisch-afrikanischen Raumes im Sicherheitsrat im Verhältnis zu dem Prinzip einer gerechten geographischen Verteilung unangemessen ist.

Sie war der Ansicht, daß hinsichtlich der Verteilung der nicht-permanenten Sitze die asiatisch-afrikanischen Länder, die nach der 1946 in London getroffenen Regelung von der Wahl ausgeschlossen sind, in die Lage versetzt werden sollten, im Sicherheitsrat mitzuarbeiten, so daß sie einen wirksameren Beitrag zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit leisten könnten.

2. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz, die die gefährliche Situation der bestehenden internationalen Spannung erwogen hat und die Gefahren, denen die ge-

samte menschliche Rasse sich gegenübersehen würde bei dem Ausbruch eines globalen Krieges, in dem die zerstörende Gewalt aller Arten von Waffen, einschließlich nuklearer und thermonuklearer Waffen, zur Anwendung käme, hat die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die schrecklichen Folgen gelenkt, die eintreten würden, wenn ein solcher Krieg ausbräche.

Die Konferenz war der Ansicht, daß Abrüstung und das Verbot der Herstellung, Erprobung und Anwendung nuklearer und thermonuklearer Waffen oberstes Gebot sind, um Menschheit und Zivilisation von der Furcht und der Aussicht auf völlige Vernichtung zu befreien.

Sie war der Ansicht, daß die hier versammelten Nationen Asiens und Afrikas der Menschheit und der Zivilisation gegenüber die Pflicht haben, ihre Unterstützung für das Verbot dieser Waffen zu proklamieren und an die hauptsächlich betroffenen Nationen und an die Weltmeinung zu appellieren, eine solche Abrüstung und ein solches Verbot herbeizuführen.

Die Konferenz war der Ansicht, daß eine wirksame internationale Kontrolle geschaffen und aufrechterhalten werden sollte, um ein solches Verbot durchzuführen, und daß rasche und entschlossene Anstrengungen mit diesem Ziele unternommen werden müßten. Die Konferenz appellierte an alle in Frage kommenden Mächte, bis zum totalen Verbot der Herstellung nuklearer und thermonuklearer Waffen ein Abkommen zu erzielen, die Versuche mit solchen Waffen einzustellen.

Die Konferenz erklärte, daß weltumspannende Abrüstung eine absolute Notwendigkeit für die Erhaltung des Friedens ist, und forderte die Vereinten Nationen auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen, und appellierte an alle Betroffenen, baldigst eine Regulierung, Begrenzung, Kontrolle und Verminderung aller Streitkräfte und Rüstungen, einschließlich des Verbots der Herstellung, Erprobung und Verwendung aller Massenvernichtungswaffen, herbeizuführen und zu diesem Zweck eine wirksame internationale Kontrolle zu schaffen.

3. Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz hat sich eindringlich mit der Frage des Weltfriedens und der Zusammenarbeit befaßt. Sie hat mit tiefer Sorge den augenblicklichen Stand der internationalen Spannung und ihrer Gefahr eines atomischen Weltkrieges betrachtet.

Das Problem des Friedens steht in Wechselbeziehung zum Problem der internationalen Sicherheit. In diesem Zusammenhang sollten alle Staaten, besonders mittels der Vereinten Nationen, zusammenarbeiten, um eine Verminderung der Rüstungen und die Vernichtung der nuklearen Waffen unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen.

Auf diese Weise kann der internationale Friede gefördert und die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke nutzbar gemacht werden. Dies würde helfen, die Bedürfnisse besonders der Völker Asiens und Afrikas zu befriedigen; denn was sie dringend benötigen, sind sozialer Fortschritt und höherer Lebensstandard in größerer Freiheit.

Freiheit und Frieden sind voneinander abhängig. Des Rechts auf Selbstbestimmung müssen sich alle Völker erfreuen, und Freiheit und Unabhängigkeit müssen so schnell wie irgend möglich allen den gewährt werden, die noch abhängige Völker sind.

Wirklich alle Nationen sollten das Recht haben, ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Systeme und ihre eigene Lebensweise in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen frei zu wählen.

Frei von Mißtrauen und Furcht und mit gegenseitigem Vertrauen und gutem Willen sollten die Nationen Toleranz üben und in Frieden als gute Nachbarn miteinander leben und freundschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der folgenden Prinzipien fördern:

1. Achtung vor den fundamentalen Menschenrechten und vor den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen;

2. Achtung vor der Souveränität und der territorialen Integrität aller Nationen;

3. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und der Gleichheit aller Nationen, ob groß oder klein;

4. Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes;

5. Achtung vor dem Recht jeder Nation, sich allein oder kollektiv in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen;

6a. Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen irgendeiner der großen Mächte dienen;

6b. Verzicht jedes Landes darauf, auf andere Länder einen Druck auszuüben;

7. Enthaltung von Aggressionshandlungen oder -drohungen und von Gewaltanwendungen gegen die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit irgendeines Landes;

8. Regelung aller internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel, wie Verhandlung, Versöhnung, Schiedsspruch oder gerichtliche Regelung, sowie durch andere friedliche Mittel nach eigener Wahl der Parteien in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen;

9. Förderung der gegenseitigen Interessen und der Zusammenarbeit;

10. Achtung vor dem Recht und vor internationalen Verpflichtungen.

Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz gibt ihrer Uebersetzung Ausdruck, daß freundschaftliche Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit diesen Prinzipien wirksam beitragen würde zur Aufrechterhaltung und Förderung des internationalen Friedens und der Sicherheit, während Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet helfen könnte, gemeinsamen Wohlstand und Wohlergehen aller herbeizuführen.

Die Asiatisch-Afrikanische Konferenz empfiehlt, daß die Staaten, die die Konferenz einberufen haben, das nächste Zusammentreten der Konferenz in Beratung mit anderen in Frage kommenden Ländern erwägen sollten.

Quelle: *The New York Times* vom 25. April 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Zur Frage der Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten

Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 16. April 1955

In der letzten Zeit hat sich die Lage im Nahen und Mittleren Osten bedeutend zugespitzt. Das steht damit in Verbindung, daß gewisse Westmächte neue Versuche unternommen haben, die Länder des Nahen und Mittleren Ostens in militärische Gruppierungen einzubeziehen, die als Anhängsel zum aggressiven Nordatlantikblock geschaffen werden.

Nachdem im Jahre 1951 der Plan der Schaffung eines sogenannten „Mittel-Ost-Kommandos“ infolge des Widerstandes, auf den dieser Plan in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens stieß, gescheitert war, unternahmen die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien Schritte, um die Länder des Nahen und Mittleren Ostens

auf Umwegen, einzeln oder zu mehreren, in diese oder jene Gruppierungen einzubeziehen, die unter ihrer Herrschaft geschaffen werden. Auf diese Weise wurden 1954 der Türkisch-Pakistanische Pakt und im Februar 1955 das Türkisch-Irakische Militärbündnis abgeschlossen. Durch die Schaffung des Türkisch-Irakischen Militärbündnisses gelang es seinen Urhebern, Irak von den anderen arabischen Ländern loszureißen und die Beziehungen zwischen diesen Ländern zu verschärfen, was nur den aggressiven Kräften, die unter den Ländern dieses Raumes im eigenen militärisch-strategischen Interesse Zwietracht stiften wollen, zum Vorteil gereicht.



In der letzten Zeit kam es so weit, daß man von Syrien ultimativ den Beitritt zum Türkisch-Irakischen Bündnis zu fordern begann und diese Forderung mit Drohungen verband, mit der Berechnung, die Regierung und das Volk Syriens einschüchtern und Syrien zwingen zu können, seine Haltung — Nichtbeteiligung an aggressiven Militärblocks — zu ändern. Diese Handlungen und die Rolle, die die Westmächte der Türkei bei der Schaffung militärischer Blocks im Nahen und Mittleren Osten zudenken, rufen bei den arabischen Ländern mit Recht Befürchtungen hervor, daß die Türkei wieder zur Herrschaft über diese Länder gelangen will und daß ihrer nationalen Unabhängigkeit unmittelbar Gefahr droht. Unter starkem Druck ist auch Aegypten gesetzt, von dem man verlangt, daß es seine ablehnende Einstellung zum Türkisch-Irakischen Block ändere und Syrien, das sich dem ausländischen Druck widersetzt, nicht unterstütze.

Die gleichen Forderungen werden auch Saudi-Arabien gestellt, das sich gemeinsam mit Aegypten und Syrien gegen die Beteiligung der arabischen Länder an Militärblocks wendet, die von den Westmächten aufgezwungen werden.

In der letzten Zeit wird auch Iran, das die Organisatoren dieser Blocks auf einen gefährlichen Weg treiben, einem immer größeren Druck ausgesetzt.

Es ist nicht schwer, zu sehen, daß der Politik der Schaffung militärischer Gruppierungen im Nahen und Mittleren Osten sowie der Schaffung einer aggressiven militärischen Gruppierung in Südostasien (sogenannte SEATO) das Streben nach kolonialer Versklavung dieser Länder durch gewisse Westmächte zugrunde liegt. Die Westmächte wollen auch fernerhin zur Bereicherung ihrer Großmonopole die Völker der Länder des Nahen und Mittleren Ostens ausbeuten und an den Naturschätzen dieser Länder Raubbau treiben. Außerstande, ihre Herrschaft mit den alten Methoden zu errichten und zu erhalten, versuchen diese Mächte, die Länder des Nahen und Mittleren Ostens unter dem Vorwand in aggressive Blocks einzubeziehen, daß sie den Verteidigungsbedürfnissen der Länder dieses Raumes entsprechen. Die Militärblocks im Nahen und Mittleren Osten nützen nicht den Ländern dieses Raumes, sondern den aggressiven amerikanischen Kreisen, die dort ihre Herrschaft errichten wollen. Sie nützen ferner jenen britischen Kreisen, die versuchen, durch diese Blocks ihre ins Wanken gebrachten Positionen entgegen den Lebensinteressen der Völker des Nahen und Mittleren Ostens, die den Weg einer unabhängigen nationalen Entwicklung beschritten haben, zu erhalten und wiederherzustellen.

Die Urheber dieser Militärblocks verbergen im Grunde genommen auch nicht, daß sie ihre bestimmten militärisch-strategischen Ziele verfolgen. Das ist auch aus den Erklärungen offizieller Vertreter der USA und Großbritanniens ersichtlich, wonach diese Westmächte die erwähnten Blocks vom Standpunkt der Schaffung einer sogenannten „nördlichen Zone“ ihres militärischen Systems ansehen. Davon zeugt auch der Beitritt Großbritanniens zum Türkisch-Irakischen Bündnis mit dem gleichzeitigen Abschluß eines neuen britisch-irakischen Abkommens über sogenannte „gegenseitige Zusammenarbeit“, das in neuer Form Irak versklavt und England die Erhaltung seiner Militärstützpunkte in diesem Lande sichert und die irakische Armee britischen Offizieren unterstellt.

Die Pläne zur Schaffung aggressiver Blocks im Nahen und Mittleren Osten haben nichts gemein mit den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit sowie mit den wahren nationalen Interessen der Länder dieses Raums. Diese Pläne zeigen ein übriges Mal, daß die Politik der Westmächte in bezug auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens nach wie vor auf die politische und wirtschaftliche Unterwerfung dieser Länder unter die imperialistischen Mächte gerichtet ist, die den Völkern dieser Länder wieder das Joch der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung aufbürden wollen. Dabei läßt man die Tatsache außer acht, daß die Zeit der Kolonialherrschaft und der Versklavung der Völker des Orients ein für allemal der Vergangenheit angehört.

Den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens droht jetzt die Gefahr, ihre Unabhängigkeit zu verlieren und in einen Krieg für fremde Interessen hineingezogen zu werden. Es ist darum völlig verständlich, daß man in politischen Kreisen dieser Länder immer mehr diese Gefahr erkennt. Verständlich ist auch der wachsende Widerstand, den die Völker des Nahen und Mittleren Ostens den Versuchen der ausländischen Mächte entgegensetzen, sie in aggressive militärische Gruppierungen hineinzuzwingen. Und wenn die herrschenden Kreise einiger arabischer Länder gehorsam im Fahrwasser der Urheber dieser Gruppierungen segeln, so zeigt das nur, wie weit sie davon entfernt sind, die wahren nationalen Interessen ihrer Völker zu vertreten. Wie schon mehrfach in der Vergangenheit, werden auch heute Versuche unternommen, den aggressiven Charakter der Pläne der USA und Großbritanniens im Nahen und Mittleren Osten mit absurden Hingespinnungen über eine „sowjetische Gefahr“ für die Länder dieses Raumes zu tarnen. Derartige Lügenmärchen haben mit der Wirklichkeit nichts gemein; denn die Außenpolitik der Sowjetunion beruht bekanntlich auf dem unwandelbaren Streben nach Gewährleistung des Friedens zwischen den Völkern auf der Grundlage der Einhaltung der Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität.

Der Sowjetstaat hat seit den ersten Tagen seines Bestehens die Politik imperialistischer Eroberung und kolonialer Unterdrückung entschieden verurteilt und alle nicht auf Gleichberechtigung beruhenden Verträge, die von der zaristischen Regierung mit den Ländern des Orients abgeschlossen waren, annulliert.

Voller Verständnis und Sympathie für die nationalen Bestrebungen der Völker des Orients hat die Sowjetregierung als erste die Unabhängigkeit Afghanistans anerkannt und ihm bei der Wiederherstellung seiner staatlichen Souveränität geholfen.

Die Sowjetregierung hat die nicht auf Gleichberechtigung beruhenden Verträge der zaristischen Regierung mit Iran aufgehoben und ihm große materielle Werte übergeben, die Rußland in Iran gehörten. In den Jahren des schweren Kampfes der Türkei um ihre nationale Unabhängigkeit hat die Sowjetunion ihr die Hand der Freundschaft entgegengestreckt und ihr allseitige Hilfe erwiesen, die eine entscheidende Rolle im Kampf des türkischen Volkes gegen die ausländischen Interventen spielte. Die Sowjetregierung hat als erste Saudi-Arabien als selbständigen Staat anerkannt und unterstützte den

Kampf um die staatliche Unabhängigkeit Jemens, Syriens, Libanons sowie die berechtigten Forderungen Ägyptens nach Abzug der ausländischen Truppen von seinem Territorium.

Die Sowjetregierung unterstützt stets in den internationalen Organisationen die berechtigten Forderungen der Länder des Nahen und Mittleren Ostens, die auf die Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität gerichtet sind.

Die Sowjetunion betreibt nach wie vor konsequent eine Politik des Friedens und der Minderung der internationalen Spannung. Davon zeugen insbesondere ihre Vorschläge über die Einstellung des Wettrüstens, das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und über eine unverzügliche wesentliche Einschränkung der Rüstungen, in erster Linie der Rüstungen der fünf Großmächte, sowie über die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Es ist völlig klar, daß eine solche Politik der Sowjetunion, die die tiefe Sympathie und Unterstützung der Völker findet, voll und ganz den nationalen Grundinteressen der Länder des Nahen und Mittleren Ostens und den Interessen der Erhaltung des Weltfriedens entspricht.

Die Sicherheit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens ist tatsächlich bedroht, jedoch nicht von der Sowjetunion, sondern von den Mächten, die unter dem Vorwand der „Gewährleistung der Sicherheit“ aggressive Blocks im Nahen und Mittleren Osten schaffen und die Länder dieses Raumes zu ihrem militärisch-strategischen Aufmarschgebiet, wirtschaftlich zu Kolonien und abhängigen Territorien degradieren wollen.

Es versteht sich, daß sich die Sowjetunion nicht gleichgültig zur Lage verhalten kann, die sich im Nahen und Mittleren Osten herausbildet, da die Bildung der erwähnten Blocks und die Schaffung ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium der Länder des Nahen und Mittleren Ostens unmittelbar die Sicherheit der UdSSR berührt. Dieser Standpunkt der Sowjetregierung ist um so verständlicher, als die UdSSR in unmittelbarer Nähe dieser Länder liegt, was man von anderen Mächten, zum Beispiel von den USA, die Tausende Kilometer von diesem Raum entfernt sind, nicht sagen kann.

Nichtbeteiligung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens an aggressiven Militärblocks wäre eine wichtige

Voraussetzung zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und die beste Garantie gegen die Einbeziehung dieser Länder in gefährliche militärische Abenteuer.

Bestrebt um die Entwicklung friedlicher Zusammenarbeit zwischen allen Ländern, ist die Sowjetregierung bereit, die Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens im Interesse der Festigung des Friedens in diesem Raum zu unterstützen und zu entwickeln. Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat in seiner Deklaration vom 9. Februar 1955 erklärt, er messe dem außerordentlichen Bedeutung bei, daß die Beziehungen zwischen den Staaten, den großen wie den kleinen, auf solchen internationalen Prinzipien beruhen, die den Interessen der Entwicklung freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern unter friedlichen und ruhigen Lebensbedingungen entsprechen.

Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß die Beziehungen zwischen den Staaten und die wahre Sicherheit auf der Grundlage der praktischen Anwendung der bekannten Prinzipien gewährleistet werden können, die in der erwähnten Deklaration genannt worden sind, nämlich Gleichheit, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Nichtangriff und Verzicht auf Anschläge gegen die territoriale Integrität anderer Staaten, Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit.

Die Regierung der Sowjetunion wird sich gegenüber jeglichen Schritten der Regierungen der Länder des Nahen und Mittleren Ostens, die auf die Verwirklichung dieser Prinzipien in den Beziehungen zwischen ihnen und der Sowjetunion, auf die Festigung der nationalen Unabhängigkeit dieser Länder und auf die Festigung des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern gerichtet sind, positiv verhalten.

Wird die Politik des Drucks und der Drohungen gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens fortgesetzt, so muß diese Frage in der Organisation der Vereinten Nationen erörtert werden.

Die Sowjetregierung, die die Sache des Friedens verteidigt, wird die Freiheit, Unabhängigkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Nahen und Mittleren Ostens verteidigen.

16. April 1955.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 19. April 1955.



## Informationen und Berichte

### Ein neues Aktionsprogramm der Europäischen Bewegung

Seit Beginn dieses Jahres hielten das Internationale Exekutivbüro der Europäischen Bewegung und das Aktionskomitee für die übernationale Europäische Gemeinschaft mehrere Tagungen ab. Während im Exekutivbüro alle Europaverbände und Nationalen Räte beteiligt sind, umfaßt das bereits einige Jahre innerhalb der Europäischen Bewegung bestehende Aktionskomitee nur die Länder der Montanunion.

Das Aktionskomitee beschloß auf einer Sitzung am 26. Februar in Paris, seine Arbeit fortzusetzen. Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen der englischen Delegierten vom Exekutivbüro bestätigt, das dem Komitee zugleich auch weiterhin Handlungsfreiheit im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit zubilligte. In Anwesenheit von Botschafter François-Poncet in seiner Eigenschaft als Präsident des Französischen Rates der Europäischen Bewegung tagte das Komitee am 27. März in Bonn und beschäftigte sich mit der Vorbereitung eines Aktionsprogramms. Die Grundzüge dieses Programms, das für die zukünftige Tätigkeit des Komitees maßgebend sein wird, sind in einer Entschliebung enthalten, die auf einer am 22. April in Paris abgehaltenen Sitzung gefaßt worden ist.

Einleitend heißt es in der Entschliebung, das Hauptziel des Komitees bestehe nach wie vor in „der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auf dem Wege einer politischen und wirtschaftlichen Integration übernationalen Charakters“. Das Komitee wird auch weiterhin für eine möglichst enge Assoziierung mit allen freien Ländern Europas eintreten. Das Aktionskomitee ist der Ansicht, daß die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa die Bildung einer Europäischen Regierung erfordere, die von einem aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen Parlament kontrolliert werden soll und mit wirklichen Zuständigkeiten auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigung, der Organisation des gemeinsamen Marktes und der sozialen Maßnahmen ausgestattet sein müsse.

Die Delegierten beschlossen, „in einer sehr umfassenden Aktion auf die öffentliche Meinung der Länder der Montanunion einzuwirken, um ihr klarer bewußt zu machen, wie notwendig und dringlich es ist, dieses Ziel zu verwirklichen“. Diese Aktion, die sich anläßlich der im nächsten Jahr stattfindenden französischen Parlamentswahlen besonders an die öffentliche Meinung Frankreichs wenden soll, wird auf einem Programm beruhen, das u. a. vorsieht, einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Versammlung, die die Gemeinsame Versammlung der Montanunion sein könnte, den Auftrag zu erteilen, ein politisches Statut für Europa auszuarbeiten.

Die Haupttätigkeit des Aktionskomitees für die kommende Zeit soll darin bestehen, dieses Programm vor

der öffentlichen Meinung darzulegen und zu verfechten. Ausdrücklich wird jedoch in der Entschliebung hinzugefügt, daß das Komitee „eventuellen anderen, weniger umfassenden Projekten, die mit dem Ziel einer Integration Europas vorgeschlagen werden, seine Unterstützung nicht versagen wird“.

Dieses Aktionsprogramm gilt ausschließlich für den örtlichen Bereich der an der Montanunion beteiligten Länder. Nach einem Beschluß des Exekutivbüros der Europäischen Bewegung vom 23. April soll das oberste Organ der Bewegung, das Internationale Komitee, so bald wie möglich zusammentreten, um die notwendigen Beschlüsse für die zukünftige Tätigkeit der gesamten Bewegung zu fassen.

### Die Union Europäischer Föderalisten und das Aktionsprogramm der Europäischen Bewegung

Der V. Kongreß der Union Europäischer Föderalisten vom 21. bis 23. Januar 1955 in Paris legte sich Rechenschaft über die nach dem Abschluß der Pariser Verträge gegebene Lage ab. Er versuchte weiterhin, die Wege und Methoden der künftigen Arbeit zu klären.

Neben einem umfassenden Tätigkeitsbericht und einem Bericht „Vergangenheit und Zukunft der Montanunion“ lag dem Kongreß ein politischer Bericht des Holländers Alfred Mozer „Europa zehn Jahre nach Kriegsende — Versuch einer Analyse“ vor, der Ausgangspunkt für die politische Debatte war. Mozer stellte fest, daß das erste Jahrzehnt europäischer Nachkriegspolitik mit einer Niederlage der „Europäer“ endete. Die veränderten Fronten zwängen nicht nur zu radikaler Neubestimmung, sondern auch zu einer völligen Aenderung der Strategie und Taktik. „Im Gegensatz zur Vergangenheit, als sich eine kleine Gruppe als Berater europäisch gesinnter Regierungen wirksam geltend machen konnte, wird in der Zukunft nur ein Angriff von unten her, gestützt auf eine Massenbasis, den Kurs der Regierungen und der nationalistischen Kräfte ändern können.“

In den Diskussionen trat Altiero Spinelli für eine „Charta der Europäischen Föderalisten“ ein. Die gesamte Arbeit der UEF solle einzig und ausschließlich auf das Ziel einer von den Völkern zu wählenden Verfassungsgebenden Europäischen Versammlung festgelegt werden. Die von dieser Versammlung ausgearbeitete und verabschiedete bundesstaatliche Verfassung wäre dann unter völliger Ausschaltung der nationalen Regierungen und Parlamente unmittelbar von den Völkern zu ratifizieren. Nach hinreichender Kaderbildung und Massenpropaganda in allen beteiligten Ländern würde es möglich sein, von den Regierungen und Parlamenten die Zustimmung zu einem Vertrag über eine solche Konstituante zu erreichen. Dieser Meinung hielt der Präsident der deutschen Europa-Union, Ernst Friedlaender, entgegen, daß die bestehenden europäischen Nationalstaaten nicht einfach übersprungen werden könnten. Vielleicht werde es

unmöglich sein, die europäische Föderation in einem einzigen großen Wurf zu erreichen, sondern nur in Etappen. Es sei zu befürchten, daß die im nächsten Jahr stattfindenden französischen Wahlen keine europäische Mehrheit ergeben würden, wenn die französischen Europäer mit der Forderung Spinellis in den Wahlkampf gingen. Die europäischen Föderalisten hätten bisher zuviel am Dach und zuwenig am Fundament gearbeitet und zu einseitig versucht, mit Institutionen die Gesinnungen zu bauen, die, wie sich jetzt gezeigt habe, weit zurückgeblieben seien. In der neuen Phase dürfe die Arbeit an den Gesinnungen nicht wieder vernachlässigt werden.

In der politischen Entschliebung der UEF wird erklärt, daß die Pariser Verträge einen radikalen Bruch in der europäischen Einigungspolitik bezeichnen und plötzlich das alte Regime der souveränen Nationalstaaten restaurieren. Nun gehe es darum, die Zweideutigkeiten um das Wort „Europa“ zu zerstreuen. „Das Europa, das wir wollen, ist nicht das Europa, das Molotow im Februar 1954 in Berlin erfunden hat, ... nicht das Europa der Allianzen und Koalitionen ... und nicht das Europa der zweiseitigen Verträge oder der Kartelle.“ Als Ziele des europäischen Föderalismus nennt die Entschliebung die Schaffung folgender Institutionen: eine auf dem Gebiet ihrer Zuständigkeit handlungsfähige europäische Regierung; eine Völker- und eine Staatenkammer als gesetzgebende Gewalt; einen Wirtschafts- und Sozialrat, den Regierung und Parlament in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen konsultieren müssen; einen Obersten Gerichtshof, der den Bürgern und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Ausübung ihrer Rechte verbürgt. Die Montanunion könnte der Pol sein, um den herum sich die Vereinigten Staaten von Europa bilden.

„Nur ein Europa, das mit den oben aufgeführten Institutionen ausgestattet ist, vermag in den internationalen Verhandlungen ein wirksamer und geachteter Partner zu sein, ... kann Ostdeutschland und den Völkern Europas Aussicht auf friedliche Befreiung geben und eine ‚Koexistenz‘ ermöglichen, in der dank der Ausstrahlungskraft einer verjüngten, wohlhabenden, gerechten und starken Zivilisation die kommunistische Tyrannei immer mehr der Zersetzung verfällt ... Ebenso wird das föderierte Europa, indem es über das Stadium des nationalen Imperialismus hinauskommt, den Völkern Afrikas in ihren Emanzipationsbestrebungen helfen und zur Hebung ihres Lebensniveaus beitragen können ...“

Abschließend erteilt der Kongreß dem Zentralkomitee den Auftrag, einen „europäischen föderalen Plan“ auszuarbeiten, der in den Mittelpunkt einer groß angelegten Kampagne gestellt werden soll.

Der Kongreß faßte außerdem drei weitere Entschliebungen, die sich mit der Montanunion, der Konvention der Menschenrechte und der Föderalistischen Aktion befassen.

Das Zentralkomitee der UEF diskutierte am 2. Mai 1955 das von Altiero Spinelli vorgelegte Aktionsprogramm. Zahlreiche von Mitgliedern des Zentralkomitees der UEF geäußerte Bedenken über den Arbeitsplan des Präsidenten des Exekutivbüros veranlaßten das Exekutivbüro, in Zusammenarbeit mit Vertretern der deutschen Europa-Union einen neuen Aktionsplan auszuarbeiten. Dieses Projekt, das in Form einer Resolution des Zentralkomitees

einstimmig angenommen wurde, sieht die Durchführung einer gemeinsamen Aufklärungs- und Propagandaaktion über die Notwendigkeit der Vereinigten Staaten von Europa vor und läßt überdies den Mitgliedsorganisationen der UEF jede Möglichkeit, ihre besonderen Aktionsprogramme, besonders in Frankreich hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen und in der Bundesrepublik bezüglich des Problems der Wiedervereinigung, in den Gesamtplan der UEF einzuarbeiten. In einer Abschlusserklärung begrüßten die deutschen Mitglieder im Zentralkomitee das Zustandekommen dieses Aktionsplanes, verlangten aber, daß dieser Plan auf das engste mit den im Rahmen der Europäischen Bewegung vorgesehenen Aktionen koordiniert werde.

## 11. Sitzung der UN-Kommission für Menschenrechte

Die UN-Kommission für Menschenrechte, die als Hilfsorgan des Wirtschafts- und Sozialrates funktioniert, hat vom 5. bis zum 29. April in Genf ihre elfte Sitzung abgehalten. Schon bei der Diskussion über das Arbeitsprogramm kam es zu einer langwierigen Debatte, in der sich die gegensätzlichen Auffassungen in dem Hauptthema der Tagung — das Selbstbestimmungsrecht der Völker — anzeigten. Das Arbeitsprogramm für die künftigen Sitzungen wurde gegen die Stimmen Frankreichs, Großbritanniens und Australiens unter Stimmenthaltung der Türkei angenommen. Die nächste Sitzung der Kommission soll im Mai 1956 in Genf stattfinden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Kommission bei der Festlegung ihres Arbeitsprogramms es vermeiden möge, neue Studien zu planen, die eine Arbeitsvermehrung des Sekretariates mit sich bringen. Der Generalsekretär hatte der Kommission ferner empfohlen, den Umfang des Jahrbuches für Menschenrechte für die Jahre 1953 und 1954 herabzusetzen.

Von der umfangreichen Tagesordnung konnten nur wenige Punkte erledigt werden. Die Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker nahm über eine Woche in Anspruch; sie war im Ergebnis eine Wiederholung der vorjährigen Erörterungen über diesen Gegenstand. Auf ihrer 10. Sitzung hatte die Kommission zwei Resolutionsentwürfe an die Neunte Vollversammlung fertiggestellt, von denen der eine die Bildung einer Studienkommission empfahl, die sich mit dem Recht der Völker und Staaten auf dauernde Souveränität über ihre natürlichen Reichtümer befassen sollte. Der andere Entwurf regte die Bildung einer Kommission der guten Dienste an, die sich mit Verletzungen des Selbstbestimmungsrechtes beschäftigen sollte. (Vgl. die Ausführungen über die 10. Sitzung in dem Beitrag von J. W. Brügel: „Vereinte Nationen und Menschenrechte“ in Europa-Archiv 19/1954, S. 6923 ff.)

Die 9. Vollversammlung wies jedoch die Entwürfe auf Grund einer Resolution (837 [IX].), die am 14. Dezember 1954 mit 51 gegen 11 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen wurde, an die Kommission zurück. Die Kommission nahm nunmehr auf ihrer Sitzung am 25. April 1955 die Entwürfe nochmals an, und zwar mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie vor Jahresfrist. Für die Resolution, mit der die Entwürfe erneut angenommen wurden, stimmten Chile, Aegypten, Griechenland, Indien, Libanon, Mexiko, Pakistan, die Philippinen, Polen, die Ukraine und die Sowjetunion. Gegen die Resolution



stimmten Australien, Frankreich, Norwegen, die Türkei, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. China enthielt sich der Stimme.

### Arbeitsprogramm der SPD

#### für die Wiedervereinigung Deutschlands

Nach vorhergehenden eingehenden Kommissionsberatungen hat der Vorstand der SPD auf seiner Sitzung am 29. April das nachstehende Arbeitsprogramm einstimmig beschlossen:

1. Die Grundlagen für das wiedervereinigte Deutschland entstehen im Kampf um die Wiedervereinigung. Die Initiativen, die eine weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands verhindern und eine Annäherung der Teile Deutschlands aneinander zur Folge haben, sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Verwirklichung der Einheit Deutschlands in Freiheit.

2. Die Sozialdemokratie bemüht sich um weitestgehende Initiativen des Westens im Kampf um die Wiedervereinigung auf dem Gebiete der Außenpolitik. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, innerdeutsche Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu schaffen und lebendig zu erhalten.

3. Die Sozialdemokratie erachtet ein Maximum von Beziehungen zwischen den Deutschen aller Teile des gespaltenen Landes als Voraussetzung für die Wiedervereinigung. In der Zeit bis zur Wiedervereinigung müssen alle innen- und außenpolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die Förderung der Beziehungen der Deutschen untereinander getroffen und ausgeführt werden.

4. Solange die von den Besatzungsmächten errichtete Demarkationslinie (Zonengrenze) aufrechterhalten wird, ist es das Bestreben der Sozialdemokratie, den Verkehr über diese Grenze so normal wie möglich zu gestalten. Erstrebenswert ist eine Rahmenvereinbarung der vier Besatzungsmächte, durch die sie, gemäß ihrer gemeinsamen Verpflichtung gegenüber Deutschland als Ganzes, die deutschen Behörden ermächtigen, den Verkehr über die Zonengrenze und entlang der Zonengrenze zu regeln. Die Besatzungsmächte würden sich danach bis zur Aufhebung der Zonengrenze durch ein Viernächteabkommen lediglich vorbehalten, den Verlauf der Zonengrenze zu überwachen.

5. Die Regelung der entlang der Zonengrenze sich ergebenden Probleme (Wasserversorgung, Energieversorgung, Flußregulierungen, Straßen- und Wegeverbindungen, kleiner Grenzverkehr usw.) soll den Gemeinden und Kreisen obliegen. In Streitfällen muß versucht werden, durch die übergeordneten Behörden beider Seiten die bestmögliche Regelung zu erzielen. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich, ungeachtet ihrer Gegnerschaft gegen das undemokratische Sowjetzonenregime, für normalen Verkehr zwischen diesen Stellen ein.

6. Der Interzonenhandel soll in der Richtung weiterer Ausweitung gefördert werden. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Existenzgrundlagen auf beiden Seiten soll im Interzonenhandelsverkehr ihre Berücksichtigung finden. Der Interzonen-Personenreiseverkehr soll soweit wie möglich nach dem Grundsatz der Freizügigkeit entwickelt werden. Die technischen und finanziellen Erleichterungen, die Reisende innerhalb eines Teiles Deutschlands in Anspruch nehmen können (Rückfahrkarten, Sonntags- und

Urlaubsfahrkarten zu ermäßigten Preisen) sollen auf das Gesamtgebiet erstreckt werden.

7. Soviel wie möglich Sachgebiete menschlicher Beziehungen und Tätigkeiten sollen nach dem Grundsatz größtmöglicher Freizügigkeit für den gesamtdeutschen Verkehr und Austausch freigegeben werden. Die Grenzen für Verkehr und Austausch auf diesen Gebieten ergeben sich aus der Uebereinkunft, daß beide Seiten darauf verzichten, diese Beziehungen zu politischer Propaganda und militärischer oder industrieller Spionagetätigkeit auszunutzen.

Die berufliche und wissenschaftliche Fachausbildung und Weiterbildung soll in diesem Rahmen ebenfalls gefördert werden. Auch auf solchen Sachgebieten, die infolge der in der sowjetisch besetzten Zone herrschenden Ordnung besonders straff reglementiert sind, muß der Austausch gefördert werden, selbst wenn dabei in Kauf genommen werden muß, daß von sowjetzonaler Seite vorwiegend ausgewählte Gruppen von Personen entsandt werden. Die dabei unerläßliche Auseinandersetzung mit kommunistischen Doktrinen und Anschauungen darf kein Hindernis für solche Beziehungen bilden.

8. Auf den Gebieten der Rechtspflege, der Sozialleistungen, des Gesundheitswesens, der Schulbildung sollen beide Seiten dazu beitragen, zentrale Sammelstellen mit Statistiken und einschlägigen Unterlagen zu versorgen, damit die Entwicklung verfolgt, Vergleiche angestellt und womöglich Uebereinstimmungen oder Annäherungen erwirkt werden können.

9. Zur Ueberwindung von Kriegs- und Kriegsfolge-schäden, zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts, zur Aufklärung des Schicksals von Vermißten und Kriegsgefangenen oder Deportierten muß eine Koordinierung der Suchdienst- und Ermittlungsarbeiten angestrebt werden. Die zuständigen Behörden oder einschlägigen Organisationen und Institutionen der Teile Deutschlands sollen weitgehend zusammenarbeiten, um eine Anpassung der Maßnahmen zugunsten größtmöglicher Einheitlichkeit zu erzielen.

10. Infolge der gegensätzlichen Auffassungen über Grundbegriffe der demokratischen Ordnung, die in den verschiedenen Teilen Deutschlands herrschen, ist es nicht möglich, Organisationen oder parlamentarische Körperschaften der verschiedenen Teile miteinander zu verschmelzen oder zu vermengen. Angesichts der fundamentalen Gegensätze, die bezüglich der Legitimation parlamentarischer Körperschaften oder Organisationsleitungen bestehen, ist es auch nicht möglich, zu einer regulären Zusammenarbeit der entsprechenden Organe oder Körperschaften zu kommen. Diese Tatbestände dürfen nicht verwischt werden. Die Sozialdemokratie, die sich zur freiheitlich demokratischen Ordnung bekennt, würde in jedem Versuch, diese Grenzen zu verwischen, nur einen Versuch sehen, diktatorische oder sogenannte volksdemokratische Methoden einzuschmuggeln und durchzusetzen. Hingegen erblickt sie in jedem Schritt zur Regelung normaler Beziehungen zwischen den Deutschen der Teile des gespaltenen Landes einen Ansatz zur Ueberwindung der Spaltung und somit eine Voraussetzung zur friedlichen Wiedervereinigung in Freiheit.

Quelle: Mitteilung des Vorstandes der SPD, Bonn, vom Mai 1955.

## Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1955

## Die Ereignisse in Europa\*

## Dänemark

19. Das Parlament billigt die Pariser Verträge über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Atlantikpakt mit 145 gegen 24 Stimmen. Anschließend stimmt das Parlament mit 156 gegen 9 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen dem deutsch-dänischen Minderheitenabkommen vom 29. März 1955 zu.

## Deutschland

20. In Bonn werden die Ratifikationsurkunden für das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes und für den Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland durch die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik hinterlegt.
21. Der Ministerrat der DDR veröffentlicht eine Erklärung zu den österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau. Darin heißt es: „Die sowjetisch-österreichischen Vereinbarungen zeigen dem deutschen Volk eindeutig, daß es auch jetzt noch Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage gibt, wenn die Pariser Verträge beseitigt, Westdeutschland in keinerlei aggressive Militärbündnisse eingegliedert, die Zulassung ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium Westdeutschlands abgelehnt und der Weg der Verständigung und des Friedens beschritten wird.“
23. Staatssekretär Franz Thedieck vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen erklärt über den Sender Rias Berlin zu der Frage, warum die Bundesregierung nicht mit der Regierung der DDR über die Wiedervereinigung Deutschlands verhandele, die Voraussetzungen für die Antwort auf die politische Frage der Wiedervereinigung könnten „nur diejenigen schaffen, die rechtlich und machtmäßig dazu in der Lage sind. Das sind ausschließlich die vier Alliierten“. Es gebe allerdings eine Möglichkeit, die Wiedervereinigung so weit voranzutreiben, daß sie praktisch vollzogen sei, ohne daß die alliierten Vorbehaltsrechte verletzt würden. Die Pankower Regierung könne nämlich in der Sowjetzone freie Wahlen zulassen und einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Regierung Platz machen. Diese Regierung könne dann die von den Sowjets eingeräumte Freiheit der Aufnahme von Beziehungen zur Bundesregierung verwirklichen. Zum Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR erklärt Thedieck, die Bundesregierung würde durch die Anerkennung Pankows den status quo der Teilung Deutschlands anerkennen. Eine Anerkennung der Souveränität der sowjetischen Besatzungszone käme einer moralischen und rechtlichen Stützung des Systems gleich und würde sich ausschließlich zum Nachteil der Bevölkerung in der SBZ auswirken.

24. Die Landtagswahl in Niedersachsen hat folgendes Ergebnis: Wahlberechtigt 4 398 660; abgegebene Stimmen 3 410 451; Wahlbeteiligung 77,5 Prozent; gültige Stimmen 3 357 872.

Parteien	Stimmen	vH	Sitze
SPD	1 182 066	35,2	59 (64) <sup>1</sup>
CDU	893 917	26,6	43 (35) <sup>2</sup>
DP (NLP)	415 184	12,4	20 (21)
GB/BHE	370 432	11,0	18 (12)
FDP	264 862	7,9	12 (4)
Zentrum	37 612	1,1	1 (3)
D. Reichsp.	126 699	3,8	6 (2)
KPD	44 783	1,3	—
Sonstige	22 317	0,7	—

1) In Klammern die Zahl der Sitze nach der Landtagswahl vom 6. Mai 1951. Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 verlor die SRP ihre 16 Sitze; die erledigten Sitze wurden Ende März 1953 neu verteilt.

2) Gemeinsames Auftreten von CDU und DP als Niederdeutsche Union.

26. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erklärt zu der Diskussion über die Anwendbarkeit der für Österreich in Aussicht genommenen Vertragsregelung (vgl. Österreich) auf Deutschland, die Bundesregierung lehne jeden Weg zur Lösung der deutschen Frage, der aus der Verteidigungsgemeinschaft des Westens herausführt, als gefährlich und unrealistisch ab.
29. Der Bundesausschuß des DGB veröffentlicht ein Aktionsprogramm, das er im Auftrag des 3. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 4.—9. Oktober 1954 in Frankfurt und im Rahmen der von dem Kongreß einstimmig angenommenen Grundsätze beschlossen hat. In dem Aktionsprogramm werden die Einführung der Fünftagewoche, höhere Löhne und Gehälter, größere soziale Sicherheit, eine gesicherte Mitbestimmung und besserer Arbeitsschutz gefordert.
- 29.—30. Offizieller Besuch des französischen Außenministers Antoine Pinay in Bonn. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués auf S. 7562 dieser Folge.)
30. Der sowjetische Hohe Kommissar, G. M. Puschkin, erklärt sich in Beantwortung eines Schreibens der westlichen Hochkommissare vom 15. April zu Verhandlungen in der Frage der Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühren bereit (vgl. Zeittafel EA 9/1955), betont aber, daß die Gebührenfrage in die Zuständigkeit der Regierung der DDR falle und deshalb durch unmittelbare Verhandlungen zwischen entsprechenden Vertretern der Bundesrepublik und der DDR geregelt werden müsse.

## Frankreich

21. Die am 4. September 1954 begonnenen und mehrfach unterbrochenen französisch-tunesischen Verhand-

\*) Vgl. auch die Mitteilungen des Europarats auf S. 7578 dieser Folge.



lungen über die innere Selbstverwaltung Tunesiens (vgl. Zeittafel EA 23/1954) werden mit der Veröffentlichung eines Einigungsprotokolls vorläufig abgeschlossen. In dem Protokoll erklären die Vertreter der französischen Regierung und des Bey von Tunis ihre grundsätzliche Einigung über folgende, noch abzuschließende sieben Vereinbarungen: 1. Eine allgemeine Vereinbarung betreffend die Funktion der französischen Dienste in Tunesien, die Verwaltungen und Dienste im Zusammenhang mit der Verteidigung und Sicherheit sowie das Finanz- und Zollstatut der bewaffneten Streitkräfte; 2. ein Protokoll betreffend die öffentliche Ordnung; 3. eine Konvention über den Status von Personen; 4. eine Justizkonvention; 5. eine Konvention über die verwaltungsmäßige und technische Zusammenarbeit sowie einen Anhang betreffend die Regelung von Verträgen; 6. eine Kulturkonvention; 7. eine Wirtschafts- und Finanzkonvention. Die Verhandlungen sollen spätestens am 30. Mai 1955 wieder aufgenommen werden.

25. In Paris, London und Washington wird ein gemeinsames Kommuniqué der drei Westmächte veröffentlicht, in dem angekündigt wird, daß die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten am 8. Mai 1955 in Paris zusammenkommen werden, um konkrete Pläne für die Einberufung einer Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion zu besprechen. Der Gepflogenheit entsprechend würden die Konferenzpläne mit dem deutschen Bundeskanzler und den Ministern der anderen NATO-Mächte besprochen. Von den drei Regierungen bestimmte Sachverständige würden am 27. April in London zusammentreffen, um eine Prüfung dieser Probleme vorzunehmen und das Treffen der Minister vorzubereiten. „Die drei Regierungen“, heißt es in dem Kommuniqué, „hegen den aufrichtigen Wunsch, daß eine Viermächtekonferenz so bald wie möglich einberufen wird.“

#### Großbritannien

21. Der französische Außenminister, Antoine Pinay, stattet dem englischen Außenminister, Harold Mac-Millan, auf dessen Einladung in London einen Besuch ab.
28. Aneurin Bevan, der am 16. März aus Gründen der Parteidisziplin aus der Labourfraktion im Unterhaus ausgeschlossen worden war, wird auf Empfehlung des „Schattenkabinetts“ ohne Widerspruch von der parlamentarischen Labour Party wieder aufgenommen.

#### Italien

29. Der Präsident der Abgeordnetenversammlung, Giovanni Gronchi (Chr. Dem.), wird im vierten Wahlgang mit 658 von 833 abgegebenen Stimmen unter Unterstützung durch die Linksparteien als Nachfolger von Luigi Einaudi zum Präsidenten der Republik gewählt.

#### Niederlande

28. Die Erste Kammer stimmt den Pariser Verträgen über die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Atlantikpakt und die Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union mit 32 gegen 2 Stimmen zu.

#### Oesterreich

27. Bundeskanzler Julius Raab berichtet auf einer gemeinsamen Sitzung von Nationalrat und Bundesrat aus Anlaß des 10. Jahrestages der Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit über die Verhandlungen der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau. Er erklärt, die österreichische Auffassung, daß die vorgesehene Erklärung über die Neutralität Oesterreichs nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages erfolgen und daß sie von einem vollsouveränen Staat freiwillig gesetzt werden müsse, habe auf sowjetischer Seite volles Verständnis gefunden. „Wenn sich die österreichische Volksvertretung entschließen kann, eine derartige Neutralitätserklärung abzugeben, dann glaube ich, wird es zweckmäßig sein, wenn wir an die vier Großmächte mit der Anregung herantreten, ihrerseits eine Erklärung dahingehend abzugeben, daß sie gewillt sind, diese Neutralität Oesterreichs anzuerkennen und zu respektieren und die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes zu garantieren.“ Raab gibt bekannt, daß die an Stelle des in Art. 35 des österreichischen Staatsvertragsentwurfes zur Ablösung des Deutschen Eigentums bestimmten Betrages von 150 Millionen Dollar vorgesehenen Warenlieferungen an die Sowjetunion im Laufe von sechs Jahren in jährlichen Lieferungen zu 25 Millionen Dollar erfolgen sollen (vgl. hierzu und zum folgenden das Kommuniqué über die sowjetisch-österreichischen Verhandlungen in Moskau vom 12. bis 15. April 1955 in EA 9/1955, S. 7532 und EA 8—9/1954, S. 6523, Anm. 32 mit einer Inhaltsangabe des Art. 35 Staatsvertragsentwurfes). Für die Rückgabe der ehemaligen österreichischen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft durch die Sowjetunion sei ein Ablösebetrag von zwei Millionen Dollar vorgesehen. Die für die Abtretung der in Art. 35 des Staatsvertragsentwurfes genannten sowjetischen Rechte bezüglich der österreichischen Oelwirtschaft in Aussicht genommenen Lieferungen von Rohöl an die Sowjetunion seien auf zehn Millionen Tonnen festgesetzt worden, die in einem Zeitraum von zehn Jahren kostenlos zu liefern seien. Bezüglich der Normalisierung der Handelsbeziehungen sei vereinbart worden, einen sowjetisch-österreichischen Handelsvertrag für die Dauer von fünf Jahren zu schließen. Zu diesem Zweck werde sich eine österreichische Delegation nach Moskau begeben. — Der Nationalrat billigt am 28. April einstimmig die Arbeit der österreichischen Delegation in Moskau.

28. Die sowjetischen Kontrollorgane übertragen der österreichischen Bundesregierung mehrere Rechte in der Frage der Kontrolle des innerösterreichischen Verkehrs. Auf Grund eines Schreibens des sowjetischen Hochkommissars, I. I. Iljitschow, erhält die Bundesregierung mit Wirkung vom 29. April das Recht, französischen und deutschen Schiffen die Genehmigung zum Befahren des österreichischen Teils der Donau zu erteilen. Die sowjetischen Kontrollorgane werden der visenfreien Einreise nach Oesterreich von Staatsbürgern jener Länder, mit denen Oesterreich Vereinbarungen über die Abschaffung der Ein- und Ausreisevisen getroffen hat, keine Hindernisse mehr

in den Weg legen. Ferner stellen die sowjetischen Organe die Warenkontrolle an der Demarkationslinie zwischen der sowjetischen Zone und Westösterreich ein.

#### Polen

20. Auf einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag des Abschlusses des polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspaktes erklärt der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*, in Warschau: „Wir verschließen unsere Augen nicht davor, daß zwischen den Ländern des Kapitalismus und den Ländern des Sozialismus Widersprüche bestehen. Dessenungeachtet sind wir davon überzeugt, daß man, wenn man dem Grundsatz der Koexistenz folgt, friedliche Beziehungen zwischen den Ländern und Völkern schaffen kann . . . Wenn man die realen Tatsachen und das Kräfteverhältnis nüchtern betrachtet, so kann man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß die friedliche Koexistenz der einzig richtige und vernünftige Entwicklungsweg ist.“

#### Sowjetunion

16. Das Außenministerium veröffentlicht eine „Erklärung über die Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten“, in der die Bündnispolitik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Türkei in diesem Gebiete verurteilt wird. (Text s. S. 7567 dieser Folge.)
19. Außenminister *Molotow* überreicht den diplomatischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten gleichlautende Noten, in denen die Sowjetregierung die Einberufung einer Außenministerkonferenz nach Wien zwecks Abschluß des österreichischen Staatsvertrages vorschlägt. Am 22. April erklären sich die Westmächte mit dem sowjetischen Vorschlag einverstanden und schlagen vor, daß zur Vorbereitung der Konferenz am 2. Mai in Wien eine Botschafterkonferenz zusammentreten solle. Damit erklärt sich die Sowjetregierung am 26. April einverstanden (vgl. den Wortlaut des Notenwechsels auf S. 7561 dieser Folge).
20. In einer Botschaft an die Jahresversammlung des Overseas Press Club in New York erklärt Marschall G. K. *Shukow*, die jüngste Entwicklung im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge von

London und Paris habe die internationale Spannung weiter verschärft. Jetzt seien neue Anstrengungen erforderlich, um eine weitere Zuspitzung der internationalen Lage zu vermeiden.

25. Das Präsidium des Obersten Sowjets ratifiziert das persisch-sowjetische Abkommen vom 2. Dezember 1954 (vgl. Persien).
26. Das Außenministerium gibt bekannt, daß am 1. Juni in London sowjetisch-japanische Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten beginnen werden.

#### Ungarn

18. Das Zentralorgan der Partei Ungarischer Werktätiger (kommunistische Partei), *Szabad Nep*, veröffentlicht einen Beschluß des Zentralkomitees der Partei, in dem es heißt, daß *Imre Nagy* sowohl als Politbüromitglied als auch als Ministerpräsident politische Ansichten vertreten habe, die im scharfen Widerspruch zur gesamten Politik der Partei stünden. Das Plenum des ZK schließe deshalb *Nagy* aus dem Politbüro und aus dem ZK aus und berufe ihn von allen Funktionen ab, die er, gestützt auf das Vertrauen der Partei, bisher innegehabt habe. In Anbetracht dessen, daß *Mihaly Farkas* lange Zeit die Ansichten *Nagys* unterstützt habe, habe ihn die Partei ebenfalls aus dem Politbüro und aus dem Sekretariat des ZK abberufen und werde ihm andere Aufgaben übertragen. Das Plenum habe einstimmig den Sekretär der Budapester Parteiorganisation, *Istvan Kovacs*, und den Gewerkschaftsvorsitzenden *Jozsef Mekis* in das Politbüro berufen und Innenminister *Piros* zum Kandidaten des Politbüros gewählt. — Am gleichen Tage beschließt die Nationalversammlung die Abberufung *Nagys* als Ministerpräsident und wählt einstimmig *Andras Hegedues* zum Ministerpräsidenten und *Jozsef Mekis* zum Ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten. In seiner Regierungserklärung bezeichnet *Hegedues* die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten und die Einhaltung der Arbeitsdisziplin als die wichtigsten Aufgaben. Im Mittelpunkt werde die Entwicklung der Schwerindustrie stehen.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

16. Präsident *Eisenhower* ordnet die Bildung einer International Cooperation Administration (ICA) an, die als halb-autonome Behörde innerhalb des Außenministeriums nach der Auflösung der Foreign Operations Administration (FOA) am 30. Juni dieses Jahres das amerikanische Auslandhilfeprogramm verwalten soll. — Am 20. April unterbreitet *Eisenhower* dem Kongreß sein Programm über die Auslandhilfe für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1955. Darin ersucht er um die Bewilligung von 3,53 Milliarden Dollar, von denen der größte Teil für Länder in Asien bestimmt ist.
23. Das Außenministerium erklärt in seiner ersten Stellungnahme zu dem Verhandlungsangebot des chine-

sischen Ministerpräsidenten und Außenministers, *Tschu En-lai*, über Formosa (vgl. Indonesien), die Vereinigten Staaten müßten darauf bestehen, daß Nationalchina an Verhandlungen über die Lage im Gebiet von Formosa als gleichberechtigter Partner teilnehme. Wenn China ernstliche Friedensabsichten hege, dann gebe es mehrere Möglichkeiten, seine guten Absichten zu beweisen, z. B. die Einstellung des Feuers in der Straße von Formosa und die Freilassung der in China verurteilten amerikanischen Kriegsgefangenen. Am 26. April drückt Außenminister *Dulles* auf einer Pressekonferenz die Bereitschaft der Vereinigten Staaten aus, mit der Volksrepublik China über einen Waffenstillstand in der Straße von Formosa direkt zu verhandeln; an solchen Verhandlungen brauche Nationalchina nicht not-



wendig teilzunehmen. Er unterstreicht jedoch die Loyalität der Vereinigten Staaten gegenüber dem nationalchinesischen Verbündeten in allen Fragen, die über die eines Waffenstillstandes hinausgehen. Am 27. April bestätigt Präsident *Eisenhower* auf einer Pressekonferenz, daß Verhandlungen mit der Volksrepublik China in der Frage eines Waffenstillstandes ohne Beteiligung Nationalchinas „durchaus legitim“ seien.

## ASIEN

### China (Formosa)

24. Außenminister *George Yeh* lehnt in einem Interview mit der nationalchinesischen Nachrichtenagentur jegliche unmittelbaren Verhandlungen mit der Volksrepublik China in der Formosafrage ab (vgl. Vereinigte Staaten).

### Indonesien

18. In Bandung wird unter Teilnahme von 29 Regierungsdelegationen die asiatisch-afrikanische Konferenz eröffnet, zu der die Ministerpräsidenten von Indien, Pakistan, Ceylon, Indonesien und Burma auf ihrer Konferenz in Bogor (Indonesien) am 28. und 29. Dezember 1954 eingeladen hatten (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués der Konferenz von Bandung auf S. 7563 dieser Folge). Am 23. und auf der Schlußsitzung der Konferenz am 24. April spricht sich der chinesische Ministerpräsident und Außenminister, *Tschu En-lai*, für direkte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die Frage einer Entspannung im Gebiet von Formosa aus. Er erklärt: „Das chinesische Volk ist dem amerikanischen Volke gegenüber freundlich eingestellt. Das chinesische Volk wünscht keinen Krieg mit den Vereinigten Staaten. Die chinesische Regierung ist bereit, mit der Regierung der USA in Verhandlungen einzutreten, um die Frage der Minderung der Spannung im Fernen Osten und besonders die Frage der Minderung der Spannung im Gebiet von Taiwan zu erörtern.“ — Am 22. April unterzeichnen *Tschu En-lai* und der indonesische Außenminister, *Sunarjo*, in Bandung einen Vertrag zur Beendigung der doppelten Nationalität der 2,5 Millionen Chinesen in Indonesien. Danach haben sich die Angehörigen der chinesischen Volksgruppe in Indonesien innerhalb von zwei Jahren zu entscheiden, ob sie die chinesische oder die indonesische Staatsangehörigkeit erhalten wollen. Am 24. April wird nach einer Aussprache zwischen dem Ministerpräsidenten von Laos, *Kathay Sasorith*, und dem Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten der Demokrati-

schen Republik Vietnam, *Pham Van Dong*, die in Anwesenheit der Ministerpräsidenten von Indien und der Volksrepublik China stattfand, ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem eine gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen Laos und Vietnam in Aussicht gestellt wird. Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam erkennt an, daß es sich bei der politischen Regelung, die zwischen der Regierung von Laos und der Widerstandsgruppe „*Pathet Laos*“ auf Grund der Genfer Waffenstillstandsabkommen erfolgen soll, um eine innere Angelegenheit von Laos handelt. Am 28. April unterzeichnen der indonesische Ministerpräsident, *Sastroamidjojo*, und der chinesische Ministerpräsident eine gemeinsame Erklärung, in der sie bestätigen, daß sie sich gemeinsam für die Verwirklichung der Bestrebungen einsetzen werden, die in der Erklärung der Konferenz von Bandung über die Förderung des Weltfriedens und die internationale Zusammenarbeit zum Ausdruck kommen.

### Persien

16. Der Schah unterzeichnet ein am 2. Dezember 1954 abgeschlossenes Abkommen über die Regelung von Grenz- und Finanzfragen zwischen Persien und der Sowjetunion. Das Abkommen war im Februar und März von beiden Kammern des persischen Parlaments gebilligt worden. Der Vertrag erklärt alle Grenzfragen zwischen den beiden Staaten für geregelt und stellt fest, daß keine Seite territoriale Ansprüche an die andere Seite hat. Zur Markierung und teilweisen Neufestsetzung der Grenze soll eine gemischte Kommission gebildet werden. Beide Staaten kommen außerdem überein, alle aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden finanziellen Ansprüche endgültig zu regeln.

### Türkei

25. In Istanbul wird der Rücktritt des Außenministers, *Fuat Köprülü*, bekanntgegeben. Das Außenministerium übernimmt vorläufig Ministerpräsident *Menderes*. Köprülü wird zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt.

### Vietnam

30. Regierungstruppen behalten nach tagelangen Kämpfen mit den Verbänden aufständischer Sekten die Oberhand in der Stadt Saigon. Ministerpräsident *Ngo Dinh Diem* weigert sich, einer Aufforderung des in Frankreich weilenden Staatsoberhauptes, *Bao Dai*, entsprechend, nach Cannes zu kommen. Als *Bao Dai* seine Aufforderung wiederholt, erklärt ihn ein „*Revolutionsausschuß*“ für abgesetzt.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

18. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung veröffentlicht den Statutenentwurf der Internationalen Finanzierungsgesellschaft (International Finance Corporation, IFC), deren Bildung von der Neunten Vollversammlung der Vereinten Nationen am 11. Dezember 1954 empfohlen wurde (vgl. EA 3/1955 S. 7281). Der Entwurf wurde den Mitgliedsinstituten der Internationalen Bank zur Billigung übermittelt; er soll in Kraft treten, wenn mindestens dreißig Regierungen mit einem Kapitaleinsatz von

zusammen 75 Millionen Dollar ihn gutgeheißen haben.

19. Der Sicherheitsrat erörtert die israelische Beschwerde gegen Ägypten vom 4. April, sieht jedoch von einem Beschluß in dieser Angelegenheit ab (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 9/1955). In der Aussprache wird allgemein die Ansicht vertreten, daß die beiden Länder mit der UN-Waffenstillstandskommission zusammenarbeiten sollten, um die Grenzkonflikte auf ein Minimum zu beschränken.

## Bücher und Broschüren

Europäisches Recht. Textsammlung übernationalen und internationalen Rechts. Herausgegeben von Helmut Coing, Walther Hallstein, Hermann Mosler, Hans-Jürgen Schlochauer in Verbindung mit dem Institut für Ausländisches und Internationales Wirtschaftsrecht in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1954. (Lose-Blatt-Ausgabe).

Die Herausgeber dieser Sammlung erachten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, eine Sammlung der Gesetzestexte, auf denen die neuen Ordnungen in Europa basieren, in übersichtlicher und zusammenhängender Form zu schaffen. Vor allem den in der Praxis stehenden Wirtschaftsjuristen soll die Möglichkeit geboten werden, alle wesentlichen Texte in einer handlichen Sammlung zur Verfügung zu haben. Sie wird diejenigen Normen umfassen, welche die europäischen Gemeinschaften betreffen. In einem besonderen Teil werden auch diejenigen Normen einbezogen, die die Abwicklung des Krieges und der Kriegsfolgen zum Gegenstand haben, wie zum Beispiel das Londoner Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Die Texte werden zunächst in der sprachlichen Fassung wiedergegeben, die als die authentische gilt. Bei mehreren authentischen Sprachen wird jeweils neben dem deutschen der französische Text abgedruckt. Bei wichtigen Bestimmungen ist außerdem der englische Text aufgenommen. Liegt ein authentischer deutscher Text nicht vor, so wird die amtliche deutsche Übersetzung wiedergegeben. Eine Kommentierung ist nicht vorgesehen, jedoch werden Literaturangaben, jeweils in besonderen Anhängen, zusammengestellt. Die Sammlung soll laufend erweitert werden.

Foreign Capital in Latin America. New York: United Nations, Department of Economic and Social Affairs 1955. 164 S. (Zu beziehen über Alexander Horn, Wiesbaden). \$ 1,75.

Diese auf Veranlassung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika ausgearbeitete Studie untersucht die Bedeutung und Auswirkungen der Investitionen von ausländischem Kapital in allen Ländern Lateinamerikas, der ein historischer Überblick über ausländische Kapitalinvestitionen in diesem Gebiet vorausgeschickt wird. In genauen Details werden die in den einzelnen lateinamerikanischen Staaten bestehenden Beschränkungen für ausländische Investitionen aufgezeigt, und es wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen Einkommen aus Investitionen transferiert werden kann und welchen steuerlichen Vorschriften ausländisches Kapital unterworfen ist. Zusammenfassend gelangt die Studie zu der Feststellung, daß bis jetzt trotz energischer Bemühungen auf dem Wege zur Stabilisierung der Bedingungen, unter denen in Lateinamerika Auslandskapital investiert werden kann, nur geringe Fortschritte erzielt wurden.

James, Emile: Histoire de la Pensée Economique au XX<sup>e</sup> Siècle. Band 1: De 1900 à la „Théorie Générale“ de J. M. Keynes (1936); Band 2: Après la „Théorie Générale“ de J. M. Keynes (1936). Paris: Presses Universitaires de France 1955. 711 S. (Bibliothèque de la Science Economique). Bd. 1 ffrs. 1000; Bd. 2 ffrs. 1200.

Der Verfasser betont im Vorwort, er habe nicht so großen Wert darauf gelegt, die Erläuterungen der wirtschaftlichen Theorien von den damit verbundenen doktrinen Vorstellungen peinlich freizuhalten, um der Gefahr zu entgehen, wesentlichen Gedanken der Urheber nicht gerecht zu werden. Auch könne die Wissenschaft nicht ausschließlich aus dem „Exposé der Mechanismen“ bestehen, da sie an den Schlußfolgerungen der wissenschaftlichen Akteure nicht uninteressiert sein könne. Er habe es deshalb als wichtig angesehen und vorgezogen, jede der großen Konzeptionen wirtschaftlichen Denkens in ihrer ganzen Breite zu erwägen und zu analysieren.

Die Untersuchungen gehen von den Grundströmungen: Liberalismus, Reformismus und Marxismus aus, die das wirtschaftswissenschaftliche Denken an der Jahrhundertwende bestimmten, und verfolgen im Rahmen des Werkes die Gesamtheit der Modifikationen, die diese drei großen Anschauungen von 1900 bis 1950 erfahren haben. Der Verfasser untersucht die Revision des Marxismus unter Berücksichtigung der Entwicklung der wichtigsten nationalen sozialistischen Parteien und verschiedener Studien über den Kapitalismus von Sombart, Lurat und Henri de Man, denen andererseits eine Analyse des revolutionären Sozialismus (Lenin) gegenübergestellt wird. Er führt weiter über die Gleichgewichtstheorie, über Knut Wicksell, den Universalismus und den Institutionalismus zur Annäherung an die kontrollierte Wirtschaft. Hier widmet er sich näher den neuen Theorien von Gewinn, Lohn und Zins, den konstanten Kosten und der Wohlfahrtswirtschaft, woran sich Analysen über die dirigistischen Theorien und die liberalen Reaktionen auf den wirtschaftlichen Dirigismus anschließen. Eine eingehende Untersuchung der Keynes'schen Theorien und der wesentlichen Kritiken, die diesen entgegengestellt wurden, ist im zweiten Band zu finden, der unter anderem auch ausführliche Studien über die neuen Aspekte enthält, die sich in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts für die Wirtschaftswissenschaften ergeben haben. Den großen Strömungen der internationalen Handelspolitik ist in beiden Bänden ein Kapitel gewidmet, die von Professor Jean Weiller, Doyen der Rechtsfakultät in Poitiers, verfaßt wurden.

Trued, Merlyn Nelson and Raymond F. Mikesell: Postwar Bilateral Payments Agreements. International Finance Section, Department of Economics and Sociology, Princeton University. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1955. 92 S. (Princeton Studies in International Finance, No. 4). 25 cents.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.



# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Mai 1955

5. Jahrgang — Nr. 5

## Die Tätigkeit des Europarats im April 1955

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Vertreter der Minister

Unter dem Vorsitz von Herrn Hadji Vassiliou, Ständiger Vertreter Griechenlands beim Europarat, hielten die Vertreter der Minister vom 19. bis zum 22. April in Straßburg ihre 29. Sitzung ab.

Die Vertreter der Minister setzten ihre Arbeit an der Vorbereitung des Berichts über die Rolle des Europarats im Rahmen der internationalen Einrichtungen und über seine Arbeitsmethoden fort. Die Vorlage des Berichts war im Dezember 1954 vom Ministerkomitee gefordert worden.

Ferner wurde eine Reihe von Vorschlägen der Beratenden Versammlung geprüft, darunter zwei Empfehlungen vom September 1954 über die Bemühungen zur Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West. (Vgl. Mitteilungen des Europarats, Jahrgang IV Nr. 10.)

Die weiteren Entscheidungen, die von den Vertretern der Minister getroffen wurden, finden sich nachstehend unter den einschlägigen Sachgebieten.

#### Präsidium der Versammlung

##### Terminverlegung der Beratenden Versammlung

Unter dem Vorsitz von Herrn Guy Mollet (Franzose) trat das Präsidium der Beratenden Versammlung am 28. April in Paris zusammen.

Es wurde beschlossen, die erste Hälfte der 7. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung an Stelle des vorgesehenen Termins vom 20. bis zum 28. Mai, auf den 5 bis 9. Juli zu verschieben. Zugleich stellte das Präsidium eine vorläufige Tagesordnung auf:

*Dienstag, 5. Juli 1955*

Vormittags Prüfung der Vollmachten  
Wahl des Präsidiums

Nachmittags

Bericht des Ministerkomitees  
Tätigkeitsbericht des Präsidiums und  
des Ständigen Ausschusses  
Bestellung der Ausschüsse

*Mittwoch, 6. Juli 1955*

Politik des Europarats

Vormittags,  
Nachmittags  
u. U. Abends

*Donnerstag, 7. Juli 1955*

Vormittags

Stellungnahme der Versammlung zu  
der Sonderbotschaft des Minister-  
komitees (Aktionsprogramm)

- Aufgabe und Arbeitsweise des Europarats
- Aufgaben des Europarats auf kulturellem Gebiet
- Ersuchen des Ministerkomitees um Stellungnahme zur Schaffung eines Europatages
- Revision der Geschäftsordnung der Versammlung

Nachmittags  
u. U. Abends

Europäische Sozialversicherungsord-  
nung (voraussichtlich)

Abschließende Antwort auf den Be-  
richt der Internationalen Arbeits-  
organisation (ILO) von 1954

Konvention über die friedliche Rege-  
lung von Streitigkeiten

*Freitag, 8. Juli 1955*

Vormittags  
u. Nachmittags

Wirtschaftliche Integration Europas

- Bericht der OEEC
- Allgemeine Probleme der wirt-  
schaftlichen Integration Europas
- Ergebnisse der Europäischen  
Landwirtschaftskonferenz

d) Bericht der europäischen Konferenz der Verkehrsminister

e) Maßnahmen zur Erleichterung der Aufgaben der Kommunalbehörden, die diesen aus der Schaffung der EGKS erwachsen

Ersuchen des Ministerkomitees um Stellungnahme zum Entwurf eines Abkommens zwischen Europarat/FAO

Sonnabend, 9. Juli 1955

Vormittags u. Nachmittags Fortsetzung der Aussprache über die wirtschaftliche Integration Europas  
Stellungnahme zu Titel II des Haushaltsvoranschlages für 1956 (Aufgaben der Beratenden Versammlung)  
Bericht des Sonderbeauftragten des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse  
Umwandlung des Sonderausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten in einen ordentlichen Ausschuß der Versammlung  
Gewährung eines beratenden Status an gewisse private internationale Organisationen

Beziehungen zwischen Europarat und WEU

Das Präsidium erörterte die Entschließung 167 der Versammlung vom 11. November 1954 betreffend die Organisation der Versammlung der Westeuropäischen Union und betreffend die Beziehungen zwischen dieser und der Versammlung des Europarats. Das Präsidium beauftragte den Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Guy Mollet, mit dem Präsidenten des Ministerrates der WEU Verbindung aufzunehmen, sobald dieser gewählt worden ist.

## II. WIRTSCHAFTSFRAGEN

### Ausschuß für Wirtschaftsfragen

Dieser Ausschuß tagte am 1. und 2. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Kapteijn (Holländer) und Herrn Federspiel (Däne) und beschäftigte sich mit dem Jahresbericht der OEEC. Herr MacBride (Ire) wurde zum Berichterstatter bestellt. Eine Zusammenfassung des Berichtes wird weiter unten gegeben.

Der Bericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister wurde geprüft und Herr Lemaire (Frankreich) zum Berichterstatter ernannt.

Der Straßburg-Plan über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern und den überseeischen Gebieten wird zum Gegenstand einer erneuten Prüfung durch den Gemischten Ausschuß gemacht, der demnächst in Straßburg zusammentreten wird. Auf das Ersuchen des Präsidiums der Versammlung bestellte der Ausschuß die Herren Saller (Frankreich), Bottomley (Engländer), Motz (Belgier), Ohlin (Schwede) und Hellwig (Deutscher) zu seinen Vertretern im Gemischten Ausschuß. Der Ausschuß prüfte

einen vom Generalsekretariat vorbereiteten Bericht über den gegenwärtigen Stand der europäischen Integration Westeuropas. Dieser Bericht wurde unter Heranziehung von Sachverständigen der OEEC, der EGKS und der ECE vorbereitet und wird der Versammlung im Laufe ihrer 7. Sitzungsperiode vorgelegt werden.

Schließlich nahmen die Mitglieder des Ausschusses an einer Sitzung des Verbindungsausschusses Europarat/OEEC teil, an der Herr Robert Marjolin, der ehemalige Generalsekretär der OEEC, teilnahm, und sich, nach Erläuterungen über den Jahresbericht der OEEC von dem Ausschuß verabschiedete.

## III. RECHTSFRAGEN

### Verfahren der Europäischen Menschenrechtskommission

Die Europäische Kommission für Menschenrechte tagte vom 11. März bis zum 2. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Paul Faber (Luxemburg). In erster Linie hatte sich die Kommission mit der Beratung und Annahme des Entwurfs einer Geschäftsordnung zu befassen. Artikel 2 dieser Geschäftsordnung enthält folgende Bestimmung:

„Vor der Aufnahme seiner Tätigkeit muß jedes Mitglied der Kommission auf der ersten Sitzung, an der es nach seiner Wahl teilnimmt, einen Eid ablegen oder eine feierliche Erklärung abgeben:

»Ich schwöre« — oder »Ich erkläre feierlich« —, »daß ich alle meine Pflichten und Aufgaben erfüllen werde mit ehrlicher Hingabe, voller Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit und daß ich das Geheimnis der Verhandlungen wahren werde.«

Nach der Annahme der Geschäftsordnung leisteten die anwesenden Mitglieder der Kommission den Eid bzw. gaben die feierliche Erklärung nach vorstehendem Text ab.

Die Kommission untersuchte außerdem die Frage der Anwendung des Artikels 59 der Konvention:

„Die Mitglieder der Kommission und des Gerichtshofes genießen während ihrer Amtstätigkeit die Vorrechte und Immunität, wie sie im Artikel 40 des Statuts des Europarates und in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Abkommen vorgesehen sind.“

Nach Auffassung der Mitglieder der Kommission ist es die Aufgabe des Ministerausschusses, aufgrund des Statutes und des in Paris am 2. September 1949 unterzeichneten allgemeinen Abkommens, den Umfang der Vorrechte und der Immunität der Mitglieder der Kommission festzusetzen. Jedoch beschloß die Kommission einstimmig, daß es ausschließlich in ihrer eigenen Zuständigkeit liege, als internationales und unabhängiges Organ über die Aufhebung der Immunität eines ihrer Mitglieder zu beschließen.

Mit lebhafter Genugtuung nahm die Kommission von der Erklärung der dänischen Regierung Kenntnis, wonach diese für einen Zeitraum von weiteren zwei



Jahren, die Zuständigkeit der Kommission für Anträge von Einzelpersonen anerkennt.

Die isländische Regierung hat die gleiche Erklärung für den Zeitraum von 5 Jahren abgegeben.

Die Kommission nahm von der Entschliebung 58 der Versammlung Kenntnis, in der darauf hingewiesen wird, daß zu befürchten sei, daß die Gewährleistung der Menschenrechte nur auf dem Papier stehen werde, wenn sie der Initiative der Regierungen untergeordnet würde. (Vgl. Mitteilungen des Europarates, Jahrgang IV Nr. 10)

Die Kommission ist der gleichen Auffassung wie die Versammlung, daß das Recht für Anträge von Einzelpersonen den Grundpfeiler der Gewährleistung der Menschenrechte bildet, und beschloß, die Regierungen zu einer Revision ihrer Auffassung zu diesem Punkt aufzufordern. Der Generalsekretär wurde aufgefordert, den Regierungen mitzuteilen, welchen Wert die Kommission auf diesen Punkt lege.

#### Vereinfachung von Grenzformalitäten

Auf ihrer 29. Sitzung nahmen die Vertreter der Minister die Prüfung der beiden Empfehlungen der Beratenden Versammlung zu dieser Frage wieder auf. (Vgl. Mitteilungen des Europarates, Jahrgang III Nr. 10 und Jahrgang IV Nr. 6)

Eine Entschliebung betreffend die Abschaffung von Sichtvermerken von den Mitgliedern, welche solche noch fordern, wurde von den Vertretern der Minister angenommen.

Die von der Brüsseler Pakt-Organisation getroffenen Abkommen über Sammelpässe sollen auf alle Mitgliedsländer des Europarates ausgedehnt werden. Den Regierungen wird weiterhin empfohlen, den Reisenden die Mitführung persönlicher Gebrauchsgegenstände zu erleichtern.

#### Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen

Am 18. April tagte dieser Ausschuß unter dem Vorsitz von Herrn *Rolin* (Belgier) in Rom. Einige Tage vorher hatten die Unterausschüsse ebenfalls in Rom, zwecks Vorbereitung der Sitzung getagt.

Ein Unterausschuß unter dem Vorsitz von Herrn *Azara* (Italiener) prüfte die Frage, ob es möglich und wünschenswert sei, daß andere Mitgliedsländer dem kürzlich zwischen den BENELUX-Ländern abgeschlossenen Vertrag über die Pflichtversicherung von Kraftfahrzeugen beitreten. (Vgl. Mitteilungen des Europarates V, Jahrgang Nr. 4) Zum Berichterstatter dieser Frage wurde Herr von *Merkatz* (Deutscher) bestellt.

Ein zweiter Unterausschuß unter dem Vorsitz von Herrn *Schmal* (Holländer) prüfte den Entwurf eines gleichlautenden Gesetzes über die Haftpflicht im Beherbergungsgewerbe der vor dem Kriege vom Internationalen Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts ausgearbeitet worden war. Herr *Bell* (Engländer) wurde zum Berichterstatter bestellt und mit der Prüfung der Frage beauftragt, in welchem

Umfange dieser Entwurf unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse übernommen werden könnte.

Ein weiterer Unterausschuß unter dem Vorsitz von Herrn *Lannung* (Däne) prüfte die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit in Handelssachen in Zusammenarbeit mit Sachverständigen des Internationalen Instituts. Es wurde beschlossen, daß dessen Entwurf als Grundlage für neue Besprechungen dienen solle. Der Unterausschuß wird sich jedoch nicht mit der Frage der Vollstreckung von Schiedssprüchen befassen, da dieses Problem von den Vereinten Nationen bearbeitet wird. In Abwesenheit von Herrn *Wahl* (Deutscher) wurde Herr *Kopf* (Deutscher) zum Berichterstatter bestellt.

Die Vereinfachung der Formalitäten beim Grenzübertritt (siehe oben) wurde ebenfalls von einem Unterausschuß unter Vorsitz von Herrn *Montgomery Hyde* (Engländer) geprüft. Der Berichterstatter Herr *Pinton* (Franzose), teilte mit daß die Regierungen von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, der Bundesrepublik Deutschland und der Saar sich bereit erklärt haben, unter gewissen Bedingungen, insbesondere der Gegenseitigkeit, die Möglichkeit des Verzichts auf Pässe zu prüfen. Ein einwandfreier Identitätsnachweis muß jedoch gewährleistet sein. Der Unterausschuß beschloß, diesen Regierungen die Aufnahme von Verhandlungen zur Verwirklichung dieses Planes zu empfehlen. Die Frage der Steuern auf Fahrkarten und Landegebühren in Flughäfen, wie sie kürzlich in Frankreich und in Großbritannien eingeführt wurden, war ebenfalls Gegenstand einer Prüfung. Der Unterausschuß empfahl weiterhin, die Polizeikontrolle an den Grenzübergangsstellen auf Stichproben zu beschränken.

Ein weiterer Unterausschuß unter dem Vorsitz von Herrn *Rolin* (Belgier) untersuchte den Abkommensentwurf für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Bekanntlich hat der Ministerausschuß diesen Entwurf gebilligt und der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme zugeleitet. Dieses Abkommen sieht die prozessuale Regelung von Schiedsverfahren unter gewissen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung des Streitgrundes vor.

Der Ausschuß nahm die verschiedenen Berichte der Unterausschüsse zur Kenntnis und machte sie zum Gegenstand von Aussprachen.

## IV. SOZIALE FRAGEN

### Öffentliches Gesundheitswesen

Auf ihrer 29. Sitzung nahmen die Vertreter der Minister den Bericht der Sachverständigen für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens an. (Vgl. Mitteilungen des Europarates, Jahrgang V Nr. 3) Dieser Bericht sieht vor, daß direkte Verbindungen zwischen den nationalen Behörden für öffentliches Gesundheitswesen geschaffen werden und daß ein Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zwecks ärztlicher Spezialbehandlung abgeschlossen werden soll.

Ferner sollen Stipendien für wissenschaftliche Forschungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens geschaffen werden. Die Sachverständigen wurden von den Vertretern der Minister aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation praktische Maßnahmen zur Erleichterung des Transports von Heilmitteln menschlicher Herkunft von einem Land ins andere auszuarbeiten. Es wurde beschlossen, die Sachverständigen zu einer dritten Sitzung Anfang Juli einzuberufen.

#### Ausschuß für soziale Fragen

Unter dem Vorsitz von Herrn Heyman (Belgier) tagte dieser Ausschuß am 1. April in Paris. Beobachter des Internationalen Arbeitsamtes, des Europäischen Regionalbüros der Vereinten Nationen, des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes, des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften und des Weltfrontkämpferbundes nahmen an den Sitzungen teil.

Der Ausschuß beschloß, einer Arbeitsgruppe die Prüfung des Entwurfs für die europäische Sozialversicherungsordnung zu übertragen, der in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf einer Antwort auf den 4. Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes an die Beratende Versammlung wurde angenommen.

### V. KULTURELLE FRAGEN

#### Fernsehen

Auf ihrer 29. Sitzung prüften die Vertreter der Minister den Antrag der „Union Européenne de Radio-diffusion“ betreffend Übertragungsgebühren für Fernsehprogramme. Die Vertreter der Minister beschloßen, die Regierungen auf die Entschließung des Ministerausschusses über das europäische Fernsehen hinzuweisen, insbesondere soweit es die Senkung der Übertragungsgebühren betrifft. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang IV Nr. 8) Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Kultursachverständige soll sich mit der Frage der Übertragungsgebühren befassen.

#### Sachverständige für Kulturelle Fragen

Dieser Ausschuß hielt vom 27. bis zum 30. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn de Novellis (Italien) seine 10. Sitzung ab. Herr Winter (Luxemburg) wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Dem Präsidium des Ausschusses gehören weiterhin die Herren Dr. Hayes (Irland), Christopherson (Norwegen) und Reinink (Niederlande) an.

Die hauptsächliche Aufgabe des Ausschusses war die Prüfung der Vorschläge für das Aktionsprogramm auf kulturellem Gebiete und des Budgets für kulturelle Arbeit für 1956. Außer den bereits angelaufenen Aktionen (Europäische Ausstellung, Lehrgänge über die Darstellung der europäischen Idee, Forschungstipendien des Europarates) bestehen neue Pläne, welche von den Sachverständigen auf ihrer nächsten Sitzung Ende Oktober in Straßburg im einzelnen geprüft wer-

den. Es handelt sich hierbei um: die Veröffentlichung der Arbeiten, welche von Stipendiaten des Europarates geschrieben werden, Reisestipendien zur Förderung des akademischen Austausches, Übersetzung in Englisch und Französisch von Meisterwerken in wenig bekannten Sprachen, Veröffentlichung einer Sammlung von Biographien berühmter Europäer.

Die Sachverständigen werden sich mit einigen wichtigen Punkten der Tagesordnung des Exekutivrates der UNESCO befassen, um eine einheitliche Stellungnahme der Mitgliedsländer des Europarates und damit eine wirksame Vertretung der europäischen Interessen herbeizuführen. Dieses Verfahren wird von der inzwischen in Kraft getretenen europäischen Kulturkonvention gefordert und ist auch ein wichtiger Punkt des Aktionsprogrammes für den Europarat des Ministerkomitees (Dok. 238 Ziff. 21).

Die Sachverständigen empfehlen dem Ministerkomitee die Schaffung eines Gemischten Ausschusses, bestehend aus Vertretern des Sachverständigen-Ausschusses und des Ausschusses der Beratenden Versammlung, für kulturelle und wissenschaftliche Fragen. Weiterhin wurden zwei neue Unterausschüsse für die Anerkennung der Studienzeit und der auf ausländischen Universitäten abgelegten Prüfungen und über die Organisation europäischer Kulturfestspiele gebildet.

Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die kulturellen Probleme des Fernsehens wurde beschlossen.

#### Studiengruppe des Europäischen Runden Tisches

Die Berichterstatte der Studiengruppe zur Vertiefung der Arbeiten des Europäischen Runden Tisches tagten am 20. April in Straßburg zusammen mit Mitgliedern der Studien- und der Informationsabteilung des Generalsekretariats unter dem Vorsitz von Herrn Denis de Rougemont. Die Erörterungen drehen sich um die Maßnahmen zur Vorbereitung der Sitzung der Studiengruppe, welche am 24. August für die Dauer einer Woche zusammentreten wird. Diese Sitzung wird aus Vollsitzungen und kleineren Arbeitsgruppen bestehen. Ein vorläufiger Entwurf für die Tagesordnung gestattete die Bestellung von folgenden Berichterstatte: Wirtschaftsfragen M. de Carmoy (Franzose), Soziale Fragen M. Doucy (Belgier), Politische Institutionen und Geschichte Herr Valsecchi (Italiener), Wissenschaften Herr Groth (Deutscher), Zivilisation (Künste und Philosophie) Mr. O'Faolain (Ire). Die Berichte und die Aussprachen über diese werden anschließend in einem einzigen Bericht von dem Generalberichterstatte Herrn Max Beloff (Engländer) zusammengefaßt werden.

#### Ausschuß für kulturelle und wirtschaftliche Fragen

Dieser Ausschuß der Versammlung tagte vom 2. bis zum 6. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Smitt-Ingebretsen (Norweger). Im Verlauf der Tagung wurde eine Sondersitzung abgehalten, an der Mitglieder des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen und Vertreter der großen internationalen Kulturorganisationen (UNESCO, Europäisches Kultur-



zentrum, Vereinigung Europäischer Studieninstitute (AIEE), Union des Associations Internationales non gouvernementales, Carnegie Endowment, Institut für europäische Politik und Wirtschaft, Brüsseler Paktorganisation) teilnehmen.

Die Arbeiten dieser Sondersitzung standen unter zwei hauptsächlichlichen Themen:

1. Die Koordinierung der Kulturpolitik des Europarates. Sie kann wirksam werden:

a) auf zwischenstaatlicher Ebene durch die Beziehungen zwischen dem Rat und den zwischenstaatlichen Organisationen zwecks Koordinierung der Aktionsprogramme, Aufstellung eines europäischen Kulturkalenders und kritische Betrachtung der Arbeitsmethoden,

b) durch die Beziehungen des Europarates mit den privaten internationalen Organisationen in Gestalt eines Informations- und Studienaustausches, gegebenenfalls durch Ausführung der Projekte des Europarates. Es wurde vorgeschlagen, eine Konferenz derjenigen Organisationen einzuberufen, welche praktisch an der Durchführung des Programmes des Europarates mitwirken können.

2. Schaffung eines Kulturfonds des Europarats als Antriebsquelle aller Aktionen. Dieser Fonds soll einerseits die zurzeit auf nationaler Ebene von wissenschaftlichen Stiftungen durchgeführten Arbeiten auf die europäische Ebene heben, andererseits die spezialisierten europäischen Gruppen dazu veranlassen, in Übereinstimmung mit den Regierungen allmählich an diesem Fonds aktiv und passiv teilzuhaben.

Die Schaffung des Fonds wird der Beratenden Versammlung in Form einer Empfehlung vorgelegt werden. Die Kommission schlägt weiterhin den Regierungen vor, eine 5%ige Steuerermäßigung für kulturelle und wissenschaftliche Arbeiten, wie sie in den Vereinigten Staaten besteht, einzuführen. Zwischen dem Fonds des Europarates und der europäischen Kulturstiftung in Genf, die durch das Europäische Kulturzentrum geschaffen werden soll, wird ein Abkommen getroffen werden.

Der Ausschuß bereitete die Antworten der Versammlung an das Ministerkomitee über die kulturelle Tätigkeit des Europarates vor und beschloß, die Schaffung eines Sonderausschusses über europäische Informationsfragen vorzuschlagen.

## VI. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

### Bericht des Sonderbeauftragten

Der Ausschuß für Bevölkerung und Flüchtlinge tagte am 31. März und 1. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn *Pernot* (Franzose) und prüfte den im Dezember 1954 dem Ministerausschuß von Herrn *Pierre Schnleiter*, Sonderbeauftragten des Europarates für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, vorgelegten Bericht. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang V Nr. 1.) Der Ausschuß wird der Versammlung über die Vorschläge von Herrn

*Schnleiter* zur Lösung des Problems der Bevölkerungsüberschüsse in Europa Bericht erstatten. Herr *de la Vallee-Poussin* (Belgier) wurde zum Berichtersteller bestellt, und der Sonderbeauftragte soll eingeladen werden, an einer Sitzung im kleinen Rahmen teilzunehmen, um einige seiner Vorschläge zu erläutern.

### Fonds der Vereinten Nationen

Am 18. April teilte Dr. *van Heuven Goedhart*, Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, mit, daß für die Flüchtlingshilfe ein Betrag von 5 Millionen Dollar bereitgestellt worden sei. Fast  $\frac{4}{5}$  dieses Betrages werden den freiwilligen Organisationen zufließen, welche sich mit der Wiedereingliederung von Flüchtlingen in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Griechenland und Italien befassen. Der größte Teil in Höhe von 2,1 Millionen Dollar wurde Österreich zugewiesen.

### Gemischter Unterausschuß für die Wiedereseßhaftmachung von Flüchtlingsbauern oder überschüssiger Landbevölkerung

Dieser Unterausschuß führte vom 5. bis zum 13. April eine Studienreise in Griechenland durch, um die zu seinem Aufgabengebiet gehörenden Probleme an Ort und Stelle zu untersuchen. An der Studienreise nahmen teil, die Herren *Peart* (Engländer, Vorsitzender des Unterausschusses), *Mercouris* (Grieche), *Lucifero* (Italiener), *Charpentier* (Franzose, Berichtersteller), *Dickson* (Schwede), *Gerns* (Deutscher), *Rip* (Holländer). Die Führung lag in den Händen von Herrn *Mercouris*. Nach Abschluß ihrer Reise richtete der Unterausschuß Danktelegramme an den griechischen Ministerpräsidenten *Marschall Papagos* und den griechischen Landwirtschaftsminister *Levantis*. Der Unterausschuß begab sich alsdann in die Türkei.

## VII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen tagte am 22. und 23. April in Istanbul unter dem Vorsitz von Herrn *Wistrand* (Schwede). Der Ausschuß empfing eine Abordnung der türkischen Sektion der europäischen Jugendkampagne. Herr *de la Vallee Poussin* (Belgier) hielt an der Technischen Hochschule einen Vortrag über den Europarat und die europäische Integration.

Die im vergangenen Jahr (vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang IV Nr. 6 und 10) von der Versammlung angenommenen Entschlüsse waren der Gegenstand der Aussprache des Ausschusses: die Zukunft der unterjochten europäischen Nationen und die religiösen Verfolgungen in Mittel- und Osteuropa. Der Ausschuß bekräftigte seine bisherige Stellungnahme zu diesen Themen und beauftragte seinen Berichtersteller, Herrn *Goedhart* (Holländer), mit der Ausarbeitung einer neuen Entschluß zur Vorlage an die Versammlung. Herr *de la Vallee Poussin* gab eine Erklärung über die Schwierigkeiten beim Versand von Heilmitteln in Länder jenseits des Eisernen Vorhanges ab, insbesondere nach Rumänien und Bulgarien,

und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein humanitärer Appell diese Länder zu einer Änderung ihrer Einstellung bewegen möge. Herr *Bøgholm* (Däne) wurde zur Vorlage eines Berichtes über die Intensivierung der kulturellen Beziehungen zwischen den west- und osteuropäischen Ländern beauftragt. Der Ausschuß wies hierbei darauf hin, daß er sich in der Türkei, als der Drehscheibe zwischen Ost und West, zu einer Tagung versammelt habe. Die Leiter von Flüchtlingsvereinigungen aus den Satellitenländern der Sowjetunion mit Sitz in Istanbul wurden vom Ausschuß empfangen. Herr *Nadi* (Türke) wurde zum Berichterstatter des Ausschusses über die Fragen der nichtvertretenen Nationen bestellt.

## VIII. VERSCHIEDENES

### Rücktritt Sir Winston Churchills

Der Generalsekretär des Europarates hat anläßlich des Rücktrittes des Premier Ministers Sir Winston Churchill an diesen folgendes Telegramm gerichtet: „Die Mitglieder des Europahauses, in dem Ihre Stimme stets widerhallen wird, entbieten Ihnen ihre ergebenen und besten Wünsche.“

Sir Winston Churchill, der 1949 und 1950 Abgeordneter der Beratenden Versammlung war, hat dem Generalsekretär seinen Dank übermittelt.

### Europatag der Schulen

Eine Sitzung des Internationalen Ausschusses für den Europatag der Schulen fand am 28. April in Luxemburg statt. Herr Paul M. G. Levy, Direktor der Informationsabteilung des Europarates, nahm in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Ausschusses teil. Die Ergebnisse des im März durchgeführten Wettbewerbes wurden geprüft und die Organisation des nächsten Wettbewerbes besprochen. Der Gesamtsieger wird eine Goldmedaille des Europarates erhalten. Ein Treffen sämtlicher Preisträger wird im Juli anläßlich der Preisverteilung in Straßburg stattfinden.

Die Preisträger des Jahres 1953 statteten im April unter Führung von Herrn *Baudet*, Generalsekretär des Ausschusses, dem Europahaus in Straßburg einen Besuch ab.

### Union der Europäischen Föderalisten

Diese Organisation führt seit dem 12. April eine akademische Studententagung über europäische Probleme in Château de la Bréviaire bei Compiègne durch, an der 65 Professoren verschiedener Nationalität teilnehmen. Die Aussprache wurde von Herrn Jean *Legaret*, Mitglied der französischen Nationalversammlung, eröffnet.

### Europäische Union der Film- und Fernsehtechniker

Der dritte Kongreß dieser Organisation fand vom 20. bis zum 23. April unter dem Vorsitz von Herrn *Léon Mathot* (Franzose) statt. Delegierte aus neun Ländern nahmen an den Beratungen teil, der Generalsekretär des Europarates war durch Herrn *Gaëtano*

*Adinolfi* von der Informationsabteilung des Europarates vertreten.

Der Kongreß nahm Resolutionen über die Beziehungen zwischen Film- und Fernsehen, die Angleichung der Gehälter und Sozialgesetzgebung und über die Schaffung eines europäischen Filmzentrums an.

### Interparlamentarische Union

Der Lenkungsausschuß dieser Organisation tagte vom 12. bis 17. April unter dem Vorsitz von Lord *Stansgate* (Engländer) in Rom. Das Thema der Diskussionen war „die Voraussetzungen einer echten friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern“. Die Ergebnisse dieser Tagung werden in der nächsten Konferenz der Union im August in Helsinki vorgelegt werden. Als Diskussionsgrundlage lagen Berichte von Herrn *Bastid* (Franzose), *Hamon* (Franzose) und *Rolin* (Belgier) vor.

## ANDERE ORGANISATIONEN

### Europäischer Wirtschaftsrat in Paris (OEEC)

Der sechste Jahresbericht der OEEC ist jetzt, nach seiner Genehmigung durch den Rat dieser Organisation, veröffentlicht worden. Im ersten Band des Berichtes wird die allgemeine Lage dargelegt, während der zweite Band eine Würdigung der Lage in den einzelnen Mitgliedsländern enthält.

Der Grundton des Berichtes ist optimistisch, auf fast allen Gebieten haben die 17 Mitgliedsländer beachtliche Fortschritte zu verzeichnen. Das Jahr 1954 kann als ein Jahr außergewöhnlicher Prosperität bezeichnet werden. Im Vergleich zu 1938 hat sich die industrielle Erzeugung um 54%, die landwirtschaftliche Erzeugung um 29%, der Warenverkehr zwischen den Mitgliedern um 60% vermehrt. Die Schwierigkeiten des Zahlungsausgleiches sind weitgehend ausgeglichen worden, die Ausfuhr liegt um 70% über derjenigen von 1938, während die Einfuhren nur um 12% stiegen. Die Ausfuhr nach der Dollarzone wurde verdoppelt. Im Jahre 1953 konnte das laufende Defizit Westeuropas bei der Dollarzone auf 1 Milliarde Dollar zurückgeführt werden (ungerechnet die militärischen Ausgaben), also auf einen Betrag, der geringer ist als das laufende Guthaben Westeuropas bei den anderen Zonen. Dieser Fortschritt wurde bei außerordentlich hohen Beschäftigungsziffern und einer fast vollständigen Währungsstabilität erreicht. Im Vergleich zu 1952 sind die Preise für Verbrauchsgüter in den meisten Ländern stabil geblieben und haben sich in einigen Fällen (Österreich, Frankreich, Deutschland) gesenkt. Ein Anstieg um mehr als 10% trat nur in Griechenland, Irland, Norwegen und der Türkei ein. Der Lebensstandard von Westeuropa hatte 1950 den Vorkriegsstand erreicht und 1954 um 12% überschritten.

Die OEEC weist jedoch darauf hin, daß diese ermutigenden Ergebnisse doch begrenzt sind. Das Anwachsen der Produktivität pro Arbeiter um 15 bis 20% erreicht zwar den Vorkriegsstand, liegt jedoch um die Hälfte niedriger als das Anwachsen in den Vereinigten Staaten. Dem Anwachsen des Lebens-



standard um 12 % steht ein solches von 45 % in den Vereinigten Staaten gegenüber.

Die Liberalisierung des Warenverkehrs hat zwar bedeutende Fortschritte gemacht, sie stößt sich jedoch noch an bedeutenden Hindernissen bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, den unsichtbaren Umsätzen und der Kapitalbewegung.

Andererseits muß festgestellt werden, daß die Fortschritte auf dem Wege zur Abschaffung der mengenmäßigen Beschränkungen durch die Tatsache behindert werden, daß in den letzten Jahren nur wenige Zolltarife gesenkt wurden und die künstliche Stützung der Ausfuhr noch erheblichen Umfang hat. Die Bemühungen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes haben noch nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt, und der Bericht stellt fest, daß der Gedanke der Beschränkungen noch überwiegt.

Die Schulden an die Dollarzone sind im Jahre 1954 gestiegen während das westeuropäische Guthaben in anderen Zonen sich leicht gesenkt hat.

Aus allem diesem ergibt sich, daß Westeuropa in den nächsten Jahren schwierige Ziele anstreben muß, die Stichworte sind „Expansion“ und „Liberalisierung“.

Nach einer Darlegung der notwendigen Maßnahmen schließt der Bericht: Europa kann sich mit ehrgeizigen Plänen befassen, denn sie liegen in seiner Reichweite.

#### **Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung (ICEM)**

Die Vertreter von 24 Regierungen, welche dem ICEM angehören, hielten am 27. April in Genf ihre zweite Vollversammlung ab. Die Aufnahmeanträge von Neuseeland, Rhodesien und Nyassaland wurden gebilligt, so daß die Organisation nunmehr aus 26 Mitgliedern besteht und einen neuen Kontinent für seine Tätigkeit erschlossen hat.

Als Nachfolger des im Dezember 1954 verstorbenen Direktors des ICEM, Herrn Hugh Gibson, wurde Herr Harold H. Tittmann jun., ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Peru, bestellt. Herr Hana Sidor (Israel) wurde zum Präsidenten der Tagung gewählt.

#### **Westeuropäische Union (WEU)**

Die Ratifikationen der Pariser Abkommen in den Signatarländern sind nunmehr abgeschlossen. Als letzte ratifizierten: der belgische Senat am 6. April mit 142 gegen 2 Stimmen und einer Enthaltung, die Erste Kammer der niederländischen Generalstaaten am 28. April mit 32 gegen 2 Stimmen und 16 Enthaltungen. Alle Ratifikationsurkunden sollen am 5. Mai hinterlegt werden. Die erste Sitzung des Rates der neuen Westeuropäischen Union soll am 9. Mai stattfinden.

#### **Internationale Luftverkehrsorganisation (ICAO)**

Auf Grund eines Abkommens zwischen den betroffenen Regierungen und den Organen des Europarates wurde beschlossen, daß die erste Sitzung der Ständi-

gen Europäischen Konferenz für Zivilluftfahrt im November 1955 im Sitzungssaal der Beratenden Versammlung des Europarates abgehalten werden soll. Der Vorschlag für die Schaffung einer solchen Ständigen Konferenz zur Prüfung der Entwicklung des Luftverkehrs und seiner besonderen Probleme wurde auf der Straßburger Konferenz für die Koordinierung des europäischen Luftverkehrs gemacht. Diese Konferenz fand auf Veranlassung des Europarates im April und Mai 1954 in Straßburg statt. (Vgl. Mitteilungen des Europarates Jahrgang IV Nr. 5 § 6.)

### **VORLAUFIGER TERMINKALENDER FÜR KOMMENDE TAGUNGEN**

- |                   |   |
|-------------------|---|
| 4.—7. Mai:        | Zweite Sitzung des Ausschusses für soziale Fragen (Straßburg)   |
| 5. Mai:           | 6. Jahrestag der Unterzeichnung des Statuts des Europarates   |
| 6.—9. Mai:        | Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)   |
| 10. Mai u. ff.:   | 3. ordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg)   |
| 11. u. 12. Mai:   | Allgemeiner Ausschuß (Straßburg)  |
| 17. Mai u. ff.:   | Vertreter der Minister (Straßburg)  |
| 17. u. 18. Juni:  | Eröffnung der Europäischen Ausstellung: „Triumph des Manierismus von Michelangelo bis Greco“ (Amsterdam)  |
| 28. u. 30. Juni:  | Gemeinsame Sitzung des Unterausschusses für Auslieferung und des Unterausschusses des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen (Straßburg) |
| 4. Juli:          | Ministerausschuß (Straßburg)  |
| 4. Juli:          | Gemischter Ausschuß (Straßburg)   |
| 4.—11. Juli:      | Lehrgang über die „Universität und die europäische Idee“ (Saarbrücken)  |
| 5. Juli:          | Ministerausschuß (Straßburg)  |
| 5.—9. Juli:       | 1. Teil der 7. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)   |
| 24.—31. August:   | Studienkommission für die Auswertung der Arbeiten des Europäischen Runden Tisches (Straßburg)   |
| 6.—10. September: | Sachverständigenausschuß für Sozialversicherung (Straßburg)   |
| 3.—10. Oktober:   | Sachverständigenausschuß für Patentfragen (Straßburg)   |
| 24.—29. Oktober:  | Sachverständigenausschuß für kulturelle Fragen (Straßburg)  |
| 7.—11. November:  | Internationale Aussprache über die Aus- und Fortbildung von europäischen Beamten (Saarbrücken)  |
| Ende November:    | Europäische Konferenz über Zivilluftfahrt — ICAO (Straßburg)  |

## Europa 1955 — Elemente einer Zwischenbilanz

Um zurückzuschauen, ist ein äußerer Anlaß so gut wie jeder andere. Es kommt nur darauf an, was sich von innen als Stoff zur Besinnung anbietet. Die Tatsache, daß am 29. Juni 1945 mit dem Antrag zur Registrierung des Europa-Archivs der erste Schritt zur Gründung dieser Zeitschrift gemacht wurde, sei hier als Kuriosität vermerkt und soll keineswegs Anlaß zu einem „Jubiläum“ geben. Die „Urkunde der Registrierung“, die eine Woche später ausgefertigt wurde, war noch nicht mehr als eine vorläufige Arbeitsgenehmigung *for persons engaging in activities in the information services*. Es war tatsächlich ein Engagement. Ein Buch schreibt der Autor allein, eine Zeit-Schrift schreibt sich zum größeren Teile selbst nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist. Mit dem Tag, an dem der Name feststeht und die erste Programmskizze vorliegt, beginnt die Kristallisation der gesättigten Lauge, die Stendhal am Beispiel der *rameaux de Salzbourg* beschrieben hat — nur daß es bei der Zeitschrift um die Liebe zu einer Sache und nicht um eine Person geht.

Wer sich 1945/46 auf den Namen Europa festlegte, tat dies unter Vorzeichen, die in den darauf folgenden Jahren der Europakonjunktur fast völlig in Vergessenheit geraten sind. Wir haben nicht versucht, diesen Ausgangspunkt genau zu beschreiben, aber der Leser der ersten Folgen wird ohne Mühe die Stellen finden, an denen er markiert ist. Da war Hofmannsthals Skizze „Über die Europäische Idee“, aus dem Frühjahr 1917 stammend, die im Sommer 1946 wie gerufen auftauchte, um dem ermüdeten und überanstrengten Begriff neuen Glanz zu verleihen: „Europa als die geistige Grundfarbe des Planeten empfunden,

das Europäische als der absolute Maßstab aufgestellt, das jeweilige Nationale immer wieder an ihm gemessen und korrigiert. Gewalt der Individuen, in denen Geist sich offenbart: — ein anderes Gewaltiges nicht erkennbar\*.“ Da waren Sätze von Charles Péguy über die Solidarität des Elends, gleichfalls Jahrzehnte alt, aber wie geschaffen, um die Situation Deutschlands nach 1945 zu schildern: „Eine Gemeinschaft ist noch nicht gegründet, solange sie das Elend des einzelnen zuläßt, selbst wenn der Betreffende damit einverstanden wäre.“ Auch das bot einen Maßstab, den es festzuhalten galt.\*\*

Seither ist Westdeutschland aus den Regionen des Elends in die scheinbar gesicherten Ordnungen der Tradition und der Macht hinübergewechselt. Manchmal wollte dies wie eine „Flucht nach Europa“ erscheinen\*\*\*, eine Epidemie des Mitdabeiseins am Tisch der Reichen. Der Herausgeber brauchte sich nur die Hand führen zu lassen, und die Zeit-Schrift wurde wie von selbst zur Chronik der großen Täuschungen und Enttäuschungen. Die Klärung der verbindlichen Maßstäbe, die Durchdringung des Täglichen in ihrem Geiste war die eigentliche Aufgabe und aus Eigenem zu leisten. An ihr, die nie aufhört, sind Autoren und Leser gemeinsam beteiligt. Sie ist mehr als Chronistenarbeit, denn jede Zwischenbilanz gibt auch einen Grundriß dessen, was noch getan werden sollte. Co.

\*) Vgl. „Gespräche junger Europäer“ in Europa-Archiv, September 1946, S. 145/46.

\*\*) Vgl. „Zur Begriffsbestimmung unserer Arbeit“ in Europa-Archiv, April 1947, S. 481/82.

\*\*\*) Vgl. „Flucht nach Europa? Um die deutsche Haltung zum Europaproblem“ in Europa-Archiv, Mai 1949, S. 2089 ff.



# Die internationale Lage vor neuen Viermächte-Verhandlungen

Von Dr. B. H. M. Vlekke

*Niederländisches Institut für Internationale Politik*

## I.

Die Spannung zwischen „Osten“ und „Westen“ ist in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage der beherrschende Faktor.

Der Ausdruck „Osten“ bezeichnet in diesem Zusammenhang die Sowjetunion und die mit ihr verbündete Staatengruppe. Mit „Westen“ ist die Gruppe der Staaten bezeichnet, die im Nordatlantikpakt zusammengeschlossen sind, sowie alle anderen der NATO durch Verträge oder Abmachungen — sei es mit der NATO als Ganzem oder mit einem ihrer führenden Mitglieder — eng verbundenen Staaten.

Die westeuropäischen Staaten bilden einen Teil der westlichen Staatengruppe. Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in diese Gruppe ist die dringlichste und schwierigste aller politischen Aufgaben in Westeuropa. Die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern sind jedoch durch die globale Spannung zwischen Ost und West mitbedingt und werden ununterbrochen von ihr beeinflusst. Stabile politische Beziehungen können in Westeuropa nur geschaffen werden, wenn es gelingt, in der Welt einen entsprechenden Grad an Stabilität zu erreichen.

Eine Außenpolitik, die dieses Ziel anstrebt, muß sich auf eine gründliche Erforschung der wesentlichen Merkmale und Tendenzen des gegenwärtigen politischen Geschehens stützen.

## II.

Der Ostblock setzt sich aus zwei Regionalgruppen zusammen, der russisch-europäischen Gruppe und der chinesisch-fernöstlichen Gruppe. Der ersten gehören die folgenden Staaten an: die Sowjetunion (einschließlich der ihr untergeordneten Staaten Weißrußland und die Ukraine), Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Die Deutsche Demokratische Republik ist mit der Gruppe eng verbunden, aber ihre Integration in das sowjetische System ist aus politischen Erwägungen heraus verzögert worden, besonders der Notwendigkeit wegen, die deutsche nationale Einheit dem Anschein nach zu wahren. Finnland ist, obwohl es nicht im Bund mit dem Block steht, vertraglich dazu verpflichtet, die Nordwestgrenze der Sowjetunion zu schützen.

Die zweite Regionalgruppe des Ostblocks wird durch die Volksrepublik China und ihre beiden Vasallenstaaten Nordkorea und Vietnam gebildet. Der erste Wechsel des Kriegsglückes in Korea (im September 1950) erbrachte Anzeichen der zukünftigen Vorherrschaft Chinas in den Unternehmungen des Kommunismus im ostasiatischen Raum. Von diesem Zeitpunkt an lassen sich die Beziehungen innerhalb des Ostblocks folgendermaßen skizzieren:

1. Die europäische Gruppe unterliegt direkter Beherrschung durch Moskau, die auf verschiedenem Wege erfolgt: durch Bevormundung in auswärtigen Angelegenheiten, durch militärischen Schutz gegen äußere und innere Feinde und durch politische Kontrolle, der Partei- und Polizeiorgane als Werkzeug dienen. Die gleichen Mittel werden zur direkten Beherrschung der asiatischen Gruppe von Peking aus benutzt.

2. Moskau und Peking sind durch Bündnisse und Verträge über gegenseitige Wirtschaftshilfe und durch eine gemeinsame Entschlossenheit, niemals westliche Hilfe unter westlichen Bedingungen anzunehmen, eng miteinander verkettet sowie auch durch einen festen Glauben an die Gemeinsamkeit ihrer politischen Belange. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß Peking mittels Partei- oder Polizeiorganen durch Moskau beherrscht wird.

Der westliche Staatenblock setzt sich aus verschiedenen Gruppierungen zusammen, die mit einer Ausnahme alle in Washington ihren Mittelpunkt haben. Die wichtigste unter ihnen ist die des Nordatlantikpaktes, in dem die Vereinigten Staaten die führende Macht darstellen. Ebenso ist Washington der Mittelpunkt der Organisation Amerikanischer Staaten, und die gesamtamerikanischen Verteidigungsverträge sichern der NATO die wohlwollende Neutralität und letzten Endes den Beistand Südamerikas. Durch die bilateralen Verträge der Vereinigten Staaten mit Japan<sup>1</sup>, den Philippinen<sup>2</sup> und Südkorea<sup>3</sup> erstreckt sich die westliche Gruppe bis an die Küste Chinas. Der Kern der Verteidigungsorganisation im pazifischen Raum wird von den Mitgliedern des ANZUS-Paktes<sup>4</sup> gebildet, während ihre Vorposten vermittels der SEATO<sup>5</sup> bis nach Vietnam und Kambodscha hineinreichen. Die Zusammenarbeit zwischen Amerika und Pakistan auf militärischem Gebiet<sup>6</sup> stellt ein weiteres Verbindungsglied mit dem asiatischen Ge-

füge dar. Durch den kürzlich abgeschlossenen türkisch-irakischen Vertrag<sup>7</sup> dehnt die NATO ihren Einflußbereich über die Türkei auf Irak aus. Mit den Abmachungen zwischen der Türkei und Pakistan schließen sich die pazifische und die nordatlantische Gruppierung nahezu zum Kreise.

Das britische Commonwealth mit dem Mittelpunkt in London sorgt für zwanglos-freundschaftliche Beziehungen der westlichen Staaten mit einigen dem Block nicht angehörenden Ländern (Südafrika, Indien, Ceylon).

### III.

Von diesen Tatsachen leiten sich einige erläuternde Bemerkungen ab.

1. Der Ostblock läßt manche strukturelle Schwäche erkennen, wie etwa eine starke, obgleich gewaltsam unterdrückte Opposition in der Bevölkerung verschiedener europäischer Staaten gegen ihre Verbindung mit der Sowjetunion. Diese Opposition mag sich gegen die kommunistische Regierungsform im eigenen Staate ebenso wie gegen die Verbindung mit Moskau an sich richten oder gegen beides. Ein sehr großer Teil des polnischen Volkes lehnt aus beiden Gründen die Vertragsgemeinschaft mit der Sowjetunion ab. Hingegen dürfte man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Opposition in einem Lande wie der Tschechoslowakei hauptsächlich vom ersten dieser Ablehnungsgründe herrührt.

Es scheint, daß diese Schwächen des Ostblocks zu einem großen Teil durch die zwei- oder dreifachen Beherrschungsmethoden, die Moskau anwendet, wettgemacht werden (politische Verbindung, Besetzung durch Streitkräfte und Partei- oder Polizeikontrolle). Im Falle eines längeren Krieges gegen den Westen oder bei politischen Wirren innerhalb der Sowjetunion könnte diese Schwäche gefährlich werden, sonst jedoch kaum.

2. Die Allianz der Sowjetunion mit China beruht auf freier Zustimmung seitens der chinesischen Regierung. Die Sowjetunion kann auf China einen gewissen Druck ausüben, indem sie die Randprovinzen bedroht — wo es ihr möglich ist, gefährliche Unzufriedenheit zu säen — oder indem sie Kriegsgefahr heraufbeschwört; aber die Druckmittel, die der Sowjetunion zur Verfügung stehen, können niemals die Wirkungskraft der Waffen erreichen, die Moskau ungehindert gegen Rumänien oder Polen verwenden kann. Die Sowjetunion sah sich sogar genötigt, in ihren Beziehungen zum kommunistischen China wichtige Zugeständnisse zu machen (Dairen, die mandschurische Eisenbahn, Sinkiang, die Uebergabe der Kontrolle kommunistischer Organisationen in den Nachbarländern Peking). Das russisch-chinesische Bündnis beruht auf gemeinsamen Belangen und wird durch die große Ähnlichkeit (wenngleich nicht völlige Identität) der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Ideologien gestützt.

Der Ostblock leitet beträchtliche Stärke aus den folgenden Tatsachen her:

a) Die Belange der Hauptpartner decken sich in allen wichtigen Punkten mit vielleicht einer Ausnahme; dem Status Formosas. Auch hierbei unterscheiden sich ihre Ansichten nicht in der Substanz, sondern allenfalls durch Zweckmäßigkeitserwägungen (etwa hinsichtlich des Grades der Dringlichkeit einer günstigen Lösung).

b) Ein politischer Kurs kann durch Beratung zwischen nur zwei Regierungen beschlossen werden, und zwar ohne dabei sonderliche Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen.

Der westliche Block zeigt weitaus mehr strukturelle Schwächen als sein östlicher Gegenspieler.

1. Keiner der westlichen Regierungen ist es möglich, ohne Zeitverlust auf eine eindeutige Kriegsgefahr zu reagieren. Sie sind gezwungen, die öffentliche Meinung in Betracht zu ziehen und sich an verfassungsmäßige Bestimmungen zu halten. Die öffentliche Meinung ist der jeweiligen nationalen Denkart entsprechend verschieden und kann gefährliche Verzögerungen verursachen.

2. Die Führung wird im Westen mit dem Mittel der Ueberzeugungskraft ausgeübt. Druckmittel können in Anwendung gebracht werden, gefährden jedoch die unverzügerte Verwirklichung einer wirklichen Zusammenarbeit.

3. Das Gebiet gemeinsamer Belange, über die offene Uebereinstimmung besteht, ist begrenzt, während die Neigung „abzuweichen“ bedeutend ist. Viele Ursachen politischer Gegensätze zwischen den Partnern der westlichen Gruppe bleiben weiterhin bestehen, und diese Gegensätze können nicht durch geheime und außeramtliche Methoden, wie etwa die Methode der „Parteilinie“ in der östlichen Gruppe, niedergehalten werden.

4. Mit der Erstellung einer großen Anzahl verbündeter Verteidigungsorganisationen ist es dem Westen gelungen, einen ungeheuer großen Teil der Welt zusammenzuschließen, der einundvierzig souveräne Staaten umfaßt (Westdeutschland, Jugoslawien, Südafrika und Ceylon nicht eingerechnet). Die Vielfalt an Organisationsformen stellt allein schon eine Schwäche dar. Der unter diesen Umständen fast unausbleibliche Mangel an wirklicher Koordination ist eine weitere Ursache von Schwäche. Ihre bedeutendste Ursache bildet jedoch die Verschiedenheit der Ideale und Denkweisen sowohl unter den führenden Schichten als auch unter den Massen der Länder, die zur westlichen Gruppe gehören oder mit ihr assoziiert sind. Zwei der Hauptpunkte, an denen die Ansichten des Ostens und des Westens einander entgegenstehen, nämlich Formosa und Deutschland, werden von diesen Meinungsverschiedenheiten betroffen.



Es läßt sich die Behauptung vertreten, daß in allen Ländern des pazifischen Raumes, die direkt oder indirekt mit dem führenden westlichen Staat, den Vereinigten Staaten, liiert sind — Südkorea und die Philippinen vielleicht ausgenommen —, in der öffentlichen Meinung Ansichten vertreten werden, die vom amerikanischen Standpunkt grundlegend abweichen. Ebenso bleibt ein sehr großer Teil der öffentlichen Meinung aller westeuropäischen Länder einschließlich Westdeutschlands offensichtlich unbekehrt, was die amerikanische Behandlungsweise des Problems der deutschen Wiederbewaffnung betrifft.

Diese Ueberlegungen münden in der Folgerung, daß sich die westliche Gruppe bei der Mobilisierung ihrer Kräfte für ein geschlossenes Vorgehen vor weit- aus größere Schwierigkeiten gestellt sieht als ihr östlicher Gegenspieler — obwohl sie über weit mehr potentielle Macht verfügt — und daß die Schwächen des „Westens“ einer diplomatischen Betätigung seitens des „Ostens“ hervorragende Gelegenheiten bieten.

Vor allem aber: Die westliche Gruppe gründet sich auf ein Bündnissystem, das bedeutende Ergebnisse in der Koordinierung technischer Verteidigungsaufgaben gezeitigt hat, dem es aber bisher nicht gelungen ist, eine gemeinsame Auffassung der durch das Unternehmen der Verbündeten angestrebten Ziele auszuarbeiten.

#### IV.

Die beiden einander entgegengesetzten Bündnissysteme sind unter dem Druck des Tagesgeschehens entstanden. Beide Gruppen rechtfertigen ihre Außenpolitik damit, daß sie der führenden Macht der anderen Gruppe aggressive Absichten zuschreiben. Regierungen, die einmal ihr politisches Vorgehen auf gewisse Annahmen gegründet haben, fällt es gewöhnlich selbst dann schwer, diese Annahmen zu korrigieren, wenn sie sich als unwahr erweisen sollten. Sie können jedoch allmählich ihre Taktik ändern und die ursprünglichen Annahmen in Vergessenheit geraten lassen.

Es muß nun die Frage gestellt werden: War in unserem Falle (des Ost-West-Konfliktes) die Außenpolitik der führenden Mächte auf eine der Wirklichkeit entsprechende Beurteilung der Ziele und Absichten der gegnerischen Macht oder Mächtegruppe gegründet?

Es ist zwecklos, an diesem Ort nochmals die grundsätzlichen Ziele und Absichten des Westens in der Hoffnung darzulegen, daß damit die führenden Leute in Moskau und Peking in ihrem Denken aufgeklärt werden könnten. Die Feststellung mag hier genügen, daß theoretisch mögliche aggressive Absichten auf westlicher Seite dem Osten nicht allzu gefährlich werden können, da die Schwächen seines Bündnissystems es dem Westen unmöglich machen, in Geschlossenheit aggressiv vorzugehen. Sollte ein

solches Vorgehen von einem einzelnen westlichen Staat betrieben werden, so könnte dies bestenfalls den widerwilligen Beistand seiner Partner zur Folge haben. Das aber würde eine Niederlage zur Folge haben oder Bemühungen heraufbeschwören, schnell zu einem Kompromißfrieden zu gelangen. Unter günstigen Umständen vermag der westliche Block eine starke Verteidigung zu errichten und energische Gegenmaßnahmen durchzuführen. Ein überraschender Angriff seitens des Westens mit Wasserstoffbomben ist undenkbar und nur möglich, falls der Westen bereit wäre, die fundamentalen Grundsätze der Moral zu verwerfen, auf denen sich unsere Lebensweise aufbaut und die allen westlichen Bekundungen des Willens zugrunde liegen, dem Kommunismus entschlossen entgegenzutreten.

Es ist jedoch äußerst wichtig, daß die Ziele und Absichten der sowjetischen Außenpolitik nochmals einer Betrachtung unterzogen werden. Ueber die Frage, von welchen hauptsächlich Motiven sich diese Außenpolitik ableitet, wird bereits seit einigen Jahren eine lebhaftete Debatte geführt. Im wesentlichen werden dabei zwei Richtungen vertreten:

1. Die sowjetische Außenpolitik ist hauptsächlich von der kommunistischen Konzeption einer Weltrevolution bestimmt, als eines Mittels zur Beseitigung des Kapitalismus. Sie ist im wesentlichen ideologischen Charakters.

2. Die sowjetische Außenpolitik ist eine Fortsetzung der traditionellen zaristischen, nur mit einer neuen ideologischen Tendenz.

Anhänger der ersten Ansicht halten die sowjetische Politik im Prinzip für aggressiv. Als Bannerträger des Kommunismus wird die Sowjetunion überall dort angreifen, wo sich eine Aussicht bietet, dem Kommunismus zur Macht zu verhelfen. Sie wird einen Weltkrieg auslösen, sobald sie ihre Aussichten, ihn zu gewinnen, für hinreichend gut hält. Die ganze Struktur der westlichen Gesellschaft wird sie zu zerstören suchen, wo und wann sie je eine Gelegenheit dafür gegeben sieht. Ihr Schlagwort von der friedlichen Koexistenz ist eine Lüge, mit der sie die unwissenden Massen des Westens zu täuschen sucht.

Die Vertreter der zweiten Ansicht geben zu, daß die Sowjetunion in ihrem Wesen aggressiv sein könnte, jedoch nur insofern, als sie den traditionellen Vorstellungen des russischen Expansionismus nachstrebt. Diese Idealvorstellungen entspringen alten von Byzanz auf Moskau vererbten Ueberlieferungen, die verstärkt wurden durch den Mythos Moskaus als des „dritten Roms“, durch panslawistische Konzeptionen und schließlich im Verlauf des letzten Krieges durch das nationale Erwachen, das Niederlage in Sieg verwandelte. Sie geben zu, daß Rußland in der Theorie den Anspruch auf Weltherrschaft erhebt, weisen aber darauf hin, daß diesen und anderen Ansprüchen unbescheidener Art durch einen ausgeprägten politischen Wirklichkeitssinn gewisse

Grenzen gesetzt sind. Zwar mag friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion schwerer zu verwirklichen sein, als es in früheren Tagen die Koexistenz Westeuropas mit dem kaiserlichen Rußland war (des ideologischen Charakters wegen, den der russische Expansionsdrang seither angenommen hat); ein Uebereinkommen bleibt jedoch im Bereich des Möglichen.

Eine besondere Auslegung dieser Richtung wird durch einige politische Führer vertreten, von denen Krischna Menon der bekannteste ist. Nach dieser Auslegung reduziert sich der Gegensatz zwischen Ost und West auf einen typischen machtpolitischen Konflikt, der durch mythische, moralische oder ideologische Argumente gefördert wird. Zu der Behauptung, die Wahrheit oder das bessere Gesellschaftssystem zu vertreten, ist weder Ost noch West berechtigt. Im Lichte der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen, spielt es keine Rolle, ob bestimmte Völker gezwungen sind, dem westlichen oder dem östlichen Lebensprinzip zu folgen. Diese Gruppe findet in Westeuropa außerhalb der Gruppe sogenannter Mitläufer nur wenige Anhänger.

Der Verfasser dieses Beitrages glaubt an das Vorherrschen ideologischer Motive in der sowjetischen Außenpolitik, weicht jedoch in seiner Argumentation und in seinen Schlußfolgerungen wesentlich von der zuerst erwähnten Ansicht ab.

#### V.

Die sowjetische Außenpolitik ist Teil der von den Führern der Union und der Kommunistischen Partei betriebenen Gesamtpolitik.

Diese Gesamtpolitik erstrebt die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsform in allen russischen Ländern und in allen sowjetisch-sozialistischen Republiken. Die Form der kommunistischen Gesellschaft bestimmt sich aus der leninistisch-kommunistischen Doktrin. Das Hauptprinzip der Doktrin ist der Materialismus. Materielle Umstände bestimmen die Kulturformen und vorherrschenden Denkweisen; der Mensch besitzt jedoch die Fähigkeit, die Tendenz der im Gang befindlichen Entwicklung zu erkennen und sich somit in seiner Lebens- und Denkweise nach dieser Tendenz zu richten. Indem er dies tut, vermag er den Prozeß zu beschleunigen, der auf die Dauer in allen auf die Entwicklungsstufe des Kapitalismus gelangten Ländern unvermeidlich ist. Dieser Vorgang wird jedoch weitaus schneller in den Ländern seinen Abschluß finden, wo der Mensch sich aus freiem Willen der kommenden Gesellschaftsform anpaßt, noch ehe diese endgültig Form gewonnen hat. Die sowjetischen Führer bemühen sich deshalb, die Denkweise der Menschen derart zu reformieren, daß sie der neuen technischen Gesellschaft entspricht. Von diesem leninistischen Standpunkt aus betrachtet, ist die Sowjetunion der fortschrittlichste aller Staaten. Sie ist allen anderen Staaten weit voraus und wird somit den Vorrang unter ihnen gewinnen, falls nur den Kräften der Natur ihr freier Lauf gelassen wird.

Vorrang und — späterhin — Vorherrschaft lassen sich deshalb am schnellsten durch die Sicherung einer ungestörten inneren Entwicklung der sowjetischen kommunistischen Gesellschaft erreichen. Kriege und revolutionäre Abenteuer sind gewagte Abweichungen von der geraden und wissenschaftlich erforschten Straße, die zum Siege führt.

Materielle Umstände bestimmen alle Gesellschaftsformen. Das erste Erfordernis gesellschaftlicher Fortentwicklung besteht darin, die technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Gemeinwesens zu erweitern. Die erste und bei weitem bedeutendste Aufgabe der sowjetischen Führung ist daher, technische und wirtschaftliche Errungenschaften solcher Art herbeizuführen, was die Steigerung der Produktion auf das höchste erreichbare Niveau bedeutet.

Es kann also gesagt werden, daß der aggressive Charakter der sowjetischen Politik nicht in erster Linie in außenpolitischen Handlungen der Union beruht, sondern vielmehr im Wesen ihrer Innenpolitik, die von der Bemühung getragen wird, für die Sowjetunion auf dem Gebiete der Produktion den ersten Platz zu gewinnen — weit über dem Produktionsniveau jedes anderen Staates — und sie dadurch zum natürlichen Gravitationszentrum im Wirtschaftsleben der Welt zu machen.

Die sowjetische Außenpolitik hat keine andere Aufgabe als die, politische Voraussetzungen für die sichere und ungehinderte Ausführung des sowjetwirtschaftlichen Meisterplanes zu schaffen. Das bedeutet den Schutz der Grenzen gegen einen bewaffneten Angriff von kapitalistischer Seite und die Auflösung von Zwietracht und Unruhen, in deren Folge die Entwicklung der kapitalistischen Länder weiter ins Stocken gerät — jedoch ohne sich dabei sichere Aussichten auf eine Ausdehnung des Gebietes entgehen zu lassen, in dem die unmittelbare Einführung des kommunistischen Systems möglich ist. Diese Aussichten müssen aber hervorragend sein und dürfen keine erheblichen Wagnisse mit sich bringen.

Wenn diese Analyse der sowjetischen Gesamtpolitik richtig ist, so gestattet das die nachstehenden Folgerungen:

1. Die sowjetische Außenpolitik wirkt vom gleichen Zentrum aus und innerhalb des gleichen Territorialbereiches wie ehemals die kaiserlich russische Außenpolitik. Es ist daher mit starken Uebereinstimmungen zu rechnen.

2. Das kaiserliche Rußland und die westeuropäischen Staaten unterschieden sich zwar in vielem; immerhin stellten sie aber ihre diplomatischen und sonstigen politischen Handlungen auf ein und dieselbe Grundlage, nämlich auf christliche Traditionen in Abwandlungen, die unter dem Einfluß von Denkweisen sowohl des Rationalismus als auch der Romantik entstanden waren. In ihren Rechtsauffassungen stimmten sie grundsätzlich überein.



In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Sowjetunion wesentlich vom kaiserlichen Rußland.

Vereinbarungen, die auf der Grundlage von Denkweisen möglich waren, die dem kaiserlichen Rußland und Westeuropa gemeinsam waren, können heutzutage mit der Sowjetunion nicht erreicht werden.

3. Im Gebaren des kaiserlichen Rußlands genoß die Außenpolitik eine merkliche Vorrangstellung. Sofern innere Wechsel und Reformen in der Politik der Kaiserzeit überhaupt in Betracht gezogen wurden, war ihre Bedeutung zweitrangig. Das Hauptideal des Zaren war die territoriale Expansion des „Dritten Römischen“ Kaiserreiches.

Die Sowjetunion weist der Außenpolitik mit Entschiedenheit eine zweitrangige Stellung zu, denn ihre erste Aufgabe ist der Schutz des kommunistischen Experiments gegen äußere Angriffe. Diese Folgerungen lassen sich derart zusammenfassen:

a) Die These, das Schüren der Weltrevolution stelle die Haupttreibkraft Sowjetrußlands dar, muß verworfen werden.

b) Immerhin nehmen aber ideologische Motive in ihrer Außenpolitik den ersten Platz ein.

#### VI.

Von den oben vertretenen Thesen können folgende bedeutsame Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. Die Sowjetunion wird nur Krieg führen, wenn sie sich so ernstlich bedroht fühlt, daß sie im Krieg die einzig wirksame Gegenmaßnahme sieht.

2. Die Sowjetunion wird — unabhängig von jeglicher Bedrohung — zwischen den Mächten des Westens Konflikte zu fördern und sie durch innere Differenzen zu zersetzen suchen.

3. Die Sowjetunion wird niemals aus freien Stücken ein Gebiet aufgeben, das bereits nach kommunistischen Grundsätzen organisiert ist, es sei denn, sie sähe sich dazu unter dem Druck ernster Drohungen gezwungen, oder vielleicht in der Hoffnung, mehr zu gewinnen als zu verlieren.

4. Die Sowjetunion wird sich niemals mit anderen Mächten in die Beherrschung ihres Interessengebietes teilen.

5. Die Sowjetunion ist, obwohl sie einem Krieg äußerst abgeneigt gegenübersteht, an wirklich friedlichen Beziehungen zum Westen nicht interessiert.

Der Sieg im Kalten Krieg (ein Sieg, der dem des Jahres 1945 in keiner Weise ähneln wird) wird sich der Seite zuwenden, die das größere Maß an Beständigkeit in der Erhaltung ihrer Stärke, die größere Zähigkeit und die größere Geduld aufweist.

(Aus dem Englischen übersetzt von Friedrich K. Boettcher, Frankfurt)

#### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. den Wortlaut des Sicherheitsvertrages von San Francisco zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vom 8. September 1951 in Europa-Archiv 23/1951, S. 4552/53.

<sup>2)</sup> Vgl. den Wortlaut des Beistandsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen in *Department of State Bulletin*, Vol. XXV, No. 635 vom 27. August 1951, S. 395.

<sup>3)</sup> Vgl. den Wortlaut des gegenseitigen Verteidigungsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik Korea (Südkorea) vom 8. August 1953 in *Department of State Bulletin*, Vol. XXIX, No. 738 vom 17. August 1953, S. 204.

<sup>4)</sup> Vgl. den Wortlaut des Pazifischen Sicherheitspaktes zwischen den Vereinigten Staaten, dem Australischen Bund, dem

Dominion von Neuseeland vom 1. September 1951 in Europa-Archiv 23/1951, S. 4551/52.

<sup>5)</sup> Vgl. den Wortlaut des Vertrages von Manila zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, den Philippinen, Thailand und Pakistan (Südostasiatischer kollektiver Verteidigungspakt, SEATO) vom 8. September 1954 in Europa-Archiv 19/1954, S. 6948—6950.

<sup>6)</sup> Vgl. den Wortlaut des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Pakistan über gegenseitige Verteidigungshilfe vom 19. Mai 1954 in Europa-Archiv 18/1954, S. 6902/03.

<sup>7)</sup> Vgl. den Wortlaut des Vertrages über gegenseitige Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Irak vom 26. Februar 1955 in *Le Monde* vom 27./28. Februar 1955.

## Der europäische Sicherheitspakt

— ein Schritt zur Entspannung im Ost-West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands

Von Prof. Dr. Eberhard Menzel, Institut für internationales Recht an der Universität Kiel

### Vorbemerkung

Das deutsche Volk ist wie kein anderes an der Errichtung eines wirksamen Sicherheitssystems in Europa interessiert, wenn sich dadurch eine Entspannung im Ost-West-Konflikt ergibt, die wiederum die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Deutschlands darstellt. Diese „deutsche Frage“ ist jedoch — dessen muß man sich sowohl in Deutschland als auch außerhalb bewußt sein — kein ausschließlich deutsches Problem, sondern kann nur im europäischen Gesamtzusammenhang gesehen werden und wird darüber hinaus zu einem Problem des Weltfriedens. Diese Tatsache ist die natürliche Folge der politischen Entwicklung seit 1945 mit ihrer unheilvollen Teilung in die beiden großen Machtblöcke des Ostens und des Westens. Der „Eiserne Vorhang“, der das deutsche Volk und Gebiet willkürlich zerrissen hat, hat diesen beiden Machtgruppen die Möglichkeit gegeben, sich jeweils eines Teiles Deutschlands zu bemächtigen und es als Vorfeld möglicher militärischer Auseinandersetzungen zu organisieren. Auf deutschem Boden stehen sich die beiden Führungsmächte des Ost- und des Westblocks — die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion — mit „Gewehr bei Fuß“ gegenüber. Deutschland ist das potentielle Schlachtfeld. Denn allzuleicht kann aus dem seit Jahren geführten „kalten Krieg“ ein „heißer“ werden, der vielleicht die Anwendung der Atom-, Hydrogen- oder Kobaltbombe bringen wird und für dessen Ausgang in jedem Falle nur die düstersten Prognosen berechtigt erscheinen.

Ueber den Ernst dieser Situation darf man sich nicht durch das Schlagwort der „Koexistenz“ hinwegtäuschen. Wenn „Koexistenz“ bedeuten soll, daß die Welt nicht von einer einheitlichen Wert- und Sozialordnung beherrscht zu sein braucht, sondern ein Nebeneinander verschiedener Systeme sehr wohl verträgt, so wird man dieser Auffassung durchaus zustimmen können. Ein solcher Dualismus wäre allerdings nur möglich, wenn keine der beiden Seiten ihren Ordnungsvorstellungen missionarischen Charakter verleiht und sie zum Anlaß machtpolitischer Interventionen nimmt. Die gegenwärtige Situation entspricht aber diesem Idealbild noch keineswegs.

Andererseits schwingen bei dem Begriff „Koexistenz“ auch recht gefährliche Untertöne mit. Er wird nämlich mitunter dahin mißverstanden, daß die in den Teilungen Koreas, Indochinas und Deutschlands sich offenbarende machtpolitische Kompromißregelung eine geeignete Grundlage für eine wirkliche Friedensordnung abzugeben vermag. Diese Teilungen offenbaren vielmehr nur das sich aus den Interessegegensätzen der großen Machtblocks ergebende Unvermögen, zu eindeutigen Entscheidungen zu kommen. Früher griff man bei derartigen Situationen zu dem Mittel, das fragliche Territorium den beiden streitenden Parteien gemeinsam zu unterstellen (sog. Kondominiallösungen, z. B. Schleswig-Holstein zugunsten von Preußen und Oesterreich, Moersnet zugunsten von Belgien und Preußen, Sudan unter gemeinsamer Herrschaft von Großbritannien und Ägypten). Auch Kelsen beschränkt mit seinem Vorschlag über das Schicksal Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg — obwohl es sich eigentlich nicht um ein Kondominium, sondern um ein Koimperium handelte — noch diesen Weg<sup>1</sup>. Aber eine solche Lösung setzt ein Mindestmaß von Einigkeit unter den Staaten voraus, das nach 1945 nicht gegeben war. Infolgedessen wendet man das wesentlich härtere Mittel der Teilung und Spaltung von Völkern und Gebieten an. Aber ebensowenig wie die Kondominiallösungen Bestand hatten, sondern nur einen Uebergangszustand schufen, können die Teilungen Ewigkeitswert haben. Selbst wenn man sie als Waffenstillstand betrachten will — obwohl die politische Dynamik gerade in solchen Situationen keine Erhaltung des status quo kennt —, müßte die Herstellung eines echten Friedenszustandes folgen. Denn ein Waffenstillstand ohne Frieden ist ebenso wertlos wie eine „Koexistenz“, die nur in der Perpetuierung des jeweiligen Spannungsverhältnisses besteht. Die richtig verstandene „Koexistenz“ verlangt daher nicht die Erhaltung, sondern die Beseitigung des „Spannungsfeldes Deutschland“.

Hierzu wiederum bedarf es einer fühlbaren Entspannung im Ost-West-Konflikt. In dieser Hinsicht hat sich nun bei den Bemühungen um einen Staatsvertrag mit Oesterreich erfreulicherweise eine Locke-



rung des bisher so starren „Njet“-Standpunktes der Sowjetunion bemerkbar gemacht. Diese Tatsache allein berechtigt zwar noch keineswegs zu hochgespannten Erwartungen auf eine Gesamtbereinigung aller Differenzen zwischen den beiden Machtblocks, insbesondere auch nicht zu der Hoffnung, daß eine ähnliche Lösung sich nun automatisch auch für die deutsche Frage ergebe. Die strategische Bedeutung Mittel- und Ostdeutschlands ist für die Sowjetunion wesentlich höher als diejenige des östlichen Oesterreich. Deshalb wird auch der Preis für einen Verzicht auf die „deutsche Bastion“ wesentlich höher sein. Den entscheidenden Faktor in der sehr realistischen Politik der Sowjetunion stellt das Sicherheitsinteresse dar. Wenn die Sowjetunion ausreichende Garantien dafür erzielen kann, daß kein Angriff gegen sie über deutsches Territorium erfolgt — sowohl Napoleon als auch Hitler haben Rußland auf diese Weise an den Rand des Abgrundes gebracht —, werden sich echte Friedensmöglichkeiten eröffnen. Solange jedoch die Sowjetunion berechtigter- oder unberechtigterweise eine solche Aggression fürchtet, wird sie das deutsche Vorfeld nicht räumen. Geschieht dies aber nicht, so wird, vom Westen aus gesehen, der Verdacht nicht entkräftet, als bereite sie eine Erweiterung ihres Machtbereiches in Europa vor. Dieser gegenseitige Argwohn hat bisher nicht nur zu den ungeheuren Rüstungen auf beiden Seiten geführt, sondern rückt auch die Gefahr von Präventivmaßnahmen in bedenkliche Nähe. Auch die etwas freundlichere Atmosphäre in der Oesterreich-Frage vermag an dieser Grundsituation nichts zu ändern, könnte aber sehr wohl

eine Entspannung herbeiführen, wenn dem gegenseitigen Sicherheitsinteresse Rechnung getragen wird.

Eine Möglichkeit in dieser Richtung besteht in der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Pläne dieser Art sind bereits auf der Berliner Konferenz 1954 zur Sprache gekommen, haben aber damals nicht die Billigung beider Parteien gefunden. Da sich aber nunmehr die verhärteten Fronten etwas aufzulockern beginnen, erscheint eine eingehende Prüfung der dadurch eröffneten Chance einer Entspannung dringend erforderlich. Gerade Deutschland hat das größte Interesse daran, daß es nicht zu einer „Politik der verpaßten Möglichkeiten“ kommt, die möglicherweise Deutschland zum Schlachtfeld der militärischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Machtblöcken macht.

Bevor jedoch die politischen und juristisch-technischen Einzelheiten eines solchen Sicherheitspaktes erörtert werden, sind die beiden Voraussetzungen zu klären, die die Errichtung eines solchen regional-europäischen Sicherheitssystems erforderlich oder zum mindesten zweckmäßig erscheinen lassen: Hierbei handelt es sich zunächst um den Nachweis, daß die gegenwärtige Regelung — oder besser Nichtregelung — der „deutschen Frage“ schon jetzt oder in absehbarer Zukunft eine Gefährdung des Weltfriedens darstellt. Und weiterhin ist festzustellen, warum bei einem möglichen Konflikt zwischen den beiden Machtblöcken des Westens und des Ostens der bisherige Sicherheitsmechanismus der Vereinten Nationen versagen wird.

### I. Die „deutsche Frage“ und die Gefährdung des Weltfriedens

Schon die bloße Tatsache der Spaltung Deutschlands erzeugt einen Unruheherd, der weder durch Zeitablauf noch durch die Berufung auf eine falsch verstandene „Koexistenz“-These beseitigt wird. Sowohl das Potsdamer Abkommen von 1945 als auch spätere besatzungsrechtliche Anordnungen gehen von der Notwendigkeit der Einheit Deutschlands aus. Sie entspricht auch dem das moderne Staatensystem beherrschenden Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Teilung eines Volkes vorzunehmen, um auf diese Weise dem Interessenkonflikt anderer Mächte Rechnung zu tragen, entbehrt jeder demokratischen Legitimität.

Wenn also der Bundestag, die Bundesregierung und die gesamte deutsche Öffentlichkeit die Forderung auf Wiedervereinigung erheben, so kann dies nicht als Ausdruck nationalistischer oder imperialistischer Tendenzen abgetan werden, sondern entspricht gerade den modernen Gestaltungsprinzipien der Staatengemeinschaft.

Diese Erkenntnis ist im Grunde auch bereits Allgemeingut geworden. Sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion betrachten die Aufrechterhaltung

der gegenwärtigen Teilung Deutschlands als unhaltbar. Nicht das „Ob“, sondern nur das „Wie“ der Wiedervereinigung ist strittig. Solange aber über das „Wie“ keine Einigung erzielt ist, läßt sich ein stabiler Friedenszustand in Europa nicht herstellen. Je länger nun das Provisorium der Spaltung anhält, desto gefährlicher sind die Auswirkungen: „C'est le provisoire qui dure.“ Die weitere Aufrechterhaltung dieses im Sinne der modernen Staatenordnung illegitimen Zustandes bedeutet daher eine latente Gefährdung des Weltfriedens, insbesondere wenn sie sich unter so dramatischen Formen vollzieht wie in Deutschland.

Darüber hinaus ist aber auch eine sehr akute Gefährdung des Weltfriedens dadurch gegeben, daß beide Machtgruppen Deutschland als Aufmarschgebiet benützen und auf deutschem Boden ein Wettrennen veranstalten. Dies geschieht natürlich jeweils in der Annahme, mit aggressiven Maßnahmen der Gegenseite rechnen zu müssen. Mißtrauen und Furcht sind also die Grundlagen dieses Verhaltens. Je mehr sich aber dieses Gefühl verstärkt, um so leichter kann es zu friedensgefährdenden Zwischenfällen kommen. Schon überziehen die Propaganda- und Spionage-

netze beider Parteien ganz Deutschland. Rundfunktender unter fremder Regie unterstützen vom deutschen Boden aus diese Tätigkeit und lösen damit für Deutschland schwerwiegende völkerrechtliche Haftungssituationen aus. Hinzu kommt, daß die Militarisierung und Sowjetisierung der Volkspolizei der Sowjetzone das Verlangen der Westmächte nach einer Beteiligung der Bundesrepublik an der militärischen Verteidigung Westeuropas ausgelöst haben. In völliger Umkehrung der zunächst auf eine radikale Entmilitarisierung Deutschlands gerichteten Bestrebungen der Alliierten nimmt nunmehr die militärische Inpflichtnahme der deutschen Bevölkerung in den Bereichen beider Machtgruppen immer intensivere Formen an. Als Folge einer möglichen Auseinandersetzung zwischen dem Ost- und dem Westblock ersteht somit auch das Schreckbild eines deutschen Bruderkrieges.

Die bisherigen besatzungsrechtlich-territorialen Regelungen — zum Beispiel für Berlin —, die trotz aller „Souveränität“ im wesentlichen weiterbestehen, weisen so zahlreiche Konfliktmöglichkeiten auf, daß bei einer auch nur geringen Verschärfung der Weltsituation mit ernststen Reibungen verschiedenster Art zu rechnen ist. Die Berlin-Frage wurde bereits zum Gegenstand von Verhandlungen der Vereinten Nationen gemacht. Damals hat man zugunsten der Friedenserhaltung auf die Durchsetzung des Rechtsstandpunktes und der Anwendung von Sanktionen verzichtet. Außerdem ist daran zu erinnern, daß sich bereits in den vergangenen Jahren bei der „Berliner Blockade“, den Flugzeugzwischenfällen in den Einflugschneisen nach Berlin sowie durch die gewaltsame Entführung von Personen Lagen er-

geben haben, die bei strenger Auslegung der Klauseln z. B. des NATO-Vertrages den Bündnis- und damit den Kriegsfall hätten auslösen können. Denn nach dem weitgefaßten Art. 6 des NATO-Vertrages vermag ein bewaffneter Angriff auf die Besatzungstruppen, die irgendein Vertragsstaat in Europa unterhält, oder auf die Schiffe und Flugzeuge eines Vertragsstaates in dem nordatlantischen Raum nördlich des Wendekreises des Krebses den Bündnismechanismus in Bewegung zu setzen. Eine Schießerei zwischen sowjetischen und amerikanischen Sergeanten auf dem Potsdamer Platz oder die Behauptung von einer erzwungenen Landung eines Berlin anfliegenden Verkehrsflugzeuges könnte also den „Angriffs“-Tatbestand erfüllen und damit den berühmten „Funken im Pulverfaß“ auslösen.

Nirgends in der ganzen Welt stehen sich die militärischen Verbände beider Mächtigkeitsgruppen so unmittelbar gegenüber, und nirgends können daher so leicht Situationen entstehen, die beim Nachlassen des Interesses an der Erhaltung des Friedens auf seiten einer Partei den militärischen Konflikt herbeiführen. Diese Situation verschärft sich noch, wenn Ueberlegungen zugunsten eines Präventivkrieges die Oberhand gewinnen sollten.

Bereits diese Feststellungen zeigen, daß die Spaltung Deutschlands — d. h. die Versagung der Wiedervereinigung — eine latente und daß das mißtrauische Gegenüberstehen der beiden Machtgruppen auf deutschem Boden mit „Gewehr bei Fuß“ sich immer stärker als eine akute Gefährdung des Weltfriedens darstellt. Gerade aus diesem Grunde ist die Frage nach einem universalen oder regionalen Sicherheitssystem so bedeutungsvoll.

## II. Das Versagen des Sicherheitssystems der Vereinten Nationen in einem Ost-West-Konflikt

Ein kollektives Sicherheitssystem mit universalem Charakter ist im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen worden. Die Satzung betont mit aller Eindringlichkeit<sup>2</sup> gerade die Funktion der Friedenssicherung und widmet diesem Problem darüber hinaus einen besonderen Abschnitt<sup>3</sup>. Die Führungsstaaten der beiden Machtblöcke — die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion — gehören dieser Organisation an. Deutschland ist allerdings — und zwar weder die Bundesrepublik noch die Deutsche Demokratische Republik der Sowjetzone — in diesen Verband noch nicht aufgenommen, doch würde dies nicht hindern, daß auch die Bundesrepublik die Vereinten Nationen im Interesse der Friedenserhaltung in Anspruch nehmen könnte<sup>4</sup>.

Es erhebt sich also die Frage, ob dieses Sicherheitssystem der Vereinten Nationen einem Konflikt zwischen den beiden Machtgruppen des Westens und des Ostens gewachsen ist, d. h. ob die Vereinten Nationen imstande sein werden, einen dritten Weltkrieg zu verhüten. Würde sich hierbei herausstellen, daß

dies nicht der Fall ist, so würde die friedenssichernde Aufgabe eines allerdings erst zu schaffenden europäisch-regionalen Sicherheitssystems um so dringlicher sein.

Die Frage nach der Effektivität der Vereinten Nationen gegenüber einem militärischen Konflikt zwischen dem Ostblock und dem westlichen NATO-System muß nun leider negativ beantwortet werden. Diese Feststellung läßt sich unmittelbar aus den Bestimmungen der Satzung ableiten. Diese sind so eindeutig, daß von vornherein mit einem Versagen des Sicherheitssystems der Vereinten Nationen im Falle eines solchen Konfliktes gerechnet werden muß.

Nach der Satzung der Vereinten Nationen würde sich nämlich folgende Lage ergeben:

Die Entscheidung über die im Falle der Friedensbedrohung oder des Friedensbruches im Namen der Vereinten Nationen zu ergreifenden Maßnahmen liegt beim Sicherheitsrat (Art. 39), und zwar unter Ausschluß der Vollversammlung (Art. 12). Ueber das



bei der Entscheidung zu beachtende Verfahren bestimmt Art. 27:

- „1. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates hat eine Stimme.
2. Entscheidungen des Sicherheitsrates über Verfahrensfragen bedürfen der Zustimmung von sieben Mitgliedern.
3. Entscheidungen des Sicherheitsrates in allen anderen Angelegenheiten bedürfen der Zustimmung von sieben Mitgliedern einschließlich der übereinstimmenden Stimmabgabe der ständigen Mitglieder; bei Entscheidungen gemäß Kapitel VI und Art. 52 Abs. 3 haben sich die Streitparteien der Stimmabgabe zu enthalten.“

Da es sich bei dem Problem der Friedenswahrung nicht um eine Verfahrensregelung im Sinne der Ziffer 2 handelt, kommen hier nur die Vorschriften der Ziffern 1 und 3 in Betracht. Dazu enthält der letzte Absatz zwei entscheidende Aussagen, nämlich die sog. Veto-Klausel (übereinstimmende Stimmabgabe der ständigen Mitglieder) und die sog. Enthaltungsklausel (Enthaltung der Stimmabgabe nur in den Fällen des Kap. VI und des Art. 52).

Die Enthaltungsklausel besagt also für den Fall eines Ost-West-Konfliktes, daß die beteiligten Mächte an der entsprechenden Entscheidung des Sicherheitsrates teilnehmen können. Da eine Enthaltung der Stimmabgabe nur für die kleineren Streitfälle allgemeiner Art (Kap. VI) und die Sonderfrage der Regionalpakete (Art. 52 Abs. 3) vorgesehen ist, dagegen die Anwendbarkeit für die Tatbestände des Kap. VII (Friedensbedrohung, Friedensbruch und Angriffshandlung) nicht ausdrücklich erwähnt ist, bleiben die im Streit befangenen Mitglieder des Sicherheitsrates abstimmungsberechtigt. Das widerspricht zwar dem allgemeinen Grundsatz, daß niemand Richter in eigener Sache sein darf. Doch bleibt zugunsten der von der Satzung getroffenen Regelung zu bedenken, daß es sich hier nicht um rein rechtliche, sondern mehr um politische Entscheidungen handelt und daß selbst im rein rechtlichen Bereich bei der Behandlung internationaler Fragen eine Ausnahme gemacht zu werden pflegt<sup>5</sup>.

Zu dieser nach Art. 27 Abs. 3 vorgeschriebenen Nichtgeltung des Enthaltungsprinzips tritt nun nach der gleichen Vorschrift noch das sog. Veto-Prinzip, d. h. das Erfordernis der Zustimmung aller fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Ständige Ratsmitglieder sind nach Art. 23 China, Frankreich, die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Die Zustimmung dieser Mächte muß vorliegen, wenn der Sicherheitsrat in einer „Friedensfrage“ Maßnahmen treffen will. Zwar verleiht die Satzung diesen Staaten kein eigentliches Vetorecht in dem Sinne, daß hierzu der ausdrückliche Widerspruch von seiten dieser Staaten notwendig ist. Die Voraussetzungen sind aber nach dem Wortlaut der Satzung sogar insofern noch schärfer, als es der positiven Zustimmung dieser Mächte bedarf. Auf Grund dieser

Vorschriften muß also jeder dieser Staaten ausdrücklich zustimmen.

Durch diese Koppelung der Nichtgeltung des Enthaltungsgrundsatzes mit dem sog. Vetogrundsatz in „Friedensfragen“ entsteht nun bei der Annahme eines Ost-West-Konfliktes ein verfahrensrechtlicher Kurzschuß: Keine der beteiligten Großmächte — man denke nur an die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion — würde auch nur der Feststellung, wer im gegebenen Fall als Angreifer zu betrachten ist, die Zustimmung erteilen, wenn sich diese Erklärung gegen sie wenden würde. Da keine noch so große Majorität die fehlende Zustimmung eines Staates ersetzen kann, vermag also der Angreifer jede Entscheidung des Sicherheitsrates zu torpedieren und damit auch alle weiteren Maßnahmen im Namen der Vereinten Nationen zu inhibieren. Damit erweist sich aber das Sicherheitssystem der Vereinten Nationen gerade im Fall eines Ost-West-Konfliktes als unwirksam.

Diese Feststellung wird auch nicht durch den Hinweis entkräftet, daß im Korea-Konflikt trotz dieser Bestimmungen der Satzung ein wirksames Eingreifen der Vereinten Nationen auf Grund von Beschlüssen des Sicherheitsrates erfolgt ist. Es trifft in der Tat zu, daß der Sicherheitsrat am 25. Juni 1950 gegen eine Abwesenheitsstimme (Sowjetunion) und eine Stimmenthaltung (Jugoslawien) die Feststellung über den erfolgten Friedensbruch getroffen hat. Ebenso wurden durch den Beschluß vom 27. Juni 1950 alle Nationen aufgefordert, „der Republik Korea die Hilfe zukommen zu lassen, die für die Abwehr des bewaffneten Angriffs und die Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit in diesem Gebiet erforderlich ist“. Auch diese Entschliebung wurde in Abwesenheit der Sowjetunion und gegen die Stimme Jugoslawiens angenommen; außerdem enthielten sich mangels Instruktionen die Vertreter Ägyptens und Indiens der Stimme (Indien stimmte am 29. Juni nachträglich dem Beschluß zu). Die Abwesenheit der Sowjetunion erklärte sich aus dem gerade damals geführten Streit um die Anerkennung der Volksrepublik China. Als Protest gegen die Nichtanerkennung durch die Westmächte blieb die Sowjetunion vorübergehend den Beratungen des Sicherheitsrates fern.

Damit war die Frage nach der rechtlichen Auswirkung der Nichtzustimmung eines ständigen Ratsmitgliedes im Rahmen des Art. 27 gestellt. Hierbei ergab sich, daß gegenüber dem reinen Wortlaut dieser Bestimmung sich seit Jahren eine Praxis dahingehend eingebürgert hat, die Stimmenthaltung nicht als Einlegung des „Vetos“ zu werten. Es wurde eine Reihe derartiger Präzedenzfälle ausfindig gemacht, die auch die Billigung der Sowjetunion gefunden hatten<sup>6</sup>. Sodann wurde festgestellt, daß es keinen Unterschied machen könne, ob sich eine Macht der Stimme enthalte oder trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht anwesend sei. Auf Grund dieser Satzungsauslegung in

Zusammenhang mit der damaligen Versagung der Mitarbeit der Sowjetunion im Sicherheitsrat trug man keine Bedenken, die Rechtsgültigkeit der Entschlüsse vom 25. und 27. Juni 1950 hinsichtlich der Korea-Frage anzuerkennen.

Danach steht fest, daß diese Entschlüsse nur auf Grund dieser einmaligen verfahrensrechtlichen Situation möglich waren. Diese Situation wird sich nicht wiederholen. Sollte es zu einem Ost-West-Konflikt kommen und der Sicherheitsrat sich mit dieser Frage beschäftigen, so werden es die beteiligten Mächte — nunmehr gewitzigt durch den Präzedenzfall des Korea-Konfliktes — an der Erhebung eines ausdrücklichen Widerspruchs nicht fehlen lassen. Dann aber ist die Tätigkeit des Sicherheitsrates blockiert und das Sicherheitssystem insoweit unwirksam.

Man wird sich auch nicht der Hoffnung hingeben dürfen, daß es im Falle eines Ost-West-Konfliktes gelingen würde, durch Einführung von ad hoc-Konstruktionen die verfahrensrechtliche Kurzschlußwirkung des Art. 27 auszuschalten. Weder die Versuche um die „Little Assembly“ noch die Aktion „Uniting

for Peace“ mit der rechtlich umstrittenen Erweiterung der Zuständigkeit der Vollversammlung haben hier eine eindeutige Lösung gebracht<sup>7</sup>. Auch die allgemeine Ueberlegung, daß bei einem Versagen des Sicherheitsrates ein anderes Organ der Vereinten Nationen die entsprechenden Aufgaben zu übernehmen habe, wird nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Schon im Zusammenhang mit der Problematik um die Aufnahme neuer Mitglieder in die UN ist eine solche erweiternde Auslegung der Satzung versucht worden. Der um Stellungnahme ersuchte Internationale Gerichtshof hat aber keinen Zweifel daran gelassen, daß eine solche Uebernahme neuer Funktionen entgegen der ausdrücklichen Festlegung in der Satzung ohne formelle Aenderung der Charta rechtswidrig wäre. Eine Satzungsänderung, die einen solchen Funktionsübergang ermöglichen würde, ist aber nach Art. 108 nur wirksam, wenn alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zustimmen. Die Sowjetunion wird aber niemals in eine solche Minderung ihrer Position einwilligen, da sie sich auf diese Weise gefährlichen Mehrheitsbildungen aussetzen würde.

### III. Die Ablösung des Sicherheitssystems der Vereinten Nationen durch das System der Regionalpakete

Die Satzung der Vereinten Nationen sieht im Kapitel VIII ausdrücklich den Abschluß von „regional arrangements“ zur Unterstützung des universalen Sicherheitssystems vor. Diesen Regionalpakten wird sogar die Regelung von „local disputes“ zugewiesen (Art. 52 Abs. 2). Sie dürfen allerdings dem Zweck und den Grundsätzen der Vereinten Nationen nicht zuwiderlaufen (Art. 52 Abs. 1). Außerdem muß der Sicherheitsrat über alle auf Grund der Verträge ergriffenen Maßnahmen unterrichtet werden (Art. 54). Diese regionalen Abkommen sollen also einen zusätzlichen Friedensschutz darstellen. Weitere Bestimmungen — insbesondere über die Abgrenzung gegenüber reinen Militärrallianzen — sind nicht getroffen worden.

Von dieser Möglichkeit haben die Staaten auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Im ersten Stadium dieser Regionalabkommen handelt es sich um Vertragsschlüsse, die eine deutliche Spitze gegen Deutschland enthalten. Sie gelten also dem Schutz vor einem neuen deutschen Angriff. Diesem Geist entspringt auf der westlichen Seite z. B. der Dünkirchner Vertrag zwischen Großbritannien und Frankreich vom 4. März 1947 sowie der Brüsseler Vertrag vom 17. März 1948, der allerdings daneben auch den Gedanken der europäischen Integration stark anklingen läßt. In beiden Verträgen (Art. 7 des Dünkirchner Vertrages, Art. 7 des Brüsseler Vertrages) findet sich die Formel von der „renewal of German aggression“. Aber auch bei der von der Sowjetunion geführten Staatengruppe haben nicht nur die Kriegsverträge mit der Tschechoslowakei und Polen, sondern auch

die in der Nachkriegszeit abgeschlossenen Abkommen mit Rumänien, Ungarn und Bulgarien eine solche gegen Deutschland gerichtete Tendenz. In den älteren Verträgen wird ausschließlich Deutschland als möglicher Angreifer bezeichnet, während die jüngeren „Deutschland oder jeder Staat, der eine Aggression ausübt“, als Bündnisgegner anführen<sup>8</sup>. Es besteht kein Zweifel, daß diese Vereinbarungen in diesem Stadium noch als Unterstützung des allgemeinen Sicherheitssystems der Vereinten Nationen gedacht waren und also nur eine zusätzliche Funktion ausüben sollten.

In dem zweiten Stadium dieses Regionalpaktsystems trat nun eine entscheidende Wandlung ein: Nachdem die ständige Ausübung des sog. Vetorechts der Sowjetunion im Sicherheitsrat Zweifel darüber aufkommen ließ, ob bei einer universalen Gefährdung des Friedens mit einer Wirksamkeit des in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehenen Schutzsystems gerechnet werden kann, und als ferner der Expansionsdrang der Sowjetunion (Tschechoslowakei 1948) deutlicher in Erscheinung trat, erhielten diese Regionalabkommen einen völlig anderen Sinn. Nun erschien es zweckmäßig, daß auch der Westen den militärischen Schutz intensivierte. Diese Maßnahmen richteten sich nicht mehr gegen Deutschland, sondern ganz eindeutig gegen die Sowjetunion. Der Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 läßt dies ganz eindeutig erkennen. Auch im Bereich der Sowjetunion wurde die bereits vollzogene Blockbildung verstärkt, wobei auch hier — ohne Aenderung der Vertragstexte — sehr deutlich in Erschei-



nung trat, daß man nicht mehr Deutschland, sondern die im Westpaktsystem zusammengeschlossenen Staaten — vor allem die Vereinigten Staaten — als potentiellen Gegner betrachtet.

Damit hat sich eine bedeutsame Metamorphose der Vertragssysteme vollzogen: Es wird nicht nur eine Schwenkung bezüglich des voraussichtlichen Gegners vorgenommen, sondern die Abkommen erhalten gegenüber dem Sicherheitssystem der Vereinten Nationen einen völlig anderen Charakter. Sie ergänzen nicht mehr die Friedenssicherungsinstitutionen der Vereinten Nationen, sondern setzen sich an ihre Stelle. Gerade weil eine Erfüllung der friedenswährenden Aufgaben durch den Sicherheitsrat auf Grund des geschilderten „verfahrensrechtlichen Kurzschlusses“ unmöglich erscheint, wird dieser Ausbau des regionalen Paktsystems vollzogen. Die Abkommen selbst erhalten damit Allianzcharakter. Sie regeln auch nicht mehr wie die Satzung der Vereinten Nationen das Verfahren zur Friedenswahrung, sondern treffen darüber hinausgehende militärische Abreden. Damit ist das universale Sicherheitssystem gerade für den Ost-West-Konflikt zerbrochen und durch zwei gegeneinander gerichtete Bündnissysteme ersetzt worden.

Die Auswirkung dieses Wandels wird besonders deutlich, wenn man diesen Aufmarsch der Bündnissysteme genauer betrachtet und insbesondere erkennt, welchen weltweiten Umfang er bereits angenommen hat.

### 1. Das Ostpaktsystem

Die Eigenart des Ostpaktsystems besteht darin, daß es sich um ein dreifaches Vertragsnetz handelt. Die Sowjetunion schloß zunächst Bündnisverträge mit allen ihrem Machtbereich angehörenden Staaten (Typ A). Dann wurden vertragliche Querverbindungen dieser Staaten untereinander geschaffen (Typ B). Schließlich führte der Wunsch nach einer Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit zum Abschluß eines Gesamtvertrages (Typ C), der alle europäischen Ostblockstaaten umschließt und eine enge Koordinierung dieser Länder unter der Zielsetzung durch die Sowjetunion herbeiführen soll.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Verträge<sup>9</sup>:

Vertragsstaaten	Abschluß	Dauer
Typ A		
1. UdSSR — Tschechoslowakei	12. 12. 1943	20 Jahre
2. „ — Polen	21. 4. 1945	20 „
3. „ — Rumänien	4. 2. 1948	20 „
4. „ — Ungarn	18. 2. 1948	20 „
5. „ — Bulgarien	18. 3. 1948	20 „
6. „ — Mongolei	27. 2. 1946	10 „
7. „ — China	14. 2. 1950	30 „
Typ B		
8. Tschechoslowakei — Polen	10. 3. 1947	20 Jahre
9. „ — Bulgarien	23. 4. 1948	20 „

10. Tschechoslowakei — Rumänien	21. 7. 1948	20 Jahre
11. „ — Ungarn	16. 4. 1949	20 „
12. Polen — Rumänien	26. 1. 1949	20 „
13. „ — Bulgarien	29. 5. 1948	20 „
14. „ — Ungarn	18. 6. 1948	20 „
15. Bulgarien — Albanien	16. 12. 1947	20 „
16. „ — Ungarn	16. 7. 1948	20 „
17. „ — Rumänien	16. 1. 1948	20 „
18. Rumänien — Ungarn	24. 1. 1948	20 „
19. China — Tibet	23. 5. 1951	unbegrenzt
Typ C		
20. UdSSR, Albanien, Bulgarien, Ostzone Deutschlands, Polen Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn	14. 5. 1955	20 Jahre

Diese Uebersicht läßt bereits erkennen, daß auch im Ostblock eine einheitliche Ausrichtung für den militärischen Ernstfall vorgenommen ist. Auch diese Verträge betonen den Defensivcharakter und enthalten überwiegend auch den Hinweis auf die Vereinten Nationen. Der Inhalt dieser Freundschaftsverträge mit Bündnisklauseln ist dabei in der Regel einfacher gehalten als in dem Vertragssystem der Westblockstaaten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß durch die weitgehend identische Verfassungsordnung sowie durch die Existenz der Kommunistischen Partei mit ihrer starken Klammerwirkung ein viel stärkerer Zentralismus eingeführt wurde, als dies selbst bei noch zunehmender Intensität der Vertragsverpflichtungen im westlichen System überhaupt jemals möglich sein wird. Soweit sich nicht „titoistische“ Bestrebungen geltend machen — Jugoslawien ist in der Tat aus dem Ostblock ausgeschieden —, wird vom rein zentralistisch-befehlsmäßigen Gesichtspunkt aus gesehen das sowjetische Paktsystem kaum übertroffen werden können.

### 2. Das Westpaktsystem

Das westliche Paktsystem ging ursprünglich vom Dünkirchner Vertrag aus und bezog im Brüsseler Vertrag auch die Benelux-Staaten ein. In dem letztgenannten Abkommen ist zwar noch die Spitze gegen Deutschland erhalten, aber auf der anderen Seite wird auch die Tendenz deutlich, auf dem Wege über gemeinsame europäische Verteidigungsbemühungen den Gedanken der europäischen Integration zu fördern. Diesem Ziel diente auch der EVG-Vertrag, der in noch wesentlich höherem Maße gerade diese Seite betonte. Durch die Weigerung der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954 kam es nicht zur Ratifikation.

An seine Stelle treten nun die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954, deren integrationsrechtliche Auswirkung noch im Ungewissen liegt. Immerhin bringen sie für die Bundesrepublik den unmittelbaren Anschluß an das NATO-System und verknüpfen damit die Bundesrepublik mit dem nordatlantischen Verteidigungssystem. Damit wird die Lücke in dem Verteidigungsring auf europäischem Boden geschlos-

sen, zumal auch Jugoslawien durch den Balkanpakt mit den NATO-Staaten verbunden ist.

Dieses westliche Verteidigungssystem beschränkt sich aber keineswegs auf den atlantisch-europäischen Raum, sondern wird ergänzt durch weitere Regionalpakete, die mit geringen Lücken nunmehr das sowje-

tisch beherrschte Gebiet umgeben: „Sicherheitsvertrag“ mit Japan, Pazifikpakt, Südostasienpakt usw. An der Vervollständigung dieses Systems z. B. im Vorderen Orient wird noch gearbeitet. Welche Dichte dieses westliche Paktsystem inzwischen erreicht hat, ergibt sich aus folgender Uebersicht<sup>10</sup>:

Pakt	Abschluß	Vertragsstaaten	Dauer
1. Dünkirchner Vertrag	4. 3. 1947	Frankreich, Großbritannien	50 Jahre
2. Brüsseler Pakt	17. 3. 1948	Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande	50 Jahre
3. Nordatlantikpakt	4. 4. 1949	Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Türkei, USA	20 Jahre
4. ANZUS-Pakt	1. 9. 1951	Australien, Neuseeland, USA	unbegrenzt
5. USA-Philippinen-Pakt	30. 8. 1951	Philippinen, USA	unbegrenzt
6. USA-Japan-Sicherheitsvertrag	8. 9. 1951	Japan, USA	unbegrenzt
7. USA-Spanien-Vertrag	29. 9. 1953	Spanien, USA	20 Jahre
8. USA-Südkorea-Vertrag	1. 10. 1953	Südkorea, USA	unbegrenzt
9. Balkanpakt	9. 8. 1954	Griechenland, Jugoslawien, Türkei	20 Jahre
10. SEATO-Pakt	8. 9. 1954	Australien, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland, Pakistan, Philippinen, Siam, USA	unbegrenzt
11. Pariser Verträge	23. 10. 1954	Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Italien	50 Jahre
12. USA-Nationalchina	1. 12. 1954	China (Formosa), USA	unbegrenzt
13. Verteidigungsvertrag Irak-Türkei (mit Beitritt Großbritanniens)	24. 2. 1955 19. 3. 1955	Irak, Türkei, Großbritannien	5 Jahre
14. Anglo-Irakischer Vertrag	4. 4. 1955	Großbritannien, Irak	5 Jahre

Diese Pakte und Verträge haben naturgemäß eine unterschiedliche Struktur. Auch die Intensität der Bündnisverpflichtungen konnte nicht einheitlich geregelt werden. Aeufierlich fügen sie sich in den Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen ein. Der Nordatlantikpakt nimmt trotz seiner nur 16 Artikel nicht weniger als fünfmal auf sie Bezug. Auch die Pflicht zur Information des Sicherheitsrates über die auf Grund der Verträge zu ergreifenden Maßnahmen fehlt nicht. Einige Verträge enthalten auch Angriffsdefinitionen, die meist — wie im Nordatlantikpakt — recht weit gefaßt sind und einen großen Spielraum gewähren. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß neben diesen allgemeinen Verträgen z. B. die Vereinigten Staaten mit einer Reihe von Staaten besondere Abkommen über die Stationierung amerikanischer Truppen, Anlegung von Flugplätzen usw. geschlossen haben, die eine wirkliche militärtechnische Ergänzung darstellen. Damit ist um die Sowjetunion ein fast lückenloser Ring von Verteidigungsbündnissen gelegt, deren besondere Eigenart darin besteht, daß sie nicht nur eine Verpflichtung zur Beistandsleistung im Angriffsfall statuieren, sondern darüber hinaus insbesondere für die Vereinigten Staaten als federführende Macht ein umfangreiches militärisches Stützpunktsystem in fremden Ländern sichern.

### 3. Die Außerkraftsetzung der „Zwischen-Block-Verträge“

Ein Relikt aus der Kriegallianz stellen die zwischen der Sowjetunion einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits geschlossenen Verträge vom 26. Mai 1942<sup>11</sup> und 10. Dezember 1944<sup>12</sup> dar. Sie enthalten eine auch für die Nachkriegszeit geltende Bündnisklausel, die auf Deutschland als potentiellen Friedensbrecher hinweist.

Auf diese Weise bestand noch ein dünnes Vertragsband zwischen den beiden Mächtegruppen, wobei freilich auf westlicher Seite unklar war, wie diese Verpflichtung sich mit den Bestimmungen des NATO-Vertrages vereinbaren ließ, dessen Artikel 8 die Versicherung der Vertragsstaaten enthält, daß sie keine Verbindlichkeit eingegangen sind, die im Widerspruch zu den Vorschriften des neuen Vertrages steht. Diese Frage ist jedenfalls offiziell nicht geklärt worden.

Als Reaktion auf die Ratifizierung der Pariser Verträge durch Großbritannien und Frankreich hat die Sowjetunion nunmehr diese Verträge annulliert. Diese schon in früheren Notenwechseln angedrohte Maßnahme hat zwar keine weittragende faktische Bedeutung, da die gegen Deutschland gerichtete Bündnisklausel gegenstandslos geworden war. Das Verhalten der Sowjetunion ist aber insofern bedeu-



tungsvoll, als es erkennen läßt, daß sie Bündnisklauseln zwischen ihr und den Westmächten für unmöglich hält, solange der NATO-Vertrag besteht. Dies wird — wie noch zu zeigen sein wird — gerade bei dem sowjetischen Vorschlag über ein europäisches Sicherheitssystem zu berücksichtigen sein. Ferner ist bezeichnend, daß die Sowjetunion zu einer Zeit, in der sie sich in der Oesterreichfrage zu gewissen Zugeständnissen bereit erklärte, auf diesem Gebiet eine so radikale Maßnahme durchführte. Dies beweist, daß trotz der Auflockerung der starren Haltung in der Frage des österreichischen Staatsvertrages nicht auf eine Unentschlossenheit oder generelle Nachgiebigkeit geschlossen werden darf.

#### IV. Gefahren des Blocksystems und Zweckmäßigkeit eines übergreifenden Sicherheitssystems

Das Versagen des universalen Sicherheitssystems der Vereinten Nationen im Falle eines globalen Ost-West-Konfliktes und das Entstehen der immer kompakter und intensiver werdenden Blocksysteme löst Gefahrenmomente für den Weltfrieden aus, deren Bedeutung noch nicht überall voll erkannt zu sein scheint.

Eine positive Auswirkung dieses Blocksystems besteht zweifellos in dem verstärkten Schutz vor militärischen Angriffen, der dadurch den jeweiligen Vertragsstaaten gewährt wird. Da der potentielle Gegner mit einer Reaktion aller in dem anderen Allianzsystem zusammengeschlossenen Staaten zu rechnen hat, erhöht sich das Risiko in einem so starken Maße, daß er Angriffshandlungen nur dann auf sich nehmen kann, wenn er einen dritten Weltkrieg durchstehen zu können glaubt. Das Ausmaß eines solchen Risikos verhindert zweifellos Einzelaktionen gegen schwächere Staaten. In dieser Auswirkung liegt das sicherheitserhöhende Moment der Blockbildung beschlossen.

Da aber diese Bündnissysteme sich nicht nur auf abstrakte Hilfeversprechungen im Angriffsfall beschränken, sondern gleichzeitig eine starke Konzentrierung der militärischen Machtmittel in den jeweiligen territorialen Machtbereichen zur Folge haben, wird der machtpolitische Gegensatz zwischen beiden Bündnissystemen verschärft und damit die Spannung erhöht. Außerdem besteht natürlich immer die Gefahr, daß eine ursprünglich auf rein defensive Zwecke abstellende Allianz bei tatsächlicher oder angenommener Machtüberlegenheit auch zu offensiven Zwecken mißbraucht werden kann. Die Erhöhung der Spannung zwischen den beiden Machtblöcken bedeutet nicht nur eine verstärkte Empfindlichkeit gegenüber Grenz- und anderen Zwischenfällen, sondern stellt sich praktisch als eine durchaus ernstzunehmende Potenzierung der Gefahrenlage dar. Dies wiederum läßt auch die Frage der Präventivmaßnahmen in einem anderen Licht erscheinen. In der Tat zeigen sich heute bereits nicht ungefährliche

So unbefriedigend dieses Zerschneiden des letzten Vertragsbandes zwischen der Sowjetunion und dem Westen vom Standpunkt einer Entspannung auch sein mag, so förderlich ist die dadurch entstandene Klarheit der Situation, die insbesondere jede Versuchung abschneidet, daß irgendein Staat die Erfüllung der NATO-Verpflichtungen unter Berufung auf diese alten Bündnisklauseln nur zögernd oder einschränkend vornimmt. Im übrigen ist die Außerkraftsetzung dieser Verträge zwischen der Sowjetunion und dem Westen die logische Folge aus der gegenwärtigen politischen Situation, die sich gerade durch den gegenseitigen „Aufmarsch des Blocksystems“ kennzeichnen läßt.

Tendenzen in der Richtung, daß der Präventivkrieg angesichts der so erhöhten Spannung nicht unbedingt und in jedem Fall von dem Verbot des Angriffskriegs umfaßt werde. Gewinnen diese Ansichten an Boden, so ist damit das Kriegsverbot praktisch ausgehöhlt. Der Schritt von der Defensiv- zur Offensivallianz ist dann nur noch ein formaler.

Hinzu kommt, daß bei diesen global konstruierten Sicherheitssystemen das natürliche Schwergewicht der neutralen Staaten in Fortfall kommt. Sie sind zahlenmäßig so gering und militärisch so unbedeutend, daß von ihnen kein mäßigerer Einfluß erwartet werden kann. Während also bei der Entscheidung im Krieg von Staat zu Staat die Haltung der anderen Staaten in dem Sinn einberechnet werden muß, daß andere Staaten auf die Feindseite übergehen und damit das Kriegsrisiko erhöhen — was wiederum zur Zurückhaltung zwingt —, so ist diese Bremse bei einem Krieg zwischen globalen Machtssystemen nicht mehr vorhanden.

Ferner ist auch die psychologische Rückwirkung der Zugehörigkeit zu einem solchen Blocksystem auf die Haltung des einzelnen Mitgliedstaates zu berücksichtigen. Die Tatsache der Schutzerhöhung für diese Staaten nimmt ihnen gleichzeitig einen Teil der Verantwortlichkeit in ihrem Verhalten gegenüber den Angehörigen des anderen Blocksystems ab. Das soziologische Gesetz, daß in einer größeren Gemeinschaft die Eigenverantwortlichkeit wegen der Risikolast und der Anonymität der Entscheidung abnimmt, trifft auch hier zu. Dies zeigt sich bereits auf verfassungsrechtlichem Gebiet: Während die Entscheidung über Krieg und Frieden nach den Verfassungsbestimmungen nahezu aller Staaten beim nationalen Parlament liegt, wird sie bei intensiven Bündnisgestaltungen in internationale Gremien verlegt, wobei die Frage bereits ernsthaft diskutiert wird, ob bei der Stimmenabgabe der nationalen Vertreter in einem solchen Organ die verfassungsrechtlichen Vorschriften überhaupt noch Anwendung finden. Gerade diese Problematik läßt deutlich die

Minderung der Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Staaten erkennen.

Ganz allgemein läßt sich also feststellen: die Tragik des Versagens des universalen Sicherheitssystems und seine Ersetzung durch die beiden Allianzsysteme besteht also darin, daß sich zwar der Schutz für die Mitgliedstaaten innerhalb ihres eigenen Blocks intensiviert, gleichzeitig aber die Spannung und damit auch die Konfliktmöglichkeit zwischen den beiden Mächtegruppen verstärkt wird.

Diese Erkenntnis führt zu der Ueberlegung, ob nicht eine Konstruktion möglich sei, die, von der gegenwärtigen Existenz der beiden Machtblöcke ausgehend, zwar die Vorteile eines solchen Systems sichert, aber die Nachteile vermeidet. Mit anderen Worten: läßt sich eine Gestaltung erzielen, die dem einzelnen Staat den erhöhten Schutz durch das Allianzsystem erhält, gleichzeitig aber die negative

Auswirkung im Sinne der Erhöhung der Spannung zwischen beiden Blöcken ausschaltet.

Als ernsthafte Möglichkeit zur Entspannung — jedenfalls soweit es die Konfliktsituation auf europäischem Boden betrifft — bietet sich ein beide Machtblöcke überspannendes europäisches Sicherheitssystem an. Hierbei geht es weniger darum, ein dem Friedenssicherungsmechanismus der Vereinten Nationen nachgebildetes europäisches Entscheidungsgremium („Europäischer Sicherheitsrat“) zu errichten und ihm streitschlichtende Funktionen zu übertragen, als vielmehr darum, eine politische Situation zu schaffen, die das Sicherheitsbedürfnis beider Seiten erfüllt. Die Entspannung tritt in dem Augenblick ein, in dem dafür Sorge getragen ist, daß kein sowjetischer Vorstoß nach Europa und umgekehrt kein militärisches Eindringen in den Bereich der Ostblockstaaten erfolgt. Insofern handelt es sich sowohl um ein faktisches als auch um ein rechtliches Sicherheitsproblem.

#### V. Die falsche Konzeption eines europäischen Sicherheitspaktes: Die sowjetischen Vorschläge von 1954

Die Sowjetunion hat nun im Laufe des sich über Jahre hinziehenden Notenwechsels zwischen ihr und den Westmächten mehrfach die Frage eines europäischen Sicherheitspaktes berührt. In etwas konkreterer Form kamen derartige Vorschläge auf der Berliner Konferenz (25. Januar—18. Februar 1954) sowie in dem späteren Meinungsaustausch — vor allem in den Noten vom 24. Juli und 4. August 1954 — zum Ausdruck.

Der Ausgangspunkt für die Sowjetunion war naturgemäß der Wunsch, die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem zu verhindern.

Während der Westen — vor allem die USA — auf die Schließung der Verteidigungslücke auf deutschem Boden drängt, versucht die Sowjetunion, Deutschland in ein militärfreies und verteidigungsunfähiges Vorfeld für ihre eigenen Zwecke zu verwandeln.

Diesem Ziel dient nicht nur der scharfe Widerspruch gegen jede Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, sondern auch der Vorschlag eines europäischen Sicherheitspaktes, dessen Kernstück in der Note vom 24. Juli 1954 wie folgt dargestellt wird:

„Dem gesamteuropäischen Vertrag liegt das Prinzip kollektiver Aktionen seiner Teilnehmerstaaten gegen die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalles auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten in Europa zugrunde. Hierbei übernimmt jeder Vertragspartner die Verpflichtung, bei einem Ueberfall auf irgendeinen anderen Teilnehmerstaat diesem Staat bzw. den Staaten, die Opfer eines solchen Ueberfalles wurden, mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich der Anwendung bewaffneter Gewalt, Hilfe zu leisten, um den internationalen Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und zu erhalten.

Zugleich verpflichten sich die Teilnehmerstaaten dieses Vertrages, an keinerlei Koalitionen oder Bündnissen teilzunehmen und keinerlei Abkommen abzu-

schließen, deren Ziele der Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa zuwiderlaufen.“

Diesem Sicherheitspakt sollen alle europäischen Staaten „ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung“ beitreten können. Da natürlich gerade auf die Beteiligung Deutschlands Wert gelegt wird, wäre zunächst der Beitritt sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR als gleichberechtigter Partner zu vollziehen, während für später eine gesamtdeutsche Regierung Vertragskontrahent sein soll. Andere sowjetische Verlautbarungen sehen dagegen von vornherein nur den Beitritt einer gesamtdeutschen Regierung vor.

Analysiert man die sowjetischen Vorschläge unter Beiseitelassen aller verfahrensrechtlichen Fragen, so ergibt sich, daß der materielle Vertragsinhalt eines solchen europäischen Sicherheitspaktes aus folgenden Klauseln bestehen soll:

- a) Gewaltverzichts- (Nichtangriffs-) Klausel
- b) Beistandsklausel
- c) „Zusammenarbeits“-Abrede
- d) Meldepflicht an den Sicherheitsrat
- e) Verbot paktwidriger Abmachungen
- f) Vertragsdauer: 50 Jahre.

In dieser Reihenfolge sei nun kurz zu diesem Vertragsinhalt Stellung genommen:

Die Gewaltverzichts- bzw. Nichtangriffsklausel bringt keine neue Verpflichtung, sondern würde nur eine nochmalige Feststellung dessen darstellen, was nach Artikel 1 des Briand-Kellogg-Paktes vom 27. August 1928 sowie nach allgemeinem Völkerrecht ohnedies bindendes Recht darstellt. Entsprechende Vorschriften finden sich im übrigen auch in der Satzung der Vereinten Nationen. Aber die Tatsache, daß eine solche Klausel nur eine bestehende Rechtslage bekräftigt, spricht nicht gegen ihre Verwendbarkeit. Wenn sie im Rahmen weiterer Abmachungen



geeignet ist, eine Entspannung und eine „neue Atmosphäre“ zu begründen, so ist ihre Aufnahme in ein solches Vertragswerk nur zu begrüßen.

Um so gewichtiger Bedenken begegnet dagegen die Beistandsklausel. Hierbei handelt es sich nicht darum, daß der Gedanke einer kollektiven Hilfeleistung gegenüber dem Opfer einer Aggression Abweisung verdiene, sondern darum, daß eine solche Verpflichtung in der gegenwärtigen Lage völlig unreal erscheint.

Zunächst setzt ein solcher Beistand eine Einigung darüber voraus, was als Angriff zu gelten habe. Im Ernstfall wird hierüber kaum Übereinstimmung herrschen. Es ist nicht einmal gelungen, diesen Begriff theoretisch völlig eindeutig zu umreißen. Die in den Verträgen vereinbarten Angriffsklauseln weichen erheblich voneinander ab<sup>13</sup>.

Aber selbst wenn eine Einigung hierüber erzielt werden könnte, ergibt sich die weitere Frage: Wer soll im konkreten Fall die Feststellung des Angreifers vornehmen? Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen scheidet aus den früher angegebenen Gründen aus. Die Streitparteien selbst dürften gerade in einer solchen Situation zu entgegengesetzten Feststellungen neigen. Es müßte also erst eine entsprechende Feststellungsinstanz vereinbart werden.

Das stärkste Bedenken leitet sich aber aus der Überlegung her, daß angesichts der intensiven Bindungen innerhalb des jeweiligen Blocksystems eine Wendung gegen einen bisherigen Allianzpartner zugunsten eines angegriffenen Allianzgegners eine so starke Zumutung darstellt, daß an eine Realisierung kaum gedacht werden kann. Ein praktisches Beispiel möge dies erläutern: Es sei angenommen, daß Bulgarien sich gegenüber Griechenland eines Angriffsaktes schuldig macht. Enthält der europäische Sicherheitspakt nun die vorgeschlagene abstrakte Beistandsklausel zugunsten des jeweils Angegriffenen, so wären nicht nur die Westmächte verpflichtet, Griechenland zur Hilfe zu kommen, sondern die gleiche Verpflichtung träge auch die Sowjetunion und die anderen Ostblockländer. Diese Staaten stehen aber wiederum unter den Beistandsverpflichtungen aus dem Ostblocksystem. Man wird kaum annehmen dürfen, daß die Sowjetunion in einem solchen Fall bereit sei, Griechenland gegen Bulgarien zu unterstützen. Sie würde allenfalls — und dies wäre das Optimum an vertragstreuer Haltung, mit dem gerechnet werden könnte — von einer Unterstützung Bulgariens absehen und sich äußerlich „neutral“ verhalten. Diese „Neutralität“ wäre dann aber schon ein Verstoß gegen die Verpflichtungen aus dem Sicherheitspakt. Die Einfügung einer so allgemein gehaltenen Beistandsklausel würde also einen solchen Vertrag von vornherein ineffektiv machen.

Wenn in dieser Richtung überhaupt etwas mit einiger Aussicht auf Befolgbarkeit unternommen werden könnte, so wäre es allenfalls eine Formel des

Inhaltes, daß jede Angriffshandlung den Verlust der Bündnisrechte nach sich zieht („Angriffshandlungen verwirken Bündnisrechte“). Mit dieser Formulierung würde wahrscheinlich mehr erreicht sein als durch die hochgespannte, aber nicht realisierbare Forderung, daß alle Staaten allen Angreifern jeden geeignet erscheinenden Widerstand entgegenzusetzen haben.

Diese Andeutungen genügen schon, um anzuzeigen, daß eine solche Beistandsklausel bei der gegenwärtigen Situation des festen Zusammenschlusses in den beiden Machtblöcken keine Aussicht auf Effektivität hat, ganz abgesehen davon, daß auch der Angriffsbegriff sowie die Frage zu klären wäre, wer diese „Angriffsfeststellung“ bindend vornehmen soll.

Relativ unbedeutend ist die „Zusammenarbeits“-Abrede sowie die Klausel über die Meldepflicht an den Sicherheitsrat. Erstere ist viel zu unbestimmt, als daß jetzt schon wertend Stellung genommen werden könnte. Der Benachrichtigung des Sicherheitsrates kann zugestimmt werden. Es wird damit nur Art. 54 der Satzung der Vereinten Nationen Genüge getan und damit die Vereinbarkeit eines solchen Paktes mit dem Sicherheitssystem der Vereinten Nationen betont (vgl. auch Art. 5 Abs. 2 des Nordatlantikpaktes).

Der eigentliche Pferdefuß des sowjetischen Vorschlages tritt jedoch im Verbot paktwidriger Abmachungen in Erscheinung. Eine solche Formel ist zwar auch beiden Paktsystemen durchaus geläufig<sup>14</sup>, aber es kommt hier entscheidend auf die Auslegung an. Die Stellungnahme der Sowjetunion sowohl auf der Berliner Konferenz als auch in dem anschließenden Notenwechsel und den Aktionen zur Verhinderung der EVG- und Pariser Verträge lassen deutlich erkennen, daß bereits der NATO-Vertrag als unvereinbar mit dem Paktvorschlag über die europäische Sicherheit angesehen wird. Eine solche Vertragsbestimmung würde der Sowjetunion stets den Vorwand geben, die Rechtswidrigkeit des westlichen Paktsystems zu behaupten und entsprechende Folgerungen hieraus zu ziehen. Das Bestreben der Sowjetunion, das westliche Verteidigungssystem unwirksam zu machen, während sie gleichzeitig das Ostpaktsystem sogar noch intensiviert, würde durch eine solche Klausel einen neuen und nicht ungefährlichen Auftrieb erhalten.

Eine solche Konzeption ist für den Westen ebenso unmöglich wie etwa ein Versprechen der Sowjetunion, einen „Gleichstand“ durch die Auflösung des Ostpaktsystems herbeizuführen. Die innere Struktur des sowjetischen Machtbereiches mit der Schaltstelle Moskau läßt eine solche Auflösung unwirksam erscheinen. Die Lösung kann also nur darin bestehen, daß die beiden Blocksysteme vorerst beibehalten werden, wenn auch Modifikationen im Sinne von Sicherheitsgarantien nicht unmöglich erscheinen.

Demgegenüber ist die letzte Klausel des sowjetischen Paktvorschlages — Geltungsdauer von

50 Jahren — von untergeordneter Bedeutung. Abgesehen davon, daß unser politisches Vorstellungsvermögen über die insofern etwas magische Grenze des Jahres 2000 keineswegs hinausgeht, erscheint es angesichts des raschen Wechsels der Weltlage ziemlich uninteressant, ob man eine Geltungsdauer von 20 oder von 50 Jahren ansetzt. Selbst 10 Jahre, die für Verträge dieser Art die untere Grenze zu bilden pflegen, enthalten schon einen starken Unsicherheitsfaktor.

Aber nicht diese mehr technischen Formeln, sondern die Irrealität einer zwischen den Staaten beider Allianzgruppen wirksamen Beistandsklausel sowie

die im Wege der Auslegung angestrebte Auflösung des westlichen Verteidigungssystems unter Beibehaltung der Beistandspflicht der Ostblockstaaten müssen zu einer Ablehnung der sowjetischen Vorschläge in der gegenwärtigen Form führen. Dabei sei nicht in Abrede gestellt, daß die Errichtung eines auf annehmbaren Grundlagen beruhenden europäischen Sicherheitssystems viel zur Entspannung beitragen könnte und insofern durchaus zu begrüßen wäre. Es kommt also darauf an, ob statt dieser falschen sowjetischen Konzeption eines europäischen Sicherheitspaktes eine auch die westlichen Sicherheitswünsche berücksichtigende andere Form gefunden werden kann.

## VI. Die richtige Konzeption eines europäischen Sicherheitspaktes: Das beide Allianzgruppen überspannende Sicherheitssystem

Schon aus den Einwendungen gegenüber den sowjetischen Vorschlägen geht hervor, daß ein europäisches Sicherheitssystem nur dann sinnvoll erscheint, wenn das bisher errichtete westliche Verteidigungssystem erhalten bleibt. Da dies nur möglich ist, wenn auch das Ostblocksystem weiter in Geltung bleibt, muß also eine realistische Betrachtungsweise von der Weiterexistenz beider Allianzsysteme ausgehen. Die Aufgabe eines europäischen Sicherheitspaktes kann also nicht darin bestehen, diese Blockbildungen rückgängig zu machen, sondern nur darin, die zweifellos vorhandenen Reibungsflächen zu vermindern und jedes Umschlagen der Defensivbündnisse in Offensivallianzen nach Möglichkeit zu verhindern. Er würde schon eine sehr bedeutsame Funktion im Sinne der Friedenserhaltung ausüben, wenn Garantien geschaffen würden, die verhüten, daß irgendwelche Zwischenfälle ernstere militärische Aktionen auslösen.

Hierfür steht eine Reihe traditionell erprobter Mittel zur Verfügung, die zusammen mit der Gewähr faktischer Sicherheiten eine Entgiftung der Atmosphäre herbeiführen könnten.

a) Es handelt sich hierbei zunächst um die auch im Sowjetvorschlag erwähnte Gewaltverzichts- und Nichtangriffsklausel. Hierbei darf daran erinnert werden, daß die Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg mit zahlreichen Nachbarstaaten derartige Verträge geschlossen hat, so daß insofern an eine bereits bestehende Vertragstradition angeknüpft werden kann. Eine Einigung in dieser Richtung würde auch verhältnismäßig leicht zu erzielen sein, weil es sich hierbei nur um die Bekräftigung eines bereits bestehenden Rechtszustandes (Briand-Kellogg-Pakt, Satzung der Vereinten Nationen, allgemeines Völkerrecht) handelt. Gleichwohl würde eine solche Bestätigung ihren Wert für die Besserung der allgemeinen Atmosphäre haben.

Allerdings müßte auch Klarheit über den Begriff „Angriff“ geschaffen werden. Hierfür können die Formulierungen in den bereits angeführten Verträgen Anhaltspunkte geben. Auch hier ist darauf hinzu-

weisen, daß sich kein Staat in der Vergangenheit mehr um entsprechende Festlegungen bemüht hat als die Sowjetunion. Doch dürften die damals gefundenen Lösungen heute nicht mehr ausreichend sein. Für die Neufassung wären auch die einschlägigen Bestimmungen des inneramerikanischen Friedenssicherungssystems sowie die Bemühungen der International Law Commission der Vereinten Nationen in den Kreis der Erwägungen einzubeziehen.

Vor allem aber bedarf die Angriffsdefinition noch einer materiellen Ergänzung: Wie die Vorgänge in der Tschechoslowakei 1948 und in den Balkanstaaten gezeigt haben, muß der sowjetischen Taktik der „inneren Aushöhlung“ der Staatlichkeit begegnet werden. Derartige Antiumsturzkláuseln finden sich schon in den ersten Verträgen mit den Sowjets, freilich in einer unzulänglichen Form. So hatte man sich bereits in dem Vertrag zwischen Deutschland und den Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und des Fernen Ostens vom 5. November 1922 in Erweiterung des Rapallovertrages gegen eine umstürzlerische Tätigkeit der diplomatischen Missionen zu versichern versucht. Von dieser Bestimmung führt ein langer Weg verschiedener Versuche bis zu der Schutzbestimmung des SEATO-Paktes vom 8. September 1954:

„Um die Verwirklichung der Vertragsziele wirksamer zu sichern, werden die Parteien einzeln oder gemeinsam auf andauernde und wirksame Weise ihre individuelle und kollektive Fähigkeit aufrechterhalten und erhöhen, einem bewaffneten Angriff zu widerstehen und aufrührerische Handlungen, die von außen gegen die territoriale Integrität und wirtschaftliche Stabilität jeder Vertragspartei gerichtet werden, zu verhindern und zu bekämpfen.“

Auch diese Bestimmung wird noch nicht ausreichen, um die Infiltrationsmethode wirksam zu treffen, die von der Sowjetunion angewendet wird. Man wird hier auf gesetzgeberische Erfahrungen zurückgreifen können, die einige Staaten im Kampf gegen die „subversible Propaganda“ bereits gesammelt haben. Wich-



tig ist jedenfalls, daß diese Möglichkeiten des „Angriffs von innen“ in die Angriffsdefinition einbezogen werden, da sonst Situationen legalisiert werden, die an Gefährlichkeit militärischen Aktionen nicht nachstehen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn gewisse Formen der „psychologischen Kriegführung“ auch des Kalten Krieges einer Revision unterzogen würden.

b) Entscheidend ist ferner eine Einigung darüber, wer mit bindender Wirkung das Vorliegen einer rechtswidrigen Angriffshandlung feststellen soll. Fehlt eine solche Stelle, so stehen sich im Ernstfall die Meinungen unvermittelt gegenüber und legen jeden Friedenssicherungsmechanismus lahm.

An und für sich wäre der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das hierfür zuständige Organ. Da sich jedoch im Ernstfall hier die bereits ausführlich erwähnte „Kurzschlußsituation“ ergeben würde, kommt er jedenfalls ohne Umgestaltung hierfür nicht in Frage. Andererseits erscheint es zweckmäßig, diese Entscheidung von einem Gremium fällen zu lassen, das sich in Struktur und Zusammensetzung nicht allzu stark vom Sicherheitsrat absetzt, da der Sicherheitsrat trotz aller Gegensätze noch eine Plattform der Zusammenarbeit zwischen West- und Ostblock abgibt und die Sowjetunion sich noch am ehesten zu einer solchen Lösung bereifinden wird. Außerdem wäre auf diese Weise die Isolierung der Friedenswahrungsfunktion eines solchen Paktes gegenüber den Aufgaben des Sicherheitsrates im Rahmen der Vereinten Nationen etwas gemildert und eine spätere Rückführung in das universale System erleichtert. Die Lösung könnte in der Weise vorgenommen werden, daß neben den beteiligten Großmächten europäische Nationen mit traditioneller Neutralitätspolitik — etwa die Schweiz oder Schweden — zur Teilnahme an diesem Gremium aufgefordert werden, möglicherweise auch Indien. Daneben müßten auch die am stärksten beteiligten europäischen Staaten vertreten sein. Es könnten auch weitgehend die Verfahrensvorschriften des Sicherheitsrates übernommen werden, wobei allerdings darauf zu achten ist, daß keine verfahrensrechtliche „Kurzschlußsituation“ entstehen kann.

c) Ferner wäre die Einfügung einer Streitschlichtungsklausel zu erwägen. Ob hierfür das gleiche Gremium wie bei der Entscheidung über die Angriffshandlung in Frage kommt oder ob eine mehr dem Schema der Schiedsverträge angepaßte Lösung vorzuziehen ist, bleibt ein mehr technisches Problem. Auch eine Inanspruchnahme des Haager Schiedshofes mit der Möglichkeit der Wahl der Schiedsrichter könnte möglich sein, da die Sowjetunion einen eigenen Staatsangehörigen als Richter im Haag hat und dieser auch für den Schiedshof zur Verfügung steht. Dagegen wird die Sowjetunion sich wegen der Gefahr der Ueberstimmung kaum bereit finden, den Internationalen Gerichtshof entscheiden zu lassen. Im übrigen scheint es auch zweckmäßiger zu sein, ein besonderes Gremium zu schaffen, da hierin der „Wandel

der Atmosphäre“ stärker zum Ausdruck kommt als durch die bloße Verweisung auf ohnehin bestehende Institutionen. Besonderer Wert ist aber auf die Untersuchungs- und Feststellungsbefugnis einer solchen Stelle zu legen. Schon der Doggerbankzwischenfall mit der russischen Flotte hat gezeigt, wie durch eine schnelle Untersuchung Weiterungen vermieden werden, die bei den gegenwärtigen Spannungen leicht friedensgefährdenden Charakter annehmen können.

d) Dagegen sollten in diesen Sicherheitspakt keinerlei Beistands- oder Bündnisklauseln aufgenommen werden. Sie sind in der gegenwärtigen Situation völlig unreal. Kein Staat des einen Blocks wird sich zur Beistandsleistung gegenüber einem Staat des anderen Blocks bereit finden. Eine solche Verpflichtung würde das Sicherheitssystem des eigenen Blocks in einem solchen Maße relativieren, daß es praktisch nutzlos wird. Nach Lage der Dinge würde dies vor allem die Preisgabe der Bündnisverpflichtung auf der Seite des Westblocks bedeuten, während — wie bereits dargelegt wurde — die Auswirkung im Rahmen des Ostblocks zum mindesten nicht so scharf wäre. Entscheidend ist aber gerade, daß ein solcher europäischer Sicherheitspakt nicht die Schutzfunktion des Westpaktsystems beseitigt, sondern nur die Konfliktmöglichkeiten zwischen beiden Allianzsystemen herabmindert. Gegen eine Klausel, die bei Angriffsakten der eigenen Blockangehörigen eine Verwirkung der Beistandspflichten vorsieht, ist — wie oben bereits erörtert — nichts einzuwenden.

e) Aus dem gleichen Grund ist einige Vorsicht bei der Aufnahme einer Klausel über das Verbot paktwidriger Bündnisse usw. geboten. Noch deutlicher als mit der ineffektiven Beistandsklausel versucht die Sowjetunion auf diese Weise, das NATO-System für illegal zu erklären und das westliche Schutzsystem zu beseitigen, während die Beibehaltung des Ostpaktsystems nicht zur Diskussion gestellt wird. Gegenüber dieser Tendenz gibt es einmal die Möglichkeit, auf eine solche Klausel überhaupt zu verzichten. Doch werden dadurch die sowjetischen Angriffe gegen die Rechtsgültigkeit des NATO-Systems nicht beseitigt, die in bestimmten Situationen auf die „neutralistische“ Staatengruppe (Indien usw.) ihren Eindruck nicht verfehlen werden. Zweckmäßiger erscheint daher die Einfügung einer Klausel — wie in zahlreichen bisherigen Verträgen —, daß der europäische Sicherheitspakt den bisherigen regionalen Sicherheitssystemen nicht entgegenstehe, was zusätzliche Erklärungen zur weiteren Präzisierung nicht ausschließt.

Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen zu a) bis e) könnten also folgende Bestimmungen in dem europäischen Sicherheitspakt Aufnahme finden:

a) Gewaltverzichts- bzw. Nichtangriffsklausel mit Angriffsdefinition (einschl. „Anti-Umsturz“-Bestimmung usw.) und Benennung des Gremiums, dem die Feststellung des Angreifers obliegt,

b) Streitschlichtungsklausel mit Festlegung der Schlichtungsinstanz und der Grundzüge des Verfahrens,

c) „Bündnisverwirkungsklausel“, d. h. daß der Angreifer der Hilfeleistung durch die Angehörigen der eigenen Allianzgruppe verlustig geht; dagegen keine „unreale“ allgemeine Beistandspflicht und keine „Ueber-Kreuz“-Verpflichtungen,

d) Klausel über die Vereinbarkeit mit dem Sicherheitssystem der Vereinten Nationen einschl. Meldepflicht an den Sicherheitsrat,

e) Klausel über die Vereinbarkeit des europäischen Sicherheitspaktes mit den bestehenden Bündnisssystemen, wobei deren Defensivcharakter zu betonen wäre.

Ein so konstruierter Sicherheitspakt könnte einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung im Konflikt

zwischen den beiden großen Mächtegruppen darstellen. Man erinnere sich, welche Wirkung in der Zeit der deutsch-französischen Spannungen der Locarno-Pakt hatte, obwohl der Inhalt dieses Vertrages in rechtlicher Beziehung zum größten Teil auch nur Festlegungen dessen brachte, was ohnehin schon verpflichtend war.

Die Entspannung und damit auch die Chance für eine befriedigende Lösung der „Deutschland-Frage“ würde noch verstärkt werden, wenn nicht nur rechtliche Garantien im Sinne dieses Sicherheitspaktes, sondern darüber hinaus auch „faktische“ Garantien gegeben werden könnten. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Stellung Deutschlands zwischen den beiden rivalisierenden Blöcken und den Beitrag, den ein wiedervereinigtes Deutschland in dieser Richtung zu leisten vermag.

## VII. Deutschland und die „faktische Sicherheit“

In den vom gegenseitigen Mißtrauen beherrschten politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Machtgruppen nimmt Deutschland eine besondere Stellung ein: Vom Westen aus betrachtet ist das deutsche Territorium das Einfallstor der Sowjetunion gegen Westeuropa. Umgekehrt hegt die Sowjetunion die Befürchtung, daß Deutschland als Aufmarschgebiet für die dritte große Invasion (nach Napoleon und Hitler) vom Westen her benutzt werden wird.

Daraus ergeben sich die divergierenden Interessen in der Behandlung Deutschlands: Der Westen wünscht eine Einbeziehung in das westliche Verteidigungssystem. Die Sowjetunion verlangt dagegen eine Garantie dafür, daß vom deutschen Gebiet aus kein Vorstoß der Westmächte gegen sie erfolgt.

Es fragt sich nun, durch welche Maßnahmen und Regelungen dem Sicherheitsverlangen beider Mächtegruppen entsprochen werden kann. Gelingt es, hier einen Ausgleich zu erzielen, so wäre nicht nur dem Weltfrieden gedient, sondern auch die Möglichkeit ausgeschaltet, daß Deutschland zum Schlachtfeld in der Auseinandersetzung zwischen beiden Mächtegruppen wird.

Zunächst sei zur Vermeidung von Mißverständnissen auf einige Ueberlegungen hingewiesen, die sich in diesem Zusammenhang als unbrauchbar erweisen:

a) Eine „politische Neutralität“ Deutschlands und demgemäß auch eine „militärische Neutralität“ stellt keine Lösung dar, weil ein schutzloses Deutschland ein Vakuum bildet, das bei zukünftigen Konflikten geradezu den Anreiz bietet, sich seiner zu bemächtigen. Deutschland würde auf diese Weise zum „ewigen Vorfeld“. „Neutralität“ ohne die Möglichkeit, sie zur Abwehr fremder Interventionsversuche auch durchsetzen zu können, bleibt notwendigerweise unwirksam und erhöht nur die Invasionsgefahr. Es kann auch von den Westmächten nicht verlangt werden,

daß sie gegebenenfalls deutsches Gebiet ohne jede deutsche Mithilfe verteidigen. Ein egoistisches Ausklammern Deutschlands aus dem Westen ist — abgesehen von der dann eintretenden Schutzlosigkeit — ebenso unmöglich wie eine Neutralisierung im klassischen Sinn, d. h. eine von anderen Mächten auferlegte Verpflichtung zum „Neutral-Bleiben“. Im übrigen darf darauf hingewiesen werden, daß es heute im politischen Feld keinen Begriff gibt, der ärgerer Mißdeutung und verschiedenartiger Ausdeutung ausgesetzt ist wie der der Neutralität.

Diese Ablehnung der grundsätzlichen Neutralität und Neutralisierung bedeutet natürlich nicht, daß die Möglichkeit ausgeschlossen sein soll, für das deutsche Territorium ein Sonderregime auch innerhalb des westlichen Paktsystems einzurichten und damit der Lage Rechnung zu tragen, daß es die Nahtstelle zwischen den beiden großen Mächtegruppen bildet. Auch Schweden hat ohne Lösung aus dem Westen zu erkennen gegeben, daß es angesichts der territorialen Nähe zur Sowjetunion eine Sonderstellung für sich beansprucht.

b) Noch abwegiger ist eine „positive Neutralität“ in dem Sinne, daß Deutschland die Vermittlerrolle im Kampf zwischen den beiden Mächtegruppen übernehmen oder gar das berühmte „Zünglein an der Waage“ darstellen soll. Hier liegt zunächst eine grobe Ueberschätzung der auch einem wiedervereinigten Deutschland zukommenden Rolle vor. Außerdem bestünde die Gefahr, daß sich dann die rivalisierenden Mächte auf Kosten Deutschlands einigen, weil sie sich jedenfalls darin einig sind, eine auf ihre Kosten gehende Politik der „wechselnden Meistbegünstigung“ durch Deutschland nicht zu dulden.

Aber auch die mildere Form einer Politik der Annäherung an den Osten gegen den Willen der Westmächte und zu ihren Lasten im Sinne des Wiederauflebens des Rapallo- und des Berliner Vertrages



(16. April 1922 und 24. April 1926) ist unmöglich, weil die damaligen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

Der Wert des Rapallo-Vertrages lag für die Sowjetunion darin, daß Deutschland ihre Existenz anerkannte, nachdem sich der Westen für eine völkerrechtlich-diplomatische Ignorierung ausgesprochen hatte. Heute ist dagegen die Sowjetunion unbestrittenmaßen eine Großmacht, der es auf eine Anerkennung durch Deutschland nicht ankommt. Auch der Berliner Vertrag, der der Sowjetunion die Gewähr geben sollte, daß die kurz zuvor geschlossenen Locarno-Verträge keine Spitze gegenüber dem Osten enthalten, und der weiterhin verhindern sollte, daß Deutschland sich im Völkerbund für eine Intervention des Westens gegenüber der Sowjetunion einsetzen würde, trifft eine heute nicht mehr wiederholbare Situation. Damals war Deutschland im Völkerbund ständiges Ratsmitglied, heute hat die Sowjetunion diese Stellung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne. Damals bildete Deutschland für die Sowjetunion die Brücke in die Welt, heute ist die sowjetische Zustimmung erforderlich, wenn Deutschland in die Vereinten Nationen aufgenommen werden soll. Angesichts dieser völligen Umkehrung der Lage kann der Sowjetunion am Abschluß von Verträgen im Sinne von Rapallo oder Berlin nichts mehr gelegen sein. Die Vorstellung also, daß Deutschland durch ähnliche Vereinbarungen die Rolle der „dritten Macht“ oder des „ehrlichen Maklers“ spielen könne, ist eine Illusion.

c) Scheidet damit jede „Neutralitäts-Lösung“ aus, so ist zu fragen, durch welche Maßnahmen dem Sicherheitsverlangen der Westmächte und der Sowjetunion Rechnung getragen werden kann.

Für die Westmächte liegt die Sicherung in der Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem. Auf diese Weise wird die Verteidigungslücke in dem westlichen Allianzring geschlossen und verhindert, daß Deutschland zum Ausfalltor der Sowjetunion nach Westeuropa werden kann. Je stärker das hierfür zur Verfügung stehende militärische Potential ist, desto größer ist die dadurch erzielte Schutzwirkung. Aus diesem Grunde bleiben nicht nur westliche Truppenkontingente auch nach der Ablösung des Besatzungsregimes weiterhin in Westdeutschland stationiert, sondern es wird auch eine beschränkte Wiederaufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen des NATO-Systems durchgeführt. Art und Umfang der Rüstung sowie ihre strategische Verwendungsform wird weitgehend im Kreise der westlichen Staaten festgelegt. Die gemeinsame Bestimmung über die Kohle- und Stahlproduktion durch die Montanunion verhindert ein „heimliches“ Aufrüsten. Kontrollorgane der Westeuropäischen Union und des NATO-Systems überwachen die Durchführung der Wiederbewaffnung. Dem Sicherheitsver-

langen der westlichen Staaten ist also in hohem Maße Rechnung getragen.

Anders liegt das Problem des Sicherheitsverlangens der Sowjetunion. An der Kontrolle der deutschen Aufrüstung nimmt sie nicht teil. Gegenüber den Bestimmungen der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 hegt sie Mißtrauen. Sie weist z. B. darauf hin, daß eine zahlenmäßige Höchstgrenze für die deutschen Streitkräfte im Gegensatz zu den Friedensverträgen von 1947 nicht festgesetzt ist. Die Stärken werden vielmehr im Atlantikrat von Fall zu Fall bestimmt. Ähnliches gilt für die Bewaffnung. Selbst die Vorschriften über die Atomwaffen bieten der Sowjetunion wenig Garantien, weil für Deutschland zwar ein Herstellungsverbot erlassen wurde, was aber nicht ausschließt, daß etwa Truppen fremder Nationalität derartige Waffen in das Bundesgebiet einbringen und den deutschen Streitkräften überlassen. Auch bei den schweren Waffen (z. B. ferngelenkten Geschossen) ist nur ein relatives Verbot vorgesehen, das durch Beschluß des Brüsseler Ministerrates mit Zweidrittelmehrheit aufgehoben werden kann, „wenn der zuständige Oberbefehlshaber der Organisation des Nordatlantikvertrages auf Grund des Bedarfs der Streitkräfte dies beantragt“ (Art. 2 bzw. Anlage I des Protokolls Nr. III über die Rüstungskontrolle). Angesichts dieser und ähnlicher Vorschriften ist jedenfalls zuzugeben, daß die Pariser Verträge zwar dem Sicherheitsverlangen der Westmächte entgegenkommen, dagegen die entsprechenden Wünsche der Sowjetunion unberücksichtigt lassen, also gerade bei der heiklen Frage der deutschen Aufrüstung das Spannungsverhältnis eher verstärken als vermindern.

Es bleibt jedoch zu bemerken, daß die bei den Pariser Verträgen angewandte Rechtstechnik immer noch eine im Verhandlungsweg zu erzielende Einfügung echter — d. h. „absoluter“ — Beschränkungen möglich macht. Sollten die Westmächte diesen Weg zu gehen bereit sein, um eine Entspannung im Ost-West-Konflikt jedenfalls auf europäischem Boden herbeizuführen, so könnte durch die Einfügung entsprechender Zusätze (Amendment-Verfahren) eine solche Begrenzung vorgenommen werden. Hier zeigt sich die positive Seite dieser Form der dynamischen Vereinbarungen. Sie bedürfen hierfür keiner formalen Aenderung. Damit ist eine erhebliche Prestigeklippe für neue Regelungen ausgeschaltet. Wenn dadurch jedoch eine Entspannung zwischen den beiden Machtblöcken erzielt wird, sollte ein Festhalten an dogmatischen Souveränitätsbegriffen einer solchen Lösung nicht hindernd im Wege stehen.

Wird dieses Verfahren jedoch nicht gewählt, so gibt es jedenfalls für die Bundesrepublik zur Verwirklichung ihrer Entschlossenheit, die Streitkräfte nur defensiv zu verwenden, noch zwei andere Wege: verfassungsrechtliche Garantie gegen offensive Verwendung der Truppen sowie Errichtung „militär-

freier“ (in diesem Sinne „neutralisierter“) Zonen und regionale Staffellung der deutschen und fremden Truppen.

Dies bedarf einiger Erläuterungen:

Bei den verfassungsrechtlichen Sicherungen handelt es sich zunächst um die Auslegung des Art. 26 des Grundgesetzes, der bereits das Verbot des Angriffskrieges enthält. In diesem Zusammenhang wäre klarzustellen, daß damit auch der Präventivkrieg untersagt ist. Nach ausländischen Stellungnahmen über die Ausdeutung des Begriffs Angriffskrieg wird dies nicht mehr überall als selbstverständlich betrachtet.

Ein solches Verbot des Präventivkrieges würde bedeuten, daß auch alle Bündnisverpflichtungen unter dem Vorbehalt dieses Verbotes stehen und dann ihr Ende finden müssen, wenn eine solche Handlungsweise zugemutet wird.

Dieser Grundsatz hat dann auch Geltung für das NATO-System. Eine von den Westmächten oder hinsichtlich des Art. 26 von der Bundesrepublik abzugebende Erklärung dieses Inhalts würde eine beruhigende Wirkung haben und auch manche innenpolitische Zweifel mindern. An und für sich hätte ein entsprechender Vorbehalt schon beim Abschluß der Pariser Verträge gemacht werden können. Die Bundesrepublik hat auch bei der Ratifizierung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten einen solchen Vorbehalt unter Hinweis auf eine Grundrechtsbestimmung des GG angemeldet. Aber auch jenseits der Ratifikation bleibt für eine solche Erklärung noch Raum.

Weiterhin handelt es sich um eine eindeutige verfassungsrechtliche Regelung dahingehend, daß die Zugehörigkeit zu einem Bündnissystem die verfassungsmäßigen Organe nicht von der Verpflichtung entbindet, die Entscheidung über Krieg und Frieden in der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Form vorzunehmen. Es sind hier nämlich Zweifel aufgetaucht, ob die jetzt im Atlantikrat für oder gegen den Krieg abzugebende Entscheidung an verfassungsrechtliche Schranken — insbesondere hinsichtlich der Zustimmung des Parlaments — gebunden ist oder nicht. Für die Bundesrepublik fehlt vorläufig noch eine Regelung, welche Organe die Entscheidung zu treffen haben, es sei denn, man nimmt die Entstehung eines Verfassungsgewohnheitsrechtes dahingehend an, daß diese wichtigste Entscheidung im Bereich der auswärtigen Politik dem Bundestag zufalle, was auch der Regelung der Weimarer Reichsverfassung (Art. 45) entsprechen würde. Auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer in Bonn 1953 wurde bereits auf die Notwendigkeit einer solchen Regelung hingewiesen. Nach der bisherigen Auslegung des Grundsatzes, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimme (und nicht einmal die Regierung zu fragen braucht), und in Übereinstimmung mit der Ansicht des Bundesverfassungs-

gerichts, daß dem Bundestag nur „ausnahmsweise“ eine Zuständigkeit im Bereich der auswärtigen Gewalt zukomme, könnte sonst leicht der Eindruck entstehen, als sei die Entscheidung über Krieg und Frieden nur in die Hände eines einzigen Mannes gelegt.

Diese Beispiele verfassungsrechtlicher Schranken gegen eine offensive Verwendung der deutschen Streitkräfte sollen nur andeuten, daß auch auf dem Gebiet der reinen Rechtsregelungen dem allgemeinen Sicherheitsverlangen Rechnung getragen werden kann, soweit Rechtsnormen überhaupt eine solche Funktion zu erfüllen imstande sind.

Ein letztes Wort noch zu der Frage der „neutralisierten“ Zone an der Ostgrenze:

Es könnte ein Gürtel von 100 bis 200 km „militärfrei“ gehalten werden, um jede Möglichkeit von Grenzzwischenfällen auszuschließen, die als Auftakt zum Zweiten Weltkrieg eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Damit würde auch die Befürchtung militärischer Ueberraschungsaktionen vermindert. Die Stationierung von Beobachtern, die etwa den Konsulaten attachiert werden könnten, würde diese Wirkung noch erhöhen. Natürlich schließen diese Mittel einen Angriffskrieg nicht völlig aus, zumal die moderne Waffentechnik auch Räume von 200 km leicht überspielt. Immerhin erschweren sie massive Vorbereitungen und verhindern vor allem Zusammenstöße, die leicht aufgebauscht werden können. Gerade angesichts der weitgehenden Bündnistatbestände des NATO-Vertrages dürfte Deutschland daran gelegen sein, durch die Einschaltung derartiger Sicherheitszonen den Friedenswillen zu betonen. Ob und in welcher Form auch auf der Gegenseite ähnliche Maßnahmen ergriffen werden sollten, kann hier nicht erörtert werden.

Neben der Errichtung einer solchen militärfreien Zone käme noch eine Verteilung der auf deutschem Boden stationierten Truppen dergestalt in Betracht, daß sich — von Osten her gesehen — an diese „neutralisierte Zone“ ein breiter Gürtel anschließt, in dem nur deutsche Truppen stationiert werden, während die westalliierten Truppen noch weiter westwärts garnisoniert werden. Voraussetzung dafür ist freilich, daß die Gesamtstärke nicht geschwächt wird, da sonst die Verteidigung Westeuropas gefährdet wird. Die nach den Pariser Verträgen und ergänzenden Beschlüssen des Atlantikrates und des Ministerates der Westeuropäischen Union in Deutschland zu stationierenden Truppen würden dadurch zahlenmäßig nicht verringert werden. Doch würde dem sowjetischen Sicherheitsverlangen insofern Rechnung getragen werden, als eine Garnisonierungsform gewählt wird, die jede offensive Verwendung erschwert.

Es handelt sich also im Grunde nur darum, den Defensivcharakter der europäischen Verteidigung einschließlich der deutschen Wiederaufrüstung gewissermaßen „glaubhaft“ zu machen. Gelingt dies, so würde ohne Zweifel eine merkliche Entspannung eintreten.



Abschließend sei daher bemerkt: Wenn durch die Gewährung „faktischer Sicherheiten“ das Mißtrauen der Sowjetunion gemindert werden kann, wird eine Besserung der Atmosphäre eintreten. Diese Entspannung könnte zu einer ernsthaften Diskussion über den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes führen, dem angesichts des Versagens der Vereinten Nationen eine große Bedeutung zukäme. Hierfür haben sich die bisherigen sowjetischen Vorschläge allerdings nur teilweise als geeignet erwiesen. Setzt sich aber die oben angedeutete richtige Konzeption

für einen solchen Pakt durch und findet er die Billigung sowohl der Westmächte als auch der Sowjetunion, so würde sich hieraus eine weitere Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ergeben, die dann auch die Wiedervereinigung Deutschlands und damit die Beseitigung des sich aus der gegenwärtigen Teilung ergebenden Gefahrenherdes zur Folge hätte. Noch mag man angesichts der bisherigen sowjetischen Haltung an der Möglichkeit eines großangelegten „Ost-Locarno“ zweifeln, nichts aber sollte uns hindern, einen entsprechenden Versuch zu unternehmen.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die Aufsätze von Kelsen in *American Journal of International Law*, Vol. 38 (1944), S. 689, und Vol. 39 (1945), S. 518, sowie den Beitrag des Verfassers „Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands“ in Europa-Archiv 6/1947 (Dezember), S. 1009 ff. und die Ausführungen in Europa-Archiv 4–5/1946 (Oktober/November), S. 210.

<sup>2)</sup> Vgl. Präambel, Art. 1, 2, 11, 12, 14, 15, 18, 24, 26, 33, 34, 37, 39, 43, 47, 51, 52, 54, 73, 76, 84, 99, 106.

<sup>3)</sup> Vgl. Kapitel VII, Art. 39–51.

<sup>4)</sup> Vgl. Art. 2 Abs. 6, 32, 35 Abs. 2, 94 Abs. 2. Vgl. hierzu auch Scheuner: „Die Stellung der Nichtmitglieder der UN“ in: „Völkerrechtliche und Staatsrechtliche Abhandlungen. Carl Bilfinger zum 75. Geburtstag am 21. Januar 1954 gewidmet von Mitgliedern und Freunden des Instituts“. Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht Heidelberg, 1954, S. 371–403.

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu die für den Internationalen Gerichtshof getroffene Regelung, daß beide Streitparteien beanspruchen können, auf der Richterbank vertreten zu sein. Wenn kein Vertreter der Streitparteien im Richterkollegium vorhanden ist, so kann die betreffende Partei einen Richter ad hoc bestimmen. Vgl. hierzu Art. 31 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, der in gleicher Weise bereits für den Ständigen Internationalen Gerichtshof gegolten hat.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu die Feststellung von Yen-Li-Liang: „Abstention and Absence of a Permanent Member in Relation to the Voting Procedure in the Security Council“ in *American Journal of International Law*, Vol. 44 (1950), S. 694, mit der Feststellung, daß der Sicherheitsrat von 1946 bis 1949 nicht weniger als 199 Entscheidungen gefällt habe, von denen etwa 25 vH „Substanzfragen“ (also nicht Verfahrensfragen) gewesen seien, die wiederum in etwa 80 vH der Fälle bei Stimmenthaltung eines oder mehrerer ständiger Mitglieder angenommen wurden. Vgl. ferner E. Fraenkel: „Korea — Ein Wendepunkt im Völkerrecht“, 1951; L. Gross: „Voting in the Security Council. Abstention from Voting and Absence from Voting“ in *Yale Law Journal*, Vol. 60, S. 229 ff.; J. L. Kunz: „Legality of the Security Council Resolutions of June 25 and 27, 1950“ in *American Journal of International Law*, Vol. 45 (1951), S. 142 ff.; McDougal and Gardiner: „The Veto and the Charter“ in *Yale Law Journal*, Vol. 60, S. 286 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. hierzu statt vieler die skeptische Beurteilung von Jean L'Huillier in dem 1954 erschienenen Nachtrag zu seinen „Elements de Droit International Public“, 1950, S. 16 ff.

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag „Definition des Angreifers und Beistandsverpflichtungen in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit“ in Europa-Archiv 6/1949, S. 1977 ff.

<sup>9)</sup> Wiedergabe der Texte mit Einführung bei Boris Meissner: „Das Ostpakt-System“, Hektographierte Arbeiten der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, 1951. Bd. 1: Europa, 153 S.; Bd. 2: Asien, 72 S. Eine ergänzte Neuauflage in der Sammlung „Dokumente“ ist im Druck.

<sup>10)</sup> Eine unterstützende Funktion üben noch aus die Pakte Großbritanniens mit Jordanien (15. März 1948), Libyen (29. Juli 1953), Ägypten (27. Juli 1954), der türkisch-pakistanische Vertrag (2. April 1954) usw., wobei das inneramerikanische Paktsystem unberücksichtigt bleibt.

<sup>11)</sup> Quelle: von Mangoldt: „Kriegsdokumente über Bündnisgrundlagen, Kriegsziele und Friedenspolitik der Vereinten Nationen“, 1946, S. 50.

<sup>12)</sup> Quelle: von Mangoldt, a. a. O., S. 56; Colliard: „Droit international et Histoire Diplomatique“, 2. Auflage 1950, S. 610.

<sup>13)</sup> Vgl. zum Beispiel die Angriffsdefinitionen des Art. 10 des Genfer Protokolls vom 2. Oktober 1924, der Verträge der Sowjetunion mit Finnland vom 21. Januar 1932, Polen vom 25. Juli 1932, Frankreich vom 29. November 1932 und Italien vom 21. September 1932, des Londoner Abkommens über die Definition des Angreifens vom 3./5. Juli 1933, des Nordatlantikpaktes, Art. 5 und 6, usw.

<sup>14)</sup> Für das westliche Paktsystem vgl. Art. 8 des Nordatlantikpaktes: „Jeder vertragschließende Staat erklärt hiermit, daß keine der zur Zeit zwischen ihm und einem anderen Vertragsstaat oder irgendeinem dritten Staat gültigen Verbindlichkeiten im Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen, und verpflichtet sich, auch in Zukunft keine internationale Verbindlichkeit einzugehen, die im Widerspruch zu dem Vertrag steht.“

Ähnlich bestimmt zum Beispiel Art. 3 des Vertrages zwischen der Sowjetunion und Ungarn vom 18. Februar 1948: „Jede der Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, keinerlei Bündnis einzugehen und an keiner Koalition und keinen Aktionen oder Maßnahmen teilzunehmen, die gegen die andere Vertragschließende Partei gerichtet sind.“

## Die Neutralität der Schweiz und der Europarat

Von Max Petitpierre, Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Die Einmütigkeit zwischen den während des letzten Weltkrieges zusammen gegen das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien kämpfenden Staaten überdauerte das Ende der Feindseligkeiten nicht. Es wurde im Gegenteil rasch ein tiefer Graben zwischen ihnen aufgerissen, der das Gesicht Europas veränderte und eine Atmosphäre der Unsicherheit schuf. Neue Konflikte schienen möglich. Verschiedene Nationen Europas waren übrigens in grausamer Weise durch Kriege heimgesucht worden, die sie so oft einander gegenübergestellt hatten. Sie wünschten, unter sich eine dauerhafte Ordnung des Friedens herbeizuführen. Mit einem Wort ausgedrückt, Europa war beunruhigt über seine Zukunft, und diese Beunruhigung veranlaßte Staatsmänner, Regierungen und Vereinigungen, neue Wege zu beschreiten, um die gemeinsame Sicherheit ihrer Länder zu festigen und ihr Gedeihen wieder zu erlangen. Bündnisse wurden geschlossen, europäische Organisationen entstanden. Unter diesen nimmt der Europarat eine besondere Stellung ein, weil in ihm gleichzeitig die Regierungen und die Parlamente vertreten sind. Er befaßt sich — um es auf einen einfachen Nenner zu bringen — mit allen Tatsachen und Versuchen zur Vereinigung der europäischen Länder. Es erstaunt daher nicht, daß sich auch in unserem Lande Stimmen erhoben, die verlangten, die Schweiz solle sich den Bestrebungen des Europarates anschließen und, wenn sie ihm schon nicht beitreten könne, wenigstens Beobachter delegieren.

Um zu der von den Interpellanten \* aufgeworfenen Frage Stellung nehmen zu können, ist es angezeigt, einige Angaben über den Ursprung des Europarates, seine Organisation, seine Zwecke und seine Tätigkeit zu machen. Es lohnt sich, dieses Thema einmal gründlich zu behandeln. Ich bitte zum vornherein um Nachsicht, daß meine Ausführungen etwas lang sein werden.

\*) Die hier wiedergegebenen Ausführungen stellen eine Antwort auf die am 28. September 1953 eingebrachte Interpellation Borel dar, die durch den Bundespräsidenten, Max Petitpierre, in seiner Eigenschaft als Leiter des Politischen Departements am 15. März 1955 erteilt wurde. Die von Nationalrat Alfred Borel (Freisinnige Partei), Staatsrat in Genf und Zentralvorstandsmitglied der Schweizerischen Europa-Union, im Nationalrat eingebrachte Interpellation betreffend Ernennung amtlicher (parlamentarischer) Beobachter bei der Europäischen Konsultativversammlung hatte folgenden Wortlaut:

„Hält der Bundesrat den Augenblick jetzt nicht für gekommen, um seine Entscheidung vom März 1953, mit der ein Delegierter für die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ernannt wurde, durch Entsendung von offiziellen Beobachtern (Parlamentariern) in die Beratende Versammlung des Europarates zu vervollständigen?“

Der Interpellationsantrag wurde von 49 anderen Parlamentariern unterstützt.

Der Europarat hat seinen Ursprung in einem Kongreß vom Mai 1948 im Haag, an dem Tausende von Delegierten privater Vereinigungen aus 19 Ländern, darunter übrigens auch aus der Schweiz, zusammentraten. An erster Stelle dieser Teilnehmer figurierten zahlreiche Parlamentarier. Einige Wochen vorher hatten Frankreich, Großbritannien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande ein Defensivbündnis geschlossen, durch welches sie sich verpflichteten, nicht nur einander im Falle eines Angriffs gegenseitig Hilfe zu leisten, sondern auch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete zusammenzuarbeiten. Dieses Bündnis ist der Brüsseler Pakt. Der Haager Kongreß unternahm alles, um die Regierungen dazu zu bringen, konkrete Entscheide zu treffen, und um die Wirkung ihres Vorgehens zu steigern, vereinigten sich die am Kongreß teilnehmenden Verbände in einer Organisation, der sogenannten Europäischen Bewegung. Unter dem Antrieb dieser Europäischen Bewegung begannen Verhandlungen zwischen den Regierungen der fünf Signatarstaaten des Brüsseler Paktes, denen sich bald die Regierungen von Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden anschlossen. Diese Verhandlungen führten am 5. Mai 1949 in London zur Unterzeichnung des Statuts des Europarates durch die Regierungen dieser zehn Länder. Drei Monate später traten Griechenland und die Türkei der neuen Organisation bei. Im Jahre 1950 folgte Island. Im gleichen Jahr traten die Deutsche Bundesrepublik und die Saar als assoziierte Mitglieder ein. Die Bundesrepublik wurde vollwertiges Mitglied im Jahre 1951. Heute beträgt die Zahl der Mitgliedstaaten des Europarates 15. Ideologisch basiert das Statut des Europarates auf den demokratischen Prinzipien: Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Freiheiten. Die im Statut vorgesehenen Ziele sind bescheidener, als die Animatoren des Haager Kongresses dies gewünscht hatten. Diesen schwebte ein vereinigt Europa in Form eines Staatenbundes mit einem gewählten Parlament vor. Die Schöpfer des Statutes sprachen sich indessen über die Gestalt, die dieses vereinigte Europa annehmen sollte, nicht aus. Sie beschränkten sich darauf, die Ziele des Europarates wie folgt zu umschreiben: „Der Europarat erstrebt einen stärkeren Zusammenschluß seiner Mitglieder zum Schutz und zur Förderung der Ideale und Prinzipien, die ihr gemeinsames Erbe sind, und zum Besten ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes.“ Das Statut sieht ausdrücklich vor, daß Fragen bezüglich der Landesverteidigung nicht in die Kompetenz des Europarates fallen. Dieser hat sich



allerdings nicht an dieses Prinzip gehalten; seine Tätigkeit hat auch auf die militärischen Probleme übergreifen.

Der Europarat setzt sich aus zwei Hauptorganen zusammen: Das eine ist der Ministerausschuß, die direkte Vertretung der Regierungen. Jeder Staat ist darin durch einen Vertreter repräsentiert, in der Regel durch seinen Außenminister. Seine Entscheidungen haben grundsätzlich einstimmig zu erfolgen. Sie verpflichten die Regierungen nicht, sondern beschränken sich auf Empfehlungen. Die Regierungen ihrerseits sind nicht gehalten, ihnen Folge zu geben. Dieser Ministerausschuß stellt somit keine übernationale Behörde dar.

Das zweite Organ ist die Beratende Versammlung, die weder die Regierungen noch die nationalen Parlamente im eigentlichen Sinne vertritt. Jeder Staat hat das Recht auf eine bestimmte Anzahl von Deputierten: Belgien 7, Dänemark 5, Frankreich 18, Deutsche Bundesrepublik 18, Griechenland 7, Island 3, Irland 4, Italien 18, Luxemburg 3, Niederlande 7, Norwegen 5, Saar 3, Schweden 6, Türkei 10 und das Vereinigte Königreich 18. Die nationalen Parlamente bestimmen den Wahlmodus ihrer Delegierten. Im allgemeinen setzt sich jede nationale Delegation aus den Vertretern der wichtigsten Parteien zusammen, gleichgültig ob der Regierungsseite oder der Opposition angehörend. Die 132 Deputierten der Beratenden Versammlung üben ihr Mandat persönlich und in unabhängiger Weise aus. Sie können ihre Wünsche in Form von Empfehlungen, Entschlüssen, Vorschlägen an den Ministerausschuß weiterleiten, der sie seinerseits als Empfehlung den Regierungen zur Kenntnis bringen kann.

Der Europarat erscheint daher, konkret gesprochen, als eine Organisation zwischen verschiedenen Regierungen. Aber er ist vor allem die Tribüne der öffentlichen Meinung Europas, ein Forum, mangels einer richtigen interparlamentarischen Versammlung. Unter dem Gesichtswinkel dieses Dualismus zwischen dem Ministerausschuß und der Beratenden Versammlung muß man den Europarat betrachten, will man ihn richtig verstehen. Es besteht übrigens eine Verbindung zwischen dem Ministerausschuß und der Versammlung, für die durch einen gemischten Ausschuß, bestehend aus 5 bis 7 Mitgliedern des Ministerausschusses und 7 Vertretern der Versammlung, darunter deren Präsident, gesorgt ist.

Der Ministerausschuß bildet bei Bedarf Ausschüsse beratenden oder technischen Charakters. Deren Mitglieder sind Experten der einzelnen Regierungen. So gibt es einen Ausschuß für Fragen der Staatsangehörigkeit, einen solchen für Probleme der Sozialversicherung etc. Die Versammlung ruft ihrerseits Kommissionen ins Leben, in denen Vertreter oder Beobachter der Parlamente sitzen.

Es würde zu weit führen, hier detailliert in die vom Europarat während seiner fünfjährigen Existenz

entfaltete Tätigkeit einzutreten. Sie ist politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und juristischer Natur.

Auf der ersten Tagesordnung der Beratenden Versammlung war eingeschrieben: das Studium einer Umwandlung der politischen Struktur Europas zwecks Herbeiführung einer engeren Vereinigung. In dieser fundamentalen Frage standen sich die Auffassungen von allem Anfang an entgegen. Die einen wünschten die Umwandlung des Europarates in eine politische europäische Behörde mit übernationalem Charakter, der die Regierungen einen Teil ihrer Souveränität abzutreten hätten, mit dem Ziel, einen Staatenbund zu verwirklichen. Die anderen waren der Meinung, daß man sich mit einer fortschreitenden Entwicklung begnügen und so etappenweise darnach trachten müsse, bereits bestehende Institutionen auf dem Gebiete der Zusammenarbeit auszubauen. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, worin sie bestätigte, daß sie als ihren Zweck die Schaffung einer politischen europäischen Behörde mit zwar limitierten, aber realen Befugnissen betrachte. Kurz darauf entstand, inspiriert von dieser Formel, der Schumanplan, der 1951 zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, führte, welcher Frankreich, Italien, die Deutsche Bundesrepublik und die Beneluxstaaten angehören. Diese sechs Länder arbeiteten später das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aus und dann, 1952, im Rahmen des Europarates selber, den Plan einer europäischen politischen Gemeinschaft.

Man konnte sich fragen, ob der Schumanplan Schule machen und zeigen würde, daß Schritt für Schritt, Sektor für Sektor, auf diesem Wege das realisiert werden könne, was man als die Integration Europas bezeichnet hat, und ob sich eine übernationale europäische Behörde errichten lasse. Die Briten und die Skandinavier waren gegenüber einer solchen Entwicklung immer sehr reserviert eingestellt. Es ließ sich also feststellen, wie sich im Rahmen des aus 15 Staaten zusammengesetzten Europarates ein kleineres Europa der sechs Staaten der Montanunion heranbildete. Beziehungen persönlicher und organischer Natur zwischen der Gruppe der 15 und derjenigen der sechs Staaten entstanden, alle mit der Absicht, die Einheit des Europarates so gut wie möglich zu erhalten. Man nannte dies den Kompromiß von Straßburg. Die Versammlungen der beiden Institutionen halten übrigens ihre Sitzungen im gleichen Raum, im Europahaus in Straßburg, und zu gleicher Zeit ab. Es finden auch gemeinsame Sitzungen statt.

Auf politischem Gebiet wurde der Beratenden Versammlung von Straßburg im Jahre 1953 ein Vertragsentwurf über die Satzungen der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt. Diese Vereinigung hätte übernationalen Charakter gehabt. Als ihre Organe waren vorgesehen: ein Parlament, bestehend aus

zwei Häusern, einer Abgeordnetenkommission und einem Senat, beide aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, eine Regierung, der Europäische Exekutivrat, und ein Gerichtshof. Im gegenwärtigen Zeitpunkt scheint dieses Projekt keine Aussicht auf Verwirklichung in naher Zukunft zu haben.

Der Europarat ist eine Rahmenassoziation geworden, in welcher sich 15 europäische Staaten mit einer allgemeinen europäischen Politik abgeben. So hat sich die Beratende Versammlung während ihrer Session vom Mai, September und Dezember 1954 hauptsächlich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft befaßt. Außerdem diskutierte sie über verschiedene Aspekte der Politik der Mitgliedstaaten und speziell über die Saarfrage. Vor dieser Konsultativversammlung hat am 20. September 1954 der französische Ministerpräsident, Mendès-France, seine Ersatzlösung der EVG vorgetragen, eine Lösung, die, wie man weiß, eine Rüstungskontrolle vorsah.

1953 sprach sich die Beratende Versammlung über ein Projekt aus, gemäß welchem Sowjetrußland eine Viererkonferenz zur Lösung der Deutschland- und Oesterreichfrage vorgeschlagen werden sollte. Ferner diskutierte sie einen multilateralen Garantiepakt, der im Rahmen der Vereinigten Nationen zwischen Rußland, den USA, Großbritannien, der Europäischen Gemeinschaft abzuschließen wäre und welchem andere Staaten beitreten könnten. Sie behandelte auch die Frage der Schaffung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der östlichen Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Erwähnt seien ferner eine Aufforderung an die Parlamente der damals an der EVG interessierten sechs Staaten, den Vertrag zur Verwirklichung dieser Gemeinschaft unverzüglich zu genehmigen, und eine Empfehlung an den Ministerausschuß, die NATO zu ersuchen, sie möge der Beratenden Versammlung des Europarates periodische Berichte über Fragen von gemeinsamem Interesse erstatten.

Auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Tätigkeit des Europarates geringer. Er erließ zuhanden der OECE Anregungen von allgemeiner Tragweite. Ein Plan von Straßburg, über den in der Versammlung 1952 abgestimmt wurde, sieht eine intensive Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Europarates und der mit diesen verfassungsmäßig verbundenen überseeischen Länder auf volkswirtschaftlichem Gebiete vor.

In sozialer Hinsicht wurden am 11. Dezember 1953 in Paris im Ministerausschuß drei Konventionen unterzeichnet. Ihr Gegenstand ist die Gleichbehandlung der Angehörigen aller Vertragsstaaten in bezug auf Gesetze und andere Vorschriften der Sozialversicherung. Ein europäischer Kodex über Sozialversicherung wird gegenwärtig von Experten der Regierungen geprüft, wobei Beobachter der Internationalen Arbeitsorganisation mitwirken. Die Beratende Versammlung befaßte sich überdies mit Problemen der Arbeits-

löhne, der Wohnungsverhältnisse und des Bodenkredites etc.

In kultureller Hinsicht versucht der Europarat, den kulturellen Austausch zu fördern und eine auf den Traditionen und Idealen Europas basierende Zusammenarbeit herbeizuführen. Am 11. Dezember 1953 wurde eine Konvention betreffend die Anerkennung von Studenausweisen und am 19. Dezember 1954 ein Kulturabkommen unterzeichnet.

Die Tätigkeit des Europarates erstreckt sich schließlich auch auf das juristische Gebiet, wie z. B. die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen in gerichtlichen Angelegenheiten, Auslieferung, Vereinfachung der Grenzformalitäten, Schaffung eines europäischen Amtes der Erfindungspatente. Eine europäische Konvention über die Wahrung der Menschenrechte und der grundsätzlichen Freiheiten wurde in Rom am 4. November 1950 unterzeichnet.

Allgemein kann man sagen, daß die Entwicklung der Tätigkeitsgebiete des Europarates gemäß den von den Vertretern der Beratenden Versammlung ergriffenen Initiativen bisher eher eine empirische war. Der Ministerausschuß bemüht sich gegenwärtig, diese Tätigkeitsgebiete zu übernehmen und sie in einem allgemeinen Plan zu koordinieren.

Die Länder, die nicht dem Europarat angehören, abgesehen von denjenigen Osteuropas, sind Oesterreich, Spanien, Finnland, Portugal, Jugoslawien und die Schweiz. Diese Länder können eingeladen werden, vollwertige Mitglieder des Europarates oder assoziierte Mitglieder zu werden, d. h. solche, die lediglich in der Versammlung und nicht im Ministerausschuß vertreten sind. (Dies ist der gegenwärtige Status der Saar.) Sie müssen sich dazu verpflichten, aufrichtig und aktiv an der Verfolgung der Ziele des Europarates mitzuarbeiten, und müssen als fähig angesehen werden, sich an diese Verpflichtung zu halten. Jedoch hat der Europarat von Anfang an den Nichtmitgliedstaaten auf Wunsch hin gestattet, an einzelnen bestimmten Aufgaben, die in den Expertenkomitees bearbeitet werden, mitzuwirken.

Uebrigens hat die Beratende Versammlung im November 1953 eine Spezialkommission gebildet und sie beauftragt, über die Interessen der Nichtmitgliedstaaten des Europarates zu wachen. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, zu prüfen, wie eine beschränkte Teilnahme dieser Länder am Europarat erleichtert werden könnte. Als die Beratende Versammlung im November 1953 diese Spezialkommission schuf, erklärte sie, daß sie nicht beabsichtige, sich in die inneren Verhältnisse der Nichtmitgliedstaaten einzumischen, daß aber die Anstrengungen des Europarates unvollständig bleiben würden, wenn sie nicht den Interessen dieser Länder Rechnung tragen würden. Der Zweck war zu versuchen, „die ganze europäische Familie zu gruppieren“.

Auf Vorschlag dieser Kommission nahm die Versammlung am 23. September 1954 eine Resolution



an, wonach einerseits die Vorkehren erweitert werden, gemäß welchen Regierungsexperten von Drittländern zur Teilnahme an den Arbeiten bestimmter Komitees, gebildet vom Ministerausschuß, eingeladen werden können und wonach andererseits parlamentarische Beobachter in möglichst weitgehendem Maße zu den allgemeinen Diskussionen der Versammlung wie auch in den Kommissionen zur Wortergreifung, nicht aber zur Stimmabgabe zugelassen werden können.

Es gibt zwei Arten von Beobachtern: Beobachter beim Ministerausschuß, die als Experten der Regierungen in den technischen Komitees sitzen und die aktiv an den Arbeiten dieser Komitees teilnehmen, und Beobachter der Parlamente. Diese gliedern sich gegenwärtig in drei Kategorien: Erstens die sechs parlamentarischen Beobachter Oesterreichs, die zu gleichen Teilen den beiden Regierungsparteien angehören und die an allen Sessionen der Versammlung teilnehmen. Sie haben indessen kein Stimmrecht. Die Stellung der österreichischen Vertretung im Europarat wurde durch einen Notenwechsel zwischen diesem und der Wiener Regierung geregelt. Die zweite Kategorie wird gebildet durch gewisse überseeische Beobachter, wie aus Kanada, Südafrika, Australien und Indien. Hier handelt es sich um Regierungsfunktionäre. Die dritte Kategorie ist die der Beobachter, die internationale Organisationen vertreten und die das Wort nur in den Kommissionen ergreifen können.

Durch eine kürzliche Resolution hat der Europarat hinsichtlich der parlamentarischen Beobachter einen Schritt vorwärts getan. Diese sollen nun ermächtigt werden, das Wort in der Versammlung zu ergreifen. Die Resolution begrenzt immerhin diese Teilnahme auf die allgemeinen Debatten. Im Prinzip können übrigens die parlamentarischen Beobachter an den allgemeinen Kommissionen der Versammlung — es hat deren sieben — teilnehmen.

Der Bundesrat ist nie offiziell angegangen worden, dem Europarat beizutreten. Als die Liste der einzuladenden Staaten zum Europarat im Jahre 1949 aufgestellt wurde, konnten wir offiziös wissen lassen, der Bundesrat würde es vorziehen, keine Einladung zu erhalten, da er wahrscheinlich gezwungen wäre, sie abzulehnen. Dieser Wunsch wurde respektiert, und wir sind den Staatsmännern dankbar, die unsere Situation verstanden haben. Seither wurden im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Europarat einige Sondierungen vorgenommen, und zwar durch Delegierte der Beratenden Versammlung. Die erste erfolgte im August 1953 durch einen dänischen Deputierten, Berichterstatter der für die Interessen der Drittländer zuständigen Spezialkommission, die zweite im September 1954 durch zwei deutsche Parlamentarier, ebenfalls Mitglieder dieser Kommission, die in Wien anlässlich der letzten Versammlung der Interparlamentarischen Union mit den Mitgliedern der Schweizer Gruppe Besprechungen führten

und die offiziös dem Präsidenten der nationalrätlichen Kommission für Auswärtiges einen Brief zustellten.

Von anderer Seite wurden wir ersucht, in einigen technischen Komitees mitzuarbeiten, so im Expertenkomitee für Patentfragen, in welchem der Bundesrat durch eine Delegation, bestehend aus Herrn alt-Bundesrichter Plinio Bolla, dem Direktor des Eidgenössischen Amtes für geistiges Eigentum und einigen Vertretern der Privatindustrie vertreten war. Die Erfahrungen, die im Schoße dieser technischen Komitees gemacht wurden, waren im ganzen günstig, und wir glauben, daß die Mitarbeit unserer Delegierten geschätzt wurde. Im Februar 1955 hat der Bundesrat entschieden, einen Beobachter in das Expertenkomitee für das Gesundheitswesen zu entsenden.

Welches ist nun heute unsere Haltung in bezug auf die Anregung von Herrn Borel?

Zunächst ist festzuhalten, daß es auf Grund eines bloßen Beschlusses der eidgenössischen Räte nicht möglich wäre, Beobachter in die Beratende Versammlung zu entsenden. Dies müßte, wie es für Oesterreich der Fall ist, durch ein Abkommen mit dem Ministerausschuß geschehen. Es wäre gemäß den Bestimmungen von Artikel 102, Ziffer 8 der Bundesverfassung Aufgabe des Bundesrates, der für die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft verantwortlich ist, ein solches Abkommen zu schließen, das hierauf den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt werden müßte.

Im Laufe der letzten zehn Jahre mußte der Bundesrat in ziemlich zahlreichen Fällen prüfen, ob und eventuell zu welchen Bedingungen unser Land einer internationalen Organisation beitreten oder in einer anderen Form sich ihrer Tätigkeit anschließen könnte. Er ging immer davon aus, daß unser Land, im Interesse eines allgemeinen Friedens und vielfach auch in seinem eigenen Interesse im engeren Sinne des Wortes, in weitgehendstem Maße im Schoße internationaler Institutionen oder mit denselben zusammenarbeiten sollte, sofern sie nicht einen wesentlichen politischen Charakter haben und sofern sie friedliche Ziele verfolgen. Dagegen muß die Schweiz darauf verzichten, an internationalen Institutionen mitzuwirken, wenn diese Mitwirkung für sie Verpflichtungen mit sich bringen würde, die mit ihrer Neutralität unvereinbar sind. Die Richtlinie, die für den Bundesrat maßgebend ist und von welcher er nie abging, war immer, beiseite zu stehen von allen Organisationen, die einen politischen oder militärischen Charakter haben, aber so aktiv wie möglich an denjenigen mitzuwirken, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf humanitärem, kulturellem, wirtschaftlichem oder technischem Gebiet erstreben und die versuchen, der Sache des internationalen und sozialen Friedens zu dienen. Unser Land, das stets Anhänger einer friedlichen Lösung der Konflikte zwischen den Staaten war, ist auch dem Statut des Internationalen Gerichtshofes beigetreten, der

von den Vereinigten Nationen geschaffen wurde und dessen Aufgabe es ist, derartige Konflikte auf Grund der Prinzipien des Völkerrechts zu regeln.

Was den Europarat anbelangt, war der Bundesrat von allem Anfang an der Meinung, daß sein politischer Charakter es der Schweiz nicht erlaube, ihm beizutreten. Er hat nie verkannt, daß eine enge Verbindung zwischen den europäischen Ländern auch für die Schweiz von Interesse ist. Es bestehen tatsächliche Bindungen geographischer, historischer, wirtschaftlicher und kultureller Art, die uns mit den in Straßburg versammelten Nationen verknüpfen. Schon Montesquieu schrieb: „Die Dinge in Europa liegen so, daß die Staaten alle von den anderen abhängen... Europa ist ein Staat, zusammengesetzt aus verschiedenen Provinzen.“ Was vor zwei Jahrhunderten galt und wahr war, gilt heute in noch vermehrtem Maße. Die Bestrebungen des Europarates können uns nicht gleichgültig sein, und sie sind es auch nicht. Und es ist nur zu wünschen, daß der Europarat eines der Anzeichen für das Nahen einer dauernden, den Frieden und die Sicherheit unseres Kontinents garantierenden Ordnung sein werde.

Aber wir müssen die Sache von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten. Die Ereignisse der letzten Jahre, die Entwicklung des Europarats selber, zeigen uns, wie weit wir heute noch entfernt sind von einer wirklichen Union der europäischen Länder. Nicht bloß gruppiert der Europarat nur eine kleine Anzahl von europäischen Ländern. Zahlreiche wichtige Probleme, die sich zwischen den Mitgliedstaaten stellen, blieben bisher ohne Lösung. Die politische Rolle schließlich, die sich der Europarat beigelegt hat und die uns von allem Anfang an zu größter Vorsicht mahnen mußte, wird mehr und mehr betont. So scheint der Europarat die Grundlagen zu einer eigentlichen europäischen Außenpolitik legen zu wollen und die Bande mit den europäischen Institutionen militärischen Charakters zu verstärken. Obwohl er keine Kompetenzen auf dem Gebiet der Landesverteidigung hat, ja obwohl seine Statuten diese Kompetenzen sogar ausschließen, behandelt der Europarat militärische Probleme. Das Projekt der EVG und dann die Pariser Verträge über die Bewaffnung Westdeutschlands wurden in seinem Schoße diskutiert. Die vom Europarat verfolgten Ziele, deren Berechtigung wir nicht diskutieren, und seine ganze Tätigkeit hindern die Schweiz, um ihren Beitritt nachzusuchen. Dieser wäre nicht denkbar, ohne daß wir uns von der bisher verfolgten Neutralitätspolitik entfernen würden.

Man kann sich fragen, ob wir nicht als assoziiertes Mitglied an den Arbeiten des Europarates teilnehmen könnten. Die Schöpfer des Statuts haben zwei Kategorien von Mitgliedern vorgesehen: die eigentlichen Mitglieder und die assoziierten. Hinsichtlich dieser zweiten Kategorie denkt das Statut aber nicht an Staaten, die nur an gewissen Arbeiten

des Europarates mitwirken sollen, sondern an solche, die nicht die volle Souveränität genießen. So ist die Saar assoziiertes Mitglied. Die Schweiz könnte nicht in diese Kategorie eingereiht werden.

Es stimmt, daß sich der Ministerausschuß bereit erklärt hat, mit denjenigen Staaten, die Nichtmitglieder sind und die an gewissen Aufgaben des Europarates teilzunehmen wünschen, Abkommen zu schließen, die die Modalitäten dieser Teilnahme regeln würden. Aber selbst wenn es möglich wäre, eine Formel zu finden, die es erlauben würde, der speziellen Stellung unseres Landes im Europarat Rechnung zu tragen, und selbst wenn diese Stellung im Europarat Anerkennung fände, befände sich die Schweiz in einer zweideutigen Lage, die gelegentlich unliebsame Folgen zeitigen und das Vertrauen beeinträchtigen könnte, welches ihre Neutralität einflößt.

Bleibt die Frage der parlamentarischen Beobachter, die einzige Frage übrigens, die vom Interpellanten aufgeworfen worden ist.

Die Struktur des Europarates und die Mannigfaltigkeit der mit ihm verknüpften Gemeinschaften lassen uns über das Dilemma nicht im unklaren, in das schweizerische Beobachter, die in Wirklichkeit Delegierte wären, geraten würden. Sie hätten, wohlverstanden, keinen Zutritt zum Ministerausschuß. Dagegen wären sie ein Teil der Versammlung, mit einem anderen Statut als dasjenige der Delegierten der übrigen Länder. Sie könnten zwar an den allgemeinen Diskussionen teilnehmen, aber sie müßten schweigen, sobald spezielle Probleme im Spiel wären. Ein Stimmrecht hätten sie nicht. Sie wären halb Zuschauer oder Zuhörer, halb Schauspieler oder Redner, und ihre Interventionen so gut wie ihr Stillschweigen könnten als Verlegenheitsgeste wirken und Gegenstand zweifelhafter und bestreitbarer Interpretationen bilden. Sie könnten veranlaßt werden, da und dort die spezielle Stellung der Schweiz in Europa zu betonen und ihre Haltung zu erklären und zu begründen. Allerdings, das Statut sieht es vor, würden ihre Erklärungen wie diejenigen der anderen Delegierten nur sie selber verpflichten. Aber es ist sicher, daß sie sich so oder so, so geringfügig auch der Anlaß sein könnte, als Vertreter der Eidgenossenschaft ausdrücken würden, ohne daß diese, die, wie schon erwähnt, keinen Delegierten im Ministerausschuß hat, in der Lage wäre, ihre Stimme offiziell vernehmen zu lassen. Dazu kommt, daß die Außenpolitik gemäß Verfassung in die Kompetenz des Bundesrates fällt, unter Kontrolle der eidgenössischen Räte und des Volkes. Kurz gesagt, die schweizerischen Beobachter befänden sich in einer unbefriedigenden Lage. Sie wären Vertreter der Schweiz, ohne sie zu vertreten. Sie wären gegenüber den Delegierten der Mitgliedstaaten des Europarates zurückgesetzt. Wenn es sich für uns nur darum handeln könnte, informiert zu werden, und wenn



unsere Delegierten nur passiv an den Debatten teilnehmen könnten, wäre ihre Anwesenheit unnütz. Die Debatten sind öffentlich. Die Presse berichtet darüber. Wir haben schon einen offiziellen Beobachter, unseren Generalkonsul in Straßburg, der beauftragt ist, uns über das, was sich im Europarat ereignet, zu orientieren.

Ganz anders lag das Problem unserer Beziehungen zur Montanunion, die der Interpellant angeführt hat. 75 Prozent der schweizerischen Kohlenimporte und der Importe der Stahlindustrie stammen aus den sechs Ländern, die die Montanunion bilden. Wir mußten mit ihnen die Probleme der Versorgung, der Preise und der Transporte regeln. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser technischen Faktoren für unser Land ist eminent. Das war der Grund, weshalb der Bundesrat beschloß, eine Delegation bei der Hohen Behörde in Luxemburg zu akkreditieren. Diese Delegation muß mit einer diplomatischen Mission bei einem anderen Staat verglichen werden. Man kann nicht daraus ableiten, daß die Entsendung von Beobachtern nach Straßburg eine logische Folge der Entsendung einer Delegation zur Montanunion wäre. Es besteht kein Anlaß, mit dem Europarat über Fragen zu verhandeln, die für die Schweiz von Interesse sind, sondern es geht darum, in einer reduzierten Art und Weise an seinen Arbeiten mitzuwirken. Die Probleme Montanunion und Europarat können nicht verbunden werden. Man kann sogar weitergehen und bekräftigen, daß sie nicht einmal analoger Natur sind.

Der Bundesrat ist daher zum Entschluß gekommen, daß der Zeitpunkt für die Schweiz, parlamentarische Delegierte an die Straßburger Versammlung zu entsenden, noch verfrüht ist. Dagegen hält er dafür, daß unser Land die Bestrebungen der im Europarat vertretenen Staaten durch die Entsendung von offiziellen Experten in die technischen Ausschüsse unterstützen soll, wo ihre Dienste willkommen sein können. Diese Art der Mitarbeit, die jeden politischen Aspekt ausschließt, kann sich in praktischer Hinsicht als nützlich erweisen.

Die Interpellanten und von unseren Mitbürgern vor allem die entschlossenen Anhänger der europäischen Idee, eines europäischen Föderalismus, einer engeren in einer politischen Organisation, einem Staatenbund oder einem Bundesstaat gruppierten Verbindung der europäischen Länder, werden die Haltung des Bundesrates möglicherweise als enttäuschend empfinden. Ich begreife dies, aber ich wiederhole, es ist nicht die Idee an sich, die in Frage gestellt ist. Man kann im Gegenteil nur wünschen, daß sie ihren Weg machen und sich eines Tages verwirklichen lassen wird und daß aus Europa eine Gemeinschaft entsteht, welche die Verschiedenheiten der von ihr umfaßten Staaten respektiert.

Die Schweiz müßte sich nur dann Gedanken machen, wenn ihre gegenwärtige Zurückhaltung eine

derartige Evolution der Dinge beeinträchtigen könnte. Aber wir müssen uns doch bewußt sein, daß auch heute noch die Beziehungen der Staaten untereinander der Beziehungen der Macht und der Gewalt sind und daß die Lösung der politischen Probleme, die den Frieden gefährden, im wesentlichen von den Großstaaten abhängt, handle es sich nun um Weltprobleme oder um solche Europas. Die internationalen Organisationen, die sich mit derartigen Problemen abgeben, können sie nur in dem Maße lösen, in welchem die Großstaaten unter sich über eine Lösung einig werden.

Die Zukunft Europas ist mit der Regelung der Probleme, die die Großmächte trennen, und mit der Entwicklung ihrer Innenpolitik verbunden. Ob die Schweiz heute in Straßburg vertreten ist oder nicht, ist für den Erfolg oder den Mißerfolg der Anstrengungen, die zugunsten einer Vereinheitlichung Europas unternommen werden, irrelevant. Es scheint mir, daß wir ohne Bedenken uns der heutigen Situation anpassen können. Die Schweiz hält sich beiseite, was keineswegs hindert, daß Verbände und Gruppen sich an den europäischen Problemen interessieren, diese studieren und die öffentliche Meinung der Schweiz unterrichten. Die Schweiz ist ein Teil Europas; darum ist die Zukunft Europas auch diejenige der Schweiz.

Die kleinen Staaten müssen der Versuchung widerstehen können, eine Rolle außerhalb der ihnen durch ihre materielle Schwäche und die Bescheidenheit ihrer Mittel gezogenen Grenzen zu spielen. Das bedeutet nicht, daß sie keinerlei Verantwortung hätten und daß sie auf alle und jede Mitarbeit verzichten und sich passiv verhalten müßten. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß für sie zwar die Zurückhaltung von den großen politischen Kontroversen, bei denen sich ihre Stimmen vergeblich Gehör zu verschaffen suchen würden, ein Gebot der Klugheit und der Vorsicht ist, daß es aber zu ihren Pflichten gehört, von sich aus oder wenn sie darum angegangen werden, Dienste zu erweisen und Aufgaben zu übernehmen, die der Herbeiführung und der Erhaltung des Friedens förderlich sind.

Die verneinende Antwort, die der Bundesrat auf die durch die Interpellation gestellte Frage erteilt, will nicht heißen, daß die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen nicht sehen will oder daß ihr die Bestrebungen, die Einheit Europas zu verwirklichen, gleichgültig seien. Sie bedeutet vielmehr einfach, daß unser Land auch heute noch, wie ehemals, getreu seiner Neutralität, unter Wahrung der ihm durch diese auferlegten Zurückhaltung, aber indem es sich für diejenigen Aufgaben zur Verfügung hält, die mit der Neutralität irgendwie verbunden sind, den Interessen des Friedens und mithin auch denjenigen von Europa, an dessen Schicksal es geschnitten ist, am besten dienen kann.

# Neubeginn und Kontinuität der Europapolitik seit 1945

Von Wilhelm Cornides

## Zur Klärung der Begriffe

Integration hat, was meist übersehen wird, mit Integrität zu tun. Es ist nicht das Zusammenleimen heterogener Bruchstücke damit gemeint, sondern das „Heilmachen“ eines zerfallenden oder vergifteten Lebensbereiches zu einem ganzen, „integren“ Stück Welt. Integriert ist ein Ganzes, wenn es nicht nur durch äußeren Zwang zusammengehalten wird, sondern durch „geprägte Form, die lebend sich entwickelt“. An einem solchen Zustand ist nichts statisch. Er kann als weltoffene Ganzheit bezeichnet werden. Die volle Integrität ist nur in der Idee dieser Ganzheit gegeben. Jeder Versuch, sie durch politische Gestaltung zu verwirklichen, ist nur Annäherung an die Idee und bleibt Stückwerk.

Im Leben der Einzelnen wie der Völker gibt es immer wieder Augenblicke, in denen das ganze bisherige Dasein in Frage gestellt scheint und der Blick in die Zukunft sich wie vor einer schwarzen Wand verschließt. Erschütterungen dieser Art werden selten nur durch äußere Ereignisse hervorgerufen. Sie sind fast immer auch Zusammenbrüche von Scheinwelten, die dem Druck der Wirklichkeit nicht mehr standhalten. Solche Krisen können, je nach der Haltung der beteiligten Menschen, integrierend und desintegrierend wirken. Die Versuchung, in eine neue Scheinwelt zu flüchten, ist dann besonders groß. Nur selten geht der Blick zu den Wurzeln der Täuschungen. Die unbewältigte Vergangenheit blockiert die Zukunft, die dann nur „die schlechte Gegenwart der kommenden Zeit“ ist<sup>1</sup>. Es liegt aber immer in unserer Macht, eine neue, geschichtliche Stunde anfangen zu lassen, als ob sie die erste wäre. Dazu gehört mehr als der Entschluß, die Vergangenheit über Bord zu werfen und unbeschwert in die Zukunft zu segeln. Das Vergan-

gene läßt sich nicht auslöschen. Es muß „im Geiste wiedererschaffen“<sup>2</sup>, das heißt von der geschichtlichen Zeit abgelöst, durch Verstehen objektiviert und durch ein Untertauchen im außergeschichtlichen Sein gereinigt sein, wenn es ein schöpferisches Element der Zukunft werden soll. Ein solcher Neubeginn muß sich auf das Ganze der vorangegangenen Bemühungen beziehen, um fruchtbar zu werden. Daher steht er unter dem Zwang der Kontinuität.

Goethe spricht einmal von der großen Schwierigkeit ganzheitlicher Analysen, die darin liegt, „daß man das Innere und Aeußere parallel oder vielmehr verflochten betrachten muß. Es ist immer Systole und Diastole, Einatmen und Ausatmen des lebendigen Wesens.“ In diesem Sinne wird auf den folgenden Seiten von Neubeginn und Kontinuität der Europapolitik seit 1945 gesprochen. Es werden einzelne Ansätze der Integrationspolitik mit tonangebenden Begriffen, wie „Dritte Kraft“, „Europa der Sechs“, „Atlantische Gemeinschaft“ und „kompetitive Koexistenz“ annähernd umschrieben, als ob es sich dabei um getrennte Einheiten handelte. In Wirklichkeit sind natürlich alle diese Phasen miteinander verflochten oder spielen sich nebeneinander ab. Außerdem wird unterstellt, daß zwischen ihnen eine Kontinuität besteht, weil sie alle, wenn auch unter verschiedenen Voraussetzungen, die Gestaltung der europäischen Völkergemeinschaft anstreben, so wie die Phasen einer anderen Geschichtsepoche das Gemeinsame hatten, daß sie primär auf die Integrität der einzelnen Nationen ausgerichtet waren. Dieser Gedanke soll hier nicht als Axiom aufgestellt werden, sondern nur als eine Arbeitshypothese, deren Richtigkeit in dieser und in weiteren Untersuchungen zu erhärten wäre.

## Das Europa der „dritten Kraft“

### *Regionale Sicherheit und kollektive Selbstverteidigung*

Heute spricht man vielfach von einem europäischen regionalen Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen. Vor zehn Jahren sagte man dafür kürzer: „Europa der dritten Kraft.“ Es ist gut, daß dieses Schlagwort aus der Mode gekommen ist. Aber man darf deshalb nicht glauben, daß es sich bei der neuen Terminologie auch um eine neue Idee handelt. Ein kurzer Rückblick kann hier auch für die Zukunft gute Dienste tun.

Die Organisation der Vereinten Nationen wurde, wie schon der Genfer Völkerbund, als universales

System der kollektiven Sicherheit konzipiert. Im Gegensatz zur Völkerbundssatzung wurde dem regionalen Gedanken im VIII. Kapitel der Charta der Vereinten Nationen ein verhältnismäßig breiter Raum geschaffen. Die dort in Artikel 52 bis 54 vorgesehenen regionalen Vereinbarungen und Einrichtungen schufen die Möglichkeit einer Dezentralisation des Systems der kollektiven Sicherheit, ohne seinen universalen Charakter zu beeinträchtigen. Die entscheidende Instanz blieb der Weltsicherheitsrat, ohne dessen Ermächtigung die regionalen Körperschaften keine Zwangsaktionen einleiten durften. Diese schon im



Entwurf von Dumbarton Oaks enthaltenen Bestimmungen gewannen ein neues Gesicht, als das in Jalta beschlossene Abstimmungsverfahren des Sicherheitsrates in die Charta eingebaut wurde. Die Gefahr eines „verfahrensrechtlichen Kurzschlusses“ der kollektiven Sicherheit, die an anderer Stelle in dieser Folge dargelegt wird<sup>3</sup>, blieb schon auf der Konferenz von San Francisco nicht unerkannt. Die amerikanischen Staaten hatten sich bereits ihr eigenes regionales Sicherheitssystem geschaffen, das sie nicht der Gefahr einer Lähmung durch das Vetorecht des Sicherheitsrates aussetzen wollten<sup>4</sup>. Als Ergebnis der sogenannten „lateinamerikanischen Krise“ wurde der Artikel 51 in das VII. Kapitel der Charta (Vorgehen bei Friedensbedrohungen, Friedensbrüchen und Angriffshandlungen) aufgenommen. Er bestätigt den Staaten ausdrücklich das Recht der „individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“, wenn und solange nicht „der Sicherheitsrat die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren“. Die Charta läßt also, gleichsam mit einem lachenden und einem weinenden Auge, zwei Arten von subsidiären regionalen Sicherheitssystemen gelten, sehr zum Leidwesen der Völkerrechtler, die sich vergeblich bemühen, zu einer klaren Abgrenzung zu kommen. Tatsächlich ist es in das Belieben jedes Mitgliedstaates gestellt, ob er seine Sicherheitspolitik mehr auf das Dur des VIII. Kapitels oder auf das Moll der Nothilfeklausel des Artikels 51 abstellen will.

#### Der außenpolitische Hintergrund der „dritten Kraft“

In der Euphorie der Friedenshoffnungen von 1945 blieb die Nothilfeklausel im Hintergrund. Die Männer, die sich damals zuerst darum bemühten, Voraussetzungen für einen engeren Zusammenschluß der europäischen Staaten zu schaffen, waren ängstlich darauf bedacht, jeden Anschein einer anti-sowjetischen Blockbildung zu vermeiden. Außerdem überwog in den politisch verantwortlichen Kreisen der Wunsch, das universale Sicherheitssystem der Vereinten Nationen auszubauen, bei weitem das Bedürfnis nach regionalen Sonderlösungen im Sinne des VIII. Kapitels der Charta. So hat z. B. Ernest Bevin im Dezember 1945 — in einer außenpolitischen Debatte des Unterhauses, die vor allem auch die Frage der Kontrolle

der Atomwaffen behandelte — die Forderung nach einem Weltparlament erhoben, auf die er noch am 13. Juni 1947 in seiner Antwort auf die Havardrede *Marshalls* zurückkam. Als im Sommer 1947 die Union der Europäischen Föderalisten konstituiert wurde, berief sich die Präambel ihrer Satzung nicht nur auf das föderalistische Programm von Hertenstein und seine Forderung nach einer Europäischen Union als „regionale Körperschaft im Sinne des Artikels 52 der Charta“, sondern ausdrücklich auch auf das Luxemburger Programm der „Bewegung für föderalistische Weltregierung“.<sup>5</sup>

In diesem Klima gedieh die Vorstellung von einem Europa, das sich als „dritte Kraft“ selbständig vermittelnd zwischen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten stellen würde. Der Begriff der „dritten Kraft“ ist in der französischen Innenpolitik entstanden und bezog sich zunächst auf den sozialistischen Humanismus, den Léon Blum im Zweifrontenkrieg gegen den Kommunismus und den „Cäsarismus“ *de Gaulles* einsetzen wollte. Die Uebertragung dieser Konzeption auf Europa traf nur sehr bedingt zu. Es war ein „unbehaustes“ Europa, das sich — ohne eigene Mitte und ohne feste Grenzen — nahezu in jedes weltpolitische System hineindenken ließ, solange die internationale Situation im Fluß war. Nachdem sich in den zehn Monaten zwischen der Harvardrede *Marshalls* und dem Prager Fenstersturz Jan *Masaryks* am 10. März 1948 um die Zentren Washington und Moskau feste Machtblöcke gebildet hatten, wurde die Idee einer frei schwebenden „dritten Kraft“ unaktuell. Sobald sich, seit Ende 1952, die ersten Zeichen einer internationalen Entspannung zeigten, tauchte sie wieder auf. Da nun dem Gedanken einer „dritten Kraft“ das Stigma der politischen Unzuverlässigkeit anhaftete, wurden die unverdächtigen Bestimmungen der Charta als Alibi herangezogen, und man sprach nun von dem, was schon 1945 gemeint war, nämlich von einem regionalen Sicherheitssystem im Sinne des VIII. Kapitels der Charta. Die Machtblöcke des Westens und des Ostens sind aber deshalb noch nicht verschwunden, und die Frage, wie sie einem universalen System der kollektiven Sicherheit eingebaut werden sollen, bleibt bestehen.

#### Die „Atlantische Gemeinschaft“ und das „Europa der Sechs“

##### Die Metamorphose der Vertragssysteme

Es war nicht zu erwarten — und ist auch im Grunde nicht erwartet worden —, daß die gewaltigen Machtverlagerungen, die der Zweite Weltkrieg in Europa wie in Asien auslöste, von dem gerade erst auf dem Papier stehenden Sicherheitssystem der Vereinten Nationen gebändigt werden würden. Die entscheidenden Sicherheitsprobleme, insbesondere die Abrüstungsfrage, konnten mit Aussicht auf Erfolg erst dann in Angriff genommen werden, wenn sich das

gestörte Gleichgewicht zwischen den Großen Mächten wieder einigermaßen gefestigt hatte. Wenn wir uns daran erinnern, daß *Hitler* noch in den letzten Tagen seines Bunkerdaseins — wie wir heute wissen, nicht ganz ohne Grund — darauf hoffen konnte, die große Allianz des Krieges würde kurz vor dem Endsieg auseinanderbrechen, dann wird uns das davor bewahren, die Ost-West-Spannungen des vergangenen Jahrzehntes über Gebühr zu dramatisieren. Sie bleiben noch gefährlich genug, wenn man sie nicht mit dem Maß-

stab der euphorischen Friedensfassungen von 1945, sondern mit nüchternem Blick für die Realitäten der Machtpolitik in einer „geschundenen Welt“ mißt.

Die „Metamorphose der Vertragssysteme“ nach dem weltpolitischen Wettersturz von 1947/48, die an anderer Stelle in dieser Folge des Europa-Archivs eingehend untersucht wird<sup>8</sup>, kam formal dadurch zum Ausdruck, daß sich der Schwerpunkt der regionalen Vereinbarungen vom VIII. Kapitel der Charta auf die Nothilfeklausel des Artikels 51 verlagerte. Sowohl in der Vandenberg-Resolution vom 11. Juni 1948<sup>7</sup>, wie in den späteren Erklärungen der verantwortlichen Staatsmänner bei der Vorlage des Atlantikpaktes<sup>8</sup>, wurde einheitlich und expressis verbis darauf hingewiesen, daß die Schaffung eines subsidiären Sicherheitssystems im Sinne des Artikels 51 beabsichtigt war. Das sowjetische Bündnissystem wurde zunächst implicite mit einer anderen Ausnahmebestimmung der Charta, nämlich Artikel 107 (Vorübergehende Sicherheitsbestimmungen, Vorgehen gegen ehemalige Feindstaaten), begründet<sup>9</sup>. Aber mit der Warschauer Vereinbarung vom 14. Mai 1955<sup>10</sup> ist die Fiktion eines primär gegen Deutschland und (im Falle des sowjetisch-chinesischen Vertrages von 1950) gegen Japan gerichteten Sicherheitssystems aufgegeben und gleichfalls der Artikel 51 in Anspruch genommen worden.

Damit sind auch die Einwände hinfällig geworden, die von der Sowjetunion gegen die Anwendung des Artikels 51 auf den Atlantikpakt erhoben wurden<sup>11</sup>. Es handelt sich hier nicht um formale Gesichtspunkte, sondern um die Feststellung, daß das universale Sicherheitssystem der Vereinten Nationen nicht durch den Ost-West-Konflikt gesprengt wurde, wie der Völkerbund durch den Austritt Deutschlands, Italiens und Japans. Sicher war die Bildung der Paktsysteme ein Rückschritt gegenüber der Idee der „einen Welt“. Die Organisation der Vereinten Nationen war aber elastisch genug, um sich der neuen Situation anzupassen. Ihr Bedeutung für die Lösung weltumspannender Probleme, insbesondere der Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle, kann sich ebenso in wenigen Monaten wieder erhöhen, wie sie 1947/48 nahe an den Nullpunkt absank. Die subsidiären Sicherheitssysteme stehen immer noch mit der universalen Sicherheitsorganisation und, bis zu einem gewissen Grade, auch untereinander in Verbindung. Zu keinem Zeitpunkt seit 1945 konnten die Paktsysteme als völlig voneinander isolierte Machtblöcke gelten, wenn auch das Bewußtsein ihrer Interdependenz von den machtpolitischen Spannungen verdrängt wurde.

Zeitweilig galt die „Totale Diplomatie“, das heißt die Unterordnung aller wirtschaftlichen, politischen, sozialen und psychologischen Probleme unter den Gesichtspunkt der Sicherheit als das einzige Mittel der Kriegsverhütung<sup>12</sup>. Das war aber zum guten Teil auch bewußte propagandistische Übersteigerung des

Verteidigungsgedankens mit dem Ziel, die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten und in Europa auf größere Wehrbudgets vorzubereiten: das durch den Atlantikpakt zusammengefaßte westliche Sicherheitssystem konnte nicht „total“ werden, ohne seine Daseinsberechtigung zu zerstören, die in dem Schutz der Freiheit lag.

#### *Hauptaufgaben der Integration 1948—1955*

Wer bereit ist, über die im Zeitalter der Massendemokratie wahrscheinlich unvermeidliche Psychose der Tagespolitik hinwegzusehen, muß feststellen, daß die westliche Welt die schwierigste Phase der Wiederaufrüstung durchschritten hat, ohne ihrer Wesensbestimmung als „freie“ Welt untreu zu werden. Das Sonderproblem der Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen hat die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit weit über Gebühr beansprucht. Darüber ist fast vergessen worden, daß die Verteidigungsorganisation des Atlantikpaktes aus dem Nichts aufgebaut wurde, ohne daß deshalb der Ruf nach „Kanonen statt Butter“ erhoben werden mußte. Vielmehr war es möglich, gleichzeitig eine freie Wirtschaft- und Sozialordnung aufzubauen, die nicht nur die Kriegsschäden beseitigte, sondern gegenüber der Vorkriegszeit erhebliche Verbesserungen der Produktionsleistungen und des Lebensstandards erzielte.

In diesem großen Rahmen muß auch die europäische Integrationspolitik der Jahre 1948 bis 1955 gesehen werden, wenn man sie verstehen und gerecht beurteilen will<sup>13</sup>. Zwei Hauptprobleme waren dabei zu lösen: die Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Unterbaues und der Aufbau des politischen Gefüges Westeuropas als Bestandteil der freien Welt. Wir wollen hier die wirtschaftlichen und sozialen Probleme ausklammern, weil sie im nächsten Abschnitt behandelt werden. Bei den politischen Problemen ist zu unterscheiden zwischen solchen, die sich aus der Ordnung der Beziehungen zwischen den einzelnen regionalen Gruppen innerhalb des Atlantikpaktes ergeben auf der einen, und den Verfahrensfragen der westeuropäischen Integration auf der anderen Seite. Dabei ergeben sich viele Überschneidungen, denn die Verfahrensfragen der Integration hängen weitgehend von der Abgrenzung der Staatengruppen, diese wieder von den Beziehungen zu den anderen regionalen Gruppen ab.

#### *Die regionalen Untergruppen*

Hinsichtlich der politischen Ordnung der Atlantikpaktgruppe lassen sich hauptsächlich drei Konzeptionen unterscheiden. Die Vertreter der Konzeption der „Atlantischen Gemeinschaft“ gehen davon aus, daß regionale Sondergruppen innerhalb des Atlantikpaktes überflüssig sind. Sie wollen die Tätigkeit des Atlantikrates — entsprechend dem Artikel 2 des Atlantikpaktes — auch auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bereiche ausgedehnt sehen und ent-



sprechende Institutionen dafür schaffen. Dann gibt es eine „Zwei-Säulen-Theorie“, nach der die atlantische Gruppe zwei Untergruppen umfassen soll, die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft, die ihrerseits Großbritannien und das Commonwealth und die Nationen des westeuropäischen Festlandes umfassen soll. Schließlich gibt es noch Varianten einer „Drei-Kreise-Theorie“. Nach der einen Variante, die Sir Winston Churchill gelegentlich vertreten hat, sollen ein westeuropäischer Staatenbund, das Commonwealth und die Atlantische Gemeinschaft als „konzentrische Kreise“ mit Großbritannien als gemeinsamem Schnittpunkt ineinanderwachsen. Die andere Variante, die bis zum Scheitern der EVG vor allem von der deutschen Regierung mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, Italiens und der Beneluxländer sowie französischer Kreise um Robert Schuman verfochten wurde, stellte einen aus den sechs Schumanplan-Ländern zu bildenden kontinentaleuropäischen Zusammenschluß als selbständige Einheit neben das Commonwealth und die Vereinigten Staaten.

Den Wechselbeziehungen, die zwischen diesen verschiedenen Konzeptionen und den einzelnen Integrationsverfahren, wie zum Beispiel Föderalismus und Funktionalismus, Internationalität oder Supranationalität, bestehen, kann hier nicht nachgegangen werden. Es muß genügen, festzustellen, daß das Schwerkraft bisher überwiegend bei außenpolitischen Entscheidungen liegt. Sind diese, wie etwa bei der Ablehnung der EVG durch Frankreich, einmal gefallen, so passen sich die Integrationsverfahren fast automatisch der neuen Situation an. Dies bedeutet, daß auch die Rückkehr zur Konzeption eines regionalen europäischen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen, zum Gedanken der „Dritten Kraft“ also (oder zu einer auf diesem Wege liegenden Zwischenlösung), nicht unter allen Umständen das Ende der Integrationspolitik bedeuten muß. Es steht keineswegs fest, daß Fortschritte in Richtung auf ein universales Sicherheitssystem nur durch die Auflockerung der bereits geschaffenen regionalen Ordnung erkauft werden können. Andererseits ist es aber ebenso falsch wie gefährlich, zu glauben, die geschichtliche Entwicklung werde den europäischen Zusammenschluß zwangsläufig herbeiführen. Es gibt immer auch die Möglichkeit des geschichtlichen Rückschritts, des Abfalls von einer Idee, für die zwar die Zeit reif, aber die Menschen zu klein waren.

#### Das „Europa der Sechs“

Innerhalb der begrenzten regionalen Kombinationsmöglichkeiten politischer Ordnungen nimmt das „Europa der Sechs“ eine Sonderstellung ein. Sicher liegt auch hier vor allem das Ergebnis einer bestimmten außenpolitischen Konstellation vor, die sich Anfang 1948 ankündigte, 1950/52 ihren Höhepunkt erreichte und am 30. August 1954 zu einem vorläufi-

gen Ende kam. Und doch wäre es falsch, das Zusammentreffen des Rheinländers Konrad Adenauer mit dem Lothringer Robert Schuman und dem Triestiner Alcide De Gasperi und ihr Ergebnis, die Montanunion, nur dem Zufall oder den „4 K“ Kurt Schumachers (Katholizismus, Klerikalismus, Kapitalismus, Kartellismus) zuzuschreiben. Man sollte zumindest die Möglichkeit offenlassen, daß durch die einmalige politische Konjunktur dieser Jahre und auf dem Hintergrund der beiden letzten „europäischen Bürgerkriege“ von 1914/18 und 1939/45 tiefere Schichten der europäischen geistigen Substanz, bis hinunter zu dem sagenhaften karolingischen Erbe, in Bewegung geraten sind. Was bisher in dem „Europa der Sechs“ einen höchst unvollkommenen Ausdruck fand, war nichts anderes als das Bewußtsein, daß der alte Kontinent über noch unausgeschöpfte „Reserven der Geschichtlichkeit“ (Gehlen) verfügt, deren Wirkung durch die nationalstaatliche Ordnung gehemmt wird. Warum soll nicht das, was man jedem kunstbeflissenen Museumsbesucher zubilligt, daß nämlich ein Kunstwerk in der Begegnung mit einem aufgeschlossenen Betrachter zu neuem Leben erwachen kann, auch in der Politik wirksam werden? Das würde bedeuten, daß bestimmte Epochen der Vergangenheit, die nur durch Museumsstücke in die Gegenwart hineinragen, noch einmal zu tragenden Elementen der Zukunft werden können. Wenn man den italienischen Kleinstaaten des ausgehenden Mittelalters die Kraft zu einer solchen Renaissance zusprechen muß, so sollte man sie den europäischen Mittelstaaten der ausgehenden Neuzeit nicht von vornherein aberkennen.

Der Begriff der Humanität Europas, wie ihn Hugo von Hofmannsthal 1917 in seinem Vortrag „Ueber die europäische Idee“ skizziert hat<sup>14</sup>, umfaßt wie alle Kulturbegriffe relativ hohe und niedere Möglichkeiten. Er wurde im 19. Jahrhundert nicht bereichert, sondern nur konsolidiert zu einem „Musterbild und Modell der Weltwohlfahrt“, dessen Utilitätscharakter „sich dem Pathos der Person versagt“. Inzwischen ist noch ein weiterer Rückschritt festzustellen, in dem die Idee des Friedens, selbst in dieser verflachten Form, abhanden gekommen ist und durch den gallertartigen Begriff der kollektiven Sicherheit ersetzt wurde. Durch einen frei schwebenden „europäischen Geist“, der nichts anderes ist als die existentielle Flucht heimatloser Intellektueller, wird dieser Tiefpunkt nicht überwunden werden können. Das „Europa der Sechs“ bildet eine Herausforderung anderer Art. Es ist nicht nur der Bereich, in dem sich einmal Latinität, Christentum und Germanentum zur Wirklichkeit des Abendlandes verbunden haben, sondern auch das Gebiet reichster Energievorkommen und Rohstofflager. Wenn sich hier Kräfte regen, die noch einmal „das Ganze fordern und das Ganze gestalten“ wollen, so finden sie ihr Feld tiefer ungepflügt als an irgend-

einer anderen Stelle der Welt. Dafür sorgt allein schon der deutsch-französische Gegensatz. Durch ihn werden alle ungelösten Spannungen der alten Welt wie in einem Brennspiegel zusammengefaßt, so daß man schon von einem „Europa der Zwei“ gesprochen hat. Das „Europa der Sechs“ war zu klein, um diese Spannungen allein zu lösen, doch bleibt die geschichtliche Sonderstellung dieses Raumes bestehen.

Ueber die deutsche Frage kann in diesem Zusammenhang nur kurz gesprochen werden. Gewiß nicht, weil etwa ihre Bedeutung unterschätzt würde: das Problem der Stellung Deutschlands in Europa ist mit allen übrigen europäischen Problemen unlösbar verflochten. So verschieden die Vorstellungen des Westens und des Ostens über die künftige politische Ordnung in Europa sind, in einem Punkt besteht Einigkeit: nämlich darin, daß die Friedensregelung für Deutschland und die politische Organisation Europas zwei Seiten des gleichen Problems sind. Mit der sowjetischen Besatzungszone und den Gebieten östlich der

Oder-Neiße-Linie hält die Sowjetunion Trümpfe in der Hand, denen der Westen in Europa nichts Gleichwertiges entgegenhalten kann.

Es ist schwer, sich die Räumung der vorgeschobenen Machtpositionen der Sowjetunion in Europa anders als in Form des allmählichen Uebergangs zu einem die beiden subsidiären Machtsysteme überwölbenden Sicherheitssystem für ganz Europa vorzustellen. Dabei steht die Idealform eines europäischen regionalen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen in weiter Ferne. Die Wiedervereinigung Deutschlands allein darauf abzustellen würde bedeuten, zumindest für die nähere Zukunft, der deutlich spürbaren Tendenz zur Nichtwiedervereinigung mit allen ihren Gefahren Vorschub zu leisten. Die vordringlichste noch ungelöste Aufgabe der Europapolitik besteht darin, hier nach regionalen Zwischenlösungen zu suchen, die nicht von der Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Organisation der Vereinten Nationen abhängig sind.

### Europa im Zeichen der kompetitiven Koexistenz

#### *Die Ziele der sowjetischen Außenpolitik*

Bisher sind bei unseren Ueberlegungen die Beziehungen der westlichen Welt zum sowjetischen Machtsystem außer Betracht geblieben. Solange man von einem Europa der „dritten Kraft“ träumte, mußte sich die Sowjetunion diesem Wunschbild einfügen. Die Rückkehr zu dem Gedanken eines europäischen regionalen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen bringt zumindest die Versuchung mit sich, die besondere Dynamik des Sowjetstaates zu verkennen und ihn im Sinne der kollektiven Sicherheit für „satisfaktionsfähig“ zu erklären. In der Betrachtung von *Vlekke*<sup>15</sup> sind die Ziele und Absichten der sowjetischen „Außenpolitik“ so klar herausgestellt worden, daß hier auf eine Wiederholung verzichtet werden kann. *Vlekke* kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion, unabhängig von jeder Bedrohung, versuchen wird, Konflikte zwischen den Mächten der westlichen Gruppe zu fördern und sie durch „innere Differenzen zu zersetzen“. Mit einer Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses ist daher nicht zu rechnen, solange noch ein Rest des Zusammenhaltes des westlichen Systems besteht. Wahrscheinlich ist die sowjetische Außenpolitik zwar einem Kriege äußerst abgeneigt — soweit es sich nicht um risikofreie „militärische Spaziergänge“ handelt —, aber an wirklich friedlichen Beziehungen zum Westen nicht interessiert. Der Sieg im Kalten Krieg wird sich daher der Seite zuwenden, „die das größere Maß an Beständigkeit in der Erhaltung ihrer Stärke, die größte Zähigkeit und die größte Geduld aufweist“.<sup>16</sup> Dies ist die Situation, die wir mit dem Begriff „kompetitive Koexistenz“ umschreiben wollen. Es handelt sich dabei um eine Machtprobe

zwischen den subsidiären Sicherheitssystemen des Westens und des Ostens, bei der gewisse Spielregeln des universalen Sicherheitssystems eingehalten werden, weil keine der beiden Gruppen es auf einen bewaffneten Weltkonflikt ankommen lassen will. Im übrigen führen beide Seiten alle verfügbaren militärischen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, ja selbst humanitären Kräfte und Motive ins Feld, um die andere Machtgruppe zu überspielen, das materielle Uebergewicht zu gewinnen und sich gleichzeitig als der moralisch Stärkere zu erweisen. Vergleichen wir nun die beiden Machtgruppen, so sehen wir, daß sie für diese Art von Wettbewerb unterschiedlich ausgerüstet sind. Daraus ergeben sich wesentliche Konsequenzen für die Weiterführung der Integration im Zeichen der kompetitiven Koexistenz.

#### *Konsequenzen für die Integration des Westens*

Der Ostblock ist organisatorisch auf dem Prinzip der Gleichschaltung unter dem beherrschenden Einfluß der Sowjetunion aufgebaut. Für den Westen ist das Prinzip der Kooperation maßgebend. Die Vereinigten Staaten können zwar durch ihre überlegene Machtfülle einen starken Druck auf ihre Allianzpartner ausüben. Anders als die Sowjetunion sind sie aber aus inneren und äußeren Gründen darauf angewiesen, ein System echter Gegenseitigkeit der Leistungen entstehen zu lassen und dem freien Wettbewerb der Kräfte einen relativ großen Spielraum zu geben. Darin liegt die Stärke und zugleich eine große strukturelle Schwäche des westlichen Systems: es funktioniert nur, solange die Partner freiwillig bestimmte Spielregeln anerkennen und einhalten und von der Sinnhaftigkeit ihres Tuns überzeugt sind.



Die sowjetische Führung glaubt nicht daran, daß die westlichen Völker die Selbstdisziplin aufbringen, die für das Funktionieren des kapitalistischen Systems notwendig ist. Sie rechnet unter anderem damit — wie *Stalin* in seinem Artikel im *Bolschewik* im Oktober 1952<sup>17</sup> ausführte —, daß Deutschland und Japan früher oder später durch ihre besondere wirtschaftliche Dynamik den Rahmen der westlichen Zusammenarbeit sprengen werden. In beiden Ländern gibt sich daher die sowjetische Propaganda besondere Mühe, die im Krieg und in der Nachkriegszeit aufgestauten anti-amerikanischen Ressentiments freizulegen und in die Bahnen des Neutralismus zu lenken. Gleichzeitig schürt sie bei den Nachbarvölkern die Angst vor der deutschen und der japanischen Konkurrenz und verstärkt sie durch politische Argumente, wie zum Beispiel durch den Hinweis auf die Gefahren der deutschen Wiederbewaffnung.

Hinter dieser Propaganda steht der Glaube an die Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern und die Hoffnung auf eine allgemeine Krise des kapitalistischen Systems. In Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Aufstiegs hat der Westen von solchen Propagandafeldzügen nichts zu fürchten. Anders ist es in Zeiten schrumpfender Märkte, verschlechterter Arbeitsbedingungen und steigender Arbeitslosigkeit. Eine schwere wirtschaftliche Krise würde die moralische wie die militärische Widerstandskraft des Westens rascher und stärker angreifen als eine analoge Entwicklung im Osten. Daher ist eine fortschreitende expansive Wirtschaftsentwicklung für den Westen lebenswichtig.

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg ist es aber nicht getan, wenn die Sinnggebung für die gesellschaftliche und politische Entwicklung fehlt. In diesem Punkt schließt die europäische Bilanz seit 1945 negativ ab. Der Westen ist nicht durch die Ueberlegenheit des sowjetischen Systems gefährdet, wohl aber durch seine eigene Zersplitterung und Indolenz. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man auf die einzelnen Phasen der Integrationspolitik seit Kriegsende zurückblickt.

### *Eine Zwischenbilanz der Integration*

Eine abschließende Bewertung der Erfolge der einzelnen Integrationsmaßnahmen ist natürlich heute noch nicht möglich. Immerhin läßt sich eine gewisse Klärung erreichen, wenn man in dem Gesamtvorgang der wirtschaftlichen und sozialen Integration drei Stufen unterscheidet<sup>18</sup>. Auf der ersten Stufe geht es vor allem um den schrittweisen Abbau der Hindernisse und Widerstände, die der Freizügigkeit der Geld- und Güterströme und dem freien Spiel der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital entgegenstehen. Solche Maßnahmen genügen aber nicht, wenn nicht auf einer zweiten Stufe der Integration die Ungleichheiten der Steuersysteme und anderer den Wettbewerb verfälschender Faktoren beseitigt werden. Auch wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt

sind, bleiben die Auswirkungen der politischen Grenzen auf das wirtschaftliche und soziale Leben bestehen. Hier ergibt sich die dritte Stufe der Integrationsaufgaben.

Die verschiedenen nationalen Wirtschaftssysteme, jedes bedingt durch die historischen, geographischen und ethnologischen Besonderheiten des Landes, sind zugleich Ausdruck der Niveauunterschiede im Lebensstandard der europäischen Völker. Zwischen den reichen Ländern, wie Großbritannien, Schweden, der Schweiz und Dänemark, und den armen Ländern, wie Griechenland, Portugal und der Türkei, besteht ein Unterschied im Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung, der sich zwischen Durchschnittszahlen von 750 bis 1000 Dollar (jährlich) für die eine Gruppe und 150 bis 200 Dollar für die andere bewegt. Noch deutlicher spiegeln sich die Gegensätze etwa in den Zahlen der Kindersterblichkeit, die sich zwischen 20 (Schweden) und 100 (Griechenland) Todesfällen auf je 1000 Geburten bewegen, oder in der Zahl der Personenkraftwagen, die zwischen 45 (Großbritannien), 7 (Italien) und einem (Griechenland und Türkei) auf je 1000 Einwohner schwankt. Das sind Zahlen, die nicht nur die wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen europäischen Regionen andeuten, sondern auch die Gefahrenherde sozialer und politischer Art, die sich hinter der glänzenden Fassade des europäischen wirtschaftlichen Aufstiegs verbergen. Grosso modo kann man sagen, daß bisher die reichen Länder reicher, die armen — zwar nicht in absoluten Zahlen, aber in ihrer Relation zu den reichen — ärmer geworden sind. Das „rapprochement des niveaux“ wird daher allgemein als das vordringliche Ziel der wirtschaftlichen Integration anerkannt.

Die Fortschritte, die im vergangenen Jahrzehnt in der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit erzielt wurden, sind ganz überwiegend Integrationsmaßnahmen der ersten Stufe. Selbst dort beschränkt sich die wiedergewonnene Freizügigkeit im wesentlichen auf den Warenverkehr. Die Freizügigkeit von Kapital und Arbeitskraft ist in den Beneluxländern, den nordischen Ländern und im Bereich der Montanunion, also in regionalen und funktionalen Teilbereichen, vorangetrieben worden. Aber damit sind auch schon die bisher erzielten wesentlichen Integrationsfolge erschöpft.

Die Ansätze zur Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten stoßen innerhalb der einzelnen Länder auf starke Gegenkräfte, die immer wieder zu Ungleichgewichten in den Verhältnissen der Zahlungsbilanzen zueinander führen. Hier sind die Unterschiede in den wirtschaftlichen Grundauffassungen etwa über die „Vollbeschäftigung“ oder die „soziale Marktwirtschaft“ zu erwähnen, weiterhin der starke, aber in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Einfluß der großen gesellschaftlichen Machtgruppen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und dergleichen, und schließlich die in jedem Lande

anders gelagerten Tendenzen, bestimmte Wirtschaftszweige aus wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Gründen besonders gegen den internationalen Wettbewerb abzuschirmen<sup>19</sup>. Außerdem wirken sich die politischen Schwankungen störend auf die Integrationsmaßnahmen der dritten Stufe aus, die besonders sorgfältige Vorbereitung und langfristige Dispositionen erfordern. Auch die Festlegung von Fernzielen der wirtschaftlichen Integration besagt an sich noch wenig, selbst dann, wenn es in allen Ländern Kräfte gibt, die sich aktiv für ihre Verwirklichung einsetzen. Ohne einen festen organisatorischen Rahmen, zu dem auch gewisse Kontrollinstanzen gehören müssen, läßt sich keine stabile internationale Wirtschaftsordnung verwirklichen<sup>20</sup>. Hier wächst das Problem der wirtschaftlichen Integration mit den Fragen der sozialen und politischen Integration zusammen. Die Erfahrung der letzten zehn Jahre hat immer wieder gezeigt, daß die von der Wirtschaft ausgehenden Impulse verpuffen, wenn sie nicht von den politischen Instanzen aufgegriffen, zusammengefaßt und über die geeigneten Institutionen an die Öffentlichkeit zurückgeleitet werden.

#### *Die strukturellen Schwächen des westlichen Systems*

Hier machen sich alle strukturellen Schwächen des westlichen Systems in einer ungeheuren Zersplitterung und Verschwendung der Kräfte bemerkbar. Dem 1947 als Verteiler der Marshallplan-Gelder geschaffenen Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) fehlten die politischen Kompetenzen, dem Europarat, der 1949 dazutrat, die politische Macht, die notwendig gewesen wäre, um die amerikanischen Hilfsgelder wirksam für das Ziel der Vollintegration einzusetzen. In den ersten Nachkriegsjahren standen die wirtschaftlichen Probleme des Wiederaufbaus im Vordergrund. Sie wurden im wesentlichen unter nationalen Gesichtspunkten gelöst. Dann kam — unter dem unmittelbaren Eindruck der Koreakrise — eine Phase, in der die politischen Gesichtspunkte des Kalten Krieges dominierten. Der Schwerpunkt der politischen Beratungen verlagerte sich nun auf die Organisation des Atlantikpaktes. Der große politische Wurf des Schumanplanes blieb auf das „Europa der Sechs“ beschränkt. Dort sollte die wirtschaftliche Souveränität auf supranationale wirtschaftliche Institutionen übergehen, die ihrerseits einer übernationalen politischen Autorität unterstellt werden sollten. Da die Uebertragung von Hoheitsrechten für den Gesamtbereich der europäischen Wirtschaft ebenso undurchführbar war wie die Schaffung einer politischen Autorität, blieb es bei der Teilintegration zunächst der Sektoren Kohle und Stahl in der Montanunion. In der zweiten Hälfte des Jahres 1952 vollzog sich mit dem ersten Zeichen einer internationalen Entspannung ein neuerlicher Umschwung, der wieder die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellte. Nun wurde mit dem Schlagwort „Konvertierbarkeit der Währungen“ die Her-

stellung einer internationalen Wirtschaftsordnung zum Nahziel insbesondere der britischen und deutschen Welthandelspolitik. Die Verzögerung und schließlich das Scheitern der EVG unterhöhlten den Zusammenhalt des „Europa der Sechs“, während sich das europäische wirtschaftliche Denken überwiegend nach den weltwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten orientierte. Eine westeuropäische wirtschaftliche Blockbildung wurde nun immer schärfer abgelehnt, weil man befürchtete, daß die im Innenverhältnis der Mitglieder des Blocks gewährten wirtschaftlichen Präferenzen nach außen diskriminierend wirken und entsprechende Abwehrmaßnahmen hervorrufen könnten. Nun fand man, daß eine Blockbildung außerdem der wirtschaftlichen Logik des mit der europäischen Integration geplanten gemeinsamen Marktes widersprechen würde. Dieser kann tatsächlich seiner Zielsetzung und seinen Ordnungsprinzipien nach nicht geschlossen sein. Der wirtschaftspolitische Zweck der Integration ist die Steigerung des europäischen Sozialproduktes mit marktwirtschaftlichen Mitteln. Voraussetzung dazu ist die von der Ueberwindung der räumlichen Begrenzung erhoffte Produktionssteigerung durch optimale zwischenstaatliche Arbeitsteilung, freie Beweglichkeit der Produktionsfaktoren, rationellen Einsatz der vorhandenen Produktionsreserven sowie eine die Massenproduktion begünstigende Erweiterung des Absatzmarktes. So drängt die innere Logik des marktwirtschaftlichen Systems zu einer Ausweitung des integrierten Wirtschaftsraumes, stößt aber gleichzeitig auf die vorher angedeuteten Grenzen, die in der inneren Struktur der nationalen Wirtschaftssysteme begründet liegen.

#### *Die Länder zwischen den Blöcken*

Der Westen muß in kurzer Zeit sowohl das innere Gefüge seines Bündnissystems wie auch die äußeren Beziehungen zum Sowjetsystem und zur übrigen Welt an die neue Situation der kompetitiven Koexistenz anpassen. Dabei sind die inneren Umstellungen relativ einfach zu vollziehen. Der Uebergang von der Konzeption der „drei Kreise“ zur Konstruktion der „zwei Säulen“ hat sich mit der Ratifizierung der Pariser Abmachungen vom Oktober 1954 fast unmerklich vollzogen. Die Atlantische Gruppe besteht nun tatsächlich aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft, die im wesentlichen die Mitgliedstaaten des Europarates umfaßt, wobei vielfache Verflechtungen zum Commonwealth bestehen.

Daß Schweden und Oesterreich durch den Europarat und die OEEC, die Schweiz und Portugal nur durch die OEEC, Jugoslawien durch den Balkanpakt mit dem Atlantischen System in lockerer Verbindung stehen, ohne Mitglieder des Atlantikpaktes zu sein, zeigt die Flexibilität der Formen der westlichen Zusammenarbeit.

Das Verhältnis der europäischen Neutralen zur Integrationspolitik wäre eine eigene Untersuchung



wert. Der Londoner *Economist* erinnerte kürzlich an das geflügelte Wort aus dem Zweiten Weltkrieg: „It all depends which side you are neutral on“<sup>21</sup>. Die Idee eines „neutralen Gürtels“ in Europa, die von sowjetischer Seite immer häufiger in den Vordergrund gerückt wird, führt von einer neuen Seite an die Konzeption der „dritten Kraft“ heran. Solange es kein wirksames universales System der kollektiven Sicherheit gibt, ist eine echte Neutralität paradoxerweise nur mit stillschweigender Unterstützung der westlichen Demokratien möglich. Das führt uns zu der vom *Economist* unterstrichenen Binsenwahrheit, daß die Zahl der wirklich Neutralen in Europa begrenzt bleiben muß und daß die Aufrechterhaltung der Neutralität von der Weiterführung der Integrationspolitik abhängt.

### Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen

Noch völlig ungeklärt sind die künftigen politischen Beziehungen zwischen den beiden Machtblöcken. Die vorher angedeutete grundsätzliche Einstellung der Sowjetunion zum Westen wird sich kaum ändern. Die Umwandlung der beiden Machtblöcke in regionale Sicherheitssysteme im Rahmen des VIII. Kapitels der Charta der Vereinten Nationen ist noch auf lange Zeit nicht zu erwarten. Die Entwicklung wird aber nicht bei der gegenwärtigen Situation stehenbleiben. Hier liegen die konstruktiven Möglichkeiten eines europäischen Sicherheitspaktes, die in dem vorangehenden Beitrag von Prof. Menzel im einzelnen dargestellt werden. Ein solcher Pakt könnte als Zwischenglied, zwischen die ideale, aber zur Zeit nicht durchführbare Form eines regionalen Sicherheitssystems und die Notlösung der auf dem Artikel 51 aufgebauten Paktsysteme eingeschoben werden. Auf die von Professor Menzel aufgezeigten Perspektiven, die eine solche Entwicklung insbesondere für Deutschland mit sich bringt, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden.

Abschließend sei nur ein Gedanke besonders hervorgehoben: ein europäischer Sicherheitsvertrag der geschilderten Art ist nur sinnvoll, wenn gleichzeitig die Zusammenarbeit des Westens nicht nur erhalten, sondern weiter intensiviert wird. Man kann keine Brücke bauen, deren einer Pfeiler aus Eisen, der andere aus Bambusrohren und Lehm gebaut ist. Die Haltbarkeit der beiden Pfeiler muß einigermaßen gleichwertig sein oder die Brücke wird nie fertig werden. Dies gilt auch für einen die beiden Machtblöcke überwölbenden europäischen Sicherheitspakt.

Wenn daher im Zeichen der kompetitiven Koexistenz ein neuer Abschnitt der europäischen Integration eingeleitet wurde, so baut er doch auf dem Vorangehenden auf. Es erschien notwendig, die Kontinuität der Integrationsbemühungen einmal deutlicher herauszustellen, als dies bisher üblich war. Dies wurde nicht in polemischer Absicht, auch nicht zur Verteidigung von Menschen oder Systemen unternommen, die, wie alles geschichtliche Werden, dem Vergehen verfallen sind.

Unser Ausgangspunkt war die Frage nach der Integrität der europäischen Idee und ihrem Verhältnis zu den einzelnen Integrationsbemühungen. Sie konnte auf diesen wenigen Seiten nicht erschöpfend behandelt werden. Aber es sind doch vielleicht einige Zusammenhänge deutlicher geworden, die in weiteren Untersuchungen überprüft und vertieft werden könnten.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Vgl. dazu den schönen Aufsatz von Hans Sedlmayr: „Die wahre und die falsche Gegenwart“ in *Merkur*, Mai 1955, S. 430 ff.

<sup>2</sup>) Vgl. Sedlmayr, a. a. O.

<sup>3</sup>) Vgl. hierzu den Beitrag von Eberhard Menzel: „Der Europäische Sicherheitspakt — Ein Schritt zur Entspannung im Ost-West-Konflikt und zur Wiedervereinigung Deutschlands“ auf S. 7891 ff. dieser Folge.

<sup>4</sup>) Vgl. dazu zuletzt Gerhard Bebr: „Regional Organisations: A United Nations Problem“ in *American Journal of International Law*, Vol. 49 (1955), S. 166—184, und die dort angegebene Literatur.

<sup>5</sup>) Wie stark diese Konzeption dem Empfinden der öffentlichen Meinung entsprach, geht u. a. aus einer der ersten Meinungsbefragungen hervor, die von den Amerikanern im August 1947 in Deutschland veranstaltet wurde. Auf die Frage: „Welche Länder sollen nach Ihrer Ansicht den Vereinigten Staaten von Europa angehören?“, sprachen sich damals 80 oder mehr vH für Großbritannien, 75 bis 79 vH für Frankreich und 38 vH für die Sowjetunion aus. Vgl. den Bericht „German Opinions regarding the Organization of Europe“, ICD Opinion Surveys, Report No. 69 vom 16. Oktober 1947, OMGUS, Berlin.

<sup>6</sup>) Vgl. hierzu Menzel, a. a. O.

<sup>7</sup>) Vgl. den Text in Europa-Archiv 9/1949, S. 2115.

<sup>8</sup>) Vgl. Senate Foreign Relations Committee: „Hearings on the North Atlantic Treaty“ (Exec. Dep. No. 8, 81st Cong., 1st Sess., 1949), S. 7, 13, 15, 21, 31, 138, und Hansard, 464, H. C. Deb. col. 2018.

<sup>9</sup>) Vgl. Bebr, a. a. O., S. 182 ff.

<sup>10</sup>) Vgl. den Warschauer Vertrag auf S. 7929 dieser Folge.

<sup>11</sup>) Vgl. das sowjetische Memorandum vom 31. März 1949 in *Current Digest of the Soviet Press*, 1949, Vol. 1, Nr. 14, S. 31; deutscher Text in Europa-Archiv 9/1949, S. 2110.

<sup>12</sup>) Der Begriff der „totalen Diplomatie“ wurde von dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson am 10. März 1950 im Zusammenhang mit der amerikanischen Waffenhilfe an Europa geprägt. Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3147.

<sup>13</sup>) Es darf hier auf die im Europa-Archiv erschienenen Berichte verwiesen werden, die das Thema ausführlich behandeln. Vgl. „Schumanplan und Atlantikpakt“, 1. Teil, 13/1950, S. 3147—3158; 2. Teil, 21/1950, S. 3464—3474; 3. Teil, 22/1950, S. 3503—3514; 4. Teil, 10-11/1951, S. 3961—3976; „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“, 1. Teil, 1/1952, S. 4613—4617; 2. Teil, 1/1952, S. 4618—4626; 3. Teil, 5/1952, S. 4745—4753; 4. Teil, 5/1952, S. 4753—4762; 5. Teil, 13-14/1952, S. 5020—5040.

<sup>14</sup>) Vgl. Erika Brecht: „Erinnerungen an Hugo von Hofmannsthal“, Innsbruck 1946, S. 17 ff.

<sup>15</sup>) Vgl. den Aufsatz von B. H. M. Vlekke: „Die Internationale Lage vor neuen Vierzehnverhandlungen“, auf S. 7886 ff.

<sup>16</sup>) Vgl. Vlekke, a. a. O., S. 7890.

<sup>17</sup>) Vgl. den Wortlaut des Aufsatzes „Bemerkungen zu ökonomischen Fragen . . .“ in Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 12, Frankfurt 1954, S. 76 ff.

<sup>18</sup>) Nach dieser Methode geht eine umfassende Untersuchung des Europarats über den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Integration Europas vor, die demnächst veröffentlicht werden wird.

<sup>19</sup>) Vgl. Europa-Archiv 4/1955, S. 7328 ff.

<sup>20</sup>) Vgl. dazu Walter E. Genzer: „Rechtsfragen einer europäischen Währungsordnung“ in Europa-Archiv 4/1955, S. 7337 bis 7342. Die anschließenden Ausführungen über die wirtschaftlichen Integrationsmaßnahmen stützen sich auf eine im Institut für Europäische Politik und Wirtschaft geschriebene, bisher unveröffentlichte Studie von Dr. Geva Willmann.

<sup>21</sup>) Vgl. den Beitrag „How to be a Neutral“ in *The Economist*, vom 21. Mai 1955, S. 645—647.

## Dokumente zur Aufhebung des Besatzungsstatuts und zur Auflösung der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland

Kommuniqué der Schlußsitzung der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955

Der Rat der Alliierten Hohen Kommission hielt heute am Amtssitz der Alliierten Hohen Kommission in Mehlem seine 109. und letzte Sitzung ab. Anwesend waren der Amerikanische Hohe Kommissar, Dr. James B. Conant, der Französische Hohe Kommissar, M. André François-Poncet, und der Hohe Kommissar des Vereinigten Königreichs, Sir Frederick Hoyer Millar.

Zu Beginn der Sitzung bat Dr. Conant, der Vorsitzende der Alliierten Hohen Kommission für den Monat Mai, M. François-Poncet als das rangälteste Ratsmitglied, das Präsidium zu übernehmen. Demgemäß fungierte M. François-Poncet, der einst bei der ersten Sitzung des Rates am 21. September 1949 den Vorsitz führte, auch als Vorsitzender ihrer letzten Sitzung.

Nach Billigung der Maßnahmen, die von den verschiedenen Organen der Alliierten Hohen Kommission zur Beendigung ihrer Tätigkeit getroffen worden waren, unterzeichnete der Rat zwei Gesetze der Alliierten Hohen Kommission, die gewisse Maßnahmen der Besatzungsgesetzgebung außer Kraft setzen oder widerrufen\*.

Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den Bestimmungen der Bonner Konventionen.

Im Verlauf der Sitzung hielt der Französische Hohe Kommissar eine Ansprache, in der er einen Ueberblick über die Geschichte der Alliierten Hohen Kommission gab.

Der Rat nahm eine Entschließung an, in der den Mitarbeitern der Alliierten Hohen Kommission die Anerkennung für ihre Arbeit ausgesprochen wird.

Als abschließende Maßnahme unterzeichnete der Rat eine Proklamation, die die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Auflösung der Alliierten Hohen Kommission sowie der Landeskommissariate in der Bundesrepublik zum Inhalt hat. Die Proklamation wird am 5. Mai 1955 mittags 12 Uhr rechtskräftig.

\*) Die beiden in diesem Kommuniqué genannten Gesetze der Alliierten Hohen Kommission (Gesetz Nr. A-37: Beseitigung der Wirksamkeit und Aufhebung bestimmter Vorschriften des Besatzungsrechts; Gesetz Nr. A-38: Beseitigung der Wirksamkeit auf den Gebieten der Abrüstung und Entmilitarisierung) wurden in der Nummer 126 des Amtsblattes der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 veröffentlicht.

### Proklamation der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955

In Anbetracht des neuen Verhältnisses zwischen der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits, das durch den am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichneten Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und seinen Zusatzverträgen geschaffen ist, die durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geändert wurden und heute in Kraft treten,

VERKÜNDEN Wir,

André François-Poncet, Hoher Kommissar der Französischen Republik in Deutschland,

James B. Conant, Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland,

Frederick Robert Hoyer Millar, Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs für Deutschland, gemeinschaftlich im Namen und in Vollmacht unserer Regierungen,

DASS das Besatzungsstatut aufgehoben ist und DASS die Alliierte Hohe Kommission und die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik aufgelöst sind.

Diese Proklamation tritt am 5. Mai 1955 mittags 12 Uhr in Kraft.

Ausgefertigt in

Bonn, Mehlem, den fünften Mai 1955.

André François-Poncet

J. B. Conant

F. R. Hoyer Millar

Quelle: Dreimächte-Pressverlautbarung der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland in Mehlem, Nr. 524 vom 5. Mai 1955.

### Erklärung der Alliierten Kommandatura vom 5. Mai 1955 betreffend die Stellung West-Berlins

Von den drei westlichen Berliner Stadtkommandanten ist dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dr. Suhr, folgende Erklärung übergeben worden:

In Anbetracht der zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik



Deutschland hergestellten neuen Beziehungen und in dem Wunsch, den Berliner Behörden die größtmögliche Freiheit zu gewähren, die mit der besonderen Lage Berlins vereinbar ist, erklärt die Alliierte Kommandatura unter dem Datum des 5. Mai:

## I.

Berlin übt alle seine Rechte, Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten aus, wie sie in seiner im Jahre 1950 angenommenen Verfassung niedergelegt sind, lediglich unter Berücksichtigung der von der Alliierten Kommandatura am 29. August 1950 gemachten Vorbehalte und nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen.

## II.

Die alliierten Behörden behalten das Recht, falls sie es für notwendig erachten, solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Erhaltung des Status und der Sicherheit Berlins, seiner Wirtschaft, seines Handels und seiner Verbindungslinien notwendig sind.

## III.

Die alliierten Behörden werden normalerweise nur auf den folgenden Gebieten Machtbefugnisse ausüben:

a) Sicherheit, Interessen und Immunität der alliierten Streitkräfte, einschließlich deren Vertreter, deren Familienangehörigen und nichtdeutschen Angestellten. Deutsche Angestellte der alliierten Streitkräfte genießen Immunität gegenüber der deutschen Gerichtsbarkeit nur in Sachen, die sich aus oder während der Ausübung von Pflichten und Diensten bei den alliierten Streitkräften ergeben.

b) Abrüstung und Entmilitarisierung, einschließlich verwandter Gebiete der wissenschaftlichen Forschung, zivile Luftfahrt sowie die damit in Beziehung stehenden Verbote und Beschränkung der Industrie.

c) Beziehungen Berlins zu ausländischen Behörden. Die Alliierte Kommandatura wird jedoch den Berliner Behörden gestatten, die Vertretung der Interessen Berlins und seiner Einwohner im Ausland durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten.

d) Deckung der Besatzungskosten. Diese Kosten werden nach Beratung mit den zuständigen deutschen Behörden auf den niedrigsten Stand festgesetzt, der mit der Erhaltung der Sicherheit Berlins und der dort stationierten alliierten Streitkräfte vereinbar ist.

e) Befehlsmacht über die Berliner Polizei, insoweit dieselbe zur Gewährleistung der Sicherheit Berlins notwendig ist.

## IV.

Die Alliierte Kommandatura wird, vorbehaltlich der Artikel I und II dieser Erklärung, keine Einwände dagegen erheben, daß Berlin nach einem angemessenen, von der Alliierten Kommandatura zugelassenen Verfahren die Gesetzgebung der Bundesrepublik übernimmt, insbesondere in bezug auf Währung, Kredite und Devisen, Staatsangehörigkeit, Reisepässe, Aus- und Einwanderung, Auslieferung, Vereinheitlichung der Zoll- und Handelsgebiete, Handels- und Schifffahrtsabkommen, Freiheit des Güterverkehrs sowie Außenhandels- und Zahlungsabkommen.

## V.

Auf den folgenden Gebieten:

a) Rückerstattung, Reparationen, Dekartellisierung, Ent-

flechtung, ausländische Interessen in Berlin und Ansprüche gegen Berlin oder seine Einwohner,

b) Verschleppte Personen und die Aufnahme von Flüchtlingen,

c) Ueberwachung der Betreuung und der Behandlung von den vor den alliierten Gerichten oder Tribunalen angeklagten oder von denselben verurteilten Personen in deutschen Gefängnissen, Ueberwachung der Vollstreckung der gegen solche Personen verhängten Strafen und der Fragen der Amnestie, Begnadigung oder Freilassung in bezug auf diese Personen,

werden die alliierten Behörden in Zukunft nur eingreifen insoweit, als dies mit den Grundsätzen, welche die Grundlage der neuen Beziehungen zwischen Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits bilden, oder mit alliierter Gesetzgebung, die in Berlin in Kraft ist, vereinbar ist oder wenn die Handlungsweise der Berliner Behörden sich nicht mit diesen Grundsätzen oder dieser Gesetzgebung vereinbaren läßt.

## VI.

Alle Rechtsvorschriften der alliierten Behörden bleiben so lange in Kraft, bis sie aufgehoben, abgeändert oder außer Wirkung gesetzt werden. Die alliierten Behörden werden alle Rechtsvorschriften aufheben, abändern oder außer Wirkung setzen, die sie angesichts dieser Erklärung nicht mehr für angebracht erachten. Rechtsvorschriften der alliierten Behörden können auch durch Berliner Gesetzgebung aufgehoben oder abgeändert werden, jedoch benötigt eine solche Aufhebung oder Abänderung vor ihrem Inkrafttreten die Genehmigung der alliierten Behörden.

## VII.

Die Berliner Gesetzgebung tritt gemäß den Bestimmungen der Berliner Verfassung in Kraft. Im Falle der Nichtübereinstimmung mit alliierter Gesetzgebung oder mit den Rechten der alliierten Behörden auf Grund dieser Erklärung kann die Berliner Gesetzgebung durch die Alliierte Kommandatura aufgehoben oder für nichtig erklärt werden.

## VIII.

Um ihnen die Erfüllung ihrer auf Grund dieser Erklärung erwachsenden Verpflichtungen zu ermöglichen, haben die alliierten Behörden das Recht, die von ihnen für notwendig erachteten Auskünfte und Statistiken anzufordern und zu erlangen.

## IX.

Die Alliierte Kommandatura wird, soweit es die Lage Berlins zuläßt, die Bestimmungen dieser Erklärung abändern.

## X.

Am Tage des Inkrafttretens dieser Erklärung wird die Erklärung über die Grundsätze der Beziehungen der Stadt Groß-Berlin zu der Alliierten Kommandatura vom 14. Mai 1949, in der durch die erste Abänderungs-urkunde vom 7. März 1951 revidierten Fassung, aufgehoben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 86 vom 7. Mai 1955, S. 711/712.

## Proklamation der Bundesregierung zum Tag der Souveränität am 5. Mai 1955

Heute, fast zehn Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus, endet für die Bundesrepublik die Besatzungszeit. Mit tiefer Genugtuung kann die Bundesregierung feststellen: Wir sind ein freier und unabhängiger Staat. Was sich auf der Grundlage wachsenden Vertrauens seit langem vorbereitete, ist nunmehr zur rechtsgültigen Tatsache geworden: Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden.

Mit der Bundesregierung gedenken in dieser Stunde fünfzig Millionen freier Bürger der Bundesrepublik in brüderlicher Verbundenheit der Millionen Deutschen, die gezwungen sind, getrennt von uns in Unfreiheit und Rechtlosigkeit zu leben. Wir rufen ihnen zu: Ihr gehört zu uns, wir gehören zu Euch! Die Freude über unsere wiedergewonnene Freiheit ist so lange getrübt, als diese Freiheit Euch versagt bleibt. Ihr könnt Euch immer auf

uns verlassen, denn gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht rasten und ruhen, bis auch Ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint in einem Staate lebt.

In dieser Stunde gedenken wir der vielen Deutschen, die immer noch das harte Los der Kriegsgefangenschaft tragen müssen. Wir werden alles daran setzen, daß auch ihnen bald die Stunde der Befreiung schlägt.

Freiheit verpflichtet. Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: An der Seite der freien Völker.

Unser Ziel ist: In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 85 vom 6. Mai 1955, S. 701.

## Die Ergebnisse der 1. Sitzungsperiode des Rats der Westeuropäischen Union (WEU) in Paris am 7. und 11. Mai 1955

### Schlußkommuniqué der konstituierenden Sitzung des Rats der WEU vom 7. Mai 1955

1. Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs als Signatarmächte des durch die in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten und am 6. Mai 1955 in Kraft getretenen Protokolle abgeänderten und vervollständigten Brüsseler Vertrags sind am Samstag, dem 7. Mai 1955, nach einem von Außenminister Harold MacMillan in der britischen Botschaft gegebenen Essen zum ersten Male als Rat der Westeuropäischen Union zusammengetreten. Die anderen sechs Länder waren auf der Sitzung wie folgt vertreten: Die Bundesrepublik Deutschland durch Dr. Konrad Adenauer, Belgien durch Paul Henri Spaak, Frankreich durch Antoine Pinay, Italien durch Gaetano Martino, Luxemburg durch Joseph Bech und die Niederlande durch J. W. Beyen.

2. Mr. MacMillan als Vorsitzender eröffnete die Sitzung, indem er namens der fünf Mächte des ursprünglichen Brüsseler Vertrags (Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und das Vereinigte Königreich) die beiden neuen Signatarstaaten, die Bundesrepublik Deutschland und Italien, willkommen hieß.

3. Der Rat befaßte sich in erster Linie mit den die Struktur der WEU betreffenden Fragen. Nach Billigung des Berichts der Interimskommission und Annahme des Entwurfs für das Abkommen über den Status der Vertreter der Einzelstaaten und des internationalen Personals der Organisation sowie anderer Vorschriften ernannte der Rat Mr. Louis Goffin (Belgien) zum Generalsekretär der WEU. Er ernannte ferner zwei stellvertretende Generalsekretäre, Herrn von Etzdorf (Deutschland) und Mr. Peter Frazer (Vereinigtes Königreich).

4. Der Rat ernannte ferner zum Direktor des Amtes für die Rüstungskontrolle Admiral Emilio Ferreri (Italien).

5. Im Verfolg der Vorarbeiten, die von der gemäß Beschluß der Pariser Neunmächte-Konferenz vom 21. Oktober 1954 eingesetzten Arbeitsgruppe geleistet wurden, beschloß der Rat, innerhalb der Union einen ständigen Ausschuß für die Rüstungen zu schaffen, der sich aus Vertretern der Einzelstaaten zusammensetzen soll und dem ein internationales Sekretariat beigegeben wird. Es wird die Aufgabe des Ständigen Rüstungsausschusses sein, die engstmögliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern der Westeuropäischen Union auf dem Gebiet der Rüstungen herbeizuführen mit dem Ziel, zur zweckmäßigsten Verwendung der diesen Ländern für die Ausrüstung und Versorgung ihrer Streitkräfte zur Verfügung stehenden Hilfsmittel und zu einer im besten Interesse aller liegenden Arbeitsteilung zu gelangen. Der Ständige Rüstungsausschuß wird eng mit der Nordatlantikkpaktorganisation zusammenarbeiten, um jede Überlappung mit deren Tätigkeit zu vermeiden, und soll deshalb seinen Sitz in Paris haben. Mr. Charles Christofini (Frankreich) wurde zum Stellvertretenden Generalsekretär und Leiter des Internationalen Sekretariats des Ständigen Rüstungsausschusses ernannt.

6. Der Rat befaßte sich mit dem Verfahrensgang zur Einberufung der ersten Sitzung der Versammlung der WEU, die sich aus den Abgeordneten der Brüsseler Paktmächte in der Beratenden Versammlung des Europarates zusammensetzt. Man kam überein, daß die Sitzung im Europahaus in Straßburg während der kommenden Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates stattfinden solle. Der Rat wird sich in einer weiteren seiner gegenwärtigen Sitzungen mit den verbleibenden Fragen seiner Tagesordnung befassen.

Quelle: *La documentation française*. Articles et documents No. 205 vom 10. Mai 1955. Deutscher Text aus: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 87 vom 10. Mai 1955, S. 718.



## Kommuniqué der Sitzung des Rats der WEU vom 11. Mai 1955

Die zweite Sitzung des Ministerrats der WEU hat heute nachmittag im Quai d'Orsay stattgefunden.

Im Verlauf dieser Sitzung haben die Außenminister der sieben Signatarstaaten die Erörterung der Struktur und der Aufgaben der neuen Organisation fortgesetzt, die sie anläßlich ihrer ersten Sitzung am Samstag, dem 7. Mai, aufgenommen hatten.

Sie haben insbesondere die sich aus dem deutsch-französischen Abkommen über die Saar vom 23. Oktober 1954 ergebenden Probleme geprüft und den Willen ihrer sieben Länder bekräftigt, der Saar im Rahmen der WEU ein europäisches Statut zu gewähren.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über das Statut der

Saar vom 23. Oktober 1954 haben die französische und die deutsche Regierung den Rat der WEU offiziell von den Bestimmungen dieses Abkommens in Kenntnis gesetzt.

Der Rat hat diejenigen Entscheidungen dieses Abkommens, die seine Zustimmung erfordern, gebilligt. Er hat beschlossen, die ihm daraus erwachsenden Verantwortungen, Rechte und Pflichten zu übernehmen.

Außerdem haben die Minister die Konvention über das Statut der WEU, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals unterzeichnet, deren Text auf der ersten Sitzung gebilligt worden war.

Quelle: Western European Union. Information Service. London. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Beschlüsse des Rats der WEU über das Deutsch-Französische Abkommen über das Statut der Saar

**Entschließung des Rats der WEU vom 11. Mai 1955 über das zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik geschlossene Abkommen über das Statut der Saar**

Der Rat nimmt das am 23. Oktober 1954 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der französischen Republik geschlossene Abkommen über das Statut der Saar\* zur Kenntnis.

Er billigt diejenigen Bestimmungen des Abkommens, die seiner Zustimmung bedürfen, und übernimmt die in dem Abkommen für ihn vorgesehenen Verantwortlichkeiten, Befugnisse und Pflichten.

**Entschließung des Rats der WEU vom 11. Mai 1955 über die in Artikel II des Abkommens über das Statut der Saar vorgesehenen Aufgaben und Befugnisse des Kommissars**

1. Der Kommissar ist, unter der Kontrolle des Rats der WEU, damit beauftragt, über die Beachtung des Statuts zu wachen, insbesondere des Artikels VI. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe läßt er sich von der Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten leiten, die von der Saarregierung unterzeichnet ist, sowie von den folgenden beiden Grundsätzen:

Während der Geltungsdauer des Statuts bis zum Friedensvertrag wird die Freiheit zur Äußerung der politischen Meinung total und gewährleistet sein. Doch ist jede politische Aktion ausgeschlossen, die geeignet ist, das Prinzip des Statuts, das heißt sein reibungsloses Funktionieren und den inneren Frieden an der Saar direkt oder indirekt zu beeinträchtigen.

2. Diejenigen internationalen Verträge, die vom Kommissar für die Saar auf der Grundlage des Statuts abgeschlossen sind, bedürfen der Zustimmung des Saarlandtags.

3. Der Kommissar untersteht den Weisungen des Rats der Westeuropäischen Union.

4. Die jährlichen Rechenschaftsberichte, die der Kommissar dem Rat vorzulegen hat, werden von diesem der Versammlung der Westeuropäischen Union übermittelt. Der Rat kann darüber hinaus weitere Berichte vom Kom-

missar erbitten, dieser kann von sich aus weitere Berichte an den Rat erstatten.

5. Stellt der Kommissar eine Verletzung des Statuts, woher sie auch rühren möge, fest, so berichtet er dem Rat der Westeuropäischen Union. Geht der Verstoß von Saarorganen aus, so richtet er zunächst ein Ersuchen an die Saarregierung. Bleibt dieses unbeachtet, so erstattet der Kommissar dem Rat der Westeuropäischen Union Bericht. Diesem liegt es ob, nach einer Aussprache, bei der die Saarregierung die Möglichkeit hat, ihre Auffassung mündlich vorzutragen, die gebotenen Entscheidungen zu treffen.

In dringenden und schwerwiegenden Fällen muß die Saarregierung auf Ersuchen des Kommissars sofort die Durchführung der angefochtenen Maßnahmen aussetzen. Der Kommissar berichtet hierüber gleichzeitig an den Rat der Westeuropäischen Union (Minister oder ständige Vertreter), bei dem die Saarregierung Berufung einlegen kann und der binnen fünf Tagen eine Entscheidung über die Frage zu treffen hat, ob die Aussetzung aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

Wenn andererseits der Kommissar die positiven Maßnahmen für ungenügend hält, die die Saarinstanzen getroffen haben, um die Anwendung des Statuts zu sichern, so wirkt er mit Nachdruck auf Abhilfe hin. Falls diese nicht in einer ihn befriedigenden Weise geschaffen wird, so veranlaßt er den sofortigen Zusammentritt des Rats der Westeuropäischen Union.

6. Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen an der Saar, die sich durch eine Entscheidung des Kommissars in ihren Grundrechten und demokratischen Freiheiten verletzt fühlen, können gegen diese Entscheidung die gerichtliche Instanz der Westeuropäischen Union anrufen, wie sie in Artikel XI des Protokolls 4 zum Vertrag über die Westeuropäische Union vorgesehen ist.

**Entschließung des Rats der WEU vom 11. Mai 1955 über die Durchführung der in Artikel I des Abkommens über das Statut der Saar vorgesehenen Volksabstimmung**

**I. DIE KOMMISSION**

**Artikel 1**

**Zusammensetzung und Geschäftsordnung**

1. Es wird eine Kommission eingesetzt, die aus je einem Vertreter der Regierungen Belgiens, Italiens, Lu-

\*) Vgl. den Wortlaut des Abkommens in Europa-Archiv 21/1954, S. 7020—7022.

xemburgs, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs besteht. Die Kommission ist dem Rat der Westeuropäischen Union verantwortlich.

2. Die Kommission bestimmt ihren Vorsitzenden.

3. Die Kommission faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

4. Die Kommission ernennt Delegierte, denen sie, soweit dies zur Wahrnehmung der Aufgaben erforderlich ist, für begrenzte Zeitabschnitte, die verlängert werden können, bestimmte Befugnisse überträgt. Hierbei wird es sich insbesondere um die Wahrnehmung von Aufgaben in den einzelnen Abstimmungsbezirken, um die Ueberwachung von Versammlungen und um die Ueberwachung der Abstimmung selbst handeln. Die Delegierten müssen den Staaten angehören, deren Regierungen in der Kommission vertreten sind.

5. Die Kommission stellt den Mitarbeiterstab, dessen sie bedarf, selbst zusammen.

Das mit technischen Aufgaben betraute Personal kann aus ortsansässigen Kräften genommen werden.

#### Artikel 2

##### *Immunitäten und Vorrechte*

1. Die Mitglieder der Kommission genießen die den beglaubigten Missionschefs zustehenden diplomatischen Immunitäten und Vorrechte.

2. Die von der Kommission ernannten Delegierten und ihr ausländisches Personal genießen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Immunitäten und Vorrechte, insbesondere:

- a) Befreiung von der saarländischen Gerichtsbarkeit in bezug auf alle von ihnen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich mündlicher oder schriftlicher Äußerungen; diese Befreiung bleibt auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit bestehen;
- b) Befreiung von allen saarländischen Steuern hinsichtlich der ihnen gezahlten Gehälter oder Bezüge;
- c) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der für Ausländer geltenden Registrierpflicht für ihre Person, ihre Ehegatten und die von ihnen unterhaltenen Familienmitglieder;
- d) zollfreie Einfuhr von Wohnungseinrichtungs- und persönlichen Gebrauchsgegenständen sowie zollfreie Ausfuhr in ihr Wohnsitz-Land bei Beendigung ihrer Amtstätigkeit.

3. Die der Kommission zur Verfügung gestellten Räume und Gebäude sind unverletzlich.

#### Artikel 3

##### *Befugnisse der Kommission im Verhältnis zur Saarregierung*

a) Zur Durchführung ihrer Aufgaben kann die Kommission an die Saarregierung Ersuchen richten.

b) In Eilfällen kann sie auf einstimmigen Beschluß auch Ersuchen an örtliche Instanzen richten. Von solchen Ersuchen wird die Kommission die Saarregierung unverzüglich unterrichten.

c) Die Saarregierung wird der Kommission jede Unterstützung gewähren, um ihr die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Sie wird der Kommission von allen sich auf die Volksabstimmung beziehenden Unterlagen und Vorgängen Kenntnis und auf Befragung Auskunft geben.

d) Die Mitglieder der Kommission und ihre Delegierten haben zu allen Stimmlokalen freien Zutritt. Sie sind berechtigt, an allen Stimmzählungen teilzunehmen. Bei der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse in den Stadt- und Landkreisen sowie des Gesamtabstimmungsergebnisses haben die Mitglieder der Kommission oder ihre Delegierten das Recht der Anwesenheit.

Die Saarregierung stellt der Kommission nach Bedarf Büroräume, Büromaterial und Transportmittel zur Verfügung.

#### Artikel 4

##### *Befugnisse der Kommission im Verhältnis zur Bundesregierung und zur französischen Regierung*

a) Die Kommission kann die Aufmerksamkeit der Bundesregierung oder der französischen Regierung auf Tatsachen lenken, die nach ihrer Meinung mit Artikel VI Absatz 3 des Abkommens nicht im Einklang stehen.

b) Erhält die Kommission von der Bundesregierung oder der französischen Regierung keine sie befriedigende Antwort, so kann sie den Rat der Westeuropäischen Union mit der Angelegenheit befassen.

## II. GRUNDSÄTZE FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNG

#### Artikel 5

##### *Abstimmungsberechtigung*

1. Zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigt sind alle Männer und Frauen, die am Abstimmungstag das 20. Lebensjahr vollendet haben und

- a) nach saarländischer Gesetzgebung als Saarländer bezeichnet sind oder
- b) im Saargebiet geboren sind und am 23. Oktober 1954 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Saargebiet hatten oder
- c) falls sie nicht im Saargebiet geboren sind, am 23. Oktober 1954 seit wenigstens fünf Jahren im Saargebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten.

Zur Ausübung des Stimmrechts sind die Personen berechtigt, die aus politischen Gründen nach dem 8. Mai 1945 aus dem Saargebiet ausgewiesen worden sind.

Wenn die Saarregierung in besonderen Fällen Bedenken gegen die Teilnahme der Ausgewiesenen an der Volksabstimmung äußert, können diese Fälle der Kommission unterbreitet werden, die endgültig entscheidet.

2. Nicht abstimmungsberechtigt sind

- a) die Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Saargebiet und ihre Familienangehörigen;
  - b) Militärpersonen und ihre Familienangehörigen;
  - c) Bedienstete der Polizei- und Gendarmerie-Einheiten und der Zollverwaltung und ihre Familienangehörigen.
- Dieser Ausschuß gilt für Personen der Gruppe 2 c) nur, soweit sie nicht in die Gruppe 1 a) fallen.

#### Artikel 6

##### *Behinderung in der Ausübung des Stimmrechts*

In der Ausübung des Stimmrechts sind behindert

1. Die Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind;

2. Strafgefangene.



Artikel 7

*Fragestellung*

Die Abstimmungsberechtigten sind aufzufordern, auf die gestellte Frage mit Ja oder Nein zu antworten.

Artikel 8

*Freiheit und Gleichheit der Abstimmung*

Die Volksabstimmung ist allgemein, gleich, geheim und frei.

a) Die Freiheit der politischen Betätigung und das Abstimmungsgheimnis sind zu wahren.

b) Die Abstimmungsordnung hat die Bestimmungen zu enthalten, die notwendig sind, um allen Parteien gleiche Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten auf den Gebieten des Presse-, Rundfunk-, Fernseh- und Versammlungswesens und, allgemein, hinsichtlich jeder Art von Werbung zu gewährleisten. Die Flugblätter und Abstimmungsplakate müssen an der Saar gedruckt werden. Für den Fall, daß die Gleichstellung hinsichtlich des Druckes von Abstimmungsplakaten und Flugblättern nicht gesichert ist, muß die Saarregierung die erforderliche Ermächtigung haben, um alle zweckentsprechenden Maßnahmen zur Sicherstellung einer gleichen Verteilung auf alle Parteien zu treffen, z. B. durch eine Rationierung des Drucks von Abstimmungsplakaten und Flugblättern.

Die Kommission kann den Rat der Westeuropäischen Union mit jedem Vorgang befassen, der nach ihrer Auffassung mit dem Grundsatz der gleichen Behandlung aller Parteien im Widerspruch steht.

c) Niemand darf wegen der Haltung, die er während der 3 Monate der Vorbereitung der Volksabstimmung und während der Volksabstimmung selbst eingenommen hat, schlechter gestellt werden.

Artikel 9

*Abstimmungsbezirke und -ausschüsse*

Jede Gemeinde bildet einen oder mehrere Abstimmungsbezirke. Abstimmungsleiter ist der Bürgermeister. Im Falle mehrerer Abstimmungsbezirke ernennt der Bürgermeister die erforderlichen Abstimmungsleiter.

Die Gemeindeabstimmungsbezirke jedes Kreises werden zu einem Kreisabstimmungsbezirk zusammengefaßt. Kreisabstimmungsleiter sind die Landräte.

Der Landesabstimmungsleiter wird von der Saarregierung ernannt.

In allen Abstimmungsbezirken jeder Stufe sowie für das ganze Land wird je ein Abstimmungsausschuß gebildet, dem der Abstimmungsleiter vorsitzt und in den jede in dem betreffenden Bereich vertretene Partei mindestens einen Beisitzer entsendet. In jedem Falle muß eine gleiche Vertretung der Parteien, die für das Statut sind, und der anderen Parteien sichergestellt sein.

Artikel 10

*Stimmlisten*

a) Die Listen der Stimmberechtigten werden in den Gemeinden aufgestellt und spätestens dreißig Tage vor dem Tage der Abstimmung vierzehn Tage lang zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt.

b) Jeder, der das Abstimmungsrecht hat oder für sich in Anspruch nimmt, kann die Unrichtigkeit oder Unvoll-

ständigkeit der Listen bei dem Gemeindeabstimmungsausschuß rügen.

c) Gegen die Entscheidung des Gemeindeabstimmungsausschusses kann bei der Kommission Beschwerde eingelegt werden. Diese kann ihre Entscheidungsbefugnis auf einen Ausschuß übertragen, der aus einem Kommissionsmitglied und zwei saarländischen Richtern besteht; diese Richter werden auf Vorschlag der Saarregierung durch die Kommission ernannt.

Artikel 11

*Verstöße*

Beanstandungen wegen Verstößen bei der Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung können bei der Kommission vorgebracht werden, jedoch nicht später als acht Tage nach dem Abstimmungstag.

Artikel 12

*Erlaß von Rechtsvorschriften*

Auf der Grundlage der in diesem Beschluß festgelegten Grundsätze arbeitet die Saarregierung die Rechtsvorschriften für die Organisation der Volksabstimmung aus und veröffentlicht sie, nachdem die Kommission festgestellt hat, daß die den genannten Grundsätzen entsprechen.

Artikel 13

*Zeitpunkt der Abstimmung*

Der Rat der Westeuropäischen Union stellt auf Bericht der Kommission fest, ob und wann die in Artikel X des Abkommens vorgesehene Dreimonatsfrist zu laufen begonnen hat.

Die Saarregierung setzt darauf das Datum der Volksabstimmung fest.

Artikel 14

*Ueberwachung durch die Kommission*

Während der Zeit der Vorbereitung der Volksabstimmung und der Volksabstimmung selbst überwacht die Kommission die Einhaltung der Grundsätze für die Volksabstimmung.

Artikel 15

*Feststellung der Ergebnisse*

Nach Auszählung der Stimmen stellt die Kommission die vorläufigen Ergebnisse fest, die von der Saarregierung bekanntgemacht werden.

Binnen zwei Wochen nach der Volksabstimmung erstattet die Kommission dem Rat der Westeuropäischen Union einen Bericht über das vorläufige Ergebnis, den Verlauf der Volksabstimmung und etwa bei der Vorbereitung der Abstimmung und der Abstimmung selbst vorgekommene Verstöße.

Der Rat der Westeuropäischen Union entscheidet alsdann endgültig, ob die Saarbevölkerung das Statut gebilligt hat.

Quelle: *La documentation française*, Articles et documents No. 208 vom 17. Mai 1955. Deutscher Text aus: *Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 490/55 vom 13. Mai 1955.

**Kommuniqué der WEU vom 12. Mai 1955**

Auf Ersuchen der Minister des Rats der WEU unterrichtete der Präsident der ersten Ratssitzung, Mr. Harold MacMillan, den Chef der Saarregierung von dem Ergeb-

nis der Erörterungen des Rats der WEU anlässlich seiner Sitzung vom 11. Mai 1955 über die Durchführung des Abkommens über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954.

Im Verlauf dieser Unterredung, die sehr herzlicher Natur war, studierte Herr Hoffmann die während der Sitzung erarbeiteten Texte und sagte zu, diese der Saarregierung vorzulegen.

#### **Kommuniqué der WEU vom 13. Mai 1955**

Nach Beratung mit den Mitgliedern seines Kabinetts gab der saarländische Ministerpräsident, Herr Hoffmann, die Annahme der im Verlaufe der Sitzung des Rats der WEU vom 11. Mai ausgearbeiteten Texte über die Durchführung des Abkommens über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 bekannt.

Quelle: Western European Union, Information Service, London. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## **Die Ergebnisse der 16. Tagung des Nordatlantikrates in Paris vom 9. bis zum 11. Mai 1955**

### **Das Schlußkommuniqué vom 11. Mai 1955**

Der Nordatlantikrat trat unter dem Vorsitz des griechischen Außenministers, Herrn Stephanos Stephanopoulos am 9., 10. und 11. Mai 1955 in Paris in ministerieller Session zusammen.

#### **I**

Um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantikpakt willkommen zu heißen, hielt der Rat eine öffentliche Eröffnungssitzung. In den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden, deren Texte bereits veröffentlicht wurden, betonten die Minister die Bedeutung, die sie dem Beitritt der Bundesrepublik als einem demokratischen und souveränen Staat zur Nordatlantischen Gemeinschaft beimessen. In Beantwortung des ihm durch seine Kollegen zuteil gewordenen Willkommens unterstrich der Bundeskanzler die Harmonie, die zwischen den Zielen des Nordatlantikpaktes und dem glühenden Wunsch nach Frieden, Sicherheit und Freiheit besteht, den das deutsche Volk einschließlich der 18 Millionen in Ostdeutschland (East Germany) hegt.

#### **II**

Der Rat bestätigte erneut den rein defensiven Charakter der Atlantischen Allianz. Er äußerte seine tiefe Befriedigung über das Inkrafttreten der Abkommen, durch die die Westeuropäische Union geschaffen wird und die den Frieden fördern und die spezifischen Sicherungen einschließlich der Rüstungskontrolle enthalten. Der Rat nahm auch Kenntnis von der wertvollen gegenseitigen Unterstützung, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Westeuropäischen Union auf ihren jeweiligen Tätigkeitsgebieten ermöglicht wird.

Der Rat begrüßte die Erklärungen, mit denen die Minister der Mitgliedstaaten, die den Friedensvertrag mit Italien unterzeichnet haben, auf den aktiven Anteil Italiens an dem Fortschritt der atlantischen und europäischen Zusammenarbeit hingewiesen haben. Er hat erneut die Unvereinbarkeit verschiedener diskriminierender Aspekte dieses Vertrages mit der Stellung Italiens als Alliiertem bestätigt.

#### **III**

Die Minister prüften wichtige Aspekte der internationalen Lage innerhalb und außerhalb des NATO-Raumes.

Sie erörterten einen Bericht über die laufenden Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag und begrüßten die Anzeichen, wonach die Sowjetunion jetzt bereit zu sein scheint, einen solchen von den Westmächten seit langem gewünschten Vertrag abzuschließen.

Sie waren entschlossen, die bisher verfolgte Politik des Aufbaues und der Aufrechterhaltung der Stärke und Einheit des Westens fortzusetzen.

Der Rat begrüßte die Initiative Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten, indem sie der Sowjetunion Verhandlungen vorschlugen, um Mittel zur Lösung der schwebenden Probleme zu finden. Der Rat sprach die Hoffnung aus, daß diese Initiative in fortschreitendem Maße zu Abkommen führen werde, die die Ursachen von Konflikten beseitigen und zur Sicherheit und Freiheit aller Völker beitragen. Insbesondere hoffte der Rat, daß solche Verhandlungen dazu beitragen werden, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen und daß sie es erlauben, unter wirklichen Garantien zu einer Herabsetzung der Rüstungen und der Streitkräfte zu gelangen. Der Rat betonte, daß dieser Verhandlungsweg sorgfältiger Vorbereitung bedürfe und mit Geduld und Entschlossenheit verfolgt werden müsse.

Der Rat erörterte ebenfalls die Lage im Mittleren und Fernen Osten.

Der Rat erhielt Berichte über den Abschluß verschiedener Sicherheitspakete in diesen Gebieten, einschließlich des Manilapaktes und des Türkisch-Irakischen Paktes. Der Rat begrüßte die zur Stärkung der Verteidigung der Gebiete des Mittleren und Fernen Ostens getroffenen Maßnahmen.

Ueber die Konferenz von Bandung wurde dem Rat Bericht erstattet. Der Rat sprach die Hoffnung aus, daß im Fernen Osten die Feindseligkeiten eingestellt werden und keine weitere Gewaltanwendung erfolgt, da dies ganz klar den Frieden der Welt gefährden würde.

#### **IV**

Die Minister brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß das vom Rat angewandte Verfahren ihnen die Möglichkeit zu einer offenen und freien Diskussion und einem eingehenden Meinungsaustausch geboten habe. Diese Erörterungen stellen einen besonders bezeichnenden Beweis der Solidarität der Allianz dar und zeigen den großen Wert des Rates als ein Forum für politische Konsultationen in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Die Minister sind entschlossen, dieses Verfahren auch weiterhin anzuwenden, das den Regierungen der Mitgliedstaaten erlaubt, ihr politisches Vorgehen nach gemeinsamen Grundsätzen zu entwickeln.

Quelle: NATO Information Division, Press Release M 1 (55) 16 vom 11. Mai 1955. Uebersetzung des Europa-Archivs.



## Die Ergebnisse der Warschauer Sicherheitskonferenz vom 11. bis zum 14. Mai 1955

Das Schlußkommuniqué vom 14. Mai 1955

Vom 11. bis zum 14. Mai 1955 fand in Warschau die zweite\* Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa statt, an der teilnahmen: Die Volksrepublik Albanien, die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Rumänische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Republik.

Die Teilnehmer der Warschauer Konferenz haben die mit der Ratifizierung der Pariser Kriegsverträge verbundenen Veränderungen in der internationalen Lage allseitig erörtert und festgestellt, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge, die die Bildung einer neuen militärischen Gruppierung in Gestalt der Westeuropäischen Union unter Teilnahme des in Remilitarisierung begriffenen Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikkblock vorsehen, die Gefahr eines neuen Krieges verstärkt und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten schafft.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz haben beschlossen, für die Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa erforderliche Maßnahmen zu treffen.

Zu diesem Zweck haben die Teilnehmerstaaten der Warschauer Konferenz einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik abgeschlossen.

Auf der Konferenz wurde ferner ein Beschluß über die Schaffung eines vereinten Kommandos der Streitkräfte der Partnerstaaten des Vertrages gefaßt.

Die Konferenz verlief in einer Atmosphäre voller Einmütigkeit, die Ausdruck der herzlichen Freundschaft und Zusammenarbeit der Brudervölker des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ist.

### Kommuniqué über die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955

Am 14. Mai 1955 um 10 Uhr vormittags wurde im Gebäude des Staatsrats der Volksrepublik Polen der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnet.

Den Vertrag unterzeichneten:

bevollmächtigt durch das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien *M. Shehu*

bevollmächtigt durch das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien *W. Tschewenkoff*

bevollmächtigt durch den Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik *A. Hegedues*

bevollmächtigt durch den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik *O. Grotewohl*

bevollmächtigt durch den Staatsrat der Volksrepublik Polen *J. Cyrankiewicz*

bevollmächtigt durch das Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik *Gh. Gheorghiu-Dej*

bevollmächtigt durch das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken *N. Bulganin*

bevollmächtigt durch den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik *V. Široký*

#### Erklärung Grotewohls

Der Leiter der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, O. Grotewohl, gab bei der Unterzeichnung des Vertrags im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik folgende Erklärung ab:

„Im Hinblick auf das Ziel des Vertrages, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dem Vertrag eine große Unterstützung des deutschen Volkes in seinem Streben nach friedlicher und demokratischer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik sieht nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre und des ganzen deutschen Volkes Hauptaufgabe an und wird alles tun, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu beschleunigen. Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist.“

Die genannte Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fand volles Verständnis und wurde von der Konferenz zur Kenntnis genommen.

#### Erklärung von Peng Te-huai

Im Namen der Regierung der Chinesischen Volksrepublik ergriff der Stellvertreter des Premiers des Staatsrats

\*) Vgl. den Wortlaut des Schlußkommunikés und der Deklaration der Moskauer Sicherheitskonferenz vom 2. Dezember 1954 in Europa-Archiv 1/1955, S. 7212–7218.

und Verteidigungsminister der Chinesischen Volksrepublik, Peng Te-huai, das Wort zu folgender Erklärung:

„Werte Genossen!

Die Warschauer Konferenz Europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa hat nach dreitägiger beharrlicher Arbeit Erfolge von historischer Bedeutung erzielt. Zusammen mit allen friedliebenden Völkern der Welt beglückwünscht das chinesische Volk die Konferenz aufs wärmste zu diesen hervorragenden Erfolgen.

Die Ergebnisse der Warschauer Konferenz haben noch einmal die feste Entschlossenheit der Konferenzteilnehmer gezeigt, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu behaupten; sie haben auch die Geschlossenheit und Stärke des von der Sowjetunion geführten Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus manifestiert. Es ist dies eine Entschlossenheit und eine Stärke, über die sich niemand hinwegsetzen kann.

Der von der Konferenz gewiesene richtige Weg zum Schutz des Friedens und der Sicherheit entspricht den Interessen und sehnlichen Hoffnungen der Völker der ganzen Welt in vollem Maße.

Die Regierung der Chinesischen Volksrepublik erachtet, daß die von der Warschauer Konferenz gefaßten Beschlüsse ein großer Beitrag zur Sache des Friedens sind, denn sie sind nicht nur eine äußerst wichtige Maßnahme zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa, sondern werden auch einen erheblichen Einfluß auf den Frieden und die Sicherheit in Asien ausüben.

Im Auftrag der Regierung der Chinesischen Volksrepublik erkläre ich, daß die Regierung und das Sechs-

hundertmillionenvolk Chinas sich mit dem eben unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik vollinhaltlich solidarisieren und ihn unterstützen. Wir sind überzeugt, daß die Erfolge dieser Konferenz zum weiteren Zusammenschluß der friedliebenden Länder und Völker beitragen und die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wie in der ganzen Welt erheblich fördern werden.“

Die Konferenzteilnehmer nahmen diese Erklärung des Vertreters der Chinesischen Volksrepublik mit Genug-tung zur Kenntnis.

Zum Schluß sprach im Namen der Regierung der Volksrepublik Polen der Vorsitzende des Ministerrats, Józef Cyrankiewicz.

Der Unterzeichnung des Vertrags wohnten vollständig die Delegationen der Teilnehmerstaaten der Konferenz und der Vertreter der Chinesischen Volksrepublik bei.

Ferner waren anwesend der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Boleslaw Bierut, und der Vorsitzende des Staatsrats der Volksrepublik Polen, Aleksander Zawadzki, Mitglieder des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und Mitglieder der Regierung der Volksrepublik Polen.

Nachstehend der Wortlaut des Vertrags und der Mitteilung über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrags.

## Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik vom 14. Mai 1955

Die vertragschließenden Seiten haben beschlossen,

unter erneuter Bekundung ihres Strebens nach Schaffung eines auf der Teilnahme aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, beruhenden Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, das es ermöglichen würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinigen;

unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Lage, die in Europa durch die Ratifizierung der Pariser Verträge entstanden ist, welche die Bildung neuer militärischer Gruppierungen in Gestalt der „Westeuropäischen Union“ unter Teilnahme eines remilitarisierten Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in den Nordatlantikpakt vorsieht, wodurch sich die Gefahr eines neuen Krieges erhöht und eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten entsteht, in der Ueberzeugung, daß unter diesen Bedingungen die friedliebenden Staaten Europas zur Gewährleistung ihrer Sicherheit und im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa notwendige Maßnahmen ergreifen müssen, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, im Interesse der weiteren Festigung und Entwicklung der Freundschaft, der Zusammen-

arbeit und des gegenseitigen Beistandes in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten;

diesen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand abzuschließen, und ihre Bevollmächtigten ernannt:

das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien: Mehmet Shehu, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Albanien; das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien: Wylko Tscherwenkoff, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Bulgarien; der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik: Andras Hegedues, Vorsitzenden des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik; der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik: Otto Grotewohl, Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik; der Staatsrat der Volksrepublik Polen: Jozef Cyrankiewicz, Vorsitzenden des Ministerrats der Volksrepublik Polen; das Präsidium der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik: Gheorghe Gheorghiu-Dej, Vorsitzenden des Ministerrats der Rumänischen Volksrepublik; das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Nikolaj Alexandrowitsch



Bulganin, Vorsitzenden des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; der Präsident der Tschechoslowakischen Republik: Viliam Siroky, Ministerpräsidenten der Tschechoslowakischen Republik, die ihre in gehöriger Form und in Ordnung befundenen Vollmachten vorlegten und über Folgendes übereinkamen:

#### Artikel 1

Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit den Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden.

#### Artikel 2

Die vertragschließenden Seiten erklären ihre Bereitschaft, sich im Geiste aufrichtiger Zusammenarbeit an allen internationalen Handlungen zu beteiligen, deren Ziel die Gewährleistung des Weltfriedens und der Sicherheit ist, und werden alle ihre Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen.

Hierbei werden sich die vertragschließenden Seiten dafür einsetzen, in Vereinbarung mit anderen Staaten, die diesbezügliche Zusammenarbeit wünschen, wirksame Maßnahmen zur allgemeinen Abrüstung und zum Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen zu ergreifen.

#### Artikel 3

Die vertragschließenden Seiten werden sich in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren, beraten und sich dabei von den Interessen der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit leiten lassen.

Sie werden sich im Interesse der Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit untereinander unverzüglich jedesmal beraten, wenn nach Meinung einer der Seiten die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalls auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages entsteht.

#### Artikel 4

Im Falle eines bewaffneten Ueberfalls in Europa auf einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Vertrages seitens irgendeines oder einer Gruppe von Staaten wird jeder Teilnehmerstaat des Vertrages in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Ueberfall ausgesetzt sind, sofortigen Beistand individuell und in Vereinbarung mit den anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages mit allen Mitteln, die ihnen erforderlich scheinen, einschließlich der Anwendung von militärischer Gewalt, erweisen. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages werden sich unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen beraten, die zum Zwecke der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit zu ergreifen sind.

Von den Maßnahmen, die auf Grund dieses Artikels ergriffen wurden, wird dem Sicherheitsrat, entsprechend den Bestimmungen der Satzungen der Organisation der Vereinten Nationen, Mitteilung gemacht. Diese Maß-

nahmen werden eingestellt, sobald der Sicherheitsrat die Maßnahmen ergreift, die zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit erforderlich sind.

#### Artikel 5

Die vertragschließenden Seiten kamen überein, ein Vereintes Kommando derjenigen ihrer Streitkräfte zu schaffen, die nach Vereinbarung zwischen den Seiten diesem auf Grund gemeinsam festgelegter Grundsätze handelnden Kommando zur Verfügung gestellt werden. Sie werden auch andere vereinbarte Maßnahmen ergreifen, die zur Stärkung ihrer Wehrfähigkeit notwendig sind, um die friedliche Arbeit ihrer Völker zu beschützen, die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien zu garantieren und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten.

#### Artikel 6

Zur Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung dieses Vertrages entstehen, wird ein Politischer Beratender Ausschuß gebildet, in den jeder Teilnehmerstaat des Vertrages ein Regierungsmitglied oder einen anderen besonders ernannten Vertreter delegiert.

Der Ausschuß kann, wenn es erforderlich ist, Hilfsorgane schaffen.

#### Artikel 7

Die vertragschließenden Seiten übernehmen die Verpflichtung, sich an keinen Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen abzuschließen, deren Zielsetzung den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß ihre Verpflichtungen aus bestehenden internationalen Verträgen nicht in Widerspruch zu den Bestimmungen dieses Vertrages stehen.

#### Artikel 8

Die vertragschließenden Seiten erklären, daß sie im Geiste der Freundschaft und der Zusammenarbeit für die Weiterentwicklung und Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen untereinander in Befolgung der Grundsätze der gegenseitigen Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten handeln werden.

#### Artikel 9

Dieser Vertrag steht anderen Staaten zum Beitritt offen, die, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, ihre Bereitschaft bekunden, durch Teilnahme an diesem Vertrag zur Vereinigung der Anstrengungen der friedliebenden Staaten zum Zwecke der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen. Dieser Beitritt wird mit dem Einverständnis der Teilnehmerstaaten des Vertrages nach der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bei der Regierung der Volksrepublik Polen in Kraft treten.

#### Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Volksrepublik Polen hinterlegt.

Der Vertrag tritt am Tage der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft. Die Regierung der Volks-

republik Polen wird die anderen Teilnehmerstaaten des Vertrages von der Hinterlegung einer jeden Ratifikationsurkunde in Kenntnis setzen.

#### *Artikel 11*

Dieser Vertrag bleibt 20 Jahre in Kraft. Für die vertragschließenden Seiten, die ein Jahr vor Ablauf dieser Frist der Regierung der Volksrepublik Polen keine Erklärung über die Kündigung dieses Vertrages übergeben, bleibt er weitere zehn Jahre in Kraft.

Im Falle der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und des Abschlusses eines diesem Ziele dienenden Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit, den die vertragschließenden Seiten unentwegt anstreben werden, verliert dieser Vertrag am Tage des Inkrafttretens des Gesamteuropäischen Vertrages seine Gültigkeit.

Ausgefertigt in Warschau am 14. Mai 1955 in einem Exemplar in deutscher, russischer, polnischer und tschechischer Sprache, wobei alle Texte gleiche Gültigkeit haben. Beglaubigte Abschriften dieses Vertrages wird die

Regierung der Volksrepublik Polen allen anderen Vertragsteilnehmern übergeben.

Zur Bestätigung dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit Siegeln versehen.

In Vollmacht des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien gez. Mehmet Shehu,

in Vollmacht des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Bulgarien gez. Wylko Tscherwenkoff,

in Vollmacht des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik gez. Andras Hegedues,

in Vollmacht des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gez. Otto Grotewohl,

in Vollmacht des Staatsrates der Volksrepublik Polen gez. Jozef Cyrankiewicz,

In Vollmacht des Präsidiums der Großen Nationalversammlung der Rumänischen Volksrepublik

gez. Gheorghe Gheorghiu-Dej,

in Vollmacht des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

gez. Nikolaj Alexandrowitsch Bulganin,

in Vollmacht des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik gez. Viliam Siroky.

#### *Beschluß über die Bildung des Vereinten Kommandos der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955*

In Uebereinstimmung mit dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik haben die Teilnehmerstaaten des Vertrages den Beschluß über die Bildung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte gefaßt.

In diesem Beschluß ist vorgesehen, daß allgemeine Fragen, die die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und die Organisation der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten betreffen, im politischen Beratungsausschuß erörtert werden, der entsprechende Beschlüsse fassen wird.

Zum Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, die aus den von den Staaten, die den Vertrag unterschrieben haben, zugeteilten Streitkräften bestehen, wird Marschall der Sowjetunion I. S. Konew ernannt.

Zu Stellvertretern des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte werden die Verteidigungsminister oder

andere militärische Führer der Teilnehmerstaaten des Vertrages ernannt, die mit dem Kommando der Streitkräfte eines jeden Teilnehmerstaates des Vertrages beauftragt werden, die den Vereinten Streitkräften zugeteilt wurden.

Die Frage der Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik an Maßnahmen, die die Streitkräfte des Vereinten Kommandos betreffen, wird später erörtert.

Beim Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte wird ein Stab der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages gebildet, dem ständige Vertreter der Generalstäbe der Teilnehmerstaaten des Vertrages angehören.

Der Standort des Stabes ist die Stadt Moskau.

Die Standortverteilung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten des Vertrages wird in Uebereinstimmung mit den Erfordernissen der gemeinsamen Verteidigung nach Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 15. Mai 1955 und Beilage zur *Neuen Zeit* Nr. 21 vom 21. Mai 1955.



## Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu den Viermächteverhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung

Vom Vorstand der SPD am 9. Mai veröffentlicht

Die Notwendigkeit, alles, was in Menschenkraft steht, zu tun, um die deutsche Wiedervereinigung so bald als möglich zu erreichen, wird für jeden verantwortungsbewußten Deutschen immer unausweichlicher. Jede Verzögerung der auf dieses Ziel gerichteten Anstrengungen ist verderblich und von unabsehbaren Folgen. Ein Fortbestand des widernatürlichen Zustandes der Spaltung Deutschlands auf Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte, brächte die Gefahr mit sich, daß ein Gebiet von 18 Millionen Einwohnern, in jeder Hinsicht genau so deutsch wie die Bundesrepublik, durch die Macht der Zeit und die Gewalt des Druckes, der auf ihm lastet, dem anderen, größeren Teil Deutschlands immer mehr entfremdet, ja, schließlich völlig von ihm getrennt wird.

Heute schon gibt es viele besorgniserregende Anzeichen für die Anfänge einer solchen Entwicklung. Die Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges beginnen mit gleichen Worten einen anderen Inhalt zu verbinden. Kraß unterschiedliche Lebensbedingungen wecken selbst zwischen denen, die durch Familienbande und Freundschaft einander nahestehen, Mißgunst und Neid. Ein fast allmächtiger kommunistischer Staatsapparat in Mitteldeutschland sucht die Jugend durch ständige Aufsicht und Einflußnahme von früh an in das Schema des eigenen totalitären Denkens zu zwingen. So mutiger Widerstand des Herzens und des Verstandes von unzähligen einzelnen oder von größeren und kleineren Gruppen dagegen auch geleistet wird, so sicher ist doch, daß er eines Tages erlahmen muß, wenn nicht die Einheit des deutschen Volkes und Staatsgebietes wieder hergestellt wird und dies nicht erst an einem Tag in nebelhafter Ferne.

Aus dieser Notlage ergibt sich eine doppelte Aufgabe. Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß ein Höchstmaß von Beziehungen zwischen den Deutschen beider Teile des gespaltenen Landes geschaffen und gesichert wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat für diese erste Aufgabe, die für die Zeit bis zur Wiedervereinigung gestellt ist und die innerdeutsche Erfordernisse behandelt, bereits Richtlinien veröffentlicht. Die zweite Aufgabe betrifft die internationale Seite des gleichen Problems, die Frage nämlich, wie kann man so bald als möglich durch Verhandlungen zwischen den Beteiligten, und dies sind das deutsche Volk selbst, die Westmächte und die Sowjetunion, zur Wiederherstellung der deutschen Einheit kommen?

Es liegen bestimmte und allgemein erkennbare Anzeichen dafür vor, daß die großen Mächte dieser Erde, vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Volksrepublik China, in ihrer Außenpolitik den Bestrebungen nach einer Entspannung der internationalen Lage

immer mehr Raum geben. Auf beiden Seiten, im Westen und im Osten, ist die Einsicht gewachsen, daß jeder mit den Mitteln der Gewalt ausgetragene Konflikt, der zwangsläufig zur Anwendung der modernen Massenvernichtungswaffen führen würde, nicht mehr zu begrenzen wäre. Das aber wäre zugleich eine tödliche Bedrohung aller Staaten und Völker. Aus dieser gemeinsamen Erkenntnis ergeben sich die offenkundigen Bemühungen, in jedem Fall und auf jeden Fall im Wege von Verhandlungen zu einer Lösung der Streitfragen zu kommen, die die internationalen Beziehungen vergiften.

Die deutsche Frage ist ein Teilproblem des weltweiten Spannungsfeldes, sie steht nicht allein für sich im leeren Raum. Die deutsche Frage ist aber angesichts der Tatsachen, daß in West- und Mitteldeutschland zusammen rund 70 Millionen Menschen leben und über ein außerordentliches Produktionspotential verfügen und daß die Spaltung Deutschlands zugleich die Spaltung Europas bedeutet, eines der größten Spannungsprobleme zwischen West und Ost. Eine friedliche Lösung der deutschen Frage, die von allen Beteiligten als vernünftig akzeptiert werden kann, ist also ein entscheidender Beitrag für die Erhaltung des Friedens und für die Stärkung der allgemeinen Sicherheit.

Dazu sind folgende Feststellungen zu treffen:

1. Dem Ausland ist in stärkstem Maße, zum Teil zu seiner großen Ueberraschung, bewußt geworden, daß die Forderung nach der friedlichen Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschland in Freiheit tatsächlich das vordringlichste Problem der Deutschen ist. Das Ausland hat darüber hinaus erkannt, daß eine sehr große Mehrheit der Deutschen dieser Forderung nach Wiedervereinigung in ständig wachsender Stärke den absoluten Vorrang vor jeder anderen politischen Frage gibt, also etwa auch vor der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik.

2. Zugleich sind aber immer deutlicher Tendenzen im Auslande erkennbar geworden, die eine Entspannung der Situation zwischen West und Ost im europäischen Raum auf der Grundlage des Status quo suchen und finden wollen. Das würde eine West-Ost-Verständigung unter Beibehaltung der Spaltung Deutschlands und unter Forcierung der Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die beiderseitigen Machtsphären bedeuten. Diese Auffassung übersieht allerdings die Tatsache, daß die Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung einen der entscheidendsten Beiträge in den Bemühungen um die allgemeine Entspannung darstellt.

3. Dieser drohenden Gefahr, die zugleich ein verhängnisvoller Irrtum ist, muß von der Bundesrepublik als dem Teil Deutschlands, der heute allein verhältnis-

mäßig frei sprechen und handeln kann, schnell und entschieden entgegengewirkt werden. Eine solche west-deutsche Aktivität zur Wiedervereinigung ist von vitaler Bedeutung, denn man kann von keiner Macht der Erde mehr Interesse und mehr Anstrengungen für die Wiedervereinigung erwarten, als die Deutschen selbst aufzubringen bereit sind. Jede weitere Verzögerung müßte zur Folge haben, daß eine Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung immer weiter in den Hintergrund tritt und daß auf eine vielleicht unabsehbare Zeit mit einem Vier-Mächte-Uebereinkommen über die friedliche deutsche Wiedervereinigung nicht mehr gerechnet werden könnte.

Seit über vier Jahren steht nun die Frage der deutschen Einheit als einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Um so bedauerlicher und unverständlicher ist es, daß bis auf den heutigen Tag die Bundesregierung kein fest umrissenes Grundsatzprogramm darüber bekanntgegeben hat, wie sie sich eine erfolversprechende, auf die positive Lösung der deutschen Fragen gerichtete Politik vorstellt. Sie hat auch keine Vorschläge in einem der Ausschüsse des Bundestages oder in direkter Fühlungnahme zwischen ihren Vertretern und den Vertretern der Opposition zur Beratung gestellt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält es daher für dringend geboten, ihrerseits ein Programm konkreter „Erwägungen zu den bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung“ vorzulegen. Diese Erwägungen sind der zusammenfassende Niederschlag und die Fortentwicklung von Gedanken, die seit Jahren von berufener sozialdemokratischer Seite bei verschiedensten Gelegenheiten auch in breitester Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind. Die SPD geht dabei von der unbestrittenen Voraussetzung aus, daß die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit nur und ausschließlich durch ein von allen Beteiligten, also auch vom deutschen Volk, gebilligtes Uebereinkommen aller vier Mächte herbeigeführt werden kann.

Dazu ist festzustellen, daß sich nach Ansicht der SPD Vier-Mächte-Verhandlungen nicht in dem Bemühen erschöpfen sollten, eine neue Vier-Mächte-Konferenz zu organisieren, deren Tagesordnung, wie in Berlin, u. a. auch die Erörterung der deutschen Frage vorsieht. Vier-Mächte-Verhandlungen sind die Gesamtheit aller Bestrebungen, die alle Voraussetzungen für ein Ueberein-

kommen der vier Mächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ermöglichen. Eine neue Vier-Mächte-Konferenz darf also keine Wiederholung der Berliner Konferenz werden. Sie darf nicht wieder dazu führen, daß beide Seiten auf einer internationalen Bühne lediglich ihre Höchstforderungen gegenüberstellen, um vor diesem Hintergrund nur ihre grundsätzlichen Gegensätze darzulegen.

Hier beginnt, so meinen die Sozialdemokraten, die nächste Aufgabe der Bundesregierung, wenn sie ihrer deutschen und internationalen Verpflichtung gerecht werden soll. Von deutscher Seite muß mit allen Mitteln versucht werden, die neue Vier-Mächte-Konferenz zu einem entscheidenden Beitrag zur endlichen Verwirklichung der deutschen Einheit zu gestalten. Das setzt aber voraus, daß sofort ein „Programm der nächsten Schritte“ aufgestellt werden muß, das in enger und konstruktiver Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte Westdeutschlands die konkreten deutschen Vorstellungen über die Vorbereitung und Durchführung einer Vier-Mächte-Konferenz postuliert. Dieses Programm ist dann unverzüglich zunächst dem Gremium vorzulegen, das nach dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Februar 1955 aus Vertretern der Bundesrepublik und der drei Westmächte zu bilden ist, um auf der westlichen Seite die Grundlagen für aussichtsreiche Vier-Mächte-Verhandlungen zu schaffen. Richtschnur der deutschen Anstrengungen muß es dabei sein, eine enge Verknüpfung des Anliegens der großen Mächte nach einer allgemeinen Entspannung der internationalen Situation mit dem deutschen Anliegen nach einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit herbeizuführen. Nur so wird es gelingen, jene Tendenzen im Ausland endgültig in den Hintergrund zu drängen, die einen Ausgleich der internationalen Spannungen dadurch herbeiführen möchten, daß sie den Status quo der Teilung Deutschlands beibehalten. Eine solche „Lösung“ der deutschen Frage mag gewissen ausländischen Kräften als Augenblicksklärung vielleicht bequem erscheinen. Sie wäre aber, würde sie Tatsache, für das deutsche Volk unerträglich und eine ständige Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt die aus der realpolitischen Erkenntnis entstandene und durch die tatsächliche Entwicklung bestätigte Auffassung, daß alle Ueberlegungen, die ein positives Ergebnis von Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsche Frage zum Ziele haben, von folgenden Thesen auszugehen haben.

## **I. Europäische Sicherheit und deutsche Einheit**

Europäische Sicherheit und deutsche Einheit sind ein gemeinsamer Komplex. Das bedeutet, daß in Vier-Mächte-Verhandlungen die Festigung und Garantierung der europäischen Sicherheit und die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als ein zusammengehöriges Ganzes anzusehen, zu behandeln und zu verwirklichen sind. Diese grundsätzliche These ist eine klare Folgerung aus dem Verlauf der Berliner Konferenz des Jahres 1954. Wenn nämlich ein Konferenzpartner dem anderen zumutet, von vornherein und bedingungslos die von ihm einseitig aufgestellten Voraussetzungen für ein

Vier-Mächte-Uebereinkommen einfach zu akzeptieren, dann ist, wie das in Berlin geschah, kein praktisches Verhandlungsergebnis zu erwarten. Die Konferenzpartner müssen daher bereit und entschlossen sein, sich ernsthaft mit den beiderseitigen sachlichen Argumenten auseinanderzusetzen und deren Nützlichkeit und Notwendigkeit in nüchternen Diskussionen zu erwägen. Die Mächte müssen also, wenn schon der Beginn der Vier-Mächte-Verhandlungen sinnvoll und aussichtsreich sein soll, über eine Anzahl wichtiger Punkte Klarheit zu gewinnen suchen.



### 1. Der Status des wiedervereinigten Deutschland

Verlauf und Ergebnis der Berliner Konferenz haben bewiesen, daß die Verhandlungen über die Grundlage der Wiedervereinigung, nämlich über die freien, allgemeinen, geheimen und international kontrollierten Wahlen in ganz West- und Mitteldeutschland und in Berlin, blockiert werden, wenn nicht gleichzeitig der Versuch zu einer Bestimmung des internationalen Status des wiedervereinigten Deutschlands gemacht wird. Deshalb müßten sich die vier Mächte, auf die es in erster Linie ankommt, zunächst mit deutscher Zustimmung darüber einigen, in welchem vertraglichen geregelten und garantierten Verhältnis ein wiedervereinigtes Deutschland in seiner Umwelt leben soll. Ohne eine Einigung darüber wird es unmöglich sein, zu einem Uebereinkommen in der Frage freier Wahlen für ganz Deutschland zu gelangen. Die drei Westmächte haben in ihrer Note vom September 1953 der sowjetischen Regierung ihre Bereitschaft mitgeteilt, mit ihr sowohl über freie Wahlen als auch über den gesamtdeutschen Status zu verhandeln. Da hier ein entscheidender Ansatzpunkt für vernünftige Verhandlungen gegeben ist, wird die Bundesrepublik darauf bestehen müssen, daß die Westmächte auf ihr Angebot zurückkommen.

Gewisse sowjetische Erklärungen, die nach der Berliner Konferenz abgegeben worden sind, lassen vermuten, daß sich bestimmte Annäherungsmöglichkeiten abzeichnen, die im Bereich der freien, international kontrollierten Wahlen liegen. Diese Wahlen würden aber, wenn sie wirklich frei sind, mit einer an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gegen den östlichen Verhandlungspartner ausfallen. Eine aus ihnen hervorgegangene frei gewählte gesamtdeutsche Regierung würde sich selbstverständlich politisch entsprechend verhalten. Daher wird man die Sowjetunion nicht zu einer Zustimmung zu solchen freien Wahlen veranlassen können, wenn nicht vorher über die künftige internationale Position eines wiedervereinigten Deutschlands Klarheit geschaffen worden ist. Eine solche internationale Regelung ist unerlässlich, weil ohne sie eine gesamtdeutsche und frei gewählte Regierung überhaupt nicht zustande kommen würde.

### 2. Das europäische Sicherheitssystem

Der internationale Status Gesamtdeutschlands steht im engen Konnex mit der Eingliederung des wiedervereinigten Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen. Gesamtdeutschland würde in dem kollektiven europäischen, also regionalen Sicherheitssystem im Rahmen der UNO vollberechtigter und vollverpflichteter Partner sein. Dabei ist klarzustellen, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht die Absicht hat, Mitglied des einen oder des anderen Militärblocks zu werden. Das aber wäre weder Neutralismus noch Neutralität, denn es würde sich durch Aufstellung eigener Truppen verpflichten, an der Garantierung und Verteidigung der Sicherheit innerhalb der Bestimmungen der Vereinten Nationen voll mitzuwirken. Diese Eingliederung wäre das Ergebnis einer frei auszuhandelnden Vereinbarung zwischen den Partnermächten und der frei gewählten gesamtdeutschen Regierung. Bis dahin aber sollte schon die Bundesrepublik eine solche Vereinbarung als ihr festes Ziel erklären und auch darauf hinwirken. In diesem Zusammenhang muß aber auch absolut klar-

gemacht werden, daß die Bundesregierung es nicht als ihr Ziel anstrebt, die Bundesrepublik dem westlichen Militärblock einzugliedern, so wenig wie es möglich sein darf, daß Mitteldeutschland, also die sowjetisch besetzte Zone, dem östlichen Militärblock eingefügt wird.

### 3. Garantien in der Zwischenperiode

Es muß in Rechnung gestellt werden, daß eine sofortige Umschaltung vom System der militärischen Blockbildungen auf das System der regionalen Sicherheitsabkommen kaum durchführbar sein dürfte. Auf dem Wege der Schritt-für-Schritt-Entwicklung wäre daher als ein Zwischenziel eine Garantie-Vereinbarung der vier Mächte mit der gesamtdeutschen Regierung vorzuschlagen. Diese Vereinbarung, die unter Umständen auch noch andere Staaten einschließen könnte, sollte Garantien beinhalten für:

- a) die Unverletzbarkeit aller Territorien, also auch Gesamtdeutschlands,
- b) der Verhütung bewaffneter Austragung von Konflikten und
- c) die Anerkennung der Bestimmungen der Vereinten Nationen für die Regelung von Streitfällen.

Die Bundesrepublik sollte auch bei Vorbereitung und Erreichung dieses Zwischenzieles deutlich feststellen, daß sie an der Ersetzung der durch die neueste internationale Entwicklung in Frage gestellten militärischen Blockbildungen durch regionale Sicherheitsabkommen im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv mitarbeiten will. Dazu gehört, daß sich die Bundesrepublik entschieden für die Verpflichtung Gesamtdeutschlands ausspricht, im territorialen Bereich des wiedervereinigten Deutschlands keine ausländischen Militärstützpunkte und Basen zuzulassen mit Ausnahme solcher, die sich aus den Verpflichtungen des regionalen Sicherheitssystems ergeben. Selbstverständlich müßte dieses Sicherheitssystem alle vier heutigen Besatzungsmächte umfassen, ebenso wie das erwähnte Garantieabkommen natürlich auch von allen vier Mächten zu unterzeichnen wäre.

### 4. Mitwirken der Bundesrepublik

Die SPD ist der Ansicht, daß die drei Westmächte in allen Stadien der Vorbereitung und Durchführung von Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands ihre freiwillig übernommenen Verpflichtungen zur Konsultation der Bundesrepublik rückhaltlos einzuhalten haben. Für Form und Inhalt dieser Konsultation liegt eine von Dr. Kurt Schumacher am 9. März 1951 im Bundestag abgegebene Begriffsfestlegung der SPD vor: „Die Information der deutschen Politik vor, während und nach der Viererkonferenz bei der Behandlung des ganzen Komplexes muß permanent und vollständig sein. Die Deutschen sollten auch wirklich befragt werden, sie sollten auch wirklich die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern.“ Dieser Standpunkt der SPD ist unverändert gültig. Die Londoner Schlußakte hat als Ziel gemeinsamer Politik der drei Westmächte und der Bundesrepublik die Wiederherstellung der deutschen Einheit proklamiert. Aus dieser feierlichen Erklärung ergibt sich außerdem der Anspruch der Bundesregierung, daß sie schon bei der Vorbereitung von neuen Vier-Mächte-Verhandlungen über die Regelung der deutschen Frage zur effektiven Mitarbeit heranzuziehen ist.

### **5. Interessenvertretung bei der Vier-Mächte-Konferenz**

Die Bundesrepublik muß mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Regierung wahrscheinlich schon bei den Vorverhandlungen über den künftigen internationalen Status Gesamtdeutschlands von den vier Mächten aufgefordert werden könnte, ihren Standpunkt darzulegen und zu vertreten. Die Bundesrepublik könnte nach Ansicht der SPD eine solche Aufforderung nicht ablehnen. Sie müßte

diese Haltung auch dann einnehmen, wenn die vier Mächte auf der anderen Seite auch die Regierung der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ zur Vertretung ihres Standpunktes auffordern sollten. Dieses Verhalten würde in nichts die von der Bundesregierung verbindlich erklärte Ablehnung jeder juristischen oder tatsächlichen Gleichstellung mit der Sowjetzonen-Regierung berühren.

## **II. Von der Wiedervereinigung zum Friedensvertrag**

These Nummer zwei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezieht sich auf den Zeitraum, der sich von der Wiedervereinigung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit dem wiedervereinigten Deutschland erstreckt. Es ist sicher, daß auch nach dem Zustandekommen einer allgemein gebilligten Uebereinkunft über den Status Gesamtdeutschlands noch erhebliche Zeit verstreichen würde, bis die zahlreichen und oft sehr schwierigen und verwickelten Bestimmungen eines solchen Friedensvertrages ausgehandelt wären.

Wir können bei dieser Ueberlegung zunächst davon ausgehen, daß der sowjetische Außenminister Molotow die von der Regierung der UdSSR früher einmal eingenommene Position des Vorranges eines Friedensvertrages vor der Wiedervereinigung bereits auf der Berliner Konferenz verlassen hat. Selbstverständlich ist ein Friedensvertrag wichtig und dringend, denn immerhin sind seit der totalen Kapitulation im Jahre 1945 schon volle zehn Jahre vergangen, und es ist ein völlig unnatürlicher Zustand, daß der damals beendete Krieg noch immer nicht offiziell durch einen Friedenszustand abgelöst worden ist. Aber die SPD ist der Ansicht, daß ein Vier-Mächte-Uebereinkommen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit aus vielerlei Gründen zeitlich wichtiger ist. Einer der wesentlichsten Gründe ist das Bemühen, durch die Wiedervereinigung den in der sowjetisch besetzten Zone lebenden Deutschen ebenfalls endlich ein Leben in voller persönlicher und staatsbürgerlicher Freiheit in Gemeinschaft mit den Westdeutschen zu ermöglichen. Diesem wichtigen Ziele können folgende drei Punkte dienen:

### **1. Wahl einer vollberechtigten Nationalversammlung**

In freien und international kontrollierten Wahlen in ganz West- und Mitteldeutschland und in Berlin wird eine Nationalversammlung gewählt, die verfassungsgebend, regierungsbildend und gesetzgebend tätig wird. Sie entspricht damit der Weimarer Nationalversammlung des Jahres 1919 und gibt der von ihr gebildeten Zentralregierung die Grundlagen für ihre Arbeit. Diese gesamtdeutsche Zentralregierung ist der Partner der beteiligten

Mächte für Friedensverhandlungen, die unverzüglich einzuleiten wären. Ueber die Regelung der inneren Befugnisse und der auswärtigen Beziehungen durch diese gesamtdeutsche Regierung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages hat die SPD bereits an der Jahreswende 1953/54 konkrete Vorstellungen entwickelt, die unter Umständen den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt werden könnten. Ihr Kern ist es, daß die Nationalversammlung zunächst einmal vor allem ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt (oder mit anderem entsprechendem Namen) zu erlassen hätte, ähnlich, wie es die Weimarer Nationalversammlung im Februar 1919 getan hat. Dieses Gesetz muß die Befugnisse der Regierung regeln und dafür sorgen, daß die Grundrechte der Menschen in der sowjetisch besetzten Zone bis zur endgültigen Verabschiedung der Verfassung gesichert werden.

### **2. Vereinbarung über ausländische Truppen**

Mit den vier Mächten wäre eine Vereinbarung zu treffen, die dem Status ihrer auf deutschem Boden stationierten Truppen gilt. Unter Umständen wären zeitliche und räumliche Abschnitte zu vereinbaren, in denen die Herabsetzung der einzelnen Truppenstärken auf ein Mindestmaß und der schließlich vollständige Abzug dieser Truppen festzulegen wäre. Dabei wäre auch ein Uebereinkommen über die Stationierung der verbleibenden Truppen der vier Mächte zu finden. Man könnte in einer solchen Vereinbarung einen Anfang zu Abkommen auf breiterer Basis sehen, die zu einer generellen Regelung der Truppenstärken und zu einer Beschränkung der Rüstung insgesamt führen könnte.

### **3. Abkommen über gesamtdeutsche Truppen**

Zugleich mit der Vereinbarung über die Reduzierung und den Abzug der ausländischen Truppen wären Abkommen mit den vier Mächten zu treffen, durch die an die Stelle dieser ausländischen Truppen deutsche Polizei- oder militärische Kräfte zu treten hätten. Es erscheint zweckmäßig, derartige Abkommen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen abzuschließen.

## **III. Pariser Verträge und Vier-Mächte-Verhandlungen**

Das Inkrafttreten der Pariser Militärverträge wird sich in jedem Stadium der Vorbereitung und Durchführung von Vier-Mächte-Verhandlungen über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als ein Faktor größter Schwierigkeiten erweisen. In dieser entscheidenden Frage stehen sich West und Ost in ihren

Auffassungen schroff gegenüber. Auf der einen Seite beharrt man auf der Erfüllung und Verwirklichung der Pariser Verträge. Auf der anderen Seite kündigt man an, daß für diesen Fall die Ostblock-Abmachungen über die Einsetzung eines gemeinsamen Oberkommandos und die Aufrüstung der Sowjetzone in Kraft gesetzt würden.



Dieses effektive Dilemma sollte die deutsche Seite nach Auffassung der SPD durch folgende Vorschläge für die Vier-Mächte-Verhandlungen aufzulösen versuchen:

#### 1. Ersetzung der Pariser Verpflichtungen

Die militärischen Verpflichtungen, die der Bundesrepublik durch die Pariser Militärverträge auferlegt werden, sollten durch neue Vereinbarungen aufgehoben oder ersetzt werden. Diese Vereinbarungen wären zwischen den vier Mächten und Deutschland zu treffen. Sie würden eine Lösung im Rahmen eines regionalen europäischen Sicherheits-Abkommens beinhalten.

#### 2. Ausbau der Westeuropäischen Union

Eine solche denkbare Lösung wäre etwa der Ausbau der Westeuropäischen Union zu einer Organisation, zu der alle europäischen Staaten Zutritt hätten. In ihr würde das wiedervereinigte Deutschland die entsprechenden und für alle Partner gleichmäßig geltenden Verpflichtungen auch militärischer Art übernehmen.

#### 3. Interims-Lösung: Aussetzung der Pariser Verträge

Die Vorschläge nach 1. und 2. dürften zweifellos auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, die nicht sofort zu überwinden wären. Um aber nicht von vornherein jede Verhandlungsgrundlage zu zerschlagen und an diesem Punkt das ganze System einer besseren und tragfähigen Ordnung zu gefährden, ließen sich Vorschläge denken, die als eine Art Interims-Lösung die zweifellos verhärtete Situation aufweichen könnten. Zunächst wäre zu erwägen, daß man die militärischen Folgerungen aus den

Pariser Verträgen, soweit sie die Bundesrepublik betreffen, für eine bestimmte Zeit aussetzen und nicht in Kraft treten lassen könnte. Ein solche Karenzfrist wäre sicher den ernsthaften Versuchen für eine Verwirklichung der deutschen Wiedervereinigung förderlich und würde sie sogar konkret ermöglichen. Dabei sollte diese Frist nicht nach knappen Monaten, sondern in größeren Zeiträumen bemessen werden. Damit hätte man jedes ultimative Anzeichen eines solchen Vorschlags vermieden.

#### 4. Neue Truppenhöchstzahl der WEU

Dieser Vorschlag der Aussetzung der militärischen Folgerungen der Pariser Verträge für die Bundesrepublik sollte durch einen Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU) ergänzt werden, der eine neue Höchstzahl für die Truppen und die Rüstung festlegt. Ein solcher Beschluß müßte in engster und sinnvoller Beziehung zu der Tatsache stehen, daß die Bundesrepublik ihrer militärischen Verpflichtungen aus der WEU entbunden und damit praktisch also eine Art Stillhalte-Abkommen eintreten würde.

#### 5. Inkraftsetzung der Revisionsbestimmungen

Schließlich müßten die Revisions-Bestimmungen, die im Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Westmächten enthalten sind, sofort in Kraft gesetzt werden, sobald ein Vier-Mächte-Abkommen über die Wiedervereinigung zu erwarten ist. Die Wirksamkeit dieser Revision ist auf die Westeuropäische Union und auf die NATO zu erstrecken.

Quelle: Vorstand der SPD, Bonn, Mai 1955.

## Zeittafel vom 1. bis zum 31. Mai 1955

### Die Ereignisse in Europa\*

#### Deutschland

2. Die Hohen Kommissare der drei Westmächte schlagen in Beantwortung des Schreibens des sowjetischen Hochkommissars, G. M. *Puschkin*, vom 30. April vor, daß die vier Hohen Kommissare am 7. Mai im Gebäude des Alliierten Kontrollrates in Berlin oder am Amtssitz des sowjetischen Hohen Kommissars zu Besprechungen über die Frage der Erhöhung der Straßenbenutzungsgebühren zusammentreffen. In dem Schreiben wird betont, die Erhöhung der Gebühren, soweit sie den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone sowie zwischen der Bundesrepublik und Berlin betreffe, falle nach Auffassung der drei Hohen Kommissare nicht ausschließlich in den Verantwortungsbereich der ostdeutschen Behörden. — Die Konferenz findet am 20. Mai am Amtssitz des sowjetischen Hohen Kommissars statt. Im Anschluß daran wird von den inzwischen zu Botschaftern ernannten bisherigen Hohen Kommissaren der drei Westmächte ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt, ein Vorschlag der drei Mächte, deutsche Fachleute mit dem Studium der Frage der Straßenbenutzungsgebühren und der Ausarbeitung eines Lösungsvorschlages zu betrauen, sei von Puschkin abgelehnt worden. Der sowjetische Hohe Kommissar habe erklärt, die Angelegenheit falle ausschließlich in die Zuständigkeit der Behörden in der sowjetischen Zone. Die Frage könne nach Auffassung Puschkins nur durch direkte Gespräche zwischen den Behörden der Bundesrepublik und der DDR gelöst werden und falle nach seiner Ansicht nicht in den Bereich der Viermächteabkommen von 1949 (vgl. Europa-Archiv 10/1949, S. 2146, und 14/1949, S. 2327). Angesichts dieser Haltung beschließen die Botschafter der Westmächte, die Angelegenheit ihren Regierungen zu überweisen.
3. Die Freie Demokratische Korrespondenz berichtet, daß der Bundesvorstand der FDP am 30. April einen Besuch, den der FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann dem sowjetischen Botschafter G. M. *Puschkin* ohne Kenntnis der Bundestagsfraktion seiner Partei in Berlin abgestattet habe, in seiner „realpolitischen Aussichtslosigkeit schärfstens mißbilligt“.
4. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe stellt fest, daß das Bundesgesetz vom 24. März 1955 betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über das Statut der Saar nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Die Normenkontrollklage gegen das Abkommen war von 174 Abgeordneten des Deutschen Bundestages eingereicht worden.
5. Mit der Hinterlegung der Urkunden über die Ratifizierung des Deutschlandvertrages und des Truppestationierungsvertrages durch die Vertreter Frank-

reichs und Großbritanniens treten die Verträge in Kraft; die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik hatten die Ratifikationsurkunden schon am 20. April hinterlegt. Auf der letzten Sitzung der Alliierten Hochkommission unterzeichnet der Rat eine Proklamation, in der die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Auflösung der Alliierten Hohen Kommission sowie der Dienststellen der Landeskommis-sare in der Bundesrepublik verkündet wird. Bundeskanzler *Adenauer* teilt dem Bundestag in einem Schreiben mit, daß die Bundesrepublik Deutschland fortan ein souveräner Staat sei. Der britische Botschafter, Sir Frederick *Hoyer Millar*, und der französische Botschafter, André *François-Poncet*, überreichen Bundespräsident *Heuss* am 5. Mai ihre Beglaubigungsschreiben. Der amerikanische Botschafter, James *Conant*, überreicht sein Beglaubigungsschreiben am 14. Mai. (Vgl. die Dokumente auf S. 7921 dieser Folge.)

6. Anläßlich des 10. Jahrestages der deutschen Kapitulation, der am 8. Mai in der DDR als 10. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus begangen wird, treffen das Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, M. G. *Perwuchin*, und Verteidigungsminister Marschall G. K. *Shukow*, zu einem Besuch in der DDR in Berlin ein. *Perwuchin* erklärt auf einem Staatsakt am 7. Mai in Berlin: „Die Interessen der Sicherheit Europas sind sowohl dem Sowjetvolk als auch dem deutschen Volk teuer. Eben deshalb tritt die Sowjetunion als unversöhnlicher Gegner der Militarisierung Deutschlands auf und ist bestrebt, die Entwicklung Deutschlands als einheitlicher, unabhängiger, friedliebender und demokratischer Staat zu gewährleisten. Von dieser Position wird die Sowjetunion auch in Zukunft bei der Regelung der Deutschlandfrage ausgehen... Das Bestehen eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben der friedliebenden Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie schließt die Möglichkeit eines Krieges in Europa aus. Deshalb ist die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen Deutschlands unser aller Sache.“ Ministerpräsident Otto *Grotewohl* nennt in seiner Ansprache vier Voraussetzungen für eine Entspannung und Verständigung über Deutschland: „1. Annullierung der Pariser Verträge als Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands; 2. Sofortige Herbeiführung der Verständigung zwischen beiden Teilen Deutschlands zur Beseitigung des Militarismus und zur Vorbereitung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung; 3. Gemeinsame Forderungen beider Teile Deutschlands an die vier Großmächte auf beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen; 4. Schaffung einer ständigen Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung

\* Vgl. auch die auf S. 7949 dieser Folge erscheinenden Mitteilungen des Europarats.



aller übrigen Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit.“ Am 8. Mai erklärt Marschall *Shukow*, das sowjetische Volk hege keine feindlichen Gefühle gegenüber Westdeutschland; die Sowjetunion sei für eine dauerhafte Freundschaft mit dem ganzen deutschen Volk und für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu allen europäischen Staaten.

9. Die SPD veröffentlicht ein Programm zu den Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung. (Vgl. den Wortlaut des Programms auf S. 7932 dieser Folge.)

Der saarländische Landtag lehnt einen von der SPS-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen mit 28 gegen 16 Stimmen in erster Lesung ab.

13. Das Bulletin des Presse- und Informationsamtes veröffentlicht eine Erklärung der Bundesregierung, in der diese ihr Bedauern darüber ausspricht, daß durch die „Aktion Vulkan“ Personen unschuldig in Verdacht geraten seien. Die Aktion, die sich nach Mitteilung der Bundesregierung gegen einen sowjetisch gesteuerten Spionagering in der Bundesrepublik richtete, war am 10. April 1953 auf einer Pressekonferenz durch Vizekanzler Franz *Blücher* angekündigt worden. Insgesamt wurden gegen 52 Personen Ermittlungen geführt. Von den 35 Personen, gegen die ein Verfahren eingeleitet wurde, wurden fünf rechtskräftig verurteilt.
15. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gewinnt die CDU die absolute Mehrheit im Landtag. Die Wahl hat folgendes vorläufiges amtliches Endergebnis: Wahlberechtigt 2 144 157; abgegebene Stimmen 1 634 820; Wahlbeteiligung 76,2 Prozent; gültige Stimmen 1 583 990.

Parteien	Stimmen	vH	Sitze*)
CDU	741 568	46,9	51 (43)
SPD	501 748	31,7	36 (38)
FDP	201 839	12,7	13 (19)
KPD	50 891	3,2	— —
GB/BHE	28 272	1,8	— —
Fr. Wählergem.	45 209	2,9	— —

\*) In Klammern die Zahl der Sitze nach der Landtagswahl vom 29. April 1951.

16. Eine Delegation des Bundestages unter Führung von Bundestagspräsident Eugen *Gerstenmaier* begibt sich auf Einladung des Präsidenten des jugoslawischen Parlaments zu einem Besuch nach Jugoslawien. Am 23. Mai wird die Delegation von Präsident *Tito* empfangen. *Gerstenmaier* erklärt nach der Rückkehr der Delegation im Bayerischen Rundfunk, Präsident *Tito* habe die politische Lage mit dem Wort charakterisiert, man sei dem Frieden näher als dem Krieg. In Gesprächen mit Außenminister *Popovic* und mit Marschall *Tito* habe er, *Gerstenmaier*, den Eindruck gewonnen, daß man in Belgrad die große Zurückhaltung wahre, aber doch ernstlich eine nennenswerte Entspannung zwischen West und Ost erwarte. „Ich habe den Eindruck, daß insbesondere *Tito* sich dabei völlig bewußt ist der entscheidenden Bedeutung,

die dem Deutschlandproblem zukommt. Und ich habe ebenso den Eindruck, daß Marschall *Tito* volles Verständnis hat für das Bedürfnis der Deutschen, über ihr Schicksal im gesamten Volks- und Reichsgebiet eines Tages in Freiheit zu entscheiden.“

17. Die amerikanische Botschaft gibt bekannt, daß Vertreter der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zur Zeit Verhandlungen über ein zweiseitiges Abkommen führen, in dessen Rahmen die Vereinigten Staaten der Bundesrepublik beim Aufbau ihrer Verteidigungsstreitkräfte Militärhilfe gewähren würden.
18. Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes wird mitgeteilt, daß der Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation in Wien, Gesandter *Mueller-Graaf*, in einer Demarche gegenüber der österreichischen Regierung das Befremden der deutschen Bundesregierung über die Regelung der Frage des deutschen Eigentums im österreichischen Staatsvertrag zum Ausdruck gebracht habe. Außerdem seien drei Noten an die Westmächte abgegeben, in denen um eine Erklärung über die Vorgänge gebeten werde, die zu einer im Vergleich zu Art. 35 des früheren Vertragsentwurfes ungünstigeren Bestimmung über das deutsche Eigentum in Art. 22 Abs. 13 des österreichischen Staatsvertrages geführt hätten.
20. Die Volkskammer der DDR billigt nach einem Bericht des Ministerpräsidenten, Otto *Grotewohl*, den Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai (vgl. Polen) und faßt am 21. Mai einstimmig einen Beschluß über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans von 1955; sie verabschiedet ferner einstimmig das Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1955 und billigt die Haushaltsrechnung für das Jahr 1954. Nach dem Volkswirtschaftsplan 1955 soll in diesem Jahre die industrielle Bruttoproduktion auf 105,1 Prozent im Vergleich zu 1954 steigen und die landwirtschaftliche Produktion auf 117 Prozent. Der Haushalt sieht für 1955 Einnahmen von 38 166,9 Millionen und Ausgaben von 38 138,1 Millionen DM vor. Die Haushaltsrechnung 1954 schließt mit einem Ueberschuß von 76,7 Millionen DM. Die Länderkammer, zu deren Präsident August *Bach* als Nachfolger des verstorbenen Dr. *Lobedan* gewählt wird, stimmt den Beschlüssen der Volkskammer am 23. Mai zu.
21. Präsident *Pieck* ratifiziert den Warschauer Vertrag.
- 21.—22. Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD erklärt der Landesvorsitzende Franz *Neumann*, die vier Großmächte müßten sich über den internationalen Status Gesamtdeutschlands einigen; erst dann könnten die Schritte zum Abschluß eines Friedensvertrages getan werden. Die Bundesregierung sollte auf die Konzeption eines Gesamtdeutschland hinwirken, das als Teil eines europäischen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen keinem der beiden militärischen Blöcke angehören würde. *Neumann* wird mit großer Mehrheit zum Landesvorsitzenden wiedergewählt.
25. Bundeskanzler *Adenauer* empfängt auf der Bühler Höhe die Botschafter *Blankenhorn*, von *Herwarth*, *Krekeler* und Freiherr von *Maltzan* zur Berichterstattung über die in den Außenministerien der

Westmächte herrschende Auffassung zu den geplanten Viermächteverhandlungen. (Vgl. auch Vereinigte Staaten.) In der vom Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung am 26. Mai veröffentlichten Mitteilung heißt es, die sich ergebenden Fragen seien eingehend erörtert worden. Der Bundeskanzler habe seine Auffassung von der Lage dargelegt, die dem Bericht zugrunde liege, den er in der außenpolitischen Aussprache des Bundestages erstatten werde (vgl. 27. Mai).

26. Der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa, General Alfred Gruenther, erklärt vor dem Verein der Auslandspresse in Bad Godesberg, die NATO werde nach dem Wirksamwerden des deutschen Verteidigungsbeitrages in der Lage sein, ganz Westdeutschland zu verteidigen. Man rechne damit, daß der deutsche Verteidigungsbeitrag in drei bis vier Jahren voll wirksam sein werde. Man werde zu dieser Zeit in der Lage sein, auch einen auf breiter Front geführten Angriff gegen Westeuropa abzuwehren. Das erste Ziel der NATO sei, das ganze Gebiet der Paktstaaten zu verteidigen; das zweite Ziel sei, den Angreifer zu schlagen. Auch vor dem Wirksamwerden des deutschen Verteidigungsbeitrages könne ein Angreifer schon besiegt werden; jedoch bestehe die Möglichkeit, daß in diesem Falle nicht das ganze Gebiet der Verteidigungsorganisation vor einer Invasion geschützt werden könne.

Der am 24. April neugewählte Landtag von Niedersachsen wählt den Vorsitzenden der DP und bisherigen Bundesminister, Heinrich Hellwege, mit 89 von 159 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten. Auf den bisherigen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) entfallen 61 Stimmen. Hellwege bildet eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der CDU, FDP, DP und des BHE. Aus Protest gegen die Ernennung von Leonhard Schlüter (FDP) zum Kultusminister treten Rektor und Senat der Universität Göttingen zurück. Schlüter war Mitbegründer der Deutschen Rechtspartei.

27. Der Bundestag billigt auf seiner 84. Sitzung die Außenpolitik der Bundesregierung. In einer Regierungserklärung stellt Bundeskanzler Adenauer fest: „Die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen bleibt nach wie vor der einzige Weg zur deutschen Wiedervereinigung. Vor der Bildung einer legitimen gesamtdeutschen Regierung können keine Verhandlungen über den Inhalt eines Friedensvertrages stattfinden. Eine Neutralisierung Deutschlands als Voraussetzung für die Wiedervereinigung ist nicht annehmbar. Weder kann Deutschland sich freiwillig oder besser mehr oder weniger unfreiwillig den Status der Neutralität, wenn auch der bewaffneten, auferlegen noch sich neutralisieren lassen.“ Ein Antrag der Opposition, die Bundesregierung möge in Gesetzgebung und Verwaltung alle Maßnahmen zurückstellen, die in den Bereich der militärischen Folgerungen aus den Pariser Verträgen gehören, wird mit 244 Stimmen gegen 145 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. In dem Antrag wurde die Bundesregierung ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß in den bevorstehenden Viermächteverhandlungen die in den Pariser Verträgen und dem Warschauer Vertrag vor-

gesehenen einseitigen militärischen Bindungen der beiden Teile Deutschlands durch Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschland in ein kollektives Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen ersetzt werden.

Das V. Parlament der FDJ in Erfurt wird nach dreitägigen Beratungen mit dem Beschluß über ein „Manifest an die deutsche Jugend“ abgeschlossen. Zuvor hatte das Parlament einstimmig ein neues Statut der FDJ gebilligt und den neuen Zentralrat des Verbandes gewählt. In dem neuen Statut heißt es unter anderem: „Die Mitglieder der FDJ betrachten es als Ehre und als Pflicht, den Frieden, ihre Heimat und die großen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates selbstlos und aufopferungsvoll zu verteidigen.“ An Stelle des bisherigen Vorsitzenden der FDJ, Erich Honecker, wird Karl Naumschel zum Ersten Sekretär des Zentralrats ernannt.

28. Das Presse- und Informationsamt gibt bekannt, daß das Bundeskabinett den Entwurf eines Freiwilligen-gesetzes verabschiedet und dem Bundesrat zugeleitet habe. In dem Entwurf wird festgestellt, daß der Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland mit der Einstellung freiwilliger Soldaten beginne. Auf die Freiwilligen sollen bis zum Erlaß eines besonderen Gesetzes die für Bundesbeamte geltenden Vorschriften sinngemäß angewendet werden.
31. Der Prozeß gegen die KPD vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe wird nach neunwöchiger Unterbrechung wieder aufgenommen.

#### Frankreich

3. In Paris unterzeichnen Außenminister Antoine Pinay und der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, den französisch-saarländischen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit. (Vgl. das deutsch-französische Abkommen über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 in Europa-Archiv 21/1954, S. 7020, und das Protokoll eines Uebereinkommens in Europa-Archiv 9/1955, S. 7533.)
5. Amtlich wird bekanntgegeben, daß das französische Kommissariat für Atomenergie und die britische Atomenergiebehörde ein Abkommen über den Austausch nicht geheimer Informationen geschlossen haben. Zweck des Abkommens sei die Förderung und Entwicklung der friedlichen Verwendungsmöglichkeiten der Atomenergie. Die außenpolitische Kommission der Nationalversammlung billigt mit 25 gegen 5 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen eine Resolution, in der es heißt: „Die außenpolitische Kommission bedauert, daß die Regierung die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden für die Verträge von Paris beschloß, noch bevor die hauptsächlich französischen-deutschen Differenzen über das Saarstatut mit Zustimmung des französischen Parlamentes geregelt werden konnten.“
6. Die Arbeitsgruppe Rüstungsproduktion und Standardisierung der Westeuropäischen Union (WEU), die seit dem 21. Januar in Paris tagte, schließt ihre Arbeit mit einem Bericht an den Rat der WEU ab. Der Rat hält am 7. Mai in Paris seine erste Sitzung ab und beschließt am 11. Mai eine Resolution zum deutsch-französischen Abkommen über das Statut der



Saar vom 23. Oktober 1954 (vgl. die Dokumente auf S. 7923 dieser Folge).

9.—11. Tagung des Atlantikrates in Paris. Auf der ersten Sitzung am 9. Mai in Anwesenheit von Bundeskanzler *Adenauer* wird die Bundesrepublik Deutschland als neuer Partner der NATO begrüßt (vgl. das Communiqué auf S. 7927 dieser Folge).

19. Außenminister Antoine *Pinay* erklärt in einem Fernsehinterview, bei der geplanten Viererkonferenz handele es sich nicht um eine Konferenz der letzten Chancen, sondern um den Anfang einer lang andauernden Anstrengung. Zur Deutschlandfrage sagt der Minister: „Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ist die Vorbedingung für jeden Fortschritt in Richtung auf einen Friedensvertrag und eine allgemeine Regelung in Europa. Wir stellen für diese Wiedervereinigung keine Bedingungen; deshalb denken wir auch nicht daran, vor der Wiedervereinigung Deutschlands einem Ueberkommen seiner Neutralisierung zuzustimmen. Deutschland unter dem Vorwand der Neutralisierung zu isolieren würde bedeuten, alle Möglichkeiten einer europäischen Organisation zu zerschlagen und Deutschland allen Versuchungen auszusetzen, eine Pendelpolitik zwischen Ost und West zu verfolgen.“ Das Kabinett beschließt, Truppenverstärkungen zur Unterdrückung von Unruhen nach Algerien zu entsenden.

19.—22. Elfter Nationalkongreß der MRP in Marseille. In ihren Stellungnahmen zu internationalen Fragen warnen sowohl der frühere Außenminister Georges *Bidault* wie auch der frühere Außenminister und jetzige Justizminister Robert *Schuman* vor einer Politik der Neutralität, insbesondere in Deutschland. In einer außenpolitischen Entschließung verurteilt der Kongreß zunächst diejenigen, welche die EVG zum Scheitern gebracht haben, ebenso jeden Neutralismus, der nach Auffassung des Kongresses die freie Welt schwächen würde. „Der Kongreß betont, daß eine Deutschland auferlegte Neutralisierung die Sicherheit Europas ernstlich gefährden würde. Er erklärt, daß die Regelung der Deutschlandfrage nicht durch eine Unterwerfung von Völkern jenseits des Eisernen Vorhangs besiegelt werden kann.“ Der Kongreß ersucht ferner die französische Regierung, die notwendigen Initiativen zur Erweiterung der Vollmachten der Montanunion zu ergreifen; er befürwortet erneut die Schaffung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialrates. — Der Präsident der MRP, Pierre-Henri *Teitgen*, wird mit 491 von 530 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Generalsekretärs, André *Colin*, der auf eine Wiederwahl verzichtet, wird René *Simonnet* mit 508 von 511 abgegebenen Stimmen gewählt.

29. Die französisch-tunesischen Vereinbarungen über die Gewährung der inneren Autonomie an Tunesien (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 10/1955, S. 7573/74) werden von Ministerpräsident Edgar *Faure* und dem tunesischen Ministerpräsidenten, *Tahar Ben Ammar*, in Paris paraphiert. Auf Grund der Vereinbarungen wird Tunesien eine weitgehende innere Autonomie erhalten. Frankreich behält sich die Verteidigung des Landes sowie die außenpolitischen

Beziehungen und vorübergehend auch die Wahrung der inneren Sicherheit und Ordnung Tunesiens vor.

### Großbritannien

26. Die Neuwahlen für das Unterhaus ergeben einen Sieg der Konservativen, die ihre Mehrheit von bisher 28 auf 68 Sitze erweitern können. Die Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse der Wahlen vom 25. Oktober 1951): Abgegebene gültige Stimmen 34 855 907; Wahlbeteiligung 76,8 vH; das neue Unterhaus zählt 630 Sitze (bisher 625).

Parteien	Stimmen	vH	Sitze
Konservative	13 311 938 (13 718 069)	49,8	345 (322)
Labour . .	12 369 532 (13 949 105)	46,2	277 (294)
Liberale . .	722 395 ( 730 552)	2,7	6 (6)
Kommunisten	33 144 ( 21 640)	0,1	— —
Andere . .	323 652 ( 177 329)	1,2	2 (3)

19. Die Beratungen des Unterausschusses der UN-Abüstungskommission, die am 25. Februar in London begannen, werden nach der Vorlage neuer sowjetischer Abüstungsvorschläge vertagt (vgl. UN).

### Italien

10. Der Kandidat der Christlichen Demokraten, Giovanni *Leone*, wird mit 311 von 552 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Er ist der Nachfolger von Giovanni *Gronchi*, der am 29. April zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Auf den Kandidaten der Linksoption, *Targetti*, entfallen 213 Stimmen.

18. Ministerpräsident Mario *Scelba* erklärt in Rom, Italien werde seine bisherige Außenpolitik konsequent weiterführen. Ihre Grundpfeiler seien der Atlantikpakt und die Westeuropäische Union. Das österreichische Beispiel der Neutralität komme für Italien, auf dessen Boden keine Besatzungstruppen stünden, nicht in Frage.

### Jugoslawien

8. Abschluß eines Staatsbesuches des türkischen Ministerpräsidenten, Adnan *Menderes*, in Belgrad. In einem Communiqué zu den Besprechungen des türkischen Ministerpräsidenten mit Präsident *Tito*, Vizepräsident *Kardelj* und Außenminister *Popovic* wird festgestellt, der Besuch habe eine Gelegenheit für einen offenen Meinungsaustausch über die allgemeine internationale Lage sowie über Fragen in direktem Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen den beiden Ländern gegeben. Besondere Aufmerksamkeit sei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien im Rahmen der Verträge von Ankara und Bled geschenkt worden.

15. Präsident *Tito* betont in einer Rede in Pola, Jugoslawien werde es auch in Zukunft nicht zulassen, daß sich irgend jemand, Osten oder Westen, in seine inneren Probleme einmische. Jugoslawien habe auch nicht die Absicht, hinter den Kulissen auf irgend jemandes Kosten zu manövrieren. Jugoslawien werde niemals einem Aggressor dienen. Die angekündigten Besprechungen zwischen der sowjetischen und der jugoslawischen Regierung (vgl. Sowjetunion) würden auf der Grundlage der Koexistenz verlaufen.

Die Gespräche würden dazu beitragen, allgemein das Vertrauen in die sowjetischen Gesten und Vorschläge zu stärken. Zur Wiedervereinigung Deutschlands erklärt Marshall *Tito*, er sei der Ansicht, daß die eigenen Wünsche und Bestrebungen des deutschen Volkes bisher zu wenig berücksichtigt worden seien. — Am 20. Mai erklärt ein Regierungssprecher, die bevorstehenden sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen würden in keiner Weise eine negative Wirkung auf die Einstellung Jugoslawiens bezüglich des Balkanpaktes haben.

26. Eine sowjetische Delegation unter Leitung des Mitgliedes des Präsidiums des Obersten Sowjets und Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*, trifft zu Besprechungen mit der jugoslawischen Regierung in Belgrad ein (vgl. Sowjetunion). Bei der Ankunft erklärt *Chruschtschow*: „Wir bedauern aufrichtig, was geschehen ist, und räumen entschlossen alles beiseite, was sich in dieser Periode aufgetürmt hat. Zu dem, was sich aufgetürmt hat, rechnen wir unsererseits zweifellos die provokatorische Rolle, die die jetzt entlarvten Feinde des Volkes Berija, Abakumow und andere in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und der UdSSR gespielt haben. Wir haben das Material, worauf die schweren Beschuldigungen und Beleidigungen beruhen, die damals gegen die Führer Jugoslawiens erhoben wurden, sorgfältig geprüft. Die Tatsachen zeigen, daß dieses Material von den Feinden des Volkes, den verachtungswürdigen Agenten des Imperialismus, die sich durch Betrug in die Reihen unserer Partei eingeschlichen haben, fabriziert worden war. ... Das Bestreben Jugoslawiens, die Beziehungen zu allen Staaten sowohl im Westen als auch im Osten zu entwickeln, findet unser volles Verständnis. Wir sind der Ansicht, daß die Festigung der Freundschaft und der Beziehungen zwischen unseren Ländern zur Verbesserung der Beziehungen zwischen allen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, und zur Festigung des Weltfriedens beitragen wird. ... Als Vertreter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Partei, die vom großen Lenin geschaffen wurde, halten wir die Herstellung gegenseitigen Vertrauens auch zwischen unseren Parteien für wünschenswert. Die dauerhaftesten Beziehungen werden zwischen den Völkern jener Länder geknüpft, in denen die führende Kraft solche Parteien sind, die ihre ganze Tätigkeit auf die Lehre des Marxismus-Leninismus begründen. ... Wir würden unsere Pflicht vor unseren Völkern und vor den Werktätigen der ganzen Welt nicht erfüllen, wenn wir nicht alles in unserer Kraft Stehende tun würden, um gegenseitiges Verständnis zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus zu schaffen.“

#### Niederlande

17. Ministerpräsident Willem *Drees* tritt mit seinem Kabinett nach einer Abstimmungsniederlage zurück. Die Kammer hatte einen Regierungsvorschlag zur Erhöhung der Mieten für Altwohnungen mit 50 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

#### Oesterreich

15. Nach einer vorbereitenden Konferenz der Botschafter der vier Besatzungsmächte unter Teilnahme einer österreichischen Delegation unter Führung von Außenminister Leopold *Figl* vom 2. bis zum 13. Mai und einer Konferenz der vier Außenminister am 14. Mai unterzeichnen die Außenminister Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Oesterreichs in Wien den österreichischen Staatsvertrag. Nach der Unterzeichnung erklärt Außenminister *Molotow*, neben der Schweiz werde jetzt inmitten Europas auch ein neutrales Oesterreich bestehen; es sei zu hoffen, daß auch andere Staaten diesem Wege folgen würden. *Molotow* erklärt ferner, die Frage des ehemaligen deutschen Eigentums, die von großer Bedeutung gewesen sei, sei in vollem Einverständnis zwischen den vier Mächten und Oesterreich selbst geregelt worden. Die Sowjetunion werde „auch weiterhin danach streben, Wege zu einer friedlichen und demokratischen Regelung der deutschen Frage zu finden, die den legitimen Bestrebungen des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ohne Wiedergeburt des deutschen Militarismus entsprechen wird“. Am 18. Mai erklärt Bundeskanzler Julius *Raab* auf einem außerordentlichen Bundesparteitag der ÖVP in Wien zur Frage des deutschen Eigentums, es sei noch verfrüht, bindende Erklärungen zu diesem Thema abzugeben. „Die im Staatsvertrag festgelegte Regelung wurde von westalliierten Seite vorgeschlagen, da andernfalls die Gefahr bestand, daß die Verhandlungen auf der Botschafterkonferenz in diesem Punkt zu keiner Einigung geführt hätten. Es wird jedoch versucht werden, mit der Bundesrepublik Deutschland zu einer Einigung zu gelangen, die es ermöglicht, im Rahmen und unter Wahrung des Vertrages die Grundsätze des Rechts auf das Eigentum soweit wie möglich auswirken zu lassen.“
25. Im Nationalrat wird ein Antrag zu der geplanten Erklärung über die Neutralität Oesterreichs eingebracht. Der Antrag lautet: „Der Nationalrat wolle beschließen: Oesterreich erklärt zum Zwecke der dauernden und immerwährenden Behauptung der Unabhängigkeit nach außen und der Unverletzlichkeit seines Gebietes sowie im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Inneren aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität und ist entschlossen, diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. Oesterreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen. Oesterreich erklärt in diesem Zusammenhang, sich in seinen Beziehungen zu anderen Staaten stets an die in der Charta der Vereinten Nationen ausgesprochenen Grundsätze halten zu wollen, und bringt neuerlich seine Bereitwilligkeit und seine Fähigkeit zum Ausdruck, die in der Charta enthaltenen Verpflichtungen anzunehmen und einzuhalten. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat den Entwurf eines die Neutralität regelnden Bundesverfassungsgesetzes vorzu-



legen, alle Schritte zu unternehmen, um die endliche Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen, um die Oesterreich bereits angesucht hat, zu erreichen, und, sobald der österreichische Staatsvertrag in Kraft getreten ist und Oesterreich von den Besatzungstruppen geräumt sein wird, dieses Gesetz allen Staaten mit dem Ersuchen um Anerkennung der Neutralität Oesterreichs mitzuteilen.“

20.—28. Vierter Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Wien. Der Kongreß faßt 13 Entschliefungen, die unter anderem eine erhöhte Aktivität zur Propagierung der Ziele des IBFG und die Vertretung der Gewerkschaften in den Regierungsstellen betreffen, die sich mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Unterstützung befassen. Der Belgier Omar Becu wird als Präsident, der Niederländer J. H. Oldenbroek als Generalsekretär wiedergewählt. Als deutsche Vertreter gehören dem neugewählten Vorstand an Walter Freitag als ordentliches Mitglied und Matthias Föcher und Ludwig Rosenberg als Ersatzmitglieder.

#### Polen

11.—14. In Warschau findet eine „Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ statt. Die Konferenz, an der Delegationen Albaniens, Bulgariens, Ungarns, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und ein Vertreter der Volksrepublik China als Beobachter teilnehmen, endet mit der Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand und mit der Beschlußfassung dieser Staaten über die Bildung eines Vereinten Oberkommandos, wobei vereinbart wird, die Frage der Teilnahme der DDR an Maßnahmen, welche die Streitkräfte des Vereinten Kommandos betreffen, später zu erörtern (vgl. die Dokumente auf S. 7928 dieser Folge). Auf der Sitzung am 11. Mai erklärt der sowjetische Ministerpräsident, N. A. Bulganin, die Sowjetunion sei auch nach der Ratifikation der Pariser Verträge bereit, „in jeder Weise zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit ihm auf annehmbarer Grundlage beizutragen“. Die Sowjetunion bleibe jedoch ein entschlossener und konsequenter Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands. Die nationale Einheit Deutschlands müsse auf friedlicher und demokratischer Grundlage wiederhergestellt werden. „Ein wichtiger Beitrag zur Vereinigung Deutschlands wie zur Friedenserhaltung in Europa kann eine Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland, eine Entspannung in ihren Beziehungen zueinander sein.“ Bulganin schlägt vor, daß die Besatzungsmächte ihre Truppen unverzüglich aus Deutschland zurückziehen, „mit Ausnahme streng limitierter Truppenkontingente, die zeitweilig, bis zum Abschluß eines Abkommens über ihre restlose Zurücknahme, auf deutschem Gebiet belassen werden sollen“. Zur Frage der kollektiven Sicherheit Europas erklärt der sowjetische Ministerpräsident, die Ratifizierung der Pariser Verträge habe die Lösung dieses Problems erschwert, es jedoch nicht von der Tagesordnung abgesetzt. — Der Vertrag

über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand wird am 19. Mai von Polen, am 21. von der DDR, am 24. von der Tschechoslowakei, am 25. von der Sowjetunion und Ungarn, am 28. von Bulgarien und Albanien, am 30. von Rumänien ratifiziert.

#### Schweden

1. Das Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion trat am 30. April und 1. Mai in Stockholm zusammen. Nach längerer Diskussion über die gegenwärtige politische Lage wird eine Resolution gefaßt, in der es heißt: „Die bisher erreichte Integration Westeuropas darf nicht aus den Bestreben heraus preisgegeben werden, einige unmittelbare Probleme lösen zu können. Es sollte im Gegenteil keine Anstrengung unterlassen werden, diese Integration bis zu einem optimalen Grade ständig weiterzuentwickeln.“

#### Sowjetunion

7. Das Präsidium des Obersten Sowjets annulliert auf Antrag des Ministerrats und auf Empfehlung der Kommissionen für Auswärtige Angelegenheiten beider Häuser des Obersten Sowjets durch Erlasse den britisch-sowjetischen Vertrag vom 26. Mai 1942 und den französisch-sowjetischen Vertrag vom 10. Dezember 1944. In der Begründung heißt es, die Verträge seien gegenstandslos geworden, nachdem Großbritannien und Frankreich durch Ratifizierung der Pariser Verträge ihre Verpflichtungen aus den Verträgen direkt gebrochen hätten.
10. Die drei Westmächte schlagen der Sowjetunion eine Konferenz der Regierungschefs zur Einleitung neuer Verhandlungen über die Lösung der internationalen Probleme vor. Die sowjetische Regierung erklärt sich mit diesem Vorschlag am 26. Mai in Noten an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einverstanden und schlägt vor, die Konferenz in Wien abzuhalten. Der Zeitpunkt der Konferenz solle durch eine zusätzliche Vereinbarung bestimmt werden.
- 10.—16. In Moskau findet die 27. Tagung des Exekutivbüros des Weltgewerkschaftsbundes statt. Auf der Tagesordnung steht als Punkt eins: „Die Rolle der Gewerkschaften im gemeinsamen Kampf der Völker für Frieden, für das Scheitern der Atomkriegspläne und für die Forderungen der Werktätigen.“
14. Laut TASS haben die sowjetische und die jugoslawische Regierung, „geleitet von dem gemeinsamen Wunsch nach einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und nach Festigung des Friedens“ beschlossen, ein Treffen ihrer Vertreter auf höchster Ebene für Ende Mai nach Belgrad einzuberufen. Der sowjetischen Delegation gehören an N. S. Chruschtschow, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets und Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, als Delegationsleiter, ferner der Vorsitzende des Ministerrates, N. A. Bulganin, der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, A. I. Mikojan, der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitäten-Sowjets und Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU sowie Chefredakteur der Prawda, D. T. Schepilow, der Erste Stellvertreter des Ministers für

Auswärtige Angelegenheiten, A. A. Gromyko, und der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, P. N. Kummykin.

15. Die Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht den Wortlaut eines Memorandums vom 15. April 1955 über die Ergebnisse der österreichisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau.
- 16.—18. In Moskau findet eine Konferenz von Vertretern der Industrie aus allen Teilen der Sowjetunion statt, die von dem Zentralkomitee der KPdSU und vom Ministerrat einberufen wurde, um Maßnahmen zu erörtern, die eine weitere Steigerung der industriellen Produktion bewirken sollen. Ministerpräsident *Bulgandin* fordert in seiner Rede vor den Delegierten eine Festigung der staatlichen Disziplin und als nächste Aufgabe Erfüllung und Ueberschreitung des laufenden Fünfjahresplans. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, N. S. Chruschtschow, stellt in seiner abschließenden Ansprache fest, daß die gewaltigen Reserven der sowjetischen Industrie schlecht genutzt würden. Zu außenpolitischen Fragen erklärt er, das Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik sei die Anerkennung der Möglichkeit und

Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz verschiedener sozialer Systeme.

25. Auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets wird die Staatliche Planungskommission des Ministerrates in eine Staatliche Planungskommission für die Perspektivplanung der Volkswirtschaft (Staatliche Planungskommission) und in eine Staatliche Wirtschaftskommission für die laufende Planung der Volkswirtschaft (Staatliche Wirtschaftskommission) umgebildet. Zum Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission wird der bisherige Minister für die Erdölindustrie, N. K. *Bajbakow*, zum Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftskommission der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, M. S. *Saburow*, ernannt.

### Türkei

21. Die Nationalversammlung ratifiziert das am 2. März 1955 von den Außenministern der Signatarstaaten des Balkanpaktes in Ankara unterzeichnete Abkommen über die Schaffung einer gemeinsamen Konsultativversammlung der drei Paktstaaten. (Vgl. den Wortlaut des Abkommens in EA 6/1955, S. 7413).

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Argentinien

19. Die Abgeordnetenkammer billigt nach zweitägiger Debatte mit 121 gegen 12 Stimmen eine Regierungsvorlage über die Trennung von Staat und Kirche. Das Gesetz sieht die Einberufung einer innerhalb von sechs Monaten vom Volk zu wählenden Verfassungsgebenden Versammlung vor, welche die für eine Trennung von Staat und Kirche notwendigen Verfassungsänderungen beschließen soll. Am 20. Mai genehmigt der Senat die Gesetzesvorlage.

#### Vereinigte Staaten

16. Nach einer amtlichen Mitteilung haben die Vereinigten Staaten und Kambodscha ein Abkommen über direkte amerikanische Militärhilfe an Kambodscha unterzeichnet. Auf Grund des Abkommens wird sich eine amerikanische militärische Beratungsgruppe nach Kambodscha begeben.
17. In einem Bericht über seine Reise nach Europa erklärt Außenminister John Foster Dulles, es gebe Anzeichen, die auf eine Wendung in der sowjetischen Außenpolitik hindeuteten. Mit dem Abzug aus Oesterreich gehe die Rote Armee zum ersten Male seit 1945 einen Schritt aus Mitteleuropa in Richtung auf die sowjetischen Grenzen zurück; es sei unvermeidlich, daß dieser Rückzug Auswirkungen auf die freiheitlichen Bestrebungen in Ungarn, der Tschechoslowakei und anderen osteuropäischen Staaten habe.
18. Präsident Eisenhower erklärt auf einer Pressekonferenz auf eine Frage, was er von dem Gedanken eines Gürtels neutraler Staaten zwischen Ost und West halte, die Vereinbarung über die Neutralität Oesterreichs bedeute nicht, daß Oesterreich waffenlos und zu einem militärischen Vakuum werde. Desgleichen werde die Schweiz nach seiner Ansicht wenn nötig bis zum letzten kämpfen, um ihre Neutralität

zu verteidigen. Diese Art der Neutralität sei sehr verschieden von einer Neutralität, die ein militärisches Vakuum schaffe. Am 24. Mai erklärt Außenminister Dulles auf einer Pressekonferenz, er habe dem deutschen Botschafter auf dessen Anfrage und nach Rücksprache mit Präsident Eisenhower versichert, die Erklärungen Eisenhowers vom 18. Mai bedeuteten nicht, daß die Vereinigten Staaten eine Neutralität Deutschlands befürworteten. Dulles sagt: „Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß eine Politik der Neutralität auf ein Land von der Art Deutschlands keine Anwendung finden kann.“ Dies treffe sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch auf ein wiedervereinigtes Deutschland zu.

### ASIEN

#### Chinesische Volksrepublik

20. Abschluß mehrtägiger Besprechungen zwischen Ministerpräsident und Außenminister *Tschu En-lai* und dem indischen UN-Delegierten *Krischna Menon* in Peking. *Menon* erklärt am 21. Mai vor seiner Abreise: „Die Verwertung der Ergebnisse unserer Bemühungen liegt nicht in unserer Hand. Wir haben unser Bestes versucht und uns bemüht, die Dinge in die richtige Richtung zu bringen.“
25. In einem chinesisch-sowjetischen Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß in Uebereinstimmung mit dem chinesisch-sowjetischen Abkommen vom 14. Februar 1950 und dem chinesisch-sowjetischen Kommuniqué vom 12. Oktober 1954 die sowjetische Regierung ihre Streitkräfte aus Port Arthur zurückgezogen und die Anlagen in diesem Gebiet ohne Entschädigung der Regierung der Volksrepublik China übergeben habe. Ein entsprechendes Schlußprotokoll der gemeinsamen Chinesisch-Sowjetischen Militärkommission sei am 24. Mai unterzeichnet worden. Danach werde der Abzug der sowjetischen Streitkräfte am 31. Mai beendet sein. (Vgl. EA 22/1954, S. 7097.)



30. Einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Neues China zufolge hat das Militärtribunal des Obersten Volksgerichts vier amerikanische Flieger, die im Laufe der Jahre 1952 und 1953 gefangengenommen wurden, zur sofortigen Ausweisung aus China verurteilt. Nach einer Mitteilung des Ministerpräsidenten und Außenministers, *Tschu En-lai*, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen werden die Gefangenen am 31. Mai übergeben.

### Indien

- 9.—13. Konferenz der asiatischen Mitglieder des Beratenden Ausschusses des Colombo-Plans in Simla. Die Konferenz, an der Indien, Indonesien, Japan, Laos, Kambodscha, Süd-Vietnam, Pakistan, Nepal, Thailand und die unter britischer Verwaltung stehenden Gebiete Malaya, Singapore, Nord-Borneo und Sarawak teilnehmen, befassen sich hauptsächlich mit Fragen der bestmöglichen Ausnutzung der Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten für Asien. Ferner stehen auf der Tagesordnung die Schaffung einer Organisation für die Gewährung von Krediten an asiatische Länder, deren Zahlungsbilanz nicht ausgeglichen ist, sowie die Bestellung eines ständigen Sekretariats. In einem Schlußkommuniqué wird bekanntgegeben, daß das gegenwärtige System der

zweiseitigen Abkommen für die Anwendung der amerikanischen Wirtschaftshilfe beibehalten werde. Die Konferenz habe das Beispiel der OEEC eingehend studiert. Jedes europäische Land, das zur wirtschaftlichen Entwicklung Asiens beitragen wolle, könne dies auf bilateraler Grundlage tun.

- 14.—18. In Neu-Delhi finden Besprechungen zwischen dem pakistanischen Ministerpräsidenten, *Mohammed Ali*, und Ministerpräsident Jawaharlal *Nehru* statt. In einem Pressecommuniqué über die Gespräche heißt es, die Unterredungen seien herzlich verlaufen und hätten sich auf eine große Zahl von gemeinsam interessierenden Fragen erstreckt. Auch die Kaschmir-Frage sei ausführlich erörtert worden.

### Japan

- 16.—21. In Tokio findet der 15. Biennalkongreß der Internationalen Handelskammer (IHK) statt. Die Delegierten nehmen insgesamt 51 Resolutionen an, die sich zum großen Teil auf eine Verbesserung des internationalen Handelsverkehrs beziehen, darunter eine Entschließung an die in der IHK vertretenen Regierungen, das Genfer Abkommen über die Errichtung einer Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Außenhandels (*Organisation for Trade Cooperation, OTC*) zu ratifizieren.

## Die Organisation der Vereinten Nationen

- 10.—27. Achte Weltgesundheitsversammlung in Mexiko City. Die Versammlung nimmt insgesamt 47 Resolutionen an, darunter eine Entschließung, die sich mit der Rolle der WHO auf dem Gebiet der Entwicklung der Atomenergie zu Zwecken der öffentlichen Gesundheit und Medizin befaßt.
13. Abschluß des Zweiten Meteorologischen Weltkongresses in Genf. Der Kongreß, der am 14. April begann, befaßt sich unter anderem mit der Beteiligung der WMO an dem erweiterten UN-Programm für technische Unterstützung.
16. In New York beginnt der zweite Teil der 19. Sitzungsperiode des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Der erste Teil der Sitzung dauert vom 29. März bis zum 7. April. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Fragen der Informationsfreiheit, Gewerkschaftsrechte, Bevölkerungsprobleme und der Jahresbericht des Kinderhilfefonds.
19. Die Beratungen des Unterausschusses der UN-Abrüstungskommission werden vertagt; sie sollen am 1. Juni in New York fortgesetzt werden. Am 11. Mai hatte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS neue Vorschläge der Sowjetunion an die Organisation der Vereinten Nationen über die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffen veröffentlicht, welche der sowjetische Delegierte J. A. *Malik* dem Unterausschuß am 10. Mai in Form einer Deklaration vorlegte. Der sowjetische Vorschlag enthält in seinem ersten Teil eine Liste allgemeiner politischer Forderungen, deren Erfüllung die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung eines Abrüstungsprogramms schaffen soll. Zu diesen Voraussetzungen zählen nach sowjetischer Auffassung die Beendigung des Kalten Krieges, die Zurückziehung der fremden Truppen aus Deutschland, die

Auflösung von Militärstützpunkten auf fremdem Boden, die Lösung der Probleme im Fernen Osten und die Beseitigung der Hindernisse im Welthandel. Der zweite Teil des Programms enthält Vorschläge für ein umfassendes Abrüstungsprogramm, das 1956 und 1957 durchgeführt werden soll. Darin macht sich die sowjetische Regierung die von den Westmächten vorgeschlagenen Zahlen für die den fünf Großmächten erlaubten Streitkräfte zu eigen und nimmt den britisch-französischen Kompromißvorschlag an, wonach mit der Vernichtung der Vorräte an nuklearen Waffen begonnen werden soll, wenn die Verminderung der herkömmlichen Streitkräfte zu 75 Prozent durchgeführt worden ist. Ferner nimmt sie den Plan für die Errichtung eines internationalen Ueberwachungsorgans mit wachsenden Aufgaben grundsätzlich an und erklärt, daß „rein formelle Abmachungen über die internationale Kontrolle der Atomwaffen nur ein falsches Sicherheitsgefühl schaffen können“. Dazu erklärt der Staatsminister im britischen Außenministerium, *Anthony Nutting*, am 11. Mai auf einer Pressekonferenz: „Die jüngste Erklärung der Sowjetregierung über die Abrüstung stellt eine wichtige und in mancher Hinsicht eine ermutigende Entwicklung dar. Sie bezeugt eine wesentliche Annäherung in verschiedenen Hauptpunkten an die Ansichten, die von den westlichen Delegationen im Abrüstungsunterausschuß der UN seit mehreren Wochen vertreten werden. Es ist ermutigend zu sehen, daß die Sowjetregierung eine Anzahl von Vorschlägen übernimmt, die ursprünglich von den westlichen Delegationen vorgebracht worden sind... die sowjetische Haltung in der Frage eines wirksamen internationalen Ueberwachungssystems ist jedoch nach wie vor unklar...“

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

0. JAHR

5./20. JUNI 1955

11./12. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Anderle, Othmar: Das universalhistorische System Arnold Joseph Toynbees. Frankfurt a. M.—Wien: Humboldt-Verlag 1955. 474 S. (Sammlung „Die Universität“, Band 53). DM 15,50.

Die Darstellung gliedert sich in drei Hauptteile — „Philosophische Grundlagen“, „Das Kulturphänomen“ und „Der universalhistorische Aspekt“ —, denen eine Einleitung mit Betrachtungen über den geistesgeschichtlichen Standort Toynbees und über seine Methode vorausgeschickt ist. Durch zahlreiche Zitate, Verweisungen auf das Originalwerk und ein erschöpfendes Register haben sich Autor und Verlag bemüht, das Buch auch als vielseitigen Arbeitsbehelf verwendbar zu machen.

Die Arbeiterschaft im Kalten Krieg. Darmstadt: C. W. Leske Verlag 1954. 103 S. (Auslandsforschung, Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Heft 3).

Articles of Agreement of the International Finance Corporation and Explanatory Memorandum. As approved for Submission to Governments by the Executive Directors of the International Bank for Reconstruction and Development. o. O. 1955. 47 S.

Arzinger, Rudolf: Die Kriegsverträge von Bonn und Paris. Herausgegeben vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Berlin: Aufbau-Verlag 1954. 45 S. (Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, Heft 67). DM 0,40.

Aspects Financiers et Fiscaux de l'Intégration Economique Internationale. Travaux de l'Institut International des Finances Publiques. Neuvième Session, Francfort 1953. La Haye: Editions W. P. van Stockum & Fils o. J. 288 S.

Die Atomenergie im Völkerrecht und in den wichtigsten Landesrechten (Dokumentation). Bearbeitet von Dr. Hans Kruse. I. Einleitung, Völkerrecht. Göttingen: Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen 1955. 233 S. (Hektographierte Veröffentlichungen des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen, Band 2). DM 15,—.

Die vorliegende Dokumentensammlung stellt einen wertvollen Beitrag zur Förderung der systematischen Grundlegung des Atomenergierichts dar. In Anbetracht der Fülle des in den vergangenen zehn Jahren angefallenen Materials ist es verständlich, daß es sich bei den wiedergegebenen Dokumenten nur um eine Auswahl handeln kann. Sie enthält aber das wesentliche Material, das als rechtlich relevant zu betrachten ist.

Der jetzt erschienene erste Teil der Sammlung befaßt sich mit den Vorgängen im internationalen Bereich. Der zweite Teil, der in Kürze folgen soll, wird den wichtigsten Landesrechten gewidmet sein.

aziz, M. A.: Japan's Colonialism and Indonesia. The Hague: Martinus Nijhoff 1955. 271 S. (Publications of the Netherlands Institute of International Affairs, No. 1). 14 Gulden.

Bird, Jean: East-West Trade. A Background Book. London: Batchworth Press Ltd. 1954. 46 S. 1s 6d.

Die Autorin, Mitarbeiterin von „The Economist“, geht von der These aus, daß jegliche Wirtschaftstätigkeit in den kommunistischen Ländern und damit auch der Außenhandel den Grundsätzen der Lehre Lenins und Stalins unterworfen ist und letzten Endes nur dazu dient, das politische Ziel der wirtschaftlichen Autarkie zu erreichen. Sie stellt ihre Betrachtungen und Untersuchungen damit im wesentlichen

unter den politischen Gesichtspunkt, daß jeder Handel mit einem kommunistisch regierten Partner letztlich nur dazu beiträgt, den Weltkommunismus zu stärken, beispielsweise es der Sowjetunion zu ermöglichen, ihrem industriell aufstrebenden großen Bruder China die sonst schwerlich verfügbaren Hilfen zu geben.

Die Untersuchungen der Broschüre über die vergangene und gegenwärtige Lage des Ost-West-Handels, über die wirtschaftlichen Probleme und Ziele der kommunistischen Länder, über Geschichte und Aufbau der westlichen strategischen Kontrollen, über die Rolle der kommunistischen Propaganda im Handel mit dem Westen, und vor allem die Untersuchungen über den China-Handel, sind wie jeder fundierte Diskussionsbeitrag zu begrüßen, der die festgefahrenen Vorstellungen über die Möglichkeiten für einen stärkeren Handel mit dem Osten auflockern kann. Und letzten Endes hat die Fragestellung der Autorin uneingeschränkte Berechtigung, nämlich, ob es nicht lohnender und verantwortungsvoller ist, den sich dem Westen zuzählenden unterentwickelten Ländern beizustehen, vor allem auf dem Gebiet der unumgänglichen Kreditgewährung, als dem „Handelspartner“ Kommunismus, der den Westen im Gegenzug dazu zwingt, sein militärisches Potential analog zur wirtschaftlichen Kräftigung der kommunistischen Länder auszubauen, statt die Früchte zusätzlichen Handels dem ursprünglichen Ziel jeder Wirtschaftstätigkeit, der Besserung des allgemeinen Lebensstandards, zufließen zu lassen.

Dr. Erwin Weghorn

Bericht über die Entflechtung und Liquidation. Vorgelegt aus Anlaß der Ordentlichen Hauptversammlung am 27. Mai 1955. Frankfurt a. M.: I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Liquidation 1955. 52 S.

Chardonnet, Jean: La Sidérurgie Française. Progrès ou décadence? Paris: Librairie Armand Colin 1954. 238 S. (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, No. 63).

Code de la Libération. Nouvelle édition mise à jour au 1er Janvier 1955. Code of Liberalisation. New edition brought up to date 1st January 1955. Paris: OEEC 1955. 108 S. (zweisprachig) ffrs. 220.

La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Préface de Jean Monnet. Paris: Librairie Sociale et Economique 1954. (Droit Social. 17 Année, No. 9, Octobre 1954, S. 517—588).

La Coopération Européenne dans le Domaine de la Santé. Paris: Mouvement Européen 1955. 59 S. ffrs. 80.

Demokratie und Außenpolitik. Darmstadt: C. W. Leske Verlag 1954. 80 S. (Auslandsforschung, Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Heft 4).

Drachkovitch, Milorad M.: Le „New-Look“ de la Politique Extérieure Soviétique. o. O. u. J. 15 S. (Sonderdruck aus „Cahiers de Bruges“, März 1955).

Dritter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (12. April 1954 — 10. April 1955). Herausgeber: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde. o. O. 1955. 200 S.

Droz, Jacques: Deutschland und die französische Revolution. Vortrag, gehalten am 17. Dezember 1951. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1955. 35 S. (Institut für Europäische Geschichte, Mainz, Vorträge).

Die Europäische Kultur und der Europarat. Straßburg: Presse- und Informationsabteilung des Europarats 1955. 86 S.

Festschrift für Hans Niedermeyer zum 70. Geburtstag, 30. November 1953. Dargebracht von der Rechts- und



Staatswissenschaftlichen Fakultät zu Göttingen. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1953. 294 S. (Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Band 10).

Die Schrift bringt eine Reihe von verschiedenartigsten Aufsätzen, von denen nur einige hier herausgegriffen werden können.

Paul Bockelmann: „Vom rechten politischen Handeln“. Die Vielzahl der Stifterdeutungen, auch unter politischen Gesichtspunkten, hindert den Autor nicht, einen weiteren Interpretationsversuch des „Witiko“ zu unternehmen. Er vergleicht die politische Maxime Stifters, im Konflikt zwischen Rechtmäßigkeit und Richtigkeit der Entscheidung das zu tun, was die Dinge selbst fordern, mit der Rechtsfindung „aus der Natur der Sache“, die die juristische Methodenlehre stets beschäftigt hat. Er beschränkt sich freilich auf diesen interessanten Hinweis, ohne der Frage nachzugehen, wie weit die behauptete Vergleichbarkeit geht. Die Erkenntnis dessen, was die Dinge fordern, soll das in ständiger Übung erprobte und so zu objektiven Maßstäben erzogene Gewissen vermitteln.

Georg Erler untersucht in einer sehr aufschlußreichen Abhandlung die „Stärke und Schwäche ausländischer Geldforderungen als völkerrechtliches Problem“, und zwar im Hinblick auf das Risiko der Kapitalanlage. Nachdem die internationalen Bemühungen zur grundsätzlichen Ausschaltung der Gefahren für die Auslandsanlage insgesamt noch keine wesentlichen Erfolge gezeitigt haben, gewinnt die Regelung im deutschen Auslandsschuldenabkommen von 1953 besondere Bedeutung, vor allem für die Frage der Umschuldung der labilen politischen Auslandsforderungen (insbesondere Reparationen) in stabile private Anleiheforderungen. Für die Gestaltung der großen internationalen Gemeinschaftsaufgaben mit wirtschaftlichem und finanziellem Gehalt weist der Verfasser mit Recht darauf hin, daß bei dem weitgehend feststellbaren Bestreben der Staaten, privatrechtliche Mittel und Formen zur Erledigung ausgesprochen politischer Aufgaben zu benutzen, das internationale Wirtschaftsrecht gehalten sein muß, eine Klärung zwischen privatrechtlichen und völkerrechtlichen Gestaltungen herbeizuführen.

Herbert Kraus behandelt den „Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeit nach dem vierten Genfer Abkommen vom 12. August 1949“, indem er aufzeigt, welche sittlichen Vorstellungen zugrunde liegen und wie sie rechtlich gesichert worden sind. In kritischen Bemerkungen wird darauf hingewiesen, wo die Ausgestaltung zu Rechtssätzen noch unvollständig oder problematisch ist und welche ethischen Bereiche noch keine Regelungen im Abkommen erfahren haben.

Von den weiteren Aufsätzen sind noch besonders zu nennen die systematisch sehr klare Abhandlung von Wolfgang Siebert: „Privatrecht im Bereich öffentlicher Verwaltung“, in der die Verflechtung und Abgrenzung auf dem Gebiet des „Wirkungsrechtes“ untersucht wird, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Benutzung des Privatrechts als Mittel öffentlicher Verwaltung (Sozialrecht). Ferner Werner Weber: „Das Richtertum in der deutschen Verfassungsordnung“. Hierin wird dargelegt, welche Auswirkungen die Konzeption des Grundgesetzes von der „dritten Gewalt“ auf das Richtertum hat, warum zwischen den Zweigen der eigentlichen Rechtspflege und der Verfassungsgerichtsbarkeit unterschieden werden muß und daß nur letztere an der politischen Machtkonkurrenz teil hat. Verfassungspolitisch wird die konkrete Institution des Richtertums, wie sie überkommen ist, als konservierendes Element für die staatliche Ordnung herausgestellt.

Die übrigen Beiträge rechtsgeschichtlicher, bürgerrechtlicher und rechtsphilosophischer Art müssen hier unberücksichtigt bleiben.

Dr. Walter E. Genzer

Die Gewerkschaften. Lebensordnung oder Zweckapparat?

Darmstadt: C. W. Leske Verlag 1953. 98 S. (Auslandsforschung, Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Heft 2).

Graefrath, Bernhard: Zur Geschichte der Reparationen. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag 1954. 150 S. (Große Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft, VIII).

Hampe, Roland: Die Rettung Athens im Oktober 1944. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1955. 112 S. (Institut für Europäische Geschichte, Mainz, Vorträge). Hauptergebnisse der Arbeits- und Sozialstatistik 1954. Bonn: Bundesministerium für Arbeit o. J. 136 S. (Statistische Sonderveröffentlichungen des Bundesministeriums für Arbeit). DM 2,—.

The International Court of Justice. Washington: United States Government Printing Office 1955. 29 S. (84th Congress, 1st Session, Subcommittee on the United Nations Charter, Staff Study, No. 8).

Italy Today. Published by the Documentation Center of the Presidency of the Council of Ministers of the Republic of Italy. Rome: Istituto Poligrafico dello Stato P. V. 1955. 240 S.

Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge, Band 3. Herausgegeben von Gerhard Leibholz. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1954. 397 S.

Paul Guggenheim befaßt sich in einer Abhandlung mit dem Titel „Das Ius publicum europeum und Europa“ mit der Frage, ob es je ein besonderes europäisches Völkerrecht gegeben habe und die christlichen Nationen eine besondere Völkerrechtsgemeinschaft gebildet haben. Er verneint die Frage, sieht aber den besonderen europäischen Beitrag für die universale Völkerrechtsordnung auf dem Gebiet der internationalen Organisation, der freilich verbunden ist mit dem Problem des Regionalismus. Nach einer kritischen Untersuchung des Fragenkomplexes, in dem sich die internationale politische Organisation bewegt (Regelung der rechtlichen und politischen Konflikte, Gebiet der kollektiven Sicherheit), kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Montanunion erstmals und allein ein ius publicum europeum entfaltet hat, das neben das universelle Völkerrecht und die staatlichen Rechtsordnungen Europas zu treten in der Lage ist.

Die übrigen Berichte sind dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht gewidmet.

Julius Federer bringt einen systematisch klar gegliederten Bericht über „Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, mit erläuternden Bemerkungen versehen, unter Einwirkung der inzwischen schon umfangreichen Literatur. Ein verhältnismäßig breiter Raum ist begründeterweise der umstrittenen Verfassungsgerichtsbarkeit gewidmet.

Arnold Köttgen behandelt unter dem Titel „Der Einfluß des Bundes auf die deutsche Verwaltung und die Organisation der bundeseigenen Verwaltung“ die vielfachen und komplizierten Verwaltungszuständigkeiten des Bundes und die entsprechenden Aufgliederungen der Verwaltungsorganisation.

Die besonders interessanten Sonderfälle der Verwaltungskoordination und einer Gemeinschaftsverwaltung sind in einem weiteren Abschnitt abgehandelt — insgesamt ein willkommenes „Lehrbuch“ auch für den Praktiker.

Von den Beiträgen über die Länderverfassungen von Bayern, Bremen und Hessen ist besonders die Arbeit von Wiltraut von Brünneck über die hessische Verfassung zu würdigen. Sie stellt einen wertvollen Beitrag zu den Verfassungsproblemen, insbesondere zur Beurteilung des sozialistischen Einschlages dieser Verfassung, dar.

Das ausländische Recht kommt in Berichten von Zelman Cowen über die „Constitution of the Commonwealth of Australia (1900—1953)“, von Elias G. Kyriacopoulos über die „Griechische Verfassung vom 1. Januar 1952“, von Georges Papahatzis über „L'Institution du Recours pour Exces de Pouvoir en Grèce“ und von Lothar Schultz über „Die Verfassungsentwicklung Polens seit 1944“ zu Wort. Diese Beiträge sind im Hinblick auf die oft notwendige Beschäftigung mit Stand und Entwicklung des öffentlichen Rechts in ausländischen Staaten besonders zu begrüßen.

Dr. Walter E. Genzer

Kotschekow, A.: Die englisch-amerikanische Rivalität auf den westeuropäischen Märkten. Übersetzung aus dem Russischen von K. Dinges. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1954. 246 S.

Leverkuehn, Paul: German Military Intelligence. London: Weidenfeld and Nicolson 1954. 209 S. 16 s.

Eine Schilderung der Tätigkeit des deutschen Geheimdienstes während des Zweiten Weltkrieges durch einen engen Mitarbeiter des Leiters der Abwehr Admiral Canaris. Übersetzung aus dem Deutschen durch R. H. Stevens und Constantine FitzGibbon.

McHugh, Roger: Universities and European Unity. Preface by M. Robert Schuman. Published by The Graduates' Association of the National University of Ireland. Dublin: The Fleet Printing Company, Ltd. 1955. 62 S. 2s 6d.

The Multi-Racial Commonwealth. Proceedings of the Fifth Unofficial Commonwealth Relations Conference, held at Lahore, Pakistan, 17—27 March 1954. A Report by Nicholas Mansergh. London — New York: Royal Institute of International Affairs 1955. 175 S. 21 s.

Nowack, Franz: Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Leipzig — Jena: Urania-Verlag 1954. 90 S. (Reihe Gesellschaftswissenschaften, Wissenschaft und Technik, verständlich dargestellt, Nr. 44). DM 1,—.

Oil Equipment in Europe. Fabrication Possibilities, Production Capacity. Paris: OEEC 1955. 136 S. (Technical Assistance Mission No. 121). ffrs. 430.

La Participation des Travailleurs à la Gestion des Entreprises Privées. Dans les Principaux Pays d'Europe Occidentale. Enquêtes Effectuées sous la Direction de Marcel David. Paris: Librairie Dalloz 1954. 249 S. (Faculté de Droit et des Sciences Politiques de Strasbourg, Institut de Droit et d'Economie Comparés, Travaux et Enquêtes, No. 1).

Powell-Price, J. C.: A History of India. London — Edinburgh — Paris — Melbourne — Toronto and New York: Thomas Nelson and Sons, Ltd. 1955. 679 S. 22 s.

Der Verfasser, der 30 Jahre seines Lebens der Erziehung von Indern gewidmet hat, ging bei der Abfassung dieses Buches von der Erwartung aus, damit ein grundlegendes Werk über die Geschichte Indiens für Studenten sowohl in Großbritannien als auch in Indien und Pakistan zu schaffen. Er hat sich aus diesem Grunde bewußt darauf beschränkt, die Geschichte des gesamten indischen Subkontinents von der Frühzeit (das Werk geht bis etwa zum Jahre 2000 vor Christi Geburt zurück) bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges darzustellen. Er nahm davon Abstand, die Entwicklung der letzten 15 Jahre aufzuzeigen, wohl um sein Werk aus dem Widerstreit der Meinungen in Indien und Pakistan herauszuhalten und ihm das Schicksal zu ersparen, für oder gegen irgendwelche Thesen mißbraucht zu werden, die in den noch unausgegorenen Differenzen immer wieder auftauchen, die zwischen Indien und Pakistan auch heute noch bestehen. Der Autor, der jahrzehntelang Archäologie und Geschichte Indiens aus erster Hand studierte, gibt einen packenden Einblick in die Vorgeschichte dieses Subkontinents, stellt ausführlich dar, welchen Einfluß etwa die buddhistische Kultur auf die Menschen dieses Gebietes ausübte, und zeigt auf, in welcher Weise die britische Herrschaft und aus ihr resultierende Konsequenzen auf dem Gebiete des Rechts, der Erziehung und der Zivilisation die Geschichte des Subkontinents formten. Besonders beachtenswert ist, daß der Autor sich nicht auf das rein politische Geschehen beschränkt, sondern alle Aspekte der Entwicklung, auch auf dem Gebiet des Geisteslebens, der Literatur, der Kunst und der Architektur, beleuchtet.

Recent Advances in Steel Technology and Market Development, 1954. Prepared by the Industry Division, Economic Commission for Europe. Geneva: United Nations 1955. 55 S. (Zu beziehen über Alexander Horn,

Wiesbaden). E/ECE/204, E/ECE/STEEL/89). Hektographiert. sfrs. 2,—.

Reimann, Max: Die nationale Bedeutung der Volksbewegung in Westdeutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. Referat auf der 15. Tagung des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. und 20. August 1954. Berlin: Dietz Verlag 1954. 91 S. DM 0,60.

Report on the First Meeting of Technical Information Officers, held at the Department for Scientific and Industrial Research, London, from 27th September to 1st October, 1954. Paris: OEEC 1955. 68 S.

Schirdewahn, Karl: Über die Abänderungen am Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 30. März bis 6. April 1954. Mit Anhang: Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz Verlag 1954. 112 S. DM 0,40.

Schramm-von Thadden, Ehrengard: Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1955. 244 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Band 9).

Sixth Report of the OEEC. From Recovery towards Economic Strength. 2 Vols. Paris: OEEC 1955. Vol. 1, 258 S.; Vol. 2, 256 S. Je Vol. ffrs. 300.

Die soziale Krankenversicherung im Jahre 1953 in der Bundesrepublik Deutschland. Statistischer und finanzieller Bericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit, Bonn. Köln: Greven & Bechtold o. J. 57 S. u. 71 S. Tabellen.

Studies in Federalism. Directed and edited by Robert R. Bowie and Carl J. Friedrich. Boston — Toronto: Little, Brown and Company 1954. 887 S.

Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme 1861—1954. Göttingen — Frankfurt — Berlin: „Musterschmidt“, Wissenschaftlicher Verlag 1954. 319 S. (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Band 3).

Vielvölker-Heere und Koalitions-Kriege. Darmstadt: C. W. Leske Verlag 1952. 100 S. (Auslandsforschung, Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Heft 1).

Völkerrechtliche und Staatsrechtliche Abhandlungen. Carl Bilfinger zum 75. Geburtstag am 21. Januar 1954 gewidmet von Mitgliedern und Freunden des Instituts. Köln — Berlin: Carl Heymanns Verlag KG 1954. VIII, 557 S. (Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg, Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Heft 29).

Die Vielfalt der in Festschriften gebrachten Beiträge erschwert eine systematisch geordnete Besprechung. Hier können aus der Fülle der dem breiten Arbeitsgebiet des Jubilars entsprechenden Beiträge schon aus Raumgründen nur diejenigen besonders behandelt werden, die dem technischen Völkerrecht und Fragen gegenseitiger Durchdringung von Recht und Politik in der internationalen Ordnung gewidmet sind.

Hans Ballreich bejaht die Frage, ob es im Völkerrecht Verträge zu Lasten Dritter gibt. Er weist nach, daß das klassische Völkerrechtssystem zur Erfassung aller zwischenstaatlichen Beziehungen nicht ausreicht und bei der wachsenden Interdependenz der Staaten die politisch soziologische Struktur der Staatengemeinschaft zu rechtlich relevanten Folgerungen zwingt. Eine solche ist für Grundsatzfragen das Recht zur Majorisierung eines gemeinschafts-



widrig sich verhaltenden Drittstaates, dem freilich die Möglichkeit der Nachprüfung durch ein Internationales Gericht offenstehen muß. — Die Behandlung dieser Frage erscheint für die neueste Völkerrechtsentwicklung, auch innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft, von richtungweisendem Wert.

Herbert Krüger beleuchtet unter dem Thema „Geschäftsführung ohne Auftrag für die Völkergemeinschaft“ kritisch die Frage einer Abgrenzung zwischen dieser „Geschäftsführung“ einerseits und einer selbstverschafften politischen Vormundschaft über kleinere Mächte sowie der Verfolgung eigener Interessen andererseits. In scharfsinniger Weise untersucht er besonders im Hinblick auf die Großmachtstellung diejenigen Tatbestände, die zur allgemeinverbindlichen Rechtsetzung im Völkerrecht — sei es gewohnheitsrechtlich oder durch Vertragsrecht — führen, und widmet sich dann den Problemen des Rechtsschutzes für ein Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft im Falle eines Krieges. Die Ausweitung der allgemeinen Zulässigkeit einer völkerrechtlichen Geschäftsführung ohne Auftrag führt der Verfasser zutreffend auf die „moralische Aufladung des Völkerrechts“ durch ethische Ideale (Ächtung des Krieges, Schutz der Menschenrechte, des Rechts überhaupt) zurück. Der darin liegenden Gefahr möchte er mit einer Objektivierung des Handelns der einzelnen Staaten mittels der Idee der Repräsentation begegnen — ohne jedoch in der Lage zu sein, dieses Problem der Rechtfertigung einer auftraglosen Geschäftsführung durch die Großmächte letztlich zu lösen. Die Abhandlung ist jedoch ein außerordentlich interessanter und insbesondere für die Problematik der Vereinten Nationen sehr wertvoller Beitrag.

Ulrich Scheuner macht die bedeutsame Frage nach der Stellung der Nichtmitglieder der Vereinten Nationen zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung. Nachdem die UN-Charta wesentlich mehr als der Völkerbundspakt auch die Nichtmitglieder in ihren Wirkungsbereich miteinbezieht, insbesondere zur internationalen Friedenssicherung und der Bekämpfung des Angriffskrieges, ist ihre Rechtsstellung in der Staatengemeinschaft angesprochen. Andererseits setzt die Charta den Status eines Nichtmitgliedes zur Abgrenzung ihrer Vereinigung geradezu voraus. Die sich für die ehemaligen Feindstaaten ergebenden Fragen, die aus den immer noch geltenden Ausnahmebestimmungen fließen, werden vom Verfasser besonders beleuchtet unter dem Gesichtspunkt des inzwischen mindestens faktisch eingetretenen Friedenszustandes. Indem er eine zunehmende Mitwirkung der Nichtmitgliedstaaten bei den UN befürwortet, liefert der Verfasser einen wichtigen Beitrag zur vorgesehenen Revision der UN-Charta.

Günther Jaenicke wendet sich gegen die Überbewertung der bundesstaatlichen Formen im Verhältnis zum Staatenbund und stellt weniger auf die rechtliche Form als vielmehr auf die soziologischen Wertmomente ab. Diese Betrachtungsweise trägt besonders dem Schicksal des Entwurfes der ad hoc-Verhandlung für die Europäische Politische Gemeinschaft Rechnung.

Hans-Joachim von Merkatz stellt in einer vergleichenden Darstellung des Entwurfs eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft mit dem Montan-Vertrag und dem EVG-Vertragsentwurf die grundsätzlichen Unterscheidungsmerkmale und Beziehungen heraus.

Ellinor von Puttkamer behandelt die historischen Pläne europäischer Verfassungsbildung unter den aktuellen Gesichtspunkten der Souveränität und Gleichheit, der Zuständigkeit und institutionellen Gliederung.

Erich Kaufmann behandelt das Verhältnis der Kriegsverbrechergerichte zum Kontrollrat und weist insbesondere nach, daß die Nürnberger amerikanischen Militärgerichte — entgegen den damaligen Erklärungen — keinen internationalen Charakter gehabt haben, sondern amerikanische Besatzungsgerichte gewesen sind, die sich an die strengen rechtsstaatlichen Grundsätze des amerikanischen Verfassungsrechts hätten gebunden fühlen müssen.

Ernst Féaux de la Croix gibt einen Überblick über Vorgesichte, Inhalt und Bedeutung des Londoner Schuldenabkommens und eine Betrachtung seiner staats- und völkerrechtlichen Probleme und Folgerungen — eine auch für den Praktiker willkommene Interpretation dieses bedeutungsvollen Abkommens.

Hermann Mosler bringt eine sehr gründliche Untersuchung der Stellung der auswärtigen Gewalt und des Bereichs der auswärtigen Angelegenheiten im Verfassungssystem der Bundesrepublik. Indem er die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eingehend würdigt und für die innerstaatlichen Seiten der auswärtigen Gewalt auswertet, trägt der Verfasser dazu bei, die Basis zu festigen, von der aus künftige Streitfälle wenn nicht vermieden, so doch klarer beurteilt werden können.

Adolf Schüle interpretiert ausführlich den Grundgesetzartikel über die Informationspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundesrat und zeigt seine bundesstaatsrechtliche Problematik auf.

Von den übrigen Abhandlungen seien besonders genannt: Helmut Strebel: „Was ist positives Völkerrecht?“, Arthur Wegner: „Über geschichtliches Forschen und Denken im Völkerrecht“, und Erich Pietsch: „Dokumentation und Wissenschaft“.

Dr. Walter E. Genzer

Wandel, Paul: Der deutsche Imperialismus und seine Kriege — das nationale Unglück Deutschlands. Ein Beitrag zum Verständnis von fünfundvierzig Jahren verhängnisvoller deutscher Geschichte. Berlin: Dietz Verlag 1955. 192 S.

Wünsche, Harry: Die UN — Friedensinstrument oder Werkzeug der Aggressoren? Mit einem Anhang „Die Charta der Vereinten Nationen“. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Leipzig — Jena: Urania-Verlag 1954. 82 S. (Reihe Gesellschaftswissenschaften, Wissenschaft und Technik, verständlich dargestellt, Heft 43). DM 1,—.

## Bibliographien

Deutsche Heimat im Osten. Ein Bücherverzeichnis. Bearbeitet von der Staatlichen Büchereinstelle Münster. Troisdorf (Rheinland): Der Wegweiser 1955. 52 S.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 7 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1955 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 7 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Juni 1955

5. Jahrgang — Nr. 6

## Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1955

### I. TAGUNGEN DES RATES

#### Vertreter der Minister

Die Vertreter der Außenminister tagten vom 17. bis 21. Mai unter dem Vorsitz von Herrn Hadji Vassiliou, Ständiger Vertreter Griechenlands, in Straßburg.

Die Vertreter setzten den Termin für die nächste Tagung des Ministerausschusses fest. Diese 16. Tagung wird Montag, den 4. Juli, nachmittags, und Dienstag, den 5. Juli, stattfinden.

Am Abend des 4. Juli tritt der Gemischte Ausschuß zusammen, um über die Stellungnahme der OEEC zum Straßburg-Plan über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und den überseeischen Gebieten zu erörtern. Auf der Tagesordnung steht ferner die Frage der Organisation der Versammlung der WEU (Westeuropäische Union) sowie die Beziehungen zwischen den Ministern und der Beratenden Versammlung. Die Vorsitzenden und Berichterstatter der Ausschüsse der Versammlung, welche sich mit diesen Problemen befaßt haben, werden an der Aussprache teilnehmen.

Zum Thema der Stellung des Europarates innerhalb der internationalen Organisationen haben die Vertreter den von den Ministern geforderten Bericht fertiggestellt. Die weiteren Entscheidungen der Vertreter werden nachstehend unter den Sachgruppen aufgeführt.

Die nächste Sitzung der Vertreter der Minister wird vom 15. bis 21. Juni stattfinden. Unmittelbar vor der Tagung der Minister werden sie außerdem eine kurze Sitzung abhalten.

### II. RECHTSFRAGEN

#### Patente

Die Ständigen Vertreter Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland haben am 5. bzw. 17. Mai beim Generalsekretär des Europarates die Ratifikationsurkunde über die Europäische Konvention betreffend die bei Patentanträgen erforderlichen Formalitäten hinterlegt. Nachdem Norwegen, Irland und die Saar diese Konvention bereits ratifiziert haben, tritt sie nunmehr am 1. Juni 1955 in Kraft.

Der Ständige Vertreter Belgiens hat am 16. Mai die Ratifikationsurkunde über die Europäische Konvention

betreffend die internationale Klassifizierung von Patenten hinterlegt. Mit der Hinterlegung einer weiteren Ratifikationsurkunde wird auch diese Konvention in Kraft treten.

#### Streitigkeit zwischen Großbritannien und Island

Die britische Regierung hat dem Europarat ein Memorandum über seine Streitigkeit mit Island unterbreitet. Dieses Memorandum stellt die Antwort auf die Darlegungen der isländischen Regierung in dieser Angelegenheit an den Europarat dar.

Die Frage wird im Ausschuß für Rechts- u. Verwaltungsfragen der Beratenden Versammlung behandelt werden.

### III. SOZIALE FRAGEN

#### Lehrlingsaustausch

Im Verlauf ihrer letzten Sitzung haben die Vertreter der Minister den Generalsekretär beauftragt, von der Internationalen Arbeitsorganisation einen Bericht über die Ausarbeitung einer Konvention betreffend den Austausch von Lehrlingen anzufordern. Diese Entscheidung geht auf eine Empfehlung der Sachverständigen für soziale Fragen zurück.

#### Sozialausschuß

Der aus hohen Beamten der Mitgliedsländer des Europarates bestehende Sozialausschuß hielt vom 4. bis 6. Mai in Straßburg seine zweite Tagung ab. Beobachter der österreichischen Regierung, des Internationalen Arbeitsamtes und der Vereinten Nationen waren anwesend. Zum Vorsitzenden wurde Herr H. H. Koch, Generalsekretär des dänischen Sozialministeriums, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr J. Doublet, Generaldirektor der Sozialversicherung im französischen Arbeits- und Sozialministerium, gewählt.

Diese Sitzung hatte die hauptsächliche Aufgabe, das Problem der Ausarbeitung einer europäischen Sozialversicherungsordnung zu behandeln, welche die sozialen Ziele der Mitgliedstaaten festlegen und Leitgedanken für die Politik des Europarats auf diesem Gebiet enthalten soll. Diese Sozialversicherungsordnung soll in gewisser Weise ein Gegenstück zur Europäischen Konvention über die Menschenrechte darstellen.



Der Ausschuß hielt es für zweckmäßig, sich von den Regierungen detaillierte Unterlagen über das Wirtschafts- und Sozialrecht in den verschiedenen Ländern zu beschaffen. Es wird für zweckmäßig gehalten, nach Rechtssektoren vorzugehen, indem mit der Beschäftigung und den Arbeitsbedingungen angefangen wird. Außerdem sollen die Regierungen über ihre Ansicht über die weiterhin in das Vertragswerk aufzunehmenden Rechte befragt werden.

Der Ausschuß hat außerdem die Frage der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern und die von ausländischen Arbeitnehmern geforderten Gebühren geprüft. Auf der Tagesordnung stand ferner die Berufsausbildung. Der Ausschuß beschloß, über die von anderen internationalen Organisationen behandelten Probleme seines Interessenbereiches Erkundigungen einzuholen.

#### IV. KULTURELLE FRAGEN

##### Europäische Kulturkonvention

Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch den Ständigen Vertreter Großbritanniens ist am 5. Mai die Europäische Kulturkonvention in Kraft getreten. Sie ist bisher von Irland Frankreich Großbritannien, Dänemark und Belgien ratifiziert worden.

Das Ziel dieser Konvention ist die Aufstellung eines allgemeinen Rahmens für die Entwicklung kultureller Bestrebungen europäischen Charakters. Der Text dieser Konvention wurde in den Mitteilungen des Europarates 5. Jahrgang Nr. 1 veröffentlicht.

##### Europäischer Preis für Kulturfilme

Anläßlich des Kongresses der Europäischen Union der Film- und Fernsehtechniker wurde ein europäischer Kulturfilmpreis an den österreichischen Film „Wie die Jungen singen“ des österreichischen Kameramannes Trössler verliehen. Der Generalsekretär des Europarates hat beschlossen, diesen Preis mit dem Betrag von 50 000 Ffrs. auszustatten. Der Gesandte Eduard Ludwig, Ständiger Beobachter Österreichs beim Europarat, nahm am 16. Mai den Preis für den Preisträger entgegen.

#### V. BEVÖLKERUNG UND FLUCHTLINGE

Die Vertreter der Minister nahmen im Verlauf ihrer Sitzung vom 17. bis zum 21. Mai von der Entscheidung Herrn Schneiters, Präsident der französischen Nationalversammlung und Sonderbeauftragter des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Kenntnis, wonach dieser dem Ministerausschuß im Juli detaillierte Vorschläge zur Eingliederung der Bevölkerungsüberschüsse in Europa überreichen werde. Vorher wird Herr Schneider seine Pläne mit leitenden Beamten der zuständigen Ressorts der Mitgliedsländer besprechen.

#### VI. VERSCHIEDENES

##### Ernennungen

Die deutschen Abgeordneten der Beratenden Versammlung Heinrich von Brentano und Hans-Joachim von Merkatz wurden zum Außenminister bzw. zum Minister für Angelegenheiten des Bundesrates ernannt.

##### Kurze Reisen ohne Paß

Am 21. Mai teilte der britische Innenminister mit, daß zwischen Frankreich und Großbritannien ein Abkommen abgeschlossen worden sei, wonach britische und irische Staatsangehörige sich für Tagesreisen ohne Paß nach Frankreich begeben können. Die Gegenseitigkeit ist für französische Staatsangehörige gewährleistet. In jedem Falle muß jedoch ein gültiger Personalausweis vorgelegt werden.

##### Fernsehzentrum

Der Verwaltungsrat der Europäischen Rundfunkunion hat auf seiner Tagung in Dublin beschlossen, ein besonderes Koordinations-Zentrum für die Fragen des Fernsehens in Brüssel einzurichten. Diese Einrichtung wird unter der Leitung des Technischen Zentrums der UNO in Brüssel stehen.

##### Europatage

Die europäische Kommission für die Berufsausbildung Jugendlicher innerhalb des europäischen Büros für Jugend und Kindheit hielt vom 18. bis zum 25. Mai eine Studientagung in Konstanz ab.

Der Weltverband der katholischen Frauenverbände vereinigte vom 20. bis zum 22. Mai die Vertreterinnen von zehn europäischen Ländern zu einer europäischen Informationstagung. Fräulein Klompe, eine holländische Abgeordnete der Beratenden Versammlung, gab ein ausführliches Exposé über die europäische Problematik, und Herr Levy, Direktor der Presse- u. Informationsabteilung des Europarates, und einige seiner Mitarbeiter hielten Vorträge über die internationalen Organisationen.

##### 6. Jahrestag der Unterzeichnung des Statuts

Anläßlich dieses Tages wurden vor dem Europahaus in Straßburg die Flaggen der Mitgliedsländer des Europarates gehißt, und der Generalsekretär wies in einer kurzen Zeremonie auf die Bedeutung der Unterzeichnung des Statutes des Europarates hin.

#### ANDERE ORGANISATIONEN

##### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

##### Zweite Außerordentliche und Dritte Ordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS

Vom 6. bis zum 9. Mai hielt die Gemeinsame Versammlung der EGKS im Europahaus in Straßburg eine außerordentliche Sitzung ab, welcher sich unmittelbar die dritte ordentliche Sitzung dieser Versammlung vom 10. bis zum 14. Mai anschloß. Die Versammlung vertagte sich alsdann bis zum 21. Juni. Auf der außerordentlichen Sitzung gab der Präsident der Gemeinsamen Versammlung Herr Pella (Italiener), eine Erklärung über seine Besuche bei den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft betreffend die Wahl eines neuen Präsidenten der Hohen Behörde und verschiedene politische Probleme ab. Die Versammlung nahm ferner ihren vorläufigen Haushaltsplan über einen Betrag von 78 Millionen Ffrs. an und beschloß die Schaffung einer Arbeitsgruppe, die sich aus 26 Mitgliedern zusammensetzt. Die Schaffung dieser Arbeitsgruppe ging auf einen Vorschlag von



Herrn *Teitgen* (Franzose) vom Dezember 1954 zurück. (Vgl. Mitteilungen des Europarates 5. Jahrgang Nr. 1.) Die Hauptaufgabe dieses Organes ist die Berichterstattung an die Versammlung über eine klarere Definition ihrer Kontrollbefugnisse gegenüber der Exekutive, die Ausdehnung des sachlichen Zuständigkeitsbereichs der Gemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes, sowie eine Prüfung der Frage einer Einführung allgemeiner direkter Wahlen der Mitglieder der Versammlung.

Die dritte ordentliche Sitzung der Versammlung wurde mit einer Erklärung von Herrn *Monnet*, Präsident der Hohen Behörde, eröffnet, welche zugleich eine Einführung des dritten Tätigkeitsberichtes der Gemeinschaft darstellt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung (11. Mai 1955) beantwortete Herr *Etzel*, Vizepräsident der Hohen Behörde, eine schriftliche Anfrage betreffend die gegen das Kohlenkartell der Ruhr ergriffenen Maßnahmen. Während vorher eine einzige Organisation (Gemeinschaftsorganisation Ruhr-Kohle, GEORG) für der Verkauf von 80 Millionen Tonnen Kohle bei einer Produktion von 98 Millionen Tonnen verantwortlich war, sollen in Zukunft 47 Millionen Tonnen von sechs unabhängigen Kontoren und 27 Millionen Tonnen von einem gemeinsamen Büro der sechs Kontore verkauft werden. Jedes von ihnen soll von sechs bis acht Bergwerksgesellschaften gebildet werden und das Recht haben die Verkaufspolitik, Preise und Rabatte frei zu bestimmen. Alle Absprachen zwischen den Kontoren über Preise und Rabatte sollen unzulässig sein.

Betreffend die Verkehrsprobleme schlug die Versammlung dem Ministerrat der Gemeinschaft die Schaffung eines Sachverständigenausschusses vor. Dieser Ausschuss soll Vorschläge zur Koordinierung und Integration des gesamten europäischen Verkehrs ausarbeiten. Es wird für wünschenswert gehalten, die Regierungen der Schweiz und Österreichs zur Entsendung von Beobachtern aufzufordern.

Herr *Bertrand* (Belgier) legte im Namen des Sozialausschusses eine Entschließung vor, welche einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung behandelt Fragen der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, der beruflichen Umerziehung und Ausbildung, der Ausdehnung der Beschäftigung des Arbeiterwohnungsbaues, sowie der Verbesserung und Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Versammlung fordert die Hohe Behörde auf, sie ständig über die Entwicklungen auf sozialem Gebiete zu unterrichten sowie über Vorhaben und verfügbare Fonds auf dem laufenden zu halten. In diesem Zusammenhang bedauert die Versammlung die Entscheidung der Hohen Behörde über die Herabsetzung der Abgabe auf die Kohle- und Stahlerzeugung (gegenwärtig 0,9%) „noch bevor ihre langfristige Politik vor der Gemeinsamen Versammlung erörtert wurde und in Unkenntnis der am 1. Juni durch den Ministerrat zu treffenden Dispositionen“.

#### Verbindung mit Großbritannien

Am 14. Mai legte Frl. *Klompe* (Holländerin) einen Bericht über das Abkommen zwischen der Gemeinschaft und Großbritannien vor und erklärte, daß dieses

Abkommen befriedigend sei, da es den Grundsatz der Gleichheit von Rechten und Pflichten gewährleiste. Frl. *Klompe* betonte, daß es bedauerlich sei, daß angesichts der politischen Bedeutung des Abkommens seine Ratifizierung noch nicht von allen Mitgliedern der Gemeinschaft vorgenommen worden sei.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte die Versammlung die Außenminister der Gemeinschaft zur unverzüglichen Vornahme der erforderlichen Ratifikationen auf.

#### Stellung der Versammlung

In einer auf Vorschlag von Frl. *Klompe* einstimmig angenommenen Entschließung fordert die Versammlung die Außenminister der Gemeinschaft auf, Vorschläge für die Ausdehnung der Zuständigkeiten und Vollmachten der Gemeinschaft auszuarbeiten, damit die im Vertrag vorgesehenen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden können. Ferner sollen eine oder mehrere zwischenstaatliche Konferenzen in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Vertragsentwürfe für eine weitere Durchführung der Integration Europas ausarbeiten.

#### Erinnerungsfeier

Am 9. Mai wurde im Sitzungssaal der Versammlung des 5. Jahrestages der Erklärung Robert Schumans über die Schaffung einer Hohen Behörde für die gemeinsame Verwaltung von Kohle und Stahl Deutschlands und Frankreichs unter Mitwirkung anderer europäischer Länder gedacht.

Im Verlauf dieser Zeremonie sprachen die Herren *Monnet*, Präsident der Hohen Behörde, *Pella*, Präsident der Gemeinsamen Versammlung, *Pilotti*, Präsident des Gerichtshofes, *Rasquin*, Präsident des Minister Rates, *van der Goes van Naters*, im Namen der sozialistischen Fraktion, *Motz*, im Namen der liberalen Fraktion, *Sassen*, im Namen der christlich-demokratischen Fraktion, *von Brentano*, Präsident des Verfassungsausschusses der ad-hoc-Versammlung, *Guy Mollet*, Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats.

Herr *Guy Mollet* wies insbesondere darauf hin, daß bereits im Dezember 1949 der Wirtschaftsausschuß der Beratenden Versammlung die Schaffung einer Behörde für Kohle und Stahl vorgeschlagen habe und daß der Europarat sich energisch für das Zustandekommen des Schumanplanes eingesetzt habe. Zwischen beiden Institutionen bestünden gegenwärtig die besten Beziehungen. Abschließend verließ Herr *Mollet* seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Versammlung des Europarats zu der gemeinsamen Anstrengung einen positiven Beitrag leisten werde, damit die europäische Integration Wirklichkeit werde.

In seiner Antwort erklärte Herr Robert Schuman, daß er von dem Weiterbestehen der Gemeinschaft überzeugt sei und daß diese nicht allein bleiben werde. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo „alle Staaten begreifen werden, daß es schlimm für sie ist, isoliert und schwach zu sein und daß es besser ist, sich dem Gesetz der Mehrheit als dem des Stärkeren zu unterwerfen“. Er unterstrich weiter, daß „das demokratische Gesetz, entsprechend angewandt, der Anarchie oder der totali-



tären Lösung der Satellitenstaaten, die dem Willen eines einzelnen unterworfen sind, vorzuziehen ist".

#### *Vertreter Großbritanniens bei der EGKS*

Das britische Außenamt gab am 9. Mai bekannt, daß der Chef der britischen Delegation bei der Hohen Behörde, Sir Cecil Weir, welcher diesen Posten seit September 1952 innegehabt hatte, durch Herrn E. W. Meiklereid, Gesandter für Wirtschaftsfragen bei der britischen Botschaft in Paris, ersetzt worden ist.

#### **Benelux**

##### *Europäische Initiative*

Die drei Benelux-Länder haben beschlossen, im Rahmen der EGKS und unter Berücksichtigung des zwischen dieser und Großbritannien geschlossenen Übereinkommens, dem Gedanken der europäischen Integration einen neuen Antrieb zu verleihen. Die drei Regierungen haben den übrigen beteiligten Regierungen entsprechende detaillierte Vorschläge unterbreitet.

##### *Ministerkonferenz*

Der Entwurf eines Abkommens über die Schaffung eines interparlamentarischen Rates für die Benelux wurde von Vertretern der drei Regierungen gebilligt. Dieser Entwurf wird von den Außenministern der drei Länder unterzeichnet und den nationalen Parlamenten zur Annahme vorgelegt werden.

Herr Jaspar, Generalsekretär der Zoll-Union, erklärte auf der Sitzung der Regierungsvertreter, daß der vorgeschlagene interparlamentarische Rat aus 49 Mitgliedern bestehen werde (21 Belgier, 21 Niederländer, 7 Luxemburger). Er fügte hinzu, daß ein neuer Vorschlag für die Wirtschaftsunion der drei Länder, welche die seit 1951 in Kraft befindlichen Maßnahmen fixieren sollen, ausgearbeitet werden wird.

Die Minister der drei Länder haben die durch eine Angleichung der Agrarpolitik der Länder entstandenen Probleme untersucht und eine Reihe von Entscheidungen getroffen.

Es soll ferner eine gemeinsame Einfuhrliste für die Benelux zur Vorlage an den Europäischen Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) vorbereitet werden.

#### **ECE**

Ein Arbeitsausschuß der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa stellte einen Konventionsentwurf über den internationalen Warentransport auf Straßen fertig. Der Entwurf ist den Regierungen mitgeteilt worden. Diese sollen hierzu bis zum 1. November 1955 Stellung nehmen.

#### **VORLAUFIGER TERMINKALENDER FÜR KOMMENDE TAGUNGEN**

3. Juni:	Unterausschuß des Wirtschafts- und Sozialausschusses (Paris)
3 u. 4. Juni:	Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Paris)
4. Juni:	Arbeitsgruppe des Ausschusses für soziale Fragen (Paris)
14. u. 15. Juni:	Arbeitsgruppe für Fernsehen (Paris)
21. Juni u. ff.:	Gemeinsame Versammlung der EGKS (Straßburg)
22. u. 23. Juni:	Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Straßburg)
1. Juli:	Eröffnung der Europäischen Ausstellung „Triumph des Manierismus von Michelangelo bis Greco“ (Amsterdam)
4. Juli:	Ministerausschuß (Straßburg) Gemischter Ausschuß (Straßburg)
4.—11. Juli:	Lehrgang über „Universität und europäische Integration (Saarbrücken)“
5. Juli:	Ministerausschuß (Straßburg)
5.—9. Juli:	Erster Abschnitt der 7. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)
7 u. 8. Juli:	Ausschuß für die Verleihung von Stipendien des Europarats (Straßburg)
25. Juli:	Treffen der Preisträger des Europäischen Schultages (Straßburg)
6.—10. September:	Sachverständigenausschuß für Sozialversicherung (Straßburg)
3.—10. Oktober:	Sachverständigenausschuß für Patente (Straßburg)
24.—29. Oktober:	Sachverständigenausschuß für kulturelle Fragen (Straßburg)
7.—11. November:	Internationale Aussprache über die Aus- und Fortbildung von europäischen Beamten (Saarbrücken)
Ende November:	Europäische Konferenz über Zivilluftfahrt (ICAO) (Straßburg)

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten tritt voraussichtlich ein zweitesmal in der zweiten Junihälfte zusammen.

Es ist anzunehmen, daß die Eröffnungssitzung der Versammlung der WEU während der Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung Anfang Juli stattfinden wird.





